Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 42. V. BAND 20. November 1916.

INHALT:

1. Der Aufbau des polnischen Staates.
2. Dr. Julius Bachem: Das neue Polen.
3. Dr. Eduard David, M. d. R.: Die Wiederherstellung Polens.
4. Dr. Friedr. Naumann, M. d. R.: Polen in Mitteleuropa.
5. Geheimrat Prof. Dr. Max Sering: Die Wiedererrichtung Polens.
6. Exzellenz Dr. Leon v. Biliński, Obmann des Polenklubs in Wien und des Obersten Polnischen Nationalkomitees: Zur Auferstehung Polens.
7. Aus dem Leben der polnischen Legion.
8. † Henryk Sienkiewicz.
9. Notizen.

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.



STUDIEN
zur Ostmitteleuropaforschung



29

Robert Spät

Die „polnische Frage" in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894-1918

Robert Spät, Die „polnische Frage“ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894-1918

STUDIEN
ZUR OSTMITTELEUROPAFORSCHUNG

Herausgegeben vom
Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung –
Institut der Leibniz-Gemeinschaft

29

Robert Spät

Die „polnische Frage“ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894-1918

VERLAG HERDER-INSTITUT · MARBURG · 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.dnb.de> abrufbar

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der FAZIT-Stiftung, Frankfurt am Main,
und des Wissenschaftlichen Förderpreises des Botschafters der Republik Polen

Printed in Germany

Satz: Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung –
Institut der Leibniz-Gemeinschaft, 35037 Marburg
Druck: KN Digital Printforce GmbH, Ferdinand-Jühlke-Straße 7, 99095 Erfurt
Umschlagbilder: rechts: Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf: Zeichnung von Felix Schwormstädt, in: Paul Schreckenbach: Der Weltbrand. Illustrierte Geschichte aus großer Zeit, Bd. 2, Leipzig 1917, S. 647
links: Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft: Polnische Blätter. Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben, Bd. 5, H. 42, 20.11.1916
ISBN 978-3-87969-386-3



Inhalt

Vorwort

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die leicht überarbeitete und gekürzte Fassung meiner gleichnamigen Dissertation, die im Wintersemester 2011/12 von der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg angenommen wurde. Es ist eine besondere Freude, zum Abschluss der Arbeit all jenen, die zu ihrem Gelingen beigetragen haben, herzlich zu danken.

Professor Dr. Bernd Martin hat die Arbeit betreut, mit seinen Anregungen, kritischen Bemerkungen und vielfältigen Hilfestellungen stets unterstützt und mir auch die erforderliche Freiheit und Selbständigkeit in der Forschung gelassen. Ihm gilt mein aufrichtiger Dank. Professor Dr. Dietmar Neutatz danke ich für Anregungen und die Übernahme des Zweitgutachtens und Professor Dr. Willi Oberkrome für die kurzentschlossene Übernahme des Drittgutachtens.

Dank gebührt allen Kolleginnen und Kollegen, die meinem Dissertationsprojekt im Rahmen von Kolloquien, Oberseminaren und Tagungen durch anregende Diskussionen wertvolle Impulse verliehen haben. Stellvertretend seien hier Dr. Peter Oliver Loew, Dr. Christoph Schutte und Dr. Gregor Thum genannt, deren konstruktive Ratschläge und weiterführende Gedanken das Projekt in der Anfangsphase maßgeblich beeinflussten. Besonders danken möchte ich Johannes Becker, Martin Bemmann, Jennifer Borrmann, Agnes Laba, Stephen Naumann und Marta Polsakiewicz für kritische Anmerkungen, tatkräftige Unterstützung und hilfreiche Korrekturen.

Zu großem Dank bin ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bibliotheken und Archive verpflichtet, die mich bei meinen Recherchen unterstützten: des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, des Bundesarchivs in Freiburg und Berlin, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, der Zeitungsabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin sowie der Universitätsbibliotheken in Freiburg, Posen, Warschau und Krakau. Am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft in Marburg konnte ich die reichhaltigen Bestände der Bibliothek nutzen. Umso mehr freue ich mich über die Aufnahme meiner Dissertation in die Reihe *Studien zur Ostmitteleuropaforschung* und möchte Dr. Heidi Hein-Kircher für ihre wertvolle Hilfe bei der Drucklegung und Dr. Wiebke Rohrer für das sorgfältige Lektorat danken.

Die FAZIT-Stiftung Frankfurt am Main hat das Projekt mit einem Promotionsstipendium wesentlich befördert, das Deutsche Historische Institut Warschau ermöglichte mir mit einem Forschungsstipendium einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt in Posen und Warschau. Für Sprachkursstipendien in Krakau und Posen bin ich dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Schroubek Fonds Östliches Euro-

pa sehr dankbar. Die International Graduate Academy der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und die interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Geschichte und Kultur Osteuropas" der Graduiertenschule „Kultur- und Sozialwissenschaften" haben eine Arbeitsatmosphäre geschaffen, die für fachlichen Austausch und konzentriertes Schreiben äußerst förderlich war.

Die langjährige verständnisvolle Unterstützung meiner Eltern Krystyna und Andreas Spät hat dieses Buch erst möglich gemacht. Ihre seit Jahrzehnten im Alltag erfolgreich praktizierte polnisch-deutsche Verständigung stand in gewissem Sinne Pate für das Thema. Ihnen widme ich dieses Buch.

Berlin/Münster, Juni 2014 Robert Spät

I Einleitung

„Die bisherige preußische Polenpolitik ist jedenfalls fortan unhaltbar", schrieb der angesehene Nationalökonom Max Weber am 25. Februar 1917 in der *Frankfurter Zeitung*. Die Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 durch Deutschland und Österreich-Ungarn bewertete er zum einen als „folgenschwere Wandlung" der deutschen „Gesamtpolitik im Osten" während des Krieges, zum anderen als „politische[n] Aberwitz", da parallel die repressive Polenpolitik in Preußen beibehalten werde.[1] Damit hatte er das grundlegende Dilemma zwischen der vordergründig auf politische, wirtschaftliche und militärische Partnerschaft zielenden Politik Deutschlands im besetzten Kongresspolen und den weiterbestehenden antipolnischen Ausnahmegesetzen sowie der Diskriminierung der Polen in Deutschland auf den Punkt gebracht.

Um seine Kritik öffentlichkeitswirksam vorzutragen, hatte Max Weber das Medium Zeitung gewählt und sich damit in der Debatte über die „polnische Frage" positioniert, die in der deutschen Öffentlichkeit mit großem Engagement und bisweilen harten Bandagen geführt wurde. Seine Stellungnahme bliebe jedoch bruchstückhaft ohne den Kontext der vorangegangenen Verhandlungen im Preußischen Abgeordnetenhaus, vor allem aber der intensiven Erörterungen zu diesem Thema, die im Deutschen Kaiserreich immer wieder für Aufsehen in der Öffentlichkeit gesorgt hatten. Indem Max Weber seinen Beitrag in der bürgerlich-linksliberalen und reichsweit wie auch international angesehenen *Frankfurter Zeitung* veröffentlichte, die für ihre entschiedene Kritik an der antipolnischen Diskriminierung bekannt war, schlug er sich auf die Seite der Gegner der repressiven preußischen Polenpolitik und der Befürworter einer Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Wird ferner in Betracht gezogen, dass er sich etwa in seiner Antrittsrede an der Freiburger Universität im Jahr 1895 energisch gegen die Verdrängung der deutschen durch die polnische Bevölkerung in den preußischen Ostprovinzen eingesetzt und als Mitglied radikalnationalistischer Verbände antipolnische Vorstellungen verbreitet hatte, kann sein Sinneswandel als paradigmatisch für einen Umbruch in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" während des Ersten Weltkriegs gelten.[2]

---

[1] Max Weber: Deutschlands äußere und Preußens innere Politik. I. Die Polenpolitik, in: Frankfurter Zeitung vom 25.02.1917, erstes Morgenblatt.

[2] Zu Max Webers Haltung gegenüber der preußischen Polenpolitik siehe Kap. II.1.2 und III.4.3, ferner Konno, S. 173 f.

Zugleich steht der Artikel Max Webers exemplarisch für unzählige Äußerungen zu diesem Thema, die in Zeitungen und Zeitschriften, in Monografien, Broschüren und Pamphleten, in Reden auf Versammlungen und in den Parlamenten vorgetragen wurden. Diese verdichteten sich zur öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“, die den kommunikativen und diskursiven Kontext von Webers Zeitungsartikel bildet. Die Debatte betraf zum einen das seit den Teilungen der Adelsrepublik im 18. Jahrhundert virulente Problem der Staatlichkeit und Wiedervereinigung Polens, das ein diplomatisches Problem der drei Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich, mithin des gesamten Europa darstellte. Zum anderen handelte es sich um die innenpolitische Frage, wie die Teilungsmächte ihre jeweiligen polnischen Bevölkerungsteile zu behandeln hätten.[3] Sie erprobten verschiedene Strategien, die von Unterdrückung und Ausgrenzung bis hin zu Entgegenkommen und Toleranz reichten. Russland hatte in seinem Teilungsgebiet, dem sogenannten Kongresspolen, im Laufe des 19. Jahrhunderts eine scharfe Russifizierungspolitik durchgesetzt. Preußens Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung war unbeständig gewesen, bis nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 der Kulturkampf und eine repressive Polenpolitik eingeleitet wurden, die sich zu einem deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt steigern sollten. Im Gegensatz zu Russland genossen die Polen in Preußen jedoch Rechtssicherheit. In Galizien herrschte nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 eine gewisse innere Autonomie für die Polen, die zudem an der k.u.k. Regierung in Wien beteiligt waren.[4]

Im Deutschen Reich wurde die Polenpolitik Preußens von Erörterungen in den Parlamenten und in den Medien begleitet. Die öffentliche Debatte über die polnische Bevölkerung Preußens, über die Polenpolitik des preußischen Staates und über die deutsche Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung im besetzten Kongresspolen während des Ersten Weltkrieges ist das Thema dieser Studie. Die Debatte wurde geprägt von zwei Hauptströmungen, die sich anhand der Akteure und ihrer Ziele idealtypisch unterscheiden lassen:

Auf der einen Seite standen die Verfechter einer repressiven Polenpolitik als Mittel zur Ausgrenzung und Diskriminierung der polnischen Bevölkerung. Sie vertraten die Auffassung, dass die preußischen Polen den Prozess einer „Germanisierung“ ihrer Sprache und Kultur zu vollziehen hätten und somit an die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu assimilieren seien. Da die polnische Bevölkerung sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend über ihre polnische Nationalität definierte und ihre Muttersprache, Kultur und Religion gegen staatliche Eingriffe verteidigte, rückte die Option der „Germanisierung“ zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen wurden Forderungen laut, dass der preußische Staat das „Deutschtum“ in den Ostprovinzen davor zu schützen habe, von der wirtschaftlich erstarkenden und demografisch wachsenden polnischen Bevölkerung marginalisiert und verdrängt zu werden, etwa durch die finanzielle und materielle Unterstützung der deutschen Bevölkerung. Eine solche Politik lief auf die Diskriminierung der Polen hinaus. Ihre Anhänger entstammten vor allem den Reihen der deutschen Rechten, insbesondere konservativen, nationalliberalen und radikalnationalistischen politischen Kreisen.

---

3 Serrier, Provinz Posen, S. 27 f.

4 Davies, God’s Playground, S. 81-162; Borodziej, S. 13-52.

Auf der anderen Seite standen die Befürworter einer toleranten Politik, die den preußischen Polen, aber auch den übrigen Minderheiten in Deutschland wie den Dänen und Elsass-Lothringern die gleichberechtigte Teilnahme am Staatsleben ermöglichen wollten. Nationalität, Muttersprache und Religionszugehörigkeit galten ihnen als private Angelegenheiten, in die sich der Staat nicht einzumischen habe, einzig die Loyalität gegenüber Monarch und Staat sei relevant. Durch die Beseitigung der antipolnischen Diskriminierung und Ausnahmegesetzgebung sollten eine Entspannung des Nationalitätenkonflikts in den Ostprovinzen und eine Verständigung zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung erreicht werden.

Eine solche entgegenkommende Politik wurde vor allem im katholischen Milieu und der Zentrumspartei, in linksliberalen Kreisen, in der Sozialdemokratie und von parlamentarischen Vertretern der preußischen Polen befürwortet. Mitunter meldeten sich auch die betroffenen Deutschen und Polen aus den Ostprovinzen zu Wort und suchten ihre Auffassung in der deutschen Öffentlichkeit zu verbreiten. Diese Parteien und Akteure werden unter dem Sammelbegriff „Verständigungsbefürworter“ zusammengefasst. Trotz unterschiedlicher politischer Vorstellungen konnten sie sich sowohl auf die gemeinsame Frontstellung gegen die repressive preußische Polenpolitik als auch auf das Ziel einer Entspannung des Nationalitätenkonflikts und einer Verständigung zwischen Deutschen und Polen einigen. Allerdings begegneten die deutschen Verständigungsbefürworter den Polen mitunter ähnlich überheblich wie die deutschen Rechten. Die Auffassung, dass eine Verständigungspolitik zwischen zwei gleichberechtigten Partnern auf Augenhöhe erfolgen müsse, nicht aber eine herablassende Geste der Deutschen darstellen dürfe, wurde letztlich nur von den preußischen Polen vertreten.

Im Mittelpunkt der Studie stehen die deutschen und polnischen Verständigungsbefürworter, die sich in deutscher Sprache an der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ beteiligten. Diese nutzten – ebenso wie auf der Gegenseite die deutschen Rechten – die Presse und die parlamentarische Bühne, um ihre Wahrnehmung und Deutung des Nationalitätenkonflikts öffentlich vorzutragen und mögliche Lösungen zu skizzieren. Gezielt suchten sie den Weg an die Öffentlichkeit, da ihnen die direkte politische Einflussnahme in der Regel versperrt war. Hingegen konnten die Konservativen und Nationalliberalen sich ihrer informellen Kontakte vor allem zur preußischen Staatsregierung bedienen, um eigene politische Vorstellungen durchzusetzen. Durch die intensive Beteiligung an der öffentlichen Debatte suchten die Verständigungsbefürworter ihr Machtdefizit zumindest teilweise auszugleichen.

Obwohl der Schwerpunkt auf den deutschen und polnischen Verständigungsbefürwortern liegt, bliebe die Untersuchung der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ ohne Berücksichtigung der deutschen Rechten unvollständig, denn diese gaben bedeutende Impulse für die Verschärfung der Polenpolitik und übten heftige Kritik an den Entwürfen für eine Verständigung. Die einseitige Betrachtung der Verständigungsbefürworter wäre ebenso unausgewogen wie der alleinige Fokus auf den deutschen Rechten. Beide sind nur in ihren Wechselwirkungen und gegenseitigen Bezugnahmen in der öffentlichen Debatte zu verstehen, weshalb die Positionen der deutschen Rechten in die Analyse einbezogen werden.

Was den zeitlichen Rahmen der Studie anbelangt, markieren die Jahre 1894 und 1918 wichtige Zäsuren im deutsch-polnischen Verhältnis. Im Jahr 1894 endete die

„Versöhnungsära“ unter Reichskanzler Leo von Caprivi und damit die kurze Phase einer Entspannung im Nationalitätenkonflikt. Vor allem die deutschen Konservativen und Nationalliberalen hatten diese Politik scharf kritisiert und ihre antipolnischen Positionen in der öffentlichen Debatte entschieden vertreten. Angeführt von den radikalnationalistischen Verbänden des Deutschen Ostmarkenvereins und Alldeutschen Verbands flankierten sie in der Folgezeit die zunehmend repressive Polenpolitik der preußischen Staatsregierung und verlangten deren weitere Verschärfung. Einen tiefen Einschnitt stellt der Kriegsausbruch im August 1914 dar, wodurch das geteilte Polen in den Fokus der Kriegsgegner rückte und zum Gegenstand von Kriegszielplanungen wurde. In der deutschen Öffentlichkeit entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die Zukunft des 1915 besetzten Kongresspolens, zugleich setzten Erörterungen über eine Revision der preußischen Polenpolitik ein. Schließlich markiert die deutsche Kriegsniederlage 1918 eine entscheidende Zäsur, als Deutschland nicht nur die Kontrolle über Kongresspolen verlor, sondern auch Teile der preußischen Ostprovinzen an den polnischen Staat abtreten musste. In der Zeit der Weimarer Republik war an eine Annäherung und Verständigung zwischen Deutschland und Polen zunächst kaum mehr zu denken.

Aufgrund dieser Überlegungen ergeben sich mehrere Leitfragen: Wie entwickelte sich die öffentliche Debatte über die „polnische Frage“ in Deutschland von den 1890er Jahren bis zum Kriegsende 1918? Welche Rolle spielten die Verständigungsbefürworter in der Debatte und welche Medienformen nutzten sie? Wie beschrieben sie die polnische Bevölkerung, den Nationalitätenkonflikt in den Ostprovinzen und die preußische Polenpolitik? Welche Alternativen und Lösungsmöglichkeiten offerierten sie? Welche Argumente, Wahrnehmungs- und Deutungsmuster wurden in ihren Veröffentlichungen und Stellungnahmen deutlich? Für die Zeit des Weltkrieges außerdem: Wie veränderte sich die Debatte nach Kriegsausbruch vor allem im Hinblick auf das besetzte Kongresspolen? Welche Rolle spielten die Entwürfe für eine deutsch-polnische Verständigung und für die polnische Staatlichkeit in Bezug auf die am 5. November 1916 durch die Mittelmächte erfolgte Proklamation des Königreichs Polen? Und wie wirkte sich die Politik der Mittelmächte im besetzten Polen auf die Polenpolitik in den preußischen Ostprovinzen und die öffentliche Debatte darüber aus?

Mit der Untersuchung der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ soll mithilfe eines medienhistorischen Ansatzes ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Kaiserreich geleistet werden. In den Forschungen zur deutsch-polnischen Geschichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges lassen sich mehrere Entwicklungen ausmachen.[5] So liegt der Schwerpunkt von regionalgeschichtlichen Arbeiten zu den preußischen Ostprovinzen auf der wechselseitigen Entwicklung des deutschen und polnischen Nationalbewusstseins, auf dem eskalierenden Nationalitätenkonflikt, ferner auf den beiderseitigen Versuchen der Aneignung der Provinzen für die eigene Nation.[6] Dabei geraten Prozesse der gegenseitigen Entfremdung und Desintegration[7] wie auch der Akkulturation

[5] Für einen profunden Forschungsüberblick zur Geschichte der preußischen Polenpolitik und des deutsch-polnischen Verhältnisses in der Provinz Posen Molik, Polenpolitik.

[6] Serrier, Provinz Posen; ders., Selbstbild; Dyroff, Erinnerungskultur; Lorenz.

[7] Grabowski, Nationalismus; Müller, Nationalisierung; Porter; Pletzing, Völkerfrühling.

und Assimilierung von deutscher und polnischer Bevölkerung in den Fokus[8], zudem Strategien der gesellschaftlichen Eliten im Umgang mit der speziellen Lebenssituation in den Grenzregionen[9] oder auch Positionen nationaler Indifferenz.[10] Eine besondere Rolle kommt der Politik Preußens gegenüber der polnischen Bevölkerung und deren Abwehrstrategien zu, die in älteren Studien ausführlich untersucht wurden.[11] Neuere Arbeiten widmen sich überdies den Legitimations- und Aneignungsstrategien des preußischen Staates, der das Ziel verfolgte, die Region in den deutschen Nationalstaat einzugliedern, beispielsweise durch eine kulturelle Hebungspolitik[12], durch symbolische Akte der Besitznahme und Herrschaftssicherung[13] oder durch die Transformation in eine „deutsche" Landschaft.[14]

Aufgrund ihrer ethnischen Heterogenität und der Grenzsituation besaßen die Ostprovinzen, insbesondere die Provinz Posen, eine Sonderstellung im Deutschen Reich. Der Ausnahmecharakter wurde noch besonders konturiert durch die Diskriminierung und gesetzliche Ungleichbehandlung der polnischen Bevölkerung, wodurch ein „staatliches Sonderrecht" geschaffen wurde.[15] Die verbreitete Wahrnehmung der Polen als fremd und minderwertig schien eine solche Behandlung zu rechtfertigen. Somit wurden die preußischen Ostprovinzen mit ihrem großen polnischen Bevölkerungsanteil mental zu einer „Ersatzkolonie" des Deutschen Reiches, wo das deutsch-polnische Verhältnis mit kolonialen Assoziationen überformt, kulturelle Differenzen hergestellt und koloniale Praktiken erprobt wurden.[16] Besonders die radikalen Nationalisten des Deutschen Ostmarkenvereins und Alldeutschen Verbands sahen die Ostprovinzen als Experimentierfeld, um ihre sozialdarwinistischen und „rassischen" Volks- und Staatskonzepte zu schärfen und zu erproben.[17]

Die koloniale Aufladung des deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikts kann als Reaktion auf die transnationale Verflechtung des Deutschen Reiches und einen zunehmend globalisierten Arbeitsmarkt gedeutet werden.[18] Der deutsche Nationalstaat war mit der Reichsgründung 1871 noch lange nicht erreicht, vielmehr musste sich das „preußisch-deutsche Empire" mit den ethnischen und nationalen Minderheiten innerhalb seiner Grenzen auseinandersetzen und diese mit dem Staatsideal in Einklang bringen.[19] Da die ethnische Differenz zwischen Deutschen und Polen trotz der Exklusion

8 MOLIK/TRABA.

9 MOLIK, Inteligencja polska, S. 327-348; MICIŃSKA; MATWIEJCZYK.

10 BJORK.

11 Siehe die in den Kapiteln II.2 und II.3 angeführten einschlägigen Arbeiten. Für die polnische Abwehr SKORUPA; JAWORSKI, Handel.

12 SCHUTTE, Akademie.

13 DYROFF, Ortsnamen; PLETZING, Politisierung; MYSCHOR.

14 WILSON, Chauvinism; DERS., Imagining.

15 GOSEWINKEL, S. 211-218, Zitat S. 216.

16 CONRAD, Globalisierung, S. 29 (Zitat) und ausführlich 139-153; THER, S. 137-141; KOPP, Gray Zones, S. 38 f.; DIES., Arguing, S. 153-157; DIES., Constructing.

17 WALKENHORST, S. 252-281.

18 CONRAD, Globalisierung, S. 139-144; DERS., Globalisierungseffekte.

19 THER, S. 130 (Zitat) und 141-144; SCHIEDER, S. 38 f.

aus der nationalen Gemeinschaft überbrückbar schien, blieb die Akkulturation und Assimilation der polnischen Bevölkerung Preußens stets eine ernstzunehmende Option.[20] Darauf deuten die besonders in preußischen Regierungskreisen und im Beamtentum präsenten Vorstellungen und Konzepte der „Germanisierung“ der Polen und der „kulturellen Hebung“ der Ostprovinzen hin. Deutlich sind hier kulturmissionarische Ambitionen zu erkennen, den Osten des Reiches mittels kultureller, bildungspolitischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Maßnahmen auf eine höhere Kulturstufe zu heben. Ebenso weisen die Überzeugung von der Höherwertigkeit der eigenen Kultur und Lebensweise, ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein und der Glaube an die Großzügigkeit gegenüber den Polen Züge einer deutschen Zivilisierungsmission im Osten auf. Das Ziel bestand in der Verwandlung der ethnisch heterogenen Ostprovinzen in ein deutsches Land mit deutscher Bevölkerung, um den 1871 gegründeten Nationalstaat zu vollenden. Da die betroffenen Polen die Assimilationsforderungen jedoch zurückwiesen, griff der preußisch-deutsche Staat vermehrt zu Zwangsmaßnahmen.[21]

Solche Vorstellungen einer Zivilisierungsmission bzw. „deutscher Kulturarbeit“ im Osten fügten sich ein in die deutsche Wahrnehmung, Konstruktion und Aneignung der Ostprovinzen als historischer Teil der eigenen Nation, blieben allerdings nicht auf das preußische bzw. deutsche Staatsgebiet beschränkt. Vielmehr deuteten die Verklärung des „deutschen Dranges nach Osten“, der mittelalterlichen „Ostkolonisation“ und des Deutschen Ordens weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus.[22] Die preußischen Ostprovinzen waren Teil eines unbekannten und ausgedehnten Ostens, der mit den widersprüchlichen Bildern eines bedrohlichen und zugleich anziehenden Traumlandes assoziiert wurde.[23] Der wenig bekannte Raum wurde im Ersten Weltkrieg mit dem Vorrücken der Truppen der Mittelmächte an der Ostfront plötzlich für viele Deutsche erfahrbar.[24] Sie wurden unmittelbar mit dem Osten und seiner Bevölkerung konfrontiert und ihr Wahrnehmungshorizont und ihre Betätigungsfelder erweiterten sich in vielerlei Hinsicht, sei es an der militärischen Front[25] oder in den Besatzungsgebieten.[26] Der Krieg war zudem das beherrschende Thema in Politik und Öffentlichkeit der kriegführenden Staaten. An Studien über die Kriegszielplanungen politischer, wirtschaftlicher und breiter gesellschaftlicher Kreise Deutschlands sowie die begleitenden öffentlichen Erörterungen herrscht kein Mangel.[27] Das besetzte Kongresspolen stand

---

20 Conrad, Globalisierung, S. 144 f.; Ther, S. 139.

21 Surynt, Postęp, S. 71-87; Osterhammel, Europe, insb. S. 29-33; ders., Zivilisierungsmission, S. 366-376.

22 Wippermann, Drang; ders., Ordensstaat; Liulevicius, German Myth; Tu; Surynt, O misjonarstwie cywilizacyjnym.

23 Thum; Wippermann, Die Deutschen; Hahn/Hahn.

24 Für die Verarbeitung der Konfrontation mit dem Osten in deutschen Soldatenzeitungen Nelson, German Soldier Newspapers, insb. S. 204-222.

25 Gross.

26 Polsakiewicz; Scheer, Front; Liulevicius, Kriegsland.

27 Diese Studien erschienen vor allem im Nachgang der Fischer-Kontroverse, siehe Jäger.

im Mittelpunkt der Überlegungen und Entwürfe für die territoriale und staatliche Neuordnung Ostmitteleuropas.[28]

Bei unterschiedlichen theoretischen Zugängen und methodischen Zugriffen ist den Studien zur deutsch-polnischen Geschichte im Kaiserreich bis Ende des Ersten Weltkrieges mehr oder minder gemeinsam, dass die jeweiligen Themen vor dem Hintergrund eines Konflikts zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung bzw. dem deutschen und polnischen Nationalismus untersucht werden. Darin bildet die vorliegende Studie zwar keine Ausnahme, auch hier ist der Nationalitätenkonflikt konstitutiv. Indem der Fokus jedoch auf die Kritiker der preußischen Polenpolitik gelegt wird, die einer Entspannung im deutsch-polnischen Zusammenleben und einer Politik der Verständigung das Wort redeten, soll das konfrontative Verhältnis hinterfragt werden. Denn durch die Betonung des Nationalitätenkonflikts, der repressiven Polenpolitik und des Bildes vom „fremdartigen Osten" werden in der Regel die Differenzen und Spannungen zwischen Deutschen und Polen bestätigt, die nach Kriegsende 1918 scheinbar unausweichlich zur gewaltsamen Eskalation führen mussten. Indes war diese Entwicklung für die zeitgenössischen Beobachter nicht zwangsläufig oder gar vorhersehbar. Vielmehr war die Zukunft offen und gestaltungsfähig; sie bot Raum für Spekulationen, Prognosen und Hoffnungen. Genau hier setzten die Verständigungsbefürworter mit ihrer Kritik an der preußischen Polenpolitik und ihren Vorschlägen zur Befriedung des Nationalitätenkonflikts an. Gleichwohl soll das deutsch-polnische Verhältnis in der Zeit des Kaiserreichs keinesfalls einseitig umgedeutet oder beschönigt, sondern das Bild der überwiegend konfliktreichen Geschichte um eine wichtige Facette ergänzt werden.

Ein zweiter Komplex, der in Ergänzung zum Forschungsüberblick hervorgehoben werden muss, betrifft die Rolle der Medien in den zeitgenössischen öffentlichen Debatten sowie Medien als Quelle der Geschichtswissenschaft. So ist ein wachsendes Interesse der Historiker an der Geschichte der Massenmedien, ihrer Bedeutung für moderne Lebenswelten und Lebensstile sowie ihrer Vermittlungsfunktion für Informationen, Unterhaltung und politische Macht festzustellen.[29] Auch in Studien zur deutsch-polnischen Geschichte werden Presseerzeugnisse, Publikationen und Reden herangezogen, um zeitgenössische Diskussionen und politische Auseinandersetzungen nachzuvollziehen und diese in ihrer öffentlichen Wahrnehmung und Wirkung zu untersuchen.[30] Dabei werden die veröffentlichten Meinungen mitunter punktuell, selektiv und nur auf den Inhalt bezogen verwandt, ohne sie hinreichend innerhalb des medialen und diskursiven Zusammenhangs zu reflektieren und zu verorten. Zudem besteht die Gefahr, markante Aussagen, die offensiv vorgetragen wurden und extreme politische Positionen darstellten, zu stark zu betonen und zu generalisieren. Pragmatische und abwägende Stellungnahmen und politische Konzepte fanden in den historiografischen Arbeiten hingegen weit weniger Beachtung. Gerade diese sind jedoch grundlegend, um etwa die radikalen Äußerungen in die Debatte einordnen zu können. Daher soll in

[28] Zuletzt Mikietyński; Szymczak.

[29] Führer/Hickethier/Schildt, S. 1; Schildt, S. 177 f. – Exemplarisch für das Kaiserreich Rosenberger; Bösch, Geheimnisse; Raithel.

[30] Für neuere Studien siehe beispielsweise Serrier, Provinz Posen; Dyroff, Erinnerungskultur; Schutte, Akademie.

der vorliegenden Studie das gesamte Spektrum an zeitgenössischen Meinungen, Argumenten und Deutungsmustern in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" erfasst werden.

Zugleich wird eine Außenperspektive gewählt, die auch für die Mehrheit der zeitgenössischen Rezipienten galt. Diese waren nicht unmittelbar mit den preußischen Ostprovinzen und der dortigen Bevölkerung konfrontiert, sondern bezogen ihr Wissen unter anderem aus der Presse, aus einschlägigen Veröffentlichungen und parlamentarischen Reden. Ähnliches galt für etliche Politiker, Publizisten und Journalisten, die sich mit der „polnischen Frage" befassten. Daher kommt den Äußerungen der betroffenen Bevölkerung, der Abgeordneten und der Presseorgane aus den Ostprovinzen eine besondere Bedeutung als Informationsquelle zu. Im Gegenzug eröffneten die Beobachter, die nicht unmittelbar in den deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt involviert waren, neue Perspektiven auf das Phänomen und entwickelten alternative Lösungsmöglichkeiten, die wiederum Reaktionen aus den Ostprovinzen hervorrufen konnten. Somit können anhand der Analyse der überregionalen öffentlichen Debatte die Wechselbeziehungen zwischen den peripheren Ostprovinzen und dem übrigen Deutschland nachvollzogen werden, insbesondere die Vermittlung von Nachrichten und Wissen sowie deren Verarbeitung und Verhandlung außerhalb der betroffenen Region.[31]

Die Öffentlichkeit ist der Ort der gesellschaftlichen Aushandlung politischer Themen. Sie bildet einen spezifischen Kommunikationsraum zahlreicher konkurrierender Diskurse, der gesellschaftlichen Verständigung und Konfliktaustragung, der Artikulation von Interessen sowie der Konstruktion und Legitimierung von Herrschaftsverhältnissen. Dabei handelte es sich im Kaiserreich nicht mehr um ein geschlossenes bürgerliches Phänomen, sondern um eine pluralistische Öffentlichkeit, in der Akteure und Medien aus verschiedenen politischen Lagern und gesellschaftlichen Schichten miteinander kommunizierten und diskutierten.[32] Ferner dient Öffentlichkeit als Referenz- und Orientierungsrahmen der Individuen, wodurch Gesellschaft erst erfahrbar wird. Ihre Funktionen können mit den Begriffen Informationsvermittlung, Meinungsbildung, Wertorientierung und Sinnstiftung beschrieben werden.[33]

Der vorliegenden Arbeit wird die Prämisse zugrunde gelegt, dass die öffentliche Debatte über die „polnische Frage" ohne ausreichende Berücksichtigung der zeitgenössischen Presse fragmentarisch bleiben muss. Allein aus Streitschriften, Zeitschriftenbeiträgen und parlamentarischen Reden kann das komplexe System öffentlicher Kommunikation nicht erfasst werden. Die Zeitung war das einzige Massenmedium im Kaiserreich und für viele Personen das wichtigste Organ der politischen Information.[34] Erst durch die Berichterstattung der Presse wurden Ereignisse zu Medienereignissen,

[31] Zu diesem Forschungsdesiderat siehe Molik, Polenpolitik, S. 38 f.

[32] Für den Zeitraum der 1890er Jahre bis 1918 kann unter diesem Begriff weder die idealtypische normative Öffentlichkeit der miteinander räsonierenden Bürger nach Habermas verstanden werden noch die massenmediale Öffentlichkeit, in der eine ökonomisch determinierte und manipulative Presse Kommunikationsangebote veröffentlichte, die von den Rezipienten nur passiv genutzt wurden. Vgl. Habermas; Führer/Hickethier/Schildt, S. 2-11.

[33] Imhof, S. 4.

[34] Engelsing, S. 117 ff.

die den Lesern die Wahrnehmung, Deutung und Sinngebung ermöglichten und sie zur aktiven Teilnahme an der öffentlichen Debatte befähigten – sei es im Kneipengespräch, als Leserbriefschreiber oder gar als Verfasser eigener Artikel.[35]

Das Zeitungswesen hatte ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine enorme Modernisierung und Ausdifferenzierung erfahren, die zur Entstehung der modernen Massenpresse um die Jahrhundertwende führte. Technologische Innovationen in den Bereichen des Druckens, des Setzens und der Papierverarbeitung erlaubten eine schnellere Produktion bedeutend höherer Auflagen. Durch Eisenbahn, Telegrafie und Telefon wurde die Nachrichtenübermittlung verbessert und die Entstehung von Nachrichtenbüros ermöglicht, die den wachsenden Bedarf an aktuellen Informationen deckten. Begünstigt durch die rechtliche Festschreibung der Pressefreiheit im Reichspressegesetz von 1874 erlebte das Zeitungswesen in Deutschland einen enormen Aufschwung, der zur Vervielfachung des Angebots an Zeitungen sowie zur Professionalisierung und Ausdifferenzierung der Redaktionen und des Journalistenberufs führte. Ferner wuchs mit der zunehmenden Alphabetisierung und Bildung auch in ländlichen Regionen das Interesse an Informationen aus allen Bereichen der Gesellschaft, zudem ermöglichte die allgemein steigende Kaufkraft im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs der Gründerzeit weiten Bevölkerungskreisen den regelmäßigen Bezug von Zeitungen.[36]

Im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg stieg die Zahl der Zeitungen im Deutschen Reich auf über 4200 Zeitungen an, die zusammen genommen bis zu 25 Millionen Exemplare pro Tag absetzten.[37] Rund die Hälfte der Zeitungen erschien täglich, mitunter in mehreren Ausgaben. Die höchsten Auflagen erzielte die unpolitische Generalanzeigerpresse, während die der führenden politischen Zeitungen niedriger lag. Allerdings fand die diskursive Auslotung politischer Fragen im Kaiserreich zu wesentlichen Teilen in den politischen Zeitungen und Zeitschriften statt. Diese waren in der politischen Kommunikation meinungsführend und verhandelten die drängenden gesellschaftlichen und politischen Themen. Sie verarbeiteten und vermittelten Informationen, setzten selektiv Schwerpunkte in der Berichterstattung, bestimmten den Diskussionsverlauf, stellten Hypothesen über zukünftige Entwicklungen auf und skizzierten potenzielle Lösungen für aktuelle Probleme.[38] Oft waren sie eng mit Parteien und lebensweltlichen Milieus verbunden, positionierten sich recht eindeutig im politischen Spektrum und grenzten sich scharf voneinander ab.[39] Unabhängig von ihrer Reichweite und ihrer Wirkung nahmen die einzelnen Zeitungen und Zeitschriften jeweils für sich in Anspruch, die „öffentliche Meinung“ und damit die Interessen der gesamten Gesellschaft zu vertreten.

Anders als etwa in Großbritannien oder den USA, trat die Presse in Deutschland jedoch nicht als Vertreter einer politische und gesellschaftliche Missstände aufdeckenden

---

[35] Bösch, Zeitungsberichte.

[36] Requate, Kennzeichen; Wilke, Grundzüge, S. 252-294; Nipperdey, Geschichte, Bd. 1, S. 797-811; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1238-1249. Siehe auch König, S. 60-63.

[37] Stöber, Pressegeschichte, S. 159 ff.

[38] Vgl. Brosius.

[39] Requate, Öffentlichkeit, S. 26.

oder die Politik kontrollierenden „vierten Gewalt“ auf.[40] Dem standen die Prägung des deutschen Journalismus und der öffentlichen Kommunikation durch die lange Tradition von Zensur und Pressekontrolle, die sich in der Rechtsprechung überliefert hatte, ebenso entgegen wie die restriktive Informationspolitik von Regierung und Behörden. Ihrem Selbstverständnis und Berufsbild nach definierten sich Herausgeber, Redakteure und Journalisten als Vertreter einer Parteirichtungs- und Weltanschauungspresse. In der Regel bildeten sie weder ein unabhängiges Gegengewicht noch eine Kontrollinstanz von Politik, Parteien und Verbänden, sondern traten für partikulare Interessen ein und trugen in der Öffentlichkeit politische Machtkämpfe aus. Dadurch wurde die Entwicklung einer kritischen Presse im Deutschen Kaiserreich behindert.[41]

Im Hinblick auf die Frage, wie die massenmediale Kommunikation das Wissen, die Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Rezipienten beeinflusste, steht der Historiker aufgrund der dünnen Quellenlage vor einem Problem. Selbst mit den modernen Ansätzen der Medienwirkungsforschung auf breiter empirischer Grundlage sind die Auswirkungen der Mediennutzung auf Meinungsbildungsprozesse nicht präzise zu analysieren. Im Rahmen historiografischer Fragestellungen ist es kaum möglich, die Deutungen und Sinnstiftungen der Zeitungsleser zu erschließen.[42] Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass angesichts der einsetzenden breiten Politisierung der Bevölkerung das Informationsbedürfnis, die Rezeption von Medienereignissen und die interpersonale Kommunikation darüber zunahmen. Dabei eigneten die Rezipienten sich das Wissen nicht nur an, sondern verarbeiteten und diskutierten es; ferner reflektierten sie die Relativität der Meinungen und die Konstruiertheit von Medieninhalten.[43] Letztlich kann die historische Medienwirkungsforschung aber weder die Reichweite noch die Wirkung eines Zeitungsartikels oder einer parlamentarischen Rede exakt nachweisen, sondern lediglich Schlussfolgerungen aus bestimmten Formen der Berichterstattung ziehen.[44]

Daher werden die in der vorliegenden Arbeit untersuchten Veröffentlichungen und Reden in erster Linie als Beiträge im öffentlichen Kommunikationsprozess verstanden, über den gesellschaftliche Deutungen und Argumentationsweisen erschlossen werden können. Die ‚Textproduzenten‘ und Redner werden nicht nur als Teilnehmer an den Debatten untersucht, sondern auch in ihrer Vermittler- und Multiplikatorfunktion, die den Rezipienten ihre Deutungsangebote von Ereignissen unterbreiteten und mitunter direkte Handlungsanleitungen gaben. Daran anknüpfend werden im Einzelfall – mit aller Vorsicht – heuristische Rückschlüsse auf mögliche Wirkungen der öffentlichen Debatten auf den zeitgenössischen Zeitungsleser gezogen.

Darüber hinaus orientierten sich die Blätter an den Erwartungen ihrer Leserschaft und suchten diese zu erfüllen. Die Leser nutzten vor allem jene medialen Angebote, die ihrem politischen Weltbild entsprachen und es bestätigten. So kann davon ausgegangen

---

40 Schulz, Aufstieg, S. 73-83.

41 Requate, Öffentlichkeit, S. 18-26. Ausführlich ders., Journalismus, insb. S. 44-50, 264-271 und 393-407.

42 Siehe den Überblick bei Kepplinger.

43 Bösch, Zeitungsberichte, S. 322-328.

44 Vgl. Rosenberger sowie Kepplinger, S. 702.

werden, dass die Leser der den Polen wohlwollend gesinnten Presse mit alternativen Deutungen der Polenpolitik und des deutsch-polnischen Verhältnisses stärker vertraut waren als etwa die Leserschaft konservativer und nationalliberaler Blätter. Zwar informierten die Zeitungen in den zahlreichen ausführlichen Presseschauen über das gesamte politische Medienspektrum, allerdings wurden die zitierten Auszüge in der Regel kritisch kommentiert und anhand der eigenen Auffassungen infrage gestellt. Obwohl die deutsche Presse in hohem Maße selbstreferenziell war, zeigten sich die einzelnen Zeitungen kaum bereit, abweichende Argumente und Standpunkte zu akzeptieren oder sich diese gar anzueignen.[45]

Die politische Presse Deutschlands bildet die hauptsächliche Quellengrundlage der vorliegenden Arbeit. Für die bedeutenden Medienereignisse mit Bezug zur preußischen Polenpolitik und polnischen Bevölkerung wurden die überregionalen Zeitungen und Zeitschriften, die deutschsprachige Posener Presse sowie – für die Zeit des Ersten Weltkrieges – die führenden deutschsprachigen Zeitungen Österreich-Ungarns ausgewertet. Diese liegen in den Universitätsbibliotheken Freiburg und Berlin, der Zeitungsabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin sowie der Universitätsbibliothek in Posen (Biblioteka Uniwersytecka w Poznaniu) im Original und auf Mikrofilm vor; die Presse Österreich-Ungarns ist durch die Österreichische Nationalbibliothek digital erschlossen und online einsehbar.[46]

Ergänzt wird die Quellenbasis durch die umfangreiche Presseausschnittsammlung des Bundes der Landwirte (BdL), die rund 40 Bände zur „Polenfrage" mit Schwerpunkt auf (land-)wirtschaftlichen Themen enthält, wobei während des Krieges auch die deutsche Politik im besetzten Kongresspolen berücksichtigt wurde.[47] Ferner enthalten die Akten des preußischen Staatsministeriums zahlreiche Zeitungsausschnitte.[48] Allerdings spiegeln diese Sammlungen hinsichtlich der Auswahl der Themen und der Publikationsorgane die politischen Präferenzen der sammelnden Institutionen deutlich wider: Der Fokus liegt auf agrarisch-konservativen, nationalliberalen bis hin zu rechtsnationalistischen und alldeutschen Zeitungen, punktuell sind aber auch sozialdemokratische, linksliberale und zentrumsnahe Blätter berücksichtigt worden. Die Sammlungen wurden für die Untersuchung ergänzend hinzugezogen und die ausgewerteten Zeitungsausschnitte – sofern möglich – anhand der Originalquellen überprüft.

Die politische Presse in Deutschland lässt sich anhand der politischen und sozialmoralischen Milieus unterteilen. Dabei folgt die vorliegende Studie der Positionierung der Zeitungen und Zeitschriften im politischen Spektrum wie auch der Verortung durch die übrigen Medien und Diskussionsteilnehmer. Gleichwohl waren die politischen Zugehörigkeiten nicht immer eindeutig und die Grenzen häufig fließend. Mitunter wanderten

---

45 Schildt, S. 185 f.; Bösch, Zeitungsberichte, S. 328. Vgl. Bösch, Parlamente, S. 374.

46 ANNO – AustriaN Newspapers Online, URL: http://anno.onb.ac.at/ (letzter Zugriff am 10.05.2014).

47 Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde [künftig zit. BArch] R 8034/II Reichslandbund/Pressearchiv. Siehe hierzu Meyer; Metschies.

48 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin [künftig zit. GStA] I. HA, Rep. 90 A Staatsministerium, jüngere Registratur; GStA I. HA, Rep. 77 Ministerium des Innern; GStA I. HA, Rep. 87 Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Medien im politischen Spektrum, auch boten sie Verfassern mit unterschiedlichen, teils konträren Auffassungen Raum für ihre Stellungnahmen. Insofern wird durch die Analyse der öffentlichen Debatte auch die Meinungsvielfalt in einzelnen Blättern wie auch innerhalb der verschiedenen politischen Richtungen herausgearbeitet.

Für die Debatte über die „polnische Frage" von herausragender Bedeutung war die Zentrumspresse als Sprachrohr des politischen Katholizismus. Seit der gemeinsam erfahrenen Unterdrückung der Kulturkampfzeit fühlte sich das Zentrum den katholischen Polen im Widerstand gegen den mehrheitlich protestantischen preußisch-deutschen Staat verbunden. Die vehemente Kritik an der preußischen Polenpolitik hatte der *Kölnischen Volkszeitung* sogar die Spottnamen „Polenblatt am Rhein" und – in Anlehnung an den Gründer Joseph Bachem – „Gazeta Bachemska" eingebracht, die sie jedoch als Anerkennung ihrer politischen Haltung erachtete.[49] Mit einer Auflage von knapp 30 000 Exemplaren im Jahr 1914 war die patriotisch-fortschrittliche *Kölnische Volkszeitung* das führende Zentrumsblatt in Deutschland.[50] Ebenso entschieden in der Sache, wenngleich etwas verhaltener in der Wortwahl, engagierte sich die in Berlin erscheinende *Germania* gegen die antipolnische Diskriminierung. Sie erreichte in der Zeit des Kulturkampfes ihre größte Bedeutung, bis zur Jahrhundertwende sank die Auflage jedoch auf rund 4000 Exemplare. Das Blatt entwickelte sich nun zum Sprachrohr der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei.[51] Ihre Leser fanden die Zentrumsblätter in der katholischen Bevölkerung aller Schichten im gesamten Deutschen Reich, mit Schwerpunkt in Rheinland, Westfalen und Bayern.[52]

Die sozialdemokratische Presse attackierte die preußische Polenpolitik ebenfalls heftig, unterlegte ihre Artikel aber stets mit einer deutlichen Herrschaftskritik und dem Bemühen um die polnische Arbeiterschaft. Führend war der Berliner *Vorwärts* als Parteiorgan der SPD und Sprachrohr der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einer Auflage von rund 165 000 Exemplaren im Jahr 1912 erzielte das Blatt eine große Reichweite im gesamten Deutschen Reich.[53] Hingegen vertrat die *Leipziger Volkszeitung* den antirevisionistischen linkssozialdemokratischen Flügel der Partei und besaß mit einer Auflage von 55 000 Exemplaren vor und während des Ersten Weltkrieges ebenfalls eine große überregionale Bedeutung.[54] Die sozialdemokratischen Blätter wurden von den SPD-Parteimitgliedern, vor allem Arbeitern, Handwerkern, Gewerbetreibenden, aber auch von Teilen der unteren Beamtenschaft und des Mittelstands gelesen.[55]

Die liberale Presse war weitaus fragmentierter, worin sich die parteienpolitische Zersplitterung der Liberalen widerspiegelte. Unter den linksliberalen Zeitungen ragte die *Frankfurter Zeitung* heraus, die als Vertreterin des liberal-demokratischen süddeutschen Bürgertums galt und in fundierten sachlichen Analysen die preußische Polenpolitik kritisierte. Das weithin angesehene und meinungsführende linksliberale Blatt er-

---

49 Cardauns, S. 76.
50 Kramer, S. 260 f.
51 Stiegler, S. 301.
52 Dussel, S. 97; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1246 f.
53 Schulze, S. 335-340.
54 Greim/Meergans, S. 80; Stöber, Pressegeschichte, S. 161, Anm. 81.
55 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1045-1050 und 1245 f.

zielte im Jahr 1917 eine Auflage von rund 170 000 Exemplaren.[56] Ähnlich einflussreich waren das *Berliner Tageblatt* mit rund 238 000 Abonnenten und die *Vossische Zeitung* (Berlin) mit etwa 43 000 Beziehern im Jahr 1915. Die linksliberalen Zeitungen im Kaiserreich standen politisch der Freisinnigen Vereinigung bzw. der Fortschrittlichen Volkspartei nahe.[57] Allerdings schwankten sie mitunter zwischen antipolnischen Ressentiments und scharfen Verurteilungen der Polenpolitik: So vertrat das *Berliner Tageblatt* um die Jahrhundertwende antipolnische Positionen, bis der Chefredakteur Theodor Wolff es ab 1906 als eine der führenden freiheitlich-demokratischen Zeitungen Deutschlands etablierte und die Diskriminierung der preußischen Polen grundsätzlich verwarf. Hingegen trat die *Vossische Zeitung* in der Vorkriegszeit noch gegen die repressive Polenpolitik auf, im Ersten Weltkrieg kritisierte der zweite Chefredakteur Georg Bernhard in seinen Leitartikeln die entgegenkommende deutsche Politik im besetzten Kongresspolen jedoch zunehmend.

Indes können nationalliberale Zeitungen wie die *Kölnische Zeitung* in ihrer Haltung gegenüber nationalen Minderheiten kaum mehr als liberal bezeichnet werden, sondern gehörten – an die Politik der Nationalliberalen Partei anknüpfend – zu den größten Verfechtern von antipolnischen Ausnahmegesetzen.[58] Die Übergänge zu nationalistischen und völkischen Positionen waren fließend, wie etwa bei der alldeutschen *Täglichen Rundschau* (Berlin) oder der rechtsnationalistischen und eng mit der Schwerindustrie verbundenen *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* (Essen).[59] Eher bürgerlich-liberal gaben sich hingegen die *Münchner Neuesten Nachrichten*, die mit einer Auflage von 127 000 Exemplaren im Jahr 1914 eine starke regionale Bedeutung besaßen, aber reichsweit erhältlich waren.[60] Die Leser der linksliberalen und nationalliberalen Zeitungen sind keinem scharf umgrenzten sozialkulturellen Milieu wie etwa bei Zentrum und Sozialdemokratie zuzuordnen, sondern waren äußerst heterogen und entstammten dem höheren kulturprotestantischen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum, dem Kleinbürgertum, Mittelstand und der Beamtenschaft. Die Leserschaft war aber nicht auf die städtische Bevölkerung begrenzt, sondern umfasste auch Teile der ländlichen Gesellschaft mit jeweils unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten.[61]

Einen grundsätzlich antipolnischen Kurs verfochten konservative Blätter wie die christlich-reaktionäre und antisemitische *Neue Preußische Zeitung* (Berlin), die unter der Bezeichnung *Kreuzzeitung* bekannt war und als Leitorgan der Deutschkonservativen Partei galt. Trotz einer Auflage von nur rund 8500 Exemplaren um die Jahrhundertwende besaß das Blatt großen politischen Einfluss und war über Vorgänge in Regierungskreisen in der Regel gut informiert. Es wurde vor allem von Gutsbesitzern und

---

56 Paupié, Frankfurter Zeitung, S. 245-248.

57 Schwarz, Berliner Tageblatt, S. 319-322; Bender, S. 37 f. Zur Auflagenhöhe Heenemann, S. 76 f.

58 Potschka, S. 152-155.

59 Pöhls, S. 353 f.; Schmidt, Rheinisch-Westfälische Zeitung, S. 368-374.

60 Holz, S. 194-198. Zur Auflagenhöhe Heenemann, S. 85.

61 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1050-1055; Hübinger, Kulturprotestantismus, S. 142-160.

in der ländlichen Bevölkerung Preußens gelesen.[62] Unter den weiteren einflussreichen konservativen Blättern fungierte *Die Post* (Berlin) als Sprachrohr der Freikonservativen Partei und vertrat die Interessen der Großlandwirtschaft und Großindustrie, während sich die *Deutsche Tageszeitung* (Berlin) als Presseorgan des agrarischen Interessenverbandes Bund der Landwirte etablierte.[63]

Die regionale deutschsprachige Presse der Provinz Posen (Poznań) diente den überregionalen Blättern häufig als Stichwortgeber in der öffentlichen Debatte. Die drei führenden Zeitungen befassten sich als unmittelbare Beobachter des Nationalitätenkonflikts intensiv mit der „polnischen Frage" und bezogen meist eindeutig Stellung. So unterstützten die konservative und regierungsloyale *Posener Zeitung* und das deutschnationale *Posener Tageblatt* grundsätzlich die Verschärfung der preußischen Polenpolitik und konnten ihre Auffassung mit zahlreichen Berichten über die vermeintliche Bedrohung der deutschen durch die polnische Bevölkerung bekräftigen. Hingegen waren die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* für ihre regierungskritische und „polenfreundliche" Haltung bekannt. Bemerkenswert ist die Gründung im Jahr 1899 durch den Redakteur des *Posener Tageblatts* Georg Wagner, dessen kritische Broschüre *Der Polenkoller*[64] den Unmut der preußischen Staatsregierung erregt und zu seiner Entlassung geführt hatte. In der Folge entwickelten sich die entschieden für eine deutsch-polnische Verständigung eintretenden *Posener Neuesten Nachrichten* zum auflagenstärksten Blatt der Provinz, das im Jahr 1914 nach eigener Aussage 33 000 Exemplare täglich druckte.[65]

Eine besondere Stellung in der politischen Presse Deutschlands nahm die konservative *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* (Berlin) ein, die staatlich subventioniert wurde und als offiziöses Organ der Reichsleitung fungierte. Ihre Artikel besaßen den Charakter von Verlautbarungen der Regierung. Einen ähnlichen Status besaß die nationalliberale *Kölnische Zeitung*, die Beiträge aus Regierungskreisen und aus dem Auswärtigen Amt abdruckte. Da die Artikel – wie in der deutschen Presse üblich – nicht namentlich gekennzeichnet waren, konnten die Leser und die übrigen Zeitungen über deren Herkunft nur spekulieren, sodass auch nicht-offiziöse Artikel als von Regierungsseite inspiriert erscheinen konnten.[66] Darüber hinaus nutzten die preußische Staatsregierung und die Reichsleitung den führenden deutschen Nachrichtendienst Wolffs Telegraphisches Bureau (W.T.B.) für offiziöse und amtliche Verlautbarungen.[67] Zudem koordinierte die von Otto Hammann geleitete Politische Abteilung im Auswärtigen Amt seit 1894 die amtliche Pressebeeinflussung, um durch Presseanweisungen und vertrauliche

---

62 Rohleder/Treude, S. 212 f. und 219 ff. Zur Auflage Heenemann, S. 76.

63 Nipperdey, Geschichte, Bd. 1, S. 803. – Die Auflage der *Deutschen Tageszeitung* betrug im Jahr 1914 rund 37 000 Exemplare. Heenemann, S. 76.

64 Wagner, Polenkoller.

65 Barelkowski, S. 201-205; Połczyńska, S. 86-92 und 98-101.

66 Fischer, Deutsche Allgemeine Zeitung, S. 271-275; Potschka, S. 153 ff.; Daniel, Einkreisung, S. 286 f.

67 Basse, S. 98-105 und 157-162.

Gespräche mit ausgewählten Journalisten eine positive öffentliche Darstellung der politischen Ziele der Regierung zu erreichen.[68]

Als weitere Quellen dienen politische Zeitschriften und selbständige Veröffentlichungen wie Flugschriften, Broschüren und populärwissenschaftliche Werke. Im Gegensatz zur Tagespresse, die besonders über aktuelle und aufsehenerregende Ereignisse berichtete, waren diese zumeist inhaltlich detaillierter und stärker analysierend, denn die Verfasser standen nicht unter dem Zeitdruck, der etwa in einer Zeitungsredaktion herrschte. Besonders Publizisten und Intellektuelle nutzten diese Medienformen, um ihre Vorstellungen und Überzeugungen in der öffentlichen Debatte zu verbreiten. Damit übernahmen sie zu bestimmten Themen die Rolle von Wortführern oder Stichwortgebern und konnten so ihre Einflusschancen auf dem politischen Massenmarkt erhöhen.[69]

Mitunter waren sie eng mit politischen Zeitschriften verbunden. Im Kaiserreich ist mit Blick auf die „polnische Frage" vor allem die renommierte Monatsschrift *Preußische Jahrbücher* relevant, die der Herausgeber Hans Delbrück, Professor für Geschichte in Berlin, ausgiebig nutzte, um seine Auffassung über die preußische Polenpolitik darzulegen. Zu diesem Thema äußerten sich des Weiteren besonders der evangelische Theologe und führende linksliberale Politiker Friedrich Naumann als Herausgeber der christlich-sozialen Zeitschrift *Die Hilfe*, der in Kongresspolen geborene deutsche Publizist Georg Cleinow, der ab 1909 die nationalliberale und regierungsloyale Zeitschrift *Die Grenzboten* herausgab und 1914 bis 1916 in der deutschen Presseverwaltung in Lodz (Łódź) und Warschau (Warszawa) tätig war, sowie der konservative Publizist Maximilian Harden, der sich in seiner politisch-literarischen Zeitschrift *Die Zukunft* kritisch und oftmals provokant über politische und gesellschaftliche Ereignisse und Entwicklungen äußerte. Diese vier Personen stehen beispielhaft für zahlreiche Publizisten und Intellektuelle, die sich in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" zu Wort meldeten, dem Lesepublikum ihre Vorstellungen und Überzeugungen präsentierten und die Polenpolitik Preußens und Deutschlands zu beeinflussen suchten.[70] Die Leser der politischen Zeitschriften entstammten vor allem dem Bürgertum und gebildeten Mittelschichten, die Auflagen reichten von rund 2000 Exemplaren bei den *Preußischen Jahrbüchern* und den *Grenzboten*, etwa 15 000 im Jahr 1910 bei der *Hilfe*, bis hin zu 23 000 im Jahr 1908 bei der *Zukunft*.[71] Allerdings war die Reichweite erheblich höher, da die Kollektivlektüre und das Vorlesen von Artikeln weit verbreitet waren: Zeitschriften und Zeitungen wurden an andere Personen weitergegeben und waren in Lesezirkeln und -gesellschaften, in Gaststätten, Cafés, Kneipen, in Lesesälen von Vereinen oder in den öffentlichen Bibliotheken und Volksbüchereien zugänglich.[72]

---

68 Jungblut.

69 Hübinger, Rollen, S. 36-41; ders., Gelehrte-Intellektuelle.

70 Hübinger, Rollen; McClelland. – Um die Motive für das Engagement in der öffentlichen Debatte zu ergründen, wurden die Nachlässe bedeutender Publizisten ausgewertet, was jedoch nur bei Hans Delbrück zu Erkenntnissen über die versuchte Lenkung der Debatte zum Enteignungsrecht 1907/08 führte. Siehe hierzu Kap. II.3.2.

71 Thimme, S. 12; Taubert, S. 262; Naujoks, S. 163 ff.; Weller, S. 253.

72 Stöber, Pressegeschichte, S. 313 f.; Engelsing, S. 84 f. und 107-110.

Schließlich geraten diejenigen Polen in den Fokus, die sich in deutscher Sprache an das deutsche Publikum wandten, um als direkt von der Polenpolitik Betroffene ihre Wahrnehmung und Deutung in der öffentlichen Debatte darzulegen. Hingegen wird die polnischsprachige Presse der Provinz Posen nur am Rande behandelt; entsprechende Artikel oder Reden finden nur Berücksichtigung, wenn sie für die zeitgenössische deutschsprachige Debatte relevant waren, etwa aufgrund von Übersetzungen aus dem Polnischen oder durch Bezugnahmen auf polnischsprachige Veröffentlichungen und Äußerungen.[73] Gleichwohl die Frage nach der Rezeption der deutschen Verständigungsbefürworter in der polnischen Presse, deren Deutschenbild sich tendenziell verschlechterte[74], interessante Perspektiven auf die Wechselwirkungen zwischen deutscher und polnischer Öffentlichkeit eröffnen würde, muss diese weiteren Forschungen vorbehalten bleiben.

Eine besondere Rolle für die deutsche öffentliche Debatte spielten die polnischen Abgeordneten in den deutschen Parlamenten. Zwar traten die Polnischen Fraktionen im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus fast nur in den „Polendebatten“ hervor, weshalb sie als polnische „Interessenpartei“ galten. Doch sie vertraten die Belange der polnischen Bevölkerung Preußens leidenschaftlich und verurteilten die antipolnische Diskriminierung beharrlich, womit sie den deutschen oppositionellen Parteien und Zeitungen häufig als Impulsgeber für ihre Kritik an der preußischen Polenpolitik dienten.[75] Im Vergleich dazu waren die polnischen Mitglieder des Preußischen Herrenhauses, die aufgrund besonderer Verdienste ernannt waren oder als Adlige einen erblichen Sitz einnahmen, stärker auf Deeskalation des Nationalitätenkonflikts bedacht und äußerten sich im Plenum in der Regel zurückhaltender.

Ohnehin stellen die parlamentarischen Debatten im Reichstag und in den beiden Kammern des preußischen Landtags wichtige Quellen für die öffentliche Debatte über die „polnische Frage“ dar. Hier wurde die Polenpolitik anhand konkreter Gesetzesvorlagen oder am Beispiel bedeutender politischer Ereignisse verhandelt, wobei die Parteien und die Regierungsvertreter Stellung bezogen. Die oppositionellen Parteien nutzten die parlamentarische Rednertribüne ausgiebig, um ihre Kritik öffentlichkeitswirksam vorzutragen. Namentlich die Polnischen Fraktionen besaßen hier ein Forum, um der deutschen Öffentlichkeit ihre Auffassung über die preußische Polenpolitik unmittelbar in deutscher Sprache, also nicht durch Übersetzungen verfälscht, darzulegen. Da die parlamentarischen Debatten für jedermann zugänglich waren, der Großteil der politisch

---

[73] Zur polnischsprachigen Presse in den preußischen Ostprovinzen und der Debatte über die Polenpolitik Preußens SPALENIAK; JAKÓBCZYK, Prasa; WAJDA, Polski obraz; BANACH, Prasa polska; DERS., Niemiecka polityka narodowościowa. Für die polnischen Journalisten in den preußischen Ostprovinzen MOLIK, Dziennikarze polscy. Zur Zensur der polnischen Presse in Preußen RAJCH, Zensurpolitik.

[74] MOLIK, Bild, S. 114; DERS., Dziennikarze polscy, S. 177 f.

[75] KOTOWSKI, Staatsräson, S. 143-167. – Die Namen polnischer Abgeordneter und Verfasser werden in der vorliegenden Arbeit grundsätzlich in ihrer „germanisierten“ Form wiedergegeben, unter der die Personen in der deutschen Öffentlichkeit auftraten und die in den zeitgenössischen Parlamentsprotokollen und Veröffentlichungen gebräuchlich war. Stark abweichende polnische und deutsche Schreibweisen werden im Personenregister gesondert angeführt.

Interessierten sich aber durch Zeitungslektüre informierte, sprachen die Abgeordneten gewissermaßen „zum Fenster hinaus“ und adressierten ihre Reden direkt an die Zeitungsleser.[76] In dieser inszenierten parlamentarischen Kommunikation übernahmen die Journalisten die Aufgabe, die Informationen zu filtern, aufzubereiten und zu bewerten. Der Presse kam hier die Rolle einer „selbständigen Zwischengewalt“ zwischen Politik und Öffentlichkeit zu.[77] Zudem liefert die Presseberichterstattung Erkenntnisse über die performativen Elemente der parlamentarischen Reden. Da sich in den stenografischen Protokollen keine Angaben zu Mimik und Gestik, zu Körperlichkeit und Sprechweise der Redner, ferner nur ungenügende Hinweise zur Reaktion des Publikums und der Atmosphäre im Plenarsaal finden, vermitteln Zeitungsberichte ergänzende Informationen zu phänomenologischen und ästhetischen Aspekten sowie zum Inszenierungscharakter der Reden.[78]

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs änderten sich die Rahmenbedingungen in der deutschen Öffentlichkeit: Mit der Ausrufung des Belagerungszustands übernahmen die Stellvertretenden Generalkommandos die exekutive Gewalt im Deutschen Reich und schränkten wesentliche Grundrechte ein, darunter die Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit.[79] Die Berichterstattung der Presse unterlag der Prüfung durch die Zensurbehörden, Berichte über militärische Angelegenheiten, die Erörterung von Kriegszielen und Angriffe gegen politische Gegner waren verboten. Übertretungen wurden mit kurzzeitigen, in wiederholten Fällen auch längeren Erscheinungsverboten von Zeitungen sowie Schreibverboten gegen Journalisten oder Inhaftierungen geahndet.[80] Zugleich suchte die Reichsleitung durch eine amtliche Pressepolitik die Berichterstattung in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu steuern, etwa durch die vollständige Indienstnahme des W.T.B. für die deutsche Kriegspropaganda.[81]

Die Arbeit in den Zeitungsredaktionen war zudem durch Einberufungen von Mitarbeitern, durch stark eingeschränkte Kommunikations- und Transportmittel, den zunehmend spürbaren Papiermangel, den Rückgang des Anzeigengeschäfts und die gleichzeitige Verteuerung des Betriebs deutlich beeinträchtigt. Daher nahmen die Erscheinungsfrequenz und der Umfang vieler Zeitungen und Zeitschriften während des Krieges ab, etliche Periodika wurden eingestellt, während andere wiederum ihre Berichterstattung der Kriegssituation und dem Informationsbedürfnis der Leser anpassten und somit ihre Auflage steigern konnten.[82] Denn die Jahre 1914 bis 1918 markieren

---

[76] Burkhardt, S. 304 f. und 319. – Zur parlamentarischen Öffentlichkeit im Kaiserreich ferner Anderson; Biefang.

[77] Schulz, Aufstieg, S. 76 f.

[78] Schulz, Volksredner, S. 254 f.

[79] Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 39 f. – Ausführlich bei Rauh, S. 289-325.

[80] Koszyk, S. 68-83; Welch, S. 27-36; mit Fokus auf die polnischsprachige Presse in der Provinz Posen: Rajch, Presse. – Die Verfügungen waren in einem umfangreichen „Zensurbuch für die deutsche Presse“ aufgeführt. Abgedruckt in Fischer (Hrsg.), Pressekonzentration, S. 194-275. – Nach Kriegsende beschrieben Journalisten die amtliche Zensur- und Pressepolitik während des Krieges. Mühsam; Binder.

[81] Schmidt, Belehrung; Creutz; Basse, S. 98-105 und 157-162; Wilke, Presseanweisungen, S. 16-107; Koszyk, S. 24-30 und 186 ff.

[82] Stöber, Pressegeschichte, S. 159; Gottlieb, S. 50-73.

auch eine Phase verlegerischer Hochkonjunktur, die sich in einer Flut an Büchern, Broschüren und Denkschriften zum Thema Krieg und in der Gründung neuer Zeitschriften zeigte.[83]

Die Veränderungen der öffentlichen Kommunikation und der Medienlandschaft sind auch für die Debatte über die „polnische Frage" bedeutsam. So verlagerten die deutschen Rechten ihre Propaganda hinter die Kulissen der Öffentlichkeit und warben in Eingaben und Denkschriften bei einflussreichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Stellen für ihre Kriegsziele. Mit der Aussetzung innenpolitischer Debatten und Konflikte im Zeichen der Burgfriedenspolitik und aufgrund der Zensur waren rechte Akteure und Blätter in der deutschen Öffentlichkeit zumindest in den ersten beiden Kriegsjahren weniger präsent als noch in der Vorkriegszeit. So kursierte im Herbst 1914 das Gerücht, der Deutsche Ostmarkenverein habe sich aufgelöst, da dieser seine Tätigkeit mit Kriegsbeginn eingestellt hatte und sich auch in den Jahren 1915/16 nur sporadisch und in der Regel zurückhaltend zu Wort meldete.[84]

Für die Zeit des Ersten Weltkriegs wird die Quellengrundlage der vorliegenden Arbeit erweitert: Da Deutschland seine Politik im 1915 besetzten Kongresspolen mit dem Bündnispartner Österreich-Ungarn aushandeln musste, wird die Berichterstattung der großen deutschsprachigen Zeitungen der Donaumonarchie über die „polnische Frage" in die Analyse einbezogen. Im Vergleich mit der deutschen Presse sollen punktuell die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Bewertung der Besatzungspolitik in Polen und der Zukunft des polnischen Staates beleuchtet werden. Insbesondere im Hinblick auf die deutschen Verständigungsbefürworter verspricht die Kontrastierung mit der Presse Österreich-Ungarns eine aufschlussreiche Außenperspektive, zumal der Bündnispartner seine in Galizien erprobte entgegenkommende Polenpolitik vordergründig auch in seinem Verwaltungsgebiet des besetzten Kongresspolens praktizierte.[85]

In der Presselandschaft Österreich-Ungarns herausragend und weltweit angesehen war die *Neue Freie Presse* aus Wien, die den großbürgerlichen deutschen Liberalismus repräsentierte und hohe journalistische Ansprüche an die Mitarbeiter stellte. Das Blatt wurde vor allem vom gebildeten Bürgertum der Donaumonarchie gelesen, fand aber auch im Ausland große Beachtung und galt als meinungsführend in der österreichisch-ungarischen Presse. Im Jahr 1914 betrug die Auflage rund 50 000 Exemplare.[86] Das Wiener *Fremdenblatt* erfüllte hingegen die Funktion als offiziöses Blatt der Regierung und des Außenministeriums, vertrat gemäßigte liberale bis konservative Positionen und druckte während des Krieges rund 80 000 Exemplare täglich.[87] Die in Budapest erscheinende deutschsprachige Zeitung *Pester Lloyd* verfocht die ungarischen Interessen in der Öffentlichkeit der Donaumonarchie. Das Blatt wurde wegen seiner ausführli-

[83] Beaupré, S. 218 ff. – Die Periodika *Das größere Deutschland* und *Mitteleuropa*, die bereits im Titel ihre Zielvorstellungen verdeutlichen, sind zwei Beispiele für die Gründung neuer Zeitschriften im Ersten Weltkrieg.

[84] Gentzen, Ostmarkenverein, S. 265 f.; Oldenburg, S. 189 f.

[85] Scheer, Besatzungsmacht, S. 546 f.; Lehnstaedt, Militärgeneralgouvernement Lublin, S. 22 f.

[86] Paupié, Handbuch, S. 144-148; Wandruszka.

[87] Paupié, Handbuch, S. 122 ff.

chen Wirtschaftsnachrichten vor allem in Handels- und Industriekreisen gelesen und erzielte vor 1918 eine Auflage von rund 15 000 Exemplaren.[88] Die volkstümliche katholische *Reichspost* aus Wien war eine christlich-soziale und patriotische Zeitung, die zu Kriegsbeginn etwa 36 000 Exemplare täglich druckte.[89] Als Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie galt die *Arbeiter-Zeitung* aus Wien, die sich vor allem mit innen- und sozialpolitischen Themen befasste. Die Auflage betrug im Jahr 1914 rund 54 000 Exemplare.[90] Hervorzuheben ist der Journalist und Kriegsberichterstatter Wilhelm Düwell, der während des Ersten Weltkrieges für die *Arbeiter-Zeitung* und die sozialdemokratische Presse Deutschlands zahlreiche Artikel über die besetzten Gebiete im Osten schrieb.[91]

Darüber hinaus traten während des Krieges polnische Publizisten und Politiker verstärkt an die deutsche Öffentlichkeit und beteiligten sich an der Debatte über die Zukunft des besetzten Polen und die preußische Polenpolitik. Mit der Gründung von Zeitschriften, die sich ausschließlich mit polnischen Themen befassten, richteten sie Diskussionsforen für den öffentlichen Meinungsaustausch zwischen Polen und Deutschen ein: In Wien gab der Vorsitzende des Krakauer Obersten Polnischen Nationalkomitees (Naczelny Komitet Narodowy, NKN), Ladislaus Leopold von Jaworski, ab Januar 1915 die Zeitschrift *Polen* heraus, die den Untertitel „Wochenschrift für polnische Interessen“ führte. Das „Organ des polnischen Lobbyismus in Wien“[92] warb in der deutschen und österreichisch-ungarischen Öffentlichkeit für die Abtrennung Kongresspolens von Russland und die Verbindung mit Galizien innerhalb der Habsburger Monarchie.[93] In politischer Hinsicht war die Wochenschrift *Polen* überparteilich und offen für Autoren unterschiedlicher politischer Überzeugungen, solange diese das Programm der Wochenschrift vertraten und auf die Erörterung sozialer Fragen sowie auf parteipolitisch-weltanschauliche Polemiken verzichteten.[94] Ihr Hauptzweck bestand der letzten Ausgabe im Dezember 1918 zufolge darin, „allen Staatsmännern und Politikern, die wir nur erreichen konnten, jede Woche eine Art polnischer Denkschrift in die Hand zu geben“.[95] Die Auflagenhöhe betrug Ende 1916 rund 2700 Exemplare, wuchs dann auf über 3300 an.[96]

Ebenso suchte in Berlin der polnisch-jüdische Publizist und Literaturkritiker aus Galizien und Delegierte des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Wilhelm Feldman,

---

88 Ujvári, S. 26-29, zur Auflagenhöhe S. 30.

89 Paupié, Handbuch, S. 97 ff.

90 Ebenda, S. 88 ff.

91 Siehe weiter unten, Kap. III.2.2.

92 Scheer, Besatzungsmacht, S. 541, Anm. 8.

93 Stadtmüller, S. 216 f.; Szymczak, S. 54. – Zur Errichtung des Obersten Polnischen Nationalkomitees Suleja, Orientacja, S. 42-56.

94 Garlicka, Organizacja, S. 104 f.

95 Einstellung der Wochenschrift „Polen“, in: Polen 4 (1918), 208, S. 243-247, hier S. 245. In dem Artikel wurde auch berichtet, dass der Wochenschrift von den Ministerien und Behörden des Deutschen Reiches weitaus größere Beachtung geschenkt worden sei als von den amtlichen Stellen Österreich-Ungarns.

96 Garlicka, Organizacja, S. 107, Anm. 80.

die politisch maßgebenden Kreise und die deutsche Öffentlichkeit über die erwünschte Angliederung Kongresspolens an Österreich-Ungarn zu informieren.[97] Feldman knüpfte Kontakte zu deutschen Politikern, Abgeordneten und Professoren, veröffentlichte Broschüren und Artikel in der deutschen Presse, gab die Informationsbroschüre *Mitteilungen des polnischen Preßbüros* sowie ab Oktober 1915 die dreimal monatlich erscheinende Zeitschrift *Polnische Blätter* heraus, die als Forum der Verständigung zwischen Deutschen und Polen dienen sollte.[98] Die Auflagenhöhe der ersten Nummer betrug 3000 Exemplare, wovon 2000 in Buchhandlungen und Bahnhöfen vertrieben wurden, die übrigen Exemplare verschickte Feldman an Journalisten, Politiker und einflussreiche Personen.[99] Des Weiteren berichtete er dem Obersten Polnischen Nationalkomitee über die politische Lage in Deutschland und den Stand der „polnischen Frage". Somit konnte Feldman als der erste Botschafter Polens in Deutschland gelten.[100]

Im Hinblick auf die Quellenauswahl und das Thema sollen abschließend die Grenzen der Studie aufgezeigt werden. So werden polnischsprachige Zeitungen und Zeitschriften nur punktuell berücksichtigt, sofern in deutschen Medien auf sie Bezug genommen wurde. Ausschlaggebend für die Entscheidung, die polnische Presse nicht systematisch in die Analyse einzubeziehen, war die Trennung der deutschen und polnischen Öffentlichkeit in zwei durch Sprache weitgehend voneinander geschiedene Kommunikationsräume. Zwar gab es Übernahmen und Adaptionen zwischen der deutsch- und polnischsprachigen Presse, allerdings wurden kaum Argumente und Positionen ausgetauscht. Dies entsprach der Weigerung deutscher Zeitungen, vom eigenen Standpunkt abweichende Argumente von Blättern anderer politischer Richtungen zu akzeptieren. Stattdessen druckten vor allem deutsche konservative und nationalliberale Zeitungen Paraphrasierungen und übersetzte Artikel aus der polnischen Presse nach, um die polnische Bevölkerung zu diffamieren und deren Staatsfeindlichkeit zu belegen. Letztendlich diskutierten die deutschen Zeitungen und Zeitschriften über die Polen – aber nicht mit diesen. Um in der deutschen Öffentlichkeit gehört zu werden, mussten polnische Journalisten, Publizisten oder Politiker sich der deutschen Sprache bedienen, deutschsprachige Medien nutzen oder sich in den Parlamenten in Deutschland zu Wort melden.

Ferner stellt die vorliegende Arbeit eine medienhistorische Langzeitstudie über einen Zeitraum von 25 Jahren dar. Die Analyse umfasst das gesamte politische Meinungsspektrum mit Schwerpunkt auf den Verständigungsbefürwortern in Deutschland und während des Ersten Weltkriegs auch in Österreich-Ungarn. Die Ausweitung der Untersuchung auf die polnischsprachige Presse aus den preußischen, russischen und österreichischen Teilungsgebieten in all ihren politischen Schattierungen war im Rahmen einer Dissertation nicht zu leisten. Diesen großen Quellenbestand auszuwerten muss weiteren Studien überlassen bleiben.

Darüber hinaus bleiben andere Quellengattungen wie etwa Hoch- und Populärliteratur, Theaterstücke, Lieder, Sprichwörter oder Witze weitgehend ausgespart. Zwar wurden auch in diesen literarischen Formen Bezüge zur „polnischen Frage" und zur

97 Stadtmüller, S. 216 f.; Miś, S. 110 f. Zur Biografie Feldmans ferner Kotelnicka.

98 Garlicka, Organizacja, S. 95 ff.; Miś, S. 125 f.; Suleja, Orientacja, S. 176 ff.

99 Kotelnicka, S. 224, Anm. 57. Die folgenden Ausgaben erschienen in geringerer Auflage.

100 Szymczak, S. 40.

möglichen deutsch-polnischen Verständigung hergestellt und damit weitere Rezipientenkreise erreicht. Insofern geben sie zweifelsohne Aufschluss über die künstlerische Verarbeitung und Vermittlung politischer Themen. Der Schwerpunkt der Untersuchung wird jedoch auf diejenigen Medien gelegt, deren Hauptzweck die politische Informierung war und die in erster Linie aus diesem Grund rezipiert wurden. Somit liefert die Beschränkung auf Presse, Zeitschriftenliteratur und parlamentarische Reden zwar nur einen Ausschnitt aus dem zeitgenössischen Repertoire an Informationsquellen, allerdings umfasst dieser die Quellen mit der größten Reichweite im Hinblick auf aktuelle politische Ereignisse und Entwicklungen. Daher wurden weitere literarische Quellen nur sporadisch berücksichtigt. Auch muss offen bleiben, ob die regelmäßige Lektüre von Zeitungsartikeln, Zeitschriftenbeiträgen oder Parlamentsprotokollen bei den Lesern eine größere Wirkung auf ihr Verhältnis zu und Wissen über Polen hinterließen als die Lektüre von Ostmarkenromanen oder etwa Gustav Freytags *Soll und Haben* und Theodor Fontanes *Effi Briest*.[101]

Des Weiteren sind thematische Abgrenzungen nötig. Denn die Debatte über die „polnische Frage" war nur eine von mehreren „Minderheitenfragen" oder „Minderheitenproblemen", die im Deutschen Reich diskutiert wurden, wenn auch eine herausragende. In der Öffentlichkeit wurde gleichermaßen die Situation weiterer nationaler, ethnischer oder religiöser Minderheiten erörtert, wie etwa der Dänen und Elsass-Lothringer, der Masuren, Kaschuben, Litauer, Sorben, Wallonen und Friesen.[102] Hier gab es Parallelen und Anknüpfungspunkte, die beispielsweise deutlich wurden, wenn sich die dänischen, elsass-lothringischen und polnischen Reichstagsabgeordneten in den parlamentarischen Debatten über Minderheitenangelegenheiten gegenseitig unterstützten.[103]

Einen besonderen Stellenwert nahm die Debatte über das Ostjudentum und die Einwanderung nach Deutschland ein, in der dieselbe politische Rollenverteilung wie bezüglich der „polnischen Frage" herrschte: Während die Konservativen und Nationalliberalen, angeführt von den radikalen Nationalisten und Antisemiten, die Ausweisung nicht naturalisierter Juden und die Beschränkung der jüdischen Einwanderung verlangten, protestierten Linksliberale, Sozialdemokraten, katholisches Zentrum und die Polnischen Fraktionen lautstark gegen solche Vorhaben.[104] Die Debatte war nicht von der „jüdischen Frage" in Deutschland zu trennen, da die Antisemiten die Emanzipation der deutschen Juden grundsätzlich infrage stellten. Zudem betraf sie die Saisonarbeiter aus Kongresspolen und Galizien und die polnische Bevölkerung der preußischen Ostprovinzen.[105] Wegen dieser Anknüpfungspunkte verteidigten insbesondere die Zentrumspartei und die polnischen Abgeordneten die Rechte religiöser Minderheiten entschlossen, da sie befürchteten, dass gesetzliche Maßnahmen gegen in- und ausländi-

---

101 KOPP, Gray Zones, S. 37 ff., sowie ausführlich DIES., Germany's Wild East. Vgl. WOJTCZAK, Literatur; DIES., Bild; DIES., Identitäten.

102 Siehe hierzu JAWORSKI, Nationalstaat, sowie die weiteren Beiträge des Sammelbands HAHN/KUNZE.

103 Siehe weiter unten, Kap. II.3.3.

104 WERTHEIMER, S. 23-41.

105 CONRAD, Globalisierung, S. 145 f.

sche Juden sich auch auf die Saisonarbeiter und die preußischen Polen auswirken oder zukünftig sogar gegen die deutschen Katholiken richten könnten.[106]

Hier werden Parallelen und Überschneidungen in den Debatten über die „jüdische" und „polnische Frage" deutlich, ebenso die Entsprechungen der Ideologien des Antisemitismus und Antislawismus.[107] Trotzdem erscheint die systematische Einbeziehung der „jüdischen Frage" in die Analyse wenig sinnvoll, allein die Auswertung des erweiterten Quellenkorpus wäre kaum zu bewerkstelligen. Daher soll die jüdische Bevölkerung der preußischen Ostprovinzen und Kongresspolens nur punktuell beleuchtet werden, wenn etwa in den ausgewerteten Zeitungsartikeln oder Parlamentsreden auf diese verwiesen wird.[108] Eine profunde Analyse der Debatte über die „jüdische Frage" in den preußischen Ostprovinzen mit Fokus auf die Abwehr der antijüdischen und antisemitischen Agitation und die Einforderung von Toleranz muss in weiteren Studien geleistet werden.

Der Aufbau der Arbeit folgt den wichtigen Zäsuren in den deutsch-polnischen Beziehungen von den 1890er Jahren bis zum Kriegsende 1918. Im ersten Hauptteil, die Zeit bis 1914 betreffend, steht die öffentliche Diskussion über die „polnische Frage" im Deutschen Reich im Mittelpunkt, die zeitweise einen großen Raum in der deutschen Presseberichterstattung einnahm. Anhand von bedeutenden Publikationsorganen und Akteuren werden die Feindbilder untersucht, die von den deutschen Rechten und den Verständigungsbefürwortern jeweils konstruiert wurden und in der Folge grundlegend für die Argumentationen und Deutungen beider Seiten werden sollten. Daran anknüpfend wird exemplarisch die öffentliche Debatte über bedeutende Ereignisse mit Bezug zur polnischen Bevölkerung und zur preußischen Polenpolitik analysiert, die deutschlandweit und auch international für Aufsehen sorgten. Dies betrifft zum einen den Widerstand der polnischen Bevölkerung gegen die antipolnische Sprachenpolitik der preußischen Verwaltung, der 1901 die „Wreschener Affäre" auslöste und 1906/07 im massenhaften Schulstreik polnischer Schüler mündete, zum anderen die Ausnahmegesetze gegen die preußischen Polen wie die Beschränkung der polnischen Siedlungstätigkeit durch die Ansiedlungsnovelle von 1904, das Enteignungsrecht von 1908 und die Enteignung polnischer Grundbesitzer im Oktober 1912 sowie das Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen im Vereinsgesetz von 1908. Anhand dieser Beispiele werden nicht nur die Informationsvermittlung, die Wahrnehmungen und Deutungen der führenden Zeitungen nachvollzogen, wodurch die Ereignisse für die Zeitungsleser erst erfahrbar wurden. Vielmehr wird auch die Rolle der Presse beleuchtet, die durch ihre Berichterstattung aus regional bedeutsamen Ereignissen deutschlandweit diskutierte und mitunter politisch relevante Medienereignisse machte.

Im zweiten Hauptteil der Arbeit wird untersucht, wie sich die deutsche öffentliche Debatte über die „polnische Frage" während des Ersten Weltkriegs angesichts der auswärtigen, vordergründig auf Verständigung zielenden Politik Deutschlands und

---

106 Wertheimer, S. 37 f.

107 Wippermann, Probleme, S. 32-39.

108 Für die jüdische Bevölkerung in der Provinz Posen Drummond, Borders; Jersch-Wenzel; Serrier, Provinz Posen, S. 62-76; Makowski, Polen. Zur Historiografie über die Juden in der Provinz Posen Makowski, Historycy; ders., Siła mitu.

Österreich-Ungarns entwickelte. Dafür werden die zentralen Themenbereiche, Fragen und Probleme untersucht, die in der deutschen Öffentlichkeit verhandelt wurden. Zunächst geraten die politischen Entwürfe für einen polnischen Staat und die Motive der Akteure, die sich öffentlich für eine „Verständigungspolitik" zwischen Deutschen und Polen einsetzten, in den Blick. Des Weiteren wurden durch den Kontakt der Deutschen mit dem besetzten Kongresspolen und der dortigen Bevölkerung tradierte Stereotype, Vorurteile und Geschichtsbilder reproduziert und verbreitet. Im Mittelpunkt stehen die Versuche der Verständigungsbefürworter, vereinzelt auch aus den Reihen der deutschen Rechten, diese zu hinterfragen, zu modifizieren und neue Bilder von Deutschen und Polen zu etablieren. Ferner wird der Frage nachgegangen, wie sich die politische Zäsur der Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916, die eine Verständigungspolitik einzuleiten schien, auf die öffentliche Debatte auswirkte. Schließlich stehen die Konsequenzen der außenpolitischen Weichenstellungen bezüglich der Zukunft Polens für die polnische Bevölkerung Preußens und die Revision der preußischen Polenpolitik im Rahmen der grundlegenden inneren Neuorientierung des Reiches im Fokus, die zwar an die erregten Diskussionen der Vorkriegszeit anknüpften, jedoch deren Schärfe und Intensität nicht erreichten.

II Die „polnische Frage“ im Deutschen Reich, 1894-1914: Die preußische Polenpolitik in der Kritik

1 „Polnische Gefahr“ und „Hakatismus“ – zur Entstehung von Feindbildern

Duch die Teilungen Polens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verleibte Preußen sich große Gebiete mit einer beträchtlichen polnischen Bevölkerung ein, die sich durch Sprache und Religion von der überwiegend protestantischen deutschen Bevölkerungsmehrheit unterschied. Die Verwaltung dieser Gebiete und die Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung stellte den preußischen Staat vor eine besondere Herausforderung, welche die leitenden Staatsmänner mit verschiedenen Strategien zu meistern suchten. Eine erste Phase der kolonisatorischen Aneignung und „Einpreußung“[1] unter Friedrich II. und Friedrich Wilhelm II. durch die Übertragung preußischer Verfassungs- und Verwaltungsstrukturen wurde 1807 von der Errichtung des Herzogtums Warschau durch Napoleon unterbrochen. Nach den Befreiungskriegen wurde die preußische Ostgrenze auf dem Wiener Kongress 1814/15 neu festgelegt und sollte bis zum Ersten Weltkrieg Bestand haben: Das Herzogtum Warschau wurde als Königreich Polen, später Kongresspolen, in Personalunion mit dem Russischen Reich verbunden, Österreich behielt Galizien, Preußen das Großherzogtum Posen und die Provinz Westpreußen. Das feierliche Versprechen des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. am 19. Mai 1815, dass die Nationalität, Religion und Sprache der polnischen Bevölkerung in Preußen toleriert werde, sollte im 19. Jahrhundert zum Dreh- und Angelpunkt der Forderungen der preußischen Polen nach staatsbürgerlicher Gleichstellung werden.[2]

In den Jahren 1815 bis 1830 verfolgte Preußen eine „Versöhnungspolitik“, die durch den Aufbau der staatlichen Verwaltung und des Bildungswesens sowie der wirtschaftlichen Förderung bei gleichzeitiger Toleranz gegenüber der polnischen Bevölkerung geprägt war. Der Wille zur allmählichen Integration der polnischen Führungsschicht in den preußischen Staat wurde durch die Einsetzung des Fürsten Anton Radziwiłł als königlicher Statthalter in Posen symbolisiert. Nach dem Aufstand von 1830/31 im russischen Teilungsgebiet, dem Königreich Polen, wurde der Versöhnungskurs in Preußen von einer reaktionären, repressiven Polenpolitik unter dem Oberpräsidenten Eduard Flottwell abgelöst. Diese zeichnete sich durch eine intensive Staatstätigkeit in der Provinz aus, ferner durch die Beschneidung der lokalen Selbstverwaltungsrechte und der

[1] Broszat, S. 69.

[2] Hierzu und zum Folgenden Trzeciakowski, Pod pruskim zaborem; Davies, God’s Playground, S. 83-101.

ständischen Privilegien der Adligen und Grundbesitzer zugunsten der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung. Zudem wurden die deutsche Bildung und Kultur gefördert und die deutsche Amtssprache durchgesetzt. Das Ziel dieser Germanisierungspolitik war die Assimilierung der polnischen an die deutsche Bevölkerung. Durch die Ausgrenzung des polnischen Adels und aufgrund von Konflikten mit dem polnisch-katholischen Klerus bewirkte sie aber vor allem die Desintegration der deutschen und polnischen Bevölkerung und die Stärkung des polnischen Nationalbewusstseins. Die Politik Flottwells stand ferner in krassem Gegensatz zur Polenbegeisterung der deutschen Frühliberalen und der engen Verbindung der polnischen und deutschen Forderungen nach nationaler Freiheit und politischer Einheit.

Nach einer Zeit der Entspannung unter Friedrich Wilhelm IV. in den 1840er Jahren läuteten die polnischen Erhebungen 1846/48 und das von dem deutschen Schriftsteller und liberalen Abgeordneten Wilhelm Jordan in seiner Rede in der Frankfurter Nationalversammlung 1848 einprägsam begründete Ende der deutschen liberalen Polenbegeisterung einen erneuten Wandel im deutsch-polnischen Verhältnis ein. Nach der Revolution von 1848 schwankte die Polenpolitik Preußens zwischen bürokratischer Gleichgültigkeit und reaktionärer Unterdrückung. Nach dem gescheiterten Januaraufstand 1863 in Kongresspolen und der Alvenslebenschen Konvention, die das Einverständnis Preußens und Russlands in der Unterdrückung der Polen demonstrierte, wurde die „polnische Frage“ schließlich vollends zu einer „nationalen Frage“ des entstehenden deutschen Nationalstaates: Die preußischen Polen, die erfolglos gegen die Einbeziehung der ehemals polnischen Landesteile in den Norddeutschen Bund im Jahr 1867 und in das Deutsche Reich 1871 protestierten, wurden zu einer nationalen Minderheit.[3]

Im autoritären Nationalstaat verfolgte der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck eine zunehmend repressive Polenpolitik, die mithilfe der Herrschaftstechnik der „negativen Integration“ auf die staatsbürgerliche Ausgrenzung und Diskriminierung der Polen zielte.[4] Als Mittel dienten die Sprachen- und Kulturkampfpolitik gegen die polnische Bevölkerung und die katholische Kirche in den 1870er Jahren, die Beseitigung der polnischen Unterrichtssprache an den Volksschulen, die 1885 begonnene Ausweisung von über 30 000 Polen und Juden ohne preußische Staatsangehörigkeit und die staatliche Ansiedlungspolitik zum Ankauf von polnischem Grundbesitz und der Besiedlung mit deutschen Bauern ab 1886.[5] Auch die Diskriminierung im Alltagsleben wie etwa die Beschränkung des Gebrauchs der polnischen Sprache im öffentlichen Leben oder die informellen Schranken in Staatsverwaltung und Militär machten den Polen bewusst, dass sie in Preußen nur „Staatsbürger zweiter Klasse“ waren.[6] Mit der Unterdrückung der Nationalität, Religion und Sprache der Polen gingen die wirtschaftliche und demografische Stärkung der deutschen Bevölkerung und die kulturelle Hebung der als rückständig geltenden Ostprovinzen einher, um die

---

3 Jaworski, Nationalstaat, S. 23 ff.; Zernack, Preußenproblem, S. 52.

4 Wehler, Kaiserreich, S. 96-100.

5 Neubach, Ausweisungen; Jakóbczyk, Pruska komisja osadnicza.

6 Siehe hierzu Molik, Inteligencja polska, S. 214 f.; Boysen, Armee, S. 57-64; Kulczycki, Social Change, S. 40 f.

„Polonisierung“ der preußischen Ostprovinzen zu verhindern.[7] Dies rief jedoch polnische Gegenmaßnahmen in Form privater Ansiedlungs- und Parzellierungstätigkeit hervor und führte zur Mobilisierung der polnischen Nationalbewegung. Der wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Konflikt zwischen der Staatsmacht und den preußischen Polen riss tiefe Gräben zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung auf und entwickelte sich zu einem Nationalitätenkonflikt, der das politische und gesellschaftliche Handeln in den Ostprovinzen massiv beeinflusste.[8]

Die Politik Preußens gegenüber der polnischen Bevölkerung im 19. Jahrhundert wurde von öffentlichen Erörterungen und Debatten begleitet, die sich idealtypisch in zwei „Polendiskurse“ in der deutschsprachigen Öffentlichkeit einteilen lassen.[9] Auf der einen Seite sind die in der Tradition der Aufklärung stehenden Anhänger der Einheit und Freiheit Deutschlands zu nennen, die den polnischen Freiheitskampf gegen die Teilungsmächte als Ausschnitt einer universellen Bewegung zur Befreiung Europas vom Ancien Régime bewerteten. Besonders die Zeit der Restauration und des Vormärz, als sich die Polenbegeisterung der deutschen Frühliberalen aus dem gemeinsamen Freiheitsstreben speiste, brachte viele literarische Werke, Gedichte und „Polenlieder“ hervor, in denen das romantische Bild des ritterlichen, freiheitsliebenden Polen beschworen und überhöht wurde.

Auf der anderen Seite trat nach der „Polendebatte“ der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche das Streben nach nationalstaatlicher Einheit gegenüber dem universellen Freiheitsideal immer stärker hervor. Anknüpfend an Apologien der Teilungen Polens, die mit abwertenden Stereotypen der vermeintlichen Staatsunfähigkeit der polnischen Nation unterlegt waren, verbreitete sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Vorstellung, dass die Polen in Preußen zu germanisieren seien. Diese wurde mit der als dauerhaft erachteten Zugehörigkeit des polnischen Teilungsgebietes zu Preußen, einem west-östlichen Kulturgefälle und der vermeintlichen kulturellen Überlegenheit der Deutschen begründet und zunehmend völkisch und rassisch legitimiert. Die deutsche Literatur und die Geschichtsschreibung preußischer Schule verarbeiteten und verbreiteten die deutschen Selbstbeschreibungen und Polenbilder in vielen Variationen, und mit der antipolnischen Politik Bismarcks wurden sie gewissermaßen in die Praxis umgesetzt.

Im Folgenden stehen die Erörterungen über die „polnische Frage“ in der deutschen Öffentlichkeit im Mittelpunkt: Von der „Versöhnungsära“ des Reichskanzlers Leo von Caprivi zu Beginn der 1890er Jahre ausgehend, wird das Jahr 1894 als Zäsur im deutsch-polnischen Verhältnis untersucht. Dabei geraten die Personen, Presseorgane und Vereine ins Blickfeld, die sich in der öffentlichen Debatte engagierten und Stellung zur Polenpolitik bezogen. Die zentralen Argumente werden anhand der antagonistischen Feindbilder „polnische Gefahr“ und „Hakatismus“ erörtert. Insgesamt bietet das Kapitel eine Einführung in die öffentliche Debatte über die Politik Preußens gegenüber der polnischen Bevölkerung und dient als Grundlage für die Untersuchung der (Medien-)Ereignisse nach der Jahrhundertwende. Denn die um 1894 verhandelten

---

7 Bade, Kulturkampf. Für die Stadt Posen Molik, Posen; Schutte, Akademie.

8 Schattkowsky, Nationalismus; Molik, Entwicklungsbedingungen.

9 Für das Folgende Orłowski, Wirtschaft, S. 233-293; Pryt, S. 29-40.

Themen, vorgetragenen Argumente und Schlussfolgerungen wurden im Laufe der Zeit reproduziert, variiert und erneuert und wirkten diskursiv weiter.

1.1 Das öffentliche Scheitern der „Versöhnungsära" Caprivis

Die Reichskanzlerschaft Leo von Caprivis 1890 bis 1894 gilt als „Versöhnungsära" in den deutsch-polnischen Beziehungen, die von loyalem Abstimmungsverhalten der polnischen Reichstagsabgeordneten und Zugeständnissen des preußischen Staates in der Polenpolitik geprägt war. Nachdem 1890 der Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht verlängert worden war und sich ein russisch-französisches Bündnis formierte, machte Caprivi die militärische Stärkung Deutschlands zum Hauptziel seiner Politik. Da die konservativen und nationalliberalen Parteien keine Mehrheit im Reichstag besaßen, waren die Stimmen der Polnischen Fraktion nötig, um die Militär- und Marinevorlage sowie die Handelsverträge zu verabschieden. Unter der Führung des Fraktionsvorsitzenden Joseph von Koscielski, der den konservativen Flügel der „Hofpartei" repräsentierte, stimmte die Polnische Fraktion zwischen 1890 und 1893 allen wichtigen Gesetzesvorlagen zu, die sich nicht gegen die polnische Bevölkerung Preußens richteten.[10]

Im Gegenzug entschärfte die preußische Staatsregierung die Polenpolitik: Die seit den 1870er Jahren sukzessive beseitigte polnische Unterrichtssprache im Religionsunterricht sowie der polnische Lese- und Schreibunterricht an den preußischen Schulen wurden wieder eingeführt, im Jahr 1891 wurde der polnische Propst Florian von Stablewski zum Erzbischof von Gnesen (Gniezno) und Posen berufen und die polnischen Genossenschaften erhielten das Revisionsrecht, womit sie der staatlichen Kontrolle entzogen waren. Allerdings wurden die Ansiedlungspolitik, weitere Beschränkungen im Gebrauch der Muttersprache an den Volksschulen und die Ausgrenzung der Polen aus dem Staatsdienst beibehalten. Da es sich nur um oberflächliche Konzessionen handelte und besonders Koscielski durch seinen engen Kontakt zum kaiserlichen Hof zu profitieren schien, wuchs der Widerstand der nationaldemokratischen „Volkspartei" innerhalb der Polnischen Fraktion. Als Koscielski im März 1894 sein Reichstagsmandat niederlegte, weil die Fraktion ihm die Gefolgschaft verweigert hatte, und im Oktober 1894 Reichskanzler Caprivi entlassen wurde, verschwanden die Hauptprotagonisten der „Versöhnungsära" von der politischen Bühne.

Die loyale Haltung der Polnischen Fraktion in der Ära Caprivi beschäftigte die deutsche Presse und wurde vor allem anlässlich der Reichstagsverhandlungen über bedeutende Gesetzesvorlagen breit erörtert.[11] Eine zentrale Rolle kam Koscielski zu, der als Fraktionsvorsitzender und herausragender Vertreter der Verständigungspolitik zwischen der Polnischen Fraktion und der Reichsleitung zu vermitteln suchte. Als Berichterstatter der Marinevorlage und gern gesehener Gast am kaiserlichen Hof personifizier-

[10] Kotowski, Staatsräson, S. 110-121; Blanke, Era; Rosenthal, Problem.

[11] Ausführlich bei Münstermann, S. 52-60.

te er die Entwicklung der Fraktion zur staatstragenden Partei. Dies trug ihm allerdings zunehmend Kritik der polnischen Bevölkerung wie auch der deutschen Presse ein.[12]

In einer anonym veröffentlichten Artikelreihe legte Koscielski im Jahr 1893 dem deutschen Publikum in den *Preußischen Jahrbüchern* sein politisches Programm dar und warb für die unter Caprivi eingeleitete Versöhnungspolitik. Zum einen betonte er die Zugehörigkeit Polens zum Westen Europas und skizzierte einen unüberbrückbaren Antagonismus zwischen dem polnischen, katholisch geprägten Nationalitätsgedanken und dem russisch dominierten, rassisch begründeten Panslawismus. In der gemeinsamen außenpolitischen Frontstellung der Deutschen und Polen gegen Russland erkannte Koscielski den „Weg zur Eintracht und zum Frieden im Osten der preußischen Monarchie".[13] Damit zog er aus den sich zusehends verschlechternden deutsch-russischen Beziehungen die innenpolitischen Konsequenzen für die preußische Polenpolitik.

Zum anderen kritisierte er die preußische Staatsregierung für ihre Versuche, die Polen „so rasch als thunlich zu entnationalisieren"[14], wodurch sie die staatstreuen Teile der polnischen Bevölkerung gegen sich aufgebracht und die Hinwendung zur Sozialdemokratie gefördert habe. Laut Koscielski hegten die preußischen Polen nämlich keinerlei Ambitionen, den polnischen Staat wiederherzustellen oder die Ostprovinzen von Preußen abzutrennen, sondern erstrebten lediglich die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Erhaltung ihrer Nationalität im Deutschen Reich. Ferner sei die Öffnung von Staatsämtern für polnische Bewerber ein adäquates Mittel, um die Polen aus ihren verbliebenen politischen Träumen zu reißen und sie zu loyalen Staatsbürgern zu machen.[15] Koscielskis Ausführungen lag die Befürchtung zugrunde, dass die antipolnische Diskriminierung eine Hinwendung der Polen zu Russland bewirken oder die beherrschende Stellung der konservativen Großgrundbesitzer in der polnischen Bevölkerung untergraben könne, weshalb er gewissermaßen publizistische Machtsicherung betrieb.[16]

---

[12] KAMINSKI, Koncepcje polityczne, S. 140 ff. – Exemplarisch für die auf Koscielski und Reichskanzler Caprivi fokussierte Kritik an der Versöhnungspolitik [MAXIMILIAN HARDEN:] Polonaise, in: Die Zukunft 6 (1894), S. 437-441; [DERS.:] Polnische Rekruten, in: Die Zukunft 6 (1894), S. 546-551; Die Auszeichnung der Abgeordneten v. Stumm und v. Koscielski, in: Deutsches Wochenblatt 6 (1893), 30, S. 349 f.; VON HANSEMANN: Ueber die politischen Zustände in der Provinz Posen, in: Deutsches Wochenblatt 7 (1894), 12, S. 136 f.

[13] L.E. [JOSEPH VON KOSCIELSKI]: Das Deutsche Reich und die Polen. I., in: Preußische Jahrbücher 74 (1893), 1, S. 130-137, hier S. 136.

[14] DERS.: Das Deutsche Reich und die Polen. II., in: Preußische Jahrbücher 74 (1893), 2, S. 366-385, hier S. 370.

[15] Ebenda, S. 371 f., 378 f. und 384.

[16] DERS.: Das Deutsche Reich und die Polen. III., in: Preußische Jahrbücher 74 (1893), 3, S. 522-533, hier S. 525 f. – Der Großgrundbesitzer und spätere Mitbegründer des Deutschen Ostmarkenvereins Ferdinand von Hansemann bescheinigte dem Verfasser große Unkenntnis der Geschichte der Ostprovinzen und der polnischen Gesellschaft. F. VON HANSEMANN: Handelsvertrags- und Polenpolitik, in: Deutsches Wochenblatt 6 (1893), 44, S. 543 f., hier S. 544. – Für eine Replik ADAM ZÓLTOWSKI: Antwort auf den Artikel des Herrn Dr. F. von

Mit seiner Artikelreihe stand Koscielski in der deutschen Öffentlichkeit nicht allein. Andere konservative Polen meldeten sich in deutscher Sprache zu Wort, bekundeten ihre Loyalität und verlangten die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung in Preußen.[17] Zwar unterschieden sich ihre Auffassungen in wichtigen Punkten, etwa der Möglichkeit der Assimilierung der preußischen Polen an die deutsche Mehrheitsgesellschaft oder der Aussicht auf Wiedererstehung des polnischen Staates. In ihrem gemeinsamen Auftreten für eine Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis kann ihr Handeln aber als flankierende Öffentlichkeitsarbeit zur parlamentarischen Arbeit, den Reden und dem Abstimmungsverhalten der polnischen Abgeordneten verstanden werden. Damit drückten die Verfasser den Wunsch aus, nicht nur als „Zünglein an der Waage" in Zeiten prekärer parlamentarischer Mehrheiten zu gelten, sondern die Polnische Fraktion dauerhaft als die politische Ordnung stabilisierende Partei zu etablieren.[18] Allerdings wurde den Polen durch die weiterbestehende Diskriminierung in Preußen deutlich vor Augen geführt, dass sie nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt wurden.

Ferner stellten die Veröffentlichungen Versuche dar, die Interessen der polnischen Bevölkerung in der öffentlichen Debatte zu vertreten. Während es in den preußischen Ostprovinzen zwischen Deutschen und Polen zahlreiche Berührungspunkte im täglichen Leben gab und die vor allem unter den Polen verbreitete Zweisprachigkeit dazu beitrug, dass keine vollständig separierten Parallelgesellschaften entstanden[19], waren die deutsch- und polnischsprachige Öffentlichkeit voneinander isoliert. Durch Paraphrasierungen und übersetzte Zitate aus polnischsprachigen Veröffentlichungen konnte diese Trennung zwar überwunden werden, allerdings kam es dabei – versehentlich oder bewusst – zu Entstellungen.[20] Indem die preußischen Polen sich in deutscher Sprache direkt an die deutschen Leser wandten, forderten sie die Mitsprache in den öffentlichen Erörterungen über die „polnische Frage" und Mitbestimmung in der preußischen Polenpolitik ein.

Allerdings wurde auf deutscher und polnischer Seite auch Kritik an der Versöhnungspolitik laut. Bedeutsam waren mehrere Reden über die preußische Polenpolitik und die polnische Bevölkerung Preußens, die im September 1894 gehalten wurden. Diese wurden als entschiedene Absagen an die Versöhnungspolitik verstanden und sorgten für großes Aufsehen in der deutschen und polnischen Presse.[21]

Hansemann in Pempowo im „Deutschen Wochenblatt", in: Deutsches Wochenblatt 6 (1893), 49, S. 578 ff.

17 Siehe beispielsweise Chudziński; Mycielski, Brief; Anton Sulkowski: Die Polen von heute, in: Die Zukunft 9 (1894), S. 299-307.

18 Die Polnische Fraktion bestand ohnehin mehrheitlich aus adligen Großgrundbesitzern, die den deutschen Konservativen politisch nahestanden. Kaminski, Polish Publicists, S. 100 f.; Jedlicki, S. 231 f.

19 Serrier, Provinz Posen, S. 59-62; Molik, Problem akulturacji; Traba.

20 Siehe beispielsweise die einseitigen Sammlungen polnischer Presseartikel, die einige Jahre später von Mitgliedern des Deutschen Ostmarkenvereins mit dem Ziel herausgegeben wurden, die Staatsfeindlichkeit der preußischen Polen zu belegen. Wagner, Polenring; Wagner/Vosberg, Polenstimmen; Wagner/Vosberg, Polenspiegel.

21 Rosenthal, Prussian View; Neubach, 1894.

Am 16. und 23. September besuchten mehrere Tausend Deutsche aus den Provinzen Posen und Westpreußen den in Varzin/Pommern (Warcino) lebenden Altkanzler Otto von Bismarck, um diesem für seine Polenpolitik zu danken und zugleich ihr Missfallen am Versöhnungskurs Caprivis auszudrücken. Zu diesen Anlässen hielt Bismarck programmatische Reden, in welchen er den polnischen Adel und Klerus in die Nähe von „Reichsfeinden" rückte und die deutsche Bevölkerung der Ostprovinzen zur Einigkeit im Kampf gegen die preußischen Polen aufrief.[22] Ferner hielt Koscielski am 17. September auf der galizischen Landesausstellung in Lemberg (L'viv) eine Ansprache und bekräftigte die Solidarität der gesamten polnischen Nation.[23] Daraufhin ermahnte Kaiser Wilhelm II. am 22. September in Thorn (Toruń) die polnische Bevölkerung Preußens, sich unmissverständlich zum preußischen Staat zu bekennen.[24]

Die vier Reden der für das deutsch-polnische Verhältnis einflussreichen politischen Akteure innerhalb einer Woche beschäftigten die deutsche und polnische Presse außerordentlich.[25] Deutsche konservative und nationalliberale Blätter begrüßten die Worte Bismarcks als Aufruf an alle Deutschen zur Abwehr gegen den vermeintlich aggressiven „Polonismus".[26] Vor allem die Kaiserrede in Thorn verstanden sie als letzte Mahnung an die Polen, sich endgültig mit der Zugehörigkeit zum preußischen Staat abzufinden.[27] Angesichts von Koscielskis Ansprache, die als Ausweis der staatsfeindlichen Haltung der preußischen Polen gewertet wurde, erschien die Warnung Bismarcks vor der Versöhnungspolitik Caprivis als bedeutsamer Fingerzeig für die Verschärfung der Polenpolitik.[28]

---

22 Exemplarisch für die deutsche Presse: Die Posener in Varzin, in: Berliner Tageblatt vom 17.09.1894, Nr. 472; Die Westpreußen in Varzin, in: Berliner Tageblatt vom 24.09.1894, Nr. 485. – Siehe hierzu Kaminski, Bismarck.

23 Der Wortlaut wurde in der polnischen Presse der Provinz Posen mitgeteilt, siehe beispielsweise: Uczta na cześć Poznańczyków [Fest zu Ehren der Posener], in: Kuryer Poznański vom 20.09.1894, Nr. 214.

24 Der Kaiser und die Polen, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 25.09.1894, Nr. 441.

25 Siehe hierzu Kotowski, Staatsräson, S. 123 f.

26 Fürst Bismarck über die Polenfrage, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 19.09.1894, Nr. 432; Politische Rundschau, in: Tägliche Rundschau vom 16.09.1894; Politische Rundschau, in: Tägliche Rundschau vom 18.09.1894; Die Huldigungsfahrt aus der Provinz Posen nach Varzin, in: Kölnische Zeitung vom 18.09.1894, Nr. 761; Die Polenrede Bismarcks, in: Kölnische Zeitung vom 24.09.1894, Nr. 778.

27 Eine Klärung der polnischen Trübungen, in: Kölnische Zeitung vom 24.09.1894, Nr. 777; Ein kaiserliches Mahnwort an die Polen, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 24.09.1894, Nr. 440; Der Kaiser und die Polen, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 25.09.1894, Nr. 441. – Zur Reaktion in der deutschen Presse: Preßstimmen über die Rede des Kaisers in Thorn, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 26.09.1894, Nr. 443.

28 Die Kundgebungen der preußischen Polen in Lemberg, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 19.09.1894, Nr. 431. – So auch die Deutung der Wiener *Neuen Freien Presse*: Wien, 18. September, in: Neue Freie Presse vom 19.09.1894, Morgenblatt. – In einer Zuschrift stellte Koscielski klar, dass er die ethnografische, nicht die politische Solidarität der Polen gemeint habe. Koscielski: Die Polen in Preußen und Oesterreich, in: Neue Freie Presse vom 22.09.1894, Morgenblatt.

Solche Urteile wurden bestärkt durch einen Artikel der regierungsnahen nationalliberalen *Kölnischen Zeitung* über die selbstsicher und nationalbewusst auftretenden preußischen Polen, denen sich sogar die Führungsspitzen in Verwaltung und Militär in der Provinz Posen beugten. Das Blatt behauptete einen großen Einfluss des Erzbischofs Stablewski auf den Oberpräsidenten und den kommandierenden General der Provinz Posen, weshalb beide die Polen protegierten und gegenüber der deutschen Bevölkerung bevorzugten. Das Teilnahmeverbot für Beamte und Militärs der Provinzialverwaltung an den Huldigungsfahrten nach Varzin galt als Beleg dafür, dass den Deutschen „eine Bethätigung ihres nationalen Gefühls" untersagt sei.[29] Die konservative *Kreuzzeitung* griff die Vorwürfe auf und beklagte, dass die Polonisierung der Ostprovinzen durch das unterentwickelte Nationalbewusstsein der Deutschen und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Nationalitätenkonflikt gefördert werde.[30]

In einem Interview, das in der bürgerlich-liberalen Wiener *Neuen Freien Presse* und im linksliberalen *Berliner Börsen-Courier* abgedruckt wurde, suchte sich Stablewski der Vorwürfe zu erwehren und prangerte die förmliche „Polenhetze" an. Vor allem kritisierte er die Gepflogenheit deutscher Zeitungen, all seine Handlungen als Ausdruck der nationalpolnischen Agitation zu deuten und bewusst gegen ihn auszulegen. Stellvertretend für die preußischen Polen akzeptierte er die Zugehörigkeit der ehemals polnischen Landesteile zu Preußen und betonte die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten, die unbeeinflusst sei von dem „Zukunftstraumbild" eines polnischen Staates.[31] Trotzdem behauptete die *Kreuzzeitung* weiterhin, dass Stablewski die Vereinigung der polnischen Landesteile erstrebe: „Die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches von *Danzig* bis *Odessa*, wenn auch vielleicht in einer fernen Zukunft, ist sein [Stablewskis, R.S.] letztes, nur leicht verhülltes Ziel, so gut wie das des Herrn v. Koscielski und aller Polen."[32]

Hingegen nahmen Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Blätter die vier Reden im September 1894 zum Anlass für scharfe Kritik an Bismarcks Polenpolitik und an der weiterbestehenden Diskriminierung der preußischen Polen.[33] Die linksliberale *Frankfurter Zeitung* fand es unverständlich, dass sich die Deutschen aus Unzufriedenheit über Caprivis Versöhnungskurs an Bismarck gewandt hatten, da die antipolnischen Ausnahmegesetze trotz geringer Konzessionen aufrechterhalten blieben und einzig die „Behandlung der Polen im politischen und persönlichen Verkehr" ge-

29 Polnischer Hochmut und deutsche Demut, in: Kölnische Zeitung vom 20.09.1894, Nr. 766, nachgedruckt u.a. in: Ueber die Lage des Deutschthums in der Provinz Posen, in: Kreuzzeitung vom 21.09.1894, Nr. 443. – Siehe auch Kaminski, Bismarck, S. 239 f.

30 Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 23.09.1894, Nr. 446; Deutsche Schlaffheit und polnische Energie, in: Kreuzzeitung vom 05.10.1894, Nr. 466.

31 Erzbischof v. Stablewski über die polnische Politik, in: Neue Freie Presse vom 26.09.1894, Abendblatt; Erzbischof v. Stablewski über die Polenpolitik, in: Berliner Börsen-Courier vom 26.09.1894, Nr. 451.

32 Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 30.09.1894, Nr. 458 (Hervorhebung im Original gesperrt).

33 Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung vom 15.09.1894, Abendblatt; Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung vom 23.09.1894, erstes Morgenblatt; Der Herzog von Lauenburg und die Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 18.09.1894, Nr. 558; Zur Polenfrage, in: Vorwärts vom 02.10.1894; Die Polen in Preußen, in: Vorwärts vom 07.10.1894.

ändert worden sei.[34] Der Korrespondent des Blattes berichtete über die große Enttäuschung der Posener Deutschen auf der Rückreise von Varzin, denn Bismarcks Rede sei weniger scharf gewesen als erhofft. Zudem hänge der Altkanzler der überkommenen Vorstellung an, dass Adel und Klerus die einzigen politisch relevanten Faktoren der polnischen Nation seien, während er den Mittelstand ignoriere.[35] Trotzdem hätten die „Bismarckpresse", ferner konservative, nationalliberale und selbst freisinnige Blätter die Rede zum Anlass für scharfe Angriffe gegen die Versöhnungspolitik der preußischen Staatsregierung genommen.[36] Offenbar genügten die öffentlichkeitswirksamen, aber inhaltsarmen Huldigungsfahrten als Anstoß für eine regierungskritische Pressekampagne.

Ebenso sahen die Zentrumsblätter *Kölnische Volkszeitung* und *Germania* infolge der Kaiser- und Bismarckreden eine „*neue Fluthwelle der Polenhetze*" heraufziehen. Deutlich widersprachen sie den Interpretationen der konservativen und nationalliberalen Blätter, suchten die Rede Koscielskis und die Kaiserworte in Thorn in ihrer Bedeutung abzuschwächen und interpretierten die Bismarckfahrten als Kritik an Wilhelm II., dem Träger der Polenpolitik des Neuen Kurses.[37] Da Bismarck die polnische Geistlichkeit als Reichsfeind dargestellt hatte und Stablewski zur Zielscheibe der rechten Presse geworden war, deutete die *Kölnische Volkszeitung* die antipolnische Agitation der deutschen Rechten als Vorwand für Angriffe gegen den Katholizismus in den Ostprovinzen.[38]

Entschieden trat der sozialdemokratische *Vorwärts* für die preußischen Polen ein und verteidigte ihren Glauben an die Wiedererstehung des polnischen Staates. Dies sei zwar gegenwärtig illusorisch, erscheine unter günstigen Umständen aber möglich, etwa im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Russland.[39] Ferner übte das Blatt scharfe Kritik an der Polenpolitik Bismarcks, den Ausweisungen von Polen und Juden seit 1885 und der Verdrängung polnischer Grundbesitzer durch die staatliche Ansiedlungspolitik. Die Beseitigung der polnischen Sprache aus dem Schulunterricht brand-

---

[34] Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung vom 15.09.1894, Abendblatt.

[35] Politische Uebersicht, in: Frankfurter Zeitung vom 17.09.1894, Abendblatt; Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung vom 18.09.1894, Abendblatt. – Siehe auch KAMINSKI, Bismarck, S. 242 f.

[36] Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung vom 23.09.1894, erstes Morgenblatt. – Siehe beispielsweise: Fürst Bismarck, in: Freisinnige Zeitung vom 25.09.1894. Unter der Rubrik „Polenfragen" berichtete das Blatt wiederholt über die Varziner Reden Bismarcks und die Thorner Rede Wilhelms II.

[37] Die Thorner Rede des Kaisers, in: Kölnische Volkszeitung vom 25.09.1894, Nr. 573 (Hervorhebung im Original gesperrt), nachgedruckt in: Germania vom 26.09.1894, erstes Blatt. Siehe auch: Die Posener Huldigungsfahrt nach Varzin, in: Germania vom 16.09.1894, drittes Blatt; Die Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 24.09.1894, Nr. 570; Die Polen, in: Germania vom 25.09.1894, zweites Blatt; Der „Kampf gegen die Polen", in: Kölnische Volkszeitung vom 26.09.1894, Nr. 575.

[38] Wochen-Rundschau, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.09.1894, Nr. 580. – Siehe auch die kommentierte Presseschau: Die Gegner des neuen Curses, in: Kölnische Volkszeitung vom 25.09.1894, Nr. 572.

[39] Zur Polenfrage, in: Vorwärts vom 02.10.1894.

markte der *Vorwärts* als „Unterrichtsverhunzung“ und „kulturwidrig“, die erfolglosen Versuche zur Germanisierung als „Zeichen rückständiger Barbarei“. Als Ausweg seien die repressive Politik und alle Ausnahmebestimmungen zu beseitigen, um die Polen mit der Zugehörigkeit zum preußischen Staat zu versöhnen.[40]

Die vier Reden im September 1894 konnten allesamt als Absagen an die vordergründig versöhnliche Polenpolitik unter Reichskanzler Caprivi verstanden werden und markieren eine Zäsur im deutsch-polnischen Verhältnis. Die Erörterung in der deutschen Presse verstärkte die Wirksamkeit der Reden noch. Zwar war keine der Reden unmittelbar für die Politik Preußens relevant, doch da sich mit Wilhelm II. und Koscielski die herausragenden Repräsentanten des Versöhnungskurses davon verabschiedeten, schien dessen Ende öffentlich besiegelt. Zudem hatte Altkanzler Bismarck seine repressive Polenpolitik wirkungsvoll in Erinnerung gerufen und damit eine scheinbar bewährte Alternative aufgezeigt, die von der konservativen und nationalliberalen Presse bereitwillig aufgegriffen wurde.

Insbesondere die Fahrten nach Varzin waren für das deutsch-polnische Verhältnis bedeutsam, obschon weniger aufgrund der inhaltlich dürftigen Reden Bismarcks. Vielmehr hatte dieser den entscheidenden Anstoß zur Gründung des „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ gegeben.[41] An den Huldigungsfahrten hatten deutsche Grundbesitzer sowie das Bürger- und Beamtentum der Provinzen Posen und Westpreußen teilgenommen, die sich vom wirtschaftlichen Aufschwung und dem Bevölkerungswachstum der preußischen Polen bedroht fühlten. Die Veranstalter der Fahrten nutzten die in Varzin ausgedrückten Sorgen der Deutschen und die reichsweite Presseberichterstattung darüber, um das Bewusstsein eines deutsch-polnischen Konflikts zu schüren und in einer dauerhaften Organisation zu institutionalisieren.[42] Der Deutsche Ostmarkenverein sollte das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen in den preußischen Ostprovinzen in den folgenden zwei Jahrzehnten maßgeblich beeinflussen. Bismarck war der geistige Vater des Vereins, seine Reden in Varzin markierten den Gründungsakt und seine Forderungen nach Verschärfung der Polenpolitik wurden zum Kernpunkt der Vereinstätigkeit.[43]

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums hatten sich führende Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Zeitungen als Gegner der repressiven Polenpolitik deutlich positioniert.[44] Mit ihrer Kritik an der Bismarckschen Politik und der Beibehaltung der antipolnischen Ausnahmegesetze unter Reichskanzler Caprivi erklärten sie nachdrücklich, dass die wenigen Zugeständnisse und die zuvorkommende Behandlung

[40] Die Polen in Preußen, in: Vorwärts vom 07.10.1894.

[41] Im Folgenden als Deutscher Ostmarkenverein bezeichnet, wie der Verein sich ab 1899 nannte.

[42] Kaminski, Bismarck, S. 236 und 246 f. Siehe auch Grabowski, Nationalismus, S. 57-66; Oldenburg, S. 15-18.

[43] Kaminski, Bismarck, S. 248 ff. – Exemplarisch Wagner, Polenring, S. 28 f.

[44] Die Koalition der oppositionellen Parteien und Zeitungen gegen die Bismarcksche Polenpolitik war bereits in den Jahren 1885/86 angesichts der Ausweisung von Polen und Juden aus Preußen und der Verabschiedung des Ansiedlungsgesetzes hervorgetreten. Neubach, Ausweisungen, S. 92-119.

einzelner Personen die Diskriminierung der gesamten polnischen Bevölkerung nicht aufwiegen konnte. Besonders der *Vorwärts* zeichnete sich durch polemische Angriffe gegen die Polenpolitik aus. Offenbar war die Unterdrückung nationaler Minderheiten im Deutschen Reich ein geeignetes Thema, um die Solidarität der Sozialdemokratie mit den preußischen Polen herzustellen und für die eigenen politischen Vorstellungen zu werben.[45] Eine sachliche Aussprache mit den konservativen und nationalliberalen Blättern musste hingegen aussichtslos erscheinen, denn diese ignorierten die Einwände der Zentrums-, linksliberalen und sozialdemokratischen Blätter in aller Regel oder beurteilten diese als unqualifiziert. Einzig Äußerungen aus den eigenen Reihen wurden als relevant erachtet, wie eine Zuschrift aus der Provinz Posen an die konservative *Kreuzzeitung* zeigt, derzufolge der Artikel der *Kölnischen Zeitung* über den Einfluss Stablewskis großteils erfunden oder zumindest stark übertrieben sei.[46]

1.2 Die „polnische Gefahr“ – Konstruktion und wissenschaftliche Begründung

In ihren öffentlichen Auseinandersetzungen entwickelten die Anhänger und die Kritiker der preußischen Polenpolitik jeweils Feindbilder, die den Gegner eindeutig kennzeichnen und ihn herabsetzen, zugleich aber auch identitätsstiftend für die eigenen Anhänger wirken sollten.[47] Eine zentrale Rolle spielte der von den Posener Großgrundbesitzern Ferdinand von Hansemann, Hermann Kennemann und Heinrich von Tiedemann ins Leben gerufene Deutsche Ostmarkenverein. Der Verein rekrutierte sich vornehmlich aus dem deutschen Beamtentum, Mittelstand und Großgrundbesitz der Ostprovinzen und trat öffentlichkeitswirksam für verwaltungs- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur „Stärkung des Deutschtums“ ein. Dies betraf vor allem den Ausbau der staatlichen Ansiedlungspolitik zugunsten der Ansiedlung deutscher Bauern, die wirtschaftliche Unterstützung des deutschen Mittelstandes in den Städten, die sogenannte „kulturelle Hebung“ durch Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie die direkte finanzielle Unterstützung der deutschen „nationalen“ Beamtenschaft durch „Ostmarkenzulagen“. Ferner verlangte der Verein die gesetzliche Begrenzung der privaten polnischen Ansiedlungs- und Parzellierungstätigkeit, den Ausschluss ausländischer Wander- und Saisonarbeiter aus Preußen sowie die Beschränkung des Gebrauchs der polnischen Sprache in staatlichen Einrichtungen wie Schulen, Gerichten, Behörden, im Postverkehr sowie in Vereinen und auf öffentlichen Versammlungen.[48]

Das Zentrumsblatt *Germania* bezeichnete die Vereinsgründung weitsichtig als von Varzin aus stimulierte „Organisierung der Polen-Hetze“.[49] Hingegen zeigte sich die konservative *Kreuzzeitung* in Bezug auf die Erfolgsaussichten des Vereins zunächst skeptisch, da sie eine unpolitische Organisation, die der Ostmarkenverein zu sein vorgab, als wenig wirkungsvoll erachtete. Zudem forderte das Blatt eine Beschränkung

45 Wehler, Sozialdemokratie, S. 112 ff.

46 Ueber die Fahrt der Posener Deutschen nach Varzin, in: Kreuzzeitung vom 25.09.1894, Nr. 449.

47 Vgl. Jeismann, S. 90 f.

48 Jakóbczyk, Ostmarkenverein, S. 207-239.

49 Die Thorner Rede, in: Germania vom 26.09.1894, erstes Blatt.

des Vereins auf die Ostprovinzen.[50] Doch dieser bezog seine Bedeutung gerade daraus, dass er das regionale Problem des deutsch-polnischen Zusammenlebens in eine nationale Angelegenheit des Deutschen Reiches übersetzte und entsprechende personelle und materielle Ressourcen mobilisieren konnte. In der Folge thematisierten deutsche Blätter wiederholt die Sonderstellung des Ostmarkenvereins unter dem Schutz der preußischen Staatsregierung und die Auswirkungen seiner Tätigkeit auf den Nationalitätenkonflikt und das Wirtschaftsleben in den Ostprovinzen.[51]

Im Hinblick auf das deutsch-polnische Verhältnis im Deutschen Reich nahm der Ostmarkenverein eine exponierte Stellung unter den Organisationen und Verbänden der deutschen Rechten ein und war federführend daran beteiligt, mit der Beschwörung einer vermeintlichen „polnischen Gefahr" ein wirkmächtiges Feindbild zu konstruieren und zu verbreiten. Dabei griffen die Mitglieder und Sympathisanten des Ostmarkenvereins und anderer radikalnationalistischer Verbände wie etwa des Alldeutschen Verbands auf Polenbilder zurück, die in der deutschen Hoch- und Populärliteratur, in Theaterstücken und in Kabaretts, in der Publizistik, in Reiseführern und Satireblättern, in Witzen, Sprichwörtern und Liedern weit verbreitet waren. Besonders Variationen des Stereotyps der „polnischen Wirtschaft" prägten den deutschen Blick auf Polen: Bilder von politischer Anarchie und der Unfähigkeit zum Staatsleben, von wirtschaftlicher und kultureller Rückständigkeit, von Unbildung, Lasterhaftigkeit und Alkoholismus in der polnischen Bevölkerung. Darin spiegelten sich Eigenbilder von deutschen Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Fleiß, von protestantischer Arbeitsethik, wirtschaftlicher Blüte und kulturell-zivilisatorischem Fortschritt wider. Dem entsprach das Überlegenheitsgefühl gegenüber den Völkern und Nationalitäten in Osteuropa, das an die Erzählung der mittelalterlichen Ostkolonisation anknüpfte und in der Vorstellung einer deutschen Zivilisierungsmission im Osten erneuert wurde. Solche Eigenbilder und Fremdwahrnehmungen wurden im 19. Jahrhundert durch die Literatur und preußische Geschichtsschreibung popularisiert und fanden ihren Niederschlag in der „Ostmarkenliteratur" und in vielen Veröffentlichungen und Zeitungsartikeln aus den Reihen der deutschen Rechten und radikalen Nationalisten.[52]

Mittels der abwertenden und geringschätzigen Polenbilder wurden die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert gerechtfertigt und der Besitzanspruch Preußens auf das ehemals polnische Staatsgebiet begründet, außerdem dienten sie der Legitimierung der repressiven Polenpolitik und der Degradierung der Polen in Preußen zu „Staatsbürgern zweiter Klasse". Das Arsenal an antipolnischen Stereotypen wurde Ende des 19. Jahrhunderts um einen wichtigen Aspekt erweitert, als die deutschen Rechten glaubten, eine konkrete Bedrohung der deutschen Bevölkerung in den preußischen Ostprovinzen zu erkennen: Durch das Bevölkerungswachstum der Polen und den Aufschwung des

---

50 Etwas zur Erwägung, in: Kreuzzeitung vom 01.10.1894, Nr. 459. – Für die Reaktion der deutsch- und polnischsprachigen Presse auf die Vereinsgründung Tims, S. 29-34 und 42 f.

51 Exemplarisch: Zur Polenpolitik der Regierung, in: Germania vom 01.03.1895, zweites Blatt; Zur Entstehung des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken, in: Kölnische Volkszeitung vom 03.05.1895, Nr. 287.

52 Serrier, Kulturarbeit; Orłowski, Wirtschaft, S. 155-189; ders., Lesbarkeit, S. 50-63; ders., Nationerfindung, S. 84-96; Wojtczak, Literatur, S. 115-169.

polnischen Handels und Gewerbes in den Ostprovinzen sahen sie eine Konkurrenz entstehen, die die Deutschen zu verdrängen oder zu marginalisieren drohe, mithin deren „Polonisierung“ vorantreibe.[53] Diese Wahrnehmung bezog sich freilich nicht auf ein vollkommen fiktives Szenario, sondern gründete auf demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die national gedeutet, gewissermaßen „nationalisiert“ bzw. „ethnisiert“ wurden.

Dabei stützten sich die deutschen Rechten auf wissenschaftliche Arbeiten aus der Nationalökonomie und des Vereins für Sozialpolitik über wirtschaftliche und soziale Fragen der preußischen Ostprovinzen. Die Forschungsergebnisse wurden in Monografien, Sammelbänden und wissenschaftlichen Qualifikationsschriften dargelegt und auf wissenschaftlichen Tagungen und Versammlungen vorgetragen und diskutiert.[54] Die Wissenschaftler gründeten ihre Arbeiten auf umfangreiche Datenerhebungen und Statistiken, um den Anspruch wissenschaftlicher Objektivität, Neutralität und Nachprüfbarkeit zu erfüllen. Inhaltlich beschränkten sie sich vordergründig auf wirtschaftspolitische Fragestellungen, die in der Regel aber nationalpolitisch gefärbt waren. Der Wirkungskreis reichte besonders dann über die wissenschaftliche Teilöffentlichkeit hinaus, wenn zentrale gesellschaftlich-politische Fragen behandelt wurden. Größtenteils wurden die Forschungsergebnisse aber nur in den für solche Themen vorgesehenen Rubriken der Zeitungen besprochen.[55]

Die preußischen Ostprovinzen und die polnische Bevölkerung gerieten in mehrerer Hinsicht in den Fokus von wissenschaftlichen Untersuchungen: Diese behandelten das größere Bevölkerungswachstum der Polen, das anhand von statistischen Erhebungen und Volkszählungen nachgewiesen wurde, ferner den Zusammenhang der landwirtschaftlichen Modernisierung „Ostelbiens“ durch Veränderung der Besitzverhältnisse mit der Beschränkung der Arbeitsmigration aus Kongresspolen und Galizien, schließlich den wirtschaftlichen Aufschwung des polnischen Handels und Gewerbes.

Die Ergebnisse der Volkszählungen boten auf der Grundlage statistischen Materials vermeintlich sichere Aussagen über das Nationalitätenverhältnis in den preußischen Ostprovinzen. Diese waren jedoch von politischen Erwägungen beeinflusst, wenn etwa die deutsche Sprachgruppe tendenziell größer angegeben wurde, um Erfolge der „Germanisierungspolitik“ vorzutäuschen. Zudem entsprachen die Angaben der Befragten über ihre Sprache nicht immer ihrer gefühlten Gruppenzugehörigkeit, sondern folgten politischen und wirtschaftlichen Erwägungen. Insofern stellt die Sprachenstatistik nur ein Hilfsmittel zur Feststellung des Nationalitätenverhältnisses dar.[56]

Im Hinblick auf die preußischen Ostprovinzen war die Zählung von 1890 aufsehenerregend, in der nach der Muttersprache gefragt wurde. In den *Preußischen Jahrbüchern* fasste der renommierte Statistiker Richard Böckh das Ergebnis dahingehend zusammen, dass im Vergleich zur vorhergehenden Zählung von 1861 das Wachstum der deutschen Bevölkerung gegenüber der polnischen weit geringer ausgefallen sei. In

---

53 MÜLLER, Deutschland, S. 3 und 33; OTTO, S. 34-41; KRAHL, S. 15.

54 GORGES; LINDENLAUB.

55 VOM BRUCH, Professoren, S. 21-24; DERS., Gelehrtenpolitik, S. 41 f.; LINDENLAUB, S. 14-43.

56 BELZYT, S. 11 f. – Für eine zeitgenössische Kritik der Sprachenzählungen BERNHARD, Fehlerquellen, S. III-XXI.

der Provinz Posen nehme die Zahl der Deutschen sogar ab, wofür die große Abwanderung und geringe Geburtenrate verantwortlich seien. Zudem würden deutsch-polnische Mischehen häufig zur Polonisierung der Kinder führen.[57] An solche Erhebungen anschließend forderten beispielsweise Paul Stade und Rudolf Kleeberg in ihren demografisch-statistischen Dissertationen gesetzliche Maßnahmen, um das Bevölkerungsverhältnis in den Ostprovinzen zugunsten der Deutschen zu beeinflussen und damit die unterstellten polnischen Selbständigkeitsbestrebungen abzuwehren.[58]

Mittels konkreter Beispiele, wie etwa der sogenannten „Bamberger bei Posen", wurde die Polonisierung der deutschen Bevölkerung in der ethnisch gemischten Region verdeutlicht. Im Jahr 1882 hatte der Posener Archivar Max Bär eine Schrift über die im 18. Jahrhundert aus Oberfranken nach Posen eingewanderten deutschen Katholiken veröffentlicht. Bär beschrieb deren allmähliche Integration in die polnische Bevölkerung als forcierte Assimilierung durch die polnische Schule und katholische Geistlichkeit, und beklagte den Verlust der deutschen Identität und Nationalität.[59] Nach der Jahrhundertwende avancierten die „Bamberger bei Posen" zum häufig zitierten Schreckbild der vermeintlichen Polonisierungsbestrebungen, womit vor allem die radikalen Nationalisten die demografische Verschiebung einprägsam illustrierten.[60]

Ein ebenso prägnantes Bild lieferte der angesehene deutsche Philosoph Eduard von Hartmann. Dieser hatte 1885 in der Zeitschrift *Die Gegenwart* den „Rückgang des Deutschtums" konstatiert und für eine aggressive Protestantisierungs- und Germanisierungspolitik plädiert, um „das Slawenthum in unseren Grenzen aus[zu]rotten", sprich: an die deutsche Bevölkerung zu assimilieren.[61] Aufgrund der Verknüpfung von antislawischer und antikatholischer Stoßrichtung und nicht zuletzt wegen der drastischen Wortwahl riefen Hartmanns Gedanken großes Aufsehen in der polnischen Öffentlichkeit hervor und wurden als theoretische Fundierung der Bismarckschen Polenpolitik gedeutet, zumal kurz darauf die Ausweisungen von nicht naturalisierten Polen und Juden aus Preußen begannen.[62] Zwar war die Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit verhaltener, gleichwohl werden die Gedanken des „Modephilosophen" des Kaiserreichs im deutschen protestantischen Bürgertum sicherlich rezipiert worden sein.[63]

---

[57] RICHARD BÖCKH: Die Verschiebung der Sprachverhältnisse in Posen und Westpreußen, in: Preußische Jahrbücher 77 (1894), 3, S. 424-436. – Für die weiteren Volkszählungen siehe BROESIKE, Polen; DERS., Deutsche. Ferner die zahlreichen Beiträge in der *Zeitschrift des Königlich-Preussischen Statistischen Landesamtes*.

[58] STADE, S. 43; KLEEBERG, S. 103. Siehe auch KURTH, S. 3 f.

[59] BÄR. Siehe hierzu PARADOWSKA, S. 129-156.

[60] HOFFMANN; KURD VON STRANTZ: Die deutsche Slawenpolitik und das habsburgische Donaureich, in: Die Gegenwart 62 (1902), 35, S. 129 ff., hier S. 129; Die Wahrheit über den polnischen Schülerstreik [Flugblatt des Deutschen Ostmarkenvereins], Berlin [1906]; TEUT II., S. 7.

[61] EDUARD VON HARTMANN: Der Rückgang des Deutschthums, in: Die Gegenwart 27 (1885), Nr. 1, S. 1 ff., Nr. 2, S. 19-22, Zitat S. 22; DERS.: Nochmals der Rückgang des Deutschthums, in: Die Gegenwart 27 (1885), 6, S. 95.

[62] NEUBACH, Schlagwort, S. 35-52 und 54.

[63] Ebenda, S. 52 f.

Darüber hinaus wurden die polnischen Land- und Saisonarbeiter zum Gegenstand wissenschaftlicher Studien. Im Übergang Deutschlands zur hochentwickelten Industrienation befand sich die Landwirtschaft seit Ende der 1870er Jahre in einer Krise, die durch Schutzzölle und Subventionen gemildert werden sollte. Um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und zugleich kostengünstig halten zu können, waren verschiedene Optionen wie die technische Modernisierung, die Zusammenlegung oder Aufteilung von Betrieben sowie die Heranziehung billiger Arbeitskräfte denkbar.[64] In den landwirtschaftlichen Großbetrieben der preußischen Ostprovinzen wurden vor allem einheimische polnische Landarbeiter sowie Saisonarbeiter aus Galizien und Kongresspolen beschäftigt. Diese galten als anspruchsloser und billiger als deutsche Arbeitskräfte und konnten je nach Bedarf zur Aussaat- oder Erntezeit herangezogen werden.[65]

Die polnischen Arbeitskräfte gerieten besonders in den Fokus von agrar- und sozialpolitischen Untersuchungen.[66] So beschrieb der Nationalökonom Max Weber in seiner Studie über die soziale und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter im „ostelbischen Deutschland“ von 1892 die Transformation der junkerlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe in profitorientierte agrarische Unternehmen. Diese bevorzugten billige und anspruchslose polnische Wanderarbeiter gegenüber deutschen Landarbeitern, womit sie den „Rückgang des Deutschtums“ verstärken und den „Kulturfortschritt“ der Provinzen hemmen würden.[67] Schloss Weber seine Analyse lediglich mit der allgemeinen Forderung nach staatlicher Intervention, präzisierte er diese auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1893 in Berlin, als er eine Grenzsperre für ausländische Landarbeiter und eine intensive staatliche Kolonisationspolitik zur Ansiedlung deutscher Bauern anmahnte. Ferner warnte er eindringlich vor der Verdrängung der deutschen durch polnische Landarbeiter und vor der Herabdrückung der Landbevölkerung auf das „Niveau einer tieferen, östlicheren Kulturstufe“.[68]

Ein breiteres Publikum erreichte Max Weber mit der pointierten Darstellung seiner Thesen in den *Preußischen Jahrbüchern*.[69] Große Publizität erlangte schließlich die akademische Antrittsrede, die er am 13. Mai 1895 unter dem Titel „Die Nationalität in der Volkswirtschaft“ an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hielt.[70] Darin legte er den grundsätzlichen Konflikt zwischen dem Prinzip der Maximierung des wirtschaft-

---

64 WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 685-699; CONRAD, Globalisierung, S. 124-130.

65 BADE, Preußengänger, S. 98 ff.

66 Siehe exemplarisch die Beiträge des Nationalökonomen Max Sering zur inneren Kolonisation und preußischen Ansiedlungstätigkeit. SERING, Arbeiterfrage; DERS., Kolonisation; ferner die Dissertationen STUTZKE; TRZCIŃSKI.

67 WEBER, Landarbeiter, S. 589 ff. und 914-918, Zitate S. 591 und 915. Siehe hierzu VOM BRUCH, Landarbeiterenquete, S. 227. – Zur Rezeption in der deutschen Presse KONNO, S. 57 ff., 65 und 72.

68 WEBER, Arbeitsverfassung, Zitat S. 176.

69 MAX WEBER: Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, in: Preußische Jahrbücher 77 (1894), 3, S. 437-473, bereits zuvor erschienen in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 7 (1894), 1, S. 1-41.

70 Veröffentlicht unter dem Titel MAX WEBER: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede, Freiburg – Leipzig 1895.

lichen Ertrags und dem nationalpolitischen Interesse der Erhaltung des „Deutschtums" dar. Auf der Grundlage einer sozialdarwinistischen Deutung der Weltgeschichte als „*ewige*[r] Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art" erhob er die „*Staatsraison*" zum „letzte[n] Wertmaßstab auch der volkswirtschaftlichen Betrachtung".[71]

Die radikalen Nationalisten nahmen Max Webers Forschungsergebnisse und nationalpolitischen Forderungen bereitwillig auf und verbreiteten diese. Weber selbst hielt als Mitglied des Alldeutschen Verbandes auf dessen Versammlungen Referate über die „polnische Frage", überdies gehörte er dem Gesamtausschuss des Ostmarkenvereins an, auch wenn er sich nicht aktiv engagierte. In seinen Beiträgen kritisierte er deutlich, dass trotz der allseits geforderten Bekämpfung der Polen weiter ausländische Landarbeiter beschäftigt wurden. Als grundsätzlichen Missstand benannte er die wirtschaftliche und politische Macht des Großgrundbesitzes, die er möglichst beschneiden wollte. Da er dieses Thema nicht genügend gewürdigt sah, trat er 1899 aus dem Alldeutschen Verband aus. Hatte dieser Webers Arbeiten bis dahin noch als grundlegend für die Beurteilung der „Polenfrage" empfohlen, verwies er nun kaum mehr darauf.[72]

Indem sich die Debatte über die Defizite agrarischen Wirtschaftens in den preußischen Ostprovinzen auf die vermeintliche Verdrängung der deutschen Landbevölkerung konzentrierte, wurden die Reformbedürftigkeit der Landwirtschaft, die mangelnde Technisierung und die rückständige Arbeitsverfassung verschleiert. Letztlich waren die polnischen Saisonarbeiter, die unter schlechten Arbeitsbedingungen litten, kaum rechtlichen Schutz genossen und – nach deutschen Maßstäben – miserabel entlohnt wurden, nur das deutlichste Symptom des Profitstrebens kapitalistisch wirtschaftender Großagrarier. Diese beuteten das Potenzial der Arbeitskräfte aus, entzogen sich aber der patriarchalischen Verantwortung und sozialen Fürsorge der traditionellen Arbeitsverfassung. Somit wurden in der öffentlichen Debatte über den Agrarsektor und die landwirtschaftlichen Großbetriebe deutsche Überfremdungsängste artikuliert und instrumentalisiert, zugleich aber ökonomische und sozialpolitische Probleme kaschiert.[73]

Schließlich wurden das Wirtschaftsleben und die Grundbesitzverteilung in den Ostprovinzen zum Thema wissenschaftlicher Untersuchungen und öffentlicher Erörterungen. Der polnische Mittelstand erlebte im ausgehenden 19. Jahrhundert einen wirtschaftlichen Aufschwung, von dem besonders Handel und Gewerbe in den Städten der Ostprovinzen profitierten.[74] Zugleich griff der preußische Staat durch den Ankauf von polnischem Großgrundbesitz zur Parzellierung und Besiedlung mit deutschen Bauern interventionistisch in das Wirtschaftsleben ein, provozierte damit aber eine dynamische polnische Gegenbewegung.[75] Zahlreiche polnische Banken und Kreditgenossenschaften wurden gegründet, die den Ankauf von Land für die Parzellierung und Ansiedlung von polnischen Bauern und Landarbeitern organisierten und finanzierten. Der private Landerwerb der preußischen Polen konkurrierte direkt mit der staatlichen Ansiedlungs-

---

71 WEBER, Nationalstaat, S. 18 ff., Zitate S. 19 (Hervorhebung im Original gesperrt).

72 Zu Max Weber und den nationalen Verbänden siehe KONNO, S. 102-115.

73 FLEMMING.

74 JAWORSKI, Handel, S. 26-35.

75 EDDIE, Prussian Settlement Commission; DERS., Ethno-Nationality.

politik und stellte sich schließlich als effizienter und erfolgreicher heraus. So konnte die Ansiedlungskommission bald kaum mehr polnischen Besitz aufkaufen, sondern erwarb zunehmend deutsche Güter. Die verkaufswilligen Grundbesitzer verhandelten oftmals gleichermaßen mit der deutschen und polnischen Seite, ferner mit umtriebigen „Güteragenten", wodurch die Preise in die Höhe getrieben und hohe Verkaufserlöse erzielt wurden.[76]

In wissenschaftlichen Untersuchungen wurde die Konkurrenz zwischen Deutschen und Polen im Wirtschaftsleben und auf dem Gütermarkt vor allem als Symptom des Nationalitätenkonflikts gedeutet.[77] Diese wurden zwar zuweilen in deutschen Zeitungen und Zeitschriften besprochen, entfachten aber keine öffentliche Debatte. Eine breite Rezeption erfuhr erst die umfangreiche Untersuchung *Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat* von Ludwig Bernhard, die im Herbst 1907 während der Debatte über die Enteignungsvorlage erschien. Darin belegte der an der Königlichen Akademie zu Posen tätige Professor für Staatswissenschaften anhand deutscher und polnischer Quellen die Ineffektivität der staatlichen Ansiedlungspolitik gegenüber der privat organisierten Parzellierungs- und Siedlungstätigkeit der Polen. Zudem verfocht er die These, dass das polnische Genossenschaftswesen von einer Gruppe machtvoller Personen geleitet werde, die eine mächtige inoffizielle Regierung der Polen darstelle.[78]

Diese These wurde in der deutschen Presse aufgenommen und breit diskutiert. Die deutschen Rechten sahen ihre Auffassung bestätigt, dass die Polen einen „Staat im Staate" bildeten und die Abspaltung der Ostprovinzen von Preußen vorbereiteten. Bernhards ungünstige Bewertung der staatlichen Ansiedlungspolitik erachteten sie als Argument dafür, die Ansiedlungskommission mit größeren Machtbefugnissen auszustatten.[79] Hingegen sahen Zentrums- und sozialdemokratische Blätter durch die Studie Bernhards das Fiasko der Ansiedlungspolitik belegt und forderten deren Abschaffung oder die gleichberechtigte Berücksichtigung polnischer Bewerber bei der Ansiedlung.[80]

Bernhards Hinweis auf eine mögliche Annäherung zwischen Deutschen und Polen wurde in der Rezeption hingegen meist übergangen. Im Schlusskapitel führte er knapp aus, dass die polnischen Genossenschaften staatliche Aufgaben übernähmen und für ihre Tätigkeit auf den Ordnungsrahmen des preußischen Staates angewiesen seien. Diese Wechselbeziehung bilde laut Bernhard eine solidere Basis für das Zusammenleben der deutschen und polnischen Bevölkerung als die repressive Polenpolitik

---

76 Ders., Prussian Settlement Commission, S. 56 ff.

77 Wegener; Belgard; Adamczewski; Zawadzka.

78 Bernhard, Gemeinwesen, S. 211-214.

79 Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat, in: Kölnische Zeitung vom 15.11.1907, Nr. 1188; W. v. Massow: Beurteilungen der preußischen Ostmarkenpolitik, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 07.12.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5334, Bl. 42a-42b; George Cleinow: Die Polenfrage in Preußen, in: Die Grenzboten 66,4 (1907), 50, S. 549-554, hier S. 553 f.

80 Das Fiasko der preußischen Polenpolitik, in: Vorwärts vom 17.11.1907; Ludwig Bernhard über die polnische Frage, in: Kölnische Volkszeitung vom 27.11.1907, Nr. 1031; Germanisation und Geschäft, in: Pfälzische Post vom 06.01.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 42; K...i [Julian Marchlewski]: Ein Beitrag zur Polenfrage, in: Die Neue Zeit 26 (1907), 9, S. 316-319.

oder eine fragwürdige Versöhnungspolitik.[81] Stattdessen galt Bernhards Werk in der deutschen Öffentlichkeit in erster Linie als wissenschaftlich fundierte Kampfschrift im Nationalitätenkonflikt, die dazu diente, die Methode des Gegners offenzulegen und daraus für die deutsche Ansiedlungspolitik zu lernen.[82]

Die wissenschaftlichen Studien über die preußischen Ostprovinzen und die polnische Bevölkerung waren zumeist schon aufgrund der Themenwahl nationalpolitisch gefärbt. Denn die Verfasser verorteten sich in politischer und nationaler Hinsicht in der Debatte über die „polnische Frage" und ergänzten ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Forschungsergebnisse mit nationalpolitischen Argumenten und Schlussfolgerungen. Dadurch konnten sie das polnische wirtschaftliche und demografische Wachstum als existenzielle Bedrohung für Preußen wissenschaftlich begründen und die preußische Polenpolitik legitimieren. Darüber hinaus zogen sie die Loyalität der Polen zu Kaiser und deutschem Nationalstaat in Zweifel und unterstellten ihnen, planmäßig an der Wiedererrichtung des polnischen Staates zu arbeiten, der unter Einbeziehung preußischer Gebiete „von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer" reichen würde.[83] Die Schilderungen des angeblich gezielten Zurückdrängens der deutschen Bevölkerung verdichteten sich zu dem Feindbild der „polnischen Gefahr". Diese Vorstellung speiste sich aus diffusen Bedrohungs- und Überfremdungsängsten, die durch die bloße Existenz einer nationalen Minderheit innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches hervorgerufen wurden.[84]

Mit der Beschreibung vermeintlicher innerer und äußerer Gefahren wurden zugleich der defensive Charakter des deutschen Nationalismus hervorgehoben und die Polenpolitik begründet, die einzig der Verteidigung des deutschen Besitzstandes diene.[85] Federführend bei der Konstruktion der „polnischen Gefahr" waren der Deutsche Ostmarkenverein und der Alldeutsche Verband, die sich als überparteiliche und überkonfessionelle nationale Vereinigungen gerierten und alle Deutschen für ihre politischen Zielvorstellungen zu vereinnahmen suchten. Politische Probleme definierten sie als „nationale Fragen" und entwarfen Lösungsvorschläge entlang ethnischer Differenzierungen. Ihr nationalstaatliches Ideal war das ethnisch homogene Deutsche Reich, das als solide Grundlage deutscher Weltmachtstellung dienen sollte.[86]

In Bezug auf die gemischtsprachigen preußischen Ostprovinzen sahen diese Verbände ihre Aufgabe darin, die deutsche Bevölkerung gegen das demografische und wirtschaftliche Wachstum der Polen zu verteidigen und das Deutsche Reich vor der

---

81 BERNHARD, Gemeinwesen, S. 674. – Bernhard könne aufgrund dieses Abschnittes zum „Verräter am Deutschtum" gestempelt werden, äußerte die *Kölnische Volkszeitung* spöttisch. Ludwig Bernhard über die polnische Frage, in: Kölnische Volkszeitung vom 27.11.1907, Nr. 1031.

82 Zu Ideentransfer und Lernprozessen zwischen Deutschen und Polen in der Provinz Posen SCHUTTE, Deutsche, S. 120-126.

83 WAGNER, Polenring, S. 19 (Zitat) und 44 f.; FINK, S. VI; KRAHL, S. 57 f.

84 SKORUPA, S. 43 f.; JAWORSKI, Aspekte.

85 KURD VON STRANTZ: Die slawische Gefahr, in: Die Gegenwart 56 (1899), 26, S. 1-4, hier S. 1 f.; KIETZ, S. 76 ff.

86 WALKENHORST, S. 74-77 und 254 f.

Wiedererrichtung des unabhängigen polnischen Staates zu schützen. Den wirtschaftlichen Wettbewerb und das Zusammenleben von Deutschen und Polen charakterisierten sie als „Kampf" zwischen zwei Nationalitäten um den Vorrang in den Ostprovinzen, der mitunter Züge eines „Rassenkrieges" auf Leben und Tod annehme.[87] In der Beschreibung eines nach Westen gerichteten Panslawismus, dessen Ziel die Vereinigung aller Slawen unter der Führung Russlands sei, wurden die Polen als Speerspitze einer gegen Deutschland zielenden völkischen Bewegung dargestellt. Metaphorisch wurde dieses Bedrohungsszenario unterstrichen durch Vergleiche mit Naturkatastrophen wie „slawische Flut" oder „polnische Hochflut", gegen die ein schützender Damm zu errichten sei.[88] Die angebliche „großpolnische" Agitation in den Ostprovinzen und die vermeintlich antideutsche Haltung der preußischen Polen galten als Beleg dafür, dass das deutsche Volk das erste Ziel des panslawistischen Vorstoßes sei.[89] Die Vorstellung einer unaufhaltsamen slawischen Westwanderung wurde ergänzt durch Berichte über die polnische Binnenwanderung in das rheinisch-westfälische Industriegebiet und über den anhaltenden Zuzug polnischer Saisonarbeiter aus Kongresspolen und Galizien.[90]

Dem entsprachen Beschreibungen eines schwach ausgeprägten Nationalgefühls der deutschen Bevölkerung, die folgerichtig den selbstbewusst und voller Nationalstolz auftretenden Polen im Nationalitätenkonflikt unterlegen sei.[91] Aus diesem Grund verfolgten die radikalnationalistischen Verbände die Bewusstmachung und Förderung der nationalen Identität, um die deutsche Bevölkerung für den Kampf gegen den polnischen Gegner zu sensibilisieren. Seien die Deutschen erst „nationalisiert", so das Kalkül, würden sie dank ihres vermeintlich höherwertigen Zivilisationsniveaus die Polen im wirtschaftlichen und kulturellen Wettbewerb überflügeln.[92] Die damit einhergehende Abwertung der polnischen Nationalkultur entsprach den in Deutschland und Europa verbreiteten Vorstellungen eines West-Ost-Kulturgefälles.[93]

In Bezug auf die Verbreitung der Vorstellung einer „polnischen Gefahr" und der Notwendigkeit zur Gegenwehr trat der Alldeutsche Verband, der sich als einflussreicher und weltweit agierender Interessenverband betrachtete, vor allem ideell durch Reden auf den Verbandstagen und durch Veröffentlichungen hervor.[94] Hingegen besaß der

---

87 Fink, S. 5 ff.; Kurd von Strantz: Die slawische Gefahr, in: Die Gegenwart 56 (1899), 27, S. 19-22, hier S. 20; Harpf; Wernitz, S. 16, 18 und 26. – Zur Deutung des Nationalitätenkonflikts als „Rassenkampf" finden sich zahlreiche Hinweise in den Verbandsorganen *Die Ostmark* und *Alldeutsche Blätter*.

88 Drummond, „Einen kräftigen Damm", Zitate S. 105.

89 Gutberlet, S. 15 f.

90 Arthur Dix: Der slawische Zug nach Westen, in: Die Gegenwart 51 (1897), 3, S. 33 ff.; Reismann-Grone; Schiele, Briefe, S. 45 f.; Fritz Bley: Der Kernpunkt der Polengefahr, in: Deutsche Zeitschrift 14 (1901), Nr. 11, S. 343-349, Nr. 12, S. 377-383, auch als Separatdruck erschienen: ders. – Für die Berichterstattung der lokalen deutschen und polnischen Presse über die Polen im Ruhrgebiet Pöttker/Bader.

91 Liebe, S. 1 f. und 6; Fink, S. 4-7; Krahl, S. 15.

92 Siehe hierzu Walkenhorst, S. 254 f.

93 Jaworski, Osteuropa, S. 68 f.

94 Zusammenfassend zur Stellung des Alldeutschen Verbandes zur preußischen Polenpolitik und zur polnischen Minderheit Werner, S. 98-106.

Deutsche Ostmarkenverein größere praktische Bedeutung für die preußischen Ostprovinzen, verfügte aber auch über zahlreiche Niederlassungen im gesamten Reich. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit, den antipolnischen Pressekampagnen und dem Einfluss auf die Provinzialverwaltung und die Lehrerschaft belebte er das Nationalbewusstsein der deutschen Bevölkerung in der Region. Allerdings wirkte sich seine Tätigkeit verhängnisvoll auf die gegenseitige Wahrnehmung der Deutschen und Polen aus, die sich im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zusehends entfremdeten.[95]

Was die deutsche Presse anbetrifft, wurde das Feindbild der „polnischen Gefahr" Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in konservativen und nationalliberalen Zeitungen und Zeitschriften beschworen und zur Begründung der preußischen Polenpolitik angeführt. Als im November und Dezember 1900 in der vom preußischen Innenministerium herausgegebenen *Berliner Correspondenz* eine fünfteilige Artikelreihe unter dem Titel „Die polnische Gefahr" veröffentlicht wurde, war das antipolnische Feindbild schließlich in der amtlichen Presseberichterstattung angekommen.[96] In den Artikeln waren die Unterstellungen und Vorwürfe der radikalnationalistischen Verbände gegen die Polen gebündelt: Das größere polnische Bevölkerungswachstum und der Erwerb von deutschem Grundbesitz wurden als Ausdruck des „nationale[n] Kampf[es]" gedeutet[97], der durch die „planmäßig und zielbewußt vorgehende polnische Propaganda" unterstützt werde.[98] Die nationalpolnischen Lieder und die engen Beziehungen zu den Polen in Galizien würden darauf hindeuten, dass die gesamte polnische Nation die Wiedererrichtung des polnischen Staates unter Einbeziehung der preußischen Ostprovinzen erstrebe. Daher könne „an dem Vorhandensein einer ‚polnischen Gefahr' nicht gezweifelt werden". Zwar sei sich die preußische Staatsregierung dessen bewusst und schütze das „Deutschtum" gegen polnische Übergriffe, allerdings habe sich die deutsche Bevölkerung am Kampf „zur Erhaltung der höchsten idealen Güter der Nation" zu beteiligen.[99]

Die Artikelreihe sorgte für Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit. So habe sich die ministerielle Zeitungskorrespondenz rhetorisch den radikalen Nationalisten angenähert, beklagte die *Freisinnige Zeitung*, denn sie erwecke den Eindruck, als seien „feindliche Truppen in das preußische Staatsgebiet eingedrungen" und als befände sich Preußen im Krieg: „Es sind diese Artikel wahre Kampfartikel, die schlecht passen zu der verfassungsmäßigen Pflicht einer unparteiischen Behörde, wonach alle Preußen vor dem Gesetz gleich sein sollen."[100] Das Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* erachtete

---

95 Grabowski, Ostmarken-Verein, S. 113-118; Skorupa, S. 47.

96 Zur Pressebeeinflussung der ministeriellen *Berliner Correspondenz* Stöber, Pressepolitik, S. 52 f. und 231-236.

97 Die polnische Gefahr. I. Die polnische Volkszahl innerhalb Preußens, in: Berliner Correspondenz vom 28.11.1900; Die polnische Gefahr. II. Die wirthschaftliche Erstarkung des preußischen Polenthums, in: Berliner Correspondenz vom 29.11.1900 (Zitat).

98 Die polnische Gefahr. III. Vereinswesen und Presse, in: Berliner Correspondenz vom 01.12.1900.

99 Die polnische Gefahr. IV. Nationalpolitische Polenlieder, in: Berliner Correspondenz vom 03.12.1900; Die polnische Gefahr. V. Beziehungen zum Auslande, in: Berliner Correspondenz vom 05.12.1900 (Zitate).

100 Die verfehlte Polenpolitik, in: Freisinnige Zeitung vom 01.12.1900, BArch R 8034/II, Nr. 5302, Bl. 6 f.

die Artikelreihe gar als publizistische Vorbereitung neuer antipolnischer Ausnahmegesetze. Als die Staatsregierung daraufhin lediglich Maßnahmen zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Ostprovinzen in Aussicht stellte, habe die „hakatistische Presse" enttäuscht reagiert.[101] Letztlich habe die *Berliner Correspondenz* aber vor allem die Nutzlosigkeit der preußischen Polenpolitik belegt: „Das Fiasko der antipolnischen Politik ist hiermit vor der ganzen Welt halbamtlich festgestellt".[102]

Doch ein Jahr später erklärte die linksdemokratische *Leipziger Volkszeitung*, dass die Artikelreihe tatsächlich einen „scharfen Kurs" in der Polenpolitik eingeleitet habe und es infolgedessen zu zahlreichen Prozessen gegen polnische Redakteure, Versammlungsredner, Gymnasiasten, Akademiker und Kleriker gekommen sei.[103] Durch den Amtsantritt Bernhard von Bülows als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident im Oktober 1900 wurde eine neue Phase in den deutsch-polnischen Beziehungen eingeleitet, in der die Ausnahmegesetze gegen die Polen sukzessive verschärft wurden. Obwohl die Artikelreihe keine konkreten Gesetzesvorlagen vorbereitet hatte, kann sie als halbamtliche Bestätigung der radikalnationalistischen antipolnischen Agitation und als Bekenntnis der preußischen Staatsregierung zur Fortführung der Polenpolitik gelesen werden. Die preußischen Minister sollten dann auch im Januar 1901 anlässlich der Etatdebatte im Preußischen Abgeordnetenhaus die polnischen Abgeordneten mit ähnlichen Argumenten konfrontieren.[104] In seiner Rede bekannte Innenminister Georg von Rheinbaben, dass er die Artikelreihe seinerzeit angeordnet habe und die Verantwortung dafür trage. Durch die Veröffentlichung in der *Berliner Correspondenz* sollte der deutschen Bevölkerung aufgezeigt werden, dass es sich bei der „polnischen Frage" um eine Angelegenheit des gesamtdeutschen Interesses handele und der Kurs in der Polenpolitik beibehalten werde.[105] Damit hatte das Deutungsmuster der „polnischen Gefahr" öffentlichkeitswirksam das Plazet der preußischen Staatsregierung erhalten und wurde zu einem handlungsleitenden Motiv der Polenpolitik Preußens aufgewertet.

---

101 Das Mißlingen der hakatistischen Politik, in: Kölnische Volkszeitung vom 14.12.1900, Nr. 1131 (Zitat); Vollständige Ratlosigkeit, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.12.1900, Nr. 1140.

102 In der Polenfrage, in: Kölnische Volkszeitung vom 02.12.1900, Nr. 1094. Ähnlich: „Wer andern eine Grube gräbt ...", in: Märkische Volkszeitung vom 14.12.1900, BArch R 8034/II, Nr. 5302, Bl. 22.

103 G.H.: Die politischen Folgen der Wreschener Affaire, in: Leipziger Volkszeitung vom 28.12.1901, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447, Bd. 1, Bl. 288.

104 Siehe die Reden des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Johannes von Miquel, des Kultusministers Heinrich Konrad Studt und des Innenministers Georg von Rheinbaben am 15. und 16.01.1901 im Preußischen Abgeordnetenhaus: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten [künftig zit. PAH], 19. Leg., III. Sess., Bd. 1, 4. Sitz., 15.01.1901, Sp. 133-210; 5. Sitz., 16.01.1901, Sp. 214-271.

105 PAH, 19. Leg., III. Sess., Bd. 1, 5. Sitz., 16.01.1901, Sp. 237 f. – Siehe auch: Die polnische Gefahr, in: Berliner Correspondenz vom 17.01.1901.

1.3 „Hakatismus" und preußische Polenpolitik: Vielfältige öffentliche Kritik

Die Kritiker der preußischen Polenpolitik griffen eine polnische Formulierung auf, um die deutschen Verfechter der antipolnischen Diskriminierung zu kennzeichnen. In Anlehnung an die Nachnamen der Gründer des Ostmarkenvereins – Hansemann, Kennemann und Tiedemann – hatte sich in der polnischen Presse und Bevölkerung die Bezeichnung „Hakata" etabliert, die in den polnischen Wortschatz einging und weit über die preußischen Landesgrenzen hinaus zum Synonym für die Unterdrückung nationaler Minderheiten in Deutschland wurde.[106] Auf deutscher Seite wurde die Bezeichnung „H.-K.-T.-Verein"[107] aufgegriffen und ebenfalls in den Wortschatz übernommen. Davon zeugen der häufige Gebrauch in Veröffentlichungen über den Ostmarkenverein, die Eintragungen in Lexika[108] und schließlich sogar die selbstbewusste Übernahme der Abkürzung in der Kopfzeile des Publikationsorgans des Ostmarkenvereins *Die Ostmark*. Im zeitgenössischen Sprachgebrauch wurden „Hakatismus" und die Ableitungen „Hakatist" und „hakatistisch" als Bezeichnung für alle polonophoben Deutschen und die entsprechenden politischen Vorstellungen benutzt.[109] Der vom Ostmarkenverein aggressiv propagierte Antipolonismus bedurfte offenbar einer neuen Vokabel zur präzisen Bezeichnung.

Die Kritiker der Polenpolitik benutzten die Bezeichnungen „Hakatismus" und „Hakatisten" als pejorative Begriffe für den innenpolitischen Gegner. Dieser sei aggressiv und übermächtig, störe die innenpolitische Entspannung der Nach-Bismarckzeit und erstrebe die Diffamierung, Diskriminierung und Ausgrenzung der Polen, womit er auf die gewaltsame Eskalation des deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikts zusteuere.[110] Mit dem „Hakatismus" konstruierten die Kritiker ein Feindbild, das eine direkte Bedrohung für das Deutsche Reich darstelle, und brandmarkten den zunehmend unheilvollen Einfluss radikalnationalistischer Interessenverbände auf die Reichs- und preußische Landespolitik. Die vermutete Einflussnahme wurde beispielsweise deutlich an der Verurteilung der „hakatistischen" Polenpolitik der preußischen Staatsregierung oder der Ablehnung eines Ministeriums für die Ostprovinzen, das als „Ministerium für Hakatismus" einzig dazu dienen solle, „die Polen in Posen und Westpreußen zu bändigen".[111]

Der Redakteur der *Posener Zeitung* Georg Wagner untersuchte in seiner 1899 veröffentlichten Broschüre *Der Polenkoller* ausführlich den „HKTismus", den er mit dem

---

106 Dąbrowska, S. 33.

107 Zur Polenpolitik der Regierung, in: Germania vom 01.03.1895, zweites Blatt.

108 Siehe beispielsweise den Eintrag „Deutscher Ostmarkenverein" in: Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 4, Leipzig 1906, S. 737 f.

109 Tims, S. 40.

110 Exemplarisch für die deutsche Presse: Polenhatz, in: Freie Presse [Eberfeld-Barmen] vom 19.09.1897, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447, Bd. 1, Bl. 99; Polen ist noch nicht verloren, in: Die Welt am Montag vom 16.09.1901, BArch R 8034/II, Nr. 5303, Bl. 16 f.; Auf der Höhe der preußischen Germanisierungskünste, in: Pfälzische Volkszeitung vom 22.07.1903, BArch R 8034/II, Nr. 5307, Bl. 33 f.

111 Ein Ministerium für Hakatismus, in: Märkische Volkszeitung vom 01.01.1903, BArch R 8034/II, Nr. 5305, Bl. 94.

Ostmarkenverein gleichsetzte.[112] Die Entstehung der antipolnischen Bewegung führte er auf die „gekränkte Eitelkeit“ einiger Personen zurück, die den Polen, insbesondere Koscielski, ihre politischen Erfolge, die kaiserliche Gunst und privilegierte Stellung bei Hofe in der Caprivi-Ära neideten. Den Anstoß zur Vereinsgründung habe schließlich Bismarck gegeben, der 1894 in Varzin „in wenig verblümter Weise den Kreuzzug gegen die Polen“ gepredigt habe. Für die Gründung eines „Schutzverein[s]“, der die deutsche Bevölkerung gegen eine kleine nationale Minderheit zu verteidigen suche, sei der „blödeste Chauvinismus“ verantwortlich.[113]

Seine Anhänger rekrutierte der Verein vor allem in der deutschen Beamtenschaft, was Wagner mit dem besonderen Wesen der preußischen Bürokratie begründete, wo noch der Drill des militärischen Dienstes überwiege, von bürgerlicher Freiheit aber kaum die Rede sein könne. Für viele Beamte seien die Polen eine „inferiore Rasse“, die sich glücklich schätzen sollte, unter preußische Herrschaft geraten zu sein. Diese Beamten empfänden es schon als Verbrechen, wenn ein preußischer Staatsbürger nicht deutscher Nationalität sei. Daher löse das Beobachten polnischer Sitten und Gebräuche oder der Klang der polnischen Sprache bei ihnen einen „Polenkoller“ aus, den Wagner als pathologische Erscheinung verstanden wissen wollte. Der öffentliche Druck des Ostmarkenvereins habe viele Beamte der Ostprovinzen in das Lager der „HKTisten“ getrieben und andere davon abgehalten, Stellung gegen diesen öffentlichen „Terrorismus“ zu beziehen.[114]

Zwar stehe das deutsche Bürgertum der radikalnationalistischen Bewegung ablehnend gegenüber, der deutschen Landbevölkerung sei sie gleichgültig, trotzdem könne sich der „HKTismus“ in den Ostprovinzen frei entfalten und durch „nationale[n] Lärm“ reichsweit Ansehen verschaffen.[115] Doch obwohl die Bemühungen zur „wirtschaftlichen Hebung des Deutschtums“ äußerst dürftig ausfielen und den betriebenen Aufwand nicht rechtfertigten, seien die Auswirkungen auf das Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen verheerend. So habe der Ostmarkenverein den angeblichen polnischen Boykott deutscher Gewerbetreibender in der Provinz Posen als Vorwand genommen, um einen Gegenboykott auszurufen. Infolgedessen habe der deutsche Handel seine polnische Kundschaft verloren, wovon einzig der polnische Mittelstand profitiere:

> „*Es sei hier ausdrücklich konstatiert, daß erst mit dem Auftreten des HKT-Vereins der Nationalitätenstreit auch auf das wirtschaftliche Leben übergriff und der Kampf direkt häßliche Formen annahm*.“[116]

Während Wagner das Phänomen des „Hakatismus“ auf die Politik und Agitation des Ostmarkenvereins beschränkte, zogen andere Publizisten und Presseorgane den Definitionsrahmen weiter. Für Hans Delbrück, Professor für Geschichte in Berlin und Herausgeber der *Preußischen Jahrbücher*, waren die Entstehung des „Hakatismus“ und die

[112] Wagner, Polenkoller.
[113] Ebenda, S. 13 f.
[114] Ebenda, S. 17.
[115] Ebenda, S. 16-19, Zitat S. 18.
[116] Ebenda, S. 21 (Hervorhebung im Original gesperrt).

Gründung des Ostmarkenvereins die Folge eines übersteigerten deutschen Nationalismus, der sich rassisch-völkisch definierte und aggressiv gegenüber nationalen und konfessionellen Minderheiten auftrat. Er spezifizierte den Begriff, als er von Mitgliedern des Ostmarkenvereins mit einer Beleidigungsklage konfrontiert wurde. Diese fühlten sich durch die Äußerung, die „Hakatisten" hätten ein „Spionage- und Denunziersystem" großgezogen, verleumdet. Vor Gericht und in den *Preußischen Jahrbüchern* erklärte Delbrück, dass sich die Bezeichnung „Hakatismus" von ihrem ursprünglichen Sinn entfernt habe und darunter allgemein der „nach innen gerichtete Chauvinismus" zu verstehen sei.[117] Diese Definition erschien nicht nur zweckdienlich, um die Klage abzuwenden. Vielmehr war sie aus Delbrücks Sicht folgerichtig, da er nicht allein den Ostmarkenverein kritisierte, sondern das von den radikalen Nationalisten entschlossen verfolgte Projekt des exklusiven, ethnisch homogenen Nationalstaates.

Hans Delbrück hatte sich bald nach der Gründung des Deutschen Ostmarkenvereins als dessen herausragender Gegner in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" etabliert.[118] Zwar schien er als ehemaliges Mitglied der Freikonservativen Partei, als Nachfolger Heinrich Treitschkes als Herausgeber der *Preußischen Jahrbücher* und als Historiker eigentlich prädestiniert, eine repressive Polenpolitik zu verfechten.[119] Schließlich hatte die preußische Historiografie seinerzeit ein abwertendes Polenbild gepflegt, die mittelalterliche Ostkolonisation verherrlicht, die Teilungen Polens gerechtfertigt und damit den Kulturkampf und die Polenpolitik Bismarcks legitimiert.[120] Doch Delbrück war nicht auf eine politische Linie festgelegt, sondern vertrat neben konservativen auch liberale und sozialdemokratische Positionen. Zwar hatte er die Huldigungsfahrten nach Varzin zunächst begrüßt und das Fehlen eines Vereins zum Schutz des deutschen Volkes bedauert.[121] Angesichts der antipolnischen Agitation des Ostmarkenvereins und dessen Forderungen nach schärferen Ausnahmegesetzen gegen die Polen wurde er ein unbequemer Kommentator der Vereinstätigkeit.[122] In der Folge legte Delbrück seine Auffassung wiederholt in den *Preußischen Jahrbüchern* dar und gab einige Beiträge im Oktober 1894 unter dem Titel „Die Polenfrage" als Broschüre heraus. Diese bildet ein Fanal der Kritik an der preußischen Polenpolitik.

Auf der Grundlage statistischen Materials suchte Delbrück die Nutzlosigkeit der staatlichen Ansiedlungspolitik und der Sprachenpolitik an den preußischen Volksschulen darzulegen, da weder die „Germanisierung" des Bodens noch die der polnischen Bevölkerung erreicht würden. In Anlehnung an eine Äußerung Bismarcks hob er hervor, dass nicht die Ansiedlung deutscher, sondern „deutschtreue[r]" Bauern entschei-

[117] D. [Hans Delbrück]: In eigener Sache, in: Preußische Jahrbücher 118 (1904), 2, S. 349 ff., hier S. 350. Die Gerichtsverhandlungen endeten mit einem Vergleich.

[118] Thimme, S. 87 f.

[119] Ausführlich zu Delbrücks Auffassung über die preußische Polenpolitik Wajda, Konzept; Krasuski, Zagadnienie polskie; Thimme, S. 77-100.

[120] Biedermann, S. 218 f.

[121] D. [Hans Delbrück]: Politische Korrespondenz, in: Preußische Jahrbücher 78 (1894), 1, S. 178-191, hier S. 189 ff.; Delbrück, Polenfrage, S. 34.

[122] Delbrück erläuterte seinen Sinneswandel in den *Preußischen Jahrbüchern*. D. [Hans Delbrück]: Das Polenthum, in: Preußische Jahrbücher 76 (1894), 1, S. 173-186, hier S. 173 f.

dend sei. Die bisherige Polenpolitik verhindere jedoch, dass die preußischen Polen sich als loyale Untertanen fühlen könnten. Stattdessen würden sie durch Zwangsmaßnahmen unaufhörlich verbittert und in dem Gefühl bestärkt, keine „vollberechtigten Staatsbürger" zu sein. Folglich schließe sich die polnische Bevölkerung enger zusammen und wehre sich vehement gegen alle deutschen Einflüsse.[123]

Dies wiege umso schwerer, je stärker panslawistische Ideen unter den Polen an Bedeutung gewännen. Der aufblühende polnische Mittelstand suche in Ermangelung anderer Bündnispartner und trotz der Unterdrückung der Polen in Kongresspolen zunehmend Anschluss an den slawischen Großstaat Russland, der als natürlicher Bündnispartner der Polen angesehen werde. Der russische Panslawismus, den Delbrück als „griechisch-orthodox" bzw. „religiös-nihilistisch" und „politisch-demokratisch" beschrieb, ziele auf die Unterwerfung aller slawischen Völker unter russische Herrschaft. Diese Bewegung widerspreche jedoch dem tief verwurzelten Katholizismus und dem aristokratischen Element der Polen. Gegen die panslawistischen Verlockungen suche vor allem der polnische Adel den engeren Anschluss an Deutschland und Österreich, um seine soziale Stellung und politische Macht in der polnischen Gesellschaft zu sichern.[124]

Schließlich ging Delbrück auf den Vorwurf ein, die Polen träumten von der Wiedererrichtung des polnischen Staates aus allen drei Teilungsgebieten. Zwar hielt er einen Krieg Deutschlands und Österreich-Ungarns gegen Russland für möglich, nach dessen siegreichem Ausgang Kongresspolen an die habsburgische Monarchie anzugliedern sei, womit er die während des Ersten Weltkrieges vieldiskutierte „austro-polnische Lösung" vorwegnahm. Die preußischen Ostprovinzen sah er davon jedoch nicht betroffen, ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich stand für ihn außer Frage. Allerdings habe die polnische Bevölkerung Preußens den bestehenden staatsrechtlichen Zustand vorbehaltlos anzuerkennen und müsse in ihrer Bindung an den preußischen Staat bestärkt werden. Um dies zu erreichen, seien die antipolnischen Ausnahmegesetze abzubauen und die Tolerierung der polnischen Nationalität in Preußen zu gewährleisten.[125] Da laut Delbrück die Milderung der Spannungen zwischen den Nationalitäten stets der wirtschaftlich und sozial stärkeren Gruppe nütze, kämen das „natürliche Uebergewicht des Deutschthums" und die Anziehungskraft deutscher Kultur stärker zum Tragen, wodurch eine allmähliche Assimilierung der polnischen an die deutsche Bevölkerung ermöglicht werde.[126]

Delbrücks Ausführungen riefen geteilte Reaktionen hervor. Vorsichtig zustimmend äußerte sich beispielsweise die linksliberale *Frankfurter Zeitung*, die sich der Forderung nach Aufhebung der unwirksamen Ansiedlungspolitik anschloss, die Aussichten dazu aber als sehr gering beurteilte: „Wie sehr unterschätzt doch Prof. Delbrück die Schwierigkeit, eine einmal mit dem Stempel ‚national', wenn auch noch so verfahrene

[123] Delbrück, Polenfrage, S. 24 f.

[124] Ebenda, S. 27 ff.

[125] Ebenda, S. 39-44. Siehe auch D. [Hans Delbrück]: Polenpolitik, in: Preußische Jahrbücher 68 (1891), 12, S. 904-908, hier S. 907 f.

[126] Delbrück, Polenfrage, S. 38 f.

Gesetzgebung wieder zu beseitigen."[127] Hingegen warf das freikonservative *Deutsche Wochenblatt* Delbrück vor, die Situation in den Ostprovinzen nur aus der Ferne und daher falsch zu beurteilen, und verlangte die aktive Parteinahme des Staates im Nationalitätenkonflikt zur vollständigen Germanisierung der Ostprovinzen.[128]

In der Folge wurden die Auseinandersetzungen über die preußische Polenpolitik vor allem zwischen Hans Delbrück in den *Preußischen Jahrbüchern* und den Anhängern des Ostmarkenvereins in dem Vereinsorgan *Die Ostmark* ausgetragen.[129] Für Delbrück stellte der Umgang mit den nationalen Minderheiten im Deutschen Reich ein bedeutendes innenpolitisches Problem dar, das es öffentlich zu diskutieren und schließlich zu lösen gelte. Wiederholt kritisierte er die Ansiedlungskommission als zu langsam, kostspielig und ineffizient. Diese schaffe lediglich alimentierte deutsche „Staatspensionäre", die „wie Blutegel an dem Staats-Geldbeutel" saugten, und rette durch den Ankauf polnischer Rittergüter deren bankrotte Besitzer vor dem Ruin.[130] Deutlich sprach er sich gegen den Ausschluss von polnischen Ansiedlungswilligen aus, wodurch diese „gesetzlich zu Staatsfeinden gestempelt" würden[131], und verwarf die Schikanierung der preußischen Polen durch eine „Taktik der Nadelstiche", die einzig die Abneigung gegen den Staat und die Deutschen schüre.[132] Ebenso erachtete er die „Belebung und Anstachelung des Nationalgefühls" der Deutschen als problematisch, da dies leicht zu „Gehässigkeit und Verhetzung" führe. Dem Ostmarkenverein stand er skeptisch gegenüber, zumal auch zahlreiche Deutsche aus den Ostprovinzen mit der Tätigkeit der „Hakatisten" unzufrieden seien.[133] Der Verein vertraue zu wenig auf die eigene nationale Kraft und verlasse sich auf die Unterstützung der Regierung und der Polizei – was

---

127 Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung vom 14.10.1894, erstes Morgenblatt. – Eine wohlwollende Besprechung im konservativen *Bromberger Tageblatt* wurde durch eine äußerst kritische Leserzuschrift schnell revidiert. Zur Polenfrage, in: Bromberger Tageblatt vom 20.10.1894, BArch R 8034/II, Nr. 5298, Bl. 3. Für die kritische Zuschrift: Zur Polenfrage, in: Bromberger Tageblatt vom 24.10.1894, BArch R 8034/II, Nr. 5298, Bl. 4.

128 v.S.: Das Polenthum, in: Deutsches Wochenblatt 7 (1894), Nr. 17, S. 196 ff., Nr. 18, S. 209-212, Zitat S. 197. – Daran schloss sich eine Auseinandersetzung an: D. [HANS DELBRÜCK]: Das Polenthum noch einmal, in: Preußische Jahrbücher 76 (1894), 3, S. 555-564; v.S.: Briefe aus der Provinz Posen, in: Deutsches Wochenblatt 7 (1894), Nr. 27, S. 316-319, Nr. 43, S. 507-511, Nr. 47, S. 569 ff. – Für weitere Kritik an Delbrücks Auffassung siehe MASSOW, Polenfrage, S. 8 f.; GRUHN, S. 22-25.

129 THIMME, S. 87.

130 D. [HANS DELBRÜCK]: Der neue Polen-Fonds, in: Preußische Jahrbücher 90 (1897), 3, S. 570-578, hier S. 574 f.; DERS.: Das Polenthum, in: Preußische Jahrbücher 76 (1894), 1, S. 173-186, hier S. 174 f.; DERS.: Der Landtag und die Polen, in: Preußische Jahrbücher 109 (1902), 1, S. 175-180, hier S. 176 f.

131 DERS.: 250 Millionen für die Ostmarken, in: Preußische Jahrbücher 108 (1902), 3, S. 558-562, Zitat S. 558; DERS.: Politischer Aberglaube, in: Preußische Jahrbücher 84 (1896), 1, S. 182-189, hier S. 184 f.

132 DERS.: Die roth-weiße Polenfahne, in: Preußische Jahrbücher 86 (1896), 3, S. 615 ff., hier S. 616 f.; DERS.: Das Polenthum noch einmal, in: Preußische Jahrbücher 76 (1894), 3, S. 555-564, hier S. 564.

133 DERS.: Der neue Polen-Fonds, in: Preußische Jahrbücher 90 (1897), 3, S. 570-578, hier S. 575.

Delbrück als „nationale[n] Kleinmuth" bezeichnete.[134] Schließlich verwies er auf die verheerenden Auswirkungen der Vereinstätigkeit auf das Ausland, wo Russen, Magyaren und Tschechen die preußische Polenpolitik als Vorbild für die Unterdrückung ihrer deutschen Minderheiten betrachten würden.[135]

In der Hauptsache warf Delbrück dem Ostmarkenverein vor, jenseits der nationalen Agitation kein ausformuliertes und praktikables Programm zu vertreten.[136] Der Vereinsvorsitzende Heinrich von Tiedemann bezichtigte Delbrück im Gegenzug, immer nur seine „alten Nörgeleien und Irrthümer über die Ansiedlungskommission, unseren Verein u.s.w." vorzutragen und sich jeder „Belehrung unzugänglich" zu zeigen.[137] Energisch widersprach Delbrück dem Vorwurf, es ginge ihm nur um eine Politik zugunsten der Polen. Vielmehr müssten die „kleinlichen und unwirksamen Mittel" der Polenpolitik durch ein „größeres und mutiger gedachtes System" ersetzt werden, um „die polnische Ueberfluthung unseres Ostens" aufzuhalten.[138] Tiedemann ging jedoch nicht darauf ein, sondern bezichtigte seinen Kontrahenten, mit seiner öffentlichen Kritik an der Polenpolitik „die deutsche Sache in unseren Ostmarken auf das Schwerste" zu schädigen und den „H-K-Tisten" als Vertreter der nationalgesinnten Deutschen der Ostprovinzen fortwährend „einen Knüppel zwischen die Beine" zu werfen.[139]

Tatsächlich war Delbrück nicht polonophil in dem Sinne, dass er sich den preußischen Polen zuliebe gegen die Polenpolitik wandte. Nach der Jahrhundertwende zeigte er sich grundsätzlich damit einverstanden, das polnische Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum durch die staatliche Unterstützung der Deutschen auszugleichen. Die Staatsregierung habe die Polen „wirklich ihre Ohnmacht fühlen zu lassen, ihnen zu zeigen, daß wir, trotz aller Verkehrtheiten, die wir gemacht haben, doch noch die Herren im Lande sind".[140] Hier sind die Elemente der vermeintlichen polnischen Bedrohung und die Forderung nach staatlicher Intervention deutlich erkennbar, wenngleich Delbrück sie nicht mit derselben Schärfe vortrug wie die deutschen Rechten. Allerdings sprach er sich auch weiterhin gegen die antipolnischen Gesetze und Verwaltungsmaß-

---

134 DERS.: Herr von Massow zur Polenfrage, in: Preußische Jahrbücher 95 (1899), 3, S. 573-577, hier S. 576.

135 DERS.: Fürst Bismarcks Tod. Neue Vorschläge zur Polenpolitik, in: Preußische Jahrbücher 93 (1898), 3, S. 576-582, hier S. 581 f.

136 DERS.: Herr von Massow zur Polenfrage, in: Preußische Jahrbücher 95 (1899), 3, S. 573-577, hier S. 577; DERS.: Eine Berichtigung des H. K. T. Vereins und Weiteres zur Polenfrage, in: Preußische Jahrbücher 96 (1899), 2, S. 375-378, hier S. 377.

137 H. VON TIEDEMANN: Die Preußischen Jahrbücher und die Polenfrage, in: Die Ostmark 2 (1897), 12, S. 102 f.

138 HANS DELBRÜCK: Erklärung, in: Die Ostmark 3 (1898), 1, S. 5 f.

139 H. VON TIEDEMANN: Antwort, in: Die Ostmark 3 (1898), 1, S. 6 f., hier S. 7. – Exemplarisch für die Diffamierung Delbrücks ein Artikel der rechtsnationalistischen *Leipziger Neuesten Nachrichten*, die Delbrück wegen des Eintretens für die Rechte nationaler Minderheiten als „Vorkämpfer des Polonismus und Magyarentums" und „nationalen Eunuchen" bezeichneten: Herr Delbrückski, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 29.08.1902, in: Staatsbibliothek zu Berlin, Nachlass Delbrück [künftig zit. NL Delbrück], Fasz. 94 [nicht pag.].

140 D. [HANS DELBRÜCK]: Die Krisis unserer Ostmarkenpolitik, in: Preußische Jahrbücher 123 (1906), 1, S. 179-187, hier S. 187.

regeln aus und befürwortete die Formierung einer preußisch-polnischen Partei, die Rechtssicherheit, Wohlstand, Bildung und Ordnung in Preußen zu schätzen wisse und sich daher mit der Zugehörigkeit zu diesem Staat abfinde.[141]

Delbrück suchte die Ostmarkenpolitik mit seinem etatistischen altpreußischen Staatsideal in Einklang zu bringen, das auf der unbedingten Loyalität der Staatsbürger beruhte und diese ungeachtet der nationalen, konfessionellen oder sozialen Zugehörigkeiten staatsbürgerlich gleichstellte. Im Gegensatz dazu erhoben die radikalen Nationalisten das Ideal des ethnisch homogenen Staates zur Bedingung der Staatssicherung und äußeren Machterweiterung Deutschlands, das sie durch die zwangsweise Assimilierung der Minderheiten oder durch deren Ausgrenzung zu erreichen suchten. Insofern muss Delbrücks Kritik an der preußischen Polenpolitik und antipolnischen Diskriminierung auch als Kritik an den extremen Erscheinungsformen des deutschen Nationalismus gelesen werden.

Trotz seiner Frontstellung gegen den Ostmarkenverein hatte Delbrück neben den Kritikern der Polenpolitik auch die Verfechter eingeladen, die *Preußischen Jahrbücher* als Forum für den Austausch über die „polnische Frage" zu nutzen und ihre Vorstellungen zur Diskussion zu stellen. Mit einer sachlichen Auseinandersetzung wollte er dazu beitragen, dass „in dieser unendlich wichtigen Frage die öffentliche Meinung in Deutschland in eine fachliche, leidenschaftslose Prüfung eintrete".[142] Tiedemann lehnte das Anerbieten jedoch ab, da Delbrück im Jahr 1893 die Artikelreihe Koscielskis publiziert hatte[143], und zog sich auf *Die Ostmark* zurück. In der Folge verhärteten sich die Fronten: Beide Seiten sprachen ihren Kontrahenten die fachliche Kompetenz in der „polnischen Frage" ab oder äußerten Zweifel an deren nationaler Gesinnung.[144] Ein sachlich-konstruktiver Austausch über die Polenpolitik oder gar eine Annäherung schien ausgeschlossen.

In der deutschen Öffentlichkeit galt Delbrück bald als der herausragende Kritiker der preußischen Polenpolitik und des Ostmarkenvereins, die Presse brachte seinen Äußerungen über die „polnische Frage" stets besondere Aufmerksamkeit entgegen. Delbrück selbst war sich seiner Sonderrolle in der Debatte bewusst und kehrte diese mitunter eigens hervor: „Seit fast zehn Jahren walte ich des undankbaren Amts eines Unglückspropheten und habe schon viele böse Worte deshalb hören müssen, aber jede neue Erscheinung in diesem Nationalitätenkampf bestätigt meine Voraussagungen und Warnungen nur zu sehr."[145] Indem er den radikalen Nationalisten energisch

---

141 DERS.: Die Krisis in der Ostmarkenfrage, in: Preußische Jahrbücher 130 (1907), 2, S. 377-385, hier S. 383. Siehe auch KRASUSKI, Spór, S. 215.

142 D. [HANS DELBRÜCK]: Polen und Dänen, in: Preußische Jahrbücher 85 (1896), 3, S. 403 f., hier S. 404.

143 H. VON TIEDEMANN: Antwort, in: Die Ostmark 3 (1898), 1, S. 6 f., hier S. 7. – Delbrück begründete den Abdruck der Beiträge Koscielskis damit, es deutschen Politikern ermöglicht zu haben, „die Denkweise eines Polen authentisch und systematisch kennen zu lernen". D. [HANS DELBRÜCK]: Der Staatsministerial-Erlaß zur Polen-Frage, in: Preußische Jahrbücher 92 (1898), 2, S. 374-381, hier S. 376.

144 Dies beklagte beispielsweise WAGNER, Polenkoller, S. 62 f.

145 D. [HANS DELBRÜCK]: Der Staatsministerial-Erlaß zur Polen-Frage, in: Preußische Jahrbücher 92 (1898), 2, S. 374-381, hier S. 374.

widersprach und dafür von diesen heftig angegriffen wurde, wirkte er aber auch beispielgebend für andere Akteure, sich kritisch mit der Beschwörung einer „polnischen Gefahr“ auseinanderzusetzen und die darauf aufbauende antipolnische Politik zu verwerfen. Deren Motive, Argumentationen und Schlussfolgerungen unterschieden sich mitunter erheblich voneinander. Daher wird im Folgenden anhand von exemplarischen Veröffentlichungen die inhaltliche Bandbreite der öffentlich vorgetragenen Kritik an der preußischen Polenpolitik aufgezeigt.

Gewissermaßen an Ludwig Bernhards Studie *Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat* anknüpfend, legte Waldemar Mitscherlich, Professor für Staatswissenschaften an der Königlichen Akademie zu Posen, mithilfe von Statistiken ausführlich dar, dass die deutsche erwerbstätige Bevölkerung der Ostprovinzen in allen Wirtschaftsbereichen gegenüber den Polen zunehme. Als Ergebnis seiner Auswertung konstatierte er „*die große Niederlage der Polen, das starke Vordringen der Deutschen*“, womit er eine grundlegende Prämisse des Bedrohungsszenarios der Polonisierung widerlegte.[146] Ferner deutete er den wirtschaftlichen Boykott der Polen nicht als Mittel zur Schädigung des nationalen Gegners, sondern als Schutzmaßnahme im ökonomischen Wettbewerb, um die Konsolidierung des polnischen Handels und Gewerbes zu erreichen. Laut Mitscherlich sei es aufgrund der hochgradigen Abhängigkeit des polnischen vom deutschen Wirtschaftsleben unmöglich, die vollkommene Abschließung durchzusetzen. Boykott und Gegenboykott würden sich gegenseitig hochschaukeln, dann aber wieder abflauen: „Je weniger Umstände eintreten, welche die Massen wieder aufpeitschen, um so schneller wird dieser Vorgang sich vollziehen.“ Letztlich seien Berufsinteressen wichtiger als nationale Interessen, weshalb der Boykott als vorübergehende Ausnahmeerscheinung im wirtschaftlichen Wettbewerb zu werten sei.[147] Doch obwohl Mitscherlich damit wissenschaftlich begründete Argumente gegen die „polnische Gefahr“ vortrug, befürwortete er grundsätzlich die Stärkung des „Deutschtums“ in den Ostprovinzen. Allerdings erhob er nicht den Anspruch, mittels wissenschaftlicher Expertise politische Entscheidungen zu forcieren, sondern wollte lediglich die ökonomischen Sachverhalte darstellen.[148]

Gegenüber dem wissenschaftlich und politisch um Neutralität bemühten Mitscherlich verknüpften Verfasser aus den Reihen der Sozialdemokratie, Linksliberalen, des katholischen Zentrums oder der preußischen Polen ihre Widerlegung der „polnischen Gefahr“ mit heftiger Kritik an der Polenpolitik. Beispielhaft für die in der deutschen Öffentlichkeit unterrepräsentierten Polen steht der Redakteur der polnischen Zeitung

---

[146] Waldemar Mitscherlich: Die Irrtümer über das wirtschaftliche Vordringen der Polen, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 35 (1911), 4, S. 51-89, Zitat S. 87 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[147] Ders.: Die polnische Boykottbewegung in der Ostmark und ihre Aussichten, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 35 (1911), 3, S. 31-65, Zitat S. 57. Vgl. hierzu Jaworski, Handel, S. 77-86.

[148] Waldemar Mitscherlich: Die Irrtümer über das wirtschaftliche Vordringen der Polen, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 35 (1911), 4, S. 51-89, Zitat S. 87 f.

Dziennik Berliński (Berliner Tageblatt), Franz Krysiak.[149] Dieser suchte im Jahr 1902 in einem offenen Brief „an die irregeleitete öffentliche Meinung in Deutschland“ den Bericht des Posener Oberpräsidenten Karl Julius Rudolf von Bitter über die demografischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz Posen zu korrigieren. Energisch wandte er sich gegen die Verbreitung falscher Informationen über die polnische Bevölkerung in amtlichen Berichten, die durch die Verlesung im preußischen Landtag das Signum der Wahrhaftigkeit erhielten.[150] In dem Bericht des Oberpräsidenten sei auf der Grundlage ungenauer Interpretation der Statistiken und anhand der Aussagen von zweifelhaften Gewährsmännern der wirtschaftliche Aufschwung der Polen in der Provinz Posen nachgewiesen worden. Dabei sei der Eindruck entstanden, „dass die polnische Bevölkerung in den Augen aller Nichtkenner der einschlägigen Verhältnisse als ein wirtschaftlicher Riese gelten muss“.[151] Dem hielt Krysiak entgegen, dass die Deutschen zwei Drittel des Grundbesitzes der Provinz besäßen, der durch die Ansiedlungspolitik weiter zunehme. Zudem stünden die Schranken für polnische Bewerber in der Staatsverwaltung, im Justiz- und Unterrichtswesen wie auch in den Handelskammern und Innungen dem wirtschaftlichen Aufschwung der Polen entgegen. Ihre wirtschaftliche Kraft entspreche keineswegs dem Potenzial, lediglich ihr Bevölkerungswachstum übertreffe das der Deutschen.[152]

In seinem offenen Brief hatte Krysiak die versperrten sozialen Aufstiegsmöglichkeiten und die Beschränkung der politischen Freiheit deutlich benannt und die amtliche Statistik in Zweifel gezogen. Als Innenminister Hans von Hammerstein im Januar 1903 im Preußischen Abgeordnetenhaus Krysiaks Argumentation aufgrund veralteter Daten als misslungen verwarf, erlangte der Brief größere öffentliche Aufmerksamkeit. Hammerstein bestätigte den Befund, dass das „Deutschtum“ in den Ostprovinzen „schwer bedrängt“ sei, womit er die politische Entscheidungsgrundlage und Legitimation der preußischen Polenpolitik verteidigte.[153] In einer Entgegnung wehrte sich Krysiak gegen den Vorwurf der Ungenauigkeit und legte dar, „dass ich in meinem Bestreben, die öffentliche Meinung in Deutschland über die *wirklichen, thatsächlichen* Verhältnisse in den polnischen Landen aufzuklären, an meine Arbeit mit grosser Umsicht und strengster Objektivität gegangen bin“.[154] Damit beschuldigte er die preußische Staatsregierung erneut, die Polenpolitik auf fehlerhafte Daten und Informationen zu gründen.

Moderater zeigte sich Stanislaus von Chlapowski, Mitglied des Preußischen Herrenhauses, in einem Brief „An meine deutschen Collegen und Freunde“ aus dem Jahr 1896. Laut Chlapowski stünden die Polen „auf dem Boden der preußischen Unterthanenschaft“ und erfüllten ihre Pflichten gegenüber der gottgegebenen Obrigkeit,

[149] Krysiak erregte Aufsehen, als er in den Besitz einiger interner Dokumente des Ostmarkenvereins kam, die er 1914 in der polnischen Presse und nach dem Ersten Weltkrieg in deutscher Sprache veröffentlichte. KRYSIAK, Kulissen. Siehe hierzu GRABOWSKI, Nationalismus, S. 20.

[150] KRYSIAK, Offener Brief, S. 3 f.

[151] Ebenda, S. 9.

[152] Ebenda, S. 29-37 und 40 f.

[153] PAH, 19. Leg., V. Sess., Bd. 1, 4. Sitz., 20.01.1903, Sp. 150.

[154] KRYSIAK, Entgegnung, Zitat S. 3 (Hervorhebung im Original gesperrt).

verlangten im Gegenzug aber den Schutz ihrer Religion, Nationalität und Sprache. Schließlich könne nur unter der Voraussetzung gegenseitiger Toleranz das friedliche Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen in den Ostprovinzen gesichert werden. Der Ostmarkenverein habe die Aussicht auf eine solche Entspannung unter Reichskanzler Caprivi aber empfindlich gestört. „[U]nter dem Vorwand einer Stärkung des angeblich gefährdeten Deutschthums“ suche der von Bismarck gelenkte Verein mittels Agitation und Denunziation auf die Polenpolitik Preußens einzuwirken und sich selbst als einflussreiche „Nebenregierung“ zu etablieren. Doch die aggressive antipolnische Agitation widerspreche nicht nur dem Geist des Christentums, sondern sei auch staatsfeindlich, weil sie die Bürger gegeneinander aufhetze und dadurch die Kräfte des Staates lähme. Mit der Erklärung, dass allein die gläubigen Deutschen und Polen der Provinz die bestehende politische und soziale Ordnung garantierten, warb Chlapowski für größtmögliche Toleranz in den preußischen Ostprovinzen.[155]

Ebenso setzte sich der Posener Rittergutsbesitzer Joseph von Mycielski in einer Rede auf einer polnischen Volksversammlung am 2. Juni 1901 für die Deeskalation des Nationalitätenkonflikts in der Provinz Posen ein. Ohne den kurz zuvor erfolgten Vorfall von Wreschen (Września) zu erwähnen[156], hielt er ein flammendes Plädoyer für den muttersprachlichen Unterricht für polnische Schüler und befürwortete den polnischen Sprachunterricht „aus ethischen, öconomischen und staatlichen Gründen sowohl für Polen, wie für Deutsche“.[157] Deutlich gab Mycielski zu verstehen, dass es ihm nicht um die Stärkung des polnischen Nationalbewusstseins gehe, sondern lediglich um den Schutz der Minderheitenrechte für die Polen. „Die vermeintliche Polengefahr ist somit nichts anderes, als das rohte Tuch, welches dem deutschen Michel vorgehalten wird, um ihn in patriotischer Aufwallung dahin zu treiben, wohin ihn gewisse Kreise getrieben zu sehen wünschen.“[158] Bezugnehmend auf Georg Wagner konstatierte Mycielski einen „Polenkoller“ unter vielen Deutschen der Provinz Posen, der mitunter jedoch nur ein Vorwand sei, um persönlichen Nutzen zu erlangen: „Sie werden stets die Völker mit schwarzen Gespenstern schrecken, um unter patriotischem Deckmantel von den Regierungen Unterstützungen zu erpressen. Solche Leute bleiben stets Parasiten, welche jeden Augenblick bereit sein werden, Opposition zu machen, sobald ihnen der Brodkorb höher gehängt wird.“[159] Zwar benannte Mycielski den Ostmarkenverein nicht als Ursache dieser Entwicklung, allerdings betrachtete er – wie Chlapowski – den radikalen Nationalismus als eine von außen hereinbrechende epidemische, „krankhafte Erscheinung“ in den Ostprovinzen und ersuchte die preußische Staatsregierung, „dem wüsten Getriebe in den Ostmarken ein Ende [zu] bereiten“.[160]

Krysiak, Chlapowski und Mycielski stehen beispielhaft für die Betroffenen der preußischen Polenpolitik und des sich verschärfenden Nationalitätenkonflikts, die zur

---

[155] Stanislaus Chlapowski: An meine deutschen Collegen und Freunde, Posen 1896, in: GStA I. HA, Rep. 77, Tit. 870, Nr. 1, Bl. 146 f.

[156] Siehe hierzu Kap. II.2.1.

[157] Mycielski, Rede, S. 7.

[158] Ebenda, S. 13.

[159] Ebenda, S. 14.

[160] Ebenda.

Sicherung ihrer wirtschaftlichen und politischen Machtstellung auf eine idealisierte Vergangenheit des weitgehend konfliktfreien Zusammenlebens zwischen Deutschen und Polen rekurrierten. In ihrer Kritik an der Polenpolitik und dem Ostmarkenverein erhielten sie vielfältige Unterstützung. So brachte der „Schleswiger" Theodor Brix die Perspektive der Deutschen, die selbst die Minderheitenpolitik eines anderen Staates erlebt hatten, in die Debatte über die „polnische Frage" ein. In einer Zuschrift an die *Preußischen Jahrbücher* verglich er die Politik Dänemarks gegenüber der dortigen deutschen Minderheit mit der preußischen Polenpolitik und kam zu dem Ergebnis, dass die Anstrengungen zur Verdrängung einer Nationalität in der Regel das Gegenteil des Erwünschten erreichten. Selbst die Unterstützung der Regierung oder der Zwang bis hin zum „Mißbrauch der Gewalt" würden nicht zum Erfolg im „Nationalitätskampf" führen.[161] So hätten die Versuche „gewaltsamer Danisirung" in Schleswig in den Jahren 1851 bis 1863 mittels der dänischen Schul- und Kirchensprache lediglich dazu geführt, dass sich die Deutschen auf ihre Nationalität besonnen und diese verteidigt hätten.[162] Die preußische Staatsregierung imitiere diese Versuche der zwangsweisen Assimilation und wolle durch das „Aufpropfen einer fremden Sprache die Gesinnung umwandeln" – womit sie dieselben Fehler begehe.[163] Nachdem Brix die Parallelen im Vorgehen Dänemarks und Preußens ebenso aufgezeigt hatte wie die Aussichtslosigkeit, dass der Staat den Konflikt mit den nationalen Minderheiten tatsächlich gewinne, plädierte er eindringlich für eine tolerante Minderheitenpolitik im Deutschen Reich.

Ein weiterer bemerkenswerter Kritiker der preußischen Polenpolitik und des „Hakatismus" war der linksliberale Publizist Hellmut von Gerlach, der im Kaiserreich eine erstaunliche Wanderung durch das politische Spektrum vom „Junker zum Bürger" vollzogen hatte.[164] In einem kurzen, pointierten Artikel in der politisch-literarischen Zeitschrift *Die Nation* hielt Gerlach die sachliche Widerlegung der vermeintlichen Bedrohung durch die polnische Bevölkerung für unnötig und verwarf diese kurzerhand:

> „Die Polen sind eine Unbequemlichkeit, aber keine Gefahr für uns. Es wäre geradezu eine Absurdität, zu behaupten, daß die Existenz von drei Millionen reichsangehöriger Polen für 58 Millionen Deutsche eine Bedrohung darstellen könne, selbst wenn diese Polen an Muttersprache und Nationalität festhalten. Gefährlich aber ist es allerdings, wenn man durch staatliche Maßregeln jene drei Millionen in eine Art politischen Nihilismus hineinzwingt. Das muß sich nicht nur in Kriegszeiten rächen, das kann auch in Friedenszeiten für unsere innere Politik verhängnisvoll werden."[165]

---

[161] Theodor Brix: Polen und Dänen. An den Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher", in: Preußische Jahrbücher 78 (1894), 3, S. 530-540, hier S. 530 und 532. – Zur polnischen und dänischen Bevölkerung in Deutschland Hauser; Piotrowski.

[162] Theodor Brix: Polen und Dänen. An den Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher", in: Preußische Jahrbücher 78 (1894), 3, S. 530-540, hier S. 533.

[163] Ebenda, S. 534. Siehe hierzu Leppien, S. 167 ff.

[164] Koch. Siehe v.a. die Beiträge Wippermann, Vorstufe; Rzepa, Hellmut von Gerlach.

[165] H. v. Gerlach: Preußische Jakobinerpolitik, in: Die Nation 24 (1906/07), 22, S. 339 f., Zitat S. 340. Siehe auch ders.: Hakatismus, in: Der Tag vom 04.11.1905, BArch R 8034/II, Nr. 5331, Bl. 76.

Indes setzte Gerlach sich im „Illustrierten Monatsheft für modernes Leben“ *Arena* mit den Folgen des Kulturkampfes und der antipolnischen Ausnahmegesetze auseinander, die er als Auslöser für den gerechtfertigten Widerstand der polnischen Bevölkerung gegen den preußischen Staat erachtete. Die Versuche der deutschen Rechten, mithilfe von Zeitungsartikeln aus der polnischen Presse die sogenannte „großpolnische Bewegung“ und den Wunsch nach der Wiedererrichtung Polens nachzuweisen, hielt Gerlach für unerheblich. Vielmehr wäre es widernatürlich, wenn das polnische Volk mit seiner Geschichte, Kultur und wirtschaftlichen Kraft diesen Wunsch aufgegeben hätte. Ausführlich erörterte er die Diskriminierung und Schikanierung der polnischen Bevölkerung in Preußen, verurteilte diese scharf und empfahl schließlich eine alternative Politik der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, „die es den verständigen Polen möglich macht, sich im Deutschen Reiche wohl zu fühlen“.[166]

„Unter den vielen dunklen Seiten der preußischen Geschichte“, urteilte der sozialdemokratische Publizist und Historiker Franz Mehring im Dezember 1906 in der sozialdemokratischen Wochenschrift *Die Neue Zeit*, „ist in mancher Beziehung vielleicht die dunkelste die Polenpolitik des preußischen Staates.“[167] Mit diesen Worten leitete er eine vernichtende Bewertung ein, für die er mit dem konservativen Abgeordneten im Reichstag und Preußischen Abgeordnetenhaus Hermann von Dewitz und mit Hans Delbrück „zwei Kritiker aus dem Lager der Regierung“ ausführlich zitierte.[168] Diese deckten „den ganzen historischen Widersinn der preußischen Polenpolitik“ auf, die es nicht Wert sei, sie „vom proletarisch-wissenschaftlichen Standpunkte aus“ zu untersuchen.[169]

Andere sozialdemokratische Verfasser begnügten sich nicht mit der bloßen Verdammung der Polenpolitik, sondern verknüpften in ihren Beiträgen gewissermaßen die wirtschaftliche Analyse Mitscherlichs, die Verneinung einer polnischen Bedrohung durch Krysiak, Chlapowski und Mycielski sowie die Forderung nach Gleichberechtigung bei Gerlach und Brix.[170] In der *Neuen Zeit* unterzog der polnische Sozialist Julian Marchlewski unter dem Pseudonym J. Karski die preußische Polenpolitik angesichts der Aufstockung des Ansiedlungsfonds um 100 Millionen Mark im Jahr 1897 schar-

---

166 H. v. Gerlach: Polen und Deutsche, in: Arena. Illustrierte Monatshefte für modernes Leben 1 (1906), 7, S. 719-723, Zitat S. 723.

167 Franz Mehring: Preußische Polenpolitik, in: Die Neue Zeit 25,1 (1906/07), 11, S. 353-356, hier S. 353.

168 Ebenda, S. 355.

169 Ebenda. – Mehring bezog sich offenbar auf von Dewitz: Die Ergebnisse der Ansiedlungspolitik in Posen und Westpreußen, in: Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart 5 (1905), 12, S. 311-330, hier S. 313 und 316; ders.: Nochmals zur Ansiedlungsfrage in den Ostmarken, in: Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart 6 (1906), 12, S. 302-322; D. [Hans Delbrück]: Der Schulstreik und die Polenfrage, in: Preußische Jahrbücher 126 (1906), 3, S. 561-569.

170 Zur Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der polnischen Bevölkerung und der preußischen Polenpolitik Wehler, Sozialdemokratie. Hier auch ausführlich zu den Auseinandersetzungen zwischen deutscher und polnischer Sozialdemokratie sowie zu den Erörterungen über die Bewahrung der polnischen Nationalität und die Möglichkeit der Wiedererrichtung des polnischen Staates. Vgl. Politt.

fer Kritik. Die Erscheinung der vermeintlichen Polonisierung der Ostprovinzen führte er auf sozio-ökonomische und politische Entwicklungen zurück, insbesondere auf die Freizügigkeit und Landflucht sowie den Kulturkampf und die „systematisch inszenierte Polenhetze"[171] Bismarcks. Damit versuchte er die Vorstellung einer „Polengefahr" zu entkräften: „[D]ie Behauptung von der Bedrohung ‚deutschen Wesens und deutscher Kultur' und das Gefasel, das deutsche Element befinde sich ‚in der Defensive', [sei] ebenso haltlos wie abgeschmackt".[172] Denn im Hinblick auf die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert sei es lächerlich, die Polen als Unterdrücker der Deutschen im ehemals polnischen Staatsgebiet darzustellen.[173] Im Gegenzug erbot sich die Sozialdemokratie als Beschützerin des polnischen Proletariats gegen die repressive Polenpolitik, so der Tenor zahlreicher Artikel in der sozialdemokratischen Presse.[174]

Die sozialdemokratische Kritik an der preußischen Polenpolitik fügte sich bruchlos in die materialistische Geschichtsauffassung und das Weltbild einer von Klassengegensätzen beherrschten Gesellschaft ein. Nach Ansicht des Publizisten Hermann Wendel hätten die herrschenden kapitalistischen Klassen den Kampf für das „Deutschtum" nur vorgeschoben, um ihre Machtinteressen zu wahren. In seiner 1908 veröffentlichten Broschüre analysierte er die Auswirkungen der Polenpolitik auf den Befreiungskampf des Proletariats und suchte zugleich die polnischen Arbeiter für die deutsche Arbeiterbewegung zu interessieren. Seiner klassenkämpferischen Deutung zufolge profitierten vor allem die deutschen Junker von der Ansiedlungspolitik und Bodenspekulation. Außerdem wies er auf die größere Härte der Polenpolitik im Gegensatz zum Sozialistengesetz hin, denn Sozialist werde man freiwillig, während sich niemand seine Nationalität aussuchen noch diese einfach ablegen könne. Abschließend prophezeite Wendel den unvermeidlichen Zusammenbruch der Polenpolitik und hoffte auf einen „Triumph der Kultur" über das „Barbarentum".[175]

Für die katholische Zentrumspartei war das Eintreten für die staatsbürgerlichen Rechte der polnischen Bevölkerung hingegen eng mit konfessionellen Motiven verknüpft. Seit dem Kulturkampf der 1870er Jahre, dem Konflikt des deutschen protestantischen Staates mit den deutschen Katholiken und der polnischen katholischen Minderheit, wertete das Zentrum jegliche antipolnische Gesetzes- oder Verwaltungsmaßnahme als Angriff auf den Katholizismus. Der Vorwurf, dass die Germanisierungspolitik zugleich auf die Protestantisierung der Ostprovinzen ziele, wurde schnell zum Kernpunkt der Kritik des Zentrums an der preußischen Polenpolitik. So konnte anhand von Statistiken der Ansiedlungskommission nachgewiesen werden, dass diese protestantische

---

171 J. Karski [Julian Marchlewski]: Die Thätigkeit der Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen, in: Die Neue Zeit 16 (1897/98), Nr. 21, S. 653-659, Nr. 22, S. 676-681, hier S. 656.

172 Ebenda, S. 658.

173 Ebenda.

174 Exemplarisch: Polenhatz, in: Freie Presse [Eberfeld-Barmen] vom 19.09.1897, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447, Bd. 1, Bl. 99 (Zitat); Die Polenpolitik in Preußen, in: Hamburger Echo vom 30.03.1898, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447, Bd. 1, Bl. 118; Wer schützt unsere Polen?, in: Volkswacht [Breslau] vom 16.01.1901, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447, Bd. 1, Bl. 233.

175 Wendel, S. 3, 76 ff. und 82-85, Zitat S. 82.

gegenüber katholischen Ansiedlungswilligen bevorzuge. Ferner suche die preußische Schulverwaltung die polnischen Schüler durch die Einführung der deutschen Unterrichtssprache im Religionsunterricht nicht nur ihrer Muttersprache, sondern auch ihres Glaubens zu entfremden.[176]

Deutlich ist der Zusammenhang von Germanisierung und Protestantisierung in einer Broschüre des Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger aus dem Jahr 1908 hergestellt. Erzberger sah die Ansiedlungspolitik als Fortsetzung des Kulturkampfes und legte ausführlich dar, wie die Katholiken durch die Polenpolitik verdrängt, die Protestanten aber begünstigt würden. Indem Erzberger die antipolnische auch als antikatholische Diskriminierung beschrieb, schuf er eine Gemeinschaft der deutschen und polnischen Katholiken und rechtfertigte das Eintreten der Zentrumspartei gegen die Polenpolitik. Dies entsprach dem Ziel des Zentrums, den Einfluss auf die deutschen Katholiken in den Ostprovinzen zu festigen und zugleich auf die polnische Bevölkerung auszuweiten. Die Polenpolitik wollte Erzberger durch eine außerparlamentarische katholische Gegenbewegung unterwandern:

> „Die Stunde der Umkehr muß jetzt schlagen; am Zentrumsgedanken muß die Ostmark genesen. Die deutschen Katholiken müssen Hand in Hand mit den polnischen Katholiken gehen und wenn das in kraftvoller Weise geschieht, dann ist es mit der heutigen Polenpolitik aus, auch wenn die derzeitigen Staatsmänner nicht wollen. Im Ausgleich der Gegensätze liegt der Frieden, nicht im Zuspitzen derselben."[177]

Daraus folgte im Umkehrschluss, dass sich die deutschen Katholiken nicht dem Ostmarkenverein anschließen dürften und auch von der radikalnationalistischen, antipolnischen und vordergründig überkonfessionellen Bewegung fernzuhalten hätten: „Ein guter Katholik kann kein Hakatist sein!", stellte die *Schlesische Volkszeitung* apodiktisch fest.[178] Die *Märkische Volkszeitung* wies auf den tiefverwurzelten Hass gegen andere Nationalitäten und Religionen im „Hakatismus" hin, der losgelöst von moralischen und christlichen Grundsätzen sei.[179] Offenbar erfüllte die „hakatistische" Bewegung das konservativ geprägte katholische Zentrum mit Unbehagen, weil ihr etwas „Epidemisches" anhaftete, vergleichbar mit Revolutionen oder der Reformation, die sich nicht an Verstand oder Vernunft richteten, sondern an die Leidenschaften der Masse appellierten.[180]

In den exemplarisch angeführten Veröffentlichungen wird die Bandbreite der unterschiedlichen wissenschaftlichen, politisch-weltanschaulichen und konfessionellen

---

[176] Die Parität in Preußen. Eine Denkschrift, 2. Aufl., Köln 1899, S. 73 ff.

[177] Erzberger, Kampf, S. 62. – Für eine Replik, in welcher der Kampf gegen den deutschen Ultramontanismus und das „katholische Slawentum" verfochten wurde, Rosenberg, Klerus.

[178] Die Hakatisten und die deutschen Katholiken in der Provinz Posen, in: Schlesische Volkszeitung vom 15.06.1901, BArch R 8034/II, Nr. 5302, Bl. 86 (Zitat); Ein neues hakatistisches Programm, in: Märkische Volkszeitung vom 14.09.1902, BArch R 8034/II, Nr. 5305, Bl. 67.

[179] Hakatistisches Boxertum, in: Märkische Volkszeitung vom 03.08.1900, BArch R 8034/II, Nr. 5301, Bl. 104.

[180] Der Marsch nach Krotoschin, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.06.1907, Nr. 494.

Prämissen und Argumentationsmuster deutlich, die der Behauptung einer „polnischen Gefahr“ und den Forderungen nach Verschärfung der preußischen Polenpolitik widersprachen. Bemerkenswert ist das Bemühen Franz Krysiaks um eine sachlich fundierte Kritik an den Statistiken, um die antipolnische Diskriminierung zu verurteilen. Dadurch wurde seine Argumentation für die deutschen Leser nachvollziehbar, auch wenn Krysiak als Pole eindeutig Stellung im Nationalitätenkonflikt bezog.[181] Theodor Brix argumentierte aus der Perspektive der selbst von einer repressiven Minderheitenpolitik betroffenen Deutschen und forderte Toleranz und Gleichberechtigung. Hingegen zeigte sich Hans Delbrück als herausragender Kritiker der preußischen Polenpolitik trotz seiner polenfreundlichen Haltung grundsätzlich bereit, eine Politik zum „Schutz des Deutschtums“ zu akzeptieren, die der von den deutschen Rechten propagierten defensiven Ostmarkenpolitik in mancher Hinsicht frappierend ähnelte.

Stellvertretend für die Linksliberalen hatte Hellmuth von Gerlach die Polenpolitik scharf kritisiert und die Gleichbehandlung der preußischen Polen eingefordert. Ebenso unerbittlich traten die vormals als Reichsfeinde verfolgten Parteien und die nahestehende Presse der Sozialdemokratie und des katholischen Zentrums auf. Diese bekundeten ihre Solidarität mit den Polen und schufen Leidensgemeinschaften als unterdrückte Minderheiten im autoritären deutschen Staat. Damit suchten sich beide Parteien die Unterstützung der preußischen Polen zu sichern, die sich beispielsweise in den Parlamentswahlen niederschlagen konnte. Freilich bedeutete dies nicht, dass Sozialdemokratie und Zentrum tatsächlich miteinander gegen die Polenpolitik eintraten. Vielmehr bestand aufgrund der tiefen weltanschaulichen Gräben eine Konkurrenz um die Gunst der Polen, weshalb ihr Engagement gegen die antipolnische Diskriminierung in der Regel strikt parallel verlief.

Die Frontstellung, die sich in den 1890er Jahren in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ verfestigt hatte, bestand auch nach der Jahrhundertwende weiter: Auf der einen Seite forderten die deutschen Rechten unter Führung der radikalen Nationalisten des Ostmarkenvereins interventionistische Eingriffe des Staates, um dem wirtschaftlichen Aufschwung und Bevölkerungswachstum der Polen zu begegnen. Auf der anderen Seite suchten die Kritiker der Polenpolitik die „polnische Gefahr“ als unhaltbares rhetorisches Konstrukt zu entlarven und übten scharfe Kritik an den antipolnischen Diffamierungen und Ausgrenzungsbestrebungen der „Hakatisten“. Die beiden Feindbilder bestimmten bis zum Ende des Ersten Weltkrieges die öffentliche Debatte, wobei die Vorstellung einer „polnischen Gefahr“ weit über das Jahr 1918 hinaus Geltung besaß. Zwar modifizierten beide Seiten die Feindbilder im Laufe der Zeit und passten sie den tagespolitischen Erfordernissen an. Für das öffentliche Sprechen über die polnische Bevölkerung und die preußische Polenpolitik im Kaiserreich waren die Feindbilder jedoch konstitutiv. Jeder öffentlich hervortretende Akteur positionierte sich

---

[181] Ähnlich verfuhren polnische Rezensenten von Bernhards *Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat*, die sich in ihren Besprechungen auf die wissenschaftliche Widerlegung der Thesen konzentrierten. Kazimierz Zimmermann: Literatur zur Ostmarkenfrage, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 26 (1908), 2, S. 521-533; Chłapowski.

mehr oder minder deutlich in der Debatte – oder wurde von den übrigen Diskussionsteilnehmern darin verortet.

Überdies unterlag die öffentliche Debatte über die „polnische Frage“ einer quantitativen Veränderung. Nach der Jahrhundertwende nahm die Zahl der Veröffentlichungen und der beteiligten Akteure enorm zu. In der Presse, in politisch-literarischen Zeitschriften und in der wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Literatur wurde das Thema als drängendes politisch-wirtschaftlich-gesellschaftliches Problem definiert, das eine Lösung erfordere. Zu dieser öffentlichen Wahrnehmung trugen bedeutende Ereignisse bei, wobei die polnische Bevölkerung Preußens sowohl zum Ziel neuer antipolnischer Ausnahmegesetze wurde als auch als Akteur im Widerstand gegen die Polenpolitik agierte. Diese Ereignisse und die Erörterungen darüber in der deutschen Öffentlichkeit stehen in den beiden folgenden Kapiteln im Mittelpunkt.

2 Die deutsche Presse und die Verteidigung der polnischen Sprache

Die Schul- und Sprachenpolitik war ein wichtiger Baustein in dem Bestreben des preußischen Staates zur Integration und langfristig zur Assimilierung der Polen, Dänen und Elsass-Lothringer an die deutsche Bevölkerung. In den preußischen Ostprovinzen wurde an den Volksschulen bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts großteils, wenn auch nicht einheitlich, in deutscher Sprache unterrichtet. Lediglich der polnischsprachige Religionsunterricht und ein unterstützender polnischer Lese- und Schreibunterricht bildeten Ausnahmen. Damit war der Anspruch verbunden, den Schülern über die deutsche Sprache den Zugang zu deutscher Bildung und Kultur sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, sie durch den Sprachwechsel letztlich zu „germanisieren“. Dieses Bestreben deckte sich nach der Reichsgründung 1871 mit der Durchsetzung der deutschen Staatssprache in allen dem staatlichen Zugriff unterworfenen Institutionen, so in den Bereichen Gerichtswesen, Armee, Schule, Verwaltung, Eisenbahn und Post. Seit den frühen 1870er Jahren wurden in den Provinzen Posen und Westpreußen die verbliebenen Überreste des polnischsprachigen Unterrichts sukzessive verdrängt, sodass – mit einer kurzen Lockerung während der Reichskanzlerschaft Leo von Caprivis – nur noch der katholische Religionsunterricht in den unteren Klassen in polnischer Sprache erteilt wurde.[182]

Die polnische Bevölkerung empfand die Verdrängung des Polnischen aus dem öffentlichen Leben als Angriff auf ihre Nationalität und Religion und wehrte sich dagegen. Die polnischen Sprachkenntnisse galten als Ausdruck der Zugehörigkeit zur polnischen Nation und dienten der Abgrenzung zum preußisch-deutschen Nationalstaat, zumal die Bewahrung der Nationalität auch die Hoffnung auf die Wiedererrichtung des polnischen Staates symbolisierte. Überdies hatte der Katholizismus eine starke nationale Ausprägung erfahren: Aufgrund der engen Verbindung von polnischer Sprache und katholischer Religion im Bewusstsein der polnischen Bevölkerung war die religiöse Unterweisung in einer anderen als der Muttersprache undenkbar. Die preußischen Polen definierten sich zuvorderst über die polnische Sprache, Nationalität und die katho-

[182] Hansen/Wenning, S. 48-61; Glück, S. 196-237.

lische Religion, die gemeinsam mit einer reichen historischen, kulturellen und literarischen Überlieferung die polnische Identität ausmachte.[183] Daher suchten sie die private und öffentliche Kommunikation, ferner die religiöse Unterweisung dem staatlichen Zugriff zu entziehen und den deutschsprachigen Schulunterricht durch außerschulische Bildung im Polnischen sowie in den Bereichen Literatur, Geschichte und Religion zu ergänzen.[184]

In dem Streben des preußischen Staates, die einheitliche deutsche Unterrichtssprache an den Volksschulen durchzusetzen, war folglich der Konflikt mit der polnischen Bevölkerung bereits angelegt, der sich schließlich am Religionsunterricht entzündete und in den Jahren 1901 in Wreschen und 1906/07 flächendeckend in den Provinzen Posen und Westpreußen eskalierte. Anhand dieser Beispiele, die nicht nur in der regionalen und reichsweiten, sondern auch in der internationalen Presse rezipiert wurden, werden im Folgenden die Erörterungen über die „polnische Frage" in der Presse und den Parlamenten in Deutschland untersucht. Der Fokus liegt auf der Rolle der Presse bei der Entstehung der Ereignisse, auf der Berichterstattung und den Stellungnahmen der verschiedenen politischen Zeitungen sowie auf den parlamentarischen Auseinandersetzungen über die preußische Schul- und Sprachenpolitik.

2.1 Die „Wreschener Affäre" – ein folgenschweres Medienereignis

Um die Jahrhundertwende kam es an verschiedenen Schulen in den Ostprovinzen vereinzelt zu passivem Widerstand gegen den Religionsunterricht in deutscher Sprache. Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit erregte vor allem ein Vorfall in der Kleinstadt Wreschen in der Provinz Posen, wo der deutschsprachige Religionsunterricht im April 1901 eingeführt wurde. Ermutigt durch den Protest einer polnischen Volksversammlung gegen diese Maßnahme weigerten sich polnische Schüler, im Religionsunterricht in deutscher Sprache zu antworten. Die Schüler wurden wegen Ungehorsams mit dem Rohrstock gezüchtigt, woraufhin sich zahlreiche Personen vor dem Schulhaus versammelten und lautstark gegen die Züchtigungen protestierten. Einige Personen drangen in das Schulhaus ein und bedrohten die Lehrer. Daraufhin wurde im November 1901 in einem Prozess vor dem Landgericht Gnesen Anklage unter anderem wegen Haus- und Landfriedensbruch erhoben, 21 beschuldigte Polen wurden zu teils sehr hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.[185]

Die sogenannte „Wreschener Affäre" erfuhr große Aufmerksamkeit im In- und Ausland. Die polnische Presse aller drei Teilungsgebiete feierte das Aufbegehren gegen die Übergriffe der preußischen Staatsmacht und erhob die Schulkinder zu Helden der polnischen Nation. Wreschen wurde zum Symbol des Widerstandes gegen die Unterdrückung von polnischer Muttersprache und katholischer Religion.[186] Das Aufbegehren der ländlichen polnischen Bevölkerung hatte zudem offenbart, dass der Nationalitäten-

---

183 Kotowski, Polen.

184 Molik, Inteligencja polska, S. 327-348; Trzeciakowski, Aktywność, S. 422-427.

185 Kulczycki, School Strikes, S. 48-66; Grot, Sprawa wrzesińska; Glück, S. 291-295; Korth, S. 63-68.

186 Korfini-Stachnik, S. 57-68; Grot, Sprawa wrzesińska, S. 104 ff.

konflikt nicht mehr nur den polnischen Adel und die polnisch-katholische Geistlichkeit betraf.[187] Die Kundgebungen und Proteste der Polen in den drei Teilungsgebieten gegen das Urteil von Gnesen und die Anerkennung durch die polnische und ausländische Presse bestärkten die preußischen Polen, sich weiter gegen staatliche Übergriffe zur Wehr zu setzen. Indem der Widerstand gegen die deutsche Sprache im Religionsunterricht als moralisch gerechtfertigt sanktioniert wurde, konnte er als Vorbild für eine neue Form des Massenprotests gelten, der im allgemeinen Schulstreik 1906/07 seinen Höhepunkt erreichen sollte.[188]

Die deutsche Presse berichtete ausführlich über den Gerichtsprozess und die Verurteilungen. Die intensiven Erörterungen entwickelten sich zu grundsätzlichen Aussprachen über die Behandlung der preußischen Polen und boten eine Bestandsaufnahme der politischen Auffassungen in der „polnischen Frage". Daher wurde die „Wreschener Affäre" für die Befürworter und Gegner der preußischen Polenpolitik zu einem wichtigen Bezugspunkt in den öffentlichen Debatten der folgenden Jahre.

Zudem wurden die Zeitungsleser im Deutschen Reich mit der polnischen Bevölkerung Preußens und der preußischen Polenpolitik konfrontiert. Der Prozess vor dem Gnesener Landgericht ermöglichte den Journalisten Einblicke in die Mentalität und das Verhältnis der ländlichen polnischen Bevölkerung zur preußischen Staatsmacht und offenbarte das niedrige Bildungsniveau der Angeklagten. Durch die in vielen Zeitungen abgedruckten Prozessprotokolle wurde eine Lebenswelt illustriert, die den deutschen Zeitungslesern kaum bekannt war, sich jedoch in vorgefasste und etablierte Bilder über den deutschen Osten und die preußischen Polen einfügte.[189] Das *Berliner Tageblatt* entsandte sogar einen Korrespondenten in die Provinz Posen, der von dort wie aus einem exotischen Land berichtete.[190]

Der Impuls für die öffentliche Debatte ging von der Posener Presse aus. Diese berichtete am 22. Mai 1901 von einem „ernste[n] Zwischenfall" an der Volksschule in Wreschen, wo es wegen des deutschsprachigen Religionsunterrichts zu einer Schlägerei zwischen aufgebrachten polnischen Müttern und den Lehrern gekommen sei.[191] Entsprechend der politischen Anschauungen gingen die Meinungen über die Ursache des Vorfalls auseinander: Den linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* zufolge war der „in *deutscher* Sprache ertheilte *Religionsunterricht*" für den Vorfall verantwortlich.[192] Hingegen gab das deutschnationale *Posener Tageblatt* an, dass durch „auf-

---

187 Rzepa, Niemcy, S. 85 f.; Schattkowsky, Nationalismus, S. 73.

188 Kulczycki, School Strikes, S. 65 f.; Glück, S. 297 ff.

189 Siehe hierzu Jaworski, Polenliebe, S. 60 ff.

190 In der Artikelreihe „Der schwarze und der weiße Adler" erschienen sieben Beiträge, in denen die Ursachen und Folgen der „Wreschener Affäre" ausführlich beleuchtet wurden. Für den Auftakt der Artikelreihe: Der schwarze und der weiße Adler. Vorschau in Posen, in: Berliner Tageblatt vom 20.12.1901, Nr. 646.

191 Posener Tageblatt vom 22.05.1901, Nr. 236. – Einer Mitteilung der *Posener Neuesten Nachrichten* zufolge habe der „Sturm auf das hiesige Schulhaus" lediglich dazu geführt, dass die Lehrer flüchten oder sich unter den Schutz der Polizei stellen mussten. Posener Neueste Nachrichten vom 23.05.1901, Nr. 589.

192 Posener Neueste Nachrichten vom 23.05.1901, Nr. 589 (Hervorhebung im Original gesperrt).

hetzende Reden und Versammlungen die Leidenschaften der unteren Volksklassen systematisch erregt würden“ und zum Aufbegehren geführt hätten. Allerdings würden nicht die verantwortlichen „Hetzer“ der polnischen katholischen Geistlichkeit bestraft, sondern mit den beteiligten Müttern nur „die verblendeten Opfer“.[193] In der überregionalen Presse Deutschlands wurde der Vorfall von Wreschen knapp vermeldet[194], nur vereinzelt finden sich ausführlichere Berichte darüber.[195]

In Reaktion auf den Vorfall in Wreschen erschien in der regierungsnahen konservativen *Posener Zeitung* ein Artikel über die „polnische Agitation“, im deutschnationalen *Posener Tageblatt* sogar eine vierteilige Artikelreihe zum selben Thema. Darin wurden aufhetzende Volksversammlungen der Polen, der Boykott deutscher Waren, die Verbreitung deutschfeindlicher Gesinnung und das Streben nach staatlicher Selbständigkeit als Ausdruck einer strikt antideutschen Haltung beschrieben, die von der gesamten polnischen Bevölkerung Preußens geteilt werde.[196] Die Artikel ließen keinen Zweifel, dass allein die vom katholischen Klerus aufgewiegelten Polen für das Verhalten der Schüler und für die Eskalation vor dem Schulhaus verantwortlich seien. Ein halbes Jahr später sollten die Rechtsanwälte Saly Türk und Sigismund von Dziembowski während des Prozesses in Gnesen auf die Artikel der Posener Presse zurückkommen, die aus dem Vorfall von Wreschen erst einen „Schulkrawall“ gemacht habe. Denn ohne diese, so Türk, hätte sich die ganze Sache „in Wohlgefallen aufgelöst“.[197] Dziembowski präzisierte in einer Reichstagsrede, der Staatsanwalt habe die Ermittlungen erst aufgrund der unwahren, aufgebauschten und maßgeblich vom Ostmarkenverein beeinflussten Darstellung des *Posener Tageblatts* eingeleitet.[198]

Hatte der Vorfall von Wreschen vor allem das Interesse der regionalen Presse der Provinz Posen geweckt und war darüber hinaus kaum rezipiert worden, erreichte der Prozess in Gnesen im November 1901 eine enorme Publizität.[199] Die überregionale

---

[193] Den Vorfall in Wreschen, in: Posener Tageblatt vom 23.05.1901, Nr. 237. – Für die Reaktion der polnischen Presse, die den Vorfall auf eine „hakatistische Provokation“ zurückführte: Posener Tageblatt vom 26.05.1901, Nr. 243.

[194] Posen, in: Vossische Zeitung vom 22.05.1901, Nr. 236; Berliner Tageblatt vom 22.05.1901, Nr. 256; Posen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 23.05.1901; Polnisches, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 23.05.1901, Nr. 239. Diese bezogen sich auf die Meldung des *Posener Tageblatts* vom 22.05.1901.

[195] Das *Berliner Tageblatt* druckte einen Artikel der *Oberschlesischen Zeitung* nach, in dem beschrieben wurde, wie das Schulhaus von der Menschenmenge belagert, Steine gegen das Schulhaus geworfen und deutsche Lehrer bedroht worden seien. Von dem polnischen Krawall in Wreschen, in: Berliner Tageblatt vom 28.05.1901, Nr. 265. Siehe auch: Vom polnisch-deutschen Kriegsschauplatz, in: Berliner Tageblatt vom 03.06.1901, Nr. 276.

[196] Der Bauer, der Vogt und der Fornal in der polnischen Agitation, in: Posener Zeitung vom 28.05.1901, Nr. 245; Die polnische Agitation, in: Posener Tageblatt vom 30.05.1901, Nr. 247, 05.06.1901, Nr. 257, 19.06.1901, Nr. 281, 04.07.1901, Nr. 307.

[197] Der Wreschener Schulkrawall vor Gericht, in: Germania vom 22.11.1901, zweites Blatt; Der Wreschener Schulkrawall, in: Germania vom 28.11.1901, erstes Blatt.

[198] Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags [künftig zit. RT], 10. Leg., 2. Sess., Bd. 4, 109. Sitz., 10.12.1901, S. 3097 f., Zitat S. 3098.

[199] Rzepa, Niemcy, S. 80 f.

Presse Deutschlands berichtete ausführlich über die Verhandlungen vor dem Landgericht.[200] Anhand der Aussagen von Angeklagten und Zeugen rekonstruierten die Blätter den Vorfall, der beispielsweise in der Darstellung der linksliberalen *Vossischen Zeitung* Züge eines Volksaufstandes annahm: „[...] und nun erhob sich das Volk und der Sturm brach los. Das Schulhaus wurde erstürmt, und nur der Umsicht des Landraths von Massenbach ist es zu danken, daß blutige Auftritte zwischen der schwachen Polizeimacht und dem wüthenden Haufen vermieden wurden".[201] In solchen Schilderungen wurde der elterliche Protest zu einer bedrohlichen Ausschreitung der polnischen Bevölkerung gegen die Vertreter des preußischen Staates dramatisiert.

Ausführlich kommentierten die Zeitungen die Verurteilungen der Angeklagten. Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Blätter kritisierten die Strafen als überzogen: Im Vergleich zu den milden Strafen bei Hochverratsprozessen oder Duellen seien die Urteile gegen „irregeleitete Mütter und einsichtslose Kinder" unverhältnismäßig und blieben dem Rechtsbewusstsein des Volkes fremd und unverständlich, beklagte das Zentrumsblatt *Germania*.[202] Die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* unterstellten dem Gericht die Absicht, aus politischen Beweggründen an den preußischen Polen ein abschreckendes „Exempel zu statuieren", mildernde Umstände wie „Unverstand, Verführung, Mutterliebe u.s.w." aber nicht zu berücksichtigen.[203] An die Empathie des Lesers appellierte die zentrumsnahe *Kölnische Volkszeitung*, um das Verhalten der Angeklagten verständlich zu machen: „Denke man sich doch in die Seele der Betroffenen hinein. Welcher Vater würde nicht erbittert aufschäumen, wenn sein Kind ihm jeden Tag so geprügelt heimkäme [...]".[204]

Angesichts der Gerichtsverhandlungen und der Aussagen der Angeklagten über weinende, blutende und ohnmächtige Schüler, die ärztlich behandelt werden mussten, wurde in der deutschen Presse die Frage aufgeworfen, ob die körperliche Bestrafung renitenter Schüler überhaupt gerechtfertigt und das Ausmaß vertretbar gewesen sei. Die konservative *Kreuzzeitung* missbilligte die behördlich angeordneten Strafmaßnahmen, die ihrem „sittlichen Gefühl" zuwiderlaufe und kaum die gewünschten Folgen haben werde: „Aber eine Politik, welche zur thatsächlichen Einbläuung deutscher Gebete führt, kann unmöglich dahin führen, daß sich die beteiligten Kreise freuen, dem mächtigen Deutschen Reiche anzugehören."[205] Ein solches Vorgehen gegen polnische

---

[200] Exemplarisch: Vossische Zeitung vom 16., 18., 19., 22.11.1901; Tägliche Rundschau vom 15.-18., 20., 21.11.1901.

[201] Polnisch-Katholisch, in: Vossische Zeitung vom 21.11.1901, Nr. 546. Siehe auch: Die Wreschener Schulkrawalle vor dem Landgericht, in: Posener Neueste Nachrichten vom 15.11.1901, Nr. 739.

[202] Der Wreschener Schulkrawall, in: Germania vom 28.11.1901, erstes Blatt. Ähnlich: Die Schule als Folterkammer, in: Vorwärts vom 22.11.1901.

[203] O.: Allzu scharf, in: Posener Neueste Nachrichten vom 01.12.1901, Nr. 752.

[204] Zur Vorgeschichte des Wreschener Prozesses, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.11.1901, Nr. 1027.

[205] Kreuzzeitung vom 19.11.1901, Nr. 543.

Schüler sei sinnlos, da sich die Sprache des Gebetes „nach Gottes Ordnung der Gewalt nun einmal entzieht“.[206]

Diese Kritik des konservativen Leitmediums an der preußischen Schulbehörde entsprang der Befürchtung zunehmender staatlicher Eingriffe in Glaubensfragen. Zentrums- und linksliberale Blätter bezogen sich auf die *Kreuzzeitung*, um zu unterstreichen, dass die Schulpolitik auch in regierungsfreundlichen Kreisen auf Ablehnung stoße.[207] Hingegen hielt die freikonservative *Post* die Züchtigungen für gerechtfertigt, denn das „staatsfeindliche Geschlecht lebt schon in den Kindern“, weshalb sie „die volle Wucht der staatlichen Macht“ fühlen müssten.[208] In dieser Logik war die Bestrafung für ein unterstelltes Vergehen erfolgt, das allen Polen schon durch ihre Herkunft und die erfahrene Erziehung anhafte.

Was die Frage nach den Ursachen des Vorfalls von Wreschen und der Schuld anbetrifft, lassen sich die führenden deutschen Zeitungen in zwei Lager einteilen, die den bereits im Mai 1901 vorgebrachten Interpretationen des deutschnationalen *Posener Tageblatts* und der linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* folgten. Auf der einen Seite finden sich in den Zeitungen aller politischen Richtungen – mit Ausnahme der Zentrumsblätter – Anschuldigungen gegen den katholischen Klerus, der als Urheber des Vorfalls identifiziert wurde. Auf der anderen Seite nahm vor allem die Zentrumspresse die preußische Polenpolitik ins Visier.

Stellvertretend für die erste Auffassung machte die linksliberale *Vossische Zeitung* die „Volksverführer im Priesterrock“ für den Vorfall in Wreschen verantwortlich. Da die katholischen Geistlichen die polnische Bevölkerung gegen den Staat aufhetzten, selbst aber im Hintergrund blieben, würden allein die verführten „geistig Unmündigen“ zur Rechenschaft gezogen.[209] Überdies zeigte sich das Blatt entsetzt über die sozialen Zustände und das niedrige Bildungsniveau in den Ostprovinzen und bekannte seine große Unwissenheit: „Wir hielten uns überzeugt, das polnische Volk einigermaßen zu kennen, jetzt müssen wir aber gestehen, daß unser Wissen nur Stückwerk ist.“ Dies bezog sich auf die während des Prozesses geäußerte Überzeugung einer Angeklagten, der Papst spreche ebenso polnisch wie Jesus Christus und Maria. Das Blatt knüpfte daran eine scharfe Kritik an der katholischen Geistlichkeit, die „dem geistig blinden Volke“ nicht die Augen öffne, da sie selbst von der Unwissenheit profitiere. Stattdes-

---

[206] Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 24.11.1901, Nr. 551.

[207] Die Zustände auf dem Gebiete des Volksschulwesens in der Provinz Posen, in: Kölnische Volkszeitung vom 22.11.1901, Nr. 1041; Der Wreschener Schulkrawall, in: Germania vom 28.11.1901, erstes Blatt; Tages-Rundschau, in: Frankfurter Zeitung vom 22.11.1901, Abendblatt.

[208] Der Wreschener Schulprozeß, in: Die Post vom 19.11.1901, Nr. 543. – Für die Forderung nach härterer Bestrafung der polnischen Schüler und Eltern siehe auch: Polnische Religion, in: National-Zeitung vom 22.11.1901, Nr. 630; Richard Nordhausen: Die Rache für Wreschen, in: Der Tag vom 01.12.1901, illustrierte Zeitung; Leo Rosenberg: Der deutsche Sprachunterricht im Osten. Praktische Polenpolitik, in: Der Lotse 1 (1901), S. 674-677.

[209] Vossische Zeitung vom 22.11.1901, Nr. 547. Siehe auch G. H.: Die politischen Folgen der Wreschener Affaire, in: Leipziger Volkszeitung vom 28.12.1901, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447, Bd. 1, Bl. 288; National, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 15.03.1902, Nr. 125.

sen boykottiere sie – so der unausgesprochene Umkehrschluss – die Bestrebungen der Behörden, an den deutschen Schulen durch die Vermittlung von Wissen und Bildung Abhilfe zu schaffen. Folglich sei der katholische Klerus als „der furchtbarste Feind des Deutschthums“ anzusehen und das von der Zentrumspresse häufig angeführte Diktum „Germanisation ist Protestantisirung“ müsse umgekehrt lauten, dass die Kirche die Polonisierung der preußischen Ostprovinzen fördere.[210]

Hatte die *Vossische Zeitung* das niedrige Bildungsniveau der Polen als unverschuldet dargestellt, um ihre Kritik am katholischen Klerus zu unterstreichen, stellte das Vorstandsmitglied des Ostmarkenvereins, Franz Wagner, einen engen Zusammenhang zwischen mangelnder Bildung und polnischer Nationalität her. In einem Vortrag rechtfertigte er die Züchtigungen der Schüler, da diese zuvor wiederholt durch ihr „unmoralisches Verhalten“ aufgefallen seien. Als Beleg führte er Vergehen aus dem Strafbuch der Schule an, unter anderem Lüge, Diebstahl, Rohheit, unsittliches Verhalten, Rauchen, Neigung zu Trunksucht und Bedrohung von Mitschülern. Wagner legte nahe, dass es an Schulen mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache nicht zu diesen Vorfällen gekommen wäre.[211] Ergänzend verwies das linksliberale *Berliner Tageblatt* auf die vermeintliche zivilisatorische Rückständigkeit des Ostens, da „die jugendlichen Delinquenten in diesem armen und kulturentlegenen Theile Deutschlands an ihren Eltern oft kein besseres Beispiel haben oder [...] sie die genügende elterliche Aufsicht entbehren“.[212] Somit konnte die deutsche Sprache nicht nur zu einem Allheilmittel der Disziplinierung polnischer Schüler erhoben werden, sondern auch zum Instrument der kulturellen Hebung der preußischen Ostprovinzen.

Hingegen beschrieben Zentrumsblätter die preußische Polenpolitik als grundlegende Ursache für den Vorfall in Wreschen und unterzogen diese einer scharfen Kritik. Der *Germania* zufolge hätten die harten Strafen im Gnesener Prozess „System und Praxis der ganzen Polenpolitik“ und die „Zwangsgermanisirung“ in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.[213] Die *Kölnische Volkszeitung* beschrieb die Angeklagten als „Opfer des hakatistischen pädagogischen Systems“ und formulierte prägnant ihre Abrechnung mit der preußischen Politik und der Schulverwaltung: „So vollständig ist noch nie eine Politik in den Sumpf geraten, so hat sich noch keine blamiert und zum Gespött der Welt gemacht wie die hakatistische.“ Als Alternative zum sich ausbreitenden „Chauvinismus“ und „Jingoismus“, aber auch in Abgrenzung zum „Kosmopolitismus“ vergangener Zeiten, entwarf das Blatt einen theologisch fundierten Nationalismus, demzufolge

[210] Polnisch-Katholisch, in: Vossische Zeitung vom 21.11.1901, Nr. 546. – Nach der Interpellation im Reichstag am 10.12.1901 zeigte sich die *Vossische Zeitung* wiederum bestürzt über „das düstere Bild, das von der Unbildung, dem Fanatismus der polnischen Bevölkerung und von der Zweideutigkeit ihrer Leiter entrollt wurde“. Die Polendebatte im Reichstag, in: Vossische Zeitung vom 11.12.1901, Nr. 579.

[211] Die „Märtyrer“ von Wreschen, in: Berliner Tageblatt vom 15.12.1901, Nr. 636.

[212] Der schwarze und der weiße Adler. Das Strafbuch des Herrn Rektors, in: Berliner Tageblatt vom 26.12.1901, Nr. 654.

[213] Der Wreschener Schulkrawall, in: Germania vom 28.11.1901, erstes Blatt.

die Minderheiten „nicht gehaßt und verfolgt, sondern als Brüder im Geiste des Christentums betrachtet werden“ sollten.[214]

Jenseits der Ursachenforschung und Schuldzuweisungen wies Hans Delbrück auf die unheilvollen Folgen für die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen in den Ostprovinzen hin. Da es den polnischen Schülern in Wreschen gelungen sei, die Autorität des Staates erfolgreich herauszufordern, sei den Polen ihre machtvolle Position bewusst geworden. Die Forderung nach muttersprachlichem Religionsunterricht gebe ihnen die „moralische Ueberlegenheit“ über die Staatsregierung. Daher sei es ratsam, nach einem annehmbaren Kompromiss für die polnische Bevölkerung und den preußischen Staat zu suchen, zumal die Polen die deutsche Sprache nicht rundweg ablehnten, sondern sich der Vorteile deutscher Sprachkenntnisse bewusst seien.[215] Damit bekräftigte Delbrück seinen Wunsch nach Integration der Polen ohne Zwangsmaßnahmen, der in Zentrums- und linksliberalen Blättern zustimmend kommentiert wurde.[216]

Die Wreschener Ereignisse und der Prozess von Gnesen überschritten den Rahmen einer innerdeutschen Angelegenheit, erreichten die Ebene der Diplomatie und belasteten die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn. Zudem riefen sie ein großes Echo in der internationalen Presse hervor.[217] Deutsche konservative, nationalliberale und linksliberale Blätter beobachteten vor allem die Proteste, Versammlungen und Ausschreitungen der Polen in Galizien und Kongresspolen und verurteilten diese scharf.[218] Das solidarische Verhalten der Polen in allen drei Teilungsgebieten galt ihnen als Ausdruck des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls und als gezielte Aufwiegelung der slawischen Völker gegen Preußen und Deutschland.[219] Dies wurde augenfällig bestätigt, als polnische Abgeordnete im Wiener Reichsrat und im galizi-

---

[214] „Wandlung des deutschen Nationalcharakters“, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.11.1901, Nr. 1063 (Zitat); Der Rekord der Polenpolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 23.11.1901, Nr. 1045.

[215] D. [Hans Delbrück]: Die Lehre von Wreschen, in: Preußische Jahrbücher 107 (1902), 1, S. 178-186, hier S. 185. – Der Korrespondent des *Berliner Tageblatts* wies ebenfalls darauf hin, dass die polnischen Schüler zu „Märtyrern“ erhoben worden seien und die deutschen Lehrer ihr Überlegenheitsgefühl spüren ließen. Der schwarze und der weiße Adler. Die Märtyrer von Wreschen, in: Berliner Tageblatt vom 29.12.1901, Nr. 658.

[216] Prof. Delbrück über die Polenfrage, in: Germania vom 05.01.1902, erstes Blatt; Den Hakatisten, in: Kölnische Volkszeitung vom 07.01.1902, Nr. 16; Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung vom 07.01.1902, erstes Morgenblatt.

[217] Korth, S. 107 f.; Grot, Wypadki wrzesińskie, S. 87-96; Trzeciakowski, Dyplomacja niemiecka.

[218] Die polnische Erregtheit, in: Berliner Tageblatt vom 28.11.1901, Nr. 605; Die polnischen Demonstrationen in Oesterreich, in: Berliner Tageblatt vom 10.12.1901, Nr. 626; Polnische Quertreibereien, in: Berliner Tageblatt vom 05.01.1902, Nr. 7.

[219] Wreschen in internationaler Beleuchtung, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 08.01.1902, BArch R 8034/II, Nr. 5303, Bl. 85; Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 15.12.1901, Nr. 587; Angriff auf das deutsche Consulat in Warschau, in: Der Tag vom 05.12.1901, Morgenausgabe; Zur Lage, in: Der Tag vom 05.12.1901, Abendausgabe.

schen Landtag das Vorgehen der preußischen Behörden verurteilten und die Einheit der polnischen Nation betonten.[220]

Überdies war der Blick der deutschen Presse nach Russland gerichtet, da die russische Polenpolitik im 19. Jahrhundert als Gradmesser für die preußische galt. Denn solange Russland die polnische Nationalität und Sprache unterdrücke, würden sich die Polen mit der vergleichsweise weniger harten Politik in Preußen arrangieren. Aufmerksam wurde jedoch registriert, als angesichts der „Wreschener Affäre" die Unzufriedenheit in der polnischen Bevölkerung Preußens dermaßen zunahm, dass das Leben in Kongresspolen nun erstrebenswerter erscheinen konnte.[221] Damit korrespondierten Anzeichen für eine Milderung der russischen Polenpolitik, beispielsweise die Förderung des polnischen Theaters und vorsichtige Zugeständnisse in der Schulpolitik. Daraus schlossen Zentrums- und sozialdemokratische Blätter, dass der Zar sich im Sinne einer panslawistischen Solidarität der Unterstützung der Polen versichern wolle, um diese eines Tages gegen das Deutsche Reich auszuspielen.[222]

Paradoxerweise müsse Preußen nun die mildere Polenpolitik in Russland als Maßstab nehmen und den Religionsunterricht in der Muttersprache erlauben, erklärte der evangelische Theologe Martin Rade in der protestantischen Zeitschrift *Die christliche Welt*.[223] Diese Forderung wurde durch den Brief eines in Russland lebenden evangelischen Deutschen unterstrichen, der die Behandlung der Minderheitensprachen in Preußen als „grausam und mit den Grundsätzen meines Christenthums unvereinbar" bezeichnete.[224] Das Zentrumsblatt *Germania* begrüßte das „vernichtende Urtheil" über die preußische Schulverwaltung durch einen Mann, „der katholischer, polenfreundlicher Bestrebungen gewiß unverdächtig ist". Da Russland bezüglich der Muttersprache im Religionsunterricht gerechter, humaner und toleranter sei, werde das Selbstbild Preußens als Bannerträger von Kultur und Bildung infrage gestellt, bemerkte das Blatt bissig.[225]

Die Kritiker der preußischen Polenpolitik nutzten das verheerende Echo in der internationalen Presse als Argument für die Einstellung dieser Politik.[226] Der Polnischen Fraktion diente die Sorge um das Ansehen des Deutschen Reiches im Ausland sogar als Vorwand, um die Polenpolitik zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstag

---

220 Łazuga, S. 101-104. – Exemplarisch für die deutsche Presse: Die Poleninterpellation im österreichischen Abgeordnetenhause, in: Berliner Tageblatt vom 10.12.1901, Nr. 626; Die Wreschener Vorgänge im österreichischen Abgeordnetenhause, in: Berliner Tageblatt vom 11.12.1901, Nr. 628.

221 Rzepa, Niemcy, S. 86 f.

222 Zur Vorgeschichte des Wreschener Prozesses, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.11.1901, Nr. 1027; Die russische Polenpolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 24.11.1901, Nr. 1048; Wreschen und die russische Presse, in: Vorwärts vom 18.12.1901.

223 R. [Martin Rade]: Zur Polenfrage, in: Die christliche Welt 16 (1902), 4, Sp. 83-87.

224 Russisches zur deutsch-polnischen Schulfrage, in: Die christliche Welt 16 (1902), 2, Sp. 43 f.

225 Russisches zur deutsch-polnischen Schulfrage, in: Germania vom 12.01.1902, viertes Blatt.

226 Die Wreschener Vorgänge, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.12.1901, Nr. 1088; Die Interpellation der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 08.12.1901, Nr. 1095; D. [Hans Delbrück]: Die Lehre von Wreschen, in: Preußische Jahrbücher 107 (1902), 1, S. 178-186, hier S. 185 f.

zu machen und dadurch eine Landesangelegenheit Preußens auf Reichsebene erörtern zu können. Der Reichstag war als Austragungsort für eine solche Debatte vielversprechender, weil die Polnische Fraktion hier auf größere Unterstützung von Seiten der oppositionellen Parteien – Zentrumspartei, Linksliberale und Sozialdemokratie – sowie mit breiter öffentlicher Resonanz rechnen konnte.[227]

Am 10. Dezember 1901, dem Tag der Besprechung der Interpellation im Reichstag, erschien in der offiziösen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* ein Artikel über die rechtlichen Grundlagen der Unterrichtssprache an den Schulen der Provinz Posen sowie über die Vorgänge in Wreschen. In einem ausführlichen Rückblick auf das 19. Jahrhundert erläuterte das Blatt die allmähliche Einführung der deutschen Unterrichtssprache, die schließlich auch den Religionsunterricht betroffen habe, wobei die Deutschkenntnisse der polnischen Schüler sorgsam geprüft worden seien. Die körperlichen Züchtigungen der Wreschener Schüler hätten einzig dazu gedient, den „Ungehorsam" und die „offene Auflehnung gegen die Schulordnung" zu brechen. Dabei habe es sich allerdings weder um die „Mißhandlung" noch „Massenzüchtigung" der Kinder gehandelt, weshalb die „tumultuarische[n] Ausschreitungen" der polnischen Bevölkerung nicht zu entschuldigen seien.[228] Der linksliberalen *Frankfurter Zeitung* zufolge war dieser Artikel ein „offiziöse[r] Rechtfertigungsversuch", der das Vorgehen der Schulbehörde bei der Einführung der deutschen Unterrichtssprache zu verharmlosen suchte.[229] Zugleich konnte der Artikel aber auch als Ergänzung zu der knappen Erklärung angesehen werden, die Reichskanzler Bernhard von Bülow im Reichstag abgeben sollte, ferner als Handreichung für die Abgeordneten, ihre Argumentation auf die Ausführungen des offiziösen Blattes zu stützen.[230]

Die Besprechung der Interpellation offenbarte eine große Diskrepanz zwischen der parlamentarischen Bedeutung der behandelten Angelegenheit und dem öffentlichen Interesse: Während die geringe Besetzung des Reichstags zeigte, dass die Abgeordneten nicht mit praktischen Konsequenzen für die Polenpolitik Preußens rechneten, waren die Besuchertribünen des Hauses vollbesetzt.[231] Vermutlich hofften die Zuschauer auf spektakuläre Rededuelle der Abgeordneten. War die Erwartungshaltung gegenüber den parlamentarischen Auseinandersetzungen bereits im Vorfeld durch die Berichterstattung geschürt worden, inszenierten deutsche Zeitungen die Reichstagsdebatte als Medienereignis und berichteten ausführlich.

---

[227] Grot, Sprawa wrzesińska, S. 106 f.

[228] Ueber die Vorgänge in Wreschen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 10.12.1901.

[229] Eine offiziöse Darstellung der Wreschener Vorgänge, in: Frankfurter Zeitung vom 10.12.1901, drittes Morgenblatt. Für ähnliche Bewertungen: Die Interpellation über Wreschen, in: Germania vom 10.12.1901, drittes Blatt; Der germanisierende Rohrstock, in: Vorwärts vom 10.12.1901.

[230] Dem *Berliner Tageblatt* zufolge besaß der Artikel den Zweck, „den Reichtagspolen und ihren Verbündeten vor Augen zu führen, daß sie mit ihrer Interpellation sich auf dem Holzwege befinden". Die Wreschener Vorgänge in amtlicher Beleuchtung, in: Berliner Tageblatt vom 10.12.1901, Nr. 626.

[231] Die Poleninterpellation im Reichstage, in: Berliner Tageblatt vom 10.12.1901, Nr. 627; Stimmungsbild aus dem Reichstage, in: Der Tag vom 11.12.1901, Morgenausgabe.

Angesichts der Erwartungen enttäuschte die besonnene Rede des Vorsitzenden der Polnischen Fraktion Ferdinand Radziwill zur Begründung der Interpellation.[232] Radziwill rechtfertigte das Verhalten der polnischen Bevölkerung mit den „barbarischen Züchtigungen“[233] und kritisierte die antipolnische Diskriminierung und repressive Polenpolitik Preußens. Emphatisch plädierte er für die Beibehaltung der polnischen Sprache im Religionsunterricht und für die gerechte Behandlung der Polen im preußischen Staat.[234]

In der folgenden Debatte bezogen die Reichstagsfraktionen Stellung zur „Wreschener Affäre“ und zur preußischen Polenpolitik. Im Mittelpunkt der Presseberichterstattung stand aber die Rede von Reichskanzler Bülow. Dieser erklärte knapp, dass er das Ansehen des Reiches nicht beschädigt sehe und sich durch ausländische Beurteilungen nicht in seiner Innenpolitik beeinflussen lasse. Stattdessen erhob er die „Staatsraison“ und die „Pflicht gegen das Deutschthum“ zu den maßgebenden Entscheidungsnormen für sein Handeln als Reichskanzler.[235] Danach verließ er demonstrativ den Reichstag, während die Debatte fortgesetzt wurde, womit er die fehlende Zuständigkeit des Hauses in preußischen Angelegenheiten unterstrich.

Konservative, nationalliberale und linksliberale Blätter begrüßten die knappen Ausführungen Bülows[236], während Zentrums- und sozialdemokratische Blätter den Auftritt des Reichskanzlers kritisierten[237]. Erstaunlich ist die Bewertung der linksliberalen *Frankfurter Zeitung*, die dem erst seit Oktober 1901 als Reichskanzler amtierenden Bülow eine rhetorische Begabung als „leitender Staatsmann“ und „Deutscher im alldeutschen Sinne“ bescheinigte: Dieser habe „mit großartigem Ernst und mit einer so schneidigen Betonung gesprochen, daß seine Worte auf die Hörer viel stärker wirkten, als sie auf die Leser wirken werden“.[238] Damit verdeutlichte das Blatt zugleich, dass das Medium ‚Zeitung‘ die wörtliche Rede nur unzulänglich wiedergeben konnte.

Obwohl Bülow vermieden hatte, auf die preußische Polenpolitik einzugehen, entspann sich im Plenum des Reichstags eine kontroverse Debatte über dieses Thema. Die Presseberichterstattung hing stark von der Parteizugehörigkeit des jeweiligen Abgeordneten ab, die Zeitungen hoben bestimmte Reden oder Aussagen besonders hervor, wäh-

[232] Den *Posener Neuesten Nachrichten* zufolge habe Radziwill mit „außerordentlicher Ruhe“ gesprochen, „aber ein Aufschrei der Empörung waren seine Worte nicht. Gegen den Reichskanzler trat er mit großer Liebenswürdigkeit auf.“ Wreschen im Deutschen Reichstage, in: Posener Neueste Nachrichten vom 12.12.1901, Nr. 761.

[233] RT, 10. Leg., 2. Sess., Bd. 4, 109. Sitz., 10.12.1901, S. 3083-3087, hier S. 3085.

[234] Ebenda, S. 3086 f.

[235] RT, 10. Leg., 2. Sess., Bd. 4, 109. Sitz., 10.12.1901, S. 3087 f.

[236] Aus dem Reichstage, in: Kreuzzeitung vom 11.12.1901, Nr. 579; Stimmungsbild aus dem Reichstage, in: Der Tag vom 11.12.1901, Morgenausgabe; Die Poleninterpellation, in: Berliner Tageblatt vom 11.12.1901, Nr. 628; Graf Bülow und das Centrum, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 14.12.1901, BArch R 8034/II, Nr. 5303, Bl. 66.

[237] Der Polenkurs bleibt der alte, in: Kölnische Volkszeitung vom 11.12.1901, Nr. 1105; Die Polen-Interpellation über Wreschen, in: Germania vom 12.12.1901, drittes Blatt; Das Deutschtum der Knute, in: Vorwärts vom 11.12.1901.

[238] Polen-Interpellation betreffend die Wreschener Vorgänge, in: Frankfurter Zeitung vom 11.12.1901, zweites Morgenblatt.

rend sie andere zu widerlegen suchten oder vollständig unterschlugen. So ignorierten die bürgerlich-liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten* die Rede Radziwills, weil sie die Polnische Fraktion offenbar als irrelevante politische Kraft erachteten oder nicht an den geografisch entfernten Problemen in den preußischen Ostprovinzen interessiert waren.[239] Nur „der Vollständigkeit halber“ druckte die konservative *Kreuzzeitung* die Interpellation ab und fasste die Reden der Opposition knapp zusammen, paraphrasierte aber die Reden Bülows, der konservativen und nationalliberalen Abgeordneten ausführlich.[240] Diese Praxis zeigt deutlich, wie Journalisten durch die Auswahl und Gewichtung von Informationen gezielt Ausschnitte von Ereignissen präsentierten, die dem politischen Profil der Zeitung und der Erwartungshaltung der Leserschaft entsprachen.

In der Reichstagsdebatte verteidigten der Deutschkonservative Friedrich zu Limburg-Stirum und der Nationalliberale Carl Sattler das Vorgehen der preußischen Schulbehörde sowie das Urteil des Landgerichts zu Gnesen mit Verweis auf die angebliche Agitation des „Polentums“ zur Wiedererrichtung des polnischen Staates. Während Limburg-Stirum christlich-konservativen Werten folgend den Polen konzedierte, ihre Religion und Muttersprache erhalten zu dürfen, griff Sattler die polnisch-katholische Geistlichkeit als Urheber der Agitation scharf an.[241] Die konservative *Kreuzzeitung* begrüßte die Reden, die daran erinnert hätten, dass man sich im deutschen Reichstag, nicht etwa im galizischen Landtag in Lemberg befand, „so ‚polnisch‘ war mit einem Male alles geworden“.[242] Letztlich habe die Interpellation einzig dazu geführt, dass die „großpolnische Sache“ öffentlichkeitswirksam, aber ergebnislos diskutiert worden sei.[243]

In der Zentrumspresse stand der Zentrumsabgeordnete Hermann Roeren im Mittelpunkt. Dieser habe der *Germania* zufolge in einer „großen eindrucksvollen Rede“ gegen die gewaltsame Unterdrückung der polnischen Nationalität protestiert und sei aus religiösen Gründen für den Gebrauch der Muttersprache im Religionsunterricht eingetreten.[244] Bemerkenswert war die Aussage Roerens, das Zentrum lehne die Germanisierungspolitik „nicht etwa aus besonderer Vorliebe für die Polen“ ab, „sondern aus prinzipiellen Gründen [...], weil sie zu Ungerechtigkeiten führt“. Offenbar hätte das einseitige Eintreten für die Interessen der katholischen polnischen Bevölkerung seine Aussagen noch stärker abgewertet, als sie es aus Sicht der Regierungsparteien aufgrund seiner Parteizugehörigkeit ohnehin schon waren, weshalb Roeren sich vorsorglich gegen diesen Vorwurf verteidigte. Als Ziel gab er aus, die Ungleichbehandlung der preußischen Polen zu beseitigen, um diese „zu zufriedenen Reichsangehörigen“ zu

239 Die Polen-Interpellation im Reichstag, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 12.12.1901, Nr. 576.

240 Aus dem Reichstage, in: Kreuzzeitung vom 11.12.1901, Nr. 579.

241 RT, 10. Leg., 2. Sess., Bd. 4, 109. Sitz., 10.12.1901, S. 3093 ff. (Limburg-Stirum), S. 3099-3106 (Sattler).

242 Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 15.12.1901, Nr. 587.

243 Aus dem Reichstage, in: Kreuzzeitung vom 11.12.1901, Nr. 579. Ähnlich: Die Polendebatte im Reichstag, in: Vossische Zeitung vom 11.12.1901, Nr. 579.

244 Tagesübersicht, in: Germania vom 11.12.1901, drittes Blatt.

machen.[245] Daran anknüpfend plädierte die *Kölnische Volkszeitung* eindringlich für die Revision der Polenpolitik: „Die ‚polnische Frage' wäre ganz harmlos, wenn man die Polen als gleichberechtigte Staatsbürger behandelte, und die feierlichen Versprechungen eingehalten hätte, die ihnen von preußischen Königen gegeben worden sind. [...] Die ‚ernste Gefahr' ist lediglich durch unsere *hakatistische Politik* entstanden."[246]

Wie Roeren suchte der sozialdemokratische Abgeordnete Georg Ledebour seinem Eintreten für die Polen einen universellen Anstrich zu geben, indem er sich grundsätzlich gegen die Unterdrückung von Minderheiten aussprach. In einer doktrinären Rede verurteilte er das „System der Kinderfolter" scharf und kritisierte die Volksschule als Anstalt der „Volksverdummung", da die polnischen Schüler dort nur „deutsch stümpern" würden. Die preußische Polenpolitik sei durch den „kulturmörderischen Grundsatz" „cuius regio, eius lingua" motiviert, womit er eine Parallele zur religiösen Intoleranz vergangener Jahrhunderte zog. Indem er darlegte, dass die Lösung der Nationalitätenfrage erst durch den Sieg des Proletariats möglich sei, suchte er die Polen für die deutsche Sozialdemokratie zu gewinnen.[247] Das sozialdemokratische Leitorgan *Vorwärts* lobte Ledebours „eindringliche Abrechnung" mit der Polenpolitik, die er in „eine allgemeine Kritik des nationalen Chauvinismus" eingeflochten habe, und betonte den „Gedanken der *Nationalitätentoleranz*" als Alternative zur antipolnischen Diskriminierung.[248]

Was den Inhalt der Interpellation anbetraf, verwies Ledebour auf die englischen Konzentrationslager im Burenkrieg, die das Ansehen Englands nachhaltig beschädigt hätten. Gleichermaßen habe die Reputation des Deutschen Reiches durch das behördliche Vorgehen in Wreschen und Gnesen stark gelitten.[249] Damit folgte er dem *Vorwärts*, der bereits zuvor den „Germanisierungskrieg" Preußens mit den Kriegshandlungen Englands in Südafrika verglichen und festgestellt hatte, dass „die Zustände in dem ‚Konzentrationslager' der preußischen Germanisatoren beinahe noch schlimmer" erschienen. Denn in Preußen würden in Friedenszeiten „die Jugend auf barbarische Weise mißhandelt" und die verfassungsmäßige Gleichbehandlung außer Kraft gesetzt. In drastischen Worten brandmarkte das Blatt die preußische Schul- und Sprachenpolitik als „unerträgliche Ausrottungspolitik" und „Vergewaltigung", die Schule als „Folterkammer" und die Lehrer als „Menschenquäler".[250] Nach Bülows „Polenrede" im Preußischen Abgeordnetenhaus im Januar 1902 wiederholte der *Vorwärts* den Vergleich: „Wenn es nach den tönenden Worten des Kanzlers geht, so stehen wir vor einem in-

---

245 RT, 10. Leg., 2. Sess., Bd. 4, 109. Sitz., 10.12.1901, S. 3092.

246 Die Stellungnahme der Regierung in der polnischen Frage, in: Kölnische Volkszeitung vom 13.12.1901, Nr. 1112 (Hervorhebung im Original gesperrt). Ähnlich: Der Polenkurs bleibt der alte, in: Kölnische Volkszeitung vom 11.12.1901, Nr. 1106.

247 RT, 10. Leg., 2. Sess., Bd. 4, 109. Sitz., 10.12.1901, S. 3106-3111, Zitat S. 3108. Siehe auch Korth, S. 109.

248 Das Deutschtum der Knute, in: Vorwärts vom 11.12.1901 (Hervorhebung im Original gesperrt).

249 RT, 10. Leg., 2. Sess., Bd. 4, 109. Sitz., 10.12.1901, S. 3107.

250 Die Schule als Folterkammer, in: Vorwärts vom 22.11.1901.

neren Boerenkrieg, und die polnischen Landesteile werden in ein Konzentrationslager verwandelt."[251]

In linksliberalen Blättern fiel die Bewertung der Reichstagsdebatte unterschiedlich aus. Da sich kein freisinniger Abgeordneter zu Wort gemeldet hatte, fehlte ihnen der politisch nahestehende Stichwortgeber. Die *Vossische Zeitung* und das *Berliner Tageblatt* missbilligten die Interpellation der Polnischen Fraktion, kritisierten die Zentrums- und sozialdemokratischen Abgeordneten für die Unterstützung und verteidigten das Vorgehen der preußischen Behörden in Wreschen und das Gerichtsurteil von Gnesen.[252] Differenzierter zeigte sich die *Frankfurter Zeitung*, die zwar einen „Erfolg der Germanisirung" wünschte, aber jegliche Gewaltmittel als ungerecht und nutzlos ablehnte. Um die Polen für Preußen und das Deutsche Reich zu gewinnen, habe man Rücksicht auf deren nationale Eigenarten zu nehmen und müsse sie als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln. Von der Verschärfung der Gegensätze zwischen Deutschen und Polen würde schließlich einzig die radikale großpolnische Bewegung auf Kosten der versöhnungswilligen Polen profitieren.[253]

Die Gegner der preußischen Polenpolitik waren jedoch nur vordergründig in ihrer Kritik vereint. Vielmehr traten in den Stellungnahmen die politischen, weltanschaulichen, religiösen und sozialen Unterschiede zwischen der adlig-konservativen Polnischen Fraktion, dem katholisch-konservativen Zentrum und der sozialistisch-revolutionären Sozialdemokratie deutlich hervor. So unterstellte Ledebour der Polnischen Fraktion, ihre Empörung nur vorzutäuschen, da sie grundsätzlich der Staatsregierung und den deutschen Konservativen politisch nahestünden.[254] Hingegen warf die *Germania* Ledebour vor, die Polenpolitik „weniger wohl aus Liebe zu den Polen" zu attackieren, „als vielmehr um zu hetzen und die Spalten des Vorwärts mit willkommenem Stoff zu füllen".[255] Entsprechend resümierten die bürgerlich-liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten*, dass die „Polenbegeisterung" von Zentrumspartei und Sozialdemokratie von handfesten politischen Interessen diktiert werde, da ihre Kritik vor allem auf die Stimmen der Polen bei zukünftigen Wahlen ziele.[256] Dass sich die preußische Staatsregierung durch die Interpellation im Reichstag in ihrer Polenpolitik beeinflussen lasse, schien ausgeschlossen. Insofern sprachen die Abgeordneten in erster Linie „zum Fenster hinaus"[257], an ihre Wähler und die Zeitungsleser gewandt, und betrieben gewissermaßen Werbung in eigener Sache.

---

[251] Polnischer Granit, in: Vorwärts vom 14.01.1902.

[252] Die Polendebatte im Reichstag, in: Vossische Zeitung vom 11.12.1901, Nr. 579; Die Poleninterpellation, in: Berliner Tageblatt vom 11.12.1901, Nr. 628.

[253] Frankfurt, 11. December, in: Frankfurter Zeitung vom 11.12.1901, Abendblatt.

[254] RT, 10. Leg., 2. Sess., Bd. 4, 109. Sitz., 10.12.1901, S. 3110. Ebenso: Das Deutschtum der Knute, in: Vorwärts vom 11.12.1901; G. H.: Die politischen Folgen der Wreschener Affaire, in: Leipziger Volkszeitung vom 28.12.1901, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447, Bd. 1, Bl. 288.

[255] Tagesübersicht, in: Germania vom 11.12.1901, drittes Blatt.

[256] Die Polen-Interpellation im Reichstag, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 12.12.1901, Nr. 576.

[257] Entsprechend schätzte die *Vossische Zeitung* die Reden der polnischen Abgeordneten ein: „Was kümmert's sie, daß während ihrer Reden der Bundesrathstisch leer ist? Sprechen sie

Um dem Anschein der Zersplitterung auf Seiten der Gegner der Polenpolitik zu begegnen und die Ablehnung über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg zu illustrieren, sammelten die Zentrumsblätter die kritischen Äußerungen aller politischen Richtungen. Anerkennend äußerte sich die *Kölnische Volkszeitung* über eine Petition zugunsten des muttersprachlichen Religionsunterrichts an das Preußische Abgeordnetenhaus durch den evangelischen Theologen und Herausgeber der Zeitschrift *Die christliche Welt*, Martin Rade.[258] Rades apodiktische Forderungen, den Religionsunterricht frei von politischen Einflüssen zu halten und mehr Toleranz gegenüber den Polen zu üben, seien „bittere Pillen für die Hakatisten".[259] Ferner hoben die Zentrumsblätter die Kritik von Hans Delbrück in den *Preußischen Jahrbüchern* und des einflussreichen konservativen Publizisten Maximilian Harden in der Zeitschrift *Die Zukunft* hervor, denen zufolge das weltweite Echo der „Wreschener Affäre" dem Ansehen Deutschlands schade. Indem die *Germania* darlegte, dass Delbrück „politisch zur freiconservativen Partei gehört und demnach gewiß nicht den ‚antinationalen' Parteien beigezählt werden kann"[260], konnte sie dessen Verdikt noch schärfer akzentuieren. Mit solchen Bezugnahmen demonstrierten die Zentrumsblätter ihren Lesern, dass die Kritik an der preußischen Polenpolitik kein Spezifikum der Zentrumspartei, sondern weit verbreitet sei. Laut der *Kölnischen Volkszeitung* müsse „die antihakatistische Bewegung kräftig in Fluß" kommen, um der Gerechtigkeit durch die andauernde Einwirkung auf die „öffentliche Meinung" zum Sieg zu verhelfen.[261]

Zwar war die Reichstagsdebatte für die Politik Preußens nicht relevant, allerdings machte Bülow die Polenpolitik in der Folge zu einem zentralen Thema seiner Innenpolitik. In der am 8. Januar 1902 durch ihn verlesenen Thronrede wurde bekräftigt, dass es „eine Frage der Selbsterhaltung für den preußischen Staat [sei], in seinen östlichen Provinzen dem Deutschthum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen Fürsorge der Hohenzollernschen

---

doch ohnehin nur zum Fenster hinaus." Die Polendebatte im Reichstag, in: Vossische Zeitung vom 11.12.1901, Nr. 579.

[258] Die Opposition gegen die Wreschener Prügelpädagogik, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.12.1901, Nr. 1088.

[259] Zu den Vorgängen in Wreschen und was damit zusammenhängt, in: Kölnische Volkszeitung vom 27.12.1901, Nr. 1152. Siehe hierzu R. [Martin Rade]: Zur Polenfrage, in: Die christliche Welt 16 (1902), 4, Sp. 83-87, hier Sp. 83. – Nach einer Reise in die Provinz Posen kritisierte Rade das miserable Bildungswesen in den Ostprovinzen und plädierte für größere Nachsicht der Behörden gegenüber der polnischen Sprache im öffentlichen Leben. Ders.: Die deutsche Schule im preußischen Polen, in: Die christliche Welt 16 (1902), 45, Sp. 1068-1074.

[260] Prof. Delbrück über die Polenfrage, in: Germania vom 05.01.1902, erstes Blatt; vgl. D. [Hans Delbrück]: Die Lehre von Wreschen, in: Preußische Jahrbücher 107 (1902), 1, S. 178-186, hier S. 185. Für Maximilian Harden: Die Interpellation der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 08.12.1901, Nr. 1095; vgl. [Maximilian Harden:] Transvaal, in: Die Zukunft 37 (1901), S. 371-376, hier S. 371 f.

[261] Die Opposition gegen die Wreschener Prügelpädagogik, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.12.1901, Nr. 1088.

Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat".[262] Ferner wurde das gesamte deutsche Volk aufgerufen, an der „Pflege des Deutschthums im Osten" ebenso mitzuwirken wie an der „Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen" in Deutschland.[263] Laut der *Vossischen Zeitung* habe in der gesamten Thronrede nur dieser Passus „wiederholte Beifallsäußerungen der versammelten Landtagsmitglieder" hervorgerufen.[264] Da die Ausführungen über die Ostprovinzen abstrakt gehalten waren, konnten sie von konservativen Zeitungen als Bestätigung der Polenpolitik[265], von Zentrums- und sozialdemokratischen Blättern hingegen als Ankündigung einer „Verschärfung der antipolnischen Politik"[266] oder eines „Kampf[es] bis aufs Messer" verstanden werden[267], während die linksliberale Presse sie als inhaltsleer erachtete.[268]

Die Nationalliberale Partei forderte die preußische Staatsregierung in einer Interpellation auf, die konkret zu ergreifenden Maßnahmen zum „Schutz des Deutschtums" zu benennen. In der Begründung berief sich der Abgeordnete Arthur Hobrecht – in Anlehnung an die Thronrede – auf den deutschen Charakter Preußens und die vollbrachte Kulturarbeit in den östlichen Provinzen, die durch die deutschfeindliche Agitation der Polen gefährdet sei, wie der Vorfall von Wreschen belege.[269] Dem stand eine Interpellation der Polnischen Fraktion über die Sprache im Religionsunterricht entgegen. Der Abgeordnete Ludwig von Jazdzewski behauptete, der Staat sei in verfassungsrechtlicher Hinsicht nur ausführendes Organ der Kirche, habe sich daher nach deren Grundsätzen zu richten und die Muttersprache im Religionsunterricht zu berücksichtigen. Indem Jazdzewski sich auf den Wiener Kongress und die Versprechungen Friedrich Wilhelms III. berief, verlangte er vom preußischen Staat Toleranz und Gerechtigkeit gegenüber den Polen. Solange diese Grundsätze missachtet würden, beanspruche die polnische Bevölkerung das Recht zum Widerstand gegen Angriffe auf ihre Nationalität.[270]

Die Besprechung der beiden „Poleninterpellationen" nahm drei Sitzungstage des Preußischen Abgeordnetenhauses, vom 13. bis 15. Januar 1902, in Anspruch. Die Anwesenheit zahlreicher Regierungsmitglieder und Abgeordneter sowie die vollbesetzten Zuschauertribünen illustrierten das große Interesse an dem Thema.[271] Zur Beantwor-

---

262 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, Eröffnungssitzung, 08.01.1902, Sp. 4 f.

263 Ebenda, Sp. 5.

264 Die Eröffnung des preußischen Landtages, in: Vossische Zeitung vom 08.01.1902, Nr. 12.

265 Eröffnung des Landtages, in: Kreuzzeitung vom 08.01.1902, Nr. 12; Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 12.01.1902, Nr. 19; Die Thronrede zur Landtagseröffnung, in: Posener Zeitung vom 10.01.1902, Nr. 15.

266 Eröffnung des preußischen Landtags, in: Germania vom 09.01.1902, erstes Blatt.

267 Seiner Zeit ..., in: Vorwärts vom 09.01.1902.

268 Die Landtagseröffnung, in: Berliner Tageblatt vom 08.01.1902, Nr. 13; Frankfurt, 8. Januar, in: Frankfurter Zeitung vom 08.01.1902, Abendblatt; Die Eröffnung des Landtages, in: Posener Neueste Nachrichten vom 09.01.1902, Nr. 782.

269 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 13.01.1902, Sp. 48-54.

270 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 13.01.1902, Sp. 55-67. Siehe hierzu KORTH, S. 110.

271 Die Poleninterpellationen, in: Berliner Tageblatt vom 13.01.1902, Nr. 22; Die Polenfrage im Abgeordnetenhause, in: Kreuzzeitung vom 14.01.1902, Nr. 21. – Vom dritten Verhandlungstag meldete der *Vorwärts* hingegen ein schwach besetztes Haus und leere Zuschauertribünen. Preußisches Abgeordnetenhaus, in: Vorwärts vom 16.01.1902.

tung der Interpellation hielt Bülow eine lange und für die Polenpolitik der folgenden Jahre wegweisende Rede, in welcher er die Einführung der deutschen Sprache im Religionsunterricht und das Vorgehen der Schulbehörde in Wreschen verteidigte. Den Erwerb der deutschen Sprache durch polnische Schüler begründete er damit, diesen die Beteiligung am Staatsleben und an der deutschen Kultur zu ermöglichen. Ferner widersprach er den Vorwürfen, dass die Polenpolitik auf die Germanisierung der preußischen Polen oder auf die Protestantisierung der katholisch geprägten Ostprovinzen abziele.

Des Weiteren entwarf Bülow das Bild einer bedrohlichen polnischen Bevölkerung, die mittels einer „planmäßigen und stetigen polnischen Agitation" die „Wiederherstellung des status quo ante 1772, d.h. ein selbständiges Polen von Meer zu Meer anstrebt".[272] Bei dem Nationalitätenkonflikt ginge es um die grundsätzliche Frage, ob die Deutschen „Hammer oder Amboß" seien.[273] Mit diesem Bezug auf seine Reichstagsrede vom 11. Dezember 1899 bekräftigte er den deutschen Anspruch auf Weltgeltung, deren Fundament in den Ostprovinzen, der „Wurzel preußischer Kraft", liege.[274] Die Bedeutung der „polnischen Frage" unterstrich Bülow mit einem Satz, der in den folgenden Jahren zum zentralen Bezugspunkt in der öffentlichen Debatte wurde und vielen antipolnischen Schriften als Motto diente: „Ich halte [...] die Ostmarkenfrage nicht nur für eine der wichtigsten Fragen unserer Politik, sondern geradezu für diejenige Frage, von deren Entwickelung die nächste Zukunft unseres Vaterlandes abhängt."[275] Den Zuhörern musste es erscheinen, als wirkten der wirtschaftliche Aufschwung und das Bevölkerungswachstum der Polen dem deutschen Weltmachtstreben direkt entgegen.

Von diesen Ausführungen ausgehend skizzierte Bülow den „Weg für eine gesunde Ostmarkenpolitik".[276] Darunter verstand er die Fortführung der Ansiedlungspolitik, die Stärkung des deutschen Großgrundbesitzes, die Förderung des deutschen Bürgertums, Mittelstands und der Beamtenschaft in den Städten sowie weitere Maßnahmen zur kulturellen Hebung. Diese wirtschaftliche Förderung eng begrenzter Interessengruppen sollte nicht dem einzelnen Staatsbürger, sondern dessen Status als Angehöriger der national definierten Mehrheitsgesellschaft und damit den übergeordneten Zielen der deutschen Nation zugute kommen. Zwar behauptete Bülow, dieses Programm sei nicht gegen die preußischen Polen gerichtet, die dieselben verfassungsmäßigen Rechte wie die übrigen Staatsbürger besäßen. „Aber", schränkte er ein, „es giebt eine Grenze, die wir mit allen gesetzlichen und zulässigen Mitteln halten müssen, und die wird gezogen durch das Lebensinteresse dieser Monarchie, allen ihren Provinzen ihren deutschen Charakter zu wahren."[277]

---

272 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 13.01.1902, Sp. 67-84, Zitate Sp. 72.

273 Ebenda, Sp. 76.

274 Ebenda.

275 Ebenda.

276 Ebenda, Sp. 77-80, Zitat Sp. 80.

277 Ebenda, Sp. 84. Siehe auch die Reden der Staatsminister Konrad Studt, Ernst von Hammerstein und Karl Heinrich Schönstedt, die sich in den von Bülow vorgezeichneten Bahnen bewegten und die preußische Polenpolitik mit den angeblich staatsfeindlichen Bestrebun-

Die Rede Bülows wurde im Preußischen Abgeordnetenhaus und in der deutschen Presse ausführlich erörtert. Die Regierungsparteien äußerten sich zustimmend, wobei die Konservativen und Nationalliberalen sich vordergründig moderat gaben und vor allem die Loyalität der preußischen Polen einforderten[278], während die Freikonservativen darauf pochten, dass Deutsch die einzig zulässige Sprache in allen öffentlichen Angelegenheiten sein müsse.[279] Beispielhaft für die breite Zustimmung in der rechten Presse kann die konservative *Kreuzzeitung* gelten, derzufolge Bülow in „fesselnden Ausführungen" den Ernst der Lage in den Ostprovinzen dargestellt habe.[280] Mit der Beschreibung des wirtschaftlichen und demografischen Wachstums der polnischen Bevölkerung habe er gleichsam das Versagen der bisherigen Polenpolitik eingestanden. Die neue Ostmarkenpolitik markiere jedoch einen signifikanten Wandel, da sie nicht mehr auf die „*Bekämpfung des Polenthums*", sondern auf „*die positive Förderung des Deutschthums*" ziele.[281] Die bürgerlich-liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten* wollten sogar eine „energische Wiederaufnahme der *Bismarck'schen* Ostmarkenpolitik" erkannt haben und erklärten, dass die Staatsregierung zunächst das deutsche Nationalbewusstsein stärken müsse, um die „*Germanisirung der Deutschen* in den Ostmarken" zu erreichen.[282]

Etwas subtiler nahm sich das linksliberale *Berliner Tageblatt* der Rede an, indem es eine rhetorische Besonderheit hervorhob: Bülow hatte stellenweise die erste Person Plural verwendet und damit seine Zuhörer – potenziell die gesamte deutsche Bevölkerung – direkt angesprochen und für sein Anliegen vereinnahmt. Das Blatt setzte das inklusive „Wir" wiederholt an den Satzanfang und verstärkte dadurch den Eindruck des Lesers, Teil einer ausdrücklich als deutsch verstandenen Gemeinschaft und daher von den Vorgängen in den Ostprovinzen unmittelbar betroffen zu sein.[283] Konnte dieser Artikel als Zustimmung des *Berliner Tageblatts* verstanden werden, resümierte der Chefredakteur Arthur Levysohn in seinem Wochenkommentar hingegen, Bülow sei „über allgemeine Redensarten" nicht hinausgekommen und habe über die konkret zu ergreifenden Mittel „ein überaus vorsichtiges Schweigen" bewahrt.[284] Auch den linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* zufolge enthielt das „*Ostmarkenprogramm* [...]

gen der Polen rechtfertigten. Ebenda, Sp. 85-93; PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 4. Sitz., 14.01.1902, Sp. 154-157; 5. Sitz., 15.01.1902, Sp. 204-207, Sp. 219-226.

278 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 13.01.1902, Sp. 102-107 (Ernst von Heydebrand, Konservative Partei); 4. Sitz., 14.01.1902, Sp. 122-130 (Julius Sieg, Nationalliberale Partei); 5. Sitz., 15.01.1902, Sp. 183-193 (Ludwig von Staudy, Konservative Partei).

279 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 4. Sitz., 14.01.1902, Sp. 130-140 (Christoph v. Tiedemann); 5. Sitz., 15.01.1902, Sp. 198-204 (Julius Goerdeler).

280 Die Polenfrage im Abgeordnetenhause, in: Kreuzzeitung vom 14.01.1902, Nr. 21.

281 Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 19.01.1902, Nr. 31 (Hervorhebung im Original gesperrt).

282 Die Polen-Interpellationen im preußischen Landtag, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 15.01.1902, Nr. 22 (Hervorhebung im Original gesperrt).

283 Die Poleninterpellationen, in: Berliner Tageblatt vom 13.01.1902, Nr. 22.

284 Arthur Levysohn: Politische Wochenschau, in: Berliner Tageblatt vom 19.01.1902, Nr. 33.

nichts wesentlich Neues".[285] Der *Vorwärts* schließlich betitelte Bülow aufgrund seiner wenig erfolgversprechenden Politik spöttisch als „*Reichskanzler des Sinnlosen*". Dessen inhaltsleere Rede sei „ein prächtiges Dokument germanischen Geistes vom Jahre 1902 [...], das sicherlich wesentlich dazu beitragen wird, die Polen so tief von der geistigen Ueberlegenheit des deutschen Stammes Bülowscher Haarfarbe zu überzeugen, daß sie freiwillig aufhören, Polen zu sein".[286]

Gegenüber dem Auftreten Bülows erschien die Begründung der polnischen Interpellation durch Jazdzewski zumindest als „taktisch falsch", wie die *Posener Neuesten Nachrichten* zugaben. Obwohl das linksliberale Blatt dessen „ruhigen Ausführungen" weitgehend zustimmte, verwarf es die ausführliche Bezugnahme auf den Wiener Kongress und auf die königlichen Versprechungen als nicht mehr zeitgemäße „olle Kamellen".[287] Hingegen berichtete die vordergründig überparteiliche, tendenziell aber konservative Zeitung *Der Tag* über eine „polnische Brandrede", da Jazdzewski sich in „maßlosen Uebertreibungen" ergangen und „in solchen blinden Eifer" hineingeredet habe, „daß er dem Ordnungsrufe des Präsidenten verfiel".[288] Die Rollenverteilung im Nationalitätenkonflikt machte die *Kreuzzeitung* mit ihrer Charakterisierung der Redner deutlich: Hobrecht und Bülow hätten ruhig und bestimmt gesprochen, während Jazdzewski seine „Angriffe" gegen die Regierung sehr leidenschaftlich vorgetragen habe. Mit Verweis auf die Aussage des Konservativen Ernst von Heydebrand, dass die Polenpolitik als „ein den Deutschen aufgedrungener Vertheidigungskampf" anzusehen sei, entstand das Bild zweier sich feindlich gegenüberstehender Gruppen: auf der einen Seite die preußische Staatsregierung und die Regierungsparteien, deren Vertreter inhaltlich und argumentativ überzeugend seien und sich in einer Verteidigungsposition befänden, auf der anderen Seite die als anklagend, herausfordernd und aggressiv beschriebenen polnischen Abgeordneten.[289]

Allerdings behaupteten Letztere gleichfalls, sich in der Defensive zu befinden und lediglich der staatlichen Angriffe zu erwehren. So bewertete der polnische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Prälat Anton Stychel die Einführung der deutschen Sprache im Religionsunterricht als „*rechtswidriges Attentat auf die nationale Existenz des polnischen Volkes*".[290] Ausführlich beschrieb Leon von Czarlinski die Diskriminierung der preußischen Polen, den Ausschluss von allen öffentlichen Ämtern, die Auflösung von Versammlungen trotz anderslautender Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts

---

[285] Die Poleninterpellationen im Abgeordnetenhause, in: Posener Neueste Nachrichten vom 15.01.1902, Nr. 787 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[286] Polnischer Granit, in: Vorwärts vom 14.01.1902 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[287] Die Poleninterpellationen im Abgeordnetenhause, in: Posener Neueste Nachrichten vom 15.01.1902, Nr. 787. – Das *Berliner Tageblatt* wollte während des geschichtlichen Exkurses Jazdzewskis „wahrnehmbare Zeichen einer steigenden Ungeduld" unter den Abgeordneten entdeckt haben. Die Poleninterpellationen, in: Berliner Tageblatt vom 13.01.1902, Nr. 22.

[288] Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhause, in: Der Tag vom 14.01.1902, Morgenausgabe. Ähnlich MAX LORENZ: Deutsche Polennot, in: Der Tag vom 17.01.1902, illustrierte Zeitung.

[289] Die Polenfrage im Abgeordnetenhause, in: Kreuzzeitung vom 14.01.1902, Nr. 21. Für die Rede Heydebrands PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 13.01.1902, Sp. 106 f.

[290] PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 13.01.1902, Sp. 107-118, Zitat Sp. 108 (Hervorhebung im Original gesperrt).

und die Nichtberücksichtigung bei der staatlichen Ansiedlungspolitik, obwohl sie diese mit ihren Steuerleistungen mitfinanzierten. Das Regierungshandeln brandmarkte er als verfassungswidrig und bekräftigte den Willen der Polen, an ihrer Sprache und Nationalität festzuhalten.[291]

In der öffentlichen Debatte über die „Wreschener Affäre" und die preußische Polenpolitik nahmen polnische Akteure jedoch nur eine randständige Rolle ein. Jenseits der Reden der polnischen Abgeordneten waren sie in der deutschen Öffentlichkeit kaum präsent. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die deutschsprachige Broschüre der polnischen Zeitung *Dziennik Poznański* (Posener Tageblatt) mit den Protokollen der Gerichtsverhandlungen in Gnesen, die dazu dienen sollte, die verzerrte Berichterstattung vieler deutscher Zeitungen zu korrigieren.[292] Die eigentliche Intention bestand jedoch darin, die haltlose Begründung der Anklage vorzuführen und den Eindruck zu unterstreichen, dass es sich um einen politischen Prozess handelte, bei dem ein deutsches Gericht unrechtmäßige und zu harte Urteile gegen die angeklagten Polen verhängte. Zudem verteidigte der oberschlesische polnische Geistliche Aleksander Skowroński in einer als Broschüre veröffentlichten Conventarbeit das Recht der katholischen Kirche, den Inhalt und die Form des Religionsunterrichts festzulegen, sowie das Recht der Eltern, die Kontrolle über die Erziehung und den Schulunterricht auszuüben. Daher sei der Religionsunterricht dem Zugriff des modernen „germanisierende[n] Staatsgott[es]" zu entziehen und müsse in der Muttersprache erteilt werden.[293] Jenseits dieser Beispiele blieben die polnisch- und deutschsprachige Öffentlichkeit voneinander separiert. In deutschen Zeitungen wurde weiter über die preußischen Polen diskutiert, ohne diese als Akteure in die Debatte einzubeziehen. Auch die in der polnischen Öffentlichkeit zu beobachtende Mythisierung des Vorfalls von Wreschen als Akt des Widerstands gegen den Staat, ferner die Heldenverehrung der beteiligten Schüler und der Verurteilten von Gnesen fanden in der deutschen Presse kaum Beachtung.[294]

Im Hinblick auf die Möglichkeit einer deutsch-polnischen Verständigung blieben die Vorstellungen der oppositionellen Parteien des Preußischen Abgeordnetenhauses und der nahestehenden Presse äußerst vage. Zwar brachten sie ihre Kritik an der Polenpolitik mit Nachdruck vor, allerdings beschränkten sie sich meist auf die grundsätzliche Ablehnung der antipolnischen Diskriminierung und auf die allgemeine Forderung nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung der preußischen Polen.[295] So postulierte etwa der Zentrumsabgeordnete Karl Fritzen, „[…] es wird und muß eine Versöhnung zwischen den beiden Nationalitäten [...] stattfinden", ohne jedoch einen gangbaren Weg zu skiz-

---

291 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 4. Sitz., 14.01.1902, Sp. 140-154.

292 Wreschner Schulprozess vor der II. Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Gnesen, Posen 1902.

293 Skowroński, S. 8. – In einer Replik vertrat der deutsche katholische Priester Richard Rassek den gegenteiligen Standpunkt und verteidigte den deutschsprachigen Religionsunterricht energisch. Rassek.

294 Siehe hierzu Lenartowicz.

295 Siehe beispielsweise: Die Poleninterpellationen im Abgeordnetenhause, in: Posener Neueste Nachrichten vom 15.01.1902, Nr. 787; Frankfurt, 16. Januar, in: Frankfurter Zeitung vom 16.01.1902, Abendblatt; Gegen den Strom!, in: Kölnische Volkszeitung vom 12.01.1902, Nr. 32.

zieren.[296] Einen prägnanten Hinweis gab indes der Abgeordnete der Freisinnigen Volkspartei, Julius Kopsch, der anstelle der Assimilierung der polnischen an die deutsche Bevölkerung eine Politik befürwortete, die beide Gruppen „zusammenschweiße".[297] Eine beiderseitige Integration könne beispielsweise durch zweisprachige Lehrer gefördert werden.[298] Noch einen Schritt weiter ging der Architekt und Posener Stadtrat Hugo Kindler, der für alle deutschen und polnischen Schüler in den Ostprovinzen Unterricht in beiden Sprachen verlangte. Seiner Ansicht nach sei dies wirkungsvoller als die praktizierte Unterdrückungspolitik: „Man gewinnt einen fremden Volksstamm jedenfalls viel eher, wenn man vorsichtig und klug ihm gegenübertritt und die berechtigten Wünsche anerkennt."[299]

Zusammenfassend kann für die parlamentarischen Debatten festgehalten werden, dass alle Abgeordneten der deutschen Parteien darin übereinstimmten, dass die preußischen Polen ihren Pflichten gegenüber dem Staat nachzukommen und alle Aspirationen auf die Wiedererrichtung des polnischen Staates aufzugeben hätten. Die Abgeordneten der Polnischen Fraktion zeigten sich grundsätzlich mit diesen Erwartungen einverstanden. Sie beteuerten ihre Loyalität, verlangten im Gegenzug aber die Beseitigung der sprachlichen, nationalen und konfessionellen Diskriminierung und die Gewährung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Für sie bestand kein Widerspruch zwischen preußischer Staatsbürgerschaft und polnischer Nationalität. Die Zentrumspartei, die freisinnigen Parteien und die Sozialdemokratie akzeptierten diesen Standpunkt und schlossen sich den Forderungen der Polen an. Hingegen argwöhnten Konservative und Nationalliberale einen Loyalitätskonflikt, den die Freikonservativen offen thematisierten und infolgedessen „Ausnahmegesetze" gegen die Polen verlangten. Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit bestand für viele deutsche Abgeordnete allerdings kein Gegensatz zwischen der Gleichbehandlung der polnischen Bevölkerung Preußens und der von Bülow entworfenen einseitigen Förderung des „Deutschtums".

Was die öffentliche Debatte über die „Wreschener Affäre" anbetraf, sorgten die Berichterstattung über den Gerichtsprozess in Gnesen und über die Interpellationen in den Parlamenten dafür, dass die „polnische Frage" weit über die Grenzen der Ostprovinzen hinaus rezipiert wurde. Anhand der Schilderung der Zustände in den Volksschulen wurde die Unzulänglichkeit der preußischen Schul- und Sprachenpolitik deutlich, die auf die sprachliche Assimilierung der fremdsprachigen Schulkinder zielte, ohne diese zu erreichen. Zugleich warfen die Prozessberichte ein grelles Licht auf die soziale Situation und den niedrigen Bildungsstand der ländlichen polnischen Bevölkerung, wodurch Vorurteile der kulturellen Rückständigkeit der Ostprovinzen bestätigt wurden. Die Mängel des preußischen Schulsystems, die Unterfinanzierung der Schulen und die

---

296 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 13.01.1902, Sp. 93-101, Zitat Sp. 101.

297 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 4. Sitz., 14.01.1902, Sp. 157-166, hier Sp. 166.

298 Ebenda.

299 PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 5. Sitz., 15.01.1902, Sp. 178-183, Zitat Sp. 179. – Auch der Zentrumsabgeordnete Karl Fritzen hatte den Deutschen der Ostprovinzen empfohlen, die polnische Sprache zu erlernen. PAH, 19. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 13.01.1902, Sp. 96.

geringen Bildungserfolge ließen zudem Zweifel am Status Preußens als „Kulturnation“ laut werden.[300]

Aus der „Wreschener Affäre“ wurden unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen: Den Gegnern der repressiven Polenpolitik war deutlich vor Augen geführt worden, wie die preußische Verwaltung den Nationalitätenkonflikt zunehmend in die Schule verlagerte, um die sprachliche Assimilierung der Polen zu erzwingen. Doch trotz der scharfen grundsätzlichen Verurteilungen der preußischen Polenpolitik in der sozialdemokratischen, freisinnigen und Zentrumspresse blieben die Entwürfe für eine alternative Minderheitenpolitik meist vage und unbestimmt. Aus polnischer Sicht waren die unteren Bevölkerungsschichten als handelnde Akteure im Nationalitätenkonflikt hervorgetreten; die gezüchtigten Schüler und die in Gnesen Verurteilten wurden zu Symbolfiguren des Widerstands gegen die Germanisierungspolitik erhoben. Für die Befürworter der repressiven Polenpolitik schließlich hatten der Vorfall in Wreschen und vor allem die ausländischen Proteste nach dem Gnesener Prozess die Solidarität der Polen in allen Teilungsgebieten und damit die „polnische Gefahr“ für den preußischen Staat augenfällig belegt. Aus unterschiedlichen Perspektiven wurde die „Wreschener Affäre“ somit zum wichtigen Referenzpunkt in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ und sollte in den Jahren 1906/07 als paradigmatisch für die Deutung des polnischen Schulstreiks gelten.

2.2 Der polnische Schulstreik: Berechtigter Widerstand oder Bedrohungsszenario?

Infolge der „Wreschener Affäre“ zeigten sich die preußischen Behörden zurückhaltend und verzichteten vorerst auf die weitere Einführung der deutschen Sprache im Religionsunterricht an den Volksschulen. Somit kam es zunächst nicht zu weiteren aufsehenerregenden Zusammenstößen zwischen den Polen und der preußischen Staatsmacht. Beispielgebend wirkte erst der erfolgreiche Widerstand der polnischen Bevölkerung in Kongresspolen gegen den russischsprachigen katholischen Religionsunterricht während der Revolution des Jahres 1905, der schließlich zu Zugeständnissen im Gebrauch der Muttersprache führte.[301]

Als im April 1906 an über 200 Volksschulen in der Provinz Posen der deutschsprachige Religionsunterricht eingeführt wurde, entwickelte sich im Herbst des Jahres ein umfassender „Schulstreik“. Dem Vorbild Wreschen von 1901 folgend, verweigerten zahlreiche polnische Schüler im Religionsunterricht Antworten in deutscher Sprache. Die Bewegung nahm ab Oktober 1906 rapide zu, breitete sich über die Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien aus und erreichte mit rund 93 000 beteiligten Schülern im November ihren Höhepunkt. Danach flaute sie zusehends ab und war im Mai 1907 weitgehend beendet.[302] Die Gründe für die Entstehung und rasante Entwicklung dieser Bewegung lagen in der Unterstützung der polnischen Nationaldemokratie und

---

300 Zu den preußischen Volksschulen und zum Analphabetismus in den Ostprovinzen GLÜCK, S. 241-260.

301 KULCZYCKI, School Strikes, S. 89-108; KORTH, S. 121-125.

302 KULCZYCKI, School Strikes, S. 111 f. Ausführlich zum Verlauf des Schulstreiks: ebenda, S. 108-207; KORTH, S. 116-160; RIMMELE, S. 121-127; GENTZEN, Schulstreik; GOMOLEC.

der katholischen Geistlichkeit. Diese riefen die polnische Bevölkerung auf zahlreichen Demonstrationen und Versammlungen, in der polnischen Presse und in Flugblättern dazu auf, ihre Kinder an dem Schulstreik zu beteiligen. Das Ziel der Bewegung war die Wiedereinführung der polnischen Sprache im Religionsunterricht. Da die preußische Staatsregierung einen Autoritätsverlust im Falle des Nachgebens fürchtete, drohte sie streikenden Schülern und deren Eltern materielle Strafen und persönliche oder berufliche Nachteile an und setzte diese auch durch.[303]

Der Schulstreik war ein zentrales Thema in der polnischen Öffentlichkeit in der Provinz Posen und wurde auf Versammlungen, in der Presse sowie in Predigten und auf kirchlichen Veranstaltungen thematisiert.[304] Im September 1906 mehrten sich auch in der deutschsprachigen Posener Presse und schließlich in überregionalen Zeitungen die Berichte über die Aufrufe zur Wahrung der polnischen Sprache und über die zunehmende Weigerung polnischer Schüler, im Religionsunterricht in deutscher Sprache zu antworten.[305] Nach einer intensiven Erörterung des Schulstreiks im Oktober 1906, die mit der Verlesung des Hirtenbriefs des Erzbischofs Florian von Stablewski zusammenhing, ließ das Interesse jedoch schnell wieder nach. Andere Themen wie die Entwendung der Stadtkasse Köpenicks durch einen falschen Hauptmann im Oktober 1906, die Kolonialdebatten im Herbst und die Auflösung des Reichstags im Dezember 1906 nahmen die Aufmerksamkeit der deutschen Presse in Anspruch. In der Folge wurde der Schulstreik nur noch anlässlich von Parlamentsdebatten oder des Todes Stablewskis auf den Titelseiten überregionaler Zeitungen erörtert[306], während der Streikverlauf und die Gegenmaßnahmen der preußischen Schulverwaltung meist nur im Nachrichtenteil vermeldet wurden.[307]

Den entscheidenden Impuls erhielt die Streikbewegung durch den Hirtenbrief des Erzbischofs von Gnesen und Posen, der am 14. Oktober 1906 von den Kanzeln der katholischen Kirchen der Erzdiözese verlesen wurde. Darin stellte Stablewski fest, dass „die Kenntnisse in der Religion und das sittliche Gefühl in der jüngeren Generation im

---

303 Kulczycki, School Strikes, S. 184-193. Für Westpreußen Spittler, S. 115-121.

304 Glück, S. 310.

305 Siehe beispielsweise: Der Kampf der Polen gegen den deutschen Religionsunterricht, in: Posener Tageblatt vom 07.09.1906, Nr. 418; Der Religionsunterricht in unseren Volksschulen, in: Posener Tageblatt vom 20.09.1906, Nr. 440; Zum Religionsstreik in Posen, in: Germania vom 25.09.1906, Nr. 220, zweites Blatt; Der polnische „Schulstreik“, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 02.10.1906, Nr. 502.

306 Exemplarisch für die ausführlichen Nachrufe auf Stablewski in der deutschen Presse: v. L.: Erzbischof Dr. Florian v. Stablewski †, in: Kreuzzeitung vom 27.11.1906, Nr. 554; Zum Tode des Erzbischofs v. Stablewski, in: Frankfurter Zeitung vom 27.11.1906, drittes Morgenblatt; Zum Hinscheiden des Erzbischofs von Posen, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.11.1906, Nr. 1016.

307 Eine Ausnahme bildete das *Posener Tageblatt*, das ab Mitte Oktober 1906 in zahlreichen Leitartikeln über den Schulstreik ein dramatisches Bild der Situation in der Provinz Posen zeichnete. Siehe beispielsweise: Vom polnischen „Kriegsschauplatze“, in: Posener Tageblatt vom 11.11.1906, Nr. 530; Von unserem „Kriegsschauplatze“, in: Posener Tageblatt vom 18.11.1906, Nr. 542.

Rückschritt begriffen“ seien.[308] Dies stehe im Zusammenhang mit der Beseitigung der Muttersprache aus dem Religionsunterricht, worin er einen „Grundsatz der christlichen Kirche“ verletzt sah.[309] Ein direkter Appell zum Schulstreik ist in dem Hirtenbrief nicht enthalten, lediglich die Aufforderung an die Eltern, sich noch sorgfältiger um die Erziehung der Kinder zu bemühen und den staatlichen Religionsunterricht notfalls durch häusliche Unterweisungen zu ergänzen. Die Bedeutung lag vielmehr darin, dass der Hirtenbrief sowohl als Befürwortung wie auch als Versuch zur Abschwächung des sich ausbreitenden Schulstreiks interpretiert werden konnte. Der im Anschluss von der Kanzel verlesene Aufruf an die Eltern, „dafür zu sorgen, daß unsere Kinder die Religion in polnischer Sprache lernen“, dürfte stärker handlungsleitend gewesen sein.[310]

Der Hirtenbrief sorgte in der deutschen Presse für großes Aufsehen. Konservative, nationalliberale und linksliberale Blätter bezichtigten Stablewski, unter dem Deckmantel der religiösen Erziehung den offenen Widerstand in der Schule zu propagieren. So habe er den Eindruck erweckt, als sei die polnische katholische Bevölkerung einer „wahren Religionsverfolgung“ ausgesetzt, kritisierte die konservative *Kreuzzeitung*. Nicht die Sprachenverordnung der Schulbehörde sei bedenklich, sondern die systematische Ausnutzung durch die „polnische Agitation“ und die entschiedene Parteinahme des Erzbischofs gegen den preußischen Staat.[311] Auch die offiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* interpretierte den Hirtenbrief als bedeutenden Anstoß für die Streikbewegung, die sich nun darauf berufen könne, dass die Kirche den Schulstreik billige.[312]

Überdies widerspreche Stablewskis Hirtenbrief seinem Treueeid gegenüber dem König von Preußen, zumal der Primas von Polen sich auch auf Kongresspolen bezogen und damit das Bewusstsein einer Zusammengehörigkeit der polnischen Teilungsgebiete ausgedrückt habe, bemerkte das linksliberale *Berliner Tageblatt*.[313] Allerdings sei es aufgrund des allgemein gehaltenen Hirtenbriefes nicht möglich, ihn deswegen zu belangen, bedauerte Paul von Hoensbroech, ein ehemaliger Jesuit und nach seiner Konversion zum Protestantismus ein scharfer Kritiker der katholischen Kirche.[314] Schließlich erinnerten die bürgerlich-liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten* daran, dass die preußische Staatsregierung mit „eingesperrten Erzbischöfen“ keine guten Erfahrungen gemacht habe und warnten vor einem neuen Kulturkampf.[315] Zu sehr fühlte sich die konservative und liberale Presse an den polnischen Erzbischof Mieczysław Halka

---

[308] Hirtenbrief des Erzbischofs v. Stablewski vom 08.10.1906, abgedruckt bei Korth, S. 161 f., Zitat S. 161.

[309] Ebenda.

[310] Korth, S. 132. Siehe auch Gentzen, Schulstreik, S. 182 f.; Kulczycki, School Strikes, S. 122 f. und 127.

[311] Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 21.10.1906, Nr. 494. Siehe auch: Ein „Hirtenschreiben“, in: Tägliche Rundschau vom 16.10.1906, BArch R 8034/II, Nr. 5332, Bl. 16; Eine Warnung, in: Posener Tageblatt vom 30.10.1906, Nr. 508; Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 23.12.1906, Nr. 600.

[312] Politischer Tagesbericht, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 02.11.1906.

[313] Der Posener Erzbischof und die preußische Staatsregierung, in: Berliner Tageblatt vom 16.10.1906, Nr. 527.

[314] von Hoensbroech: Stablewskis Bischofseid, in: Berliner Tageblatt vom 02.11.1906, Nr. 558.

[315] Die Polenfrage, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 22.10.1906, Nr. 494.

Ledóchowski erinnert, der in den 1870er Jahren wegen seines Widerstandes gegen den sogenannten Kanzelparagrafen inhaftiert worden war, was ihm unter polnischen und deutschen Katholiken den Ruf eines Märtyrers verschafft hatte.[316]

Für die Zentrumspresse war der „*Sonder-Kulturkampf*“ des Staates gegen die polnischen Katholiken jedoch bereits in vollem Gange.[317] Energisch verteidigte sie Stablewski gegen den Vorwurf, er habe die polnische Bevölkerung gegen den Staat aufgewiegelt und seinen Bischofseid verletzt, denn das Eintreten für die Muttersprache im Religionsunterricht stehe im Einklang mit den universalen Gesetzen der katholischen Kirche. Dabei verwies die *Germania* auf den vormaligen deutschen Erzbischof von Gnesen und Posen, Julius Dinder, der sich im Jahr 1889 gegenüber polnischen Eltern für den muttersprachlichen Religionsunterricht ausgesprochen habe.[318] Weiter suchten die Zentrumsblätter die Aufregung der deutschen Presse über den Hirtenbrief zu dämpfen und deren Fehldeutungen zu widerlegen. Der *Germania* zufolge rekurriere der Ausdruck „bei uns in Luck und Wilna“, der sich auf Kongresspolen bezogen und Stablewski den Vorwurf des Landesverrats und polnischer Einheitsbestrebungen eingebracht hatte, allein auf die polnische Sprachgemeinschaft und sei daher völlig harmlos.[319] Die *Kölnische Volkszeitung* zeigte sich verärgert über die Kritik linksliberaler Blätter an der katholischen Kirche und an Stablewski, die nur wenig von der einst hochgehaltenen liberalen Religions- und Meinungsfreiheit erkennen lasse.[320]

Die Frage nach dem Ursprung des Schulstreiks beschäftigte die deutsche Presse außerordentlich, da mit der Benennung der Verantwortlichen etwaige Bestrafungen begründet werden konnten. Vor allem die deutschen Rechten gaben dem polnischen katholischen Klerus und der polnischen Nationalbewegung die Schuld an der Entstehung und Ausbreitung des Schulstreiks.[321] Dieser sei von „geheimen Leitern“ initiiert worden, die im Verborgenen an der Schwächung des preußischen Staates zugunsten der Errichtung eines katholisch geprägten polnischen Nationalstaates arbeiteten, mutmaßte der Historiker Otto Hoetzsch auf dem vom Ostmarkenverein organisierten „Deutschen Tag“ in Posen im Januar 1907.[322] Die geheime Verschwörung müsse aufgedeckt und

---

316 Wandycz, Lands, S. 234.

317 Der Kampf um die Muttersprache im Religionsunterricht der polnischen Kinder, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.10.1906, Nr. 887 (Hervorhebung im Original gesperrt). Siehe auch: Kollernde Hakatisten, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.10.1906, Nr. 889.

318 Erzbischof Dinder und der Religionsunterricht in den Schulen Posens, in: Germania vom 17.10.1906, erstes Blatt; Erzbischof von Stablewski und Erzbischof Dinder, in: Germania vom 23.10.1906, zweites Blatt.

319 Zum polnischen Religionsstreit, in: Germania vom 18.10.1906, erstes Blatt. Siehe auch: Zum polnischen Schulstreit, in: Germania vom 19.10.1906, erstes Blatt.

320 Eine ebenso unehrliche wie unkluge Hetze, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.10.1906, Nr. 895. Ähnlich: Es war einmal ...!, in: Vorwärts vom 18.10.1906.

321 Exemplarisch Rassmann, S. 18.

322 Otto Hoetzsch: Der Schulstreik in Posen – eine polnisch-nationale und -politische Bewegung. Rede auf dem deutschen Tage zu Posen am 6. Januar [1907], in: Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart 11 (1906/07), 5, S. 599-611, hier S. 600. Siehe auch: Zu einer machtvollen Kundgebung des ostmärkischen Deutschtums, in: Die Ostmark 12 (1907), 2, S. 10 f. Exemplarisch für die Rezeption in der deutschen Presse: Protestver-

ins „Licht der Wahrheit“ gezerrt werden, sekundierte der Alldeutsche R. Meißner.[323] Um die Urheberschaft der katholischen Geistlichkeit zu illustrieren, beschworen einige Zeitungen Parallelen zum mittelalterlichen „Kinderkreuzzug“, der für die beteiligten Kinder verheerend geendet hatte.[324] Mit der historischen Analogie unterstrichen sie zudem, dass es sich bei der Bewegung um einen Angriff auf den preußischen Staat handle, während die Bezeichnung „Schulstreik“ defensiv konnotiert war.

Vertreter der evangelisch-unierten Kirche meldeten sich nur selten in der überregionalen deutschen Öffentlichkeit zu Wort. Ein einzelnes Beispiel war der Bromberger Pastor Julius Aßmann, der in seiner Broschüre das Zusammenwirken von polnischem Nationalismus und katholischem Ultramontanismus für den Schulstreik verantwortlich machte.[325] Aßmann steht exemplarisch für viele örtliche evangelische Pastoren in den Ostprovinzen, die von konservativ-staatstreuer Haltung waren und der „Förderung des Deutschtums“ grundsätzlich positiv gegenüberstanden, zumal sie von den Ostmarkenzulagen profitierten.[326] Zwar sahen sie sich als Vertreter deutscher Interessen in der national gemischten Provinz und förderten die allmähliche „Eindeutschung“ der Polen evangelischen Glaubens, lehnten aber die zwangsweise Germanisierung ab. Ein zentrales Argument war, dass die Heilige Schrift den Gebrauch der jeweiligen Muttersprache gebiete.[327] Eine extreme Ausnahme waren hingegen die Beiträge des Pastors Josef Rosenberg, der erst wenige Jahre zuvor aus Kongresspolen in die Provinz Posen gekommen war und sich durch seinen Hass gegen alles Katholische und Polnische auszeichnete.[328]

Hingegen identifizierten liberale und sozialdemokratische Blätter die preußische Schulpolitik als Ursache für die Streikbewegung. Die bürgerlich-liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten* machten ausdrücklich „*den zwangsweisen Unterricht in deutscher Sprache*“, der den Polen wie ein Kampf gegen ihre Muttersprache erscheinen musste, für den Schulstreik verantwortlich.[329] Drastische Worte fand der sozialdemo-

sammlung gegen den polnischen Schulkinderstreik, in: Vossische Zeitung vom 07.01.1907, Nr. 10.

323 Meissner, S. 7. – Siehe auch: Die Wahrheit über den polnischen Schülerstreik [Flugblatt des Deutschen Ostmarkenvereins], Berlin [1906]. Das Flugblatt wurde in einer Auflage von über einer Million Exemplaren gedruckt und 135 deutschen Zeitungen beigelegt, um breite Kreise der Bevölkerung zu erreichen. Der polnische Schülerstreik, in: Die Ostmark 12 (1907), 2, S. 12; Oldenburg, S. 116.

324 Der Kinderkreuzzug unter dem Segen des Erzbischofs v. Stablewski, in: Deutsche Zeitung vom 17.10.1906, BArch R 8034/II, Nr. 5332, Bl. 21 f.; Der polnische Kinderkreuzzug, in: Vossische Zeitung vom 25.10.1906, Nr. 500; Der Kinderkreuzzug, in: Der Tag vom 04.11.1906, BArch R 8034/II, Nr. 5332, Bl. 68 f.; Der polnische „Kinderkreuzzug“, in: Die Ostmark 11 (1906), 11, S. 109 ff.

325 Assmann, S. 6 ff.

326 Rogall, S. 172-179.

327 Ebenda, S. 196 f. und 206.

328 Rosenberg, Endlich gelöst; ders., Klerus. Vgl. Rogall, S. 227 ff.

329 Der polnische Religionsunterricht, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 16.10.1906, Nr. 483 (Hervorhebung im Original gesperrt). Siehe auch: Der Kleinkinderkrieg, in: Posener Neueste Nachrichten vom 21.10.1906, Nr. 2245.

kratische *Vorwärts*, der die „brutalen Germanisationsmaßregeln“[330] anprangerte und den „fanatische[n] Widerstand“ der preußischen Polen als logische Konsequenz dieser Politik ansah.[331] Das polnische Herrenhausmitglied Joseph von Koscielski bestätigte in einem Interview mit dem *Berliner Tageblatt* diese Auffassung und verurteilte die in den 1870er Jahren begonnene Durchsetzung der deutschen Unterrichtssprache an den preußischen Schulen.[332] In einem weiteren Interview verwies er auf das Beispiel des erfolgreichen Schulstreiks in Kongresspolen im Jahr 1905 gegen die repressive Schulpolitik Russlands. Analog dazu sei die Weigerung der polnischen Schüler in Preußen, im Religionsunterricht in deutscher Sprache zu antworten, eine vollkommen legitime Widerstandshandlung gegen die Unterdrückung der polnischen Nationalität.[333]

Das zweite Interview war im Rahmen einer Artikelreihe der linksliberalen *Frankfurter Zeitung* erschienen, die im Dezember 1906 den Journalisten Hugo Ganz als „Spezialberichterstatter“ in die Provinz Posen entsandt hatte. Dieser befragte bedeutende Vertreter der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen und ergänzte deren Ausführungen mit eigenen Beobachtungen und Bewertungen.[334] Im Resümee der Artikelreihe griff er die widersprüchlichen Äußerungen über die Entstehung des Schulstreiks auf und versuchte sich an einem ausgewogenen Fazit, indem er die Einführung der deutschen Sprache im Religionsunterricht als provozierenden Auslöser beschrieb, für die schnelle Ausbreitung aber die Polen und den katholischen Klerus verantwortlich machte. Gleichwohl konnte auch Hugo Ganz sich nicht von den kursierenden Mutmaßungen einer verborgenen Verschwörung freimachen. So äußerte er den Verdacht, dass auf polnischer Seite unbekannte Agitatoren oder ein „geheimes Zentrum“ die Streikbewegung vorangetrieben hätten. Als Begründung bediente er sich eines gängigen antipolnischen Vorurteils, das er den Lesern offenbar nicht weiter erläutern musste: „Aber sicher ist, daß den Polen das Konspirieren noch von Alters her im Blute liegt [...]“.[335]

Jenseits der Vermutungen über den Ursprung des Schulstreiks stieß die Frage, ob und wie die beteiligten Schüler zu bestrafen seien, auf großes Interesse in der deutschen Öffentlichkeit. In einem Leitartikel legte die offiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* dar, dass die preußische Schulbehörde widerständige Schüler mit Nachsitzen oder Nichtentlassung aus der Schule bestrafen und deren Eltern mit Schulversäumnis-

---

[330] Auch ein Erfolg des Hakatismus, in: Vorwärts vom 17.10.1906.

[331] Polnische Wirtschaft, in: Vorwärts vom 03.11.1906.

[332] Herr v. Koscielski über die Polenfrage, in: Berliner Tageblatt vom 02.11.1906, Nr. 559.

[333] [Hugo Ganz:] Die polnische Krise. Eine Enquete. V. Der polnische Standpunkt, in: Frankfurter Zeitung vom 27.01.1907, erstes Morgenblatt. – Ebenso verwiesen die polnischen Abgeordneten in den parlamentarischen Debatten darauf, dass erst die Einführung des deutschsprachigen Religionsunterrichts den Widerstand der polnischen Schüler provoziert habe. RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4161 (Ludwig von Jazdzewski); PAH, 20. Leg., III. Sess., Bd. 2, 34. Sitz., 15.03.1907, Sp. 2543 ff. (Ludwig Mizerski).

[334] Die siebenteilige Artikelreihe von Hugo Ganz erschien unter dem Titel „Der polnische Schulstreik“ bzw. „Die polnische Krise“ von Dezember 1906 bis März 1907 in der *Frankfurter Zeitung* sowie als Broschüre: Ganz.

[335] [Hugo Ganz:] Die polnische Krise. Eine Enquete. VII. Schlußwort, in: Frankfurter Zeitung vom 03.03.1907, sechstes Morgenblatt.

strafen belegen wolle. Dadurch sollte eine „Beruhigung der durch maßlose Verhetzung erregten Gemüter" erreicht werden.[336] Während das Zentrumsblatt *Germania* dies als Ausdruck von Ratlosigkeit auffasste[337], begrüßten konservative und nationalliberale Blätter die Haltung der Staatsregierung.[338] Die rechtsnationale *Deutsche Zeitung* verlangte sogar, mit allen gesetzlichen Mitteln rücksichtslos durchzugreifen und notfalls Gefängnis- und Festungshaft zu verhängen.[339] Allerdings erschienen drakonische Strafen mit Blick auf die „Wreschener Affäre" im Jahr 1901 wenig ratsam, wie ein namentlich nicht genannter hoher preußischer Beamter der Provinz Posen gegenüber Hugo Ganz äußerte.[340]

Einen konkreten Vorschlag machte Anfang November 1906 ein Leserbriefschreiber in der freikonservativen *Post*, der die staatliche Fürsorgeerziehung für streikende Schüler nach Paragraf 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches empfahl. Demnach könne der Staat den Eltern das Erziehungsrecht entziehen, wenn diese ihr Sorgerecht missbrauchten und das geistige Wohl des Kindes gefährdeten.[341] Bereits zwei Wochen später wurde die Überweisung einer streikenden Schülerin in Fürsorgeerziehung durch das Amtsgericht Zabrze in Oberschlesien bekannt[342], die zum Ausgangspunkt einer polnischen Interpellation im Reichstag werden sollte.

Am 5. Dezember 1906 stellte die Polnische Reichstagsfraktion die Strafmaßnahmen gegen streikende Schüler und deren Familien zur Debatte, womit sie zugleich die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung durch den preußischen Staat öffentlichkeitswirksam anprangerte und sich der Unterstützung der oppositionellen Parteien zu versichern suchte. Der Begründung Ludwig von Jazdzewskis folgend widerspreche die Fürsorgeerziehung nicht nur dem Bürgerlichen Gesetzbuch und der reichsgesetzlich verankerten Religionsfreiheit, sondern auch dem „Naturrecht" auf Bewahrung der Nationalität und der Muttersprache.[343] Die Zentrumspartei, die freisinnigen Parteien, die Sozialdemokratie sowie die elsass-lothringischen und dänischen Abgeordneten

---

336 Politischer Tagesbericht, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 02.11.1906. – Für eine Erörterung der möglichen Zwangsmittel siehe auch Dirksen: Der Religionsunterricht und die Machtmittel des Staates im polnischen Schulkinderstreik, in: Preußisches Volksschularchiv 6 (1907), S. 1-17.

337 Ueber den Schulstreik in der Provinz Posen, in: Germania vom 03.11.1906, erstes Blatt. Siehe auch: In Sachen des Posener Schulstreiks, in: Germania vom 30.10.1906, zweites Blatt.

338 Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 04.11.1906, Nr. 518; Die politische Bedeutung der polnischen Frage, in: Hamburgischer Correspondent vom 16.11.1906, BArch R 8034/II, Nr. 5332, Bl. 91.

339 Wo bleibt die ‚harte Hand'?, in: Deutsche Zeitung vom 06.11.1906, GStA I. HA, Rep. 77, Tit. 863b, Nr. 1, Bl. 209 f.

340 [Hugo Ganz:] Der polnische Schulstreik. Eine Enquete. I. Der gouvernementale Standpunkt, in: Frankfurter Zeitung vom 21.12.1906, viertes Morgenblatt.

341 Schulrebellen und Zwangserziehung, in: Die Post vom 01.11.1906, Nr. 513.

342 Die neue Phase im polnischen Schulstreik, in: Berliner Tageblatt vom 17.11.1906, Nr. 587. – Für scharfe Kritik an der Fürsorgeerziehung: Germanisationsjustiz, in: Vorwärts vom 21.11.1906; Res Polonicae, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.11.1906, Nr. 990.

343 RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4158-4167, Zitat S. 4158.

schlossen sich der Kritik an.[344] Dabei fand namentlich der Sozialdemokrat August Bebel lobende Worte für den Schulstreik: „Meine Herren, ich erkläre Ihnen offen, ich habe den polnischen Schulkinderboykott geradezu bewundert. Das ist eine großartige Agitation."[345] Nachdrücklich sprach er sich für den muttersprachlichen Religionsunterricht aus. Als Beispiele dafür, dass die Loyalität zum Staat unabhängig von der Muttersprache sei, führte er die lange Zugehörigkeit der deutschsprachigen Elsässer und Lothringer zu Frankreich und das Zusammenleben verschiedener Sprachgruppen in der Schweiz an.[346] Hingegen lehnten die Regierungsvertreter, die konservativen und nationalliberalen Parteien die Besprechung der Interpellation wegen der fehlenden Zuständigkeit des Reichstags vollständig ab.[347]

Die Interpellation wurde in der deutschen Presse nur wenig beachtet. Zwar wurden die Reden im Wortlaut oder in Zusammenfassungen abgedruckt, aber nur spärlich kommentiert.[348] Auch die „Polendebatte" anlässlich der Etatberatung des Kultusministeriums im Preußischen Abgeordnetenhaus am 14. und 15. März 1907 sowie die Interpellation der Polnischen Fraktion im Reichstag am 19. März 1907 verliefen ergebnislos und weitgehend jenseits der Aufmerksamkeit der deutschen Presse.[349] Bemerkenswert ist jedoch, dass die polnischen Abgeordneten Anton Stychel und Wladislaus Seyda in den parlamentarischen Debatten ausführlich aus Hugo Ganz' Artikelreihe „Die polnische Krise" in der *Frankfurter Zeitung* zitierten, um ihre Kritik an der antipolnischen Diskriminierung der preußischen Staatsregierung zu unterstreichen.[350] Mit der Verwendung von Zeitungsartikeln als Referenz und Argumentationshilfe für ihre Reden zeigten die Abgeordneten, dass die Presse nicht nur politische Botschaften verarbeitete und vermittelte, sondern auch die politische Kommunikation in den Parlamenten beeinflusste.

---

[344] Der dänische Abgeordnete Hans Peter Hanssen berichtete über ähnliche Fälle der Fürsorgeerziehung dänischer Kinder aus Schleswig, wodurch die Schulbehörde das Erlernen der dänischen Sprache habe verhindern wollen. RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4191 f.

[345] RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4173-4179, Zitat S. 4176.

[346] Ebenda.

[347] RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4169-4173.

[348] Für eine knappe Kommentierung siehe: Reichstag, in: Vossische Zeitung vom 06.12.1906, Nr. 570; Der polnische Schulstreik vor dem Reichstage, in: Berliner Tageblatt vom 06.12.1906, Nr. 619; Preußische „Fürsorgeerziehung", in: Vorwärts vom 06.12.1906; Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 09.12.1906, Nr. 576. – Nur vereinzelt berichteten Zeitungen über den Fortgang der Fürsorgeerziehung streikender Schüler, die im Juli 1907 durch das Kammergericht in Berlin untersagt wurde: Schulstreik und elterliche Gewalt, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.07.1907, Nr. 612.

[349] Der Ostmarkenverein hielt die Debatte jedoch für derart bedeutend, dass er die Reden des Kultusministers Studt, der konservativen sowie der nationalliberalen Abgeordneten im Wortlaut in einer Broschüre veröffentlichte, während die Reden der Opposition nur knapp zusammengefasst waren: Deutscher Ostmarkenverein (Hrsg.): Der polnische Schulkinderstreik vor dem Abgeordnetenhause am 14. und 15. März 1907, Berlin 1907.

[350] PAH, 20. Leg., III. Sess., Bd. 2, 33. Sitz., 14.03.1907, Sp. 2444 ff. (Stychel); RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 227, 22. Sitz., 19.03.1907, S. 621 (Seyda).

Jenseits des Schulstreiks stieß die Beschaffenheit des Religionsunterrichts an den preußischen Volksschulen auf besonderes Interesse in der Presse. In zahlreichen Zeitungsartikeln erläuterten Befürworter wie Gegner der deutschen Unterrichtssprache ihre Auffassungen anhand von Beispielen aus der Schulpraxis. Stellvertretend für die deutschen Rechten beschrieb der oberschlesische Kreisschulinspektor und freikonservative Abgeordnete Emil Rzesnitzek, wie polnische Schüler in deutscher Sprache mithilfe der eigenen Erfahrungswelt in die Religion eingeführt würden, weshalb religiös-abstrakte Begriffe in polnischer Sprache ihnen nicht mehr geläufig seien. Insofern sei die preußische Schulpolitik durchaus erfolgreich, werde aber von der polnischen Geistlichkeit hintertrieben.[351] Solche Ausführungen schlossen an eine unter deutschen Pädagogen geführte Debatte an, welche Schulform und Unterrichtsmethode bei fremdsprachigen Schülern die größten Lernerfolge in deutscher Sprache erzielten.[352] Unabhängig von pädagogischen Erwägungen stand für die deutschen Rechten jedoch fest, dass der Sprachwechsel polnischer Schüler notfalls durch repressive Maßnahmen zu erzwingen sei.[353]

Die Zentrumsblätter vertraten die gegenteilige Auffassung und unterstützten die polnische Forderung nach muttersprachlichem Religionsunterricht. Ausführlich paraphrasierte die *Kölnische Volkszeitung* eine Rede Anton Stychels auf einer Versammlung in Posen. Um das mangelhafte Verständnis der deutschen Sprache bei polnischen Schülern zu belegen, hatte dieser den Ablauf einer deutschsprachigen Religionsstunde illustriert, wobei zahlreiche Missverständnisse ein produktives Lernen unmöglich machten.[354] Ferner zitierte die *Germania* aus einem Lehrbeispiel für polnische Schüler, wonach diese einfache deutsche Sätze mehrmals wörtlich wiederholten, ohne deren Sinn zu begreifen. Zwar beanspruche die biblische Erzählung von Kain und Abel mit dieser Methode mehrere Schulstunden, trotzdem würden die Schüler aufgrund der „Zerstückelung und Zerreißung des Stoffes“ weder den Inhalt verstehen noch ein religiöses Empfinden dafür entwickeln.[355]

Allerdings ging es dem katholischen Zentrum und den polnischen Abgeordneten weniger um pädagogisch erfolgreiche Unterrichtsmethoden, vielmehr erachteten sie

---

351 E. Rzesnitzek: Zur Schulpolitik in den Ostmarken, in: Der Tag vom 05.12.1906, illustrierte Zeitung. Siehe auch G. Menzel: Warum ist die deutsche Sprache für den Religionsunterricht polnischer Kinder nötig?, in: Der Tag vom 20.10.1906, illustrierte Zeitung. – Rzesnitzek wiederholte seine Ausführungen im Preußischen Abgeordnetenhaus. PAH, 20. Leg., III. Sess., Bd. 2, 34. Sitz., 15.03.1907, Sp. 2546-2553, hier Sp. 2553.

352 Dabei wurde generell vorausgesetzt, dass die polnischen Schüler die deutsche Sprache zu erlernen hätten. Siehe beispielsweise Joseph Lichte: Welche Aufgaben erwachsen unserer Schule aus dem Vorhandensein fremdsprachiger Kinder?, in: Erziehung und Unterricht 8 (1901), 21, S. 191-194; Lange, Volksschulwesen; ders., Volksschule; ders., Simultanschule; Schwarz, Schuljahr; ders., Nur nicht rückwärts.

353 Cordel, S. 8, 15 und 26-31; Rassmann, S. 18; Die Wahrheit über den polnischen Schülerstreik [Flugblatt des Ostmarkenvereins], Berlin [1906].

354 Vom Kampfplatze des polnischen Schulstreikes, in: Kölnische Volkszeitung vom 31.12.1906, Nr. 1117.

355 Die „eigenartige“ Pädagogik beim Religionsunterricht in utraquistischen Schulen, in: Germania vom 07.12.1906, zweites Blatt.

die Verdrängung der Muttersprache aus dem Religionsunterricht als tiefen Eingriff in die Religion.[356] Denn der Religionsunterricht bildete eine wichtige Sozialisationsinstanz, um die Kinder zu guten Katholiken zu erziehen. Für die Polen kam hinzu, dass die religiöse Erziehung bislang in polnischer Sprache erfolgt war, weshalb Religion und Sprache als untrennbar verbunden galten. Somit konnte die Beseitigung der Muttersprache als Angriff auf die Religion interpretiert und der Widerstand in Form des Schulstreiks als unerlässlich zum Schutz des katholischen Glaubens legitimiert werden.[357] Überdies fassten die Zentrumsblätter die Einführung des deutschsprachigen Religionsunterrichts als Versuch auf, polnische katholische Schüler über einen Sprachwechsel zu protestantisieren.[358] Dabei verwiesen sie auf den Kulturkampf der 1870er Jahre, der als paradigmatisch für den staatlichen Kampf gegen unliebsame religiöse oder nationale Minderheiten hingestellt wurde.[359]

Schützenhilfe erhielt das Zentrum aus verschiedenen Richtungen. Der Philosoph und Pädagoge Friedrich Wilhelm Foerster verband seine Kritik an der preußischen Sprachenpolitik mit seiner fundamentalen Nationalismuskritik und verwies nachdrücklich auf den unüberbrückbaren Widerspruch zu der Auffassung, dass der christliche Glaube die „zuverlässige Grundlage des Gewissens" und damit das Fundament der staatlichen Ordnung darstelle. Indem die Staatsregierung nach kurzfristigen und äußerlichen Erfolgen in der Vereinheitlichung der Schulsprache strebe, untergrabe sie die Vermittlung des Glaubens. Denn in einer fremden Sprache würden die Kinder religiöse Inhalte nur über den Verstand erlernen, nicht aber unmittelbar über das Gemüt erfahren. Daher fiel das Fazit Foersters eindeutig aus: „Die Religionspädagogik also muß diese Art der Germanisierung als religionszerstörend bezeichnen, und darum muß sie auch durch jeden echten Konservativen als staatsfeindlich und als antinational gebrandmarkt werden."[360]

In der evangelisch-theologischen Zeitschrift *Die christliche Welt* spitzte Foerster seine Kritik an der preußischen Polenpolitik weiter zu und plädierte für die Aneignung der polnischen Kultur durch Deutschland. Nur in der Verschmelzung der deutschen und polnischen Kulturen werde in den Ostprovinzen die geeignete Grundlage für die beiderseitige Integration der Bevölkerungsteile geschaffen. Als wichtige Grundsätze benannte er den Respekt gegenüber den religiösen Bedürfnissen, die Ehrung der geistigen Kulturgüter und die Schonung der historischen Tradition der Polen. „Die beste Polenpolitik wäre es gewesen, wenn wir in Posen ein polnisches Nationalmuseum und eine polnische Nationalbibliothek eröffnet hätten", zeigte er eine Alternative zur

---

356 RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4161 (Jazdzewski).

357 Glück, S. 307 ff.

358 Hakatistische Götterdämmerung, in: Kölnische Volkszeitung vom 04.12.1906, Nr. 1037; Vom Kampfplatze des polnischen Schulstreikes, in: Kölnische Volkszeitung vom 31.12.1906, Nr. 1117.

359 Zum Religionsstreik in Posen, in: Germania vom 25.09.1906, zweites Blatt; Der Kampf um die Muttersprache im Religionsunterricht der polnischen Kinder, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.10.1906, Nr. 887; Kollernde Hakatisten, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.10.1906, Nr. 889; Der polnische Schulstreik, in: Germania vom 30.10.1906, erstes Blatt.

360 Fr. W. Foerster: Das polnische Problem vom pädagogischen Gesichtspunkte, in: Der Tag vom 21.11.1906, illustrierte Zeitung. Zur Nationalismuskritik Foersters siehe Hipler.

antipolnischen Diskriminierung auf, um durch Toleranz und Anerkennung der polnischen Kulturtraditionen allmählich eine „tiefere Verbindung mit der deutschen Kultur herzustellen".[361] In seinem Werk *Staatsbürgerliche Erziehung* wiederholte Foerster die Auffassung, dass Integration ein wechselseitiger Prozess der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft sei und ohne Repression oder Zwang gelingen könne.[362]

Zumindest die Forderung nach dem Schutz der Religion war auch unter deutschen Protestanten anschlussfähig, wie ein ebenfalls in der Zeitschrift *Die christliche Welt* veröffentlichter Artikel exemplarisch zeigt. Darin erläuterte der Lehrer Fritz Friedrich, dass der Religionsunterricht in einer Fremdsprache von allen Schülern „als Verletzung ihrer heiligsten Gefühle" empfunden werde.[363] Zwar könne der Staat den Polen in öffentlichen Angelegenheiten die deutsche Sprache vorschreiben, nicht aber im privaten Leben, denn Sprache entziehe sich „als nationales Gut" dem staatlichen Zugriff.[364] Da die Polen auch „durch Milde und Nachgiebigkeit" nicht „gewonnen" werden könnten, sondern ihre Gegnerschaft gegen die deutsche Sprache grundsätzlich sei, empfahl er als Alternative zu Zwangsmaßnahmen die Einführung der polnischen Volksschule, um ihnen die Zweisprachigkeit und kulturelle Hebung durch deutsche Bildung vorzuenthalten.[365] Auch die Abgeordneten der Freikonservativen Partei, Hermann von Dewitz und Oktavio von Zedlitz und Neukirch, artikulierten Vorbehalte gegen Eingriffe in den Religionsunterricht. Allerdings stand für sie neben dem christlichen Kern des Unterrichts vor allem der wachsende Widerstand der polnischen Bevölkerung im Mittelpunkt, wodurch die staatliche „Germanisierungspolitik" hintertrieben werde.[366]

An die Frage nach der Unterrichtssprache schlossen sich Erörterungen zur Aufsicht über den Religionsunterricht an. Verschiedene Zeitungen und Abgeordnete sprachen sich dafür aus, den Religionsunterricht aus den staatlichen Schulen herauszulösen und den Kirchen zu unterstellen. Der polnische Abgeordnete Ludwig von Jazdzewski hatte diesen Vorschlag im Reichstag unterbreitet.[367] Für die Polnische Fraktion war die kirchliche Verantwortung für den Religionsunterricht eine Möglichkeit, die polnische Sprache im Rahmen eines geregelten Unterrichts zu bewahren und damit dem staatlichen Germanisierungsdruck entgegenzuwirken. Der Vertreter der katholischen Kirche und der polnischen Bevölkerung, Erzbischof Stablewski, hatte sich in seinem Hirtenbrief bereits in dieser Richtung geäußert, als er den Eltern riet, den schulischen Unterricht durch eine intensive religiöse Erziehung zu Hause und in der Kirche zu ergänzen.

---

361 Fr. W. Foerster: Kolonialpädagogik!, in: Die christliche Welt 20 (1906), 52, Sp. 1248 ff., Zitate Sp. 1249.

362 Foerster, Staatsbürgerliche Erziehung, S. 87-91.

363 Fritz Friedrich: Die preußische Volksschule und die Polen, in: Die christliche Welt 20 (1906), 48, Sp. 1130-1134, hier Sp. 1132.

364 Ebenda, Sp. 1131.

365 Ebenda, Sp. 1133.

366 Dewitz: Nochmals zur Ansiedlungsfrage in den Ostmarken, in: Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart 6 (1906), S. 302-322, hier S. 320; ders.: Zur Schulpolitik in den Ostmarken, in: Preußische Jahrbücher 127 (1907), 3, S. 541-547, hier S. 541 und 544 f.; von Zedlitz und Neukirch: Keine Vizekanzlerschaft, sondern Verhütung von Friktionen, in: Der Tag vom 13.11.1906, illustrierte Zeitung.

367 RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4166.

Noch kurz vor seinem Tod sprach er sich in einem Brief an den ehemaligen Posener Oberbürgermeister Richard Witting dafür aus, den Religionsunterricht der Kirche zu übertragen.[368]

Der Vorschlag stieß bei den freisinnigen Liberalen und Sozialdemokraten auf große Zustimmung. Er entsprach ihrer Forderung, die konfessionsneutrale Simultanschule flächendeckend einzuführen, um den Einfluss der Kirchen auf die Schule zu mindern und langfristig gesehen den laizistischen Staat durchzusetzen. Religion sei Privatsache und daher „der Bevormundung durch irgendwelche Autoritäten zu entziehen", stellte etwa das linksliberale *Berliner Tageblatt* kategorisch fest.[369] Und dem Sozialdemokraten August Bebel zufolge würde durch die kirchliche Aufsicht über den Religionsunterricht der Nationalitätenkonflikt in den Ostprovinzen befriedet.[370] Jedoch müsse zusätzlich eine „intensive Schulpolitik" zur Beseitigung der „desolaten Schulverhältnisse" betrieben werden, beispielsweise durch neue Schulbauten, zusätzliche Lehrer und höhere Gehälter, äußerte ein Vertreter der Freisinnigen gegenüber Hugo Ganz. Allerdings sei es kaum vorstellbar, eine solche „wirkliche Kulturpolitik" in dem agrarisch-klerikal regierten Preußen realisieren zu können.[371]

In der Tat stand die Trennung von Kirche und Staat in der konservativen und Zentrumspresse nicht zur Disposition. Die konservative *Kreuzzeitung* lehnte den Vorschlag als Zeichen einer „kaum glaublichen Verwirrung" ab, da dem staatlichen Volksschulunterricht dadurch die religiöse Grundlage entzogen würde.[372] Dem Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* schwebte sogar ein größerer Einfluss der Kirche auf den Religionsunterricht vor. Ihrer Lesart zufolge war der Schulstreik nur ein Symptom des Konflikts zwischen katholischer Geistlichkeit und staatlicher Schulbehörde. Denn aus Sicht der Schulbehörde galten die in deutscher Sprache unterrichteten Schüler ausdrücklich als „*deutsche Kinder*", die davor geschützt werden müssten, durch die Geistlichkeit „polonisiert" zu werden. Daher sei eine stärkere Einflussnahme der Kirche auf den Religionsunterricht erstrebenswert, um im Widerstreit zwischen „Germanisierungspolitik" und „polnische[m] Nationalbewußtsein" die Deutungshoheit über die Zuweisung nationaler Zugehörigkeiten zu behaupten.[373] Ebenso beharrte der Zentrumsabgeordnete Viktor Rintelen in einem Artikel in der *Germania* darauf, dass die Vorschriften zur Er-

---

[368] Ein Brief Stablewskis, in: Berliner Tageblatt vom 29.11.1906, Nr. 607.

[369] Berliner Tageblatt vom 15.10.1906, Nr. 524 (Zitat); Der Schulstreik in der Provinz Posen, in: Berliner Tageblatt vom 02.11.1906, Nr. 558; Der polnische Schulstreik vor dem Reichstage, in: Berliner Tageblatt vom 06.12.1906, Nr. 619. – Siehe auch die Reichstagsrede des Abgeordneten der Freisinnigen Vereinigung, Georg Gothein. RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4187 f.

[370] RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4176 f.

[371] [Hugo Ganz:] Die polnische Krise. Eine Enquete. II. Die Auffassung der Freisinnigen, in: Frankfurter Zeitung vom 06.01.1907, sechstes Morgenblatt.

[372] Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 02.12.1906, Nr. 564.

[373] Wohin der polnische Kurs führt, in: Kölnische Volkszeitung vom 07.11.1906, Nr. 592 (Hervorhebung im Original gesperrt). Siehe auch: Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung und die Polenfrage, in: Kölnische Volkszeitung vom 31.10.1906, Nr. 933; Die Nordd. Allg. Zeitung und der sogenannte Schulstreit in Posen, in: Germania vom 04.11.1906, erstes Blatt.

teilung des Religionsunterrichts und somit auch die Festlegung der Unterrichtssprache allein Aufgabe der Religionsgemeinschaften seien.[374]

Darüber hinaus kann am Beispiel der Bezugnahmen auf das Ausland durch Befürworter und Gegner der preußischen Schul- und Sprachenpolitik gezeigt werden, wie selektiv Wahrnehmung und Argumentationen oftmals waren. Der Zentrumspresse diente der Blick über die Reichsgrenzen dazu, die preußische Polenpolitik im Vergleich mit der Minderheitenpolitik anderer Staaten als unverhältnismäßig darzustellen. So berichtete die *Kölnische Volkszeitung* über die Erlaubnis zur Errichtung deutscher Theater in Russland und polnischer Schulen in Kongresspolen, womit das Zarenreich liberale Forderungen verwirkliche, die in Deutschland entschieden abgelehnt würden.[375] Die *Germania* bezog sich in einem „Lernt Polnisch!" überschriebenen Artikel auf den Appell des „Deutschen Volksrats in Böhmen" an die dortige deutsche Bevölkerung, die tschechische Sprache zu lernen, um die Vorteile der zweisprachigen Tschechen in der Staatsverwaltung und im Wirtschaftsleben auszugleichen. Der einsprachige deutsche Geschäftsmann in der Provinz Posen sei gleichermaßen benachteiligt, da er nicht auf polnische Kundschaft hoffen könne. Daher sei es eine bittere „Ironie" der preußischen Polenpolitik, die Polen geradezu zur Zweisprachigkeit und damit zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil zu zwingen, die Deutschen aber davon abzuhalten. Über die Warnungen vor der drohenden Polonisierung einzelner Deutscher setzte sich das Blatt einfach hinweg: „Die Hauptsache ist, daß wir zufriedene Staatsbürger schaffen."[376]

Unter den deutschen Rechten regte sich jedoch heftiger Widerspruch gegen die Verweise auf das Ausland.[377] Für Aufsehen sorgte die Broschüre des Keltisten Heinrich Zimmer, der die preußisch-deutsche Politik gegenüber sprachlichen Minderheiten mit derjenigen Englands und Frankreichs im 19. Jahrhundert verglich. Dort sei es den Regierungen mit tatkräftiger Unterstützung der katholischen Kirche gelungen, die Iren zu anglisieren bzw. die Bretonen zu französisieren. Ausführlich legte Zimmer dar, wie

---

[374] RINTELEN: Die Unterrichtssprache für den Religionsunterricht, in: Germania vom 29.03.1907, erstes Blatt. – Auch die Zentrumsabgeordneten im Preußischen Abgeordnetenhaus, Franz Dittrich und Hans von Praschma, versprachen sich von einem größeren Einfluss der Kirche auf den Religionsunterricht eine Milderung des Nationalitätenkonflikts. PAH, 20. Leg., III. Sess., Bd. 2, 33. Sitz., 14.03.1907, Sp. 2486 f. (Dittrich); 34. Sitz., 15.03.1907, Sp. 2558 f. (Praschma).

[375] Das neueste Stadium der Polenpolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 25.10.1906, Nr. 914; Die polnische Sackgasse, in: Kölnische Volkszeitung vom 02.11.1906, Nr. 939. – Ähnlich äußerten sich der freisinnige Abgeordnete Georg Gothein und der Sozialdemokrat Georg Ledebour im Reichstag. RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4188 f. (Gothein); RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 227, 22. Sitz., 19.03.1907, S. 629 (Ledebour).

[376] Lernt Polnisch!, in: Germania vom 06.10.1906, zweites Blatt. – Mit ähnlichen Appellen für das Erlernen der polnischen Sprache durch deutsche Schüler: Die Polenfrage, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 28.10.1906, Nr. 505; [WILHELM] REIN: Zur Schulpolitik in Posen, in: Der Tag vom 20.11.1906, illustrierte Zeitung.

[377] Die *Ostmark* verwarf die Zweisprachigkeit, da die Deutschen zugunsten vorübergehender materieller Vorteile keinesfalls „einen nationalen Verlust und eine nationale Gefahr" in Kauf nehmen dürften. Sollen die deutschen Ostmärker polnisch lernen?, in: Die Ostmark 11 (1906), 12, S. 121 f., Zitat S. 122.

der katholische Klerus mittels Seelsorge, Religionsunterricht und der Einrichtung von Schulen die Durchsetzung der Staatssprache vorangetrieben habe. Damit suchte er die Behauptung des Zentrums zu widerlegen, dass sich die Kirche stets für den Schutz der Minderheitensprachen einsetze.[378] Daran anknüpfend plädierte er dafür, den gesamten Schulunterricht im Deutschen Reich – den Nationalstaaten England und Frankreich folgend – ausschließlich in der Staatssprache zu erteilen.[379] Wie die Iren und Bretonen sollten die einsprachigen Polen zunächst zweisprachig gemacht werden, um eine langsame sprachliche, kulturelle und letztlich nationale Assimilierung an die deutsche Bevölkerung einzuleiten.[380]

Schließlich wiesen die Kritiker der Polenpolitik auf die verheerenden Folgen des Machtkampfes zwischen preußischer Staatsregierung und polnischer Bevölkerung hin. Hans Delbrück machte die Einführung des deutschsprachigen Religionsunterrichts für den wachsenden polnischen Boykott gegen deutsche Kaufleute und Handwerker verantwortlich, die allmählich ihre polnische Kundschaft verlieren und schließlich abwandern würden. Die erstrebte „Stärkung des Deutschtums" werde dadurch *ad absurdum* geführt. Daher müsse die preußische Staatsregierung die Polenpolitik mäßigen, sonst „wird in einigen Generationen der Bezirk Posen, der heute noch national gemischt ist, bis auf die Beamten, die Fideikommisse, einige tausend Kolonisten-Bauern und einige Enklaven rein polnisch sein".[381] Zur Beendigung des Schulstreiks schlug er daher vor, den deutschsprachigen Religionsunterricht auf die Oberstufe zu beschränken. Damit diese Konzession jedoch nicht wie ein Zurückweichen der preußischen Staatsautorität „vor den polnischen Bübchen und Mädchen" erscheine, sei im Gegenzug die Ansiedlungspolitik zu verschärfen.[382] Obwohl Delbrück für eine Entspannung im Nationalitätenkonflikt plädierte, war er nur zu geringen Konzessionen bereit. Offenbar empfand auch er den Schulstreik als bedrohlich.

Argumentierte Delbrück einseitig aus der Perspektive der Deutschen, ergänzte Joseph von Koscielski die polnische Sichtweise. Laut Koscielski werde der Nationalitätenkonflikt durch die preußische Polenpolitik verschärft und entwickle sich zu einem „circulus vitiosus". Grund dafür sei, dass die politischen Entscheidungen über die Ostprovinzen auf der Grundlage von behördlichen Berichten gefällt würden, deren Verfasser selbst vom Nationalitätenkonflikt profitierten. Diese machten die Polen systematisch zu Feinden, gegen die neue Maßnahmen zu ergreifen seien. Dadurch gewännen wiederum die radikalen politischen Strömungen in der polnischen Bevölkerung an Einfluss und bestätigten somit das Bild von den polnischen Staatsfeinden. Um dieses

---

[378] Zimmer, S. 18-60. – Für die Rezeption der deutschen Presse: Die Sprachenfrage in der Ostmark, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 17.03.1907, zweite Morgenausgabe.

[379] Zimmer, S. 83.

[380] Ebenda, S. 94-97.

[381] D. [Hans Delbrück]: Ostmarken-Politik, in: Preußische Jahrbücher 125 (1906), 3, S. 569 ff., hier S. 571.

[382] Ders.: Der Schulstreik und die Polenfrage, in: Preußische Jahrbücher 126 (1906), 3, S. 561-569, hier S. 568.

Bild zu entkräften, beteuerte Koscielski, dass die Polen einzig die Tolerierung ihrer Nationalität und eine gerechte Behandlung als preußische Staatsbürger erstrebten.[383]

Ebenso plädierte der Abgeordnete der Freisinnigen Volkspartei Georg Gothein in einer vielbeachteten Reichstagsrede eindringlich für eine „Politik der Versöhnung“ gegenüber der polnischen Bevölkerung. Für ihn waren die bloße Existenz von Nationalitätenkonflikten und die staatlichen Versuche einer gewaltsamen Assimilierungspolitik Anzeichen der politischen Rückständigkeit des preußischen Staates. Stattdessen läge es im deutschen Interesse, die Polen mittels einer „Politik der absolutesten Gerechtigkeit und der kulturellen Förderung“ zu zufriedenen Staatsbürgern zu machen.[384] Ähnlich äußerte sich der sozialdemokratische *Vorwärts*, der als Alternative zur „systematischen Unterdrückung der nationalen Eigenart der annektierten Polen“ die „verständige Duldung“ empfahl. Nur so könnten in der polnischen Bevölkerung „Sympathien für die deutsche Reichsherrlichkeit“ geweckt werden, ergänzte das Blatt bissig.[385] Vor allem warnte das Blatt, dass durch die nationale Polarisierung zwischen Deutschen und Polen in den Ostprovinzen drängende sozialpolitische und wirtschaftliche Probleme zunehmend in den Hintergrund gerieten.[386]

Zudem war die Aussicht beängstigend, dass Zehntausende am Schulstreik beteiligte Kinder als Erwachsene „erbitterte Feinde des preußischen Staates“ würden und die „böse Saat“ weiter verbreiteten, wie die Boulevardzeitung *B.Z. am Mittag* prophezeite: „Und wenn dem deutschen Volk eine Schicksalsstunde schlägt, so werden die Polen mit ihren Gebeten, vielleicht aber auch mit den Waffen in der Hand auf der Seite des Feindes stehen.“[387] Ebenso mahnte der Lehrer Fritz Friedrich, dass die polnischen Schüler den Schulstreik nie vergessen und „einst die Vorkämpfer des Polentums“ stellen würden, sodass „die Saat, die wir jetzt in Posen säen, eines Tages eine blutige Ernte geben“ werde.[388] Zwar bewahrheiteten sich die Warnungen vor der gewaltsamen Eskalation des Nationalitätenkonflikts während des Ersten Weltkrieges nicht. Allerdings war die repressive Polenpolitik ein bedeutender Beweggrund für die preußischen Polen, nach Kriegsende den Anschluss der preußischen Ostprovinzen an den neuen polnischen Staat voranzutreiben.

---

[383] [Hugo Ganz:] Die polnische Krise. Eine Enquete. V. Der polnische Standpunkt, in: Frankfurter Zeitung vom 27.01.1907, erstes Morgenblatt. – Koscielski spielte auch auf eine geheime „Nebenregierung“ an, die aus einem Kreis von Verwaltungsbeamten und Angestellten freier landwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Organisationen um Alfred Hugenberg bestand und sich der Optimierung der Ansiedlungspolitik und der Verschärfung der Polenpolitik verschrieben hatte. Siehe hierzu Guratzsch, S. 39-47.

[384] RT, 11. Leg., 2. Sess., Bd. 5, 134. Sitz., 05.12.1906, S. 4189.

[385] Polnische Wirtschaft, in: Vorwärts vom 03.11.1906.

[386] Die Wahlen in der Provinz Posen, in: Vorwärts vom 10.02.1907.

[387] E.G.: Der Polenstreik, in: B.Z. am Mittag vom 04.01.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5332, Bl. 168 f. – Auch das polnische Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses Ludwig Mizerski hatte prophezeit, dass „der Stachel des erlittenen Unrechts [...] in der Seele der streikenden Kinder nachwirken“ werde. PAH, 20. Leg., III. Sess., Bd. 2, 33. Sitz., 14.03.1907, Sp. 2544.

[388] Fritz Friedrich: Die preußische Volksschule und die Polen, in: Die christliche Welt 20 (1906), 48, Sp. 1130-1134, hier Sp. 1133.

Mit der Anwendung von Exekutivstrafen ab April 1907, besonders Geld- und Gefängnisstrafen gegen Eltern streikender Schüler, Entlassungen von Vätern aus Staats- und Kommunalbetrieben sowie Relegationen von Geschwistern von höheren Schulen, brach der Schulstreik schließlich schnell zusammen. Die Antwort des Papstes auf eine Petition polnischer Eltern aus Posen und Westpreußen, die zu Ruhe und Besonnenheit riet, ohne aber den Schulstreik zu billigen, trug zum Abflauen der Bewegung bei.[389] Nach den Sommerferien 1907 gab es nur noch an wenigen Schulen Widerstand gegen den deutschsprachigen Religionsunterricht, allerdings dauerte der Schulstreik – von der deutschen Presse kaum beachtet – vereinzelt sogar bis Frühjahr 1908.[390] Deutsche Zeitungen hatten schon seit Ende des Jahres 1906 immer seltener über den Schulstreik berichtet und das Ende im August 1907 nur in kurzen Notizen mitgeteilt.[391]

Auf Seiten der preußischen Polen hatte der Schulstreik dazu beigetragen, das Bewusstsein für die polnische Sprache und das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Zugleich waren durch den Widerstand gegen die deutsche Sprache bewusst die Grenzen der Legalität und der Loyalität zum preußischen Staat überschritten worden. Nach dem Abflauen der Bewegung bestanden in der polnischen Bevölkerung weiter Argwohn und Misstrauen gegen den Staat und seine Vertreter, die durch die Verabschiedung der Enteignungsvorlage im Februar 1908 noch geschürt wurden. Der Schulstreik hatte ferner zur gesellschaftlichen Polarisierung zwischen Deutschen und Polen in den Ostprovinzen beigetragen, die sich im Mitgliederzulauf zum Ostmarkenverein und dem Stimmenzuwachs für deutsche wie auch polnische nationale Kandidaten bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 niederschlug. Welche Auswirkungen der Schulstreik auf die weitere preußische Schul- und Sprachenpolitik in Preußen hatte, ist nicht eindeutig zu klären. Zumindest kam es bis zum Ersten Weltkrieg weder zur flächendeckenden Einführung noch zur Zurücknahme des deutschsprachigen Religionsunterrichts in der Provinz Posen.[392]

Durch die Berichterstattung der überregionalen Presse über den Schulstreik war den deutschen Zeitungslesern aufgezeigt worden, dass der Nationalitätenkonflikt in den preußischen Ostprovinzen zwischen Staatsregierung und polnischer Bevölkerung gewaltlos, aber entschlossen und beharrlich ausgetragen wurde. In der Frage nach den Ursachen und Konsequenzen des Schulstreiks verhärteten sich die Fronten zwischen den Verfechtern und Kritikern der Polenpolitik. So empfanden die Staatsregierung und die deutschen Rechten die polnische Massenbewegung als Bedrohung des preußischen Staates und begründeten damit weitere antipolnische Ausnahmegesetze. Hingegen machten die Kritiker – Zentrum, Freisinnige, Sozialdemokraten und die preußischen Polen selbst – das Eingreifen des Staates in private Angelegenheiten und Minderheitenrechte für die Verschärfung des Nationalitätenkonflikts verantwortlich. In der Diskussion, ob die preußische Staatsregierung mit der Polenpolitik auf die wachsende polnische

[389] Gentzen, Schulstreik, S. 201 f.; Kulczycki, School Strikes, S. 193 f.

[390] Kulczycki, School Strikes, S. 198 f.

[391] Vossische Zeitung vom 24.08.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5333, Bl. 137; Ende des Schulstreiks, in: Deutsche Tageszeitung vom 28.08.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5333, Bl. 131.

[392] Kulczycki, School Strikes, S. 203-207.

Nationalbewegung reagiere, oder ob das Regierungshandeln den polnischen Widerstand erst hervorgerufen habe, war kein Konsens denkbar.

Im Hinblick auf die öffentliche Debatte sind zwei Punkte bedeutend: Zum einen war die Kritik an der Polenpolitik äußerst facettenreich, was vor allem im Gegensatz zur wirkmächtigen, aber eindimensionalen Begründung mit dem „Schutz des Deutschtums" gegen die vermeintliche Bedrohung durch die Polen deutlich wurde. Die Gegner der repressiven Polenpolitik boten ein breites Spektrum an Argumenten politischer, ethisch-moralischer, religiöser, rechtlicher und sozialer Natur, um die Ausnahmebehandlung der preußischen Polen zu delegitimieren. Zwar waren die Argumente nicht praxisrelevant, sondern kamen lediglich in den parlamentarischen und öffentlichen Debatten zum Tragen. Für die Rezipienten stellten sie allerdings vielfältige Deutungsangebote dar, sich kritisch mit der Polenpolitik Preußens auseinanderzusetzen.

Zum anderen war die Kritik in ihrer öffentlichen Wirkung breit gestreut: Die oppositionellen Parteien und die nahestehende Presse sprachen verschiedene Bevölkerungsgruppen an und machten diese mit ihren Stellungnahmen vertraut. Dabei fügten sie ihre Argumentation in ihre jeweilige politische Programmatik ein und offerierten sie als Teil ihrer ideologischen Weltsicht. Somit war die Polenpolitik nicht nur ein Instrument öffentlicher Kritik an der Regierungspolitik, sondern wurde zu einem Element des politischen Selbstverständnisses der oppositionellen Parteien und Zeitungen. Allerdings ist nicht zu unterschätzen, dass auch die nationalistische Deutung der „polnischen Frage" für viele Deutsche attraktiv war und über die Kreise der deutschen Rechten hinaus weit in die Reihen des katholischen Zentrums und der Linksliberalen hineinreichte.

Die Kritiker der repressiven Polenpolitik stimmten grundsätzlich in der Forderung nach muttersprachlichem Religionsunterricht für die polnischen Schüler überein, wenngleich diese mitunter dem Wunsch geschuldet war, die bedrohlich erscheinende Streikbewegung einzudämmen. Die Beunruhigung über das massive Auftreten der polnischen Bevölkerung war etwa bei Hans Delbrück greifbar, dessen altpreußischem Staatsideal zufolge das Aufbegehren der Polen gegen die Staatsmacht unvereinbar war mit der eingeforderten Loyalität. An seinem Beispiel wird deutlich, dass der Wunsch nach Duldung der polnischen Sprache auch einen pragmatisch-instrumentellen Anstrich besitzen konnte, um die Deeskalation und zukünftige Konfliktvermeidung zu erreichen.

Darüber hinaus offerierten die Kritiker der repressiven Polenpolitik ein breites Spektrum an Alternativen. Dabei ist nicht verwunderlich, dass sich beim Thema Religionsunterricht besonders Vertreter der Religionen zu Wort meldeten. Die Abgeordneten und Zeitungen des katholischen Zentrums und stellvertretend für die Protestanten Martin Rade bezüglich der „Wreschener Affäre" erachteten einen größeren Einfluss der Kirchen und die Berücksichtigung christlicher Werte in der Politik als Allheilmittel, um den religiös motivierten Konflikt zu befrieden. Dabei beriefen sie sich nicht nur auf die christliche Tradition Preußens und des Deutschen Reiches, sondern skizzierten eine Politik im Einklang mit ihren religiösen Wertvorstellungen, die etwa in der Auffassung eines theologisch fundierten Nationalismus bei der *Kölnischen Volkszeitung* deutlich wurde. Aber auch Friedrich Wilhelm Foerster betrachtete den christlichen Glauben als essenzielles Fundament der staatlichen Ordnung.

Der Widerspruch zur laizistischen Tendenz der Linksliberalen und Sozialdemokraten war freilich unüberbrückbar. Ihnen zufolge habe die Gleichberechtigung ohne Ansehen der Person für alle Staatsbürger zu gelten; Eigenschaften wie Nationalität, Muttersprache und Religionszugehörigkeit seien im Hinblick auf die staatsbürgerlichen Rechte irrelevant. In der ideologischen Sichtweise der Sozialdemokratie würden diese Eigenschaften ohnehin nur vom sozialen Status vieler Polen als Land- und Industriearbeiter ablenken. Das Ziel der Linksliberalen war ein Staat, in dem Gleichberechtigung und Toleranz herrschten, während die Sozialdemokraten das Ideal der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft propagierten.

Insofern kann die Kritik an der preußischen Polenpolitik zuvorderst als Eintreten für universelle Werte gelesen werden. Die Behandlung der Polen war meist nur der Anlass für die Kritik, wenn auch ein besonders wirkungsvoller. Denn in der „polnischen Frage" verdichteten sich grundlegende Fragen über die Verfasstheit und das Selbstverständnis des Staates und über das Verhältnis zu nationalen, religiösen oder politischen Minderheiten. In der Debatte über die polnische Bevölkerung Preußens wurden stets auch Idealbilder und Utopien des Deutschen Reiches entworfen, sei es der christlich-fundierte, liberal-tolerante, sozialistische oder – auf Seiten der deutschen Rechten – der ethnisch homogene Staat. In dieser Hinsicht unterschieden sich die Kritiker der repressiven Polenpolitik nicht von den Befürwortern, sie alle überprüften ihr Staatsverständnis gewissermaßen exemplarisch an den Rändern Preußen-Deutschlands.[393] Daher kann das Eintreten zugunsten der Rechte der polnischen Bevölkerung weder allein als parteipolitisches Kalkül noch als Ausdruck von Polonophilie gewertet werden. Es ging vielmehr darum, Rahmenbedingungen für das Auskommen zwischen Deutschen und Polen respektive den anderen Minderheiten zu entwerfen, die ihren politisch-weltanschaulichen Vorstellungen entsprachen. Der vereinzelt vorgetragene Wunsch, die Zweisprachigkeit der Deutschen und Polen als Grundlage für ein besseres gegenseitiges Verständnis zu fördern, veranschaulicht prägnant das Bestreben, den täglichen Kontakt und das Zusammenleben von Deutschen und Polen verträglich zu gestalten.

3 Ansiedlungspolitik und Vereinsgesetz: Öffentliche Kritik und Alternativen

Mit der Reichsgründung 1871 waren die preußischen Polen zu einer nationalen Minderheit im deutschen Nationalstaat geworden. Mit ihrem Protest gegen die Einbeziehung der ehemals polnischen Landesteile in das Deutsche Reich stellten sich die polnischen Abgeordneten bewusst außerhalb der deutschen Nation, die als wichtige Legitimationsgrundlage des neuen Staates diente.[394] In der Folge machte Reichskanzler Otto von Bismarck die Ausgrenzung und Unterdrückung politischer Gegner als „Reichsfeinde" zu einem bedeutenden Instrument der innenpolitischen Machtsicherung. Neben dem katholischen Zentrum und der Sozialdemokratie boten sich die preußischen Polen als Ziel geradezu an, um über deren Exklusion aus der nationalen Gemeinschaft das Nationalbewusstsein der deutschen Bevölkerung zu beleben und die „innere Staatsgründung"

---

393 SMITH.

394 KRASUSKI, Polska – Niemcy, S. 178; SCHIEDER, S. 25-30.

voranzutreiben.[395] Der Widerstand der polnischen Bevölkerung gegen die Diskriminierung seitens des Staates erfolgte durch ökonomische Selbsthilfe, vor allem durch Banken und Kreditgenossenschaften, häufig mit polnischen katholischen Geistlichen an der Spitze. Als Multiplikatoren sorgten sie dafür, dass das Konzept der organischen Arbeit[396] in der polnischen Bevölkerung verbreitet und umgesetzt wurde. Damit war der Nationalitätenkonflikt endgültig auf das Wirtschaftsleben ausgedehnt.[397]

Seit der Wirtschaftskrise der 1870er Jahre mit rapide sinkenden Getreidepreisen war in Deutschland der Ruf nach Intervention des Staates zum Schutz der landwirtschaftlichen Produktion immer lauter geworden. Zwar wurde mit der Erhöhung der Schutzzölle eine Barriere gegen die wachsende ausländische Konkurrenz errichtet, die allerdings nicht gegen die inländische polnische Konkurrenz half. Besonders in den preußischen Ostprovinzen prosperierten Landwirtschaft, Handel und Gewerbe der Polen. Überdies wurde in den 1880er Jahren der Bevölkerungsrückgang der Deutschen statistisch nachgewiesen, der sowohl auf die höhere Geburtenrate der polnischen als auch auf die verstärkte Landflucht der deutschen und vor allem der jüdischen Bevölkerung zurückzuführen war. Hingegen kehrten viele polnische Land- und Industriearbeiter nach einigen Jahren Arbeit in Mittel- und Westdeutschland in die Ostprovinzen zurück, um sich mit dem Verdienst eine Existenz aufzubauen. Die Klagen der Deutschen über die zunehmende „Polonisierung“ der Ostprovinzen waren schließlich ein wichtiger Beweggrund für das Eingreifen des Staates.[398]

Die staatlichen Gegenmaßnahmen bestanden in der forcierten Verdrängung des polnischen Religionsunterrichts aus den preußischen Schulen, der Ausweisung von rund 30 000 aus Galizien und Kongresspolen eingewanderten, aber nicht naturalisierten Polen und Juden 1885/86 sowie der Verabschiedung des Ansiedlungsgesetzes im Jahr 1886.[399] Zu diesem Zweck wurde die Königliche Ansiedlungskommission in Posen errichtet, die in den Provinzen Posen und Westpreußen polnischen Großgrundbesitz ankaufen, parzellieren und ausschließlich an Deutsche verpachten sollte. Für den Landerwerb, Meliorationsarbeiten und Infrastrukturmaßnahmen bewilligte der preußische Landtag einen Fonds von 100 Millionen Mark, der bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges auf insgesamt 955 Millionen Mark erhöht wurde. Der Ansiedlungsfonds speiste sich aus Steuermitteln, die auch von der polnischen Bevölkerung Preußens aufgebracht wurden, weshalb die polnischen Abgeordneten angesichts der Erhöhungen lautstark protestierten. Mittels der kostspieligen Ansiedlungspolitik wurden rund 22 000 deut-

---

395 Wehler, Kaiserreich, S. 96-100.

396 Dem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten Konzept der organischen Arbeit zufolge sollte auf gewaltsame Aufstände verzichtet, stattdessen durch umfassende Bildung und wirtschaftliche Stärkung breiter Bevölkerungsschichten das Nationalbewusstsein gestärkt, der preußischen Polenpolitik entgegengewirkt und langfristig auf die Unabhängigkeit Polens hingewirkt werden. Kizwalter/Skowronek, S. 7-51.

397 Lorenz/Müller; Jaworski, Handel, S. 42-50; Janus. Für den Kontext der polnischen Modernisierungsdebatten Jedlicki.

398 Müller, Modernisierung, S. 147 ff.; Bade, Kulturkampf, S. 124-129. Zur Abwanderung aus der Provinz Posen Praszałowicz, S. 149-152.

399 Zur Schulpolitik nach der Reichsgründung Glück, S. 263-269. – Zu den Ausweisungen Neubach, Ausweisungen.

sche Familien angesiedelt.[400] Doch im Hinblick auf die nationalpolitische Zielsetzung konnte die Ansiedlungskommission das polnische Bevölkerungswachstum und die Landflucht der Deutschen nicht ausgleichen. Selbst die im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verabschiedeten antipolnischen Ausnahmegesetze beeinflussten das Nationalitätenverhältnis in den Ostprovinzen kaum.[401] Stattdessen leiteten die staatlichen Eingriffe in die agrarischen Besitzverhältnisse eine einschneidende Veränderung der Betriebsgrößenstruktur ein, die den Widerstand des ostelbischen Großgrundbesitzes gegen die Staatsregierung und die Nationalliberalen als größte Verfechter der „inneren Kolonisation" hervorrufen musste.[402]

Im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens kaufte die Ansiedlungskommission vor allem Land aus polnischer Hand, musste Ende des 19. Jahrhunderts jedoch vermehrt deutsche Güter erwerben, da sich viele polnische Grundbesitzer weigerten, ihr Land an den Gegner im Nationalitätenkonflikt zu veräußern. Ferner imitierten zahlreiche polnische Parzellierungsbanken und -genossenschaften die staatliche Ansiedlungspolitik, freilich mit der Beschränkung, das erworbene Land ausschließlich an polnische Ansiedler zu verpachten. Dadurch setzte ein scharfer Wettbewerb zwischen der Ansiedlungskommission und den polnischen privaten Organisationen um den Grundbesitz in den Provinzen Posen und Westpreußen ein, der sich zum „Kampf um den Boden" steigern und zu einem enormen Anstieg der Güterpreise führen sollte.[403]

Da die staatliche Ansiedlungspolitik im Vergleich mit der polnischen Siedlungstätigkeit weniger erfolgreich war, suchte die preußische Staatsregierung die polnische Konkurrenz durch die stufenweise Erhöhung des Ansiedlungsfonds zu übertreffen und diese zugleich durch Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen zu schwächen. Bei dem Ausschluss polnischer Bewerber um Ansiedlungsstellen handelte es sich bereits um eine gravierende Diskriminierung, doch mit der Beschränkung der Errichtung von Gebäuden durch die Ansiedlungsnovelle von 1904 und der Möglichkeit zur Enteignung von Grundbesitz im Jahr 1908 griff der Staat direkt und drastisch in das Leben vieler Polen ein.

Die Ansiedlungspolitik war zwischen 1886 und dem Kriegsbeginn 1914 ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage". Insbesondere die Ansiedlungsnovelle und das Enteignungsrecht riefen heftige Auseinandersetzungen in den Parlamenten und in der Presse hervor. Dasselbe gilt für das Vereinsgesetz von 1908, das in öffentlichen Versammlungen die deutsche Sprache vorschrieb. Zwar stand es nur wenige Monate im öffentlichen Fokus, allerdings handelte es sich um ein reichsweit geltendes Gesetz, das überdies unter Zustimmung der freisinnigen Liberalen verabschiedet wurde und somit die Bruchlinien zwischen Befürwortern und Gegnern der preußischen Polenpolitik kurzzeitig verschob.

Diese antipolnischen Gesetzesmaßnahmen werden im Folgenden mit Blick auf die bedeutenden Themen und Argumente in der öffentlichen Debatte untersucht, wobei

---

400 EDDIE, Ethno-Nationality, S. 56-59; DERS., Prussian Settlement Commission, S. 40 f.

401 DERS., Prussian Settlement Commission, S. 56 ff.

402 MÜLLER, Modernisierung, S. 152.

403 STĘPINSKI, S. 338-342. Vgl. EDDIE, Ethno-Nationality, S. 62-70; DERS., Prussian Settlement Commission, S. 53-56.

die deutsche Presse als Impulsgeber, Resonanzboden und Vermittler von Gerüchten, Kampagnen und Kritik im Mittelpunkt steht. Die Rolle der Presse soll vor allem am Beispiel der Bekanntmachung und Verbreitung des Gedankens von Enteignungen zu Ansiedlungszwecken analysiert werden. Ein besonderes Augenmerk liegt ferner auf der betroffenen Bevölkerung der Ostprovinzen, die sich rege an der Debatte beteiligte und ihre Auffassungen öffentlichkeitswirksam vortrug. Dabei ist im Hinblick auf die Kritiker der preußischen Polenpolitik zu fragen, welche Vorstellungen und Konzepte einer deutsch-polnischen Verständigung diese entwarfen und öffentlich propagierten.

3.1 Gegen den Verfassungsbruch: Die Ansiedlungsnovelle von 1904

Der Entwurf zu einer Novelle des Ansiedlungsgesetzes, der im Februar 1904 in den preußischen Landtag eingebracht wurde, löste in der deutschen Öffentlichkeit eine Diskussion über dessen Verfassungsmäßigkeit und über die polnische Bevölkerung Preußens aus. Mit der sogenannten Ansiedlungsnovelle machte die preußische Staatsregierung die Errichtung neuer Gebäude auf erworbenen Grundstücken von der Zustimmung der Regierungspräsidenten abhängig. Dadurch suchte sie den Landerwerb und die Parzellierungstätigkeit polnischer Banken und Genossenschaften zu bremsen. Obwohl das Gesetz allgemein gefasst war, sollte es offensichtlich allein die polnische Bevölkerung betreffen. Aus deren Sicht mussten Baugenehmigungen für Wohngebäude unsicher und folglich der Erwerb von Grundstücken unattraktiv erscheinen.[404]

Der Gesetzentwurf entsprach weitgehend den Vorschlägen, die der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins der Staatsregierung am 15. Januar 1904 unterbreitet hatte[405], was die *Kölnische Volkszeitung* entsprechend kommentierte: „Nun hat das Ministerium im Handumdrehen einen Gesetzentwurf nach den Wünschen der Hakatisten ausgearbeitet“.[406] Auch in den parlamentarischen Debatten prangerten die polnischen Abgeordneten die Beeinflussung der Staatsregierung durch den Ostmarkenverein an.[407] Laut dem linksliberalen Publizisten Hellmut von Gerlach sei der „offizielle Hakatismus“ nun zur Staatsdoktrin erhoben worden, deren „krassester Ausdruck“ die Ansiedlungsnovelle sei.[408]

Die parlamentarischen Debatten waren geprägt von der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Gesetzesvorlage und erlangten ein großes Publikumsinteresse und Medienecho. Im Namen der Staatsregierung verteidigten Innenminister Hans von Hammerstein, Landwirtschaftsminister Victor von Podbielski und Justizminister Karl Heinrich Schönstedt die Ansiedlungsnovelle vor den Plena des preußischen Landtags.

---

404 Zur Entstehung des Gesetzes Hofmann, S. 259-265; Balzer, Polenpolitik, S. 74 ff.; Jakóbczyk, Pruska komisja osadnicza, S. 132-137.

405 Jakóbczyk, Ostmarkenverein, S. 211 f.; Walkenhorst, S. 269, Anm. 75.

406 Ein neues Ausnahmegesetz wider die Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.02.1904, Nr. 144.

407 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses [künftig zit. PHH], Sess. 1904/05, 1. Bd., 6. Sitz., 03.03.1904, S. 91 (Ferdinand Radziwill); PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5254 f. (Sigismund von Dziembowski).

408 H. v. Gerlach: Das Ansiedlungsgesetz und die Agrarier, in: Die Hilfe 10 (1904), 27, S. 3.

Sie betonten die defensive Ausrichtung und die Verfassungsmäßigkeit der Gesetzesvorlage. Da diese allgemein formuliert und nicht pauschal gegen alle, sondern nur gegen die „staatsfeindlichen“ Polen gerichtet sei, widerspreche sie weder der Gleichheit aller Staatsbürger noch dem Recht auf Freizügigkeit oder Eigentum, die in der preußischen und Reichsverfassung garantiert waren.[409] Als Ziel des Gesetzes benannte Hammerstein die „Stärkung des Deutschtums“ und die Sicherung der bisherigen Errungenschaften der Ansiedlungspolitik, weshalb es der Staatswohlfahrt zugute komme und im „öffentlichen Interesse“ liege.[410] Gleichwohl gaben die Minister zu, ein Ausnahmegesetz gegen die polnische Bevölkerung Preußens schaffen zu wollen. Laut Podbielski habe das „Polentum“ der Staatsregierung einen Kampf aufgenötigt, in dem die Ansiedlungsbeschränkung als „Waffe“ zur Verteidigung dienen solle[411], während Hammerstein offen von einem „Kampfgesetz gegen die Polen“ sprach.[412]

Im Preußischen Herrenhaus erhoben die polnischen, liberalen und Zentrumsmitglieder schwere Bedenken gegen die Gesetzesvorlage. Insbesondere Ferdinand Radziwill und Joseph von Koscielski wiesen nachdrücklich auf den Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz der preußischen und Reichsverfassung hin und wehrten sich dagegen, dass das Eigentum der preußischen Polen allein ihrer Nationalität wegen beschränkt werde.[413] Laut Koscielski habe Podbielski „die Mängel der Argumentation mit der Fahne der nationalen Begeisterung zu decken“ gesucht.[414] Mit Blick auf die Diskriminierung anderer politischer Gruppen in Deutschland prophezeiten einige Redner den Misserfolg des Gesetzes. Der frühere Zentrumsabgeordnete im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus, Friedrich von Praschma, führte die Maigesetze des Kulturkampfes und das Sozialistengesetz an, die keinerlei praktische Wirkung gehabt hätten, außer dass die verfolgten Katholiken und Sozialdemokraten gestärkt worden seien. Nach demselben Muster würden nun die loyalen Polen durch Ausnahmegesetze in die Opposition getrieben.[415] Der Zentrumspolitiker Hans Georg von Oppersdorf zog sogar eine Parallele von der Ansiedlungsbeschränkung für die Polen zur „Schande der Judenverfolgung“ im Mittelalter.[416] Obwohl selbst die Befürworter der Ansiedlungsnovelle Bedenken äußerten, schloss sich die Mehrheit des Herrenhauses den ministeriellen Begründungen an und verabschiedete die Gesetzesvorlage am 16. April 1904.[417]

---

[409] Siehe die Reden der Minister im Preußischen Herren- und Abgeordnetenhaus: PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 6. Sitz., 03.03.1904, S. 96 ff., 10. Sitz., 16.04.1904, S. 185 f.; PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5185 ff. und Sp. 5207-5213, 72. Sitz., 11.05.1904, Sp. 5241-5246, 89. Sitz., 27.06.1904, Sp. 6426-6432.

[410] PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5187.

[411] PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 6. Sitz., 03.03.1904, S. 92 f.; PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 9. Sitz., 15.04.1904, S. 173; PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5212 f.

[412] PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5192. Siehe auch PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 6. Sitz., 03.03.1904, S. 98.

[413] PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 6. Sitz., 03.03.1904, S. 91 (Radziwill), S. 94 ff. (Koscielski); PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 9. Sitz., 15.04.1904, S. 171 (Koscielski).

[414] PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 10. Sitz., 16.04.1904, S. 193.

[415] PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 9. Sitz., 15.04.1904, S. 162 f.

[416] Ebenda, S. 166.

[417] PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 10. Sitz., 16.04.1904, S. 203.

Im Preußischen Abgeordnetenhaus beriefen sich die Deutschkonservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen ebenfalls auf den defensiven Charakter des Gesetzes. Außerdem hofften sie auf positive Impulse für die staatliche Ansiedlungstätigkeit und auf ein Abflauen der Güterspekulation. Über den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit setzten sie sich hinweg, indem sie auf die Autorität des Justizministers Schönstedt verwiesen, der die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes ausreichend dargelegt habe. Oder sie folgten der Argumentation des Landwirtschaftsministers Podbielski, dass der Gleichheitsgrundsatz der Verfassung auf die Beseitigung sozialer Standesvorrechte begrenzt sei, die Beschränkung des Eigentums durch die Ansiedlungsnovelle aber dem „öffentlichen Interesse“ entspreche.[418]

Die Polnische Fraktion, die Zentrumspartei und die freisinnigen Liberalen beharrten jedoch darauf, dass die Ansiedlungsnovelle den preußischen Polen die Gründung neuer Ansiedlungen praktisch unmöglich mache und daher verfassungswidrig sei. Obwohl alle konfessionellen und nationalen Unterschiede aufgehoben seien, widerspreche die Gesetzesvorlage ihrem Wortlaut nach der Verfassung, dem allgemeinen Rechtsgefühl und dem gesunden Menschenverstand.[419] Überdies stehe sie im Gegensatz zu dem „Naturrecht“, dass jeder Mensch „ein gewisses Recht auf seine Heimat hat“, suchte der freisinnige Abgeordnete Albert Traeger universelle Prinzipien geltend zu machen.[420] Die polnischen Abgeordneten warnten zudem davor, dass ein solches Gesetz die nationalen Spannungen in den Ostprovinzen verschärfe und die Polen zu unversöhnlichen Gegnern des Staates und der deutschen Bevölkerung mache.[421]

In der Berichterstattung der deutschen Presse spiegelten sich die Fronten der parlamentarischen Debatten wider. Beispielhaft für die linksliberale Presse hob das *Berliner Tageblatt* die neue Qualität der Ansiedlungspolitik hervor, die weit über die finanzielle und wirtschaftliche Privilegierung der Deutschen hinausgehe. Zwar seien polnische Agitatoren, die Gesetze überträten oder zum Verfassungsbruch aufriefen, zu bestrafen, aber „in keinem Fall darf ein Teil der preußischen Bevölkerung in seinen verfas-

---

418 PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5167-5172 (Conrad, Freikonservative Partei); PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 72. Sitz., 11.05.1904, Sp. 5230 f. (Heyking, Konservative Partei); PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 89. Sitz., 27.06.1904, Sp. 6402 f. (Glatzel, Nationalliberale Partei), Sp. 6417 f. (Zedlitz, Konservative Partei), Sp. 6432-6438 (Pallaske, Konservative Partei), Sp. 6445-6449 (Sieg, Nationalliberale Partei).

419 PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5176-5185 (Roeren, Zentrumspartei), Sp. 5205 f. (Skarzyński, Polnische Fraktion), Sp. 5213-5218 (Peltasohn, Freisinnige Vereinigung); PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 72. Sitz., 11.05.1904, Sp. 5232-5241 (Traeger, Freisinnige Volkspartei), Sp. 5246-5258 (Dziembowski, Polnische Fraktion); PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 89. Sitz., 27.06.1904, Sp. 6392-6395 (Roeren, Zentrumspartei), Sp. 6408 f. (Dziembowski, Polnische Fraktion).

420 PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 72. Sitz., 11.05.1904, Sp. 5239. Siehe auch PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 89. Sitz., 27.06.1904, Sp. 6424 f.

421 PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5207 (Skarzyński); PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 89. Sitz., 27.06.1904, Sp. 6414 (Dziembowski). – Ebenso der Zentrumsabgeordnete Hermann Roeren. PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 72. Sitz., 11.05.1904, Sp. 5177, 89. Sitz., 27.06.1904, Sp. 6392.

sungsmäßigen Rechten verkürzt werden".[422] Zugleich suchte das Blatt dem Vorwurf der einseitigen Parteinahme zugunsten der Polen zuvorzukommen: „Wir sind gewiß keine Freunde der Polen und denken und fühlen gut national."[423] Drastische Worte fand der Publizist Hellmut von Gerlach, der die Gesetzesvorlage als schikanös, unmoralisch und unsozial anprangerte. Da sie allein die unteren Bevölkerungsschichten betreffe, die den Erwerb von Grundbesitz als Zeichen des sozialen Aufstiegs und der wirtschaftlichen Sicherheit erachteten, führe sie zur „Vergewaltigung gerade der armen polnischen Bevölkerung".[424]

Der sozialdemokratische *Vorwärts* brandmarkte die Gesetzesvorlage ebenfalls als eklatanten Verfassungsbruch.[425] Bei dem Bestreben der preußischen Staatsminister und der Regierungsparteien, die Verfassungsmäßigkeit der Ansiedlungsnovelle nachzuweisen, handle es sich um ein „anarchische[s] Spiel mit dem Recht", wodurch das allgemeine Rechtsbewusstsein ausgehöhlt und die Rechtssicherheit im Staate zerstört würden. Durch die Einschränkung der Grundrechte würden die preußischen Polen zum „bürgerlichen Tode" verurteilt, was schon im Mittelalter als schwerste Strafe gegolten und das „völlige Erlöschen aller bürgerlichen Rechtsfähigkeit" bedeutet habe. Überdies sei die geplante Anwendung des Gesetzes nur auf diejenigen Polen, „die keine guten Preußen sind", absolut willkürlich, da es allein im Ermessen der preußischen Verwaltung liege, deren Patriotismus einzuschätzen.[426]

Wie die linksliberale und sozialdemokratische Presse konzentrierten sich die Zentrumsblätter auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit, während sie konfessionelle Belange nur am Rande erwähnten.[427] Deutlich verurteilte die *Germania* die Herabsetzung der Polen zu Staatsbürgern „zweiter Klasse" und den Anspruch des Innenministers Hammerstein, sich aus machtpolitischen Gründen über geltendes Recht hinwegzusetzen. Dem stellte das Blatt die Gerechtigkeit als Grundlage des Staates entgegen, die in dem Grundsatz „Justitia fundamentum regnorum!" zum Ausdruck komme.[428] Nach Ansicht der *Kölnischen Volkszeitung* zeigte die Gesetzesvorlage lediglich, dass die

---

[422] Die Ansiedlungsnovelle, in: Berliner Tageblatt vom 04.03.1904, Nr. 116. – Ebenso: Tages-Rundschau, in: Frankfurter Zeitung vom 16.04.1904, Abendblatt; Frankfurt, 28. Juni, in: Frankfurter Zeitung vom 28.06.1904, Abendblatt; Ansiedelungsgesetz und Verfassung, in: Vossische Zeitung vom 28.06.1904, Nr. 298.

[423] Das preußische Herrenhaus, in: Berliner Tageblatt vom 17.04.1904, Nr. 194.

[424] H. v. Gerlach: Das Ansiedlungsgesetz und die Agrarier, in: Die Hilfe 10 (1904), 27, S. 3. Siehe auch H. v. G.: Die Polentöterei, in: Berliner Zeitung vom 23.04.1904, BArch R 8034/II, 5330, Bl. 34 f.

[425] Preußische Verfassungsbrüche, in: Vorwärts vom 23.06.1904.

[426] Ein Gesinnungs-Dekret, in: Vorwärts vom 28.06.1904.

[427] Lediglich der Zentrumsabgeordnete Joseph Heisig hatte die befürchtete Protestantisierung der Ostprovinzen angesprochen. PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 89. Sitz., 27.06.1904, Sp. 6439. – Gleichwohl verdächtigte der *Vorwärts* das Zentrum, nicht für die „Wahrung der Rechte unserer polnischen Mitbürger" zu kämpfen, sondern in den Ostprovinzen konfessionelle Interessen zu verfolgen. Die dreiklassigen Menschen, in: Vorwärts vom 04.07.1904.

[428] Die Novelle zum Ansiedelungsgesetz, in: Germania vom 05.03.1904, erstes Blatt. Siehe auch: Ein neues Ausnahmegesetz gegen die Polen, in: Germania vom 19.02.1904, drittes Blatt.

bisherige Ansiedlungspolitik nutzlos gewesen sei. Doch selbst mit der Ansiedlungsnovelle sei das polnische Bevölkerungswachstum nicht aufzuhalten, sondern schüre unter den Polen Erbitterung und Hass gegen den Staat und stärke den polnischen Radikalismus.[429] Weitsichtig sah die *Germania* bereits die „gewaltsame Expropriation" polnischer Grundbesitzer heraufziehen, die Hammerstein in seiner Herrenhausrede angedeutet habe.[430]

Auf der anderen Seite suchte besonders die konservative Presse die Ansiedlungsnovelle als notwendige Verteidigung gegen einen „*planmäßigen Angriff des Großpolentums gegen das Deutschtum*" zu begründen.[431] So beschrieb die *Schlesische Zeitung* ein „Notgesetz, das wir ohne schwächliche Sentimentalität ergreifen müssen, um den vaterländischen Boden von einer nichts Gutes verheißenden, andrängenden Flut fremden Volkstums zu bewahren".[432] Das „Deutschtum" befinde sich gegenüber den Polen in der Defensive, begründete die *Kreuzzeitung* die Abwehrmaßnahmen der Staatsregierung: „Die Polen haben den Krieg gewollt, nicht wir". Zwar sei der Eingriff in das Privateigentum bedenklich, „vom Standpunkt gebotener Notwehr" jedoch zulässig, um der „systematischen Durchkreuzung der Ansiedelungspolitik im Osten durch die revolutionäre großpolnische Propaganda" begegnen zu können.[433]

Sowohl konservative als auch nationalliberale Blätter hofften, dass mit dem Ansiedlungsverbot für die Polen die Güterspekulation in den Ostprovinzen abflauen und die künstlich hochgetriebenen Grundstückspreise auf ein normales Niveau fallen würden.[434] Deutsche Grundbesitzer aus den Ostprovinzen meldeten jedoch Bedenken an. Die „Landwirtschaftlichen Vereine" aus dem westpreußischen Kreis Marienwerder (Kwidzyn) wandten sich in einem Aufruf gegen die Beschränkung des Eigentums, da sie die Wertminderung des Bodens und schwere finanzielle Einbußen deutscher Grundbesitzer beim Landverkauf befürchteten.[435] Ähnlich äußerten sich deutsche Agrarier in

---

[429] Ein neues Ausnahmegesetz wider die Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.02.1904, Nr. 144.

[430] Das Fiasko des Ansiedelungsgesetzes für Westpreußen und Posen, in: Germania vom 06.03.1904, erstes Blatt. – Hammerstein hatte erklärt, die Stellung der deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen gegebenenfalls mit Ausnahmegesetzen sichern zu wollen. PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 6. Sitz., 03.03.1904, S. 98.

[431] Der neue Ansiedelungsentwurf, in: Konservative Korrespondenz vom 04.03.1904, BArch R 8034/II, Nr. 5308, Bl. 36 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[432] Das neue Ansiedelungsgesetz, in: Schlesische Zeitung vom 09.03.1904, BArch R 8034/II, Nr. 5308, Bl. 44.

[433] Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 06.03.1904, Nr. 111. Siehe auch: Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 15.05.1904, Nr. 225.

[434] Am Vorabend der Entscheidung über die Ansiedlungs-Novelle, in: Deutsche Zeitung vom 26.06.1904, BArch R 8034/II, Nr. 5321, Bl. 38 f.; Zum Ansiedlungsgesetz, in: Kölnische Zeitung vom 25.06.1904, Nr. 645.

[435] Deutsche Agrarkorrespondenz, zitiert nach: Germania vom 26.06.1904, erstes Blatt; Gegen die Ansiedelungsvorlage, in: Deutsche Tageszeitung vom 15.06.1904, Nr. 276. Siehe hierzu H. v. Gerlach: Das Ansiedlungsgesetz und die Agrarier, in: Die Hilfe 10 (1904), 27, S. 3.

Leserbriefen an konservative Blätter.[436] Daher sei in den parlamentarischen Verhandlungen Rücksicht auf die Interessen der Landwirtschaft zu nehmen, erklärte die *Deutsche Tageszeitung*, die als Presseorgan des Bundes der Landwirte fungierte:

> „Wir erhalten fortgesetzt die ernsthaftesten Vorstellungen aus unserem Leserkreise gegen das Ansiedlungsgesetz, das in Posen und Westpreußen unter den dortigen Gutsbesitzern die lebhafteste Besorgnis erregt und dessen *schleunige* Annahme oder Durchpeitschung im Abgeordnetenhause, wie sie von der Regierung gewünscht wird, uns durchaus unangebracht erscheint."[437]

Die agrarischen Partikularinteressen riefen besonders in nationalliberalen Blättern heftige Kritik hervor. Die regierungsnahe *Kölnische Zeitung* verwarf die Proteste der Agrarier wegen der „selbstsüchtigen finanziellen Rücksichten", die „mit sehr schönen nationalen Redewendungen verbrämt" und mit „unglaublichen Uebertreibungen" begründet worden seien. Dahinter stecke „eine nennenswerte Zahl deutscher Agrarier", die die Gesetzesvorlage verhindern wollten, um ihren Besitz möglichst gewinnbringend an Polen weiterverkaufen zu können.[438] Gleichermaßen verurteilte der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hugo Böttger die „materiellen Instinkte" des ostelbischen Großgrundbesitzes scharf.[439]

Hier wird der tiefgreifende Dissens über die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Ansiedlungspolitik deutlich: Während die deutschen Großgrundbesitzer ihren sozialen Status und ihre politische Macht zu erhalten suchten, die eng mit dem Landbesitz verbunden waren, wollten die Nationalliberalen deren politischen Einfluss über die Veränderung der Besitzverhältnisse schwächen.[440] Mit der nationalpolitischen Begründung der Ansiedlungsnovelle suchten die Nationalliberalen und die preußische Staatsregierung den wirtschaftspolitischen Dissens zu überbrücken. Tatsächlich stellten selbst konservative Blätter die „patriotische Pflicht" als oberste Handlungsmaxime über die Bedenken aus agrarischen Kreisen, auch wenn sie die Wirksamkeit der Ansiedlungsnovelle bezweifelten.[441]

Zwar übten Zentrumsblätter heftige Kritik an der „Selbstsucht deutscher, bündlerischer Besitzer", die den Polen große materielle Schäden zumuteten, während ihr Patrio-

---

[436] Deutschland, in: Kreuzzeitung vom 12.04.1904, Nr. 169; Zum Ansiedelungsgesetz, in: Deutsche Tageszeitung vom 18.06.1904, Nr. 282; Zum Ansiedelungsgesetz, in: Deutsche Tageszeitung vom 20.06.1904, Nr. 284.

[437] Zum Ansiedelungsgesetz, in: Deutsche Tageszeitung vom 24.06.1904, Nr. 291 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[438] Zum Ansiedlungsgesetz, in: Kölnische Zeitung vom 25.06.1904, Nr. 645.

[439] Hugo Böttger: Das Ansiedlungsgesetz und die Agrarier, in: Der Tag vom 28.06.1904, illustrierter Teil.

[440] Müller, Modernisierung, S. 151 f.

[441] Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 26.06.1904, Nr. 295 (Zitat); Am Vorabend der Entscheidung über die Ansiedlungs-Novelle, in: Deutsche Zeitung vom 26.06.1904, BArch R 8034/II, Nr. 5321, Bl. 38 f.

tismus dort ende, wo sie selbst wirtschaftliche Nachteile erlitten.[442] Allerdings äußerten sie – ebenso wie linksliberale Zeitungen – die Hoffnung, dass die Proteste der Agrarier zur Ablehnung der Gesetzesvorlage führen könnten.[443] Denn aufgrund des Dreiklassenwahlrechts, das Grundbesitzer aus ländlichen Wahlkreisen und mit hohem Steueraufkommen begünstigte, waren diese überproportional im Abgeordnetenhaus vertreten. Trotzdem votierten sie nicht gegen die Gesetzesvorlage. Zu eng waren sie politisch und wirtschaftlich mit dem preußischen Staat verbunden, weshalb es kaum vorstellbar schien, dass die Ansiedlungsnovelle auf deutsche Grundbesitzer angewendet würde.

Obwohl kaum Zweifel am Ausgang der parlamentarischen Abstimmung bestanden, wurde Kritik an den Bemühungen der Staatsregierung und der konservativ-nationalliberalen Mehrheit laut, die Gesetzesvorlage möglichst zügig zu verabschieden. Als der Kommissionsbericht erst drei Tage vor der Generaldebatte im Abgeordnetenhaus vorlag, hielt die *Germania* es für kaum „menschenmöglich“, sich in der kurzen Zeit ein fundiertes Urteil über die aufgeworfenen Verfassungsfragen bilden zu können. Daher bot sie den Abgeordneten eine Argumentationshilfe an, besprach den strittigen Paragrafen über die Ansiedlungsgenehmigung und lehnte diesen schließlich kategorisch ab: „Und Hand aufs Herz: Wer will es bestreiten, daß diese Bestimmung, wenigstens in ihrem Geist und Zweck, wenn auch nicht dem klaren Wortlaut nach, nicht der Verfassung für Preußen und das Reich [...] entspricht [...]“.[444] Ferner suchte der Zentrumsabgeordnete Hermann Roeren im Abgeordnetenhaus eine erneute Abstimmung über die Gesetzesvorlage nach 21 Tagen zu erreichen, die für Verfassungsänderungen vorgesehen war.[445] Doch die Regierungsmehrheit lehnte dies ebenso ab wie die zahlreichen Abänderungsanträge der Polnischen Fraktion, ignorierte die „Verschleppungstaktik“[446] polnischer Redner ostentativ[447], führte über Schlussanträge das Ende der Debatte herbei und verabschiedete am 30. Juni 1904 die Gesetzesvorlage.[448]

Mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus beklagte die linksliberale *Frankfurter Zeitung* die „Ohnmacht der freiheitlichen Parteien“ und die Leichtigkeit, mit der sich die Staatsregierung über die Verfassung hinwegsetze. Besonders

---

442 Konservativ-landbündlerische Opposition gegen das neue Ansiedlungsgesetz, in: Märkische Volkszeitung vom 14.04.1904, BArch R 8034/II, Nr. 5321, Bl. 12; Das Ansiedelungsgesetz, in: Kölnische Volkszeitung vom 27.06.1904, Nr. 527.

443 Zum Ansiedelungsgesetz, in: Kölnische Volkszeitung vom 25.06.1904, Nr. 521; Ansiedlungsgesetz und Landwirtschaft, in: Germania vom 26.06.1904, erstes Blatt; Berliner Tageblatt vom 24.06.1904, Nr. 316; Arthur Levysohn: Politische Wochenschau, in: Berliner Tageblatt vom 26.06.1904, Nr. 320.

444 „Das ist der Fluch der bösen Tat ...“, in: Germania vom 25.06.1904, erstes Blatt.

445 PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 89. Sitz., 27.06.1904, Sp. 6395.

446 Ebenda, Sp. 6386 (Friedberg, Nationalliberale Partei). Ähnlich: Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 03.07.1904, Nr. 307.

447 Der Zentrumsabgeordnete Karl Bachem rügte scharf, dass der polnische Abgeordnete Sigismund von Dziembowski durch Gespräche auf der Rechten übertönt worden sei. PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 90. Sitz., 28.06.1904, Sp. 6466 f. Siehe auch: „Wehe mir, ich habe gesiegt“, in: Kölnische Volkszeitung vom 01.07.1904, Nr. 538; Der nationale Sieg, in: Vorwärts vom 29.06.1904.

448 PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 91. Sitz., 30.06.1904, Sp. 6627.

verurteilte sie das Bestreben der Regierungsmehrheit, die Debatte über die Gesetzesvorlage zu verhindern: „Nur keine Redegefechte mehr, das Gesetz soll mit einer Schnelligkeit zustande kommen, wie man etwa in Epidemiezeiten ansteckende Leichen verscharrt. Nur heraus aus dem Haus und keine Berührung mehr damit!“[449] Es zeuge von einer „unwürdigen Eile“, wenn die politischen Gegner durch Schlussanträge „mundtot“ gemacht würden. Da nicht einmal mehr die rechtlichen Einwände geprüft würden, sei die Verfassung gegenüber den Polen bereits suspendiert.[450] Einen Ausweg aus der Machtlosigkeit sah das Blatt in der Mobilisierung des Reichstags, der – angeführt von den „Vertretern des bürgerlichen Liberalismus“ – seiner „nationalen Pflicht“ nachkommen und gegen den Verfassungsbruch vorgehen müsse.[451]

Als die Ansiedlungsnovelle zwei Tage später vom Preußischen Herrenhaus bestätigt wurde[452], erteilte die offiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* umgehend ihren Segen und stellte sich demonstrativ hinter die preußischen Staatsminister. Diese hätten die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes ebenso belegt wie die „Unerläßlichkeit dieser neuen Bestimmungen vom Standpunkt der nationalen Wohlfahrt und der Erhaltung des Deutschtums in der Ostmark“. Als Begründung reichte dem Blatt die „aggressive Tendenz des Polentums“ völlig aus.[453] Für rechte Blätter war die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit mit der Annahme der Gesetzesvorlage ohnehin grundsätzlich erledigt.[454] Die rechtsnationalistische *Rheinisch-Westfälische Zeitung* stellte das neue antipolnische Gesetz vielmehr in den Dienst der „inneren Staatsgründung“ und wollte den „Anfang einer wahrhaft nationalen Politik“ erkannt haben, die das Reich „zu einem wirklichen Nationalstaate des deutschen Volkes ausgestaltet“. Da mit der Ansiedlungsnovelle die rechtliche Ungleichbehandlung der „Nichtdeutschen“ gesetzlich festgeschrieben worden sei, handele es sich um das erste „aus rein nationalen Erwägungen entsprungene Gesetz“ Preußens.[455]

Für die Opposition war mit der Verabschiedung der Verfassungsbruch besiegelt. Das linksliberale *Berliner Tageblatt* schrieb von einem „Gesetz der kalten, rein nach Nützlichkeitsgründen fragenden Staatsraison“ im Geiste Niccolò Machiavellis, das trotz schwerwiegender Verfassungsbedenken angenommen worden sei.[456] Die *Kölnische Volkszeitung* wollte gar beobachtet haben, dass unter den Abgeordneten der Mehrheitsparteien keine Freude über den Ausgang der Verhandlungen geherrscht habe. Das

[449] Frankfurt, 28. Juni, in: Frankfurter Zeitung vom 28.06.1904, Abendblatt.

[450] Tages-Rundschau, in: Frankfurter Zeitung vom 29.06.1904, Abendblatt.

[451] Wie ein Justizminister Staatsgrundgesetze interpretiert, in: Frankfurter Zeitung vom 17.06.1904, viertes Morgenblatt.

[452] PHH, Sess. 1904/05, 1. Bd., 25. Sitz., 02.07.1904, S. 570.

[453] Rückblicke, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 03.07.1904. Siehe auch: Das Ansiedlungsgesetz, in: Kölnische Zeitung vom 29.06.1904, Nr. 660.

[454] Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 03.07.1904, Nr. 307; Das Ansiedelungsgesetz und die Auslegung des Artikels 4 der Verfassung, in: Die Post vom 05.07.1904, BArch R 8034/II, Nr. 5321, Bl. 58 f.

[455] Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 01.07.1904, BArch R 8034/II, Nr. 5321, Bl. 52. Siehe auch: Die Bedeutung des neuen Ansiedelungsgesetzes, in: Staatsbürger Zeitung vom 01.07.1904, BArch R 8034/II, Nr. 5321, Bl. 57 f.

[456] Aus dem Abgeordnetenhause, in: Berliner Tageblatt vom 01.07.1904, Nr. 329.

Zentrumsblatt pflichtete dem fraktionslosen „Wildliberalen“ Viktor Kölle bei, der die Angst vor der „Anzweiflung der nationalen Gesinnung“ für die Zustimmung vieler Konservativer verantwortlich machte.[457] Fundamental war die Kritik des sozialdemokratischen *Vorwärts*, der die Ansiedlungsnovelle als bedeutende Zäsur der deutschen Legislative verurteilte und in Zukunft weitere Ausnahmegesetze erwartete: „Man hat die Brücke überschritten, welche bisher noch die bewahrten politischen Grundrechte von der ostelbischen Herrenwillkür schied. Jetzt ist die letzte Scham überwunden, nunmehr ist nichts mehr unmöglich [...]“.[458] Daher müsse der Widerstand gegen verfassungswidrige Ausnahmegesetze und gegen die repressive Polenpolitik weiterhin aufrechterhalten werden, sekundierte die *Kölnische Volkszeitung*.[459]

Die Wirkung der Ansiedlungsnovelle blieb jedoch hinter den Erwartungen der Staatsregierung und der Regierungsparteien zurück, da die Polen die Ansiedlungsbeschränkungen umgingen, indem sie etwa Grundstücke mit bereits bestehenden Gebäuden erwarben und diese bewohnten.[460] Nur berichtete die deutsche Presse nach der Verabschiedung kaum über die Auswirkungen des Gesetzes auf das Leben der polnischen Bevölkerung. Einzig das anschauliche Beispiel des berühmt gewordenen Bauern Michał Drzymała führte dem deutschen Zeitungsleser die Tragweite der Ansiedlungsnovelle vor Augen. Dieser hatte nach dem Kauf eines Grundstücks im Jahr 1905 und der Verweigerung der behördlichen Baugenehmigung einen umgebauten Zirkuswagen aufgestellt, den er gemeinsam mit Frau und drei Kindern bewohnte. Den Wagen bewegte er täglich ein wenig, um nicht unter die Bestimmungen über die Errichtung eines festen Wohnhauses zu fallen. Trotzdem untersagten die Behörden das Wohnen in diesem Wagen und verhängten Geldstrafen gegen Drzymała, der schließlich im Jahr 1910 sein Land verkaufte und fortzog. Als der Fall im Sommer 1907 bekannt wurde, sorgte er vor allem in der polnischen und internationalen Presse, aber auch in der deutschen Öffentlichkeit für Aufsehen.[461]

Das Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* bezeichnete es als „ganz außergewöhnliche bureaukratische Glanzleistung“ der Behörden, preußischen Staatsbürgern die Errichtung eines Wohnhauses auf ihrem eigenen Grundstück zu verbieten. Diese Ausformung der „borussische[n] Ueberbureaukratie“ sorge in der Welt für Belustigung und Empörung. Es sei daher zu hoffen, dass der „Hakatismus“ unter dem moralischen Verdikt des Auslandes zusammenbreche.[462] Dagegen glaubte die konservative *Schlesische*

[457] „Wehe mir, ich habe gesiegt“, in: Kölnische Volkszeitung vom 01.07.1904, Nr. 538. Für die Ausführungen Kölles PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 91. Sitz., 30.06.1904, Sp. 6601. – Der Zentrumsabgeordnete Hermann Roeren hatte im Abgeordnetenhaus vorsorglich den Vorwurf zurückgewiesen, er handele „aus Mangel an nationalem Sinne oder aus großpolnischer Sympathie“. PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 71. Sitz., 10.05.1904, Sp. 5177. Ähnlich äußerte sich der freisinnige Abgeordnete Albert Traeger. PAH, 20. Leg., 1. Sess., 4. Bd., 72. Sitz., 11.05.1904, Sp. 5234.

[458] Die zerfetzte Verfassung, in: Vorwärts vom 01.07.1904.

[459] Das neue Ansiedelungsgesetz, in: Kölnische Volkszeitung vom 02.07.1904, Nr. 541. Siehe auch: Zentrumspolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.07.1904, Nr. 554.

[460] Hofmann, S. 278 ff.; Balzer, Polenpolitik, S. 78 f.

[461] Wajda, Wóz Drzymały; Hofmann, S. 280 f.

[462] Der Luftkurort Drzymellas, in: Kölnische Volkszeitung vom 27.08.1907, Nr. 739.

Zeitung an eine gezielte Provokation Drzymałas, der gewusst haben müsse, dass er keine Ansiedlungsgenehmigung erhalten werde. Weiter spekulierte das Blatt darüber, wie ein Bauer angesichts der hohen Bodenpreise in der Region 15 Hektar Land habe kaufen können, womit es nahelegte, dass Drzymała mit der Unterstützung polnischer Genossenschaften die Polonisierung der Ostprovinzen vorantreibe.[463] Insofern hätten die Behörden mit der Verweigerung der Ansiedlungsgenehmigung korrekt gehandelt, sekundierte das deutschnationale *Posener Tageblatt*.[464]

Die knappen Erörterungen über Drzymała, der große Berühmtheit in der polnischen Bevölkerung aller drei Teilungsgebiete erlangte[465], blieben jedoch die Ausnahme. In der Regel wurde der deutsche Zeitungsleser nicht mit den Auswirkungen der Ansiedlungsnovelle konfrontiert. Da die preußischen Behörden insgesamt rund drei Viertel der polnischen Ansiedlungsanträge ablehnten, handelte es sich jedoch um einen schwerwiegenden staatlichen Eingriff in das Leben zahlreicher Staatsbürger. Insbesondere im Vergleich mit dem freiwilligen Verkauf von Landbesitz an die Ansiedlungskommission und dem im Jahr 1908 verabschiedeten, aber nur in vier Fällen angewandten Enteignungsrecht, war die Ansiedlungsnovelle für den Staat ein bedeutendes machtpolitisches Instrument im Nationalitätenkonflikt mit gravierenden Folgen für viele preußische Polen.[466]

3.2 Die Öffentlichkeit als Schlachtfeld: Der Kampf um das Enteignungsrecht

Im November 1907 legte die Staatsregierung dem preußischen Landtag eine Gesetzesvorlage vor, die ihr das Recht einräumen sollte, zugunsten der Ansiedlungspolitik Grundbesitzer in Posen und Westpreußen zu enteignen. Damit trug sie zum einen der Tatsache Rechnung, dass die polnische Siedlungstätigkeit durch die Ansiedlungsnovelle zwar gebremst, aber nicht gestoppt werden konnte. Zum anderen gab die Staatsregierung den Forderungen nach weiteren Ausnahmegesetzen nach, die vom Deutschen Ostmarkenverein und Alldeutschen Verband in vertraulichen Denkschriften und in ihren Publikationsorganen lautstark erhoben worden waren.[467] Anhand der immer stärker hervortretenden Befürworter von Enteignungen in der deutschen Öffentlichkeit kann nachvollzogen werden, wie das Thema sukzessive auf die öffentliche Agenda gesetzt und von der Presse aufgegriffen und diskutiert wurde.

Die gesetzliche Möglichkeit, polnische Grundbesitzer zu enteignen, um auf den Gütern deutsche Bauern und Landarbeiter anzusiedeln, wurde von den radikalnationalistischen Verbänden bereits seit der Jahrhundertwende diskutiert. Auf Veranstaltungen des Ostmarkenvereins und des Alldeutschen Verbandes sowie in deren Publikationsorganen wurde neben anderen Gesetzesmaßnahmen zur Beschränkung der polnischen

[463] Der Luftkurort des Bauern Drzymella, in: Schlesische Zeitung vom 29.08.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5333, Bl. 152.

[464] „Der Luftkurort Drzymellas", in: Posener Tageblatt vom 30.08.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5333, Bl. 147.

[465] Wajda, Wóz Drzymały, S. 67 und 72.

[466] Müller, Modernisierung, S. 157.

[467] Jakóbczyk, Pruska komisja osadnicza, S. 148-152.

Siedlungstätigkeit wiederholt das Enteignungsrecht für die Ansiedlungskommission verlangt.[468] Diese Forderungen wurden in der deutschen Presse zunächst nicht beachtet.

Einige Zeitungen nahmen das Thema erst auf, als die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* am 28. Dezember 1905 auf der Titelseite eine Zuschrift veröffentlichte, in welcher die Anwendung des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 zugunsten der Ansiedlungspolitik gefordert wurde. Das Gesetz diente dem Staat dazu, auf dem Wege der Enteignung Land für Straßen, Schienenwege und städtebauliche Maßnahmen zu erhalten, die der Allgemeinheit zugute kommen sollten. Der Verfasser der Zuschrift ging jedoch davon aus, dass die bisherige staatliche Ansiedlungspolitik für die Grundbesitzverteilung zwischen Deutschen und Polen in den Ostprovinzen bedeutungslos gewesen sei. Um zusammenhängende, deutschbesiedelte Güter in der Nähe der Städte zu schaffen, empfahl er die Enteignung polnischer, notfalls auch deutscher Grundbesitzer. Seiner Ansicht nach lagen solche Maßnahmen unzweifelhaft im öffentlichen Interesse und seien daher verfassungsrechtlich zulässig.[469]

Obwohl in der Zuschrift die Enteignung unabhängig von der Nationalität des Grundbesitzers verlangt wurde, befürchteten Zentrums- und linksliberale Blätter ein neues antipolnisches Ausnahmegesetz. Noch am selben Abend erschien in dem Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* eine scharfe Erwiderung, in welcher die Möglichkeit von Enteignungen zugunsten der staatlichen Ansiedlungspolitik rundweg bestritten wurde. Denn es sei unhaltbar, dass die Staatsregierung das öffentliche Interesse zu politischen Zwecken instrumentalisiere. Da das Gesetz gezielt gegen die preußischen Polen angewandt werden sollte, würde der Verfassungsgrundsatz der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger verletzt.[470] Das linksliberale *Berliner Tageblatt* warnte vor dem Bruch des „obersten Grundgesetzes preußischen Staatslebens", der einen „Krieg bis aufs Messer" zwischen Deutschen und Polen eröffnen würde. Das Blatt wies zudem darauf hin, dass die Zuschrift in der *Kölnischen Zeitung* als „Fühler der Regierung" angesehen werden könne, die Zustimmung der deutschen Presse zu einer entsprechenden Gesetzesvorlage in Erfahrung zu bringen.[471]

Zwar ist unklar, inwiefern die Zuschrift tatsächlich als offiziös gelten konnte.[472] Da die angesehene regierungsnahe *Kölnische Zeitung* das Thema jedoch als diskussionswürdig erachtete und sich andere Blätter damit auseinandersetzten, war es jenseits der radikalnationalistischen Kreise offenbar anschlussfähig bzw. wurde als anschlussfähig

---

[468] WALKENHORST, S. 263-272.

[469] Die Gefahr einer weiteren Polonisierung der Ostmark, in: Kölnische Zeitung vom 28.12.1905, Nr. 1350. – Nach Annahme der Enteignungsvorlage im Februar 1908 brüstete sich die *Kölnische Zeitung*, die Enteignung polnischer Grundbesitzer noch vor dem Ostmarkenverein gefordert zu haben: Durch!, in: Kölnische Zeitung vom 28.02.1908, Nr. 220.

[470] Die schiefe Ebene, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.12.1905, Nr. 1078. Siehe auch: Enteignung und Polenfrage, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.01.1906, Nr. 57.

[471] Ein falscher Weg in der Polenpolitik, in: Berliner Tageblatt vom 30.12.1905, Nr. 661.

[472] Möglicherweise ging die Zuschrift auf die vertraulichen Beratungen zwischen Bülow und dem Ostmarkenverein über die Ansiedlungspolitik von November 1905 oder auf die Denkschrift des Ostmarkenvereins vom 25.11.1905 an die Staatsregierung zurück. Vgl. BALZER, Polenpolitik, S. 80; JAKÓBCZYK, Ostmarkenverein, S. 214; LAND, S. 62 f.

in der deutschen Bevölkerung erachtet. Somit war die „Enteignungsfrage“ in der deutschen Presseberichterstattung angekommen.

Als die *Kölnische Zeitung* nicht auf die Erwiderungen einging, brach die Diskussion zunächst ab, hob jedoch wieder an, als die *Berliner Morgenpost* am 24. August 1906 „aus bester Quelle“ erfahren haben wollte, dass das preußische Innenministerium an einem Gesetzentwurf für ein Enteignungsrecht arbeite.[473] Diese Meldung fiel mit den lautstark vorgetragenen Forderungen des Ostmarkenvereins zusammen, in den preußischen Ostprovinzen Grundbesitz zugunsten der Ansiedlungspolitik zu enteignen. Auf der Generalversammlung des Vereins, dem „Deutschen Tag“ in Marienburg (Malbork) am 25. August 1906, waren die Beschränkung des polnischen Grundeigentums durch ein staatliches Vorkaufsrecht und ein generelles Enteignungsrecht die zentralen Themen der Vorträge und Diskussionen. Der Gesamtausschuss des Ostmarkenvereins verabschiedete eine entsprechende Resolution.[474] Ob die Meldung in der *Berliner Morgenpost* von der Staatsregierung lanciert worden war, um ihre Übereinstimmung mit dem Ostmarkenverein in der Ansiedlungspolitik und der Enteignungsfrage zu bekräftigen, oder die deutsche Bevölkerung durch Zeitungsmeldungen sukzessive an den „Enteignungsgedanken“ gewöhnt werden sollte, wie die *Frankfurter Zeitung* vermutete[475], muss jedoch offen bleiben.

Die Ablehnung der Zentrums-, linksliberalen und sozialdemokratischen Blätter war eindeutig. Nachdrücklich wiesen sie auf den Widerspruch zur garantierten Unverletzlichkeit des Eigentums in der preußischen und Reichsverfassung hin. Zudem erwarteten sie, dass das Enteignungsrecht nicht nur den Nationalitätenkonflikt verschärfen, sondern auch die deutschen Grundbesitzer zur Überlassung ihrer Güter an Bodenspekulanten und zur Landflucht geradezu ermuntern werde.[476] In drastischen Worten fasste die *Germania* die Vorschläge des Ostmarkenvereins zusammen: „Also Gewalt, Terrorismus, Boykott, das ist der hakatistischen Weisheit letzter Schluß.“[477] Werde die Sicherheit des Eigentums außer Kraft gesetzt, gehe der verantwortliche preußische Innenminister Theobald von Bethmann Hollweg als „Bahnbrecher der sozialdemokratischen Aera“ in die Geschichte ein, warnte die *Kölnische Volkszeitung* vor der umfassenden Verstaatlichung von Grundbesitz.[478] Und der sozialdemokratische *Vorwärts* resümierte, dass die Aufgabe der „fundamentalsten Grundsätze der kapitalistischen Staats- und Eigentumsordnung“ zugunsten der preußischen Polenpolitik den Auftakt

---

[473] Enteignung der Polen. Eine neue Regierungsaktion, in: Berliner Morgenpost vom 24.08.1906.

[474] Balzer, Polenpolitik, S. 80. Siehe auch: Der deutsche Tag in Marienburg, in: Posener Tageblatt vom 28.08.1906, Nr. 400.

[475] Tages-Rundschau, in: Frankfurter Zeitung vom 28.08.1906, Abendblatt.

[476] Enteignung der Polen?, in: Berliner Tageblatt vom 24.08.1906, Nr. 429; Das Enteignungsrecht der Ansiedlungskommission, in: Vossische Zeitung vom 28.08.1906, Nr. 400; Die Enteignung des polnischen Grundbesitzes, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.08.1906, Nr. 743; Aus der inneren Kolonialverwaltung, in: Germania vom 29.08.1906, erstes Blatt; Bodenpreise und Ansiedelungspolitik, in: Germania vom 31.08.1906, zweites Blatt.

[477] Hakatistentag, in: Germania vom 28.08.1906, erstes Blatt.

[478] Enteignung der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 26.08.1906, Nr. 734. Siehe auch: Die Enteignung der Polen, in: B.Z. am Mittag vom 24.08.1906; Das Enteignungsrecht der Ansiedlungskommission, in: Vossische Zeitung vom 28.08.1906, Nr. 400.

zur Überführung von privatem in gesellschaftliches Eigentum im Zuge einer sozialen Revolution bilde.[479]

Da sich rechte Blätter mit Bewertungen zurückhielten, konstatierte die *Kölnische Volkszeitung* ein „verlegenes Schweigen“ in der „hakatistischen Presse“.[480] So relativierte die konservative *Kreuzzeitung* die Resolution des Ostmarkenvereins, die keine umfassende Verstaatlichung von Grundbesitz, sondern nur die Enteignung einzelner polnischer Güter enthalte.[481] Und die bürgerlich-liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten* lehnten das Enteignungsrecht wegen geringer Erfolgsaussichten ab, da sie den Polen vielmehr grundsätzlich den Erwerb von Grundbesitz verbieten wollten.[482] Vorbehaltlose Zustimmung zu dem Vorschlag der Enteignung polnischer Grundbesitzer war in der deutschen Presse jedoch nicht zu finden.

Einige Monate später kündigte der preußische Ministerpräsident Bernhard von Bülow in der kaiserlichen Thronrede vom 8. Januar 1907 eine neue Gesetzesvorlage „zur Stärkung des Deutschtums“ in den Ostprovinzen an. In der Folge erörterte die preußische Staatsregierung ein entsprechendes Gesetz. Da zeitgleich der Schulstreik in der Provinz Posen andauerte, konnte Landwirtschaftsminister Bernd von Arnim das Enteignungsrecht auf einer Sitzung der Staatsminister mit dem „Kriegszustand“ in den Ostprovinzen plausibel begründen.[483] Doch das linksliberale *Berliner Tageblatt* vermeldete, dass die Konservativen die geplante Einbringung der Enteignungsvorlage in den preußischen Landtag verhindert hätten. Außerdem sei dieses Vorhaben wegen der gravierenden Verletzung der Verfassung und der erwarteten Verschärfung des Nationalitätenkonflikts von der „öffentlichen Meinung Deutschlands längst als rechts- und gesetzwidrig abgelehnt“ worden.[484] Ebenso bekräftigte die *Kölnische Volkszeitung* ihre Gegnerschaft gegen das Enteignungsrecht und hielt den deutschen Rechten die unheilvolle Logik der antipolnischen Politik vor Augen:

> „Noch ‚einfacher‘ wäre es, alle Polen einfach totzuschlagen, und was kann *hakatistische Herrenmoral* dagegen einwenden, wenn das ‚Lebensinteresse Preußen-Deutschlands‘ einen solchen Massenmord ‚zu gebieten scheint‘? Warum sollte man den Polen nicht das Leben nehmen können, wenn man ihr Eigentum nehmen darf? Das Prinzip ist dasselbe, es handelt sich nur um eine Steigerung.“[485]

---

479 Staatliche Zwangsenteignung der Polen?, in: Vorwärts vom 28.08.1906.

480 Die Enteignung des polnischen Grundbesitzes, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.08.1906, Nr. 743.

481 Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 02.09.1906, Nr. 410.

482 Gegen die Polen, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 28.08.1906, Nr. 400.

483 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Januar 1907, in: Zilch, Protokolle, Bd. 9, S. 189. Vgl. Jakóbczyk, Pruska komisja osadnicza, S. 153 f.

484 Die Polenvorlage, ein Schlag ins Wasser, in: Berliner Tageblatt vom 06.04.1907, Nr. 173. Siehe auch H. v. Gerlach: Preußische Jakobinerpolitik, in: Die Nation 24 (1906/07), 22, S. 339 f.

485 Ein Gesetz betr. die Enteignung der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.03.1907, Nr. 247 (Hervorhebung im Original gesperrt). Siehe auch: Antipolnische Wüteriche, in: Kölnische Volkszeitung vom 22.05.1907, Nr. 442.

Im Sommer 1907 flammten die Spekulationen über das Enteignungsrecht erneut auf. Mitte Juli sei der Entwurf einer neuen Ostmarkenvorlage einigen Parteiführern vertraulich mitgeteilt worden, die „ernste grundsätzliche Bedenken" geäußert hätten, berichtete die *Frankfurter Zeitung*.[486] Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Blätter nahmen das Gerücht zum Anlass, das projektierte Enteignungsrecht ausführlich zu erörtern und wegen der Unvereinbarkeit mit der Verfassung abermals entschieden abzulehnen.[487]

Wenige Wochen darauf wurden auf dem „Deutschen Tag" in Bromberg (Bydgoszcz) am 17. und 18. August 1907 erneut gesetzliche Befugnisse und finanzielle Mittel für die Ansiedlungskommission diskutiert, in einer Resolution wurde die Staatsregierung zum Handeln aufgefordert.[488] Für Aufsehen sorgte die Erklärung des Posener Oberpräsidenten Wilhelm von Waldow, „die Politik des Ostmarkenvereins sei auch die Politik des Kaisers". Damit habe sich die Staatsregierung „in geradezu ostentativer Weise mit diesen Forderungen identifiziert", bemerkte das *Berliner Tageblatt*.[489] In dieselbe Richtung deuteten die Antworttelegramme des Kaisers und Reichskanzlers auf die Huldigungsadressen des Ostmarkenvereins, die von den preußischen Polen als Ausdruck der Zustimmung zum Enteignungsrecht gedeutet wurden, teilte die offiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* mit.[490]

Diese Befürchtung wurde genährt durch die Denkschrift der Ansiedlungskommission „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit 1886-1906", die Ende August 1907 erschien. In dem Rechenschaftsbericht über die staatliche Ansiedlungstätigkeit wurden neben den Erfolgen der Urbarmachung des Bodens, der höheren Erträge, der deutschen Bevölkerungszunahme und des wirtschaftlichen Aufschwungs auch die Schwierigkeiten des Landerwerbs dargelegt. Die Denkschrift schloss mit dem unspezifischen Fazit, dass der preußische Staat einen Weg finden müsse, den Landerwerb für die Ansiedlungspolitik auch in Zukunft sicherzustellen.[491]

---

486 Frankfurter Zeitung vom 16.07.1907, zweites Morgenblatt. Siehe auch: Das drohende Polengesetz, in: Berliner Tageblatt vom 16.07.1907, Nr. 356; Die neue Ostmarkenvorlage, in: Frankfurter Zeitung vom 19.07.1907, zweites Morgenblatt.

487 Kommt das Polen-Enteignungsgesetz?, in: Vorwärts vom 17.07.1907; Eine Enteignungsvorlage?, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.07.1907, Nr. 621; Frankfurt, 23. Juli, in: Frankfurter Zeitung vom 23.07.1907, Abendblatt. – Zu den Erörterungen in der deutschen Presse: Wie steht es mit der neuen Polenvorlage?, in: Kölnische Volkszeitung vom 25.07.1907, Nr. 638.

488 Jakóbczyk, Ostmarkenverein, S. 215-218. – Das Vorstandsmitglied Heinrich von Tiedemann betonte, dass der Ostmarkenverein die „öffentliche Meinung" bearbeiten und den Eindruck erwecken müsse, als fordere die „vox populi" die Ausnahmegesetze. Ebenda, S. 218.

489 Der polnische Karren, in: Berliner Tageblatt vom 21.08.1907, Nr. 423.

490 Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 27.08.1907.

491 Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit. Tätigkeit und Aufgaben neupreußischer Kolonisation in Westpreußen und Posen. 1886 bis 1906, in: PAH, 20. Leg., III. Sess. 1907, Drucksachen, Bd. 6, Nr. 501, S. 3576-3876, hier S. 3738. Auch als Separatdruck erschienen: Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit. Tätigkeit und Aufgaben neupreußischer Kolonisation in Westpreußen und Posen, Berlin 1907.

Die Denkschrift erhielt große Resonanz in der deutschen Presse und wurde beispielsweise von der linksliberalen *Frankfurter Zeitung* als Beleg für das „schmählich[e] Fiasko“ der staatlichen Ansiedlungspolitik bewertet.[492] Außerdem forderte das Blatt die oppositionelle Presse auf, frühzeitig und entschlossen Widerstand gegen die bevorstehende Enteignungsvorlage zu leisten und durch eine entsprechende Berichterstattung die politischen Entscheidungen zu beeinflussen:

> „Eine solche Vorlage muß in ihrer Entstehung bekämpft werden, denn wenn sie erst einmal eingebracht ist, so wirkt die nationale Phrase, daß ihre Ablehnung ein Triumph der Polen und eine Niederlage der Regierung bedeuten würde, und daß man daher gegen bessere Ueberzeugung das gefährliche Abenteuer mitmachen müsse.“[493]

Tatsächlich sollten die Staatsregierung und die deutschen Rechten in den parlamentarischen Debatten über das Enteignungsrecht derart argumentieren und sich ausgiebig der „nationalen Phrase“ bedienen. Wie sich die *Frankfurter Zeitung* die Bekämpfung des Gesetzesvorhaben vorstellte, ließ sie allerdings offen. Ohnehin blieb der enteignungskritischen Presse einzig die Möglichkeit, öffentlich Kritik zu üben, deren Einfluss auf die Politik der Staatsregierung jedoch zweifelhaft war.

Das Eingeständnis der Ansiedlungskommission, dass sie ihre Ziele nicht erreicht habe, war ein bedeutender Anstoß für die Staatsregierung, die Enteignungsvorlage in den preußischen Landtag einzubringen. Veränderte politische Rahmenbedingungen begünstigten das Gesetzesvorhaben, denn nach den Reichstagswahlen im Januar 1907 und der Bildung des „Bülow-Blocks“ aus Konservativen, Nationalliberalen und freisinnigen Liberalen war Reichskanzler Bülow im Reichstag nicht mehr auf die Unterstützung der Zentrumspartei angewiesen und konnte die Verschärfung der preußischen Polenpolitik ins Auge fassen.[494]

Als die Staatsregierung im November 1907 die Gesetzesvorlage für ein Enteignungsrecht zugunsten der staatlichen Ansiedlungspolitik veröffentlichte, war das Thema bereits seit zwei Jahren in der deutschen Öffentlichkeit präsent. Durch die unregelmäßigen Meldungen, Gerüchte und Forderungen waren die Zeitungen und deren Leser mit dem Gedanken konfrontiert worden, dass die Enteignung polnischer Grundbesitzer ein politisch relevantes Thema sei. Dabei waren in der öffentlichen Diskussion bereits wichtige Argumente für und gegen ein solches Gesetz vorgebracht worden, die während der parlamentarischen Verhandlungen weiter ausgeführt, präzisiert und zugespitzt wurden. In der Folge beobachtete die Presse die parlamentarischen Verhandlungen und die Stellungnahmen der anderen Zeitungen zur Enteignungsvorlage.

Am 26. November 1907 begründete Bülow im Preußischen Abgeordnetenhaus die Enteignungsvorlage, die der Ansiedlungskommission das Recht gewähren sollte, für

[492] Frankfurt, 28. August, in: Frankfurter Zeitung vom 28.08.1907, Abendblatt. Siehe auch: „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit“, in: Germania vom 24.08.1907, zweites Blatt; Die preußische Regierung als Kulturträger, in: Vorwärts vom 01.09.1907; von Mirbach: Zur Enteignungsfrage, in: Der Tag vom 31.08.1907, illustrierter Teil.

[493] Die kommende Polenvorlage, in: Frankfurter Zeitung vom 22.08.1907, drittes Morgenblatt.

[494] Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1009 ff.

ihre Zwecke Grundbesitz auf dem Wege der Enteignung gegen Entschädigung zu erwerben. Dabei stellte er einen engen Bezug zu Bismarck her, der bereits in der Debatte über das Ansiedlungsgesetz am 28. Januar 1886 von der Möglichkeit gesprochen habe, den polnischen Adel zu „expropriieren".[495] Des Weiteren wiederholte er die wesentlichen Aussagen der Denkschrift der Ansiedlungskommission, die er mit emphatischen Warnungen vor der Bedrohung der deutschen durch die polnische Bevölkerung verband. Vor allem betonte er den defensiven Charakter der Gesetzesvorlage, die gegen den wirtschaftlichen Boykott, die Agitation und die Gefährdung des Staates durch die nationalpolnische Bewegung gerichtet sei.[496] Den Widerspruch zur Unverletzlichkeit des Privateigentums in der preußischen Verfassung handelte er knapp ab, indem er auf das öffentliche Wohl und die bis dahin aufgewandten Summen für die Ansiedlungspolitik verwies. Bülows Begründung gipfelte in der Behauptung, dass es die „Pflicht der Selbsterhaltung" des preußischen Staates sei, das „Deutschtum" gegen die drohende Polonisierung zu schützen.[497]

Am 29. und 30. November wurde die Enteignungsvorlage im Abgeordnetenhaus verhandelt und nach scharfer Kritik der oppositionellen Parteien an eine Kommission überwiesen.[498] Diese legte einen zwischen Staatsregierung, konservativen und nationalliberalen Parteien ausgehandelten Kompromiss vor, in dem das Enteignungsrecht geografisch auf die Provinzen Posen und Westpreußen sowie auf einen Umfang von 70 000 Hektar beschränkt wurde. Zwischen deutschem und polnischem Besitz sollte formal kein Unterschied gemacht werden. Parallel zur dritten Lesung interpellierte die Polnische Reichstagsfraktion Bülow über die Vereinbarkeit von Enteignungen mit der Reichsverfassung. Das Abgeordnetenhaus nahm die Enteignungsvorlage am 18. Januar 1908 gegen die Stimmen der Polnischen Fraktion, der Zentrumspartei, der freisinnigen Parteien und der dänischen und elsass-lothringischen Vertreter an. In der folgenden ersten Lesung im Preußischen Herrenhaus wurden zahlreiche prinzipielle Bedenken gegen die Gesetzesvorlage vorgebracht, worauf eine Kommission diese überarbeitete und weiter abschwächte.[499] Nach einer vielbeachteten Debatte nahm das Herrenhaus am 27. Februar 1908 schließlich den Antrag des Oberbürgermeisters von Frankfurt am Main, Franz Adickes, der die Fassung des Abgeordnetenhauses weitgehend wiederherstellte, in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 111 Stimmen an. Wenige Tage darauf bestätigte das Abgeordnetenhaus das Gesetz, das am 20. März 1908 in Kraft trat.[500]

---

495 PAH, 20. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 1. Sitz., 26.11.1907, Sp. 7-21, hier Sp. 17.

496 Ebenda, Sp. 18 f.

497 Ebenda, Sp. 19. Für den Gesetzentwurf und die Begründung siehe PAH, 20. Leg., IV. Sess. 1907/08, Drucksachen, Bd. 1, Nr. 12, S. 60-88. – Für die Reaktion der deutschen Presse: Das Polenenteignungsgesetz, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.11.1907, Nr. 1033.

498 Zum Folgenden Pirko, Niemiecka polityka wywłaszczeniowa, S. 140-183; Jakóbczyk, Pruska komisja osadnicza, S. 148-173; Balzer, Polenpolitik, S. 79-83.

499 Die Kommission schränkte das Enteignungsrecht weiter ein, indem sie alle Grundstücke von der Enteignung ausgeschlossen wissen wollte, die in Kirchenbesitz oder länger als zehn Jahre in Besitz desselben Eigentümers waren. Bericht der IX. Kommission, in: PHH, Sess. 1907/08, Anlagen, Nr. 38, S. 63-119, hier S. 113.

500 PHH, Sess. 1907/08, 6. Sitz., 27.02.1908, S. 101.

Zu Beginn der Verhandlungen argumentierten die Abgeordneten noch ausführlich und diskutierten – trotz aller Polemik – auch Sachfragen. Im Verlauf der Debatte konzentrierten sie sich jedoch immer mehr auf die Frage nach der Regierungsautorität und der Gefolgschaft der „staatstreuen" Parteien. Entsprechend konstatierte die *Deutsche Tageszeitung* im Februar 1908, dass die entscheidende Debatte im Herrenhaus nicht mehr dem Austausch sachlicher Argumente gedient habe, sondern nur der Aushandlung der Frage, ob die Staatsregierung in ihrem Kampf gegen das „Polentum" zu unterstützen sei.[501]

Betrachtet man allein die parlamentarischen Debatten, so werden die Unterschiede in der Argumentation bei den Befürwortern und Gegnern der Enteignungsvorlage deutlich: In den gewählten Kammern des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags stand die preußische Polenpolitik im Mittelpunkt. Dies wurde besonders augenfällig, wenn Regierungsmitglieder, konservative und nationalliberale Abgeordnete die Bedrohung des „Deutschtums" durch die Polen zu erhärten suchten, während die oppositionellen Parteien, allen voran die Polnische Fraktion, vehement widersprachen. Daneben nahm die Vereinbarkeit von Enteignungen mit der preußischen und der Reichsverfassung einen großen Raum in den Verhandlungen ein. Obwohl die Debatten scharf geführt wurden, gaben sich die Beteiligten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht der Illusion einer möglichen Ablehnung der Gesetzesvorlage hin.

Anders stellte sich die Situation in der ersten Kammer Preußens dar. Die Mitglieder des Herrenhauses waren zu einem beträchtlichen Teil adlige Großgrundbesitzer, die große Bedenken gegen Enteignungen äußerten, da sie potenziell ihren eigenen Grundbesitz bedroht sahen. Indem sie ihre staatserhaltende Stellung ebenso betonten wie die Sicherheit des Eigentums als Fundament ihrer Machtstellung, sprachen sich viele Mitglieder des Herrenhauses gegen die Enteignungsvorlage aus. Damit drohte die von Bülow zur wichtigen Maßnahme gegen das „Polentum" stilisierte Gesetzesvorlage an partikularen Interessen zu scheitern. Als nach der ersten Lesung im Herrenhaus die Ablehnung durchaus möglich erschien, versuchte die Staatsregierung vor allem durch Appelle an das Nationalgefühl eine Mehrheit zu erreichen, die schließlich hauptsächlich von den freisinnigen Städtevertretern und Professoren gebildet wurde.[502]

Für die deutschen Rechten und die radikalen Nationalisten handelte es sich bei der Enteignungsvorlage um eine gesetzliche Möglichkeit, der vermeintlichen Bedrohung der Deutschen durch das Bevölkerungswachstum und dem wirtschaftlichen Aufschwung der preußischen Polen wirkungsvoll zu begegnen. Ihrer Ansicht nach seien die Polen weder durch Nachgiebigkeit noch durch eine Versöhnungspolitik zu gewinnen[503], sondern blieben – Bismarcks Worten folgend – weiterhin „Preußen auf Kündigung".[504] Auch werde sich die Annahme des Enteignungsrechts beruhigend auf den Gütermarkt auswirken, sodass die Ansiedlungskommission vermehrt Grundstücke

---

501 Die Entscheidung, in: Deutsche Tageszeitung vom 28.02.1908, Nr. 100.

502 Spenkuch, S. 491-498.

503 Eine neue Versöhnungsära?, in: Posener Tageblatt vom 17.11.1907, Nr. 541; Ludwig Raschdau: Vor wichtigen Beschlüssen!, in: Der Tag vom 24.11.1907, illustrierter Teil.

504 Die Polen und das „preußisch-deutsche Vaterland", in: Berliner Neueste Nachrichten vom 02.03.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5334, Bl. 118.

erwerben könne.[505] Schon dessen bloße Existenz solle die polnischen Grundbesitzer zum Verkauf bewegen. Die *Kölnische Zeitung* verdeutlichte das Drohpotenzial mit der Bezeichnung „Damoklesschwert"[506] und das *Posener Tageblatt* versicherte, dass Enteignungen lediglich als „ultima ratio" dienten, falls die Drohung nicht die gewünschte Wirkung zeige.[507]

Die Befürworter der Enteignungsvorlage griffen auf das bestehende Gesetz von 1874 zurück, das Enteignungen zugunsten des „öffentlichen Wohls" ermöglichte. Dieser staatsrechtliche Begriff wurde im nationalen Sinne umgedeutet, sodass sich zwar weiterhin alle Staatsbürger den Bestimmungen unterzuordnen hatten, allerdings nur noch die deutsche Bevölkerung davon profitieren sollte. Das öffentliche Wohl wurde mit dem imaginierten Wohl des „Deutschtums" gleichgesetzt und richtete sich pauschal gegen die polnische Bevölkerung Preußens. Um diese Interpretation des allgemeinen staatsrechtlichen Begriffs zu legitimieren, beschworen die Befürworter das Ideal des deutschen Nationalstaates, betonten die „nationale Notwendigkeit" der Gesetzesvorlage und stilisierten diese zu einer „nationalen Existenzfrage".[508]

Die Stellungnahmen von radikalen Nationalisten liefern anschauliche Beispiele für solche Argumentationen. In einer Rede auf dem Alldeutschen Verbandstag in Wiesbaden im September 1907 stellte Otto Hoetzsch, Professor für Geschichte an der Königlichen Akademie in Posen und Vorstandsmitglied des Ostmarkenvereins, die Ansiedlungspolitik als Teil des Kampfes zwischen „Deutschtum" und „Polentum" dar, in dem das Enteignungsrecht eine wichtige Waffe sei. Die Abwehrmaßnahme sei dringend erforderlich, da die Polen die Wiedererrichtung des polnischen Staates erstrebten und somit die Existenz Preußens und des Deutschen Reiches infrage stellten.[509] In zahlreichen weiteren Veröffentlichungen wurde der angebliche „Kriegszustand" zwischen Polen und Deutschen in den Ostprovinzen beschworen und die staatliche Notwehr mit nationalistischen, völkisch-rassistischen Argumenten begründet.[510] Neben der Indienst-

---

[505] Die Enteignungsvorlage, in: Kölnische Zeitung vom 27.11.1907, Nr. 1235; Carl Lucke: Unsere Ostmark. Volkswirtschaftliche Ausblicke, in: Der Tag vom 09.11.1907, illustrierter Teil; Hugo Böttger: Die preußische Polenpolitik, in: Der Tag vom 28.11.1907, illustrierter Teil; R. Richardi: Gangbare Wege für die deutsche Ostmarkenpolitik, in: Die Gegenwart 37 (1908), 4, S. 51-54, hier S. 52 f.

[506] Das Damoklesschwert, in: Kölnische Zeitung vom 05.03.1908, Nr. 238. Ebenso: Zur preußischen Polenpolitik, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 14.03.1908, Nr. 124.

[507] Das neue Kompromiß zur Enteignungsvorlage, in: Posener Tageblatt vom 16.01.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 59. – Skeptisch hingegen: Zur Annahme der Enteignungsvorlage im Herrenhause, in: Kreuzzeitung vom 28.02.1908, Nr. 100; Die Annahme der Enteignungsvorlage, in: Berliner Tageblatt vom 17.01.1908, Nr. 29.

[508] Wehler, Polenpolitik, S. 194 f. Aus zeitgenössischer Sicht Witten, S. 33.

[509] Otto Hötzsch: Rede über den Stand der Polenfrage und die Zukunft der preußischen Ostmarkenpolitik, in: Alldeutsche Blätter 17 (1907), 37, S. 311-317, hier S. 316. Auch als Broschüre publiziert: Hoetzsch, Aufgabe.

[510] H.: Ein entscheidender Augenblick in der Polenpolitik naht, in: Deutsche Zeitung vom 03.07.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5333, Bl. 110 f.; Das Enteignungsrecht, in: Posener Tageblatt vom 20.10.1907, Nr. 493; G. Prosoroff: Entweder – oder. Betrachtungen zur preußischen Polenfrage, in: Der Tag vom 15.12.1907, illustrierter Teil.

nahme des „öffentlichen Interesses“ für „nationale Ziele“ wurde die Anpassung des geltenden Rechts verlangt. Auf den Einwand, das Enteignungsrecht verstoße gegen das Recht auf Freizügigkeit, erwiderte etwa Franz Wagner, ebenfalls Vorstandsmitglied des Ostmarkenvereins, dass der Reichstag dann eben das Reichsrecht „zum Wohl des deutschen Volkes“ abändern müsse.[511]

Auch für die preußische Staatsregierung spielten verfassungsrechtliche Bedenken keine große Rolle. In seiner Begründung der Enteignungsvorlage hatte Bülow deren Rechtmäßigkeit für erwiesen erklärt, weil sie den Zielen des Ansiedlungsgesetzes von 1886 entspreche.[512] Die verfassungsrechtlichen Bedenken auszuräumen, überließ er den Staatsministern, deren Erklärungsversuche jedoch unzulänglich blieben. Justizminister Max Beseler und Landwirtschaftsminister Bernd von Arnim stellten apodiktisch fest, dass die Enteignung von Grundbesitz aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht der Verfassung widerspreche. Weitere Erörterungen hielten sie für überflüssig.[513]

In der Folge beriefen sich konservative und nationalliberale Zeitungen auf Bülow und die Staatsminister, die die Ausweglosigkeit der Situation in den Ostprovinzen plausibel dargelegt und jede andere Lösungsmöglichkeit ausgeschlossen hätten. „An der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Enteignungsmaßnahme kann kein Zweifel sein“, erklärte die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* nach der ersten Lesung im Abgeordnetenhaus.[514] Für das deutschnationale *Posener Tageblatt* war die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit bedeutungslos, da sich die Staatsregierung darum bemühe, den Anschein einer Ausnahmegesetzgebung zu vermeiden.[515] Weitere Blätter schoben die rechtlichen Bedenken kurzerhand beiseite und verlangten, das Gesetz ausdrücklich als gegen die Polen gerichtetes Ausnahmegesetz zu formulieren.[516]

Auf der anderen Seite übten die oppositionellen Abgeordneten und die nahestehende Presse scharfe Kritik an solchen Begründungen der Enteignungsvorlage und beschäftigten sich ausführlich mit der Verfassungsmäßigkeit. Beispielhaft für die linksliberale Presse kritisierte die *Frankfurter Zeitung*, dass die Befürworter des Enteignungsrechts den staatsrechtlichen Begriff des öffentlichen Wohls mit „beliebigen politischen Maximen“ gleichsetzten, um missliebige politische Parteien und ethnische Gruppen nach Gutdünken enteignen zu können. Indem das Enteignungsrecht zwei Millionen Staatsbürger Preußens der Willkür der Behörden aussetze, werde die Rechtlosigkeit zum

---

[511] Wagner, Enteignung, S. 15. – Folgerichtig stellte Wagner die Bemessung des Grundstückswertes und die zu zahlendende Entschädigung für die Eigentümer in den Mittelpunkt weiterer Beiträge: Franz Wagner: Enteignung und Einspruchsrecht, in: Der Tag vom 30.08.1907, illustrierter Teil; ders.: Die Enteignung eine Härte?, in: Der Tag vom 15.01.1908, illustrierter Teil.

[512] PAH, 20. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 1. Sitz., 26.11.1907, Sp. 7-21.

[513] PAH, 20. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 2. Sitz., 29.11.1907, Sp. 45-51 (Arnim), Sp. 70-73 (Beseler).

[514] Die Enteignungsvorlage, in: Kölnische Zeitung vom 27.11.1907, Nr. 1235.

[515] Die Enteignungsvorlage, in: Posener Tageblatt vom 29.11.1907, Nr. 559.

[516] Die Polenvorlage, in: Kreuzzeitung vom 26.11.1907, Nr. 554; Die Polenvorlage, in: Deutsche Tageszeitung vom 27.11.1907, Nr. 555; Die Polen-Vorlage, in: Deutsche Tageszeitung vom 28.11.1907, Nr. 558.

Prinzip erhoben.[517] Dadurch würden die Fundamente des Rechtsstaats untergraben und neue Formen des Rechts und der staatlichen Macht geschaffen, sekundierte die *Freisinnige Zeitung*.[518] Vernichtend war das Urteil des *Berliner Tageblatts*: „Es handelt sich um eine Ausschaltung der Staatsgesetze, um eine *bureaukratische Diktatur* im tiefsten Frieden."[519] Da das Enteignungsrecht zwei Klassen von Staatsbürgern definiere, sei es ebenso wie die preußische Polenpolitik mit den „Grundsätzen einer ehrlichen und gerechten Politik unverträglich".[520]

Die Zentrumsblätter hoben ebenfalls rechtliche Gesichtspunkte hervor, wobei sich die *Germania* auf zwei Artikel in der *Deutschen Juristenzeitung* berief, in denen „vom juristischen Standpunkt ernste Bedenken" gegen die Verfassungsmäßigkeit des Enteignungsrechts zu Ansiedlungszwecken erhoben wurden. Ausnahmen seien nur aus Gründen des öffentlichen Wohls möglich, die sich allerdings weder „als ‚feindliche Taten' gegen bestimmte einzelne Volkskreise richten", noch die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gefährden dürften.[521] Die *Kölnische Volkszeitung* erachtete solche Verweise auf die Verfassung jedoch als aussichtslos, da die Staatsregierung zur Bekämpfung der Polen kaum vor rechtlichen Bedenken zurückschrecken werde.[522]

Des Weiteren kritisierten Zentrumsabgeordnete die preußische Polenpolitik scharf, die mit den Grundsätzen eines christlichen Staates unvereinbar sei.[523] Gleichermaßen erklärte der evangelische Theologe und Herausgeber der protestantischen Wochenschrift *Die christliche Welt*, Martin Rade, dass Enteignungen in Widerspruch zum 9. Gebot (Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus) stünden und somit aus christlicher Sicht einen Rechtsbruch darstellten.[524] In einer vielbeachteten Herrenhausrede fasste der Fürstbischof von Breslau (Wrocław), Georg Kardinal von Kopp, die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Bedenken gegen die Enteignungsvorlage zusammen, um seine ablehnende Haltung zu begründen. Darüber hinaus benannte er die religiösen

---

517 Frankfurt, 12. September, in: Frankfurter Zeitung vom 12.09.1907, Abendblatt. – In mehreren Leitartikeln bekräftigte das Blatt die Unvereinbarkeit der Enteignungsvorlage mit der preußischen und Reichsverfassung. Siehe die Abendblätter der Frankfurter Zeitung vom 21.11.1907, 26.11.1907 und 27.11.1907.

518 Epilog zur Polenvorlage, in: Freisinnige Zeitung vom 23.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 179 ff.

519 Die letzte Session, in: Berliner Tageblatt vom 25.11.1907, Nr. 599 (Hervorhebung im Original gesperrt).

520 Die Annahme der Enteignungsvorlage, in: Berliner Tageblatt vom 17.01.1908, Nr. 29.

521 Die rechtliche Zulässigkeit weiterer Polenvorlagen, in: Germania vom 09.10.1907, zweites Blatt (Zitat); Die neue Polenvorlage, in: Germania vom 20.11.1907, zweites Blatt; Die neue Polenvorlage, in: Germania vom 27.11.1907, zweites Blatt. Das Blatt bezog sich auf J. Stranz: Juristische Rundschau, in: Deutsche Juristenzeitung 12 (1907), 18, S. 1009 f., hier S. 1009; Walter Jellinek: Grundstücksveräußerung und Landesgesetzgebung, in: Deutsche Juristenzeitung 12 (1907), 19, S. 1054-1058, hier S. 1058.

522 Das Polenenteignungsgesetz, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.11.1907, Nr. 1033.

523 PAH, 20. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 12. Sitz., 16.01.1908, Sp. 663-672 (Praschma); PHH, Session 1907/08, 6. Sitz., 27.02.1908, S. 103-110 (Oppersdorf).

524 R. [Martin Rade]: Von aktuellen Sachen, in: Die christliche Welt 22 (1908), 13, S. 319-325, hier S. 321 f.

Motive, die er hinter der Polenpolitik vermutete, und warnte vor einem neuen Kulturkampf, falls auch kirchlicher Grundbesitz unter die Enteignungsbestimmungen falle.[525] Offen und lautstark protestierten die Zentrumsblätter gegen die Benachteiligung katholischer Staatsbürger im öffentlichen Leben und brandmarkten die Enteignungsvorlage als „Protestantisierungsgesetz", mit dessen Hilfe katholische Grundbesitzer durch protestantische Ansiedler ersetzt werden sollten.[526]

Auch die sozialdemokratische Presse lehnte die Enteignungsvorlage aus rechtlichen Gründen ab, verband damit aber eine scharfe prinzipielle Herrschaftskritik. In der Zeitschrift *Die Neue Zeit* wurde die Gesetzesvorlage als Rechtsbruch gegeißelt, weil sie nicht dem Staatswohl, sondern nur dem „Wohl der zurzeit in Preußen herrschenden Clique" diene.[527] Dem *Vorwärts* zufolge habe das von Bülow angeführte „nationale Interesse" mit dem öffentlichen Wohl nicht das Geringste zu tun, sondern stehe in direktem Gegensatz dazu und schädige das Ansehen der Nation. Da die SPD im Preußischen Abgeordnetenhaus nicht vertreten war, müsse die Sozialdemokratie außerparlamentarisch über die „kulturwidrige Politik der Herrschenden" aufklären.[528]

Ferner widersprach die linksdemokratische *Leipziger Volkszeitung* der Behauptung, die Gesetzesvorlage stelle die Vorstufe einer umfassenden Enteignung aller Besitzenden dar und bereite den sozialistischen Staat vor. Das Blatt verdeutlichte den Unterschied zur Enteignung der Polen aus „nationalen Gründen": Während die Sozialisten den Boden durch die Allgemeinheit bewirtschaften lassen wollten, sodass alle Bürger unterschiedslos von den Erträgen profitierten, wolle der preußische Staat freie polnische Bauern durch alimentierte deutsche Kolonisten ersetzen und ein „knechtisches Verhältnis" etablieren. Aufgrund der finanziellen Abhängigkeit würden diese es nicht wagen, sich gegen die Obrigkeit zu wenden: „Der Junkerstaat schafft sich in den Ansiedlern eine Prätorianergarde, die ihm Dienste leisten soll im Kampf gegen die Volksmasse."[529]

Die Rezeption sozialdemokratischer Ideen in der Debatte habe aber auch positive Effekte, räumte die *Leipziger Volkszeitung* ein, und könne sogar parlamentarische Entscheidungen beeinflussen. Denn die Sorge um das Eigentum und die verbreitete Angst vor der „Expropriation der Expropriateure" seien derart wirkmächtig, dass die Konservativen die Ablehnung der Gesetzesvorlage erwägen würden.[530] Nach der Ver-

---

[525] PHH, Sess. 1907/08, 4. Sitz., 30.01.1908, S. 20-23.

[526] Die hakatistische Politik muß Spießruten laufen!, in: Kölnische Volkszeitung vom 22.01.1908, Nr. 65 (Zitat); Das Polenenteignungsgesetz, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.11.1907, Nr. 1033; Die neue Polenvorlage, in: Germania vom 27.11.1907, zweites Blatt; Kampf gegen Polonismus oder Katholizismus in der Ostmark?, in: Germania vom 15.02.1908, erstes Blatt.

[527] K–i [Julian Marchlewski]: Die Polenpolitik der Regierung und die Klasseninteressen des deutschen Proletariats, in: Die Neue Zeit 26 (1907/08), 17, S. 577-585, hier S. 578.

[528] Ein Ausnahmegesetz gegen die Polen, in: Vorwärts vom 27.11.1907.

[529] Die preußische Regierung, die Polen und das Proletariat, in: Leipziger Volkszeitung vom 21.01.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 85. – Vor der umfassenden Enteignung als Schritt zum sozialistischen Staat hatte der Zentrumsabgeordnete Alfred von Hompesch gewarnt. RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 80. Sitz., 15.01.1908, S. 2456.

[530] Die furchtsamen Enteigner, in: Leipziger Volkszeitung vom 27.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5325, Bl. 5 f.

abschiedung der Enteignungsvorlage beschrieb der *Vorwärts* die Vergesellschaftung von Eigentum zum Vorteil der Allgemeinheit ausführlich und dankte Bülow zynisch für dessen Einsatz zugunsten des Gesetzes: Denn damit hatte er einen Präzedenzfall für umfassende Enteignungen im Rahmen des geltenden Rechts geschaffen und ein zentrales Ziel der Sozialdemokratie ohne ihr Zutun verwirklicht.[531]

Die deutschen Kritiker der Gesetzesvorlage – Linksliberale, Zentrumspartei und Sozialdemokratie – widersprachen ausdrücklich der Behauptung Bülows, dass Enteignungen im nationalen Interesse lägen und dem öffentlichen Wohl entsprächen. Ihnen war ein ausgeprägter Widerwille an der Vereinnahmung der gesamten deutschen Nation für die preußische Polenpolitik gemeinsam.[532] Daher protestierten sie energisch dagegen, dass der Enteignungsvorlage der Stempel eines nationalen Gesetzes aufgedrückt wurde. Für die Zentrumspartei wandte sich der Publizist Julius Bachem gegen die Gepflogenheit der Konservativen und Nationalliberalen, dem politischen Gegner die „nationale Gesinnung" abzusprechen, willfähriges Verhalten aber als national darzustellen. Dadurch würden sachliche Debatten verhindert, der Gegner verletzt und das öffentliche Leben vergiftet.[533] Gleichermaßen sprach sich der Literaturhistoriker Otto Harnack gegen den inflationären und unreflektierten Gebrauch des Wortes „national" aus und entlarvte das Ideal des ethnisch homogenen Nationalstaates, das zur Begründung der Enteignungsvorlage diente, als patriotische Wunschvorstellung. Der Aufhetzung nationaler Minderheiten setzte er eine großzügige und tolerante Nationalitätenpolitik entgegen.[534]

Die Kritik von polnischer Seite an der Enteignungsvorlage wurde in der deutschen Presse vor allem dann beachtet, wenn sie in deutscher Sprache vorgebracht wurde. Eine der heftigsten Verurteilungen stammt aus der Feder Adalbert von Trampczynskis, Mitglied des Posener Stadtrates, der in einer anonym veröffentlichten Broschüre die Gleichsetzung des öffentlichen Wohls mit dem Interesse der herrschenden Parteien sowie die Stigmatisierung ethnischer Minderheiten als Staatsbürger zweiter Klasse anprangerte.[535] Des Weiteren standen besonders die polnischen Abgeordneten im Fokus der Berichterstattung, die in ihren parlamentarischen Reden entschlossen rechtliche Bedenken vortrugen und die politische Instrumentalisierung des Staatswohls brandmarkten.[536] Vor allem suchten sie die Angelegenheit vor dem Reichstag zu verhandeln,

---

531 Bülows Sieg, in: Vorwärts vom 29.02.1908; Es lebe die Expropriation!, in: Vorwärts vom 04.03.1908; Enteignung, in: Vorwärts vom 05.03.1908.

532 Die neue Polenvorlage, in: Germania vom 27.11.1907, zweites Blatt; Ein Ausnahmegesetz gegen die Polen, in: Vorwärts vom 27.11.1907.

533 Jul. Bachem: „National". Auch ein Wort zum innern Frieden, in: Der Tag vom 15.01.1908, illustrierter Teil.

534 Otto Harnack: „National", in: Der März 2 (1908), 7, S. 1-5, Zitat S. 4.

535 Oto, S. 14 und 22-25. – Einen ähnlichen Standpunkt vertrat der Reichs- und Landtagsabgeordnete Sigismund von Dziembowski in einem Interview mit der Zeitungskorrespondenz *Deutsche Journalpost*, siehe hierzu: Die Polen und die Enteignungsfrage, in: Kölnische Volkszeitung vom 04.09.1907, Nr. 765.

536 PAH, 20. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 2. Sitz., 29.11.1907, Sp. 35-45 (Jazdzewski); PAH, 20. Leg., IV. Sess., Bd. 1, 3. Sitz., 30.11.1907, Sp. 125-132 (Dziembowski); PHH, Sess. 1907/08, 4. Sitz., 30.01.1908, S. 25 f. (Radziwill).

wo sie auf größere Unterstützung der oppositionellen Parteien rechnen konnten. Eine Interpellation, in welcher der Reichskanzler befragt wurde, wie er die Enteignungsvorlage mit der Reichsverfassung und dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Einklang bringen wolle, verlief allerdings ergebnislos.[537]

Deutsche Zeitungen registrierten aber aufmerksam, wie die Polen im Ausland auf die Enteignungsvorlage reagierten, und berichteten über Protestkundgebungen und den Boykott deutscher Waren in Galizien.[538] Auch drohten polnische Abgeordnete Österreichs offen damit, dass die Enteignung polnischer Grundbesitzer in Preußen das Bündnis Deutschlands mit Österreich-Ungarn erschüttere. Daraufhin verurteilten deutsche konservative und nationalliberale Blätter die Einmischung in innere Angelegenheiten eines fremden Staates als unzulässig. „Kann es einen überzeugenderen Beweis geben, daß das Endziel des polnischen Strebens die Vereinigung der ehemaligen drei ‚Anteile' zu einem polnischen Reiche ist?", sah etwa das deutschnationale *Posener Tageblatt* die Einheit der polnischen Nation bestätigt.[539]

Hingegen betrachteten die Gegner von Enteignungen die Auswirkungen der preußischen Polenpolitik mit Sorge.[540] Als polnische Abgeordnete im Wiener Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten die Enteignungsvorlage als existenzbedrohend für den Dreibund bezeichneten, schürten sie die Befürchtung einer außenpolitischen Schwächung Deutschlands weiter.[541] Der mehrheitlich slawische Nachbarstaat werde geradezu in eine „deutschfeindliche Politik" hineingetrieben, konstatierte etwa der *Vorwärts*.[542] Nach Verabschiedung der Enteignungsvorlage gaben vor allem die Zentrumsblätter negative Reaktionen aus dem Ausland wieder und deuteten die wachsende panslawistische Bewegung unter russischer Führung und die zunehmende antideutsche Agita-

---

537 Für die Begründung der Interpellation durch Wladislaus Seyda RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 80. Sitz., 15.01.1908, S. 2452-2455.

538 Die preußische Polenpolitik im österreichischen Abgeordnetenhause, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.11.1907, Nr. 1037; Die Polendebatte im österreichischen Reichsrate, in: Frankfurter Zeitung vom 01.12.1907, erstes Morgenblatt.

539 Polnische Einschüchterungsversuche, in: Posener Tageblatt vom 30.11.1907, Nr. 561 (Zitat); L.: Eine unverfrorene Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 29.11.1907, Nr. 607; Einmischungsversuche der österreichischen Polen, in: Kreuzzeitung vom 29.11.1907, Nr. 560; Die Polenvorlage und das Ausland, in: Kölnische Zeitung vom 30.11.1907, Nr. 1249.

540 Zum Protest der österreichischen Slaven gegen die preußische Polenvorlage, in: Germania vom 01.12.1907, erstes Blatt; Georg Gothein: Oesterreich und unsere Polenpolitik, in: Berliner Tageblatt vom 04.12.1907, Nr. 615. Für eine Replik L. Raschdau: Unsere Polenpolitik und das Ausland, in: Berliner Tageblatt vom 08.12.1907, Nr. 623; sowie die Erwiderung Georg Gothein: Oesterreich und unsere Polenpolitik, in: Berliner Tageblatt vom 11.12.1907, Nr. 628.

541 Dreibund und Enteignungsvorlage, in: Berliner Tageblatt vom 01.02.1908, Nr. 57; Die preußische Enteignungspolitik, in: Berliner Volkszeitung vom 01.02.1908, Nr. 54; Preußische Angelegenheiten in österreichischen Parlamenten, in: Germania vom 06.02.1908, erstes Blatt.

542 Reichsfeindschaft, in: Vorwärts vom 30.11.1907.

tion in der internationalen Presse als direkte Folgen des Gesetzes.[543] Überdies warnten linksliberale Zeitungen vor dem Ansehensverlust Deutschlands in der Welt. Dem *Berliner Tageblatt* zufolge habe die Staatsregierung auf die Beurteilung der inneren Politik im Ausland Rücksicht zu nehmen, da die Achtung und Autorität der Deutschen „ein gewisses Kapital unseres moralischen Nationalvermögens" darstelle.[544] Als Beispiel für die „Kultureinbuße im Auslande, die niedrigere Bewertung Preußen-Deutschlands" führte die *Frankfurter Zeitung* den vielbeachteten „Aufruf an die Öffentlichkeit" des polnischen Schriftstellers und Literaturnobelpreisträgers Henryk Sienkiewicz gegen die Enteignungsvorlage an.[545]

Darüber hinaus diente das Ausland als Vergleichsmaßstab. Während etwa die rechtsnationale *Deutsche Zeitung* darlegte, dass auch andere Staaten zugunsten der inneren Kolonisation und der besseren Besitzverteilung enteigneten[546], beriefen sich die Gegner von Enteignungen auf die positive Behandlung ethnischer Minderheiten im Ausland. So verwies der freisinnige Reichstagsabgeordnete Georg Gothein in den politisch-kulturellen Zeitschriften *Die Nation* und *Patria* auf die großzügige Tolerierung der Sprachen, Religionen und kulturellen Eigenarten in der Schweiz und in Amerika, wo eine „patriotische Hingebung" aller Volks- und Sprachgruppen an das Vaterland herrsche und eine allmähliche, aber nicht erzwungene Assimilierung der Minderheiten an die Mehrheitsgesellschaft stattfinde. In Preußen aber sei die repressive Polenpolitik ursächlich auf die politische Rückständigkeit zurückzuführen, weshalb als Voraussetzung für eine Entspannung des deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikts die freiheitliche Ausgestaltung des preußischen Staates und die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts erfolgen müssten.[547]

Wie schon in der Debatte über die Ansiedlungsnovelle im Jahr 1904 wurden in konservativen Kreisen Bedenken gegen das Gesetzesvorhaben laut. In Sorge um ihre wirtschaftliche Existenz und politische Machtstellung ergriffen deutsche und polnische Großgrundbesitzer in der öffentlichen Diskussion das Wort und beriefen sich auf die

---

543 Wirkungen der preußischen Polenpolitik in Rußland, in: Kölnische Volkszeitung vom 08.04.1908, Nr. 315; Amerikanische Urteile über die Polenvorlage, in: Germania vom 04.03.1908, erstes Blatt; Unsere Polenpolitik und ihre Gefahren, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.05.1908, Nr. 398; Fernwirkungen der preußischen Polenpolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 31.05.1908, Nr. 418.

544 Wirkungen in die Ferne, in: Berliner Tageblatt vom 29.11.1907, Nr. 607. – Das Zitat entstammt der Reichstagsrede Siegfried Heckschers (Freisinnige Vereinigung) gegen die Gesetzesvorlage zur Bestrafung von Majestätsbeleidigungen. RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 56. Sitz., 23.11.1907, S. 1747.

545 Frankfurt, 17. Januar, in: Frankfurter Zeitung vom 17.01.1908, Abendblatt. – Zur Reaktion der konservativen und nationalliberalen deutschen Presse auf den Aufruf PŁYGAWKO, S. 119. Die Antworten auf den Aufruf wurden veröffentlicht in SIENKIEWICZ.

546 H.: Ein entscheidender Augenblick in der Polenpolitik naht, in: Deutsche Zeitung vom 03.07.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5333, Bl. 110 f.

547 GEORG GOTHEIN: Die preußische Polenpolitik, in: Die Nation 24 (1906/07), 3, S. 36 f., hier S. 36; DERS.: Die preußische Polenpolitik, in: Patria. Bücher für Kultur und Freiheit 9 (1909), S. 47-84, hier S. 81 f.

Unantastbarkeit des Eigentums.[548] Die Stellungnahmen aus den Provinzen Posen und Westpreußen sorgten für großes Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit. Denn die Alteingesessenen bestanden darauf, die Auswirkungen der Polenpolitik auf das Zusammenleben von Deutschen und Polen in den Ostprovinzen besser beurteilen zu können als die preußischen Beamten und die Staatsregierung. Damit nahmen sie für sich in Anspruch, die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zu artikulieren und in der öffentlichen Debatte zu vertreten.[549]

Beispielhaft und in ihrer Wirkung außergewöhnlich ist die im Oktober 1907 veröffentlichte Broschüre des polnischen Großgrundbesitzers Stanisław von Turno, die mit einem Brief von Hans Delbrück eingeleitet wurde.[550] Darin führte Delbrück aus, dass die Broschüre „im Interesse eines zukünftigen Friedensschlusses zwischen den beiden Nationalitäten" publiziert werde, und formulierte die aus seiner Sicht notwendigen Voraussetzungen für eine Versöhnungspolitik. Zum einen übte er scharfe Kritik an der Polenpolitik, zum anderen forderte er die Polen auf, ihre Ablehnung gegenüber dem preußischen Staat aufzugeben und sich offen als dessen Bürger zu bekennen.[551] Die Broschüre Turnos, die auch in der polnischen Presse rezipiert wurde, war dafür gut geeignet. Indem der in polnischen politischen Kreisen angesehene Delbrück die Forderung nach einem Loyalitätsbekenntnis der preußischen Polen erhob, griff er ein bedeutendes Argument der deutschen Rechten auf und entschärfte dieses. Die Forderung konnte nun als Aufruf zum ehrlichen Dialog verstanden werden, nicht als einseitige Bedingung an die polnische Bevölkerung.

Turno nahm diesen Gedanken auf und suchte die Friedfertigkeit und Staatstreue der preußischen Polen nachzuweisen, deren „Bodenkampf" sich einzig gegen die als ungerecht empfundene Ansiedlungspolitik richte. Aufgrund der Tätigkeit der Ansiedlungskommission leide der gesamte Großgrundbesitz, da gewachsene Wirtschaftsbeziehungen wegbrächen. Den angeblichen „Kriegszustand" in den Ostprovinzen bestätigte er nicht, vielmehr seien die deutschen und polnischen Grundbesitzer durch gleiche wirtschaftliche und soziale Interessen miteinander verbunden.[552] Von der Staatsregierung verlangte er, sich von „dem hakatistischen Geist" zu befreien und den gemäßigten Polen Gehör zu schenken, um eine Versöhnungspolitik einzuleiten.[553] Überdies forderte er die Gleichbehandlung der Polen als preußische Staatsbürger, um diesen das Leben in

---

548 Land, S. 73.

549 Siehe die Bemerkungen bei Tims, S. 163-166. Zum Protest der Deutschen gegen das Enteignungsrecht ferner Engeldinger, S. 89 f.

550 Beide hatten miteinander über die Veröffentlichung korrespondiert, wobei sich Turno von Delbrücks Vorwort „sehr viel Erfolg für unsere Friedensbemühungen" erhoffte. Hingegen hatte Delbrück Korrekturen des Manuskripts und einen Passus über die Untrennbarkeit der Ostprovinzen von Preußen angemahnt. Stanisław von Turno an Hans Delbrück vom 11.10.1907, in: NL Delbrück, Briefe [nicht pag.]. – Siehe auch Galos, Stanisław Turno, S. 340 f.

551 Hans Delbrück an Stanisław von Turno vom 05.10.1907, in: Turno, S. 5 ff., hier S. 6.

552 Turno, S. 8 und 17 f.

553 Ebenda, S. 29.

Preußen erstrebenswert zu machen und die durch den Nationalitätenkonflikt gebundenen Kräfte zugunsten des sozialen Fortschritts freizusetzen.[554]

Die Reaktion in der deutschen Presse war entsprechend der politischen Haltung gegenüber der Enteignungsvorlage gespalten. Die Befürworter besprachen die Broschüre ablehnend und unterstellten Turno, nicht die Mehrheit der polnischen Bevölkerung, sondern nur eine kleine Gruppe konservativer Polen zu vertreten.[555] Mit seiner „Versöhnungskomödie" habe dieser lediglich die bevorstehende Einbringung der Enteignungsvorlage abwenden und von den polnischen Losreißungsbestrebungen ablenken wollen, vermutete ein anonymer Kritiker Turnos.[556]

Linksliberale und Zentrumsblätter lobten hingegen die „friedliche Tendenz" der Broschüre.[557] Die *Posener Neuesten Nachrichten* besprachen sie wohlwollend als eine „offene Friedenskundgebung", die in erfreulichem Gegensatz zu den üblichen aufhetzenden „Streitschriften" stehe, da sie den Wunsch nach wirtschaftlicher Entspannung und politischer Ruhe in den Ostprovinzen artikuliere. Daher hoffte das Blatt auf eine breite Rezeption der Broschüre in der deutschen und polnischen Presse.[558] In den *Preußischen Jahrbüchern* deutete Delbrück diese Besprechung als Vorzeichen der Deeskalation: Zum einen orientiere sich das auflagenstärkste Blatt der Provinz Posen sicherlich an den Anschauungen seiner Leser, weshalb auf die breite Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu den Ausführungen Turnos geschlossen werden könne. Zum anderen repräsentiere Turno einflussreiche polnische politische Kreise. Folglich müsse die Staatsregierung die Möglichkeit prüfen, die Polenpolitik zu mildern. Überdies erhoffte sich Delbrück von positiven Besprechungen der Broschüre Auswirkungen auf die „öffentliche Meinung in Deutschland", die zu sehr von der „hakatistischen" Presse geprägt sei.[559]

Allerdings erwähnte Delbrück in seinem Beitrag nicht, dass er mit Georg Wagner, dem Herausgeber der *Posener Neuesten Nachrichten*, korrespondierte und mit diesem eine öffentliche Kampagne gegen die Enteignungsvorlage besprochen hatte. Mit Blick auf die unausgewogene Berichterstattung hatte Delbrück den Wunsch geäußert, dass

---

[554] Ebenda, S. 22-27. – Während Turno der Staatsregierung die Initiative für die Milderung des Nationalitätenkonflikts zuschob, befürchtete Delbrück, dass ein Nachgeben mit „Hohn und Triumphgeschrei der polnischen Presse" quittiert würde, und bürdete den preußischen Polen den ersten Schritt auf: Hans Delbrück an Stanisław von Turno, ebenda, S. 6.

[555] So bekannte die freikonservative *Post*, dass ihr an der „Versöhnlichkeit eines einzelnen Polen" nichts liege: Eine polnische Versöhnungsstimme, in: Die Post vom 20.10.1907, Nr. 493. Siehe auch: Ein verketzerter Friedensapostel, in: Kölnische Zeitung vom 31.10.1907, Nr. 1134; v. Pelet-Narbonne: Neuer Zickzackkurs in der Polenfrage?, in: Der Tag vom 02.11.1907, illustrierter Teil.

[556] Teut II., S. 6 und 42.

[557] Polenpolitik und Enteignung, in: Berliner Volkszeitung vom 18.10.1907, Nr. 490; Eine polnische Friedensschrift, in: Germania vom 18.10.1907, erstes Blatt; Eine neue Ostmarkenbroschüre, in: Kölnische Volkszeitung vom 18.10.1907, Nr. 901; Hr. S. v. Turno über das Enteignungsprojekt, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.10.1907, Nr. 907.

[558] Eine neue Ostmarkenbroschüre, in: Posener Neueste Nachrichten vom 17.10.1907, Nr. 2546.

[559] D. [Hans Delbrück]: Die Krisis in der Ostmarkenfrage, in: Preußische Jahrbücher 130 (1907), 2, S. 377-385, hier S. 377 (Zitat) und 382 f.

den abschätzigen Rezensionen der Broschüre Turnos durch „hakatistische" und polnische Blätter positive Besprechungen entgegengesetzt würden.[560] Wagner bestätigte diese Einschätzung und klagte besonders über die von Gustav Buchholz herausgegebene *Ostdeutsche Korrespondenz*, die „nur Turno feindliche Artikel veröffentlicht".[561] Kurz darauf erschien in den *Posener Neuesten Nachrichten* ein Artikel, für den vermutlich Wagner verantwortlich zeichnete. Darin wurde ausführlich die große Zustimmung in der polnischen Presse zu den „Friedensgedanken" Turnos behandelt, die darauf hindeute, dass die polnische Bevölkerung Preußens eine Versöhnungspolitik befürworte.[562] Zudem bezog Delbrück in den *Preußischen Jahrbüchern* Stellung gegen Buchholz' *Ostdeutsche Korrespondenz* und verwies auf den Artikel in den *Posener Neuesten Nachrichten*, den er selbst initiiert hatte.[563]

Mit dem Königlichen Oberamtmann und Rittergutsbesitzer Paul Fuss bezog kurze Zeit später ein deutscher Grundbesitzer aus der Provinz Posen öffentlich Stellung gegen die Enteignungsvorlage. In seiner Broschüre beklagte Fuss die verhängnisvollen Auswirkungen der Ostmarkenpolitik auf die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen, wofür er das tiefe Unverständnis der Staatsregierung für die Region verantwortlich machte. Wie Turno sprach er sich gegen Ausnahmegesetze und für die rechtliche Gleichbehandlung der polnischen Bevölkerung aus. Dies sei die Voraussetzung für ein aufrichtiges Bekenntnis der Polen zum preußischen Staat und für die Beendigung des Nationalitätenkonflikts.[564] Laut Fuss habe erst die Ansiedlungspolitik den erbitterten Widerstand der Polen hervorgerufen, insbesondere die Ansiedlungsnovelle von 1904 sei als Herabsetzung zu einer „minderwertige[n] Klasse von Staatsbürgern" empfunden worden.[565] Daher warnte er eindringlich vor Enteignungen, die aus den Polen erbitterte Staatsfeinde machen und sich verheerend auf das Zusammenleben der Nationalitäten in den Ostprovinzen auswirken würden.[566]

Ferner wies er auf die prekäre Lage der Großgrundbesitzer in den Ostprovinzen hin, die sich aufgrund der zunehmenden Landflucht in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sahen. Dadurch könnten sie ihre angestammte Rolle als tragende Wirtschaftskraft,

---

[560] Hans Delbrück an Georg Wagner, Briefkonzept vom 02.11.1907, in: NL Delbrück, Briefe [nicht pag.]. – Nach Verabschiedung der Gesetzesvorlage drängte Wagner darauf, die Agitation gegen das Enteignungsrecht keinesfalls einschlafen zu lassen. Georg Wagner an Hans Delbrück vom 13.03.1908, ebenda.

[561] Georg Wagner an Hans Delbrück vom 06.11.1907, in: NL Delbrück, Briefe [nicht pag.]. Die Artikel der *Ostdeutschen Korrespondenz* vom 05. und 19.11.1907, in: NL Delbrück, Fasz. 130, Nr. 1 [nicht pag.].

[562] Herr v. Turno und die polnische Presse, in: Posener Neueste Nachrichten vom 10.11.1907, Nr. 2567. – Für das geteilte Echo in der polnischen Presse auf Turnos Broschüre Galos, Stanisław Turno, S. 338 f.

[563] D. [Hans Delbrück]: Neues zur Ostmarkenfrage, in: Preußische Jahrbücher 130 (1907), 3, S. 556-561, hier S. 560 f. Dieser Artikel wurde wiederum auszugsweise in den *Posener Neuesten Nachrichten* nachgedruckt: Zur Enteignungsvorlage, in: Posener Neueste Nachrichten vom 29.11.1907, Nr. 2582.

[564] Fuss, S. 21 ff.

[565] Ebenda, S. 9.

[566] Ebenda, S. 15 ff.

als Innovationsfaktor und „Führer des Kulturfortschrittes“ nicht mehr wahrnehmen und fielen schließlich als Getreidelieferanten und Steuerzahler aus.[567] Daher habe die Ansiedlungskommission auch polnische Landarbeiter in den Ostprovinzen anzusiedeln, um ein Reservoir an Arbeitskräften sicherzustellen.[568] Indem Fuss die wirtschaftliche Bedeutung des Großgrundbesitzes für die Region und den Staat herausstrich, artikulierte er zugleich tiefgehende Ängste der im Niedergang begriffenen ostelbischen Agrarier, die ihren Wohlstand auf Landbesitz und billige, anspruchslose Arbeitskräfte gründeten.

Die Broschüre wurde in der polnischen und deutschen Presse ausführlich besprochen. Vor allem deutsche rechte Blätter attackierten Fuss heftig. Die nationalliberalen *Berliner Neuesten Nachrichten* verunglimpften ihn als „nationale[n] Schädling“, der die Versuche hintertreibe, eine geschlossene Front gegen die Polen zu bilden, und daher selbst die Enteignung verdiene.[569] Überdies warf das Blatt ihm seine engen Beziehungen zur polnischen Gesellschaft vor und monierte, dass die Broschüre in einer polnischen Druckerei hergestellt worden und in der polnischen Zeitung *Dziennik Poznański* auszugsweise vorab erschienen sei.[570] Hingegen würdigten die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* die „äußerst temperamentvolle Verurteilung der bisherigen Ostmarkenpolitik“ als Plädoyer für eine Politik „ehrlichen Vertrauens“ gegenüber den preußischen Polen.[571]

Auch Paul Fuss stand mit Hans Delbrück in Verbindung. In einem Brief beklagte er den Glauben Bülows und der preußischen Staatsregierung an den „H.K.Tismus“ und bedauerte die Zurückhaltung vieler Deutscher, die sich aus Angst, selbst enteignet zu werden, nicht gegen die Gesetzesvorlage wehrten.[572] In dieser Hinsicht war er beispielgebend für weitere Deutsche aus der Provinz Posen, die sich öffentlich zu Wort meldeten. Diese betitelten ihre Broschüren als „Mahnruf“ und „Notschrei“, um die Brisanz und Dringlichkeit ihrer Anliegen zu verdeutlichen. Scharf verurteilten sie die Enteignungsvorlage, suchten den Hochverratsvorwurf gegen die Polen zu entkräften und forderten eine gerechte Politik gegenüber allen preußischen Staatsbürgern.[573]

---

567 Ebenda, S. 13.

568 Ebenda, S. 10-13.

569 Die Konservativen und die Ostmarkenvorlage, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 05.12.1907, Nr. 618.

570 Eine deutschfeindliche Ostmarkenbroschüre aus deutscher Feder, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 22.11.1907, Nr. 594. Siehe auch: Nochmals der „Versöhnungseifer“ der Polen, in: Posener Tageblatt vom 22.11.1907, Nr. 547; Fuß, der Polenfreund, in: Schlesische Zeitung vom 08.12.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5334, Bl. 44.

571 Die Zustände in der Provinz Posen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 17.11.1907, Nr. 2573.

572 Paul Fuss an Hans Delbrück vom 01.12.1907, in: NL Delbrück, Briefe [nicht pag.]. – In einem Brief an Georg Wagner bezeichnete Delbrück die Ausführungen von Fuss als von „ganz ungeheurer Wucht“. Briefkonzept Hans Delbrück an Georg Wagner vom 20.11.1907, in: NL Delbrück, Fasz. 156, Nr. 18, Konzeptbücher, S. 24 f.

573 Polenpolitik und Landarbeiterfrage. Deutscher Mahnruf aus der Ostmark gegen das Enteignungsgesetz von einem deutschen Bürger der Stadt Posen, Berlin 1908; Schönberg, In letzter Stunde; ders., Wort; Wilhelm. – In einer Entgegnung wurde „Wilhelm“ als Verräter

Zudem hielten die Verfasser den politischen Entscheidungsträgern vor, ungenügend über die Provinzen und die dortige Bevölkerung informiert zu sein. Ein anonymer „deutscher Bürger der Stadt Posen“ kritisierte die Staatsregierung, die ihre Urteile einzig auf zugezogene „chauvinistische Ostmarkenbeamte“ und „agrarische Hetzapostel“ gründe anstatt auf die besonnenen alteingesessenen Einwohner.[574] Letztere seien von der Nutzlosigkeit der Ansiedlungspolitik und den irreparablen Schäden einer weiteren Verschärfung des Nationalitätenkonflikts überzeugt, weshalb sie die Aufhebung der aufreizenden Polenpolitik wünschten.[575] Als Symbol für die Krise in den Ostprovinzen galt ihnen der Ostmarkenverein, dessen Wirken sie als Einbruch in zuvor friedliche Verhältnisse deuteten und scharf verurteilten.[576]

Darüber hinaus meldeten sich Polen in deutscher Sprache in der öffentlichen Debatte zu Wort, um stellvertretend für die polnische Bevölkerung gegen die Enteignungsvorlage zu protestieren. Der Grundbesitzer Sigismund von Broel Plater attackierte Otto Hoetzsch für dessen Begründung antipolnischer Ausnahmegesetze mit dem angeblichen Streben nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates. Hoetzsch missbrauche sein Ansehen als Professor an der Königlichen Akademie in Posen, um entstellte Sachverhalte und nicht belegbare Behauptungen als Tatsachen zu präsentieren.[577] Der Mitbegründer der polnischen Landbank in Posen, Adam von Żołtowski, kritisierte in einem offenen Brief an den Zentrumsabgeordneten Georg von Hertling die Agitation des Ostmarkenvereins: Diese „Gesellschaft von Marktschreiern und Krämern des Patriotismus, welche gern die niedrigsten Instinkte und Leidenschaften gegen uns rege machen möchten“, unterstelle den preußischen Polen, dass sie revolutionär seien, nur an Agitation, Boykott und Abtrennung vom Deutschen Reich dächten und den Hass gegen das „Deutschtum“ pflegten. Gegenüber der „Orgie des Chauvinismus“ und dem „Dämon des nationalen Egoismus“ berief sich Żołtowski auf die Ideale der deutschen Kultur, die allein einen „wahren Gottesfrieden“ unter den Völkern wiederherstellen könne.[578]

Broel Plater und Żołtowski hatten ihre Veröffentlichungen an bestimmte Personen adressiert, um eine Kommunikationssituation zu simulieren, in der sie den Gegenüber widerlegen oder von der eigenen Auffassung überzeugen wollten. Mit diesem rheto-

beschimpft, der den eigenen „Volksgenossen“ im Nationalitätenkampf in den Rücken falle. Walter, S. 11 ff.

574 Polenpolitik und Landarbeiterfrage, S. 18.

575 Ebenda, S. 23.

576 Ebenda, S. 5; Rabbow, Ostmarkenbroschüre. In einer weiteren Broschüre wies Rabbow auf den großen Zuspruch hin, den seine Ausführungen unter Deutschen und Polen gefunden hätten. Ders., Tragi-Komödie, S. 16.

577 Broel Plater, S. 9-12. Broel Plater bezog sich auf Otto Hötzsch: Rede über den Stand der Polenfrage und die Zukunft der preußischen Ostmarkenpolitik, in: Alldeutsche Blätter 17 (1907), 37, S. 311-317. – Im Gegenzug suchte Hoetzsch anhand der polnischen Presse das Streben nach Wiedererrichtung des polnischen Staates zu belegen. Otto Hötzsch: Sind die Polen Staatsverräter? Antwort an Herrn Grafen von Broel Plater, in: Schlesische Zeitung vom 11.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 135 f.

578 Adam v. Żołtowski: Ein offenes Sendschreiben, in: Schlesische Volkszeitung vom 11.01.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5334, Bl. 83 f.

rischen Mittel suchten sie vor allem Nähe zum Leser herzustellen und diesen für das eigene Anliegen zu vereinnahmen. Ähnlich suggestiv waren die weiteren Broschüren und Flugschriften geschrieben, die während und nach den parlamentarischen Verhandlungen über die Enteignungsvorlage publiziert wurden. Die Verfasser beanspruchten für sich, die Bevölkerung der Ostprovinzen in der Debatte zu vertreten, um die in der deutschen Öffentlichkeit verbreiteten fehlerhaften Anschauungen zu korrigieren. Angesichts der in der Presse und in den Parlamenten dominierenden Themen – wie die Verfassungsmäßigkeit der Enteignungsvorlage und die vermeintliche Bedrohung der Deutschen durch die Polen – schien dies aus Sicht der betroffenen Bevölkerung notwendig zu sein.

Allerdings handelte es sich meist um Minderheiten- und Außenseiterpositionen, die in den gängigen Zeitungen und Zeitschriften keinen Raum fanden, weil sie zu parteilich, zu kontrovers oder schlicht zu lang waren.[579] Broschüren oder Flugschriften boten diesen Verfassern die Möglichkeit, sich aktiv an der Aushandlung politischer und gesellschaftlicher Themen zu beteiligen, ihre Auffassungen ausgiebig zu begründen und verschiedene Teilöffentlichkeiten zu erreichen. Denn die periodisch erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften waren überwiegend im Abonnement erhältlich, weshalb einzelne Beiträge für Nichtabonnenten schwer zugänglich waren. Zudem waren Broschüren oder Flugschriften sehr schnelle Medien, die innerhalb weniger Tage auf dem Markt waren, sodass die Verfasser unmittelbar auf bestimmte Ereignisse reagieren konnten.[580] Da sie im Selbstverlag publiziert wurden, griff kein Herausgeber oder Redakteur korrigierend in den Text ein. Daher nutzten die Verfasser ihre Unabhängigkeit, um ihre Bedenken, Empörung und Wut über die preußische Polenpolitik und den Ostmarkenverein offensiv, polemisch und mitunter auch spöttisch auszudrücken.

Leserbriefe waren eine weitere Medienform, die der Bevölkerung der Ostprovinzen die Möglichkeit bot, ihre Auffassungen über die Enteignungsvorlage öffentlich mitzuteilen. In Zuschriften an die Posener Tageszeitungen, insbesondere an die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten*, artikulierten deutsche Grundbesitzer und Angehörige des städtischen Mittelstands ihre Sorgen und Ängste. Diese betrafen vor allem die Auswirkungen der Polenpolitik auf die gesellschaftlichen Beziehungen, die Güterpreise und den Handels- und Geschäftsverkehr zwischen Deutschen und Polen. Die in der Rubrik „Eingesandt“ abgedruckten Leserbriefe wurden von der enteignungskritischen überregionalen Presse als unverfälschte Meinungsäußerungen aus der Provinz Posen wiedergegeben, um die Ablehnung der Enteignungsvorlage durch die einheimische Bevölkerung zu belegen.[581]

---

[579] Hierzu und zum Folgenden siehe Jensen, S. 88-94.

[580] So publizierte Hans Delbrück die Ausführungen „Wilhelms“ im Januar 1908 als Broschüre, da er befürchtete, dass die folgende Ausgabe der *Preußischen Jahrbücher* erst erscheinen werde, wenn die Entscheidung über die Enteignungsvorlage bereits gefallen sei. Hans Delbrück: Vorwort, in: Wilhelm, S. 3.

[581] Die *Kölnische Volkszeitung* leitete eine Besprechung von Leserbriefen mit den Worten ein, dass „jetzt auch die in Posen und Westpreußen ansässigen Deutschen Front“ gegen das geplante Enteignungsrecht machen würden und das Blatt „mit Zuschriften überhäuft [werde], welche dieses Projekt verwerfen“. Posen, in: Kölnische Volkszeitung vom 07.01.1908, Nr. 18. Siehe auch: Gegen die Enteignungsvorlage, in: Germania vom 09.01.1908, erstes Blatt.

In den Zuschriften beklagten deutsche Grundbesitzer den erwarteten Werteverfall ihrer Güter[582], deutsche Kaufleute und Handwerker befürchteten, durch Boykott ihre polnische Kundschaft zu verlieren.[583] Als bedeutendes Argument gegen die Enteignungsvorlage diente die prognostizierte Verschärfung des Nationalitätenkonflikts in den Ostprovinzen bis zum permanenten Kleinkrieg. Daher verlangten die Leserbriefschreiber, das provozierende antipolnische Ausnahmegesetz aufzugeben, um Ruhe und Frieden als Grundlage erfolgreichen Wirtschaftens wiederherzustellen. Nur auf die Ostmarkenpolitik zur Förderung des „Deutschtums", von der sie finanziell und materiell selbst profitierten, wollten sie nicht verzichten.[584] Dies wird etwa anhand einer Zuschrift deutlich, deren Verfasser monierte, dass die Enteignungsvorlage „am grünen Tisch" entworfen worden sei, ohne sich an den Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung zu orientieren. Daher müsse das Gesetz entweder begraben oder so abgefasst werden, „daß es für uns paßt".[585]

Darüber hinaus behaupteten die Leserbriefschreiber, dass ihre Kritik an der Enteignungsvorlage von der deutschen Bevölkerung, unabhängig von Konfession, Beruf oder Parteizugehörigkeit, geteilt werde. „Aber ich frage: wo hört und liest man von dieser, *in den weitesten Kreisen lebendigen Entrüstung*?", reflektierte ein Verfasser die mangelnde öffentliche Wahrnehmung der Ablehnung unter den Betroffenen.[586] Daher wurden die Leserbriefe auch für Aufrufe zu Protestkundgebungen, Demonstrationen und Petitionen an den preußischen Landtag genutzt.[587]

Tatsächlich mobilisierte die Befürchtung, dass mit der Enteignung polnischer Güter ein Präzedenzfall für die zukünftige Enteignung von Deutschen geschaffen werde, weite Kreise der deutschen Grundbesitzer der Provinzen Posen und Westpreußen. Stellvertretend formulierte der Posener Provinzialvorsitzende des Bundes der Landwirte, Ernst Endell, in der agrarisch-konservativen *Deutschen Tageszeitung* die Bedenken. Endell monierte fehlende Garantien, dass Deutsche und diejenigen Polen, die nicht als „deutschfeindlich" anzusehen seien, von der Enteignung ausgenommen würden. Doch es ging ihm in erster Linie um die Wahrung des deutschen Großgrundbesitzes, wie sein Vorschlag zeigte, geerbten Besitz prinzipiell von der Enteignung auszuschließen oder jeden Enteignungsfall von einer Kommission deutscher Großgrundbesitzer abseg-

[582] Zur Enteignungsvorlage, in: Posener Neueste Nachrichten vom 29.11.1907, Nr. 2582; Posener Neueste Nachrichten vom 29.12.1907, Nr. 2606; Ein offenes Wort, in: Posener Neueste Nachrichten vom 31.12.1907, Nr. 2607.

[583] Posener Neueste Nachrichten vom 23.08.1907, Nr. 2449; Posener Neueste Nachrichten vom 22.12.1907, Nr. 2602; Posener Neueste Nachrichten vom 25.12.1907, Nr. 2604.

[584] Posener Neueste Nachrichten vom 24.12.1907, Nr. 2603; Posener Neueste Nachrichten vom 25.12.1907, Nr. 2604.

[585] Ein offenes Wort, in: Posener Neueste Nachrichten vom 31.12.1907, Nr. 2607.

[586] Polenvorlage und Oeffentlichkeit, in: Posener Neueste Nachrichten vom 06.12.1907, Nr. 2588 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[587] Posener Neueste Nachrichten vom 23.08.1907, Nr. 2449; Polenvorlage und Oeffentlichkeit, in: Posener Neueste Nachrichten vom 06.12.1907, Nr. 2588; Posener Neueste Nachrichten vom 22.12.1907, Nr. 2602.

nen zu lassen.[588] Aufsehen erregte ferner ein Aufruf westpreußischer Landwirte in der *Deutschen Agrarzeitung*, in dem dagegen protestiert wurde, dass jedem Grundbesitzer „*das freie Verfügungsrecht über seine Scholle* prinzipiell genommen werden soll".[589] In weiteren Erklärungen und Protesten deutscher Grundbesitzer traten die Befürchtungen materieller Nachteile ebenso deutlich zutage.[590]

Der deutsche Mittelstand der Provinz Posen äußerte seine Bedenken in einer Petition an den Posener Oberbürgermeister Ernst Wilms.[591] Eine vom Freisinnigen Verein in Posen einberufene und von rund 1200 Personen besuchte Versammlung richtete im Namen des deutschen Bürgertums der Stadt die Aufforderung an Wilms, die Enteignungsvorlage im Herrenhaus energisch zu bekämpfen. Auf derselben Veranstaltung wies der Herausgeber der *Posener Neuesten Nachrichten*, Georg Wagner, nachdrücklich auf die befürchteten politischen und wirtschaftlichen Nachteile für das „Deutschtum" hin.[592] Der öffentliche Druck zeigte Wirkung: In seiner Herrenhausrede verwies Wilms auf die Versammlung und die Petition, um den Protest der Betroffenen aufzuzeigen, und votierte in der namentlichen Abstimmung gegen die Enteignungsvorlage.[593]

Hans Delbrück berichtete in den *Preußischen Jahrbüchern* über die ständig wachsende Protestbewegung. Demnach verurteile die Mehrheit der Deutschen aus der Provinz Posen die Enteignungsvorlage, auch wenn die „Hakatisten" den gegenteiligen Eindruck zu erwecken suchten. Daher müsse die Staatsregierung die Gesetzesvorlage zurückziehen. Allerdings wies er auch darauf hin, dass die Petenten von der Provinzialverwaltung unter Druck gesetzt, zur Zurücknahme ihrer Unterschriften aufgefordert und von „nationalen Zeitungen" verunglimpft würden.[594] Ein Beispiel eines öffentlich vollzogenen Meinungswandels stellt der Posener Rittergutsbesitzer Conrad Iffland dar, der die Staatsregierung scharf kritisiert und eine Petition gegen die Enteignungsvorlage initiiert hatte. Nach kurzer Zeit rückte er in einer öffentlichen Erklärung davon ab, da die Unterstützung zu gering sei und er bezweifelte, damit das Gesetzgebungsverfahren beeinflussen zu können.[595] Natürlich widersprach Oberpräsident Wilhelm von Waldow dem Vorwurf, er habe versucht, deutsche Grundbesitzer zur Zurücknahme ihrer Unter-

---

588 Endell: In letzter Stunde!, in: Deutsche Tageszeitung vom 28.12.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 25 f.

589 Landwirthe der Ostmark!, in: Deutsche Agrarzeitung vom 19.01.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 83 (Hervorhebung im Original gesperrt).

590 Zum Enteignungsgesetze, in: Germania vom 25.01.1908, erstes Blatt; Gegen die Enteignungsvorlage, in: Germania vom 16.02.1908, erstes Blatt; Hakatistisches und Antihakatistisches, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.02.1908, Nr. 144.

591 Gegen die Enteignungsvorlage, in: Kölnische Volkszeitung vom 07.02.1908, Nr. 115.

592 Balzer, Polenpolitik, S. 139. Siehe auch: Die Polenvorlage, in: Kölnische Volkszeitung vom 10.02.1908, Nr. 125.

593 PHH, Sess. 1907/08, 5. Sitz., 26.02.1908, S. 58. Für die Abstimmung PHH, Sess. 1907/08, 6. Sitz., 27.02.1908, S. 101.

594 D. [Hans Delbrück]: Ostmarken-Vorlage, in: Preußische Jahrbücher 131 (1908), 3, S. 565 f., hier S. 566.

595 Posener Zeitung vom 16.02.1908, Nr. 79; Zur Enteignungsvorlage, in: Posener Tageblatt vom 16.02.1908, Nr. 79.

schrift zu bewegen. Delbrück machte jedoch deutlich, dass er ein solches Vorgehen für möglich halte und scharf verurteile.[596]

Der Widerstand der deutschen Grundbesitzer und des Mittelstandes gegen die Enteignungsvorlage wurde in der überregionalen deutschen Presse breit erörtert. In der christlich-sozialen Zeitschrift *Die Hilfe* warf der linksliberale Publizist Eugen Katz den Betroffenen mehrfach vor, prinzipielle Bedenken nur vorzutäuschen, grundsätzlich aber von eigennützigen wirtschaftlichen und politischen Motiven geleitet zu sein. Als wichtigsten Antrieb für den Widerstand benannte er die Angst vor fallenden Güterpreisen und den befürchteten Eingriff in das Eigentum.[597] Laut dem *Berliner Tageblatt* sprach daraus der „nackte Egoismus", der sich ausschließlich auf die Bewahrung der eigenen Privilegien beziehe und die „Ansprüche des Junkertums auf seine Suprematie in Preußen" verdeutliche.[598] Auch der linksdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* zufolge handelten die preußischen Junker nicht aus „Friedensliebe", sondern „aus sehr materiellen und sehr nüchternen Erwägungen". Immer wenn diese ihre soziale und wirtschaftliche Stellung bedroht sähen, würden sie davor warnen, die soliden Grundlagen des Staates anzutasten.[599] Trotzdem begrüßten die Gegner der Enteignungsvorlage die Warnungen der Betroffenen vor der Verschärfung des Nationalitätenkonflikts, denn daraus spreche die „Sehnsucht nach Frieden" in den Ostprovinzen, wie der freisinnige Abgeordnete Albert Traeger in der Wiener *Neuen Freien Presse* betonte.[600]

Hingegen suchten rechte Blätter dem deutschen Widerstand aus den Ostprovinzen die Schärfe zu nehmen, indem sie die Träger der Proteste als Außenseiter marginalisierten oder als Nutznießer der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung bloßstellten.[601] Mit Verweis auf frühere, weitgehend erfolglose Versuche der Boykottierung deutscher Gewerbetreibender und deutscher Waren relativierte die *Kreuzzeitung* die polnischen Boykottdrohungen. Nicht nationale Abneigungen, sondern das wirtschaftliche Gewinnstreben seien für den Warenverkehr ausschlaggebend. Zudem könnten polnische Kaufleute deutsche Waren nicht entbehren und seien von Krediten des deutschen

---

[596] D. [Hans Delbrück]: Enteignungsvorlage, Vereinsgesetz, Wahlreform, in: Preußische Jahrbücher 132 (1908), 1, S. 184-191, hier S. 190 f.

[597] Eugen Katz: Landpolitik gegen die Polen, in: Die Hilfe 13 (1907), 44, S. 691 f.; ders.: Die gemeingefährliche Polenfrage, in: Die Hilfe 13 (1907), 49, S. 775 ff., hier S. 776; ders.: Ein Wort zur Ansiedlungsnovelle, in: Die Hilfe 14 (1908), 3, S. 38 f.

[598] Die polnische Klippe, in: Berliner Tageblatt vom 05.12.1907, Nr. 618. Siehe auch Franz Oppenheimer: Die preußische Polen-Politik, in: Die Hilfe 13 (1907), 31, S. 485 f.; Die wahren Polonisatoren, in: Freisinnige Zeitung vom 23.11.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5334, Bl. 15.

[599] Das polnische Zwischenspiel, in: Leipziger Volkszeitung vom 17.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 154 f.

[600] Albert Traeger: Preußisch-Polnisches, in: Neue Freie Presse vom 24.02.1908, Nachmittagblatt. Siehe auch: Unter allen Umständen, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.01.1908, Nr. 56; Die Enteignungsvorlage, in: Freisinnige Zeitung vom 29.01.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 92 f.

[601] Wozu der Lärm? Was steht den Herren zu Diensten?, in: Schlesische Zeitung vom 08.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 121 f.; Zur Enteignungsfrage, in: Schlesische Zeitung vom 14.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 137; Proteste gegen die Enteignung, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 14.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 142.

Handels abhängig.[602] Gleichwohl bekannte das konservative Blatt, dass es wegen der schwerwiegenden Bedenken kein Unglück sei, wenn die Verhandlungen in die Länge gezogen würden, um den Parteien Zeit zu geben, die Frage gründlich zu studieren.[603] Solchen skeptischen Äußerungen über die Enteignungsvorlage, die bis weit ins konservative Lager reichten, räumte die *Freisinnige Zeitung* einen plebiszitären Charakter ein: „Jeder Vaterlandsfreund sollte deshalb wünschen, daß der Kanzler, nachdem die Stimme des Volkes so deutlich über diese Vorlage gesprochen hat, auch den Mut und die Entschlossenheit finden sollte, diese Vorlage zurückzuziehen."[604]

Zwar war das Eintreten der Deutschen aus den Ostprovinzen gegen die Enteignungsvorlage vordergründig gegen die preußische Polenpolitik gerichtet, aber auch durch die Befürchtung materieller Verluste sowie des sozialen Abstiegs motiviert. Allerdings suchten sie ihre eigennützigen Interessen zu kaschieren, indem sie vor der Zuspitzung und Eskalation des Nationalitätenkonflikts in den Ostprovinzen warnten. Damit knüpften sie an die Vorstellungen einer deutsch-polnischen Verständigung an und ergänzten diese um ein wirkmächtiges Argument „von unten". Jenseits der abstrakten Erörterungen über die Verfassungsmäßigkeit wurden den Lesern der Broschüren und Zeitungsartikel dadurch die Konsequenzen der Polenpolitik für die Ostprovinzen aufgezeigt und die paradoxe Situation verdeutlicht, dass die Betroffenen die mit großem Aufwand betriebene Förderung des „Deutschtums" skeptisch beurteilten. Doch dies betraf freilich nur die repressiven Maßnahmen, denn die direkte und indirekte wirtschaftliche und finanzielle Förderung der deutschen Bevölkerung, die mit der Ansiedlungspolitik verbundenen Infrastrukturprojekte und die Maßnahmen zur kulturellen Hebung wurden zumeist aus der Kritik ausgeklammert.

Schließlich können die Stellungnahmen der Bewohner der Ostprovinzen als Indikator einer Politisierung der Bevölkerung gedeutet werden. Da die Enteignungsvorlage ein starker Eingriff in das Leben zahlreicher Staatsbürger zu werden drohte, setzten sie sich aktiv für ihre Interessen ein. Die preußischen Polen artikulierten ihre Proteste vor allem in polnischer Sprache, beispielsweise auf Versammlungen und in der polnischen Presse Preußens. Ferner besaßen sie mit den polnischen Abgeordneten im preußischen Landtag und im Reichstag eine engagierte und lautstarke, wenngleich machtlose Vertretung. Hingegen sahen sich die in den Ostprovinzen lebenden Deutschen in der öffentlichen Debatte zu wenig berücksichtigt und ihre Interessen von den gewählten parlamentarischen Vertretern nicht ausreichend wahrgenommen. Daher beteiligten sie sich mit Broschüren, Flugschriften und Leserbriefen an den Erörterungen und suchten mit Kundgebungen und Petitionen an die Staatsregierung, die Parlamente oder die re-

---

602 Polnische Boykotterklärungen, in: Kreuzzeitung vom 11.12.1907, Nr. 580. Ähnlich argumentierend: Polnische Boykottbewegung gegen preußische Waren, in: Kölnische Zeitung vom 25.01.1908, Nr. 89; Deutsche als polnische Verbündete, in: National-Zeitung vom 14.02.1908, Nr. 75.

603 Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 01.12.1907, Nr. 563; Zur Ostmarkenvorlage, in: Kreuzzeitung vom 20.02.1908, Nr. 86; Gr. v. Hohenthal: Zur Verständigung, in: Kreuzzeitung vom 25.02.1908, Nr. 94.

604 Epilog zur Polenvorlage, in: Freisinnige Zeitung vom 23.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 179 ff.

gionalen politischen Repräsentanten Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Damit vertraten die betroffenen Deutschen den Anspruch, sich auch jenseits der Wahlen am politischen Meinungsbildungsprozess zu beteiligen.

Offenbar hatten die zahlreichen Proteste gegen das Enteignungsrecht viele Mitglieder des Preußischen Herrenhauses beeindruckt. Besonders die konservativen Großgrundbesitzer trugen im Plenum ihre Bedenken vor und votierten in der namentlichen Abstimmung am 26. Februar 1908 gegen die Gesetzesvorlage. Allerdings sorgten vor allem die bürgerlich-liberalen Vertreter der Städte und Universitäten für die Annahme der Vorlage mit 143 gegen 111 Stimmen.[605] Damit wurde eine zentrale Kategorie des öffentlichen Rechts im Sinne eines ethnozentrischen Nationalismus umgedeutet. Die Gleichsetzung des öffentlichen Wohls mit den Interessen des „Deutschtums“ war ein „eklatanter Verfassungsverstoß“ und der bis dahin radikalste Schritt der Ausgrenzung der polnischen Bevölkerung aus der Gemeinschaft der Staatsbürger.[606]

Die nationalliberalen Blätter feierten die Verabschiedung des Gesetzes als Ergebnis ihrer publizistischen Bemühungen.[607] „Es war ein Freudentag, eine fast *unverhoffte* Freude für das nationale Deutschland“, jubelte die alldeutsche *Tägliche Rundschau*[608], und die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* beglückwünschte Bülow zu seinem „politischen Erfolg“. Die Befürwortung der Enteignungsvorlage unter den Herrenhausmitgliedern sei größer gewesen als das Abstimmungsergebnis vermuten lasse, behauptete das Blatt: „Denn wie mancher mochte wohl im stillen für die Vorlage der Regierung gewesen sein, der unter dem Zwange örtlicher und persönlicher Verhältnisse schließlich gegen sie stimmte.“[609] Selbst die als Sprachrohr der Agrarier auftretende *Deutsche Tageszeitung* zeigte sich aus „nationalen Rücksichten“ dazu bereit, in den „sauren Apfel“ zu beißen und anstelle der Einstellung des „notwendigen Kampfes gegen das Großpolentum“ das kleinere Übel der Enteignung zu wählen.[610] Hingegen verteidigte die konservative *Kreuzzeitung* diejenigen Abgeordneten, die gegen die Gesetzesvorlage gesprochen und votiert hatten.[611]

Den oppositionellen Blättern war die Enttäuschung über das Abstimmungsergebnis deutlich anzumerken. Nach den ersten beiden Lesungen im Herrenhaus hatte noch verhaltener Optimismus vorgeherrscht, dass das Haus die fragwürdige Gesetzesvorla-

---

605 Ausführlich zu den Herrenhausdebatten Pirko, Niemiecka polityka wywłaszczeniowa, S. 156-183.

606 Wehler, Polenpolitik, S. 194 f., Zitat S. 195.

607 Zusammenfassend für das Presseecho: Zur Enteignungsfrage, in: Posener Tageblatt vom 01.03.1908, Nr. 103.

608 Die Enteignung angenommen, in: Tägliche Rundschau vom 28.02.1908, Nr. 99 (Hervorhebung im Original gesperrt).

609 Nach hartem Kampf, in: Kölnische Zeitung vom 28.02.1908, Nr. 218. Siehe auch: Durch!, in: Kölnische Zeitung vom 28.02.1908, Nr. 220; Die Entscheidung über die Enteignungsvorlage, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 27.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5325, Bl. 9 f.

610 Blockpolitik und Verleugnung der Grundsätze, in: Deutsche Tageszeitung vom 26.02.1908, Nr. 96 (Zitate); Die Entscheidung, in: Deutsche Tageszeitung vom 28.02.1908, Nr. 100.

611 Zur Annahme der Enteignungsvorlage im Herrenhause, in: Kreuzzeitung vom 28.02.1908, Nr. 100.

ge aufgrund von Verfassungsbedenken ablehnen würde. Nach der Annahme wollten die Zentrumsblätter den parlamentarischen Sieg Bülows als „moralische Niederlage“ gewertet wissen, da viele hochangesehene Herrenhausmitglieder gegen die Gesetzesvorlage gestimmt hätten.[612] Für linksliberale Blätter war es bemerkenswert, dass die Oberbürgermeister von Posen und Danzig (Gdańsk) sowie zahlreiche Großgrundbesitzer aus den Ostprovinzen, die die angebliche „Polengefahr“ aus eigener Anschauung kennen müssten, gegen die Vorlage votiert hatten.[613] Entsprechend bedauerten sie die Zustimmung der bürgerlichen Vertreter der Städte und Universitäten.[614] Scharf kritisierte der *Vorwärts* das liberale Bürgertum, das die Staatsregierung in der Verteidigung der Enteignungsvorlage unterstützt und sich in der Abstimmung als obrigkeitshörig erwiesen habe, um das Volk zu entrechten.[615]

Folglich konnte Friedrich Naumann die Abstimmung als paradox und beklagenswert zugleich charakterisieren: Anerkennend stellte er fest, dass die Liberalen des Herrenhauses ihren politischen Willen gegen den preußischen Adel durchgesetzt hatten. Nur sei es eine unglückliche Entscheidung, ausgerechnet die Enteignungsvorlage zu verabschieden und damit einer Verletzung der Rechtsgleichheit zuzustimmen, anstatt der preußischen Polenpolitik ein Ende zu bereiten.[616] Denn außer „einer kleinen Gruppe extremer Hakatisten“, sekundierte die linksliberale *Frankfurter Zeitung*, habe niemand das Gesetz aus innerer Überzeugung befürwortet. Die Zustimmung im Herrenhaus sei nur widerwillig und durch den Druck der Staatsregierung zustande gekommen. Empört drückte das Blatt seine Ablehnung aus: „Im Namen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit protestieren wir gegen diese Ausnahmegesetzgebung, deren Rechtsgültigkeit wir bestreiten, und wir glauben, mit diesem Widerspruch zugleich dem wahren nationalen Interesse zu dienen.“[617]

Der Frankfurter Oberbürgermeister Adickes rückte in den Mittelpunkt der Erörterungen. Dieser hatte den Gegnern der Enteignungsvorlage vorgeworfen, die nötige Distanz zur Ansiedlungspolitik vermissen zu lassen, weshalb ihnen die kleinen Unzulänglichkeiten eher ins Auge fielen als die positiven Ergebnisse. Zudem würden die alteingesessenen Bewohner der Ostprovinzen einem längst vergangenen und unwiderruflich verlorenen Zustand des friedlichen Zusammenlebens zwischen Deutschen und Polen nachtrauern. Aus Sicht des „Westländers“ sei diese nostalgische Sichtweise

612 Das Herrenhaus und die Enteignungsfrage, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.02.1908, Nr. 183; Fürst Bülow lächelt wieder, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.02.1908, Nr. 187; Die Polenvorlage, in: Germania vom 04.03.1908, zweites Blatt.

613 Die Abstimmung über die Polenvorlage, in: Vossische Zeitung vom 28.02.1908, Nr. 100.

614 Paul Michaelis: Politische Wochenschau, in: Berliner Tageblatt vom 01.03.1908, Nr. 111.

615 Bülows Sieg, in: Vorwärts vom 29.02.1908.

616 [Friedrich Naumann:] Politische Notizen. Die Polenpolitik des Reichskanzlers, in: Die Hilfe 14 (1908), 10, S. 145. – Ebenso beklagte die *Germania* den paradoxen Sieg der „Linken“ im Herrenhaus. Die Polenvorlage im Herrenhause, in: Germania vom 28.02.1908, zweites Blatt.

617 Frankfurt, 28. Februar, in: Frankfurter Zeitung vom 28.02.1908, Abendblatt.

„psychologisch“ durchaus verständlich, dürfe jedoch nicht als Kriterium für die Bewertung der gegenwärtigen Verhältnisse dienen.[618]

Die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* protestierten energisch gegen die behauptete differenziertere Beurteilung aus der Ferne. Vielmehr hätten sich Herrenhausmitglieder wie Adickes emphatisch für die Enteignungsvorlage eingesetzt, ohne einen nennenswerten Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ostprovinzen zu haben. Hingegen sei der alteingesessenen Bevölkerung kaum Beachtung geschenkt worden, klagte das Blatt.[619] Auch die *Freisinnige Zeitung* gestand der „lebhafte[n] Protestbewegung“ der Ostprovinzen eine größere Kompetenz in der „Ostmarkenfrage“ zu als den fernstehenden selbsternannten Sachverständigen, die keine sachlichen Argumente für die Gesetzesvorlage vorgetragen hätten.[620] Bereits nach der ersten Lesung im Herrenhaus hatte sich die *Frankfurter Zeitung* ausdrücklich von Adickes’ Standpunkt distanziert und behauptet, dieser habe weder für die Bevölkerung des Westens noch für die Bewohner der Stadt Frankfurt gesprochen, die die Enteignungsvorlage mehrheitlich ablehnten.[621] Das Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* vermutete schließlich, dass Adickes maßgeblich von seinem Schwiegersohn Alfred Hugenberg beeinflusst worden sei, der als Mitglied des Alldeutschen Verbandes, früherer leitender Beamter der Ansiedlungskommission und derzeit Vortragender Rat im preußischen Finanzministerium energisch für die Verschärfung der Polenpolitik und die Enteignung polnischer Grundbesitzer eingetreten war.[622] Damit hatte das Blatt den Einfluss einer Gruppe hoher preußischer Beamter um Hugenberg berührt, die maßgeblich an der Durchsetzung des Enteignungsrechts beteiligt war.[623]

Ihr Bedauern über die Annahme der Enteignungsvorlage verbanden linksliberale Blätter mit einer harschen Kritik am Preußischen Herrenhaus, das mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem Eigentumsrecht zwei wichtige Grundsätze der Verfassung Preußens preisgegeben habe.[624] Besonders der *Vorwärts* hatte während der Beratungen wiederholt das preußische Dreiklassenwahlrecht ins Visier genommen, welches verhindere, dass die Bevölkerungsmehrheit ihre Ablehnung der repressiven Polenpolitik im Abgeordnetenhaus zur Geltung bringe.[625] Anhand von Statistiken über die Reichstagswahlen suchte die sozialdemokratische *Schlesische Volkszeitung* nachzuweisen, dass die Mehrheit der deutschen Wahlberechtigten Parteien wähle, die die preußische Polenpolitik

[618] PHH, Sess. 1907/08, 5. Sitz., 26.02.1908, S. 69 ff., Zitate S. 70.

[619] Posener Neueste Nachrichten, zitiert nach: Angesichts der Entscheidung, in: Kölnische Volkszeitung vom 03.02.1908, Nr. 103.

[620] Eine seltsame Argumentation, in: Freisinnige Zeitung vom 07.03.1908.

[621] Frankfurt, 31. Januar, in: Frankfurter Zeitung vom 31.01.1908, Abendblatt.

[622] Gegen die Enteignungsvorlage, in: Kölnische Volkszeitung vom 07.02.1908, Nr. 115.

[623] Guratzsch, S. 44-47.

[624] Zur Annahme der Polenvorlage im Herrenhause, in: Freisinnige Zeitung vom 29.02.1908; Das Herrenhaus, in: Vossische Zeitung vom 31.01.1908, Nr. 51.

[625] Die preußische „Reichsfeindschaft“!, in: Vorwärts vom 03.12.1907; Preußische Willkür, in: Vorwärts vom 09.01.1908; Das Enteignungsgesetz im Hause der Lords, in: Vorwärts vom 31.01.1908; Das polnische Ausnahmegesetz vor dem Herrenhause, in: Vorwärts vom 27.02.1908.

ablehnten.[626] In dieses Bild der engen Verzahnung von Polenpolitik und Dreiklassenwahlrecht passten die Vermutungen der *Germania* und Friedrich Naumanns, dass die Staatsregierung die Zustimmung der Konservativen zur Enteignungsvorlage nur erreichen konnte, weil sie im Gegenzug eine Wahlreform für Preußen abgewiesen habe.[627] Als der Historiker Dietrich Schäfer im November 1910 auf einer Versammlung des Ostmarkenvereins die Frage aufwarf, „ob ein erweitertes Wahlrecht noch eine parlamentarische Mehrheit für eine energische Polenpolitik zustande kommen lasse", fühlte sich die linksdemokratische *Leipziger Volkszeitung* in ihrer Annahme bestätigt, dass ein grundlegender Zusammenhang zwischen der im selben Jahr abgelehnten Wahlreform und der „Polenverfolgung" bestehe.[628]

In den *Preußischen Jahrbüchern* bilanzierte Hans Delbrück schließlich die fatalen Auswirkungen der Enteignungsvorlage auf das Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen. Die versöhnliche Stimmung in den Ostprovinzen und die Bereitschaft der polnischen Bevölkerung, den preußischen „Staatsgedanken" anzuerkennen, seien derart groß gewesen, dass die Staatsregierung eine erfolgversprechende Versöhnungspolitik hätte initiieren können. Die Verhandlungen im Herrenhaus und das knappe Abstimmungsergebnis fasste Delbrück als Warnung auf, das Enteignungsrecht „mit der äußersten Vorsicht und Schonung" anzuwenden oder es nur als Druckmittel anzusehen.[629] Allerdings schien eine „milde" Anwendung kaum denkbar, wie die *Freisinnige Zeitung* bereits zuvor angemerkt hatte, denn dies würde lediglich bedeuten, „daß der Jude – in diesem Fall der Pole – langsam verbrannt werden soll. Und ein Staatsverbrechen bleibt ein Staatsverbrechen, und wenn es auch noch so ‚milde' exekutiert wird."[630]

Im Winter 1907/08 war die Enteignungsvorlage das zentrale Medienthema in der deutschen Öffentlichkeit. Die parlamentarischen Verhandlungen, die Proteste der betroffenen Bevölkerungskreise, aber auch Spekulationen und Gerüchte boten den Zeitungsredaktionen genügend Stoff, um die Seiten zu füllen. Beispielsweise kursierte Anfang Februar 1908 das Gerücht, Kaiser Wilhelm II. hege Bedenken gegen die Enteignungsvorlage und wolle diese zurückziehen. In der enteignungskritischen Presse wurde die Hoffnung geäußert, der Monarch nehme sich der Sorgen weiter Bevölkerungskreise an und setze sich über den Willen der Staatsregierung hinweg.[631] Die Hoff-

[626] Wieviele Deutsche unterstützen die antipolnische Politik?, in: Schlesische Volkszeitung vom 31.01.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5334, Bl. 101 f.

[627] Die Konservativen und die Polenpolitik, in: Germania vom 29.01.1908, zweites Blatt; [Friedrich Naumann:] Politische Notizen. Das Geschäft ist gemacht, in: Die Hilfe 14 (1908), 4, S. 49. – Dies wurde von offiziöser Seite dementiert: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 01.03.1908, erste Abendausgabe.

[628] Die Ostmarkenpleite, in: Leipziger Volkszeitung vom 18.11.1910, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 184 [nicht pag.].

[629] D. [Hans Delbrück]: Enteignungsvorlage, Vereinsgesetz, Wahlreform, in: Preußische Jahrbücher 132 (1908), 1, S. 184-191, hier S. 185 f.

[630] „Polnische Wirtschaft" im Landtage, in: Freisinnige Zeitung vom 17.12.1907. Siehe auch: Epilog zur Polenvorlage, in: Freisinnige Zeitung vom 23.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 179 ff.

[631] Angesichts der Entscheidung, in: Kölnische Volkszeitung vom 03.02.1908, Nr. 103; Wie steht's mit der Polenvorlage, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.02.1908, Nr. 113; Eine

nung war jedoch unbegründet, denn Ende Februar berief sich Bülow im Herrenhaus darauf, „in vollem Einverständnis mit der Krone" zu handeln.[632] Da sich Wilhelm II. öffentlich nicht zur Enteignung äußerte, sondern in seinen Ansprachen in den Ostprovinzen immer nur allgemein von den Errungenschaften deutscher Kulturarbeit und der Stärkung des „Deutschtums" sprach, musste die deutsche Presse davon ausgehen, dass er mit der Verschärfung der Polenpolitik einverstanden war.[633]

Nach der Annahme der Enteignungsvorlage flaute die Berichterstattung zwar ab und wurde vor allem von den Erörterungen über das Reichsvereinsgesetz überlagert. Da die Enteignung polnischer Grundbesitzer aber noch nicht erfolgt war, blieb das Thema virulent und konnte bei allen Ereignissen, die auch nur lose mit der polnischen Bevölkerung oder der preußischen Polenpolitik zusammenhingen, wieder in den Fokus der deutschen Presse rücken.

3.3 Das Vereinsgesetz von 1908: Kritik am Sprachenzwang im Deutschen Reich

Parallel zur Enteignungsvorlage im preußischen Landtag wurde im Winter 1907/08 im Reichstag eine weitere Gesetzesvorlage beraten, die eine dezidiert antipolnische Stoßrichtung besaß: Der Entwurf für das reichsweit geltende Vereinsgesetz enthielt in Paragraf 7 – dem sogenannten Sprachenparagrafen, Paragraf 12 in der endgültigen Fassung des Gesetzes – die Bestimmung, dass alle öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache abzuhalten seien.[634] Das Vereinsgesetz und die zeitgleich verhandelte Novelle zur Liberalisierung des Börsengesetzes waren die ersten großen Gesetzesvorhaben der neuen Regierungskoalition von Konservativen, Nationalliberalen und Linksliberalen. Dieser sogenannte „Bülow-Block" hatte sich als Wahlbündnis zu den Reichstagswahlen im Januar 1907 gebildet und gewann mit nationalistischen, gegen Sozialdemokratie und katholisches Zentrum gerichteten Parolen die Mehrheit der Mandate. Damit das Bündnis die Regierung Bülow dauerhaft stützen konnte, waren Konzessionen an den neuen Koalitionspartner der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft vonnöten, die sich aus der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei zusammensetzte. Allerdings zeigte sich der „Block" politisch instabil, da die Ziele der Konservativen und Linksliberalen schwer miteinander vereinbar waren. Vor allem in den öffentlichen und parlamentarischen Debatten über die Reform des preußischen Wahlrechts wurden die diametral entgegengesetzten Positionen beider Seiten deutlich.[635]

---

neue Krisis?, in: Berliner Volkszeitung vom 04.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 125; Neue Nebenregierungsversuche?, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 05.02.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5324, Bl. 125.

632 Hutten-Czapski, Bd. 1, S. 530 f.

633 Vgl. die Reden Wilhelms II. bei seinen Besuchen in Gnesen im August 1905 sowie in Posen, Königsberg und Marienburg im August 1910: Obst, Reden, S. 269 f. und 309-319.

634 Siehe hierzu Galos, Z dziejów; ders., Lewica mieszczańska; Wichardt, Polenpolitik. – Für das bestehende preußische Vereins- und Versammlungsrecht Balzer, Versammlungsrecht.

635 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1009 ff.

Das Vereinsgesetz sollte die unterschiedlichen einzelstaatlichen Regelungen des Vereins- und Versammlungsrechts ablösen. Besonders die rückständigen Gesetze in Preußen, Mecklenburg und Sachsen wie auch die liberale Handhabung in einigen Bundesstaaten, wo es keine gesetzliche Regelungen gab, sollten vereinheitlicht und kodifiziert werden. Indem Frauen der Beitritt zu politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungen und die Teilnahme an Versammlungen erlaubt wurde, markierte das Vereinsgesetz einen bedeutenden Schritt für ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Außerdem wurden die behördlichen und polizeilichen Kompetenzen festgelegt, Erleichterungen für die Gründung von Vereinen und die Durchführung von Versammlungen geschaffen, ferner die Mitgliedschaft von Minderjährigen in nichtpolitischen Vereinen geregelt. Somit stellte das Vereinsgesetz zwar einen erheblichen Fortschritt in Bezug auf die Bestätigung der politischen Rechte der Staatsbürger in Deutschland dar. Aber der Zwang zur deutschen Verhandlungssprache in öffentlichen Versammlungen schuf zugleich ein Ausnahmerecht für die fremdsprachigen Bevölkerungsteile, das in erster Linie gegen die preußischen Polen in den Ostprovinzen und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und gegen die Dänen in Schleswig gerichtet war. Damit wurde die antipolnische Politik Preußens in ein reichsweit geltendes Gesetz übertragen, das ausgerechnet von den freisinnigen Parteien, die sich im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus energisch gegen die Polenpolitik eingesetzt hatten, mitgetragen wurde.[636]

Bis das Reichsvereinsgesetz am 15. Mai 1908 in Kraft trat, war die Verhandlungssprache in öffentlichen Versammlungen in den Bundesstaaten nicht explizit geregelt gewesen. Der Gebrauch von Fremdsprachen war grundsätzlich möglich, hing aber von der Haltung der jeweiligen örtlichen Behörden ab. In Preußen lösten die Behörden in vielen Fällen polnischsprachige Versammlungen auf, da sie die Überwachung behindert sahen. Zwar stellte das Oberverwaltungsgericht in mehreren Entscheidungen das Versammlungsrecht über das staatliche Überwachungsrecht und erlaubte den Gebrauch der Muttersprache. Doch die richterlichen Entscheidungen bewirkten keine Änderung des preußischen Rechtszustands, denn die Behörden setzten sich darüber hinweg.[637]

Nach der Jahrhundertwende entwickelte sich unter deutschen Staatsrechtlern eine Debatte über die Staatssprache und den Nationalstaat.[638] Diese waren sich einig, dass polnischsprachige Versammlungen grundsätzlich nicht erlaubt und daher aufzulösen seien, da die deutsche Sprache in Deutschland die einzig zugelassene Staatssprache sei. Wie selbstverständlich erhoben sie den ethnisch homogenen Nationalstaat zum Postulat ihrer Argumentation, dem sie sowohl die preußische und reichsdeutsche Gesetzgebung als auch die Ausführung der Gesetze unterordnen wollten. Dabei konzentrierten sie sich vor allem auf die Frage, ob die geltenden Regelungen zum Verbot der

---

[636] BALZER, Polenpolitik, S. 255-259; RIMMELE, S. 148.

[637] WICHARDT, Rechtsprechung, S. 44-50; DERS., Polenpolitik, S. 68-71. Siehe auch HAGEN, S. 190-193; GLÜCK, S. 340-347.

[638] Siehe hierzu WICHARDT, Rechtsprechung, S. 50 ff.; DERS., Polenpolitik, S. 71 f.

polnischen Verhandlungssprache in öffentlichen Versammlungen ausreichten oder ein „Spezialgesetz" benötigt werde.[639]

Die juristische Debatte wurde in der deutschen Öffentlichkeit kaum rezipiert, allein der Alldeutsche Verband und der Deutsche Ostmarkenverein diskutierten die Frage der Staatssprache und forderten auf ihren Verbandstagen, in ihren Publikationsorganen und in Denkschriften an die preußische Staatsregierung ein Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen.[640] Der Ostmarkenverein beauftragte den Oberbibliothekar Hans Paalzow mit der Überprüfung der Rechtslage, der sein Ergebnis in einer Broschüre veröffentlichte.[641] Ebenso gab Philipp Zorn, Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn, der die Debatte angestoßen hatte, zwei Aufsätze zur deutschen Staatssprache als Broschüre heraus.[642] Damit wurden die rechtswissenschaftlichen Ausführungen einer größeren Öffentlichkeit jenseits der juristischen Fachperiodika zugänglich gemacht.[643]

Für die deutsche Presse wurde die Regelung der Versammlungssprache jedoch erst relevant, als sich im Herbst 1907 die Anzeichen für eine entsprechende Gesetzesvorlage verdichteten, die dem Reichstag schließlich am 22. November 1907 vorgelegt wurde. Im Reichstag und in der Presse wurde heftig und kontrovers über die Zulassung von Minderjährigen zu politischen Vereinen und Versammlungen, über die polizeilichen Befugnisse und das Weiterbestehen landesgesetzlicher Regelungen und über den Sprachenparagrafen diskutiert. Die freisinnigen Abgeordneten lehnten den Sprachenparagrafen zunächst ab, einigten sich jedoch mit der Regierung, den Konservativen und Nationalliberalen auf einen Kompromiss, der für einen Zeitraum von 20 Jahren in Regionen mit mindestens 60 Prozent alteingesessener fremdsprachiger Bevölkerung Versammlungen in nichtdeutscher Sprache erlaubte.[644] In der entscheidenden zweiten Lesung im Reichstag, die insgesamt vier Verhandlungstage in Anspruch nahm, wurde der Sprachenparagraf am 4. April 1908 in einer neun Stunden dauernden Sitzung mit den Stimmen der Blockparteien verabschiedet. Das gesamte Vereinsgesetz wurde am 8. April angenommen und trat am 15. Mai 1908 in Kraft.

In der Gesetzesbegründung wurde der Zwang zur deutschen Verhandlungssprache in öffentlichen Versammlungen damit gerechtfertigt, dass „die fremde Sprache vielfach

---

639 Heinrich Geffcken: Staatssprache und Versammlungsrecht in Preußen, in: Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart 6 (1904), S. 690-704, hier S. 704; ders.: Die deutsche Staatssprache und das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in Preußen, in: Archiv für öffentliches Recht 20 (1906), 4. S. 1-50, hier S. 24 f.

640 Wehler, Sozialdemokratie, S. 194; Walkenhorst, S. 278 f.; Rimmele, S. 142 ff.

641 Paalzow.

642 Zorn. Die Broschüre enthält die Artikel Philipp Zorn: Die deutsche Staatssprache, in: Verwaltungsarchiv 10 (1902), S. 1-18; ders.: Die deutsche Staatssprache II, in: Verwaltungsarchiv 11 (1903), S. 189-221. Siehe auch die Broschüre Hunkel.

643 Vor allem konservative und nationalliberale Blätter bezogen sich auf die „Rechtsgutachten" der deutschen Staatsrechtler, die die gesetzliche Festschreibung der deutschen Sprache im öffentlichen Gebrauch rechtfertigten. Siehe beispielsweise: Das Reichsvereinsgesetz, in: Kölnische Zeitung vom 26.11.1907, Nr. 1230; Die Sprache der öffentlichen Versammlungen, in: Kreuzzeitung vom 14.12.1907, Nr. 586.

644 Balzer, Polenpolitik, S. 258 f.

zum Deckmantel deutschfeindlicher Absonderungsbestrebungen“ diene. Daher solle „zur Bekämpfung antinationaler Machenschaften“ die staatliche Überwachung gewährleistet werden, wobei die Landesbehörden Ausnahmen für nichtdeutsche Sprachen schaffen dürften.[645] Im Reichstag begründete der Staatssekretär des Innern Theobald von Bethmann Hollweg den Sprachenparagrafen damit, dass Deutschland „ein Nationalstaat, kein Nationalitätenstaat“ sei. Daher dürften die nationalen Minderheiten nicht das Recht für sich beanspruchen, ihre Sprache in der Öffentlichkeit frei zu gebrauchen.[646] Den Zwang zur deutschen Sprache im Vereinsgesetz bezeichnete er als „Konsequenz des nationalen Charakters des Deutschen Reiches“. Um die antipolnische Diskriminierung zu rechtfertigen, zeichnete er das Bild einer vom Hass gegen das „Deutschtum“ und von „Absonderungsgelüste[n]“ beseelten polnischen Bevölkerung.[647]

Die polnischen Abgeordneten traten entschlossen gegen den Sprachenparagrafen auf. Unter den zahlreichen Reden ragten die Stellungnahmen des Vorsitzenden der Polnischen Fraktion, Ferdinand Radziwill, heraus. Am 10. Dezember 1907 berief er sich in einer vielbeachteten Reichstagsrede auf das königlich verbriefte Recht der Polen, ihre Muttersprache gebrauchen zu dürfen, und protestierte energisch gegen das Gesetz und die Begründung: Der Vorwurf, die polnische Sprache verschleiere deutschfeindliche Bestrebungen, sei mit dem Ziel konstruiert, „einen im Deutschen Reiche gleichberechtigten Volksstamm in seinen vitalsten Interessen zu schädigen, ihm seine kulturelle und geistige Entwicklungsfähigkeit zu unterbinden und ihn auf diese Weise ökonomisch und geistig zu vernichten“. Entschieden wies er die Begründung der antipolnischen Ausnahmegesetze mit dem öffentlichen Wohl zurück und forderte die Revision der Polenpolitik.[648] Auch in seiner Rede am 4. April 1908 protestierte Radziwill gegen den Sprachenparagrafen, kritisierte die staatliche Politik zur Unterdrückung der polnischen Kulturnation und verlangte eine tolerante Gesetzgebung im Einklang mit christlichen Prinzipien. Dabei nahm er besonders die Liberalen ins Visier, die sich an der Ausweitung der preußischen Polenpolitik auf das Reich beteiligten.[649] Die beiden Reden sorgten für großes Aufsehen in der Presse, zumal Radziwill vom Reichstagspräsidenten jeweils zur Ordnung gerufen worden war: „[S]elbst dieser stets wohltemperierte alte Herr wurde leidenschaftlich“, urteilte die linksdemokratische *Berliner Volkszeitung* anerkennend.[650]

Weitere polnische Abgeordnete trugen im Reichstag Argumente gegen den Sprachenparagrafen vor. Jan Brejski zufolge würde dessen konsequente Anwendung jegliche Behandlung öffentlicher Angelegenheiten in polnischer Sprache unmöglich machen, wie etwa aufklärende wissenschaftliche Vorträge zu Hygiene- und Gesundheitsfragen. Die Begründung mit dem Postulat des einheitlichen Nationalstaats sah er durch die zugesicherten Ausnahmebestimmungen für andere sprachliche Minderheiten,

---

645 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 243, Anlagen, Nr. 482: Entwurf eines Vereinsgesetzes, S. 34.

646 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 69. Sitz., 09.12.1907, S. 2094.

647 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 70. Sitz., 10.12.1907, S. 2138 f., Zitate S. 2138.

648 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 70. Sitz., 10.12.1907, S. 2135-2138, Zitat S. 2136.

649 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4637 ff. Für die Kritik der polnischen Abgeordneten Jan Brejski und Adalbert Korfanty: ebenda, S. 4674-4680 und S. 4690 f.

650 § 7 angenommen!, in: Berliner Volkszeitung vom 05.04.1908, Nr. 163.

etwa die Elsass-Lothringer, Litauer, Masuren und Wenden, widerlegt. Brejski zufolge handelte es sich bei der Beschwörung der „polnischen Gefahr“ einzig darum, die polnische Kultur zu unterdrücken, die Germanisierungspolitik zu legitimieren und den deutschen Herrschaftsanspruch auf das polnische Teilungsgebiet zu festigen.[651]

Adalbert Korfanty griff in seiner Rede gewichtige Argumente der Sozialdemokratie und des Zentrums auf, womit er rhetorisch den Schulterschluss der oppositionellen Parteien gegen die „Blockmehrheit“ suchte. Laut Korfanty wollte die Regierung durch das Verbot der Muttersprache die politische Organisierung der polnischen Arbeiter und deren Aufklärung verhindern, sie ihrer „Muttersprache enteignen, [...] zu Heloten und Sklaven, zu den ‚schwarzen Händen‘ der preußischen Junker und Schlotbarone machen“.[652] Außerdem stimmte er dem Zentrumsabgeordneten Peter Spahn zu, demzufolge der Sprachenparagraf in erster Linie gegen die Katholiken gerichtet sei, da den Minderheiten evangelischen Glaubens der Gebrauch der Muttersprache zugesichert worden war.[653]

Für einen denkwürdigen Schluss der Debatte sorgte Sigismund von Dziembowski, der das Wort zur Überschrift des Gesetzentwurfs verlangte, die in aller Regel ohne Diskussion angenommen wurde. Da die Bezeichnung „Vereinsgesetz“ nicht zum Inhalt des Gesetzes passe, schlug er als Alternative „Reichsgesetz betreffend die Festsetzung der polizeilichen Aufsichtsbefugnisse gegenüber Vereinen und Versammlungen“ vor, da vor allem die Rechte der Polizei geregelt würden, ferner „Reichsenteignungsgesetz“[654] oder „Reichsgesetz zum Schutze des gefährdeten Deutschtums gegen die pflichtvergessenen Polen“, da es eine dezidiert antipolnische Stoßrichtung besitze.[655] Diese Vorschläge sorgten für Zustimmung und Heiterkeit bei den oppositionellen Parteien, wurden von der Regierungsmehrheit jedoch entrüstet als Verhöhnung des Reichstags zurückgewiesen.[656] Denn in den parlamentarischen Verhandlungen hatten die oppositionellen Parteien zahlreiche Anträge für Änderungen und auf namentliche Abstimmung gestellt, denen die Blockparteien mit Anträgen auf das Ende der Debatte begegnet waren. Insofern wirkten Dziembowskis Ausführungen zur Überschrift wie der Versuch, mit bitteren Pointen den Schlusspunkt unter die Verhandlungen zu setzen, die im Rückblick angesichts der stabilen Regierungskoalition überflüssig erschienen.

Die Vertreter der weiteren nationalen Minderheiten in Deutschland – die elsass-lothringischen und dänischen Abgeordneten – kritisierten den Sprachenparagrafen ebenfalls scharf. Vor allem für Elsass-Lothringen bedeutete er eine signifikante Verschlechterung, da hier erst im Jahr 1905 der Gebrauch der französischen Sprache gesetzlich geregelt worden war.[657] Daher bestanden die Elsass-Lothringer und auch der

---

[651] RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4674-4680, insb. S. 4676 f.

[652] Ebenda, S. 4689.

[653] Ebenda, S. 4688-4691.

[654] RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 141. Sitz., 06.04.1908, S. 4740.

[655] Ebenda, S. 4741.

[656] Ebenda.

[657] Siehe die Ausführungen des Lothringers Albert Grégoire, der den Nationalliberalen nahestand und dem Vereinsgesetz trotz Bedenken gegen den Sprachenparagrafen zustimmen wollte. RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4665 f.

Däne Hans Peter Hanssen auf gesetzlichen Garantien für den öffentlichen Gebrauch der Muttersprache.[658] Obwohl sie in erster Linie auf die Belange der eigenen Bevölkerungsgruppen eingingen, suchten sie zugleich den Zusammenhalt mit den preußischen Polen herzustellen, akzeptierten die Führungsrolle der Polnischen Fraktion in der Debatte und unterstützten diese mit ihren Redebeiträgen.

Die Haltung der übrigen Parteien gegenüber dem Vereinsgesetz entsprach der Koalitionsbildung des „Bülow-Blocks“: Auf der einen Seite erhoben die konservativen, nationalliberalen und freisinnigen Parteien das Vereinsgesetz zum Markstein für ihre politische Zusammenarbeit, auch wenn sie die parteipolitischen Differenzen deutlich artikulierten; auf der anderen Seite kritisierten der linke Flügel des Freisinns, die Sozialdemokratie und die Zentrumspartei den Sprachenparagrafen. Die deutschen Zeitungen und Zeitschriften gruppierten sich entsprechend der parteipolitischen Präferenzen, wobei die Bruchlinie mitten durch die linksliberale Presse ging. Während das Parteiorgan *Freisinnige Zeitung* die politische Linie der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft verteidigte, attackierte die linksdemokratische *Berliner Volkszeitung* die freisinnigen Anhänger der Blockpolitik und die Befürworter des Vereinsgesetzes heftig. Die führenden linksliberalen Blätter – *Frankfurter Zeitung*, *Berliner Tageblatt*, *Vossische Zeitung* – verfolgten hingegen keine einheitliche Linie, sondern versuchten sich in differenzierten Bewertungen der Gesetzesvorlage und der Blockpolitik.

Fast durchweg begrüßten die linksliberalen Blätter die Ablösung der unterschiedlichen Landesgesetze durch ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht im gesamten Deutschen Reich. Besonders lobten sie die fortschrittliche Grundtendenz des Gesetzes, so die Gleichberechtigung der Frauen und die Mitgliedschaft von Minderjährigen in nichtpolitischen Vereinen, die Sicherheiten gegen den Missbrauch des polizeilichen Landesrechts, die Abschaffung der Präventivverbote und die Milderung des Anmeldungszwangs von Versammlungen. Das Vereinsgesetz wäre somit ein erheblicher Fortschritt für die staatsbürgerliche Freiheit, wenn es nicht den Sprachenparagrafen enthielte, der ein Ausnahmerecht für die fremdsprachigen Minderheiten schaffe.[659] Denn das Verbot der Muttersprache mache diesen die Ausübung des Versammlungsrechts unmöglich, befand der Abgeordnete der Freisinnigen Volkspartei Albert Traeger im *Berliner Tageblatt*.[660] Die Gesetzesbestimmung widerspreche dem liberalen Prinzip der Rechtsgleichheit, da den Polen in öffentlichen Versammlungen eine fremde Sprache aufgezwungen werde, sekundierte die *Frankfurter Zeitung*.[661] Besonders scharf

---

658 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4665 f. (Albert Grégoire), S. 4688 (Leo Vonderscheer), S. 4671 ff. (Nicolaus Delsor), S. 4673 f. (Hans Peter Hanssen).

659 Die Versammlungssprache, in: Berliner Tageblatt vom 17.10.1907, Nr. 529; Was das Reichsvereinsgesetz bringt, in: Freisinnige Zeitung vom 10.04.1908; Frankfurt, 6. April, in: Frankfurter Zeitung vom 06.04.1908, Abendblatt.

660 Albert Traeger: Der Entwurf des Vereinsgesetzes, in: Berliner Tageblatt vom 03.12.1907, Nr. 613. Siehe auch: Das Ausnahmegesetz für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk, in: Berliner Tageblatt vom 28.10.1907, Nr. 548; Das Vorspiel, in: Berliner Tageblatt vom 22.11.1907, Nr. 594; Der Sprachenparagraph, in: Berliner Tageblatt vom 26.02.1908, Nr. 104; Arthur Levysohn: Politische Wochenschau, in: Berliner Tageblatt vom 01.03.1908, Nr. 111.

661 Frankfurt, 6. April, in: Frankfurter Zeitung vom 06.04.1908, Abendblatt.

wandte sich die linksdemokratische *Berliner Volkszeitung* gegen das Ausnahmerecht für fremdsprachige Minderheiten, wodurch deren „Versammlungsrecht geradezu illusorisch gemacht“ werde.[662] Da der Sprachenparagraf dem unantastbaren Prinzip des Liberalismus widerspreche, wonach für alle Staatsbürger das gleiche Recht zu gelten habe, müssten die freisinnigen Parteien diesen in jedem Fall ablehnen, selbst auf Kosten der Koalition.[663]

Ähnlich argumentierten die freisinnigen Abgeordneten in der ersten Lesung im Reichstag: Sie lobten die Verbesserungen im Vereins- und Versammlungsrecht für viele Deutsche, äußerten aber schwere Bedenken gegen den Sprachenparagrafen.[664] Zwar lehnten sie diesen in der ersten Lesung der Kommission zum Vereinsgesetz ab, trugen aber den Kompromiss aus den Verhandlungen mit der Regierung und den konservativen und nationalliberalen Parteien mit und stimmten dem gesamten Gesetz schließlich zu. In einer vielbeachteten Rede rechtfertigte Friedrich von Payer im Namen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft diese Entscheidung: Zum einen sollte das Vereinsgesetz nicht am Sprachenparagrafen scheitern, zum anderen sprach er sich ausdrücklich gegen die Gleichsetzung der Minderheitensprachen mit der deutschen Sprache im öffentlichen Leben in Deutschland aus.[665]

Weitere freisinnige Abgeordnete suchten ihre Zustimmung zum Vereinsgesetz öffentlich zu rechtfertigen. So begründete der aus Bayern stammende Ernst Müller seine Haltung in den bürgerlich-liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten*[666], während Friedrich Naumann kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag in der *Hilfe* eine Handlungsanleitung für die zweifelnden Fraktionsmitglieder gab:

---

662 Das neue Vereinsgesetz, in: Berliner Volkszeitung vom 25.11.1907, Nr. 552. Siehe auch: Der Sprachenzwang im Vereinsgesetz, in: Berliner Volkszeitung vom 04.10.1907, Nr. 465; Als ein Ausnahmegesetz schlimmster Art, in: Berliner Volkszeitung vom 18.10.1907, Nr. 489; Das Reichsvereinsgesetz, in: Berliner Volkszeitung vom 08.11.1907, Nr. 526.

663 Vom liberalen A B C, in: Berliner Volkszeitung vom 20.12.1907, Nr. 596; Freisinnige und Ausnahmegesetz, in: Berliner Volkszeitung vom 01.02.1908, Nr. 54; Die Freisinnsschmach, in: Berliner Volkszeitung vom 19.03.1908, Nr. 134. – Ebenso lehnte die *Berliner Volkszeitung* alle Kompromissvorschläge für den Sprachenparagrafen ab. Kompromißanträge zum Vereinsgesetz, in: Berliner Volkszeitung vom 10.01.1908, Nr. 15; Viel Lärm um nichts. § 7, in: Berliner Volkszeitung vom 03.03.1908, Nr. 106; Es klappt nicht. Nochmals: § 7, in: Berliner Volkszeitung vom 11.03.1908, Nr. 120.

664 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 70. Sitz., 10.12.1907, S. 2133 f. (Ernst Müller-Meiningen, Freisinnige Volkspartei), S. 2145-2151, insb. S. 2150 (Hermann Pachnicke, Freisinnige Vereinigung).

665 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4658-4662, insb. S. 4660 f.

666 Müller-Meiningen: Zum Reichsvereinsgesetz. Ein Beitrag zur „Blockpolitik“, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 29.01.1908, Nr. 46; ders.: Reichsvereinsgesetz und Sprachenparagraph, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 09.03.1908, Nr. 115. – Für die Haltung Müller-Meiningens siehe auch einen Bericht über dessen Vortrag im „Frei-Verein“ München nach Verabschiedung des Vereinsgesetzes: Abg. Müller-Meiningen über das Reichsvereinsgesetz, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 16.04.1908, Nr. 181.

„Ich bin selbstverständlich und völlig gegen § 7 auch in seiner abgeschwächten Form, aber ich bin trotzdem für das Gesetz, in welchem dieser dumme und ungebildete Paragraph enthalten ist, weil das Gesetz als Ganzes große Vorteile bietet und einen Fortschritt darstellt, den zurückzuweisen schwer ist.“[667]

Dem Vorwurf, die Prinzipien des Liberalismus zu verraten, hielt Naumann entgegen, dass die Ablehnung des Gesetzes ungleich schwerer wiegen würde. Die freisinnigen Abgeordneten hätten den Sprachenparagrafen abgeschwächt, einen Kompromiss ermöglicht und damit dem einheitlichen und fortschrittlichen Vereinsgesetz den Weg geebnet.[668]

Mit ihrem pragmatischen, auf Machterhalt bedachten Vorgehen suchten die freisinnigen Parteien ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.[669] Dies hatte zur Folge, dass einige Politiker – allen voran Theodor Barth, Rudolf Breitscheid und Hellmut von Gerlach – die Freisinnige Vereinigung verließen und sich in der Demokratischen Vereinigung zusammenschlossen.[670] Der Reichstagsabgeordnete Heinz Potthoff begründete seine ablehnende Haltung gegenüber dem Vereinsgesetz in einem Beitrag für die überparteiliche Zeitung *Der Tag*. Für Potthoff war die bloße Vereinheitlichung noch kein liberaler Fortschritt, entscheidend sei vielmehr die freiheitliche Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts. Das Reichsgesetz dürfe für keinen Staatsbürger eine Verschlechterung bringen. Da es in Deutschland bislang keine Einschränkung im Gebrauch der Landessprache gebe, sei die Beschneidung bestehender Freiheiten für jeden Liberalen unannehmbar.[671] Potthoff setzte seine Überlegungen in die Praxis um und lehnte den Sprachenparagrafen sowie das gesamte Vereinsgesetz ab. Im April 1908 schloss er sich der Demokratischen Vereinigung an.[672]

Standen für die Freisinnigen liberale Grundsatzfragen und pragmatische Erwägungen im Mittelpunkt, brandmarkten SPD und Zentrumspartei den Sprachenparagrafen als ein antipolnisches „Ausnahmegesetz schlimmster Art“.[673] Trotz ihrer großen politischen und weltanschaulichen Differenzen zeigten sich beide Parteien geeint in der Opposition gegen die Diskriminierung der Polen durch ein Reichsgesetz, das von den

---

[667] NAUMANN: Das Vereinsgesetz, in: Die Hilfe 14 (1908), 14, S. 218 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[668] Ebenda, S. 218 f. – Hingegen war die erste Fassung des Gesetzes in der *Hilfe* als „Ausnahmegesetz“ und daher unannehmbar für die Freisinnigen bezeichnet worden. Das Vereinsgesetz, in: Die Hilfe 14 (1908), 10, S. 145.

[669] BALZER, Polenpolitik, S. 275 ff.

[670] Die eigentlichen Gründe waren tiefe Differenzen über die Blockpolitik und die Ablehnung eines offenen Bündnisses der Linksliberalen mit der Sozialdemokratie durch die Mehrheit der freisinnigen Parteien. Der Sprachenparagraf des Vereinsgesetzes war nur der letzte Anstoß für den Bruch. SCHULTE, S. 86 f.; GILBERT, S. 76-81.

[671] HEINZ POTTHOFF: Das Reichsvereinsgesetz und der Blockliberalismus, in: Der Tag vom 14.01.1908, illustrierte Zeitung.

[672] BALZER, Polenpolitik, S. 277.

[673] Vom neuen Ausnahmegesetz!, in: Vorwärts vom 18.10.1907 (Zitat); RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 69. Sitz., 09.12.1907, S. 2098-2105 (Karl Trimborn, Zentrumspartei), S. 2112-2123 (Wolfgang Heine, SPD).

Freisinnigen als bisherige Kritiker der preußischen Polenpolitik mitgetragen wurde. Sozialdemokratische Blätter warfen diesen vor, ihre liberalen Prinzipien zu opfern und sich vorübergehend als bloße Mehrheitsbeschaffer der Regierung ausnutzen zu lassen. Anstatt einen Gegenwert in Form einer liberalen, freiheitlichen Gesetzgebung zu erreichen, würden sie mit ihrer Zustimmung zum Sprachenparagrafen das Recht der staatlichen Überwachung über das staatsbürgerliche Recht auf Versammlungsfreiheit stellen.[674]

Dabei interpretierten der *Vorwärts* und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Hué den Sprachenparagrafen vor allem als Ausnahmegesetz gegen die polnische und deutsche Arbeiterschaft. So würden die polnischen Arbeiter durch das Verbot der Muttersprache ihres Vereins- und Versammlungsrechts beraubt, was ihre gewerkschaftliche Organisierung und die öffentliche Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie verhindere. Da die Polen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet häufig als Lohndrücker und Streikbrecher herangezogen wurden, betreffe der Sprachenparagraf auch die deutsche Arbeiterschaft, deren einheitliches Eintreten für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse konterkariert werde.[675]

Von sozialdemokratischer Seite wurde zudem die Vermutung geäußert, Reichskanzler Bülow habe die Verpflichtung zur deutschen Versammlungssprache erst aufgrund des Drängens von Großindustriellen in den Gesetzentwurf aufgenommen.[676] Otto Hué war davon überzeugt, dass der Sprachenparagraf „auf Bestellung des Zentralverbandes deutscher Industrieller geschaffen ist".[677] Obgleich der Staatssekretär des Innern Bethmann Hollweg dies dementierte[678], rückte Hué nicht davon ab, dass es sich bei den Urhebern „*um großindustrielle nationalliberale Kreise [handle], denen allerdings mit dem gewerkschaftlichen Knebelparagraphen ein Dienst geleistet wurde*".[679] Da der Reichskanzler an dem Sprachenparagrafen festhalte, schloss Hué auf ein „Abhängigkeitsverhältnis der Regierung von den großindustriellen Syndikalisten".[680]

Es ist bemerkenswert, dass auch die Zentrumspresse ihr Augenmerk auf die Auswirkungen des Vereinsgesetzes auf die polnische und deutsche Arbeiterschaft richtete, wobei die Argumentation stark an die der sozialdemokratischen Blätter erinnerte. So bezichtigten die Zentrumsblätter die Freisinnigen, mit der Annahme des Sprachenparagrafen die Heranziehung von polnischen Lohndrückern und Streikbrechern zu unter-

---

[674] Der polizeifürchtige Freisinn, in: Vorwärts vom 12.12.1907; [Julian Marchlewski:] Der Verrat der Freisinnigen und die Polen, in: Leipziger Volkszeitung vom 24.03.1908, abgedruckt in: Marchlewski, S. 62-65; Freisinnige Blockpolitik, in: Die Neue Zeit 26,1 (1907/08), 11, S. 353-356, hier S. 353 f.

[675] Das Ausnahmegesetz, in: Vorwärts vom 26.11.1907; Das sechzigprozentige Ausnahmegesetz, in: Vorwärts vom 05.04.1908; RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4680-4688 (Otto Hué). Siehe hierzu Glück, S. 344.

[676] Die „nationalen" Scharfmacher, in: Vorwärts vom 10.12.1907; RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4653-4658, hier S. 4654 f. (Carl Legien).

[677] RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4680-4688, hier S. 4684.

[678] Ebenda, S. 4688.

[679] Otto Hué: Die Väter des Sprachenparagraphen, in: Die Neue Zeit 26 (1908), 39, S. 445-453, Zitate S. 449 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[680] Ebenda, S. 453.

stützen sowie deren Aufklärung zu erschweren. Dazu verwiesen sie auf die Kritik an dem Vereinsgesetz aus Kreisen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, deren Mitglieder größtenteils den Freisinnigen nahestanden.[681] Die Vorwürfe gipfelten in der Unterstellung, die freisinnigen Parteien dienten mit ihrer arbeiterfeindlichen Politik einzig dem „Block" und dem eigenen Machterhalt, nicht aber dem Volke.[682] Die *Kölnische Volkszeitung* warf den freisinnigen Parteien Prinzipienlosigkeit und Opportunismus vor und erinnerte sie daran, dass sie in den Beratungen über das Enteignungsrecht im preußischen Landtag die staatliche Diskriminierung der Polen selbst lautstark verurteilt hatten.[683] Mit ihrer Zustimmung zum Sprachenparagrafen hätten sie sich „nun auch zum ersten Male vor den *Wagen der preußischen Polenpolitik* spannen lassen" und die „Expropriation der Muttersprache bei den Polen" durchgesetzt, pflichtete die *Germania* bei.[684]

Darüber hinaus betonten die Zentrumsabgeordneten und -blätter besonders den antipolnischen Charakter des Vereinsgesetzes: Es verletze das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache und schränke die Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit empfindlich ein, kritisierte Karl Trimborn im Reichstag.[685] Dieses sei nichts anderes als ein „offenes Antipolengesetz", sekundierte Adolf Gröber.[686] Den polnischen Abgeordneten folgend berief sich die *Germania* auf die Wiener Kongressakte von 1815 und die zugesicherte Erhaltung der polnischen Sprache und Nationalität. Die verbrieften Rechte seien in jedem Fall höher einzuschätzen als die Möglichkeit der staatlichen Überwachung.[687]

Auf der anderen Seite zeigten sich die konservativen und nationalliberalen Abgeordneten und die nahestehende Presse mit dem Vereinsgesetz nicht vollends zufrieden. Vielmehr betonten sie, dass es sich um ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der freisinnigen Parteien handele, damit diese einen politischen Erfolg ihrer Beteiligung am „Bülow-Block" vorweisen konnten. Mit Blick auf den Freisinn hoben sie die Verbesserungen des Vereinsgesetzes gegenüber den bestehenden einzel-

---

681 Die deutsche Sprache als Versammlungssprache, in: Germania vom 17.10.1907, zweites Blatt; Reichsvereinsgesetz, Freisinn und Arbeiterinteressen, in: Kölnische Volkszeitung vom 02.04.1908, Nr. 295; Der Freisinn und das Reichsvereinsgesetz, in: Germania vom 04.04.1908, erstes Blatt.

682 Der Sprachenparagraph als Prüfstein des Liberalismus, in: Kölnische Volkszeitung vom 15.03.1908, Nr. 237; Die böse 7, in: Kölnische Volkszeitung vom 08.01.1908, Nr. 20. Siehe auch die Ausführungen des Zentrumsführers Peter Spahn. RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 71. Sitz., 11.12.1907, S. 2169-2173, hier S. 2171.

683 „Grundsätzliche" und „praktische" Erwägungen, in: Kölnische Volkszeitung vom 05.03.1908, Nr. 202.

684 Die Annahme des Sprachenparagraphen, in: Germania vom 07.04.1908, erstes Blatt (Hervorhebung im Original gesperrt); Der Block, in: Germania vom 10.04.1908, erstes Blatt. Siehe auch Erzberger, Kampf, S. 49 ff.

685 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 69. Sitz., 09.12.1907, S. 2098.

686 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 143. Sitz., 08.04.1908, S. 4789-4798, Zitat S. 4794.

687 Der Sprachenparagraph im Reichs-Vereinsgesetze, in: Germania vom 07.03.1908, zweites Blatt.

staatlichen Regelungen hervor.[688] Zu weiteren Zugeständnissen waren vor allem die Konservativen nicht bereit, die den Sprachenparagrafen in Anlehnung an Bethmann Hollweg als unverzichtbar für die staatliche Überwachung polnischer Versammlungen und als unentbehrlichen Bestandteil des Gesetzes bezeichneten. Den Gebrauch der deutschen Sprache in öffentlichen Angelegenheiten erhoben sie zu einem „Gebot der Selbsterhaltung" des Staates.[689]

Zugleich forderten konservative und nationalliberale Abgeordnete und Zeitungen Ausnahmen für andere Minderheiten in Deutschland, etwa für die Elsass-Lothringer, Wallonen, Masuren, Litauer und Wenden, die sie als loyale Staatsbürger bezeichneten.[690] Somit sollte die Erlaubnis zum Gebrauch der Muttersprache eine Belohnung für deren politisches Wohlverhalten darstellen.[691] Freimütig erklärt die konservative *Kreuzzeitung* den Sprachenparagrafen zu einer dezidiert antipolnischen Maßregel, um „die Bewegungsfreiheit Preußens in dem Kampfe gegen die Polonisierung des Ostens und gegen die deutschfeindlichen Bestrebungen der polnischen Arbeiter im westlichen Industriebezirk" zu gewährleisten.[692] Die Verantwortung schoben rechte Blätter den Polen zu, die „durch ihre staatsfeindlichen großpolnischen Umtriebe die preußische Regierung, und nun auch den Reichstag, in die Notlage versetzt haben, Abwehrmaßregeln gegen die staatsfeindliche Agitation polnischer Hetzer zu ergreifen".[693] Etwas bemüht erschien dagegen die Versicherung der bürgerlich-liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten*, dass der Sprachenparagraf ähnlich wie das Enteignungsrecht nur als

[688] Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 08.12.1908, Nr. 575; Realpolitik!, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 07.03.1908, Nr. 112; Bayern und das Reichsvereinsgesetz, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 08.04.1908, Nr. 166; Die Arbeiten des Reichstags, in: Kölnische Zeitung vom 09.04.1908, Nr. 386.

[689] Zur Beratung des Reichsvereinsgesetzes, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 08.12.1907, Nr. 623 (Zitat); Die deutsche Sprache im Vereinsgesetz, in: Deutsche Tageszeitung vom 11.12.1907, BArch R 8034/II, Nr. 5334, Bl. 45; Die Sprache der öffentlichen Versammlungen, in: Kreuzzeitung vom 14.12.1907, Nr. 586; Das Reichsvereinsgesetz, in: Kölnische Zeitung vom 26.11.1907, Nr. 1230.

[690] Das neue Vereinsgesetz, in: Deutsche Tageszeitung vom 25.11.1907, Nr. 552; Kreuzzeitung vom 09.04.1908, Nr. 169. – Als die Abgeordneten Hermann Dietrich (Deutschkonservative Partei) und Johannes von Hieber (Nationalliberale Partei) im Reichstag eine Ausnahmeregelung für die staatstreuen Minderheiten forderten, versprach Bethmann Hollweg die großzügige Handhabung des Sprachenparagrafen. RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 69. Sitz., 09.12.1907, S. 2098 und S. 2111 f.; 70. Sitz., 10.12.1907, S. 2139.

[691] Balzer, Polenpolitik, S. 271.

[692] Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 08.12.1908, Nr. 575. – So auch der freikonservative Abgeordnete Max Kolbe: RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 229, 70. Sitz., 10.12.1907, S. 2139-2145, hier S. 2142-2145; RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 232, 140. Sitz., 04.04.1908, S. 4663.

[693] Der § 7 angenommen!, in: Deutsche Tageszeitung vom 05.04.1908, Nr. 163 (Zitat); Das Reichsvereinsgesetz, in: Kölnische Zeitung vom 26.11.1907, Nr. 1230; Der § 7 des Vereinsgesetzes, in: Kölnische Zeitung vom 05.01.1908, Nr. 14; Rückblicke, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 05.04.1908, erste Abendausgabe.

„Damoklesschwert“ dienen solle und erst angewandt werde, sobald es nicht mehr möglich sei, die „deutschfeindliche[n] Agitationen zu kontrollieren und zu verhindern“.[694]

Überdies suchten konservative und nationalliberale Blätter die Bedenken des Freisinns zu zerstreuen und die Kritik der Opposition zu entschärfen. Eindringlich ermahnten sie die freisinnigen Abgeordneten, den „Bülow-Block“ nicht aufs Spiel zu setzen, sondern in der Sprachenfrage „an Stelle des Parteidoktrinismus den gesunden Menschenverstand walten“ zu lassen.[695] Entsprechend freute sich die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* nach der Annahme des Sprachenparagrafen über die bestandene Prüfung der Regierungskoalition und lobte ausdrücklich die Zuverlässigkeit, Ruhe und Ausdauer der Mehrheitsparteien.[696] Was die hartnäckige Opposition von SPD und Zentrumspartei in den Reichstags- und Kommissionsverhandlungen anbetraf, vermutete die konservative *Deutsche Tageszeitung*, dass diese allein aus parteitaktischem Kalkül gegen die Blockpolitik gekämpft hätten, um die Regierungskoalition zu schwächen.[697]

Insgesamt nahm der Sprachenparagraf großen Raum in den parlamentarischen und öffentlichen Erörterungen über das Vereinsgesetz ein und wurde von allen politischen Lagern als eindeutig antipolnische Gesetzesbestimmung bewertet. Doch mit der Beteiligung der freisinnigen Parteien am „Bülow-Block“ hatten sich die Fronten gegenüber der Debatte über die Enteignungsvorlage im preußischen Landtag verschoben. Bislang waren die Kritiker der preußischen Polenpolitik, zu denen sich stets die freisinnigen Parteien gezählt hatten, darum bemüht gewesen, die parlamentarischen Erörterungen über die Minderheitenpolitik Preußens in den Reichstag zu verlagern. Zwar fehlte dem Reichstag die Kompetenz, direkt in die Politik und Gesetzgebung der Einzelstaaten einzugreifen. Allerdings besaßen die Verfechter einer Verständigungspolitik – Zentrum, Sozialdemokratie, freisinnige Parteien und Polnische Fraktion – im Reichstag eine Mehrheit, weshalb entsprechende Interpellationen zumindest öffentlichkeitswirksam erörtert werden konnten. Damit hatten diese Parteien und Fraktionen stets den Anspruch verbunden, die repressive Polenpolitik Preußens sobald wie möglich zu beseitigen oder zumindest das Übergreifen auf die Reichspolitik zu verhindern.

Die Entscheidung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, dieses unausgesprochene Postulat zugunsten der Unterstützung der Regierung Bülow aufzugeben, sprengte die „Koalition“ der Kritiker der preußischen Polenpolitik für die Dauer des „Bülow-Blocks“ bis zum Sommer 1909. Der Wunsch der freisinnigen Parteien, den Einfluss der konservativ-klerikalen Zentrumspartei auf die Gesetzgebung durch eine freiheit-

---

[694] Zur preußischen Polenpolitik, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 14.03.1908, Nr. 124.

[695] Zur Beratung des Reichsvereinsgesetzes, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 08.12.1907, Nr. 623; Ein Kampf ohne Kampfpreis, in: Kölnische Zeitung vom 05.03.1908, Nr. 240.

[696] Die Annahme des Vereinsgesetzes, in: Kölnische Zeitung vom 07.04.1908, Nr. 377. Siehe auch: Deutscher Reichstag, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 06.04.1908, Nr. 163; Ein neuer Meilenstein, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 07.04.1908, Nr. 164. – Hingegen war die konservative *Kreuzzeitung* skeptisch, ob die Freisinnigen tatsächlich für die „Blockidee“ gewonnen seien. Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 12.04.1908, Nr. 175.

[697] Das Reichsvereinsgesetz, in: Deutsche Tageszeitung vom 07.04.1908, Nr. 166.

lich-liberale Politik abzulösen, ließ sie das mit dem Sprachenparagrafen „vergiftete" Vereinsgesetz trotz großer Bedenken annehmen. Dabei spielte die Möglichkeit einer grundlegenden innenpolitischen Wende eine große Rolle in den zeitgenössischen Überlegungen. Als Beispiele dafür können mit Friedrich Naumann und Hans Delbrück zwei bedeutende Kritiker der preußischen Polenpolitik angeführt werden.

Naumann, der als führender linksliberaler Publizist und Reichstagsabgeordneter der Freisinnigen Vereinigung die Zustimmung zum Vereinsgesetz verteidigte, bewertete die Verabschiedung als Erfolg. Er schätzte die Schaffung eines fortschrittlichen und liberalen Vereins- und Versammlungsrechts auf Reichsebene und die mit der Zustimmung bewiesene politische Zuverlässigkeit der freisinnigen Parteien höher ein als die Bedenken gegen den Sprachenparagrafen. Obwohl er die Kritik der polnischen Abgeordneten als berechtigt anerkannte, missbilligte er, dass diese keine versöhnlichere Haltung eingenommen und beispielsweise die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich akzeptiert hatten. Aus Naumanns Sicht hielten sie an der „großpolnischen nationalen Bewegung" fest.[698] Damit bürdete er den preußischen Polen den ersten Schritt zu einer Verständigung auf und rechtfertigte die Haltung der Freisinnigen zugleich mit dem Argument einer polnischen Bedrohung.

Ebenso begrüßte der Historiker und Publizist Hans Delbrück das Vereinsgesetz als modernes, liberales Gesetz. Von der Verabschiedung durch die „Blockmehrheit" erhoffte er sich eine Stabilisierung der Regierungskoalition und das Ende der „Herrschaft des Zentrums".[699] Dies drohe jedoch am „Hakatismus" zu scheitern, denn der Sprachenparagraf sei ein neues Instrument zur Unterdrückung der polnischen Bevölkerung, das der „doktrinäre[n] Argumentation unserer Nationalisten" entstamme.[700] Hinter der offiziellen Gesetzesbegründung entdeckte er ein anderes Motiv: „Der letzte und wahre Grund des Sprachenparagraphen ist natürlich der politische, daß man die Gelegenheit wahrnehmen will, auch durch ein Reichsgesetz die preußische Polenpolitik zu stützen und den Polen eine neue Fessel anzulegen."[701] Obwohl Delbrück die starke Einschränkung des Versammlungsrechts der fremdsprachigen Staatsbürger verurteilte, die „zu den Grundsätzen des Liberalismus in unvereinbarem Gegensatz" stehe, hoffte er auf einen Kompromiss, der den Freisinnigen die Zustimmung ermögliche.[702] Mit Blick auf die konservativ-liberale Regierungsmehrheit unter Ausschluss des Zentrums trat er, „so wenig ich dem Hakatismus hold bin und so peinlich ich die Freiheitsbeschränkung als des deutschen Volkes unwürdig empfinde", trotzdem für die Verabschiedung des Vereinsgesetzes ein.[703]

---

698 NAUMANN: Die Annahme des Vereinsgesetzes, in: Die Hilfe 14 (1908), 15, S. 238 f., hier S. 238.

699 DELBRÜCK: Enteignungsvorlage, Vereinsgesetz, Wahlreform, in: Preußische Jahrbücher 132 (1908), 1, S. 184-190, hier S. 187.

700 Ebenda.

701 Ebenda, S. 188.

702 Ebenda.

703 Ebenda, S. 189. – Noch im November 1907 hatte Delbrück das Vereinsgesetz ebenso wie die Enteignungsvorlage strikt abgelehnt, da der Verfassungsgrundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit vor dem Gesetz außer Kraft gesetzt und die Polen zu einem „unterjochte[n]" Volk

Anhand solcher Ausführungen wird deutlich, dass die Kritik an der preußischen Polenpolitik, so fundamental in der Sache und altruistisch gegenüber den Polen sie mitunter auch vorgetragen wurde, dort ihre Grenzen erreichte, wo sie mit übergeordneten politischen Zielvorstellungen kollidierte. Zudem diente die Kritik als politisches Instrument der Oppositionsparteien, um die Regierungspolitik zu diskreditieren und potenzielle polnische Wähler zu mobilisieren. Dies zeigte sich beispielsweise daran, dass Sozialdemokratie und Zentrum die Auswirkungen des Sprachenparagrafen auf die polnische und deutsche Arbeiterschaft betonten oder auf die Kritik der linksliberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine verwiesen. Hier setzte gleichsam der Wettbewerb um die bisherige Wählerschaft der freisinnigen Parteien ein, die sich durch ihre Beteiligung am „Bülow-Block" und den Verrat an liberalen Grundsätzen kompromittiert hatten.

Letztlich opferten die freisinnigen Parteien mit dem Zugeständnis des Sprachenparagrafen tatsächlich den liberalen Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zugunsten der bloßen Aussicht auf die langfristige Liberalisierung Deutschlands. Wegen des entschlossenen Widerstands der Konservativen gegen die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts und gegen die im Zuge der Reichsfinanzreform vorgesehene Erbschaftssteuer, die zum Rücktritt von Reichskanzler Bülow führte, zerfiel der „Block" im Sommer 1909. Langfristig betrachtet blieb von der Beteiligung der Freisinnigen an der Regierungsmehrheit als einzige bedeutende gesetzliche Errungenschaft das Vereinsgesetz mit dem Sprachenparagrafen.

In den Ausführungsbestimmungen für Preußen wurde festgelegt, dass die litauische, masurische, wendische, wallonische und französische Sprache in bestimmten Kreisen erlaubt seien, während die polnische und dänische Sprache allein durch den Sprachenparagrafen geregelt waren.[704] Da die vermeintlich loyalen und ungefährlichen Minderheiten vom Zwang zur deutschen Verhandlungssprache in öffentlichen Versammlungen nicht betroffen waren, wurde die Auffassung bestätigt, dass die Polen und Dänen das eigentliche Ziel des Sprachenverbots darstellten. Nur in der Zeit von Wahlkämpfen waren Versammlungen in nichtdeutscher Sprache erlaubt.

Die polnische Bevölkerung suchte sich zu behelfen, indem sie unpolitische Vereine gründete, Versammlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchführte oder „stumme" Versammlungen abhielt. Dabei wurden die Reden in polnischer Sprache als Flugblatt verteilt, das still gelesen wurde, um anschließend per Handzeichen über die auf einer Tafel aufgelisteten Resolutionen abzustimmen. Auf solchen Versammlungen wurde kein polnisches Wort gesprochen. Trotzdem argumentierte die konservative *Deutsche Tageszeitung*, dass sich das Gesetz auch auf die geschriebene Verhandlungssprache beziehe, weshalb die Versammlungen zu verbieten und notfalls das Vereinsgesetz zu ergänzen seien.[705] Mit solchen „stummen" Versammlungen führte die polnische

---

würden. Ders.: Die Krisis in der Ostmarkenfrage, in: Preußische Jahrbücher 130 (1907), 2, S. 377-385, hier S. 380.

704 Preußische Ausführungsbestimmungen zum Reichsvereinsgesetz, in: Freisinnige Zeitung vom 10.05.1908, Nr. 110. Siehe hierzu Balzer, Polenpolitik, S. 259 f.

705 Die „stummen" Polenversammlungen, in: Deutsche Tageszeitung vom 11.11.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5335, Bl. 69; Die „stummen" Polenversammlungen, in: Deutsche Tageszeitung

Bevölkerung nicht nur die Zielsetzung des Sprachenparagrafen *ad absurdum*, sondern bekundete zugleich den Willen, ihren Widerstand gegen die repressive Polenpolitik nicht aufzugeben. Dies bekräftigte der polnische Abgeordnete Jan Brejski, der im Januar 1909 eine Interpellation der Polnischen Reichstagsfraktion gegen die Auflösung polnischer Versammlungen und die Schikanierung polnischer Gewerkschaften durch die preußischen Behörden begründete.[706] Der Sprachenparagraf wurde schließlich im Mai 1917 aufgehoben, als der Reformdruck während des Ersten Weltkrieges zunahm und Reichskanzler Bethmann Hollweg eine – zumindest oberflächliche – deutsch-polnische Verständigungspolitik zu verwirklichen suchte.[707]

3.4 Machtlose Kritiker: Die Enteignung polnischer Grundbesitzer

Die preußische Staatsregierung schritt erst im Oktober 1912 zur Enteignung von vier polnischen Grundbesitzern. Das lange Abwarten ist auf die ablehnende Haltung der Konservativen zurückzuführen, die Enteignungen direkt nach Verabschiedung des Gesetzes als wenig ratsam erschienen ließ.[708] Nach dem Rücktritt des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten Bernhard von Bülow und dem Zerfall der Koalition aus Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen im Juli 1909 stützte sich dessen Nachfolger Theobald von Bethmann Hollweg neben den Konservativen auch auf die Zentrumspartei, gegen deren Willen eine Verschärfung der Polenpolitik zunächst nicht durchzusetzen war.[709] Auch aufgrund des verheerenden weltweiten Medienechos infolge der Verabschiedung der Enteignungsvorlage und mit Rücksicht auf den Bündnispartner Österreich-Ungarn sah die Staatsregierung von weiteren aufsehenerregenden antipolnischen Maßnahmen ab.[710] Obwohl sie beteuerte, sich in innenpolitischen Angelegenheiten nicht von äußeren Einflüssen leiten zu lassen, war die Sorge nicht von der Hand zu weisen, dass die Enteignung polnischer Grundbesitzer die slawische

vom 10.12.1908, BArch R 8034/II, Nr. 5335, Bl. 77.

706 RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 234, 190. Sitz., 21.01.1909, S. 6435-6443. – Für die Besprechung der Interpellation, die sich in heftigen Angriffen der polnischen, sozialdemokratischen und Zentrumsabgeordneten gegen die antipolnische Regierungspolitik und die „Blockmehrheit" erschöpfte: RT, 12. Leg., 1. Sess., Bd. 234, 191. Sitz., 22.01.1909, S. 6457-6488. – Exemplarisch für die Presse: Die Handhabung des Vereinsgesetzes, in: Vorwärts vom 22.01.1909; Eine gründliche Abfuhr polnischer Hetzer, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 22.01.1909, BArch R 8034/II, Nr. 5335, Bl. 91.

707 Siehe weiter unten, Kap. III.4.3.

708 Der sozialdemokratische *Vorwärts* wies wiederholt darauf hin, dass die Rücksichtnahme auf das „Macht- und Gewinninteresse der Junker" ausschlaggebend für die abwartende Haltung der Staatsregierung sei. Die Pleite der Polenpolitik, in: Vorwärts vom 30.07.1910 (Zitat); „Das Ende der dringendsten Forderung des Staatswohls", in: Vorwärts vom 25.12.1910; Wer regiert in Preußen?, in: Vorwärts vom 01.01.1911; Die Regierung und das Polenenteignungsgesetz, in: Vorwärts vom 12.05.1911.

709 Pirko, Niemiecka polityka wywłaszczeniowa, S. 271-282; Jakóbczyk, Pruska komisja osadnicza, S. 162-170.

710 Für das weltweite Medienecho auf die Annahme der Enteignungsvorlage siehe Pirko, Niemiecka polityka wywłaszczeniowa, S. 240-270.

Bevölkerung der Donaumonarchie gegen das Deutsche Reich aufbringen und somit das Bündnis gefährden könnte.[711]

Der Rücktritt Bülows im Juli 1909 war ursächlich auf die Daily-Telegraph-Affäre und den damit verbundenen Vertrauensverlust des Kaisers und der Parteien zurückzuführen.[712] Auslöser war jedoch die von Bülow zur Vertrauensfrage erhobene Erbschaftssteuer, die im Reichstag abgelehnt wurde, wobei – ein pikantes Detail – die Stimmen der Polnischen Fraktion ausschlaggebend waren.[713] Insofern konnten linksliberale und Zentrumsblätter das Abstimmungsverhalten der Polen nicht nur mit den materiellen Interessen der polnischen Konservativen erklären, sondern auch als politische „Rache" an Bülow für die Verschärfung der Polenpolitik deuten.[714]

Aufgrund des Kanzlerwechsels befürchteten rechte Blätter eine Änderung der Polenpolitik, weshalb sie Bülows Nachfolger vorsorglich daran erinnerten, dass zu seinen zentralen Aufgaben die Verteidigung des „Deutschtums" gegen die preußischen Polen gehöre.[715] Bethmann Hollwegs erste große Rede im Preußischen Abgeordnetenhaus wurde aufmerksam registriert, zumal diese – wie seinerzeit bei Bülow – die „polnische Frage" betraf. Der Anlass waren Interpellationen der Zentrumspartei und der Polnischen Fraktion über die sogenannten „Kattowitzer Beamtenmaßregelungen" von deutschen Staatsbeamten, die strafversetzt worden waren, weil sie in den Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz (Katowice) für einen polnischen Kandidaten gestimmt hatten.[716] In seiner Rede begründete Bethmann Hollweg die Versetzung damit, dass die Beamten mit ihrem Votum das Staatsziel der „Stärkung des Deutschtums" wissentlich hintertrieben hätten. Weiter betonte er seine Absicht, die Polenpolitik in der Tradition Bismarcks und Bülows fortzuführen und die Versuche der preußischen Polen zu vereiteln, ein „ab-

---

711 Buszko, S. 361-364.

712 Die Affäre entzündete sich an der Veröffentlichung eines Gesprächs Wilhelms II. in der Londoner Zeitung *Daily Telegraph* über das deutsch-britische Verhältnis. Die anmaßenden, taktlosen und selbstgefälligen Äußerungen des Kaisers belasteten die deutsch-britischen Beziehungen und riefen in Deutschland eine öffentliche Kontroverse über das „persönliche Regiment" Wilhelms II. hervor. Reichskanzler Bülow hatte der Veröffentlichung zugestimmt, in der Folge aber jegliche Verantwortung abgelehnt. Ausführlich bei Winzen, S. 19-91.

713 Hemmerling, Stanowiski, S. 294-299.

714 Jul. Bachem: Die Polen und die Reichsfinanzreform, in: Der Tag vom 23.07.1909, illustrierter Teil; Der Polen Rache, in: Freisinnige Zeitung vom 05.08.1909, BArch R 8034/II, Nr. 5335, Bl. 170 f.; Die Rache der Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 06.08.1909, zweites Morgenblatt; Der Fluch der bösen Tat, in: Märkische Volkszeitung vom 05.09.1909, BArch R 8034/II, Nr. 5326, Bl. 76.

715 Beispielsweise: Fürst Bülow und die Polen, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 05.07.1909, Nr. 335; Der neue Reichskanzler und die Polen, in: Die Post vom 13.08.1909, BArch R 8034/II, Nr. 5335, Bl. 178; Der Kanzlerwechsel und die Ostmarkenpolitik, in: Die Ostmark 14 (1909), 8, S. 75 f.

716 Exemplarisch für die enorme Resonanz in der deutschen Presse siehe einen Artikel Hans Delbrücks, der die Vorfälle in Kattowitz ursächlich auf die preußische Polenpolitik zurückführte: Hans Delbrück: Die Wahlfreiheit der Beamten, in: Der Tag vom 18.01.1910, illustrierter Teil.

geschlossenes polnisches Gemeinwesen“ in Deutschland zu errichten.[717] Damit hatte er seinen Standpunkt in der Polenpolitik deutlich gemacht und den Gerüchten über einen Kurswechsel zunächst einen Riegel vorgeschoben.[718]

Trotzdem verzichtete Bethmann Hollweg darauf, zur Enteignung polnischer Grundbesitzer zu schreiten. Die radikalnationalistischen Verbände und die rechte Presse quittierten dies mit öffentlicher Kritik, der Aufgabe ihrer strikt gouvernementalen Haltung und schließlich offener Opposition.[719] Im Laufe des Jahres 1910 entwickelte sich eine Pressekampagne für Enteignungen, die in einer Hetze gegen den preußischen Landwirtschaftsminister Clemens von Schorlemer gipfelte. Da der Beschluss der Staatsregierung zur Enteignung polnischer Grundbesitzer im September 1912 zumindest teilweise auf den Druck der „chauvinistischen Propaganda“ zurückgeführt werden kann[720], werden im Folgenden die Agitation rechter Blätter wie auch die daran anknüpfende öffentliche Kritik der Enteignungsgegner untersucht. Zwar ist es nicht möglich, den Einfluss der Kampagne auf die politische Entscheidung der Staatsregierung kausal nachzuweisen, allerdings kann aufgezeigt werden, wie die Enteignungsfrage in den Jahren 1910 bis 1912 ein öffentlich verhandeltes Thema blieb.[721]

Die Pressekampagne zeichnete sich durch nachdrückliche Aufforderungen an die Staatsregierung aus, die in unmissverständliche Fragen gekleidet wurden: „Wann beginnt die Enteignung?“ titelte die rechtsnationalistische *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, „Was macht das Enteignungsgesetz?“ die konservative *Schlesische Zeitung* im Mai 1910.[722] Da die Staatsregierung sich bedeckt hielt, sorgten Gerüchte für Aufsehen, etwa ein Artikel in der nationalliberalen *National-Zeitung* im Oktober 1910, in dem baldige Enteignungen angekündigt wurden. Nach Informationen des Blattes könne die Ansiedlungskommission keinen Grundbesitz aus polnischer Hand mehr ankaufen, weshalb sie der Staatsregierung einen offiziellen Antrag zur Enteignung polnischer Güter vorgelegt habe.[723] Als diese Meldung sich nicht bewahrheitete, räumte die *Rheinisch-*

---

717 PAH, 21. Leg., 3. Sess., Bd. 1, 5. Sitz., 19.01.1910, Sp. 308-315, Zitat Sp. 313. Eine deutliche Anspielung auf Bernhard, Gemeinwesen.

718 Bethmann Hollweg und die Polenpolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.01.1910, Nr. 58; Die Polendebatten, in: Schlesische Zeitung vom 23.01.1910, BArch R 8034/II, Nr. 5336, Bl. 136 f.; Reichsspiegel, in: Die Grenzboten 69,1 (1910), 4, S. 185 f.

719 Balzer, Polenpolitik, S. 84; Walkenhorst, S. 274 f. – Laut der linksdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* hatte die „Beruhigung der hakatistischen Kreise“ infolge der Verabschiedung des Enteignungsgesetzes nicht lange angehalten. Am Ende des Lateins, in: Leipziger Volkszeitung vom 13.07.1910, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 184 [nicht pag.].

720 Jakóbczyk, Ostmarkenverein, S. 226.

721 Ausführlich zur Agitation des Ostmarkenvereins für Enteignungen Grabowski, Nationalismus, S. 197-208; Pirko, Losy.

722 Wann beginnt die Enteignung?, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 19.05.1910; Was macht das Enteignungsgesetz?, in: Schlesische Zeitung vom 21.05.1910, beide in: GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 184 [nicht pag.].

723 Anwendung des Enteignungsgesetzes in den Ostmarken, in: National-Zeitung vom 22.10.1910, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 184 [nicht pag.].

Westfälische Zeitung das Scheitern des Gesetzes ein.[724] Das infolgedessen erörterte Gerücht, die Staatsregierung wolle endgültig auf Enteignungen verzichten, wurde von der offiziösen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* zurückgewiesen.[725]

In der Folge legten rechte Blätter und Publizisten ausführlich dar, dass die Enteignung polnischer Grundbesitzer zum Schutz des „Deutschtums" dringend notwendig sei. Heftig kritisierten sie die Staatsregierung für ihr Abwarten, das sie als Hinwendung zu einer Versöhnungspolitik gegenüber den Polen deuteten.[726] Die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* berief sich auf das durch Bülow nachgewiesene „eminente Staatsinteresse" und verwarf damit ihre Behauptung von 1908, wonach der Zweck des Gesetzes nur in der permanenten Enteignungsdrohung bestanden habe. Nun wollte das Blatt weder die Rücksichtnahme auf den Bündnispartner Österreich-Ungarn noch auf die innenpolitische Koalition von Konservativen und Zentrumspartei als Grund für das Zögern gelten lassen. Ebenso wenig dürften versöhnliche Stimmen unter den Polen beachtet werden, die mit „Loyalitätsphrasen" lediglich ihre nationalpolnische Gesinnung verschleierten.[727]

In linksliberalen Blättern wurden die kursierenden Gerüchte und die Enteignungsforderungen als Ausdruck einer konzertierten Aktion der deutschen Rechten bewertet. Der *Frankfurter Zeitung* zufolge diene die gezielte Ausstreuung solcher Gerüchte dazu, die Staatsregierung zur Anwendung des Enteignungsrechts zu drängen. Zudem solle durch die massive gleichzeitige Berichterstattung in verschiedenen Zeitungen der Eindruck erweckt werden, es stünden große Bevölkerungskreise hinter dieser Forderung.[728] In einem weiteren Artikel schrieb das Blatt von „planmäßig unternommenen und anscheinend von einer publizistisch geschickt arbeitenden Stelle ausgehenden [...] *Treibereien*", die vor dem Zusammentritt des Landtags im Januar 1911 „geradezu ins Groteske gesteigert" worden seien.[729] In ähnlicher Weise bezeichnete die liberale *Königsberger Hartungsche Zeitung* die Pressekampagne als „Terrorismus der Phrase" und suchte deren Methode zu enthüllen:

---

[724] Das Enteignungsgesetz – gescheitert!, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 23.12.1910, BArch R 8034/II, 5327, Bl. 30.

[725] Politischer Tagesbericht, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 06.01.1911.

[726] Versöhnungskurs, in: Deutsche Zeitung vom 29.04.1911, BArch R 8034/II, Nr. 5338, Bl. 4 f.; LUDWIG BERNHARD: Die preußische Polenpolitik. I. Versöhnung, in: Der Tag vom 25.01.1912, BArch R 8034/II, Nr. 5338, Bl. 115; DERS.: Die preußische Polenpolitik. II. Enteignung, in: Der Tag vom 26.01.1912, BArch R 8034/II, Nr. 5338, Bl. 116; F. VON JAGWITZ: Ostmarken-Verein und Enteignung, in: Der Tag vom 22.02.1911, illustrierter Teil; JUSTIZRAT WAGNER: Was wird aus der Enteignung?, in: Tägliche Rundschau vom 05.03.1911, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 185 [nicht pag.].

[727] Das Enteignungsrecht in der Ostmark, in: Kölnische Zeitung vom 31.12.1910, Nr. 1411. – Ferner erklärte das Blatt, dass der Verzicht auf Enteignungen „der Autorität der Staatsgewalt ebenso [...] wie dem Ansehen der Krone" schade. Eine unglaubliche Nachricht, in: Kölnische Zeitung vom 04.01.1911, Nr. 13.

[728] Die Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Frankfurter Zeitung vom 06.01.1911, zweites Morgenblatt.

[729] Polenpolitik und Enteignung, in: Frankfurter Zeitung vom 19.01.1911, zweites Morgenblatt (Hervorhebung im Original gesperrt).

„Die Herren vom Hauptvorstand des Ostmarkenvereins, die seit Jahresfrist in den Blättern ihr Spiel mit verteilten Rollen treiben und durch eine raffiniert geschickte Agitation bei den Unkundigen den Eindruck wecken, als ob eine Vielheit hinter diesem mechanischen Programm stünde – nicht bloß immer die gleichen vier oder fünf Männer –, arbeiten mit den stärksten Mitteln. Sie erklären einfach jeden, der nicht wie sie Anfälle bekommt, wenn ein Jahr verstrich, ohne daß irgend ein neues Antipolengesetz beschlossen wäre, für antinational.“[730]

Enteignungskritische Blätter wiesen die Forderungen der deutschen Rechten scharf zurück. Das Abwarten der Staatsregierung deuteten sie positiv als Abkehr von der repressiven Polenpolitik. Die linksliberale *Frankfurter Zeitung* erinnerte an die Beteuerungen Bülows und der Staatsminister während der parlamentarischen Debatten im Winter 1907/08, dass Enteignungen nur im Notfall, als „ultima ratio“ erfolgen sollten.[731] In der überparteilichen Zeitung *Der Tag* empfahl der oberschlesische Pfarrer Paul Feja der Staatsregierung „das Einstampfen dieses [...] paragraphierten Beweises Bülowscher Polenangst [zu] veranlassen“, da die „Staatsgefährlichkeit“ der preußischen Polen, die bei der Begründung der Gesetzesvorlage fraglos gewesen sei, offenbar doch nicht existiere. Denn Enteignungen träfen vor allem die loyalen polnischen Grundbesitzer und deren Landarbeiter, die infolgedessen in die Städte gedrängt würden, wo sie als unversöhnliche Feinde der Deutschen den polnischen Mittelstand und die Unterschicht verstärkten.[732]

Proteste der deutschen Bewohner der Ostprovinzen gegen Enteignungen spielten weiterhin eine bedeutende Rolle in der öffentlichen Debatte. Die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* bekräftigten den Wunsch der einheimischen Deutschen, in Ruhe und Frieden mit den Polen zu leben, weshalb sie deren gerechte Behandlung einforderten.[733] Allerdings gaben sich die Enteignungsgegner keinen Illusionen über die Erfolgsaussichten ihrer Bemühungen hin. Resigniert hatte das Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* die Bedingungen der Staatsregierung für einen Abbau der repressiven Polenpolitik in Worte gefasst: „Preußen will keinen Frieden mit loyalen Polen, es will nur einen Frieden, den es den an die Wand gedrückten Polen einseitig diktiert. Als loyaler Pole gilt schließlich nur der, der sein Polentum aufgibt.“[734]

---

730 Königsberger Hartungsche Zeitung, zitiert nach: Eine Wendung in der Polenpolitik?, in: Kölnische Volkszeitung vom 20.05.1911, Nr. 433.

731 Die Ostmarkenpolitik der Regierung, in: Frankfurter Zeitung vom 25.08.1909, zweites Morgenblatt; Das Enteignungsgesetz, in: Frankfurter Zeitung vom 03.11.1910, zweites Morgenblatt; Hakatisten und Enteignungsgesetz, in: Frankfurter Zeitung vom 07.05.1911, drittes Morgenblatt (Zitat). Siehe auch Aemil Ritter: Enteignung und Vorkaufsrecht, in: Die Hilfe 17 (1911), 5, S. 71.

732 P. Feja: Zur Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Der Tag vom 19.11.1910, illustrierter Teil. Siehe auch: Die Entwickelung im Polentum, in: Germania vom 08.07.1910, zweites Blatt; Am Ende des Lateins, in: Leipziger Volkszeitung vom 13.07.1910, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 184 [nicht pag.].

733 Emil Kindler: Das Enteignungsfieber, in: Posener Neueste Nachrichten vom 06.05.1911, Nr. 3631, 07.05.1911, Nr. 3632.

734 Von der hakatistischen Geschichtsschreibung, in: Kölnische Volkszeitung vom 10.02.1910, Nr. 114.

Mit mehreren Artikeln im *Tag* griff Delbrück in die öffentliche Debatte ein. Delbrück widersprach der Auffassung, das Gesetz zwangsläufig anwenden zu müssen, denn wegen der Beschränkung auf 70 000 Hektar sei es ohnehin wirkungslos. Vielmehr sei der Zeitpunkt für den Abbruch des Nationalitätenkampfes und die Initiierung einer Verständigungspolitik günstig, da die auf einen Ausgleich mit dem preußischen Staat bedachten Polen in der Bevölkerung an Einfluss gewonnen, die polnischen Nationalisten aber an Boden verloren hätten.[735] Desgleichen nehme in der deutschen Bevölkerung der Wille zur Versöhnung zu. Daher empfahl Delbrück die Einsetzung einer unparteiischen Kommission, die objektiv die Ostmarkenpolitik der vergangenen Jahrzehnte untersuchen und daraus ein positives Programm für die Zukunft ableiten sollte.[736]

Neben seiner publizistischen Tätigkeit trat Delbrück auch als Redner in Erscheinung. Auf Einladung des Posener „Vereins junger Kaufleute" legte er einem großen Publikum seine grundsätzlichen Ansichten zur preußischen Polenpolitik dar. In einem historischen Überblick interpretierte er die deutsch-polnischen Beziehungen als weitgehend friedliches nachbarschaftliches Verhältnis, das er zum Vorbild für die Gegenwart erhob. Den ethnisch homogenen Nationalstaat verwarf er als kaum realisierbare Fiktion, vielmehr müssten sich die verschiedenen Nationalitäten in Deutschland auf ein erträgliches Zusammenleben verständigen. Als Voraussetzung sei ein Bewusstsein für die unanfechtbare politische Zusammengehörigkeit in einem Staate zu schaffen, um schließlich die „Einigung im Staatsgedanken" zu verwirklichen.[737] Damit bekräftigte er sein etatistisches Ideal des preußischen Staates, der von den Staatsbürgern ungeachtet der nationalen, konfessionellen oder sozialen Zugehörigkeiten einzig Loyalität zu verlangen habe.

Im Frühjahr 1911 rückte Landwirtschaftsminister Clemens von Schorlemer in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und besonders ins Visier der deutschen Rechten. Kraft seines Amtes hatte er über mögliche Enteignungen mitzuentscheiden, weshalb der Ostmarkenverein ihn durch Veröffentlichungen, Resolutionen und persönliche Besuche von Vorstandsmitgliedern dazu zu drängen suchte.[738] Als Schorlemer, der als Mitglied der Zentrumspartei den radikalen Nationalisten ohnehin suspekt war, sich in der Budgetkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses gegen Verleumdungen

---

[735] Hans Delbrück: Ostmarkenpolitik und Enteignung, in: Der Tag vom 14.03.1911, illustrierter Teil.

[736] Ders.: Die Ostmarkenpolitik, in: Der Tag vom 23. und 24.08.1911, illustrierter Teil. Siehe auch ders.: Die zukünftige Ostmarkenpolitik, in: Der Tag vom 16.11.1911, illustrierter Teil. – Für Entgegnungen aus den Reihen des Ostmarkenvereins: L. Raschdau: Zur Ostmarkenpolitik, in: Der Tag vom 03.09.1911, illustrierter Teil; ders.: Eine Ostmarken-Enquete, in: Der Tag vom 01.12.1911, illustrierter Teil; Horn: Zur Ostmarkenpolitik, in: Der Tag vom 13.09.1911, illustrierter Teil.

[737] Professor Hans Delbrück über die Nationalitätenfrage, in: Posener Neueste Nachrichten vom 20.10.1909, Nr. 3159 (Zitat); Professor Hans Delbrück über die Nationalitätenfrage, in: Kölnische Volkszeitung vom 26.10.1909, Nr. 904. – Für die Kritik der rechten Presse: Ein Illusionspolitiker, in: Posener Tageblatt vom 23.10.1909; Der „Illusionspolitiker" Delbrück, in: Posener Tageblatt vom 06.11.1909; Ein Kathederpolitiker, in: Leipziger Tageblatt vom 30.10.1909, alle in: NL Delbrück, Fasz. 94 [nicht pag.].

[738] Jakóbczyk, Ostmarkenverein, S. 221 ff.

durch den Ostmarkenverein wehrte und sich dessen Ratschläge verbat, provozierte er diesen außerordentlich.[739] Der Vereinsvorstand erklärte öffentlich, dass er die Beziehungen zur Staatsregierung als gestört betrachte und das Vertrauen in deren Politik verloren habe.[740] Deutlicher sprachen rechte Blätter von einer Brüskierung des Ostmarkenvereins und drohten der Staatsregierung unverhohlen mit Opposition.[741] In der linksliberalen und Zentrumspresse schürte der „sensationelle Zusammenstoß" die Hoffnung, dass der Einfluss des Vereins auf die preußische Polenpolitik nachlassen und die Staatsregierung eine Versöhnungspolitik einleiten werde.[742] So glaubten die *Posener Neuesten Nachrichten* eine politische Wende zu erkennen, „die die gewerblichen deutschen Kreise der Ostmark nur mit Freuden begrüßen können".[743] Eine Änderung in der Polenpolitik trat jedoch nicht ein.

Schließlich sorgte im Sommer 1911 eine Petition deutscher Großgrundbesitzer, die der preußischen Staatsregierung zugestellt werden sollte, für Aufsehen. Die Unterzeichner wandten sich gegen die Beeinflussung der Regierungsgeschäfte durch den Ostmarkenverein und machten dessen Agitation für die Verschärfung der nationalen Gegensätze in den Ostprovinzen und für die Stärkung der polnischen Nationalbewegung verantwortlich.[744] In einer Zuschrift an die konservative *Kreuzzeitung* präzisierte der Großgrundbesitzer Claus von Heydebreck, der die Petition initiiert hatte, dass diese gegen das Vorgehen des Vereins gerichtet sei, die politischen Gegner persönlich zu verunglimpfen.[745] Als der Ostmarkenverein die Petition scharf verurteilte, die „Versöhnungspolitik" verwarf und in der *Ostmark* über die angeblich zweifelhafte Herkunft vieler Unterschriften und die bewusste Täuschung der Unterzeichner über den Inhalt

---

[739] Bericht der Budgetkommission, in: PAH, 21. Leg., 4. Sess. 1911, 5. Bd., Drucksachen, Nr. 366, S. 3338-3356, hier S. 3343. – Im Preußischen Abgeordnetenhaus verteidigte Schorlemer seinen Standpunkt gegenüber dem Ostmarkenverein. PAH, 21. Leg., 4. Sess., 5. Bd., 79. Sitz., 18.05.1911, Sp. 6578 f., 80. Sitz., 19.05.1911, Sp. 6603 ff., 81. Sitz., 20.05.1911, Sp. 6715. Siehe hierzu TIMS, S. 170-173.

[740] GRABOWSKI, Nationalismus, S. 200-205.

[741] Die Brüskierung des Ostmarkenvereins, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 09.05.1911, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 185 [nicht pag.]; Die preußische Regierung gegen das preußische Ansiedlungsgesetz, in: Tägliche Rundschau vom 06.05.1911, Nr. 212; H. W.: Die Enteignung in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 06.05.1911, Nr. 230.

[742] Der Landwirtschaftsminister gegen den Ostmarkenverein, in: Die Hilfe 17 (1911), 19, S. 289 (Zitat); P.: Die Regierung und das Polenenteignungsgesetz, in: Germania vom 09.05.1911, zweites Blatt; Der Ostmarkenverein und die Regierung, in: Frankfurter Zeitung vom 30.05.1911, zweites Morgenblatt.

[743] EMIL KINDLER: Die Regierung gegen den Ostmarkenverein, in: Posener Neueste Nachrichten vom 09.05.1911, Nr. 3633.

[744] Graudenzer Geselliger vom 25.07.1911, zitiert nach: Posener Kundgebung gegen den Ostmarkenverein, in: Kreuzzeitung vom 02.08.1911, Nr. 358. Siehe auch GRABOWSKI, Nationalismus, S. 203 f.

[745] CLAUS VON HEYDEBRECK: [Zuschrift an die *Kreuzzeitung*], in: Posener Kundgebung gegen den Ostmarkenverein, in: Kreuzzeitung vom 02.08.1911, Nr. 358.

der Petition berichtete[746], bestätigte er den Vorwurf augenfällig. Daraufhin bezichtigte Heydebreck den Verein erneut, „die Gegner durch persönliche Angriffe moralisch zu diskreditieren", und wies die Anschuldigung, er habe das „Deutschtum" verraten und sich mit den Polen verbrüdert, energisch zurück.[747]

Hans Delbrück würdigte die Petition als willkommenen Beitrag zur Bekämpfung des Ostmarkenvereins und forderte deren Verbreitung, damit anhand der Unterzeichnenden die „wahre Gesinnung der eingesessenen Deutschen" aufgezeigt werde.[748] Die Petition zerstöre den verbreiteten Irrtum, dass der Großteil der Deutschen der Provinz Posen den Verein unterstütze, sekundierte die *Frankfurter Zeitung*, auch wenn die federführenden Großgrundbesitzer keinesfalls die Bevölkerungsmehrheit repräsentierten.[749] Die *Berliner Morgenpost* beschrieb gar eine „offene Rebellion gegen den Hakatismus", die sich gegen die pauschale Verurteilung aller Polen richte. Dafür verantwortlich sei eine wachsende Abneigung gegen die „patriotisch-nationale Phrase, die bei den Hauptschreiern lediglich das einträgliche hakatistische Geschäft drapiert". Unter dem Deckmantel des „Hakatismus", finanziert durch die staatliche Ansiedlungspolitik, erwirtschafteten die Anhänger dieser Bewegung durch Güterhandel, Parzellierungen und Neubauten nämlich enorme Gewinne.[750]

Trotz der anhaltenden öffentlichen Debatte kam die Bekanntmachung der Enteignung von vier polnischen Gütern mit einer Fläche von rund 1700 Hektar im Oktober 1912 überraschend.[751] Die Entscheidung kann auf veränderte politische Rahmenbedingungen zurückgeführt werden. Nachdem die SPD aus den Reichstagswahlen im Januar 1912 als stärkste Partei hervorgegangen war, benötigte die Reichsleitung den Ostmarkenverein und den Alldeutschen Verband als Wortführer der deutschen Rechten gegen die deutlich gestärkte Linke.[752] Aber auch der öffentliche Druck für Enteignungen spielte eine Rolle.[753] So machte die *Frankfurter Zeitung* die Pressekampagne der Rechten für den Sinneswandel der Staatsregierung verantwortlich und wertete die Enteignungen als „einen neuen Erfolg der verhängnisvollen hakatistischen Hetze".[754] Die

---

[746] E.H. [Ernst Hunkel]: Der Fall v. Heydebreck und Genossen, in: Die Ostmark 16 (1911), 9, S. 78-82, hier S. 81 f., Erklärung des Ostmarkenvereins, ebenda, S. 80 f. – Siehe auch Schnauss: Die Feinde der Ostmarkenpolitik. Sonderabdruck aus Nr. 232 der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 22.08.1911, GStA I. HA, Rep. 90 A, Nr. 3747, Bl. 235.

[747] Claus von Heydebreck: Zur Taktik des Ostmarkenvereins, in: Der Tag vom 17.09.1911, illustrierter Teil. – Im Namen des Ostmarkenvereins wies Ludwig Raschdau die Anschuldigungen Heydebrecks zurück. L. Raschdau: Zur Taktik des Ostmarkenvereins. Eine Erwiderung, in: Der Tag vom 27.09.1911, illustrierter Teil.

[748] Hans Delbrück: Die Ostmarkenpolitik, in: Der Tag vom 24.08.1911, illustrierter Teil.

[749] Tages-Rundschau, in: Frankfurter Zeitung vom 03.08.1911, Abendblatt.

[750] Der Antihakatismus. Friedenshoffnungen der Ostmark, in: Berliner Morgenpost vom 05.08.1911, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 186 [nicht pag.].

[751] Noch zwei Wochen zuvor hatte Hans Delbrück „Nichts Neues aus der Ostmark" vermeldet. Hans Delbrück: Der Stand der Polenfrage, in: Der Tag vom 25.09.1912, illustrierter Teil.

[752] Balzer, Polenpolitik, S. 84.

[753] Tims, S. 178.

[754] Tages-Rundschau, in: Frankfurter Zeitung vom 19.10.1912, Abendblatt. Siehe auch: Die Enteignungsdebatte im Abgeordnetenhaus, in: Frankfurter Zeitung vom 31.10.1912, drittes

wahren Gründe für die politische Entscheidung blieben jedoch im Dunkeln: Niemand wisse, warum das Gesetz, das „ein Verbrechen und ein Blödsinn obendrein" sei, erst vier Jahre nicht, dann plötzlich doch angewendet werde, befand die linksdemokratische *Leipziger Volkszeitung*.[755]

Erstaunlich ist der Zeitpunkt der Bekanntgabe im Oktober 1912, als der Ausbruch des Balkankrieges die europäische Öffentlichkeit in Atem hielt. Einige Blätter verwiesen auf die kritische Lage auf dem Balkan und die Möglichkeit eines europäischen Krieges, weshalb es riskant sei, die polnische Bevölkerung Preußens unnötig zu reizen und zugleich die außenpolitische Stellung Deutschlands zu schwächen.[756] Als der österreichische Polenklub erklärte, dass sich die Enteignungen in Preußen nachteilig auf seine Haltung zum Bündnis mit dem Deutschen Reich auswirkten, kritisierten Zentrumsblätter die preußische Staatsregierung für ihre mangelnde Rücksichtnahme auf die Polen in Österreich-Ungarn.[757] Nationalliberale Blätter werteten es hingegen positiv, dass sich die Staatsregierung in ihrer Innenpolitik nicht von den Interessen des Habsburger Reiches oder der österreichischen Polen beeinflussen lasse.[758]

Die rechte Presse sah in den ersten Enteignungen einen Beleg für die Fortführung der preußischen Polenpolitik. Die Staatsregierung habe ihre Entschlossenheit bekräftigt, „Herr im eigenen Lande" bleiben zu wollen, befanden die nationalistischen *Hamburger Nachrichten*.[759] Einige Blätter suchten die Enteignungen als wirtschaftliche Maßnahme gegen die Bodenspekulation oder als Waffe im Nationalitätenkampf zu rechtfertigen[760], andere übten Kritik an der geringen Fläche von 1700 Hektar, wovon keine nachhaltige Auswirkung auf die Ansiedlungspolitik zu erwarten sei. So rechnete

---

Morgenblatt.

755 Der Nationalitätenkampf in Posen, in: Leipziger Volkszeitung vom 12.12.1912, BArch R 8034/II, Nr. 5339, Bl. 39 f.

756 Die erste Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Berliner Tageblatt vom 12.10.1912, Nr. 521; Die erste Enteignung, in: Germania vom 13.10.1912, zweites Blatt; Die Enteignung, in: Vorwärts vom 16.10.1912; Pfui!, in: Vorwärts vom 01.11.1912. – Ausführlich zum Zusammenhang von Enteignungen in Preußen und außenpolitischer Krisensituation Gilwicki.

757 Die Rückwirkung der Enteignung auf Österreich-Ungarn, in: Kölnische Volkszeitung vom 02.11.1912, Nr. 961; Hakatistischer Uebereifer schädigt deutsche Interessen, in: Germania vom 15.11.1912, zweites Blatt. Siehe auch Buszko, S. 365-377.

758 Aufstachelung des Polentums, in: Schlesische Zeitung vom 14.10.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.]; Auswärtige Politik und preußische Polenpolitik, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 03.11.1912, Nr. 562; Zweierlei Maß, in: Hamburger Nachrichten vom 24.01.1913, BArch R 8034/II, Nr. 5339, Bl. 63.

759 Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Hamburger Nachrichten vom 18.10.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.]. Siehe auch: Die ersten Enteignungen in der Ostmark, in: Die Post vom 11.10.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.]; Die Enteignung ein Akt zwingender Notwendigkeit, in: Bromberger Tageblatt vom 02.11.1912, BArch R 8034/II, Nr. 5328, Bl. 20 f.

760 Königsberger Allgemeine Zeitung vom 15.10.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.]; G. Cl. [Georg Cleinow]: Zur Polenfrage, in: Die Grenzboten 71,4 (1912), 46, S. 284 f.; Cardinal v. Widdern: Wie die Polen enteignen, in: Posener Tageblatt vom 28.01.1913, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 189, Bl. 22.

etwa die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* vor, dass nach Abzug des nicht nutzbaren Ödlands sowie der Wasser- und gemeinschaftlichen Nutzungsflächen nur Raum für 60 bis 80 Bauern übrig bleibe: „Und dazu wird enteignet?“[761] Aus diesem Grund verlangten rechte Blätter, dass dem verheißungsvollen ersten Schritt weitere Enteignungen sowie neue gesetzliche Regelungen zur Beschränkung der polnischen Ansiedlungstätigkeit folgen müssten.[762]

Die Gegner wiederholten ihre Kritik an der fehlenden Verfassungsmäßigkeit des Enteignungsrechts, das die Sicherheit des Eigentums und die Gleichheit des Rechts aufhebe.[763] Das einzige Ziel bestehe in der Rechtsverletzung gegen die Polen, empörte sich die *Frankfurter Zeitung*, denn die Enteignungen erfolgten nicht aus wirtschaftlichen Gründen im Interesse des Gemeinwohls, sondern als „politische Ausnahme-Maßregel – weil der Besitzer Pole ist“.[764] Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Blätter kritisierten die Staatsregierung, die den polnischen Radikalismus stärke und die Entfremdung zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung vertiefe, anstatt sich um eine Entspannung im Nationalitätenkonflikt zu bemühen.[765] Zudem verwiesen sie auf die geringe Fläche, die für den Landvorrat der Ansiedlungskommission unbedeutend sei, und befürchteten weitere Enteignungen von polnischen und bald auch deutschen Grundbesitzern.[766]

Ein besonderes Augenmerk lag auf der Reaktion der Einwohner der Provinz Posen. Vor allem Zentrumsblätter berichteten über polnische Aufrufe zum Widerstand gegen den Angriff auf die polnische Nationalität und zum wirtschaftlichen Boykott gegen die Deutschen, um ihren Lesern die Auswirkungen der Enteignungen auf die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen in den Ostprovinzen zu verdeutlichen.[767] In einer

[761] Die Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 19.10.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.].

[762] Die ersten Enteignungen in der Ostmark, in: Die Post vom 11.10.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.]; Das Enteignungsgesetz angewendet, in: Tägliche Rundschau vom 12.10.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.]; E. H. [Ernst Hunkel]: Die Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Die Ostmark 17 (1912), 11, S. 88 f.

[763] Die erste Enteignung, in: Germania vom 13.10.1912, zweites Blatt; Die „Verfassungsmäßigkeit“ der Enteignung, in: Westfälischer Merkur vom 01.11.1912, I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.].

[764] Frankfurt, 1. November, in: Frankfurter Zeitung vom 01.11.1912, Abendblatt.

[765] Die ersten Enteignungen, in: Schlesische Volkszeitung vom 13.10.1912; Die Enteignung, in: Posener Neueste Nachrichten vom 15.10.1912; Die Politik der Gehässigkeit und Torheit, in: Arbeiterzeitung [Dortmund] vom 08.11.1912, alle in: GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.].

[766] Die erste Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Berliner Tageblatt vom 12.10.1912, Nr. 521; Der neue Ostmarkenkurs, in: Berliner Tageblatt vom 14.10.1912, Nr. 525; Tages-Rundschau, in: Frankfurter Zeitung vom 14.10.1912, Abendblatt; Die erste Enteignung, in: Germania vom 13.10.1912, zweites Blatt; Gegen die Enteignung, in: Germania vom 08.11.1912, zweites Blatt.

[767] Zur Anwendung der Enteignung und die Haltung der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.10.1912, Nr. 920; Gegen die Enteignung, in: Märkische Volkszeitung vom 08.11.1912, BArch R 8034/II, 5328, Bl. 27 f.; Zur Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Schlesische

Zuschrift aus der Provinz Posen an die *Germania* wurde beschrieben, dass die Polen nicht vom Landerwerb abzubringen seien, da Grundbesitz ihnen als Kompensation für die versperrten Militär- und Beamtenlaufbahnen diene. Überdies bestehe in den betroffenen Bezirken keine Gefährdung des „Deutschtums", vielmehr habe der deutsche Grundbesitz statistisch zugenommen, weshalb die Enteignungsbeschlüsse ungesetzlich seien. Offen bekannte der vermutlich deutsche Verfasser der Zuschrift, den betroffenen polnischen Grundbesitzern mit seinen Argumenten eine Handreichung für rechtliche Beschwerden geben zu wollen.[768] Als schließlich die Entschädigungszahlungen für zwei der enteigneten Güter niedriger veranschlagt wurden als der gezahlte Kaufpreis, verurteilte die *Germania* dies als Konfiskation, zumal kein Pole an der Schätzungskommission beteiligt gewesen sei. Letztlich bleibe den betroffenen Grundbesitzern nur der Rechtsweg, denn ein Widerspruchsrecht bei höheren Verwaltungsstellen war nicht vorgesehen.[769]

Nach der Bekanntgabe der Enteignungen traten auch die deutschen Gewerbetreibenden der Provinz Posen mit Protesten hervor. Da deutsche Grundbesitzer von Enteignungen verschont geblieben waren, schienen diese sich nicht betroffen zu fühlen. Hingegen bekam der Mittelstand die Verschärfung des polnischen Boykotts direkt zu spüren und erhob lautstark Einspruch gegen die Ursache. In einem Protestschreiben bezogen zahlreiche Gewerbetreibende, die um ihre wirtschaftliche Existenz fürchteten, Stellung gegen die Enteignungen, wie die *Posener Neuesten Nachrichten* berichteten. Die Unterzeichner forderten von der Staatsregierung den Verzicht auf solche Maßnahmen, um ein „friedliches Einvernehmen" zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung herbeizuführen. Auch wenn der Protest durch wirtschaftliche Existenzängste motiviert war, betonte das linksliberale Blatt besonders das Rechtsempfinden der deutschen Bevölkerung und das öffentliche Eintreten gegen die antipolnische Diskriminierung.[770] Das Blatt berichtete zudem über Zuschriften von Posener Kaufleuten, die das Ausbleiben polnischer Kundschaft und die stetig wachsende polnische Konkurrenz beklagten, wofür sie die preußische Staatsregierung verantwortlich machten, die den Nationalitätenkonflikt durch die Enteignungen weiter schüre.[771]

Aufsehenerregend war eine Versammlung des Freisinnigen Vereins zu Posen, der als Vertretung der städtischen Bürgerschaft „unverfälscht die wahre Stimmung in der

---

Volkszeitung vom 09.11.1912, BArch R 8034/II, 5328, Bl. 30 f.; Die polnische Protestversammlung gegen die Enteignung, in: Germania vom 23.11.1912, erstes Blatt.

768 Zur Anwendung des Enteignungsgesetzes, in: Germania vom 17.10.1912, zweites Blatt.

769 Enteignung – Konfiskation, in: Germania vom 08.12.1912, zweites Blatt. Siehe auch: Die polnische Zwangsenteignung als Vermögenskonfiskation, in: Germania vom 18.03.1913, Nr. 129.

770 Ein deutscher Protest gegen die Enteignung, in: Posener Neueste Nachrichten vom 24.11.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.].

771 Posener Neueste Nachrichten, Nr. 4085 und 4086, 1912, zitiert nach: Gegen die Enteignung, in: Germania vom 08.11.1912, zweites Blatt; Germania vom 28.11.1912, zweites Blatt. – Zum Versuch des Ostmarkenvereins und der Posener Provinzialregierung, den wirtschaftlichen Gegenboykott zu organisieren: Polnische Kampfmittel, in: Kölnische Zeitung vom 01.01.1913, Nr. 2; Hermann Kauffmann: Swoj do swojego [Jeder für sich], in: Kreuzzeitung vom 30.01.1913, Nr. 49.

hiesigen Bevölkerung“ wiedergegeben habe, berichteten die *Posener Neuesten Nachrichten*.[772] Der freisinnige Reichs- und Landtagsabgeordnete Otto Wiemer verurteilte in seiner Rede die Polenpolitik und den Ostmarkenverein scharf, wofür er stürmischen Beifall erhalten habe. In einer Resolution sprach sich die Versammlung für die Wiederherstellung des Friedens in der Provinz und gegen Enteignungen aus.[773]

Die Interpellation gegen die Enteignungen, die am 30. Oktober 1912 im Preußischen Abgeordnetenhaus verhandelt wurde, lief nach dem bekannten Muster ab: Die Polnische Fraktion, angeführt von Adalbert Korfanty, flankiert von der Zentrumspartei, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokratie und den Vertretern der weiteren nationalen Minderheiten, attackierte die Staatsregierung für ihre repressive, verfassungswidrige und moralisch verwerfliche Polenpolitik. Hingegen lehnten die Staatsminister, die Konservativen und die Nationalliberalen die Erörterung der Interpellation ab. Sie begründeten die Enteignungen mit dem Landbedarf der Ansiedlungskommission und wiesen die Verfassungsbedenken zurück, da diese bei einem verfassungsmäßig zustandegekommenen Gesetz nicht mehr zu berücksichtigen seien.[774]

Genauso suchte die Reichsregierung die Interpellation der Polnischen Fraktion im Reichstag drei Monate später zu behandeln: Der Reichskanzler ließ über einen Staatssekretär mitteilen, dass er die Besprechung wegen mangelnder Zuständigkeit des Reichstags in preußischen Landesangelegenheiten ablehne, woraufhin die Regierungsvertreter den Sitzungssaal verließen. Die Besprechung fand auf Antrag der Polnischen Fraktion und der Zentrumspartei trotzdem statt und verlief nach demselben Schema wie die Interpellation im Preußischen Abgeordnetenhaus. Allerdings stellte die Mehrheit des Reichstags in einer Abstimmung fest, dass die Zulassung der Enteignung polnischer Grundbesitzer durch den Reichskanzler nicht den Anschauungen der Parlamentsmehrheit entspreche.[775]

Obschon das Votum des Reichstags in politischer Hinsicht folgenlos blieb, da der Reichskanzler dem Parlament keine Rechenschaft schuldig war, bewegte es die deutsche Presse außerordentlich. Laut der Geschäftsordnung war es seit 1912 möglich, dass die Reichstagsmehrheit eine abweichende Meinung von der Auffassung des Reichskanzlers feststellen konnte. Zwar war dies kein Misstrauensvotum wie in parlamentarisch regierten Staaten, wo die Parteien den Rücktritt des Regierungschefs forcieren konnten. Trotzdem maßen oppositionelle Blätter dem Votum einen bedeutenden symbolischen Wert bei, da die gewählte Vertretung des deutschen Volkes die preußische Polenpolitik mehrheitlich verurteilt hatte.[776] Denn nun könnten sich die Staatsregierung

---

[772] Oeffentliche freisinnige Versammlung, in: Posener Neueste Nachrichten vom 12.12.1912, GStA I. HA, Rep. 87, ZB, Nr. 188 [nicht pag.].

[773] Ebenda.

[774] PAH, 21. Leg., 5. Sess., Bd. 6., 89. Sitz., 30.10.1912, 90. Sitz., 31.10.1904.

[775] Für die Besprechung der Interpellation RT, 13. Leg., 1. Sess., Bd. 287, 100. Sitz., 29.01.1913, S. 3331-3369; für die Abstimmung RT, 13. Leg., 1. Sess., Bd. 287, 101. Sitz., 30.01.1913, S. 3371.

[776] Das erste Mißtrauensvotum, in: Vorwärts vom 31.01.1913; Das „Mißtrauensvotum“, in: Germania vom 07.02.1913, Nr. 62; Reichstag und Kanzler, in: Frankfurter Zeitung vom 04.02.1913, zweites Morgenblatt; Paul Michaelis: Politische Wochenschau, in: Berliner Tageblatt vom 02.02.1913, Nr. 59.

und die „Hakatisten“ nicht mehr darauf berufen, eine „nationale Politik“ im Namen aller Deutschen zu vertreten.[777]

Zwar wiesen einige Blätter auf die formale Nichtzuständigkeit des Reichstages hin, womit auch die Fortschrittliche Volkspartei ihre Enthaltung bei der Abstimmung begründet hatte.[778] Andere suchten jedoch zu belegen, dass die preußische Polenpolitik das Deutsche Reich und die gesamte deutsche Bevölkerung betreffe. Der *Germania* genügte es, das „deutsche Ansiedlungswerk“ und dessen Ziel der „Wahrung des Deutschtums“ anzuführen, um die Kompetenz des Reichstags nachzuweisen.[779] Des Weiteren berief sich die linksliberale *Frankfurter Zeitung* auf die Ausbreitung der polnischen Bevölkerung über die Grenzen Preußens hinaus. Zugleich wollte das Blatt in der deutschlandweit geführten Debatte über die „polnische Frage“ eine Gefahr für das „politische Denken in Deutschland“ erkannt haben:

> „Denn es färbt auf dieses ganze Denken ab, wenn mit nationalem Pathos immer wieder der Grundsatz gepredigt wird, daß Macht vor Recht gehe, wenn die Regierung immer wieder das Beispiel gibt, das gleiche Recht der Staatsbürger den Polen gegenüber zu mißachten; es geht eine schwere Ansteckungsgefahr von diesen national umkämpften Gebieten auf das ganze übrige Deutschland aus, wenn man sich immer mehr daran gewöhnt, den obersten Grundsatz der Gerechtigkeit ohne Gewissensbisse in den Wind zu schlagen.“[780]

Auf der anderen Seite gab der konservative Freiburger Historiker Georg von Below offen zu, dass Preußen die „Sache des Deutschtums“ vertrete, wovon sich die preußische Staatsregierung keinesfalls abbringen lassen solle:

> „Wir wünschen, daß die preußische Regierung das polnische Mißtrauensvotum der Reichstagsmehrheit dadurch beantwortet, daß sie zu neuen Enteignungsmaßregeln fortschreitet. Preußen darf sich in seinem deutschen Beruf nicht durch die Reichstagsmehrheit stören lassen. Das Mißtrauensvotum zeigt, wie sehr der preußische Staat auf dem rechten Wege ist.“[781]

---

[777] Der Reichstag gegen die preußische Polenpolitik, in: Germania vom 31.01.1913, Nr. 50 (Zitat); Die Verurteilung der Polenpolitik, in: Berliner Tageblatt vom 30.01.1913, Nr. 53; Eine schwere Niederlage des Hakatismus, in: Kölnische Volkszeitung vom 01.02.1913, Nr. 96.

[778] Der Vorstoß gegen den Reichskanzler, in: Kölnische Zeitung vom 30.01.1913, Nr. 116; Frankfurt, 30. Januar, in: Frankfurter Zeitung vom 30.01.1913, Abendblatt; Das sterilisierte „Mißtrauensvotum“, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 02.02.1913, Nr. 59. – Für die Enthaltung der Fortschrittlichen Volkspartei siehe die Erklärung Hermann Pachnickes. RT, 13. Leg., 1. Sess., Bd. 287, 100. Sitz., 29.01.1913, S. 3368.

[779] Die Regierung und die Poleninterpellation im Reichstage, in: Germania vom 03.02.1913, Nr. 5.

[780] Frankfurt, 30. Januar, in: Frankfurter Zeitung vom 30.01.1913, Abendblatt.

[781] G. v. Below: Die Komödie des ersten Mißtrauensvotums im deutschen Reichstag, in: Münchener Allgemeine Zeitung vom 08.02.1913, BArch R 8034/II, Nr. 5328, Bl. 69.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Möglichkeit der Enteignung polnischer Grundbesitzer zu Ansiedlungszwecken im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg zu den bedeutenden Medienthemen in der deutschen Öffentlichkeit zählte. Zwar war nur ein regional begrenzter Teil der Bevölkerung Preußens direkt von der staatlichen Enteignungsbefugnis betroffen. Trotzdem berichteten die politischen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands ausführlich über das Thema, bezogen meist eindeutig Stellung und beteiligten sich an den Auseinandersetzungen über die Ziele und den Nutzen einer solchen Gesetzesmaßregel.

Die deutschen Zeitungsleser wurden durch die ausgiebige Berichterstattung über die Enteignungsvorlage nicht nur mit der Diskriminierung der preußischen Polen und den Folgen für die deutsche Bevölkerung der Ostprovinzen konfrontiert. Vielmehr kamen sie auch mit grundlegenden Fragen der Verfasstheit und des Selbstverständnisses des Staates und mit dessen Verhältnis zu nationalen Minderheiten in Berührung. Durch die Annahme der Ansiedlungsnovelle im Jahr 1904 und der Enteignungsvorlage im Jahr 1908 wurden die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und die Sicherheit des Eigentums im Sinne eines ethnozentrischen Nationalismus umgedeutet und für Teile der Bevölkerung Preußens eingeschränkt. Zudem wurde das öffentliche Wohl mit den Interessen der Deutschen gleichgesetzt. Dies galt auch für das Vereinsgesetz von 1908, das erste reichsweit gültige Verbot des öffentlichen Gebrauchs bestimmter Sprachen. Damit entsprachen diese Gesetze – ebenso wie die Schul- und Sprachenpolitik Preußens – der Entwicklung einer zunehmenden Nationalisierung aller staatlichen und öffentlichen Angelegenheiten in Deutschland. Indem der Staat die Minderheitenrechte nicht mehr garantierte und zugleich die Rechtsgleichheit aufhob, schuf er für die preußischen Polen ein nationalpolitisch begründetes Sonderrecht, das sie aus der Gemeinschaft der Staatsbürger ausgrenzte und in den Status von „Bürgern zweiter Klasse“ herabdrückte.[782]

Der eklatante Widerspruch der Ausnahmegesetze zur preußischen und Reichsverfassung, ferner die Möglichkeit des Scheiterns der Enteignungsvorlage aufgrund des konservativen Widerstands bzw. der Ablehnung des Sprachenparagrafen im Vereinsgesetz durch die Freisinnigen, motivierten Befürworter wie Gegner, ihre Argumente in immer neuen Variationen vorzutragen und die der Gegenseite zu widerlegen. Auch waren die mit der Ansiedlungsnovelle, dem Vereinsgesetz und dem Enteignungsrecht verbundenen Hoffnungen, Erwartungen oder Befürchtungen grundlegende Triebkräfte dafür, dass die öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen weitergetrieben wurden, bis die Gesetze schließlich verabschiedet und angewendet wurden.

Das eigentliche Ziel der Gesetze – die polnische Bevölkerung – geriet dabei mitunter aus dem Blick. Dabei waren es gerade die polnischen und besonders die deutschen Bewohner der Provinz Posen, die der öffentlichen Debatte neue Impulse verliehen. Die ausführliche Kritik an einer von außen kommenden und die Bedürfnisse der Provinz missachtenden Politik, die in erster Linie den Nationalitätenkonflikt anheize, ergänzte die Argumentationen der oppositionellen Parteien und der politischen Presse um die Sichtweise der unmittelbar von der Polenpolitik Betroffenen. Sie stützten sich vor allem auf das Argument, ein profundes Wissen über die Region zu besitzen und

[782] Gosewinkel, S. 211-218; Wehler, Polenpolitik, S. 194 f.

die Wirkung politischer Entscheidungen besser einschätzen zu können als die zugezogenen Beamten oder die Regierungsmitglieder in Berlin. Unter den Verfassern der Broschüren, Zeitungsartikel und Leserbriefe wie auch unter den Initiatoren von Petitionen und Versammlungen waren zwar die Angehörigen des Großgrundbesitzes und städtischen Bürgertums federführend. Indem diese aber suggerierten, sich auf die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise zu stützen, gewann ihr Engagement Merkmale einer Politisierung „von unten“ oder – geografisch gewendet – „von der Peripherie“ her. Dabei war die Öffentlichkeit als Plattform unabdingbar, um Argumente zu verbreiten, Handlungszwänge zu suggerieren und politische Entscheidungen zu beeinflussen, was zumindest bei dem Votum des Posener Oberbürgermeister Ernst Wilms gegen die Enteignungsvorlage gelang.

Indem die Deutschen und Polen aus der Provinz Posen Bilder eines erträglichen Zusammenlebens entwarfen, knüpften sie an die Vorstellungen der Verständigungsbefürworter an und konkretisierten diese. So setzten sie sich nicht nur von den abwertenden deutschen Polenbildern und polnischen Deutschenbildern ab, sondern überwanden auch – zumindest rhetorisch – die mentale Vereinnahmung der Provinz durch das polnische Bild Großpolens als historischem Teil des polnischen Staates und das imaginierte „Posenbild“, das den deutschen Charakter der Provinz belegen sollte.[783]

In Abgrenzung zu diesen miteinander konkurrierenden Bildern sind Züge eines gemeinsamen identitätsstiftenden Bildes der Provinz zu erkennen, in dem – in unterschiedlichen Gewichtungen – sowohl deutsche als auch polnische Einflüsse Platz finden sollten. Dabei wurden unter Rückgriff auf eine weitgehend als friedlich beschriebene Vergangenheit idealisierte Vorstellungen des gemeinsamen Zusammenlebens entworfen. Zwar diente diese Fiktion mitunter dem Zweck, den Kontrast zum eskalierenden Nationalitätenkonflikt hervorzuheben und die Kritik an Staatsregierung und Ostmarkenverein zu unterstreichen. Auch stand hinter der Charakterisierung der Provinz Posen, in der das Zusammenleben frei von äußeren wirtschaftlichen, politischen oder ideologischen Einflüssen geregelt werde, oftmals die Sorge um die Bewahrung von sozialem Status und politischer Macht. Gleichwohl schufen die Deutschen und Polen in ihren Veröffentlichungen ein einprägsames Bild einer konfliktfreien Provinz, die trotz – oder gerade wegen – des Zusammenlebens verschiedener Nationalitäten ihren besonderen Reiz besaß.

Dabei erfüllte dieses Bild dieselbe Funktion wie das in der rechten Presse, in den Publikationen des Ostmarkenvereins oder in der Ostmarkenliteratur entworfene „Posenbild“, nämlich einen zu erreichenden Idealzustand zu beschreiben und zu verbreiten. Da sich besonders Deutsche aus der Region an der öffentlichen Debatte beteiligten, wies das imaginierte Bild der Provinz freilich stärkere deutsche als polnische Charakterzüge auf. Auf die deutsche Kulturhoheit und den damit verbundenen Anspruch einer Kulturarbeit wollten selbst die verständigungswilligen Deutschen nicht verzichten.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die repressive Polenpolitik noch weiter verschärft worden wäre, wenn der Beginn des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 nicht die Voraussetzung für eine solche Politik grundlegend verändert hätte. Bereits in den Jahren vor dem Kriegsausbruch, als sich die Krisensituation in Europa zuspitzte

[783] Serrier, Kulturarbeit, S. 33. Siehe auch ders., Geschichtskultur, S. 249-253.

und die Gefahr einer gewaltsamen Konfrontation der Großmächte wuchs, schien eine Verschärfung des deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikts nicht opportun. So hatten die Enteignungen im Jahr 1912 ein verheerendes weltweites Echo ausgelöst und den Ruf des Deutschen Reiches als innen- wie außenpolitisch aggressiver, kompromissloser und unberechenbarer Staat zementiert.[784] Allerdings widersprach es dem Selbstbild der selbsternannten Weltmacht Deutschland, sich in der Innenpolitik beeinflussen zu lassen. Entsprechend beriet die preußische Staatsregierung neue antipolnische Ausnahmegesetze, die auch in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert wurden.[785] Deren Realisierung hätte zu einer weiteren Verschärfung des innenpolitischen Krisenherdes geführt, wobei der Ausgang nicht absehbar war, denn an Aufgabe war weder bei der Staatsregierung und den deutschen radikalen Nationalisten noch bei der polnischen Nationalbewegung zu denken. Doch der Kriegsausbruch unterbrach die Tendenz der zunehmenden Eskalation des Nationalitätenkonflikts und rückte andere Themen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion über das deutsch-polnische Verhältnis.

[784] Pirko, Losy, S. 98; Tu, S. 150, Anm. 396.

[785] Siehe beispielsweise Wagner, Enteignungsrecht; Georg Wilhelm Schiele: Bedenken gegen das Grundteilungsgesetz, in: Preußische Jahrbücher 156 (1914), 3, S. 504-519.

III Die „polnische Frage“ im Ersten Weltkrieg: Chancen einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik

1 Verständigungspolitik und polnische Staatlichkeit: Initiativen und Entwürfe

Mit Beginn des Weltkrieges im August 1914 wurde die „polnische Frage“ zum Gegenstand politischer Erwägungen und öffentlicher Erörterungen der Kriegsgegner. Die in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland lebenden Polen mussten im Dienste der Teilungsmächte gegeneinander kämpfen; die Kampfhandlungen im Osten Europas fanden zum großen Teil auf dem Gebiet Kongresspolens statt, dem 1815 auf dem Wiener Kongress geschaffenen und mit Russland in Personalunion verbundenen Königreich Polen. Daher setzte mit Kriegsbeginn das Werben um das Wohlwollen und die Unterstützung der polnischen Bevölkerung ein. Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland konnten die Politik gegenüber ihrer jeweiligen polnischen Minderheit nicht mehr nur als innere Angelegenheit betrachten, zumal polnische Politiker und Publizisten die Frage der Eigenstaatlichkeit Polens aufwarfen und ihre Forderungen nach innenpolitischen Konzessionen immer drängender vortrugen. Der Krieg musste die „polnische Frage“ zwangsläufig aufrollen, auch wenn sich die Politiker und Staatsmänner der betroffenen Staaten über die Konsequenzen nicht im Klaren waren.[1]

In Bezug auf die Vorstellungen über politische, staatsrechtliche oder territoriale Veränderungen der polnischen Gebiete sind vor allem die in der deutschsprachigen Öffentlichkeit präsentierten Entwürfe interessant, die einen Wandel im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen skizzierten. Dies betraf zum einen die Überlegungen zur zukünftigen staatsrechtlichen Gestaltung Kongresspolens und zur Einbeziehung in den Einflussbereich der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn[2], zum anderen die Revision der preußischen Polenpolitik und die Entspannung des Nationalitätenkonflikts in Preußen. In der deutschen Öffentlichkeit waren die außenpolitische Frage nach der Zukunft Polens, die Kriegszieldebatte und die innenpolitische Frage der Gleichberechtigung der preußischen Polen eng mit der angekündigten inneren Neuorientierung des Reiches und Preußens verknüpft. Das Thema Polen bildete während des Krieges nur einen kleinen Ausschnitt der großen weltanschaulichen Auseinandersetzungen über

---

[1] Davies, Im Herzen, S. 100 f. – Für das Folgende Pajewski, Odbudowa; Holzer/Molenda; Conze.

[2] Der Begriff „Mittelmächte“ wird im engen Sinne verwandt und bezieht sich im Folgenden auf Deutschland und Österreich-Ungarn.

die Stellung Deutschlands in Europa und der Welt sowie über die innere Verfasstheit des Staates.[3]

Aufgrund der repressiven preußischen Polenpolitik der Vorkriegszeit schienen die Fronten zwischen Deutschen und Polen verhärtet. In den preußischen Ostprovinzen standen Staatsregierung und die deutschen Rechten der polnischen Nationalbewegung unversöhnlich gegenüber; eine Entschärfung des Nationalitätenkonflikts schien kaum denkbar. Doch durch den Krieg gegen Russland und die militärische Besetzung Kongresspolens gewann die Vorstellung, im Zuge einer Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis das russische Teilungsgebiet in den Einflussbereich der Mittelmächte einzubeziehen, großen Auftrieb in der deutschen und österreichisch-ungarischen Öffentlichkeit. Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns eigneten sich diese Vorstellungen einer Verständigungspolitik zumindest rhetorisch an und übersetzten sie mit der Proklamation eines selbständigen Königreiches Polen am 5. November 1916 in ein politisches Programm.

Seit der vollständigen Besetzung Kongresspolens und der Errichtung von Zivilverwaltungen im August 1915 – dem Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau und dem k.u.k. Militär-Generalgouvernement mit Sitz in Kielce, später in Lublin – hatten die Mittelmächte eine Politik verfolgt, die auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei gleichzeitiger Ausnutzung der Wirtschaftskraft des Landes zu Kriegszwecken zielte, aber auch ein gewisses Entgegenkommen in nationalkulturellen Fragen umfasste. Der deutsche Generalgouverneur in Warschau, Hans von Beseler, trat gegenüber der polnischen Bevölkerung Kongresspolens als paternalistischer, wohlwollender und gerechter Landesvater auf und sah sich als Wegbereiter einer deutsch-polnischen Koalition gegen Russland. Seine entgegenkommende Politik unterschied sich nicht nur grundlegend von dem rücksichtslosen Vorgehen der Deutschen im Verwaltungsgebiet Ober Ost während des Krieges, sondern auch von der repressiven Polenpolitik Preußens der Vorkriegszeit.[4] Freilich konnte sie nicht Schritt halten mit der österreichisch-ungarischen Besatzungsverwaltung, die einen „Mythos vom guten Besatzer“[5] schuf und mit dem angrenzenden, weitgehend autonomen Galizien ein verlockendes Beispiel für eine großzügige Minderheitenpolitik besaß.[6] Auch wenn die deutsche und österreichisch-ungarische Besatzungsverwaltung wegen der anhaltenden Requisitionen und Zwangsverkäufe von der einheimischen Bevölkerung als bedrückend wahrgenommen wurden, deuteten sie im Vergleich mit der vorangehenden russischen Herrschaft auf eine einschneidende staatsrechtliche Veränderung infolge des Krieges hin, die mit der Proklamation des Königreichs Polen in die Tat umgesetzt wurde.

[3] Augenfällig dargestellt bei Sven Oliver Müller, der zwar die diskursive Verschmelzung von Wahlrechts-, Ostmarken- und Kriegszielfrage konstatiert, im Hinblick auf die Polenpolitik allerdings nur eine Abgeordnetenhausrede des Deutschkonservativen Ernst v. Heydebrand vom 30.04.1918 anführt. Müller, Nation, S. 306 f.

[4] Spät; Polsakiewicz; Conze.

[5] Scheer, Besatzungsmacht, S. 547.

[6] Ebenda, S. 546 f.; dies., Typisch Polen, S. 240; Lehnstaedt, Militärgeneralgouvernement Lublin, S. 22 f.

Allerdings bestand das Ziel der Proklamation vor allem in der Gewinnung polnischer Soldaten für die Kriegsführung. Da die Mittelmächte keine Einigung über die zukünftige Gestaltung Polens erzielen konnten und darauf bedacht waren, Konflikte untereinander zu vermeiden, trieben sie den inneren Ausbau des polnischen Staates nur zögerlich voran. Die enttäuschten Erwartungen an das neue Polen gepaart mit der bis zum Sommer 1918 günstig erscheinenden Kriegslage führten dazu, dass das Projekt eines polnischen Staates auf der politischen Agenda Deutschlands nur noch untergeordnete Priorität genoss. Schließlich entstand im November 1918 infolge der militärischen Niederlage der Mittelmächte ein unabhängiger polnischer Staat in scharfer Abgrenzung zu allen drei Teilungsmächten.

Die politische Entwicklung in Polen wurde von Erörterungen in den Öffentlichkeiten Deutschlands und Österreich-Ungarns begleitet, die vor allem von polnischen Publizisten und Politikern geprägt wurden. Mit ihrer aktiven Beteiligung an der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" beabsichtigten diese, an der Neuregelung des deutsch-polnischen Verhältnisses mitzuwirken und über das Schicksal der besetzten polnischen Gebiete mitzubestimmen.[7] Diesen Anspruch erhoben ab Sommer 1915 auch politische Parteien und Gruppierungen des besetzten Kongresspolens. Die sogenannten „Aktivisten" zeigten sich zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten Deutschland und Österreich-Ungarn bereit und suchten einen föderativ verfassten Nationalitätenstaat mit umfassender territorialer Ausdehnung im Osten nach dem Vorbild des Jagiellonenreichs im 15. und 16. Jahrhundert zu verwirklichen. Die Mittelmächte stützten sich zur Durchsetzung ihrer Politik in Kongresspolen besonders auf die aktivistischen Parteien, da sich ihre Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung des Landes teilweise deckten. Hingegen lehnten die „Passivisten" eine Zusammenarbeit ab und hofften, mit Unterstützung Russlands und der Ententemächte einen in der Tradition der Piastenkönige stehenden ethnografischen Nationalstaat unter Einbeziehung Galiziens und der preußischen Ostprovinzen zu schaffen. Die internationalistisch ausgerichtete Linke schließlich erstrebte eine politische und soziale Revolution, weshalb die Wiedererrichtung Polens und jegliche Grenzfragen für sie bedeutungslos waren. Diese drei großen politischen Lager zerfielen jeweils in zahlreiche Parteien und Gruppierungen mit teils graduell, teils fundamental voneinander abweichenden politischen Positionen und Zielen. Für die Berichterstattung der deutschen Presse über Kongresspolen war vor allem die Einordnung der polnischen Akteure in die drei vorherrschenden Lager und deren Wille zur Kooperation mit den Mittelmächten bedeutsam.[8]

Aus Sicht der deutschen rechten, liberalen und Zentrumspresse bestand zu Kriegsbeginn Konsens darüber, dass das Ergebnis des Krieges darin bestehen müsse, Russland zu schwächen und Deutschlands strategische und militärische Position in Europa zu stärken. Dies betraf auch die vom zaristischen Regime beherrschten nichtrussischen Völker. Das Territorium Kongresspolens, das zwischen Ostpreußen und Schlesien eine große geografische Einbuchtung mit strategisch und verkehrstechnisch ungünstigen

---

[7] Siehe die Ausführungen in der Einleitung.

[8] Diese Kategorisierung ist auch in der Historiografie übernommen worden, siehe beispielsweise PAJEWSKI, Odbudowa, S. 98-102. – Ausführlich zu den politischen Strömungen in Polen während des Krieges HOLZER/MOLENDA, S. 188-244; STADTMÜLLER, S. 215-309.

Grenzen für Deutschland bildete, geriet dabei ins Blickfeld von deutschen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kreisen und wurde in der Öffentlichkeit erörtert.[9]

Überlegungen zur Zukunft des europäischen Ostens waren zunächst jedoch nur ein Randthema in der deutschen Kriegszieldiskussion. Angesichts der Westoffensive konzentrierte sich die deutsche Presse zu Beginn des Krieges auf Belgien, Frankreich und England, auch die Forderungen nach Gebietsgewinnen wurden vor allem mit Blick auf den Westen vorgetragen. Ende August 1914 wurde die ausufernde Kriegszieldiskussion vom Auswärtigen Amt mithilfe von Zensur und Pressebeeinflussung eingedämmt, um den Burgfrieden und das Klima der inneren Einheit aufrechtzuerhalten. Die Kriegszielkampagne der deutschen Rechten entfaltete sich nun abseits der Öffentlichkeit.[10] Die Verhandlungen der politischen und militärischen Führungen Deutschlands und Österreich-Ungarns über die Kriegsziele fanden in vertraulichen Runden statt.[11] Da die Presse sich in den Dienst der Kriegsanstrengungen zu stellen hatte, war die öffentliche Erörterung der durch den Krieg aufgeworfenen politischen und territorialen Fragen tabu.

In der Folge näherten sich deutsche Journalisten, Publizisten und Politiker vorsichtig, fast tastend der „polnischen Frage“ und der staatlichen Neuordnung Ostmitteleuropas. In ihren Veröffentlichungen des ersten Kriegsjahres deuteten sie in der Regel nur an oder legten durch die Wortwahl nahe, dass Kongresspolen von Russland abzutrennen sei, um den Gegner im Osten zu schwächen. Ausgearbeitete Programme zur „Lösung der polnischen Frage“ wurden im ersten Kriegsjahr nicht publiziert; das Verbot der Erörterung von Kriegszielen lähmte die öffentliche Debatte.[12] Erst mit der militärischen Besetzung Kongresspolens durch die Mittelmächte im Sommer 1915 wurde – jenseits der als selbstverständlich erachteten wirtschaftlichen Ausnutzung des Landes zu Kriegszwecken – die Möglichkeit einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik und der Wiedererrichtung des polnischen Staates aufgeworfen.

Drei Schwerpunkte werden in Kapitel III.1 gesetzt: *Erstens* wird die Entwicklung der deutschen öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ in den Jahren 1914 bis 1916 untersucht, die vornehmlich das Gebiet und die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung Kongresspolens betraf. Polnische Publizisten und Politiker dominierten die Debatte und legten ihre Deutungen des Krieges und ihre Vorstellungen über zukünftige politische Entwicklungen in Polen dar. Anknüpfend an die zu Kriegsbeginn geäußerten deutschen Hoffnungen auf eine antirussische Erhebung in Kongresspolen, erörterten sie die Gründe für den ausgebliebenen Aufstand und rechtfertigten die Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber Russland und den Mittelmächten. Ferner konfrontierten sie deutsche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – und damit stellvertretend das deutsche Publikum – mit der Frage, ob eine deutsch-polnische Verständigungspolitik möglich und zu welchen Bedingungen diese zu verwirklichen sei. Die

9 Raithel, S. 384 f. Für die deutschen Kriegszielerörterungen in den ersten Kriegswochen: ebenda, S. 380-408.

10 Ebenda, S. 388 und 408.

11 Ausführlich Fischer, Griff; Szymczak.

12 Wilkiewicz, S. 358.

Argumentationen und Ziele der in der öffentlichen Debatte hervortretenden polnischen Publizisten und Politiker sollen untersucht werden.

Von der Haltung der Polen wurde – *zweitens* – die Politik der Mittelmächte gegenüber dem besetzten Land abhängig gemacht. Dabei stehen die Vorstellungen Deutschlands und Österreich-Ungarns zur Zukunft Polens im Fokus, die in der Öffentlichkeit kursierten oder den Regierungen beider Staaten zugeschrieben wurden. Zudem werden die von polnischen und deutschen Publizisten und Politikern veröffentlichten Entwürfe für einen zu errichtenden polnischen Staat untersucht. Deren Verfasser können bezüglich ihrer Herkunft und ihrer politischen Vorstellungen idealtypisch in drei Gruppen eingeteilt werden: Polnische Publizisten und Politiker aus allen drei Teilungsgebieten gründeten ihre oftmals detailliert ausgearbeiteten Konzeptionen für einen polnischen Staat auf einer innen- und außenpolitischen Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Die deutschen Anhänger einer Verständigungspolitik standen der Wiedererrichtung Polens zwar wohlwollend gegenüber, trugen mit Blick auf die preußischen Ostprovinzen jedoch Bedingungen und Vorbehalte vor. Die deutschen Rechten schließlich verlangten im Bewusstsein zivilisatorischer und militärischer Überlegenheit die vollständige Beherrschung Polens mitsamt der Annexion polnischer Gebiete.

Dabei ist bedeutend, wie die drei Gruppen sich in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" positionierten und welche Bedingungen und Erwartungen sie gegenüber den anderen Gruppen und der Politik der Mittelmächte im besetzten Polen formulierten. Der Schwerpunkt liegt auf den polnischen und deutschen Befürwortern einer Verständigungspolitik, die ihre Entwürfe für einen polnischen Staat und für die territoriale und staatsrechtliche Umgestaltung Ostmitteleuropas hauptsächlich in den Jahren 1915/16 vorlegten. Hier werden punktuell auch die nach der Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916 veröffentlichten Entwürfe einbezogen, die Reaktionen auf die Wiedererrichtung des polnischen Staates darstellten.

Schließlich stehen *drittens* die Erwartungen im Mittelpunkt, die in einen zu errichtenden polnischen Staat gesetzt wurden. Die zahlreichen Entwürfe zur Zukunft des besetzten Landes, die zunehmende Berichterstattung der deutschen Presse über Polen und die Zugeständnisse der deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungsmächte an die polnische Bevölkerung schienen darauf hinzudeuten, dass die Staatsgründung noch während des Krieges erfolgen werde. Indem die deutschen und polnischen Verständigungsbefürworter im Laufe des Jahres 1916 ihre Wünsche und Forderungen für einen polnischen Staat zusehends drängender vortrugen, schürten sie eine hohe Erwartungshaltung in der Öffentlichkeit. Erst diese macht die Reaktion der deutschen Presse auf die Proklamation des Königreiches Polen verständlich.[13] Dabei soll besonders die Rolle der von polnischen Publizisten herausgegebenen Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* bei der Entstehung dieser Atmosphäre hoffnungsvoller Zuversicht in der deutschen Öffentlichkeit beleuchtet werden.

[13] Siehe weiter unten, Kap. III.3.

1.1 Die Haltung der Polen im Krieg: Beschwörung des polnisch-russischen Antagonismus

Mit Beginn des Weltkrieges im August 1914 setzte unter den Kriegsgegnern das Werben um die polnische Bevölkerung ein. Die Kampfhandlungen im Osten zwischen Russland und den Mittelmächten fanden zunächst hauptsächlich in Kongresspolen, Ostpreußen und Galizien statt. In den ersten Kriegswochen erließen deutsche, österreichisch-ungarische und russische Heerführer Aufrufe an die Polen, um sich deren Unterstützung zu sichern und die Kriegsführung des Gegners zu behindern. Auf Seiten der Mittelmächte traten das Oberkommando der österreichisch-ungarischen Armeen sowie der deutsche Generalleutnant Kurt von Morgen mit Appellen an die polnische Bevölkerung Kongresspolens hervor und versprachen die Befreiung des Landes von der russischen Herrschaft.[14] Auf der anderen Seite erließ der Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte, Nikolai Nikolajewitsch Romanow, ein Manifest an die Polen, in dem er als Gegenleistung für die Unterstützung Russlands im Kriege die Wiederherstellung Polens aus allen drei Teilungsgebieten sowie die Autonomie unter russischer Herrschaft in Aussicht stellte.[15]

In der deutschen Presse wurden die Aufrufe der Mittelmächte nur wenig beachtet und allenfalls knapp kommentiert.[16] Auf größeres Interesse stieß das russische Manifest: Dieses wurde als durchsichtiges und unaufrichtiges Manöver Russlands erachtet[17], das politisch wertlos sei, da es nicht vom Zaren unterschrieben worden war.[18] Daher äußerten deutsche Blätter die Hoffnung, dass die polnische Bevölkerung den russischen Versprechungen misstrauisch begegnen und sich stattdessen den Mittelmächten zuwenden werde.[19] Die Gründung des Obersten Nationalkomitees in Krakau (Kraków) und des Polnischen Nationalkomitees in Warschau im August 1914, die beide den Anspruch auf Vertretung der gesamten polnischen Nation erhoben und politisch den Mittelmächten zuneigten, wurde in der deutschen Presse als deutliches Signal gewertet, dass die Polen die Befreiung von Russland erstrebten.[20]

---

14 Toporowicz, S. 87; Conze, S. 46 ff. Für die deutschen Aufrufe an die jüdische Bevölkerung Zechlin, S. 121.

15 Toporowicz, S. 89 und 93.

16 Für die nationale Unabhängigkeit Polens!, in: Vorwärts vom 13.08.1914; Wiederherstellung Polens – eine weltumgestaltende Sache, in: Weser-Zeitung vom 23.08.1914, BArch R 8034/II, Nr. 5341, Bl. 54 f.; Deutschland und die Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 25.09.1914, Abendblatt.

17 Das russische Liebeswerben um die Polen, in: Tägliche Rundschau vom 16.08.1914, Nr. 384; Rußland. Ein Appell an die „slawische Sache“, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 16.08.1914, zweite Ausgabe; Fremdenblatt vom 23.08.1914, nachgedruckt in: Eine blutige Satire, in: Kreuzzeitung vom 24.08.1914, Nr. 399.

18 Rußland gegen die Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 29.09.1914, Nr. 4669. Vgl. Toporowicz, S. 86 und 93.

19 Um Polens Hilfe!, in: Vorwärts vom 15.08.1914; Die Wiederherstellung Polens, in: Posener Tageblatt vom 20.08.1914, Nr. 387.

20 Das geeinte Polentum gegen Rußland, in: Posener Tageblatt vom 17.08.1914, Nr. 382; Ein beachtenswerter Polenzusammenschluß, in: Posener Neueste Nachrichten vom 18.08.1914,

Im Zusammenhang mit den Aufrufen wurde in der deutschsprachigen Öffentlichkeit die Möglichkeit eines Aufstands gegen die russische Herrschaft in Kongresspolen erörtert. Deutsche und österreichisch-ungarische Zeitungen begrüßten entsprechende Proklamationen polnischer politischer Parteien und Gruppen aus Warschau und Galizien an die polnische Bevölkerung. Eine solche Erhebung könne nicht nur die russische Offensive schwächen, womöglich sogar verhindern, sondern würde auch als Zeichen der polnischen Parteinahme für die Mittelmächte angesehen.[21] Als die Wiener *Reichspost* über einen Warschauer Aufruf zum Aufstand berichtete, der eine detaillierte Anleitung zu Vorbereitung, Ausrüstung und Verhalten der polnischen Bevölkerung enthielt[22], schien die Erhebung unmittelbar bevorzustehen. In Deutschland beschäftigte sich beispielsweise das deutschnationale *Posener Tageblatt* intensiv mit solchen Aufrufen und teilte diese sogar durch Extrablätter mit. Dem Blatt zufolge deuteten die Artikel der polnischen Presse und die Berichte von Reisenden aus Kongresspolen auf eine Revolution hin, außerdem seien die Aufrufe zum Kampf gegen Russland als direkte Handlungsanweisungen zu verstehen.[23]

Die Nachrichten über die jubelnde polnische Bevölkerung angesichts der in Kongresspolen einziehenden deutschen Truppen schürten die Aufstandshoffnungen der deutschen Presse noch.[24] Im *Berliner Tageblatt* versprach ein in Berlin lebender österreichischer Pole den deutschen Truppen die Unterstützung der Bevölkerung Kongresspolens und beschrieb den großen Enthusiasmus der Polen aus Galizien, gegen den „*nationalen Erbfeinde*“ Russland in den Krieg zu ziehen.[25] Die linksliberale *Frankfurter Zeitung* berichtete über Meutereien, Kundgebungen und die Bildung von Freischaren gegen die russischen Truppen in Kongresspolen und stellte den Polen für ihre Betei-

Nr. 4633.

[21] Drohender Aufstand in Kongresspolen, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.08.1914, Nr. 698; Die russischen Polen gegen Rußland, in: Posener Neueste Nachrichten vom 07.08.1914, Nr. 4624; „Alle Polen gegen Rußland!“, in: Freie Presse [Elberfeld-Barmen] vom 08.08.1914, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 617, Bd. 4, Bl. 159.

[22] Gärung in Kongresspolen. Ein Aufruf zum Aufstande, in: Reichspost vom 05.08.1914, Nr. 366. Siehe auch: Aus Kongresspolen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 06.08.1914.

[23] Ein polnischer Aufstand in Kongresspolen in Vorbereitung, in: Posener Tageblatt vom 07.08.1914, Nr. 365; Revolution in Warschau?, in: Posener Tageblatt vom 08.08.1914, Nr. 368; Warschau in Flammen?, ebenda; Der Aufstand in Kongresspolen, in: Posener Tageblatt vom 10.08.1914, Nr. 370; Der polnische Volkskrieg gegen Rußland, in: Posener Tageblatt vom 13.08.1914, Nr. 375; Ein Aufruf an die Polen, in: Posener Tageblatt vom 14.08.1914, Nr. 378.

[24] M. Erzberger: Die Befreier Polens, in: Der Tag vom 13.08.1914, illustrierter Teil. Siehe auch ders.: Polen, in: Der Tag vom 29.08.1914, illustrierter Teil. Erzberger bezog sich auf Kalisch (Kalisz) und Tschenstochau, wobei diese Einschätzung angesichts der Beschießung der Stadt Kalisch durch die deutsche Artillerie unglaubwürdig erscheint. Vgl. Holzer/Molenda, S. 141.

[25] Severin Stark: Der heilige Krieg der Polen gegen Rußland, in: Berliner Tageblatt vom 07.08.1914, Nr. 397 (Hervorhebung im Original gesperrt).

ligung am Kriege vage die Lösung der „polnische[n] Schicksalsfrage“ in Aussicht.[26] Konkrete politische oder territoriale Veränderungen jenseits der deutschen Ostgrenze wurden in der deutschen Presse jedoch nur selten angedeutet.[27] Vielmehr übertrugen die Blätter die in Deutschland herrschende Erregung infolge des Kriegsausbruchs auf die Bevölkerung Kongresspolens und hofften, dass diese sich gleichermaßen für den Kampf gegen Russland begeistern werde, ohne jedoch deren reservierte, teils stark russophile und antideutsche Stimmung zu beachten.[28]

Allerdings wurde auch Kritik an den überzogenen Aufstandserwartungen geäußert. Der sozialdemokratische *Vorwärts* tadelte die „eifrige[n] Zeitungsschreiber“ für ihre Aufforderung zur Erhebung, ohne in ihren Artikeln zu diskutieren, dass der Kampf der waffenlosen Polen gegen die zahlreichen russischen Truppen aussichtslos sei.[29] Das Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* warf ein, dass die Bevölkerung Kongresspolens mit ihrer loyalen Haltung nur ihre Pflicht gegenüber dem russischen Staat erfülle – ein Verhalten, wofür die preußischen Polen ausdrücklich gelobt würden.[30] Auch würden die deutschen Erwartungen durch die preußische Polenpolitik gedämpft, die für das große Misstrauen der russischen Polen gegenüber Deutschland verantwortlich sei und die Bereitschaft zum Aufstand abschwäche.[31]

Als sich die Erwartung einer Erhebung in Kongresspolen nicht erfüllte, griffen deutsche Zeitungen das Thema nach einiger Zeit erneut auf. Die *Frankfurter Zeitung* und die *Kölnische Volkszeitung* erkannten die Angst vor der Rückkehr der russischen Herrschaft als wesentlichen Beweggrund für die Zurückhaltung der Polen an.[32] Hingegen erachtete die konservative *Kreuzzeitung* das Ausbleiben des Aufstands als Beleg für die weiterhin wirkmächtige Russophilie in der polnischen Bevölkerung.[33] Dazu passte die Bemerkung des einflussreichen konservativen Publizisten Maximilian Harden in der Zeitschrift *Die Zukunft*, dass der polnische Adel infolge des Aufrufs Romanows seine Treue zu Russland und den Willen zum Kampf gegen die Deutschen bekräftigt habe,

---

26 Frankfurt, 10. August, in: Frankfurter Zeitung vom 10.08.1914, Abendblatt.

27 Etwa bei Georg Gothein: Die Wiederherstellung Polens, in: Königsberger Hartungsche Zeitung vom 17.08.1914, Nr. 382; Paul Rohrbach: Kongreß-Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 23.08.1914, Nr. 748. – Die Befreiung und Wiedererrichtung Polens wurde in polnischsprachigen Flugblättern und Flugschriften explizit in Aussicht gestellt. Erzberger, Zmartwychwstanie Polski.

28 Dunin-Wąsowicz, S. 59.

29 Die politischen Strömungen in Kongresspolen, in: Vorwärts vom 04.09.1914. Siehe auch: Die Haltung der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.12.1914, Nr. 1079.

30 OFB: Die Polen und die deutsche Oeffentlichkeit, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.12.1914, Nr. 1110.

31 So die Einschätzung von Georg Gothein, der sich auf die Mitteilung eines polnischen Reichstagsabgeordneten berief. Georg Gothein: Die Wiederherstellung Polens, in: Königsberger Hartungsche Zeitung vom 17.08.1914, Nr. 382.

32 F.W.: Die Zukunft Polens, in: Frankfurter Zeitung vom 08.10.1914, erstes Morgenblatt; Die Haltung der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.12.1914, Nr. 1079.

33 B.M.: Das russische Polentum und der Krieg, in: Kreuzzeitung vom 28.11.1914, Nr. 576.

wofür die russischen Heere „überall den Polenbesitz zärtlich schonen".[34] Ebenso deutete der Herausgeber der nationalliberalen Zeitschrift *Die Grenzboten*, Georg Cleinow, die Zurückhaltung der Polen als Ausdruck der entschiedenen Loyalität zu Russland, zumindest aber als bloßes Taktieren, sich im Krieg keinesfalls voreilig auf eine Seite festzulegen.[35] Angesichts solcher Äußerungen resümierte die *Kölnische Volkszeitung*, dass die deutsche Presse zu Kriegsbeginn zunächst „entschieden polenfreundlich" gewesen sei, sich nach dem Ausbleiben des Aufstands jedoch enttäuscht gezeigt und in altbekannte negative Beurteilungen der Polen verfallen sei.[36]

Der polnisch-jüdische Publizist Wilhelm Feldman, der im September 1914 im Auftrag des Obersten Polnischen Nationalkomitees nach Berlin entsandt worden war, nahm sich in einem offenen Brief an Cleinow und Harden der deutschen Berichterstattung über Polen an. Er sprach die beiden Publizisten ausdrücklich in ihrer Funktion als „Leiter der öffentlichen Meinung Deutschlands"[37] an, da sie als Herausgeber der politisch-literarischen Zeitschriften *Die Grenzboten* und *Die Zukunft* einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung besaßen. Davon erhoffte er sich vermutlich eine größere Aufmerksamkeit für seine Publikation.

Feldman suchte die Irrtümer und Fehlinterpretationen über Kongresspolen und die dortige Bevölkerung zu korrigieren und die deutsche Öffentlichkeit auf eine positive Erörterung der „polnischen Frage" festzulegen.[38] Denn von einer antipolnischen Debatte in Deutschland würden die Polen abgestoßen, wovon einzig der Kriegsgegner Russland profitiere.[39] Konkret monierte Feldman den „ausschließlich gehässigen und negativen Standpunkt" Cleinows und warf ihm vor, die polnische Bevölkerung Galiziens und Kongresspolens als unzuverlässig und abweisend gegenüber den Mittelmächten darzustellen.[40] Dem hielt er entgegen, dass sich ein großer Teil der Polen gegen Russland erklärt habe, obwohl eine offen antirussische Betätigung in Kongresspolen nicht möglich sei. Ferner beschrieb er ein „unterirdisches Warschau", wo revolutionäre und patriotische Arbeiter und Bürger für die Unabhängigkeit Polens von Russland wirkten.[41] Die antirussische Haltung der Polen sah er in den Polnischen Legionen verkörpert, die zu Kriegsbeginn unter der Führung Józef Piłsudskis eigenmächtig die Kampfhandlungen gegen Russland eröffnet hatten und in die Stadt Kielce in Kongress-

---

34 [Maximilian Harden:] Hört ihr die Toten?, in: Die Zukunft 23 (1914), 4, S. 97-128, hier S. 99.

35 George Cleinow: Die Polen und Rußland, in: Die Grenzboten 73,4 (1914), 41, S. 33-39, hier S. 33 und 39.

36 OFB: Die Polen und die deutsche Oeffentlichkeit, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.12.1914, Nr. 1110.

37 Feldman, Lösung, S. 35.

38 Miś, S. 126 f.

39 Feldman, Lösung, S. 33.

40 Ebenda, S. 20.

41 Ebenda, S. 11 f. und 19 (Zitat). Siehe auch Z. Daszyńska-Golińska: Audiatur et altera pars. Ein Wort zur Polenfrage, in: Polen 1 (1915), 12, S. 312-315.

polen einmarschiert waren, womit sie sich eindeutig auf die Seite der Mittelmächte geschlagen hatten.[42]

An Hardens Artikel beanstandete Feldman zahlreiche Irrtümer zur polnischen Geschichte und dessen strikte Ablehnung der Wiedererrichtung des polnischen Staates mit Blick auf eine mögliche Gefährdung Preußens.[43] Im Gegensatz dazu entwarf Feldman das bedrohliche Bild eines nach Westen expandierenden Russlands, das von „einem unerhörten Haß gegen die Deutschen durchtränkt" sei. Seiner Ansicht nach könne Deutschland dieser Bedrohung nur durch einen starken und geografisch ausgedehnten polnischen Staat als Bündnispartner und Pufferstaat gegen Russland begegnen.[44]

In der Folge suchten polnische Verfasser dem deutschen Publikum die Gründe für die beherrschte Haltung der Polen seit Kriegsbeginn auseinanderzusetzen. Für den polnischen Dichter Stanisław Przybyszewski war die gescheiterte Revolution von 1905 ausschlaggebend, da seit den Vergeltungsmaßnahmen der russischen Staatsmacht in Kongresspolen 40 000 polnische Freiheitskämpfer „vermißt" und das polnische Volk seiner bedeutenden Führer beraubt worden seien. Infolge der Niederschlagung der Revolution seien die Polen „in eine tiefe politische Apathie" verfallen, die sie nicht mehr an den Erfolg einer militärischen Erhebung glauben ließ.[45] Weitere polnische Verfasser sekundierten, dass die Erfolgsaussichten eines Aufstands angesichts der in Kongresspolen aufmarschierten russischen Armeen, der Einberufung vieler Polen in den Heeresdienst und der mangelhaften Ausrüstung sehr gering gewesen seien.[46] Deshalb erhob Przybyszewski die Polnischen Legionen zum Ersatz für den „unsinnige[n] Selbstmord" einer Massenerhebung.[47] Deutlich suchten die polnischen Verfasser in ihren deutschsprachigen Veröffentlichungen die passive Haltung der polnischen Bevölkerung zu Kriegsbeginn zu rechtfertigen und die deutschen Erwartungen zu dämpfen. Zugleich war mit der Erörterung eines polnischen Aufstands in der deutschen Öffentlichkeit eine Debatte über Kongresspolen eröffnet worden, die in der Folgezeit intensiv, kontrovers, mitunter sehr polemisch geführt wurde und bis zum Kriegsende anhalten sollte.

Jenseits der Aufstandshoffnungen, die in der deutschen Öffentlichkeit mit Blick auf die Schwächung des Kriegsgegners Russland geäußert wurden, geriet die Haltung der Polen in den Fokus deutscher Journalisten und Publizisten. Nach Kriegsausbruch beobachteten sie aufmerksam, wie die in Deutschland und Österreich-Ungarn lebenden Polen sich verhielten, ob sie ihren staatsbürgerlichen Pflichten nachkamen und sich persönlich, materiell und finanziell an den Kriegsanstrengungen ihres deutschen bzw.

---

42 Feldman, Lösung, S. 8. – Zu den Legionen Serwatka, S. 35-74.

43 [Maximilian Harden:] Warschau-Antwerpen, in: Die Zukunft 23 (1914), 3, S. 65-96, hier S. 83.

44 Feldman, Lösung, S. 28-32, Zitat S. 32.

45 Stanislaw Przybyszewski: Und der polnische Aufstand?, in: Der Tag vom 02.02.1915, illustrierter Teil. Siehe auch ders., Polen, S. 55-58; Ludwik Kulczycki: Die Haltung Kongress-Polens, in: Polen 1 (1915), 4, S. 89 ff., hier S. 89; Feldman, Lösung, S. 17 f.

46 Sz.: Haben die Polen versagt?, in: Polen 1 (1915), 4, S. 87 f.; Guttry, S. XII. – Aus deutscher Sicht Richard Bahr: Polnische Zukunft, in: Der Tag vom 12.08.1915, illustrierter Teil.

47 Stanislaw Przybyszewski: Und der polnische Aufstand?, in: Der Tag vom 03.02.1915, illustrierter Teil; ders., Polen, S. 82-88.

österreichischen „Vaterlandes“ beteiligten. Besonders in Deutschland bestanden aufgrund der preußischen Polenpolitik und des ausgeprägten polnischen Nationalbewusstseins große Zweifel an der Loyalität der polnischen Bevölkerung. Diese Zweifel wurden jedoch beruhigt, als die preußischen und die galizischen Polen ihren Wehrdienst mit derselben Zuverlässigkeit und Hingabe erfüllten wie die Deutschen und die anderen Nationalitäten in den Armeen der Mittelmächte.[48] Die Prophezeiungen der deutschen Rechten aus der Vorkriegszeit, dass die preußischen Polen sich bei der ersten sich bietenden Gelegenheit gegen die deutsche Herrschaft erheben, vom Reich lossagen und den Anschluss an Kongresspolen suchen würden, wurden dadurch augenfällig widerlegt. Die loyale Haltung der polnischen Bevölkerung Preußens war ein wesentliches Argument für die preußische Staatsregierung, für die Nachkriegszeit eine Revision der Polenpolitik anzukündigen.[49]

Umso schwerwiegender musste der Vorwurf der Spionage und des Hochverrats erscheinen, den Maximilian Harden im Januar 1915 in der *Zukunft* gegen die galizischen Polen erhob:

> „Von den Thaten der Galizischen Legion haben wir weniger gehört als von dem Verrath und der Ausspähung, deren Oesterreichs Heer sich auf seinem Vormarsch und auf seinem Rückzug kaum zu erwehren vermochte; und die Thatsache, daß fast siebenhundert galizische Staatsbeamte, also Polen, der Mitwirkung zu solchem Trachten verdächtigt wurden, müßte Jeden, der nicht blind sein will, lehren, was ist.“[50]

Stanisław Przybyszewski wies die „gehässige[n] Ausfälle gegen die Polen“ empört zurück und beantwortete diese mit einer Lobrede auf die sprichwörtlich unverbrüchliche Treue der Polen.[51] Ebenso wehrte sich der Vorsitzende des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Ladislaus Leopold von Jaworski, in einem offenen Brief gegen die Vorwürfe und suchte die Loyalität der Polen mit den militärischen Taten der Legionen zu belegen. Von Harden forderte er Beweise für die Unterstellung.[52] Dieser reagierte ausweichend, sprach nur noch von unbewiesenen Verdächtigungen, provozierte Jaworski jedoch weiter und erhärtete mit Verweis auf „die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien“ den Verratsvorwurf.[53] Daraufhin warf die von Jaworski herausgegebene Wochenschrift *Polen* Harden vor, durch seine Ausdrucksweise unbewiesene Verdächtigungen als glaubwürdige Tatsache darzustellen und den Eindruck zu erwecken, dass alle Polen potenzielle Verräter seien. Aufgrund seiner Position als

48 Boysen, Minderheiten, S. 113-117; Watson, S. 1142-1151.

49 Siehe weiter unten, Kap. III.4.1.

50 [Maximilian Harden:] Im sechsten Monat, in: Die Zukunft 23 (1915), 90, S. 127-143, hier S. 131.

51 Przybyszewski, Polen, S. 92.

52 Ladislaus Leopold Ritter von Jaworski: An Herrn Maximilian Harden, in: Polen 1 (1915), 7, S. 169 f.

53 [Maximilian Harden:] Quadragesima, in: Die Zukunft 23 (1915), 90, S. 221-246, hier S. 234.

„selbsternannter Hohepriester der öffentlichen Meinung“[54] Deutschlands erlangten seine Verdächtigungen eine große öffentliche Wirkung. Indem Harden die aktuelle politische Lage ignoriere, die eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen möglich erscheinen lasse, stattdessen aber weiter eine „Politik des blinden Hasses“ propagiere, stehe er beispielhaft für viele Unbelehrbare auf deutscher Seite.[55]

Sieht man von Hardens Hochverratsverdacht ab, wurden die Polen öffentlich nur selten der Illoyalität bezichtigt oder als Verräter denunziert. Stattdessen wurden die Vorwürfe versteckt oder unterschwellig vorgebracht, beispielsweise in Andeutungen einer tief verwurzelten Russophilie der polnischen Bevölkerung, die sie für ein Bündnis mit den Mittelmächten ungeeignet erscheinen lasse.[56] Zwar konnte die Wochenschrift *Polen* die Unterstellungen Cleinows, Polen sei wirtschaftlich eng mit Russland verflochten, politisch vom Zarenreich abhängig und geistig vom Panslawismus durchdrungen, als „Ergebnis einer rein dialektische[n] Operation“ ohne reales Fundament beiseite schieben.[57] Allerdings konnten die in der deutschen Öffentlichkeit kursierenden Vorstellungen der polnischen Russophilie dadurch nicht widerlegt werden. Diese seien vor allem der Unwissenheit über die politische Situation in Kongresspolen geschuldet, vermutete Wilhelm Feldman in der imperialistischen Zeitschrift *Das größere Deutschland*:

> „Was weiß ein Durchschnitts-Zeitungsleser vom Kampfe der Geister, der dort öffentlich und noch mehr ‚unterirdisch‘ die Gemüter durchwühlt? Höchstens so viel, daß die dortigen Polen alle insgesamt ‚russenfreundlich‘ gesinnt sind und unter dem Kommando des Chefs der national-demokratischen Partei, Herrn Dmowski, stehen.“[58]

Um der Unwissenheit über Polen zu begegnen, waren die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* bestrebt, „nichtpolnische Leserkreise“[59] mit der – ihrer Ansicht nach – tatsächlichen Haltung der Polen gegenüber Russland bekanntzumachen. In zahlreichen Artikeln suchten polnische Publizisten, Intellektuelle und Politiker, die vornehmlich aus Österreich-Ungarn stammten und dem Obersten Nationalkomitee angehörten

---

54 Für Harden-Apostata und die anderen, in: Polen 1 (1915), 11, S. 286-289, hier S. 287.

55 Ebenda, S. 288. – Hardens Unterstellung führte zu einer Anfrage des galizischen „Statthaltereipräsidiums“ an die nachgeordneten Behörden, die ergeben habe, dass nur vereinzelt gegen galizische Beamte polnischer Nationalität Ermittlungen aufgenommen und zum Teil wieder eingestellt worden waren. Die Verleumdung der polnischen Staatsbeamten, in: Polen 1 (1915), 12, S. 298 ff.

56 Siehe beispielsweise: Vorbemerkung der Redaktion zu: W. Feldman: Die polnische Frage, in: Das größere Deutschland 1 (1914), 36, S. 1094-1106, hier S. 1094; Die Polenfrage, in: Deutsche Tageszeitung vom 17.09.1915, Nr. 471; Leonhard, Soziologie, S. 23.

57 Ein Orientierungsfehler, in: Polen 1 (1915), 3, S. 59 ff., hier S. 60. Die Wochenschrift bezog sich auf George Cleinow: Die Zukunft Polens, in: Die neue Rundschau 26 (1915), 1, S. 105-117, hier S. 116.

58 W. Feldman: Die politischen Zustände im Königreich Polen, in: Das größere Deutschland 2 (1915), 33, S. 1069-1077, hier S. 1069.

59 Konstantin Ritter von Srokowski: Polen und Rußland, in: Polen 1 (1915), 1, S. 4 ff., hier S. 4.

oder nahestanden, den Verdacht der polnischen Russophilie zu entkräften. Auf der Grundlage von mittelalterlichen Antemurale-Vorstellungen und dem Selbstverständnis Polens als „Vormauer des Christentums“ gegen Orthodoxie und Islam entwarfen sie einen tiefen polnisch-russischen Antagonismus im kulturellen, politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Leben.[60]

Als Prämisse diente ihnen die Behauptung eines unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen der russischen und der polnischen „Zivilisation“. Ein von den westlichen Ideen des Humanismus und der Individualität beeinflusstes, auf römischer Kultur und katholischem Glauben beruhendes Polen stehe dem orientalischen, von der orthodoxen Kirche geprägten und politisch autokratischen Russland gegenüber. Eine tiefe Fremdheit und das gegenseitige Nichtverstehen der Polen und Russen seien die Folge dieser Dichotomie. Als die geografisch am weitesten vorgeschobenen Vertreter ihrer jeweiligen Zivilisationen würden beide Völker stellvertretend den Kampf zwischen Abendland und Orient ausfechten. Das verträgliche Zusammenleben in einem Staate sei daher ebenso unmöglich wie das konfliktfreie Verhältnis eines zu errichtenden polnischen Staates mit Russland.[61] So berief sich der ehemalige polnische Abgeordnete der russischen Duma, Michał Łempicki, in einem Interview mit dem *Fränkischen Kurier* auf Polens „traditionelle Abneigung gegen den mongolisch-byzantinischen Imperialismus“, die eine russische Orientierung verhindere: „Die polnische Kultur und nationale Ideologie basieren auf römisch-westeuropäischen Ideen, Rußland sei der Verkörperer des Mongolo-Byzantinismus, – zwei Gegensätze, die sich niemals würden überbrücken lassen“, paraphrasierte das Blatt Łempicki.[62]

Mit dem Schlagwort vom „Erbfeind Polens“[63] suchten die polnischen Verfasser die historische Dimension des polnisch-russischen Antagonismus zu illustrieren. Diese Feindschaft sei in den bewaffneten Konflikten seit dem Mittelalter, insbesondere in den polnischen Aufständen gegen die russische Herrschaft im 19. Jahrhundert augenfällig belegt worden.[64] Die ständigen Auseinandersetzungen mit den Großmächten des Ostens hätten in Polen nicht nur ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Westen geschaffen, sondern auch das „negative Verhältnis“ zu Russland zu einem unumstöß-

---

[60] Ludwik Morstin: Polen und Rußland. Zwei Nationen – zwei Ideen des Slaventums, in: Polen 1 (1915), 32, S. 125-129, hier S. 127; A. Brückner: Was war Polens historische Mission?, in: Polnische Blätter 2 (1916), 18, S. 261-267, hier S. 262 f. – Siehe hierzu Tazbir, S. 134 f.; Hein-Kircher, S. 133-138.

[61] Stanisław Kutrzeba: Gegensätze und Quellen der polnischen und der russischen Kultur, in: Polen 1 (1915), 9, S. 226-231, insb. S. 228 ff.; Konstantin Ritter von Srokowski: Polen und Rußland, in: Polen 1 (1915), 2, S. 38-42, hier S. 39-42.

[62] Eine Unterredung mit dem russischen Staatsrat v. Lempicki, in: Fränkischer Kurier vom 26.07.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 187 f.

[63] Das neue Europa, in: Polnische Blätter 1 (1915), 1, S. 1-6, hier S. 2; Władysław Leopold von Jaworski: Deutsche und Polen, in: Polnische Blätter 1 (1915), 6, S. 169 ff., hier S. 169; Advocatus diaboli (Glossen zu Ssasonows Dumarede), in: Polnische Blätter 2 (1916), 16, S. 193-198, hier S. 196.

[64] L.L. von Jaworski: Der gegenwärtige Krieg und die polnische Frage, in: Polen 1 (1915), 32, S. 121-125, hier S. 121.

lichen „Dogma der polnischen Politik" gemacht.[65] Obwohl Polen versucht habe, den Westen von der „russischen Gefahr" zu überzeugen, sei es ignoriert und durch die Teilungen im 18. Jahrhundert seiner Funktion als „Schutzwall Europas" beraubt worden.[66] Mit solchen Deutungen suchten die polnischen Verfasser eine historische Kontinuität eines Jahrhunderte währenden polnisch-russischen Konflikts bis hin zum Weltkrieg zu konstruieren und zugleich die Kampfhandlungen der Polnischen Legionen gegen Russland zu legitimieren.

Ferner postulierten sie einen unüberbrückbaren politischen Gegensatz zwischen dem angeblich unstillbaren Imperialismus Russlands und dem idealistischen, freiheitsliebenden Polen.[67] Daran anknüpfend formulierten die polnischen Verfasser eine deutliche Absage an die Ideologie des Panslawismus und widersprachen der Annahme einer einheitlichen slawischen Rasse. Hinter dem ideologischen Schleier des Panslawismus vermuteten sie den russischen Machtanspruch über die slawischen Völker und den Expansionsdrang Russlands nach Westen.[68] Im Gegensatz dazu bekräftigten sie den polnischen Führungsanspruch über die slawischen Nationen, da sich Polen – im Gegensatz zum „mongolisch-tatarischen Geist" Russlands – seine slawische Besonderheit bewahrt und überdies die westliche Kultur angeeignet habe. Die polnisch-russische Auseinandersetzung um die Idee des Slawentums müsse daher zugunsten Polens mit der Zurückdrängung Russlands aus Europa entschieden werden.[69]

Das zeitweilige Nachgeben gegenüber den panslawistischen Verlockungen in der Vorkriegszeit erklärten die polnischen Verfasser damit, dass die polnische Bevölkerung Kongresspolens nur „scheinbar russophil" gewesen sei, um möglichst günstige Lebensbedingungen unter der russischen Herrschaft zu erzielen.[70] Seit Kriegsbeginn seien nur noch kleine Fraktionen wie die geschwächten Nationaldemokraten oder die Realistenpartei als russophil einzuschätzen, die im Zuge der Eroberung Kongresspolens durch die Mittelmächte fast vollständig verschwunden seien.[71] Als Indikator für die antirussische Haltung der polnischen Bevölkerung wurden der Enthusiasmus für die Polnischen

---

65 Konstantin Ritter von Srokowski: Polen und Rußland, in: Polen 1 (1915), 1, S. 4 ff., hier S. 4.

66 H.: Die Wahrheit als Sieger, in: Polen 1 (1915), 41, S. 34 ff., hier S. 34 f.

67 Stanisław Kutrzeba: Gegensätze und Quellen der polnischen und der russischen Kultur, in: Polen 1 (1915), 9, S. 226-231, hier S. 226 f.; L. L. von Jaworski: Der gegenwärtige Krieg und die polnische Frage, in: Polen 1 (1915), 32, S. 121-125, hier S. 124; H.: Die Wahrheit als Sieger, in: Polen 1 (1915), 41, S. 34 ff., hier S. 35; Das Wesen des polnisch-russischen Gegensatzes, in: Polnische Blätter 2 (1916), 19, S. 1-5, hier S. 4 f.

68 Exemplarisch Andrzej Boleski: Der Panslawismus und die polnische Frage, in: Polen 2 (1916), 96, S. 77-80, hier S. 77. Vgl. Bachmann, S. 79 f.

69 Ludwik Morstin: Polen und Rußland. Zwei Nationen – zwei Ideen des Slaventums, in: Polen 1 (1915), Nr. 32, S. 125-129; Nr. 33, S. 178 ff., hier S. 126 ff. (Zitat S. 126) und S. 180.

70 J. Jastrow: Provinzial, National, International, in: Polnische Blätter 1 (1915), 8, S. 236-243, hier S. 241; A. v. Guttry: Die Polen als Vorkämpfer der slavischen Freiheit, in: Internationale Rundschau 1 (1915), S. 361-369, hier S. 362 f.; Drucki-Lubecki, S. 483. – Zum polnischen Neoslawismus der Vorkriegszeit Krzoska, S. 80-84.

71 Ludwik Kulczycki: Die Haltung Kongress-Polens, in: Polen 1 (1915), 4, S. 89 ff.; W. Jodko: Sind die Polen gespalten?, in: Polnische Blätter 1 (1915), 5, S. 149 ff., hier S. 151.

Legionen und die Bereitschaft angeführt, sich freiwillig zu den Legionen zu melden oder Geld und Lebensmittel zu spenden.[72] Selbst unter den polnischen Industriellen habe die „Russophilie" abgenommen, da diese erkannt hätten, dass das russische „Bestechungssystem" schädlich für die Entwicklung der Industrie gewesen sei.[73] Ergänzend zu den zahlreichen Artikeln aus polnischer Feder druckten die *Polnischen Blätter* die Reisebeobachtungen eines deutschen Journalisten aus dem *Berliner Tageblatt* nach, der die antirussische Haltung des polnischen Adels bestätigte.[74] Offenbar schrieben sie der Einschätzung eines deutschen Beobachters eine bedeutende Aussagekraft für die Widerlegung der polnischen Russophilie zu.

Das Ziel der polnischen Verfasser bestand darin, Polen als Feind Russlands zu etablieren und die Befreiung des Landes durch die Mittelmächte zu legitimieren. Da die polnische Bevölkerung bis zur Proklamation des Königreiches Polen im November 1916 keine rechtmäßige außenpolitische Vertretung besaß, suchten die polnischen Verfasser diese Rolle publizistisch wahrzunehmen. Deutlich erhob Łempicki diesen Anspruch, als er das in russischen Regierungskreisen erörterte Projekt der Autonomie eines wiedervereinten Polens innerhalb der Grenzen Russlands unmissverständlich verwarf: Die „russischen Lockungen" würden lediglich die Eroberungssucht Russlands kaschieren und stünden in der Kontinuität des jahrhundertelangen russischen Strebens nach der „Vernichtung des polnischen Staates".[75] Mit ähnlich klaren Worten empörten sich die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* über den russischen Außenminister Sergei Sasonow, der in einer Dumarede im Februar 1916 die Befreiung der polnischen „Schwesternation" und deren Autonomie versprochen hatte. Diese Zusicherung widerspreche der erduldeten gewaltsamen Unterdrückung in Kongresspolen, die für die Polen die stärkste Motivation zum Kampf gegen den „russischen Erbfeind" gebildet und zugleich die Hoffnung auf Wiedererrichtung eines polnischen Staates an der Seite der Mittelmächte geschürt habe.[76]

---

[72] Wł. Buzek: Die Haltung der polnischen Bauern, in: Polnische Blätter 1 (1915), 9, S. 278-283; Tadeusz Starzewski: Die Opferwilligkeit Galiziens für die Legionen, in: Polen 2 (1916), 61, S. 227 ff.

[73] Eine Unterredung mit dem russischen Staatsrat v. Lempicki, in: Fränkischer Kurier vom 26.07.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 187 f.

[74] Edgar v. Schmidt-Paul: In polnischen Schlössern. Eine politische Skizze, in: Polnische Blätter 1 (1915), 9, S. 273-278, nachgedruckt aus: Berliner Tageblatt vom 09.12.1915, Nr. 628.

[75] Michał Łempicki: Risum teneatis, amici!, in: Polen 2 (1916), 63, S. 282 ff., hier S. 282 f., nachgedruckt in: Polnische Blätter 2 (1916), 15, S. 165-169. Erstmals erschienen in polnischer Sprache in der Warschauer Zeitung *Kurjer Polski* [Polnischer Kurier]. Łempicki bezog sich auf einen Artikel der russischen Zeitung *Nowoje Wremja* [Neue Zeit].

[76] Advocatus diaboli (Glossen zu Ssasonows Dumarede), in: Polnische Blätter 2 (1916), 16, S. 193-198, hier S. 193 f. und 196; Real-Politik und Trug-Politik, in: Polen 2 (1916), 62, S. 249 ff., hier S. 250. – Für die ablehnende Haltung der polnischen Presse Warschaus gegenüber Sasonows Versprechen Jul. Bachem: Laß nicht vom Russen dich umgarnen!, in: Der Tag vom 09.03.1916, illustrierter Teil; Russland und die Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.03.1916, Nr. 202.

Es verwundert nicht, dass die polnischen Publizisten und Politiker, die sich in deutscher Sprache an ein deutsches Publikum wandten, sich dem deutschen antirussischen Diskurs anpassten und diesen um eine polnische Komponente erweiterten.[77] Die scharf gezeichnete polnisch-russische Dichotomie und die entschiedene Absage an die russischen Autonomieversprechen ließen die Polen – jenseits der Kämpfe polnischer Soldaten und Truppenverbände – auch rhetorisch am Kampf der Mittelmächte gegen Russland teilhaben. Dabei gaben die polnischen Verfasser vor, für die gesamte polnische Bevölkerung aller drei Teilungsgebiete zu sprechen, obwohl sie lediglich ihre eigenen politischen Auffassungen kundtaten. Somit stellten ihre Artikel vor allem Loyalitätserklärungen an die Mittelmächte dar.

Fraglich ist jedoch, ob den deutschen Rezipienten die fehlende Repräsentativität bewusst war, oder ob diese großzügig darüber hinwegsahen. Da die Mittelmächte im Krieg jeden Verbündeten gebrauchen konnten, bedeutete die potenzielle Frontstellung der polnischen Bevölkerung gegen Russland eine willkommene Schwächung des Kriegsgegners, auch wenn diese vorerst nur propagandistische Wirkung besaß. Entsprechend wurden die Beteuerungen des polnisch-russischen Antagonismus und die Absage an den Panslawismus in der deutschen Presse aufgegriffen und begrüßt.[78] Doch während Zentrums- und linksliberale Blätter den polnischen Argumenten bereitwillig folgten und auf die zunehmende „russenfeindliche Stimmung" unter den Polen hinwiesen[79], beharrten vor allem konservative Zeitungen darauf, dass auch weiterhin eine starke russophile Strömung in der polnischen Bevölkerung vorherrsche.[80] Auf der Grundlage einer materialistischen Lesart verwarf hingegen der sozialdemokratische *Vorwärts* die Beteuerungen eines historisch geprägten polnisch-russischen Antagonismus und erhob die unterschiedlichen Klasseninteressen zum wichtigsten Entscheidungskriterium der Polen.[81] Gleichwohl schien die polnische antirussische Haltung aus Sicht der deutschen Presse für den Kriegsausgang vorerst nicht relevant zu sein.

1.2 Polnische Offerten und deutsche Bedingungen: Öffentliche Erörterung einer Verständigungspolitik

Die von polnischer Seite entschlossen vorgetragene Behauptung, dass sich die Mehrheit der Polen von der russischen Herrschaft abgewendet habe, enthielt implizit bereits die Hinwendung zu den Mittelmächten. Der Kriegsverlauf bestärkte diese Tendenz.

[77] Zum deutschen antirussischen Diskurs während des Krieges Paddock, S. 185-210; Lindemann, S. 199-251.

[78] Nötzel, S. 9-12; J. Reinke: Die Überwindung des Panslawismus, in: Der Tag vom 06.06.1916, illustrierter Teil; Hoetzsch, Zusammenbruch, S. 89 f.

[79] Das neue „Polen links der Weichsel", in: Posener Neueste Nachrichten vom 03.07.1915, Nr. 4899 (Zitat); Axel Schmidt: Die russische Orientierung in Polen, in: Weser-Zeitung vom 20.11.1915, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 18 f.; Der Charakter des Panslawismus, in: Germania vom 14.05.1916, Nr. 224.

[80] Polen und Russen, in: Die Post vom 08.02.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 81; Des Zaren Polenfang, in: Die Post vom 21.07.1916, Nr. 369; Das Programm der russophilen Polen, in: Kreuzzeitung vom 12.08.1916, Nr. 409.

[81] Die politischen Strömungen in Kongresspolen, in: Vorwärts vom 04.09.1914.

Das weite Vordringen der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nach Osten und die Einnahme Warschaus im August 1915 führten zum ersten Höhepunkt in der Berichterstattung über Polen während des Krieges und gaben den Befürwortern einer deutsch-polnischen Verständigung gewaltigen Auftrieb in der öffentlichen Debatte. Aus Sicht der deutschen und österreichischen Presse bestätigte die Besetzung Warschaus die militärische Überlegenheit der Mittelmächte gegenüber den russischen Truppen augenfällig.[82] Darüber hinaus deutete sie die Einnahme der Hauptstadt Kongresspolens auch propagandistisch als Wiedergewinnung Warschaus durch das Abendland und „*Sieg westlicher Kultur über östliches Barbarentum*".[83]

Anstatt der erwarteten Kundgebung der Mittelmächte über die Zukunft des besetzten Landes erfolgten jedoch lediglich von russischer und polnischer Seite öffentliche Stellungnahmen. Der russische Ministerpräsident Iwan Goremykin versprach Kongresspolen die Autonomie innerhalb Russlands, was von der deutschen Presse jedoch als bedeutungslos eingeschätzt wurde, da die Initiative für die zukünftige politische Gestaltung Polens nun bei den Mittelmächten liege.[84] Für größeres Aufsehen sorgten die Aufrufe für die „Wiederauferstehung des polnischen Staates" in Anlehnung an die Mittelmächte, die vom Polenklub in Wien als parlamentarische Vertretung der österreichischen Polen und vom Obersten Polnischen Nationalkomitee in Krakau erlassen wurden.[85] Damit machten die beiden Organisationen deutlich, an welcher Zielsetzung sich die Diskussion und die Planungen über die Zukunft Polens zu orientieren hätten. Deutsche rechte Blätter äußerten jedoch Vorbehalte gegenüber den Kundgebungen und räumten dem militärischen Sicherheitsbedürfnis der Mittelmächte Vorrang vor einer territorialen Neuordnung der polnischen Gebiete ein.[86] Hingegen betonte das regierungsnahe Wiener *Fremdenblatt* die engen historischen Beziehungen zwischen der habsburgischen Monarchie und Polen.[87] Da die österreichische Regierung den Anschluss Kongresspolens an Österreich-Ungarn bis dahin öffentlich nicht verfochten

---

82 Für eine ausführliche Presseschau: Die Befreiung Warschaus. Stimmen der Presse, in: Polen 1 (1915), 33, S. 160-173. Dabei fällt auf, dass österreichische Zeitungen auch Artikel zur polnischen Geschichte, Kultur und Wirtschaft abdruckten, während die deutsche Presse sich auf die militärischen Ereignisse und die politische Bedeutung der Einnahme Warschaus konzentrierte.

83 Wieder in Europa, in: Wiener Allgemeine Zeitung vom 06.08.1915, zitiert nach: Die Befreiung Warschaus. Stimmen der Presse, in: Polen 1 (1915), 33, S. 168 (Hervorhebung im Original gesperrt).

84 Goremykins Polenbotschaft, in: Posener Neueste Nachrichten vom 04.08.1915, Nr. 4926; Die russischen Versprechungen an Polen, in: Vossische Zeitung vom 07.08.1915, Nr. 399; Eine polnische Verfassung post festum!, in: Germania vom 26.08.1915, Nr. 392.

85 Suleja, Orientacja, S. 146 f. Die Aufrufe sind in deutscher Sprache abgedruckt bei Ladislaus Leopold von Jaworski: Aufruf des Obersten Polnischen National-Komitees, in: Polen 1 (1915), 33, S. 153 ff.

86 Polnische Phantasien, in: Die Post vom 12.08.1915, Nr. 406; Zur polnischen Frage, in: Posener Tageblatt vom 17.08.1915, Nr. 381.

87 Wien, 7. August, in: Fremdenblatt vom 07.08.1915, Morgenausgabe. Im gleichen Sinne: Freudentage der Polen, in: Reichspost vom 07.08.1915, Nr. 369.

hatte, kann dies als vorsichtige publizistische Vorbereitung eines solchen Vorhabens gedeutet werden.[88]

Deutsche Zeitungen registrierten aufmerksam, dass die Bewohner Warschaus die einziehenden deutschen Truppen freundlich begrüßt hatten.[89] In einer von deutschen und österreichischen Blättern nachgedruckten Mitteilung war von einem „geradezu rauschartige[n] Freudezustand“ bei der polnischen Bevölkerung die Rede.[90] Wilhelm Feldman deutete dies als sichtbaren Beleg für den Stimmungsumschwung zugunsten der Deutschen, den er auf die militärische Überlegenheit der deutschen Truppen und auf die Verwüstungen der russischen Heere bei ihrem Rückzug zurückführte. Auch versäumte er nicht, auf das brachliegende militärische Potenzial Kongresspolens und die in Warschau verbliebenen wehrfähigen polnischen Männer hinzuweisen.[91] In einer Zuschrift an die *Frankfurter Zeitung* bedauerte Ladislaus Leopold von Jaworski, dass die Polnischen Legionen nicht an der Einnahme Warschaus beteiligt gewesen seien. Deren Einzug in die Stadt wäre von der polnischen Bevölkerung als „weithin sichtbares Symbol besserer Zukunft“ aufgefasst worden.[92] Damit deutete er an, dass über die militärische Besetzung des Landes hinaus die Abtrennung Polens von Russland wünschenswert sei.

Im Zuge der Einnahme Warschaus meldeten sich im Sommer 1915 konservative preußische Polen, zumeist adlige Grundbesitzer, öffentlich zu Wort und suchten die militärischen Erfolge der Mittelmächte in eine deutsch-polnische Verständigungspolitik zu übersetzen. Angesichts der als dauerhaft erachteten deutsch-russischen Feindschaft und der Aussicht auf eine staatsrechtliche Umgestaltung Kongresspolens hofften sie, dass sich das deutsch-polnische Verhältnis normalisieren und die antipolnischen Ausnahmegesetze in Deutschland beseitigt würden. Denn seit der Reichskanzlerschaft Otto von Bismarcks war die politische Formel gültig gewesen, dass eine repressive innere Polenpolitik und positive diplomatische Beziehungen zu Russland einander bedingten,

---

88 Die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* fand es beachtenswert, dass der Aufruf des Obersten Polnischen Nationalkomitees für die „Vereinigung des ungeteilten Königreiches mit dem ungeteilten Galizien“ mit Erlaubnis der österreichischen Zensurbehörden erschienen war. Eine Kundgebung des Obersten Polnischen Nationalausschusses, in: Kölnische Zeitung vom 14.08.1915, Nr. 822.

89 Der Einzug in Warschau, in: Frankfurter Zeitung vom 12.08.1915, Abendblatt; Der Einzug der Deutschen in Warschau, in: Kreuzzeitung vom 14.08.1915, Nr. 412; Rolf Brandt: Warschauer Einzugstage, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.08.1915, Nr. 665; Ludwig Ganghofer: Der Einzug in Warschau, in: Posener Tageblatt vom 01.09.1915, Nr. 408.

90 Exemplarisch: Der Einzug in Warschau, in: Deutsche Tageszeitung vom 07.08.1915, Nr. 394; Der Einzug in Warschau. Jubelnder Empfang durch die Bevölkerung, in: Reichspost vom 07.08.1915, Nr. 370.

91 Wilhelm Feldmann [sic!]: In Warschau, in: Berliner Tageblatt vom 11.08.1915, Nr. 407. – Für die Wahrnehmung eines Stimmungsumschwungs der Polen siehe auch: Die Polen und Rußland, in: Frankfurter Zeitung vom 12.09.1915, erstes Morgenblatt; Zur polnischen Frage, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.09.1915, Nr. 757.

92 Polens Befreiung und die Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 27.08.1915, zweites Morgenblatt.

die Polenpolitik sozusagen einen „Spezialfall der deutschen Russenpolitik“ bildete.[93] Doch durch den Krieg gegen Russland wurde der außenpolitische Zwang der staatlichen Diskriminierung der preußischen Polen hinfällig.

Mit den polnischen Konservativen ergriff diejenige politische Kraft die Initiative in der Debatte, die bereits in der Vorkriegszeit öffentlich gegen die preußische Polenpolitik und für ein konfliktfreies Zusammenleben der Deutschen und Polen eingetreten war. Da die Konservativen in den nationaldemokratisch dominierten Polnischen Fraktionen des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses in der Minderheit waren und ihre politischen Ansichten aufgrund des Fraktionszwanges nicht auf der parlamentarischen Bühne vortragen konnten, suchten sie ihr machtpolitisches Defizit zu umgehen: Zum einen platzierten sie ihre Auffassungen in überregionalen deutschen Zeitungen, die eine große öffentliche Aufmerksamkeit garantierten, zum anderen bedienten sie sich der traditionellen medialen Form politischer Außenseiter und publizierten Broschüren, die zugleich als Denkschriften versandt werden konnten.

„Zur deutsch-polnischen Verständigung“ war ein Artikel in der *Germania* überschrieben, in dem der Posener Rittergutsbesitzer Józef von Zychlinski die Versöhnungspolitik der Ära Caprivi würdigte und nach deren Vorbild für eine „ehrliche, aufrichtige, dauernde deutsch-polnische Verständigung“ eintrat. Als Voraussetzung forderte er von den preußischen Polen die Loyalität gegenüber dem König Preußens und die Anerkennung der dauerhaften Zugehörigkeit der früheren polnischen Landesteile zum Deutschen Reich. Im Gegenzug habe die preußische Staatsregierung die antipolnischen Ausnahmegesetze aufzuheben, die staatsrechtliche Gleichstellung der Polen zu garantieren und die Pflege des polnischen Nationalbewusstseins zu ermöglichen.[94]

Gleichermaßen argumentierten andere polnische Konservative, die für ein friedliches Zusammenleben im preußischen Staat auf der Grundlage beiderseitigen Entgegenkommens warben. Vor allem empfahlen sie sich als Träger einer Versöhnungspolitik und verlässliche politische Partner der preußischen Staatsregierung. Deutlich vertrat Olgierd Czartoryski in seiner Broschüre *Müssen Deutsche und Polen sich immer befehden?* den Führungsanspruch unter den in Deutschland lebenden Polen gegenüber den meinungsführenden Nationaldemokraten. Czartoryski zeigte sich sicher, dass die Verständigungsbereitschaft der Konservativen und das vorbehaltlose Bekenntnis der Polen zum preußischen Staat die Staatsregierung zur Aufgabe der repressiven Polenpolitik bewegen werde.[95]

Für öffentliches Aufsehen sorgte überdies die Auseinandersetzung des deutschfreundlichen polnischen Publizisten Adam Napieralski mit dem nationaldemokrati-

---

93 J. Hashagen: Polenfrage und äußere Politik, in: Die Hilfe 21 (1915), 17, S. 266 ff., Zitat S. 267. Siehe hierzu Zernack, Negative Polenpolitik, S. 241.

94 v. Zychlinski: Zur deutsch-polnischen Verständigung, in: Germania vom 31.07.1915, Nr. 348. Zustimmend: Zur deutsch-polnischen Verständigung, in: Kölnische Volkszeitung vom 03.08.1915, Nr. 626.

95 Czartoryski, S. 15 ff. und 20-24. – Mit ähnlichem Tenor Johannes Szoldrski: Noch einiges zur polnischen Frage, in: Der Tag vom 04.09.1915, illustrierter Teil; Kapitza: Ein Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung, in: Germania vom 23.09.1915, Nr. 440, vom 24.09.1915, Nr. 441.

schen *Kurjer Poznański* (Posener Kurier). In einem programmatischen Artikel in der polnischen Zeitung *Katolik* (Der Katholik) und in anderen oberschlesischen Zeitungen plädierte Napieralski emphatisch für eine deutsch-polnische Verständigungspolitik. Die preußischen Polen müssten ihre Verständigungsbereitschaft deutlich bekunden und die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützen, um die Aussicht auf die staatsbürgerliche Gleichbehandlung und auf eine günstige politische Lösung für das besetzte Kongresspolen zu verbessern.[96] Ebenso sprach sich der Wirtschaftspolitiker Jackowski in einer Zuschrift an die polnische Posener Zeitung *Goniec Wielkopolski* (Der großpolnische Bote) für die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen sowie die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates aus.[97]

Indem deutsche Zentrums- und linksliberale Blätter die Ausführungen Napieralskis und Jackowskis in deutscher Übersetzung wiedergaben, illustrierten sie der deutschen Leserschaft die Verständigungsbereitschaft der preußischen Polen.[98] Das positive Echo auf die Artikel in der polnischen Presse werteten sie als Beleg für die breite Zustimmung in der polnischen Bevölkerung.[99] Der Publizist und Zentrumspolitiker Julius Bachem knüpfte an die öffentlichen Appelle für eine deutsch-polnische Verständigung die Hoffnung, dass die radikalen „Phantasten" und „Reiter auf dem Regenbogen" ihren politischen Einfluss auf die polnische Bevölkerung verlieren würden.[100] Bachem zufolge suchten die polnischen Konservativen in der Auseinandersetzung mit der Nationaldemokratie die Meinungsführerschaft zurückzuerlangen und sich zugleich der Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit zu versichern.[101] Ferner unterstrich der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger in einer Denkschrift an den Reichskanzler die Loyalität der polnischen Bevölkerungsmehrheit mit den Konservativen und ersuchte Bethmann Hollweg, diese politische Gruppe gegenüber den Nationaldemokraten zu stärken.[102]

---

[96] Nasza postawa podczas wojny [Unsere Haltung im Krieg], in: Katolik vom 15.07.1915. – Napieralski war bereits 1914 mit einem prodeutschen Programm auf der Grundlage einer deutsch-polnischen Verständigung hervorgetreten. Figowa, S. 200 ff.; Bjork, S. 178 ff.

[97] Dążności Ugodowe [Streben nach Versöhnung], in: Goniec Wielkopolski vom 13.08.1915. – Der Herausgeber u.a. der auflagenstarken westpreußischen *Gazeta Grudziądzka* [Graudenzer Zeitung], Wiktor Kulerski, trat ebenfalls für eine deutsch-polnische Verständigung ein, war aber in der deutschen Öffentlichkeit weniger präsent. Trzeciakowski, Niemcy, S. 43 f.

[98] Eine bedeutungsvolle Kundgebung aus dem preußisch-polnischen Lager, in: Kölnische Volkszeitung vom 02.08.1915, Nr. 624; Jul. Bachem: Der gegenwärtige Stand der polnischen Frage, in: Der Tag vom 12.08.1915, illustrierter Teil; Preußen und die Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 15.08.1915, Nr. 663; Zur polnischen Frage, in: Posener Zeitung vom 18.08.1915, erstes Blatt; Preußen und die Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 19.08.1915, zweite Ausgabe.

[99] Zur polnischen Frage, in: Germania vom 15.08.1915, Nr. 373; Deutsche und Polen gegen Rußland, in: Germania vom 24.08.1915, Nr. 387; Ignaz Jezower: Die Polen in Preußen. Eine Stimme für die Neuorientierung, in: Vossische Zeitung vom 07.08.1915, Nr. 399.

[100] Jul. Bachem: Das Echo der Napieralskischen Kundgebung, in: Der Tag vom 28.08.1915, illustrierter Teil.

[101] Ders.: Der gegenwärtige Stand der polnischen Frage, in: Der Tag vom 12.08.1915, illustrierter Teil.

[102] Kotowski, Staatsräson, S. 177 f.

Tatsächlich förderte die preußische Staatsregierung die polnischen Konservativen in ihrem öffentlichen Eintreten für eine Verständigungspolitik finanziell und wies die Zensurbehörden an, die Angriffe der Nationaldemokraten gegen diese zu unterbinden. Vor allem wegen der in deutschen Heeren kämpfenden preußischen Polen war die Staatsregierung nicht an einem Aufflammen des Nationalitätenkonflikts während des Krieges interessiert.[103] Doch die Konservativen besaßen nur geringen Rückhalt in der polnischen Bevölkerung, die den Deutschen mehrheitlich reserviert gegenüberstand.[104] Ihre Appelle blieben daher ohne großen Einfluss auf die Haltung der preußischen Polen, vielmehr stürzte die deutschfreundliche polnische Presse wegen sinkender Verkaufszahlen in eine tiefe Krise.[105]

Während die polnischen Konservativen ihre Position nachdrücklich in der deutschen Öffentlichkeit vertraten, sahen die Nationaldemokraten keine Veranlassung, dem deutschen Publikum ihre Zurückhaltung mitzuteilen. Somit war es Ersteren ein Leichtes, sich öffentlich als Fürsprecher einer deutsch-polnischen Verständigung zu etablieren und als Vertreter der preußischen Polen, mithin der gesamten polnischen Bevölkerung der drei Teilungsgebiete zu präsentieren.[106] Waren sie in der Vorkriegszeit noch in Reaktion auf die Verschärfung der preußischen Polenpolitik und in negativer Abgrenzung zu den deutschen „Hakatisten" und polnischen „Radikalen" aufgetreten, trat das defensive Moment während des Krieges in den Hintergrund. Stattdessen propagierten sie ihre Vorstellungen einer Normalisierung im deutsch-polnischen Verhältnis nun selbstbewusst und empfahlen sich als positive politische Kraft in Preußen.

Bis zum Herbst 1915 waren die Beteuerungen des polnisch-russischen Antagonismus und die Plädoyers für eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen vor allem von polnischer Seite vorgetragen worden. Erst als Wilhelm Feldman für die ersten Ausgaben der *Polnischen Blätter* unter namhaften deutschen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eine Umfrage über die Möglichkeit und den Weg zur Verwirklichung einer solchen Verständigungspolitik durchführte, wurde ein Meinungsaustausch zwischen Deutschen und Polen initiiert. In unregelmäßiger Folge druckten die *Polnischen Blätter* die Zuschriften und Gedankenskizzen ab.[107] Da Feldman sich vornehmlich an Personen gewandt hatte, deren Auffassung Gewicht in der Debatte über die „polnische

---

103 LEMKE, Allianz, S. 209; RAJCH, Zensurpolitik, S. 60.

104 TRZECIAKOWSKI, Niemcy, S. 43 f. – Vor allem deutsche rechte Blätter äußerten Zweifel am Rückhalt der polnischen Konservativen in der Bevölkerung. Die Polenfrage, in: Deutsche Tageszeitung vom 09.09.1915, Nr. 456; L. RASCHDAU: Die polnische Frage, in: Der Tag vom 09.09.1915, illustrierter Teil; Das Echo im polnischen Lager, in: Kreuzzeitung vom 09.09.1915, GStA I. HA, Rep. 90A, Nr. 3748, Bl. 186. Vgl. WILKIEWICZ, S. 365.

105 KOTOWSKI, Staatsräson, S. 179; TRZECIAKOWSKI, Niemcy, S. 52.

106 So etwa KWILECKI, S. 57 f.; CZARTORYSKI, S. 15 ff. und 23.

107 GUSTAV SCHMOLLER: Deutsche und Polen, in: Polnische Blätter 1 (1915), 3, S. 76-79; FR. NAUMANN: Wir und die Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 10, S. 1-6, nachgedruckt in: Die Hilfe 22 (1916), 2, S. 25 f.; FERDINAND TÖNNIES: Deutschland und Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 21, S. 81-87; A. HILLEBRANDT: Polen und Deutschland, in: Polnische Blätter 2 (1916), 22, S. 107-112; RUDOLF EUCKEN: Polnisches und deutsches Geistesleben, in: Polnische Blätter 2 (1916), 32, S. 100-103.

Frage“ besaß, wurde auch seiner Zeitschrift eine größere Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit zuteil.

Die Personen, die auf Feldmans Anfrage antworteten, vertraten ausnahmslos die Auffassung, dass eine Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen sowie die Wiedererrichtung eines polnischen Staates notwendig und wünschenswert seien. Waren die Ausführungen über die politische und geografische Gestalt Polens recht unbestimmt, herrschte Einigkeit darüber, dass eine wirtschaftliche, politische und militärische Kooperation für beide Seiten vorteilhaft sei. Dabei wurde in aller Regel die Führungsrolle Deutschlands postuliert. Überdies formulierten die Verfasser grundlegende Bedingungen: So hätten die Polen das deutsche Sicherheitsbedürfnis gegen Russland zu unterstützen und die Zugehörigkeit der ehemals polnischen Landesteile zu Preußen anzuerkennen, im Gegenzug hätten die Reichsleitung und die preußische Staatsregierung die antipolnische Diskriminierung in Deutschland aufzugeben.[108]

Entgegen den Vorstellungen beiderseitiger Zugeständnisse formulierten der deutsche Ökonom und Sozialwissenschaftler Gustav Schmoller und der linksliberale Publizist und Politiker Friedrich Naumann jedoch einseitige Forderungen an die Polen. Laut Schmoller habe die polnische Bevölkerung Kongresspolens nachzuweisen, dass sie sich tatsächlich dauerhaft von Russland ab- und Deutschland zuwende. Ferner müssten die preußischen Polen ihre wirtschaftliche und politische Abschottung von den Deutschen beenden und sich nicht nur als loyale, „sondern überzeugte und aufrichtig patriotische deutsche Staatsbürger“ bekennen.[109] Diese sollten im öffentlichen Leben nicht als Angehörige der polnischen Nation in Erscheinung treten, sondern nur als „Privatleute“ Polen sein.[110] Naumann benannte überdies zwei Bedingungen für die Wiedererrichtung des polnischen Staates: So müssten die Polen verbindlich signalisieren, „aus gewollter Kulturgemeinschaft“ zu Mitteleuropa gehören zu wollen, und die „Zweifel an der polnischen Regierungsfähigkeit“ ausräumen.[111]

Damit verkehrten Schmoller und Naumann die positiv formulierte Fragestellung Feldmans, die offenkundig auf einen Konsens der deutschen und polnischen Verfasser gezielt hatte, ins Gegenteil. Denn nun entspann sich eine publizistische Auseinandersetzung über den Beitrag der Polen und Deutschen zu einer Verständigungspolitik, in welcher die unterschiedlichen Prämissen und Ziele beider Seiten deutlich hervortraten. Besonders Jaworski widersprach den einseitigen Forderungen energisch und verwies auf die polnischen Aufstände gegen Russland im 19. Jahrhundert sowie die Kampfhandlungen der Polnischen Legionen im Weltkrieg. Zudem verlangte er die Mitwirkung

---

[108] Ferdinand Tönnies: Deutschland und Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 21, S. 81-87; A. Hillebrandt: Polen und Deutschland, in: Polnische Blätter 2 (1916), 22, S. 107-112; Fr. Naumann: Wir und die Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 10, S. 1-6, nachgedruckt in: Die Hilfe 22 (1916), 2, S. 25 f.

[109] Gustav Schmoller: Deutsche und Polen, in: Polnische Blätter 1 (1915), 3, S. 76-79, hier S. 77 f., nachgedruckt u.a. in: Berliner Morgenpost vom 24.10.1915, Professor Schmoller zur polnischen Frage, in: Germania vom 24.10.1915, Nr. 493.

[110] Gustav Schmoller: Nochmals: Deutsche und Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 11, S. 33-37, hier S. 35.

[111] Fr. Naumann: Wir und die Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 10, S. 1-6, hier S. 3 ff., Zitate S. 5.

Deutschlands an der Integration der polnischen Minderheit, da die Liebe zum Staat sich nicht erzwingen lasse, sondern durch Güte und Gerechtigkeit gewonnen werden müsse.[112] Die *Polnischen Blätter* sekundierten, dass die Hinwendung der Polen zum mitteleuropäischen Kulturkreis bereits durch die historischen, politischen und kulturellen Gegensätze zu Russland ausreichend belegt sei und überdies ein tiefer Antagonismus auf wirtschaftlichem Gebiet bestehe.[113]

Zwar betonten die deutschen und polnischen Beiträger in den *Polnischen Blättern* ihren Willen zur Verständigung, trotzdem konnten sie keine Übereinstimmung erzielen. Nach dem Austausch der Argumente versteifte sich die Debatte auf die Forderung an die Polen, ihre Bereitschaft nicht nur mit Worten, sondern durch Taten nachzuweisen. Darauf konnten die polnischen Beiträger keine befriedigende Antwort geben. Letztlich blieb ihnen nur die Möglichkeit argumentativer Überzeugungsarbeit in der deutschen Öffentlichkeit.

Jenseits des von Feldman initiierten Meinungsaustauschs setzten sich die *Polnischen Blätter* und die Wochenschrift *Polen* mit kritischen Äußerungen und Bedenken gegen politische Zugeständnisse an die Polen in der deutschen rechten Presse auseinander. Bemerkenswert ist ihre Fokussierung auf überregionale Zeitungen und Zeitschriften, die eine große Leserschaft besaßen. Nur selten besprachen sie die Veröffentlichungen der Presseorgane des Alldeutschen Verbandes oder des Deutschen Ostmarkenvereins. Vermutlich wollten sie die radikalnationalistischen Vorstellungen nicht über den ursprünglichen Leserkreis hinaus verbreiten. Auch hatte sich der Ostmarkenverein seit Kriegsbeginn aufgrund des Burgfriedens sehr zurückhaltend in der öffentlichen Debatte gezeigt.[114]

So erklärten die *Polnischen Blätter* sich mit der apodiktischen Forderung der deutschen Rechten nach dem Vorrang deutscher vor polnischen Interessen ganz selbstverständlich einverstanden.[115] Die Vorbehalte der rechtsnationalistischen *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* gegenüber Zugeständnissen schoben sie als „kleinliche Einwände“ beiseite[116]; die Unterstellung der freikonservativen *Post*, dass die polnischen Parteien und politischen Organisationen Österreichs ein „allpolnisches Programm“ verfolgten,

---

112 Władysław Leopold von Jaworski: Deutsche und Polen, in: Polnische Blätter 1 (1915), 6, S. 169 ff.; ders.: Zu den Ausführungen Sr. Excellenz von Schmoller, in: Polnische Blätter 2 (1916), 11, S. 37 f. Zustimmend Jul. Bachem: Etwas mehr aus dem Zwielicht heraus!, in: Der Tag vom 30.01.1916, illustrierter Teil.

113 Zu den Ausführungen Friedrich Naumanns, in: Polnische Blätter 2 (1916), 10, S. 6-14, hier S. 7 und 10 f., nachgedruckt in: Die Hilfe 22 (1916), 2, S. 26 ff. Siehe auch v. Jaworski: Zu den Ausführungen Friedrich Naumanns, in: Polnische Blätter 2 (1916), 12, S. 73-76, hier S.74.

114 Gentzen, Ostmarkenverein, S. 265 f.

115 Pressestimmen. I. Aus der deutschen Presse, in: Polnische Blätter 1 (1915), 2, S. 65-68, hier S. 67 f. Bezug war eine Zuschrift „von parlamentarischer Seite“ an die *Post*: Die Polenfrage, in: Die Post vom 05.10.1915, Nr. 506.

116 Grundlose Bedenken, in: Polnische Blätter 2 (1916), 24, S. 165-171, hier S. 166. Die Zeitschrift bezog sich auf die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* Nr. 302, 306 und 309 von 1916.

schrieben sie kulant der Unkenntnis des Blattes zu.[117] Auf manche Äußerungen gingen die *Polnischen Blätter* nicht näher ein, obwohl sie die entsprechenden Artikel ausführlich paraphrasierten oder zitierten. Beispielsweise besprachen sie Heinrich Claß' Projekt eines von Deutschland kontrollierten polnischen Schutzstaates, wollten sich nach eigener Aussage aber nicht zu einer Erörterung herablassen, da sie die politischen Vorstellungen der Alldeutschen nicht für mehrheitsfähig hielten.[118]

Anders sah es jedoch bei Unterstellungen oder Verleumdungen aus, die offensichtlich darauf abzielten, die Polen in den Augen der Deutschen zu diskreditieren. In einem Leitartikel der Wochenschrift *Polen* hatte Jaworski reichlich vage geschrieben, dass die Polen „*beisammen zu sein*" wünschten und eine Revision der preußischen Polenpolitik erhofften.[119] Die *Post* interpretierte dies als „unmißverständliche Andeutung *einer polnischen Irredenta*" in Preußen, wodurch die Beteuerungen, „mit denen die eine Gruppe österreichischer Polen die deutsche öffentliche Meinung einzufangen versucht und leider zum Teil schon eingefangen hat", widerlegt würden.[120] In einer Replik führte die Wochenschrift *Polen* aus, dass Jaworski nur die Ankündigung einer Revision der preußischen Polenpolitik durch den deutschen Reichskanzler wiederholt habe, die Beschwörung einer polnischen Irredenta aber vollkommen wirklichkeitsfremd sei. Die *Post* beabsichtige, die politische Tätigkeit der Polen zu denunzieren, indem sie harmlose Äußerungen aus dem Kontext reiße, verallgemeinere und bewusst falsch interpretiere.[121] Damit beanspruchte die Wochenschrift *Polen* für sich, bezüglich der deutschen öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" als Korrektiv aufzutreten. Allerdings zielte die scharfe Erwiderung nicht nur darauf, die *Post* zu widerlegen, sondern sollte den polenfreundlichen deutschen Blättern auch schlagende Argumente gegen böswillige Unterstellungen liefern.[122]

Die Warnung vor einer heraufziehenden Irredenta unter den preußischen Polen hatte die wichtigste Bedingung in der Diskussion über die „polnische Frage" während des Krieges berührt: den Verzicht der Polen auf die ehemals polnischen Landesteile Preußens. Auf deutscher Seite wurde diese Auflage von allen Parteien und Presseorganen – abgesehen von der äußersten Linken, für die territoriale und nationale Fragen irrelevant waren – als unabdingbare Voraussetzung für politische Zugeständnisse an die Polen erachtet. Der Bestand des preußischen Staates stand nicht zur Disposition, die Ostgrenze des Deutschen Reiches galt als unantastbar. Deutlich wurde der Besitzanspruch anlässlich der patriotischen Feier zur 100-jährigen Zugehörigkeit der Provinz Posen zu

---

[117] Gespenster, in: Polnische Blätter 2 (1916), 20, S. 48 f., hier S. 49. Bezug: Die Schlachtordnung der Polen, in: Die Post vom 24.03.1916, Nr. 154.

[118] Cui bono?, in: Polnische Blätter 2 (1916), 28, S. 1-6, hier S. 5. – Zu den politischen Vorstellungen von Heinrich Claß siehe weiter unten, Kap. III.1.5.

[119] [Władysław Leopold von Jaworski:] In Krakau und in Warschau, in: Polen 2 (1916), 72, S. 169 f., hier S. 169 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[120] Offene Worte, in: Die Post vom 16.05.1916, Nr. 249 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[121] Offene Worte an die Berliner „Post", in: Polen 2 (1916), 79, S. 2-10, hier S. 4 ff. und 9 f. – In ihrer Replik bekräftigte die *Post* die Befürchtung einer polnischen Irredenta in den preußischen Ostprovinzen. Polenspiegel, in: Die Post vom 07.07.1916, Nr. 344.

[122] Beispielsweise eignete die *Germania* sich den Standpunkt der Wochenschrift *Polen* an. Die „polnische Irredenta" gegen die Provinz Posen, in: Germania vom 08.07.1916, Nr. 311.

Preußen im August 1915 formuliert, als die deutschen Festredner in Posen die unlösbare Verbindung der Provinz mit der preußischen Monarchie betonten und deren Erwerb zur wichtigen Etappe des Aufstiegs Preußen-Deutschlands zur Weltmacht erhoben.[123]

Tatsächlich wurde die Zugehörigkeit der ehemals polnischen Landesteile zu Preußen in der deutschsprachigen Öffentlichkeit nicht infrage gestellt. Auch die polnischen Publizisten und Politiker, die sich in deutscher Sprache zu Wort meldeten, überschritten diese „Grenze des Sagbaren" nicht. Eine Bedrohung des deutschen Staatsgebiets hätte die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Deutschen und Polen unterbunden und galt als Ausschlusskriterium gegen die Errichtung eines polnischen Staates und die Revision der preußischen Polenpolitik. Angesichts der militärischen Erfolge der Mittelmächte war es ohnehin undenkbar, dass diese freiwillig auf Teile ihrer Staatsterritorien verzichtet hätten.[124]

Trotzdem nutzten die deutschen Rechten die Angst vor einer Irredenta gezielt als Argument gegen die Bemühungen um eine deutsch-polnische Verständigungspolitik. Mit der Behauptung, dass die Polen die Abtrennung der preußischen Ostprovinzen anstrebten, knüpften rechte Blätter an die Vorstellung der „polnischen Gefahr" aus der Vorkriegszeit an, was spätestens mit der Proklamation des Königreiches Polen im November 1916 einen realen Bezugspunkt erhielt. Um den vermeintlichen Wunsch der preußischen Polen nach einer Vereinigung mit dem polnischen Staat zu demonstrieren, zitierten sie selektiv aus der polnischen Presse, vor allem aus nationaldemokratischen oder als russophil geltenden polnischen Zeitungen, die den Mittelmächten ablehnend gegenüberstanden. Den deutschen Rechten dienten solche Auszüge als willkommene Argumente gegen die polenfreundliche Politik der Mittelmächte und gegen jedes politische Zugeständnis an die Polen.[125]

Hingegen fiel es den polnischen Publizisten und Politikern schwer, ihre Verständigungsbemühungen als unbedenklich und gefahrlos für den preußischen Staat darzustellen. Zwar war ihnen bewusst, dass die diffusen Bedrohungsängste auf deutscher Seite mit bloßen Argumenten nicht ausgeräumt werden konnten. Trotzdem gingen sie in ihren Veröffentlichungen auf die Befürchtungen ein und suchten diese zu beschwichtigen.[126] Offenbar wollten sie das deutsche Publikum davon überzeugen, dass die Polen die rationalen Argumente für den Verbleib der ehemals polnischen Landesteile bei Deutschland bzw. Österreich-Ungarn anerkannten und akzeptierten.

---

123 Hundertjahrfeier der Zugehörigkeit Posens zu Preußen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 04.08.1915, Nr. 4926; Posener Jahresgedenktagfeier des Kriegsbeginns, in: Posener Tageblatt vom 03.08.1915, Nr. 358.

124 Massow, Polen, S. 27. Siehe hierzu Wilkiewicz, S. 355.

125 Siehe beispielsweise: Beiträge zur polnischen Frage, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 25.01.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 71; Polenspiegel, in: Die Post vom 07.07.1916, Nr. 344.

126 So etwa Feldman, Zukunft, S. 27-38; Studnicki, Umgestaltung, S. 16-19; Górski, S. 15. – Siehe auch die Broschüre des in der Schweiz lebenden Stanisław Ptoszowski, der für den Verbleib der preußischen Ostprovinzen im deutschen Staatsverband die starke deutsche Prägung, die enge wirtschaftliche Verflechtung und den höheren Lebensstandard im Vergleich zu Kongresspolen anführte. Ptoszowski.

Insgesamt war das Hervortreten der polnischen Konservativen Preußens für eine Verständigungspolitik und die Aussprache in den Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* bedeutsam für die nachfolgende öffentliche Diskussion über die „polnische Frage“. Obwohl die deutschen und polnischen Beiträger keine Einigung in der Sache erzielten, hatten sie den Willen zur Verständigung deutlich artikuliert und sich über deren Grundlagen ausgetauscht. Während die polnischen Konservativen sich mit ihren Loyalitätserklärungen als politische Kraft zu etablieren suchten, hatten die *Polnischen Blätter* den Versuch unternommen, die Möglichkeit einer Verständigungspolitik dialogisch auszuhandeln. Da Schmoller und Naumann kritische Einwände vorbrachten, wurde überdies der Eindruck vermieden, dass es sich nur um eine inszenierte Wiedergabe ohnehin übereinstimmender Positionen handele. Zugleich signalisierten die deutschen und polnischen Beiträger durch den öffentlichen Gedankenaustausch ihre Bereitschaft, sich mit den Argumenten des Gegenübers auseinanderzusetzen. Insofern gelang es insbesondere den *Polnischen Blättern*, über die Einbeziehung bedeutender Persönlichkeiten die öffentliche Wahrnehmung für das eigene Anliegen zu erhöhen und sich als Forum für die Diskussion über eine deutsch-polnische Verständigungspolitik und die Zukunft Polens zu etablieren.

1.3 Polens Zukunft: Die Konzeptionen Deutschlands und Österreich-Ungarns

Mit der Erörterung einer deutsch-polnischen Verständigung war zugleich die Frage nach der staatsrechtlichen Zukunft des besetzten Polens aufgeworfen worden. Die von polnischen und deutschen Verfassern vorgelegten Entwürfe für die Wiedererrichtung eines polnischen Staates müssen jedoch im Kontext der öffentlich kursierenden Vorstellungen eines mitteleuropäischen Staatenbundes betrachtet werden, die während des Ersten Weltkrieges ihren Höhepunkt erlebten.[127] Zudem sind die politischen Konzeptionen Deutschlands und Österreich-Ungarns für das besetzte Polen relevant, die von den Regierungen beider Staaten zwar nicht ausdrücklich benannt, in der öffentlichen Debatte allerdings als feststehende Tatsachen erachtet wurden.

Den Mitteleuropavorstellungen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit unterschiedlichen inhaltlichen Bestimmungen und geografischen Reichweiten diskutiert worden waren, lag die Prämisse zugrunde, dass aufgrund der komplizierten Nationalitätenverhältnisse in Südost- und Ostmitteleuropa die Bildung geschlossener Nationalstaaten unmöglich sei. Daher bedürfe es einer föderativen Lösung eines politischen und wirtschaftlichen Staatenbundes gleichberechtigter Nationen, in dem Deutschland kraft der wirtschaftlichen und kulturellen Überlegenheit die Führungsrolle zufallen und durch ein informelles Herrschaftssystem gesichert werden sollte.[128] Nach der Wende zum 20. Jahrhundert wurde die Mitteleuropaidee zunehmend mit den Weltmachtansprüchen Deutschlands verbunden; die Herrschaft über den europäischen Kontinent galt nun als Voraussetzung deutscher Weltgeltung.[129]

[127] Brandt. – Zusammenfassend aus zeitgenössischer Perspektive Stern.
[128] Brandt, S. 316; Mommsen, Mitteleuropaidee, S. 5.
[129] Brandt, S. 332 ff.; Mommsen, Mitteleuropaidee, S. 11 ff.

Aufgrund der Erfahrung der wirtschaftlichen Blockade im Ersten Weltkrieg gewannen die Mitteleuropapläne in der Politik und Diplomatie Deutschlands an Bedeutung.[130] Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverband unter deutscher Führung sollte überdies als strategische Aushilfe der Kriegsführung sowie als Mittel zur festeren Bindung Österreich-Ungarns an das Deutsche Reich dienen, wie Reichskanzler Bethmann Hollweg im Septemberprogramm 1914 darlegte.[131] Mit dem Verzicht auf direkte Gebietserwerbungen lieferte er einen Gegenentwurf zu den in zahlreichen Denkschriften geäußerten Annexionswünschen, ohne jedoch den deutschen Anspruch auf politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa aufzugeben.[132]

Darüber hinaus konnte im Rahmen Mitteleuropas die Frage nach der Zukunft des 1915 besetzten Kongresspolens beantwortet werden, das in eine Zoll- und Wirtschaftsunion auf Grundlage eines vertieften Zweibundes einbezogen werden sollte. Über die konkreten Modalitäten verhandelten die Regierungsvertreter Deutschlands und Österreich-Ungarns während des Krieges wiederholt, konnten jedoch keine endgültige Einigung erzielen. Die Frage, an welche der beiden Mächte Polen staatsrechtlich angegliedert oder angelehnt werden sollte, blieb beständiger Streitpunkt.[133] Zudem stieß die Konzeption eines Staatenbundes auf den wachsenden Widerstand der deutschen Militärs um Hindenburg und Ludendorff, die aus militärstrategischen Gründen für eine direkte Machterweiterung durch Annexionen an der deutschen Ostgrenze eintraten.[134] Allerdings besaßen weder die Reichsleitung noch die deutschen Militärs ausformulierte Konzepte für die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung der besetzten Gebiete im Osten.[135] Zugleich waren die Kriegsziele Deutschlands angesichts des Kriegsverlaufs und der Machtverschiebungen zwischen ziviler und militärischer Führung einem beständigen Wandel unterworfen.[136]

Die öffentliche Diskussion über einen föderativen Staatenbund wurde durch Friedrich Naumanns Buch *Mitteleuropa* beflügelt, das im Oktober 1915 erschien und binnen kurzer Zeit eine hohe Auflage erreichte.[137] Naumann legte einen Entwurf für die Einbindung der Völker Ostmitteleuropas in eine Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaft vor, die gegenüber den großen Wirtschaftsräumen Großbritannien, Amerika und Russland konkurrenzfähig sei.[138] Obwohl es sich um die Etablierung eines Systems der indirekten Herrschaft handelte, sollte der Staatenbund ausdrücklich auf Toleranz gegenüber nationalen und konfessionellen Minderheiten, auf autonomer kultureller

---

130 Siehe hierzu Pajewski, „Mitteleuropa“; Peschel; Müller, Annäherung.

131 Fischer, Griff, S. 107-113; Mikietyński, S. 77 f.

132 Mommsen, Mitteleuropaidee, S. 13 f. – Für die Annexionspläne deutscher Wirtschaftsverbände und radikalnationalistischer Verbände Pajewski, „Mitteleuropa“, S. 46-57; Fischer, Griff, S. 186-189 und 199-206.

133 Detailliert dargelegt bei Szymczak.

134 Mommsen, Mitteleuropaidee, S. 16.

135 Ullrich, S. 363.

136 Ausführlich bei Fischer, Griff.

137 Frölich, S. 259.

138 Naumann, Mitteleuropa, S. 167. Siehe hierzu Theiner, S. 241 ff.

Entfaltung und auf wirtschaftlicher Prosperität basieren.[139] Die umworbenen Völker dürften nicht zum Eintritt in den Staatenbund gezwungen, sondern müssten mittels einer aufrichtigen liberalen Politik zur freiwilligen Mitwirkung gewonnen werden. In übergeordneten politischen, wirtschaftlichen und Verteidigungsfragen sollte deren Souveränität jedoch begrenzt sein; die Führungsrolle blieb den Großmächten Deutschland und Österreich-Ungarn vorbehalten.[140]

Naumanns defensiv angelegte Konzeption bildete mit ihrem politisch-moralischen Führungsanspruch einen Kontrapunkt zu den ausufernden Annexionswünschen der deutschen Rechten und traf vor allem bei gemäßigten Patrioten auf Zustimmung.[141] Entsprechend attackierten die Rechten und besonders die radikalen Nationalisten den liberal-föderalistischen Entwurf, der angesichts der militärischen Siege Deutschlands zu klein gedacht sei und die Annexion strategisch wichtiger Gebiete und des dringend benötigten Siedlungslandes konterkariere. Von sozialdemokratischer Seite wurde Naumann hingegen vorgehalten, dass sein Entwurf dem Imperialismus Vorschub leiste und die Klassengegensätze zementiere.[142]

Polen spielte in Naumanns Mitteleuropa eine besondere Rolle, da sich die Errichtung eines polnischen Staates und eines mitteleuropäischen Staatenbundes gegenseitig bedingten. Naumann zufolge müsste die Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn als föderativer Rahmen der Schaffung neuer Staaten vorausgehen: „Sicher aber ist, daß das neue Polen ohne vorhergehenden mitteleuropäischen Staatsvertrag kaum denkbar erscheint."[143] Von kurzen Ausführungen abgesehen, verzichtete er jedoch auf weitere Überlegungen zu Polen, da er angesichts der ungewissen Zukunft des Landes die Erörterung dieses Kriegsziels scheute.[144] Erst nach der Proklamation des Königreichs Polen legte Naumann im Anschluss an eine Reise nach Polen und eine Unterredung mit dem deutschen Generalgouverneur in Warschau, Hans von Beseler, im Frühjahr 1917 die Broschüre „Was wird aus Polen?" zur aktuellen politischen Situation und der Zukunft des Landes vor.[145]

Für die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns waren die Vertiefung des Zweibundes und die Schaffung eines mitteleuropäischen Staatenbundes eine vielversprechende politische Option, um ihre Machtstellung auf dem europäischen Kontinent auszubauen. Dabei wurde die Frage nach der zukünftigen staatsrechtlichen Gestaltung des besetzten Kongresspolens akut. Die Möglichkeiten des Anschlusses an

---

[139] Naumann, Mitteleuropa, S. 92 und 234 ff. Siehe auch Brandt, S. 343.

[140] Naumann, Mitteleuropa, S. 230 f. Siehe auch den Abschnitt „Mitteleuropa" in ders., Österreich-Ungarn, S. 38-48, insb. S. 45 f.

[141] Brandt, S. 345 f.; Theiner, S. 257.

[142] Schwabe, Wissenschaft, S. 65-68; Theiner, S. 244-248; Pajewski, „Mitteleuropa", S. 126-137.

[143] Naumann, Mitteleuropa, S. 100. Siehe auch Pajewski, „Mitteleuropa", S. 118 f.

[144] Die zukünftige politische Gestaltung Polens wurde im 1916 auf Anregung Naumanns begründeten „Arbeitsausschuß Mitteleuropa" behandelt, der sich für eine deutsch-polnische Verständigung einsetzte und für die Autonomie Polens innerhalb des mitteleuropäischen Staatenverbunds warb. Mommsen, Mitteleuropaidee, S. 21 f.

[145] Naumann, Polen.

Österreich-Ungarn oder der Anlehnung an beide Mittelmächte im Rahmen eines vertieften Bündnisses wurden von den politischen und militärischen Führungen beider Staaten diskutiert. Allerdings formulierten diese ihre Ziele nicht öffentlich, sondern hielten sich während des gesamten Krieges mit Absichtserklärungen zur Zukunft Polens zurück.[146]

In vertraulichen Verhandlungen setzten sich der k.u.k. Außenminister Ottokar Czernin und dessen Nachfolger Stephan Burián gegenüber dem deutschen Bündnispartner fast während des gesamten Krieges für die Vereinigung Kongresspolens mit Galizien innerhalb des Habsburgerreiches ein.[147] In der deutschen Öffentlichkeit wurde dieses Konzept als „austro-polnische Lösung" bezeichnet. Doch obwohl die politischen Entscheidungsträger die Einbeziehung Polens in den Herrschaftsbereich der Donaumonarchie öffentlich nicht verfochten[148], wurde der politische Wille Österreich-Ungarns zur Verwirklichung dieser Lösung in der öffentlichen Diskussion vorausgesetzt. Die Vereinigung Kongresspolens mit Galizien war auch für viele Polen eine vielversprechende Option, da die Selbstverwaltung im galizischen Kronland verheißungsvoller erschien als die Rückgabe an Russland, die Teilung des Landes oder ein selbständiges Polen ohne Galizien.[149] Die stille Hoffnung der Polen auf die Vereinigung aller Teilungsgebiete in einem unabhängigen polnischen Staat konnte diese Lösung freilich nicht erfüllen.

Als einer der herausragenden Befürworter der „austro-polnischen Lösung" galt der ehemalige ungarische Innenminister Julius Andrássy. Zur Rezeption Andrássys in der deutschen Öffentlichkeit trugen die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* bei. Sie würdigten ihn als „mutige[n] Wortführer der polnischen Sache"[150], druckten dessen Reden und Artikel über Polen nach und kommentierten diese wohlwollend. Andrássy wünschte aus strategischen Gründen die „Befreiung Polens von Rußland" und verlangte, dass Polen unter der Verfügungsgewalt der Mittelmächte verbleiben müsse.[151] Um die dauerhafte Abwendung von Russland zu garantieren, sah er den Anschluss Polens an einen mitteleuropäischen Staatenbund auf Grundlage des gefestigten Zweibundes vor. Allerdings ließ er in seinen Zeitungsbeiträgen stets offen, an welchen der beiden Bündnispartner Polen anzugliedern sei.[152] Trotzdem werteten deutsche Blätter

---

[146] Auch über die Zukunft des besetzten Rumäniens konnten sich die Mittelmächte nicht einigen. MAYERHOFER, S. 117-121.

[147] Für die unterschiedlichen Varianten der Angliederung Polens an Österreich-Ungarn BATOWSKI.

[148] PAJEWSKI, Polityka, S. 14-19.

[149] Siehe etwa die Ausführungen des galizischen Sozialdemokraten IGNACY DASZYŃSKI: Die Stellung der Polen zu den Deutschen, in: Hamburger Echo vom 20.07.1915, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 617, Bd. 4, Bl. 168.

[150] Der ungarische Reichstag über die polnische Frage, in: Polen 2 (1916), 78, S. 339 ff., hier S. 339. Siehe auch SULEJA, Orientacja, S. 175 f.

[151] JULIUS ANDRÁSSY: Polen im Weltkriege, in: Polen 1 (1915), 13, S. 330-331, Zitat S. 330; DERS.: Die polnische Frage, in: Neue Freie Presse vom 12.09.1915, Morgenblatt; DERS.: Die Rede des deutschen Kanzlers, in: Frankfurter Zeitung vom 23.04.1916, drittes Morgenblatt.

[152] JULIUS ANDRÁSSY: Die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland, in: Neue Freie Presse vom 07.11.1915, Morgenblatt; DERS.: Entwicklung und Ziele Mitteleuropas, in: Deutsche

die Vorschläge Andrássys als eindeutiges Bekenntnis zur „austro-polnischen Lösung“, weshalb sie Vorbehalte gegen den enormen Gebietsgewinn für Österreich-Ungarn und gegen den Machtverlust der österreichischen Deutschen aufgrund der Zunahme an slawischer Bevölkerung vorbrachten.[153]

Die deutsche politische und militärische Führung behandelten die Zukunft Kongresspolens vordergründig unter dem Aspekt der militärischen Sicherung gegen Russland. Die Abtrennung von Russland galt als Mittel zur langfristigen Schwächung des Kriegsgegners und mit der Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916 bekräftigten die Mittelmächte ihren Willen, dass das Land langfristig in ihrem Herrschaftsbereich verbleibe. Die deutsche Reichsleitung und Oberste Heeresleitung bemühten sich in der Folge darum, die Kontrolle über Polen zu festigen und den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einfluss für die Nachkriegszeit zu sichern. Dem Anschluss an Österreich-Ungarn standen sie ablehnend gegenüber, da sie von der Zunahme der polnischen Bevölkerung im Nachbarstaat unkalkulierbare Folgen für den Zweibund und bedenkliche Rückwirkungen auf die preußischen Polen befürchteten.[154]

In der öffentlichen Debatte über die Zukunft Polens spielten zwei deutsche politische Akteure, die auch maßgeblich an der Entscheidung zur Wiedererrichtung des polnischen Staates beteiligt waren, eine bedeutende Rolle: Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und der Warschauer Generalgouverneur Hans von Beseler. Beide galten in der deutschen Öffentlichkeit als Hauptvertreter eines politischen Kurses, der darauf abzielte, Kongresspolen von Russland abzutrennen und in den Machtbereich der Mittelmächte einzubeziehen, und zugleich eine Entspannung und Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu erreichen.

Nachdem die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns sich im ersten Kriegsjahr mit öffentlichen Aussagen über die zukünftige Gestaltung Polens zurückgehalten hatten, ergriff Bethmann Hollweg nach der Eroberung der Stadt Warschau und der strategisch bedeutenden Festung Modlin die Initiative. Am 19. August 1915 äußerte er in einer Reichstagsrede über die Kriegslage die Hoffnung, dass „die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen“ beseitigt würden und das „vom russischen Joch“ befreite Land „einer glücklichen Zukunft“ entgegengehe, „in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann“. Deutschland wolle ein „Hort des Friedens, der Freiheit der großen und kleinen Nationen“ sein. Daran anknüpfend entwarf der Reichskanzler seine Vision eines von Russland befreiten Europas unter deutscher Führung.[155] In der Folge präzisierte er seine Vorstellung der Zukunft Polens:

Rundschau 42 (1915), 12, S. 321-336, hier S. 333-336. – Nach dem Krieg bezeichnete Andrássy den gleichberechtigten Anschluss Polens an Österreich-Ungarn als einzig realisierbare Option. Andrássy, S. 160 und 169.

153 Ueber Polens zukünftige Stellung, in: Frankfurter Zeitung vom 21.09.1915, Abendblatt; Frankfurt, 25. September, in: Frankfurter Zeitung vom 25.09.1915, Abendblatt; Graf Andrassy über die Zukunft Polens, in: Vorwärts vom 27.04.1916; L. E.: Graf Julius Andrassys „Groß-Oesterreich“, in: Hamburgischer Correspondent vom 29.04.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 132.

154 Lilla, S. 240 f.

155 RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 13. Sitz., 19.08.1915, S. 219.

So bekräftigte er in seiner Antwort auf die sozialdemokratische „Friedensinterpellation“ am 9. Dezember 1915 das „allgemeine Kriegsziel“ des Deutschen Reiches, Sicherheiten gegen zukünftige militärische Bedrohungen zu schaffen und den Feinden weder im Westen noch im Osten „Einfallstore“ zu bieten.[156] Schließlich erteilte er am 5. April 1916 der Rückkehr zum „status quo ante“ eine deutliche Absage und schloss die Rückgabe Polens an Russland aus. Zur Sicherung der deutschen Grenzen verlangte er für das Deutsche Reich „reale Garantien“ in Belgien und stellte die Lösung der „polnischen Frage“ in Aussicht, womit er für Deutschland die Kontrolle über diese Gebiete beanspruchte.[157]

Die Reden Bethmann Hollwegs wurden in der deutschen Presse ausführlich besprochen, da sie Aufschlüsse über die Kriegsziele des Deutschen Reiches gaben und – im Rahmen der Ausführungen des Reichskanzlers – deren öffentliche Erörterung ermöglichten. Die Rede vom 19. August 1915 wurde in der Zentrums- und linksliberalen Presse als Wende in den deutsch-polnischen Beziehungen begrüßt: „Solche Worte sind dem polnischen Volke im Deutschen Reichstage noch nie verkündigt worden“, zeigte sich die *Kölnische Volkszeitung* erstaunt und hoffte auf eine Revision der preußischen Polenpolitik.[158] Hingegen zeigte sich der *Vorwärts* angesichts der unbestimmten Aussagen zu Polen skeptisch[159], während die rechte Presse wegen der befürchteten nachteiligen Auswirkungen auf den Nationalitätenkonflikt in Preußen zurückhaltend reagierte.[160]

Bemerkenswert ist das Urteil des deutschnationalen *Posener Tageblatts*, das für seine konfrontative Haltung gegenüber der polnischen Minderheit in Preußen bekannt war. Abweichend von der Auffassung im rechten Lager begrüßte es die Abtrennung Polens von Russland und plädierte für eine „Neuorientierung der Polenfrage“ sowie den Abbau der deutsch-polnischen Gegensätze.[161] Überdies legten das *Posener Tageblatt* und die regierungsnahe konservative *Posener Zeitung* großen Wert auf die Beurteilung der Rede durch die preußischen Polen und zitierten ausführlich aus den zustimmenden Berichten polnischer Zeitungen.[162] So fand die knappe Erklärung des polnischen Abgeordneten Wladislaus Seyda, der die Kanzlerworte dahingehend auslegte, „daß die Freiheit des polnischen Volkes mit dem Wohle des deutschen Volkes nicht im Wider-

---

[156] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 22. Sitz., 09.12.1915, S. 436 f.

[157] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 307, 39. Sitz., 05.04.1916, S. 852.

[158] Die Rede des Reichskanzlers, in: Kölnische Volkszeitung vom 20.08.1915, Nr. 676 (Zitat); Die Kanzlerrede, in: Berliner Tageblatt vom 20.08.1915, Nr. 423; Frankfurt, 20. August, in: Frankfurter Zeitung vom 20.08.1915, Abendblatt; Die Rede des Reichskanzlers, in: Germania vom 20.08.1915, Nr. 381.

[159] Der Reichskanzler über die Kriegslage, in: Vorwärts vom 20.08.1915.

[160] Die Rede des Kanzlers, in: Tägliche Rundschau vom 20.08.1915, Nr. 420; Die Rede des Reichskanzlers, in: Kreuzzeitung vom 20.08.1915, Nr. 422; Die Kanzlerrede, in: Die Post vom 20.08.1915, Nr. 421; Am Pranger, in: Kölnische Zeitung vom 20.08.1915, Nr. 842.

[161] G.: Die Kanzlerrede, in: Posener Tageblatt vom 21.08.1915, Nr. 389.

[162] Zur Polenfrage, in: Posener Tageblatt vom 22.08.1915, Nr. 391; „Polen und Deutsche“, in: Posener Zeitung vom 02.09.1915, erstes Blatt; Die Zukunft der polnisch-deutschen Beziehungen, in: Posener Zeitung vom 08.09.1915, erstes Blatt.

spruch steht“[163], das Lob der *Posener Zeitung*.[164] Offenbar waren die beiden Posener Blätter angesichts der erwarteten Ausdehnung des deutschen Herrschaftsbereichs im Osten bereit, die innere Politik gegenüber der polnischen Minderheit neu zu bewerten.

Die beiden folgenden Reden des Reichskanzlers wurden in der deutschen Presse als weitere Konkretisierung der deutschen „Friedensziele“ und deutliche Absichtserklärungen in Bezug auf das besetzte Polen aufgefasst.[165] Dabei folgten Zentrums- und linksliberale Blätter der Beteuerung, dass das Deutsche Reich keine „Eroberungspolitik“ betreiben wolle, sondern lediglich eine „*gründliche Sicherungspolitik*“, die ihm neue, friedliche und kooperierende Nachbarstaaten verschaffe.[166] Obwohl Bethmann Hollweg darum bemüht war, die Vorstellung des aufgezwungenen Verteidigungskrieges aufrechtzuerhalten[167], liefen seine Ausführungen auf die Erweiterung des deutschen Machtbereichs durch die Schaffung von politisch und militärisch kontrollierten Pufferstaaten hinaus. Die konservative *Kreuzzeitung* wollte sogar erkannt haben, dass sich der Reichskanzler „im Sinne einer entschiedenen Annexionspolitik“ geäußert habe[168], während der sozialdemokratische *Vorwärts* die Befreiungsrhetorik scharf kritisierte, die einzig der Verschleierung der „imperialistischen Wünsche“ diene und auf die „Aufrichtung einer mitteleuropäischen Vorherrschaft“ hinauslaufe.[169] Hingegen deuteten die *Polnischen Blätter* die Rede als „entschlossene[n] Willensakt“ zur Wiedererrichtung des polnischen Staates und begrüßten die deutliche Absage an Sonderfriedensverhandlungen mit Russland, da Polen hierbei als „Faustpfand“ hätte herhalten müssen.[170]

Als „Meilenstein“ beurteilte Julius Bachem das Urteil der polnischen Presse Warschaus auf die Reichskanzlerrede vom 5. April 1916, das seiner Einschätzung nach ausgesprochen positiv ausgefallen war.[171] Bedauerlich sei jedoch, dass die mehrheitlich nationaldemokratische Polnische Reichstagsfraktion nicht auf die Rede geantwortet

---

[163] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 13. Sitz., 19.08.1915, S. 239.

[164] Die Antwort der polnischen Fraktion zur Kanzlerrede, in: Posener Zeitung vom 31.08.1915, erstes Blatt. Siehe auch Kotowski, Staatsräson, S. 174.

[165] Kriegsziele, in: Frankfurter Zeitung vom 06.04.1916, zweites Morgenblatt; Ein grosser Tag im Reichstage, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.04.1916, Nr. 280; Jul. Bachem: Ein Meilenstein am Wege zum neuen Polen, in: Der Tag vom 04.05.1916, illustrierter Teil.

[166] Der Reichskanzler über unsere Kriegspolitik, in: Germania vom 06.04.1916, Nr. 162 (Zitate; Hervorhebung im Original gesperrt); Frankfurt, 6. April, in: Frankfurter Zeitung vom 06.04.1916, Abendblatt.

[167] Beispielsweise sah die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* den Reichskanzler das Bild „eines vom angegriffenen, eingekreisten, abgesperrten Deutschland und seinen ebenso bedrängten Bundesgenossen geschaffenen *neuen Europa*“ entwerfen. Ein neues Europa, in: Kölnische Zeitung vom 06.04.1916, Nr. 355 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[168] Die Rede des Reichskanzlers, in: Kreuzzeitung vom 06.04.1916, Nr. 177. – Die *Post* wollte eine „Steigerung der amtlichen Kriegszielwünsche“ in den Reichskanzlerreden erkannt haben. Die Kanzlerrede, in: Die Post vom 06.04.1916, Nr. 178.

[169] Die Kriegspolitik vor dem Reichstag, in: Vorwärts vom 06.04.1916; Der Abschluß der Kriegszieldebatte, in: Vorwärts vom 07.04.1916.

[170] Nach der Reichskanzlerrede, in: Polnische Blätter 2 (1916), 20, S. 37-42, hier S. 40.

[171] Jul. Bachem: Ein Meilenstein am Wege zum neuen Polen, in: Der Tag vom 04.05.1916, illustrierter Teil. Für die polnische Presse Warschaus siehe zudem: Aus der politischen Tages-

habe. Dadurch habe sie versäumt, stellvertretend für die gesamte polnische Nation der Erklärung des Reichskanzlers beizupflichten und damit der Zukunft Polens den Weg zu ebnen.[172] Diese Rolle übernahm der ehemalige Dumaabgeordnete Michał Łempicki in einem Artikel in der Wiener *Neuen Freien Presse* und begrüßte die Reichskanzlerrede im Namen aller Polen als „wahre Heilsbotschaft".[173]

Mit seinen Reden hatte Bethmann Hollweg dem Reichstag, der deutschen Öffentlichkeit und den Kriegsgegnern die Absicht verdeutlicht, nach eigenem Willen über die besetzten Gebiete zu verfügen. Dies konnte als Absage an eine Rückkehr der russischen Herrschaft nach Polen und zugleich als Verkündigung beträchtlicher staatsrechtlicher Umwälzungen im Osten verstanden werden. Aus Sicht der Polen lief die Verknüpfung der ausgerufenen Befreiung der unterdrückten Völker mit der militärischen Sicherung der Mittelmächte gegen Russland auf die Wiedererrichtung des polnischen Staates hinaus. Solche Erwartungen wurden bestärkt durch die Förderung der nationalen Kultur und Bildung in Polen, die beispielsweise mit der Eröffnung der Warschauer Hochschulen im November 1915 öffentlichkeitswirksam zur Schau gestellt worden war.[174]

Als zweiter Hauptvertreter des deutschen politischen Kurses in Polen galt Generalgouverneur Hans von Beseler, der das höchste zivile und militärische Amt im Generalgouvernement Warschau bekleidete und als erfolgreicher und hochdekorierter Generaloberst großes Ansehen in der deutschen Öffentlichkeit genoss.[175] Vor allem infolge von „Pressefahrten" deutscher Journalisten in das Generalgouvernement erschienen in deutschen Zeitungen zahlreiche Artikel über Beselers Tätigkeit und seine politischen Vorstellungen. Darin wurde er zum einen als Kommandeur der deutschen Besatzungsmacht dargestellt, der das Land für die Kriegszwecke Deutschlands nutzbar machte, zum anderen als von den Polen anerkannter, gerechter Herrscher, der den polnischen Wünschen aufgeschlossen begegnete, solange diese nicht mit deutschen Interessen kollidierten.[176]

Beseler nutzte die nach Warschau kommenden Journalisten und Politiker als Multiplikatoren, um seine politischen Vorstellungen in der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Beeindruckt berichtete etwa Friedrich Naumann in seinen Reisebeobachtungen über Polen von der „Beselersche[n] Idee"[177], das gemeinsame Sicherheitsbe-

---

chronik, in: Polen 2 (1916), 69, S. 100 f.; Pressestimmen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 20, S. 61 ff.

172 Jul. Bachem: Erfreuliches aus dem preußisch-polnischen Lager, in: Der Tag vom 16.05.1916, illustrierter Teil.

173 Michael Lempicki: Der deutsche Reichskanzler über Polen, in: Neue Freie Presse vom 08.04.1916, Morgenblatt.

174 Siehe weiter unten, Kap. III.2.3.

175 Zur Person Beselers Spät, S. 470 ff.

176 Paul Nathan: Fortschritte in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 05.04.1917, Nr. 174; Josef Adolf Bondy: Beseler und der Aufbau Polens, in: Posener Tageblatt vom 15.08.1917, Nr. 378; W. K.: Eine Fahrt nach Polen. II. Die Politik des Generalgouverneurs v. Beseler, in: Frankfurter Zeitung vom 17.08.1917, erstes Morgenblatt; Richard Bahr: Deutsche und Polen, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 05.12.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 5. – Zu Beselers politischen Vorstellungen Spät, S. 476-479.

177 Naumann, Polen, S. 14.

dürfnis Deutschlands und Polens gegen Russland in eine Verständigungspolitik und ein Bündnis zu übersetzen. Laut Beseler sollte der polnische Staat zunächst durch ein eigenes Heer verkörpert sein, während der innere staatliche Aufbau langsam und nachhaltig vollzogen werden müsse. Die von ihm praktizierte paternalistische Herrschaft im Generalgouvernement Warschau sollte dabei als dauerhafter Führungsanspruch Deutschlands in Polen erhalten bleiben.[178]

Seine Auffassung trug Beseler im März 1917 anonym in einem Leitartikel in der *Kölnischen Zeitung* vor. Als Ziel skizzierte er einen selbständigen polnischen Staat, der zum engen Verbündeten Deutschlands und zum starken Pufferstaat gegen Russland aufgebaut werden sollte:

> „Nur so viel kann gesagt werden, daß es in Deutschlands eigenstem Interesse liegt, an die Stelle des bisher tief in sein Gebiet eingeschobenen russischen Keiles einen befreundeten und eine kraftvolle Entwicklung versprechenden Staat zu stellen, der den Grenzschutz Deutschlands – und mittelbar auch Österreich-Ungarns – unter allen Umständen wesentlich nach Osten hinausschiebt."[179]

Auch wenn Beseler sich nicht als Verfasser des Artikels zu erkennen gab, hatte er sich in der deutschen Öffentlichkeit als führender Vertreter einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik etabliert, der kraft seines Amtes am politischen Entscheidungsprozess beteiligt war. Daher konzentrierte sich auch die Kritik an der deutschen Politik und Verwaltung in Polen besonders auf die Verantwortlichen Bethmann Hollweg und Beseler. Waren beide bis 1917 noch die Hoffnungsträger für die deutschen und polnischen Verständigungsbefürworter, galten sie den deutschen Rechten – vor allem nach der Kriegsniederlage 1918 – als Hauptschuldige für die fehlgeschlagene politische Entwicklung in Polen.[180]

Insgesamt hatten die Regierungen Österreich-Ungarns und Deutschlands ihre Ziele für die Zukunft Polens weder explizit ausformuliert, noch waren sie in der Öffentlichkeit ausdrücklich für eine der Konzeptionen eingetreten. Diesbezüglich enthielten die Äußerungen Andrássys, Bethmann Hollwegs und Beselers noch die deutlichsten Hinweise von bedeutenden Vertretern beider Staaten. Gleichwohl galten die „austropolnische Lösung" und das enge Bündnis mit beiden Mittelmächten in der deutschsprachigen Öffentlichkeit als konstante Zielvorstellungen beider Staaten und wurden den Meinungsäußerungen und Handlungen der politischen Entscheidungsträger stets unterlegt. Die von polnischen und deutschen Publizisten und Politikern veröffentlichten

---

[178] Ebenda, S. 13-16.

[179] Der Neubau des polnischen Staates. Die Zukunft Polens, in: Kölnische Zeitung vom 11.03.1917, Nr. 244, auszugsweise nachgedruckt in: Zur Entwicklung in Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 13.03.1917, zweite Ausgabe. – Zur Urheberschaft Beselers siehe dessen Tagebucheinträge vom 13. und 14. März 1917: Nachlass Beseler [künftig zitiert NL Beseler], BArch N 30/2, Bl. 13. In einem Brief erläuterte er seiner Frau, dass er den Artikel geschrieben habe, „um die Geister in Deutschland einmal etwas über die wirkliche politische Lage hier aufzuklären". NL Beseler, BArch N 30/55, Briefe, Bl. 37a.

[180] Siehe weiter unten, Kap. III.3.5.

Entwürfe zur Zukunft Polens knüpften an die vermuteten Konzeptionen Deutschlands und Österreich-Ungarns an.

1.4 Die Wiedererrichtung Polens: Visionen polnischer Publizisten

Im Vakuum fehlender verbindlicher Erklärungen der Mittelmächte über die Zukunft Polens entstanden vielfältige Entwürfe über die innere staatsrechtliche und äußere zwischenstaatliche Gestaltung des Landes, die in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, in Broschüren und Büchern, in Denkschriften, Briefwechseln sowie öffentlichen Reden verbreitet wurden. Die Entwürfe unterschieden sich in ihrer thematischen Breite und analytischen Tiefe stark voneinander. Die polnischen und deutschen Verfasser verfolgten vornehmlich das Ziel, die deutschsprachige Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger mit ihrer Version einer erfolgversprechenden Lösung der „polnischen Frage" vertraut zu machen.[181] Bis zur Proklamation des Königreichs Polen im November 1916 waren die Entwürfe über die Zukunft des Landes in der Regel allgemein gehalten. Im Gegensatz zu den mitunter sehr detaillierten Denkschriften wurden hier stärker das Für und Wider eines selbständigen polnischen Staates abgewogen, die Möglichkeiten einer Anlehnung oder Angliederung an Deutschland oder Österreich-Ungarn ausgelotet und grundlegende staatsrechtliche und wirtschaftliche Fragen erörtert. Dabei hielten sich alle Beiträger im Bereich des Ungefähren, Potenziellen, um nicht durch zu konkrete Forderungen unter die Zensurbestimmungen zu fallen.

Polnische Politiker und Publizisten wandten sich während des Krieges direkt an die deutsche Öffentlichkeit und propagierten ihre Konzeptionen für einen polnischen Staat in deutscher Sprache. Sie waren sich einig, dass Polen keine Zukunft innerhalb Russlands beschieden sei, und erachteten die Besetzung des Landes durch die Mittelmächte als Vorwegnahme der zukünftigen Anlehnung an die westlichen Nachbarstaaten. Auf der Behauptung eines unüberwindlichen polnisch-russischen Antagonismus aufbauend, erstrebten sie eine Verständigung der alten europäischen Kulturnationen Deutschland und Polen und eine Änderung der preußischen Polenpolitik.[182] Der russische „Panslawismus", die Russifizierungspolitik in Kongresspolen und der „Hakatismus" in Deutschland dienten als Negativfolie für eine falsche Politik gegenüber den Polen, während die Teil-Autonomie in Galizien als Beispiel für eine erfolgreiche Verständigungspolitik angeführt wurde.[183]

Die polnischen Verfasser trugen dem polnischen Staat als „Bollwerk", „Schutzwall" oder „Vormauer gegen Osten für das Abendland" eine Aufgabe des allgemeinen europäischen Interesses auf.[184] Die frühere Adelsrepublik habe eine stabilisierende Funktion für das Gleichgewicht der Mächte in Europa besessen, das durch die Teilungen Polens zerstört worden sei und mit der Wiederherstellung erneuert werden könne. Folg-

---

[181] Für eine ausführliche Darstellung der wichtigsten Veröffentlichungen zur „Polenfrage" während des Krieges siehe Wilkiewicz; Pajewski, „Mitteleuropa".

[182] Kwilecki, S. 54-59; Drucki-Lubecki, S. 487 f.; Guttry, S. XIV f.; Górski, S. 15-21; Straszewski, S. 24 ff., 59 und 66.

[183] Guttry, S. XI f. Siehe auch Kwilecki, S. 55 f.; Drucki-Lubecki, S. 482 und 487 f.

[184] Kwilecki, S. 6; Guttry, S. 7; Górski, S. 8; Halecki, S. 98.

lich konnten sie die Teilungen Polens als langfristige Ursache des Weltkrieges identifizieren. Von einer intensiven wirtschaftlichen und politischen Verflechtung der Mittelmächte mit Polen erhofften sie sich eine abschreckende Wirkung gegen zukünftige militärische Angriffe.[185] Indem die polnischen Verfasser in ihren Entwürfen betonten, dass das Deutsche Reich von der Wiedererrichtung Polens profitieren würde, suchten sie den Erwartungen der deutschen Leser zu entsprechen.

Der Dichter Stanisław Przybyszewski übersetzte die mit rationalen Argumenten unterlegten politischen Entwürfe in eine bildhafte, gefühlsbetonte und pathetische Sprache.[186] Den Weltkrieg deutete er als „heiligen Krieg“; die deutsche Kriegsbegeisterung als „stolze Empörung der Seele“ gegen den „rohen“ Materialismus.[187] Er zeigte Parallelen zum polnischen Novemberaufstand von 1830/31 gegen Russland auf und beschwor das Bündnis des gemeinsamen deutsch-polnischen Freiheitskampfes im Vormärz.[188] Seiner Ansicht nach standen sich die polnische und deutsche Kultur näher, als das politische Verhältnis ausdrückte. Daher suchte er mit seinen Schriften die deutsche Öffentlichkeit über Polens Kultur aufzuklären, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und Sympathie füreinander zu wecken.[189] Auf dieser Grundlage warb er eindringlich für ein Bündnis mit den Mittelmächten und umriss die führende Rolle Polens im Ostmitteleuropa der Nachkriegszeit.[190] Da Przybyszewski sich in Deutschland als Dichter und Schriftsteller bereits einen Namen gemacht hatte, stießen seine Ausführungen zur Zukunft Polens in der deutschen Öffentlichkeit auf großes, wenn auch geteiltes Interesse.[191]

Unter den Polen, die öffentlich und in deutscher Sprache für die Annäherung Polens an die Mittelmächte warben, waren die Publizisten Wilhelm Feldman und Władysław Studnicki führend. Beide favorisierten zu Kriegsbeginn die „austro-polnische Lösung“, vertraten in der Folge jedoch zunehmend die Auffassung, dass die Anlehnung Polens an das militärisch mächtige Deutsche Reich vorteilhafter sei.[192] Sie gingen von einer strikt antirussischen Haltung der polnischen Bevölkerung aus und beriefen sich auf das kulturelle und religiöse Erbe Polens, das ein deutlicher Beleg für die Zugehörigkeit zu Europa sei. Auf der Suche nach einer plausiblen europäischen Identität konstruierten sie einen unüberbrückbaren Antagonismus zwischen dem auf katholischer Religion und lateinischer Sprache gründenden Abendland und dem von Orthodoxie und Byzantinismus geprägten Osten, den Feldman mit den Attributen „rückständig“ und „bar-

---

185 Jaworski, Polen als Brückenkopf, S. VI f. und XII; Chołoniewski, S. 83; sowie die anonym veröffentlichte Broschüre: Polens Unabhängigkeit, Europas Gleichgewicht. „Suum cuique“, Luzern 1915, S. 3 f. und 32 ff.

186 Przybyszewski, Polen, S. 5 f.; ders.: Von Volk zu Volk, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 26.-28.04.1916.

187 Ders., Polen, S. 10.

188 Ebenda, S. 14 f.

189 Ders., Seele, S. 1 f.

190 Ders.: Von Volk zu Volk, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 26.04.1916, Nr. 210, vom 28.04.1916, Nr. 214; ders., Seele, S. 4.

191 Matuszek, S. 82 f.

192 Glabiszewski, S. 53; Suleja, System polityczny, S. 171.

barisch" bedachte.[193] Damit schlossen sie an die polnischen Modernisierungsdebatten im 19. Jahrhundert an und beanspruchten für Polen nicht nur die Teilhabe am hochstehenden Kulturniveau, sondern auch am wirtschaftlichen und technischen Fortschritt Europas.[194] Des Weiteren diente die Abgrenzung von Russland dazu, den Anspruch auf die südlichen und östlichen Gebiete des historischen Polens zu unterstreichen. Mit der territorialen Ausdehnung in dieser Richtung sollte die „polnische Kriegsfront" gegen Russland gerichtet werden, da Polen sich auf die Sicherung und Besiedlung dieser Landstriche konzentrieren müsse.[195]

Von der Verwirklichung ihrer Konzeptionen versprachen sich die beiden Publizisten nicht nur politische, wirtschaftliche und militärische Vorteile für Polen, sondern vor allem auch für Deutschland, das einen Bündnispartner gewinne, neue Absatzmärkte erschließe und ertragreiche Investitionsmöglichkeiten erhalte.[196] Die „politische Freundschaft zwischen Polen und Deutschen" sei möglich, bekräftigte Feldman seinen Standpunkt in der imperialistischen Zeitschrift *Das größere Deutschland*.[197] Allerdings machten Feldman und Studnicki deutlich, dass die Mittelmächte auch Zugeständnisse machen müssten, wenn sie ihre Einflusssphäre im Osten erweitern wollten: Zum einen sei der Abbau der repressiven Polenpolitik in Preußen nötig. Ohnehin würde ein Großteil der preußischen Polen in den neuen polnischen Staat übersiedeln, suchten sie die positiven Effekte einer Verständigung für die preußischen Ostprovinzen hervorzukehren und die Befürchtung einer Irredenta auszuräumen.[198] Feldman ging sogar so weit, die Enteignung polnischer Grundbesitzer in Preußen zu empfehlen, um die Abwanderung der Polen in den neuen polnischen Staat zu fördern.[199] Zum anderen wandten sich Feldman und Studnicki entschieden gegen die in den Kreisen der deutschen Rechten kursierenden und zunehmend offensiv vorgetragenen Forderungen der Annexion polnischer Gebiete, um die deutsche Ostgrenze strategisch zu verbessern und neues Siedlungsland zu schaffen. Dabei wurde auch der Gedanke einer ethnischen Flurbereinigung aufgeworfen.[200] Doch dadurch würde eine unversöhnliche Feindschaft

---

[193] Feldman, Zukunft, S. 16; ders., Deutschland, S. 52-69; ders.: Die polnische Frage, in: Das größere Deutschland 1 (1914), 36, S. 1094-1106, hier S. 1100 und 1103; ders., Polen, S. 45; Studnicki, Umgestaltung, S. 9 f. – Entsprechend beschrieb Feldman die polnische Gegenwartsliteratur als Teil der europäischen Literatur. Feldman, Literatur.

[194] Vgl. Jedlicki, insb. die Kapitel 5 und 6.

[195] Studnicki, Umgestaltung, S. 13-16, 19 (Zitat) und passim; Feldman, Lösung, S. 29; ders., Deutschland, S. 79 f.; ders.: Die staatsbildenden Faktoren Polens, in: Kieler Neueste Nachrichten vom 09.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 113 f.

[196] Studnicki, Umgestaltung, S. 5 f. und 18; Feldman, Deutschland, S. 34; ders., Lösung, S. 32 ff.; ders., Zukunft, S. 28 f. Vgl. Glabiszewski, S. 60 f.

[197] W. Feldman: Die polnische Frage, in: Das größere Deutschland 1 (1914), 36, S. 1094-1106, hier S. 1104.

[198] Feldman, Lösung, S. 28; ders., Deutschland, S. 80; Studnicki, Umgestaltung, S. 16 f.

[199] Feldman, Zukunft, S. 32.

[200] Geiss, S. 47-70; Mommsen, Anfänge; Henschel.

der Polen gegen die Deutschen heraufbeschworen, suchten Feldman und Studnicki den deutschen Lesern die Kehrseite der Annexions- und Umsiedlungspläne aufzuzeigen.[201]

Die Rezeption der Veröffentlichungen Feldmans und Studnickis in der deutschen Presse ist vielfältig und zum Teil widersprüchlich. Als Beispiele für charakteristische Positionen können eine wohlwollende und eine geringschätzige Rezension angeführt werden. In einer positiven Besprechung begrüßte der Historiker und Mitarbeiter der *Preußischen Jahrbücher*, Emil Daniels, dass die polnischen Publizisten keine Ansprüche auf preußisches Gebiet erhoben und diese Zusicherung auch für die polnische Bevölkerung glaubhaft zu belegen suchten. Allerdings wollte Daniels versteckte politische Ambitionen entdeckt haben: So habe Studnicki versucht, sich „den Deutschen angenehm zu machen", indem er die freiwillige Umsiedlung der preußischen Polen in den zu gründenden Staat prophezeite, während Feldman die Bevölkerungszahlen des anvisierten Staates herunterrechne, um die deutschen Leser nicht durch ein bevölkerungsreiches Polen abzuschrecken.[202] Auf der anderen Seite erinnerte die freikonservative *Post* daran, dass die polnischen Publizisten Bedingungen und Forderungen formulierten, obwohl ihr Schicksal allein in deutscher Hand liege. Unmissverständlich forderte das Blatt, den deutschen Interessen im besetzten Polen absoluten Vorrang einzuräumen.[203]

Besonders Studnickis Vorstellungen stießen unter den politischen Entscheidungsträgern Deutschlands, die auf der Suche nach Verbündeten im Krieg waren, auf Interesse. Studnicki, der als herausragender „Germanophiler" unter den Polen galt[204], suchte den Warschauer Generalgouverneur von Beseler im Mai 1916 in einem Gespräch von seiner Auffassung zu überzeugen und stellte in einem Memorandum ein polnisches Heer in Aussicht.[205] Im Juli 1916 wurde auf seine Initiative der Klub der polnischen Etatisten (Klub Państwowców Polskich) in Warschau gegründet, der die Errichtung eines polnischen Staates in Anlehnung an Deutschland und die Schaffung eines Heeres anstrebte. Auf Veranstaltungen, in Aufrufen und Resolutionen warb der Klub öffentlichkeitswirksam für seine Ziele.[206] Obwohl die „germanophile" politische Strömung in Polen keinen großen Rückhalt in der Bevölkerung besaß, wurde sie in der Folge zu einem wichtigen Träger der aktivistischen Politik in Polen[207], die von verständigungswilligen deutschen Blättern bereitwillig als politischer Vertreter der polnischen Bevölkerung anerkannt wurde.

Mit ihren Veröffentlichungen verstärkten die polnischen Publizisten nicht nur den Eindruck in der deutschen Öffentlichkeit, dass die Polen die Abtrennung Kongresspo-

---

201 Feldman, Deutschland, S. 74-77; ders., Zukunft, S. 64 f.; Studnicki, Umgestaltung, S. 20-26. Siehe auch Wilkiewicz, S. 377.

202 Daniels: Die Polen, in: Preußische Jahrbücher 160 (1915), 4, S. 159-176, hier S. 163 ff., Zitat S. 164.

203 Eine falsche Voraussetzung, in: Die Post vom 10.11.1915, Nr. 573. Siehe auch: Polenzauber, in: Die Post vom 05.09.1915, Nr. 451; Die Polenfrage, in: Die Post vom 05.10.1915, Nr. 506.

204 Suleja, System polityczny, S. 171.

205 Gzella, S. 174 f. Vgl. die Erinnerungen Studnickis. Studnicki, Irrwege, S. 17-20.

206 Pawłowski, S. 140 ff. Siehe auch Suleja, System polityczny, S. 172 f.; Gzella, S. 177 f.

207 Stadtmüller, S. 232 ff.

lens von Russland wünschten.[208] Vielmehr erhoben sie den Anspruch, als Wegbereiter einer neuen staatsrechtlichen und politischen Entwicklung in Polen zu gelten und daran teilzuhaben. Ihre Entwürfe sollten die öffentliche Debatte über Polen anregen und in ihrem Sinne beeinflussen. Laut dem Krakauer Philosophen und Professor Moritz Straszewski war dieses Vorhaben erfolgreich, denn er belegte anhand von Auszügen und Zitaten den Konsens in der deutschen Presse, dass die „polnische Frage" während des Krieges gelöst werden müsse.[209]

Nach der Proklamation des Königreiches Polen im November 1916 veränderten sich die Entwürfe der polnischen Verfasser nur wenig, da die Mittelmächte lediglich eine Absichtserklärung über die Errichtung eines polnischen Staates abgegeben hatten. Immerhin schienen die Kaiserworte die Verständigung zwischen Deutschen und Polen eingeläutet zu haben. In Veröffentlichungen von polnischer Seite rückten nun verstärkt Forderungen nach einem vollständig entwickelten Staatswesen mit größtmöglicher Unabhängigkeit, nach territorialer Ausdehnung im Osten und nach der Revision der preußischen Polenpolitik in den Vordergrund. Dabei versicherten die polnischen Verfasser stets, dass sie die Politik der Mittelmächte in Polen begrüßten und unterstützten.[210] Mit Kritik an der Besatzungsherrschaft hielten sie sich zurück und formulierten diese allenfalls positiv, beispielsweise als Frage oder Wunsch, eine verbindliche Zusicherung über die Zukunft Polens zu erhalten oder die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zu mildern.[211] Klagen über Härten der Verwaltung und Versäumnisse der Besatzungsmächte wurden nicht in der Öffentlichkeit vorgetragen. Allein in vertraulichen Denkschriften rügte Władysław Studnicki die fehlende polnische Beteiligung an den politischen Entscheidungen über Polen, zu geringe Machtbefugnisse für polnische Institutionen und die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes.[212] Feldman spitzte die Kritik noch zu und behauptete in einem Vortrag in geschlossenem Kreise, dass Polen wie Feindesland behandelt werde.[213]

Die polnischen Publizisten und Schriftsteller waren in mehrfacher Hinsicht bedeutend für die öffentliche Debatte über die „polnische Frage". Sie eröffneten dem deutschen Publikum ihre Perspektive auf das besetzte Land und unterbreiteten ihm konkrete Angebote für die Transformation des bisherigen russischen Herrschaftsgebietes in einen wertvollen Bündnispartner Deutschlands und Österreich-Ungarns. Indem sie Polen eindeutig auf der Seite der Mittelmächte verorteten und die Vorteile für alle Beteiligten darlegten, konnte der einzige Verlierer einer staatsrechtlichen Umwälzung Ostmitteleuropas nur Russland sein. Die polnischen Verfasser vertrauten auf die militärische Stärke der Mittelmächte und setzten deren Sieg im Weltkrieg für die Verwirklichung

---

208 Siehe beispielsweise GUTTRY, S. XVII f.; RZYMOWSKI, S. 28 f.

209 STRASZEWSKI, S. 59-65.

210 DASZYŃSKA-GOLIŃSKA; GÓRSKI, S. 28; M. LEMPIZKI: Die gegenwärtigen polnischen Stimmungen, in: Nord und Süd 41 (1917), 160, S. 264-271, hier S. 267 f.; GRAF MIELZYNSKY: Polen will unabhängig werden. (Ein offener Brief), ebenda, S. 262 f.; DRUCKI-LUBECKI: Die Zukunft der polnischen Landwirtschaft, ebenda, S. 254-261, hier S. 260 f.

211 FELDMAN, Zukunft, S. 14 f. und 20; GUTTRY, S. XVII.

212 STUDNICKI, Ostmarkenfrage, S. 8; DERS., Bedingungen, S. 20-23.

213 FELDMAN, Wahrheit, S. 8, 10 f. und 14 (Zitat).

ihrer Entwürfe voraus. Wie selbstverständlich nahmen sie für sich in Anspruch, für die gesamte polnische Nation zu sprechen. Zweifel am Rückhalt der eigenen politischen Vorstellungen in der polnischen Bevölkerung äußerten sie nicht. Allerdings präsentierten sie den deutschen Lesern nur einen Ausschnitt aus den polnischen Diskussionen über die zukünftige Gestaltung des Landes. Denn die Russland und den Westmächten zuneigenden Befürworter eines unabhängigen Polen meldeten sich nicht in deutscher Sprache zu Wort.[214]

Darüber hinaus lieferten die polnischen Verfasser Begründungen und Argumente für die Wiedererrichtung eines polnischen Staates, die im weiteren Verlauf der Debatte von deutscher Seite aufgegriffen und diskutiert wurden. Zugleich suchten sie die wesentlichen Vorbehalte gegen die polnische Staatlichkeit auszuräumen und bekundeten entschieden den Willen zum Bündnis mit den Mittelmächten. Obwohl die Argumentationen und Schlussfolgerungen in vielen Punkten vage blieben, bildeten die Veröffentlichungen in ihrer Detailfülle beachtliche Materialsammlungen für die öffentliche Diskussion über die „polnische Frage“. Da sie direkt zugänglich waren, nicht etwa in – möglicherweise entstellten – Zitaten und Paraphrasierungen wiedergegeben wurden, boten sie den deutschen Lesern die Möglichkeit, sich mit den unverfälschten politischen Vorstellungen und Wünschen der Polen zu befassen.

Schließlich enthielten die Entwürfe der polnischen Verfasser ein verlockendes Angebot an die gemäßigte Richtung der deutschen Kriegszieldebatte. Indem sie die außenpolitische Erweiterung des deutschen Einfluss- und Machtbereichs mit einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik kombinierten, lieferten sie schlagende Argumente gegen Annexionen. Zudem bestätigten sie die Vorstellung, dass die Mittelmächte einen Verteidigungskrieg führten. Namentlich die Mehrheitsparteien des Reichstags – Sozialdemokratie, Fortschrittliche Volkspartei und Zentrumspartei – konnten die polnischen Entwürfe als verheißungsvolle Alternativen zu den Annexionsforderungen der Rechten auffassen, schienen diese doch die Vorstellung Naumanns zu erfüllen, dass die Völker Ostmitteleuropas sich freiwillig einem mitteleuropäischen Staatenbund anschließen würden. Da die polnischen Verfasser zumindest bis zur Proklamation des Königreiches Polen durchweg optimistisch, mitunter sehr emphatisch für ihre Positionen warben, ohne offen Kritik an der Politik der Mittelmächte in Polen zu üben, musste der Eindruck entstehen, als handele es sich um erfolgversprechende Optionen für die staatsrechtliche und territoriale Neugestaltung Ostmitteleuropas.

1.5 Polen als „Kriegsziel“ – Bündnis oder Annexion

Mehr noch als für die Entwürfe polnischer Verfasser zur Zukunft Polens galt für die Veröffentlichungen aus deutscher Feder, dass es sich selten um detailliert ausgearbeitete Programme mit konkreten Forderungen handelte. Meist knüpften die deutschen Verfasser an tagespolitische Ereignisse mit Bezug zu Polen an, um die verschiedenen Optionen der zukünftigen Gestaltung Polens, die Möglichkeit der baldigen Verwirklichung sowie die potenziellen Vor- und Nachteile zu diskutieren. Dabei drehte sich die

[214] Zur Diskussion über die Zukunft Polens in der polnischsprachigen Öffentlichkeit STADTMÜLLER, S. 215-309.

öffentliche Diskussion über die Zukunft Polens im Kreis; fast zwangsläufig wiederholten die Beteiligten immer dieselben Argumente und Einwände, die sie mitunter neu zusammenfügten oder schlicht als Vorwissen des Lesers voraussetzten. Während die Entwürfe polnischer Verfasser in der Mehrzahl in den Jahren 1915 und 1916 publiziert wurden, veröffentlichten die deutschen Verständigungsbefürworter ihre Vorstellungen eines polnischen Staates besonders in den Jahren 1916 und 1917. Die Publikationen aus den Kreisen der deutschen Rechten wiederum nahmen im Laufe des Krieges kontinuierlich zu und bestimmten ab 1917, vor allem aber im letzten Kriegsjahr die Debatte über die „polnische Frage".[215] Insofern können die Entwürfe deutscher Verfasser teilweise als Reaktion auf die polnischen Vorstellungen wie auch auf die Proklamation des Königreiches Polen im November 1916 und die folgende politische Entwicklung gelesen werden.

Für die deutschen Befürworter einer Verständigung mit Polen bildeten die „austropolnische Lösung" und das von Bethmann Hollweg und Beseler vertretene selbständige Polen im Bündnis mit beiden Mittelmächten die Eckpfeiler der Diskussion. Andere Möglichkeiten, beispielsweise ein vollkommen unabhängiges Polen, die Aufteilung des Landes unter den Mittelmächten oder die Angliederung an das Deutsche Reich, zogen sie nicht ernsthaft in Erwägung. So wurde der von Hans Delbrück aufgeworfene Gedanke einer Personalunion Sachsen-Polen kaum rezipiert[216], das Kondominium einer parallelen Herrschaft Deutschlands und Österreich-Ungarns über Polen hingegen als irrelevant abgetan.[217]

In ihren Veröffentlichungen begründeten die deutschen Verständigungsbefürworter die Abtrennung Polens von Russland, stellten Überlegungen zur inneren staatsrechtlichen Gestaltung und dem zwischenstaatlichen Verhältnis zu den Mittelmächten an und boten Ausblicke auf die weitere politische Entwicklung. Als Grundlage ihrer Erörterungen dienten eigene Erfahrungen infolge von Reisen ins besetzte Polen[218], ferner aktuelle themenbezogene Veröffentlichungen und Zeitungsartikel.[219] Anders als in den üblicherweise klar strukturierten Denkschriften, deren Verfasser in der Regel eindeutiger und zielorientierter argumentierten, waren die Veröffentlichungen inhaltlich unzusammenhängender, weniger fordernd und mit Blick auf die breite Leserschaft verhältnismäßig alltagssprachlich gehalten.

---

215 Siehe weiter unten, Kap. III.3.

216 Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens, in: Preußische Jahrbücher 161 (1915), 9, S. 556-561, hier S. 560 f. – Obwohl Delbrück die Personalunion mit Sachsen nur flüchtig erwähnte und diese Idee auch in der zeitgenössischen Diskussion keine Rolle spielte, wird sie in historiografischen Arbeiten immer wieder angeführt. Wilkiewicz, S. 354; Krasuski, Spór, S. 217; zuletzt Szymczak, S. 26.

217 Grabowsky, S. 89-99. – Für die breite Ablehnung in der deutschen und österreichisch-ungarischen Presse J. K.: Zur polnischen Frage, in: Leipziger Volkszeitung vom 05.04.1916 und 07.04.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 114 f.; Das Kondominium, in: Frankfurter Zeitung vom 28.04.1916, erstes Morgenblatt; Aus der politischen Tageschronik, in: Polen 2 (1916), Nr. 63, S. 300 f., Nr. 64, S. 329.

218 Bahr; Naumann, Polen.

219 Helmolt; Bachem.

Viele Verständigungsbefürworter stimmten der Regierungslinie zu und erachteten die Wiedererrichtung des polnischen Staates als bestmögliche Lösung für das besetzte Land und für die Mittelmächte. Hans Delbrück beispielsweise begrüßte die beabsichtigte Vertiefung des Zweibundes und unterstützte den eingeschlagenen Kurs eines Ausgleichs zwischen Deutschen und Polen, zumal er in den Worten des Reichskanzlers das Programm wiederzuentdecken meinte, das er in den vergangenen Jahrzehnten vertreten hatte.[220] Einigkeit bestand darin, dass die Rückgabe an Russland oder die bloße Beibehaltung der Besatzungsverwaltung heftige Konflikte zwischen den Mittelmächten und Polen hervorrufen und langfristig den Sicherheitsinteressen gegen Russland schaden würden.[221] Daher wurde das „Entblättern der russischen Artischocke“[222] – die Schwächung des bevölkerungsreichen Russlands durch Abtrennung der sogenannten „Fremdvölker“ – zur Grundlage der Überlegungen zur Zukunft Polens gemacht. In der Regel gliederten die Verständigungsbefürworter den polnischen Staat in ein supranationales System unter der Führung Deutschlands bzw. der Mittelmächte ein und wiesen ihm die Rolle eines Pufferstaates mit Verteidigungsaufgaben gegen Russland zu.[223] Doch was die innere Gestaltung, die territoriale Ausdehnung und die Machtbefugnisse Polens anbetraf, waren die Unterschiede in den Entwürfen mitunter bedeutend.

Für die Anhänger des Mitteleuropagedankens war ein polnischer Staat ohnehin nur im Rahmen eines übergeordneten Staaten-, Wirtschafts- und Militärbündnisses möglich. Umgekehrt schien Mitteleuropa ohne den geografisch nächstliegenden Nachbarn der Mittelmächte kaum denkbar.[224] Der Wille der Polen zu einem eigenen Staat im Anschluss an den Westen überschneide sich mit den Wünschen der Mittelmächte zur Errichtung eines mitteleuropäischen Staatenbundes, stellte etwa der Historiker Hermann Oncken fest und forderte beide Seiten auf, „in europäischen Zusammenhängen zu denken“.[225] Neben den langfristigen Aussichten auf eine stabile wirtschaftliche und militärische Interessengemeinschaft eröffne Mitteleuropa auch kurzfristige Chancen: Den Polen werde die Möglichkeit geboten, den Aufbau des Staatswesens und die Bildung eines Heeres voranzutreiben, während die Mittelmächte mit der militärischen Unterstützung und der baldigen Etablierung eines Pufferstaates gegen Russland rechnen konnten.[226] Die konkreten staatsrechtlichen Beziehungen Polens zu den einzelnen

---

[220] Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens, in: Preußische Jahrbücher 161 (1915), 9, S. 556-561, hier S. 556. Siehe auch Krasuski, Spór, S. 214-221.

[221] Delbrück: Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen, in: Preußische Jahrbücher 168 (1917), 3, S. 493-501, hier S. 499; Naumann: Die österreichisch-polnische Lösung, in: Die Hilfe 23 (1917), 46, S. 684 ff., hier S. 686; Helmolt, S. 77.

[222] Helmolt, S. 17. Siehe auch Rohrbach, Rußland, S. 3 f.; ders.: Spala 1915, in: Polnische Blätter 2 (1916), 14, S. 138-145, hier S. 140 f. und 144.

[223] Sering, Einleitung, S. XVIII f.; Helmholt, S. 50 f. und 77; M. Spahn: Westrußland oder Ostmitteleuropa?, in: Der Tag vom 21.11.1917, illustrierter Teil.

[224] Naumann, Polen, S. 47; Walther Schotte: Der mitteleuropäische Waffenbund, in: Berliner Volkszeitung vom 17.05.1918, Nr. 247; Polen, der Eckstein Mitteleuropas, in: Mitteleuropa 2 (1918), 37, S. 413 f.

[225] Oncken, S. 126. Siehe auch Friedrich Naumann: Tschechen und Polen, in: Die Hilfe 21 (1915), 31, S. 492 f.

[226] Naumann, Polen, S. 3, 15 und 35-38; Oncken, S. 124 f.

Mächten erschienen in einem Staatenbund sekundär. Stattdessen legte Friedrich Naumann besonderen Wert darauf, einen zufriedenstellenden Kompromiss für alle beteiligten Völker zu finden.[227] Wichtig war ihm die Signalwirkung einer Verständigung der Mittelmächte mit Polen für die übrigen westslawischen Völker Ostmitteleuropas, die er für seine Idee eines Staatenbundes zu begeistern hoffte.[228]

Im Gegensatz zu den Mitteleuropakonzeptionen stand Georg Gotheins detaillierter Entwurf eines Nationalitätenstaates Polen, der Kongresspolen, Litauen und Kurland umfassen und mit innerer Selbstverwaltung und weitgehenden Minderheitenrechten ausgestattet sein sollte. Den Polen stehe aufgrund ihrer Bevölkerungsmehrheit die führende Rolle zu. Mit den Mittelmächten sollte dieser Staat lediglich durch seine wirtschaftlichen „Lebensinteressen" verbunden sein. Gothein war überzeugt, dass ein großer toleranter Nationalitätenstaat auf dem ethnisch heterogenen Gebiet Ostmitteleuropas weit weniger innen- und außenpolitisches Konfliktpotenzial biete als mehrere Nationalstaaten mit starken nationalen Minderheiten.[229] Offenbar suchte er den Ausgleich zwischen nationalen Bevölkerungsgruppen, den er für das Deutsche Reich anstrebte, auf die besetzten Gebiete im Osten zu übertragen und in seinem liberalen Staatsentwurf zu verwirklichen.[230]

Trotz der inhaltlichen Unterschiede in ihren Entwürfen stimmten Naumann und Gothein darin überein, dass die Annexion polnischer Gebiete ausgeschlossen sei, um das Bevölkerungsverhältnis in Deutschland nicht zu verändern. Die deutschen Verständigungsbefürworter standen der Angliederung polnischer Gebiete überwiegend ablehnend gegenüber und ließen die Begründungen der strategischen Verbesserung der Grenzen, der Erweiterung der Rohstoffvorkommen oder der Schaffung von neuen Siedlungsmöglichkeiten im Osten nicht gelten.[231] Da die Festlegung der Grenzen des polnischen Staates großes Konfliktpotenzial barg, wurde das Thema in vielen Veröffentlichungen nur am Rande behandelt. Was die territoriale Erweiterung Polens im Norden und Osten um litauische, kurländische und weißrussische Gebiete anbetraf, zeigten sich die deutschen Verfasser verhandlungsbereit; dasselbe galt für einen Zugang Polens zum Meer über die kanalisierte Weichsel und den Hafen Danzigs.[232] Die deutsche Ostgrenze galt hingegen als unantastbar und sei von den Polen bedingungslos anzuerkennen.[233]

---

[227] Naumann, Polen, S. 55 f. – Da sich Naumann von der Vereinigung des österreichischen Kronlandes Galizien mit Kongresspolen eine größere Stabilität des Staatenbundes versprach, legte er sich schließlich auf die „österreichisch-polnische Lösung" fest. Ders.: Die österreichisch-polnische Lösung, in: Die Hilfe 23 (1917), 46, S. 684 ff., hier S. 685.

[228] Ders.: Polnische Schwierigkeiten, in: Die Hilfe 23 (1917), 9, S. 136 ff., hier S. 138.

[229] Gothein, S. 87.

[230] Da Gothein keine supranationale Struktur vorgesehen hatte, stieß sein Entwurf bei den Anhängern der Mitteleuropaidee auf scharfe Kritik. Siehe beispielsweise Walther Schotte: Polen, ein Nationalstaat oder ein Nationalitätenstaat?, in: Die Hilfe 23 (1917), 25, S. 410 ff.

[231] Naumann, Polen, S. 49 f.; Gothein, S. 25-29; Polen und Mitteleuropa, in: Die Hilfe 24 (1918), 27, S. 314 f.

[232] Helmolt, S. 22 f.; Bahr, S. 35 f.; Rohrbach, Kriegsziel, S. 4 f.

[233] Exemplarisch Rohrbach, Kern, S. 490.

Angesichts der konkreten Interessen und Erwartungen, die auf deutscher Seite mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates und der Anlehnung an die Mittelmächte verbunden waren, traten die gemeinsamen kulturellen, religiösen und sprachlichen Wurzeln des europäischen Abendlandes in den Hintergrund. Solche Bezugnahmen wirkten nurmehr wie schmückendes rhetorisches Beiwerk. Friedrich Naumann stellte die kulturelle Verbundenheit sogar pragmatisch in den Dienst seiner wirtschaftlichen Mitteleuropakonzeption. Seiner Ansicht nach waren die deutsche und westslawische Kultur weniger im literarischen und ästhetischen Bereich, sondern vielmehr in technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen eng miteinander verbunden. Die Übernahme deutscher Technik und Arbeitsweise durch Polen diente ihm als Grundlage für die „Anbahnung einer Kulturgemeinschaft".[234] Dieser Logik zufolge habe Polen die von Deutschland vollzogene Entwicklung in den Bereichen Kultur, Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur nachzuholen, um am zivilisatorischen und kulturellen Fortschritt Europas zu partizipieren.

Die deutschen Verständigungsbefürworter erwarteten außerdem, dass die Wiederherstellung Polens zugleich Ausdruck und Grundlage einer Neuorientierung im deutsch-polnischen Verhältnis sei und zwangsläufig auf die Revision der preußischen Polenpolitik hinauslaufe.[235] Ein Bündnis der Mittelmächte mit Polen schien mit den antipolnischen Ausnahmegesetzen in Deutschland nicht vereinbar. Der Publizist Paul Rohrbach, der als Vertreter einer „Randstaatenpolitik" die Abtrennung der nichtrussischen Völker von Russland verfocht, brachte den Sachverhalt auf den Punkt: Es sei „natürlich ausgeschlossen, daß wir gegen die Polen, die innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches verbleiben, schroffe Politik machen", sofern das polnische Volk Garantien für verträgliche Beziehungen zu Deutschland gebe. Eine Rückkehr zum „Hakatismus" erschien ihm undenkbar, da sowohl die außenpolitische Rücksicht auf Russland als auch die innenpolitische Begründung für die repressive Polenpolitik entfallen seien: „Welcher Mensch würde jetzt noch ein Wort von der polnischen Gefahr glauben!", stellte Rohrbach angesichts der Pflichterfüllung und Tapferkeit der preußischen Polen im deutschen Heer apodiktisch fest.[236]

Ferner hofften die deutschen Verständigungsbefürworter, dass angesichts einer Revision der Polenpolitik die radikalen Führer sowohl des deutschen „Hakatismus" als auch der „großpolnische[n] Bestrebungen" gezügelt würden.[237] Zugleich suchten sie sich

---

[234] Naumann, Polen, S. 27-30, Zitat S. 29. Siehe auch Eduard Grabowski: Polen auf dem wirtschaftlichen Wendepunkt, in: Nord und Süd 41 (1917), 160, S. 271-281, hier S. 278 ff.

[235] Siehe beispielsweise Bachem, S. 3 ff.; Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens, in: Preußische Jahrbücher 161 (1915), 9, S. 556-561, hier S. 559; Friedrich Naumann: Polnische Schwierigkeiten, in: Die Hilfe 23 (1917), 9, S. 136 ff., hier S. 137; Gothein, S. 23, 32 f. und 86. – Aus sozialdemokratischer Perspektive musste die Wiedererrichtung Polens mit dem Sieg des demokratischen Europa einhergehen, in dem die Gleichberechtigung der Nationalitäten ohnehin verwirklicht sei. Hermann Kötzschke: Sozialdemokratie und Polen im neunzehnten Jahrhundert, in: Die Glocke 3 (1918), 49, S. 816-823, hier S. 820 f.

[236] Rohrbach, Kern, S. 494.

[237] Oncken, S. 126-129, Zitat S. 127; Delbrück: Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen, in: Preußische Jahrbücher 168 (1917), 3, S. 493-501, hier S. 499 f.; Gothein, S. 86 f.;

als Wortführer und Wegbereiter einer allgemeinen Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis sowie enger politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehungen zu etablieren. Folgt man ihren mitunter euphorisch anmutenden Veröffentlichungen, war die Aussicht auf die Verwirklichung einer solchen Verständigungspolitik noch während des Krieges äußerst günstig. Um ihren Entwürfen größeres Gewicht in der öffentlichen Diskussion zu verleihen, behaupteten sie, sich im Einklang mit der „öffentlichen Meinung" und dem Willen der Bevölkerungsmehrheit zu befinden, die sie als wohlwollend gegenüber den Polen und als tendenziell verständigungsbereit beschrieben.[238]

Zwar waren die Entwürfe für einen polnischen Staat auf Grundlage einer deutsch-polnischen Verständigung hinsichtlich ihrer Reichweite und Rezeption nicht mit den massenhaft veröffentlichten Kriegsschriften aus den Kreisen der deutschen Rechten zu vergleichen, die in teils sehr hohen Auflagen herausgegeben wurden.[239] Bedeutsam ist jedoch die Tatsache, dass die Verständigungsbefürworter ihre Entwürfe unabhängig von den Chancen auf Verwirklichung überhaupt aufwarfen, verbreiteten und die Möglichkeiten erörterten, eine für alle betroffenen Völker und Staaten – mit Ausnahme des militärisch unterlegenen Russlands – annehmbare und dauerhafte politische Lösung zu erreichen. Damit wurde den Lesern signalisiert, dass es realisierbare Optionen für einen polnischen Staat gebe, die von den politischen Entscheidungsträgern aufgegriffen und umgesetzt werden müssten. Da die Verfasser sich in der Regel auf das politische Ziel konzentrierten, die praktische Durchführung und die damit verbundenen Schwierigkeiten aber nur vage skizzierten oder vollständig ausklammerten, konnten ihre Entwürfe als unproblematisch und verheißungsvoll erscheinen. Dabei bewerteten sie die unsicheren Variablen, wie den erwarteten militärischen Sieg der Mittelmächte, die Einwilligung Österreich-Ungarns und insbesondere die Bereitschaft der Polen, zumeist sehr zuversichtlich, um die Erfolgsaussichten ihrer Entwürfe zu unterstreichen. Dasselbe galt für die polnischen Publizisten und Politiker.

Im krassen Widerspruch zu den Konzeptionen einer politischen Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen standen hingegen die Vorstellungen der deutschen Rechten. Zwar wurde der Gedanke, einen abhängigen polnischen Vasallenstaat zu schaffen und große Gebiete an der deutschen Ostgrenze zu annektieren, auch in der politischen und militärischen Führung Deutschlands erwogen. Es waren aber vor allem die deutschen Rechten und die radikalnationalistischen Verbände, die solche Pläne in vertraulichen Denkschriften entwickelten und nach der Freigabe der Kriegszieldiskussion ab Ende 1916 in der Öffentlichkeit immer lauter und nachdrücklicher vortrugen.[240]

In den vertraulichen Schriften pochten sie durchweg auf die Entscheidungshoheit des Deutschen Reiches über Polen, das sich dieses Vorrecht durch die militärische Er-

---

Bachem, S. 16.

[238] So z.B. Julius Bachem, der zur Bekräftigung seiner Argumentation auf die passenden Äußerungen von polnischer Seite hinwies. Bachem, S. 7-10.

[239] Zbigniew Wilkiewicz zufolge dürften die Veröffentlichungen zur „Polenfrage" wegen ihrer großen inhaltlichen Unterschiede nur einen unbedeutenden Einfluss auf die öffentliche Debatte ausgeübt haben. Wilkiewicz, S. 359.

[240] Mommsen, Urkatastrophe, S. 60-66; Wilkiewicz, S. 341-352.

oberung erworben habe. Folglich seien für die Umgestaltung Ostmitteleuropas einzig die deutschen Interessen maßgebend, ohne Rücksicht auf die besetzten Gebiete nehmen zu müssen. Dem lag die Forderung nach militärischer Sicherung des Reiches zugrunde, wobei nicht nur Russland, sondern auch Österreich-Ungarn als möglicher zukünftiger Kriegsgegner angesehen wurde. Ihre Vorstellungen gründeten die Verfasser auf völkische Argumentationsmuster und beriefen sich auf den vermeintlichen Kampf des „Allslawentums“ gegen das „Germanentum“, in dem allein der „völkisch-politische Nutzen“ Deutschlands als Entscheidungsmaxime gelte.[241] Als Lösungsmöglichkeit für das besetzte Polen entwickelten sie Konzepte der direkten Machterweiterung und indirekten Herrschaft in Ostmitteleuropa, um den Traum eines deutschen kontinentalen Imperiums zu verwirklichen.[242] Neben dem Sicherheitsbedürfnis Deutschlands war außerdem der Zugewinn an neuen Siedlungsgebieten und landwirtschaftlichen Flächen zur autarken Nahrungsmittelversorgung maßgebend.

Bereits vor der Freigabe der Kriegszieldiskussion im November 1916 wurden solche Vorstellungen öffentlich vorgetragen. So erörterte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbands Heinrich Claß im Mai 1916 in den *Alldeutschen Blättern* den Plan, einen polnischen „Schutzstaat“ an das Deutsche Reich anzugliedern, um die Ausbeutung der Rohstoffe und wirtschaftlichen Ressourcen zu ermöglichen und den militärischen Schutz der Grenzen zu garantieren. Dem neuen Staat wollte er lediglich eine eingeschränkte innere Selbstverwaltung zugestehen und die preußischen Polen durch einen „deutschbesiedelten Sicherungsstreifen“ an der deutschen Ostgrenze davon separieren.[243] Noch extremer hatte Claß seine Kriegsziele in einer vertraulichen Denkschrift von 1914 formuliert, die verboten und beschlagnahmt wurde, erst im Mai 1917 veröffentlicht werden konnte und dann reißenden Absatz fand.[244] Den Vorstellungen der Rechten zufolge sollten die besetzten Gebiete zwar völkerrechtlich an das Deutsche Reich angegliedert werden, in staatsrechtlicher Beziehung aber als Ausland gelten, sodass die Bevölkerung keine vollen Staatsbürgerrechte erhalte.[245]

Andere Entwürfe sahen die direkte Annexion polnischer Gebiete durch das Deutsche Reich und die Festlegung der deutschen Grenzführung nach militärstrategischen Gesichtspunkten vor. Der Professor für Geschichte in Berlin Dietrich Schäfer beklagte im Februar 1915 in einem Vortrag die strategisch ungünstige Ostgrenze Deutschlands und forderte, „durch Erweiterung seines Herrschafts- oder auch nur seines gesicherten Wirtschaftsgebiets“ im Osten zusätzlichen landwirtschaftlich nutzbaren Boden für

---

241 Hunkel, S. 4.

242 Schiele, Überseepolitik. Siehe auch Carl Jentsch: Wo liegt unser Kolonialland?, in: Die Grenzboten 75,3 (1916), 38, S. 375-378.

243 Heinrich Class: Grundsätzliches zur polnischen Frage, in: Alldeutsche Blätter 26 (1916), 21, S. 185-188. – Für das Projekt einer deutschen „Reichskolonie“ Polen Friedlaender; Hunkel. – Für die Beherrschung und Annexion der baltischen Gebiete: Die Notwendigkeit und Möglichkeit eines großen deutschen Siedlungswerkes im Osten. Von einem Siedlungsfachmann, München 1918; Broedrich.

244 Class, S. 6 f. Zur Angliederung eines polnischen „Nebenstaates“ und der Annexion eines „deutschbesiedelten Sicherungsstreifens“: ebenda, S. 57 f.

245 Exemplarisch Conrad Bornhak: Deutsche Schutzgebiete in Europa, in: Die Grenzboten 76,1 (1917), 10, S. 289-295.

die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zu erlangen.[246] Solche Vorstellungen beruhten auf weitreichenden Kolonialphantasien und wurden vor allem in vertraulichen Schriften ausführlich beschrieben. Um der Einbeziehung nichtdeutscher Bevölkerung in das Deutsche Reich vorzubeugen, wurde empfohlen, die Einheimischen aus den annektierten Gebieten auszusiedeln und Ansiedlungswillige aus dem Reich sowie deutsche Rückwanderer aus Russland dort sesshaft zu machen.[247] In den öffentlich zugänglichen Schriften waren die Forderungen nach deutschem Siedlungsland im Osten zwar weniger detailliert ausgeführt, dennoch wurde die Absicht der Annexion und des Bevölkerungsaustauschs zur Schaffung ethnisch homogener Nationalstaaten in der Regel deutlich hervorgehoben.[248]

Sieht man von den öffentlich zugänglichen Schriften und Vorträgen ab, blieben diese Vorstellungen für die Mehrheit der Deutschen bis Ende 1916 eher undeutlich. Die hinter den Kulissen der Öffentlichkeit propagierten Kriegsziele wurden mehr geahnt, als dass die zeitgenössischen Zeitungsleser exakt darüber Bescheid wussten.[249] Da das Verbot der Kriegszielerörterung und die Zensur die öffentliche Verbreitung explizit ausformulierter Programme der direkten Machterweiterung oder von Annexionen verhinderten, enthielten die Veröffentlichungen der deutschen Rechten in der Regel nur Andeutungen über die zukünftige Gestaltung des polnischen Territoriums. Meist war vage von der Erweiterung der politischen Einflusssphäre Deutschlands im Osten die Rede, ferner von strategischen und wirtschaftlichen Sicherheiten, die eine Veränderung des gegenwärtigen Zustandes erforderten. Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass die Leser die unbestimmten Ausführungen anhand der politischen Haltung des Vortragenden, Verfassers oder der Zeitung richtig einzuordnen wussten.[250] Die Adressaten der vertraulichen Denkschriften – neben den bedeutenden Akteuren aus Politik, Militär und Wirtschaft auch die gut vernetzten Journalisten und Publizisten – waren über die Kriegsziele der deutschen Rechten und der radikalnationalistischen Verbände ohnehin informiert.[251]

Als vorläufiges Resümee der deutschen öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" kann festgehalten werden, dass vor allem die polnischen Befürworter einer Verständigungspolitik offensiv hervorgetreten waren, um ihre Vision einer Entspannung im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen öffentlichkeitswirksam vorzutragen. Das Auftreten der polnischen Konservativen Preußens, der Meinungsaustausch zwischen Polen und Deutschen in den Periodika *Polen* und *Polnische Blätter*, schließlich die Entwürfe für einen polnischen Staat aus polnischer und deutscher Feder hatten die

---

246 SCHÄFER, Volk, S. 41 f., Zitat S. 42.

247 OSTMANN; BENADE. Siehe hierzu MOMMSEN, Anfänge; HENSCHEL.

248 [ERICH] KEUP: Die Notwendigkeit der Gewinnung von Siedlungsland. Ergänzte Ausführungen eines Vortrags, in: Archiv für Innere Kolonisation 7 (1915), 10, S. 266-275, hier S. 270 und 275; VIETINGHOFF, S. 23 ff. und 27 f.; KRANZ, S. 65 f. Vgl. NELSON, Archive, S. 79-85.

249 Siehe die Bemerkungen bei CONZE, S. 154 ff.

250 HENSCHEL, S. 63-67. – Siehe auch die zeitgenössische Zusammenstellung der auf Annexionen hindeutenden Äußerungen in der deutschen Öffentlichkeit in GRUMBACH.

251 Für die Pressearbeit und die vertraulichen Denkschriften des Deutschen Ostmarkenvereins während des Krieges OLDENBURG, S. 222-239.

„polnische Frage“ auf die öffentliche Agenda gesetzt. Nach Ansicht der polnischen und deutschen Verständigungsbefürworter bestand Bedarf nach einer Standortbestimmung ihres politischen Anliegens sowie nach Lösungen für ein akutes politisches Problem der Mittelmächte. Jedoch vertraten sie keineswegs die Mehrheit der polnischen oder deutschen Bevölkerung, auch wenn sie dies in ihren Publikationen selbstbewusst behaupteten. Allerdings profitierten sie bis 1916 in der öffentlichen Wahrnehmung davon, dass sowohl die deutschen Rechten als auch die polnische Nationaldemokratie in der Debatte eher passiv blieben. Somit besaßen sie die Deutungshoheit bezüglich der „polnischen Frage“ bzw. repräsentierten die – im zeitgenössischen Duktus – „öffentliche Meinung“ in Deutschland. Scharfe Auseinandersetzungen mit den deutschen Rechten blieben aus; stattdessen schien es, als würden die unterschiedlichen Konzeptionen der Verständigungsbefürworter miteinander um die Anerkennung des Publikums konkurrieren. Für die Leser der einschlägigen Veröffentlichungen über Polen musste daher in den ersten beiden Kriegsjahren der Eindruck entstehen, als bereite sich mit öffentlichen Debatte auch ein politischer Paradigmenwechsel hin zu einer Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen vor.

1.6 Der polnische Staat am Horizont: Deutsche und polnische Erwartungen

Die öffentlich vorgetragenen Entwürfe für einen polnischen Staat auf Grundlage einer deutsch-polnischen Verständigung weckten auf deutscher wie polnischer Seite unterschiedliche Erwartungen. Zwar stellten die Veröffentlichungen weder Modelle noch Prognosen für die weitere politische Entwicklung in Kongresspolen dar. Allerdings musste die beständige Erörterung unterschiedlicher Varianten einer Verständigungspolitik in der deutschen Öffentlichkeit die Zuversicht schüren, dass das Deutsche Reich tatsächlich von dem zu schaffenden Bündnis eines polnischen Staates mit den Mittelmächten und vom Abflauen des Nationalitätenkonflikts in Preußen profitieren würde. Zudem vertrauten die deutschen Verständigungsbefürworter darauf, dass die Polen sich gemäß den Versprechungen ihrer publizistischen Vertreter verhalten würden. Zuversichtlich sahen sie den ersten politischen Schritten zur Umsetzung ihrer Vorstellungen entgegen, die den Absichtserklärungen des Reichskanzlers folgen mussten, während die deutschen Rechten misstrauisch die ersten Rückschläge erwarteten.

Auch auf polnischer Seite wurde die Erwartungshaltung in eine baldige staatsrechtliche und territoriale Veränderung Kongresspolens bestärkt. Die Beseitigung des russischen Herrschaftssystems durch die deutsche und österreichisch-ungarische Besatzung deuteten bereits auf den Aufbau langfristiger Verwaltungsstrukturen in Polen hin. Ein deutliches Signal in dieser Richtung stellte die Eröffnung der Warschauer Hochschulen im November 1915 dar, wodurch der polnischen Bevölkerung die Förderung nationaler Bildung gewährt und zugleich die Zugehörigkeit Polens zum europäischen Abendland und zum deutschen Kulturraum öffentlichkeitswirksam unterstrichen wurden.[252]

Das öffentliche Gedenken an die Aufstände von 1830/31 und 1863 gegen die russische Herrschaft und die Feiern zum 125. Jahrestag der polnischen Verfassung vom

[252] Siehe weiter unten, Kap. III.2.3.

3. Mai 1791 verstärkten diesen Eindruck aus Sicht der Polen noch.[253] Als Generalgouverneur Beseler dem von polnischer Seite geäußerten Wunsch entsprach, den bevorstehenden Jahrestag der Maiverfassung öffentlich feiern zu dürfen, konnte er der als bedrückend wahrgenommenen Besatzungspolitik einen positiven Akzent entgegensetzen.[254] Zudem können die Feiern als Sonde verstanden werden, um die Stimmung der polnischen Bevölkerung als potenzieller Verbündeter der Mittelmächte gegen Russland zu erforschen.[255] Da die Maiverfassung in der kollektiven Erinnerung eine herausragende Bedeutung für die polnische Nation besaß, eignete sie sich hervorragend für dieses Anliegen: Als erste moderne Verfassung Europas, die das Ergebnis der staatsrechtlichen und sozialen Reformbemühungen darstellte, war sie im 19. Jahrhundert zum Symbol der Selbstbehauptung der polnischen Nation erhoben worden. Die feierlichen Gedenktage dienten der Vergewisserung der nationalen Gemeinschaft mit ausgesprochen antirussischer Stoßrichtung, weshalb die Feiern unter russischer Herrschaft untersagt waren.[256]

Am 3. Mai 1916 kam es zu eindrucksvollen Feiern in zahlreichen Städten des Generalgouvernements Warschau.[257] Die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* werteten diese als Manifestation der polnischen Nation und Ausdruck der antirussischen Haltung der polnischen Bevölkerung.[258] Dabei ordneten sie die Maiverfassung in das historische Streben der Polen nach Freiheit und Unabhängigkeit ein und betonten den Vorbildcharakter für die zukünftige politische und staatsrechtliche Gestaltung des Landes.[259] In der Ansprache Beselers, der die polnischen Reformbestrebungen und die Verabschiedung der Verfassung im Jahre 1791 als „Glück für Polen, vielleicht auch für Europa" gewürdigt hatte, wollten die *Polnischen Blätter* einen deutlichen Hinweis auf die Zukunft Polens entdeckt haben.[260]

Viele deutsche Zeitungen gaben eine Drahtmeldung des W.T.B. aus Warschau über die historische Bedeutung der Verfassung und den Verlauf der Feierlichkeiten wieder.[261] Einige Blätter wiesen zudem darauf hin, dass die Genehmigung der Feiern dazu beige-

---

253 Stanisław von Smolka: Nach fünfundachtzig Jahren, in: Polen 1 (1915), 50, S. 313-317, hier S. 314 und 317; Der 29. November, in: Polnische Blätter 1 (1915), 7, S. 201-205, hier S. 204; Recht geht vor Macht, in: Polnische Blätter 1 (1915), 8, S. 233-236, hier S. 234 f.; Der 21. Januar, in: Polnische Blätter 2 (1916), 12, S. 65-73, hier S. 65 und 72 f.

254 Spät, S. 476.

255 Gzella, S. 174 f.

256 Kusber, S. 690-695; Kałążny, S. 296-299.

257 Pajewski, Odbudowa, S. 97.

258 Nach den Warschauer Festlichkeiten, in: Polnische Blätter 2 (1916), 23, S. 133 ff.; In Krakau und in Warschau, in: Polen 2 (1916), 72, S. 169 f.

259 Varsoviensis: Der dritte Mai in Warschau, in: Polnische Blätter 2 (1916), 23, S. 149-154, hier S. 150 f.; Nemo: Polnische Verfassungsarbeit, in: Polen 2 (1916), 71, S. 142-145, hier S. 145.

260 „Ein Glück auch für Europa", in: Polnische Blätter 2 (1916), 25, S. 197-200, hier S. 200.

261 Exemplarisch: Feiern zur Erinnerung an die Genehmigung der Verfassung für Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 04.05.1916, zweite Ausgabe. – Dem *Vorwärts* zufolge seien durch das „bißchen Korrektur des Regierungsapparates" lediglich die feudale Wirtschaftsordnung, die rechtliche Ungleichheit der Klassen und die politische Vorrangstellung

tragen habe, die Ängste der polnischen Bevölkerung vor „Germanisierungsabsichten" zu zerstreuen, möglicherweise gar einen Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands herbeizuführen.[262] In der Drahtmeldung wurde ferner mitgeteilt, dass die Feiern in Ruhe und musterhafter Ordnung verlaufen seien, was die Wochenschrift *Polen* als Beleg für die „organisatorische Reife" der Polen verstanden wissen wollte.[263]

Besaßen die Feiern der Maiverfassung vergleichsweise symbolischen Charakter ohne praktische Bedeutung, markierte der Erlass Beselers vom 10. Mai 1916 über eine Stadt- und Wahlordnung für Warschau den Beginn der städtischen Selbstverwaltung.[264] Die bis dahin von der deutschen Zivilverwaltung und dem Warschauer Bürgerkomitee verwaltete Stadt sollte in freien und geheimen Wahlen einen Stadtrat wählen, der soziale, wirtschaftliche und kulturpolitische Angelegenheiten selbständig und mit eigenem Haushalt regeln sollte. Die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* begrüßten diesen „Vertrauensbeweis"[265] als bemerkenswerten staatsrechtlichen Fortschritt, der weit über die Stadtgrenzen hinaus wirke. Angesichts der konstituierenden Sitzung am 24. Juli 1916 hoben sie die Bedeutung des Stadtrates hervor, dessen gewählte Mitglieder das Vertrauen der polnischen Gesellschaft besäßen und die Bürger der Stadt repräsentierten. Mit ihrem geschlossenen Auftreten hätten die polnischen Parteien und politischen Gruppen die Einigkeit der polnischen Nation demonstriert.[266] Der Gegensatz zu Russland kam in dem Bestreben zum Ausdruck, „der Stadt Warschau ihren polnischen Charakter, frei von allen Rudimenten der russischen Herrschaft, zu erhalten".[267] In deutschen linksliberalen und sozialdemokratischen Blättern wurde besonders auf die Bedeutung des freien Wahlkampfes und der kommunalen Selbstverwaltung für die politische Willensbildung und die Einübung politischer Partizipation hingewiesen.[268]

---

des Adels zementiert worden. S. D–ski: Die polnische Konstitution vom 3. Mai, in: Vorwärts vom 24.05.1916.

[262] Warschauer Brief, in: Kölnische Volkszeitung vom 11.05.1916, Nr. 380 (Zitat); Jul. Bachem: Erfreuliches aus dem preußisch-polnischen Lager, in: Der Tag vom 16.05.1916, illustrierter Teil; Wiedergeburt eines polnischen Nationalfeiertages, in: Berliner Börsen-Courier vom 08.06.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 158 f. – In der Historiografie wird die Erlaubnis für die öffentlichen Feiern als Teil einer deutschen Propagandaoffensive gegen den Bündnispartner Österreich-Ungarn gewertet, um den Zuspruch der polnischen Bevölkerung zu gewinnen. Mikietyński, S. 192 f.; Szymczak, S. 139 f.; Scheer, Typisch Polen, S. 251. In der zeitgenössischen Presse findet sich diese Einschätzung nicht.

[263] In Krakau und in Warschau, in: Polen 2 (1916), 72, S. 169 f., hier S. 169.

[264] Conze, S. 170.

[265] Die Saat des Vertrauens, in: Polen 2 (1916), 74, S. 233 f., hier S. 233.

[266] Der Warschauer Stadtrat. Die feierliche Eröffnungssitzung, in: Polen 2 (1916), 84, S. 138-144, hier S. 138 f.

[267] Varsoviensis: Brief aus Warschau, in: Polnische Blätter 2 (1916), 30, S. 87-94, hier S. 92; Polonus: Briefe aus Warschau, in: Polen 2 (1916), 73, S. 214-217; Der Warschauer Stadtrat. Die feierliche Eröffnungssitzung, in: Polen 2 (1916), 84, S. 138-144, hier S. 140.

[268] H. v. Gerlach: Polens Erwachen, in: Die Welt am Montag vom 21.08.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5350, Bl. 32; E. K.: Wahlkampf in Warschau, in: Berliner Tageblatt vom 13.07.1916, Nr. 355; Stadtordnung und Wahlbewegung in Warschau, in: Vorwärts vom 27.07.1916.

Nach der Eröffnung des Stadtrates blickte die Wochenschrift *Polen* auf die Zugeständnisse und Gesten der Mittelmächte zurück: Sie interpretierte die Reden des deutschen Reichskanzlers als zunehmend deutliche Willenserklärungen über die Zukunft Polens, ferner die Eröffnung der Warschauer Hochschulen, die Erlaubnis für die Feiern der Maiverfassung und die Wahlen zum Warschauer Stadtrat als „drei Etappen der nationalen Entwicklung".[269] Dieser Deutung folgend schien es, als besäßen die Mittelmächte eine konkrete Vorstellung über die Zukunft des besetzten Landes und steuerten direkt auf die Wiedererrichtung eines polnischen Staates zu. Allerdings waren die Polen in der Regel die Empfänger der von den Besatzungsmächten gewährten Konzessionen. Da es nicht vorstellbar war, dass die Mittelmächte aus uneigennützigen Motiven handelten[270], legten die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* – jenseits der ständigen Betonung der kulturellen Zugehörigkeit Polens zum europäischen Abendland – auch die konkreten Vorteile eines polnischen Staates für Deutschland und Österreich-Ungarn ausführlich dar. Vor allem nahmen sie den langfristigen wirtschaftlichen Nutzen und das kurzfristig realisierbare militärische Potenzial Kongresspolens in den Blick.

In den *Polnischen Blättern* erschienen zahlreiche Artikel über die Konsequenzen der Abtrennung von Russland für die Wirtschaft Kongresspolens. Die polnischen Verfasser widersprachen der Behauptung einer „organischen Einverleibung" Polens in das Russische Reich und stellten übereinstimmend fest, dass der Verlust des russischen Absatzmarktes sich keinesfalls nachteilig auf die polnische Industrie auswirken werde.[271] Vielmehr hätten die russischen Zollschranken, Handelsbeschränkungen und steuerlichen Belastungen die ökonomische Entwicklung Polens bislang gebremst. Die Angliederung an den als fortschrittlich und modern charakterisierten Zoll- und Handelsraum der Mittelmächte sei daher überaus wünschenswert.[272] Nur so könne Polen seine politische und militärische Aufgabe eines „Bollwerkes Mitteleuropas" gegen Russland erfüllen.[273] Solche Erörterungen wurden ergänzt durch die Beiträge des aus Kongresspolen stammenden deutschen Ingenieurs Leo Karl Fiedler über die bereits bestehende wirtschaftliche Verflechtung Kongresspolens mit Deutschland und Österreich-Ungarn

[269] Der Warschauer Stadtrat. Die feierliche Eröffnungssitzung, in: Polen 2 (1916), 84, S. 138-144, hier S. 138.

[270] Gefühlspolitik oder Interessenpolitik?, in: Polen 1 (1915), 35, S. 241 f.

[271] St. A. Kempner: Nochmals zur Frage der polnisch-russischen Handelsbeziehungen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 22, S. 121-125, hier S. 121; F. Sawicki: Die Handels-Bilanz des Königreichs Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 27, S. 287-296, hier S. 287 f. – Die These der divergierenden wirtschaftlichen Entwicklung der drei Teilungsgebiete Polens hatte Rosa Luxemburg in ihrer Dissertation von 1898 postuliert. Luxemburg.

[272] St. A. Kempner: Polen ohne Russland in wirtschaftlicher Beziehung, in: Polnische Blätter 1 (1915), Nr. 6, S. 177-183, Nr. 7, S. 211-221, insb. S. 218 ff.; F. Kreczowski: Die wirtschaftliche Selbständigkeit Polens, in: Polnische Blätter 2 (1916), 14, S. 145-150, insb. S. 149 f.; ders.: Zur Frage des sogenannten wirtschaftlichen Russophilismus der Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 18, S. 270-274; Die wirtschaftliche Zukunft Polens, in: Polnische Blätter 2 (1916), 37, S. 19-26, insb. S. 20; Xaver Drucki-Lubecki: Die ökonomische Zukunft des Königreichs Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 38, S. 37-40.

[273] von Jaworski: Polens wirtschaftliche Probleme, in: Polen 2 (1916), 57, S. 121 f.

und die enormen Investitionsmöglichkeiten in Polen, die wie Offerten an deutsche Firmen klangen.[274]

Deutsche Zeitungen behandelten ebenfalls das wirtschaftliche Potenzial Kongresspolens, legten aber ein größeres Augenmerk auf die Rohstoffe und Ressourcen Polens, insbesondere auf die Kohlevorkommen des Dąbrowabeckens an der Grenze zu Oberschlesien.[275] Mitunter wurde die Annexion des Gebietes angedeutet, die der oberschlesischen Montanindustrie neue Rohstoffvorkommen erschließen und dank der wegfallenden Zollschranken Handelsvorteile verschaffen würde, während der Kriegsgegner Russland einen schweren wirtschaftlichen Verlust erleide. So hatten die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* zu Kriegsbeginn fast wehmütig festgestellt, dass Friedrich der Große bei der ersten Teilung Polens im Jahr 1772 das an Kohlevorkommen reiche Gebiet um Tschenstochau (Częstochowa) für Preußen hätte erlangen können, „wodurch dann unser oberschlesisches Industrierevier eine vorteilhafte Abrundung erfahren hätte".[276] Ausdrücklich vorgetragen wurden die Forderungen nach der Angliederung wirtschaftlich leistungsfähiger Gebiete Polens jedoch nur in vertraulichen Denkschriften. So verlangte beispielsweise die Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln (Opole) in Eingaben an politische Entscheidungsträger die Angliederung des polnischen Gebietes Będzin (Bendzin) mit seinen großen Kohle- und Eisenvorkommen.[277] Hingegen warnte die sozialdemokratische Presse mit Blick auf die Stellung der deutschen Arbeiterschaft vor der polnischen Konkurrenz infolge von Annexionen.[278]

Neben dem wirtschaftlichen Nutzen erörterten polnische Publizisten auch das militärische Potenzial Kongresspolens. Seit Kriegsbeginn waren sie bemüht, der deutschen Öffentlichkeit die Verdienste der Polnischen Legionen darzulegen. Im Mittelpunkt der Berichte standen erfolgreich bestrittene Kämpfe, in denen die Legionen ihre Tapferkeit bewiesen hätten, sowie der Aufbau der Schützenverbände durch den herausragenden Führer Józef Piłsudski in der Vorkriegszeit.[279] Der eigenmächtige Einmarsch der ersten Brigade in die Stadt Kielce in Kongresspolen im August 1914 wurde zum symboli-

---

[274] L.K. Fiedler: Der Bergbau im Königreich Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 25, S. 214-226; ders.: Aus der Textilindustrie im Königreich Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), Nr. 34, S. 179-186, Nr. 36, S. 280-286; ders., Polen, S. 68 ff.

[275] Kongresspolen. Seine wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland, in: Vossische Zeitung vom 28.08.1914, Nr. 435; Warschaus Befreiung. Polen als Hinterland der Ostseeprovinzen, in: Berliner Volkszeitung vom 06.08.1915, Nr. 398; Kl. Löffler: Die wirtschaftliche Bedeutung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.05.1916, Nr. 396.

[276] S. & H.: Czenstochau, in: Posener Neueste Nachrichten vom 14.08.1914, Nr. 4630.

[277] Williger, Beziehungen, S. 71-76; ders., Interesse. Vgl. Mikietyński, S. 195 f.

[278] Exemplarisch Paul Lensch: Das polnische Wirtschaftsgebiet, in: Arbeiter-Zeitung vom 14.08.1915. Vgl. Miller, S. 203 f.

[279] Siehe die regelmäßigen Berichte der Wochenschrift *Polen* über die Kämpfe der Legionen. Exemplarisch für die deutsche Rezeption P. Schmidt: Ostmärkische Zeitbetrachtung, in: Der Tag vom 06.11.1914, illustrierter Teil; OFB: Die Polen und die deutsche Oeffentlichkeit, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.12.1914, Nr. 1110; Hugo Schulz: Das polnische Lublin, in: Vorwärts vom 29.08.1915.

schen Akt einer Kriegserklärung der polnischen Nation an Russland überhöht.[280] Die Wochenschrift *Polen* betonte, dass die Bedeutung der Legionen nicht in ihrer zahlenmäßigen Stärke liege, sondern moralischer Natur sei, denn als „der einzige Ausdruck der polnischen Idee" symbolisierten sie die Vaterlandsliebe der Polen und verkörperten zugleich den Hass gegen die russische Herrschaft.[281] Dies bestätigte 1916 ein deutscher Kriegsberichterstatter bei seinem Besuch im Hauptquartier der Legionen, als er erstaunt feststellte, dass diese nach zwei Jahren Krieg immer noch von einer anhaltenden Begeisterung für den Kampf gegen Russland beseelt seien.[282]

Mit der Berichterstattung über die Legionen verbanden die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* den Anspruch, dass die Polen aufgrund ihrer Beteiligung an den Kampfhandlungen von den Mittelmächten als aktive, kriegführende Macht anerkannt würden. Zugleich erhoben sie den gemeinsamen Kampf der Legionen mit den deutschen und österreichischen Truppen zum Vorbild für ein politisches Bündnis. Nachdrücklich stellten sie die Legionen in die Tradition der Aufstände von 1794, 1830/31 und 1863 gegen Russland und priesen anlässlich der Jahrestage den Freiheitsdrang der polnischen Aufständischen, als deren legitime und vor allem erfolgreiche Nachfahren die Legionäre galten.[283] Mit der Begeisterung der polnischen Bevölkerung für die Legionen korrespondierte die Nachricht über die erfolglosen Versuche Russlands, eine polnische „Gegenlegion" aufzustellen. Abfällig kommentierte ein vermutlich polnischer Verfasser in der illustrierten Zeitschrift *Die Woche*, dass die „paar hundert Messerstecher [...] aus dem Abschaum der Gesellschaft" bloß „die Parodie einer Nationaltruppe" bildeten.[284]

Nachdem die *Polnischen Blätter* in den ersten Monaten ihres Erscheinens nur sporadisch über die Legionen berichtet hatten, mehrten sich nach den Feiern der Maiverfassung 1916 die Artikel zur Militärgeschichte Polens und der möglichen Rekrutierung polnischer Soldaten.[285] Warnend verwies die Zeitschrift auf das „unerschöpfliche Menschenmaterial" des Kriegsgegners Russland und unterbreitete den Mittelmächten das Angebot, dass sich die Polen mit einer eigenen Armee am Krieg gegen Russland

---

280 A. Ng.: Die polnischen Legionen, in: Die Woche vom 25.10.1914, S. 1753 ff. Rückblickend: Zwei Jahre, in: Polnische Blätter 2 (1916), 32, S. 129-134. Vgl. Borodziej, S. 75 f.

281 Die Legionen und ihre Idee, in: Polen 1 (1915), 15, S. 26 f., Zitat S. 26; L.L. von Jaworski: Der gegenwärtige Krieg und die polnische Frage, in: Polen 1 (1915), 32, S. 121-125, hier S. 123.

282 Arnold Höllriegel: Die Front der Enthusiasten. Bei den polnischen Legionen, in: Berliner Tageblatt vom 12.09.1916, Nr. 468.

283 Ladislaus Leopold von Jaworski: Die Legionen und das Oberste National-Komitee, in: Polen 1 (1915), 43, S. 89 ff.; Stanisław von Smolka: Nach fünfundachtzig Jahren, in: Polen 1 (1915), 50, S. 313-317, hier S. 314 und 317; Der 29. November, in: Polnische Blätter 1 (1915), 7, S. 201-205, hier S. 204; Der 21. Januar, in: Polnische Blätter 2 (1916), 12, S. 65-73, hier S. 65 und 72 f.

284 A. Ng.: Die polnischen Legionen, in: Die Woche vom 25.10.1914, S. 1753 ff., hier S. 1754.

285 M. Kukiel: Die Wehrmacht der Republik Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 25, S. 200-205; ders.: Die polnische Wehrmacht der Revolutionszeit (1792-1794), in: Polnische Blätter 2 (1916), 38, S. 40-44.

beteiligen könnten.[286] Diese Offerte wurde ergänzt durch eine statistische Erhebung, derzufolge es in Kongresspolen eine Million wehrfähiger polnischer Männer gebe.[287] Als völkerrechtliche Voraussetzung für die Rekrutierung sei allerdings ein polnischer Staat zu proklamieren, da es den Besatzungsmächten dem internationalen Recht zufolge nicht erlaubt sei, in besetzten Gebieten Soldaten auszuheben.[288]

Das deutlich formulierte Angebot zur militärischen Unterstützung deckte sich mit den Überlegungen der Obersten Heeresleitung, die deutsche Armee mit Rekruten aus Kongresspolen zu verstärken. Angesichts der prekären militärischen Lage im Sommer 1916, als die deutschen Heere infolge der anhaltenden Schlacht um Verdun, der alliierten Offensive an der Somme und der russischen Brussilow-Offensive in Ostgalizien hohe Verluste hinnehmen mussten, wurde dieser Plan akut.[289] Nachdem Władysław Studnicki im Mai 1916 den Warschauer Generalgouverneur Beseler in einer Unterredung über das Rekrutierungspotenzial Kongresspolens informiert hatte[290], legte dieser der deutschen politischen und militärischen Führung in seinem Bericht über die politische Lage in Polen einen Entwurf über die Zukunft des Landes und die Aufstellung eines polnischen Heeres vor. Der Bericht wurde maßgebend für die weiteren Schritte zur Errichtung eines polnischen Staates; das militärische Potenzial Polens spielte dabei die entscheidende Rolle.[291]

In polnischen politischen Kreisen wurden ähnliche Überlegungen angestellt, wobei der Wunsch nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates leitend war. Der auf Initiative Studnickis gegründete Klub der polnischen Etatisten trat in Versammlungen öffentlichkeitswirksam für die baldige Staatsgründung ein, um der polnischen Nation die aktive Beteiligung am Kampf gegen Russland zu ermöglichen. Die entsprechenden Aufrufe wurden der deutschen Besatzungsmacht übergeben[292] und in vielen deutschen Zeitungen abgedruckt.[293] Die *Polnischen Blätter* unterstützten dies, indem sie ausführlich über Resolutionen polnischer Parteien und Vereinigungen aus Kongresspolen und Galizien für die Errichtung eines polnischen Staates mitsamt einer eigenen Armee berichteten.[294] Die Erklärungen, die im Herbst 1916 zunehmend energischer und ungedul-

---

[286] Die Flut und der Damm, in: Polnische Blätter 2 (1916), 27, S. 265-270, S. 269.

[287] T. Filipowicz: Die militärfähige Bevölkerung des Königreichs Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 27, S. 272 f., hier S. 273. Diese Zahl deckt sich mit den im deutschen Generalstab kursierenden Erwartungen über das Rekrutierungspotenzial Kongresspolens. Spät, S. 478.

[288] Das polnische Staatswesen und die polnische Armee, in: Polnische Blätter 2 (1916), 35, S. 197-202, hier S. 199 f.

[289] Kitchen, S. 90; Conze, S. 177 f.

[290] Gzella, S. 175 f.

[291] Spät, S. 476 f. – Der Bericht Beselers ist abgedruckt bei Lemke, Denkschrift.

[292] Pawłowski, S. 140 f.

[293] Exemplarisch: Die polnische Frage, in: Kölnische Volkszeitung vom 04.09.1916, Nr. 714; Eine Kundgebung der Warschauer Polen gegen Rußland, in: Kreuzzeitung vom 04.09.1916, Nr. 451. – Rückblickend erachtete Studnicki die Versammlungen und den Abdruck der Resolution in der deutschen Presse als wirksame Öffentlichkeitsarbeit für die Wiedererrichtung des polnischen Staates. Studnicki, Irrwege, S. 20.

[294] Die Berichte erschienen unter den Überschriften „Politische Kundgebungen“ oder „Polnische Kundgebungen“ in den September- und Oktoberausgaben 1916 der *Polnischen Blätter*.

diger vorgetragen wurden, mussten bei den deutschen Lesern den Eindruck erwecken, als sei eine Armee von polnischer Seite ausdrücklich erwünscht und könne eine bedeutende militärische Verstärkung der Mittelmächte darstellen.[295] Rückblickend, nach der erfolgten Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916, sollten die deutschen Zentrumsblätter diesen Kundgebungen einen bedeutenden Einfluss auf die Entscheidung der Mittelmächte beimessen.[296]

Die polnischen Versammlungen und Aufrufe waren durch öffentlich kursierende Gerüchte einer baldigen Entscheidung der Mittelmächte über Polen befeuert worden. Im Juli 1916 erschien in den halbamtlichen *Berliner Politischen Nachrichten* ein Artikel über die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn zur Zukunft Polens, in dem jedoch ausgeführt wurde, dass eine öffentliche Aussprache über das Thema wegen der zu erwartenden Differenzen nicht zweckmäßig sei.[297] Der Artikel hatte die deutsche Presse vermutlich beschwichtigen sollen, bewirkte aber das Gegenteil. Bereits zuvor war der Unmut über das Verbot der Kriegszielerörterung laut geworden und hatte sich zu einer „Vertrauensfrage" gegenüber dem Reichskanzler zugespitzt.[298] An den Artikel der *Berliner Politischen Nachrichten* anknüpfend beklagten konservative Blätter, dass die Regierung die deutsche Bevölkerung vor vollendete Tatsachen stelle, ohne deren Wünsche zu berücksichtigen.[299]

Als Reichskanzler Bethmann Hollweg im August 1916 in Wien mit dem k.u.k. Außenminister Stephan Burián über die zukünftige Gestaltung Polens verhandelte, erwartete die deutsche Presse eine endgültige Entscheidung. Angesichts der bevorstehenden „Gründung eines eigenen polnischen Staatswesens unter engem Anschluß an Deutschland", wie die *Königsberger Allgemeine Zeitung* meldete[300], erneuerten rechte Blätter ihre Kritik am Ausschluss der Öffentlichkeit von den Verhandlungen. Allerdings zeigten sie sich wenig zuversichtlich, mit ihren Einwänden die politischen Entscheidungen beeinflussen zu können.[301] Nach Abschluss der Gespräche berichtete das offiziöse „Wiener Telegraphenbureau" zwar, dass diese zum vollen Einvernehmen in allen behandelten Fragen geführt hätten, nannte allerdings keine Details.[302] Daher

---

295 Forderung nach Aufstellung einer polnischen Armee, in: Reichspost vom 12.08.1916, Nr. 373; Zur polnischen Frage, in: Kölnische Volkszeitung vom 15.09.1916, Nr. 746; Am Vorabend der Entstehung des polnischen Staates, in: Kölnische Volkszeitung vom 31.10.1916, Nr. 876.

296 Zur Wiederaufrichtung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 07.11.1916, Nr. 897; Polens Befreiung, in: Germania vom 06.11.1916, Nr. 517.

297 Berliner Politische Nachrichten vom 12.07.1916, zitiert nach: Die Gestaltung der Kriegsziele, in: Kreuzzeitung vom 13.07.1916, Nr. 352.

298 „Persönliches Vertrauen und sachliche Stellungnahme", in: Kreuzzeitung vom 12.07.1916, Nr. 351; Die Vertrauensfrage, in: Kölnische Zeitung vom 14.07.1916, Nr. 705.

299 Die Gestaltung der Kriegsziele, in: Kreuzzeitung vom 13.07.1916, Nr. 352; Vertrauen gegen Vertrauen, in: Die Post vom 13.07.1916, Nr. 355.

300 Die Zukunft Polens, in: Königsberger Allgemeine Zeitung vom 12.08.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5350, Bl. 7 f.

301 Kreuzzeitung vom 11.08.1916, Nr. 407; Die polnische Frage, in: Deutsche Tageszeitung vom 12.08.1916, Nr. 410; Bedenkliche Zeichen, in: Die Post vom 15.08.1916, Nr. 415.

302 Abreise des deutschen Reichskanzlers und des Staatssekretärs für das Aeußere. Amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Besprechungen, in: Neue Freie Presse vom 13.08.1916,

mussten sich die deutsche und österreichisch-ungarische Presse damit begnügen, die Einigung als Zeichen für die einträchtige Zusammenarbeit der Verbündeten zu vermelden.[303] Während deutsche rechte Blätter die zwar unbestätigten, ihrer Ansicht nach aber „vollendeten Tatsachen" in Bezug auf Polen ausdrücklich missbilligten und auf der freien Erörterung der Kriegsziele beharrten[304], verteidigte die *Kölnische Volkszeitung* stellvertretend für die deutschen Verständigungsbefürworter die Zurückhaltung der Regierungen, da öffentliche Spekulationen den Fortgang der Verhandlungen nur gestört haben würden.[305]

Im Zusammenhang mit der Kritik an der dürftigen Informationspolitik der Regierungen erschienen den deutschen rechten Blättern all jene Meldungen bedenklich, die auf die baldige Errichtung eines polnischen Staates und auf die „austro-polnische Lösung" hindeuteten. Allein die Nachricht, dass die Einwohner des Militärgeneralgouvernements Lublin nicht mehr als russische Staatsbürger, sondern als „Polen" und „Bürger des Königreichs Polen" in ihre Pässe eingetragen wurden, erlangte somit eine gewisse Brisanz.[306] Hingegen sah die Wiener *Neue Freie Presse* dies als Signal dafür, dass Polen nicht an Russland zurückgegeben, sondern als Einheit bestehen und „sich selbst" gehören werde.[307] Trotz der fehlenden verbindlichen Erklärungen der Regierungen schien im Sommer und Herbst 1916 eine Entscheidung über die Zukunft Polens förmlich in der Luft zu liegen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Veröffentlichungen der Verständigungsbefürworter, gepaart mit den Absichtserklärungen des Reichskanzlers über die territoriale und staatsrechtliche Neuordnung Ostmitteleuropas, ferner der Förderung polnischer Kultur und Bildung durch die Besatzungsmächte in Polen sowie der entgegenkommenden Haltung gegenüber symbolträchtigen polnischen Gedenktagen ein

---

Morgenblatt; Der Meinungsaustausch in Wien, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 13.08.1916, zweite Ausgabe. – Zu den Verhandlungen Szymczak, S. 173 ff.

303 Georg Bernhard: Polen und Partikularismus, in: Vossische Zeitung vom 14.08.1916, Nr. 413; Herr v. Bethmann Hollweg und Herr v. Jagow in Wien, in: Fremdenblatt vom 13.08.1916, Morgenausgabe; Rückkehr des deutschen Reichskanzlers. Volles Einvernehmen über alle besprochenen Fragen erzielt, in: Reichspost vom 13.08.1916, Nr. 375; Bethmann Hollweg und Staatssekretär Jagow in Wien, in: Pester Lloyd vom 13.08.1916, Morgenblatt.

304 Kreuzzeitung vom 14.08.1916, Nr. 412; Die Zukunft Polens, in: Posener Tageblatt vom 17.08.1916, Nr. 383; Dem einen recht – dem andern billig, in: Die Post vom 18.08.1916, Nr. 421.

305 Die polnische Frage, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.08.1916, Nr. 660.

306 Oesterreichische Vorbereitungen für ein autonomes Polen, in: Kreuzzeitung vom 12.08.1916, Nr. 409; Bedenkliche Zeichen, in: Die Post vom 15.08.1916, Nr. 415; Das „Königreich Polen", in: Deutsche Tageszeitung vom 16.08.1916, Nr. 418; Die Zukunft Polens, in: Posener Tageblatt vom 17.08.1916, Nr. 383. – Laut den *Polnischen Blättern* war auch für die Bewohner des Generalgouvernements Warschau die Bezeichnung „Pole" in den Reisepässen eingeführt worden. Fr. Morski: Aus dem österreichischen Okkupationsgebiet, in: Polnische Blätter 2 (1916), 32, S. 154-160, hier S. 156, Anm.

307 Die Zukunft von Kongreßpolen. Von Rußland endgültig getrennt und sich als Einheit wiedergegeben, in: Neue Freie Presse vom 17.08.1916, Morgenblatt.

Klima der Verständigung schufen. Mit diesen Gesten, die auf eine verheißungsvolle Zukunft Polens hindeuteten, wurden hohe Erwartungen an die kommenden politischen Entscheidungen der Mittelmächte geweckt, die einzig mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates erfüllt werden konnten. Die von deutschen und polnischen Verfassern veröffentlichten Entwürfe über die mögliche staatsrechtliche und territoriale Beschaffenheit eines solchen Staates schürten die Erwartungen und stellten zugleich Versuche dar, diese in konkrete politische Konzeptionen zu übersetzen. Mit den Versammlungen und Aufrufen der Polen für einen polnischen Staat sowie den Spekulationen der deutschen Presse über eine Einigung Deutschlands und Österreich-Ungarns wurde die Erwartungshaltung weiter gesteigert. Die Staatsgründung schien nur noch eine Frage der Zeit.

Die während des Krieges, insbesondere vor der Proklamation des Königreiches Polen, vorgelegten Plädoyers für eine Verständigung etablierten in der deutschen Öffentlichkeit eine neue Sichtweise auf das deutsch-polnische Verhältnis. Betrachtet man nur die publizierten, allgemein zugänglichen Veröffentlichungen, so erlangten die Verständigungsbefürworter in den ersten beiden Kriegsjahren die Deutungshoheit in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“. Dabei kam ihnen die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit entgegen. Von dem Verbot der öffentlichen Kriegszielerörterung waren besonders die deutschen Rechten betroffen, die ihre Beherrschungs-, Annexions- und Umsiedlungspläne in Bezug auf Polen vor allem in vertraulichen Schriften verbreiteten. Die preußische Staatsregierung begegnete nicht nur den Veröffentlichungen der polnischen Konservativen Preußens nachsichtiger, offenbar waren auch die Entwürfe für eine Verständigungspolitik und für die Wiedererrichtung eines polnischen Staates weniger von der deutschen Zensur betroffen. Somit bildete die deutsche Öffentlichkeit in den ersten beiden Kriegsjahren einen geschützten Kommunikationsraum für die Befürworter von Entspannung und Verständigung im deutsch-polnischen Verhältnis. Aufgrund des entschlossenen Eintretens für die Wiederherstellung Polens konnte der Eindruck entstehen, die polnischen Verfasser hätten konkrete Vorstellungen von dem zu errichtenden Staat und seien überdies bereit, auf Seiten der Mittelmächte für deren Verwirklichung zu kämpfen.

Allerdings ist fraglich, ob die Entwürfe politisch relevant waren. Zwar versandten die deutschen und polnischen Verständigungsbefürworter ihre Abhandlungen an die maßgebenden Personen in Politik, Militär und Wirtschaft. Ob diese jedoch tatsächlich gelesen und dadurch die Entscheidungen über Polen beeinflusst wurden, kann nur im Einzelfall recherchiert werden.[308] Da in den Entwürfen vor allem visionäre Ziele

[308] Dies kann anhand der Erwähnung in Selbstzeugnissen oder mithilfe von Anstreichungen und Anmerkungen in den versandten Schriften überprüft werden. Denn selbst wenn Denkschriften, Broschüren und Zeitungsausschnitte in den Akten der Behörden oder in Nachlässen enthalten sind, sagt dies noch nichts darüber aus, ob und von wem sie beachtet wurden. So geben die Tagebuchaufzeichnungen Beselers Auskunft darüber, dass er neben Auszügen aus der in- und ausländischen Presse privatim auch Friedrich Naumanns „Was wird aus Polen“, Hermann Onckens „Mitteleuropa“ sowie ältere Reden und Werke von Heinrich von Treitschke und Gustav Freytag las. NL Beseler, BArch N 30/2, Tagebuch mit Briefauszügen, 1916-18, Bl. 12 und 14; BArch N 30/49, Persönliche Kriegstagebücher, 1917-1918, Bl. 12, 21 und 25.

eines zu erreichenden Idealzustands beschrieben, selten aber direkte Handlungsanleitungen gegeben wurden, sind sie prinzipiell als propagandistische Beiträge für eine grundlegende Weichenstellung hin zu einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik zu verstehen. Bemerkenswert ist aber, dass sie sich in diesem Punkt mit der Politik der Mittelmächte deckten, die jenseits der Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916 keine konkreten Vorstellungen über den weiteren inneren Ausbau des polnischen Staates besaßen.

Abschließend ist auf einen bedeutenden Unterschied der Plädoyers für eine deutsch-polnische Verständigung und der Entwürfe für einen polnischen Staat hinzuweisen, der nach der Proklamation des Königreiches Polen immer deutlicher und letztlich grundlegend für die Debatte über die „polnische Frage“ werden sollte. Die deutschen und polnischen Akteure, die für eine Verständigungspolitik eintraten, verbanden unterschiedliche Vorstellungen mit diesem Begriff. Aus polnischer Perspektive stellte die Verständigung ein Ideal dar, das die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung Preußens ebenso beinhaltete wie die Hoffnung, dass sich Deutschland und der zu errichtende polnische Staat in allen gemeinsamen Angelegenheiten auf Augenhöhe begegneten. Das Bestreben der Polen, als gleichrangige Partner akzeptiert zu werden, wurde von den deutschen Verständigungsbefürwortern jedoch nicht uneingeschränkt akzeptiert. Herrschte bezüglich der Revision der preußischen Polenpolitik ein weitgehender Konsens, wollten die Deutschen nicht auf das Primat in außenpolitischen Fragen verzichten, das in der Regel in die Forderung nach dem Vorrang der „deutschen Interessen“ gekleidet wurde. Eine Verständigung im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft existierte lediglich in den rhetorischen Beteuerungen der deutschen Verfasser und der politischen Entscheidungsträger.

Die großen Unterschiede in den Erwartungen auf deutscher und polnischer Seite wurden beispielsweise von Naumann und Schmoller verdeutlicht, die Voraussetzungen für eine deutsch-polnische Verständigung formulierten. Doch für die meisten öffentlich vorgetragenen Visionen des konfliktfreien Zusammenlebens beider Nationalitäten gilt, dass die beteiligten Akteure leichthin über Unstimmigkeiten hinwegsahen und diese dem großen Ziel der territorialen Umgestaltung Ostmitteleuropas unterordneten. Mit der Proklamation des Königreiches Polen traten die Diskrepanzen jedoch immer stärker hervor und wurden vor allem von den deutschen Rechten und den polnischen Passivisten explizit benannt. Die Enttäuschung sowohl bei den deutschen als auch bei den polnischen Verständigungsbefürwortern, die angesichts der hohen Erwartungshaltung fast zwangsläufig folgen musste, war in den unterschiedlichen Vorstellungen bereits angelegt und nahm infolge der Missverständnisse und Rückschläge beim Ausbau des polnischen Staates ab November 1916 deutlich zu.

2 Kulturarbeit und Polenbilder: Begegnungen der Deutschen mit Polen

Die Historiografie zu den deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere die historische Stereotypenforschung, hat sich bislang überwiegend mit der Entstehung, Verbreitung und Tradierung negativer Bilder und Vorurteile befasst.[309] Auch für die Zeit des Ersten Weltkriegs steht die deutsche Wahrnehmung der Fremdartigkeit des Ostens und der kulturellen Unterschiede gegenüber dem westlichen Europa im Fokus. Infolge der militärischen Erfolge der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen und des weiten Vormarsches im Osten kamen die an den Fronten kämpfenden und die in der Etappe und den Besatzungsgebieten tätigen Soldaten und Beamten in Kontakt mit den besetzten Gebieten und der einheimischen Bevölkerung. Durch die unmittelbare Konfrontation mit dieser als fremdartig und zivilisatorisch rückständig wahrgenommenen Welt wurden Stereotype, Fremd- und Feindbilder geformt, bestätigt und gefestigt.[310]

Die verengte Forschungsperspektive mag darin begründet liegen, dass Fremdheitserfahrungen und vermeintliche kulturelle Unterschiede und Gegensätze in zeitgenössischen Veröffentlichungen, in internen Dokumenten der Verwaltungen und in den Selbstzeugnissen vieler Akteure häufiger und deutlicher thematisiert wurden und daher für den Historiker einfacher zu erfassen sind. Die gewonnenen Erkenntnisse lassen sich zudem plausibel in die Ergebnisse der Nationalismusforschung einfügen, die eine Tendenz zur ethnischen Homogenität von Volksgruppen und eine aggressive Tendenz gegenüber als fremd und feindlich wahrgenommenen Gruppen postulieren.[311] Während des Ersten Weltkrieges, in dem die Deutschen sich einer „Welt von Feinden"[312] gegenüber sahen, wurde diese Sichtweise augenfällig bestätigt und in zahlreichen Veröffentlichungen vertieft. Der mit Waffen ausgefochtene Kampf fand seine Fortsetzung in einem „Krieg der Sprachen"[313], in dem die deutsche Kultur nach zeitgenössischer Lesart mit der westlichen Zivilisation um den militärischen, politischen und kulturellen Vorrang in Europa und in der Welt kämpfte. Auf der anderen Seite bestanden aus Sicht der Deutschen kaum Zweifel an der Überlegenheit der deutschen Kultur gegenüber der häufig thematisierten östlichen Rückständigkeit, die mit dem militärischen Vordringen augenfällig nachgewiesen worden sei.[314]

Das öffentliche Interesse am Osten entsprang der Neugier am Fremdartigen, weshalb die Beschreibungen vor allem auf die Wahrnehmung der unbekannten und hervorstechenden Merkmale von Land und Leuten abzielten. Die besetzten Gebiete und die osteuropäischen Völker wurden mit den Metaphern „Unkultur", „Barbarei", „Masse", „Ungeziefer" und „Primitivität" charakterisiert, woraus sich im Verlauf des Krieges ein ethnisches Feindbild der biologisch-kulturellen Minderwertigkeit verfestigte.

---

309 HAHN, 12 Thesen, S. 17.

310 REIMANN; LIULEVICIUS, Kriegsland, S. 45 f., 95 ff. und passim; HOERES, S. 187-192; HORN, S. 228 f.

311 JAWORSKI, Nationalstaat, S. 25 f.

312 Aufruf Wilhelms II. „An das Deutsche Volk", 06.08.1914, in: BIEHL (Hrsg), S. 55 f., Zitat S. 56.

313 REIMANN.

314 LIULEVICIUS, Kriegsland, S. 189-216.

Dieses Feindbild fügte sich zusammen aus völkisch-rassistischen und antisemitischen Zuschreibungen, einer diffusen Seuchenfurcht und dem Vernichtungsvokabular der Insektenbekämpfung.[315]

Allerdings bezogen sich diese Vorstellungen vor allem auf die Russen und die osteuropäischen Juden. Für Kongresspolen und die polnische Bevölkerung muss das Urteil differenzierter ausfallen, da es sich nicht um einen Kriegsgegner handelte, sondern um ein besetztes Land, das von der russischen Herrschaft befreit und auf Grundlage der gemeinsamen Gegnerschaft gegen Russland zum potenziellen Bündnispartner erhoben wurde. Die Notwendigkeit zur Herabsetzung und Diffamierung der Polen entfiel somit.[316] Auch nahmen die Polen eine Sonderstellung unter den Völkern des europäischen Ostens ein: Kulturhistorisch als Teil des christlichen Abendlandes, mit engen emotionalen Verbindungen nach Westeuropa, politisch und wirtschaftlich unter russischer Herrschaft als Teil des Ostens, zivilisatorisch als Übergangsgebiet zwischen Ost und West, konnte Polen je nach Betrachter verschiedene Interpretationen, Deutungen und Sehnsüchte auf sich vereinen.

Das deutsche Polenbild bestand aus einer vielschichtigen Gemengelage zahlreicher, sich überlagernder und mitunter konkurrierender Bilder. Anknüpfend an die Frontstellung in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ in der Vorkriegszeit und mit Blick auf die preußischen Polen können idealtypisch zwei vorherrschende Bilder unterschieden werden: Zum einen das nationalistisch geprägte Bild einer integrationsunwilligen polnischen Minderheit, die allein durch ihre Existenz den deutschen Nationalstaat bedrohe, zum anderen das liberal beeinflusste Bild einer zu tolerierenden Minderheit des Deutschen Reiches, die mit denselben staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten wie die Deutschen ausgestattet sei. Beiden Richtungen war das Bewusstsein einer kulturellen Überlegenheit der Deutschen gemeinsam, die eine Abwertung der polnischen Kultur implizierte. Im deutschen nationalistischen Polenbild war diese Sichtweise viel stärker ausgeprägt und konnte bis hin zur diffamierenden Überzeichnung negativer Stereotype führen, die der polnischen Nation jegliche Kulturleistungen absprach. Dem zeitgenössischen Verständnis zufolge manifestierte sich das grundsätzliche zivilisatorische Gefälle zwischen Deutschland und Polen in politischen, wirtschaftlichen und staatsmännischen Leistungen. Somit konnten die gegenläufigen staatlichen Entwicklungen – der Niedergang der polnischen Adelsrepublik und die Aufstiegserzählung Preußens – als Resultat spezifischer Eigenschaften gedeutet werden, die im jeweiligen „Nationalcharakter“ beider Völker bereits angelegt seien.[317]

Das nationalistische Polenbild war weiter verbreitet und stärker im Bewusstsein der Deutschen verankert, zumal die im Deutschen Reich selbstbewusst auftretende polnische Bevölkerung das deutsche Selbstbild als ethnisch homogene Staatsnation mit außenpolitischen Großmachtansprüchen infrage stellte.[318] Entsprechend zielte die preußische Polenpolitik darauf, die deutsche Mehrheitsgesellschaft gegen die demografisch vitalen und wirtschaftlich prosperierenden Polen zu schützen. Im Gegensatz

---

[315] Reimann, S. 210-222.

[316] Vgl. Jaworski, Osteuropa, S. 74.

[317] Orłowski, Nationerfindung. Siehe auch: Hahn, Deutschland, S. 4 f.

[318] Jaworski, Polenliebe, S. 60 ff.; Pleitner; Pletzing, Völkerfrühling.

dazu beruhte das liberale Polenbild auf dem Grundsatz, dass alle Eigenschaften bestimmter Gruppen als private Angelegenheiten zu betrachten seien, solange die Loyalität zum Staat nicht berührt werde. Die liberale Vorstellung der staatsbürgerlichen und konfessionellen Gleichberechtigung kollidierte mit den inneren Homogenisierungstendenzen und den umfangreichen außenpolitischen Zielvorstellungen der Rechten. Bis zum Kriegsausbruch befanden sich die Anhänger einer solchen gemäßigten Minderheitenpolitik in der öffentlichen Debatte tendenziell in der Defensive. Aussicht auf Verwirklichung ihres Programms bestand nicht.

Während des Krieges wurde in der deutschen Presse offener und thematisch vielfältiger über die Geschichte, Kultur, Literatur und vor allem über aktuelle Ereignisse in Polen berichtet. Den Umschwung in den deutsch-polnischen politischen Beziehungen begleitend bzw. diesem nachfolgend, gewann das deutsche Polenbild neue, positiv konnotierte Facetten hinzu, ohne dass das tradierte, negativ besetzte Bild vollständig überlagert worden wäre. Spätestens mit der Proklamation des Königreiches Polen im November 1916 und dem anvisierten Bündnis mit den Mittelmächten war die Betonung des Feindbildes Polen in der Öffentlichkeit nicht mehr widerspruchslos möglich. Vor allem polnische Publizisten und die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* suchten das negative deutsche Polenbild zu hinterfragen, zu revidieren und neue Bilder zu verbreiten, die der anvisierten Entspannung zwischen Deutschland und Polen besser entsprachen. Um diese Tendenzen in der deutschen öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ aufzuzeigen, werden zum einen die Berichterstattung über die deutsche Verwaltungsarbeit im Generalgouvernement Warschau, zum anderen das wachsende Interesse an Polen in der deutschen Öffentlichkeit untersucht.

Am Beispiel der Berichterstattung über die Besatzungspolitik und -verwaltung in Polen werden die Darstellungen des propagierten Selbstbildes der dort tätigen Deutschen und davon abweichende Äußerungen und Kritik beleuchtet. Dabei werden die in der Historiografie fortgeschriebenen zeitgenössischen Deutungen der „Zivilisierungsmission“ und „Kulturarbeit“ der Deutschen im Osten im Hinblick auf Polen infrage gestellt, da die Abtrennung des Landes von Russland und die Beförderung zum möglichen Bündnispartner gerade mit der Zugehörigkeit Polens zum europäischen Abendland begründet wurden. In diesem Spannungsverhältnis der unterstellten zivilisatorischen Unterschiede und der propagierten kulturellen Verwandtschaft entstanden unterschiedliche Interpretationen und Deutungen der Aufgabe der Deutschen im Osten und der Rolle der Polen. Entsprechend war der Blick auf das besetzte Polen durch deutsche Journalisten und Politiker, die unmittelbar mit dem Land und der Bevölkerung in Kontakt kamen, differenziert und vielschichtig.

Das Interesse der Deutschen an Polen nahm in dem Maße zu, in dem Kongresspolen durch die Kriegshandlungen, die Besetzung und die Proklamation des Königreiches Polen in den Fokus der Berichterstattung rückte. Dadurch wuchs das Bedürfnis nach Informationen und Fakten, zumal der Kenntnisstand über das Land jenseits der deutschen Ostgrenze sehr gering war. Dies lag daran, dass die Werke der Vorkriegszeit durch den Nationalitätenkonflikt in den preußischen Ostprovinzen geprägt waren und in der Regel den deutschen nationalistischen Standpunkt des konfrontativen Verhältnisses reproduzierten. Hingegen waren viele der im Kriege entstandenen Veröffentlichungen über Polen von Aufgeschlossenheit und Neugier geprägt. Diese sollen mit

Blick auf die Frage untersucht werden, inwiefern es während des Krieges zu einer deutschen „Polenbegeisterung" gekommen ist. Schließlich steht im Folgenden die Leitfrage im Mittelpunkt, ob und inwiefern in der medialen Verarbeitung des Themas Polen modifizierte oder gänzlich neue Bilder über Polen etabliert wurden.

2.1 Zur „Öffentlichkeitsarbeit" der deutschen Besatzungsverwaltung in Polen

Im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn war die öffentliche Erörterung von Kriegszielen bis Ende November 1916 untersagt, im Zeichen des Burgfriedens ruhten die innenpolitischen Debatten weitgehend. Daher berichtete die Presse beider Staaten in den ersten beiden Kriegsjahren vor allem über den Kriegsverlauf an allen Fronten. Allerdings war auch dieser Themenbereich durch die Zensur eingeschränkt, da beispielsweise über Kampfhandlungen oder Truppenstandorte nicht geschrieben werden durfte. Somit griff die deutsche Presse bereitwillig die Möglichkeit auf, aus den besetzten Gebieten zu berichten und dem Zeitungsleser aus erster Hand das Land und die Bevölkerung vorzustellen, mit denen die deutschen Soldaten an den Fronten und in der Etappe konfrontiert wurden.

Nach Kriegsbeginn erschienen vereinzelt Artikel über Kongresspolen in deutschen Zeitungen, die mit dem Vorrücken der deutschen Truppen nach Osten zunahmen, da in deren Gefolge deutsche Kriegsberichterstatter in das Land kamen. Diese berichteten in der Regel vom Leben und Alltag der Truppen im Felde und in der Etappe; die Inhalte waren jedoch angesichts der Ereignislosigkeit und geringen Abwechslung mitunter ausgeschmückt oder erfunden. Der Krieg, der in den Heeresberichten auf geografische Beschreibungen der Frontveränderungen und auf die Zahlen der Gefangenen und der erbeuteten Geschütze reduziert worden war, erlangte durch diese anekdotischen Berichte wieder konkrete, wirklichkeitsnahe Züge.[319] Mit ihren Beschreibungen des besetzten Landes und der einheimischen Bevölkerung, mit denen sie auf ihren Reisen in Kontakt kamen, präsentierten die Kriegsberichterstatter den deutschen Zeitungslesern anschauliche, wenngleich ungenaue Vorstellungen über den Osten. Da die Frontberichte als Mittel der publizistischen Kriegsführung dienten, wurden nur entschieden patriotische Personen als Kriegsberichterstatter ausgewählt, die in der Regel die Sicht der politischen und militärischen Führung auf den Krieg reproduzierten und ihre Artikel als Beitrag zum Kriegserfolg ansahen.[320] Kritische Bemerkungen zur Kriegsführung oder Besatzungsherrschaft fehlen in diesen Berichten völlig, da sie, selbst wenn sie geäußert worden waren, von der Zensur unterbunden wurden.[321]

Indem die Oberste Heeresleitung „Pressefahrten" in die besetzten Gebiete organisierte, betrieb sie eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, um die Berichterstattung in ihrem Sinne zu beeinflussen.[322] Zur Eröffnung der Warschauer Hochschulen im November 1915 waren Vertreter der größten deutschen und im neutralen Ausland erscheinenden

319 Lindner-Wirsching, S. 122 f. – Zur veränderten Erzählweise der Kriegsberichterstatter im Ersten Weltkrieg Daniel, Ende, S. 117-124.

320 Lindner-Wirsching, S. 113 und 118.

321 Rathert, S. 29-36.

322 Vgl. Creutz, S. 292 f.

Zeitungen geladen, damit „die deutsche Oeffentlichkeit Zeuge dieses denkwürdigen Ereignisses“ werde, wie die *Kölnische Volkszeitung* mitteilte.[323] Im Anschluss an die Feierlichkeiten und an eine Ansprache des Warschauer Generalgouverneurs Hans von Beseler an die Pressevertreter organisierte der Chef der Zivilverwaltung, Wolfgang von Kries, Vorträge von leitenden Beamten. Diese informierten vor allem über die „Erfolge“ der Verwaltungstätigkeit in den Bereichen Lebensmittelversorgung, Rechtspflege, Schulwesen, Infrastruktur, öffentliche Sicherheit, sanitäre und hygienische Verhältnisse sowie Wirtschaft.[324]

Offensichtlich trugen die Bemühungen Früchte, wie die daraufhin veröffentlichten Zeitungsartikel über die deutsche Aufbauarbeit im Generalgouvernement Warschau zeigten. Unumwunden gab der Redakteur des *Posener Tageblatts* zu, dass die Vorträge die Zuhörer mit Bewunderung für die Leistungen der deutschen Verwaltung erfüllt hätten.[325] Laut der *Kölnischen Volkszeitung* war auch die politische Zielsetzung für das besetzte Polen deutlich signalisiert worden, denn infolge dieser Informationsveranstaltung stimmten die Journalisten darin überein, dass das Land nicht an Russland zurückgegeben werden dürfe.[326] Trotzdem gelang es nicht, der deutschen Öffentlichkeit die „unrühmlichen Zustände“ im besetzten Polen vollständig zu verschleiern.[327] Da die Journalisten hier mit den direkten Kriegsfolgen konfrontiert wurden[328], berichteten sie auch über das zerstörte Land und die notleidende Bevölkerung, die einen scharfen Kontrast zu der als mustergültig beschriebenen Zivilverwaltung bildeten.

War diese Reise von Pressevertretern nach Warschau mit der Eröffnung der Hochschulen verbunden, führten die Oberste Heeresleitung und die Warschauer Zivilverwaltung weitere Pressefahrten durch, um den deutschen Zeitungen die unmittelbare Berichterstattung aus den besetzten Gebieten zu ermöglichen.[329] Den Journalisten wurden stets ausgesucht positive Beispiele der deutschen Verwaltungsarbeit vorgeführt, weshalb deren Artikel und Berichte – unabhängig von parteipolitischen Präferenzen – großteils wohlwollend ausfielen. Insofern können die Pressefahrten als gelungenes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit angesehen werden, um bei den deutschen Zeitungslesern Verständnis für die Arbeit der deutschen Verwaltung in Polen zu wecken.

Die Journalisten begrüßten die Reisen in das Generalgouvernement Warschau als Möglichkeit, persönliche Einblicke in die Arbeit der Besatzungsbehörden und die

[323] In Warschau!, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.11.1915, Nr. 946. Vgl. Stempin, S. 140.

[324] In Warschau. II., in: Kölnische Volkszeitung vom 21.11.1915, Nr. 954. Laut dem *Posener Tageblatt* erfolgten die Vorträge auf Anregung der Pressevertreter, die ihre „versöhnlichen Eindrücke“ infolge der Hochschuleröffnung zu verstärken wünschten. G.: Die deutsche Verwaltung in Polen, in: Posener Tageblatt vom 20.11.1915, Nr. 543.

[325] G.: Die deutsche Verwaltung in Polen, in: Posener Tageblatt vom 20.11.1915, Nr. 543.

[326] In Warschau!, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.11.1915, Nr. 946.

[327] Stempin, S. 140.

[328] Pressestimmen. I. Aus der deutschen Presse, in: Polnische Blätter 1 (1915), 7, S. 224-229, hier S. 224.

[329] Siehe beispielsweise Rudolf Cuno: Unsere Arbeit in Polen. Eindrücke von einer polnischen Reise, in: Vossische Zeitung vom 24.08.1917, Nr. 430; Listkowsky.

Ergebnisse der Verwaltungstätigkeit zu erlangen.[330] Abgesehen von oberflächlichen Eindrücken war es ihnen allerdings kaum möglich, tatsächlich einen profunden Gesamtüberblick über die Besatzungsverwaltung, das besetzte Land und die Bevölkerung zu erhalten. Zum einen waren das Programm und die Besichtigungen sorgfältig geplant und den Besuchern wurden nur einseitig gefilterte Informationen zugänglich gemacht. Die deutsche Zivilverwaltung präsentierte sich gewissermaßen von ihrer besten Seite. Zum anderen verhinderten mangelnde Polnischkenntnisse die direkte Kontaktaufnahme mit den Polen. Anders als im Westen, wo sich die Deutschen mit der Bevölkerung der besetzten Gebiete Belgiens und Frankreichs in deutscher oder französischer Sprache verständigen konnten, muss davon ausgegangen werden, dass nur ein kleiner Teil der nach Polen kommenden Besucher polnische Sprachkenntnisse besaß.[331] Informationen aus erster Hand waren demnach kaum zu erhalten, weshalb die Wochenschrift *Polen* den deutschen Journalisten empfahl, zur Ergänzung ihrer Eindrücke „einiges in dieser Wochenschrift nachzulesen".[332] Nur waren deren Beiträge aus der Perspektive der galizischen Polen geschrieben und somit aus deutscher Sicht gleichfalls subjektiv und verzerrt.

Neben den Reisen für Pressevertreter in die besetzten Gebiete wurden auch solche für deutsche Politiker, Abgeordnete und bedeutende Persönlichkeiten veranstaltet, die allerdings selten ins Generalgouvernement Warschau, dafür aber ausgesprochen häufig in das Verwaltungsgebiet Ober Ost führten.[333] Diese Fahrten besaßen in erster Linie den Charakter von Orientierungs- oder Informationsreisen, schlugen sich aber auch in der Presseberichterstattung nieder, denn der Ablauf der Reisen, die Besichtigungen und die Empfänge wurden in deutschen Zeitungen mitgeteilt.[334] Somit konnten die Politiker und Abgeordneten als stellvertretende Adressaten für Ansprachen dienen, die eigentlich an die ebenfalls anwesenden Pressevertreter gerichtet waren. Beispielsweise suchte Beseler im September 1917 die Erwartungen der Besucher an die deutsche Verwaltungstätigkeit zu dämpfen: „Jedenfalls glaube ich, daß die Herren den Eindruck mit nach Hause nehmen werden, daß wir uns hier nicht in einem Lande unbegrenzter *Möglichkeiten*, sondern in einem Lande unbegrenzter *Schwierigkeiten* befinden, und das bitte ich in der Heimat möglichst zu verbreiten."[335] Durch die Wiedergabe in der

[330] Joseph Adolf Bondy: Blicke in das Generalgouvernement Warschau (Bei Beseler und seinem Stabe), in: Weimarer Landeszeitung vom 15.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 26 f.

[331] Zu den Sprachkenntnissen deutscher Soldaten Nelson, German Soldier Newspapers, S. 198-201 und 223 f.

[332] Von der Polenfahrt der Zwölf, in: Polen 3 (1917), 140, S. 241-244, hier S. 243.

[333] Die Fahrten in das Verwaltungsgebiet Ober Ost führten zur Veröffentlichung zahlreicher propagandistischer, von ungebremster Begeisterung gekennzeichneter Reiseberichte. Liulevicius, Kriegsland, S. 147 f.

[334] Reichstagsbesuch in Polen, in: Der Tag vom 20.09.1917, Abendausgabe; Aus Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 21.09.1917, zweite Ausgabe; Die Reichstagsabgeordneten in Polen, in: Freisinnige Zeitung vom 21.09.1917.

[335] Empfang deutscher Reichstagsabgeordneter durch Generalgouverneur von Beseler, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 23.09.1917, erste Ausgabe (Hervorhebung im Original gesperrt), nachgedruckt u.a. in: Aus Polen. Besuch deutscher Reichstagsabgeordneter, in:

Presse besaß die Ansprache eine weit über den Kreis der unmittelbar Angesprochenen hinausgehende Reichweite.

Die Teilnehmer solcher Fahrten in die besetzten Gebiete berichteten in aller Regel wohlwollend über das Erlebte, zumal sie zuvorkommend behandelt und verhältnismäßig gut verpflegt wurden. Doch es wurde auch Kritik geübt: So monierten die *Polnischen Blätter*, dass die Fahrten wegen ihrer Kürze nur einen oberflächlichen Einblick in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Polens boten. Immerhin stand im September 1917 noch ein Treffen deutscher und polnischer Politiker in Warschau auf dem Programm, um den Informationsaustausch und den politischen Dialog zu ermöglichen.[336] Im Juni 1918 enthielt das Programm einer Fahrt deutscher Reichstagsabgeordneter nach Polen außer einer Stadtbesichtigung Warschaus ausschließlich Termine in deutschen Einrichtungen. Spöttisch kommentierte die Wochenschrift *Polen* den angeblichen Zweck der Reise: „Wir beneiden die sechs deutschen Reichstagsabgeordneten um die Fülle der Landeskenntnisse, die sie von solcher ‚Polenfahrt' heimgebracht haben müssen, und wir zweifeln gar nicht, daß wir recht bald in der öffentlichen Meinung oder im Reichstage den Beweisen also erworbener ‚Kennerschaft der Verhältnisse' begegnen werden."[337] Offenbar war der direkte Kontakt der deutschen Besucher mit Polen im Sommer 1918 nicht mehr erwünscht. Stattdessen waren die Reisen zum Selbstzweck der deutschen Zivilverwaltung geworden, um die Erfolge ihrer Tätigkeit zu präsentieren.

2.2 Fremdheitserfahrungen: Der deutsche Blick auf das besetzte Polen

In den Zeitungsberichten aus den besetzten Gebieten im Osten überwog das Erstaunen über die Veränderungen, die die Journalisten jenseits der deutschen Grenzen wahrnahmen. „Alles wird mit einem Male schlechter, schmutziger, schwerfälliger", beschrieb ein Korrespondent der *Kölnischen Volkszeitung* den Grenzübertritt nach Kongresspolen. Konkret machte er die empfundene „Unkultur" an der unzulänglichen Infrastruktur, der mangelnden Hygiene und den häufig auftretenden Infektionskrankheiten und Seuchen fest.[338] Es war ein gängiges Deutungsmuster der deutschen Journalisten, von den augenfälligen materiellen, technologischen und sozialen Unterschieden zu Deutschland ein niedrigeres zivilisatorisches Niveau Polens und seiner Bevölkerung abzuleiten. Im Vergleich dazu schien der Deutsche an der Spitze des kulturellen Fortschritts zu stehen, der sich im Osten mit seiner rückständig wirkenden Vergangenheit konfrontiert sah.[339]

Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 23.09.1917, zweite Ausgabe. – Siehe auch Beselers Appell an Journalisten, ausgewogen über die deutsche Verwaltung in Polen zu berichten. W.: Studienreise nach dem Königreich Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 22.09.1918, Nr. 5886.

336 P. Warszawski: Nach den Manifesten der Zentralmächte, in: Polnische Blätter 3 (1917), 73, S. 6-14, hier S. 12 ff.

337 Auch eine „Polenfahrt", in: Polen 4 (1918), 180, S. 299 f., hier S. 300.

338 In Russisch-Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.08.1914, Nr. 764.

339 Exemplarisch H. W.: Eine Fahrt nach der Hauptstadt Polens, in: Kreuzzeitung vom 19.11.1915, Nr. 590; Essenbach.

Markant traten die Unterschiede zwischen Ost und West in der Stadt Warschau hervor. Laut dem Journalisten und Schriftsteller Alfons Paquet beginne für den von Westen kommenden Reisenden in Warschau Asien.[340] Enttäuscht notierten deutsche Journalisten, dass die Stadt im Vergleich mit Westeuropa deutlich schlechter abschneide. Das „Paris des Ostens" erwecke nicht den Eindruck „einer frisch aufstrebenden Großstadt im Sinne des Westens", war etwa in der nationalliberalen *Kölnischen Zeitung* zu lesen.[341] Und in dem Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* wurde das Fehlen einer „bestimmte[n] Linie der Kultur" bemängelt, die zeige, „daß und wann einmal die Hauptstadt des polnischen Reiches und das Polenreich eine bestimmte Kulturhöhe besonderer Art erreicht und im Stadtbild zum Ausdruck gebracht hätten". Obgleich der Verfasser eine Reihe der Sehenswürdigkeiten Warschaus aufzählte, stellte er fest, dass die Stadt über nur wenige „architektonische Kunst- und Kulturwerke" verfüge.[342]

Der westliche Maßstab wurde auch bei der Bevölkerung angelegt. So offenbare schon die farbige, mitunter grelle Kleidung der Polen eine ungewohnte „orientalische Buntheit".[343] Ferner fielen den deutschen Journalisten die tiefen sozialen Gegensätze auf. Im Kontrast zu den eleganten Prachtstraßen, auf denen die wohlhabenden Warschauer das Leben genossen, stachen die Armut und das Elend vieler Menschen, vor allem die auch in den besseren Stadtteilen anzutreffenden Kranken und Krüppel, besonders ins Auge.[344] „Wer aus Deutschland mit seinem ausgeglichenen sozialen Aufbau kommt, dessen Seele bedrücken die Elendsgestalten, die ihn bettelnd ununterbrochen bedrängen [...]", verglich der Korrespondent der *Kölnischen Zeitung* seine Eindrücke mit der vertrauten Sozialstruktur Deutschlands, wo die Armut in der Vorkriegszeit geringer und in der öffentlichen Wahrnehmung weniger präsent war.[345]

Diese Beobachtungen wurden noch verstärkt durch Beschreibungen des Warschauer Judenviertels. Vor allem die Armut und die Fremdartigkeit der gedrängten jüdischen Präsenz erregten die Aufmerksamkeit der deutschen Beobachter: „Hier wohnen jetzt die Juden, ein beispielloses, wahrhaft schreckliches Gewimmel der allerärmsten Menschen", charakterisierte Alfons Paquet das enge Viertel, das wiederum einen auffälligen Kontrast zu den „großen Straßen" der übrigen Stadt bildete. Gleiches galt für die jüdische Bevölkerung, „diese blassen Männer und Knaben im grauen Kaftan, die ruhelos, auf ihrer ewigen Jagd nach fünf Kopeken, von einem Ende der Stadt zum andern streichen". Das Bild des „getriebenen, habgierigen" Juden wurde ergänzt durch die

340 Alfons Paquet: Warschau, in: Frankfurter Zeitung vom 06.08.1915, erstes Morgenblatt.

341 Deutsche Friedensarbeit in Polen, in: Kölnische Zeitung vom 18.11.1915, Nr. 1171.

342 In Warschau. III., in: Kölnische Volkszeitung vom 27.11.1915, Nr. 973.

343 Fritz Engel: Die deutsche Arbeit in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 29.08.1917, Nr. 439.

344 Wilhelm Conrad Gomoll: Warschau, die aufatmende Stadt, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.08.1915, erste Ausgabe; H. W.: Eine Fahrt nach der Hauptstadt Polens, in: Kreuzzeitung vom 19.11.1915, Nr. 590; Max Fleischer: Streifzüge durch Polen. II., in: Kölnische Zeitung vom 21.08.1917, Nr. 797. Siehe hierzu Orłowski, Wirtschaft, S. 336 f.

345 Deutsche Friedensarbeit in Polen, in: Kölnische Zeitung vom 18.11.1915, Nr. 1171. Siehe auch S. Breslauer: Polen – und Nicht-Polen, in: Der Tag vom 14.05.1918, Morgenausgabe.

Beschreibung des Jiddischen als „ein verdorbenes, in einen sinnlosen Jargon verwandeltes Deutsch".[346]

In einem Bericht über einen Rundgang durch das jüdische Warschau beschrieb der Korrespondent der *Kölnischen Volkszeitung* die Lebensverhältnisse der jüdischen Bevölkerung als unmenschlich, erhob diese jedoch nicht zu ethnischen oder rassischen Merkmalen des Judentums. Die Betroffenheit des Verfassers über die soziale Situation der Juden trat in dem Artikel ausgesprochen deutlich hervor. In den Gesichtern entdeckte er „Not und Elend und Entmenschung", aus dunklen Kellern seien Menschen „wie Ratten [...] aus den Löchern" gekrochen. Bei der Besichtigung einer der überfüllten Wohnstätten fielen dem Korrespondenten die ärmliche Einrichtung, die unerträgliche Luft und die verwahrlosten Kinder auf, die „die einfachsten Begriffe von Reinlichkeit auch an sich selbst verloren" hätten. Auf die Frage: „Können diese Menschenmassen, die hier zu Zehntausenden in diesem Elend, auf dieser niedrigsten Kulturstufe dahinfaulen, überhaupt zur Kultur und zur Menschheit, wie wir sie uns vorstellen, heraufgehoben werden?", wusste er keine Antwort zu geben. Einzig der Hinweis auf die Bettlerschulen, an denen verwahrlosten Kindern die „Anfangsgründe der menschlichen Kultur" gelehrt würden, war ein Fingerzeig auf die mögliche Verbesserung der Lebensumstände. An dem Urheber der Not ließ der Korrespondent des Zentrumsblattes allerdings keinen Zweifel: „Russland hat auch am Judentum wie am polnischen Volk furchtbar gesündigt."[347]

Aus solchen Schilderungen spricht neben der Bestätigung vorhandener Vorurteile vor allem das Erstaunen, mitunter Erschrecken der deutschen Journalisten über die Eindrücke, woran sich zuweilen die Frage anschloss, wie diesem Zustand durch karitative Unterstützung oder Förderung der Schulbildung abzuhelfen sei.[348] Weitaus stärker zielten Journalisten der rechten Presse auf die Fremdartigkeit und „völkisch-rassische Minderwertigkeit" der Juden. Über manchen Stadtteilen Warschaus liege der „Geruch des östlichen Grauens, des uneuropäischen, möchte ich sagen, des *Judenviertels*", war etwa in der vordergründig überparteilichen, tendenziell aber konservativen Zeitung *Der Tag* zu lesen.[349] Die Einbeziehung der jüdischen Bevölkerung in den europäischen Kulturraum erschien anhand solcher Ausführungen in der rechten Presse kaum vorstellbar, vielmehr griff hier ein rassistisches Wertigkeitsgefälle, das die Warschauer Juden unwiderruflich aus dem Kreis der „hochstehenden" Völker ausschloss.

Als Grund für das Erstaunen und Erschrecken, für das geringe Wissen und die Fehldeutungen, wurde in der linksliberalen *Berliner Volkszeitung* das bisherige Desinteresse der Deutschen für die Länder und Völker jenseits der Ostgrenze angeführt:

---

[346] ALFONS PAQUET: Warschau, in: Frankfurter Zeitung vom 06.08.1915, erstes Morgenblatt. Vgl. REIMANN, S. 212.

[347] In Warschau. III., in: Kölnische Volkszeitung vom 27.11.1915, Nr. 973. Ähnlich RUDOLF CUNO: Warschau. Eindrücke von einer polnischen Reise, in: Vossische Zeitung vom 18.09.1917, Nr. 477.

[348] S. BRESLAUER: Polen – und Nicht-Polen, in: Der Tag vom 14.05.1918, Morgenausgabe.

[349] REINHOLD CRONHEIM: Bilder aus dem Generalgouvernement Warschau. II., in: Der Tag vom 29.08.1917, Abendausgabe (Hervorhebung im Original gesperrt).

„Im *Osten*, das wußten wir, herrschte Armut, Rückständigkeit jeder Art, Willkür; gedrückte, in Unwissenheit gehaltene, dumpf dahinlebende Völker, von denen wir nur lernen konnten, wie man es nicht machen soll. Wir hörten von Polizeiallgewalt, Korruption schlimmster Art, Bauernrevolutionen, Judenmetzeleien, und der Blick wandte lieber sich gen Westen, jenen strahlenden Lichtstädten, jenen freiheitliebenden, tatkräftigen Völkern an der Atlantis zu."[350]

Durch den Krieg und die Öffnung Deutschlands nach Osten sei jedoch die Schaffung eines mitteleuropäischen Staatenbundes möglich und notwendig geworden, wodurch zugleich die Voraussetzung geschaffen werde, dass sich die Deutschen intensiver mit dem europäischen Osten beschäftigten.[351] In der Konsequenz dieser Ausführungen konnten nur eine ausführliche Berichterstattung und der direkte Kontakt das Bild vom rückständigen Osten korrigieren.

An den Artikeln ist bemerkenswert, dass die Verfasser die in Polen wahrgenommenen Defizite in erster Linie mit dem Kriegsgegner Russland identifizierten. Sie machten die russische Verwaltung in Kongresspolen für die dortigen desolaten zivilisatorischen Zustände verantwortlich. Die polnische Bevölkerung, sofern sie in den Berichten überhaupt angesprochen wurde, erschien meist als Objekt des russischen Verwaltungssystems.[352] „Viel Schönes und Großartiges findet der Besucher als Erbschaft des alten Polens, viel Trauriges und Niederdrückendes als Folge einer gewissenlosen Fremdherrschaft", charakterisierte die nationalliberale *Kölnische Zeitung* den russischen Einfluss auf das Land.[353] Konkret wurde die „Erbschaft" Russlands an der mangelnden Bildung der Bevölkerung, am fehlenden sozialen Sinn und Gemeinschaftsgefühl sowie an der verbreiteten Korruption und Bestechlichkeit festgemacht.[354]

Überdies versäumte die deutsche Presse nicht, auf die systematischen Verwüstungen der russischen Truppen beim Rückzug aus Polen hinzuweisen. Die geplünderten und zerstörten Ortschaften, die verschleppten oder geflohenen Einwohner sowie die vernichteten Ernten wurden als deutliche Beweise für die „Unkultur" Russlands angesehen.[355] Auch Reichskanzler Bethmann Hollweg bediente sich dieser Vorstellungen, um vor dem Reichstag die Abtrennung Polens von Russland zu begründen:

---

[350] Erich Marx: Hinter Posen, in: Berliner Volkszeitung vom 08.04.1916, Nr. 183 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[351] Ebenda.

[352] Kulturarbeit deutscher Soldaten in Polen, in: Vorwärts vom 25.05.1915. Siehe auch Ludwig Ganghofer: Der Einzug in Warschau, in: Posener Tageblatt vom 01.09.1915, Nr. 408.

[353] Deutsche Friedensarbeit in Polen, in: Kölnische Zeitung vom 18.11.1915, Nr. 1171.

[354] Wilhelm Düwell: Ungewisse Zukunft, in: Arbeiter-Zeitung vom 07.10.1915; Zur Lage in Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 01.01.1916, Nr. 2; Russland und die Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.03.1916, Nr. 202; W. K.: Eine Fahrt nach Polen. III. Aus der Arbeit der Warschauer Verwaltung, in: Frankfurter Zeitung vom 22.08.1917, erstes Morgenblatt; Fritz Engel: Die deutsche Arbeit in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 29.08.1917, Nr. 439.

[355] Die russische Verwüstungstaktik, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 07.08.1915, zweite Ausgabe; Wilhelm Conrad Gomoll: Warschau, die aufatmende Stadt, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.08.1915, erste Ausgabe; Russen und Polen, in: Posener Tageblatt vom 01.09.1915, Nr. 407; Die grausame Vertreibung der Polen durch die Russen,

„Das Polen, das der russische Tschinownik, noch hastig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher, ein Pole ehrlich für das unglückliche Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können."[356]

Schließlich deutete der sozialdemokratische Journalist Hugo Schulz den Anblick von Bäumen mit braunroten Laubkronen im Hochsommer als Anzeichen dafür, dass die „moskowitische Zivilisation" selbst die Natur in Mitleidenschaft gezogen habe.[357] Mit solchen Beschreibungen konnte die deutsche Presse zum einen die russische Herrschaft in Polen diskreditieren, zum anderen mit Blick auf die deutsche Aufbauarbeit die Diffamierung der Deutschen als „Hunnen" und „Barbaren" durch die Kriegsgegner zurückweisen.[358]

Für die deutsche Presse stellte die Verwaltung des Landes durch deutsche Beamte das Allheilmittel zur Beseitigung der Missstände dar. Ihr Vertrauen in die administrativen Fähigkeiten der Deutschen schien grenzenlos. Damit übernahm sie das Selbstbild der deutschen Beamten, die ihre Verwaltungstätigkeit als „Kulturarbeit" deklarierten, das Land nach ihren Vorstellungen modernisierten und in ein „deutsches" Land transformierten.[359] In der Regel wurde das Ziel der Verwaltungsarbeit unbestimmt damit umschrieben, Ruhe und Ordnung in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten, die einheimische Bevölkerung zu versorgen und den Nachschub für die deutschen Heere an der Ostfront zu sichern. Der Wiederaufbau des zerstörten Landes und die Wiedererrichtung eines polnischen Staates waren diesen Zielen untergeordnet.[360] Die deutsche

---

in: Germania vom 10.09.1915. – Zur Taktik der „verbrannten Erde" beim Rückzug der russischen Truppen: Przeniosło, Ziemiaństwo, S. 98-100.

356 RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 307, 39. Sitz., 05.04.1916, S. 852.

357 Hugo Schulz: Quer durch das verwüstete Polen, in: Arbeiter-Zeitung vom 31.08.1915, ebenfalls abgedruckt in: Vorwärts vom 05.09.1915.

358 Vom östlichen Schauplatz. Schilderung eines französischen Augenzeugen von den Verheerungen der Russen, in: Kölnische Zeitung vom 26.08.1915, Nr. 864; Wo sind die Barbaren?, in: Deutsche Warschauer Zeitung, zitiert nach: Märkische Volkszeitung vom 30.11.1915, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 30 f. – Ebenso verwies Bethmann Hollweg im Reichstag auf den miserablen Zustand des Landes beim Einmarsch der deutschen Truppen und auf die Leistungen der deutschen Verwaltung beim Wiederaufbau. RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 22. Sitz., 09.12.1915, S. 428.

359 Den Anspruch, in Polen als Kulturträger zu wirken, vermittelt beispielsweise das Erinnerungswerk für die in Polen tätigen deutschen Beamten und Militärs: Kaiserlich Deutsches Generalgouvernement Warschau (Hrsg.): Das Generalgouvernement Warschau. Eine Bilderreihe aus der Zeit des Weltkriegs, Oldenburg i. Gr. 1918. – Vgl. die Ausführungen zum Verwaltungsgebiet Ober Ost bei Liulevicius, Kriegsland, S. 70 f.

360 Die deutsche Presse folgte damit der Zielsetzung Beselers, die dieser bei seinem Amtsantritt als Generalgouverneur und in Ansprachen anlässlich der Jahrestage der Errichtung des Generalgouvernements Warschau skizzierte. Ein Jahr Generalgouvernement Warschau, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 29.08.1916, zweite Ausgabe; Zwei Jahre Generalgouvernement Warschau, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 31.08.1917.

Besatzungsmacht nutzte die Verwaltung als Herrschaftsinstrument und griff dafür auf erfahrenes Verwaltungspersonal aus Deutschland zurück[361], das seine dort erprobten Ordnungsvorstellungen in die besetzten Gebiete mitbrachte und umsetzte.

In dem Bestreben, durch die Aufrechterhaltung der Ordnung zum Kriegserfolg Deutschlands beizutragen, wies der Warschauer Generalgouverneur Hans von Beseler konkurrierende Machtansprüche von außen, insbesondere der Obersten Heeresleitung, zurück und bremste die Partizipationsforderungen der Polen im Inneren. In der neugeordneten Verwaltung und Rechtsprechung wurden zwar Polen zur Besetzung von lokalen Ämtern und Gerichten herangezogen, ohne jedoch an der umfassenden strukturellen Reorganisation beteiligt zu werden.[362] Aufgrund der eingeschränkten Beteiligung der Polen und der geringen externen Kontrolle konnte die deutsche Besatzungsmacht ihre Herrschaft durch eine umfassende Verwaltung während des gesamten Krieges aufrechterhalten.[363]

In den Zeitungsberichten wurden die konkreten Veränderungen der deutschen Verwaltungsarbeit als einschneidende Veränderungen im Alltag der einheimischen Bevölkerung beschrieben. Die zügellose Verschwendungssucht der russischen Soldaten und Beamten, die der Stadt Warschau während des ersten Kriegsjahres einen hohen Mehrumsatz gebracht habe, sei von Ruhe und Ordnung abgelöst worden, beschrieb das linksliberale *Berliner Tageblatt* die Wirkung der deutschen Präsenz.[364] Allerdings galten die geringeren Einnahmen auch als Grund für die Zurückhaltung der polnischen und jüdischen Kaufleute und Gewerbetreibenden gegenüber den Deutschen. So bekannte ein jüdischer Händler in Wilna (Vilnius), dass ihm die russische Kundschaft lieber gewesen sei als die deutsche, da sie in größeren Mengen und zu höheren Preisen gekauft habe.[365] Solche Aussagen deckten sich mit der Auffassung der deutschen Rechten, dass die Bevölkerung Kongresspolens die Abtrennung von Russland wegen der befürchteten wirtschaftlichen Nachteile ablehnte.[366]

Die *Kölnische Volkszeitung* charakterisierte nach wenigen Monaten deutscher Besatzungsherrschaft den erreichten Idealzustand in Warschau: „Ordnung herrscht auf allen

---

[361] Laut der *Kölnischen Volkszeitung* lag der Mangel an einheimischen Beamten an der Nichtzulassung der Polen zu vielen öffentlichen Ämtern unter russischer Herrschaft sowie an der Weigerung zahlreicher polnischer Beamter, angesichts der ungewissen Zukunft des Landes und der Angst vor der Rückkehr der Russen ihre Arbeit wieder aufzunehmen. In Warschau. I., in: Kölnische Volkszeitung vom 20.11.1915, Nr. 952; In Warschau. II., in: Kölnische Volkszeitung vom 21.11.1915, Nr. 954.

[362] Die Rechtspflege in Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 08.08.1915, erste Ausgabe.

[363] Zur Etablierung des Verwaltungsstaates im Europa des 19. Jahrhunderts Raphael.

[364] Paul Harms: Deutsche Verwaltung in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 20.11.1915, Nr. 594.

[365] Düwell: Leben und Treiben in Wilna, in: Vorwärts vom 08.10.1915, ebenfalls abgedruckt in: Arbeiter-Zeitung vom 12.10.1915.

[366] Exemplarisch für diese Auffassung der Rechten: Dietrich Schäfer: Deutschland und der Osten, in: Die Ostmark 20 (1915), Januar-Juni, S. 4-9, hier S. 8; Otto Hötzsch: Grundsätzliche Gesichtspunkte zur Lösung der polnischen Frage, in: Die Ostmark 21 (1916), 6, S. 38-40, hier S. 39.

Straßen und Plätzen. Das polnische Volk ist ja so gutmütig und leicht zu lenken, wenn man nur es richtig zu behandeln versteht."[367] Deutlich ist darin das Selbstverständnis der Deutschen als Machthaber und Ordnungsmacht über die polnische Bevölkerung erkennbar. Wiederholt wurde in den Berichten betont, dass vor allem die einheimische Bevölkerung von den Veränderungen profitiere, da die deutsche Verwaltung mit der Bekämpfung des Bandenunwesens und dem Aufbau der Polizei das staatliche Gewaltmonopol durchsetze und die öffentliche Sicherheit garantiere.[368] Indem die deutschen Journalisten hervorhoben, dass die Zivilverwaltung uneigennützig und ohne jegliche Hintergedanken handele, suchten sie den Wiederaufbau und die Modernisierung der staatlichen Strukturen nach deutschem Vorbild zu legitimieren. Um die Verwaltungstätigkeit überdies durch das international anerkannte Kriegsrecht zu rechtfertigen, wies die *Frankfurter Zeitung* darauf hin, dass die Deutschen bei der Durchsetzung der öffentlichen Ordnung die bestehenden Landesgesetze beachtet und damit im Einklang mit Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung von 1907 gehandelt hätten.[369]

Die Arbeit der deutschen Verwaltung in Polen wurde in zahlreichen Artikeln der deutschen Presse gewürdigt. Allein mit der Durchsetzung von Reinlichkeit, Ordnung und Sicherheit vollbringe sie wahre „Wunderdinge", zeigten sich die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* begeistert.[370] Dabei fielen besonders der Wiederaufbau der Verkehrsinfrastruktur, der Straßen, Bahnlinien und Wasserwege ins Auge, die sich beachtlich von dem vormaligen Zustand abhoben.[371] Gelegentlich räumten die Berichterstatter offen ein, dass diese Arbeiten vordergründig aus militärischen Gründen durchgeführt würden.[372] Andere Tätigkeiten, wie die Lebensmittelversorgung, die Maßnahmen zur Linderung von Not und Elend der Bevölkerung, die Bekämpfung von Seuchen und Infektionskrankheiten sowie die buchstäbliche Reinigung des Landes mit „deutschen Sauberkeitsbesen" wurden angesichts der Ungewissheit über die Zukunft Polens als uneigennützige Akte bezeichnet, die aus „reiner Humanität" vorgenommen würden.[373]

---

367 In Warschau. III., in: Kölnische Volkszeitung vom 27.11.1915, Nr. 973.

368 Das neue „Polen links der Weichsel", in: Posener Neueste Nachrichten vom 03.07.1915, Nr. 4899; Banditenjagd in Russisch-Polen vor und während des Krieges, in: Kreuzzeitung vom 25.11.1915, Nr. 602; H. W.: Eine Fahrt nach der Hauptstadt Polens, in: Kreuzzeitung vom 19.11.1915, Nr. 590; G.: Die deutsche Verwaltung in Polen, in: Posener Tageblatt vom 20.11.1915, Nr. 543.

369 Max Wiessner: Die deutsche Verwaltung im okkupierten Polen. I., in: Frankfurter Zeitung vom 23.11.1915, Abendblatt. – Für das Militärgeneralgouvernement Lublin siehe Scheer, Front, S. 13-17.

370 Das neue „Polen links der Weichsel", in: Posener Neueste Nachrichten vom 03.07.1915, Nr. 4899. Siehe auch Reinhold Cronheim: Bilder aus dem Generalgouvernement Warschau. III., in: Der Tag vom 16.09.1917, Morgenausgabe.

371 Russisch-Polen als Kriegsschauplatz, in: Vorwärts vom 14.08.1914; In Russisch-Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.08.1914, Nr. 764; Kriegswirkungen im polnischen Industriegebiet, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 20.02.1915, zweite Ausgabe.

372 In Warschau. I., in: Kölnische Volkszeitung vom 20.11.1915, Nr. 952; Düwell: Im polnischen Walde, in: Vorwärts vom 24.04.1915.

373 Max Wiessner: Die deutsche Verwaltung im okkupierten Polen. II., in: Frankfurter Zeitung vom 28.11.1915, Abendblatt. Siehe auch: Deutsche Friedensarbeit in Polen, in: Kölnische

Die Berichte über die Maßnahmen im Bereich der Hygiene, des Gesundheitswesens und der Krankheits- und Seuchenbekämpfung eröffneten den Zeitungslesern zudem eine Welt voller Ungeziefer, ansteckender Krankheiten und Seuchen. Angesichts dessen konnte die Verwaltungstätigkeit als Fortführung des Krieges für die deutsche Kultur mit chemischen Mitteln angesehen werden, um die sanitären und hygienischen Errungenschaften des westlichen Europa im Osten zu verbreiten.[374] „Der Krieg hat so gewissermaßen ein Experiment im großen angestellt, wie man ganze Länder und Bevölkerungsgruppen rasch und sicher gesund machen und erhalten kann“, war im linksliberalen *Berliner Tageblatt* zu lesen.[375] Die Arbeit der deutschen Verwaltung erschien als systematischer Großversuch, durch umfassende Reinigung die Re-Europäisierung Polens und der polnischen Bevölkerung zu erreichen.[376]

Allerdings muss die häufig erfolgte Gleichsetzung des russischen Feindes mit dem allgegenwärtigen Ungeziefer im Hinblick auf die Bevölkerung Polens relativiert werden.[377] Eine Verbindung der hygienischen und sanitären Zustände mit sozialdarwinistischen und rassistischen Zuschreibungen ist in zentrumsnahen, linksliberalen und sozialdemokratischen Blättern seltener festzustellen als in der rechten Presse. Gleichwohl wurden solche Assoziationen geweckt, wenn etwa die linksliberale *Vossische Zeitung* die Äußerung eines deutschen Offiziers wiedergab, der eine polnische Zwangserziehungsanstalt für „sittlich gefährdete“ Knaben als „moralische Entlausungsanstalt“ bezeichnete.[378] Die Übernahme des hygienischen Prinzips der „Entlausung“ als Erziehungsmethode konnte angesichts der zahlreichen tatsächlich existierenden Entlausungsanstalten nicht überraschen und wurde von der deutschen Leserschaft offenbar verstanden.

Aus den Schilderungen der deutschen Presse über das besetzte Polen sticht die Berichterstattung des *Vorwärts* heraus. Das sozialdemokratische Blatt begründete den Abdruck zahlreicher Artikel damit, dass die „Kenntnis polnischer Dinge in Deutschland minimal ist“, weshalb es die Leser umfassend informieren wollte.[379] Ein Großteil der

---

Zeitung vom 18.11.1915, Nr. 1171; W.K.: Eine Fahrt nach Polen. III. Aus der Arbeit der Warschauer Verwaltung, in: Frankfurter Zeitung vom 22.08.1917, erstes Morgenblatt.

374 Im besetzten Polen. Der Sieg der Hygiene im deutschen Gouvernement Warschau, in: Die Post vom 10.03.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 102; Rudolf Lennhoff: Gesundheitsdienst in Warschau, in: Vossische Zeitung vom 12.05.1916, Nr. 243; E.B.: Deutsche Kulturarbeit in Polen. Die Seuchenbekämpfung, in: Posener Tageblatt vom 31.08.1917, Nr. 406. Siehe hierzu Reimann, S. 215-219.

375 C. Mamlock: Die Erfolge der deutschen Hygiene in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 25.01.1917, Nr. 44. Siehe auch Düwell: Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz. In einer Entlausungsanstalt, in: Vorwärts vom 03.07.1915.

376 Fritz Engel: Die deutsche Arbeit in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 29.08.1917, Nr. 439.

377 Vgl. Reimann, S. 219 und 222.

378 Rudolf Cuno: Czenstochau und Spala. Eindrücke von einer polnischen Reise, in: Vossische Zeitung vom 27.08.1917, Nr. 436. Siehe auch Reinhold Cronheim: Bilder aus dem Generalgouvernement Warschau, in: Der Tag vom 17.08.1917, Morgenausgabe. – Für einen Bericht über dieselbe Erziehungsanstalt, allerdings ohne derartige Anspielungen, Max Fleischer: Streifzüge durch Polen. I., in: Kölnische Zeitung vom 17.08.1917, Nr. 787.

379 Die sozialen Zustände in Russisch-Polen, in: Vorwärts vom 03.09.1914.

Berichte über die besetzten Gebiete im Osten stammten aus der Feder des Kriegsberichterstatters Wilhelm Düwell, der seit Kriegsbeginn für die *Arbeiter-Zeitung* aus Wien und die sozialdemokratische Presse Deutschlands schrieb.[380] Düwells Beschreibungen der polnischen Bevölkerung und des Landes sind voll von Bildern wirtschaftlicher und kultureller Rückständigkeit, womit sie sich kaum von den Auslassungen der deutschen rechten Presse unterscheiden. So beschrieb er die Dörfer Polens als ärmlich, den Lebensstandard als niedrig, die Bevölkerung als jammernd und die polnischen Frauen als ausgesprochen ungeniert. Die hervorstechenden Merkmale der kleinen, dürftig eingerichteten Wohnungen mit „primitiven" sanitären Einrichtungen seien Schmutz und Gestank.[381] In den Darstellungen Düwells entstand das Bild einer aus der Gegenwart herausgefallenen Welt, die den deutschen Leser mit einer längst vergangenen Zeit konfrontierte.

Daran schlossen sich gelegentlich Überlegungen aus sozialdemokratischer Perspektive an. Düwell schilderte die politische Macht der besitzenden Gesellschaftsschichten und die fehlende Klassensolidarität in Polen, ferner kennzeichnete er die Mietpreise in den als „rückständig" beschriebenen Ortschaften als „durchaus modern kapitalistisch".[382] Besonders deutlich traten die Unterschiede zu Deutschland in seinen Artikeln über die Arbeiten deutscher Pioniere und die Anstrengungen der deutschen Verwaltung hervor, den Nachschub für die Heere zu sichern, die einheimische Bevölkerung zu versorgen und das besetzte Land nach ihren ordnungspolitischen und hygienischen Maßstäben zu verändern.[383] Zumindest gelegentlich reflektierte Düwell das Los der polnischen Bevölkerung, etwa wenn er die „Russenherrschaft" für deren „Mangel an Zivilisation und Kultur" verantwortlich machte.[384]

Die Wochenschrift *Polen* griff die Berichte Düwells als Beispiel für die weit verbreitete Unwissenheit über die besetzten Gebiete auf und suchte sie zu korrigieren. Dies ist insofern bemerkenswert, als sie gewöhnlich Darstellungen aus den Reihen der deutschen Rechten berichtigte und die Vorwürfe und Unterstellungen gegen die Polen zu entkräften suchte. Konkret hielt die Wochenschrift Düwell eine große Unkenntnis und Ignoranz der ethnografischen Besonderheiten der bereisten Gebiete vor, für deren „nationale Eigenart" er „blind" sei.[385] Spöttisch wurden in einem späteren Artikel dessen Lernfortschritte gelobt, gleichwohl seine Ausführungen weiterhin eine „Fundgrube

[380] Die Artikel Düwells erschienen auch als Broschüre. Düwell, Kriegsberichte. Seine Erfahrungen als Kriegsberichterstatter verarbeitete Düwell in einem Buch. Ders., Gesicht.

[381] Düwell: Polnisches Elend, in: Vorwärts vom 30.01.1915. Siehe auch den nicht namentlich gekennzeichneten Artikel: Polnische Quartiere, in: Vorwärts vom 30.01.1915, Unterhaltungsblatt.

[382] Düwell: Polnisches Elend, in: Vorwärts vom 30.01.1915. Siehe auch ders.: Mittelalterliche und heutige Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Kurland, in: Arbeiter-Zeitung vom 06.06.1915; ders.: Was in Kowno blieb, in: Arbeiter-Zeitung vom 08.09.1915.

[383] Düwell: Im polnischen Walde, in: Vorwärts vom 24.04.1915; ders.: An der Dubissa, in: Arbeiter-Zeitung vom 26.06.1915; ders.: Zum zweitenmal in Suwalki, in: Arbeiter-Zeitung vom 14.08.1915; ders.: Deutsche Verwaltung im besetzten russischen Gebiet, in: Vorwärts vom 06.01.1916.

[384] Düwell: In Suwalki [24.09.1914], in: Ders., Kriegsberichte, S. 79-86, hier S. 84.

[385] Was Herr Düwell alles nicht merkt, in: Polen 1 (1915), 27, S. 13 f., hier S. 13.

heimlicher Wahrheiten [blieben], die außer ihm niemand kennt".[386] Darüber hinaus argwöhnte die Wochenschrift, dass Düwells ungeschickt erscheinende Äußerungen beabsichtigt sein könnten. Denn dieser stellte die litauischen Polen als „politisch wunschlos" dar, erfand eine deutsche Minderheit in Litauen und beschrieb das dortige litauisch-polnisch-jüdische Bevölkerungsverhältnis als einen „verworrenen Mischmasch", der „keiner selbsttätigen Zusammenfassung seiner Kräfte fähig und somit dazu verurteilt [sei], in passiver Ergebung alles Heil von außen zu erwarten".[387] Solche Ausführungen konnten wie die Begründung eines deutschen Anspruchs auf die litauischen Gebiete, mithin als rhetorische Vorbereitung von Annexionen verstanden werden, ließ sich doch aus der Beschreibung eines Völkergemischs verschiedener ethnischer Identitäten ohne eindeutige Struktur oder Zuordnung die Führungsrolle der Deutschen ableiten. Tatsächlich rechtfertigten die deutschen Besatzer im Verwaltungsgebiet Ober Ost ihren Besitz- und Führungsanspruch über das Land mit der undurchschaubaren ethnischen Struktur.[388]

Die Beschreibungen eines starken kulturellen Gefälles zwischen Deutschland und Kongresspolen deuten darauf hin, dass auch in der deutschen Sozialdemokratie negative Stereotype über Polen verbreitet waren.[389] Diese Einschätzung trifft zumindest auf Düwell und andere, nicht namentlich gekennzeichnete Artikel des *Vorwärts* zu. Allerdings unterschieden die Verfasser meist Ursache und Wirkung: Kongresspolen und die polnische Bevölkerung galten als Leidtragende der russischen Herrschaft, der „furchtbare Druck des Zarismus" hingegen als Grund für die Unfreiheit der Bevölkerung und die sozio-ökonomische Rückständigkeit.[390] Insgesamt schienen dem *Vorwärts* solche Fragen jedoch zweitrangig zu sein. Stattdessen stand das revolutionäre Potenzial der als elend und beklagenswert beschriebenen Arbeiterschaft Polens im Vordergrund. So endete ein Artikel mit der Feststellung, dass die Klassengegensätze in Kongresspolen aufgrund des regen wirtschaftlichen Lebens der Vorkriegszeit schärfer hervorgetreten, die Arbeiterbewegung beträchtlich entwickelt und die polnischen und jüdischen Arbeiter „vom Geiste des Klassenkampfes durchdrungen" seien.[391] In der sozialdemokratischen Sichtweise auf die besetzten Gebiete war die ethnische und nationale Zusammensetzung der Bevölkerung in der Regel bedeutungslos.

2.3 Deutsche Verwaltungstätigkeit in Polen: Erfolge und Misserfolge

Die Bildungspolitik wurde zu einem wichtigen Instrument der deutschen Besatzungsherrschaft. Verbesserungen im Bereich des Schul- und Hochschulwesens eröffneten

---

386 Ethnographie, Politik und Herr Düwell, in: Polen 1 (1915), 40, S. 28 f., hier S. 29.

387 Ebenda. Die Kritik bezog sich auf Wilhelm Düwell: Hinter den fliehenden Russen her, in: Arbeiter-Zeitung vom 11.09.1915.

388 Liulevicius, Kriegsland, S. 47-55. – Die Wahrnehmung der Bevölkerung im besetzten Rumänien durch die deutschen Besatzer war ähnlich. Mayerhofer, S. 337-344.

389 Orłowski, Wirtschaft, S. 289 f.

390 Die sozialen Zustände in Russisch-Polen, in: Vorwärts vom 03.09.1914 (Zitat); R.S.: Bei den Armierungstruppen im Osten, in: Vorwärts vom 05.09.1915.

391 Die sozialen Zustände in Russisch-Polen, in: Vorwärts vom 03.09.1914.

die Aussicht, in der polnischen Bevölkerung das Ansehen der Besatzungsmacht und die Akzeptanz der Verwaltungstätigkeit zu erhöhen. Zugleich konnte der deutsche Anspruch verwirklicht werden, den osteuropäischen Völkern durch deutsche „Kulturarbeit" die Teilhabe am zivilisatorischen Fortschritt Westeuropas zu gewähren. Da solche ideelle Aufbauarbeit keine militärische Bedeutung besaß und daher unabhängig vom Kriegsverlauf vorgenommen werden konnte, war hier – im Gegensatz zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes – eine positiv konnotierte und von der einheimischen Bevölkerung begrüßte Tätigkeit der deutschen Verwaltung möglich.[392]

In der deutschen Presse stießen solche bildungspolitischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten auf großes Interesse, da sie das Selbstbild der friedlichen deutschen Kulturnation bestätigten. Mit der Beschreibung der Tätigkeiten deutscher Soldaten in der Etappe, die sich eigeninitiativ der Erneuerung des Landes annahmen, konnte der „innere Drang" der Deutschen zum kulturellen Wirken illustriert werden. So schilderte der *Vorwärts* eine Anekdote über einen Unteroffizier, der eine provisorische Schule eingerichtet hatte, in welcher er polnische Kinder in der deutschen Sprache unterrichtete und ihnen deutsche Kinderlieder beibrachte.[393]

Solche spielerisch anmutenden Versuche wurden durch den Aufbau einer Schulverwaltung und die Einrichtung neuer Schulen systematisch auf das gesamte besetzte Polen übertragen. An den Schulen wurde Russisch als Unterrichtssprache und -gegenstand von der polnischen Sprache abgelöst. Damit werde der polnische Wunsch nach einem nationalen Bildungswesen erfüllt und zugleich ein Fingerzeig für die politische Zukunft Polens gegeben, zeigte sich das Zentrumsblatt *Germania* erfreut.[394] Mit einem Anflug von Stolz ergänzten die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten*, dass die deutsche Verwaltung eine „Aufbauarbeit ersten Ranges" leiste und somit dem unter russischer Herrschaft gehemmten Bildungsbedürfnis der Polen entgegenkomme.[395] Ähnlich, allerdings im Bewusstsein einer kulturellen Überlegenheit gegenüber den Polen, urteilte die rechte Presse. Diese sah die vordringliche Aufgabe darin, dem Schulwesen „den Geist der deutschen Zucht und Ordnung, des deutschen Pflichtbewußtseins, der deutschen Religiosität und Duldsamkeit" einzuflößen. Die uneigennützige Förderung des polnischen Schulwesens sei ein deutliches Zeichen für die „sittliche und moralische Kraft und Überlegenheit" der Deutschen.[396] Um die Teilhabe an deutscher Bildung großzügig zu gewähren, wurde jedoch die kulturelle Minderwertigkeit der Polen vorausgesetzt, die zugleich als Begründung für die dauerhafte Unterordnung der Polen diente.

---

392 Kauffman, Schools, S. 114-119; Kries, Staatsverwaltung, S. 142-145.

393 Kulturarbeit deutscher Soldaten in Polen, in: Vorwärts vom 25.05.1915.

394 A.H.: Hindenburgs Neuordnung des polnischen Schulwesens, in: Germania vom 05.12.1915, Nr. 562.

395 J.: Die Schulverwaltung Polens, in: Posener Neueste Nachrichten vom 14.11.1915, Nr. 5014. Siehe auch Zimmermann: Briefe vom Kriegsschauplatz in Polen, in: Unterhaltungsbeilage der Täglichen Rundschau vom 03.07.1915.

396 G. Menzel: Deutsche Kulturarbeit in Feindesland, in: Der Tag vom 25.09.1915, illustrierter Teil.

Die Bildungsarbeit der deutschen Verwaltung in Polen fand ihren Höhepunkt in der Wiedereröffnung der Universität und der Technischen Hochschule Warschaus am 15. November 1915. Diese kann als herausragendes kulturpolitisches Ereignis im besetzten Polen und als öffentlichkeitswirksam inszenierter Erfolg der deutschen Verwaltung gelten. Die Hochschulen wurden ausdrücklich als polnische Bildungsanstalten gegründet, die dem Ideal der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet sein sollten. Mit dem Hochschulbetrieb verband die deutsche Besatzungsmacht die Absicht, die polnischen Studenten sinnvoll zu beschäftigen und für den westeuropäischen Kulturkreis zu gewinnen. Dass damit die Hinwendung zur deutschen Kultur gemeint war, gab Generalgouverneur Beseler in seiner feierlichen Ansprache deutlich zu verstehen.[397]

Deutsche Zeitungen berichteten ausführlich über den Gottesdienst, die Festakte und die Ansprachen der neuen Rektoren und des Generalgouverneurs. Die deutsche Zivilverwaltung hatte zahlreiche Pressevertreter aus dem Deutschen Reich, aus dem befreundeten und neutralen Ausland nach Warschau geladen, um die Weltöffentlichkeit an dem Ereignis teilhaben zu lassen. Insbesondere Zentrums- und linksliberale Blätter veröffentlichten neben den Berichten des W.T.B. auch ausführliche eigene Artikel über die Festlichkeiten und die kulturelle und politische Bedeutung des Ereignisses. Dagegen begnügten sich rechte Blätter mehrheitlich damit, die Berichte der Nachrichtenagentur kommentarlos abzudrucken.[398]

In den Kommentaren deutscher Zeitungen klang deutlich der Stolz auf die Zivilverwaltung an, die über die bloße kriegsbedingte Besatzungstätigkeit hinaus ein „Werk der *polnischen Kulturerneuerung*“ vollbringe, wie die *Kölnische Volkszeitung* jubelte.[399] Dabei folgten sie den Worten Beselers, dass die deutsche Besatzungsmacht keinerlei politische Absichten hege, sondern aus uneigennützigen und idealistischen Motiven heraus handele. Mittels des Hochschulbesuchs sollte den Polen die Teilhabe an den kulturellen Errungenschaften Westeuropas ermöglicht und die Annäherung an die deutsche Kultur gefördert werden.[400] Um dieses Anliegen zu akzentuieren, verglichen sie die positiv charakterisierte deutsche Bildungspolitik und Verwaltungstätigkeit mit der vorhergehenden russischen Herrschaft, als eine freie wissenschaftliche Betätigung in polnischer Sprache nicht geduldet worden war.[401]

---

[397] Spät, S. 473 f.; Stempin, S. 130; Kauffman, Warsaw University, S. 69 f. – Die Ansprache Beselers ist abgedruckt in: Die Eröffnung der Warschauer Universität, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 16.11.1915, zweite Ausgabe.

[398] Siehe beispielsweise: Die Einweihung der polnischen Universität in Warschau, in: Kreuzzeitung vom 16.11.1915, Nr. 585; Feierliche Eröffnung der Hochschulen in Warschau, in: Die Post vom 16.11.1915, Nr. 584; Feierliche Eröffnung der Hochschulen in Warschau, in: Deutsche Tageszeitung vom 16.11.1915, Nr. 575.

[399] In Warschau!, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.11.1915, Nr. 946 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[400] G.: Zur Wiedereröffnung der Warschauer Universität. I., in: Posener Tageblatt vom 14.11.1915, Nr. 535; Die Eröffnung der Warschauer Hochschulen, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 15.11.1915; Die Eröffnung der Warschauer Universität, in: Der Tag vom 16.11.1915, Morgenausgabe.

[401] Aus der Geschichte der russischen Universität Warschau, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 15.11.1915; Georg Bernhard: Der Warschauer Universitäts-Tag, in: Vossische Zei-

Ausdrücklich verwies die deutsche Presse auf die Freude und Begeisterung der Einwohner Warschaus bei den Feierlichkeiten zur Eröffnung der polnischen Hochschulen.[402] Vor allem die von der Presseverwaltung des Generalgouvernements Warschau herausgegebene *Deutsche Warschauer Zeitung* und die deutschsprachigen Blätter der Provinz Posen hoben die positive Bewertung in der polnischen Presse hervor und druckten entsprechende Zeitungsartikel nach.[403] Dadurch wurde dem deutschen Zeitungsleser verdeutlicht, dass die polnische Bevölkerung die Hochschuleröffnung als Ergebnis der deutschen Verwaltungstätigkeit zu würdigen wisse. Nach Einschätzung der *Kölnischen Volkszeitung* sei die Anerkennung der Polen für die deutschen Besatzer tatsächlich deutlich gestiegen, während die Zahl der russophilen Polen in dem besetzten Gebiet abgenommen habe.[404]

Was die Berichterstattung über die Hochschuleröffnung anbelangt, gab sich die deutsche Presse ausnehmend polenfreundlich, obwohl das Bewusstsein deutscher kultureller Überlegenheit deutlich zu erkennen war. Die deutsche Regierung bringe dem polnischen Volke „an der Schwelle einer neuen Zeit als Morgengabe eine Universität und eine Technische Hochschule" dar, vermeldete etwa die *Kölnische Volkszeitung* stolz.[405] Die rechte Presse begnügte sich allerdings nicht mit dem Pathos der uneigennützigen deutschen Besatzungsmacht, sondern knüpfte konkrete Erwartungen an die Hochschuleröffnung. So hoffte das deutschnationale *Posener Tageblatt* auf „moralische Eroberungen" unter den Polen: Konkret wünschte es mehr „reichsdeutsche Gelehrte", da diese in Europa auf allen Gebieten der Wissenschaft führend seien, und ließ durchblicken, dass eine größere Anzahl an Vorlesungen in deutscher Sprache für die polnischen Studenten vorteilhaft sein könnte. Denn durch solche Maßnahmen würde der Anschluss Polens an die „westeuropäische Kulturgemeinschaft" gefördert.[406] Tatsächlich wurden die Hochschulkurse in deutscher Sprache und Literatur in der Folgezeit trotz geringer Nachfrage ausgebaut, wodurch in der polnischen Studentenschaft

---

tung vom 16.11.1915, Nr. 586; G.: Die Einweihung der Warschauer Hochschulen, in: Posener Tageblatt vom 19.11.1915, Nr. 541.

[402] Paul Harms: Die Eröffnung der polnischen Universität Warschau, in: Berliner Tageblatt vom 16.11.1915, Nr. 586; Die Eröffnung der Warschauer Hochschulen, in: Frankfurter Zeitung vom 16.11.1915, zweites Morgenblatt; Die Universitätsfeier in Warschau, in: Germania vom 16.11.1915, Nr. 530. Siehe hierzu Stempin, S. 140-143.

[403] Die Warschauer Presse zur Eröffnung der Hochschulen, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 14.11.1915; Zur Eröffnung der Universität Warschau, in: Posener Tageblatt vom 15.11.1915, Nr. 536; Die Eröffnung der Universität und der Technischen Hochschule in Warschau, in: Posener Neueste Nachrichten vom 16.11.1915, Nr. 5015; Die Universitätsfeier in Warschau, in: Posener Zeitung vom 16.11.1915, erstes Blatt.

[404] In Warschau!, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.11.1915, Nr. 946; In Warschau. II., in: Kölnische Volkszeitung vom 21.11.1915, Nr. 954.

[405] Ein Markstein in der Geschichte Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.11.1915, Nr. 941.

[406] G.: Zur Wiedereröffnung der Warschauer Universität. I., in: Posener Tageblatt vom 14.11.1915, Nr. 535 (Zitate); G.: Zur Wiedereröffnung der Warschauer Universität. II., in: Posener Tageblatt vom 16.11.1915, Nr. 537.

der Verdacht genährt wurde, das eigentliche Ziel der deutschen Bildungspolitik sei ihre „Germanisierung“.[407]

Abgesehen von der Würdigung der Hochschuleröffnung als Ergebnis deutscher Aufbauarbeit in Polen nutzte die deutsche Presse das Ereignis als Mittel im propagandistischen Kampf gegen die Kriegsgegner. So habe das Deutsche Reich die leeren Versprechungen Russlands an die Polen nicht nachgeahmt, sondern mit einer bildungspolitischen Tat beantwortet, waren sich Zentrums- und linksliberale Blätter einig.[408] Dadurch sei das im Ausland gepflegte Vorurteil der „deutschen Barbaren“ deutlich widerlegt worden. Zugleich wurde der deutsche Anspruch unterstrichen, maßgeblich über die Zukunft des besetzten Landes bestimmen zu wollen.[409] Somit diente die Hochschuleröffnung dem Zweck, der Zerstörung des Krieges eine weltweit sichtbare, aufbauende Bildungspolitik entgegenzusetzen.

Nach der Hochschuleröffnung erlosch das Interesse der deutschen Presse an der Bildungspolitik im Generalgouvernement Warschau wieder. Nur über die Einrichtung der Theologischen Fakultät und die Verleihung neuer Satzungen wurde vereinzelt berichtet[410], während der Hochschulalltag und die zunehmende Zahl der Lehrenden, Studierenden und der Kurse kaum Beachtung in der deutschen Öffentlichkeit fanden. Als es wegen des schleppenden Ausbaus des polnischen Staates und der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes in der ersten Jahreshälfte 1917 zu Unruhen und Streiks an den Hochschulen kam, wurden diese im Juni 1917 vorübergehend geschlossen.[411] Die deutsche Presse nahm jedoch nur wenig Notiz davon.[412] Somit blieb dem deutschen Zeitungsleser in erster Linie die Begeisterung der Polen über die Eröffnung der Hochschulen im November 1915 in Erinnerung.

Jenseits der aufsehenerregenden Hochschuleröffnung erfolgte die alltägliche Verwaltungsarbeit weitgehend unbeachtet von der deutschen Presse. Die allmählichen Veränderungen in Polen, die anhand der vertraulichen Berichte der Warschauer Zivilverwaltung nachvollzogen werden können[413], wurden von den Zeitungen nicht im Detail

---

407 Stempin, S. 144.

408 Die Eröffnung der Warschauer Hochschulen, in: Frankfurter Zeitung vom 16.11.1915, zweites Morgenblatt; Ein Markstein in der Geschichte Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.11.1915, Nr. 941; Paul Harms: Die Warschauer Hochschulen, in: Berliner Tageblatt vom 19.11.1915, Nr. 591.

409 Bahr, S. 12 ff.

410 Alma mater Varsoviensis, in: Vossische Zeitung vom 17.08.1916, Nr. 420; Das Aufblühen der Universität Warschau, in: Posener Zeitung vom 25.08.1916, erstes Blatt; Wilhelm Paszkowski: Das Hochschulwesen in Warschau, in: Nord und Süd 41 (1917), 160, S. 281-285. Siehe hierzu Lemke, Haltung.

411 Kauffman, Warsaw University, S. 72 ff.; Stempin, S. 145.

412 Siehe beispielsweise R. Fr.: Zur Schließung der Warschauer Hochschulen, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 25.06.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 186; Aus Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 27.06.1917, erste Ausgabe; Fritz Engel: Die Volkserziehung in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 05.09.1917, Nr. 453.

413 Bei den Viertel- und Halbjahrsberichten der Zivilverwaltung handelte es sich um interne Rechenschaftsberichte. Aufgrund der öffentlichen Kritik an der deutschen Verwaltungstätigkeit in Polen gab die Zivilverwaltung eine ähnlich den Berichten gestaltete Broschüre heraus,

dargelegt, sondern allenfalls als erwartetes Ergebnis der deutschen Verwaltungsarbeit angesehen.[414]

Am 5. August 1916, dem ersten Jahrestag der Einnahme Warschaus durch deutsche Truppen, erinnerte die polnische Presse Warschaus an dieses Ereignis und würdigte die positiven Veränderungen unter deutscher Herrschaft, die sich in den vollbrachten Leistungen der Zivilverwaltung und in der Möglichkeit zur freien Entfaltung der polnischen Nationalität zeigten.[415] Solche Bewertungen von polnischer Seite dienten deutschen Blättern als willkommener Beleg dafür, dass die betroffene Bevölkerung die Verwaltungstätigkeit gutheiße und davon profitiere. Der *Kölnischen Volkszeitung* zufolge fördere die deutsche Verwaltung die Annäherung von Deutschen und Polen, womit sie eine Staatsgründung vorzubereiten schien. Das völkerverbindende Werk könne dazu beitragen, dass sich beide Völker von der Vergangenheit lösten und auf die gemeinsamen Interessen, wie die Schaffung eines mitteleuropäischen Bündnisses gegen Russland, konzentrierten.[416] Damit schrieb das Zentrumsblatt der Verwaltungsarbeit eine zukunftsweisende Bedeutung zu, die weit über die offiziell verkündeten Ziele hinausging.

Entgegengesetzt fiel die Einschätzung der rechten Presse aus. Die alldeutsche *Tägliche Rundschau* beschrieb die Veränderungen im besetzten Polen als „Vermenschlichung der Verhältnisse", die allein auf die „kolonisatorische Kraft" der deutschen Verwaltung zurückzuführen sei.[417] Dabei bezogen rechte Blätter die polnische Bevölkerung kaum in ihre Betrachtungen ein, sondern behandelten diese lediglich als Objekt der deutschen Verwaltungstätigkeit, das sich dem deutschen Willen zu fügen habe. Erst nach der gescheiterten Heeresbildung im Sommer 1917 begriff die rechte Presse die Polen als eigenständige Akteure und kritisierte diese heftig für ihre Weigerung, sich an der Seite der Mittelmächte aktiv am Krieg zu beteiligen.[418]

Nach der Proklamation des Königreiches Polen im November 1916 forderte die linksliberale *Frankfurter Zeitung*, die bislang provisorisch angelegte Tätigkeit der deutschen Zivilverwaltung stärker auf die Errichtung einer dauerhaften polnischen Staatsverwaltung auszurichten und polnische Beamte daran zu beteiligen.[419] Die erfolgreiche Einführung der kommunalen Selbstverwaltung in den Städten des Generalgouvernements Warschau im Frühjahr 1916 konnte dafür als Vorbild dienen.[420] Allerdings brach-

---

um ihre Leistungen darzulegen: Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, Berlin 1917.

[414] Siehe beispielsweise Rudolf Cuno: Czenstochau und Spala. Eindrücke von einer polnischen Reise, in: Vossische Zeitung vom 27.08.1917, Nr. 436.

[415] Siehe den Überblick über die polnische Presse Warschaus: Der Warschauer Erinnerungstag, in: Frankfurter Zeitung vom 14.08.1916, Abendblatt.

[416] Deutsch-polnische Annäherung, in: Kölnische Volkszeitung vom 30.05.1916, Nr. 439.

[417] Zimmermann: Briefe vom Kriegsschauplatz in Polen, in: Unterhaltungsbeilage der Täglichen Rundschau vom 03.07.1915.

[418] Siehe weiter unten, Kap. III.3.2.

[419] W.K.: Eine Fahrt durch Polen. IV. Vorarbeit für den polnischen Staat, in: Frankfurter Zeitung vom 26.08.1917, erstes Morgenblatt.

[420] Städtische Selbstverwaltung in Warschau. Die Städteordnung in Polen, in: Die Post vom 04.05.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 123 f.; Die Einführung der kommunalen Selbst-

te die deutsche Presse der zunehmenden Beteiligung der Polen an der Verwaltung und den Bemühungen zur Schaffung einer staatlichen Organisation weit weniger Aufmerksamkeit entgegen als den „Erfolgen" der deutschen Besatzungsherrschaft. Die Übergabe der Verwaltungsbereiche Justiz und Bildung an polnische Behörden im September und Oktober 1917 wurde zwar vermeldet, jedoch kaum in ihrer Tragweite für den Ausbau des Staates kommentiert.[421] Für deutsche Zeitungen waren vielmehr die konkreten Folgen für den Handel mit Polen relevant. So seien „die deutschen Geschäftskreise [...] von *ernster Sorge* erfüllt", dass aufgrund der Rechtsprechung durch polnische Gerichte die Rechtssicherheit abnehme, was sich nachteilig auf die wirtschaftlichen Beziehungen auswirken könne, berichtete das *Berliner Tageblatt*.[422] Zudem galt die Übergabe der Verwaltungsbereiche aufgrund der kurz zuvor gescheiterten Heeresbildung und des Rücktritts des Staatsrates als unverdientes Zugeständnis an die Polen, weshalb das *Posener Tageblatt* sogar davon abriet.[423]

Dass durch den Aufbau der Verwaltungsbereiche und die Übergabe an polnische Beamte langfristig die Grundlagen für eine funktionierende Staatsverwaltung geschaffen wurden, zumal damit einhergehend die Ausbildung des Beamtenpersonals intensiviert wurde, fand allenfalls beiläufig Erwähnung.[424] Einzig die *Kölnische Zeitung* verwies auf die Auswirkungen der Verwaltungsübergabe über den andauernden Krieg hinaus, als sie in einem ausführlichen Leitartikel die Rechtsprechung „im Namen der polnischen Krone" als bedeutenden Schritt für den Wiederaufbau der staatlichen Selbständigkeit würdigte. Besonders hob das nationalliberale Blatt hervor, dass die Justizgewalt, im Gegensatz zur Zeit der russischen Herrschaft, nun vollständig den Polen unterstehe und die Verhandlungen in polnischer Sprache erfolgten.[425] Diese Ausfüh-

---

verwaltung im Generalgouvernement Warschau, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 01.09.1917.

421 Siehe beispielsweise: Die Uebergabe der Justiz an den Provisorischen Staatsrat, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 12.08.1917, zweite Ausgabe; Uebergabe des polnischen Gerichtswesens, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 02.09.1917; E.B.: Deutsche Kulturarbeit in Polen. 2. Die Organisation des Gerichtswesens, in: Berliner Allgemeine Zeitung vom 18.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 30b. – Die Übergabe des Bildungswesens an polnische Behörden wurde weit weniger beachtet. Siehe hierzu Kries, Staatsverwaltung, S. 156 f.

422 Die Rechtsprechung in Polen. Abbau der deutschen Gerichte, in: Berliner Tageblatt vom 23.07.1917, Nr. 371, Handels-Zeitung (Hervorhebung im Original gesperrt); Die Rechtsprechung in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 26.07.1917, Nr. 376. – Daraufhin warf die Wochenschrift *Polen* dem *Berliner Tageblatt* vor, „einer *hakatistischen Mystifikation* zum Opfer gefallen" zu sein. Die erste Verwirklichung, in: Polen 3 (1917), 139, S. 215-218, hier S. 217 (Hervorhebung im Original gesperrt). Für den Versuch, die Bedenken gegen die polnische Rechtsprechung auszuräumen: Die deutsche Kaufmannschaft und die Rechtsprechung in Polen, in: Polnische Blätter 3 (1917), 67, S. 125-128.

423 Wegen der Uebergabe des Schul- und Gerichtswesens, in: Posener Tageblatt vom 03.09.1917, Nr. 411.

424 Aus dem Königreich Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 04.09.1917, Nr. 5565. – Für die langfristigen Auswirkungen der österreichisch-ungarischen Besatzung auf die polnischen Staatsverwaltung Lewandowski, S. 42.

425 „Im Namen der polnischen Krone ...", in: Kölnische Zeitung vom 01.09.1917, Nr. 836.

rungen ähnelten frappierend der positiven Einschätzung der Wochenschrift *Polen*.[426] Doch während die *Kölnische Zeitung* die Verdienste der deutschen Verwaltungstätigkeit betonte und implizit den Dank der Polen für die Konzessionen verlangte, erblickte Letztere in der Übergabe der Verwaltungszweige bloß den Auftakt für den weiteren Ausbau des polnischen Staates.

Entsprechend wurden die Verhandlungen der Verfassungskommissionen und die von dieser vorgelegten Verfassungsentwürfe für den polnischen Staat von polnischer Seite ausführlich besprochen und als Meilenstein für die Errichtung staatlicher Strukturen gelobt.[427] In deutschen Zeitungen wurden die Verfassungsentwürfe zwar mitgeteilt und mitunter kommentiert, vor allem aber aus parteipolitischer Perspektive auf Unzulänglichkeiten beleuchtet und im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen Polens zu Deutschland bewertet.[428] Solange sich der innere Aufbau des polnischen Staates im Rahmen der Vorgaben der Mittelmächte vollzog, war er für die deutsche Presse kein medientaugliches Thema.

Jenseits der grundsätzlich als überaus erfolgreich beschriebenen Tätigkeit der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement Warschau sprachen deutsche und polnische Publizisten und Zeitungen nur selten Missstände an. Da die Warschauer Zivilverwaltung die wichtigste Informationsquelle für die deutsche Presse bildete, war es ihr möglich, den Informationsfluss zu lenken und eigene Misserfolge zu verschweigen. Insofern war die Kritik an der deutschen Verwaltung überwiegend allgemeiner Natur, etwa wenn der Kurs der Zivilverwaltung als zu hart oder als zu entgegenkommend gegenüber der polnischen Bevölkerung getadelt wurde.[429]

Vereinzelt wurden in deutschen Zeitungsartikeln und Publikationen negative Auswirkungen der Verwaltungsarbeit thematisiert, beispielsweise die enorme wirtschaftliche Ausbeutung des besetzten Polens für die Kriegszwecke der Mittelmächte. Durch Zwangsverkäufe und Beschlagnahmungen von Lebensmitteln, Nutzvieh, industriellen Rohstoffen und Produkten wurde das Land wirtschaftlich gelähmt, die Folge waren hohe Arbeitslosigkeit und die Verarmung der Bevölkerung.[430] Die kriegswirtschaft-

---

[426] Die erste Verwirklichung, in: Polen 3 (1917), 139, S. 215-218, insb. S. 215 f.

[427] Michael v. Lempicki: Zur polnischen Verfassung, in: Fremdenblatt vom 28.09.1917, Morgenausgabe; Verfassungsentwurf für das Königreich, in: Polen 3 (1917), 151, S. 205 ff.; Julian Makowski: Der Verfassungsentwurf für das Königreich Polen, in: Polen 4 (1918), 191, S. 187-191.

[428] Der Entwurf der Staatsverfassung für Polen, in: Posener Tageblatt vom 04.07.1917, Nr. 306; Der Entwurf der polnischen Verfassung, in: Germania vom 06.11.1917, Nr. 515; Polens künftige Verfassung. Zweikammersystem und gleiches Wahlrecht, in: Vorwärts vom 08.07.1918; Vom Verfassungsentwurf für das Königreich Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 25.07.1918, Nr. 590.

[429] So verlangte ein Warschauer Zivilverwaltungsbeamter im Oktober 1917 in einer Zuschrift an die alldeutsche *Tägliche Rundschau*, angesichts „schroffste[r] Ablehnung und planmäßige[n] Widerstand[es]" der Polen auf jedes weitere Entgegenkommen zu verzichten. Zur Polenfrage, in: Tägliche Rundschau vom 26.10.1917, Nr. 547, nachgedruckt in: Der falsche Polenkurs, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 26.10.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 10.

[430] Lehnstaedt, Dwie (różne) okupacje; ders., Militärgeneralgouvernement Lublin; Bemmann; Kries, Ausnutzung; Holzer/Molenda, S. 151-164.

lichen Maßnahmen wurden von der polnischen Bevölkerung als stetig zunehmende Belastungen wahrgenommen. Da Mangel und Hunger jedoch für alle Beteiligten und Betroffenen eine Grunderfahrung des Weltkriegs darstellten[431], war das Ausmaß der wirtschaftlichen Ausbeutung in den besetzten Gebieten für die Presse kaum erwähnenswert. Erst nach dem Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukraine im Februar 1918 wies die Wochenschrift *Polen* deutlich auf die Hungerunruhen in galizischen Städten infolge der anhaltenden Lebensmittelknappheit hin.[432]

Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen belasteten die deutsche Aufbauarbeit schwer. In der *Germania* warnte ein polnischer Verfasser davor, dass die Wirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit in den Industriezentren Polens zu sozialen Unruhen führen und die Entstehung einer revolutionären Bewegung begünstigen könnten. Daher hätten die Behörden über die Grundversorgung mit Lebensmitteln hinaus auch die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.[433] Friedrich Naumann kritisierte die fortgesetzten Requisitionen und Zwangsverkäufe, wodurch der Eindruck erweckt werde, den Besatzungsmächten sei nicht an der langfristigen Lebensfähigkeit Polens gelegen. Dadurch werde das Vertrauen der Bevölkerung in die Absichten der Mittelmächte nachhaltig erschüttert.[434] Gleichermaßen beklagten die *Posener Neuesten Nachrichten*, dass die „Beseitigung der *ökonomischen Kalamität* des Landes" infolge des Krieges nicht voranschreite. Namentlich die Verwüstung des Landes, die Lähmung der Wirtschaftskraft und die mangelnde Lebensmittelversorgung wirkten sich ungünstig auf die Stimmung der polnischen Bevölkerung aus. Der „Magen als Regulator des Empfindens und Wollens" dürfe nicht unberücksichtigt bleiben, wenn die Polen als Verbündete der Mittelmächte gewonnen werden sollten. Als Maßnahmen empfahl das linksliberale Blatt, Schiedsgerichte und verbindliche Rechtsbefugnisse für die Bevölkerung gegen Beschlagnahmungen und Requisitionen zu schaffen.[435] Solche Forderungen führten dem deutschen Zeitungsleser vor Augen, dass Schutzmechanismen gegen behördliche Willkür nicht oder nur unzureichend vorhanden waren.

Angesichts der Klagen über den Umgang der niederen deutschen Verwaltungsbeamten mit der einheimischen polnischen Bevölkerung schienen solche Vorschläge angebracht.[436] In der deutschen Presse wurde vereinzelt angemerkt, dass sich Generalgouverneur Beseler durch sein gleichermaßen bestimmtes wie entgegenkommendes Verhalten zwar das Vertrauen der polnischen Parteien erworben habe, dies sich aber nicht im Auftreten der örtlichen Gewalten widerspiegele, mit denen die Polen im täg-

---

[431] Nipperdey, Geschichte, Bd. 2, S. 855 f.

[432] Brotfrage und Judenfrage, in: Polen 1 (1918), 175, S. 151-155; Noch einmal: der „Brotfriede", in: Polen 4 (1918), 182, S. 357-361.

[433] Neue Gefahren in Polen. I., in: Germania vom 12.10.1915, Nr. 472; Neue Gefahren in Polen. II., in: Germania vom 13.10.1915, Nr. 473. Bei den Artikeln handelte es sich um eine Zuschrift „von besonderer polnischer Seite".

[434] Naumann, Polen, S. 8, 15 und 25. Siehe auch: Was wird aus Polen?, in: Frankfurter Zeitung vom 28.07.1917, zweites Morgenblatt.

[435] R.: Aufruf des polnischen Staatsrats, in: Posener Neueste Nachrichten vom 19.01.1917, Nr. 5374 (Zitate); r.: Die neuen Polenerlasse, in: Posener Neueste Nachrichten vom 18.09.1917, Nr. 5577.

[436] Przeniosło, Postawy, S. 206 f.

lichen Leben konfrontiert wurden.[437] Vielmehr stand die Vorgehensweise der unteren Verwaltungsbeamten zum großen Teil in krassem Widerspruch zu den Worten und der Politik Beselers, die auf freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und Polen angelegt waren.[438]

Die polnische Bevölkerung fühlte sich vor allem vom energischen, schneidigen Auftreten der deutschen Beamten abgestoßen, die Steuern und Abgaben erhoben, Requisitionen durchführten und Arbeitskräfte zwangsverpflichteten. In der Regel sprachen diese Beamten kein Polnisch und waren mit den Konventionen und Gepflogenheiten der einheimischen Bevölkerung nicht vertraut.[439] Im Vergleich zu den russischen Beamten, deren Skrupellosigkeit durch ihre Bestechlichkeit abgeschwächt worden sei, erschienen die überaus korrekten, pedantisch wirkenden deutschen Beamten, die zur Durchsetzung ihrer Forderungen zuweilen rücksichtslos vorgingen, als bedrückendere Herrschaftsgewalt in Polen. Die wenigen Anmerkungen in der deutschen Presse zu den für die polnische Bevölkerung unangenehmen oder abstoßenden Umgangsformen der deutschen Verwaltungsbeamten blieben jedoch die Ausnahme.

Noch weniger thematisierten deutsche Blätter die in Deutschland festgehaltenen Saisonarbeiter und die im besetzten Polen angeworbenen oder zwangsverpflichteten Arbeiter. Nach Kriegsausbruch waren die in Deutschland arbeitenden polnisch-russischen Saisonarbeiter an der Rückkehr gehindert worden und mussten für die Dauer des Krieges weiter in der deutschen Landwirtschaft arbeiten. Zusätzlich wurden im Generalgouvernement Warschau polnische Arbeiter zum Arbeitseinsatz in Deutschland angeworben.[440] Über die schlechte Behandlung dieser Arbeiter in deutschen Firmen berichtete der *Vorwärts*, demzufolge nur aufgrund einer Gerichtsklage ein einziger Fall öffentlich geworden sei.[441] Desgleichen fand die von Oktober bis Dezember 1916 im Generalgouvernement Warschau durchgeführte Zwangsrekrutierung von polnischen Arbeitskräften, die vor allem in sogenannten Zivilarbeiterbataillonen zur Schwerstarbeit bei geringem Lohn, seltener auch für qualifizierte Arbeiten in Deutschland eingesetzt wurden, kaum Resonanz in der deutschen Presse.[442]

Allein von polnischer Seite wurde deutliche und scharfe Kritik geübt. So tadelte die Wochenschrift *Polen*, dass in Deutschland 700 000 polnische Arbeiter festgehalten würden und in der Landwirtschaft arbeiten müssten. Dadurch sei die Heeresbildung in Polen stark behindert worden, da die Arbeiter das benötigte „Menschenmaterial"

---

437 Bahr, S. 25-28; ders.: Polen und Balten, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 13.05.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 133 f.; W. K.: Eine Fahrt nach Polen. I. Im befreiten Lande, in: Frankfurter Zeitung vom 14.08.1917, zweites Morgenblatt; Fritz Engel: Polenfahrt, in: Berliner Tageblatt vom 14.08.1917, Nr. 411.

438 Spät, S. 485 f.

439 Kries, Staatsverwaltung, S. 131. Für das entsprechende Verhalten der deutschen Beamten im Verwaltungsgebiet Ober Ost Liulevicius, Kriegsland, S. 79 f.

440 Westerhoff, Rekrutierung, S. 147-151 und 154 ff.

441 Klagen polnischer Arbeiter, in: Vorwärts vom 16.11.1915.

442 Zur Zwangsarbeiterrekrutierung im Generalgouvernement Warschau Westerhoff, Zwangsarbeit, S. 198-210, für die Reaktion der deutschen Parteien: ebenda, S. 233-237.

für ein polnisches Heer hätten bilden können.[443] Überdies kritisierten die polnischen Abgeordneten im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus die gewaltsame Verschleppung von Arbeitskräften in das Deutsche Reich. Im Februar 1917 verurteilte Adalbert Trampczynski die Zwangsrekrutierung von Arbeitern aus den deutschen Besatzungsgebieten im Osten[444], und noch im Mai 1918 prangerte Adalbert Korfanty „Menschenjagden" in Polen an.[445]

Die Kritik deutscher Journalisten an der deutschen Verwaltungstätigkeit in Polen war in der Regel knapp gehalten und fiel angesichts der zahlreichen lobenden Worte kaum ins Gewicht. Ebenso waren ausführliche publizistische Auseinandersetzungen mit diesem Thema die Ausnahme. Außergewöhnlich in ihrer Schärfe war die Abrechnung der *Kölnischen Volkszeitung* mit der deutschen Politik und Verwaltung in Polen in ihrem Leitartikel vom 31. Juli 1917: Es sei „kurz vor zwölf im polnischen Reiche", lautete der Befund des Zentrumsblattes, das für die gescheiterte Vereidigung der polnischen Rekruten im Juli 1917 „unser System, das aus Halbheiten gebildet und von Unentschlossenheiten geführt war", verantwortlich machte. Weder seien die Grenzen festgelegt noch ein König berufen worden, der den Rekruten den Eid hätte abnehmen können. Auch sei die Verwaltung des Landes durch preußische Beamte ohne Polnischkenntnisse völlig ungeeignet, das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zu gewinnen.[446]

Stattdessen hätte die Zivilverwaltung polnische Politiker aus Preußen, unabhängig von deren politischen Präferenzen, an die Spitze der Kreise und der Verwaltungsabteilungen in Polen berufen müssen. Dort hätten sie ihre Befähigung als Führer des polnischen Volkes in verantwortlichen Positionen nachweisen können. Zudem wünschte das Blatt eine größere Mitwirkung der katholischen Geistlichkeit im Provisorischen Staatsrat sowie polnischer katholischer Journalisten im Presseapparat in Warschau, wodurch das Vertrauensverhältnis zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung ebenfalls gestärkt würde. Besonders die Sachlichkeit der deutschen Verwaltung, ferner die Unfreundlichkeit und Strenge der deutschen Beamten seien bei den Polen auf Unverständnis gestoßen und hätten die unbestreitbaren Leistungen der Verwaltungsarbeit konterkariert. „*Weniger Wohltaten, mehr Freundlichkeit der Verwaltung*, namentlich der unteren und politischen Organe, hätten in Warschau und in Polen bessere Erfolge gezeitigt", lautete das Fazit der *Kölnischen Volkszeitung*.[447]

---

[443] Die polnische Heeresfrage, in: Polen 4 (1918), 180, S. 283 ff., hier S. 284. – Die Wochenschrift bezog sich auf eine Rede Adalbert Korfantys im Preußischen Abgeordnetenhaus, der die Zahl vermutlich absichtlich zu hoch angesetzt hatte, um das zwangsweise Festhalten der Arbeitskräfte zu dramatisieren. PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 6, 104. Sitz., 10.12.1917, Sp. 6822. Laut Christian Westerhoff wurden ca. 300 000 Saisonarbeiter aus Kongresspolen in Deutschland festgehalten, ferner waren 200 000 bis 240 000 Arbeitskräfte im Generalgouvernement Warschau angeworben worden. WESTERHOFF, Zwangsarbeit, S. 332.

[444] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 58. Sitz., 15.02.1917, Sp. 3536-3539; RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 310, 115. Sitz., 13.07.1917, S. 3565.

[445] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 9, 142. Sitz., 04.05.1918, Sp. 9612.

[446] Wie wird's in Polen?, in: Kölnische Volkszeitung vom 31.07.1917, Nr. 592.

[447] Ebenda (Hervorhebung im Original gesperrt). – Die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* suchte die Kritik abzuschwächen und auf partikularistische, religiöse Mo-

Solch deutliche Worte stachen aus den sonstigen Lobeshymnen auf die Leistungen der deutschen Verwaltung heraus. Die Leser des Zentrumsblattes wurden mit einer anderen Sichtweise auf die deutsche Besatzungsherrschaft konfrontiert, die den zahlreichen positiven Berichten über die vermeintlich hervorragende und selbstlose Verwaltungsarbeit zum Aufbau des polnischen Staates – die auch in der *Kölnischen Volkszeitung* in der Regel vorherrschten – diametral widersprach. Der Verfasser des Artikels enttarnte die deutsche Besatzungsherrschaft als Selbstzweck, deren Nutzen für die einheimische Bevölkerung fragwürdig war. Offenbar strebte er danach, die Verwaltungstätigkeit so zu verändern und zu optimieren, dass sie mit den deutschen politischen Absichten für die Zukunft Polens als Bündnispartner übereinstimmte. Die harsche Kritik besaß einen konstruktiven Kern und war durch den Wunsch motiviert, den direkten Kontakt zwischen Deutschen und Polen nachhaltig zu verbessern und Erleichterungen für die polnische Bevölkerung zu erreichen. Zugleich beruhte sie auf einer profunden Analyse der politischen und administrativen Lage im Generalgouvernement Warschau. Angesichts der üblichen Loblieder stellte die kritische Beurteilung der deutschen Verwaltungsarbeit somit ein bemerkenswertes Beispiel für eine korrektive Außensicht dar.

2.4 Unbekanntes Polen: Deutsche Unwissenheit und Wissbegierde

Zwar hatte es in der Vorkriegszeit zahlreiche deutschsprachige Veröffentlichungen – meist nationalistischer Provenienz – über die polnische Bevölkerung Preußens gegeben, hingegen war die Literatur über Kongresspolen vergleichsweise überschaubar.[448] Im Ersten Weltkrieg beklagten einige Personen das geringe Wissen der Deutschen und verlangten eine intensivere Beschäftigung mit dem benachbarten Land, um den deutschen Kenntnisstand zu erweitern.[449] Die Abschließung Kongresspolens nach außen und die mangelnde Kenntnis der polnischen Sprache in Deutschland waren dafür verantwortlich, dass die reichhaltige polnische Literatur in Deutschland kaum rezipiert worden war.[450] Einige Verfasser machten diese Unkenntnis zum Ausgangspunkt ihrer Veröffentlichungen und erhoben den Anspruch, ihr vermeintlich objektives Wissen über Polen weiterzugeben. In ihren Werken suchten sie die Rolle des neutralen Betrachters einzunehmen, der durch eine distanzierte Beobachtung ein unverfälschtes Bild der einheimischen politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse gewonnen habe. Den-

tive des Zentrumsblattes zu reduzieren. Der Streit um Polen, in: Kölnische Zeitung vom 15.08.1917, Nr. 778. – Die *Kölnische Volkszeitung* wies dies zurück und vertiefte ihre Kritik an der deutschen Verwaltungstätigkeit noch. Zur Lage in Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 22.08.1917, Nr. 654.

448 Bedeutend waren vor allem die Werke Georg Cleinows, der mehrere Jahre in Russland verbracht hatte. Cleinow, Zukunft, Bd. 1; ders., Zukunft, Bd. 2. Siehe hierzu Lemke, Georg Cleinow, S. 135.

449 Ferdinand Tönnies: Deutschland und Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 21, S. 81-87, hier S. 82; A. Hillebrandt: Polen und Deutschland, in: Polnische Blätter 2 (1916), 22, S. 107-112, hier S. 107 f.; Grabowsky, S. 7 ff.

450 Wunderlich, Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), Handbuch, S. III. Zum geringen Wissensstand in Deutschland über Polen siehe auch das Geleitwort des Generalgouverneurs Hans von Beseler, ebenda, S. IX.

noch sind diese Werke häufig deskriptiv, oberflächlich und überdies in belehrendem Ton gehalten. Trotzdem präsentierten die Verfasser der deutschen Öffentlichkeit auf der Grundlage ihres Mehrwissens über Polen die aus ihrer Sicht besten Optionen für die zukünftige politische Gestaltung des Landes.[451]

Zwar begrüßte die Wochenschrift *Polen*, dass die in der deutschen „Geisteswelt“ vorherrschende Unkenntnis und Gleichgültigkeit gegenüber Polen einem wachsenden Interesse an dem Nachbarland weiche.[452] Allerdings wandten sich die Redakteure der Wochenschrift entschieden gegen das vermeintliche Expertentum in allen politischen Lagern und nahmen aufgrund ihrer polnischen Herkunft eine größere Kompetenz in der Beurteilung der „polnischen Frage“ für sich in Anspruch.[453] Von diesem Selbstverständnis ausgehend machten die *Polnischen Blätter* im Mai 1918 die in Deutschland verbreitete Unkenntnis über den Osten Europas dafür verantwortlich, dass während des Krieges politische Fehler begangen worden und die Anstrengungen für den Aufbau des polnischen Staates vergeblich gewesen seien. Die Zeitschrift kritisierte besonders die Publizisten Georg Cleinow und Otto Hoetzsch als selbsternannte „fachmännische Kenner“ Polens und die rechte Presse als „Freibeuter der öffentlichen Meinung“.[454] Diese hätten dafür gesorgt, dass sich in der deutschen Öffentlichkeit die Vorstellung einer angeblichen polnischen Feindschaft gegen Deutschland verfestigt habe.[455] Bereits eine skeptische Haltung deutscher Blätter und Publizisten gegenüber den Polen galt den Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* als Ausweis mangelnder Sachkenntnis.

Auch die *Kölnische Volkszeitung* nahm sich der „Experten“ in der „polnischen Frage“ an:

> „Es hat sie schon immer gegeben, die große Verwandtschaft der Nörgler und Besserwisser, der ‚Sachverständigen‘ und ‚Kenner der Verhältnisse‘, die auf Grund mehr oder minder kurzer und oberflächlicher eigener Beobachtungen und geistreicher Aussprüche Dritter sich schnell ein ‚unumstößliches‘ Urteil bilden und der Welt als der Wahrheit letzter Schluß verkünden.“[456]

Während des Krieges sei Polen „ein besonders beliebter Tummelplatz der Phantasie solcher Leute“, beklagte das Zentrumsblatt und beanspruchte für sich, einen größeren Wissensschatz über das Nachbarland zu besitzen.[457] Doch in ähnlicher Weise werteten

[451] Exemplarisch Crull, S. 3; Kasprowicz, S. 8; F. R. Behrens: Aus der Wiege des polnischen Staates, in: Nord und Süd 41 (1917), 162, S. 248-254, hier S. 248.

[452] Deutsche und Polen, in: Polen 3 (1917), 106, S. 25 f., hier S. 25.

[453] Siehe die Polemiken der Wochenschrift *Polen* mit deutschen Publizisten wie Maximilian Harden, Georg Cleinow, Albrecht Penck, Wilhelm Düwell u.a. sowie mit der deutschen rechten Presse während des Krieges.

[454] Mundus vult decipi ..., in: Polnische Blätter 4 (1918), 94, S. 97-103, hier S. 98.

[455] Ebenda, S. 97 f.

[456] Der Sachverständige über Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 03.08.1917, Nr. 601.

[457] Ebenda. – Ebenso beklagte die rechtsnationale *Deutsche Zeitung* den Mangel an „Experten“: „Diejenigen unter uns, die ihr Wissen über Kurland, Litauen, Polen nicht erst seit gestern als Flugschrift in der Tasche tragen, sind auch heute noch schnell zählbar.“ A.-C.: Um Polens Zukunft!, in: Deutsche Zeitung vom 29.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5350, Bl. 130.

die Akteure aller politischen Richtungen gegensätzliche Standpunkte als unsachlich und parteipolitisch beschränkt ab, womit sie sich der gängigen rhetorischen Mittel im Ringen um die Deutungshoheit in der Öffentlichkeit bedienten.[458]

Die von vielen Seiten beklagte Unkenntnis über Polen offenbarte das Bedürfnis nach institutionellen Rahmenbedingungen, um das vorhandene Wissen zusammenzutragen und verfügbar zu machen. Was die Öffentlichkeit anbetraf, wurde die deutschsprachige Berichterstattung durch die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* um die polnische Perspektive erweitert. Als Beispiel für die wissenschaftliche Institutionalisierung kann die 1915 eingerichtete Polnische Abteilung bei der Deutschen Auslandsbibliothek in Berlin gelten. Diese sollte dazu dienen, den aktuellen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Wissensstand über Polen zu sammeln und öffentlich zugänglich zu machen. Die Errichtung der Abteilung wurde explizit damit begründet, das deutsch-polnische Verhältnis verbessern zu wollen: „*Unsere mangelhafte Kenntnis des heutigen Auslandes ist mit der Grund gewesen von Irrungen und Mißerfolgen* in unseren Beziehungen zu anderen Nationen." Dies gelte „am *allermeisten aber für das uns zu allernächst gelegene Polen und die Polen*. [...] *Aber wir kennen Polen und die Polen nicht*."[459]

Um die Kontakte zwischen deutschen und polnischen Akteuren des politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Lebens zu vertiefen und zu verstetigen, wurde am 25. Oktober 1917 die Deutsch-Polnische Gesellschaft ins Leben gerufen. Dabei handelte es sich ausdrücklich nicht um eine politische Vereinigung, sondern um eine Plattform für die gegenseitige Annäherung und die „regelmässige Aussprache über die Beziehungen zwischen beiden Nationen". Unter den Mitgliedern befanden sich zahlreiche angesehene Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens, die mehrheitlich aus Deutschland stammten.[460] Die erste Generalversammlung der Gesellschaft im Januar 1918 wurde zumindest in liberalen Zeitungen und in den *Polnischen Blättern* als erfolgreiche Veranstaltung bewertet, die der Verständigung zwischen Deutschen und Polen gedient habe.[461]

---

[458] So wandte sich Georg Cleinow, 1914 bis 1916 als Chef der Presseabteilung beim Generalgouvernement Warschau tätig, gegen die „Sachverständige[n]" und „Spezialist[en]", die ihre Urteile über Polen aufgrund einseitiger und oberflächlicher Beobachtungen fällten. GEORG CLEINOW: Die Zustände in Polen, in: Die Grenzboten 76,3 (1917), 32, S. 165-170, hier S. 165.

[459] Eine polnische Bibliothek in Berlin, in: Polen 1 (1915), 20, S. 188 f., hier S. 189 (Hervorhebung im Original gesperrt). – Nach der Proklamation des Königreiches Polen wurde zudem die polnische Abteilung der Königlichen Bibliothek in Berlin bedeutend erweitert. Erweiterung der polnischen Abteilung in der Berliner Bibliothek, in: Polen 2 (1916), 103, S. 300. – Zu den Kriegssammlungen deutscher Bibliotheken siehe DIDIER.

[460] Die deutsch-polnische Gesellschaft, in: Polnische Blätter 3 (1917), 76, S. 114 f., hier S. 114. – Für eine positive Bewertung der entstehenden Organisation siehe FRANZ V. LISZT: Die Geburtsstunde des polnischen Staates, in: Polnische Blätter 3 (1917), 76, S. 106-109, hier S. 108 f.

[461] Polen und Mitteleuropa. Generalversammlung der deutsch-polnischen Gesellschaft, in: Vossische Zeitung vom 12.01.1918, Nr. 21; Die deutsch-polnische Gesellschaft, in: Kölnische

Überdies entwickelte sich eine rege Forschungstätigkeit über Polen, die vor allem von der deutschen Besatzungsverwaltung in Warschau vorangetrieben und dem deutschen Publikum in zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zugänglich gemacht wurde. Besonders rührig waren die Archiv-Verwaltung unter der Leitung von Adolf Warschauer, die sich der Akten und Dokumente der polnischen Archive annahm[462], und die Landeskundliche Kommission unter der Leitung von Max Friederichsen und dessen Nachfolger Erich Wunderlich, die umfangreiche geografische, ethnografische und volkskundliche Forschungsergebnisse veröffentlichte.[463] Diese Studien spiegeln den wissenschaftlichen Blick der Deutschen auf Polen wider, wo sich unstillbare Neugierde und ungebremster Forscherdrang mit einer überheblichen Einstellung gegenüber dem besetzten Land paarten. Dem entsprach eine öffentliche Vortragsreihe deutscher Professoren und Wissenschaftler in Warschau in den Jahren 1916/17, die den deutschen Bildungsdrang und den Anspruch, in Polen als Kulturträger aufzutreten, gleichermaßen symbolisierte.[464]

Daneben gab es weitere Veröffentlichungen, die unmittelbare Informationen aus dem Generalgouvernement Warschaus verfügbar machten. Darunter fielen die direkt nach der Eroberung Warschaus im August 1915 begründete, täglich erscheinende *Deutsche Warschauer Zeitung*[465], die ab März 1917 regelmäßig herausgegebene Zeitungskorrespondenz *Warschauer Mitteilungen*[466], die *Warschauer Tafeln*, die Hintergrundinformationen über die polnische Politik und Presse bereitstellten[467], sowie die Veröffentlichung der Verordnungsblätter[468] und eines Rechenschaftsberichts der Zivil-

---

Zeitung vom 12.01.1918, Nr. 38; Die deutsch-polnische Gesellschaft, in: Polnische Blätter 4 (1918), 84, S. 84-88.

462 Die Reihe *Veröffentlichungen der Archiv-Verwaltung bei dem Kaiserlich-Deutschen Generalgouvernement Warschau* umfasst drei Bände: Die Handschriften des Finanzarchivs zu Warschau. Zur Geschichte der Ostprovinzen des preußischen Staates, Berlin 1917; Warschauer, Registraturen; Geschichte der Archiv-Verwaltung bei dem Deutschen Generalgouvernement Warschau, Berlin 1919. Rückblickend hierzu Warschauer, Kulturarbeit, S. 281-294.

463 In der Reihe *Beiträge zur polnischen Landeskunde* erschienen während des Krieges sieben, nach Kriegsende weitere drei Bände. Zusammenfassend für die landeskundlichen Forschungen über Kongresspolen Wunderlich, Handbuch. Zur Landeskundlichen Kommission Warschauer, Kulturarbeit, S. 301 f.

464 Paszkowski. – Generalgouverneur Beseler bewertete die Wiederbelebung der wissenschaftlichen Forschung in Polen unter deutscher Anleitung als Möglichkeit, das Land kulturell enger an Deutschland zu binden. Hans von Beseler an Albrecht Penck vom 27.04.1916, in: NL Beseler, BArch N 30/54, Bl. 29; Beseler an Penck vom 17.11.1916, ebenda, Bl. 75.

465 Leipnitz.

466 Zur Einführung, in: Warschauer Mitteilungen. Berichte aus dem Königreich Polen vom 18.03.1917. – Für den Anspruch, der deutschen Presse eine unabhängige, objektive Informationsquelle aus Polen zu bieten: An unsere Leser, in: Warschauer Mitteilungen vom 09.05.1917; An unsere Leser, in: Warschauer Mitteilungen vom 04.07.1917.

467 Mohr, Warschauer Tafeln.

468 Palandt.

verwaltung.[469] Inwiefern die im Generalgouvernement zusammengetragenen und bereitgestellten Wissensbestände über das besetzte Polen in Deutschland tatsächlich rezipiert wurden, ist allerdings nicht feststellbar.

Allgemein ist für den Ersten Weltkrieg ein wachsendes Interesse der deutschen Presse an polnischer Kultur, Literatur und Geschichte festzustellen.[470] Deutsche Bühnen inszenierten verstärkt polnische Theaterstücke und Opern[471], im neuen Medium Film wurden ebenfalls polnische Themen berücksichtigt.[472] In den Feuilletons der großen deutschen Zeitungen wurden nach der Proklamation des Königreiches Polen in Fortsetzungen Romane und Novellen polnischer Autoren abgedruckt.[473] Zudem wurden vermehrt Neuerscheinungen aus Polen rezensiert und die runden Geburtstage oder die Todestage berühmter polnischer Autoren gewürdigt.[474] In der eigens begründeten Reihe *Polnische Bibliothek* gaben die Schriftsteller und Übersetzer Alexander von Guttry und Władysław August von Kościelski im Georg Müller Verlag München bedeutende Werke der polnischen Literatur in deutscher Übersetzung heraus, die zum besseren Verständnis mit erläuternden Vorworten versehen waren.[475] Der Anspruch auf Wissensvermittlung wurde in der Verlagsankündigung vorgetragen, derzufolge die Reihe dazu dienen sollte, Polen als Kulturvermittler zwischen Ost und West zu präsentieren, ferner „ein Gesamtbild des polnischen Geisteslebens zu entwerfen, die deutsche Oeffentlichkeit mit den hohen Werten der alten und neuen polnischen Literatur bekannt [zu] machen, und [...] zum Bau der Weltliteratur beizutragen".[476] Trotz fehlender Quellen zu Auflagenhöhen und der Rezeption der polenspezifischen Veröffentlichungen kann das deutlich erweiterte Angebot als Beleg dafür gelten, dass während des Ersten Weltkrieges in Deutschland das Bedürfnis nach gesichertem Wissen über Polen und nach Erzeugnissen der polnischen Literatur und Kultur zugenommen hatte.

---

469 Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, Berlin 1917.

470 Siehe beispielsweise für den *Vorwärts* Orłowski, Wirtschaft, S. 289.

471 Siehe die knappen Bemerkungen bei Pryt, S. 38.

472 „Die Befreiung Polens", in: Polen 2 (1916), 79, S. 31 f.; Ein polnisches Filmdrama, in: Polen 2 (1916), 92, S. 16; Ein polnisches Filmwerk, in: Polnische Blätter 2 (1916), 27, S. 300. Siehe auch Maśnicki, S. 75-96.

473 Beispielsweise erschien in der *Kölnischen Zeitung* im Juli und August 1917 *Der letzte polnische Reichstag* von Władysław Reymont, der erste Band der Trilogie *Rok 1794* [Das Jahr 1794]. Im *Vorwärts* wurde im Sommer 1918 Reymonts Roman *Das gelobte Land* abgedruckt.

474 So publizierte der *Vorwärts* zum 70. Geburtstag des als christlich, konservativ und patriotisch charakterisierten Schriftstellers Henryk Sienkiewicz ein Fragment aus dessen Roman *Mit Feuer und Schwert*. Henryk Sienkiewicz: Der Zug der Kosaken, in: Vorwärts vom 04.05.1916, Unterhaltungsblatt.

475 Nosbers, S. 26-29.

476 Die polnische Bibliothek, in: Polnische Blätter 2 (1916), 34, S. 193 f., hier S. 194. – Aufgrund des Todes des Verlegers und wirtschaftlicher Probleme des Verlages erschienen nur wenige Bände in der Reihe, u.a. von Stanisław Przybyszewski, Henryk Sienkiewicz, Adam Mickiewicz und Stanisław Wyspiański. Nosbers, S. 28.

Die während des Krieges zahlreich vorgelegten deutschen Werke zur polnischen Geschichte können ebenfalls als Indikator für das gewachsene Interesse an Polen gelten. Dies gilt insbesondere für eine Zeit, in der Geschichtswissen und Geschichtsbilder zunehmend im außerwissenschaftlichen, öffentlichen Raum erörtert wurden. Zwar hatte die Historiografie den Status als sozial-kulturelle Leitwissenschaft verloren. Allerdings blieb sie für die Sinndeutung der Gegenwart und für Zukunftsprognosen von großer Bedeutung, zumal die historische Kontextualisierung wissenschaftlicher Themen weiterhin selbstverständlich war.[477] Die Veröffentlichung von Bibliografien zum deutschen Schrifttum über Polen während des Krieges zeugen von der beträchtlichen Zunahme der Publikationen zur Geschichte des Landes und trugen dem Bedürfnis Rechnung, die neuen Wissensbestände zu ordnen.[478]

Zumindest in Ansätzen änderte sich während des Krieges die deutsche Perspektive auf die deutsch-polnische Geschichte. Auch wenn nicht von einem grundsätzlichen Paradigmenwechsel ausgegangen werden kann, gibt es Hinweise darauf, dass die Geschichte des benachbarten Polen differenzierter als bislang betrachtet und das tradierte konfrontative Geschichtsbild auf seine Gültigkeit überprüft wurden.[479] Dem entsprach die im linksliberalen *Berliner Tageblatt* vorgetragene Forderung, die bisher vernachlässigte Geschichte Polens und der deutsch-polnischen Beziehungen im deutschen wissenschaftlichen, öffentlichen und schulischen Bereich stärker zu berücksichtigen. Um mit der Aneignung von Wissen über Polen bereits im Kindesalter zu beginnen, sei der Geschichtsunterricht an deutschen Schulen entsprechend anzupassen.[480]

Unter den Veröffentlichungen der Kriegszeit zur Geschichte Polens sind zwei Aspekte hervorzuheben: Erstens gaben polnische Historiker und Publizisten ihre Werke vermehrt in deutscher Sprache heraus, um das deutsche Publikum mit der polnischen Sicht auf die eigene und die gemeinsame deutsch-polnische Geschichte bekannt zu machen.[481] Die problematischen Aspekte der polnischen Geschichte wurden dabei nicht ausgespart, sondern zum Teil eigens thematisiert, um tradierte deutsche Geschichtsvorstellungen zu korrigieren. Beispielsweise erörterte der Professor für Rechts- und Verfassungsgeschichte in Lemberg, Oswald Balzer, die vielen Vorurteile gegenüber der Verfassung der polnischen Adelsrepublik, um die verbreitete Auffassung zu entkräften, dass Polen aufgrund seiner Verfassungsentwicklung einen Sonderfall der europäischen Geschichte darstelle. Vor allem wandte er sich gegen die Gepflogenheit deutscher Historiker, die Adelsrepublik auf das *liberum veto* und einige „Verfassungsmängel“ zu

[477] Hübinger, Gelehrte-Intellektuelle, S. 238 f. – Zum Geschichtsbewusstsein im Kaiserreich Hardtwig, S. 224-263.

[478] Praesent; Reiche; Recke/Wagner.

[479] Zum vorherrschenden deutsch-polnischen Geschichtsbild zu Beginn des 20. Jahrhunderts Trzeciakowski, Antagonismus, S. 62 f. und 67.

[480] Erich Dombrowski: Das Werden des polnischen Staates, in: Berliner Tageblatt vom 26.10.1917, Nr. 547.

[481] Siehe beispielsweise Sokołowski; Balzer, Verfassungsgeschichte; Chołoniewski; Feldman, Geschichte; Kasprowicz.

reduzieren. Denn dadurch wollten diese im Vergleich mit den modernen Staaten Europas einzig die vermeintliche staats- und verfassungsrechtliche Rückständigkeit Polens belegen. Stattdessen behandelte Balzer ausführlich die Verfassungsgeschichte Polens und die im 18. Jahrhundert eingeleiteten Reformen, die sich vergleichbar zu den übrigen europäischen Staaten vollzogen hätten und durch die Teilungen des Landes abrupt unterbrochen worden seien.[482]

Ferner suchte der Historiker Oskar Halecki das auf deutscher Seite bestehende Vorurteil zu entkräften, die Polen hätten in der Vergangenheit konfessionelle und nationale Minderheiten unterdrückt. „Die größte Geschichtsfälschung ist das Märchen von der *religiösen Intoleranz* in Polen", stellte er in einer Artikelreihe für die Wochenschrift *Polen* klar. Zugleich pries er das „Ideal des *religiösen* Friedens" im frühneuzeitlichen Nationalitätenstaat Polen.[483] Indem er die polnische Adelsrepublik in einer zusammenfassenden Darstellung zum toleranten, gerechten und friedlichen Staat erhob, stellte er die Geschichtsschreibung zugleich in den Dienst aktueller politischer Forderungen und warb für die weiträumige Wiederherstellung des polnischen Staates unter Einbeziehung nichtpolnischer Nationalitäten.[484]

Zweitens finden sich auf deutscher Seite Bestrebungen, das tradierte Bild des historischen deutsch-polnischen Antagonismus zu revidieren. Bemerkenswert sind einige Veröffentlichungen aus den Kreisen der deutschen Rechten, die als vorsichtige Versuche zur Etablierung einer neuen Sichtweise auf die gemeinsame Geschichte angesehen werden können. So sorgte ein Artikel Dietrich Schäfers in der alldeutschen *Täglichen Rundschau* für öffentliches Aufsehen, in dem der Professor für Geschichte in Berlin eine Bemerkung aus der Reichskanzlerrede vom 19. August 1915 aufgriff. Bethmann Hollweg war in seiner Skizze eines neuen, freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen von der vorherrschenden Geschichtsauffassung ausgegangen und hatte wörtlich ausgeführt: „Geographische und politische Schicksale haben seit langen Jahrhunderten Deutsche und Polen gegen einander zu kämpfen gezwungen."[485]

Schäfer widersprach dieser Prämisse und legte dar, dass Deutschland mit keinem Nachbarn weniger Konflikte und militärische Zusammenstöße gehabt habe als mit Polen. Vielmehr seien die Beziehungen großteils verträglich gewesen, die Besitzergreifung des Landes durch Deutsche mittels „friedlicher Siedlung" geschehen. Die mittelalterlichen Kriege deutscher Herrscher gegen Polen seien lediglich Ausnahmen gewesen. So beschrieb Schäfer die Schlacht von Tannenberg im Jahr 1410 als gemeinsamen Kampf der Städte und des Landadels Preußens mit den Polen gegen den anachronistischen Deutschen Orden. Die Schuld an den Teilungen Polens schob er allein Russland zu und rechtfertigte die Beteiligung Preußens als notwendig zur Selbsterhaltung und Machtsicherung. „So ist es nichts mit den jahrhundertelangen Kämpfen zwischen Deutschen und Polen; sie gehören in die lange Reihe der falschen geschichtlichen Gesamtvor-

[482] Balzer, Verfassungsgeschichte, S. 61-73.

[483] Oskar von Halecki: Polen und der Weltfrieden. Ein historischer Rückblick in der Kriegszeit, in: Polen 1 (1915), Nr. 12, S. 300-305, Nr. 13, S. 339-342, Zitate S. 341 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[484] Halecki, S. 96-104. Siehe hierzu Bömelburg, S. 107.

[485] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 13. Sitz., 19.08.1915, S. 219.

stellungen, die überaus schwer auszurotten sind", bilanzierte Schäfer seinen Überblick über die deutsch-polnische Geschichte. Für die von Bethmann Hollweg angedeutete Wiedererrichtung eines polnischen Staates verlangte er den Vorrang deutscher Interessen und den Verzicht Polens auf preußische Gebiete, um auf dieser Grundlage „die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen" beseitigen zu können.[486]

Seine Kritik an der deutschen Geschichtsauffassung wurde von den Verständigungsbefürwortern, allen voran der *Kölnischen Volkszeitung*, den *Polnischen Blättern* und Hans Delbrück, als Beitrag zur Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis begrüßt.[487] Den Ausführungen Schäfers maßen sie eine besondere Bedeutung bei, da er zum einen als Professor für Geschichte ein ausgewiesener Experte, zum anderen als nationalistischer Publizist sowie Mitglied des Ostmarkenvereins und des Alldeutschen Verbands ein bedeutender Akteur der Rechten war.[488]

Allerdings wurde der Artikel nicht als Anzeichen eines Wandels im Verhältnis der deutschen Rechten zu Polen gedeutet, auch wurde kein tiefgreifender Sinneswandel Schäfers vermutet. Zwar hatte dieser in der Vorkriegszeit die preußischen Ostprovinzen zum „eigentliche[n] Kampfplatz für nationale Fragen" erhoben und eine Verschärfung der preußischen Polenpolitik gegen die vermeintliche Bedrohung durch das „Polentum" gefordert.[489] Dabei hatte er jedoch einem geschichtlich gewachsenen „deutschen Polenhaß" widersprochen und die friedliche deutsche Ostsiedlung betont.[490] Insofern enthielt der Artikel in der *Täglichen Rundschau* keine substanziell neue Auffassung Schäfers. Angesichts seines ab 1917 zunehmenden öffentlichen Eintretens für einen deutschen „Siegfrieden" als Vorsitzender des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden" und seiner Forderung nach vollständiger Beherrschung des neuen polnischen Staates durch Deutschland musste ein solcher Sinneswandel Schäfers ohnehin unglaubwürdig erscheinen.[491]

Ein weiteres Beispiel für eine Neubewertung der polnischen Geschichte stellte Wilhelm von Massow dar, der sich aufgeschlossen gegenüber den Bestrebungen zur

---

[486] Dietrich Schäfer: Deutsch-polnische Kämpfe?, in: Tägliche Rundschau vom 07.09.1915, Nr. 453. – Ebenso verwarf Schäfer ein Jahr später in der nationalliberal-alldeutschen Zeitschrift *Der Panther* die „Geschichtsvorstellungen auch Bestgebildeter, [...] Polen und Deutsche hätten sich in fast ununterbrochenem Kampfe gegenübergestanden und eine Versöhnung sei demnach schwer denkbar". Ders.: Deutsche und Ostland in Vergangenheit und Gegenwart, in: Der Panther 4 (1916), 8, S. 939-950, hier S. 945.

[487] Deutsche und Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 10.09.1915, Nr. 739; Zur polnischen Frage, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.09.1915, Nr. 757; Pressestimmen, in: Polnische Blätter 1 (1915), 1, S. 30-34, hier S. 30; Delbrück: Professor Seeberg, Professor Schäfer, Professor v. Wilamowitz, Professor Hintze, in: Preußische Jahrbücher 162 (1915), 11, S. 360-363, hier S. 361.

[488] Für die Mitgliedschaft Schäfers in radikalnationalistischen Verbänden Ackermann, S. 149 f.

[489] Dietrich Schäfer: Deutsche Sprachgrenzen und Sprachenkämpfe, in: Ostland. Jahrbuch für ostdeutsche Interessen 1 (1912), S. 9-26, hier S. 20 (Zitat) und 24 ff.

[490] Ebenda, S. 20 und 25 (Zitat). Siehe auch Schäfer, Recht, S. 15; ders., Volk, insb. S. 10 f.

[491] Ackermann, S. 222-226. – Bereits im August 1915 hatte Schäfer in einer geheimen Denkschrift Annexionen im Osten zur Grenzsicherung und zur Schaffung von deutschem Siedlungsland gefordert. Schäfer, Denkschrift. Siehe hierzu Schwabe, Wissenschaft, S. 77 f.

Wiedererrichtung des polnischen Staates zeigte und sich von polnischer Seite überzeugen lassen wollte, dass die Abkehr von Russland endgültig und das anvisierte Bündnis mit den Mittelmächten dauerhaft seien.[492] In seiner 1915 publizierten Broschüre *Wie steht es mit Polen?* stellte er die politische Zweckmäßigkeit über die Rassenfrage und bezeichnete eine deutsch-polnische Verständigung als möglich und wünschenswert, verlangte als Bedingung aber den endgültigen Verzicht der Polen auf die preußischen Landesteile.[493] Seiner Ansicht nach dürfe aus der polnischen Geschichte keinesfalls die „Unfähigkeit zur Staatsbildung" abgeleitet werden, auch seien die zivilisatorischen Unterschiede zwischen West- und Ostslawen größer als diejenigen zwischen den Westslawen und Europa.[494]

Nach der Proklamation des Königreiches Polen kritisierte Massow die überzogenen deutschen Erwartungen an den neuen Staat und wies die Klagen der deutschen Presse über die vermeintlichen Ansprüche der Polen und den angeblichen Undank und Hass gegen alles Deutsche entschieden zurück. Es seien lediglich einzelne negative Stimmungsberichte, die in Deutschland eine unbeabsichtigte politische Wirkung entfalteten, da besonders konservative Kreise ihre Warnungen vor übereilten politischen Zugeständnissen an die Polen bestätigt sehen wollten. Stattdessen seien die unterschiedlichen Interessen zwischen Deutschen und Polen für die langsame politische Entwicklung verantwortlich, ferner „wirken auch die *verschiedenen Temperamente*, eingewurzelten Auffassungen, Gewohnheiten, Überlieferungen und Vorurteile der beiden Völker verschärfend mit". Damit suchte Massow sowohl die deutsche Besatzungsverwaltung als auch die Polen gegen die Vorwürfe der deutschen Rechten in Schutz zu nehmen und mahnte zu größerer Geduld beim weiteren Aufbau des Staates.[495]

„Dieser Aufsatz ist umso bemerkenswerter, als der hervorragende Verfasser über jeden Verdacht der Begünstigung der Polen erhaben ist", leiteten die *Polnischen Blätter* einen Auszug aus dem Artikel ein.[496] Zwar wertete die Wochenschrift *Polen* die Ausführungen nicht als Anzeichen einer grundlegend veränderten Haltung Massows gegenüber Polen, begrüßte aber dessen neutrales Urteil über die aktuellen politischen Probleme. Massow, der vor dem Krieg „als einer der brennend heißen Hakatisten bekannt" gewesen sei, habe offensichtlich „umgelernt", gleichwohl er nicht „von gar mancher hakatistischen *reservatio mentalis*" freizusprechen sei.[497] Diese trat bei Massow seit Ende des Jahres 1917 wieder deutlich zutage, als er den Polen einen kon-

---

[492] W. v. Massow: Das Königreich Polen und wir, in: Das größere Deutschland 2 (1915), 33, S. 1077-1082, hier S. 1081 f. – Für den Versuch der Überzeugungsarbeit Konstantin v. Srokowski: Zur deutsch-polnischen Verständigung, in: Polnische Blätter 1 (1915), 1, S. 12-20.

[493] Massow, Polen, S. 20.

[494] Ebenda, S. 6 f. und 30.

[495] Wilhelm von Massow: Die Zustände in Polen, in: Deutsche Politik 2 (1917), 28, S. 889-897, Zitat S. 897 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[496] Pressestimmen, in: Polnische Blätter 3 (1917), 68/69, S. 165-169, hier S. 165.

[497] Vorbemerkung zu: Die Zustände in Polen, in: Polen 3 (1917), 135, S. 114-119, hier S. 114 (Hervorhebung im Original gesperrt).

stitutiven „Deutschenhaß“ unterstellte, den die Reichsleitung in ihrer Polenpolitik zu berücksichtigen habe.[498]

Als drittes Beispiel kann der außerordentliche Professor für Osteuropäische Geschichte in Berlin und Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes und des Ostmarkenvereins, Otto Hoetzsch, angeführt werden. Auch Hoetzsch, der von 1906 bis 1913 als Professor für Geschichte an der Königlichen Akademie in Posen wirkte, war in der Vorkriegszeit entschlossen für eine Verschärfung der preußischen Polenpolitik eingetreten.[499] In seiner 1917 publizierten Broschüre über die Geschichte Polens, die in der Reihe „Schützengraben-Bücher für das deutsche Volk“ preisgünstig und in hohen Auflagen erschien, war er hingegen sichtlich um eine neutrale, ausgewogene Darstellung bemüht. Angesichts der Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 schien ihm besonders daran gelegen, die historische Westorientierung Polens zu beweisen und die vermeintlichen Kulturunterschiede gegenüber den westlichen Nachbarstaaten einzuebnen.[500] Zwar zeichnete er die Adelsrepublik und das Wahlkönigtum deutlich negativ, da sie den Niedergang und die Teilungen Polens verursacht hätten. Dennoch beschloss Hoetzsch seinen Überblick mit dem Wunsch, dass die Polen aus dem Untergang des Staates ihre Lehren für die Gegenwart ziehen und gemeinsam mit den Mittelmächten einen beständigen polnischen Staat aufbauen würden.[501]

Obgleich seine Darstellung geringere Resonanz in der deutschen Presse fand als die Artikel Schäfers und Massows, war die Broschüre mit einer Auflage von 119 000 Exemplaren weit verbreitet.[502] Somit kann davon ausgegangen werden, dass eine beträchtliche Zahl an Lesern mit der großteils neutralen Darstellung der Geschichte Polens bekannt gemacht wurde. Allerdings scheint die Broschüre ebenfalls keine grundsätzliche Neubewertung der „polnischen Frage“ bei Hoetzsch zu dokumentieren. Vielmehr hatte er die deutsche Politik gegenüber Polen stets von den politischen Beziehungen zu Russland abhängig gemacht. Während des Krieges war er in vertraulichen Denkschriften für einen Ausgleich mit Russland bei gleichzeitiger strategischer Grenzsicherung Deutschlands durch Annexionen an der Ostgrenze eingetreten.[503] Seiner Ansicht nach hatte die Proklamation des Königreichs Polen dieses Vorhaben erschwert; zudem verwies er auf mögliche nachteilige Auswirkungen auf die preußischen Ostprovinzen.[504]

Der Historiker Klaus Schwabe hat treffend dargelegt, dass sich die von deutschen Professoren veröffentlichten Abhandlungen über Polen jenseits der gedruckten Worte zuvorderst in ihrem Geist voneinander unterschieden: auf der einen Seite Hans Delbrück, Max Weber und auch der Nationalökonom Max Sering, die das deutsche Sicherheitsbedürfnis mit der nationalen Befreiung der Völker Osteuropas in Einklang zu bringen suchten, auf der anderen Seite die alldeutschen Professoren um Dietrich Schäfer und die wenigen Befürworter einer Ausgleichspolitik mit Russland wie Otto Hoetzsch,

---

498 Wilhelm v. Massow: Glossen zur Polenfrage, in: Der Tag vom 25.12.1917, illustrierter Teil.
499 Serrier, Provinz Posen, S. 79-83; Kuebart, S. 605 f. und 608.
500 Hoetzsch, Polen, S. 12 und 15.
501 Ebenda, S. 38 f. und 47.
502 So die Angabe der Auflage in der Titelei des Exemplars in der Staatsbibliothek zu Berlin.
503 Schwabe, Ursprung, S. 121 f.
504 Kuebart, S. 615 f.

die eine Verwirklichung des Nationalitätenprinzips im Osten ablehnten und jegliche deutsche Ostpolitik als Machtfrage auffassten.[505] Dieser Gegensatz wurde zunächst vor allem nicht-öffentlich, in Denkschriften, Eingaben und Schriftwechseln, verhandelt und trat erst im Laufe des Jahres 1917 immer deutlicher zutage. Somit konnte in den ersten Kriegsjahren der Eindruck entstehen, dass in der „öffentlichen Meinung“ in Bezug auf Polen eine Entwicklung hin zu einem positiveren Verhältnis eingesetzt habe, die auch von bedeutenden Akteuren aus den Reihen der deutschen Rechten mitgetragen werde. Das Urteil, ob Schäfer, Massow oder Hoetzsch tatsächlich eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen erstrebten, oder ob deren Veröffentlichungen nur taktischer Natur waren, blieb letztendlich den Lesern ihrer Schriften vorbehalten.

Hingegen traten die verständigungsbereiten deutschen und polnischen Publizisten und Presseorgane selbstbewusst dem vorherrschenden Geschichtsbild entgegen und gründeten ihre jeweiligen Zukunftsvorstellungen auf Deutungen einer weitgehend harmonischen gemeinsamen Geschichte.[506] Wie in der Vorkriegszeit verfocht Hans Delbrück weiterhin eine aufrichtige Verständigung zwischen Deutschen und Polen. In seiner Rede vor der Deutsch-Polnischen Gesellschaft am 10. Januar 1918 begründete er seine Vorstellung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses unter Einbeziehung Polens mit der These, dass Polen und Deutschland stets „in gutem nachbarlichen Verhältnis“ gelebt hätten. Auf dieser positiven Geschichtsdeutung seien die zukünftigen Beziehungen beider Staaten aufzubauen. Um jedoch alle Nationalitätenkonflikte in Europa zu entschärfen, müsse die „ganze Denkweise des 20. Jahrhunderts“ überwunden werden, deutete Delbrück eine Kritik an der dominierenden Weltanschauung des Nationalismus an.[507]

Besonders anschaulich wurde die von Konflikten bereinigte deutsch-polnische Geschichte in dem Bildband *Im Lande des weißen Adlers* anhand von Abbildungen bedeutender Herrscher, Paläste, Kirchen, Denkmäler und Gemälde beider Nationen erzählt. Die Zusammenstellung musste dem zeitgenössischen Betrachter merkwürdig und willkürlich erscheinen, wenn polnische Könige den Hochmeistern des Deutschen Ordens zur Seite gestellt oder das polnische Nationalmuseum im schweizerischen Rapperswyl ebenso wie die Marienburg als Sitz der Hochmeister des Ordens abgebildet wurden. Laut der voranstehenden Einführung in die Geschichte Polens verfolgte der Band das Ziel, dem deutschen Leser die polnische Geschichte und Kultur anschaulich darzustellen und über wichtige deutsche Einflüsse zu informieren.[508] Aus der Darstellung einer

---

505 Schwabe, Wissenschaft, S. 79 ff. Siehe auch ders., Ursprung, S. 117-122.

506 A. Hillebrandt: Polen und Deutschland, in: Polnische Blätter 2 (1916), 22, S. 107-112, hier S. 109; Polen und Deutsche, in: Kölnische Volkszeitung vom 04.09.1916, Nr. 715. Das Zentrumsblatt zitierte aus der polnischen Zeitschrift *Świat Chrześcijański* [Christliche Welt], die die vermeintlich unüberwindbare deutsch-polnische Feindschaft verworfen hatte.

507 Der Staat Polen. Professor Delbrück über die Zukunft Polens, in: Berliner Tageblatt vom 11.01.1918, Nr. 19. Siehe auch: Die deutsch-polnische Gesellschaft, in: Polnische Blätter 4 (1918), 84, S. 84-88, hier S. 85; Deutsch-polnischer Optimismus. Tagung der deutsch-polnischen Gesellschaft, in: Die Post vom 11.01.1918, GStA I. HA, Rep. 90 A, Nr. 2695 [nicht pag.]; Polen und Mitteleuropa. Generalversammlung der Deutsch-polnischen Gesellschaft, in: Vossische Zeitung vom 12.01.1918, Nr. 21.

508 Stein.

engen historischen Verflechtung beider Länder wurde ganz selbstverständlich der deutsche Einfluss als Voraussetzung für die glückliche Zukunft Polens abgeleitet.

Mit den Versuchen, die gemeinsame Geschichte zu einer langwährenden Epoche überwiegend friedlicher Koexistenz umzudeuten, gerieten besonders die Phasen deutsch-polnischer Bündnisse in den Blick. Namhafte deutsche und polnische Verständigungsbefürworter wie Hans Delbrück und Stanisław Przybyszewski bezogen sich auf den polnischen Novemberaufstand 1830/31 gegen Russland, der in der deutschen Polenlyrik zu einem Freiheitskampf der deutschen und polnischen Nationen überhöht worden war. Dieser galt ihnen als Vorbild für den gemeinsamen Kampf gegen Russland während des Weltkrieges, zumal sich die Hoffnung auf Befreiung Polens von der russischen Herrschaft nun zu erfüllen schien.[509] Durch die Herausgabe von Anthologien alter und neuer deutscher Polenlieder wurde direkt an die Tradition des Vormärz angeknüpft und ein bedeutendes Symbol der deutschen Polenfreundschaft wiederbelebt.[510] Dadurch wurde das deutsche Publikum mit einer romantischen Vergangenheit konfrontiert, als die deutsche Nationalbewegung sich solidarisch mit der unterdrückten polnischen Nation gezeigt hatte.[511] Der seinerzeit ausgetragene Konflikt zwischen restaurativen und progressiven Kräften wurde wohlweislich ignoriert[512], vielmehr wurde die ideelle Verbundenheit der Deutschen und Polen im gemeinsamen Freiheitskampf hervorgehoben.

Allerdings erfolgte von verschiedenen Seiten Widerspruch. Der Wochenschrift *Polen* zufolge habe die nach der Proklamation des Königreiches Polen zunehmende Neugier der Deutschen gegenüber Polen keine neue Phase der idealistischen Polenbegeisterung eingeläutet. Stattdessen näherten sich die Deutschen dem neuen Nachbarstaat sehr sachlich und vorurteilslos.[513] „Praktische politische Vernunft ist besserer Kitt als Schwärmerei, kühles politisches Interesse bindet fester als heiße Sympathie", fasste die Wochenschrift ihre Auffassung zusammen.[514] Unter den deutschen Rechten wurde die „Polenschwärmerei" hingegen als Rückfall in die Zeiten der „unseligen Romantik deutscher Gefühlspolitik" gegenüber unterdrückten Nationen scharf kritisiert und angesichts des Existenzkampfes des Deutschen Reiches im Weltkrieg als anachronistisch verurteilt.[515]

Der Historiker Tomasz Nawrot fasste zusammen, dass es sich bei der Renaissance der deutschen Polenlyrik im Ersten Weltkrieg um eine oberflächliche „Dichtung auf Bestellung" gehandelt habe. Diese sei „politisch gesteuert" gewesen, um die Polen gegen Russland aufzuhetzen und die polnischen Freiheitsbestrebungen für die Kriegszie-

---

509 Przybyszewski, Polen, S. 14-17; Delbrück, Polenlieder, S. 12 f.

510 Leonhard, Novemberaufstand; [ders.,] Polenlieder; ders., Neue Polenlieder; Schmidt vom Meere; Leonhard, Gedichte.

511 Koziełek, S. 36 f.; Gabryś/Landgrebe/Pleitner, S. 26-33.

512 Für die der Polenbegeisterung im Vormärz zugrundeliegenden Motive siehe Kolb, S. 120.

513 Deutsche und Polen, in: Polen 3 (1917), 106, S. 25 f.

514 Rückblicke und Ausblicke, in: Polen 3 (1917), 138, S. 183-186, hier S. 184.

515 Polenschwärmerei und kein Ende, in: Deutsche Zeitung vom 09.01.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 38 (Zitat); Vom polnischen Charakter. I., in: Deutsche Tageszeitung vom 21.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 34.

le der Mittelmächte zu instrumentalisieren.[516] Gleichwohl deutet die Berufung auf die Tradition des gemeinsamen Kampfes gegen Russland auch darauf hin, dass ein für die Polen positiv besetzter deutsch-polnischer Erinnerungsort wiederbelebt werden sollte, der auf das zukünftige Bündnis beider Nationen verwies.[517] Zudem war die Herstellung der Kontinuität zum Novemberaufstand von 1830/31 und die Bezugnahme auf die Polenbegeisterung des Vormärz darin begründet, die Polen auf Seiten der Mittelmächte kämpfen zu sehen, nicht aber auf Seiten der Kriegsgegner. Somit kann für die Zeit des Ersten Weltkrieges zwar nicht von einer idealistischen Polenbegeisterung die Rede sein, vielmehr wurde der Freiheitskampf der Polen in den Dienst des erhofften deutsch-polnischen Bündnisses gestellt, das – anders als in der Zeit des Vormärz – von längerer Dauer sein sollte.

2.6 Überholte Stereotype? – Polnische „Staatsunfähigkeit“ und „Intoleranz“

Während des Ersten Weltkrieges wurden deutsche Stereotype, Vorurteile und Feindbilder über Polen in der öffentlichen Debatte relevant, da diese als Argumente gegen die Wiedererrichtung des polnischen Staates angeführt werden konnten. Einige eng miteinander verknüpfte Polenbilder wurden in den Veröffentlichungen stets aufs Neue thematisiert: So bestanden Vorstellungen einer „polnischen Wirtschaft“, wonach die vermeintlich wirtschaftliche Rückständigkeit Polens in der Unfähigkeit begründet liege, ein funktionierendes und florierendes Wirtschaftssystem zum Wohle der Gesellschaft aufzubauen. Damit zusammenhängend habe die sprichwörtliche „Zwietracht der Polen“ den Aufbau einheitlicher staatlicher Strukturen und eine zielgerichtete und konsensorientierte Politik in der Zeit der Adelsrepublik verhindert und letztlich deren Niedergang verursacht.[518] Schließlich galt vor allem unter den deutschen Rechten die Intoleranz der Polen gegenüber ethnischen und konfessionellen Minderheiten als sprichwörtlich.[519]

Diese Bilder von den Polen waren aus Sicht der Deutschen durch die Teilungen des Landes im 18. Jahrhundert augenfällig bestätigt worden. Sie wurden in der deutschen Literatur, Geschichtsschreibung und Presseberichterstattung reproduziert und verbreitet.[520] Ihnen lag die Annahme zugrunde, dass dem polnischen Volk wichtige Eigenschaften zur Errichtung und Aufrechterhaltung eines modernen Staates fehlten. Insbesondere im Kontrast mit der Aufstiegserzählung Preußens, die nach der Reichs-

---

[516] Nawrot, S. 151-154, Zitate S. 154.

[517] Hans Delbrück bezog sich ausdrücklich auf ein zu schaffendes deutsch-polnisches Bündnis. Delbrück: Einleitung, in: ders., Polenlieder, S. 13.

[518] Jacobmeyer.

[519] Siehe beispielsweise R.B.: Das künftige Polen und seine nationalen Minderheiten, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 03.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 19; Warschauer Brief, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 16.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 102.

[520] Beiläufige Verweise auf die „polnische Wirtschaft“ dienten als Erklärung für die abweichenden Ordnungsvorstellungen der Polen. Siehe beispielsweise Rudolf Cuno: Czenstochau und Spala. Eindrücke von einer polnischen Reise, in: Vossische Zeitung vom 27.08.1917, Nr. 436.

gründung 1871 mit der gesamten deutschen Nation identifiziert wurde, musste der Niedergang Polens als Beweis der Unfähigkeit zur Staatsbildung erscheinen.

Die deutschen Stereotype gegenüber Polen schienen dem von polnischer Seite immer drängender vorgetragenen Wunsch nach Wiedererrichtung des polnischen Staates zu widersprechen. Daher forderte Friedrich Naumann von den Polen, die verbreiteten „Zweifel an der polnischen Regierungsfähigkeit" auszuräumen, bevor die Beratungen über die staatliche Gestaltung Polens aufgenommen werden könnten.[521] Zwar ließ er offen, welche Belege für die Regierungsfähigkeit er als ausreichend anerkennen würde, räumte den Polen aber immerhin die Möglichkeit ein, das Stereotyp argumentativ zu korrigieren.

Unter den deutschen Rechten wurde die vermeintlich mangelnde Staatsfähigkeit der Polen hingegen als unveränderliche, im polnischen Nationalcharakter angelegte Inkompetenz erachtet, die mitunter rassistisch gedeutet wurde. Der rechtsnationalen *Deutschen Zeitung* zufolge litten alle Slawen unter „dem Fluche der Unfähigkeit, sich zur völkischen Ordnung zu sammeln. Was Slawen im Laufe der Geschichte an staatlichen Gebilden hervorgebracht haben, ist immer entstanden unter Leitung und Ausnutzung schöpferischer Kräfte westeuropäischer Einwanderer, vor allem Deutscher." Daher seien selbst einsichtige Slawen und Polen zu der „Erkenntnis eigener Unfähigkeit in der Herbeiführung staatlicher Ordnung gekommen", suchte das Blatt die Unterordnung Polens unter die deutsche Herrschaft zu begründen.[522]

Aus polnischer Sicht musste dies zum Widerspruch reizen, allerdings gingen die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* nicht auf solche Unterstellungen ein. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit den deutschen Rechten über die polnische Fähigkeit zur Staatsbildung und Regierungsverantwortung musste müßig erscheinen, da sich diese kaum durch die Argumente von polnischer Seite überzeugen lassen würden. Hingegen nahmen polnische Publizisten die Forderung Naumanns sehr ernst, zumal die „Legende von unserer kulturellen Minderwertigkeit" selbst von den Polen geteilt werde, wie die *Polnischen Blätter* vermuteten.[523] Diese Legende sei während der Teilungszeit entstanden, als Polen die Entwicklung zum modernen Staat verpasst und die Bevölkerung keine Gelegenheit gehabt habe, sich eigenverantwortlich in Politik und Staatsverwaltung zu betätigen. Um diesem Vorurteil zu begegnen, verwiesen die *Polnischen Blätter* darauf, dass Polen als „alte Kulturnation, der auch niemand moderne Bildung und Begabung abspricht", über die Frage nach der „Regierungsfähigkeit" vollkommen erhaben sei.[524]

Da solche Behauptungen aus deutscher Sicht unzureichend seien, führten die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* überdies positive Belege für das organisatorische

[521] Fr. Naumann: Wir und die Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 10, S. 1-6, hier S. 3 ff., Zitat S. 5.

[522] A.-C.: Um Polens Zukunft!, in: Deutsche Zeitung vom 29.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5350, Bl. 130.

[523] L. Chrzanowski: Unsere kulturellen Kräfte, in: Polnische Blätter 2 (1916), 21, S. 94 ff., hier S. 96.

[524] Zu den Ausführungen Friedrich Naumanns, in: Polnische Blätter 2 (1916), 10, S. 6-14, hier S. 12.

Talent der Polen an. Sie beriefen sich auf das naheliegende Beispiel der galizischen Polen, die seit langem und überaus erfolgreich hohe politische Ämter in Österreich-Ungarn bekleideten. Gleichermaßen führten sie die staatliche Selbstverwaltung Galiziens durch polnische Politiker und Beamte als Beispiel für die Regierungsfähigkeit der Polen an, auch wenn dieses Argument in deutschen Augen wenig stichhaltig erscheinen musste, da das Stereotyp der „galizischen Zustände" ähnliche Bedeutung trug wie das der „polnischen Wirtschaft".[525] Überdies habe die polnische Bevölkerung Preußens durch die Errichtung selbständiger und erfolgreich arbeitender wirtschaftlicher Organisationen die Fähigkeit zur Selbstverwaltung nachgewiesen und zugleich das Stereotyp der „polnischen Wirtschaft" deutlich widerlegt. Folglich wurde das wirtschaftliche Handeln gegen den Widerstand der preußischen Staatsmacht zum Vorbild für die eigenverantwortliche Übernahme der Staatsgewalt und Verwaltung in Polen erhoben.[526] Die aus dem preußischen und deutschen Staatsdienst ausgeschlossene, gleichwohl ehrgeizige polnische Intelligenz und die polnischen Beamten mit Verwaltungserfahrung aus Galizien würden dem polnischen Staat einen Grundbestand an geeignetem Personal für Regierung und Verwaltung bieten.[527]

Als weiterer Nachweis für die Staatsfähigkeit Polens wurde der Eintritt der polnischen Sozialdemokratie in den Polenklub des österreichischen Abgeordnetenhauses zu Beginn des Jahres 1916 angeführt. Der Polenklub als parlamentarische Vertretung der galizischen Polen war eine verlässliche Stütze der Regierungen Österreichs und sicherte diesen zuverlässig die parlamentarischen Mehrheiten.[528] Mit dem Eintritt der Sozialdemokratie hätten die polnischen Parteien eine Entwicklung vollzogen, die der Aussetzung der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland und Frankreich zu Kriegsbeginn entsprach. Die polnische Sozialdemokratie begründete diesen Schritt damit, dass sie der Freiheit der Nation dienen und Anteil an den politischen Weichenstellungen für die Nachkriegszeit nehmen wolle.[529] Damit habe das nationale Interesse über die partikulare Parteipolitik gesiegt und die geistige Einheit der polnischen Nation sei hergestellt worden, jubelte die Wochenschrift *Polen*.[530] Für die *Polnischen Blätter* markierte dies den Abschluss einer Entwicklung von der Adelsnation hin zur polnischen Nation, die neben dem Adel auch aus Bürgern, Bauern und Arbeitern bestehe. Denn von nun an werde die Nation nicht mehr durch eine privilegierte Minderheit vertreten, sondern durch das gesamte polnische Volk.[531]

---

[525] Ebenda, S. 12 f.; Siehe auch v. Jaworski: Zu den Ausführungen Friedrich Naumanns, in: Polnische Blätter 2 (1916), 12, S. 73-76, hier S. 75; Nemo: Unsere Regierungsfähigkeit, in: Polen 2 (1916), 60, S. 201 ff.

[526] Drucki-Lubecki, S. 485. Vgl. Orłowski, Wirtschaft, S. 313-316.

[527] Studnicki, Umgestaltung, S. 17.

[528] Wandycz, Poles, S. 86-90.

[529] Zum Eintritt der polnischen Sozialdemokraten in den Polenklub des österreichischen Abgeordnetenhauses, in: Polnische Blätter 2 (1916), 12, S. 82-85, hier S. 83 f.; Die nationale Konsolidierung, in: Polen 2 (1916), 56, S. 98-101, hier S. 98. Für den „Burgfrieden" in Deutschland und die „union sacrée" in Frankreich Raithel, S. 278-297.

[530] Die Einheit des politischen Gedankens, in: Polen 2 (1916), 66, S. 1 ff., hier S. 2.

[531] Vom Volk zur Nation, Polnische Blätter 2 (1916), 13, S. 97-106, hier S. 97 f. – Der *Vorwärts* kritisierte, dass die polnische Sozialdemokratie die Interessen des Proletariats der

Des Weiteren suchten die *Polnischen Blätter* mit den Warschauer Stadtratswahlen im Juli 1916 den überlieferten Gemeinplatz der polnischen Zwietracht zu widerlegen. Durch die Aufstellung von Einheitslisten der polnischen Parteien sei die zunehmende politische Konsolidierung augenfällig nachgewiesen worden: „Aber das ist sicher, dass die Uneinigkeit der Polen bereits zu den Fabeln gehört. Mit anderen Worten: Die Polen sind ein diszipliniertes, zur Selbstzucht und strammer Organisation herangereiftes Volk." Daher dürften sie nicht mehr als Objekt wahrgenommen werden, sondern als eigenständiges Subjekt und „politischer Faktor, [...] mit dem verhandelt werden kann und soll".[532]

Letztlich konnte die Staatsfähigkeit der Polen jedoch nur in der Praxis, durch Übertragung der Regierungsverantwortung an einen polnischen Ministerpräsidenten und der Staatsverwaltung an polnische Beamte, nachgewiesen werden. Erst der praktische Erfolg eines von den Polen organisierten und verwalteten Staates mit einer prosperierenden Wirtschaft könne „für die Ungerechtigkeit des gedankenlos vererbten Schlagwortes von der ‚polnischen Wirtschaft' endlich der ersehnte Wahrheitsbeweis" sein, zeigten sich die *Polnischen Blätter* überzeugt.[533]

Die vermeintlich historisch erwiesene Intoleranz der Polen gegenüber nationalen und religiösen Minderheiten war ein weiteres Vorurteil, mit dem deutsche Blätter ihre Bedenken gegen eine zu große Selbständigkeit des polnischen Staates unterstrichen. Zugleich erhoben sie die Behandlung der nationalen Minderheiten zum Gradmesser für die Fähigkeit der Polen, ihren Nationalismus dem universellen Wert der Gleichheit aller Staatsbürger unterzuordnen.[534] Dabei hatten sie vor allem die deutsche evangelische Minderheit und die jüdische Bevölkerung in Polen im Blick, auf deren rechtlichen Schutz als nationale und konfessionelle Minderheiten im katholisch geprägten polnischen Staat sie besonders bedacht waren.[535]

Während des Krieges berichteten deutsche Zeitungen und Publizisten verstärkt über das „Deutschtum in Polen", das als Relikt der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung einen Vorposten deutscher Kultur im Osten darstelle.[536] Das Vorhandensein von deutschen Siedlern in Kongresspolen konnte überdies im Sinne der politischen und

---

„Freiheit der Nation" unterordne. Die polnischen Sozialdemokraten und der österreichische Polenklub, in: Vorwärts vom 15.01.1916.

532 „Die polnische Zwietracht", in: Polnische Blätter 2 (1916), 29, S. 33-37, hier S. 34 ff., Zitate S. 36.

533 Die wirtschaftliche Zukunft Polens, in: Polnische Blätter 2 (1916), 37, S. 19-26, hier S. 26, nachgedruckt aus: Industrie-Kurier (1916), 5.

534 Der Beginn der polnischen Verantwortlichkeit, in: Kölnische Zeitung vom 11.06.1917, Nr. 555; R. B.: Das künftige Polen und seine nationalen Minderheiten, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 03.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 19; Georg Bernhard: Polen und das Ende, in: Vossische Zeitung vom 10.09.1917, Nr. 461.

535 Holtz; Rendtorff; Schutz den Minderheiten in Polen!, in: Kölnische Zeitung vom 24.07.1917, Nr. 700; Polnische Fragen. III., in: Kölnische Zeitung vom 02.02.1918, Nr. 109.

536 Exemplarisch für die deutsche Presse E. B.: Deutsche Kulturarbeit in Polen. IV. Vom Deutschtum in Polen, in: Posener Tageblatt vom 03.09.1917, Nr. 411; Käthe Schirmacher: Deutsche Ansiedler im österreichisch-ungarischen Gebiet Polens, in: Der Tag vom 22.05.1917, illustrierter Teil; Friedrich Oetker: Das deutsche Element im Polnischen, in:

territorialen Expansion des Deutschen Reiches gedeutet werden. So legte der aus der Bukowina stammende deutsche Historiker Raimund Friedrich Kaindl in seinen Veröffentlichungen über die Auslandsdeutschen im Osten Europas dar, dass durch die „Erhaltung der deutschen Vorposten" und die Förderung von Neuansiedlungen die Machterweiterung Deutschlands in diesen Gebieten begünstigt werde.[537]

Angesichts der sprichwörtlichen „Neigung der Polen, sich über die Rechte von Minderheiten mit souveräner Nichtachtung hinwegzusetzen"[538], wurde von deutscher Seite die Forderung nach nationaler Autonomie für die deutsche Minderheit in Polen erhoben, um der befürchteten „Polonisierung" vorzubeugen.[539] Die deutschen Siedler in Polen hatten zwar ihre evangelische Religion bewahrt und waren der deutschen Kultur lose verhaftet geblieben, ohne jedoch ein spezifisches deutsches Nationalbewusstsein entwickelt zu haben.[540] Insofern erschien ihr Schutz vor Übergriffen durch die katholischen Polen notwendig, um die nationale Identität fördern und zugleich den deutschen Charakter der evangelischen Kirche stärken zu können. So sollte etwa die Verabschiedung einer neuen Kirchenverfassung auf der evangelisch-lutherischen Landessynode in Lodz im Oktober 1917, die von reichsdeutschen evangelischen Theologen energisch vorangetrieben wurde, in erster Linie dem „Schutz des Deutschtums" dienen.[541]

Auf der anderen Seite erhoffte sich die deutsche Minderheit von der Besatzungsmacht wirtschaftliche Unterstützung und die Verankerung von Minderheitenrechten, um ihre nationalen und wirtschaftlichen Interessen im polnischen Staat zu sichern.[542] Die deutschen Verwaltungsbehörden standen diesem Wunsch aufgeschlossen gegenüber, wie Generalgouverneur Beseler bei einem Empfang des Deutschen Vereins in Lodz im September 1917 betonte. Die Veranstaltung wurde in der Mitteilung des W.T.B. als „mächtige Kundgebung für die deutsche Sache" geschildert[543], was an die Beschreibung der „Deutschen Tage" des Ostmarkenvereins in den preußischen Ostprovinzen erinnerte. Daher werden die Polen die Förderung der deutschen Minderheit

Die Grenzboten 76,2 (1917), Nr. 19, S. 168-176, Nr. 21, S. 233-243, insb. S. 242 f. – Ausführlich hierzu Gawlitta, Einladung, S. 14-73.

537 Kaindl, Osteuropa, Zitat S. 98; ders., Siedlung; ders., Galizien, S. 171 f.; ders.: Deutsche Kulturarbeit in Rußland, in: Germania vom 16.08.1916, Morgenausgabe. Siehe auch Sammartino, S. 30-37.

538 S. Breslauer: Polen – und Nicht-Polen, in: Der Tag vom 15.05.1918, Morgenausgabe.

539 Die deutsche Schule in Polen, in: Die Post vom 11.08.1917, Nr. 407; Garantien für deutsche Schulen in Polen, in: Die Grenzboten 76,3 (1917), 31, S. 147-151; Lutz Korodi: Das deutsch-polnische Problem, in: Preußische Jahrbücher 173 (1918), 9, S. 386-390, hier S. 389.

540 Krebs, S. 8; Gawlitta, Brüder, S. 247 f.

541 Krebs, S. 20-24. – Aus zeitgenössischer Perspektive: Kirchenstreit unter den Evangelischen Polens, in: Posener Tageblatt vom 23.10.1917, Morgenausgabe; Fiedler, Deutschen. – Fiedlers Verwahrung gegen die Einmischung reichsdeutscher Theologen in die Angelegenheiten der evangelischen Deutschen in Polen beantwortete der Vorsitzende des Deutschen Vereins in Lodz, Adolf Eichler, mit scharfen Worten. Die Deutschen in Polen, in: Tägliche Rundschau vom 22.02.1918, Nr. 98.

542 Gawlitta, Brüder, S. 252. Zur Förderung deutscher Schulen in Polen durch die Zivilverwaltung Kauffman, Schools, S. 127-136.

543 Das Deutschtum in Polen, in: Kölnische Zeitung vom 02.10.1917, Nr. 942.

misstrauisch verfolgt haben. Als der polnische Staatsrat im Juni 1918 die Wahlordnungen für einen Landtag vorlegte, monierte Beseler, dass der über das gesamte Land verstreuten deutschen Minderheit keine parlamentarische Vertretung garantiert werde.[544]

Die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* suchten die von deutscher Seite vorgebrachten Bedenken der Unterdrückung der deutschen Minderheit auszuräumen, indem sie die rechtlichen Garantien zum Schutz der Sprache, Nationalität und Religion aller Minderheiten im polnischen Staat betonten.[545] Der aus Kongresspolen stammende Deutsche Leo Karl Fiedler wies der deutschen Minderheit gar eine Vermittlerrolle zwischen Deutschland und Polen zu. Zugleich widersprach er deutschen rechten Blättern, die das angeblich unterdrückte „Deutschtum" in Polen instrumentalisierten, um ihre Forderung nach einer Beschneidung der staatlichen Hoheitsrechte Polens zu begründen.[546]

Kritisch wies die Wochenschrift *Polen* zudem auf Disparitäten in der Behandlung der nationalen Minderheiten in Deutschland und Polen hin. Demnach suche die deutsche Minderheit in Polen Nutzen aus der Besatzungsherrschaft zu ziehen und möglichst umfangreiche Rechte zu erlangen, wobei sie von den deutschen Behörden unterstützt werde. Hingegen würden die preußisch-deutsche Regierung und die deutschen Rechten vergleichbare Forderungen der preußischen Polen kategorisch ablehnen. Die offensichtliche Ungleichbehandlung der jeweiligen Minderheiten sei auf die Agitation zurückzuführen, die „von bekannten alldeutsch-hakatistischen Elementen" betrieben und von einzelnen hochstehenden Beamten der Zivilverwaltung gefördert werde, während die polnische Minderheit in Deutschland nicht über eine mächtige auswärtige Lobby verfüge.[547] Es ist bemerkenswert, dass der naheliegende Vergleich der deutschen und polnischen Minderheiten nicht häufiger gezogen wurde. Selbst einigen deutschen Verständigungsbefürwortern schien der Schutz der deutschen Minderheit in Polen näher zu liegen als die gleichrangige Behandlung der preußischen Polen.

Die Frage nach den Minderheitenrechten in Polen betraf auch die jüdische Bevölkerung. Dabei spielte die während des Krieges in der deutschen Öffentlichkeit lebhaft und intensiv geführte Debatte über das Judentum in Deutschland eine bedeutende Rolle. Die großteils assimilierten Juden wurden zu Kriegsbeginn – wie die Deutschen auch – von der Erregung und Euphorie ergriffen, meldeten sich als Freiwillige zum Kriegsdienst und beteiligten sich an der materiellen und moralischen Mobilisierung. Im Gegenzug wurde ihnen die bislang versperrte Offizierslaufbahn eröffnet, zudem unterdrückte die Zensur antisemitische Schriften.[548] Im Laufe des Krieges brachen antisemitische Ressentiments jedoch wieder hervor, wurden erneuert und radikalisiert. Die

[544] Das polnische Wahlrecht. Keine Rücksicht auf die deutschen Minderheiten, in: Der Tag vom 25.06.1918, Morgenausgabe.

[545] P. Warszawski: Die Deutschen in Polen, in: Polnische Blätter 3 (1917), 75, S. 85-90; Die polnischen Bürger deutscher Nationalität, in: Polen 3 (1917), 117, S. 313 ff. Für die Bedenken von deutscher Seite Crull, S. 9-12.

[546] L.K. Fiedler: Ueber die Zukunft des polnischen Deutschtums, in: Polnische Blätter 3 (1917), 61, S. 212-220, insb. S. 217 f.; ders.: Zu dem Thema: Ueber die Zukunft des polnischen Deutschtums, in: Polnische Blätter 3 (1917), 68/69, S. 156-165, hier S. 164.

[547] Die deutschen Siedler in Polen, in: Polen 4 (1918), 183, S. 13 ff., Zitat S. 13. Siehe auch: Die polnischen Bürger deutscher Nationalität, in: Polen 3 (1917), 117, S. 313 ff.

[548] Zechlin, S. 86-100.

1916 durchgeführte „Judenzählung“ im Militär erhärtete die grassierenden Verdächtigungen, dass die Juden sich vor dem Kriegsdienst drückten.[549] Vor allem unter den deutschen Rechten wurde die öffentliche Debatte über das deutsche Judentum zunehmend von rassistischen Motiven geprägt, die das Selbstverständnis der Juden als konfessionelle Glaubensgemeinschaft bei gleichzeitiger staatsbürgerlicher Emanzipation infrage stellten.[550]

Die Debatte wurde geschürt durch die Begegnung mit dem osteuropäischen Judentum in Kongresspolen, das unter russischer Herrschaft massiv unterdrückt und von der übrigen Bevölkerung isoliert worden war, nicht zuletzt um antijüdische Reflexe der Polen gezielt zu provozieren.[551] Nach Kriegsbeginn hatten polnische Juden den vorrückenden deutschen Truppen als Übersetzer und Vermittler gegenüber der einheimischen Bevölkerung wertvolle Dienste erwiesen, da sie die deutsche Sprache oder zumindest das dem Deutschen verwandte Jiddisch sprachen.[552] Die Berichte über die jüdische Bevölkerung, über deren soziale und wirtschaftliche Situation und über das jüdische Ghetto in polnischen Städten beförderten chauvinistische und antisemitische Vorurteile, befeuerten aber auch die Diskussionen über eine eigenständige jüdische Nationalität.

Im Mittelpunkt der Debatte standen die Fragen, ob das polnische Judentum als nationale Minderheit oder als Religionsgemeinschaft zu behandeln sei, ob das Jiddische eine Sprache oder einen Dialekt darstelle und ob die Assimilation der Juden an die polnische Mehrheitsbevölkerung bereits vorangeschritten, überhaupt erwünscht oder vollkommen illusorisch sei. Die an der Debatte beteiligten Deutschen, Polen und Juden aller politischen Lager erhoben Forderungen an den entstehenden polnischen Staat, so etwa Garantien für die rechtliche Gleichstellung, die ungehinderte Religionsausübung und den Schutz des Judentums vor Übergriffen.[553] Entsprechend kommentierten deutsche Blätter die von der Zivilverwaltung erlassene Religionsverfassung zur landesweiten Organisation der jüdischen Glaubensgemeinschaft zustimmend.[554] Allerdings gaben deutsche und jüdische Journalisten und Publizisten in ihren Beiträgen deutlich

---

549 Die Ergebnisse der „Judenzählung“ wurden nicht veröffentlicht, allerdings reichte schon die Erhebung aus, um auf deutscher Seite das Vorurteil des jüdischen Drückebergers und Kriegsgewinnlers zu erhärten. SIEG, S. 89-94; BERGER, S. 171-176.

550 SIEG, S. 174-194.

551 SCHUSTER, S. 32-50.

552 LIULEVICIUS, Kriegsland, S. 152 f.; ZECHLIN, S. 139. Für entsprechende zeitgenössische Einschätzungen W. KAPLUN-KOGAN: Deutsche und Juden in Polen, in: Vossische Zeitung vom 14.08.1915, Nr. 413; GOUVERNEUR V. PUTTKAMER: Eine Kulturfrage im Osten, in: Der Tag vom 23.12.1915, illustrierter Teil.

553 Für die Debatte über die jüdische Nationalität SIEG, S. 231-255; ASCHHEIM, S. 139-184; für die entsprechende Debatte in Kongresspolen ZIELIŃSKI, S. 187-206 und 385-401. Eine zeitgenössische Zusammenfassung bietet: Zur Judenfrage in Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 11, S. 46-53.

554 Die Neuorganisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 17.11.1916; Organisation der Juden im Königreich Polen, in: Berliner Volkszeitung vom 17.11.1916, Nr. 590; GEORG GOTHEIN: Die jüdische Religionsverfassung für Polen, in: Berliner Tageblatt vom 25.11.1916, Nr. 604;

zu erkennen, dass sie von einem verbreiteten und tiefverwurzelten polnischen Antisemitismus überzeugt waren.[555]

Die Zeitschriften *Polnische Blätter* und *Polen* suchten die Bedenken zu zerstreuen, indem sie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden und deren Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand im polnischen Staat versicherten. Ferner wiesen sie die Vorstellung, in Polen könne eine antijüdische oder antisemitische Politik betrieben werden, entschieden zurück. Als langfristiges Ziel einer moderaten Minderheitenpolitik gaben sie die Assimilation der Juden an die polnische Mehrheitsgesellschaft aus, womit sie die Judenemanzipation im Europa des 19. Jahrhunderts zum Vorbild erhoben. Ihren Glauben und ihren Dialekt sollte die jüdische Bevölkerung behalten dürfen, wenngleich die Kenntnis der polnischen Landessprache obligatorisch werden sollte.[556] Dabei wandten sich die Zeitschriften wiederholt gegen die Einmischung auswärtiger jüdischer Nationalisten und Zionisten in die Angelegenheiten des polnischen Judentums, um eine Mobilisierung der Juden gegen den entstehenden polnischen Staat zu verhindern. Denn die Anerkennung einer eigenständigen jüdischen Nationalität hätte das Bevölkerungsverhältnis im Königreich Polen zuungunsten der polnischen Mehrheit verschoben und die Ansprüche auf die Angliederung weiterer Gebiete im Osten beeinträchtigt. So wie auf deutscher Seite Versuche unternommen wurden, die osteuropäischen Juden als Pioniere deutscher Kultur und natürliche Verbündete der Deutschen zu vereinnahmen[557], beanspruchten die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* die Juden als Teil der polnischen Nation.[558]

Um ihre Auffassungen zu bekräftigen, unterstrichen beide Zeitschriften das Selbstbild der toleranten polnischen Nation. Analog zur Geschichtsdeutung Oskar Haleckis zeichneten sie den historischen polnischen Staat als Refugium für politische, nationale und religiöse Minderheiten. Diese hätten die Freiheit mit ihrer regen Teilnahme am politischen Leben und der Solidarität zu Polen selbst unter russischer Herrschaft im 19. Jahrhundert gedankt. In solchen Beiträgen diente die sprichwörtliche Gastfreundschaft der Polen gewissermaßen als Bestätigung der staatlichen Toleranz auf der Ebene des sozialen Zusammenlebens.[559]

Curt Bürger: Die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft in Polen, in: Der Tag vom 03.12.1916, illustrierter Teil.

[555] Siehe beispielsweise Gouverneur v. Puttkamer: Noch einiges zum Ostjudenproblem, in: Der Tag vom 14.01.1916, illustrierter Teil; Richard Weil: Die polnisch-jüdische Frage, in: Deutsche Politik 2 (1917), 7, S. 214-220, hier S. 218 f.; Bodenheimer, S. 5; Bodmer, S. 16 ff.; Julius Berger: Ostjüdische Arbeiter in Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte 24 (1918), 9, S. 472-479, hier S. 473.

[556] Die Judenfrage in Polen, in: Polen 1 (1915), 39, S. 344 f.; Nemo: Die Ostjudenfrage. Die Wege zu ihrer Lösung, in: Polen 1 (1915), 45, S. 158 ff.; Die Judenfrage in Polen, in: Polnische Blätter 1 (1915), 3, S. 88-94, hier S. 92 f.; Zur Judenfrage in Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), Nr. 46, S. 21-27, Nr. 47, S. 54-61, hier S. 57-61; Die Judenfrage im Königreich Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 53, S. 243-252; Wasilewski, S. 39 f.

[557] Perles, S. 3 f.; Paquet, S. 21 f.; Bodmer, S. 13-20; Germano-Judäus.

[558] Feldman, Zukunft, S. 58-61.

[559] Polnische Intoleranz, in: Polnische Blätter 2 (1916), 18, S. 257-260, insb. S. 257 f.; Ludwik Morstin: Polen und Rußland. Zwei Nationen – zwei Ideen des Slaventums, in: Polen 1

Besonders die Wochenschrift *Polen* nahm sich der Berichte an, die dem Selbstbild des toleranten polnischen Staates widersprachen, und wies etwa einen Artikel des dänischen Schriftstellers Georg Brandes in der Kopenhagener Zeitung *Politiken* (Die Politik) über Judenpogrome in Polen entschieden zurück. Brandes habe die Polen der Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung bezichtigt, die von russischen Truppen auf Befehl der Militärbehörden verübt worden seien. Der Vorwurf Brandes' wog umso schwerer, da dieser bislang als Fürsprecher des polnischen Volkes galt und hohes Ansehen in Polen genoss.[560]

Bei der Unterstellung des polnischen Antisemitismus handelte es sich jedoch um ein stabiles, zählebiges Stereotyp, das im Frühjahr 1918 wieder aktiviert wurde, als es in Galizien wegen der mangelnden Lebensmittelversorgung zu Unruhen kam, die in Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung mündeten.[561] Die Wochenschrift *Polen* bestritt die Berichte und empörte sich, dass Nationaljuden und Zionisten die „Hungerkrawalle" als Judenpogrome dargestellt und diese Deutung in der deutschsprachigen Presse Österreich-Ungarns lanciert hätten.[562] Doch wird die Beteuerung, dass der Antisemitismus in Polen nicht weiter verbreitet, tiefer verwurzelt oder radikaler sei als in anderen europäischen Kulturländern[563], in der deutschen Öffentlichkeit kaum Resonanz gefunden haben. Besonders als die deutsche und österreichisch-ungarische Besatzungsverwaltung in Polen im November 1918 aufgelöst wurden und damit als Ordnungsfaktor wegfielen, häuften sich die Presseberichte über Judenpogrome in Polen, die als neuerliche Belege für den tiefverwurzelten und gewalttätigen polnischen Antisemitismus galten.[564]

Letztlich mussten die Versuche, dem deutschen Publikum ein neues Polenbild zu präsentieren, zwangsläufig oberflächlich bleiben, da sie nur ein verformtes Abbild der Polen und des Landes lieferten. Als Mittel zur authentischen Wissensaneignung für die Deutschen und als Schlüssel für das gegenseitige Verstehen galt daher die polnische Sprache. „Lernen wir polnisch!", überschrieb ein anonymer deutscher Autor seinen Beitrag in den *Polnischen Blättern*, in dem er die geringen polnischen Sprachkenntnisse der Deutschen und das mangelnde Verständnis für Sitten und Gebräuche, Fühlen und Denken der polnischen Nation beklagte. Dies habe dazu geführt, dass Missverständnisse in der Verständigung mit der polnischen Bevölkerung von deutschen Soldaten als abweisendes, feindliches Verhalten gedeutet worden seien. Daher plädierte der Verfasser

---

(1915), 33, S. 178 ff., hier S. 180; Kasprowicz, S. 10-13.

560 Leon Wasilewski: Georg Brandes und die polnisch-jüdischen Beziehungen, in: Polen 1 (1915), 13, S. 347-350; Eine Erwiderung an Brandes, in: Polen 1 (1915), 29, S. 59 f.; Nemo: Die polnische Gesetzgebung und die Juden. Ein Wort an Georg Brandes, in: Polen 1 (1915), 30, S. 78-82. – Erfreut notierte die Wochenschrift *Polen* im Januar 1916, dass Brandes seine polenfreundliche Haltung wiedergefunden habe. Herr Georg Brandes über die Polen, in: Polen 2 (1916), 56, S. 117.

561 Schuster, S. 423-426.

562 Brotfrage und Judenfrage, in: Polen 1 (1918), 175, S. 151-155; Noch einmal: der „Brotfriede", in: Polen 4 (1918), 182, S. 357-361, Zitat S. 357.

563 Brotfrage und Judenfrage, in: Polen 1 (1918), 175, S. 151-155, hier S. 153.

564 Siehe weiter unten, Kap. III.3.5.

eindringlich dafür, die Sprache des östlichen Nachbarn zu erlernen, wodurch sich den Deutschen zum einen große Möglichkeiten in den Bereichen Handel, Industrie, Kunst und Wissenschaft in Kongresspolen erschlössen. Zum anderen ermögliche der Kontakt mit dem Land und der Bevölkerung sowie die Lektüre polnischer Literatur den Deutschen „ein tieferes Eindringen in den Geist, in die Seele der [polnischen] Nation“, wodurch das gegenseitige Verständnis gefördert und engere Beziehungen zwischen beiden Völkern angebahnt würden.[565]

Es muss offenbleiben, ob die Bestrebungen der polnischen und deutschen Publizisten und Presseorgane, das tradierte deutsche Polenbild zu modifizieren und damit den politischen Bestrebungen zur Etablierung enger Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem proklamierten polnischen Staat anzugleichen, nachhaltig erfolgreich waren. Die kurze Periode der günstigen Beurteilung des polnischen Staatsbildungsprojekts in der deutschen Öffentlichkeit, die sich ausbreitende Enttäuschung über die langsamen Fortschritte in Polen ab 1917 und der Verlust deutscher Territorien infolge der Kriegsniederlage 1918 sprechen gegen eine grundlegende Veränderung.[566] Allerdings ist die direkte und indirekte Thematisierung tradierter deutscher Stereotype und Polenbilder ein Beleg dafür, dass diese zumindest als diskussionswürdig erachtet wurden und eine Revision vorstellbar war. Dass sich neben den polnischen und deutschen Verständigungsbefürwortern auch Akteure aus den Reihen der deutschen Rechten daran beteiligten, kann als Indiz für eine neue, wenn auch kurzfristige Offenheit gegenüber Polen in der ersten Kriegshälfte gelten.

In der Regel blieben solche differenzierten Erörterungen, die vorherrschenden Anschauungen deutlich widersprachen, jedoch auf die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* sowie auf die Zentrums- und linksliberale Presse beschränkt. Die sozialdemokratische Presse stand den politischen Ambitionen für eine Verständigungspolitik zwar aufgeschlossen gegenüber, allerdings blieb ihr Blick auf Polen durch eine sozialistisch-materialistische Perspektive verengt, in der nationale Zuschreibungen und Kategorien irrelevant waren. Daher setzte sie sich inhaltlich nicht mit dem tradierten deutschen Polenbild auseinander. Für die deutschen Rechten waren solche Bestrebungen ohnehin nicht zu erwarten gewesen. Jenseits der Ausführungen von Schäfer, Massow und Hoetzsch finden sich keine entsprechenden Veröffentlichungen aus radikalnationalistischen, konservativen oder nationalliberalen Kreisen. Hier wurden die überlieferten Deutungen und Bilder weiterhin als willkommene Argumente in der öffentlichen Debatte verwandt, um die Polen zu diskreditieren und deren Bemühungen zur Legitimierung des polnischen Staates zu durchkreuzen.

Insgesamt bildeten die Versuche zur Revision des tradierten und Etablierung eines neuen Polenbildes nur Randphänomene in der deutschen öffentlichen Debatte über Polen. In der Regel waren sie in ihrer Reichweite auf eine Leserschaft beschränkt, die an alternative Deutungen in der „polnischen Frage“ gewöhnt war. Somit erfüllten die Verfasser der Veröffentlichungen und Artikel die Erwartung der Leser, neue Sichtweisen auf die Polen und das deutsch-polnische Verhältnis zu eröffnen. Vor allem Zentrums- und linksliberale Blätter unterbreiteten ihren Lesern Deutungsangebote, die sich

[565] Lernen wir polnisch!, in: Polnische Blätter 2 (1916), 25, S. 205-209, Zitat S. 207.
[566] Jaworski, Polenliebe, S. 63 f. – Ausführlich hierzu Kap. III.3 der Arbeit.

von der gängigen Lesart vieler Kriegsberichterstatter abhoben, auch wenn sie Letztere aufgrund des dürftigen Informationsangebotes weiterhin abdruckten.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit war die Berichterstattung in den Medien der verschiedenen politischen Lager weit weniger selbstreferenziell und gegenüber den politischen Gegnern selten konfrontativ. Der Burgfrieden, den die Blätter aller politischen Richtungen zumindest ihren Beteuerungen zufolge aufrechterhielten, auch wenn sie ihn zunehmend unterliefen, verhinderte vor allem in den ersten beiden Kriegsjahren eine öffentliche Auseinandersetzung über die Praxis der deutschen Besatzungsherrschaft. Diese traf ohnehin auf die fast ungeteilte Zustimmung in allen politischen Lagern. Was das deutsche Polenbild anbetraf, war eine Diskussion aus Sicht der Rechten nicht nötig, vielmehr konnten die Veröffentlichungen von polnischer Seite als gezielte Manipulations- und Täuschungsversuche aufgefasst werden. Um diese zu hintertreiben, bestand die einfachste Option darin, sie schlichtweg zu ignorieren – oder mit anderen negativen Stereotypen über die Polen zu erwidern.

Die polnischen Publizisten und Presseorgane bemühten sich, ihre selbstgewählte Rolle als Vorreiter der Verständigung zwischen Deutschen und Polen auszufüllen, indem sie einen tiefgreifenden Wandel des Verhältnisses publizistisch vorwegnahmen. Dieser Wandel sollte sich nicht nur auf die politische und wirtschaftliche Ebene beziehen, sondern auch die sozialen Beziehungen umfassen und die gegenseitige Empathie fördern. Da ihnen für dieses Vorhaben in erster Linie publizistische Mittel zur Verfügung standen, beteiligten sie sich rege an der öffentlichen Debatte und gaben wichtige Impulse. Jenseits des Austauschs von sachlichen Argumenten signalisierten die polnischen Publizisten ihrer Leserschaft, dass die Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses nicht allein auf verbalen Willensbezeugungen fußen dürfe, sondern ein wechselseitiger Prozess sei, der auf beiden Seiten die Aufgabe tradierter und etablierter Überzeugungen einschließe.

3 Verwirklichung der Verständigungspolitik? – Das Königreich Polen

Die Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916 durch die Kaiser Deutschlands und Österreich-Ungarns markiert eine politische Zäsur in den deutsch-polnischen Beziehungen. Nachdem das geteilte Polen für die europäische Diplomatie ein Jahrhundert lang politisch nicht relevant gewesen war, schufen die Mittelmächte einen selbständigen polnischen Staat. Die Staatsgründung bildete den Auftakt einer fundamentalen Umwälzung der politischen Topografie Ostmitteleuropas. Grundlage waren die militärischen Erfolge der Mittelmächte und die Verfügungsgewalt über Kongresspolen. Die Motive lagen in der Hoffnung auf kurzfristige militärische Verstärkung und langfristigen strategischen und wirtschaftlichen Nutzen durch die Einbeziehung Polens in den Wirtschaftsraum Deutschlands und Österreich-Ungarns.[567]

Für die deutschen und polnischen Befürworter einer Verständigungspolitik war die Wiedererrichtung Polens eine zentrale Bedingung für die Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis und ein bedeutender Schritt hin zur Verwirklichung ihrer Ziele.

[567] Sukiennicki, S. 240-260.

Infolge der Initiative und Fürsprache des Warschauer Generalgouverneurs Hans von Beseler zugunsten der Staatsgründung hatte die Reichsleitung die Idee der Verständigungspolitik übernommen und diese in konkrete politische Handlungen übersetzt. Zwar kann zwischen der politischen Entscheidung zur Proklamation und den in zahlreichen öffentlichen und geheimen Schriften und Reden entwickelten Entwürfen zur Lösung der „polnischen Frage“ kein kausaler Zusammenhang nachgewiesen werden. Gleichwohl mussten die Verständigungsbefürworter den richtungsweisenden Beschluss über die Zukunft Polens als Bestätigung ihres Engagements auffassen.

Die Proklamation markiert insofern eine Zäsur in den deutsch-polnischen Beziehungen und der deutschen Polenpolitik, als die Reichsleitung sich öffentlich zur Verständigung Deutschlands mit Polen bekannte. Trotz aller – in der Regel nicht-öffentlich – verhandelten Entwürfe und Projekte zur Erweiterung des deutschen Machtbereichs durch direkte Annexionen oder die Etablierung imperialer Herrschaftsformen in Ostmitteleuropa, trat die Reichsleitung bis zum Kriegsende in der Öffentlichkeit grundsätzlich für das Ziel ein, den polnischen Staat als Bündnispartner der Mittelmächte aufzubauen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden untersucht, wie die deutschen und polnischen Befürworter einer Verständigungspolitik die politische Zäsur der Proklamation verarbeiteten und wie sich die öffentliche Debatte über die „polnische Frage“ bis Kriegsende entwickelte. Dies wird durchgeführt am Beispiel wichtiger politischer Ereignisse in Polen und mit Bezug zu Polen sowie anhand öffentlich kursierender Gerüchte und Spekulationen über ‚Nicht-Ereignisse‘, die von der deutschen Presse aufgegriffen und als berichtenswert erachtet wurden. Durch die chronologische Darstellung kann die Entwicklung in der Berichterstattung und Kommentierung der Presse nachvollzogen und zugleich untersucht werden, inwiefern die Erwartungen der Verständigungsbefürworter erfüllt wurden. Daran anknüpfend kann der Frage nach der Deutungshoheit in der öffentlichen Debatte nachgegangen werden, wofür die zeitgenössische Perspektive auf die „öffentliche Meinung“ wertvolle Hinweise liefert.

3.1 Die Proklamation des Königreiches Polen: Eine (medien-)historische Zäsur

Am 5. November 1916 verkündeten der deutsche Generalgouverneur Hans von Beseler und der Gouverneur des k.u.k. Militär-Generalgouvernements Lublin, Karl Kuk, im Namen der Kaiser Deutschlands und Österreich-Ungarns das Manifest der Errichtung des Königreiches Polen. Darin stellten sie die Bildung eines „selbständigen Staat[es] mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung“ in Aussicht, dessen „genauere Bestimmung der Grenzen“ jedoch vorbehalten blieb. Das Königreich sollte „im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte“ entstehen und mit einer „eigenen Armee“ an den Ruhm der „polnischen Heere früherer Zeiten“ anknüpfen. Der Führungsanspruch der Mittelmächte über die polnische Armee und die Aufsicht über die „staatliche und nationale Entwicklung des Königreichs Polen“ waren in dem Manifest kaum verschleiert.[568] Zudem verkündete Kaiser Franz Joseph in einem Handschreiben an den österreichischen Ministerpräsidenten Ernest von Koerber die vollständige Au-

[568] Manifest der Errichtung des Königreichs Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 05.11.1916, zweite Ausgabe.

tonomie für Galizien. Das Kronland sollte alle Angelegenheiten, die nicht die Belange der Gesamtmonarchie berührten, selbständig regeln dürfen.[569]

Die Proklamation des Königreichs Polen kam zwar „völlig unerwartet für die größere Oeffentlichkeit", wie Friedrich Naumann in der linksliberalen Zeitschrift *Die Hilfe* notierte.[570] Jedoch waren die Fraktionsführer der deutschen Parteien, ausgewählte Mitglieder des Preußischen Herrenhauses und einige Redakteure großer deutscher Zeitungen von der Reichsleitung vorab über das Vorhaben informiert worden.[571] Der Wortlaut des Manifests wurde der Presse am Vortag der Proklamation mitgeteilt. In Wien wurden die Pressevertreter am frühen Abend des 4. November 1916 über die bevorstehende Proklamation in Kenntnis gesetzt[572], sodass am folgenden Tag in den Blättern Österreich-Ungarns ausführliche Leitartikel und Kommentare über die Proklamation erschienen. Die deutsche Presse wurde am selben Tag, jedoch spätabends informiert[573], somit fiel die Berichterstattung geringer aus.[574] In Warschau wurde die Proklamation sogar erst am Morgen des 5. November bekannt. Nur die zur Kundgebung im Schloss geladene polnische Intelligenz und die politischen Führer seien unterrichtet gewesen, wusste die *Frankfurter Zeitung* zu berichten.[575] Die Bevölkerung erfuhr zunächst durch Gerüchte von der bevorstehenden Kundgebung, die am Mittag im Schloss erfolgte und daraufhin mündlich und durch Extrablätter schnell verbreitet wurde.[576]

Um die Berichterstattung über die Proklamation günstig zu beeinflussen, hatte der deutsche Generalstab Journalisten aus Deutschland, aus verbündeten und neutralen Staaten nach Warschau geladen, die am Morgen des 5. November mit dem „Pressezug" in der Stadt eintrafen. Noch vor der Proklamation wurden sie von Generalgouverneur Beseler im Schloss Belvedere empfangen, der ihnen die Errichtung des polnischen Staates als Beginn der politischen Umgestaltung Osteuropas durch die Mittelmächte auseinandersetzte. Mit seiner Ansprache suchte Beseler den Journalisten seine Deutung der Proklamation vorzugeben. Diese zeigten sich von der zuvorkommenden Behandlung in Warschau beeindruckt und berichteten über ihren Aufenthalt ausnehmend posi-

---

569 Kaiserliches Handschreiben über die Erweiterung der Selbstverwaltung Galiziens, in: Neue Freie Presse vom 05.11.1916, Morgenblatt.

570 Friedrich Naumann: Kriegschronik, in: Die Hilfe 22 (1916), 46, S. 745.

571 Spät, S. 479; Conze, S. 203-206. – Für die vorherige Informierung deutscher Pressevertreter: Die Zweikaiserproklamation, in: Frankfurter Zeitung vom 08.11.1916, zweites Morgenblatt.

572 Die erste amtliche Mitteilung in Wien, in: Polen 2 (1916), 98 (Sonder-Ausgabe), S. 121 f., hier S. 121.

573 Rudolf Cuno: Das neue Königreich, in: Vossische Zeitung vom 06.11.1916, Nr. 569. – Den Posener Blättern lag die Proklamation bereits „etwas frühzeitig" am Morgen des 04.11.1916 vor, trotzdem veröffentlichten sie in den Sonntagsausgaben keine eigenen Kommentare. W.: Eine Fahrt ins neue Königreich Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 08.11.1916, Nr. 5316.

574 Polens Schicksalsstunde, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 05.11.1916, zweite Ausgabe.

575 Nach den Warschauer Tagen, in: Frankfurter Zeitung vom 10.11.1916, erstes Morgenblatt.

576 Siehe die „Sonderausgaben" der Deutschen Warschauer Zeitung vom 05.11.1916.

tiv.[577] „Man schied aus Warschau mit dem Empfinden, daß wir einen *ehrlichen Freund* gewonnen haben, *der unseres Vertrauens würdig ist*", bewertete der Redakteur der *Kölnischen Zeitung* das Verhältnis zu den Polen und zog ein positives Fazit der Reise.[578]

Das Manifest wurde in allen Zeitungen Deutschlands und Österreich-Ungarns wiedergegeben und bestimmte in den folgenden Tagen die Schlagzeilen und die Leitartikel. Die gesamte deutsche Presse druckte einen durch das W.T.B. veröffentlichten halbamtlichen Artikel unter dem Titel „Polens Schicksalsstunde" nach, durch den die Reichsleitung den Journalisten und Zeitungslesern ihr Deutungsangebot unterbreitete. Schon die Gliederung des Artikels zeigt den Stellenwert, den die Proklamation für das Deutsche Reich besaß: An erster Stelle wurde die „Befreiung Polens" als Mittel im propagandistischen Kampf gegen die Kriegsgegner gewertet und den bloßen Versprechungen Russlands und „platonische[n] Sympathien" der Westmächte entgegengestellt. Damit gerierten sich Deutschland und Österreich-Ungarn als politisch handlungsfähige Mächte, die sich der bislang unterdrückten Völker in den besetzten Gebieten wohlwollend annahmen. Die Proklamation wurde mit dem als „Lebensinteresse" der Mittelmächte bezeichneten Sicherheitsbedürfnis gegenüber Russland begründet. Für Deutschland bedeutete die enge Anlehnung Polens, dass es kürzere, besser geschützte Grenzen und eine verbündete polnische „Wehrmacht" erhalte. Erst abschließend und eher beiläufig wurde in dem Artikel der allmähliche „Aufbau des polnischen Staatswesens" unter deutscher Anleitung erwähnt.[579]

In der deutschen Presse herrschte Konsens darüber, dass es sich bei der Proklamation des Königreichs Polen um ein Ereignis von internationaler Bedeutung, um einen „welthistorische[n] Akt von außerordentlicher Tragweite" handelte.[580] Indem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg den Status quo aufgekündigt und eine tiefgreifende territoriale Umgestaltung Europas eingeläutet habe, erfülle er die Forderung nach größerer strategischer und militärischer Sicherheit des Deutschen Reiches. Damit sei das erste Kriegsziel verwirklicht.[581] Zudem wurde deutlich ausgesprochen, dass

577 Rudolf Cuno: Das neue Königreich, in: Vossische Zeitung vom 06.11.1916, Nr. 569; Erich Dombrowski: Die Feier in Warschau, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569; W.: Eine Fahrt ins neue Königreich Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 08.11.1916, Nr. 5316; Warschauer Eindrücke, in: Kölnische Zeitung vom 08.11.1916, Nr. 1136. – Siehe auch den „Presseabend", an dem neben deutschen auch polnische Journalisten sowie Vertreter der Zivilverwaltung, polnische Politiker und hohe Persönlichkeiten Warschaus teilnahmen: Presseabend in Warschau, in: Vossische Zeitung vom 07.11.1916, Nr. 572.

578 Warschauer Eindrücke, in: Kölnische Zeitung vom 08.11.1916, Nr. 1136 (Hervorhebung im Original gesperrt).

579 Polens Schicksalsstunde, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 05.11.1916, zweite Ausgabe. Exemplarisch für die deutsche Presse: Polens Schicksalsstunde, in: Kreuzzeitung vom 05.11.1916, Nr. 566; Polens Schicksalsstunde, in: Vorwärts vom 06.11.1916.

580 Georg Bernhard: Polen, in: Vossische Zeitung vom 06.11.1916, Nr. 569 (Zitat); Frankfurt, 6. November, in: Frankfurter Zeitung vom 06.11.1916, Abendblatt; Unsere Feinde und das Königreich Polen, in: Der Tag vom 07.11.1916, Morgenausgabe; Delbrück: Das Königreich Polen, in: Preußische Jahrbücher 166 (1916), 12, S. 515-521, hier S. 515.

581 O.N.: Polens Wiedergeburt, in: Berliner Volkszeitung vom 06.11.1916, Nr. 569; Das Königreich Polen, in: Kreuzzeitung vom 06.11.1916, Nr. 567; Auf dem Wege zur Lösung?, in:

man von dem neuerrichteten Polen einen militärischen Beitrag im Krieg gegen Russland erwartete, wodurch es seine „Befreiung“ nachträglich rechtfertigen könne. Polen sei „reich an soldatisch tüchtigem Menschenmaterial“, beschrieb etwa das linksliberale *Berliner Tageblatt* das militärische Potenzial des Landes.[582]

Die Erwartungen der langfristigen strategischen Sicherung der Mittelmächte und der kurzfristigen militärischen Verstärkung im Krieg durch das neue Polen wurden in der deutschen Presse unter der Bezeichnung „deutsche Interessen“ zusammengefasst und galten als handlungsleitende Motive für die Proklamation. So bekräftigte die liberale *Königsberger Hartungsche Zeitung*, dass der Entscheidung keine „falsche Freundschaftsvorspiegelung“ zugrunde liege, sondern „härtester Realismus“.[583] Vor allem rechte Blätter verlangten konkrete Sicherheiten und Bürgschaften, um die militärischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sowie die dauerhafte Verbindung Polens mit den Mittelmächten zu garantieren. An die Erfüllung dieser Bedingungen sollte die „Existenzberechtigung“ des neuen Staates geknüpft werden.[584] Die freikonservative *Post* skizzierte sogar die direkte Beherrschung eines polnischen Satellitenstaates, dessen „Hilfsmittel wirklich dauernd in dem Machtkreis der Mittelmächte einbezogen bleiben“ sollten.[585]

Des Weiteren verlangten die Zeitungen aller politischen Richtungen von dem Königreich Polen, endgültig auf die preußischen Ostprovinzen zu verzichten. Selbst sozialdemokratische, linksliberale und Zentrumsblätter bekannten sich zu dieser Bedingung für die Existenz des polnischen Staates, wenn auch in weniger scharfen Worten als die rechte Presse.[586] Gegenüber der Betonung deutscher Interessen geriet die bis dahin häufig hervorgehobene Zugehörigkeit Polens zum westlichen Kulturkreis ebenso in den Hintergrund wie der kulturelle und religiöse Antagonismus zwischen Polen und Russland. In den Kommentaren der deutschen Presse erschienen solche Verweise nur noch wie schmückendes Beiwerk ohne substanziellen realpolitischen Wert.[587] Einzig

---

Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569; Das Königreich Polen, in: Süddeutsche Zeitung vom 06.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 17.

582 Das Königreich Polen, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569.

583 K.L.: Polens Autonomie, in: Königsberger Hartungsche Zeitung vom 06.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 18. Siehe auch: Die Lösung der polnischen Frage, in: Der Tag vom 06.11.1916, Montags-Ausgabe.

584 Oktavio Freiherr von Zedlitz und Neukirch: Wovon das Endurteil abhängt, in: Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569. Ähnlich ders.: Zur Lösung der Polenfrage, in: Der Tag vom 07.11.1916, illustrierter Teil; H.R.: Einhundertachtzehnte Kriegswoche, in: Tägliche Rundschau vom 06.11.1916, Nr. 567; Die polnische Frage, in: Deutsche Tageszeitung vom 07.11.1916, Nr. 564.

585 Auf dem Wege zur Lösung?, in: Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569.

586 Frankfurt, 6. November, in: Frankfurter Zeitung vom 06.11.1916, Abendblatt; K.L.: Polens Autonomie, in: Königsberger Hartungsche Zeitung vom 06.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 18; Zu Polens Zukunft, in: Kölnische Volkszeitung vom 08.11.1916, Nr. 898; Das neue Polen, in: Magdeburger Zeitung vom 06.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 34.

587 Am stärksten wurde die Zugehörigkeit Polens zur westeuropäischen Kultur noch in linksliberalen und Zentrumsblättern betont. Das Königreich Polen, in: Freisinnige Zeitung vom

der Historiker Hans Delbrück stellte die Proklamation ausdrücklich in die Tradition der jahrhundertelangen friedlichen Koexistenz zwischen Deutschland und Polen.[588]

In der deutschen Presse herrschte die Auffassung vor, dass die Polen mit der Proklamation ein Geschenk aus der Hand der Kaiser erhalten hatten, das sie dankbar anzuerkennen hätten. Da der Wunsch nach einem polnischen Staat erfüllt sei, hätten sie sich mit weiteren politischen Forderungen zurückzuhalten und durch die Mitwirkung am inneren Ausbau des Staates das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.[589] Linksliberale Blätter sahen jedoch die deutsche und polnische Seite gleichermaßen in der Pflicht, durch guten Willen und gegenseitige Rücksichtnahme zur Festigung des Verhältnisses beizutragen. Die Polen müssten davon überzeugt werden, dass sie von einem „wirkliche[n] Freundschaftsverhältnis“ mit den Mittelmächten profitierten, wofür der in Deutschland und Polen gleichermaßen geachtete Generalgouverneur Beseler Pate stehen sollte.[590]

In ersten Stellungnahmen im *Berliner Tageblatt* begrüßten die Reichstagsabgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei, Friedrich Naumann und Otto Wiemer, dass das selbständige Königreich Polen den polnischen und deutschen Interessen gleichermaßen entspreche und einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Errichtung eines mitteleuropäischen Staatenbundes markiere. „In diesem Sinne ist die Zweikaiserproklamation zunächst ein grundsätzlicher mitteleuropäischer Verfassungsakt, ein erster Anfang eines künftigen Systems von Abmachungen und Verträgen“, sah Naumann die föderative Einigung Europas bereits eingeleitet.[591] Zudem biete ein Staatenbund einen adäquaten Ersatz für die unausführbare politische Einigung eines alle polnischen Gebiete umfassenden Nationalstaates, warb er um die Zustimmung der Polen.[592]

Äußerungen aufrichtiger Freude über die Wiedererrichtung Polens finden sich in der deutschen Presse kaum. Einzig die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* wollten sich mit den Polen „mitfreuen“[593] und die *Kölnische Volkszeitung* leitete einen Leitartikel mit den euphorischen Worten ein: „Endlich! Endlich einen Schritt vorwärts!

07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 48; Resurrectio Poloniae, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.11.1916, Nr. 892.

[588] Hans Delbrück: Deutsche und Polen, in: Der Tag vom 11.11.1916, illustrierter Teil.

[589] Georg Bernhard: Polen, in: Vossische Zeitung vom 06.11.1916, Nr. 569. Siehe auch: Polens Befreiung, in: Germania vom 06.11.1916, Nr. 517; Das Königreich Polen, in: Freisinnige Zeitung vom 07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 48; Die polnische Frage, in: Deutsche Tageszeitung vom 07.11.1916, Nr. 564.

[590] Das Königreich Polen, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569. Ähnlich O.N.: Polens Wiedergeburt, in: Berliner Volkszeitung vom 06.11.1916, Nr. 569.

[591] Die Beurteilung des Manifestes in politischen Kreisen, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569 (Zitat); Die Auffassung der politischen Kreise, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 570.

[592] Friedrich Naumann: Polen in Mitteleuropa, in: Polnische Blätter 2 (1916), 42, S. 182-187, hier S. 184.

[593] Die Proklamation des neuen Königreichs Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 07.11.1916, Nr. 5315.

Es freut uns besonders, daß er Polen betrifft [...]“.[594] Ausdrücklich begrüßten die Zentrumsblätter die Befreiung des unterjochten polnischen Volkes und die Errichtung eines katholischen Staates. Dabei stellten sie religiöse Motive in den Vordergrund: In der Vergangenheit habe der tiefverwurzelte Glaube der Polen wirksamen Schutz vor Orthodoxie und Russifizierung geboten und die katholische Religion sei entscheidend für das Bewusstsein der Zugehörigkeit zum europäischen Abendland gewesen.[595] Um auch zukünftig die Rolle des polnisches Volkes als Bollwerk gegen Russland garantieren zu können, verlangte die *Kölnische Volkszeitung*, den Katholizismus in Polen zur Staatsreligion zu erheben.[596]

Da Zentrums- und linksliberale Blätter den neuen polnischen Staat als dauerhaft erachteten, stellten sie folgerichtig erste Überlegungen zum staatsrechtlichen Aufbau Polens an. Mit der Staatsform der konstitutionellen Erbmonarchie zeigten sie sich einverstanden, zumal sie darauf verweisen konnten, dass das Wahlkönigtum und die Republik in Polen nachweislich gescheitert seien.[597] Allerdings sollte die Monarchie eine möglichst breite demokratische Grundlage erhalten, um der Bevölkerung die politische Partizipation an Parlament und Regierung zu ermöglichen.[598] Besonders die sozialdemokratische Presse deutete die Zusage einer freien staatlichen Entwicklung Polens lediglich als ersten Schritt hin zur vollständigen Freiheit des polnischen Volkes und verlangte den Ausbau zum demokratischen Staat.[599]

In ihrer Bewertung der Proklamation war die Sozialdemokratie jedoch gespalten, worin sich die grundlegenden politischen Differenzen zwischen der Parteimehrheit und dem linken Flügel widerspiegelten.[600] Der *Vorwärts*, der die Auffassung des Parteivorstands wiedergab[601], wollte dem polnischen Staat zwar keine militärstrategische Bedeutung gegen Russland beimessen, verwies in Anlehnung an Karl Marx jedoch darauf, dass ein Polen auf demokratischer Grundlage geeignet sei, die Macht des russischen

---

[594] Resurrectio Poloniae, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.11.1916, Nr. 892. Etwas verhaltener: Polens Befreiung, in: Germania vom 06.11.1916, Nr. 517.

[595] Die Polen und der Katholizismus, in: Germania vom 08.11.1916, Nr. 520; Zur Staatwerdung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.11.1916, Nr. 901; Der Aufbau Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 11.11.1916, Nr. 907.

[596] Der Aufbau Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 11.11.1916, Nr. 907.

[597] O.N.: Polens Wiedergeburt, in: Berliner Volkszeitung vom 06.11.1916, Nr. 569; Zum innerpolitischen Aufbau in Polen, in: Schlesische Volkszeitung vom 15.11.1916, 531, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 1.

[598] Frankfurt, 6. November, in: Frankfurter Zeitung vom 06.11.1916, Abendblatt; Königsberger Volkszeitung vom 06.11.1916, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 4; Die vorläufige Regelung der Polenfrage, in: Münchner Post vom 07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 49.

[599] Zum Manifest in Warschau, in: Vorwärts vom 06.11.1916; Leipziger Volkszeitung vom 06.11.1916, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 3; Königsberger Volkszeitung vom 06.11.1916, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 4; Die vorläufige Regelung der Polenfrage, in: Münchner Post vom 07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 49.

[600] Miller, S. 237-240.

[601] Die vom linken Parteiflügel dominierte Redaktion des *Vorwärts* war im Oktober 1916 von der Parteimehrheit übernommen worden. Miller, S. 143-147.

Zarismus zu beschneiden.[602] Laut dem Reichstagsabgeordneten Eduard David[603] fördere eine deutsch-polnische Waffenbrüderschaft gegen Russland die Erkenntnis, dass Deutsche und Polen „eine gemeinsame geschichtliche Aufgabe haben, deren Erfüllung sie einander annähern und das alteingefressene Mißtrauen zum Verschwinden bringen wird". Zudem entspreche die Proklamation dem polnischen Wunsch, sich von Russland zu lösen und Anschluss an den Westen zu suchen, womit David nahelegte, dass das Selbstbestimmungsrecht der Polen berücksichtigt worden sei.[604] Mit der Aussage, dass sich „der nationale Lebenswille [Polens] kraftvoll geregt" habe und seine „Energie" und „diplomatische Geschicklichkeit" einen großen Erfolg errängen, schrieb der *Vorwärts* den Polen sogar eine aktive Rolle bei der Wiedererrichtung des Staates zu.[605]

Im linken Parteiflügel wurde jedoch Kritik an der Proklamation wie auch an der Beurteilung durch die Mehrheit der Sozialdemokratie laut. Mit großer Skepsis gegenüber den Kriegszielen der Mittelmächte wurde die Errichtung Polens als „imperialistische Spekulation" auf polnische Soldaten verurteilt, die einen baldigen Friedensschluss verhindere.[606] Nach Auffassung der linksdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* handele es sich bei dem Weltkrieg um ein konterrevolutionäres Ereignis, wodurch die russischen Volksmassen den Verführungen der Nationalisten zugänglich gemacht und zur Unterstützung der zaristischen Regierung verleitet würden. Da die Befreiung Polens weder das russische Volk berühre noch das Zarentum schwäche, besitze sie keine revolutionäre Bedeutung für Europa.[607] In der *Neuen Zeit* sekundierte Karl Kautsky, dass die nationale Befreiung einzelner Völker der Forderung nach der sozialen und ökonomischen Umwälzung der Gesellschaft widerspreche. Daher wollte er den neuen Staat nur als Ausgangspunkt einer das polnische Volk zufriedenstellenden demokratischen und ökonomischen Entwicklung verstanden wissen.[608] Hingegen sah Eduard Bernstein das freie Polen als zwingende Voraussetzung für ein freies Europa und wies dem neuen Staat die Rolle des stabilisierenden und vermittelnden Bindeglieds zwischen West und Ost zu.[609]

Grundsätzlich bewertete die Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Presse die Proklamation des Königreichs Polen positiv. Jenseits der Erweiterung der militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands trugen sie dem neuen Staat bestimmte, nationalstaatlichen Zwecken übergeordnete Aufgaben auf. Allerdings traf die mit der Proklamation realisierte „Lösung der polnischen Frage" nicht auf ungeteilte

---

602 Zum Manifest in Warschau, in: Vorwärts vom 06.11.1916.

603 Eduard David korrespondierte mit Wilhelm Feldman und engagierte sich als einer der wenigen Sozialdemokraten in der „Polenfrage". Miller, S. 236 f.

604 Eduard David: Die Wiedererstehung Polens, in: Schwäbische Tagwacht vom 08.11.1916, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 7.

605 Zum Manifest in Warschau, in: Vorwärts vom 06.11.1916.

606 Miller, S. 238.

607 Leipziger Volkszeitung vom 06.11.1916, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 3.

608 K. Kautsky: Das neue Polen, in: Die Neue Zeit 35,1 (1916), Nr. 7, S. 153-156, Nr. 8, S. 177-189, hier S. 184-189.

609 Entsprechend hatte sich Bernstein gegenüber dem *Berliner Tageblatt* geäußert: Die Auffassung der politischen Kreise, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 570.

Zustimmung, sondern erschien mitunter als das kleinste Übel und erzwungene Lösung eines politischen Problems, das durch den Krieg akut geworden war. Bezeichnend war das erste Fazit des *Berliner Tageblatts*, das die Proklamation nach Abwägung aller Argumente als „am ehesten wünschenswert" bezeichnete.[610]

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums beurteilte die konservative und nationalliberale Presse die Proklamation größtenteils zurückhaltend. Das Argument, durch den Anschluss Polens an die Mittelmächte die militärische Stärke Russlands zu vermindern und eine verbündete polnische Armee zu erhalten, war ebenso einleuchtend wie die Schaffung einer strategisch günstigeren Verteidigungsstellung im Osten.[611] Auch wenn der langfristige Nutzen für das Deutsche Reich noch nicht abzuschätzen war, schienen sich die deutschen Rechten mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates abzufinden. Allerdings bekundete die konservative *Deutsche Tageszeitung* freimütig, große Bedenken gegen die Entscheidung der Mittelmächte zu hegen, die erst ausgeräumt würden, wenn das neue Polen die Erwartungen erfülle.[612] Damit bürdete das Blatt die Verantwortung für das Gelingen der Staatsgründung – wie auch für mögliche Misserfolge – vorsorglich den Polen auf.

Vereinzelt wurde deutliche Kritik an der Errichtung des polnischen Staates laut, da Deutschland sich im Hinblick auf die Kriegsziele einseitig auf den Osten zu konzentrieren und frühzeitig festzulegen drohte. Die freikonservative *Post* hätte es lieber gesehen, im Westen Sicherheiten gegen den mächtigen Feind England zu schaffen und die den Deutschen näherstehenden Völker – im Westen die Flamen oder im Osten die Balten – zu fördern.[613] Daher habe der Reichskanzler sich nun auch zur Zukunft Belgiens zu äußern und die deutschen Kriegsziele für den Westen zu bestimmen, verlangte Otto Hoetzsch.[614] Ferner wurde in konservativen Blättern angedeutet, dass kürzere, stark geschützte Grenzen im Osten auch auf andere Weise zu erreichen gewesen wären, womit sie auf Annexionen zur Grenzberichtigung anspielten.[615]

Trotz der Bedenken der rechten Presse gegen die Proklamation und der großteils zustimmenden Aufnahme in Zentrums-, linksliberalen und sozialdemokratischen Blättern, entspann sich zwischen den Befürwortern und Gegnern einer deutsch-polnischen Verständigung keine Auseinandersetzung. Da es sich um eine brisante Entscheidung in der „polnischen Frage" handelte, ist erklärungsbedürftig, warum die unterschiedlichen Beurteilungen nicht kontrovers ausgetragen wurden. Der Verweis auf den inneren Burgfrieden greift zu kurz, da nach über zwei Kriegsjahren die Spannungen zwischen

---

[610] Das Königreich Polen, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569.

[611] Auf dem Wege zur Lösung?, in: Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569; Das neue Polen, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 06.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 11 f.; Neuerrichtung des Königreichs Polen, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 47.

[612] P.B.: Die Wiederherstellung des Königreich Polens, in: Deutsche Tageszeitung vom 06.11.1916, Nr. 561.

[613] Auf dem Wege zur Lösung?, in: Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569.

[614] Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 08.11.1916, Nr. 571.

[615] Das Königreich Polen, in: Kreuzzeitung vom 06.11.1916, Nr. 567; Ein Königreich Polen, in: Dresdener Nachrichten vom 06.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 26.

den politischen Lagern kaum mehr überdeckt werden konnten und ohnehin zunehmend öffentlich ausgetragen wurden.

Bedeutsam ist vielmehr, dass keine der deutschen Parteien und der nahestehenden Zeitungen die Entscheidung der Reichsleitung zur Errichtung des polnischen Staates vorbehaltlos begrüßte und entschieden verteidigte. Stattdessen kritisierten weite Teile der deutschen Presse den politischen Entscheidungsprozess. Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn hatten vollständig unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. Obwohl die Führer der deutschen Parteien und einige Pressevertreter vorab vertraulich informiert worden waren, hatten vor dem 5. November 1916 weder der Reichstag noch die deutsche Presse öffentlich Stellung zu dem Vorhaben nehmen und ihre Bedenken vortragen können.[616]

Daher brachten viele deutsche Zeitungen ihre Enttäuschung über das geheime Vorgehen der Reichsleitung deutlich zum Ausdruck. Sie beriefen sich auf die Zusicherung von Reichskanzler Bethmann Hollweg, für die Erörterung politischer Angelegenheiten, die nicht unmittelbar kriegsrelevant seien, die Zensur zu lockern.[617] Darunter verstanden sie die rechtzeitige Freigabe der öffentlichen Diskussion über die Kriegsziele, bevor Fakten geschaffen würden. Somit herrschte in der Presse der Eindruck, als sei das deutsche Volk aus dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen worden, ohne dass es durch seine publizistischen oder politischen Vertreter vorab hätte Einfluss auf die Proklamation nehmen dürfen. Der zweite Chefredakteur der linksliberalen *Vossischen Zeitung*, Georg Bernhard, hätte sich von der vorhergehenden Erörterung der Einwände einen großen Nutzen erwartet, stattdessen rufe die nachträgliche Diskussion große Unzufriedenheit hervor.[618] Ebenso führte die freikonservative *Post* die zurückhaltenden Urteile der deutschen Presse auf das Verbot der öffentlichen Aussprache zurück:

> „Die ganze Frage war noch nicht genügend in der Oeffentlichkeit geklärt, ja, sie war zu sehr unter offenbarer Mißachtung des Rechts der Oeffentlichkeit betrieben worden, als daß sich breite Schichten des Volkes ohne weiteres bereit erklären könnten, freudig und unbedenklich mit Hand ans Werk zu legen."[619]

Die rechte Presse nutzte die Kritik am geheimen Vorgehen der verbündeten Regierungen, um ihrem Unbehagen über den polnischen Staat Ausdruck zu verleihen und auf die Reichsleitung zu fokussieren. Eng damit verbunden war die Forderung nach Freigabe der Kriegszieldiskussion, um den territorialen Siegespreis des Deutschen Reiches öffentlich aushandeln und unliebsame Entscheidungen der politischen und militärischen

---

616 Für die Informierung der konservativen und nationalliberalen Fraktionsführer THIEME, S. 84 ff.

617 Für die Zusicherung des Reichskanzlers RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 307, 59. Sitz., 05.06.1916, S. 1510. – Die Pressezensur war erst am 30. und 31.10.1916 im Reichstag Gegenstand heftiger Debatten und scharfer Kritik an der Reichsleitung gewesen. RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 308, 70. Sitz., 30.10.1916, S. 1899-1934; 71. Sitz., 31.10.1916, S. 1941-1978.

618 GEORG BERNHARD: Polen, in: Vossische Zeitung vom 06.11.1916, Nr. 569. Ähnlich G.: Zur Errichtung eines neuen Königreichs Polen, in: Posener Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 522.

619 Auf dem Wege zur Lösung?, in: Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569.

Führung verhindern zu können.[620] Dies fügte sich ein in die Kampagne der Konservativen und Alldeutschen für den uneingeschränkten U-Bootkrieg, die sich besonders gegen Bethmann Hollweg und das Festhalten an der Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens richtete.[621] Da direkte Kritik an der Person und der Politik des Reichskanzlers von den Zensurbehörden unterbunden und geahndet wurde, verurteilte die rechte Presse stellvertretend das Zustandekommen der politischen Entscheidungen, was zu Auseinandersetzungen mit offiziösen Blättern führte. Dadurch traten die Differenzen zwischen der Reichsleitung und den deutschen Rechten zunehmend deutlich zutage.[622]

Die konservative *Deutsche Tageszeitung* hatte eher beiläufig bemerkt, dass die „erste dauernde Errungenschaft dieses Krieges nicht die Sicherung unserer eigenen Zukunft, sondern die Befreiung eines anderen Volkes" sei.[623] Die als Sprachrohr des Auswärtigen Amts geltende nationalliberale *Kölnische Zeitung* verurteilte diese Auslassungen als „töricht und unnötig vergiftend", da die Errichtung des polnischen Staates zuvorderst der Schwächung Russlands und der Sicherung Deutschlands diene.[624] Die *Deutsche Tageszeitung* wiederum sah ihre Aussage absichtlich entstellt und fasste die Belehrung als Beleidigung auf.[625] Weiter suchte die *Kölnische Zeitung* klarzustellen, dass eine vorherige öffentliche Erörterung der Zukunft Polens die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn beeinträchtigt und eine „erregte Zeitungspolemik" sich ungünstig auf die Aufrechterhaltung der inneren Einheit ausgewirkt hätten.[626] Daraufhin warf die *Deutsche Tageszeitung* der Reichsleitung vor, mit dem Verbot der Kriegszielerörterung unbequemen Einwänden auszuweichen und dadurch das Vertrauen des deutschen Volkes zu riskieren.[627] Damit nahm das konservative Blatt die Perspektive der Bevölkerung ein, die das Recht habe, frühzeitig über wichtige politische Entscheidungen informiert zu werden.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums kritisierten sozialdemokratische Blätter gleichfalls die Reichsleitung für das geheime Vorgehen und forderten die freie Erörterung der Kriegsziele. Sie argumentierten, dass die Sozialdemokratie durch die Ausschaltung der Öffentlichkeit daran gehindert worden sei, ihren öffentlichen und parlamentarischen Einfluss zugunsten eines freiheitlichen und demokratischen Polens

620 Oktavio von Zedlitz und Neukirch: Wovon das Endurteil abhängt, in: Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569; Berlin, 7. November, in: Kreuzzeitung vom 07.11.1916, Nr. 570; Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 08.11.1916, Nr. 571.

621 Koszyk, S. 152-165; Mommsen, Regierung.

622 Zu den Differenzen zwischen Reichsleitung und rechtem Lager Mommsen, Urkatastrophe, S. 60.

623 P.B.: Die Wiederherstellung des Königreich Polens, in: Deutsche Tageszeitung vom 06.11.1916, Nr. 561.

624 Die Wiedererrichtung Polens, in: Kölnische Zeitung vom 07.11.1916, Nr. 1132.

625 Offiziöse Ungehörigkeit!, in: Deutsche Tageszeitung vom 08.11.1916, Nr. 565.

626 Die Wiedererrichtung Polens, in: Kölnische Zeitung vom 07.11.1916, Nr. 1132; Die Wiederaufrichtung Polens, in: Kölnische Zeitung vom 09.11.1916, Nr. 1140.

627 Die offiziöse Behandlung der Polenfrage, in: Deutsche Tageszeitung vom 11.11.1916, Nr. 571.

geltend zu machen.[628] „[D]ie Konservativen fürchten *zu viel* Freiheit für Polen und die Sozialdemokraten *zu wenig*", brachte der *Vorwärts* die unterschiedlichen Beweggründe für die Kritik an der Reichsleitung auf eine einfache Formel. Erstere seien Vertreter einer reinen Machtpolitik, während letztere die Polen durch „die Macht der freiheitlichen Idee" zu gewinnen suchten.[629]

Jenseits der gewissermaßen ‚in eigener Sache' vorgetragenen Kritik an der verhinderten öffentlichen Aussprache verurteilten deutsche Blätter, dass auch die Volksvertretung von der politischen Entscheidung über die Zukunft Polens ausgeschlossen worden war. Obwohl der Reichskanzler verfassungsrechtlich nicht dazu verpflichtet war[630], wurde dieser Vorwurf in vielen Zeitungen vorgetragen. Dabei verknüpften vor allem linksliberale, sozialdemokratische und – wenn auch deutlich zurückhaltender – Zentrumsblätter ihre Klagen über die Nichtbeachtung des Reichstags mit der Forderung nach größerer parlamentarischer Beteiligung.[631]

Hingegen stimmten rechte Blätter darin überein, dass Bethmann Hollweg die alleinige politische Verantwortung für das neue Königreich Polen und alle Folgewirkungen trage, da er darauf verzichtet habe, die Einwände der Volksvertreter zu berücksichtigen.[632] Dabei bedienten sie sich der Argumente und des Vokabulars der linken Parteien, die auf eine Parlamentarisierung des Reiches drängten. So kritisierte etwa die *Post*, das unter Ausschaltung des Volkswillens neuerstandene Polen sei ein „Produkt *autokratischer Regierungsweise*" geworden[633], die rechtsnationalistische *Rheinisch-Westfälische Zeitung* beklagte einen „Rückfall in absolutistische Regierungsformen"[634]. Zu offensichtlich erschien es der alldeutschen *Täglichen Rundschau*, dass der Reichstag am Abend des 4. November nach elfstündiger Sitzung bis zum Februar 1917 vertagt worden war, um eine parlamentarische Aussprache über die Proklamation zu verhin-

---

[628] Zum Manifest in Warschau, in: Vorwärts vom 06.11.1916; Leipziger Volkszeitung vom 06.11.1916, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 3; Die vorläufige Regelung der Polenfrage, in: Münchner Post vom 07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 49.

[629] Meinungen über Polen, in: Vorwärts vom 07.11.1916 (Hervorhebung im Original gesperrt). Siehe auch: Die Presse über Polen, in: Schwäbische Tagwacht vom 08.11.1916, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 7; Verkehrte Revolutionäre, in: Vorwärts vom 09.11.1916.

[630] Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 898 ff.

[631] Das Königreich Polen, in: Freisinnige Zeitung vom 07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 48; Königsberger Volkszeitung vom 06.11.1916, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 4; Zur Würdigung Neu-Polens, in: Germania vom 07.11.1916, Nr. 518; Zur Staatwerdung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.11.1916, Nr. 901.

[632] v. Richthofen: Die Wiederherstellung Polens, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 06.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 11; Oktavio Freiherr von Zedlitz und Neukirch: Zur Lösung der Polenfrage, in: Der Tag vom 07.11.1916, illustrierter Teil; Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 15.11.1916, Nr. 584.

[633] Auf dem Wege zur Lösung?, in: Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[634] Das Königreich Polen und der Alldeutsche Verband, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 15.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5342, Bl. 4. Das Blatt zitierte aus: An der Schwelle eines neuen Polen, in: Alldeutsche Blätter 26 (1916), 46, S. 433-436, hier S. 435.

dern.[635] Zwar wurde die Wiedererrichtung Polens am 9. November im Hauptausschuss des Reichstags im Anschluss an eine Rede Bethmann Hollwegs über die Kriegsschuldfrage und Friedensmöglichkeiten angesprochen.[636] Eine ausführliche parlamentarische Erörterung fand jedoch erst am 20. November 1916 im Preußischen Abgeordnetenhaus statt.

Die Kritik der Rechten wurde noch befeuert durch die Behauptung der *Berliner Neuesten Nachrichten*, dass auch die preußische Staatsregierung aus dem Entscheidungsprozess über die Wiedererrichtung des polnischen Staates vollständig ausgeschaltet gewesen sei. Selbst ihre Bedenken über mögliche Rückwirkungen auf die preußischen Ostprovinzen seien nicht beachtet worden.[637] Ferner verlangte die *Deutsche Tageszeitung*, der preußischen Staatsregierung maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Außenpolitik gegenüber Polen einzuräumen, da Preußen unmittelbar davon betroffen sei.[638] Eine offiziöse Erklärung in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung*, wonach die Staatsregierung die Wiedererrichtung des polnischen Staates eingehend erörtert und sich schließlich damit einverstanden erklärt habe[639], war offenbar nicht zufriedenstellend.[640] Die Auseinandersetzungen zwischen rechten und offiziösen Blättern spiegelten einen Machtverlust der deutschen Rechten im politischen System Deutschlands wider. So führte die Erklärung der Deutschen Reichspartei in der *Post*, dass ihre schwerwiegenden Einwände nicht berücksichtigt worden seien[641], den Zeitungslesern das Versagen der informellen Kanäle zur politischen Einflussnahme vor Augen.

Die linksliberale *Frankfurter Zeitung* suchte den Reichskanzler gegen die Vorwürfe in Schutz zu nehmen. Bethmann Hollweg habe die Führer der Parteien und die Vertreter der Presse frühzeitig über die Wiedererrichtung des polnischen Staates informiert und zudem im Reichstag eine Rede über die bevorstehende Proklamation halten wollen. Da einige Parteien eine Diskussion verlangt hätten, die Reichsleitung eine Aussprache jedoch nicht für opportun gehalten habe, sei die Rede unterblieben.[642] Denn eine kontroverse parlamentarische Debatte hätte die Wirkung der Proklamation unter den Polen und im Ausland signifikant abgeschwächt, erläuterte das Blatt.[643] Ebenso erachtete

---

635 F.H.: Die Presse über das neue Polen, in: Tägliche Rundschau vom 06.11.1916, Nr. 568.

636 Kanzlerrede im Hauptausschuß, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 10.11.1916, erste Ausgabe; Aus dem Hauptausschusse des Reichstags, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 10.11.1916, zweite Ausgabe.

637 Ein gedämpftes Echo, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 07.11.1916, Nr. 569. – Linksliberale Blätter werteten die „von alldeutscher Seite ausgestreute Nachricht" als Versuch, Gegensätze zwischen dem preußischen Staatsministerium und der Reichsleitung zu konstruieren. Das Königreich Polen. Die Polenfrage und das Staatsministerium, in: Frankfurter Zeitung vom 09.11.1916, zweites Morgenblatt (Zitat); Ostmarkenpolitik und Neupolen. Konservative Einwände, in: Berliner Tageblatt vom 08.11.1916, Nr. 573.

638 Die polnische Frage, in: Deutsche Tageszeitung vom 07.11.1916, Nr. 564.

639 Politischer Tagesbericht, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 10.11.1916, erste Ausgabe.

640 Staatsministerium und Polenfrage, in: Deutsche Tageszeitung vom 10.11.1916, Nr. 569.

641 Reichspartei und Polenfrage, in: Die Post vom 07.11.1916, Nr. 572.

642 Die Zweikaiserproklamation, in: Frankfurter Zeitung vom 08.11.1916, zweites Morgenblatt.

643 Frankfurt, 8. November, in: Frankfurter Zeitung vom 08.11.1916, Abendblatt.

Hans Delbrück vorhergehende öffentliche Auseinandersetzungen als schädlich für den Erfolg der Proklamation. Seiner Ansicht nach war die Abwendung von der repressiven preußischen Polenpolitik hin zu einer außenpolitischen „Verbrüderungspolitik" für einen Staatsmann einfach zu vollziehen, nicht aber für die „öffentliche Meinung" und die Parteien. „Ein Parlament [sei] für derartige Entscheidungen überhaupt nicht befähigt", so Delbrücks apodiktische Schlussfolgerung, weshalb „man es also, wenn es irgend zu vermeiden ist, überhaupt nicht fragen soll".[644] Daran ist bemerkenswert, dass die Fürsprecher einer Parlamentarisierung des Deutschen Reiches die Ausschaltung der Volksvertretung aus dem politischen Entscheidungsprozess verteidigten. Dem entsprach die Haltung rechter Blätter, entgegen ihrer politischen Überzeugung die parlamentarische Mitsprache in der Politik Deutschlands gegenüber Polen einzufordern.

Die Einschätzungen über die Bedeutung der Mitsprache der Presse und der Volksvertretung über die Wiedererrichtung des polnischen Staates hingen von den Erwartungen des Kriegsausganges und von der prinzipiellen Haltung gegenüber den Polen ab. Während den deutschen Rechten allein die Existenz des neuen Staates bedenklich erschien, Linksliberale und Sozialdemokraten hingegen die Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung anmahnten, wurde die Kritik schwächer, je größer die Sympathie für das neue Polen ausfiel. Die Vorwürfe gegen die alleinige Entscheidung der Reichsleitung entsprangen dem Willen, über die öffentliche und parlamentarische Einflussnahme eigene politische Auffassungen durchzusetzen. Folgerichtig stellten die *Polnischen Blätter* fest, dass die „Kritik mehr taktischer Natur" sei, da sie nicht direkt die Proklamation betraf, sondern in erster Linie den politischen Entscheidungsprozess.[645]

Für den deutschen Zeitungsleser war die Situation jedoch ambivalent, da die Zeitungen ihre Bewertung der Proklamation mit der Kritik an der Vorgehensweise des Reichskanzlers vermischten. Die meisten Presseschauen begannen mit der pauschalen Einschätzung, dass die Proklamation in der deutschen Presse zwar nicht grundsätzlich ablehnend, aber überwiegend zurückhaltend und kühl aufgenommen worden sei.[646] Von dem in vielen Blättern geäußerten und durch gegenseitige Bezugnahmen verstärkten Vorwurf, dass das deutsche Volk durch die Nichtbeachtung des Reichstags und der Öffentlichkeit übergangen worden sei, konnten sich die Zeitungsleser direkt angesprochen fühlen. Ob daraus gefolgert werden kann, dass die deutsche Bevölkerung der Wiedererrichtung des polnischen Staates mehrheitlich reserviert gegenüberstand, muss jedoch offen bleiben.

Jenseits der Bewertungen und selbstreferenziellen Bezugnahmen in der deutschen Presse wurde der Reaktion der Polen große Aufmerksamkeit zuteil. Viele Blätter druckten Berichte über die feierliche Verkündung des Manifests in Warschau, über

---

644 Hans Delbrück: Die große Politik und der Reichstag, in: Der Tag vom 19.12.1916, illustrierter Teil. Ähnlich Jul. Bachem: Das neue Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 42, S. 173-178, hier S. 174.

645 Pressestimmen. Deutsche Presse, in: Polnische Blätter 2 (1916), 41, S. 149-157, hier S. 150.

646 Siehe beispielsweise: Die Berliner Presse, in: Frankfurter Zeitung vom 06.11.1916, Abendblatt; Meinungen über Polen, in: Vorwärts vom 07.11.1916; Polen und die Presse, in: Berliner Volkszeitung vom 07.11.1916, Nr. 571; Ein gedämpftes Echo, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5342, Bl. 103.

die Begeisterung der polnischen Bevölkerung und die Umzüge, Kundgebungen und Ansprachen im gesamten Königreich Polen.[647] Das *Berliner Tageblatt* übersetzte die Euphorie in politische Loyalität: Die Mehrheit der Polen tendiere nun zum Aktivismus und sei zur Zusammenarbeit mit den Mittelmächten bereit.[648] Mit etwas Abstand fragte die *Frankfurter Zeitung*, ob der Jubel der Polen authentisch oder nur aufgesetzt gewesen sei. Das Blatt kam zu dem Schluss, dass die Proklamation spontan und freudig begrüßt worden sei, weil die Errichtung eines polnischen Staates und die Aussicht auf eine Armee aufrichtige Wünsche der polnischen Bevölkerung darstellten.[649] Auf der anderen Seite schätzte die freikonservative *Post* die Basis, „auf welcher der künftige deutsch-polnische Gemeinschaftswille praktisch zu wirken beginnen kann", ungünstiger ein und konstatierte eine große Zurückhaltung der politischen Parteien Polens gegenüber den Mittelmächten.[650]

Darüber hinaus gaben deutsche Blätter die Reaktion der Polen aller drei Teilungsgebiete wieder.[651] Die Mitglieder der Polnischen Fraktionen in Deutschland äußerten sich aufgrund eines Fraktionsbeschlusses nicht, weshalb das *Berliner Tageblatt* nur mitteilen konnte, dass sie das neue Polen „als ein Plus" empfänden.[652] In den preußischen Ostprovinzen habe die polnische Bevölkerung die Proklamation teils freudig begrüßt, während die Nationaldemokratie abwarte, berichteten die *Posener Neuesten Nachrichten*.[653] Für die galizischen Polen würdigte Ladislaus Leopold von Jaworski den selbständigen polnischen Staat als Fortschritt gegenüber der russischen Herrschaft, machte allerdings deutlich, dass er den Anschluss Kongresspolens an Galizien unter habsburgischem Zepter bevorzugt hätte.[654] Durch eine Eloge auf die gütige Herrschaft des Kaisers Franz Joseph über das Kronland Galizien gab die Wochenschrift *Polen* gleichfalls zu verstehen, dass sie die „austro-polnische Lösung" favorisierte.[655]

Die in Berlin erscheinenden *Polnischen Blätter* unterstrichen die mehrheitliche Zustimmung der polnischen Bevölkerung und suchten den Eindruck zu vermeiden,

---

647 Die Errichtung des Königreichs Polen. Die Begeisterung in Warschau, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 06.11.1916; Erich Dombrowski: Die Feier in Warschau, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569; Rudolf Cuno: Das neue Königreich, in: Vossische Zeitung vom 06.11.1916, Nr. 569; Warschauer Eindrücke, in: Kölnische Zeitung vom 08.11.1916, Nr. 1136.

648 Erich Dombrowski: Die Stimmung in Warschau, in: Berliner Tageblatt vom 07.11.1916, Nr. 571; Hans Vorst: Rußland und die Polen, in: Berliner Tageblatt vom 11.11.1916, Nr. 579. Siehe auch C.B.: Stunden in Warschau, in: Vorwärts vom 10.11.1916.

649 Nach den Warschauer Tagen, in: Frankfurter Zeitung vom 10.11.1916, erstes Morgenblatt.

650 Nach dem Manifest, in: Die Post vom 12.11.1916, Nr. 581.

651 Exemplarisch für die Bezugnahme auf die polnische Presse: Der Eindruck in Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 07.11.1916, zweite Ausgabe; Die Errichtung des Königreichs Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 10.11.1916, zweite Ausgabe.

652 Die Auffassung der politischen Kreise, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 570.

653 R.: Das Manifest und die Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 17.12.1916, Nr. 5349.

654 Ladislaus Leopold von Jaworski: Der polnische Staat, in: Neue Freie Presse vom 05.11.1916, Morgenblatt. Siehe auch: Unser Staat, in: Polen 2 (1916), 98 (Sonder-Ausgabe), S. 113 f.

655 Die neue Lehre der Weltpolitik, in: Polen 2 (1916), 98, S. 125 ff.

dass die Polen Vorbehalte gegen die Proklamation hegten.[656] Um die große Akzeptanz auf deutscher Seite zu veranschaulichen, veröffentlichte die Zeitschrift Beiträge von herausragenden deutschen Persönlichkeiten, die eine verheißungsvolle gemeinsame Zukunft Deutschlands und Polens prophezeiten, einen mitteleuropäischen Staaten- und Wirtschaftsbund skizzierten oder der Entspannung des Nationalitätenkonflikts in Preußen entgegensahen.[657] Hingegen erstrebten die *Polnischen Blätter* zuvorderst den zügigen Ausbau des polnischen Staates und empfahlen die baldige Einsetzung eines Königs, eines Landtags und einer Regierung sowie die Rekrutierung polnischer Soldaten, um diese schon im Frühjahr 1917 in den Kampf gegen Russland zu schicken.[658]

Im Gegensatz zur deutschen Presse begrüßten die großen Zeitungen Österreich-Ungarns die Proklamation ausdrücklich als Befreiung Polens, ohne diese jedoch als Geschenk zu deklarieren, wofür die Dankbarkeit der Polen erwartet werde. Zwar führten auch österreichisch-ungarische Blätter das militärische Sicherheitsbedürfnis gegen Russland als leitendes Motiv für die Staatsgründung an und schilderten die notwendige Anleitung des polnischen Staates durch die Mittelmächte, vermieden es aber, den Vorrang eigener Interessen zu stark zu betonen. Stattdessen beschrieben sie ausführlich den polnisch-russischen Antagonismus und betonten den Unterschied zwischen der wohlwollenden Minderheitenpolitik in Österreich und der repressiven Herrschaft Russlands.[659] Kritik an der fehlenden Beteiligung der Volksvertretungen und der Presse am politischen Entscheidungsprozess wurde in österreichisch-ungarischen Blättern allerdings nicht geäußert, was auf die allgemeine Zustimmung zur Proklamation hindeutet.

Deutsche Zeitungen berichteten nur knapp über die Resonanz in der Presse Österreich-Ungarns, die fehlende Kritik am Alleingang der Regierungen thematisierten sie überhaupt nicht.[660] Der Blick war vielmehr auf das Kronland Galizien gerichtet, dem durch das Handschreiben des Kaisers Franz Joseph eine größere Autonomie zugesichert worden war. Da lediglich der Rahmen der inneren Neuordnung Galiziens benannt war, die damit verbundenen staatsrechtlichen und innenpolitischen Fragen jedoch of-

[656] Die Auferstehung Polens, in: Polnische Blätter 2 (1916), 41, S. 131-135, hier S. 131 und 133; Der Aufbau des polnischen Staates, in: Polnische Blätter 2 (1916), 42, S. 165-173, hier S. 166.

[657] Für die Beiträge u.a. von Hans Delbrück, Rudolf Eucken, Julius Bachem, Eduard David, Friedrich Naumann und Max Sering siehe die Ausgaben Nr. 41 bis 44 des Jahrgangs 1916 der *Polnischen Blätter*. Ferner Theodor Schiemann: Die Wiederaufrichtung des Königreiches Polen, in: Polen 2 (1916), 100, S. 200 ff.

[658] Der Aufbau des polnischen Staates, in: Polnische Blätter 2 (1916), 42, S. 165-173, hier S. 169-172.

[659] Die Kundgebung des Kaisers Franz Josef und des Kaisers Wilhelm, in: Neue Freie Presse vom 05.11.1916, Morgenblatt; Alexander Brückner: Polen. Am Vorabend neuen Lebens, in: Neue Freie Presse vom 05.11.1916, Morgenblatt; Wien, 5. November, in: Fremdenblatt vom 05.11.1916, Morgenausgabe; Polens Befreiung, in: Reichspost vom 05.11.1916, Nr. 517; Wiedererrichtung des selbständigen Polenstaates, in: Pester Lloyd vom 05.11.1916, Morgenblatt.

[660] Oesterreichisch-ungarische Preßstimmen, in: Tägliche Rundschau vom 06.11.1916, Nr. 568; Die Auffassung in Oesterreich, in: Vossische Zeitung vom 07.11.1916, Nr. 571; Die Wiedererrichtung des Königreichs Polen und Ungarn, in: Germania vom 12.11.1916, Nr. 528.

fenblieben, spekulierten die Zeitungen Deutschlands und Österreich-Ungarns über die konkrete Ausgestaltung der Autonomie. Dabei erachteten österreichische Blätter das Autonomieversprechen als direkte Konsequenz der Proklamation und stellten Galizien als Nutznießer der Wiedererrichtung Polens dar[661], während deutsche Zeitungen die Neuordnung in dem Kronland unabhängig von der Proklamation als innere Angelegenheit der Donaumonarchie behandelten[662].

In der deutschen Presse wurde auf etwaige Gefahren der Autonomie hingewiesen, wie die erwartete „Anziehungskraft“ des polnischen Staates auf die galizischen Polen oder die Verstärkung der tschechischen Selbständigkeitsbestrebungen. Dies könne zu einer Lockerung des Staatsgefüges und schließlich zu einem „sehr lose[n] Föderalismus“ der Donaumonarchie führen, gab die *Frankfurter Zeitung* zu bedenken.[663] Des Weiteren sorgte der Protest ukrainischer Abgeordneter gegen das Autonomieversprechen für Aufsehen. Die Vertreter der ukrainischen Minderheit befürchteten, in einem polnisch dominierten Galizien noch stärker benachteiligt zu werden, als dies ihrer Ansicht nach ohnehin schon der Fall sei.[664] Deutsche konservative Blätter nahmen sich des Protests an und warnten davor, die gegen Russland gerichtete ukrainische Nationalbewegung zu schwächen.[665] Um dies zu unterstreichen, druckte die *Post* als Leitartikel die Zuschrift eines Ukrainers ab, der die Sorgen über die erwartete Diskriminierung durch die Polen artikulierte und die staatsrechtliche Gleichstellung der ukrainischen Bevölkerung in Galizien verlangte.[666]

Insgesamt herrschte in der deutschen Presse die Auffassung vor, dass der 5. November 1916 dem Verbündeten Österreich-Ungarn lediglich die Autonomie Galiziens ge-

[661] Inland, in: Wiener Zeitung vom 05.11.1916; Ausbau der Autonomie Galiziens, in: Pester Lloyd vom 05.11.1916, Morgenblatt; Das Handschreiben an den Ministerpräsidenten, in: Fremdenblatt vom 05.11.1916, Morgenausgabe; Die Rückwirkung der Wiederaufrichtung Polens auf Oesterreich, in: Reichspost vom 05.11.1916, Nr. 517; Die Errichtung des polnischen Staates und das Handschreiben über Galizien, in: Neue Freie Presse vom 06.11.1916, Nachmittagsblatt.

[662] Das Königreich Polen, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569; Die Zukunft Galiziens, in: Vossische Zeitung vom 06.11.1916, Nr. 569; Emil Ludwig: Das galizische Problem, in: Vossische Zeitung vom 07.11.1916, Nr. 571; Oswald v. Romstedt: Polen und Galizien, in: Der Tag vom 11.11.1916, illustrierter Teil.

[663] Frankfurt, 7. November, in: Frankfurter Zeitung vom 07.11.1916, Abendblatt. Ferner: Die Autonomie Galiziens, in: Kreuzzeitung vom 08.11.1916, Nr. 572; Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 15.11.1916, Nr. 584.

[664] Ukrainische Beschwerden, in: Frankfurter Zeitung vom 06.11.1916, Morgenblatt; Die Autonomie Galiziens, in: Kreuzzeitung vom 08.11.1916, Nr. 572; Ruthenischer Protest gegen die galizische Autonomie, in: Vossische Zeitung vom 07.11.1916, Nr. 571; Emil Ludwig: Galizien und seine Gegner, in: Vossische Zeitung vom 10.11.1916, Nr. 577.

[665] Oktavio von Zedlitz und Neukirch: Deutsche, Polen und Ruthenen, in: Die Post vom 08.11.1916, Nr. 573; Fritz Bley: Unsere Schicksalsstunde, in: Deutsche Tageszeitung vom 15.11.1916, Nr. 579.

[666] A.M.: Die Ukrainer und das Warschauer Manifest, in: Die Post vom 20.11.1916, Nr. 595.

bracht habe.[667] Die Zeitungen befassten sich vorwiegend mit dem Beitrag Deutschlands zur Wiedererrichtung Polens, mit den Folgen für das eigene Land und das zukünftige deutsch-polnische Verhältnis. Dadurch konnte der Zeitungsleser den Eindruck gewinnen, als habe es sich bei der Proklamation um ein Projekt unter deutscher Initiative gehandelt, bei dem Österreich-Ungarn die Rolle des unvermeidlichen Gehilfen gespielt habe. Dies entsprach der deutschen Sichtweise auf das Kräfteverhältnis innerhalb des Bündnisses und der Geringschätzung der militärischen Fähigkeiten des Verbündeten.[668] Da die Presse Österreich-Ungarns tatsächlich stark auf die Belange der Donaumonarchie fokussiert war, kann eine jeweils verengte Perspektive auf die Rolle des eigenen Staates in der gemeinsamen Polenpolitik konstatiert werden. Die dualistische Verwaltung des besetzten Polens und die diplomatischen Auseinandersetzungen über die Durchsetzung eigener Zukunftspläne spiegelten dies deutlich wider.[669]

Grundsätzlich wurde die Proklamation als bedeutende Zäsur in den deutsch-polnischen Beziehungen und als Beginn einer wohlwollenden Politik der Mittelmächte gegenüber Polen wahrgenommen. Mit der großzügigen politischen Geste, die zunächst keine faktischen Zugeständnisse beinhaltete, suchten Deutschland und Österreich-Ungarn eigene militärische und wirtschaftliche Interessen mit dem Verlangen der Polen nach der Abtrennung von Russland und der Wiedererrichtung des polnischen Staates zu verbinden. Dabei hatten sie das zwischenstaatliche Verhältnis einseitig festgelegt und das Bündnis gewissermaßen oktroyiert, auch wenn sie sich der Zustimmung der aktivistischen polnischen Parteien und Politiker versichert hatten. Es bestand jedoch kein Zweifel daran, dass Polen innerhalb des Bündnisses der untergeordnete Partner sein sollte, dem die Rolle des militärischen Pufferstaates gegen Russland und des wirtschaftlich abhängigen Satellitenstaates zugewiesen war.

Dennoch beflügelte die Proklamation die Phantasie der polnischen und deutschen Befürworter einer Verständigungspolitik. Sie begrüßten die Aufwertung des bislang besetzten feindlichen Landes zum Verbündeten mit der Aussicht auf eine dauerhafte staats- und völkerrechtliche Selbständigkeit sowie auf eine baldige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Lebensmittelversorgung. Für die Deutung der Proklamation als Zäsur in den deutsch-polnischen Beziehungen war entscheidend, dass das partnerschaftliche Verhältnis durch die kaiserliche Willensbekundung sanktioniert worden war. Doch während die Staatswerdung Polens für die Regierungen der Mittelmächte mit der politischen Geste der Proklamation abgeschlossen war, ohne dass das Herrschaftsverhältnis oder die Besatzungsverwaltung während des Krieges geändert werden sollten, hatte diese Entwicklung aus Sicht der Polen und der ihnen wohlgesinnten Deutschen gerade erst begonnen.

---

[667] So behauptete die *Kölnische Volkszeitung*, dass den Österreichern die Autonomie für Galizien wichtiger erschienen sei als die Proklamation des Königreichs Polen. Galiziens Selbständigkeit, in: Kölnische Volkszeitung vom 08.11.1916, Nr. 898.

[668] Kronenbitter, S. 127 f. und 134 f.

[669] Zur Rivalität Deutschlands und Österreich-Ungarns in der „polnischen Frage“ während des Krieges Szymczak.

Mit der Proklamation des Königreiches Polen war ein Staat geschaffen worden, der zunächst nur durch den Willen der Mittelmächte existierte, ohne dass ihm ein klar umgrenztes Staatsgebiet, ein Staatsoberhaupt, eine parlamentarische Vertretung oder Verfassungsorgane gegeben worden waren. Ebenso war das Verhältnis zu den Mittelmächten nicht genau festgelegt. Gleichwohl wurde die Existenz des polnischen Staates in der deutschen Presse als Tatsache hingenommen und diente als Ausgangspunkt für weitere Erörterungen über die zukünftige politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung Polens. Die Freigabe der Kriegszielerörterung ab Ende November 1916 trug dazu bei, dass die Zahl an Veröffentlichungen über die staatsrechtliche und territoriale Gestaltung des östlichen Europas zunahm und die Vorstellungen über die mögliche Erweiterung der deutschen Machtsphäre und etwaige Gebietserwerbungen präzisiert wurden.[670] Das Interesse für den Nachbarstaat entsprang der Erkenntnis, dass die Wiedererrichtung Polens den ersten Akt einer Umwälzung des westlichen Russlands darstellte, wodurch der Kriegsgegner im Osten geschwächt und die Mittelmächte gestärkt würden.

Infolge der Proklamation intensivierte und verstetigte die deutsche Presse die Berichterstattung zu polnischen Themen. Die großen überregionalen Zeitungen druckten verstärkt Meldungen aus und über Polen, die von den Nachrichtenagenturen, ab März 1917 auch von der Zeitungskorrespondenz *Warschauer Mitteilungen*, bereitgestellt wurden. Da es aus Sicht der deutschen Presse in der ersten Jahreshälfte 1917 kein herausragendes Ereignis in Polen gab, erschienen jedoch nur wenige Leitartikel und ausführliche Kommentare über den neuen Nachbarstaat. Informationen konnte der Zeitungsleser in erster Linie aus den Nachrichtenteilen der Zeitungen gewinnen.

Nach der Proklamation wurden die Bildung eines polnischen Heeres sowie die Einsetzung und Tätigkeit des Provisorischen Staatsrates zu den bestimmenden politischen Themen in Polen. Bereits am 9. November 1916 erließen die Generalgouverneure Beseler und Kuk den Werbeaufruf für die polnische Armee.[671] Alle wehrfähigen polnischen Männer wurden aufgefordert, sich freiwillig zu melden, um „an der Seite der Mittelmächte den Sieg gegen euren Unterdrücker vollenden zu helfen“.[672] Der Aufruf stieß bei der polnischen Bevölkerung jedoch auf breite Ablehnung, es meldeten sich nur einige hundert Freiwillige. Aus polnischer Sicht hatte der Heeresaufruf die Proklamation als vorbedachtes Täuschungsmanöver enthüllt, das einzig dem Ziel dienen sollte, Soldaten für die Kriegsführung zu gewinnen. Die Polen boykottierten den Aufruf und brachten ihren Unmut auf Kundgebungen zum Ausdruck. Das Recht zur Heeresbildung gestanden sie einzig einer polnischen Regierung zu. Damit brach ein Stimmungsaufschwung zugunsten der Mittelmächte abrupt ab: Hatten die polnischen aktivistischen Parteien und Gruppen in den Tagen nach der Proklamation noch einen

---

[670] Zur Freigabe der Kriegszielerörterung Koszyk, S. 194 ff.; Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 240 f.

[671] Wrzosek, Plany, S. 69; Pajewski, Odbudowa, S. 117 ff.

[672] Der Ruf zu den Waffen, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 10.11.1916; An die Bewohner der Generalgouvernements Warschau und Lublin, ebenda.

starken Zuwachs an Befürwortern verzeichnet, wandten sich nun viele Polen enttäuscht den Passivisten zu.[673]

Die deutsche Presse teilte den Heeresaufruf ebenso mit wie den Einzug der Polnischen Legionen in Warschau am 1. Dezember 1916, die den Grundstock für das neue Heer bilden sollten.[674] In der Regel schlossen sich jedoch keine Erörterungen an, mitunter drückten aber Schlagzeilen wie „Die Polen bereit, mitzukämpfen" die Zuversicht aus, mit dem neuen Königreich einen militärisch potenten Bündnispartner gewonnen zu haben.[675] Einen erstaunlichen Bezug stellten die *Posener Neuesten Nachrichten* her, die sich in ihrem Leitartikel zur Heeresbildung auf Clara Viebigs Ostmarkenroman *Das schlafende Heer* bezogen. Titelgebend und ein zentrales Motiv des Romans war der im 19. Jahrhundert gepflegte, unerschütterliche Glaube der Polen an die Auferstehung des polnischen Heeres zur Befreiung des Landes. An die in Deutschland eher negativ besetzte literarische Reminiszenz anknüpfend, erörterte das linksliberale Blatt die Schwierigkeiten bei der Aufstellung eines Heeres und den Wunsch der polnischen Bevölkerung nach einem offiziellen Staatsorgan.[676]

Ferner setzten deutsche Blätter konkrete Erwartungen in das polnische Heer, wobei sie dessen militärische Stärke mit der territorialen Ausdehnung Polens nach Osten verknüpften. So konnte die Antwort Bethmann Hollwegs an eine Delegation, die den Dank der polnischen Bevölkerung für die Proklamation überbrachte, dahingehend gedeutet werden, dass das Staatsgebiet Polens „zum Teil von der eigenen militärischen Leistung des polnischen Volkes abhängig gemacht" werde.[677] In den *Kieler Neuesten Nachrichten* erachtete Wilhelm Feldman die Armee ebenfalls als Gegenwert für die Proklamation und erklärte die 1,2 Millionen militärfähigen polnischen Männer zu dem Einsatz, „mit dem der polnische Staat in den Verband Zentraleuropas eintritt".[678] Ähnlich äußerte sich im selben Blatt Adam Ronikier, ein konservativer Politiker aus Warschau: „Wenn wir nicht im Stande wären, diese Freiheit mit den Waffen zu vertei-

[673] Holzer/Molenda, S. 253 f.; Conze, S. 232 f.

[674] Exemplarisch: Zum Einzuge der Polnischen Legionen in Warschau, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 03.12.1916, zweite Ausgabe. – Die *Polnischen Blätter* maßen dem Einzug der polnischen Legionen in die befreite Hauptstadt Polens angesichts der langwährenden russischen Herrschaft hohen symbolischen Wert bei. Das polnische Heer und die Legionen, in: Polen 2 (1916), 103, S. 279-285, hier S. 280 f.

[675] Die Polen bereit, mitzukämpfen, in: Tägliche Rundschau vom 07.11.1916, Nr. 569. Ähnlich zuversichtlich: Die polnische Armee, in: Neue Freie Presse vom 18.11.1916, Morgenblatt; N.: Das polnische Heer, in: Germania vom 09.11.1916, Nr. 522; Zum Einzug der Polnischen Legion in Warschau, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 01.12.1916.

[676] R.: Das schlafende Heer, in: Posener Neueste Nachrichten vom 05.01.1917, Nr. 5362. – Zu Viebigs Roman Urban, S. 216 f.

[677] Exemplarisch Cajus Moeller: Polonia rediviva, in: Der Tag vom 18.11.1916, illustrierter Teil.

[678] W. Feldman: Die staatsbildenden Faktoren Polens, in: Kieler Neueste Nachrichten vom 09.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 113 f. – Für ähnliche Berechnungen der polnischen Militärdiensttauglichen: Der Werdegang des neuen Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 44, S. 243-249, hier S. 248; Das polnische Heer und die Legionen, in: Polen 3 (1917), 111, S. 173 f.; Zur Heeresfrage, in: Polnische Blätter 3 (1917), 54, S. 301 f.

digen, würden wir ihrer unwürdig sein.“[679] Mit ihren Beiträgen machten Feldman und Ronikier die Beteiligung der Polen am Kampf gegen Russland zur Voraussetzung für die Existenz des polnischen Staates und schürten die Erwartungen in eine deutliche militärische Verstärkung der Mittelmächte.

Darüber hinaus galt das zu schaffende polnische Heer als wichtiger Baustein des Staates und Unterpfand für die Kooperation mit den Mittelmächten. Die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* wiesen sogar darauf hin, dass die Mehrheit der Polen anstelle der Freiwilligenwerbung die Zwangsrekrutierung befürworte. Indem sie darlegten, dass für diese Aufgabe eine polnische Regierung mit entsprechenden Kompetenzen nötig sei, formulierten sie ein Junktim zwischen der Heeresbildung und dem inneren Ausbau des Staates.[680]

Tatsächlich war die Berufung des Provisorischen Staatsrates in Polen eng mit der Heeresbildung verknüpft. Aus Sicht Deutschlands und Österreich-Ungarns war die Wiedererrichtung des polnischen Staates mit der Proklamation und dem Heeresaufruf abgeschlossen; ein weiterer innerer Ausbau war zunächst nicht vorgesehen. Die wirkungsvoll inszenierte Proklamation war ein politisches Zugeständnis ohne reale Machtbefugnisse für die Polen, das vor allem zur Rekrutierung polnischer Soldaten für die Kriegsführung gegen Russland dienen sollte.[681] Doch die Polen wünschten die Einsetzung einer polnischen Regierung und die Übergabe der Verwaltung in deren Hände, darüber hinaus die Festlegung der Staatsgrenzen und die Mitbestimmung in Wirtschaftsfragen.[682] Die politische Geste der Proklamation konnte die fortgesetzten Requirierungen und die als besonders bedrückend wahrgenommene Zwangsverpflichtung zum Arbeitsdienst ab Oktober 1916 nicht vergessen machen.[683]

Die ablehnende Haltung der Polen gegenüber dem Heeresaufruf bewog die Mittelmächte, staatliche Organe mit stark eingeschränkten innenpolitischen Kompetenzen zu schaffen. Wenige Wochen nach der Proklamation erließen sie eine Verordnung über die Einberufung eines Provisorischen Staatsrates, der am 14. Januar 1917 feierlich eröffnet wurde. Der Staatsrat sollte eine potenzielle polnische Regierung für das gesamte Königreich repräsentieren und am inneren Ausbau des Staates mitwirken, obwohl er vorläufig nur beratende Funktion besaß. In erster Linie diente er als nachträglich eingesetzte politische Körperschaft, um dem Heeresaufruf der Mittelmächte mehr Zugkraft zu verleihen.[684]

---

[679] Javier Bueno: Wofür die Polen kämpfen. Eine Unterredung mit dem Grafen Adam Ronikier, in: Kieler Neueste Nachrichten vom 18.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 170 f.

[680] Der Aufbau des polnischen Staates, in: Polnische Blätter 2 (1916), 42, S. 165-173, hier S. 170 f.; Der Werdegang des neuen Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 44, S. 243-249, hier S. 248; Von Träumen zu Taten, in: Polen 3 (1917), 112, S. 185 ff., hier S. 186; Das polnische Heer und die Legionen, in: Polen 3 (1917), 117, S. 322 f.

[681] Pajewski, Odbudowa, S. 105.

[682] Lemke, Allianz, S. 252.

[683] Zur Zwangsarbeiterrekrutierung Westerhoff, Zwangsarbeit, S. 198-210.

[684] Suleja, Próba, S. 53 f. An der Besetzung des 25 Mitglieder umfassenden Staatsrates waren die polnischen Parteien zwar beratend beteiligt, die endgültige Entscheidung fällten jedoch die Besatzungsmächte.

Die deutsche offiziöse Presse wertete die Einsetzung des Staatsrates als Beginn des inneren Ausbaus des polnischen Staates. Zugleich erwartete sie, dass sich die Polen geduldig in die schrittweise Ausgestaltung des Staatswesens unter Leitung der Besatzungsmächte fügen, den engen Anschluss an Deutschland und Österreich-Ungarn vollziehen, sich aktiv am Krieg gegen Russland beteiligen und endgültig auf die preußischen Teilungsgebiete verzichten würden.[685] Stellvertretend für die Rechten verschärfte der Fraktionsführer der Freikonservativen Partei, Oktavio von Zedlitz und Neukirch, diesen Katalog an Forderungen noch und verlangte „reale Garantien für die westliche Orientierung des Königreichs Polen".[686]

In linksliberalen Blättern wurde die Einsetzung des Staatsrates als Zeichen des Vertrauens der Mittelmächte in die Bevölkerung Polens und als Entgegenkommen gegenüber dem Wunsch nach aktiver Beteiligung am Staatsleben erachtet. Gleichwohl verwiesen sie auf den provisorischen Charakter der Regierung und forderten weitere Zugeständnisse, vor allem die Schaffung einer Volksvertretung und die Berufung eines Statthalters.[687] Dabei schien die *Frankfurter Zeitung* sich von der politischen Entwicklung in Polen auch Impulse für die Parlamentarisierung und Demokratisierung in Deutschland zu versprechen. Ausführlich würdigte das Blatt das für Polen vorgesehene allgemeine und gleiche Landtagswahlrecht und verlangte, dass sich die Souveränität des polnischen Staates aus dem Volkswillen herleiten müsse.[688] In weiteren Artikeln stellte das Blatt einen engen Zusammenhang der Demokratisierung Polens mit der angestrebten Parlamentarisierung der konstitutionellen Monarchie in Deutschland und der Reform des preußischen Wahlrechts her.[689]

Die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* begrüßten den Staatsrat als Beginn des politischen Lebens in Polen und Auftakt für den weiteren inneren Ausbau des Staates. Allein durch seine Existenz und politische Tätigkeit verkörpere der Staatsrat den Willen der Polen zur Zusammenarbeit mit den Mittelmächten.[690] Neben der Aufstellung eines polnischen Heeres skizzierten die Periodika die Vorbereitungen zur Berufung eines Regenten, der Landtagswahlen und der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs als wichtigste Aufgaben des Staatsrates und berichteten ausführlich über dessen politische

685 Deutsche Warschauer Zeitung, zitiert nach: Die Eröffnung des Staatsrates, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 14.01.1917, zweite Ausgabe. Siehe auch: Zum Neubau Polens, in: Kölnische Zeitung vom 16.01.1917, Nr. 50.

686 Oktavio Freiherr von Zedlitz und Neukirch: „Reale Garantien" für die westliche Orientierung Polens, in: Die Post vom 14.11.1916, Nr. 585.

687 Der neue polnische Staat, in: Frankfurter Zeitung vom 12.01.1917, zweites Morgenblatt; Berlin, 14. November, in: Germania vom 15.11.1916, Nr. 532; r.: Das Manifest und die Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 17.12.1916, Nr. 5349.

688 Frankfurt, 16. Januar, in: Frankfurter Zeitung vom 16.01.1917, Abendblatt.

689 Frankfurt, 11. Juni, in: Frankfurter Zeitung vom 11.06.1917, Abendblatt; Frankfurt, 31. August, in: Frankfurter Zeitung vom 31.08.1917, Abendblatt.

690 Der polnische Staatsrat, in: Polen 2 (1916), 103, S. 269 f.; Der wahre Realismus, in: Polen 3 (1917), 109, S. 107 ff.; Vor Eröffnung des polnischen Staatsrates, in: Polnische Blätter 3 (1917), 46, S. 1-7, hier S. 1; Der Erfolg in Polen, in: Polnische Blätter 3 (1917), 47, S. 33-38, hier S. 33.

Tätigkeit.[691] Allerdings beschwerten sich die *Polnischen Blätter* bald, dass der Staatsrat aufgrund der eingeschränkten Kompetenzen nicht wirkungsvoll arbeiten könne und sich die notwendige Abstimmung mit den Besatzungsmächten bei allen politischen Entscheidungen äußerst hemmend auswirke.[692] Als der Staatsrat die Mittelmächte in seiner Denkschrift vom 1. Mai 1917 um größere Machtbefugnisse, die Übernahme der Landesverwaltung sowie die Einsetzung eines Regenten und einer verantwortlichen Regierung ersuchte, wurde lediglich die Übergabe einzelner Verwaltungsbereiche an polnische Behörden zugesagt.[693] Im Mai 1917 zogen die *Polnischen Blätter* Bilanz:

> „Vier Monate fristet nun der Staatsrat seine Existenz – und seine Lage beginnt im Lande immer prekärer zu werden. Die weitesten Massen empfinden, dass er eine Scheinexistenz führt; man fragt nach seinen Leistungen. Er kann nur auf unzählige Aktenbündel, Beschlüsse, Vorschläge, Petitionen hinweisen. Ein Land, das einen Heißhunger nach staatlichem Leben bekundet, kann mit diesem Papierhaufen nicht gespeist werden."[694]

Die Tätigkeit des Staatsrates in der ersten Jahreshälfte 1917 wurde von der deutschen Presse kaum beachtet. Gleiches galt für die geringen Fortschritte in der Heeresbildung. So konnten sich die Mittelmächte lange Zeit weder über die Überstellung der im österreichischen Heer dienenden Polnischen Legionen unter die Befehlsgewalt Beselers noch auf eine Formel zur Vereidigung der Rekruten einigen.[695] Da die deutsche Oberzensurstelle Erörterungen über das polnische Heer nicht gestattete[696], wurden die spärlichen Nachrichten aus Polen in der Regel unkommentiert wiedergegeben.[697] Ohnehin beherrschten die Freigabe des uneingeschränkten U-Bootkriegs, die Revolution in Russland und der Kriegseintritt der USA auf Seiten der Entente die Schlagzeilen in der deutschen Presse, da diese Ereignisse weltpolitisch bedeutsam waren und sich unmittelbar auf den Krieg auswirkten. Die Folgen internationaler Ereignisse für das besetzte Polen und die polnische Bevölkerung wurden hingegen als belanglos abgetan.

Indes wirkte die Februarrevolution in Russland mit der Abdankung des Zaren, der zeitweiligen Errichtung einer demokratischen Regierung und der erwarteten sozialen Umwälzung verheißungsvoll auf die polnische Bevölkerung, da damit eine Alternative zur politischen und wirtschaftlichen Anlehnung an die Mittelmächte eröffnet wurde. In Polen verbreiteten sich Vorstellungen eines selbstbestimmten Lebens in einem freien

---

691 Der Werdegang des neuen Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 44, S. 243-249, hier S. 247; Das Fundament, in: Polen 3 (1917), 108, S. 81 f.; Von Träumen zu Taten, in: Polen 3 (1917), 112, S. 185 ff.

692 Im Uebergangsstadium, in: Polnische Blätter 3 (1917), 51, S. 177-182, in Auszügen nachgedruckt in: Frankfurter Zeitung vom 02.03.1917, erstes Morgenblatt.

693 Suleja, Próba, S. 177 f.

694 Die Lage in Polen, in: Polnische Blätter 3 (1917), 59, S. 137-140, hier S. 138.

695 Sukiennicki, S. 295-301; Wrzosek, Plany, S. 69-76.

696 Kommunikationsüberwachende Vorschriften des Jahres 1917, in: Oberzensurstelle, Zensurbuch, S. 194-275, hier S. 253.

697 Siehe beispielsweise: Die Uebergabe des polnischen Hilfskorps an den Generalgouverneur von Warschau, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.04.1917, zweite Ausgabe.

und unabhängigen Staat, die im starken Kontrast zu den Erfahrungen des Besatzungsalltags standen, zumal die Gefahr bestand, dass sich an diesem Zustand auch in der Nachkriegszeit in einem Satellitenstaat der Mittelmächte nichts ändere. Somit stellte die Revolution in Russland angesichts des Hungers und Elends nach dem harten Winter 1916/17 ein imponierendes Beispiel dar, wie sich eine notleidende Bevölkerung eines bedrückenden Herrschaftsregimes entledigen konnte – das im Königreich Polen durch die fremden Besatzungsmächte repräsentiert wurde.[698]

Die deutsche Presse registrierte zwar den Aufruf der provisorischen russischen Regierung für ein unabhängiges Polen in Militärunion mit Russland, der an die Proklamationen des Zarenreichs erinnerte und der vom Provisorischen Staatsrat in aller Form zurückgewiesen wurde.[699] Doch die langfristigen Auswirkungen der Februarrevolution auf die Bevölkerung und die politischen Parteien Polens gerieten vorerst nicht in den Blick deutscher Zeitungen.[700] Allein Wilhelm Feldman und der kurländische Publizist und Schriftsteller Richard Bahr sahen in der Revolution einen Anreiz für weitere politische Zugeständnisse der Mittelmächte, um die breite Frontstellung der polnischen Bevölkerung gegen Russland zu erhalten.[701] Hingegen berichtete Friedrich Naumann nur knapp über den großen Eindruck, den die politische Umwälzung in Russland auf die Polen gemacht habe, und dass in Warschau „über allerlei revolutionäre Möglichkeiten gesprochen" werde.[702] Konsequenzen für die Heeresbildung oder die Haltung der polnischen Bevölkerung konnte Naumann jedoch nicht erkennen.

Erst als im Juli 1917 die Vereidigung der polnischen Rekruten scheiterte und die Abwendung der Bevölkerung und der Parteien Polens von den Mittelmächten deutlich wurde[703], beachteten deutsche Blätter die Revolution in Russland als Faktor in den deutsch-polnischen Beziehungen.[704] Am 2. Juli 1917 hatten Józef Piłsudski und drei weitere Mitglieder des Staatsrates aus Protest gegen den langsamen inneren Ausbau des polnischen Staates und gegen den deutschen Oberbefehl über das polnische Heer

---

698 PAJEWSKI, Odbudowa, S. 140 ff. – Für die Rezeption der Februarrevolution in der polnischen Presse Preußens WALCZAK.

699 SULEJA, Próba, S. 161 ff. – Die deutsche Presse druckte die Erklärung des Staatsrates kommentarlos ab, siehe beispielsweise: Eine deutliche Absage des Staatsrats, in: Kölnische Zeitung vom 14.04.1917, Nr. 358.

700 In der *Kölnischen Zeitung* wurde lediglich festgestellt, dass sich der rechte Flügel der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna – PPS) infolge der russischen Februarrevolution von der Staatsform der konstitutionellen Monarchie abgewandt habe und nun eine polnische Republik erstrebe. Der Beginn der polnischen Verantwortlichkeit, in: Kölnische Zeitung vom 11.06.1917, Nr. 555.

701 W. FELDMAN: Die russische Revolution und die Polen, in: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung 2 (1917), 15, S. 376-379, hier S. 378 f., erweitert erschienen als Broschüre mit dem Vermerk „Als Handschrift gedruckt. Vertraulich": DERS., Revolution; RICHARD BAHR: Polen, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 03.07.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 194.

702 NAUMANN, Polen, S. 34 f.

703 HOLZER/MOLENDA, S. 285-288; SULEJA, Próba, S. 163-168.

704 Beispielsweise AXEL SCHMIDT: Was geht in Polen vor?, in: Deutsche Politik 2 (1917), 36, S. 1145-1151, hier S. 1150.

ihre Mandate niedergelegt.[705] Daraufhin verweigerte ein Großteil der polnischen Rekruten den Eid und es kam zu Demonstrationen gegen die deutschen Besatzer. Mit der „Eidkrise“ war die Aufstellung des polnischen Heeres gescheitert. Beseler löste das polnische Heer auf, ordnete die Verhaftung der Eidverweigerer an und ließ Piłsudski am 22. Juli wegen angeblich gefälschter Ausweispapiere internieren.[706]

Deutsche Blätter meldeten zwar den Austritt Piłsudskis aus dem Staatsrat[707], berichteten aber vor allem über den Beginn der Vereidigung der rund 4700 polnischen Rekruten und zitierten aus zuversichtlichen Artikeln der polnischen Presse.[708] Allerdings verschwiegen sie die zahlreichen Fälle der Eidverweigerung. Als der Staatsrat in einem Aufruf die Rekruten zur Ableistung des Eides aufforderte und einen baldigen Kriegseinsatz der Armee ausschloss, konnte der Zeitungsleser zumindest ahnen, dass die Vereidigung nicht problemlos verlief.[709] Mit der Verhaftung Piłsudskis geriet das Scheitern der Heeresbildung schließlich in den Fokus der deutschen Presse.[710] Zahlreiche Zeitungen druckten die „amtlicherseits“ mitgeteilte Begründung der Festnahme ab, derzufolge Piłsudski als Vertreter eines jugendhaften romantischen Verschwörertums nicht zum „männlichen staatsbildenden Wirken“ fähig gewesen sei.[711] Unter dem Eindruck der Revolution in Russland sei er in immer stärkeren Widerspruch zum Provisorischen Staatsrat geraten und schließlich ausgetreten. Sein Ehrgeiz und persönlicher Machtwille wie auch sein Bestreben, in Galizien eigene Truppen aufzustellen, wurden als potenzielle Bedrohung der Besatzungsmächte und des polnischen Staates dargestellt. Ferner habe die von ihm gelenkte geheime Polnische Militärorganisation (Polska Organizacja Wojskowa, P.O.W.) einen „verborgenen Staat im Staate“ bilden wollen. Durch die Festnahme sei diese Gefährdung im Rücken der deutschen Heere beseitigt worden.[712] In einer Erklärung gegenüber dem Staatsrat bekräftigte Generalgouverneur

---

[705] Suleja, Próba, S. 232 ff.; Serwatka, S. 65-70.

[706] Holzer/Molenda, S. 309 ff.; Suleja, Próba, S. 240-244.

[707] Exemplarisch: Der Austritt der Linken aus dem Staatsrat, in: Kölnische Volkszeitung vom 13.07.1917, Nr. 542.

[708] Zur Vereidigung der polnischen Truppen, in: Germania vom 14.07.1917, Nr. 321; Die Vereidigung der polnischen Truppen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 15.07.1917, Nr. 5522; Polnische Stimmen zur Truppenvereidigung, in: Posener Zeitung vom 15.07.1917, erstes Blatt.

[709] Eine Erklärung des Provisorischen Staatsrats, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 19.07.1917; Der polnische Staatsrat an die Bevölkerung, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.07.1917, erste Ausgabe.

[710] Holzer/Molenda, S. 311; Suleja, Próba, S. 254.

[711] Exemplarisch für die deutsche Presse: Deutsche Warschauer Zeitung vom 24.07.1917; Verhaftung Pilsudskis, in: Berliner Tageblatt vom 24.07.1917, Nr. 373; Verhaftung eines Polenführers, in: Tägliche Rundschau vom 24.07.1917, Nr. 373; Verhaftung Pilsudskis, in: Kölnische Volkszeitung vom 24.07.1917, Nr. 573; Pilsudski verhaftet, in: Vorwärts vom 25.07.1917.

[712] Deutsche Warschauer Zeitung vom 24.07.1917.

Beseler, dass Piłsudski bei der Eidverweigerung und bei einer Verschwörung gegen die Mittelmächte eine führende Rolle gespielt habe.[713]

Angesichts der schwerwiegenden Vorwürfe findet sich in der deutschen Presse keine Verteidigung des vormals angesehenen Legionsbrigadiers. Die wachsende Popularität Piłsudskis in der polnischen Bevölkerung und die einsetzende Mythisierung als Retter der Nation stießen ebenso wenig auf Resonanz[714], wie die Polarisierung der politischen Lager in Polen und die zunehmende Ablehnung der Mittelmächte.[715] Aufgrund mangelnder Nachrichtenquellen aus dem Nachbarstaat folgten die deutschen Zeitungen der amtlichen Linie[716], zumal selbst der Staatsrat der öffentlichen Stigmatisierung Piłsudskis als russophiler Verschwörer nur halbherzig entgegentrat.[717] Folgt man den einseitigen Presseschauen in deutschen Blättern, teilte auch die polnische Presse die Vorwürfe gegen Piłsudski.[718] Aus Sicht der deutschen Zeitungsleser war aus dem potenziellen Führer eines polnischen Heeres durch die Verhaftung ein Verräter geworden.[719]

Als die Mittelmächte die Polnischen Legionen im August 1917 an die Ostfront verlegten, trat der Provisorische Staatsrat von seinem Amt zurück, da die Überstellung ohne seine Zustimmung erfolgt war.[720] Dadurch sei ein „Sturm in der Presse" ausgelöst worden, beschrieben die *Polnischen Blätter* die Reaktion deutscher Zeitungen treffend.[721] Diese bewerteten den Rücktritt als schwere Staatskrise in Polen. Als Auslöser führten Zentrums- und linksliberale Blätter die Ungeduld der polnischen Parteien über den langsamen inneren Ausbau des Staates sowie die innenpolitische Opposition der Passivisten an. Der tatsächliche Grund sei jedoch die politische und soziale Umwälzung in Russland, die das Verlangen der Polen nach Anschluss an das revolutionäre Russland und nach völliger Emanzipation von den Mittelmächten bestärkt habe.[722]

---

[713] Pilsudskis Umtriebe, in: Der Tag vom 27.07.1917, Abendausgabe; Der polnische Staatsrat und die Verhaftung Pilsudskis, in: Germania vom 28.07.1917, Nr. 345; Eine geheime polnische Organisation? Zur Verhaftung Pilsudskis, in: Volksstimme vom 31.07.1917, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 34.

[714] Serwatka, S. 70; Wrzosek, Dążenia, S. 276 f.

[715] Holzer/Molenda, S. 311-314; Suleja, Próba, S. 261-265.

[716] Der *Vorwärts* bedauerte ausdrücklich, nicht in der Lage zu sein, eigene Berichte über die Ereignisse in Polen bringen zu können. Pilsudski verhaftet, in: Vorwärts vom 25.07.1917.

[717] Der Staatsrat auf der Seite Pilsudskis, in: Tägliche Rundschau vom 28.07.1917, Nr. 380.

[718] Quertreiber Pilsudzki [sic!], in: Kölnische Volkszeitung vom 21.07.1917, Nr. 565; Zur Verhaftung Pilsudskis. Die polnische Presse über das Treiben Pilsudskis, in: Posener Tageblatt vom 26.07.1917, Nr. 344; Die Reinigung der Legionen, in: Kölnische Volkszeitung vom 30.07.1917, Nr. 588.

[719] Für den vorsichtigen Widerspruch der Wochenschrift *Polen*: Die Internierung Piłsudskis, in: Polen 3 (1917), 136, S. 136-139; Die Internierung Piłsudskis, in: Polen 3 (1917), 137, S. 164 ff.

[720] Suleja, Próba, S. 274 f.

[721] Presse und Volksstimmung, in: Polnische Blätter 3 (1917), 70, S. 199-206, hier S. 202. Siehe auch: Die Krisis, in: Polnische Blätter 3 (1917), 70, S. 177 ff.

[722] Der polnische Staatsrat legt die Würden nieder, in: Germania vom 29.08.1917, Nr. 400; Frankfurt, 31. August, in: Frankfurter Zeitung vom 31.08.1917, Abendblatt; Polen, in: Ber-

Vor allem in linksliberalen Kreisen wurden mögliche Ursachen für den Rücktritt des Staatsrates erörtert. Für den Abgeordneten der Fortschrittspartei Eugen Eisele war das Erbe der russischen Herrschaft dafür verantwortlich, dass ein großer Teil der polnischen Bevölkerung den Aufgaben eines Staates verständnis- und ratlos gegenüberstehe:

> „Es fehlt die kulturelle und politische Schulung, wie sie die Mitteleuropäer besitzen: ein großer Teil der Bevölkerung sind Analphabeten, der erzieherische Einfluß der Presse ist für die große Masse ausgeschaltet. Politische Parteien in unserem Sinne mit öffentlicher Betätigung und Belehrung gab es unter russischer Herrschaft überhaupt nicht [...]".[723]

Die *Posener Neuesten Nachrichten* verwiesen überdies auf die Konkurrenz der Völker in den besetzten östlichen Gebieten um die Gunst der Mittelmächte und auf die mögliche Selbständigkeit Litauens und Kurlands, wodurch der polnische Staat diese Gebiete verlieren würde.[724] Eine für die linksliberale Presse untypische Deutung lieferte das *Berliner Tageblatt*, demzufolge die Polen sich nicht zwischen dem Anschluss an die Mittelmächte oder an das revolutionäre Russland entscheiden könnten, da der „slawische Volkscharakter" sich „nur langsam und widerstrebend zu einer festen und geschlossenen Taktik organisieren" lasse.[725] Diesen vielfältigen Erklärungsansätzen ist das Bestreben gemeinsam, die Mittelmächte von jeglicher Verantwortung für die politische Krise in Polen freizusprechen.

Aus Sicht der Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* lag die Ursache für den Rücktritt in den mangelnden Kompetenzen des Staatsrats begründet. Dieser sei lediglich eine „Scheinvertretung" und kaum mehr als ein Symbol für den polnischen Willen zur politischen Arbeit gewesen. Der Staatsrat habe deutlich gezeigt, dass er nicht gewillt sei, das Objekt der Politik der Mittelmächte ohne eigene Verantwortlichkeit zu bleiben. Insgesamt waren die Zeitschriften jedoch darum bemüht, den Rücktritt als heftigen, aber vorübergehenden heilsamen Rückschlag zu deuten.[726] Im Gegensatz zur Ursachenforschung und den Schuldzuweisungen an die Polen in vielen deutschen Blättern begriffen sie die politische Krise als Chance für den weiteren Ausbau des polnischen Staates.

Über die weitere politische Entwicklung in Polen herrschte in der deutschen Presse Unklarheit. Da der Staatsrat seine Amtsgeschäfte an eine Übergangskommission delegiert hatte, konnte der Rücktritt als Protest gegen die Abkommandierung der Legionen

---

liner Volkszeitung vom 03.09.1917, Nr. 449; Zur politischen Lage in Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.09.1917, Nr. 706.

723 Eisele: Die polnische Frage, in: Schwäbischer Merkur vom 07.06.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 158 f.

724 Es handelte sich um einen Beschluss des Hauptausschusses des Reichstags, die Reichsleitung zur Bildung von Volksvertretungen in Litauen und Kurland aufzufordern. Der Rücktritt des polnischen Staatsrates, in: Posener Neueste Nachrichten vom 01.09.1917, Nr. 5563.

725 Demission des polnischen Staatsrats, in: Berliner Tageblatt vom 29.08.1917, Nr. 440.

726 Die Krisis, in: Polnische Blätter 3 (1917), 70, S. 177 ff., hier S. 178; Adam Ronikier: Am Wendepunkt, in: Polnische Blätter 3 (1917), 71, S. 209-212, hier S. 211; Eine heilsame Erschütterung, in: Polen 3 (1917), 141, S. 263 ff.; Die Tücke des politischen Objekts, in: Polen 3 (1917), 142, S. 295-298, hier S. 298.

verstanden werden, ohne den endgültigen Bruch mit den Mittelmächten zu vollziehen.[727] Angesichts der Erklärung der Besatzungsmächte, dass der Ausbau des polnischen Staates dadurch nicht behindert werde, sondern die Einsetzung einer polnischen Regierung bevorstehe[728], hoffte die *Kölnische Volkszeitung*, das machtpolitische „Vakuum" in Polen baldmöglichst beseitigt zu sehen.[729]

In rechten Blättern galt der Rücktritt des Staatsrates jedoch als entschiedene Absage an die Polenpolitik der Mittelmächte, weshalb sie den weiteren Ausbau des polnischen Staates kategorisch ablehnten. Die „polnische Frage [sei] in die Zeit vor dem Akt des 5. November zurückversetzt", befanden etwa die nationalliberalen *Berliner Neuesten Nachrichten*.[730] Bereits die gescheiterte Heeresbildung hatte das *Posener Tageblatt* zu der Feststellung bewogen, dass „*eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Erklärung der Unabhängigkeit Polens durch die Mittelmächte hinfällig*" sei.[731] Daher forderte die *Kreuzzeitung* die Reichsleitung auf, von weiteren Zugeständnissen abzusehen und das Land „als ein militärisch besetztes Gebiet" zu verwalten, womit das konservative Blatt sich an der deutschen Militärverwaltung in Ober Ost orientierte.[732]

Solche Forderungen waren bereits im Frühjahr 1917 laut geworden.[733] So hatte der Historiker und Publizist Otto Hoetzsch im Mai 1917 in der *Kreuzzeitung* dargelegt, dass ein verbündeter polnischer Staat die deutsch-russischen Handelsbeziehungen nach dem Kriege erschwere, weshalb die Rückgabe Polens an Russland aus deutscher Sicht vorteilhaft sei.[734] Selbst der zweite Chefredakteur der linksliberalen *Vossischen Zeitung*, Georg Bernhard, hatte sich dem Vorschlag angeschlossen, Polen wieder an Russland abzutreten. Dabei diente ihm das Freiheitsversprechen der provisorischen russischen

---

[727] Der Stand der polnischen Dinge, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 01.09.1917, Nr. 441.

[728] Polen baldigst selbständiger Staat, in: Berliner Volkszeitung vom 31.08.1917, Nr. 444; Die Pläne mit Polen, in: Germania vom 31.08.1917, Nr. 404; Eine Erklärung zur Polenfrage, in: Vorwärts vom 01.09.1917.

[729] Zur politischen Lage in Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.09.1917, Nr. 706.

[730] Polens Zukunft, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 01.09.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 46. Siehe auch: Polenkrise, in: Die Post vom 30.08.1917, Nr. 442; F. H.: Polnische Bilanz, in: Tägliche Rundschau vom 30.08.1917, Nr. 441; G.: Die Alles- oder Nichts-Politik der Polen, in: Posener Tageblatt vom 01.09.1917, Nr. 408; Späte Einsicht, in: Die Post vom 06.09.1917, Nr. 454.

[731] Die Bildung einer polnischen Armee vertagt, in: Posener Tageblatt vom 24.07.1917, Nr. 340 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[732] Kreuzzeitung vom 25.07.1917, Nr. 374.

[733] Beispielsweise hatte der Deutsche Ostmarkenverein seine Absage an weitere Zugeständnisse an das Königreich Polen und die Forderung nach Beibehaltung der preußischen Polenpolitik mit der angeblich deutschfeindlichen Haltung der Polen begründet. Vorschläge zur polnischen Frage, in: Die Ostmark 22 (1917), 2, S. 10 f.; Erklärung zur Weiterführung der Ostmarkenpolitik, in: Die Ostmark 22 (1917), 5, S. 37 f.

[734] Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 23.05.1917, Nr. 258.

Regierung als Vorwand, um Polen eine bessere Zukunft innerhalb des revolutionären Russlands zu prophezeien.[735]

In der Folge hatten die kritischen Stimmen über das benachbarte Königreich Polen in rechten Blättern zugenommen.[736] Die nationalliberale *Kölnische Zeitung* hatte sich in mehreren Leitartikeln ausgesprochen skeptisch über die innenpolitische Entwicklung in Polen geäußert und die Übertragung weiterer Machtbefugnisse an den Staatsrat abgelehnt. Mit Überschriften wie „Die neuen Aufgaben des polnischen Staatsrats“ oder „Schläfst Du, Polonia?“ schien das Blatt die Polen an dringliche innenpolitische Aufgaben erinnern zu wollen, bezweifelte aber, dass diese sich den Vorgaben der Mittelmächte fügen würden.[737] Ferner deutete es eine Resolution der polnischen Abgeordneten Österreichs über einen kanalisierten Zugang Polens zur Ostsee als Ausdruck des polnischen Expansionsdrangs. Dieser ziele auf eine Großmacht in Ostmitteleuropa, die die territoriale Ausdehnung des mittelalterlichen Reiches der Piastenkönige im Westen und des Jagiellonenreiches im Osten zu verwirklichen suche. Die vermeintlich expansionistischen Ziele wurden mit der „großpolnischen Idee“ und dem polnischen Staat „vom Meer zum Meer“ begründet und pauschal allen Polen angelastet.[738] Da die *Kölnische Zeitung* in der deutschen Öffentlichkeit als Sprachrohr des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzleramtes galt[739], konnte angesichts des unterkühlten Tones der Eindruck entstehen, als sei die Reichsleitung von ihrer aufbauenden Politik in Polen abgerückt.

Die zunehmend kritischen und pessimistischen Artikel über Polen wurden in verständigungsbereiten Blättern aufmerksam registriert und als Ausdruck einer organisierten „Pressefehde gegen Polen“ gewertet. Da jeder antipolnische Artikel von zahlreichen rechten Blättern nachgedruckt werde, sei der Eindruck entstanden, als stünde Deutschland mit dem polnischen Staat im Krieg, bemerkten die *Polnischen Blätter*.[740] Der sozialdemokratische *Vorwärts* kritisierte die rechten publizistischen „Gewaltpoli-

[735] Georg Bernhard: Der Osten, in: Vossische Zeitung vom 21.05.1917, Nr. 255. – Für den heftigen Widerspruch von polnischer Seite: F. Kreczowski [Pseud. Wilhelm Feldman]: Polen – an Russland?, in: Polnische Blätter 3 (1917), 62, S. 253-257; M. Łempicki: Mehr Licht! Zu der Idee der Rückgabe Polens an Russland, in: Polnische Blätter 3 (1917), 64, S. 1-5.

[736] Siehe beispielsweise: Die polnische Sphinx, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 15.06.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 171; Polen und die preußische Polenpolitik, in: Magdeburgische Zeitung vom 06.07.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 1; Polenspiegel, in: Die Post vom 07.07.1916, Nr. 344.

[737] Der Beginn der polnischen Verantwortlichkeit, in: Kölnische Zeitung vom 11.06.1917, Nr. 555; Die neuen Aufgaben des polnischen Staatsrats. Das Schulwesen, in: Kölnische Zeitung vom 26.06.1917, Nr. 610; Schläfst Du, Polonia? Polen und die politische Offensive, in: Kölnische Zeitung vom 15.07.1917, Nr. 672; Schutz den Minderheiten in Polen!, in: Kölnische Zeitung vom 24.07.1917, Nr. 700.

[738] Etwas mehr Reife, in: Kölnische Zeitung vom 15.06.1917, Nr. 569; Polen. Der Zutritt zum Meer, in: Kölnische Zeitung vom 24.06.1917, Nr. 603.

[739] Darauf wies die Wochenschrift *Polen* explizit hin. Aus der politischen Tageschronik, in: Polen 3 (1917), 132, S. 45 f., hier S. 46.

[740] Hüben und drüben, in: Polnische Blätter 3 (1917), 64, S. 22-29, hier S. 22 f. – In einem weiteren Beitrag war von einer „wahren Flut von Schmäh- und Drohartikeln“ die Rede. Macht und Recht, in: Polnische Blätter 3 (1917), 68/69, S. 133-137, hier S. 134.

tiker“ scharf, die eine gefährliche Stimmungsmache betrieben und die Polen grundlos des Undanks bezichtigten. Das Blatt erkannte eine planmäßige antipolnische Kampagne und suchte diese als inhaltsleere Agitation der Rechten zu entlarven: „Seit einigen Tagen bläst das alldeutsche Preßorchester, das ja bekanntlich von unsichtbaren Dirigenten einheitlich geleitet wird, einstimmig Angriffsfanfaren gegen den bisherigen Kurs der Polenpolitik.“[741] Zwar konnten die Publikationsorgane nicht belegen, dass es sich tatsächlich um eine gezielte Pressekampagne gegen die Polen handelte, gleichwohl präsentierten sie ihren Lesern diese Deutung der antipolnischen Artikel.

In einem umfangreichen Beitrag wehrten sich die *Polnischen Blätter* dagegen, dass das polnische Volk von der rechten Presse gleichsam öffentlich auf die „Anklagebank“ gesetzt und fortwährend diffamiert werde. Zwar sei nicht zu befürchten, dass die antipolnische Pressekampagne die Politik der Reichsleitung beeinflusse, allerdings würden die Polen dadurch gekränkt und die Deutschen in ihren Vorstellungen über Polen irregeführt.[742] In einer detaillierten Auseinandersetzung mit der *Magdeburger Zeitung*, die den Polen ein „vollständiges Sündenregister“ vorgehalten hatte, suchten die *Polnischen Blätter* die Unterstellungen als unbegründet und erfunden zu entlarven. Insbesondere warnte die Zeitschrift vor der Rückgabe Polens an Russland, wodurch die polnische Bevölkerung enttäuscht und die der Entente zuneigenden Parteien gestärkt würden. Der Artikel schloss mit einem Plädoyer für einen schnellen Ausbau des polnischen Staates, um eine feste Grundlage für ein Bündnis mit den Mittelmächten zu schaffen.[743]

Es erschien jedoch ebenso müßig wie vergeblich, die rechte Presse von einer wohlwollenden Berichterstattung und Kommentierung über Polen überzeugen zu wollen. Aus diesem Grund forderten die *Polnischen Blätter* die verständigungsbereiten Zeitungen und Publizisten auf, mit „positiven Ideen“ und konstruktiven Vorschlägen für eine Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis hervorzutreten.[744] Die Zeitschrift war beunruhigt, dass sich die vormals den Polen gegenüber neutral eingestellten Blätter *Vossische Zeitung* und *Berliner Lokal-Anzeiger* an der antipolnischen Pressekampagne beteiligten, während die den Polen wohlwollend gesinnten *Berliner Tageblatt* und *Vorwärts* sich mit positiven Berichten und Kommentaren auffällig zurückhielten. Aufgrund der zahlreichen „Stimmen der gewerbsmäßigen Polenhetzer“ aus den Reihen der deutschen Rechten entstehe daher in Polen der Eindruck, in der deutschen Öffentlichkeit herrsche ein antipolnisches Klima.[745]

Tatsächlich setzten sich die Befürworter einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik kaum in inhaltlicher Weise mit den Artikeln der Rechten auseinander. Eine Aus-

---

[741] Eine polnische Offensive der Alldeutschen, in: Vorwärts vom 11.08.1917. Siehe auch: Die Alldeutschen und die Polenpolitik, in: Münchner Post vom 13.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 1.

[742] [Wilhelm Feldman:] Die Polen auf der Anklagebank, in: Polnische Blätter 3 (1917), 66, S. 69-91, hier S. 69 f. Auch als Separatdruck publiziert: Feldman, Anklagebank.

[743] [Wilhelm Feldman:] Die Polen auf der Anklagebank, in: Polnische Blätter 3 (1917), 66, S. 69-91, S. 79 (Zitat) und S. 89 ff.

[744] Polen und die deutsche Oeffentlichkeit, in: Polnische Blätter 3 (1917), 61, S. 205-209, hier S. 208 f.; Hüben und drüben, in: Polnische Blätter 3 (1917), 64, S. 22-29, hier S. 29.

[745] Presse und Volksstimmung, in: Polnische Blätter 3 (1917), 70, S. 199-206, Zitat S. 199.

nahme bildet der kurländische Publizist und Schriftsteller Richard Bahr, der sich in der linksliberalen *Berliner Börsen-Zeitung* ausführlich mit der „Welle der Entrüstung über die Polen" befasste und die Prämissen der Rechten zu widerlegen suchte. Zum einen bezeichnete er es als unsinnig, von den Polen Dankbarkeit für die Proklamation einzufordern, zumal die bedrückende Besatzungsherrschaft keine Veranlassung dazu gebe. Stattdessen müssten gemeinsame Interessen geschaffen werden, um die deutsch-polnischen Beziehungen zu vertiefen. Zum anderen suchte Bahr die Auffassung zu entkräften, dass die Proklamation das Grundübel aller politischen Fehlentwicklungen im Osten sei. Vielmehr hätten sich die politischen Konzessionen und die Fortschritte beim Ausbau des Staates bereits positiv auf die polnische Bevölkerung ausgewirkt und überdies revolutionäre Unruhen verhindert.[746]

Indes griff die Kritik an der aufbauenden Politik der Mittelmächte in Polen im September 1917 immer weiter um sich. Im linksliberalen *Berliner Tageblatt* bezeichnete der vormalige deutsche Botschafter in London, Karl Maximilian von Lichnowsky, eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen als „schwer denkbar". Indem er den angeblich wachsenden Wunsch polnischer Politiker nach einem Anschluss an den demokratischen russischen Föderalismus beschrieb, legte er die Rückgabe Polens an Russland nahe.[747] Die Proklamation des Königreichs Polen sei ein schwerer politischer Fehler, sekundierte Georg Bernhard in der linksliberalen *Vossischen Zeitung*. Seiner Ansicht nach dürften die deutsch-russischen Nachkriegsbeziehungen nicht durch einen selbständigen polnischen Staat behindert werden, womit er gleichfalls die Überlassung an Russland andeutete.[748] Im selben Blatt warnte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Max Cohen vor polnischen territorialen Ansprüchen und einer Irredenta in den preußischen Ostprovinzen, weshalb die deutsche Politik gegenüber Polen den außenpolitischen Beziehungen zu Russland unterzuordnen sei.[749] Laut den *Polnischen Blättern* hatte Cohen bereits bei einem Aufenthalt in Warschau gegenüber polnischen Politikern die Rückgabe Polens an Russland befürwortet und zudem behauptet, die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten zu vertreten.[750] Zwar distanzierte sich der Parteivorstand der SPD von Cohens Aussagen[751], und die *Polnischen Blätter* belächelten dessen „Räubergeschichten aus Polen"[752]. Allerdings zeigte das Beispiel Cohen, dass die Vorstellung einer deutsch-polnischen Verständigung innerhalb der Sozialde-

---

[746] Richard Bahr: Polen, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 03.07.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 194.

[747] Lichnowsky: Das selbständige Polen, in: Berliner Tageblatt vom 02.09.1917, Nr. 447. Für eine scharfe Replik: Der Streit um Polen, in: Polen 3 (1917), 142, S. 303-306.

[748] Georg Bernhard: Polen und das Ende, in: Vossische Zeitung vom 10.09.1917, Nr. 461; ders.: Die Pflicht zur Oeffentlichkeit, in: Vossische Zeitung vom 03.09.1917, Nr. 448.

[749] Max Cohen: Polenfahrt, in: Vossische Zeitung vom 30.09.1917, Nr. 499.

[750] P. Warszawski: Nach den Manifesten der Zentralmächte, in: Polnische Blätter 3 (1917), 73, S. 6-14, hier S. 13.

[751] „Vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird uns nun mitgeteilt, dass Herr Abg. Cohen-Reuss nur für seine Person spricht": Notizen, in: Polnische Blätter 3 (1917), 73, S. 28-32, hier S. 28.

[752] Pressestimmen, in: Polnische Blätter 3 (1917), 74, S. 59-63, hier S. 60.

mokratie nicht unumstritten war, sondern auch die Rückkehr zum Status quo der Vorkriegszeit erwogen wurde.[753]

Die zunehmend negative deutsche Berichterstattung über Polen im Frühjahr und Sommer 1917 ist zum einen auf die Agitation der deutschen Rechten gegen Reichskanzler Bethmann Hollweg zurückzuführen, der sich der öffentlichen Formulierung expansionistischer Kriegsziele widersetzte, wofür er heftig angegriffen wurde.[754] Da Bethmann Hollweg aus Sicht der Rechten maßgeblich für die Proklamation des Königreiches Polen verantwortlich zeichnete, wurde der neue polnische Staat in die Kanzlerkritik einbezogen. Auch nach seiner Demission wurde die Polenpolitik Deutschlands weiter mit seinem Namen verknüpft und beispielsweise von der rechtsnationalen *Deutschen Zeitung* als „ausgesprochen antibismarcksche Polenpolitik“ verunglimpft.[755] Zum anderen bekundete die Rechte im Bewusstsein der militärischen Siege im Osten ihre expansionistischen Kriegsziele immer offener und nahm das größte Hindernis ihrer Annexionspolitik ins Visier: den polnischen Staat, dessen bloße Existenz die territoriale Ausdehnung Deutschlands behindere.[756] Der Aussicht auf die erhebliche Erweiterung des deutschen Machtbereichs durch einen siegreichen Krieg konnte sich auch die Zentrums- und linksliberale Presse immer weniger entziehen. Angesichts der Rückschläge beim Ausbau des polnischen Staates fiel es den Verständigungsbefürwortern zunehmend schwer, erfolgversprechende Lösungsmöglichkeiten für die „polnische Frage“ vorzulegen und ihre Vision einer deutsch-polnischen Verständigung zu propagieren. Zwar nahmen die Mehrheitsparteien SPD, Fortschrittliche Volkspartei und Zentrumspartei am 19. Juli 1917 im Reichstag eine Friedensresolution an, um den Weltkrieg mit einem Verständigungsfrieden zu beenden.[757] Die deutsche sozialdemokratische, linksliberale und Zentrumspresse übersetzte das Bekenntnis zur Versöhnung der Völker jedoch nicht in konkrete politische Entwürfe für einen verbündeten polnischen Staat.

3.3 Staatsrechtliche Fortschritte in Polen: Deutsche Gleichgültigkeit und Spekulationen

Mit dem Scheitern der Heeresbildung und dem Rücktritt des Staatsrates hatte das Projekt eines an die Mittelmächte angelehnten polnischen Staates empfindliche Rückschlä-

[753] So interpretierte der Soziologe Alfred Weber Cohens Ansinnen einer „irgendwie modern maskierten ‚vierten Teilung‘ Polens“: Alfred Weber: Die Polenpolitik, in: Vossische Zeitung vom 04.10.1917, Nr. 506.

[754] Vgl. Nipperdey, Geschichte, Bd. 2, S. 816-823; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 166 f.

[755] Polenschwärmerei und kein Ende, in: Deutsche Zeitung vom 09.01.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 38. Siehe auch A.-C.: Um Polens Zukunft!, in: Deutsche Zeitung vom 29.08.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 130; Max Lohan: Deutsche Politik – nicht Versöhnungspolitik, in: Tägliche Rundschau vom 12.11.1917, Nr. 579; R. Fr.: Neupolnische Politik, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 14.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 95.

[756] Beispielsweise Dietrich Schäfer: Noch einmal: Annexion?, in: Tägliche Rundschau vom 26.07.1917, Nr. 377. Siehe hierzu Mommsen, Meinung; ders., Regierung, S. 157 f.

[757] Nipperdey, Geschichte, Bd. 2, S. 838-844.

ge erlitten. An weitere politische Zugeständnisse von deutscher Seite – so schien es Ende August 1917 – war zunächst nicht zu denken. Trotzdem einigten sich die Regierungen der Mittelmächte auf einen weiteren Ausbau des polnischen Staates und am 15. September 1917 verkündigten Hans von Beseler und der Generalgouverneur in Lublin, Stanisław Szeptycki, das auf den 12. September datierte „Patent betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen".[758] Darin wurde die Einsetzung eines Regentschaftsrates bekannt gegeben, der mit gesetzgeberischer und ausführender Gewalt ausgestattet sei, den Ausbau des polnischen Staates vorantreiben und die Berufung einer Regierung sowie die Übernahme von Verwaltungsbereichen durch polnische Behörden vorbereiten sollte. In innenpolitischen Angelegenheiten sollte der Regentschaftsrat in begrenztem Umfang selbständig handeln dürfen, allerdings behielten sich die Besatzungsmächte in wichtigen und kriegsrelevanten Bereichen die alleinige Verfügungsgewalt oder zumindest ein Vetorecht vor.[759]

Das Patent sorgte für großes Aufsehen in der deutschen Presse.[760] Der offiziösen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* zufolge handelte es sich um den weitestmöglichen Ausbau des polnischen Staates während des Krieges, der den Polen eine glückliche Zukunft sichern und „zu guten nachbarlichen, wechselseitig befruchtenden Beziehungen zwischen den Völkern" führen werde. Polen erhalte „*alle* Elemente einer normalen, modernen Staatsorganisation", wenn auch vorerst nur in unentwickelter Form: den Regentschaftsrat als regierende Gewalt, einen Ministerpräsidenten mitsamt Kabinett als vollziehende Gewalt und einen gewählten Staatsrat als gesetzgebende Gewalt.[761] Die amtliche *Deutsche Warschauer Zeitung* erwartete, dass die polnischen Politiker den „Vertrauensbeweis" der Mittelmächte rechtfertigten: „Polen hat nun zu zeigen, daß es sein Staatsschiff wird steuern können".[762]

Der konservative Politiker Adam Ronikier, der als polnischer Vertreter an den Verhandlungen über das Patent beteiligt war, präsentierte dem deutschen Publikum gewissermaßen die offiziöse polnische Deutung des Staatsaktes. In seinem Leitartikel, der in mehreren deutschen Zeitungen abgedruckt wurde, überwogen der Dank für das Patent und ein optimistischer Blick auf die Zukunft Polens. Im Hinblick auf die in

---

[758] Bereits zuvor hatte das W.T.B. eine Kundgebung zu Polen angekündigt. Weiterer Ausbau Polens. Eine bedeutende Kundgebung der Mittelmächte zu erwarten, in: Deutsche Tageszeitung vom 08.09.1917, Nr. 458.

[759] Pajewski, Odbudowa, S. 181. Für die deutsche Presse: Patent vom 12. September 1917, betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.09.1917, zweite Ausgabe.

[760] Für ausführliche Presseschauen: Warschauer Pressestimmen, in: Berliner Tageblatt vom 18.09.1917, Nr. 476; Die deutsche Presse über das Patent vom 12. September, in: Posener Neueste Nachrichten vom 18.09.1917, Nr. 5577.

[761] Ausbau des polnischen Staatswesens, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.09.1917, zweite Ausgabe (Hervorhebung im Original gesperrt). – Siehe ferner die Anleitung des Blattes für den Ausbau des polnischen Staates und das erwünschte Verhalten der Polen: Zum Ausbau des polnischen Staatswesens, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 18.09.1917, zweite Ausgabe.

[762] Auf dem Wege zum polnischen Staat, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 16.09.1917. Siehe auch B.: Polens staatliche Zukunft, in: Posener Zeitung vom 18.09.1917, erstes Blatt.

Deutschland verbreiteten Vorbehalte zeigte er sich zuversichtlich, dass die Polen durch die Übernahme der Verwaltung ihre „Staatsfähigkeit“ nachweisen, zu einer Normalisierung der wirtschaftlichen Zustände des Landes beitragen und das Verhältnis zu den Mittelmächten verbessern könnten. Zudem sicherte Ronikier allen Staatsbürgern Polens zu, dass diesen unterschiedslos „befriedigende politische und wirtschaftliche Existenzbedingungen“ gewährt und die nationalen Minderheiten gleichberechtigt behandelt würden.[763]

Die Deutung des Patents als großzügiges Zugeständnis an die Polen fand sich in der Presse Deutschlands und Österreich-Ungarns in unterschiedlicher Gewichtung wieder. Die Blätter der Donaumonarchie bewerteten den Ausbau des polnischen Staates als bedeutendes Entgegenkommen, wodurch die politischen Wünsche der Polen weitgehend erfüllt würden. Zugleich suchten sie weitere Forderungen der Polen zu dämpfen.[764] Überdies betonte die Wiener *Neue Freie Presse* ausdrücklich die „Schicksalsgemeinschaft“ zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland und Polen und erhob das „Bundesgefühl“ zur obersten Instanz für alle Entscheidungen über den polnischen Staat.[765]

Ein derart entschiedenes Eintreten für ein gemeinsames Bündnis war in den reichsdeutschen Blättern nicht zu erkennen. Hier war der Blick zum einen auf das deutsch-polnische Verhältnis verengt, zum anderen dominierte die parteipolitische Perspektive. Die Zentrumsblätter begrüßten das Patent als Vertrauensbeweis und verlangten von den Polen, durch die Mitarbeit an den Staatsgeschäften einen „*staatsmännischen Befähigungsnachweis*“ zu erbringen.[766] Zwar werde der Regentschaftsrat mit „Kinderkrankheiten“ zu kämpfen haben, die in der geringen Verwaltungs- und politischen Erfahrung sowie im polnischen Temperament begründet lägen. Dennoch zeigte sich die *Kölnische Volkszeitung* zuversichtlich, dass die polnischen Politiker „nüchtern zu denken lernen, nicht Phantasiepolitik treiben und Utopien nachjagen“ würden.[767] Allerdings missfiel dem Zentrumsblatt, dass die Zugeständnisse nicht direkt nach der Proklamation erfolgt seien und nun mit dem Regentschaftsrat lediglich ein weiteres Provisorium geschaffen werde. Vielmehr müsse Polen bis zu den Friedensverhandlungen staatsrechtlich möglichst weit entwickelt sein und über eine „kräftige Regierungsautorität“ sowie eine „gewählte Volksvertretung“ verfügen.[768]

---

763 Adam Ronikier: Ein Wendepunkt, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 15.09.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 84, ebenfalls abgedruckt in: Der Tag vom 15.09.1917, Abendausgabe. Im nachfolgenden Kommentar wurde Ronikiers zuversichtliche Einschätzung relativiert und das Patent als letzte Möglichkeit für ein Bündnis Polens mit den Mittelmächten bezeichnet.

764 Der Eindruck des kaiserlichen Handschreibens und der Patente, in: Neue Freie Presse vom 15.09.1917, Abendblatt; Wien, 16. September, in: Fremdenblatt vom 16.09.1917, Morgenausgabe; Polens Aufbau, in: Reichspost vom 16.09.1917, Nr. 428; Der neuerrichtete Polenstaat, in: Pester Lloyd vom 16.09.1917, Morgenblatt; Polen als konstitutionelle Monarchie, in: Reichspost vom 16.09.1917, Nr. 428.

765 Die polnische Frage. Eine Regentschaft, ein Ministerium und ein Staatsrat, in: Neue Freie Presse vom 16.09.1917, Morgenblatt.

766 Berlin, 15. September, in: Germania vom 16.09.1917, Nr. 431 (Hervorhebung im Original gesperrt).

767 Der polnische Regentschaftsrat, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.09.1917, Nr. 726.

768 Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 15.09.1917, Nr. 725.

In linksliberalen Zeitungen stand besonders der Ausbau hin zu einer vollständig entwickelten Staatsorganisation im Mittelpunkt, wobei sie den neuen staatsrechtlichen Zustand ebenfalls als „Uebergangszeit" bezeichneten. Ausführlich beschrieben sie die Rechte der neuen polnischen Verfassungsorgane, die Befugnisse der Besatzungsmächte und die Kandidaten für den Regentschaftsrat. An die partielle Übertragung der Regierungsgewalt knüpften sie die Erwartung, dass die Polen das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigten.[769] Dies konnte beispielsweise in den Verwaltungszweigen Justiz und Bildungswesen geschehen, die im September und Oktober 1917 an polnische Behörden übergeben wurden und nun ausschließlich in polnischer Verantwortung lagen.[770]

Die sozialdemokratische Presse störte sich sehr am undemokratischen und vorläufigen Charakter des Patents vom 12. September 1917, das lediglich bis zu den Beschlüssen einer internationalen Friedenskonferenz Bestand haben werde. Auch trage es nicht dazu bei, den Konflikt zwischen der neutralen Haltung der Polen und dem Verlangen der Mittelmächte nach entschiedener Parteinahme gegen Russland zu lösen, bedauerte der *Vorwärts*. Stattdessen seien staatspolitische Tatsachen geschaffen und das Königreich Polen einseitig auf den Anschluss an die Mittelmächte festgelegt worden.[771] Des Weiteren beanstandete die linksdemokratische *Leipziger Volkszeitung* den Ausbau des polnischen Staates „von oben": Indem die Mittelmächte Polen als Monarchie aufbauten und die neue Regierung oktroyierten, setzten sie sich über den Willen des Volkes hinweg. Da außerdem die Volksvertretungen der Mittelmächte von den Entscheidungen ausgeschaltet waren, sei das Patent von einer „antidemokratische[n] Tendenz" getragen und richte sich gegen die demokratische Bewegung in Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen. „Freiheit aber ist heute gleichbedeutend mit Demokratie", übersetzte das Blatt das Freiheitsversprechen der Mittelmächte in ein politisches System für Polen.[772]

Damit widersprachen die den Polen wohlgesinnten Zeitungen der offiziellen Deutung, dass das Patent den vorläufigen Abschluss im Ausbau des polnischen Staates während des Krieges markierte. Mit ihren Forderungen nach weiteren Konzessionen stimmten sie vielmehr mit den Polen überein, die das Patent ausdrücklich als staatsrechtlichen Fortschritt begrüßten, aber auch den Wunsch nach weiteren Machtbefugnissen bekräftigten. So betonten die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* den ausdrücklichen Dank der Polen für das Patent und für die Einsetzung des Regentschaftsrates, wodurch die Souveränität des Königreiches Polen staats- und völkerrechtlich begründet werde.[773] Mit Genugtuung hoben sie hervor, dass die Mittelmächte damit ein deutliches

---

[769] Paul Michaelis: Das neue Polen, in: Berliner Tageblatt vom 15.09.1917, Nr. 472 (Zitat); Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 16.09.1917, zweites Morgenblatt; Ausbau des polnischen Staatswesens, in: Freisinnige Zeitung vom 16.09.1917; Die neuen Kundgebungen über Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 16.09.1917, Nr. 5576.

[770] Pajewski, Odbudowa, S. 181.

[771] Die Zukunft Polens, in: Vorwärts vom 16.09.1917. Des Weiteren forderte der *Vorwärts* einen polnischen Staat, der in seiner Außenpolitik frei und unabhängig sei. Polen, in: Vorwärts vom 17.09.1917.

[772] Eine neue Proklamation über Polen, in: Leipziger Volkszeitung vom 15.09.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 83.

[773] Regentschaft und polnischer Staat, in: Polnische Blätter 3 (1917), 75, S. 66-71, hier S. 68 f.; Zum Aufruf des Regentschaftsrates, in: Polnische Blätter 3 (1917), 76, S. 101-105, hier

Zeichen gegen die unter den deutschen Rechten virulente „Machtpolitik der Annexionen und Teilungen" setzten.[774] Dennoch hätten die Zugeständnisse schon viel früher und in größeren Maßen gewährt werden können. Die Mittelmächte müssten davon ablassen, „ihre polnischen Programme in homöopathischer Zerstückelung langsam zur Anwendung zu bringen", mahnte etwa die Wochenschrift *Polen*.[775] Was das anvisierte Bündnis anbetraf, bestand der Herausgeber Jaworski in einem Leitartikel auf der Freiwilligkeit des Beitritts und der Parität Polens gegenüber den Mittelmächten.[776]

In konservativen und nationalliberalen Blättern stieß das Patent vom 12. September 1917 hingegen auf breite Ablehnung. Hatten sie ihre Kritik an der Proklamation des 5. November 1916 noch unter dem Vorwand zusammengefasst, dass die Öffentlichkeit und die Volksvertretung nicht an den Entscheidungen beteiligt gewesen waren, brachten sie ihre Missbilligung nun deutlich zum Ausdruck.[777] Übereinstimmend verurteilten sie den Ausbau des polnischen Staates als schwerwiegenden politischen Fehler, zumal die Polen bald auf eine weitergehende staatsrechtliche Selbständigkeit drängen und schließlich Ansprüche auf preußische Gebiete erheben würden.[778] Da die Rechten erwarteten, dass der polnische Staat die deutsch-russischen Nachkriegsbeziehungen beeinträchtigen, oder womöglich ein Bündnis mit Russland gegen die Mittelmächte eingehen werde, verlangten sie freimütig die Rückgabe Polens und die Verschiebung der deutschen Grenze nach Osten.[779] Denn „nicht jedes deutsche Geschlecht wird einen Hindenburg haben, der bei Tannenberg die russisch-polnische Gefahr mit dem Schwert vernichtete", begründete die rechtsnationalistische *Rheinisch-Westfälische Zeitung* die

S. 105. – Der Völkerrechtler und Reichstagsabgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei Franz von Liszt sah den polnischen Staat durch die Einsetzung einer Staatsgewalt völker- und staatsrechtlich begründet. Franz v. Liszt: Die Geburtsstunde des polnischen Staates, in: Polnische Blätter 3 (1917), 76, S. 106-109, hier S. 107 f.

[774] Von Macht zum Recht, in: Polen 3 (1917), 143, S. 327 ff., hier S. 327.

[775] Realpolitische Voraussicht, in: Polen 3 (1917), 144, S. 2 ff., Zitat S. 2. Siehe auch: Der Drang nach Wirklichkeit, in: Polen 3 (1917), 147, S. 73 ff., hier S. 74; Michal v. Lempicki: Zur polnischen Verfassung, in: Fremdenblatt vom 28.09.1917, Morgenausgabe.

[776] Władysław Leopold Jaworski: Der 12. September, in: Polen 3 (1917), 144, S. 1 f., hier S. 1. Ebenso: Der Fortschritt im Aufbau des polnischen Staates, in: Polnische Blätter 3 (1917), 72, S. 247-251, hier S. 247 f.

[777] Dies wurde durch gegenseitige Bezugnahmen rechter Blätter noch verstärkt, siehe beispielsweise: Polens Verfassung im Urteil der Presse. Pessimismus in breiter Front, in: Die Post vom 16.09.1917, Nr. 473.

[778] P.B.: Die Neuordnung in Polen, in: Deutsche Tageszeitung vom 15.09.1917, Nr. 472; J. B.: „Unbeirrt"?, in: Deutscher Kurier vom 15.09.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5350, Bl. 135; Optimismus, in: Die Post vom 15.09.1917, Nr. 472; G.: Die neue Proklamation über den Ausbau Polens, in: Posener Tageblatt vom 16.09.1917, Nr. 434. – Für die Bedenken des Ostmarkenvereins: Entschließung des Gesamtausschusses, in: Die Ostmark 22 (1917), 11, S. 89; Eingabe [zum Patent vom 12.09.1917], in: Der deutsche Ostmarkenverein und die polnische Frage während des Krieges, August 1914 – Januar 1918, Berlin 1918, S. 30 f.

[779] Weiterer Ausbau des polnischen Staatswesens, in: Kreuzzeitung vom 15.09.1917, Nr. 471; Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 26.09.1917, Nr. 490; L. Raschdau: Polen, in: Der Tag vom 11.10.1917, illustrierter Teil.

geforderten Annexionen.[780] Indem das Blatt Polen mit dem Kriegsgegner Russland gleichsetzte und den Eindruck erweckte, als könne das deutsche Staatsgebiet einzig durch territoriale Ausdehnung geschützt werden, warb es für eine aggressive Außenpolitik gegenüber Polen.

Die pessimistischen Einschätzungen der rechten Presse über die machtpolitische Zukunft Deutschlands im Osten schwankten zwischen alarmierenden Warnungen vor einem Machtverlust und demonstrativer Resignation. Mit dem Verzicht auf Garantien in Polen sei „in aller dokumentarischer Feierlichkeit die gewollte Impotenzerklärung des Deutschen Reiches“ vollzogen worden, notierte etwa die rechtsnationale *Deutsche Zeitung* niedergeschlagen.[781] Und die alldeutsche *Tägliche Rundschau* räumte ein, dass die Pressekampagne gegen die Fortführung der Polenpolitik Deutschlands fehlgeschlagen sei.[782] Wie zur Beruhigung der deutschen Rechten formulierte die *Kölnische Zeitung* die Erwartung an Generalgouverneur Beseler, das Vetorecht gegenüber den Entscheidungen der polnischen Staatsorgane notfalls rücksichtslos zu gebrauchen, um die deutschen Interessen zu wahren.[783] Das regierungsnahe nationalliberale Blatt vertraute allein der Machtposition der deutschen Besatzer in Polen.

Das Patent vom 12. September 1917 wurde in der deutschen Presse zwar erörtert, reichte hinsichtlich der Publizität aber keineswegs an das internationale Medienereignis der Proklamation des Königreichs Polen vom 5. November 1916 heran. Zwar kommentierten die Zeitungen das Patent entsprechend ihrer parteipolitischen und weltanschaulichen Deutungsmuster, allerdings schien dies vor allem der Pflicht geschuldet, den Zeitungslesern die einschneidende politische Veränderung im Nachbarland mitzuteilen und diese in die deutsche Außenpolitik einzuordnen. Den Leitartikeln und obligatorischen Presseschauen folgten nur vereinzelt weitere Beiträge, auch wurden keine Kontroversen über die Beurteilung des Patents ausgetragen. Offenbar schätzten die Zeitungen die Bedeutung des Staatsaktes als gering ein und beließen es bei der als unvermeidlich erachteten Berichterstattung.

Gleichermaßen wurden die weiteren Etappen des allmählich entstehenden polnischen Staates – die neuen Staatsgewalten, die Vorbereitungen zu den Staatsratswahlen und die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs – in der deutschen Presse nur vereinzelt kommentiert. Offenbar fehlte dem planmäßigen Ausbau des Staates das spektakuläre Moment und die unmittelbare Relevanz für das Deutsche Reich.

Dies wird deutlich an der Berufung von Erzbischof Aleksander Kakowski, Fürst Zdzisław Lubomirski und Graf Józef Ostrowski als Regenten und der Einsetzung des Regentschaftsrates im Oktober 1917, wodurch der polnische Staat ein offizielles Staatsoberhaupt mit eingeschränkten exekutiven Befugnissen erhielt.[784] Deutsche Zeitungen

---

780 Das Königreich Polen, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 15.09.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 66.

781 L.K.: Das Patent, wie wir es auffassen, in: Deutsche Zeitung vom 17.09.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 78.

782 F.H.: Der Weg des 5. November, in: Tägliche Rundschau vom 15.09.1917, Nr. 472.

783 Die neuen Zugeständnisse an die Polen, in: Kölnische Zeitung vom 17.09.1917, Nr. 890. Siehe auch P.B.: Feste Hand in Polen, in: Deutsche Tageszeitung vom 18.09.1917, Nr. 477.

784 Pajewski, Odbudowa, S. 181-184.

druckten die Drahtmeldung des W.T.B. über die feierliche Einsetzung ab, verzichteten jedoch großteils auf eine Stellungnahme.[785] Indes brachten einzelne Blätter ihre ablehnende Haltung dadurch zum Ausdruck, dass sie die Meldung nur gekürzt oder überhaupt nicht wiedergaben. Laut der konservativen *Deutschen Tageszeitung* handelte es sich um ein „sehr lang geratenes offiziöses Telegramm", das sie nur auszugsweise abdruckte, weil sie der politischen Entwicklung in Polen offenbar nicht mehr Platz in der Berichterstattung einräumen wollte.[786] Der sozialdemokratische *Vorwärts* verzichtete sogar vollständig auf die Wiedergabe der Meldung, da dem Blatt die Nichtbeachtung des Bevölkerungswillens missfiel.[787]

Ebenso wurden die Einsetzung des Rechtswissenschaftlers und Historikers Jan Kucharzewski als Ministerpräsident am 26. November 1917 und die Berufung eines mäßig aktivistischen Kabinetts in der deutschen Presse kaum beachtet.[788] Einzig die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* berichteten ausführlich.[789] Zuvor hatte Kucharzewski den Korrespondenten deutscher Zeitungen in Interviews sein Regierungsprogramm dargelegt und der vermeintlichen Russophilie der Polen entschieden widersprochen.[790] In der linksliberalen *Vossischen Zeitung* unterstrich das vormalige Mitglied des Provisorischen Staatsrats Franz Radziwill, dass die neue Regierung den Aufbau eines freiheitlichen und demokratischen Polen im Anschluss an die Mittelmächte anstrebe.[791] Diese Öffentlichkeitsarbeit polnischer Politiker in der deutschen Presse war der rechtsnationalistischen *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* zufolge eine „geschickte Propaganda", um der zunehmenden deutschen Skepsis gegenüber Polen zu begegnen und zugleich die großpolnischen Aspirationen zu verdecken. Gewissermaßen

---

[785] Exemplarisch: Die Einsetzung des polnischen Regentschaftsrats, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 28.10.1917, zweite Ausgabe; Die Einsetzung des polnischen Regentschaftsrats, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 30.10.1917, Morgenausgabe.

[786] Der polnische Regentschaftsrat, in: Deutsche Tageszeitung vom 28.10.1917, Nr. 551.

[787] Der polnische Regentschaftsrat, in: Vorwärts vom 29.10.1917.

[788] Pajewski, Odbudowa, S. 190-193. – Für die knappe Wiedergabe des politischen Programms Kucharzewskis, das darin bestehe, „den Staat mit demokratischem Inhalt erfüllen" zu wollen und außenpolitisch die Unabhängigkeit Polens auf Grundlage der Staatsakte der Mittelmächte zu erreichen: W.M.: Das Kabinett Kucharzewski, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 11.12.1917, Morgenausgabe; Das Kabinett Kucharzewski, in: Germania vom 11.12.1917, Nr. 573.

[789] Die polnische Regierung, in: Polen 3 (1917), 153, S. 249 ff., hier S. 249; Staatsbau nach außen und innen, in: Polen 4 (1918), 157, S. 1-4; Der erste polnische Ministerpräsident, in: Polnische Blätter 3 (1917), 78, S. 175 ff.; Um den königlich-polnischen Ministerpräsidenten, in: Polnische Blätter 3 (1917), 79, S. 214-218; Das erste polnische Kabinett, in: Polnische Blätter 3 (1917), 80, S. 239-245.

[790] Das Programm des polnischen Ministerpräsidenten, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 23.11.1917, Nr. 596, ebenfalls abgedruckt in: Der Tag vom 23.11.1917, Morgenausgabe; Eine Unterredung mit dem polnischen Ministerpräsidenten, in: Frankfurter Zeitung vom 25.11.1917, erstes Morgenblatt.

[791] Franz Radziwill: Die neue polnische Regierung, in: Vossische Zeitung vom 24.11.1917, Nr. 600.

als Erwiderung bekräftigte das Blatt gängige antipolnische Ressentiments und warf den Polen eine russophile und antideutsche Haltung vor.[792]

Während die staatliche Entwicklung des benachbarten Königreiches nur auf geringes Interesse in der deutschen Presse stieß, lud die Ungewissheit über die zwischenstaatlichen Beziehungen Polens zu den Mittelmächten zu Spekulationen ein. Diese entzündeten sich anlässlich von Zusammentreffen der Kaiser und Regierungsvertreter Deutschlands und Österreich-Ungarns zum Meinungsaustausch über wichtige Fragen des Krieges und des Bündnisses. Nachdem die „polnische Frage“ seit der Proklamation vom 5. November 1916 permanent auf der politischen Agenda gestanden hatte, ohne dass sie – dem zeitgenössischen Duktus folgend – „gelöst“ worden war, erwartete die Presse bei jeder neuen Besprechung eine Entscheidung.

Bei der „Kaiserzusammenkunft“ am 5. und 6. November 1917 in Berlin einigten sich die Regierungen der Mittelmächte auf die Überlassung Polens an Österreich-Ungarn, das im Gegenzug auf die Fortführung des Krieges verpflichtet wurde. Als Kompensation sollte das Deutsche Reich Litauen, Kurland und Rumänien in seinen Einflussbereich einbeziehen und an der Ostgrenze einen polnischen Grenzstreifen annektieren.[793] Die Vereinbarungen waren vertraulich. Trotzdem meldeten Berliner Blätter am 6. November 1917 „schwer kontrollierbaren Gerüchten“ folgend, dass die „polnische Frage“ den österreichischen Wünschen entsprechend entschieden sei und Polen in Personalunion mit Österreich verbunden werde.[794] Die Nachricht wurde in der gesamten deutschen Presse aufgenommen und ausgiebig diskutiert. Zwar gaben viele Blätter die Meldung ungläubig wieder und versahen sie vorsichtig mit Fragezeichen.[795] Dennoch wurde das unbestätigte Gerücht zum Ausgangspunkt weitgehender Reflexionen über die „polnische Frage“. Obwohl die Verhandlungen bereits abgeschlossen waren, schienen die Zeitungen durch ihre intensive Erörterung nachträglich Einfluss auf die Abmachungen nehmen zu wollen.

Sozialdemokratische und linksliberale Blätter verurteilten die Angliederung Litauens und Kurlands an Deutschland als Absage an einen Verständigungsfrieden und als Auftakt der Annexionspolitik scharf. Dies widerspreche der Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 und verlängere den Krieg unnötig, empörte sich der *Vorwärts*. Die Mittelmächte müssten nun bis zum Abschluss eines „Siegfriedens“ kämpfen, damit die Kriegsgegner die Abmachungen akzeptierten. Zudem kollidiere die Angliederung mit dem Willen der betroffenen Völker und belaste die Nachkriegsbezie-

[792] Polnische Stimmungsmache, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 24.11.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 189. Ähnlich kritisch: Zur Polenfrage. Eine Unterredung mit Kucharzewski, in: Posener Tageblatt vom 25.11.1917, Nr. 552.

[793] Fischer, Griff, S. 579 ff.

[794] Eine Kronratssitzung, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 06.11.1917, Nr. 565; Eine Kronratssitzung, in: Der Tag vom 06.11.1917, Morgenausgabe; Ein Uebereinkommen über Polen, in: Der Tag vom 07.11.1917, Morgenausgabe. – Laut Werner Conze wurde das Ergebnis der Besprechung „durch Indiskretion“ bekannt. Conze, S. 328.

[795] Die polnische Frage. Eine Vereinigung Polens mit Oesterreich-Ungarn?, in: Berliner Tageblatt vom 07.11.1917, Nr. 569; Was ist mit Polen geplant?, in: Vorwärts vom 07.11.1917; Deutsch-österreichische Abmachungen über Polen?, in: Germania vom 07.11.1917, Nr. 517.

hungen zu Russland.[796] Angesichts der fehlenden demokratischen Legitimation wollte die Wiener *Arbeiter-Zeitung* „Eroberungs- oder wenigstens imperialistische Beherrschungsabsichten“ erkannt haben.[797] Lautstark rief das linksliberale *Berliner Tageblatt* zum Widerstand gegen die „extrem annexionistische Politik“ und den „Länderhandel“ auf.[798] Die heftigen Reaktionen auf die Meldung rührten daher, dass die Forderung nach Gebietserwerbungen bis dahin vor allem von rechten Presseorganen und Verbänden lanciert worden war, die Reichsleitung sich aber bedeckt gehalten hatte. Mit der vermeintlichen Entscheidung über Polen und die baltischen Gebiete entstand jedoch der Eindruck, als seien Annexionen nicht nur offiziell zum Ziel der deutschen Außenpolitik erhoben, sondern sogleich verwirklicht worden.

Daher kritisierten linksliberale, sozialdemokratische und Zentrumsblätter die Nichtbeachtung von Parlament und Öffentlichkeit bei einer wichtigen außenpolitischen Entscheidung scharf.[799] Obwohl die Reichsleitung angekündigt hatte, die Mehrheitsparteien im Rahmen des halbparlamentarischen Systems stärker zu berücksichtigen und sich für einen Verständigungsfrieden einzusetzen, führte sie ihre außenpolitischen Alleingänge fort.[800] So erinnerte die linksliberale *Frankfurter Zeitung* daran, dass die seit dem 1. November 1917 amtierende Regierung Georg von Hertlings die Legitimation ihres politischen Handelns aus der Reichstagsmehrheit herleite. Mit der Verwirklichung der „austro-polnischen Lösung“ sei der Mitsprache der Parlamente Deutschlands, Österreich-Ungarns und Polens jedoch empfindlich vorgegriffen.[801]

In der rechten Presse wurde die angebliche Entscheidung als nachteilig für Deutschlands Machtposition in Osteuropa kategorisch abgelehnt. In einem Artikel des nationalliberalen *Deutschen Kuriers* sind die wichtigsten Einwände angeführt: Im Hinblick auf den Zweibund beanstandete das Blatt die unverhältnismäßige Ausdehnung Österreich-Ungarns, während das Deutsche Reich trotz der größeren Waffenerfolge einen geringeren Anteil an der „Gewinnmasse“ erhalte. Aus strategischer Sicht sei es die „allerschwerste Unterlassungssünde“, die militärische Sicherung im Osten dem unzuverlässigen Verbündeten anzuvertrauen. Zudem gebe Deutschland mit dem besetzten Polen ein hervorragendes Druckmittel und Kompensationsobjekt für die Friedensverhandlungen oder für eine Verständigung mit Russland aus der Hand. Schließlich ver-

---

[796] Annexionistische Pläne. Polen, Kurland und Litauen, in: Vorwärts vom 08.11.1917; Was ist mit Polen geplant?, in: Vorwärts vom 07.11.1917.

[797] Polen und Oesterreich-Ungarn, in: Arbeiter-Zeitung vom 08.11.1917, Morgenblatt. – Der polnische Sozialdemokrat Ignacy Daszyński begrüßte die „austro-polnische Lösung“ und zeigte sich enttäuscht über die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreich-Ungarns. Polnische Sozialdemokraten gegen deutsche, in: Polnische Blätter 3 (1917), 78, S. 190 ff.

[798] Eine unmögliche Politik. Die deutsch-österreichischen Verhandlungen, in: Berliner Tageblatt vom 08.11.1917, Nr. 572.

[799] Frankfurt, 10. November, in: Frankfurter Zeitung vom 10.11.1917, Abendblatt; Annexionistische Pläne. Polen, Kurland und Litauen, in: Vorwärts vom 08.11.1917; Polen und Österreich, in: Kölnische Volkszeitung vom 12.11.1917, Nr. 889.

[800] Mommsen, Urkatastrophe, S. 135 f. – Zum halbparlamentarischen System unter Reichskanzler Hertling Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 388-399.

[801] Frankfurt, 10. November, in: Frankfurter Zeitung vom 10.11.1917, Abendblatt.

wies der *Deutsche Kurier* darauf, dass die innere Machtverschiebung in Österreich-Ungarn zugunsten der slawischen Völker eine bedenkliche Anziehungskraft auf die preußischen Polen ausübe.[802]

Bemerkenswert ist die Einordnung in die Kriegszielpolitik des Deutschen Reiches durch beide Seiten. So beklagten linksliberale, sozialdemokratische und Zentrumsblätter die Abwendung von der Verständigungs- hin zur Machtpolitik und forderten eine Politik gemäß der Friedensresolution vom Juli 1917. Stellvertretend für die deutschen Rechten prangerte die alldeutsche *Tägliche Rundschau* indes „übernationale Verständigungsgelüste" in der deutschen Politik an und verlangte eine Kriegszielpolitik, die dem „nationale[n] Machtwillen" Deutschlands entspreche.[803] Beide Seiten identifizierten die deutsche Außenpolitik bewusst mit den Zielen des politischen Gegners und trugen ihre weltanschaulichen Auseinandersetzungen zunehmend auf dem Rücken der Reichsleitung aus.

In der deutschsprachigen Presse Österreich-Ungarns wurde die Meldung über die vermeintliche Entscheidung für die „austro-polnische Lösung" hingegen durchweg positiv bewertet.[804] Um zu demonstrieren, dass diese auch bei den Polen auf große Zustimmung stoße, gaben österreichische Blätter freudige Äußerungen von polnischen Politikern aus Warschau und Galizien wieder.[805] Auch die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* begrüßten die Entscheidung als bedeutenden Schritt zum Ausbau des polnischen Staates. Sie suchten die Bedenken der deutschen Presse zu zerstreuen, unterstrichen die wirtschaftlichen und militärischen Vorteile für Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen, meldeten aber auch Ansprüche auf die Einverleibung litauischer Gebiete in den polnischen Staat an.[806]

Am 8. November 1917 wurde aus Wien „von amtlicher Seite" mitgeteilt, dass es sich bei dem Treffen nur um eine Vorbesprechung gehandelt habe und die endgültige

---

[802] J.B.: Polen unter Habsburgs Zepter?, in: Deutscher Courier [sic!] vom 07.11.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 136 f. – Für die Kritik der rechten Presse ferner: Berlin, 7. November, in: Kreuzzeitung vom 07.11.1917, Nr. 569; F. H.: Die Verschleuderung Polens, in: Tägliche Rundschau vom 08.11.1917, Nr. 571; Oktavio von Zedlitz und Neukirch: Bedenkliche Entschließungen, in: Die Post vom 09.11.1917, Nr. 573; G.: Die Zukunft Polens, in: Posener Tageblatt vom 09.11.1917, Nr. 526.

[803] Max Lohan: Deutsche Politik – nicht Versöhnungspolitik, in: Tägliche Rundschau vom 12.11.1917, Nr. 579.

[804] Die Lösung des polnischen Problems, in: Pester Lloyd vom 08.11.1917, Morgenblatt; Die Berliner Besprechungen über die polnische Frage, in: Reichspost vom 08.11.1917, Nr. 518; Die österreichische Lösung der polnischen Frage. Vereinigung von Galizien mit dem Königreiche Polen, in: Neue Freie Presse vom 08.11.1917, Morgenblatt; Die Friedensfrage, in: Fremdenblatt vom 10.11.1917, Morgenausgabe.

[805] Die Lösung der polnischen Frage, in: Fremdenblatt vom 08.11.1917, Morgenausgabe; Aeußerungen hiesiger polnischer Politiker, ebenda; Die Genugtuung in Polen, in: Reichspost vom 08.11.1917, Nr. 517.

[806] Eine Vereinigung Polens mit Oesterreich-Ungarn?, in: Polnische Blätter 3 (1917), 77, S. 131-142, hier S. 138-141; Polen und Oesterreich-Ungarn, in: Polen 3 (1917), 150, S. 169 ff., hier S. 169; Der Sieg einer historischen Idee, in: Polen 3 (1917), 151, S. 193 ff., hier S. 193; Polen und der Friede, in: Polen 3 (1917), 152, S. 217 ff.

Entscheidung über Polen erst beim Friedensschluss unter Berücksichtigung des Volkswillens getroffen werde.[807] Damit war die öffentlich diskutierte Überlassung Polens an Österreich-Ungarn dementiert.[808] Trotzdem hatte sich in der deutschen und österreichisch-ungarischen Presse die Auffassung durchgesetzt, dass zwischen den Regierungen ein Kurswechsel hin zur „austro-polnischen Lösung" vereinbart worden sei.[809] Das Gerücht hatte eine derartige Wirkmacht in der öffentlichen Debatte entfaltet, dass es als vermeintlich feststehende Tatsache den Ausgangspunkt für die weiteren Erörterungen über Polen und die „Ostfragen" darstellte.[810] So machte die deutsche rechte Presse weiter Stimmung gegen den Anschluss Polens an den Verbündeten, verlangte für das Deutsche Reich einen maßgebenden Einfluss auf das Land und übersetzte das geostrategische Potenzial Polens in Pläne für eine neue deutsche Ostsiedlung mitsamt Grenzberichtigungen und Bevölkerungsumsiedlungen.[811] Angesichts der Kolonisationsphantasien der deutschen Rechten hielten sich linksliberale, sozialdemokratische und Zentrumsblätter mit Stellungnahmen über Polen auffallend zurück.

In der Folge wurden selbst internationale Ereignisse mit Bezug zu Polen in der deutschen Presse kaum beachtet. Nur vereinzelt erschienen Artikel über die Bemühungen der ausländischen Polonia, auf Seiten der Westmächte eine polnische Regierung zu proklamieren und ein polnisches Heer aufzustellen[812], oder über die Forderung nach einem geeinten polnischen Staat mit Zugang zum Meer in den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Woodrow Wilson vom Januar 1918.[813] Da das Deutsche Reich im Winter 1917/18 auf dem Höhepunkt seiner militärischen Macht und territorialen Ausdehnung während des Krieges stand, wurden solche Ereignisse von der deutschen Presse

807 Die österreichische Lösung der polnischen Frage. Rückkehr des Grafen Czernin und amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen, in: Neue Freie Presse vom 08.11.1917, Abendblatt. – Ministerpräsident Ernst Seidler gab im österreichischen Abgeordnetenhaus eine entsprechende Erklärung ab. Die polnische Frage und das Parlament, in: Neue Freie Presse vom 09.11.1917, Morgenblatt.

808 Szymczak, S. 302 ff.

809 Die Berliner Besprechungen über Polen, in: Kreuzzeitung vom 09.11.1917, Nr. 573; Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 14.11.1917, Nr. 581.

810 Siehe beispielsweise Leo Lederer: Die polnische Frage. Die Vorbereitung einer „austro-polnischen" Lösung, in: Berliner Tageblatt vom 16.11.1917, Nr. 586; Ernst Hasse: Das Deutsche Reich und das Königreich Polen, in: Schlesische Zeitung vom 19.11.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 198 f.; Paul Samassa: Oesterreich und die polnische Frage, in: Tägliche Rundschau vom 20.12.1917, Nr. 649.

811 Siehe etwa den Vorschlag eines breiten Grenzstreifens „deutscher Bauern- und Militärkolonien", um Polen von Russland zu trennen, bei Albert Bovenschen: Die polnische Frage, in: Deutsche Zeitung vom 27.11.1917, 28.11.1917, 04.12.1917, alle in: BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 194 f.

812 Die Entente und Polen, in: Deutsche Warschauer Zeitung vom 24.06.1917, Nr. 172; Sch.: Polen als Sturmbock der Entente, in: Schlesische Volkszeitung vom 16.07.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8768, Bl. 7 f.; Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 23.07.1917, erstes Morgenblatt.

813 Frankfurt, 10. Januar, in: Frankfurter Zeitung vom 10.01.1918, Abendblatt; E.S.: Wilsons Botschaft, in: Tägliche Rundschau vom 10.01.1918, Nr. 17.

als bedeutungslose diplomatische Störmanöver und Einmischungsversuche der Kriegsgegner abgetan.[814]

3.4 Das Ende der Verständigungspolitik? – Der Friedensvertrag mit der Ukraine

Der Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Russland im Dezember 1917 und die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk belasteten das Verhältnis der Polen zu den Besatzungsmächten außerordentlich. Da in Brest-Litowsk auch über die staatsrechtliche und territoriale Gestaltung der besetzten Gebiete Russlands verhandelt wurde, bemühten sich der polnische Ministerpräsident Jan Kucharzewski und der Regentschaftsrat um die Zulassung einer polnischen Delegation zu den Verhandlungen, um die Interessen Polens vertreten zu können.[815] Deutschland und Österreich-Ungarn wollten jedoch einen Friedensvertrag zu ihren Bedingungen erzwingen, um den Zweifrontenkrieg zu beenden und die militärische Entscheidung im Westen zu suchen. Die Forderungen einer polnischen Delegation wären dabei nur hinderlich gewesen, weshalb die Teilnahme unter dem Vorwand der ablehnenden Haltung des russischen Verhandlungspartners verweigert wurde.[816] Daraufhin erklärte die polnische Regierung, die Vereinbarungen in Brest-Litowsk, sofern sie Polen betrafen, nicht als bindend anzuerkennen.[817]

Die Nichtzulassung der Delegation wurde aus polnischer Sicht noch übertroffen, als die Mittelmächte im sogenannten „Brotfrieden" vom 9. Februar 1918 die Ukraine als unabhängigen Staat anerkannten und sich im Gegenzug Lebensmittellieferungen zusichern ließen.[818] Das Territorium der Ukraine umfasste das Gouvernement Chełm (das Gebiet um Cholm bzw. das sogenannte „Cholmer Land") und weitere Gebiete am Bug, die von den Polen als „urpolnisch" und unveräußerliche Bestandteile des proklamierten Königreiches angesehen wurden. Die Bevölkerungsmehrheit dieser ethnisch und konfessionell gemischten Gebiete bestand aus katholischen Polen, die schwer unter dem Assimilierungsdruck der russischen Herrschaft gelitten hatten. Als das Gouvernement im Jahr 1912 staatsrechtlich von Kongresspolen abgetrennt und dem Russischen Reich

---

814 Exemplarisch: Wilsons plumpe Falle, in: Kölnische Zeitung vom 10.01.1918, Nr. 30. – Ausführlich für die Reaktion der deutschen Presse auf Wilsons Rede SEEBERG, S. 25-31. Für die deutschen Parteien OPPELLAND, S. 293 ff.

815 PAJEWSKI, Odbudowa, S. 196-200. – Für die Mitteilungen der Zeitungskorrespondenzen: Der Besuch des polnischen Ministerpräsidenten in Berlin, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 23.11.1917, Morgenausgabe; Polen und Oesterreich-Ungarn, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 03.01.1918, Morgenausgabe; Der polnische Ministerpräsident über die Berliner Verhandlungen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 11.01.1918, Morgenausgabe.

816 PAJEWSKI, Pierwsza wojna światowa, S. 641 f.; CONZE, S. 338 f.

817 PAJEWSKI, Odbudowa, S. 199. – Für die deutsche Presse: Polen und Brest-Litowsk. Eine Erklärung der polnischen Regierung, in: Kölnische Volkszeitung vom 02.02.1918, Nr. 92; Eine polnische Anmaßung, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 03.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 39; OTTO HOETZSCH: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 06.02.1918, Nr. 66.

818 FEDYSHYN, S. 75-79; GOLCZEWSKI, S. 179-196.

zugeschlagen worden war, hatte dies große Proteste der Polen ausgelöst und Cholm war in der Folge zu einem „Symbol des nationalen Märtyrertums" stilisiert worden.[819]

Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk und die Abtrennung des Cholmer Landes riefen Proteste, Demonstrationen und Ausschreitungen im Königreich Polen hervor. In Warschau brach ein Generalstreik aus, es kam zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der deutschen Polizei; in Lublin wurden Bilder der Kaiser der Mittelmächte öffentlich verbrannt. Das polnische Kabinett um Ministerpräsident Kucharzewski und der Lubliner Generalgouverneur Stanisław Szeptycki traten von ihren Ämtern zurück. In Wien kündigte der Polenklub, der als parlamentarische Vertretung der galizischen Polen im Reichsrat bislang eine verlässliche Stütze der Regierungen Österreichs gewesen war, seine grundlegende Opposition an. Der Warschauer Regentschaftsrat veröffentlichte einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er den Friedensvertrag als Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, als vierte „Teilung Polens" und „Akt der Gewalt" anprangerte.[820]

In der deutschen Presse mehrten sich wenige Tage nach der Bekanntgabe des Friedensvertrages die Berichte über das überschäumende Echo und die entschiedene Ablehnung der Polen. Die demonstrativ zur Schau gestellte Freude über den ersten Friedensschluss des Krieges wurde dadurch getrübt.[821] Die Zeitungen berichteten vor allem über die erste, überwiegend spontane Reaktion der Polen, den Rücktritt des polnischen Kabinetts und den eintägigen Generalstreik am 18. Februar, der das gesamte Königreich Polen lahmlegte.[822] Vielen Artikeln deutscher Journalisten ist anzumerken, dass sie von der Aufnahme des Friedensvertrages in Polen überrascht waren. Um ihren Lesern die Bedeutung des Cholmer Landes für die polnische Nation aufzuzeigen, veröffentlichten deutsche und österreichisch-ungarische Blätter in der Folge Artikel über die Geschichte und die ethnografischen und konfessionellen Verhältnisse des Gebietes.[823]

Die *Frankfurter Zeitung* setzte der Verwunderung auf deutscher Seite jedoch entgegen, dass die Reaktion der Polen auf den Verlust des Cholmer Landes hätte erwartet werden müssen.[824] Schließlich hatten während des Krieges polnische und ukrainische

---

819 Einheit und Einigkeit, in: Polen 4 (1918), 164, S. 197-200, hier S. 199. Vgl. KINDLER, S. 233-279.

820 HOLZER/MOLENDA, S. 369-372; CONZE, S. 341 f. Für das Militärgeneralgouvernement Lublin HAUSNER, S. 229-334. Für die Reaktion der polnischen Landbevölkerung PRZENIOSŁO, Stosunek, S. 59 f.

821 Zur Reaktion in Deutschland auf den Friedensvertrag GOLCZEWSKI, S. 240-244.

822 Rücktritt des polnischen Ministeriums, in: Kölnische Zeitung vom 14.02.1918, Nr. 149; Demonstrationsstreik in Warschau, in: Vorwärts vom 19.02.1918; R. FR.: Die polnische Trauer, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 19.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 48a; Der Protest der preußischen Polen. „Gegen die neue Teilung", in: Berliner Tageblatt vom 04.03.1918, Nr. 115.

823 EUGEN OBERHUMMER: Die polnisch-ukrainische Grenze, in: Neue Freie Presse vom 12.02.1918, Morgenblatt; Die nationale Zusammensetzung des Cholmlandes, in: Reichspost vom 12.02.1918, Nr. 67; Cholm, in: Kreuzzeitung vom 13.02.1918, Nr. 80; Cholm, in: Kölnische Volkszeitung vom 13.02.1918, Nr. 124; Der Streit um Cholm, in: Vorwärts vom 14.02.1918.

824 Frankfurt, 14. Februar, in: Frankfurter Zeitung vom 14.02.1918, Abendblatt.

Publizisten und Politiker ihre Rivalität um die Führungsrolle in Ostmitteleuropa und um die Unterstützung des Deutschen Reiches teilweise in deutschen Medien ausgetragen und jeweils Ansprüche auf das Cholmer Land geltend gemacht.[825] Dabei wurden die Polen vor allem von den deutschen Verständigungsbefürwortern unterstützt. Hingegen fand die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung ihre Verbündeten unter den deutschen Rechten, deren außenpolitische Ziele nicht mit dem anvisierten ukrainischen Staat kollidierten. Daher unterstützten beide Gruppen ihre politischen und territorialen Bestrebungen gegenseitig – zumal für sie die polnischen Aspirationen ein gemeinsames Feindbild darstellten. Diese informellen deutsch-ukrainischen Beziehungen waren bereits nach der Proklamation des Königreiches Polen deutlich geworden, als die deutsche rechte Presse die Proteste der Ukrainer unterstützt hatte, und traten infolge des Friedensvertrages von Brest-Litowsk noch stärker hervor.[826]

Die rechten Blätter sahen durch das Verhalten der Polen ihre Auffassung bestätigt, dass die Wiedererrichtung des polnischen Staates ein gravierender politischer Fehler gewesen sei.[827] Nun hätten die Polen nicht nur die Freundschaft zu Deutschland und Österreich-Ungarn aufgekündigt, sondern diesen geradezu den Krieg erklärt, weshalb auch die freiwilligen Verpflichtungen der Mittelmächte hinfällig geworden seien.[828] Trotz mangelnder Beteiligung am Krieg gegen Russland verfolgten die Polen weitgehende territoriale Ansprüche und verlangten mithin das gesamte Staatsgebiet der Ukraine.[829] Gegenüber einem Bündnis mit den als undankbar und aggressiv charakterisierten Polen sei die Partnerschaft Deutschlands mit der Ukraine weitaus vorteilhafter, da zwischen beiden Staaten keine politischen Gegensätze bestünden. In der Konsequenz habe das Deutsche Reich bei der Festlegung der Grenzen Polens rücksichtslos eigene Interessen durchzusetzen und den polnischen Staat territorial möglichst zu beschränken.[830] Unverhohlen verlangten etwa die rechtsnationalistischen *Leipziger Neuesten*

---

825 Golczewski, S. 211-235.

826 Ebenda, S. 213 und 236.

827 J. Br.: Die polnische Absage, in: Deutsche Tageszeitung vom 14.02.1918, Nr. 83; Berlin, 18. Februar, in: Kreuzzeitung vom 18.02.1918, Nr. 89; von Zedlitz und Neukirch: Cholm, in: Der Tag vom 20.02.1918, illustrierter Teil; C. Metger: Die polnische Gefahr, in: Der Tag vom 27.02.1918, illustrierter Teil.

828 Diese Einschätzung wiederholte der Redakteur „R. Fr." in den nationalliberalen *Berliner Neuesten Nachrichten*. R. Fr.: Neupolnische Politik, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 14.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 95; ders.: Die Kriegserklärung der Polen, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 17.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 103; ders.: Die polnische Trauer, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 19.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 48a.

829 F.H.: Die gekränkten Polen, in: Tägliche Rundschau vom 12.02.1918, Nr. 79; Brest-Litowsker Polenkurs, in: Die Post vom 12.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 90; Die „neue Teilung" Polens, in: Kölnische Zeitung vom 19.02.1918, Nr. 167.

830 Paul Samassa: Polen, Ukrainer und der östreichische Staat, in: Schwäbischer Merkur vom 05.03.1918, BArch R 8034/II, 8769, Bl. 149; Brest-Litowsker Polenkurs, in: Die Post vom 12.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 90; Hundertfünfundachtzigste Kriegswoche, in: Tägliche Rundschau vom 18.02.1918, Nr. 89; Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 20.02.1918, Nr. 92.

Nachrichten die Abtretung eines Grenzstreifens „ohne polnische Bevölkerung" zur Besiedlung mit Deutschen, um durch eine „reinliche örtliche Scheidung die Möglichkeit eines dauernd friedlichen Nebeneinanders für Deutsche und Polen" zu ermöglichen. Anschließend sollte der polnische Staat seinem Schicksal überlassen werden.[831]

Hingegen übten linksliberale und sozialdemokratische Blätter scharfe Kritik an der Grenzziehung des Friedensvertrages. Der *Vorwärts* beklagte, dass die deutsch-polnische Freundschaft gegen die deutsch-ukrainische Interessengemeinschaft eingetauscht worden und die freiwillige Anlehnung Polens an die Mittelmächte nicht mehr möglich sei.[832] In der *Welt am Montag* verurteilte der linksliberale Publizist Hellmut von Gerlach die Reichsleitung, die in der Außenpolitik einen unverantwortlichen „politische[n] Raubbau" ohne langfristige Perspektive betreibe und zugunsten kurzfristiger Entlastungen unerträgliche Risiken eingehe: „Ein Friede, der uns 20 Millionen Polen als ewigen Feind hinterläßt, der sollte wirklich nicht auf die leichte Achsel genommen werden."[833] Eindringlich warnten linksliberale und sozialdemokratische Blätter die Reichsleitung davor, den polnisch-ukrainischen Konflikt bewusst zu schüren und durch die „Balkanisierung des Ostens" neue gefährliche Brandherde und unkalkulierbare Kriegsgefahren zu schaffen.[834]

Ferner befürchtete der *Vorwärts*, dass die Aussicht auf einen feindlichen polnischen Nachbarstaat die deutschen Fürsprecher von Annexionen stärke.[835] Tatsächlich wurden nicht nur in rechten, sondern auch in linksliberalen und sozialdemokratischen Blättern Grenzberichtigungen und die Rückgabe Polens an Russland erörtert. So freute sich Georg Bernhard in der linksliberalen *Vossischen Zeitung*, dass im Hinblick auf Polen nunmehr einzig militärische Notwendigkeiten relevant seien, womit er auf Annexionen an der deutschen Ostgrenze anspielte.[836] Und im *Vorwärts* äußerte Max Cohen die Hoffnung, dass die „Idee pufferstaatlicher Kleinstaaterei an unserer Ostgrenze" nunmehr endgültig erledigt sei; als Alternative schlug er die Einbeziehung der Polen in den Staatenbund Russlands vor.[837] Bernhard und Cohen, die bereits im September 1917 die deutsche auswärtige Polenpolitik verworfen hatten, waren im Kern ihrer Vorstellungen über die politische Zukunft Polens längst bei den Kriegszielen der deutschen Rechten angekommen.

Bemerkenswert reagierten die Zentrumsblätter, die die polnischen Selbständigkeitsbestrebungen bislang unterstützt und gegen Anfeindungen der deutschen Rechten verteidigt hatten, auf die Proteste der Polen. Die *Kölnische Volkszeitung* und die *Germania*

---

[831] Polnische Wirtschaft, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 23.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 130a. Ähnlich: Brest und Polen, in: Kreuzzeitung vom 06.02.1918, Nr. 67.

[832] Polnische Krise, in: Vorwärts vom 14.02.1918; Das Chaos des Ostens, in: Vorwärts vom 15.02.1918.

[833] H. v. Gerlach: Von der Hand in den Mund, in: Die Welt am Montag vom 04.03.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 141.

[834] Polnische Krise, in: Vorwärts vom 14.02.1918 (Zitat); Hans Vorst: Polen und die Ukraine, in: Berliner Tageblatt vom 21.02.1918, Nr. 96.

[835] Das Chaos des Ostens, in: Vorwärts vom 15.02.1918.

[836] Georg Bernhard: Ukraine und ...?, in: Vossische Zeitung vom 11.02.1918, Nr. 76.

[837] Max Cohen: Zur außenpolitischen Lage, in: Vorwärts vom 19.02.1918.

verurteilten die polnische Reaktion als übertriebenen, „höchst unbesonnenen Ausbruch nationaler Leidenschaftlichkeit“ und riefen die Polen zur Ruhe auf.[838] Ähnlich der rechten Presse, allerdings weniger scharf formuliert, warfen sie den Polen vor, dass zwischen deren territorialen Ansprüchen und den im Krieg erbrachten Leistungen ein beträchtliches Missverhältnis bestehe. Letztlich seien die Polen aufgrund ihrer Zurückhaltung gegenüber den Mittelmächten selbst für den langsamen Ausbau des polnischen Staates und die Beschneidung des Staatsgebietes verantwortlich.[839]

In einer Reichstagsrede offenbarte der Zentrumsführer Konstantin Fehrenbach die ambivalente Haltung der Zentrumspartei gegenüber den Polen. Die polnischen Abgeordneten hatten im Reichstag gegen die „Vergewaltigung“ polnischen Territoriums protestiert und den Friedensvertrag als neue „Teilung Polens“ angeprangert.[840] Selbst der Vertreter des gemäßigt-konservativen Flügels der Polnischen Fraktion, Ferdinand Radziwill, hielt eine äußerlich zwar ruhige Rede, brachte in der Sache aber seine Enttäuschung deutlich zum Ausdruck.[841] Fehrenbach wies die Reden als Angriffe gegen das deutsche Volk entschieden zurück. Als er den Polen vorwarf, in der Vergangenheit die Litauer und Ruthenen unterdrückt zu haben, verzeichnet das stenografische Protokoll „lebhafte[n] Beifall rechts, im Zentrum, bei den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei“.[842] Diese Zustimmung mag zum Teil der augenblicklichen Enttäuschung über das Verhalten der Polen, zum Teil der grundsätzlich antipolnischen Haltung geschuldet sein. Allerdings zeigte Fehrenbachs Rückgriff auf die vermeintliche polnische Intoleranz, dass das Stereotyp unter den deutschen Abgeordneten weithin anerkannt war und in den tagespolitischen Debatten problemlos verwendet werden konnte. Doch wenn Fehrenbach die Absicht gehabt hatte, die Entrüstung der Polen zu dämpfen, hatte er diese im Gegenteil nur noch mehr provoziert.

Ebenso kritisierte das Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* das Verhalten der Polen scharf und zählte deren Verfehlungen und Unterlassungen gegenüber Deutschland auf. Unmissverständlich eröffnete es den nationaldemokratischen Abgeordneten, die in den Polnischen Fraktionen das Wort führten, zwei Optionen: „Jetzt führt Deutschland

[838] Der Rücktritt des polnischen Ministeriums in Warschau, in: Kölnische Volkszeitung vom 15.02.1918, Nr. 128 (Zitat); Die Erregung in Polen, in: Germania vom 15.02.1918, Nr. 77; Berlin, 18. Februar, in: Germania vom 19.02.1918, Nr. 83.

[839] Die Haltung der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 20.02.1918, Nr. 143; Berlin, 18. Februar, in: Germania vom 19.02.1918, Nr. 83; Polen in Trauer, in: Märkische Volkszeitung vom 19.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 114.

[840] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 311, 130. Sitz., 20.02.1918, S. 4013-4016, Zitat S. 4014 (Wladislaus Seyda); 131. Sitz., 22.02.1918, S. 4073-4076 (Anton Stychel). Siehe auch die Rede Seydas im Hauptausschuss des Reichstags: Der Hauptausschuß über die Lage im Osten, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 20.02.1918, Morgenausgabe. Ferner der Protest der Polnischen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses: PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 7, 122. Sitz., 06.03.1918, Sp. 8180 ff. (Seyda).

[841] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 311, 130. Sitz., 20.02.1918, S. 4040 ff. Siehe hierzu Kotowski, Staatsräson, S. 190.

[842] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 311, 131. Sitz., 22.02.1918, S. 4079. In seiner Antwort beklagte Anton Stychel, dass Fehrenbach sich „aus seiner Unkenntnis der polnischen Verhältnisse [...] gegen uns so verletzend und ungerecht gewandt hat“. Ebenda, S. 4089.

den Krieg um seine Existenz und ist die einzige große Frage: *Wer ist für uns, wer nicht?* Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Und wer in Deutschland nicht für Deutschland ist, der ist ein Hochverräter."[843] Damit hatte sich das Blatt rhetorisch im Arsenal der deutschen Rechten bedient, um den preußischen Polen die Konsequenz ihres ablehnenden Verhaltens aufzuzeigen. Dabei weist die Formel vom Existenzkampf der Deutschen, der die innere Geschlossenheit erfordere, alle Gegner aus der nationalen Gemeinschaft ausschloss und diese als Feinde brandmarkte, deutliche Parallelen zur Deutung des deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikts in den Ostprovinzen durch die Rechten auf.

Aus Sicht der deutschen Presse hatte Fehrenbach stellvertretend für die Zentrumspartei den Bruch mit der bislang wohlwollenden Haltung gegenüber den Polen vollzogen.[844] Um diese Auffassung zu entkräften, versicherte die Partei in einer Erklärung, dass sie zwar die unberechtigten Ansprüche der Polnischen Fraktion ablehne, gerechtfertigte Forderungen aber weiterhin unterstützen werde.[845] Erleichtert nahm das linksliberale *Berliner Tageblatt* die Erklärung auf, da es gerade in die Person des Reichskanzlers und Zentrumsführers Georg von Hertling die Hoffnung auf eine baldige „Wiederannäherung" zwischen Deutschen und Polen setzte: „Das Zentrum und nicht zuletzt Graf Hertling selbst mit ihrer polenfreundlichen Tradition sind wie dazu geschaffen, dieses *Programm der Verständigung* aufzustellen."[846]

Hingegen verurteilten die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter*, die den Wunsch nach Beteiligung einer polnischen Delegation an den Friedensverhandlungen deutlich vorgetragen hatten[847], die Nichtberücksichtigung und den Abschluss des Friedensvertrags.[848] Um die Empörung der polnischen Bevölkerung über den Verlust des Cholmer Landes zu illustrieren, beschrieben sie die Proteste im Königreich Polen und in Galizien ausführlich.[849] Die Grenzziehung werteten sie als Beginn der Annexionen

---

[843] Zum Verhalten der Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 24.02.1918, Nr. 155 (Hervorhebung im Original gesperrt). – Auch die linksliberale *Frankfurter Zeitung* rügte die polnischen Abgeordneten für ihre verletzenden Reden, die eine Verständigungspolitik erschwerten. Frankfurt, 23. Februar, in: Frankfurter Zeitung vom 23.02.1918, Abendblatt.

[844] Der Dank vom Hause Polen, in: Vossische Zeitung vom 23.02.1918, Nr. 99; Der Ukrainefrieden vom Reichstag angenommen. Das Sündenregister der Polen, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 23.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 51; Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 24.02.1918, Nr. 100; Fr. Naumann: Polnische Zukunft?, in: Hilfe 24 (1918), 9, S. 84 ff., hier S. 84.

[845] Das Zentrum und die Polen, in: Germania vom 03.03.1918, Nr. 105.

[846] E.D.: Die Polendebatte. Die Erklärung der Polen, in: Berliner Tageblatt vom 07.03.1918, Nr. 121 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[847] Um die ganze Zukunft, in: Polnische Blätter 4 (1918), 82, S. 1-7, hier S. 1; Die Stimme Polens, in: Polnische Blätter 4 (1918), 85, S. 102-107, hier S. 104; Staatsbau nach außen und innen, in: Polen 4 (1918), 157, S. 1-4, hier S. 3; Polen und die Friedensverhandlungen, in: Polen 4 (1918), 161, S. 116 f.

[848] Die Bevölkerungsverhältnisse im Chelmer Gebiet, in: Polnische Blätter 4 (1918), 82, S. 24 ff.; Worum es sich handelt!, in: Polnische Blätter 4 (1918), 83, S. 33-39; Vor neuen Problemen, in: Polen 4 (1918), 163, S. 169 ff., hier S. 170.

[849] P. Warszawski: Nach der neuen Teilung Polens. Der Eindruck in Warschau, in: Polnische Blätter 4 (1918), 87, S. 161-164; Die Protestbewegung in Galizien, ebenda, S. 164-168; Po-

im Osten, da die Eroberer beliebig über das besetzte Gebiet verfügten. So befand die Wochenschrift *Polen*, dass der Friedensvertrag aus Sicht der deutschen Rechten der erste Triumph über den Verständigungsfrieden der Mehrheitsparteien darstelle und als „Angeld" auf den Siegfrieden und weitere Annexionen verstanden werde.[850] Gleichermaßen sahen die *Polnischen Blätter* das „alldeutsche Programm" vor der Verwirklichung und wiesen darauf hin, dass der „Kampf gegen die ganze polnische Nation" im krassen Gegensatz zur Freundschafts- und Bündnisrhetorik der Mittelmächte stehe.[851]

Ferner deuteten die beiden Zeitschriften den Friedensvertrag als Bruch Österreichs mit seiner wohlwollenden Politik gegenüber den galizischen Polen, womit sie die Ankündigung der fundamentalen Opposition des Wiener Polenklubs zu rechtfertigen suchten.[852] Der Polenklub hatte der Regierung bislang zuverlässig die parlamentarischen Mehrheiten im österreichischen Reichsrat gesichert.[853] Seine Opposition beschwor eine Parlaments- und Verfassungskrise in Österreich herauf, da die Regierung ab dem 1. März 1918 zunächst ohne verfassungsmäßig bewilligtes Budget regieren musste.[854] Entschieden verurteilten die deutschsprachigen Blätter Österreich-Ungarns das Verhalten der polnischen Abgeordneten und deuteten nachteilige Folgen für den Ausbau des polnischen Staates und das Bündnis mit den Mittelmächten an.[855] Auch in der deutschen Presse herrschte Unverständnis für die innenpolitische Opposition der Polen.[856] Insbesondere die rechte Presse attackierte den Polenklub heftig[857], während linksliberale und Zentrumsblätter die galizischen Polen davor warnten, ihre privilegier-

litische Versammlungen und Proteste, in: Polen 4 (1918), 164, S. 210-214; Stimmen der polnischen Presse, ebenda, S. 214-217; Protestkundgebungen gegen die Abtretung des Chełmer Landes, in: Polen 4 (1918), 165, S. 250-255.

850 Kriegszielkrise?, in: Polen 4 (1918), 165, S. 241 ff., Zitat S. 243.

851 Eine neue Teilung Polens, in: Polnische Blätter 4 (1918), 86, S. 129-136, Zitate S. 133 und 135; Die Gestaltung des Ostens und die Polen, in: Polen 4 (1918), 169, S. 353 ff.

852 Die Früchte des Brotfriedens, in: Polen 4 (1918), 164, S. 200-204, hier S. 203; Der Wendepunkt in der Polenpolitik in Oesterreich, in: Polnische Blätter 4 (1918), 87, S. 168-171, hier S. 168.

853 Wandycz, Poles, S. 86-90.

854 Exemplarisch: Verschärfung der inneren Krise, in: Neue Freie Presse vom 17.02.1918, Morgenblatt; Vor dem Ex-lex-Zustand, in: Reichspost vom 26.02.1918, Nr. 92. – Indem der Polenklub den Abstimmungen fernblieb, ermöglichte er schließlich die Annahme des Budgetprovisoriums. Budget-Annahme in Oesterreich, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 08.03.1918, Morgenausgabe.

855 Die Polen und die neue Ukraine, in: Reichspost vom 12.02.1918, Nr. 67; Die innere Krise und die Polen, in: Neue Freie Presse vom 18.02.1918, Morgenblatt; Die Gefühlskrise des polnischen Volkes, in: Pester Lloyd vom 20.02.1918, Morgenblatt; Gegen das Friedenswerk des Kaisers, in: Reichspost vom 20.02.1918, Nr. 81.

856 Emil Ludwig: Der Zorn der Polen Oesterreichs, in: Vossische Zeitung vom 13.02.1918, Nr. 80; Berlin, 18. Februar, in: Germania vom 19.02.1918, Nr. 83; Frankfurt, 23. Februar, in: Frankfurter Zeitung vom 23.02.1918, Abendblatt.

857 Die Haltung des österreichischen Polenklubs, in: Deutsche Tageszeitung vom 12.02.1918, Nr. 79; Brest-Litowsker Polenkurs, in: Die Post vom 12.02.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 90; F.H.: Die gekränkten Polen, in: Tägliche Rundschau vom 12.02.1918, Nr. 79.

te Stellung im politischen System Österreichs aufs Spiel zu setzen[858]. Nur vereinzelt war leises Verständnis für das Verhalten der Polen zu erkennen.[859]

In außergewöhnlicher Schärfe demonstrierte ein offener Brief Wilhelm Feldmans an Friedrich Naumann den Standpunkt der verständigungsbereiten Polen nach dem Ukrainefrieden.[860] Feldman zeigte sich bitter enttäuscht über die deutsche Politik und die hochfliegenden, aber unausgeführten Pläne der Mittelmächte für Polen. Heftig kritisierte er die Besatzungspolitik und die deutsche Zensur für ihre antipolnische Haltung. Hinter der Fassade der beeindruckenden Staatsakte zur Wiedererrichtung des polnischen Staates habe Deutschland ausschließlich eigene Interessen verfolgt, in wichtigen Bereichen wie der Übergabe von Machtbefugnissen an die Polen oder der Revision der preußischen Polenpolitik aber einen grundlegenden Wandel versäumt.[861] Der Friedensvertrag mit der Ukraine auf Kosten Polens habe die einseitige deutsche Interessenpolitik offenbart. Eindringlich appellierte Feldman an den deutschen Reichstag, die neue „Teilung Polens" nicht zu sanktionieren.[862]

Seine Anklagen gegen die deutsche Polenpolitik hatte Feldman stellvertretend an Naumann gerichtet, der als bedeutender Fürsprecher der deutsch-polnischen Verständigung galt. Da Naumann sich trotzdem mit der Überlassung des Cholmer Landes an die Ukraine einverstanden erklärt hatte und seiner pathetischen Verständigungsrhetorik keine Taten folgen lasse, verkörpere er die unaufrichtige Politik der Reichsleitung und der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen.[863] Feldman ließ keinen Zweifel daran, dass mit der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den Reichstag der endgültige Bruch Deutschlands mit Polen vollzogen werde.[864] Angesichts der leidenschaftlich vorgetragenen Vorwürfe Feldmans erschien Naumanns Antwort in der *Hilfe*, in der er für einen „Neuanfang der beiderseitigen Beziehungen" plädierte und erneut den Verzicht der Polen auf preußisches Gebiet verlangte[865], als blasse und halbherzige Verteidigung. Im Gegensatz zu seinen vorherigen Veröffentlichungen über Polen trat Naumann nun ausgesprochen zurückhaltend für eine deutsch-polnische Verständigung ein.

Nach Abschluss des Friedensvertrages waren die Zeitschriften *Polen* und *Polnische Blätter* bemüht, den polnischen Anspruch auf Cholm ethnografisch und historisch zu belegen.[866] Zum einen suchten sie deutsche kartografische Werke zu widerlegen, die „alldeutsch-ruthenisch ‚frisiert'" seien, da sie die polnische Bevölkerung in vielen Ge-

858 Exemplarisch: Der Rücktritt des polnischen Ministeriums in Warschau, in: Kölnische Volkszeitung vom 15.02.1918, Nr. 128; Der Frontwechsel der Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 22.02.1918, erstes Morgenblatt.

859 Polnische Krise, in: Vorwärts vom 14.02.1918; Hans Vorst: Polen und die Ukraine, in: Berliner Tageblatt vom 21.02.1918, Nr. 96.

860 Feldman, Teilung. – Siehe hierzu Galos, Koniec, S. 6 ff.

861 Feldman, Teilung, S. 9 und 12.

862 Ebenda, S. 16-21 und 25 ff.

863 Ebenda, S. 22 f.

864 Galos, Koniec, S. 7 f.; Kot, S. 124.

865 Fr. Naumann: Polnische Zukunft?, in: Hilfe 24 (1918), 9, S. 84 ff., Zitat S. 85.

866 Exemplarisch: Das Chełmer Gouvernement, in: Polen 4 (1918), 164, S. 204 ff.; Oskar von Halecki: Polens historische Rechte auf das Chełmer Land und Podlachien, ebenda, S. 206-210, sowie die folgenden Ausgaben der Wochenschrift *Polen*.

bieten Ostmitteleuropas unterschlagen hätten.[867] Zum anderen geriet der Professor für Geografie in Berlin, Albrecht Penck, in den Fokus, der als Sachverständiger vor dem Hauptausschuss des Reichstages erklärte, dass Cholm und Podolien ruthenisch seien.[868] Daraufhin warfen die *Polnischen Blätter* ihm vor, die neueren Statistiken und die Geschichte der Gebiete ignoriert zu haben. Folglich seien die deutschen Abgeordneten falsch unterrichtet worden und hätten der Überlassung der Gebiete an die Ukraine zugestimmt.[869] Es sei jedoch widersinnig, dass ein „als Polenhasser bekannter Professor" dem Hauptausschuss die ukrainischen Ansprüche auf Cholm mit Hilfe einer russischen Karte von 1877 „wissenschaftlich" beweisen durfte.[870] Mit bitterem Zynismus zog der polnische Sozialist Leon Wasilewski die Fachkompetenz Pencks in Zweifel, da dieser bislang nur für seine Forschungen über Mammutknochen aus der Eiszeit bekannt gewesen sei, sich aber kein fundiertes Urteil in politischen und nationalen Gegenwartsfragen bilden könne.[871] Aus polnischer Sicht erschien der Friedensvertrag als Höhepunkt einer langen Reihe politischer Entscheidungen, die aufgrund mangelhafter Sachkenntnis getroffen worden waren, ohne den Willen der Polen zu berücksichtigen.[872]

Trotz der entschiedenen Absage an eine weitere Kooperation mit den Mittelmächten mehrten sich bald die Anzeichen, dass sich die politisch angespannte Situation zumindest im Königreich Polen wieder beruhigen könnte. Eine Kommission aus Vertretern der Mittelmächte, der Ukraine und Polens sollte die Grenze neu verhandeln, womit eine den polnischen territorialen Ansprüchen entgegenkommende Lösung möglich schien. Die Aussicht auf eine Grenzrevision wurde in Zentrums- und linksliberalen Blättern erleichtert aufgenommen, zumal erhebliche Zweifel an den Lebensmittellieferungen aus der Ukraine bestanden und das Land sich als politisch instabil erwies.[873] Im Königreich Polen sei es „viel ruhiger zugegangen [...], als man ursprünglich in der deutschen Presse geglaubt hat", suchte die *Kölnische Volkszeitung* die Proteste nachträglich

---

[867] Ein Wunderwerk der Kartographie. Wie man das deutsche Publikum „unterrichtet", in: Polen 4 (1918), 172, S. 56-59, Zitat S. 58. – Für ähnliche Kritik an deutschen Kartenwerken: Wie man die Deutschen über Polen informiert, in: Polen 1 (1915), 17, S. 102 f.; L.W.: Professor Dr. Dietrich Schäfer. Karte der Länder und Völker Europas. Volkstum und Staatenbildung, in: Polen 2 (1916), 96, S. 85 f.; L. Brzeski: Unrichtige Ziffern über Polen, in: Polnische Blätter 2 (1916), 15, S. 179 ff.; Alldeutsche „Friedenskarten". Wie man Deutschland irreführen will, in: Polen 3 (1917), 152, S. 234-237.

[868] Siehe das Protokoll der 209. Sitzung des Hauptausschusses vom 21. Februar 1918, in: Schiffers/Koch, S. 1960 f.

[869] Eine Antwort an Prof. Penck, in: Polnische Blätter 4 (1918), 88, S. 226-229.

[870] Polen, die Ukraina und die „Randvölker-Frage", in: Polnische Blätter 4 (1918), 97, S. 197-223, hier S. 214.

[871] Leon Wasilewski: Ein berühmter Eiszeitforscher und die polnisch-ukrainische Sprachgrenze, in: Polnische Blätter 4 (1918), 102, S. 64 ff. Siehe auch: Geheimrat Penck und die polnisch-ruthenische Sprachgrenze, in: Polen 4 (1918), 184, S. 39 ff.

[872] So etwa Feldman, Teilung, S. 5 und 9 f.

[873] Die Polen beruhigen sich, in: Germania vom 21.02.1918, Nr. 88; Nochmals Cholm, in: Kölnische Volkszeitung vom 23.02.1918, Nr. 152; Hans Vorst: Polen und die Ukraine, in: Berliner Tageblatt vom 21.02.1918, Nr. 96; Ein Plebiszit über Cholm?, in: Berliner Tageblatt vom 21.02.1918, Nr. 95. Siehe auch Fedyshyn, S. 131 f.; Dornik/Lieb, S. 117 f.

zu bagatellisieren. Auch verbreite sich in Polen die Erkenntnis, dass die Mittelmächte „die maßgebende Instanz“ bei der politischen und territorialen Neuordnung Osteuropas darstellten, weshalb eine Wiederaufnahme der Verständigungspolitik notwendig sei.[874]

Tatsächlich gaben zumindest die aktivistischen Parteien Polens ihre oppositionelle Haltung auf. Kurz nachdem die Polnische Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses in Reaktion auf den Friedensvertrag jeglicher Verständigungspolitik eine deutliche Absage erteilt hatte[875], reisten die polnischen Politiker Jan Steczkowski, Franz Radziwill und Adam Ronikier im März 1918 im Auftrag des Regentschaftsrates nach Berlin. Dort berieten sie mit den Führern der deutschen Mehrheitsparteien Friedrich Naumann (Fortschrittliche Volkspartei), Matthias Erzberger (Zentrumspartei) und Eduard David (SPD) über die Möglichkeit einer deutsch-polnischen Annäherung.[876] Laut einer Zuschrift an das *Berliner Tageblatt* bestand das Ziel der „Verständigungsaktion“ darin, Erklärungen des Regentschaftsrates und des Reichstages zugunsten einer gemeinschaftlichen Versöhnungspolitik vorzubereiten: Der polnische Staat sollte die Westgrenze zu Deutschland anerkennen und sich für ein Bündnis mit den Mittelmächten erklären, während die Mehrheitsparteien gegen Annexionen eintreten, die polnischen Forderungen in der Cholmer Frage unterstützen und die Ausdehnung Polens auf weißrussische Gebiete gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker befürworten sollten.[877] Damit erstrebten die Mehrheitsparteien eine außenpolitische Grundsatzerklärung, die aufgrund ihrer parlamentarischen Mehrheit zwar demokratisch legitimiert wäre, aber eine Überschreitung ihrer verfassungsmäßigen Kompetenzen darstellte.[878]

In Zentrums-, linksliberalen und sozialdemokratischen Blättern wurden die informellen Beratungen als deutliches Anzeichen einer Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen begrüßt. Die Verhandlungen galten als nützliche Vorarbeit für eine amtliche Übereinkunft zwischen den Regierungen, die dem Wunsch der Deutschen und Polen nach „Schaffung eines freundnachbarlichen Verhältnisses“ entspreche und den Willen der deutschen Volksvertretung berücksichtige.[879] Die Zeitschriften *Polen* und

---

[874] Ueber Lage und Stimmung in Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 01.03.1918, Nr. 169. – Erleichtert registrierten die Zentrumsblätter den Stimmungsumschwung in Polen. Zur Lage des polnischen Problems, in: Kölnische Volkszeitung vom 18.03.1918, Nr. 218; Das Anwachsen der Aktivistenpartei, in: Germania vom 16.03.1918, Nr. 127; Polens letzte Stunde, in: Kölnische Volkszeitung vom 27.03.1918, Nr. 243.

[875] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 7, 122. Sitz., 06.03.1918, Sp. 8180 ff. (Seyda). – Siehe auch weiter unten, Kap. III.4.4.

[876] Für die Beratungen der Mehrheitsparteien Matthias, S. 335-344.

[877] Ein deutsch-polnisches Versöhnungsprogramm, in: Berliner Tageblatt vom 13.03.1918, Nr. 132. – Für den Entwurf der polnischen Erklärung Matthias, S. 291, Anm. 38.

[878] Conze, S. 350 f.

[879] Deutsch-polnische Verhandlungen, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.03.1918, Nr. 215 (Zitat); Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 12.03.1918, zweites Morgenblatt; Berlin, 13. März, in: Germania vom 14.03.1918, Nr. 123. – Der *Vorwärts* verwies mitleidig auf die Unruhe, die „der bloße Versuch einer Verständigung mit dem kulturell hochstehenden östlichen Randvolke in der alldeutschen Presse“ hervorrufe. Die Furcht vor dem allgemeinen und dem polnischen Frieden, in: Vorwärts vom 14.03.1918.

Polnische Blätter schlossen sich dem positiven Urteil an und werteten die Verhandlungen als Beleg für die Bereitschaft zum gemeinsamen Bündnis.[880]

Hingegen lehnten rechte Blätter die Verhandlungen durchweg ab und äußerten Zweifel, ob beide Verhandlungspartner den Willen der jeweiligen Bevölkerungsmehrheit verträten. Vor allem werteten sie die Beteiligung deutscher Abgeordneter an einer außenpolitischen Erklärung als Anzeichen einer allmählichen Parlamentarisierung des Reiches und wiesen diese entschieden zurück.[881] Dahinter stand die Sorge, dass eine Einigung mit Polen die territoriale Ausdehnung Deutschlands behindern würde. Da die Führer der Mehrheitsparteien bereit schienen, den militärischen Sieg einer als nachteilig erachteten Verständigungspolitik zu opfern, diffamierten die nationalliberalen *Berliner Neuesten Nachrichten* sie als „Verschwörer gegen die Sicherheit unseres Reiches".[882] Um den Kriegserfolg und die Durchsetzung ihrer Kriegsziele zu sichern, wollten rechte Blätter einzig der Obersten Heeresleitung die Kompetenz für die politischen Entscheidungen über Polen zugestehen.[883]

Als Reichskanzler Hertling in seiner Reichstagsrede über den Friedensvertrag mit Russland die wohlwollende Prüfung der Anregungen der polnischen Delegation zusicherte[884], schienen die informellen Beschlüsse für die Außenpolitik des Deutschen Reiches tatsächlich politisch relevant zu werden.[885] Faktisch unternahm die Reichsleitung jedoch nichts in dieser Richtung. Denn Hertling bestand auf einer vorausgehenden Übereinkunft mit Österreich-Ungarn und bevorzugte überdies direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Polens. Daher akzeptierte er die vorbereiteten Erklärungen des Regentschaftsrates und des Reichstags nicht, weshalb diese letzten Endes unterblieben.[886]

Insgesamt rief der Friedensvertrag von Brest-Litowsk eine bemerkenswerte Veränderung im Verhältnis der Polen mit den Mittelmächten hervor. Während die polnischen Abgeordneten in Galizien und Preußen in scharfe Opposition zu den jeweiligen Regierungen traten, setzte unter den aktivistischen Parteien Polens nach einer kurzen Zeitspanne der fundamentalen Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit den Mittelmächten ein neuerlicher Umschwung ein. Denn im Frühjahr 1918 stand das Deutsche

---

880 Von Volk zu Volk – von Staat zu Staat, in: Polen 4 (1918), 168, S. 329 ff.; Die deutsch-polnische Verständigung, in: Polnische Blätter 4 (1918), 90, S. 281-284.

881 Berlin, 13. März, in: Kreuzzeitung vom 13.03.1918, Nr. 132; Die Reichstagsmehrheit im polnischen Garn, in: Die Post vom 13.03.1918, Nr. 133; Quertreibereien im Osten, in: Die Post vom 14.03.1918, Nr. 134; Die Tiefe des deutsch-polnischen Gegensatzes, in: Die Post vom 18.03.1918, Nr. 142; von Zedlitz und Neukirch: Der Modus vivendi mit Polen, in: Der Tag vom 19.03.1918, illustrierter Teil.

882 R. Fr.: Ein gezinktes Kartenspiel, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 19.03.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 173.

883 „Mehrheits"-Polschewismus, in: Deutscher Kurier vom 14.03.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 71; P.B.: Polnische Pläne, in: Deutsche Tageszeitung vom 08.03.1918, Nr. 124; E.S.: Ostfragen, in: Tägliche Rundschau vom 13.03.1918, Nr. 132.

884 RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 311, 142. Sitz., 18.03.1918, S. 4425.

885 So die Befürchtung der freikonservativen *Post*: Ostfragen und deutsche Volksvertretung, in: Die Post vom 19.03.1918, Nr. 143.

886 Conze, S. 351.

Reich infolge der Friedensverträge im Osten auf dem Höhepunkt seiner militärischen Macht während des Krieges und schien zukünftig eine beherrschende Stellung in Ostmitteleuropa einzunehmen.[887] Ferner verlief die deutsche Frühjahrsoffensive im Westen zunächst erfolgreich.[888] Mit der strikten Frontstellung der Polen gegen die Mittelmächte wäre folglich das Risiko verbunden gewesen, weitere territoriale Beschneidungen des Staatsgebietes herauszufordern.[889] Offenbar trugen auch die kommunistische Machtergreifung in Russland durch die Oktoberrevolution 1917 und die Vorstellung einer zunehmenden „*bolschewistische[n] Gefahr*" in Osteuropa dazu bei, dass viele vormals indifferente und abwartende polnische Grundbesitzer, Industrielle und Angehörige des Bürgertums aus Sorge um ihren Besitz den Anschluss an die Mittelmächte suchten.[890]

Ein deutliches Indiz für den politischen Umschwung war die Neubildung der polnischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Jan Steczkowski im April 1918.[891] Damit demonstrierten der Regentschaftsrat und die polnischen Parteien ihre politische Handlungsfähigkeit und ihren Willen zur Zusammenarbeit mit den Mittelmächten.[892] Dies erschien dringend geboten, da verbindliche diplomatische Übereinkünfte nur auf Regierungsebene möglich waren. Die neue Regierung sollte Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Mittelmächte über Polen nehmen und den Forderungen der Annexion polnischer Gebiete entgegentreten, die in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend nachdrücklich vorgetragen wurden.[893]

3.5 Nichts Neues im Osten: Die „polnische Frage" in der Schwebe

Die weitere innenpolitische Entwicklung in Polen stieß in der deutschen Presse auf wenig Beachtung. Die Wahlen zum Staatsrat im April 1918 und dessen Eröffnung am 23. Juni wurden dem Zeitungsleser zwar mitgeteilt, aber nur sporadisch in der Zentrums- und linksliberalen Presse kommentiert.[894] Da der Staatsrat in der kurzen Zeit

---

887 Hildebrand.

888 Chickering, S. 218 ff.; Epkenhans, S. 218-222.

889 Siehe den eindringlichen Appell Michał Łempickis für eine weitere Zusammenarbeit mit den Mittelmächten: Neue Wege für die Politik Polens, in: Posener Neueste Nachrichten vom 07.03.1918, Nr. 5719, ursprünglich in polnischer Sprache erschienen in: Godzina Polski vom 03.04.1918. – Ebenso suchte der polnische Publizist Adam Napieralski Polen als starken Bündnispartner wieder ins Gespräch zu bringen und plädierte für eine Anlehnung an Deutschland. Napieralski. Siehe hierzu auch Dubiel.

890 Das Anwachsen der Aktivistenpartei, in: Germania vom 16.03.1918, Nr. 127 (Hervorhebung im Original gesperrt); Zur Lage des polnischen Problems, in: Kölnische Volkszeitung vom 18.03.1918, Nr. 218.

891 Pajewski, Odbudowa, S. 234 f.

892 So die Deutung linksliberaler Blätter: Erich Dombrowski: Die Kundgebung des neuen polnischen Kabinetts, in: Berliner Tageblatt vom 09.04.1918, Nr. 180; Das neue polnische Kabinett, in: Frankfurter Zeitung vom 09.04.1918, Abendblatt.

893 Zur öffentlichen „Kampagne" für die Annexion eines „polnischen Grenzstreifens" Geiss, S. 135 f.

894 Das neue Kabinett und die Staatsratswahlen in Polen, in: Germania vom 07.04.1918, Nr. 161; Erich Dombrowski: Polens innerer Aufbau, in: Berliner Tageblatt vom 23.05.1918, Nr.

seines Bestehens keine grundlegenden Projekte zum Ausbau des Staates verwirklichte und die polnischen Parteien sich auf die Aussetzung ihrer politischen Kämpfe geeinigt hatten, um der Regierung Steczkowski Verhandlungen mit dem Deutschen Reich zu ermöglichen[895], gab es nichts Aufsehenerregendes zu berichten. Dem entsprach die im Frühjahr und Sommer 1918 zu beobachtende Gleichgültigkeit und Resignation des Generalgouverneurs Beseler gegenüber der zukünftigen politischen Gestaltung Polens.[896]

Nach dem Friedensvertrag mit der Ukraine war das Vertrauen der Polen in die politischen Absichten der Mittelmächte erschüttert. Da die leichtfertige Überlassung des Cholmer Landes an die Ukraine aus polnischer Sicht unvereinbar war mit einer Personalunion zwischen Polen und Österreich, war die „austro-polnische" Lösung nachhaltig diskreditiert.[897] Ebenso hatte das Misstrauen gegenüber Deutschland spürbar zugenommen, zumal die Reichsleitung den Annexionsforderungen der Rechten nicht entgegentrat. Stattdessen hatte sich Reichskanzler Hertling prinzipiell mit Gebietserwerbungen im Osten einverstanden erklärt, als er am 25. Februar 1918 im Reichstag ausführte, „bei Regelung der Grenzfrage nur das aus militärischen Gründen Unerläßliche" für das Deutsche Reich fordern zu wollen.[898] Somit schienen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich im Winter 1918 auf einen antipolnischen Kurs eingeschwenkt zu sein. An der Haltung der Obersten Heeresleitung bezüglich eines Grenzstreifens bestanden ohnehin keine Zweifel. Der von rechten Blättern verlangte Vorrang deutscher militärischer Interessen in der auswärtigen Polenpolitik, der mit den Worten „Hindenburg muß die Grenze bestimmen" treffend beschrieben wurde, schien angesichts der Machtposition der Obersten Heeresleitung gegenüber der zivilen Reichsleitung garantiert.[899]

Im Vergleich zu den ersten beiden Kriegsjahren dominierten die deutschen Rechten seit 1917 die öffentliche Debatte über die staatsrechtliche Zukunft Polens und die territoriale Umgestaltung Ostmitteleuropas. Sie übersetzten die militärische Stärke des Deutschen Reiches in Konzeptionen imperialer Herrschaft und territorialer Hegemonie und trugen ihre Pläne zunehmend fordernder in der deutschen Öffentlichkeit vor. Ihre Vorschläge für die Zukunft Polens konnten insofern verlockend sein, als sie angesichts der Schwierigkeiten und Rückschläge beim Ausbau des polnischen Staates simple und bequeme Auswege boten, die ohne Rücksichtnahme auf die Polen und zumeist ohne Zustimmung des Bündnispartners Österreich-Ungarn durchgesetzt werden sollten.

Beispielhaft für die in der deutschen öffentlichen Debatte immer stärker hervortretenden annexionistischen und expansionistischen Vorstellungen steht der Herausgeber der literarisch-politischen Wochenschrift *Die Grenzboten*, Georg Cleinow. Cleinow war in den Jahren 1914 bis 1916 Chef der Presseverwaltung von Ober Ost und des Generalgouvernements Warschau gewesen und hatte für die Zensur in diesen Besat-

259; Die Aussichten für das neue Polen, in: Berliner Volkszeitung vom 28.06.1918, Nr. 323; Zwei Programme in Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 10.07.1918, Nr. 538.

[895] Pajewski, Odbudowa, S. 238 f.

[896] Spät, S. 492 f.

[897] Wargelin, S. 297 f. und 364; Gaul, S. 212.

[898] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 311, 133. Sitz., 25.02.1918, S. 4142. – Siehe auch Geiss, S. 138 f.

[899] Miles: Noch einmal: Polen, in: Pommersche Tagespost vom 01.07.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8770, Bl. 94. Siehe hierzu Kitchen, S. 182 ff.

zungsgebieten verantwortlich gezeichnet. Aufgrund seines rigorosen Vorgehens gegen die polnische Presse wurde er im Juli 1916 abberufen, als die Mittelmächte einen neuen politischen Kurs gegenüber Polen einschlugen.[900]

Waren Cleinows Leitartikel für die *Grenzboten* in den ersten Kriegsjahren noch neutral und zurückhaltend gegenüber den Polen, trat seine antipolnische Haltung ab dem Jahr 1917 immer stärker zutage.[901] Schließlich stellte er in einem Vortrag am 2. Mai 1918 im „Unabhängigen Ausschuss für einen Deutschen Frieden“ ein detailliertes Kriegszielprogramm für das besetzte Land vor.[902] Von einem unüberwindbaren Hass der Polen gegen die Deutschen ausgehend, prognostizierte er einen unausweichlichen Konflikt um die preußischen Ostprovinzen. Daher gefährde jegliche entgegenkommende Politik die deutsche Vorherrschaft über die „Ostmark“.[903] Um seinen Zuhörern die Brisanz der innen- und außenpolitischen „Polenfrage“ zu verdeutlichen, berief er sich auf die Vorstellung der „*polnische[n] Gefahr*“, die „wirklich kein leerer Wahn“ sei.[904] In Erwartung eines militärischen Sieges und der beherrschenden Stellung Deutschlands in Ostmitteleuropa skizzierte Cleinow ein agrarisch geprägtes, wenig industrialisiertes Polen, das innenpolitisch autonom, staatsrechtlich, militärisch und wirtschaftlich jedoch als „Schutzstaat“ unter deutscher Kontrolle bestehen sollte. Ferner habe das Deutsche Reich aus strategischen Gründen einen breiten Grenzstreifen zu annektieren und mit Deutschen zu besiedeln, um die preußischen Ostprovinzen von Polen zu trennen. Eine Reichstagsvertretung sollte dieser Grenzstreifen erst nach 45 Jahren erhalten.[905]

In seinem Vortrag hatte Cleinow die Annexionsforderungen und Beherrschungsphantasien der deutschen Rechten zusammengefasst. Durch den Abdruck in den *Grenzboten* und die Berichterstattung der deutschen Presse fanden seine Gedanken weite Verbreitung und wurden den politischen Präferenzen entsprechend kommentiert.[906] Scharf kritisierten etwa die *Polnischen Blätter* Cleinow, der Lügen über Polen verbreite und Zukunftsbilder entwerfe, deren Verwirklichung utopisch erschien: „Wir müssen diese Ausführungen hier festnageln und für ferne Generationen ein Dokument aufbewahren, wie im 20. Jahrhundert über Völkermoral, Recht und Sitte gedacht wurde. Glauben die Anhänger obiger Ideen wirklich, daß solche Wahngebilde verwirklicht werden können?“[907]

---

900 Lemke, Georg Cleinow, S. 163 f.; Garlicka, Prasa, S. 277 f.

901 Krasuski, „Grenzboten“, S. 380.

902 Georg Cleinow: Die Polenfrage vor der Entscheidung. Ein Vortrag, gehalten im Unabhängigen Ausschuß für einen Deutschen Frieden am 2. Mai 1918, in: Die Grenzboten 77,2 (1918), 19, S. 137-153, auch als Broschüre publiziert: Cleinow, Polenfrage.

903 Cleinow, Polenfrage, S. 139, 143 f., 147 f. und 150.

904 Ebenda, S. 138 (Hervorhebung im Original gesperrt).

905 Ebenda, S. 150 f.

906 Exemplarisch für die deutsche Presse: Die Polenfrage, in: Tägliche Rundschau vom 03.05.1918, Nr. 225; Ein Polenvernichter, in: Vorwärts vom 03.05.1918.

907 Mundus vult decipi ..., in: Polnische Blätter 4 (1918), 94, S. 97-103, hier S. 102. Siehe auch Władysław Studnicki: Zum provozierenden Projekt des Herrn Cleinow, in: Polnische Blätter 4 (1918), 104, S. 106-111; Vor der Regelung der Polenfrage, in: Polnische Blätter 4 (1918), 96, S. 165-172, hier S. 169 ff.

Überdies warnte Cleinow in den *Grenzboten* eindringlich vor der „austro-polnischen Lösung“, da der „moderne Polonismus“ eine revolutionäre und panslawistische Bewegung sei, die ein „slawisiertes Österreich-Ungarn“ verwirklichen und zum „Kampf gegen das Deutschtum“ mobilisieren werde.[908] Der deutschfreundliche Publizist Władysław Studnicki suchte die Unterstellungen Cleinows argumentativ zu widerlegen, indem er als positiven Gegenentwurf einen nach Osten ausgedehnten polnischen Staat als wertvollen Bündnispartner der Mittelmächte skizzierte.[909] Hingegen erachtete die polnische Frauenrechtlerin Iza Moszczeńska die sachliche Auseinandersetzung mit den deutschen Rechten als aussichtslos. Vielmehr rechnete sie schonungslos mit Cleinows Tätigkeit als Chef der Presseverwaltung und Leiter der Zensur in Warschau ab, wo er den polnischen Zeitungen strikt untersagt habe, Artikel über das Krakauer Oberste Polnische Nationalkomitee oder die Polnischen Legionen zu veröffentlichen. Offenbar sei die Zensur derart gründlich gewesen, fügte Moszczeńska mit bitterer Ironie hinzu, dass Cleinow über diese Themen selbst nichts wisse, obwohl er als „Sachverständiger in polnischen Angelegenheiten“ gelten wolle. Ferner empörte sie sich, dass die Anstellung von Deutschen mit strikt antipolnischer Haltung in Schlüsselstellungen der Warschauer Zivilverwaltung eine wirkungsvolle deutsch-polnische Verständigungspolitik unmöglich gemacht habe.[910] Mit Cleinow und Zivilverwaltungschef Wolfgang von Kries seien „zwei der heftigsten Gegner eines polnischen Staatswesens“ am Ausbau des Staates beteiligt gewesen, sekundierte die Wochenschrift *Polen*.[911]

Ebenso hart urteilten die *Polnischen Blätter* im Sommer 1918 über die Besatzungspolitik der Mittelmächte. Da die im Patent vom 12. September 1917 zugesagte Übergabe der Staatsgewalt und der Verwaltungszweige kaum voranschreite, sondern die faktische Macht bei den Besatzungsmächten verbleibe, seien die polnische Regierung und Verwaltung weiter von deren gutem Willen abhängig.[912] Währenddessen werde die polnische Industrie durch Stilllegungen, Requisitionen und Enteignungen vollkommen ruiniert. Zudem bereicherten sich deutsche „Kriegsgesellschaften“ durch den sogenannten „freihändigen Ankauf“ in Polen, wobei sie den Preis für zu beschlagnahmende Güter selbst bestimmen dürften. Vom Verkauf dieser Güter in Deutschland würden al-

[908] Georg Cleinow: Mitteleuropa und die Polen, in: Die Grenzboten 77,2 (1918), 24, S. 265-269, Zitate S. 267.

[909] Władysław Studnicki: Der angeblich revolutionäre und panslawistische Charakter Polens. Eine Antwort an Herrn Georg Cleinow, in: Polnische Blätter 4 (1918), 102, S. 56-59. – Für die Replik: Georg Cleinow: Die Polen am Scheidewege. Eine Antwort an Herrn Wl. Studnicki, in: Die Grenzboten 77,3 (1918), 37, S. 257-260.

[910] Iza Moszczeńska: Die Informationen des Herrn Cleinow, in: Polnische Blätter 4 (1918), 100, S. 13-16, Zitat S. 15.

[911] Der deutsche Standpunkt in der Polenfrage, in: Polen 4 (1918), 175, S. 105-108, hier S. 106.

[912] Bronisław Czyński: Das Patent vom 12. September 1917 und seine Ausführung, in: Polnische Blätter 4 (1918), 102, S. 49-53, hier S. 49 f. und 52. Ferner: Das Gebot der Stunde, in: Polnische Blätter 4 (1918), 95, S. 129-135, hier S. 129 f. und 134; Tadeusz Grużewski: Es klingt paradox und doch ist es Tatsache!, in: Polnische Blätter 4 (1918), 103, S. 73-76; Im Zeichen der Verzögerungen, in: Polen 4 (1918), 180, S. 281 f.

lein die deutschen Industriellen und Handelsgesellschaften profitieren.[913] Der schwerwiegende Vorwurf, dass die Übergabe der Staatsgewalt an die Polen bewusst verzögert worden sei, um das Land zugunsten der deutschen Wirtschaft auszubeuten, wirft ein grelles Licht auf die Auffassung der verständigungsbereiten Polen von der deutschen Besatzungsverwaltung.

Überdies beschuldigte die Wochenschrift *Polen* die deutsche Reichsleitung, sich nur um ein gutes Verhältnis zu den Polen bemüht zu haben, solange deren Haltung in militärischer und materieller Hinsicht für den Kriegsverlauf relevant schien. Im Zeichen militärischer Erfolge und unter dem Eindruck einer starken annexionistischen Bewegung in Deutschland habe sie sich jedoch zunehmend ratlos gezeigt. Mithin habe sie seit Kriegsbeginn weder eine klare politische Linie, noch einen langfristigen Plan in Polen verfolgt:

> „Statt dessen sind wir seit bald vier Jahren Zeugen einer ersichtlichen Ideenlosigkeit, eines Hantierens von Fall zu Fall, eines Richtungen wechselnden ruckweisen Vorgehens – lauter Beweise einer Unentschlossenheit, die durchaus nicht durch Unsicherheit des Erfolges im Kriege gerechtfertigt werden können.“[914]

Gleichermaßen griff die Wochenschrift die Politik Österreich-Ungarns an. Als der Polnischen Presseagentur im Mai 1918 „von informierter Seite“ mitgeteilt wurde, dass der Anschluss Polens an Österreich eine ernstzunehmende politische Option darstelle, habe es sich um „das erste öffentliche, halb- oder vierteloffiziöse Bekenntnis zur sogenannten austro-polnischen Lösung“ gehandelt. Davor sei die Wochenschrift stets von der Zensur gehindert worden, öffentlich für diese Lösung zu werben, was anhand der „‚weißen Flecken‘ auf den Blättern dieser Zeitschrift“ nachvollzogen werden könne.[915]

Die öffentliche Kritik, dass beide Besatzungsmächte trotz ihrer äußerlich wohlwollenden Politik planlos und unentschlossen gehandelt, die Entscheidung über die Zukunft Polens verschleppt und wichtige politische und staatsrechtliche Weichenstellungen blockiert hätten, rührt an den Kern der „polnischen Frage“ während des Krieges. Tatsächlich hingen die Schwierigkeiten beim Ausbau des Staates und die Probleme der Besatzungsherrschaft mit der dualistischen Besatzungsverwaltung in Polen und der Uneinigkeit der Mittelmächte zusammen.[916] Aus polnischer Sicht war dadurch eine vielversprechende staatliche Entwicklung vereitelt worden. In der wiederholt vorgetragenen harschen Kritik offenbarte sich die Desillusionierung und Enttäuschung über die Polenpolitik der Mittelmächte. Zwar hielten die Zeitschriften *Polen* und *Polnische*

---

[913] Henryk Tennenbaum: Die deutschen Behörden und die polnische Industrie, in: Polnische Blätter 4 (1918), 104, S. 97-101, hier S. 98 f.

[914] Der deutsche Standpunkt in der Polenfrage, in: Polen 4 (1918), 175, S. 105-108, hier S. 105.

[915] Ein erster Schritt, in: Polen 4 (1918), 178, S. 225 ff., Zitate S. 225. – In der Wochenschrift *Polen* waren während des Krieges häufig Passagen oder Artikel zensiert, mitunter auch einzelne Ausgaben nicht ausgeliefert worden. Siehe hierzu: Einstellung der Wochenschrift „Polen“, in: Polen 4 (1918), 208, S. 243-247, hier S. 244 f.

[916] Szymczak.

Blätter rhetorisch an ihrem Verständigungskurs fest, gaben allerdings deutlich zu verstehen, dass sie kaum mehr an ein Bündnis mit den Mittelmächten glaubten.

In der deutschen Presse wurden die negativen Aspekte der Besatzungsherrschaft ebenfalls thematisiert, wenn auch weniger anklagend. Im *Berliner Tageblatt* kritisierte der linksliberale Journalist Erich Dombrowski den „schroffen Machtwillen" der Behörden im Umgang mit der polnischen Bevölkerung sowie die Verwaltungstrennung zwischen den Generalgouvernements, ferner sah er in den deutschen „Annexionsgelüsten" ein bedeutendes Hemmnis für den weiteren Ausbau des polnischen Staates.[917] Dabei nahm er die Perspektive der polnischen Bevölkerung ein und beschrieb eindrücklich deren Beschwerden über Requisitionen und Beschlagnahmungen gegen zu geringe Entschädigungen und über die große Teuerung. Die seit Kriegsbeginn in Deutschland festgehaltenen polnischen Arbeiter und die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte unter Ausnutzung ihrer materiellen Not brandmarkte er als „Menschenrequisitionen" und „Arbeiterfang gewissenloser Agenten". Laut Dombrowski könne die wirtschaftliche Notlage in Polen jedoch durch politische Zugeständnisse überdeckt werden: „Diese wirtschaftspsychologischen Tatsachen würden aber meines Erachtens sofort sehr stark in den Hintergrund treten, wenn die Polen endlich von den Mittelmächten klaren Wein über ihre staatliche und wirtschaftliche Zukunft eingeschenkt bekommen würden".[918] Das Königreich Polen sei nicht nur „wie eine tote Figur auf dem Schachbrett" zu behandeln, sondern „als nationales und staatliches Gebilde mit einem Eigenleben".[919]

Doch die „polnische Frage" blieb auf der politischen Ebene im Frühjahr und Sommer 1918 weiterhin in der Schwebe: Weder entschieden die Mittelmächte über das zwischenstaatliche Verhältnis zu Polen noch leiteten sie Schritte zur größeren Selbständigkeit des Staates ein. Diese Ungewissheit über die Zukunft Polens war Ausgangspunkt der letzten großen Debatte des Krieges über die „polnische Frage" in der deutschen Öffentlichkeit, die sich an unbestätigten Meldungen über das Ergebnis der „Kaiserzusammenkunft" am 14. und 15. August 1918 im deutschen Hauptquartier entzündete. Die Presse erwartete, dass ein endgültiger Beschluss über Polen gefasst und die Königsfrage entschieden werde, teilte die Wiener *Neue Freie Presse* vorab mit.[920]

---

917 Erich Dombrowski: Polens innerer Aufbau, in: Berliner Tageblatt vom 23.05.1918, Nr. 259.

918 Ders.: Die Stimmung in Polen, in: Berliner Tageblatt vom 13.08.1918, Nr. 410. – Für den Wunsch nach einer baldigen Entscheidung über die Zukunft Polens siehe auch Richard Bahr: Die polnische Frage, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 11.06.1918; ders.: Um die polnische Zukunft, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 16.07.1918; ders.: Der Stand der polnischen Frage, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 11.08.1918, alle in: BArch R 8034/II, Nr. 8770, Bl. 67, 99 und 121.

919 Erich Dombrowski: Die „Lösungen" der polnischen Frage, in: Berliner Tageblatt vom 08.06.1918, Nr. 288. Für ähnliche Kritik an der Behandlung Polens als „Objekt" der Mittelmächte: Eine neue Teilung Polens?, in: Leipziger Volkszeitung vom 24.05.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8770, Bl. 50.

920 Die Besprechungen im deutschen Hauptquartier, in: Neue Freie Presse vom 14.08.1918, Morgenblatt.

Die Teilnahme des polnischen Außenministers Janusz Radziwiłł und des polnischen Gesandten in Berlin, Adam Ronikier, bestärkten diese Hoffnung.[921]

Nachdem die Verhandlungen über das Bündnis und über die politische und militärische Lage abgeschlossen waren, setzten in der deutschen Presse Spekulationen über eine Entscheidung ein, die selbst durch ein Dementi des offiziösen Wiener *Fremdenblatts* kaum abgeschwächt wurden.[922] „Obgleich noch keinerlei bestimmte Nachrichten über die Beratungen im Großen Hauptquartier vorliegen, kann eine Einigung in der polnischen Frage jetzt als ziemlich sicher gelten", eröffnete das *Berliner Tageblatt* einen Artikel, in dem es die vermeintliche Entscheidung über ein selbständiges Königreich Polen mit dem österreichischen Erzherzog Karl Stephan als Monarchen mitteilte und kommentierte.[923] Andere Blätter griffen die Meldung auf und erörterten sie ausgiebig, ohne sich um deren Wahrheitsgehalt zu kümmern.[924] So druckte die als seriös geltende *Frankfurter Zeitung* das „amtliche Communiqué" ab, in dem zwar die volle Übereinstimmung beider Kaiser in politischen und militärischen Angelegenheiten mitgeteilt wurde, ohne aber Polen zu erwähnen.[925] Das Blatt bedauerte die vage Formulierung der Meldung, die der „Auslegungskunst [...] freie Bahn" lasse[926], und beteiligte sich – wie zur Bestätigung dieser Aussage – an den Spekulationen über die Zukunft Polens und den designierten König.[927]

Ähnlich verfuhren viele Zeitungen, die die Meldung wiedergaben, sie entsprechend ihrer politischen Auffassung bewerteten und überdies die Vermutungen anderer Blätter erörterten. So stand die rechte Presse der Berufung Karl Stephans aufgrund der dynastischen Verbindung zu Österreich und der engen Beziehungen zum polnischen Hochadel Galiziens äußerst skeptisch gegenüber[928], verteidigte aber die Einbeziehung Polens in die deutsche Einflusssphäre, wodurch die Machtstellung gegenüber Österreich-Ungarn

---

[921] Die polnische Frage, in: Neue Freie Presse vom 14.08.1918, Abendblatt. – Für die deutsche Presse waren durch die Teilnahme polnischer Vertreter offizielle diplomatische Besprechungen zwischen Deutschland und Polen aufgenommen worden. Die Stimmung in Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 22.08.1918, zweites Morgenblatt; Die Erstehung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 23.08.1918, Nr. 662.

[922] Die Kaiserzusammenkunft im deutschen Hauptquartier, in: Fremdenblatt vom 14.08.1918, Morgenausgabe, wiedergegeben in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.08.1918, Morgenausgabe.

[923] Die polnische Frage. Erzherzog Karl Stephan, in: Berliner Tageblatt vom 16.08.1918, Nr. 416.

[924] Mit den Worten: „Soweit wir unterrichtet sind, dürfte diese Mitteilung in der Hauptsache zutreffend sein", nahm die *Germania* die Meldung des *Berliner Tageblatts* auf und erörterte diese. Die Zusammenkunft im Hauptquartier, in: Germania vom 16.08.1918, Nr. 380.

[925] Die Kaiser-Zusammenkunft, in: Frankfurter Zeitung vom 17.08.1918, erstes Morgenblatt.

[926] Das polnische Problem, in: Frankfurter Zeitung vom 18.08.1918, zweites Morgenblatt.

[927] Das polnische Problem, in: Frankfurter Zeitung vom 19.08.1918, Abendblatt. Siehe auch: Ein selbständiges Königreich Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 17.08.1918, erstes Morgenblatt; Das Königreich Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 17.08.1918, zweites Morgenblatt.

[928] Uebereilte Entscheidung, in: Die Post vom 17.08.1918, Nr. 418; Zweihundertundelfte Kriegswoche, in: Tägliche Rundschau vom 19.08.1918, Nr. 421; Reichstag und Ostfragen,

gefestigt werde.[929] Die Zentrumspresse wiederum begrüßte den katholischen Erzherzog Karl Stephan als geeigneten König für das katholische Polen.[930] Der linksliberalen *Frankfurter Zeitung* zufolge garantiere der Kandidat, dass die alldeutschen Annexionspläne fallengelassen worden seien. Denn es erschien kaum vorstellbar, dass ein Habsburger auf den polnischen Thron entsandt würde, wo er von vornherein als Vertreter eines territorialen Verzichts erscheinen müsste.[931] Allerdings beanstandete der *Vorwärts* die Staatsform der Monarchie, die Berufung eines Königs aus dem polnischen Hochadel und die Nichtbeachtung des Bevölkerungswillens.[932]

Obwohl in vielen Artikeln erwähnt wurde, dass die Erörterungen allein auf unbestätigten Meldungen beruhten, konnte der Zeitungsleser aufgrund der Masse an Nachrichten und Kommentaren in der Presse den Eindruck gewinnen, dass die Entscheidung tatsächlich gefällt worden sei. Die Vorbehalte einiger Blätter und das Dementi aus Österreich-Ungarn wurden einfach übergangen, weshalb sich die Wochenschrift *Polen* verwundert über die „Interpretationslust" der reichsdeutschen Presse zeigte.[933] Die Frage nach der Entstehung und Verbreitung des Gerüchts war für deutsche Blätter nicht relevant.[934] Als k.u.k. Außenminister Stephan Burián und der polnische Außenminister Janusz Radziwiłł die angebliche Entscheidung bestritten und weitere Verhandlungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen in Aussicht stellten[935], druckten sie die Meldung ab und gingen zur Tagesordnung über. Ende August 1918 war das Thema für die Presse vorläufig erledigt, ohne dass die vermeldete Entscheidung tatsächlich erfolgt war.

Die bereitwillige Aufnahme der Meldung und die intensive Erörterung zeigen, dass die deutschen Zeitungen großes Interesse an einer endgültigen Entscheidung über Po-

---

in: Deutsche Tageszeitung vom 20.08.1918, Nr. 421; J. Br.: Die Königswahl in Polen, in: Deutsche Tageszeitung vom 22.08.1918, Nr. 425.

[929] Politische Tagesübersicht, in: Kreuzzeitung vom 17.08.1918, Nr. 418; Die Verhandlungen über die polnische Frage, in: Kreuzzeitung vom 21.08.1918, Nr. 424; Der Erfolg der polnischen Abordnung im Hauptquartier, in: Die Post vom 21.08.1918, Nr. 425; H. R.: Fragen der Ostpolitik, in: Tägliche Rundschau vom 21.08.1918, Nr. 426.

[930] Das polnische Königtum, in: Kölnische Volkszeitung vom 17.08.1918, Nr. 645; Berlin, 21. August, in: Germania vom 22.08.1918, Nr. 389; Die Erstehung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 23.08.1918, Nr. 662.

[931] Frankfurt, 16. August, in: Frankfurter Zeitung vom 16.08.1918, Abendblatt.

[932] Das Ergebnis der Hauptquartier-Beratung, in: Vorwärts vom 17.08.1918; Polen, in: Vorwärts vom 18.08.1918; Polen, in: Vorwärts vom 21.08.1918.

[933] Die Lösung zu Dritt, in: Polen 4 (1918), 190, S. 161 ff., hier S. 161.

[934] Im Hinblick auf den Ursprung des Gerüchts stellte die *Kreuzzeitung* lapidar fest: „Wie das möglich war, ist bisher nicht aufgeklärt worden". Politische Tagesübersicht, in: Kreuzzeitung vom 19.08.1918, Nr. 421.

[935] Graf Burian über Polen und die Friedensfrage, in: Vossische Zeitung vom 20.08.1918, Nr. 424; Graf Burian über die polnische Frage, in: Kreuzzeitung vom 20.08.1918, Nr. 423. Es handelt sich um ein Interview der Budapester Zeitung *Az Újság* [Die Zeitung] mit Burián. – Für die Stellungnahme Radziwills: Neue Erklärungen des Prinzen Radziwill, in: Kreuzzeitung vom 26.08.1918, Nr. 433; Prinz Radziwill über die polnische Frage, in: Freisinnige Zeitung vom 27.08.1918.

len besaßen. Nachdem die in den Friedensvertrag mit der Ukraine gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllt hatten, war Polen wieder in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Angesichts der stets aufs Neue enttäuschten Erwartungen zeigten sich auch die verständigungswilligen Zeitungen entmutigt, obwohl sie durch ihre Berichterstattung die Erwartungshaltung selbst erzeugt hatten. Von den zuversichtlichen und euphorischen Beiträgen über Polen aus den ersten Kriegsjahren und den daran anschließenden verheißungsvollen Entwürfen für eine deutsch-polnische Verständigung war nichts mehr zu spüren. Der langwierige staatliche Ausbau des Landes, die gescheiterte Heeresbildung und die immer wieder verschobene Entscheidung über das zwischenstaatliche Verhältnis Polens zu den Mittelmächten hatten dazu beigetragen, dass sich parallel zur „Kriegsmüdigkeit" der Bevölkerung und der Soldaten auch in der Presse eine Art von Überdruss an Erörterungen über die „polnische Frage" verbreitete.[936]

Als die polnische Regierung am 31. August 1918 ihre Demission einreichte, zeigten deutsche Blätter kaum Interesse. Die offizielle Begründung, Ministerpräsident Jan Steczkowski scheide wegen schwerer Krankheit aus dem Amt, wurde meist kommentarlos mitgeteilt[937], gleichwohl die Demission der übrigen Minister damit nicht plausibel erklärt werden konnte. Der eigentliche Grund war eine geheime Note Steczkowskis an die Mittelmächte vom 29. April 1918. Darin hatte er ein Bündnis, eine Militärkonvention und ein Handelsabkommen mit den Mittelmächten ebenso akzeptieren wollen wie den Verlust von Teilen des Gouvernements Suwałki, wenn im Gegenzug die territoriale Integrität Kongresspolens anerkannt und Kompensationen im Osten garantiert würden. Die Note stellte ein konkretes Bündnisangebot Polens an die Mittelmächte dar, war aber nicht erwidert worden.[938] Im Wortlaut wurde sie einer breiten Öffentlichkeit erst bekannt, als sie im August 1918 in deutscher Sprache in den *Polnischen Blättern* und im *Berliner Tageblatt* mitgeteilt wurde.[939] Die Veröffentlichung der Note löste eine politische Krise in Polen aus. Aufgrund der Empörung unter den polnischen Parteien über die bereitwillige Aufgabe polnischer Gebiete verlor die Regierung Steczkowski ihren Rückhalt im Staatsrat und sah sich zum Rücktritt gezwungen.[940]

---

936 Zu Kriegsmüdigkeit und Friedenshoffnungen in Deutschland 1918 Ziemann.

937 Die Stimmung in Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 22.08.1918, zweites Morgenblatt; Der Rücktritt des Ministerpräsidenten, in: Frankfurter Zeitung vom 07.09.1918, zweites Morgenblatt; Vom „Sinn" des polnischen Passivismus, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.09.1918, Nr. 730.

938 Conze, S. 358 f.

939 Note der Königlich Polnischen Regierung an die Regierungen der Zentralmächte, in: Polnische Blätter 4 (1918), 102, S. 66 f.; Polens Bedingungen. Die Grundlage der Verhandlungen, in: Berliner Tageblatt vom 25.08.1918, Nr. 433. – Laut der Zeitungskorrespondenz *Warschauer Mitteilungen* war die Note bereits zuvor in polnischsprachigen Blättern Galiziens veröffentlicht worden, ohne Aufsehen zu erregen. Zur politischen Lage in Polen, in: Warschauer Mitteilungen vom 02.09.1918.

940 Bezüglich des Motivs für die Veröffentlichung der Note gibt es unterschiedliche Auffassungen: Janusz Pajewski nimmt mit Bezug auf Bogdan von Hutten-Czapski an, dass das *Berliner Tageblatt* die Note veröffentlicht habe, um die Mittelmächte zu einer Stellungnahme über die Zukunft Polens zu bewegen. Pajewski, Odbudowa, S. 236; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 498. – Laut Werner Conze hatte das Auswärtige Amt die Note im *Berliner Tageblatt*

Die geringe Resonanz der deutschen Presse kann zum einen mit den enttäuschten Erwartungen infolge der „Kaiserzusammenkunft“ und der daran anknüpfenden Spekulationen erklärt werden, die auf eine baldige Entscheidung über die Zukunft Polens hindeuteten. Zum anderen rückten im Herbst 1918 bedeutende innen- und außenpolitische Ereignisse in den Mittelpunkt der Berichterstattung, die gewissermaßen den Epilog der letzten Hoffnungen auf eine deutsch-polnische Verständigung einleiteten. Mit der Umbildung der Reichsregierung wurden die Parlamentarisierung Deutschlands und die Demokratisierung Preußens vorangetrieben; ferner kündigte das deutsche Waffenstillstandsangebot das baldige Kriegsende an. Die Anerkennung der Vierzehn Punkte Wilsons als Grundlage von Waffenstillstandsverhandlungen durch den neuen Reichskanzler Max von Baden veränderte das deutsch-polnische Verhältnis entscheidend: Auf polnischer Seite wurde der 13. Punkt, in dem ein unabhängiges Polen aus allen von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnten Gebieten mit Zugang zum Meer gefordert wurde, dahingehend aufgefasst, dass alle polnischen Landesteile in einem unabhängigen Staat zu vereinigen seien.[941] In diesem Sinne äußerten sich im Oktober 1918 der Regentschaftsrat in einem Aufruf an die „polnische Nation“, ferner die polnischen Abgeordneten im Reichstag und die polnischen Organisationen, Wahlkomitees und Parteien in Deutschland.[942] Während etwa das Zentrumsblatt *Bayerischer Kurier* und die sozialdemokratische *Volkswacht* begrüßten, dass Polen „sein virtuelles bisheriges Dasein in die Leibhaftigkeit“ umwandele und damit die Versäumnisse der Besatzungsmächte in Eigenregie nachhole[943], wies die große Mehrheit der deutschen Presse die Erklärungen empört zurück und erörterte mögliche Auswirkungen auf die preußischen Ostprovinzen.[944] Was die Besatzung in Polen anbetraf, gaben sich die Zeitungen keinen Illusionen hin, diese noch länger aufrechterhalten zu können.

In seinem Aufruf hatte der Regentschaftsrat den Anspruch auf die Ausübung der Staatsgewalt und auf die Souveränität des polnischen Staates unmissverständlich vorgetragen. In den folgenden Wochen degradierte er die Besatzungsmächte zu passiven Zuschauern seiner Machtübernahme in Polen, bis diese angesichts des Zerfalls Österreich-Ungarns und der politischen Umwälzung im Deutschen Reich die Generalgouvernements aufgaben. In der deutschen Presse wurden die Nachrichten über die Entwaffnung deutscher Soldaten und die Übernahme der Verwaltung durch die Polen

---

veröffentlicht, um die Polen auf das Bündnis mit den Mittelmächten festzulegen. CONZE, S. 374 f.

941 PAJEWSKI, Odbudowa, S. 223 f.

942 HOLZER/MOLENDA, S. 381 ff.; CONZE, S. 388; SCHUMACHER, S. 12 ff.

943 Die Auferstehung Polens, in: Bayerischer Kurier vom 09.10.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8771, Bl. 17 f. (Zitat); Das neue Polenreich, in: Volkswacht vom 09.10.1918, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 49.

944 Exemplarisch: Die Polen und Wilson, in: Die Post vom 09.10.1918, Nr. 517; F.H.: Die Stunde Polens, in: Tägliche Rundschau vom 09.10.1918, Nr. 516; W.K.: Das jüngste Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 31.10.1918, zweites Morgenblatt.

wiedergegeben[945], ebenso das Eintreffen Józef Piłsudskis in Warschau am 11. November 1918 und die Übertragung der Staatsgewalt an diesen.[946]

Bereits nach der Annahme von Wilsons Friedensbedingungen und dem Aufruf des Regentschaftsrates hatten rechte Blätter die „verfehlte Polenpolitik" der Reichsleitung scharf kritisiert.[947] Auch die *Kölnische Volkszeitung* beteiligte sich an den Attacken gegen Bethmann Hollweg und Beseler. Ein bis November 1918 in der Besatzungsverwaltung in Polen tätiger Deutscher beschimpfte den polnischen Staat als „Missgeburt" und „Phantasiereich", ferner beklagte er den Undank der Polen gegenüber der wohlwollenden Politik der Mittelmächte.[948] Mit Blick auf das sich zusehends verschlechternde diplomatische Verhältnis zu Polen und die drohende Abtrennung der preußischen Ostprovinzen wandte sich selbst das führende Zentrumsblatt von der Vorstellung einer deutsch-polnischen Verständigung ab und gab die antipolnischen Ressentiments der deutschen Rechten wieder.

Hingegen wiederholte der linksliberale Reichstagsabgeordnete Georg Gothein im *Berliner Tageblatt* angesichts des militärischen Zusammenbruchs und der heraufziehenden politischen Umwälzung in Deutschland seinen Vorschlag des nach Osten ausgedehnten polnischen Nationalitätenstaates.[949] Auch übte der Germanist Albert Malte Wagner in der freikonservativen Zeitschrift *Das Neue Deutschland* scharfe Kritik an der deutschen Besatzungsverwaltung während des Krieges. Er verurteilte die Führungsschwäche Beselers, der sein Vorhaben einer Verständigungspolitik nicht habe durchsetzen können, und die Auswahl „ausgesprochene[r] Hakatisten" als Beamte, die „eine widerwärtig parvenuehafte Ueberschätzung eigener Kraft und eigenen Könnens" und den „preußische[n] Unteroffizier- und Polizeiton" nach Polen mitgebracht und damit die Verständigungspolitik erschwert hätten.[950] Allerdings stellten Gothein und Wagner im Herbst 1918 Ausnahmen in der deutschen Berichterstattung über Polen dar.

---

[945] Für ausführliche Augenzeugenberichte Theodor Koehn: Das Schicksal der deutschen Verwaltung in Polen, in: Vossische Zeitung vom 17.11.1918, Nr. 589; Dr. Becker: Die letzten Tage der deutschen Herrschaft in Posen, in: Kölnische Volkszeitung vom 08.12.1918, Nr. 966. – Generalgouverneur Beseler schilderte im August 1919 in der *Vossischen Zeitung* seine Abreise aus Warschau. v. Beseler: Die Auflösung des Generalgouvernements Warschau, in: Vossische Zeitung vom 13.08.1919, Nr. 409. Eine durch ihn selbst beim Kriegsministerium beantragte gerichtliche Untersuchung seiner angeblichen Flucht aus Polen wurde eingestellt. Conze, S. 402.

[946] Pilsudski vorläufig Diktator, in: Freisinnige Zeitung 14.11.1918; Pilsudski – Diktator, in: Vorwärts vom 14.11.1918.

[947] Politische Tagesübersicht, in: Kreuzzeitung vom 09.10.1918, Nr. 516; F.K.: Polnische Sturmzeichen, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 19.10.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 183; E.S.: Die Polen-Tragikomödie, in: Tägliche Rundschau vom 20.10.1918, Nr. 537; Oktavio von Zedlitz und Neukirch: Ludendorff und die Polen, in: Die Post vom 29.10.1918, Nr. 554.

[948] Dr. Becker: Wir und die Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 28.12.1918, Nr. 1014.

[949] Georg Gothein: Die Ansprüche der Polen. Die polnische Lösung, in: Berliner Tageblatt vom 01.11.1918, Nr. 559.

[950] Albert Malte Wagner: Zusammenbruch in Polen, in: Das Neue Deutschland 7 (1918/19), 1, S. 89 ff., Zitat S. 90, in Auszügen nachgedruckt in: Polen und Deutschland, in: Germania

Vielmehr häuften sich die Meldungen über die zunehmende Pogromstimmung und die gewaltsamen Ausschreitungen gegen Juden in Polen und Galizien, beispielsweise in Lemberg im November 1918.[951] Nicht nur die rechte Presse reaktivierte das Vorurteil eines vermeintlich tiefverwurzelten polnischen Antisemitismus, auch linksliberale Blätter prangerten die polnische „Judenhetze" scharf als „förmlichen Vernichtungskrieg" gegen die jüdische Bevölkerung an.[952] Aufgrund der Meldungen über den Machtkampf zwischen dem Regentschaftsrat und der polnischen Nationaldemokratie in Polen[953], über die gewaltsame Eskalation des polnisch-ruthenischen Konflikts in Galizien[954] und über eine befürchtete bolschewistische Umwälzung in Ostmitteleuropa[955] sahen deutsche Blätter ihre Auffassung bestätigt, dass das Chaos in Polen auf den Abzug der Besatzungsmächte als Ordnungsfaktoren zurückzuführen sei.[956] Mit der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland[957] und dem „Großpolnischen Aufstand" in der Provinz Posen zum Jahresende 1918 schien das Konfliktverhältnis beider Staaten besiegelt. Polen machte nun als unabhängiger Staat auf Seiten der Siegermächte des Krieges seine Ansprüche auf preußische Gebiete geltend.

Die Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916 – so das Fazit dieses Kapitels – markierte einen signifikanten Wechsel der Deutungshoheit in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage". Stellte die Proklamation eine politische Zäsur in der deutschen auswärtigen Polenpolitik dar, wodurch die von Deutschen und Polen in zahlreichen Veröffentlichungen propagierte Verständigung politisch eingeleitet wurde, war diese Vision im Sommer 1917 weitgehend aus der öffentlichen Debatte verschwunden. Zwar war eine wichtige außenpolitische Entscheidung gegen die An-

---

vom 05.12.1918, Nr. 568. In einem weiteren, überaus idealistischen Beitrag verfocht Wagner die Freiheit Polens als Voraussetzung für die Völkerverständigung mit Deutschland. Ders.: Polen und die deutsche Freiheit. Unpopuläre Bemerkungen, in: Das Neue Deutschland 7 (1918/19), 11, S. 212-217.

951 Prusin, S. 75-91; Zieliński, S. 402-413; Schuster, S. 426-434.

952 Die Judenhetze in Polen, in: Freisinnige Zeitung vom 03.12.1918 (Zitat); Judenpogrome in Westgalizien und Polen, in: Berliner Tageblatt vom 22.11.1918, Nr. 598; Die polnischen Judenmetzeleien, in: Berliner Tageblatt vom 27.11.1918, Nr. 607.

953 Die Regierungskrisis in Polen, in: Vossische Zeitung vom 05.11.1918, Nr. 567; Der Umsturz in Polen, in: Vorwärts vom 06.11.1918; Was geht in Polen vor?, in: Freisinnige Zeitung vom 06.11.1918; Die Lage in Polen, in: Frankfurter Zeitung vom 09.11.1918, erstes Morgenblatt.

954 Lemberg und Przemysl von den Ruthenen besetzt, in: Berliner Tageblatt vom 03.11.1918, Nr. 563.

955 Die Gefahr des Bolschewismus in Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 10.10.1918, Nr. 800; Der Bolschewismus in Polen, in: Germania vom 12.10.1918, Nr. 477; Bolschewismus in Oberschlesien, in: Germania vom 30.12.1918, Nr. 606.

956 Die Entente und die Polenausschreitungen, in: Vorwärts vom 11.12.1918, Abendausgabe; Der Abbruch der polnischen Beziehungen, in: Freisinnige Zeitung vom 18.12.1918;

957 Gegenüber der *Vossischen Zeitung* führte der vormalige deutsche Gesandte in Polen, Harry Graf Kessler, die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen auf den Druck der Entente und der polnischen Nationaldemokratie zurück. Der deutsch-polnische Bruch, in: Vossische Zeitung vom 17.12.1918, Nr. 644.

nexionsbestrebungen der Rechten und zugunsten der Befürworter gemäßigter Kriegsziele gefällt worden, denn mit der Errichtung des polnischen Staates schien die Etablierung einer indirekten Herrschaft in Ostmitteleuropa ohne direkte Gebietserwerbungen eingeläutet. Aus Sicht der den Polen wohlgesinnten deutschen Parteien und Medien wurde damit – zumindest in den außenpolitischen Beziehungen – das Programm einer deutsch-polnischen Verständigung in die Praxis umgesetzt. Für die Polen handelte es sich überdies um einen Akt der Gerechtigkeit und die teilweise Wiedergutmachung der Teilungen des Landes im 18. Jahrhundert.

Problematisch waren jedoch die Erwartungen der verschiedenen parteipolitischen Richtungen an den neuen polnischen Staat. Die unter den Verständigungsbefürwortern gehegte Hoffnung, dass Polen sich als Bündnispartner der Mittelmächte bewähren und dessen militärische Unterstützung gegen Russland mit dem sukzessiven Ausbau des Staatswesens belohnt werde, kühlte nach dem missglückten Heeresaufruf ab. Die Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Presse berichtete zwar über politische Ereignisse in Polen und zog Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen, ließ sich jedoch nicht auf detaillierte Problem- und Fehleranalysen der zögerlichen und unentschlossenen Politik der Mittelmächte ein. Jenseits ihrer wohlmeinenden Haltung erschöpfte sich die Berichterstattung in kritischen Einwänden gegenüber vermeintlichen Fehlentwicklungen und in meist schlagwortartig geäußerten Verbesserungsvorschlägen. Dies liegt auch darin begründet, dass es den Verständigungsbefürwortern an tragfähigen alternativen Konzepten mangelte. Somit konnten sie den detaillierten Entwürfen und Lösungsangeboten der Rechten, die von der bloßen militärischen Verwaltung des Landes über die Rückgabe an Russland bis hin zu Annexionsplänen und Kolonisationsphantasien ein weites Spektrum abdeckten, keine verheißungsvolle Vision für eine deutsch-polnische Verständigung entgegensetzen.

Die Presse der deutschen Rechten befand sich nach der Proklamation in einer komfortablen Position. So schien der Misserfolg bereits wenige Tage nach dem Heeresaufruf deutlich zutage zu treten, als die militärische Gegenleistung der Polen für das politische Zugeständnis der Mittelmächte ausblieb. Die weiteren Rückschläge konnten bequem als Folge von bereits in der Entscheidung zur Wiedererrichtung des polnischen Staates ursächlich angelegten Fehlern interpretiert werden. Da die hohen Erwartungen aller politischen Richtungen an den polnischen Staat im Laufe des Jahres 1917 empfindlich gedämpft wurden, waren immer weniger Publizisten und Politiker dazu bereit, sich inhaltlich mit der scharfen und destruktiven Kritik der Rechten auseinanderzusetzen und positive Deutungsangebote zu propagieren.

Überdies wurden rechte Blätter nun von innenpolitischen Faktoren und Rahmenbedingungen begünstigt. Durch die Freigabe der Kriegszielerörterung und die Lockerung der Zensur im November 1916 war es ihnen möglich, die öffentliche Debatte über die Kriegsführung und die Kriegsziele des Deutschen Reiches zu schüren und mit ihren Deutungen maßgeblich zu bestimmen. Die erfolgreichen Pressekampagnen für den uneingeschränkten U-Bootkrieg und gegen den unliebsamen Reichskanzler Bethmann Hollweg stärkten das rechte Lager beträchtlich, zumal es mit der Unterstützung der Obersten Heeresleitung rechnen konnte. Durch die militärischen Erfolge der Mittelmächte, den weiten Vormarsch im Osten und die Schwächung des russischen Kriegsgegners infolge der Revolutionen schien die Verstärkung durch polnische Solda-

ten nicht mehr nötig zu sein. Zudem galt der polnische Staat als Hindernis für die Ausdehnung des deutschen Machtbereichs im Osten. Vor diesem Hintergrund übernahm die rechte Presse die Initiative in der öffentlichen Debatte und drängte die Befürworter der Verständigungspolitik zunehmend in die Defensive, obwohl Letztere sich im Einklang mit der Reichsleitung wähnten und die politischen Entscheidungen über den Ausbau des polnischen Staates ihren Vorstellungen entsprachen. Im Sommer 1917, als in deutschen Zeitungen eine antipolnische Pressekampagne konstatiert wurde, hatten die deutschen Rechten die Deutungshoheit in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" bereits erlangt.

Vordergründig mag es paradox erscheinen, dass bei den Befürwortern einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik eine derartige Diskrepanz zwischen der beginnenden Verwirklichung ihrer politischen Ziele und dem Verlust der Deutungshoheit in der öffentlichen Debatte bestand. Dabei spielt zum einen der Kriegsverlauf im Osten eine bedeutende Rolle: So hatte Polen als Kriegsschauplatz im Frühjahr und Sommer 1915 große Aufmerksamkeit in den deutschen Medien erregt, woraus die beachtliche Zahl an Veröffentlichungen über die „polnische Frage" herrührte. Als schließlich im November 1916 das Königreich Polen proklamiert wurde, war der Blick deutscher Medien wie auch der politischen und militärischen Führung jedoch weit über das Land hinaus auf entfernte umkämpfte und besetzte Gebiete im Osten gerichtet, die dem deutschen Machtbereich einverleibt werden konnten. Die intensiven Erörterungen über das „Medienereignis" der Proklamation täuschten nur kurz darüber hinweg, dass Polen Ende 1916 bereits an der Peripherie des Krieges im Osten und damit im Randbereich der öffentlichen Aufmerksamkeit lag.

Zum anderen spielen die Faktoren eine Rolle, die ein Ereignis für die Presse berichtenswert erscheinen ließen. Die Proklamation des Königreiches Polen, das Patent über die Staatsgewalt wie auch die Gerüchte über eine Entscheidung bezüglich der Zukunft des Landes markierten Fortschritte in der staats- und völkerrechtlichen Verfasstheit Polens oder schienen diese zumindest anzukündigen. Insbesondere reichten sie potenziell über Polen hinaus und waren für Deutschland unmittelbar relevant. Ferner stellten die Verhaftung Piłsudskis, der Rücktritt des Provisorischen Staatsrates und die Reaktion der Polen auf den Friedensvertrag mit der Ukraine überraschende Wendungen und Fehlschläge dar, die als abrupte, negative Veränderungen großen Nachrichtenwert für die deutschen Medien besaßen. Dadurch wurden die Erwartungen der deutschen und polnischen Verständigungsbefürworter in den polnischen Staat enttäuscht, zudem bewahrheitete sich das von der deutschen Rechten prognostizierte Scheitern der deutschen Politik im besetzten Polen. Hingegen waren der kontinuierliche, nachhaltige Ausbau des polnischen Staates und die tägliche Arbeit der Besatzungsverwaltung und der polnischen Behörden in den Verwaltungszweigen Justiz und Bildungswesen unspektakulär und wenig berichtenswert. Denn diese waren vorhersehbar und wirkten sich nicht direkt auf Deutschland aus. Die wenigen fundierten Analysen verständigungsbereiter Blätter über den Ausbau des Staates, die politische Situation und die Parteien in Polen waren im Vergleich zu den aufsehenerregenden Misserfolgen kaum wahrnehmbar.

In den Friedensverträgen im Osten hatten die Mittelmächte schließlich vorteilhafte Bedingungen durchgesetzt, die im Falle des Ukrainefriedens zu Lasten des polnischen Staates gingen. Mit der Überlassung des Cholmer Landes wurde den Polen deutlich

signalisiert, dass das Königreich Polen in den Planungen der deutschen Militärs und Politiker für die zukünftige Gestaltung Ostmitteleuropas nur eine untergeordnete Rolle spielen sollte und sogar ein Hindernis für Annexionen und die Schaffung eines „polnischen Grenzstreifens" darstellte. Die deutsche Siegesgewissheit in der ersten Jahreshälfte 1918 und die euphorischen Kriegszielplanungen schürten den Glauben an ein erfolgreiches Kriegsende, bei dem Deutschland seinen Feinden die Friedensbedingungen diktieren werde. Der Schock, die Desillusionierung und die Enttäuschung infolge der Kriegsniederlage waren schließlich umso größer und wurden aus deutscher Sicht durch den polnischen Staat verkörpert, der sich ab November 1918 unter dem Schutz der Westmächte gewaltsam Teile der preußischen Ostprovinzen aneignete. Die Machtlosigkeit Deutschlands gegenüber den polnischen Aufständen in Posen und Schlesien, ferner die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles, bildeten das Fundament für die angespannten, frostigen deutsch-polnischen Beziehungen in der Nachkriegszeit. Eine Verständigung der sich feindlich gegenüberstehenden Staaten Deutschland und Polen war in der Zeit der Weimarer Republik kaum denkbar. Die Bemühungen der Verständigungsbefürworter während der Kriegszeit waren durch den Ausgang und die Konsequenzen des Krieges, die in Deutschland als Abfolge schwerer Demütigungen empfunden wurden, vollständig diskreditiert.

4 Entspannung des Nationalitätenkonflikts? – Zur Revision der preußischen Polenpolitik

Die erhitzten Diskussionen über die preußische Polenpolitik, die mit den Plänen für ein staatliches Vorkaufsrecht von Grundbesitz und für ein Grundteilungsgesetz im Frühjahr 1914 weiter zu eskalieren drohten[958], verschwanden mit Kriegsbeginn von der politischen und öffentlichen Agenda. Angesichts der äußeren Bedrohung des Deutschen Reiches wurden die innenpolitischen Auseinandersetzungen eingestellt. Im Zeichen des inneren Burgfriedens galten alle Staatsbürger als Teil der geeinten deutschen Nation, die sich gemeinsam der feindlichen Angriffe zu erwehren habe. Die von Wilhelm II. öffentlich proklamierte und im Reichstag feierlich bestätigte Einheit der Nation sollte dazu beitragen, das gesamte Leistungspotenzial des Landes und der Bevölkerung für die Kriegsführung an den Fronten und in der Heimat nutzbar zu machen.[959]

Damit einhergehend nahm im Deutschen Reich der Druck zu inneren Reformen zu. Die Diskriminierung nationaler, konfessioneller und politischer Gruppen war mit der beschworenen Gleichheit aller Staatsbürger unvereinbar; angesichts der Pflichterfüllung dieser Gruppen im Krieg war die Ausnahmebehandlung nicht mehr zu rechtfertigen. Die Sozialdemokraten und Linksliberalen trugen ihre Reformforderungen

---

958 Georg Wilhelm Schiele: Bedenken gegen das Grundteilungsgesetz, in: Preußische Jahrbücher 156 (1914), 6, S. 504-519; George Cleinow: Das polnische Problem und die preußische Ostmarkenpolitik, in: Die Grenzboten 73,2 (1914), 26, S. 577-583, hier S. 583; Preußische Utopien, in: Leipziger Volkszeitung vom 26.03.1914, BArch R 8034/II, Nr. 5329, Bl. 23 f.

959 Raithel, S. 278-285 und 295 f.; Bruendel, S. 65-71.

mit zunehmender Kriegsdauer immer energischer vor: Sie verlangten die Parlamentarisierung des Reiches durch Partizipation des Reichstags an der Regierung und an den politischen Entscheidungen, die Demokratisierung Preußens durch Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts sowie die Gleichstellung aller Staatsbürger im politischen und gesellschaftlichen Leben. Vor allem Preußen und das dortige Dreiklassenwahlrecht galten ihnen als Signum staatlicher Rückständigkeit und innenpolitischer Reformblockade.[960] Spätestens im Frühjahr 1917, angesichts der großen Lebensmittelknappheit nach dem „Kohlrübenwinter", unter dem Eindruck der Revolution in Russland und des Kriegseintritts der USA, konnte sich die Reichsleitung der Einsicht nicht mehr verschließen, dass innere Reformen unumgänglich waren, um politische Konflikte und soziale Spannungen zu entschärfen, die Gesellschaft zu pazifizieren und die herrschende Staatsordnung zu stabilisieren.[961]

Im Deutschen Reich wurden die Reformbestrebungen von den Mehrheitsparteien Sozialdemokratie, Fortschrittliche Volkspartei und Zentrumspartei zunächst auf nichtöffentlichem, vertraulichem Wege gegenüber der Reichsleitung geltend gemacht. Die Reichsleitung erkannte die Forderungen an und stellte eine „Neuorientierung" in der Innenpolitik für die Zeit nach Kriegsende in Aussicht. Doch als angesichts der langen Kriegsdauer selbst die wenigen Zusagen nur zögerlich umgesetzt wurden, trugen die Reformbefürworter ihre Appelle zunehmend in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten vor, um Druck auf Reichsleitung und preußische Staatsregierung auszuüben. In der Folge nahmen die öffentlichen und vor allem die parlamentarischen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern an Schärfe deutlich zu. Der von der Reichsleitung und den deutschen Rechten zur Abwehr der Reformbestrebungen beständig beschworene Burgfrieden wurde dadurch hinfällig.

Im Rahmen der anvisierten Neuorientierung geriet auch die preußische Polenpolitik ins Blickfeld der Reformbefürworter. In der Vorkriegszeit war die Polenpolitik für die Sozialdemokratie, die Linksliberalen und das katholische Zentrum ein Kristallisationspunkt der Diskriminierung einer nationalen und konfessionellen Minderheit gewesen, unter den deutschen Rechten war sie hingegen zu einem Teil des preußischen Staatsverständnisses erhoben worden. Der Krieg hatte das deutsch-polnische Verhältnis jedoch gehörig durcheinandergewirbelt: Die Reichsleitung suchte sich der Unterstützung der Polen im Krieg zu versichern, wofür sie den preußischen Polen unbestimmt die Überprüfung der antipolnischen Ausnahmegesetze und der Bevölkerung Kongresspolens die Befreiung aus russischer Herrschaft offerierte. Mit der Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916 standen die politischen Weichen auch offiziell auf zwischenstaatlicher „Partnerschaft" und innerer „Versöhnungspolitik". Denn das Bestreben der Reichsleitung, das besetzte Polen als Bündnispartner gegen Russland zu gewinnen, musste sich zwangsläufig auf die Behandlung der preußischen Polen auswirken, deren Diskriminierung und Herabsetzung zu Staatsbürgern „zweiter Klasse" nicht mehr aufrechtzuerhalten war.

In den parlamentarischen und öffentlichen Debatten wiesen vor allem polnische Abgeordnete und Publizisten nachdrücklich auf dieses Junktim hin, das von den deut-

---

[960] Miller, S. 243 f.

[961] Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 160 f. und 165.

schen Reformbefürwortern anerkannt, von der deutschen Rechten aber ignoriert oder entschieden zurückgewiesen wurde. Obwohl sich die Mehrheitsparteien mit den polnischen Abgeordneten im Reichstag und preußischen Landtag einig waren, was die Beseitigung der Polenpolitik und die Initiierung einer deutsch-polnischen Verständigung anbelangte, gab es einen entscheidenden Gegensatz in den Zielvorstellungen: Während der Krieg aus polnischer Sicht eine Entscheidung über die Zukunft der gesamten polnischen Nation und des ehemaligen Staatsgebiets bringen musste, wurde auf deutscher Seite streng zwischen den Teilungsgebieten und der polnischen Bevölkerung in Preußen, Galizien und Kongresspolen unterschieden.

Die preußische Polenpolitik der Vorkriegszeit, die politischen Auseinandersetzungen über neue Ausnahmegesetze und die Reaktion der preußischen Polen haben einen breiten Raum in der deutschen und polnischen Historiografie eingenommen. Hingegen ist die zögerliche Revision der Polenpolitik während des Ersten Weltkrieges ein wenig beleuchteter Aspekt der gemeinsamen Geschichte geblieben. In der Regel bewerteten polnische Historiker den Krieg als Übergangsphase für die polnische Nation von der Teilungszeit hin zur Etablierung eines unabhängigen Staates infolge der Kriegsniederlage der Teilungsmächte, weshalb ihr Fokus auf Kongresspolen und der polnischen Bevölkerung aller Teilungsgebiete lag.[962] Für deutsche Historiker spielte das besetzte Polen vor allem im Rahmen der Kriegsziele und der Herrschaftsausdehnung Deutschlands im Osten eine Rolle.[963] Die preußische Polenpolitik galt nur als untergeordneter Aspekt der innenpolitischen Reformdiskussionen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen über die Verfasstheit Preußens und des Reichs.[964] Da die preußischen Ostprovinzen – abgesehen vom Vorstoß der russischen Heere nach Ostpreußen im August 1914[965] – weder Kriegs- noch Krisengebiet waren, wurden sie in der Historiografie zum Ersten Weltkrieg bislang nur wenig beachtet.[966]

Im folgenden Kapitel wird untersucht, welche Rolle die preußischen Ostprovinzen und die dortige Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" während des Krieges spielten. Dabei stehen zum einen die Prämissen, Konzepte und Ziele der Befürworter und Gegner einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik im Mittelpunkt. Zum anderen wird die öffentliche Rezeption und Verhandlung der einsetzenden inneren Neuorientierung, der Revision der Polenpolitik und schließlich der preußischen Wahlrechtsreform untersucht. An die vorhergehenden Kapitel anknüpfend soll zudem überprüft werden, inwiefern die Proklamation des Königreiches Polen einen politischen Wandel der preußischen Polenpolitik oder Veränderungen in der öffentlichen Debatte bedingte.

---

962 Vgl. Pajewski, Odbudowa; Knebel; Holzer/Molenda. Zuletzt Mikietyński.

963 Paradigmatisch Fischer, Griff.

964 Patemann; Rauh.

965 Kossert, Ostpreußen, S. 196-204; ders., Masuren, S. 229-241.

966 So umfassen viele Werke zum deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt in den preußischen Ostprovinzen nur den Zeitraum bis 1914. Siehe beispielsweise Serrier, Provinz Posen; Grabowski, Nationalismus; Balzer, Polenpolitik.

Die polnische Bevölkerung im Deutschen Reich konnte sich der nationalen Erregung und der beschworenen Einheit in den Augusttagen 1914 nicht entziehen. Wie die Deutschen zogen die preußischen Polen in den Krieg, erfüllten ihre staatsbürgerlichen Pflichten, kämpften und starben für das „deutsche" Vaterland. Dies galt gleichermaßen für die Polen aus Kongresspolen und Galizien. Somit standen sich auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs in den Armeen der Teilungsmächte Polen gegenüber, die sich aber als Angehörige der polnischen Nation und in der Hoffnung auf Wiedererstehung des polnischen Staates geeint fühlten.[967] Was die Loyalität der polnischen Soldaten in der preußischen Armee anbetraf, wurden im Vergleich mit den deutschen Soldaten keine über das übliche Maß hinausgehenden Vorfälle an Ungehorsam, Widersetzlichkeit oder Desertionen aktenkundig.[968]

Die polnischen Abgeordneten in den deutschen Parlamenten gaben bei Kriegsbeginn ihre oppositionelle Haltung auf, zeigten sich betont loyal und unterstützten wie die anderen Parteien und Fraktionen die Kriegsanstrengungen des Deutschen Reiches, indem sie den Kriegskrediten und einer Reihe von Ermächtigungsgesetzen zustimmten.[969] Selbst die nationaldemokratischen Mitglieder der Polnischen Fraktionen, wie Adalbert Korfanty und Adalbert Trampczynski, nahmen in den ersten Monaten des Krieges eine deutschfreundliche Haltung ein. Sie hofften auf die Wiederherstellung eines polnischen Staates durch das Deutsche Reich und forderten angesichts der loyalen Haltung der preußischen Polen die Aufhebung der antipolnischen Ausnahmegesetze. Unterstützt wurden sie von Publizisten wie Adam Napieralski und Wiktor Kulerski, die in ihren in den preußischen Ostprovinzen erscheinenden polnischsprachigen Zeitungen für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit warben.[970]

In der deutschen Presse wurde aufmerksam registriert, dass die polnische Bevölkerung Preußens sich ruhig und loyal verhalte, sich dem Burgfrieden vorbehaltlos angeschlossen habe und ihre Pflichten im Kriege erfülle.[971] Die polnischen Soldaten im deutschen Heer kämpften nicht aus Zwang, sondern mit „innerer Anteilnahme und deutscher Vaterlandsliebe", stellte ein Redakteur in der überparteilichen Zeitung *Der Tag* zufrieden fest. Von der Gemeinschaftserfahrung der kämpfenden Soldaten und der notleidenden Zivilbevölkerung erhoffte er sich langfristige Auswirkungen auf das Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen. Zudem würden den preußischen Polen durch den Einmarsch in Kongresspolen die Vorteile deutscher Kultur gegenüber „russischer Barbarei" aufgezeigt. Akzeptierten sie ihre Zugehörigkeit zum preußischen Staat, würde der Ostmarkenverein überflüssig, so die optimistische Einschätzung.[972] In der

[967] WOJCIECHOWSKI, S. 56 f.
[968] BOYSEN, Minderheiten, S. 113-117.
[969] KOTOWSKI, Staatsräson, S. 170.
[970] FIGOWA, S. 201 f.; KOTOWSKI, Staatsräson, S. 170 f.
[971] EMIL LUDWIG: Posen im Kriege, in: Berliner Tageblatt vom 28.11.1914, Nr. 606; OFB: Die Polen und die deutsche Oeffentlichkeit, in: Kölnische Volkszeitung vom 29.12.1914, Nr. 1110; Die Hoffnung Polens, in: Tägliche Rundschau vom 23.07.1915, Nr. 369.
[972] P. SCHMIDT: Ostmärkische Zeitbetrachtung, in: Der Tag vom 06.11.1914, illustrierter Teil.

Regel wurde in den Beiträgen bereits angedeutet, dass mit der loyalen Haltung der polnischen Bevölkerung Preußens die Grundvoraussetzung der antipolnischen Ausnahmegesetze wegfalle.

Ein deutliches Signal der Entspannung an die polnische Bevölkerung war die Zustimmung der preußischen Staatsregierung zur Berufung von Edward Likowski zum Erzbischof von Gnesen und Posen. Likowski hatte die Erzdiözese seit dem Tod Florian Stablewskis im Jahr 1906 verwaltet, seine Kandidatur auf das Amt war in den Jahren zuvor von der preußischen Staatsregierung jedoch mehrfach abgelehnt worden.[973] In seiner Eigenschaft als Bistumsverweser hatte Likowski in seinem Hirtenbrief vom 9. August 1914 die Diözesanen zu Loyalität und Pflichterfüllung im Kriege aufgerufen, um für eine bessere Zukunft der Bevölkerung Kongresspolens zu kämpfen. Zudem verlieh er der Hoffnung nach Aufhebung der antipolnischen Ausnahmegesetze Nachdruck.[974] Angesichts der Hirtenbriefes hatte sich der sozialdemokratische *Vorwärts* zuversichtlich gezeigt, dass die preußischen Polen als Gegenleistung für ihre Loyalität einen polnischen Erzbischof erhielten sowie die „Zusicherung, daß die preußische Polenpolitik revidiert werden soll“.[975]

Mit der Einsetzung Likowskis am 8. September 1914 suchte sich die Staatsregierung der Unterstützung der polnischen Bevölkerung Preußens im Kriege zu versichern und vor allem die loyalen polnischen Konservativen zu stärken.[976] Folglich unterblieben in den regierungsseitigen Verlautbarungen jegliche Hinweise auf politische und nationale Gegensätze, stattdessen wurde die Einmütigkeit der Deutschen und Polen in den preußischen Ostprovinzen unterstrichen.[977] Der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger wollte in der Ernennung des Erzbischofs, der als „Primas von Polen“ das nominelle Staatsoberhaupt Polens repräsentierte, ein deutliches Anzeichen des Entgegenkommens der Staatsregierung erkannt haben und lobte die Verlässlichkeit und Staatstreue der polnischen Bevölkerung Preußens. Indem er darlegte, dass der Reichskanzler die Berufung Likowskis lange vorbereitet und damit der dauerhaften loyalen Haltung der preußischen Polen Rechnung getragen habe, wollte Erzberger die Ernennung nicht als kriegsbedingtes Manöver erscheinen lassen. Ferner zeichnete er die russische Herrschaft in Kongresspolen in düsteren Farben und nahm die deutsche Presse für die Befreiung des Landes in die Pflicht: „Deutschland muß und wird die Sympathien der ganzen Kulturwelt erringen, wenn es mit der ganzen Wucht seiner öffentlichen Meinung

---

973 Kotowski, Staatsräson, S. 171 f.

974 Aufruf der Bistumsverweser von Posen und Gnesen, in: Kölnische Volkszeitung vom 14.08.1914, Nr. 721.

975 Die Polenfrage, in: Vorwärts vom 14.08.1914.

976 Hemmerling, Walka, S. 218-222; Trzeciakowski, Niemcy, S. 42.

977 Inthronisation des Erzbischofs von Posen und Gnesen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 25.09.1914, zweite Ausgabe. Für das Echo in der deutschsprachigen Presse Posens: Die Inthronisation des Erzbischofs von Gnesen und Posen Dr. Eduard Likowski, in: Posener Neueste Nachrichten vom 25.09.1914, Nr. 4666; Die Inthronisation des Erzbischofs Dr. Likowski, in: Posener Zeitung vom 26.09.1914, zweites Blatt; Einführung des Erzbischofs Likowskis, in: Posener Tageblatt vom 25.09.1914, Nr. 450.

dafür eintritt, daß die Barbarei und Unkultur nicht mehr länger an unseren Grenzen bestehen bleibt.“[978]

Likowski zeichnete sich durch seine besonnene und maßvolle Amtsführung aus und wurde sowohl von den Diözesanen als auch der preußischen Staatsregierung geachtet. Sein plötzlicher Tod am 20. Februar 1915 rief in der deutschen Presse Posens großes Bedauern hervor.[979] Selbst das deutschnationale *Posener Tageblatt*, das für seine antipolnischen Haltung bekannt war und den Vorgänger Stablewski während des Schulstreiks 1906/07 scharf attackiert hatte, berichtete wohlwollend über den Verstorbenen und dessen „Kriegs-Hirtenbrief“.[980] Ferner begrüßte das Blatt die Berufung des bisherigen Domherrn Edmund Dalbor zum Nachfolger und zitierte ausführlich aus der polnischen Presse Preußens, die sich überwiegend positiv über die Kontinuität der polnischen Erzbischöfe äußerte.[981] Diese Bezugnahme auf konziliante polnische Zeitungsartikel stand in krassem Gegensatz zu den bewusst diffamierenden Auszügen aus der polnischen Presse durch das *Posener Tageblatt* in der Vorkriegszeit.

Die abermalige Besetzung des Erzbischofstuhles mit einem polnischen Geistlichen konnte als ausdrückliches Zeichen für den Willen zur dauerhaften Entspannung im Verhältnis zwischen Staatsregierung und polnischer Bevölkerung angesehen werden.[982] Die persönliche Anwesenheit von Kaiser Wilhelm II. und dessen Ansprache bei der Eidesleistung hätten dem feierlichen Akt eine besondere Bedeutung verliehen, hob die linksliberale *Frankfurter Zeitung* hervor.[983] Auch wenn die Zustimmung zu den Erzbischöfen Likowski und Dalbor während des Krieges die größten faktischen Zugeständnisse der Staatsregierung an die polnische Bevölkerung Preußens darstellten, sind diese als Zeichen der Verständigungsbereitschaft in ihrer öffentlichen Wirkung nicht zu unterschätzen.[984] Allerdings erwarteten die preußischen Polen darüber hinaus auch konkrete und dauerhafte Konzessionen in der Sprachen- und Ansiedlungspolitik.

Tatsächlich hatte die preußische Staatsregierung bei Kriegsbeginn die Ansiedlungspolitik auf dem Verwaltungswege weitgehend ausgesetzt. Polnischen Familien, deren

---

[978] M. ERZBERGER: Polen, in: Der Tag vom 29.08.1914, illustrierter Teil. Siehe auch DERS.: Die Befreier Polens, in: Der Tag vom 13.08.1914, illustrierter Teil.

[979] Erzbischof Dr. Eduard Likowski †, in: Posener Neueste Nachrichten vom 23.02.1915, Nr. 4791; B.: Erzbischof Dr. Likowski †, in: Posener Zeitung vom 23.02.1915, zweites Blatt.

[980] G.: Zum Ableben des Erzbischofs Dr. Likowski, in: Posener Tageblatt vom 23.02.1915, Nr. 89. Siehe auch: Erzbischof Dr. Likowski, in: Posener Tageblatt vom 22.02.1915, Nr. 88.

[981] Zur Neubesetzung des Posener Erzbischofsstuhles, in: Posener Tageblatt vom 01.07.1915, Nr. 301.

[982] Die Konsekration des Erzbischofs Dalbor von Gnesen und Posen, in: Kölnische Volkszeitung vom 26.09.1915, Nr. 789.

[983] Erzbischof Dr. Dalbor, in: Frankfurter Zeitung vom 13.09.1915, Abendblatt. Siehe auch: Die Eidesleistung des Erzbischofs Dr. Dalbor, in: Posener Tageblatt vom 13.09.1915, Nr. 428; Erzbischof Dr. Dalbor beim Kaiser, in: Posener Neueste Nachrichten vom 14.09.1915, Nr. 4961.

[984] Die konservativen Polen in Preußen zeigten sich in ihren deutschsprachigen Veröffentlichungen dankbar für die Einsetzung polnischer Erzbischöfe. KWILECKI, S. 6-10; CZARTORYSKI, S. 18. – Laut Albert Kotowski maß die polnische Bevölkerung den Erzbischöfen jedoch keine große Bedeutung bei. KOTOWSKI, Staatsräson, S. 174 f.

männliche Angehörige im preußischen Heer kämpften, wurde die Erlaubnis zur Parzellierung von Grundstücken und zur Errichtung von Bauten in aller Regel erteilt. Die Ansiedlungsnovelle von 1904 war somit außer Kraft gesetzt. Doch dabei handelte es sich nicht ausschließlich um uneigennützige Konzessionen gegenüber den preußischen Polen. Da viele Beamte der Ansiedlungskommission eingezogen oder in der Kriegswirtschaftsverwaltung eingesetzt wurden, die finanziellen Mittel der Kriegsführung zugute kamen und weit weniger Ansiedlungswillige als in der Vorkriegszeit verfügbar waren, war die Fortsetzung der Ansiedlungspolitik ohnehin kaum möglich.[985] Offenbar verknüpfte die preußische Staatsregierung die Personalnot und den finanziellen Engpass pragmatisch mit der erwünschten Entspannung des Nationalitätenkonflikts. Ebenso deutet die Wiedereinführung des polnischsprachigen Religionsunterrichts an einigen Volksschulen in der Provinz Posen nicht zwangsläufig auf eine veränderte Haltung der Staatsregierung gegenüber der polnischen Bevölkerung hin.[986] Vielmehr waren die Zugeständnisse auf den Willen zurückzuführen, während des Krieges die innenpolitischen Konfliktherde zu beruhigen.

Doch die wenigen Zugeständnisse konnten die preußischen Polen nicht zufriedenstellen. Zum einen beharrten die Beamten der lokalen Verwaltung, die häufig dem Ostmarkenverein angehörten oder nahestanden, auf ihrer bisherigen Routine und sabotierten die von oben angeordneten Veränderungen.[987] Zum anderen war die Ansiedlungspolitik nur auf dem Verwaltungswege ausgesetzt, nicht aber per Gesetzesbeschluss aufgehoben worden, weshalb sie jederzeit wieder aufgenommen werden konnte. Daher protestierten die polnischen Abgeordneten im preußischen Landtag wie in der Vorkriegszeit anlässlich der jährlichen Beratungen des Etats und der Denkschrift der Ansiedlungskommission gegen die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Ansiedlungspolitik.[988] Die Beseitigung der antipolnischen Ausnahmegesetze und die unterschiedslose Berücksichtigung polnischer und deutscher Ansiedlungswilliger waren während des gesamten Krieges zentrale Forderungen der Polnischen Fraktionen.

Im November 1914 zog der Schriftsteller und Korrespondent des linksliberalen *Berliner Tageblatts*, Emil Ludwig, eine Zwischenbilanz der Entspannung des Nationalitätenkonflikts in den preußischen Ostprovinzen. Ludwig verwies auf die Berufung Likowskis zum Erzbischof, auf die milde Handhabung der Ansiedlungsgesetzgebung und die in deutscher und polnischer Sprache erfolgte öffentliche Bekanntmachung der

---

985 Jakóbczyk, Pruska komisja osadnicza, S. 188 f.; Baier, S. 91.

986 Es handelte sich um die Volksschulen, an denen der polnische Religionsunterricht erst im Frühjahr 1914 durch deutschen ersetzt worden war. Trzeciakowski, Poznań, S. 762.

987 Kramski, S. 361 f. – Für solche Klagen siehe einen Artikel der *Gazeta Narodowa* [Nationalzeitung], in deutscher Sprache auszugsweise nachgedruckt: Der neue preußische Polenkurs, in: Berliner Tageblatt vom 09.11.1916, Nr. 576; Ein neuer Kurs der preußischen Polenpolitik?, in: Deutsche Volkszeitung vom 12.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 133 f. Ferner eine Rede Adalbert Korfantys im Preußischen Abgeordnetenhaus: PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 52. Sitz., 19.01.1917, Sp. 3108.

988 Die Proteste der polnischen Abgeordneten wurden in der deutschen Posener Presse aufmerksam registriert. Siehe für das Jahr 1915: Die Posener Ansiedlungskommission im Kriegsjahr, in: Posener Zeitung vom 26.02.1915, erstes Blatt; Die Polenfrage im Haushaltungsausschuß, in: Posener Tageblatt vom 06.03.1915, Nr. 109.

Mobilisierung am 1. August 1914. Ferner erhielten polnische Firmen im Krieg erstmals Staatsaufträge und seien an Heereslieferungen beteiligt, auch seien Polen in den Ausschuss der Heeresverpflegung und in das Direktorium der Kriegskreditbank berufen worden. Außerdem habe der Burgfrieden zur Aufgabe des gegenseitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykotts geführt. Da die preußischen Polen sich seit Kriegsbeginn loyal zeigten, legte Ludwig der Staatsregierung nahe, die Politik der Verständigung weiterzuverfolgen.[989] Die präventiven Verhaftungen von polnischen Publizisten und Mitgliedern nationalpolnischer Organisationen zu Kriegsbeginn sowie das temporäre Erscheinungsverbot für polnische Zeitungen erwähnte er hingegen nicht.[990] Offenbar wollte er die erkennbaren Ansätze der Entschärfung des Nationalitätenkonflikts nicht schmälern.

Öffentlich vorgetragene Forderungen nach einer Revision der Polenpolitik blieben während des ersten Kriegsjahres nur ein randständiges Thema in der deutschen Presse.[991] Vielmehr dominierte die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die nationale Gemeinschaft, die in der Reichstagssitzung am 4. August 1914 öffentlichkeitswirksam proklamiert worden war, die Berichterstattung über innenpolitische Themen.[992] Mit ihren Loyalitätsbekundungen gegenüber Krone und Regierung sowie dem einmütigen Abstimmungsverhalten hatten die Parteien im Reichstag demonstrativ den Burgfrieden und die Aussetzung der innenpolitischen Debatten für die Kriegszeit begründet. Mit den Worten: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche", hatte Wilhelm II. die Einheit der Nation auf eine einprägsame Formel gebracht.[993]

Die viel zitierten Kaiserworte beinhalteten die unterschiedslose Anerkennung aller Staatsbürger, die in der Aufforderung Wilhelms II. an die Reichstagsabgeordneten, „ohne Parteiunterschiede, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschiede durchzuhalten mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod"[994], noch konkretisiert wurde. Darin ist die staatsbürgerliche Gleichberechtigung ohne Ansehen von Parteizugehörigkeit, Nationalität oder Religion deutlich formuliert, die von den Reformbefürwortern zur Grundlage der innenpolitischen Neuorientierung Preußens und Deutschlands erhoben wurde.[995] Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg bezog sich mit seiner „Politik der Diagonalen"[996], die zwischen dem rechten und linken Lager lavierte und Zugeständnisse in beide Richtungen umfasste, beständig auf die Kaiserworte. Indem er die Erinnerung an das Augusterlebnis wachzuhalten suchte, um den

---

[989] Emil Ludwig: Posen im Kriege, in: Berliner Tageblatt vom 28.11.1914, Nr. 606. Siehe auch Trzeciakowski, Zabór pruski, S. 83-86.

[990] Siehe hierzu Kulak, S. 13; Wojciechowski, S. 54 f.

[991] Siehe beispielsweise ob: Ein neuer Polenkurs?, in: Königsberger Hartungsche Zeitung vom 17.08.1914, Nr. 382; Für die nationale Unabhängigkeit Polens!, in: Vorwärts vom 13.08.1914; Ludwik Kulczycki: Die Haltung Kongress-Polens, in: Polen 1 (1915), 4, S. 90; M. Rostworowski: Der Krieg und die Polen, in: Polen 1 (1915), 44, S. 122-125, hier S. 124.

[992] Raithel, S. 289 f.

[993] Obst, Herr, S. 347-359.

[994] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, Eröffnungssitzung, 04.08.1914, S. 2.

[995] Raithel, S. 278-281.

[996] Mommsen, Regierung, S. 118 f.

Burgfrieden und die Einheit der Nation im Kriege zu wahren, erinnerte er stets aufs Neue an das Versprechen der Gleichberechtigung.[997]

Für die Reichsleitung war die feierlich proklamierte Einheit der Nation eine wichtige Voraussetzung, alle Bürger des Reiches für den erwarteten kurzen Krieg zu mobilisieren. Als Gegenleistung für das Wohlverhalten der Parteien sollten nach Kriegsende innenpolitische Reformen eingeleitet werden. Dazu gehörten die Beseitigung der Ausnahmegesetze, eine Wahlrechtsreform in Preußen, die Neuregelung der Nationalitätenpolitik und die Eingliederung der Arbeiterbewegung in den Staat.[998] Im Herbst 1914 kündigte Vizekanzler Clemens von Delbrück in Besprechungen mit den Parteiführern des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags sowie mit Mitgliedern der Polnischen Fraktion ein Reformprogramm für die Nachkriegszeit an.[999] Ebenso erneuerte Bethmann Hollweg am 2. Dezember 1914 im Reichstag das Gleichheitsversprechen Wilhelms II.[1000] Nachdem der preußische Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell im Februar 1915 im Haushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses reichlich vage erklärt hatte, „daß künftig die innere Politik auf wichtigen Gebieten mit den veränderten Zeitumständen in Einklang gebracht werden solle“[1001], brachten polnische Abgeordnete die staatsbürgerliche Diskriminierung der preußischen Polen nachdrücklich in Erinnerung.

Im März 1915 verlangten Adalbert Trampczynski im Preußischen Abgeordnetenhaus und Wladislaus Seyda im Reichstag im Namen der Polnischen Fraktionen die Aufhebung aller antipolnischen Ausnahmegesetze und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung Preußens. Dies begründeten sie mit der Pflichterfüllung der preußischen Polen im Krieg, die als Soldaten für Deutschland kämpften und starben, und mit der Zustimmung der polnischen Reichstagsabgeordneten zu den Kriegskrediten. Angesichts der loyalen Haltung seien die Ausnahmegesetze nicht mehr vertretbar und mit dem Burgfrieden unvereinbar, erklärte Trampczynski.[1002] Die Abgeordneten des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Fortschrittlichen Volkspartei und der dänischen Minderheit unterstützten die Forderungen. Hingegen beharrten die konservativen und nationalliberalen Abgeordneten darauf, dass die Ostmarkenpolitik zur „Erhaltung des Deutschtums“ fortgeführt werde, und verwiesen zurückhaltend auf

---

997 Bruendel, S. 68-71.

998 Rauh, S. 331; Gutsche, S. 213-216.

999 Trzeciakowski, Zabór pruski, S. 91 ff.

1000 RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 3. Sitz., 02.12.1914, S. 20. Siehe hierzu Gutsche, S. 217. – Rückblickend deuteten einige Blätter die Kaiserworte vom 04.08. und die Reichskanzlerrede vom 02.12.1914 als Ankündigung der inneren Neuorientierung. Das geänderte Vereinsgesetz, in: Vossische Zeitung vom 24.08.1915, Nr. 430; Die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes, in: Germania vom 25.08.1915, Nr. 389.

1001 Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 130. – Siehe auch: Die kommende Neuorientierung der Polenpolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 10.03.1915, Nr. 202; „Neuorientierung“ der inneren Politik, in: Freisinnige Zeitung vom 09.09.1915.

1002 PAH, 22. Leg., II. Sess., Bd. 7, 108. Sitz., 09.03.1915, Sp. 8744 f. (Trampczynski); RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 4. Sitz., 10.03.1915, S. 48 und 8. Sitz., 20.03.1915, S. 116 (Seyda).

die Überprüfung der Polenpolitik nach Kriegsende.[1003] Im Reichstag sagte Vizekanzler von Delbrück in seiner Antwort auf die Erklärung Seydas zu, dass die Reichsleitung die Aufhebung des Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und eine Neuorientierung in der inneren Politik nach dem Kriege prüfe.[1004]

Die Forderungen der polnischen Abgeordneten stießen nur auf geringe Resonanz in der deutschen Presse, da der Krieg im Winter 1914/15 noch das beherrschende Thema war. Folgt man dem Bericht des Zentrumsblattes *Kölnische Volkszeitung*, war das Preußische Abgeordnetenhaus von einer Atmosphäre der Neuorientierung erfüllt, der sich auch die Konservativen nicht entziehen konnten: „Ein milder, versöhnlicher Ton ging durch alle Reden. Das *Versprechen, nach dem Kriege den Polen gerecht zu werden*, wurde Leitmotiv für alle Redner.“[1005] Positiv vermerkte das deutschnationale *Posener Tageblatt*, dass die polnischen Abgeordneten der Abstimmung über den Etat lediglich ferngeblieben seien, nicht aber wie in den Jahren zuvor dagegen gestimmt hätten.[1006] Hingegen sah die konservative *Kreuzzeitung* in der bloßen Tatsache, dass die Neuorientierung im Parlament aufgeworfen worden war, einen Bruch des Burgfriedens. Allein schon die Ankündigung einer Neuorientierung durch die Staatsregierung ging dem konservativen Blatt zu weit.[1007]

Unter den politischen Parteien und in der Presse herrschten unterschiedliche Auffassungen, ob eine Neuorientierung nötig und was unter dem Begriff zu verstehen sei. Da die Erklärung des Vizekanzlers Delbrück äußerst vage war, müsse die Regierung ihre Versprechungen zu „bestimmt formulierten Zusagen verdichten“, verlangte der *Vorwärts*.[1008] An einer präzisen Definition versuchte sich schließlich die *Freisinnige Zeitung*, nachdem das Publikationsorgan des Bundes der Landwirte unter der angekündigten Neuorientierung die Stärkung der Monarchie, der staatlichen Autorität, der Wehrhaftigkeit des Reiches und des deutschen Volkstums verstanden wissen wollte. Im Gegensatz dazu stellte die *Freisinnige Zeitung* klar, dass Neuorientierung eine grundlegende Richtungsänderung hin zu einer liberalen inneren Politik Preußens bedeute. Darunter fielen alle Maßnahmen, die dazu dienten, die „verfassungsmäßige *Gleichheit aller Staatsbürger*“ sowie die Gleichstellung der Parteien herbeizuführen. Konkret benannte das Blatt die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen gegen nationale Minderheiten, die Novellierung des Vereinsgesetzes und eine Wahlrechtsreform in Preußen.[1009] In den unterschiedlichen Definitionen der Neuorientierung zeigte sich die im rechten bzw. linken Lager jeweils erwünschte Transformation Deutschlands infolge des

1003 Für knappe Erklärungen der Parteien siehe PAH, 22. Leg., II. Sess., Bd. 7, 108. Sitz., 09.03.1915, Sp. 8745-8750, Zitat Sp. 8749 (Robert Friedberg, Nationalliberale Partei).

1004 RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 4. Sitz., 10.03.1915, S. 48 ff., hier S. 48.

1005 Die kommende Neuorientierung der Polenpolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 10.03.1915, Nr. 202 (Hervorhebung im Original gesperrt).

1006 G.: Die Polenfrage, in: Posener Tageblatt vom 11.03.1915, Nr. 117.

1007 Kreuzzeitung vom 12.03.1915, Nr. 131.

1008 Wie steht’s mit der Neuorientierung der inneren Politik?, in: Vorwärts vom 13.03.1915.

1009 „Neuorientierung“ der inneren Politik, in: Freisinnige Zeitung vom 09.09.1915 (Hervorhebung im Original gesperrt).

Krieges, die in den folgenden Jahren zu zunehmend heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen führten.

Mit der Ankündigung der inneren Neuorientierung suchte die Reichsleitung sich die Forderungen der Mehrheitsparteien des Reichstags anzueignen und diese dadurch auf die Einhaltung des Burgfriedens festzulegen. Da sie zunächst keine Schritte in dieser Richtung unternahm, sondern stets auf die Nachkriegszeit verwies, sah sie sich dem wachsenden Druck der Mehrheitsparteien ausgesetzt und willigte bald in Zugeständnisse gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ein.[1010] Die Polen besaßen hingegen keine starke parlamentarische Lobby, keine mächtigen außerparlamentarischen Organisationen und keinen über die polnische Bevölkerung hinausreichenden Rückhalt, um politischen Druck auf die Reichsleitung auszuüben. Durch ihre oftmalige Opposition in den Parlamenten waren die Polnischen Fraktionen im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus gegenüber den Regierungen wie auch unter den deutschen Parteien vergleichsweise isoliert. Die zögerliche Annäherung zwischen der preußischen Staatsregierung und den polnischen Abgeordneten in den ersten Monaten des Krieges war wegen unüberbrückbarer Differenzen über die preußische Polenpolitik im Sande verlaufen.[1011] Dadurch war die Aufnahme von informellen Kontakten zur Vorbereitung von politischen Weichenstellungen erschwert. Im weiteren Verlauf des Krieges zeigten weder Reichsleitung und Staatsregierung noch die Polnischen Fraktionen großen Willen, diesen Graben dauerhaft zu überbrücken.[1012]

In den nationaldemokratisch dominierten Polnischen Fraktionen hatten sich die konservativen Abgeordneten, die eine Entspannung des Nationalitätenkonflikts befürworteten, aufgrund des Fraktionszwanges den Mehrheitsentscheidungen zu fügen. Sie besaßen keine Möglichkeiten, ihre abweichenden politischen Auffassungen in den Parlamenten zu bekunden, weshalb sie sich direkt an die deutsche Öffentlichkeit wandten. In deutschsprachigen Broschüren und Zeitungsartikeln gaben sie Loyalitätsbekundungen zum preußischen Staat ab, verlangten den Abbau der antipolnischen Ausnahmegesetze und traten für die Mäßigung der deutschen und polnischen Bevölkerung ein. In den Titeln machten sie ihren Wunsch nach einer „deutsch-polnischen Verständigung“ oder „Aussöhnung“ deutlich. Von einer entsprechenden Politik erhofften sie sich eine Entschärfung des Nationalitätenkonflikts in den preußischen Ostprovinzen.[1013]

Was die Außenpolitik der Mittelmächte anbetraf, erwarteten die polnischen Konservativen eine Bündnispolitik mit dem besetzten Kongresspolen, die sie als Hebel für die Neuorientierung im deutsch-polnischen Verhältnis anzusetzen suchten. Ebenso wie die repressive preußische Polenpolitik lange Zeit von den deutsch-russischen Beziehungen diktiert worden war, müsse das anvisierte deutsch-polnische Bündnis zu einer inneren Verständigungspolitik in Preußen führen. Auf der Grundlage solcher Überlegungen

---

[1010] Rauh, S. 332-335.

[1011] Trzeciakowski, Niemcy, S. 45-48.

[1012] Kotowski, Staatsräson, S. 172; Grot/Rothbarth/Werner, Koła Polskie, S. 265 f.

[1013] v. Zychlinski: Zur deutsch-polnischen Verständigung, in: Germania vom 31.07.1915, Nr. 348; Kapitza: Ein Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung, in: Germania vom 23.09.1915, Nr. 440, 24.09.1915, Nr. 441; Czartoryski. – Ausführlich weiter oben, Kap. III.1.2.

konnten die polnischen Konservativen den geforderten Abbau der Ausnahmegesetze nicht nur vom Wohlverhalten der polnischen Bevölkerung und dem Wohlwollen der Staatsregierung abhängig machen, sondern als politische Notwendigkeit deklarieren, die den höheren außenpolitischen Zielen des Deutschen Reiches folgte.[1014]

Da Kongresspolen infolge der Besetzung durch die Mittelmächte im Sommer 1915 ohnehin im Fokus der deutschen Presse lag, sorgten die Plädoyers für eine Verständigungspolitik für großes Aufsehen. Neben der Zustimmung in Zentrums- und linksliberalen Blättern wurden auch unter den deutschen Rechten vereinzelt Stimmen zugunsten einer vorsichtigen Neuorientierung laut. Der Fraktionsvorsitzende der Freikonservativen Partei im Preußischen Abgeordnetenhaus, Oktavio von Zedlitz und Neukirch, erklärte im März 1916 in der überparteilichen Zeitung *Der Tag*, dass über die Aufhebung des Enteignungsrechts nach Kriegsende kein Zweifel bestehe. Allerdings war für ihn nicht die Verständigung zwischen Deutschen und Polen entscheidend, sondern die mangelnde Effektivität des Enteignungsrechts.[1015] Solche pragmatischen Erwägungen lassen nicht auf einen grundlegenden Sinneswandel unter den deutschen Rechten schließen.[1016] Doch da die Zensurbehörden in den ersten beiden Kriegsjahren antipolnische Veröffentlichungen unterbanden, ferner die Staatsregierung die polnischen Konservativen unterstützte[1017], dominierten die deutschen und polnischen Verständigungsbefürworter die öffentliche Debatte über die „polnische Frage" – nur hatte diese Deutungshoheit keine Auswirkungen auf die preußische Polenpolitik.

4.2 Innen- oder außenpolitische Rücksichtnahme? – Preußen und das Königreich Polen

Die Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916 markiert eine Zäsur in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Mittelmächte hegten die pragmatische Erwartung, angesichts der zahlreichen Kriegsgegner einen neuen Verbündeten zu gewinnen: Zum einen erhofften sie sich kurzfristige militärische Verstärkungen, zum anderen den langfristigen Aufbau eines polnischen Pufferstaates gegen Russland. Dieses Vorhaben konnte nicht gegen den Willen der polnischen Bevölkerung durchgesetzt werden. Während die Mittelmächte das besetzte Land zu Kriegszwecken eigenmächtig wirtschaftlich ausbeuteten, erforderten die aktive Beteiligung der Polen am Krieg gegen Russland und die Einbeziehung des Landes in ihren Herrschaftsbereich ein Mindestmaß an Zustimmung und Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung – oder zumindest einiger polnischer Parteien. Die Förderung der polnischen nationalen Kultur und die mit der Proklamation eingeleitete außenpolitische Verständigungspolitik zwi-

1014 Besonders anschaulich bei Kwilecki.

1015 von Zedlitz und Neukirch: Unrichtiger und richtiger Gebrauch großer Mittel, in: Der Tag vom 02.03.1916, illustrierter Teil.

1016 Exemplarisch für die Auffassung der deutschen Rechten, dass der Abbau der Gesetze zum „Schutz des Deutschtums" die Polen im Nationalitätenkonflikt begünstige und die polnische Irredenta in den preußischen Ostprovinzen fördere: Noch ist Polen nicht ––?, in: Unabhängige Nationalkorrespondenz vom 13.05.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5349, Bl. 152 f.

1017 Lemke, Allianz, S. 209.

schen Deutschland und Polen erweckte in der polnischen Bevölkerung Preußens die Hoffnung, ähnliche Zugeständnisse zu erlangen.[1018] Das mit der Proklamation erfolgte Autonomieversprechen für Galizien durch Kaiser Franz Joseph verstärkte diese Zuversicht noch. Zwar blieb die staatsbürgerliche Situation der preußischen Polen vorerst unverändert. In der deutschen Presse wurden jedoch die Auswirkungen des neuen Königreichs Polen und der Autonomie in Galizien auf die in Deutschland lebenden Polen und auf die preußische Polenpolitik erörtert.

In der rechten Presse waren die Erwartungen zwiespältig. Einige Blätter wiesen auf die Gefahren hin, die dem preußischen Staat durch seine beachtliche polnische Minderheit drohten, zumal der Abgeordnete Wladislaus Seyda noch kurz zuvor im Reichstag die Zugehörigkeit der preußischen Polen zur polnischen Nation bekräftigt hatte.[1019] Um aufzuzeigen, dass die preußischen Polen eine Revision der Polenpolitik nicht verdienten, rechnete die alldeutsche *Tägliche Rundschau* deren „Sündenregister“[1020] vor: Diese hätten sich gegenüber den deutschen Kriegsanstrengungen distanziert gezeigt, sich kaum an den Kriegsanleihen und der „Liebestätigkeit“ für die kämpfenden Soldaten beteiligt, zudem hätten die polnischen Mitglieder der Posener Stadtverordnetenversammlung das geplante Hindenburgmuseum abgelehnt, „von Schlimmerem zu schweigen“.[1021] Ferner wurde den preußischen Polen vorgeworfen, vor allem für notleidende polnische Landsleute zu spenden und erst nach Aufforderung durch Erzbischof Dalbor Kriegsanleihen gezeichnet zu haben. Auch würden die polnischen Siedlungsgenossenschaften weiter Grundbesitz aufkaufen und aufteilen, während die staatliche Ansiedlungstätigkeit ruhe.[1022] Mittels solcher Bestandsaufnahmen angeblicher polnischer Verfehlungen begründeten rechte Blätter ihre ablehnende Haltung gegenüber der Revision der Polenpolitik, zumal eine tolerante Minderheitenpolitik auf die Polonisierung des preußischen Staates und der deutschen Bevölkerung hinauszulaufen drohe: Da die Einführung der Zweisprachigkeit in der Verwaltung und im Schulunterricht die Polen

---

[1018] Siehe den Kommentar Friedrich Naumanns zur Proklamation des Königreiches Polen: Die Beurteilung des Manifestes in politischen Kreisen, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569.

[1019] Das Königreich Polen, in: Kreuzzeitung vom 06.11.1916, Nr. 567; Fritz Bley: Unsere Schicksalsstunde, in: Deutsche Tageszeitung vom 15.11.1916, Nr. 579. Zur Rede Seydas RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 308, 71. Sitz., 31.10.1916, S. 1964.

[1020] So bewertete die *Kölnische Volkszeitung* den Artikel der *Täglichen Rundschau*: Zur Wiederaufrichtung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 07.11.1916, Nr. 897.

[1021] H.R.: Einhundertachtzehnte Kriegswoche, in: Tägliche Rundschau vom 06.11.1916, Nr. 567.

[1022] Kranz: Aus Preußens Ostmark, in: Die Grenzboten 75,4 (1916), 40, S. 5-12, hier S. 7 f. und 11 f. – Im Juni 1918 warf der Mitbegründer des Ostmarkenvereins, Heinrich von Tiedemann, den polnischen Grundbesitzern in Preußen vor, ihre Äcker nicht bestellt zu haben, um die Erträge zu schmälern und die deutsche Ernährung im Krieg zu gefährden. Dies belegte er mit der angeblich amtlichen Feststellung, „daß die polnische Kuh weniger Milch und Butter gibt als die deutsche“. v. Tiedemann-Seeheim: Zur Ansiedlungsfrage, in: Der Tag vom 04.06.1918, illustrierter Teil.

mit ihren deutschen Sprachkenntnissen bevorteile, würden diese bald die Mehrzahl der Beamten und Lehrer in Preußen stellen.[1023]

Der Deutsche Ostmarkenverein äußerte sich sehr zurückhaltend über die Proklamation des Königreichs Polen. In einer ersten Stellungnahme im linksliberalen *Berliner Tageblatt* hatte das Vorstandsmitglied Ludwig Raschdau keine direkte Kritik geübt, sondern seine Skepsis mit dem Vertrauen in die Entscheidungen der politischen und militärischen Führung Deutschlands zu überspielen gesucht.[1024] Am 7. November 1916 erklärte der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins, dass er die gegebenen Tatsachen anerkenne. Von den preußischen Polen verlangte der Verein, endgültig auf preußische Gebiete zu verzichten, den Vorrang der deutschen Interessen anzuerkennen und den Nationalitätenstreit zu beenden.[1025] Im Vergleich zur Vorkriegszeit war diese Erklärung erstaunlich moderat, zumal sie ohne antipolnische Diffamierungen auskam. Allerdings markiert sie keinen grundsätzlichen Wandel in der Haltung des Vereins, der seine Bedenken gegen den neuen polnischen Staat in den folgenden Ausgaben des Vereinsorgans *Die Ostmark* und in Flugblättern ausführlich darlegte.[1026]

Entgegen der unter den deutschen Rechten verbreiteten Vorbehalte gegen eine Revision der Polenpolitik erachtete der freikonservative Fraktionsführer Oktavio von Zedlitz und Neukirch eine Neuorientierung in Preußen als notwendig. Zwar wollte er weder auf die „Förderung des Deutschtums“ noch auf Forderungen an die polnische Bevölkerung verzichten. Anstatt letztere jedoch als Bedingung der Neuorientierung aufzufassen, sprach er von gegenseitigen Verpflichtungen der Staatsregierung und der Polen:

> „Eine notwendige und eigentlich selbstverständliche Konsequenz der Schaffung eines selbständigen Polenreiches ist die Neuorientierung der Stellung der Polen zum preußischen Staate. Wenn auf der einen Seite aus der Gesetzgebung und Verwaltung das zu beseitigen ist, was, wie z.B. die Enteignungsklausel, eine Spitze gegen die Polen hat, so werden diese ihrerseits den Kampf gegen das Deutschtum in den Ostmarken einstellen und sich ganz als preußische Staatsbürger polnischer Zunge fühlen und politisch betätigen müssen. Ueber die Grenze Polens darf kein deutschfeindlicher Wind wehen. Das Deutschtum in den Ostmarken darf unter der Gründung des Polenreiches keinesfalls leiden, kann vielmehr zum Ausgleich für die Erfüllung der nationalen Wünsche der Polen um so liebevollere Pflege beanspruchen.“[1027]

In einem weiteren Artikel im *Tag* rückte von Zedlitz und Neukirch zwar wieder die Forderungen an die Polen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, hielt aber an den

[1023] Berlin, 8. November, in: Kreuzzeitung vom 08.11.1916, Nr. 572.

[1024] Die Beurteilung des Manifestes in politischen Kreisen, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 569.

[1025] Die Erklärung wurde als Flugblatt verbreitet und in vielen deutschen Zeitungen kommentarlos abgedruckt, siehe beispielsweise: Frankfurter Zeitung vom 11.11.1916, zweites Morgenblatt; Vorwärts vom 11.11.1916.

[1026] Gentzen, Ostmarkenverein, S. 284 f.

[1027] Oktavio von Zedlitz und Neukirch: Wovon das Endurteil abhängt, in: Die Post vom 06.11.1916, Nr. 569.

gegenseitigen Verpflichtungen ebenso fest wie an der Auffassung, dass die Ausnahmegesetze gegen die Polen zu beseitigen seien.[1028] Damit hatte er zu erkennen gegeben, dass er nicht unverrückbar auf seiner antipolnischen Haltung beharre, sondern bereit sei, angesichts der neuen außenpolitischen Situation die innere Politik gegenüber den preußischen Polen zu entschärfen. Da von Zedlitz und Neukirch als Fraktionsvorsitzender seine Worte nicht leichtfertig gewählt haben wird, können die Artikel als vorsichtige Vorbereitung für eine Revision der Haltung der Freikonservativen in der preußischen Polenpolitik verstanden werden.

In der Zentrums-, linksliberalen und sozialdemokratischen Presse herrschte hingegen Übereinstimmung, dass die preußische Polenpolitik angesichts des neuen polnischen Staates zwingend zu beseitigen sei. Wie von Zedlitz und Neukirch gingen die meisten Blätter davon aus, dass es sich bei der Entschärfung des Nationalitätenkonflikts um einen wechselseitigen Prozess handele, der von allen Beteiligten – der Staatsregierung, der deutschen und polnischen Bevölkerung – gleichermaßen getragen werden müsse.[1029] Vereinzelt wurden aber allein die antipolnischen Ausnahmegesetze für die Entstehung und Eskalation des Konflikts verantwortlich gemacht, weshalb der Staatsregierung der erste Schritt einer inneren Neuorientierung aufgebürdet wurde.[1030]

In der Regel beschränkten sich die Blätter darauf, allgemein und unbestimmt die Beseitigung der preußischen Polenpolitik anzumahnen. Damit einhergehend müssten Deutsche und Polen alte Denkgewohnheiten abbauen, um ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis zu entwickeln.[1031] So zeigte sich die zentrumsnahe *Deutsche Volkszeitung* zuversichtlich, „daß sich trotz aller Schwierigkeiten bei allseitigem guten Willen nicht nur ein annehmbarer modus vivendi, sondern auch eine wirkliche Verständigung zwischen den verschiedenen Nationalitäten der Ostmark erzielen lassen wird".[1032] Deutlicher artikulierte das Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* die Hoffnung, dass die als Urheber für den Nationalitätenkonflikt identifizierten politischen Strömungen verschwinden würden:

> „‚Hakatismus', um dieses schon unangenehm empfundene, hoffentlich der Vergangenheit angehörende Wort der Kürze wegen, wir möchten wünschen ein letztes Mal, zu gebrauchen,

---

[1028] Ders.: Zur Lösung der Polenfrage, in: Der Tag vom 06.11.1916, illustrierter Teil.

[1029] Frankfurt, 6. November, in: Frankfurter Zeitung vom 06.11.1916, Abendblatt; Resurrectio Poloniae, in: Kölnische Volkszeitung vom 06.11.1916, Nr. 892; Die Reichspartei und die Polenfrage, in: Vorwärts vom 07.11.1916; Die Polen der Provinz Posen, in: Berliner Tageblatt vom 08.11.1916, Nr. 573. – Der Präsident der zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtags, Eugen Ricklin, verband seine Glückwünsche zur staatlichen Selbständigkeit Polens mit dem Wunsch nach der Selbstverwaltung Elsass-Lothringens und der vollen Gleichberechtigung der Elsässer und Lothringer als deutsche Staatsbürger. Die Auffassung der politischen Kreise, in: Berliner Tageblatt vom 06.11.1916, Nr. 570.

[1030] Das Königreich Polen, in: Freisinnige Zeitung vom 07.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 48; Paul Lensch: Polen, in: Der Tag vom 15.11.1916, illustrierter Teil.

[1031] Zur Wiederaufrichtung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 07.11.1916, Nr. 897; Frankfurt, 8. November, in: Frankfurter Zeitung vom 08.11.1916, Abendblatt.

[1032] Ein neuer Kurs der preußischen Polenpolitik?, in: Deutsche Volkszeitung vom 12.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 133 f.

ist in Zukunft ebenso wenig nützlich und möglich wie der alles negierende Radikalismus der Mehrheit unserer Polen in Deutschland."[1033]

Obwohl zu erwarten gewesen wäre, dass die Posener Presse sich intensiv mit den Auswirkungen der Proklamation auf die polnische Bevölkerung der preußischen Ostprovinzen befasst haben würde, stellten die konservative *Posener Zeitung* und das deutschnationale *Posener Tageblatt* keinen Zusammenhang zwischen der äußeren und inneren Polenpolitik her. Nur die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* plädierten mit Blick auf das freundschaftliche Verhältnis zu dem neuen polnischen Staat dafür, die antipolnischen Ausnahmegesetze aufzuheben.[1034] Umgekehrt beschrieb das linksliberale Blatt die Auswirkungen der preußischen Polenpolitik auf die Bevölkerung des Königreichs Polen, die sich zurückhaltend gegenüber der deutschen Besatzungsmacht zeige, da sie die Behandlung der preußischen Polen als Paradigma für die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Polen erachtete.[1035] Indem das Blatt die negativen Wechselwirkungen zwischen innerpreußischer und auswärtiger Polenpolitik beschrieb, verlangte es die Verwirklichung der bekundeten Verständigungsabsichten.

Vereinzelt wurde die als unabdingbar beschriebene deutsch-polnische Verständigung mit zu erwartenden materiellen Vorteilen verknüpft. Bemerkenswerterweise bediente sich ein polnischer Priester aus Oberschlesien, Jan Kapitza, einer solchen Argumentation, um seine Vision einer auf kulturellen Verbindungen fußenden deutsch-polnischen Gemeinschaft nach dem Vorbild der national gemischten Region Oberschlesien zu unterstreichen. Kapitza zufolge widersprächen die inneren Gegensätze zwischen Deutschen und Polen der neuen auswärtigen Freundschaft, weshalb als logische Folge und politische Notwendigkeit der Proklamation eine Neuorientierung in Preußen zwingend sei. Seiner Ansicht nach werde sich die vielbeschworene „polnische Gefahr" aufgrund des bevorstehenden Wirtschaftsaufschwungs und des zunehmenden Austauschs von Wirtschaftsgütern und Arbeitskräften zwischen Oberschlesien und dem Königreich Polen ohnehin erledigen.[1036]

Insgesamt bildeten die Überlegungen zu den möglichen Auswirkungen der Proklamation auf die preußische Polenpolitik nur einen untergeordneten Aspekt in den Erörterungen der deutschen Presse über die Wiedererrichtung des polnischen Staates. Reichsleitung und preußische Staatsregierung verzichteten darauf, sich zur preußischen Polenpolitik oder zur zukünftigen Behandlung der polnischen Minderheit Preußens zu äußern. Somit stellten die öffentlich vorgetragenen Plädoyers für oder gegen den Ab-

[1033] Zur Staatwerdung Polens, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.11.1916, Nr. 901.

[1034] Le.: Neuorientierung, in: Posener Neueste Nachrichten vom 10.12.1916, Nr. 5343. Siehe auch: Die Proklamation des neuen Königreichs Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 07.11.1916, Nr. 5315.

[1035] R.: Das Manifest und die Polen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 17.12.1916, Nr. 5349.

[1036] Der oberschlesische Kurier vom 07.11.1916, zitiert nach: Eine oberschlesische Stimme, in: Kölnische Volkszeitung vom 09.11.1916, Nr. 903; Kapitza: Oberschlesien und die nationale Versöhnung in der preußischen Ostmark, in: Der Tag vom 26.11.1916, illustrierter Teil.

bau der antipolnischen Ausnahmegesetze lediglich erste Prognosen über die weitere innenpolitische Entwicklung dar.

Da der Reichstag am Abend des 4. November 1916 auf unbestimmte Zeit vertagt worden war, während das Preußische Abgeordnetenhaus erst am 16. November wieder einberufen wurde, konnten die Volksvertreter von den politischen Entscheidungsträgern keine unmittelbare Stellungnahme zur Proklamation verlangen. Erst ein Antrag der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen im Preußischen Abgeordnetenhaus setzte die Polenpolitik auf die politische Agenda und nötigte die Staatsregierung zu einer Erklärung. Der Antrag markierte den Auftakt der ausführlichen und zunehmend heftig ausgetragenen Auseinandersetzungen über die „Ostmarkenfrage" und trug zugleich maßgeblich zur Verknüpfung der innerpreußischen mit der auswärtigen Polenpolitik bei.

Am 20. November 1916 nahm das Abgeordnetenhaus den Antrag an, in dem festgestellt wurde, dass die Proklamation des Königreiches Polen „wichtigste Lebensinteressen" des preußischen Staates berühre, ohne dass der preußische Landtag vorher dazu befragt worden sei.[1037] Daher behalte sich der Landtag weitere Stellungnahmen zur Regelung der inneren Verhältnisse des Königreiches Polen vor und lehne präventiv jeglichen Beschluss ab, der sich nachteilig auf die „deutsche Ostmark" auswirken könne.[1038] Mit diesem Antrag propagierte die konservativ-nationalliberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses öffentlichkeitswirksam ihren Standpunkt in der „polnischen Frage" und rückte die preußischen Ostprovinzen in den Mittelpunkt der Diskussion. Zugleich erhob sie den Anspruch, die Außenpolitik des Deutschen Reiches gegenüber Polen maßgeblich mitzubestimmen. Obwohl es sich nur um eine Willensbekundung der preußischen Volksvertretung ohne reale politische Auswirkungen handelte, beteiligten sich alle großen Fraktionen an der Debatte und gaben im Plenum grundsätzliche Erklärungen über ihre Haltung zur preußischen Polenpolitik ab.

Die konservativen und nationalliberalen Redner begründeten den Antrag damit, dass die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Osten gesichert werden und der deutsche Charakter der preußischen Ostprovinzen gewahrt bleiben müssten. Mit der Annahme sollte das Abgeordnetenhaus ein deutliches Zeichen setzen, dass es auch weiterhin für den Schutz des „Deutschtums" eintrete.[1039] In seiner Antwort nahm der preußische Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell im Namen der Staatsregierung den Standpunkt der konservativ-nationalliberalen Antragsteller ein und sprach sich zugleich für die Politik der Neuorientierung aus. Nach-

[1037] PAH, 22. Leg., III. Sess. 1916/18, Drucksachen, Bd. 4, Nr. 285, S. 2336.

[1038] Ebenda. Siehe auch die Begründung Heydebrands PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 40. Sitz., 20.11.1916, Sp. 2391 f. – Der Antrag wurde mit den Stimmen der konservativ-nationalliberalen Mehrheit angenommen. PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 40. Sitz., 20.11.1916, Sp. 2423.

[1039] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 40. Sitz., 20.11.1916, Sp. 2391 f. (Ernst von Heydebrand, Konservative Partei), Sp. 2400-2403 (Robert Friedberg, Nationalliberale Partei). Vgl. Thieme, S. 86 f. – Entgegen seinen vorherigen Presseartikeln bürdete der freikonservative Fraktionsführer Zedlitz die Anstrengungen zur Neuorientierung nun vollständig den preußischen Polen auf, die das Vertrauen der Deutschen zu rechtfertigen hätten. PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 40. Sitz., 20.11.1916, Sp. 2396 ff.

drücklich versicherte er, dass der Staat seine „nationalen Aufgaben im Osten" weiterhin erfüllen werde. Von den preußischen Polen verlangte er die unverbrüchliche Treue zum Staat, wofür er als Gegenleistung die Überprüfung der Polenpolitik nach dem Krieg zusagte und eine wohlwollende Behandlung der polnischen Bevölkerung Preußens in Aussicht stellte.[1040] Damit suchte er den deutschen Rechten und den Polen gleichermaßen gerecht zu werden, allerdings verstanden alle Parteien seine Rede als eindeutiges Bekenntnis zur Beibehaltung der preußischen Polenpolitik.

Daher verlangten die Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Hermann Pachnicke, und der Zentrumspartei, Carl Herold, von der Staatsregierung ausdrücklich die Abschaffung der Ausnahmegesetze und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung.[1041] In einer bissigen Rede beschuldigte der Sozialdemokrat Heinrich Ströbel die Antragsteller, von den Polen die Aufgabe ihrer Nationalität zu verlangen, was jegliche Versöhnungspolitik von vornherein utopisch mache. Grundsätzlich trat er für einen selbständigen polnischen Staat ein und forderte einen Frieden ohne Annexionen.[1042]

Im Mittelpunkt der Parlamentsdebatte und der anschließenden Erörterungen in der deutschen Presse stand die Erklärung der Polnischen Fraktion, die von Tadeusz Styczynski verlesen wurde. Darin protestierte die Fraktion gegen den konservativnationalliberalen Antrag und lehnte die Verantwortung für die Folgen der Erörterung ab. Die Proklamation des Königreichs Polen bewertete sie zurückhaltend als Schritt auf dem Weg zur endgültigen Lösung der „polnischen Frage". Zwar hätten die Mittelmächte prinzipiell das Recht der Polen auf einen eigenen Staat anerkannt, diesem aber Fesseln auferlegt, weshalb die Freiheit und Selbständigkeit Polens nur scheinbar seien. Der Antrag und dessen Begründung mit dem „Schutz des Deutschtums" bewiesen, dass die konservativen und nationalliberalen Parteien nicht die ehrliche Versöhnung zwischen den Nationalitäten erstrebten, sondern einzig die Aufrechterhaltung der preußischen Polenpolitik. Schließlich wurde in der Erklärung die nationale Zusammengehörigkeit aller Polen bekräftigt und die Bezeichnung als „polnisch-sprechende Preußen" zurückgewiesen, da diese der polnischen Bevölkerung die Nationalität abspreche.[1043]

Die parlamentarische Debatte sorgte zwei Wochen nach der Proklamation, als die Berichterstattung über Polen bereits deutlich abgeflaut war, für großes Aufsehen in der deutschen Presse. Rechte Blätter begrüßten das Eintreten der konservativ-nationalliberalen Mehrheit der preußischen Volksvertretung für den Schutz des „Deutschtums" in den Ostprovinzen. Während sie den Antragstellern einen versöhnlichen Ton attes-

[1040] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 40. Sitz., 20.11.1916, Sp. 2392 ff., Zitat Sp. 2393.

[1041] Ebenda, Sp. 2394 ff. (Pachnicke), Sp. 2403 ff. (Herold). Siehe auch: Die Polendebatte im Preußenhause, in: Berliner Volkszeitung vom 21.11.1916, Nr. 597; Frankfurt, 21. November, in: Frankfurter Zeitung vom 21.11.1916, Abendblatt.

[1042] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 40. Sitz., 20.11.1916, Sp. 2405-2420, Zitat Sp. 2406. – Die scharfe Anklagerede Ströbels gegen die Staatsregierung und die rechten Parteien sowie das anschließende Wortgefecht mit Innenminister Loebell wurden als Eklat gewertet. Ein grosser Tag, aber kein schöner Tag, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.11.1916, Nr. 937; Die Polendebatte im Abgeordnetenhause, in: Deutsche Tageszeitung vom 21.11.1916, Nr. 589.

[1043] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 40. Sitz., 20.11.1916, Sp. 2398 ff., Zitat Sp. 2400.

tierten, verurteilten sie die Erklärung der Polnischen Fraktion durchweg.[1044] Letztere habe kein anerkennendes Wort für die Proklamation gefunden, sondern vielmehr den Wunsch offenbart, dem polnischen Staat auch preußische Gebiete einzugliedern, rügten die nationalliberalen *Berliner Neuesten Nachrichten*.[1045] Auch habe sie das Versöhnungsangebot zurückgewiesen, das ihr von der Staatsregierung, den rechten Parteien und dem Ostmarkenverein unterbreitet worden sei. Anstatt sich unmissverständlich zum preußischen Staat zu bekennen, habe die Polnische Fraktion ihre Feindseligkeit und die „*völlige Verneinung* eines inneren Friedens zwischen Deutschen und Polen im preußischen Staate" offenbart.[1046] Auf der Grundlage solcher Deutungen begründeten konservative und nationalliberale Blätter die Fortführung der preußischen Polenpolitik und verwarfen die entgegenkommende deutsche Außenpolitik gegenüber dem Königreich Polen.[1047]

Die Zentrums-, linksliberalen und sozialdemokratischen Zeitungen kritisierten den konservativ-nationalliberalen Antrag scharf, der nur Selbstverständliches wiedergebe, in seinem Tonfall jedoch wenig versöhnlich sei und die Polen unnötig herausfordere.[1048] Den Antragstellern unterstellten sie, die Reaktion der Polnischen Fraktion vorhergesehen und absichtlich provoziert zu haben, um die Fortführung der repressiven Polenpolitik begründen zu können. Ebenso tadelten sie die polnischen Abgeordneten, die sich abweisend verhalten und ihrerseits ein Bekenntnis zur Versöhnungspolitik verweigert hätten.[1049] Somit seien auf deutscher wie polnischer Seite die extremen politischen Positionen hervorgetreten, beklagte das *Berliner Tageblatt*: Der Konservative Ernst von Heydebrand habe „unzweideutig den alten schroffen hakatistischen Standpunkt" verfochten und kein Entgegenkommen in der Ostmarkenfrage gezeigt, während die Erklärung der Polnischen Fraktion wie die „Proklamation einer polnischen Irredenta in den Ostmarken" geklungen habe.[1050] Zwar habe Innenminister Loebell von einer Prüfung

[1044] P.B.: Nach der Polendebatte, in: Deutsche Tageszeitung vom 24.11.1916, Nr. 594; Die Parteien und die Polen, in: Die Post vom 21.11.1916, Nr. 597; Hände weg, in: Kölnische Zeitung vom 21.11.1916, Nr. 1186.

[1045] Ein lehrreicher Tag. Polnische Loyalität im preußischen Abgeordnetenhause, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 21.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5342, Bl. 126.

[1046] Die Antwort der preußischen Polen, in: Die Post vom 21.11.1916, Nr. 597 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[1047] Deutsche und Polen, in: Kölnische Zeitung vom 21.11.1916, Nr. 1187; Erfreuliches und Unerfreuliches in der Polendebatte, in: Die Post vom 21.11.1916, Nr. 598; Berlin, 21. November, in: Kreuzzeitung vom 21.11.1916, Nr. 596; Das Königreich Polen und das Preußenhaus, in: Tägliche Rundschau vom 21.11.1916, Nr. 595.

[1048] Der Polenantrag, in: Vossische Zeitung vom 21.11.1916, Nr. 597; Die Polendebatte im Abgeordnetenhause, in: Vorwärts vom 21.11.1916; Die gestrige Polendebatte im Abgeordnetenhause, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 21.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 168.

[1049] Die Polenfrage im Landtag, in: Frankfurter Zeitung vom 21.11.1916, zweites Morgenblatt; Frankfurt, 21. November, in: Frankfurter Zeitung vom 21.11.1916, Abendblatt; Ein Unglückstag im preussischen Abgeordnetenhause, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.11.1916, Nr. 936; Nach der Polensitzung, in: Vorwärts vom 22.11.1916.

[1050] Die Ostmarkenfrage im Abgeordnetenhause, in: Berliner Tageblatt vom 21.11.1916, Nr. 597.

der Ausnahmegesetze nach dem Kriege gesprochen, stellte die *Kölnische Volkszeitung* zufrieden fest. Allerdings sei er unfähig, eine Versöhnungsrede zu halten. So habe seine Aufforderung zur Pflichterfüllung an die Polen bürokratisch, hart und befehlsmäßig geklungen, da ihm die Gabe fehle, „freundliche Dinge auch freundlich und herzlich in Worten zu sagen".[1051] In den *Preußischen Jahrbüchern* warf Hans Delbrück der preußischen Staatsregierung vor, an den Ausnahmegesetzen festzuhalten, obwohl unter den Parteien Konsens herrsche, dass zumindest das Enteignungsrecht sofort abgeschafft werden müsse. Ein „wirklicher legislatorischer Akt" hätte eine ganz andere Wirkung gehabt als das bloße Versprechen einer Neuorientierung nach dem Kriege, das als reine Vertröstung aufgefasst werden könne.[1052]

Obwohl die Verständigungsbefürworter die Beseitigung der antipolnischen Ausnahmegesetze als unabdingbar erachteten, waren sie sich darüber im Klaren, mit welchen Schwierigkeiten die Staatsregierung bei einer Revision der Polenpolitik im preußischen Landtag rechnen musste. Dabei gingen Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Blätter davon aus, dass die konservativen und nationalliberalen Antragsteller bloß einen kleinen Teil der Bevölkerung Preußens verträten, während die Bevölkerungsmehrheit versöhnungsbereit sei und die Proklamation des Königreichs Polen gutheiße.[1053] Nur komme im Abgeordnetenhaus „infolge eines veralteten, widersinnigen Wahlrechts die Volksmeinung nur in einem Zerrbild zum Ausdruck", beklagte die linksdemokratische *Berliner Volkszeitung*.[1054] Daher sei eine Reform des preußischen Wahlrechts nötig, warf das *Berliner Tageblatt* ein, um dem Willen der Bevölkerungsmehrheit Geltung zu verschaffen.[1055] Angesichts der Machtdemonstration der konservativen und nationalliberalen Parteien im Abgeordnetenhaus erschien die Wahlrechtsreform die einzige Möglichkeit, die Ausnahmegesetze durch eine neue parlamentarische Mehrheit auf gesetzlichem Wege beseitigen zu können.

In der Posener Presse war die Reaktion entsprechend der politischen Präferenzen gespalten. Das deutschnationale *Posener Tageblatt* konzentrierte sich auf die als schroff und unversöhnlich beurteilte Erklärung der Polnischen Fraktion, die dem deutschen Volk das „Vorhandensein einer polnischen Irredenta" offenbart habe. Daher müsse die preußische Polenpolitik dringend beibehalten und sogar der weitere Ausbau des polnischen Staates vom Verhalten der polnischen Bevölkerung Preußens abhängig gemacht werden.[1056] Damit gab das Blatt seine seit Kriegsbeginn eingenommene gemäßigte

[1051] Ein grosser Tag, aber kein schöner Tag, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.11.1916, Nr. 937. Siehe auch: Die gestrige Polendebatte im Abgeordnetenhause, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 21.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 8766, Bl. 168.

[1052] Delbrück: Das Königreich Polen, in: Preußische Jahrbücher 166 (1916), 12, S. 515-521, hier S. 519.

[1053] Ein Unglückstag im preussischen Abgeordnetenhause, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.11.1916, Nr. 936; Die preußische Gefahr, in: Münchner Post vom 21.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5342, Bl. 119; Die Polenfrage im Landtag, in: Frankfurter Zeitung vom 21.11.1916, zweites Morgenblatt.

[1054] Polen und Preußen, in: Berliner Volkszeitung vom 18.11.1916, Nr. 592.

[1055] Die Ostmarkenfrage im Abgeordnetenhause, in: Berliner Tageblatt vom 21.11.1916, Nr. 597.

[1056] „Nur im Prinzip", in: Posener Tageblatt vom 22.11.1916, Nr. 549.

Haltung wieder auf und kehrte zu seinem antipolnischen Standpunkt zurück. Moderat gab sich die regierungsnahe konservative *Posener Zeitung*, derzufolge allein die Erörterung des Antrags im Abgeordnetenhaus zu unerwünschten Auseinandersetzungen führen musste, wobei ein Ausgleich zwischen den Polen, der Staatsregierung und den deutschen Rechten von vornherein ausgeschlossen gewesen sei.[1057] Laut den linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* hatten die Antragsteller hingegen willentlich die Neuorientierung in der Ostmarkenpolitik torpediert, den entschiedenen Widerspruch der Polen provoziert und mitten im Kriege das „Parteigezänk" über die „Polenfrage" wieder heraufbeschworen.[1058] Indem die Mehrheit des Abgeordnetenhauses trotz der weltpolitischen Umwälzungen im Osten Europas weiter an der anachronistischen Polenpolitik festhalte, gefährde sie die aufbauende deutsche Politik gegenüber dem Königreich Polen, bedauerte das linksliberale Blatt.[1059]

Grundsätzlich suchten verständigungsbereite deutsche Zeitungen die Bedeutung des Antrags für die angestrebte Politik der inneren Neuorientierung herunterzuspielen und die Parlamentsdebatte als unerfreulichen Zwischenfall abzutun. Nachdrücklich riefen sie Deutsche und Polen zu gegenseitigem Vertrauen auf.[1060] Aus ihrer Sicht hatte die seit Kriegsbeginn erörterte Verständigungspolitik mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates die erste außenpolitische Umsetzung erfahren. Nun schien die Revision der preußischen Polenpolitik unausweichlich und eine Entspannung des Nationalitätenkonflikts möglich, auch wenn sich die Verständigungsbefürworter nicht der Illusion hingaben, diese widerstandslos durchsetzen zu können.

Die konservativ-nationalliberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus hatte jedoch deutlich signalisiert, dass sie die preußische Polenpolitik zu zementieren gedachte und nicht aus freien Stücken in die Aufgabe der gesetzlichen Maßnahmen zum „Schutz des Deutschtums" einwilligen werde. Mit ihrem Antrag hatten die rechten Parteien die Initiative in der öffentlichen Debatte ergriffen und heftige Abwehrreaktionen der Polnischen Fraktion ausgelöst, die auch unter den Verständigungsbefürwortern Missbehagen hervorriefen. Durch die kalkulierte Eskalation der Parlamentsdebatte hatten die Rechten nicht nur allen Bestrebungen einer Verständigungspolitik, darunter auch den vorsichtigen Anklängen im eigenen Lager, eine klare Absage erteilt. Mehr noch, sie hatten über ihre öffentlichkeitswirksame Stellungnahme die auswärtige Polenpolitik Deutschlands empfindlich getroffen: So beklagten die *Posener Neuesten Nachrichten*, dass der Antrag das Misstrauen der Bevölkerung des Königreiches Polen gegenüber den Absichten der deutschen Besatzungsmacht weiter geschürt habe.[1061]

1057 Der Polenantrag, in: Posener Zeitung vom 22.11.1916, erstes Blatt.

1058 Ueber die Polendebatte im preußischen Abgeordnetenhaus, in: Posener Neueste Nachrichten vom 22.11.1916, Nr. 5328.

1059 Le.: Die preußische Polendebatte, in: Posener Neueste Nachrichten vom 25.11.1916, Nr. 5330.

1060 Berlin, 20. November, in: Germania vom 21.11.1916, Nr. 542; Polen und Preußen, in: Pfälzische Post vom 21.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5342, Bl. 125; Delbrück: Das Königreich Polen, in: Preußische Jahrbücher 166 (1916), 12, S. 515-521, hier S. 521.

1061 Le.: Neuorientierung, in: Posener Neueste Nachrichten vom 10.12.1916, Nr. 5343.

Während die Proklamation des Königreiches Polen eine außenpolitische Zäsur im deutsch-polnischen Verhältnis markiert, stellt der konservativ-nationalliberale Antrag eine Zäsur in der Debatte über die preußische Polenpolitik dar. Dadurch wurden die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Polenpolitik, die seit Kriegsbeginn aufgrund des Burgfriedens größtenteils geruht hatten, wieder aufgenommen und unter Rückgriff auf das aus der Vorkriegszeit bekannte Repertoire an Argumenten weitergeführt. In der Folge suchten sowohl die deutschen und polnischen Verständigungsbefürworter als auch die deutschen Rechten ihren jeweiligen Standpunkt in der innenpolitischen „polnischen Frage" mithilfe von Bezugnahmen auf das Königreich Polen zu unterstreichen. Erstere verwiesen auf die entgegenkommende Politik der deutschen Besatzungsmacht in Polen, um eine grenzüberschreitende Gleichbehandlung aller Polen im deutschen Einflussbereich zu erwirken; Letztere erhoben den polnischen Staat zur potenziellen Bedrohung für das Deutsche Reich, weshalb sie die Beibehaltung der antipolnischen Ausnahmegesetze verlangten.

4.3 Burgfrieden und Reformdruck: Die preußische Polenpolitik vor dem Ende?

Angesichts der wieder aufbrechenden innenpolitischen Auseinandersetzungen über die preußische Polenpolitik waren die Rednertribünen des preußischen Landtags und die überregionale Presse die geeigneten Arenen für die beteiligten Akteure, um ihre Auffassung öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Insbesondere die Sozialdemokraten und Linksliberalen konzentrierten sich auf die Parlamente und Medien, um ihr Anliegen einem breiten Publikum darzulegen. Informelle Kanäle zur politischen Einflussnahme standen ihnen nur eingeschränkt zur Verfügung. Hingegen suchten insbesondere die deutschen Rechten unter Führung des Ostmarkenvereins mit Denkschriften zur „Polenfrage" und über persönliche Beziehungen zu politischen Entscheidungsträgern die auswärtige Politik Deutschlands gegenüber dem polnischen Staat zu beeinflussen und die Revision der preußischen Polenpolitik zu verhindern.[1062] Dies deckte sich mit dem Bestreben, die politische und gesellschaftliche Ordnung zu legitimieren und zu stabilisieren. Um ihrer Auffassung Nachdruck zu verleihen, pochten die Rechten auf den Burgfrieden, warnten vor scharfen parlamentarischen Auseinandersetzungen infolge der Veränderung oder Aufhebung der antipolnischen Gesetze und verwiesen alle Reformvorhaben auf die Nachkriegszeit.

Dass die Berufung auf den Burgfrieden nur dazu diente, missliebige Reformen abzuwehren, wurde spätestens im Januar 1917 deutlich, als die preußische Staatsregierung das Fideikommissgesetz in das Abgeordnetenhaus einbrachte, das neuen Großgrundbesitz für Adlige und Kriegsgewinnler schaffen sollte. Die von Sozialdemokratie und Linksliberalen als obszöne politische Geste angeprangerte Gesetzesvorlage wurde von der konservativ-nationalliberalen Mehrheit verabschiedet. Der Burgfrieden und die innere Einheit der Nation besaßen längst nur noch rhetorischen Wert.[1063]

In der Folge nahmen die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die preußische Polenpolitik weiter zu. Diese wurden noch verschärft durch die scharfe Kritik an

[1062] Oldenburg, S. 213-222.
[1063] Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 165; Schwabe, Wissenschaft, S. 134.

der Polenpolitik durch die nationaldemokratisch geprägten Polnischen Fraktionen im Preußischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag. Zudem legten sie ihre Auffassung über die Politik der Mittelmächte im Königreich Polen dar und machten davon auch ihre Haltung in innenpolitischen Angelegenheiten abhängig. Zwar wurden die antipolnischen Ausnahmegesetze und -verwaltungsbestimmungen seit Kriegsbeginn auf dem Verwaltungswege nicht mehr angewandt, weshalb die polnische Bevölkerung Preußens spürbare Erleichterungen erfahren hatte. Allerdings argwöhnten die polnischen Abgeordneten, dass dieser Zustand nicht dauerhaft sein werde, sondern die Umsetzung der versprochenen inneren Neuorientierung zumindest fragwürdig sei. Als deutliches Indiz für die Wiederaufnahme der repressiven Polenpolitik nach Kriegsende galt die alljährliche Einstellung von finanziellen Mitteln für die Ansiedlungspolitik in den Etat Preußens.

Am 19. Januar 1917 unternahm Adalbert Korfanty anlässlich der Etatdebatte im Preußischen Abgeordnetenhaus einen aufsehenerregenden Vorstoß gegen die preußische Polenpolitik. Korfanty, der dem nationaldemokratischen Flügel der Polnischen Fraktion angehörte, war in den ersten Kriegsmonaten zur Zusammenarbeit mit der Staatsregierung bereit gewesen, allerdings unter der Voraussetzung, dass die antipolnischen Ausnahmegesetze in Preußen aufgehoben würden. Da die Staatsregierung jedoch ausweichend und hinhaltend auf die Forderung nach Zugeständnissen noch während des Krieges reagiert hatte, wandte er sich bald enttäuscht von der Möglichkeit einer Verständigung ab.[1064]

In seiner Rede lieferte Korfanty zugleich die Begründung für seinen politischen Sinneswandel. Deutlich drückte er die Enttäuschung über das wiederholte „*Versprechen der Erwägung einer Neuorientierung nach dem Kriege*“ aus, das aus polnischer Sicht unglaubwürdig erschien.[1065] Da keines der Ausnahmegesetze aufgehoben sei, ferner der Etat für das Jahr 1917 erneut „alle polenfeindlichen Positionen“ enthalte, die zur „*Entnationalisierung und Verdrängung der Polen*“ bestimmt seien, äußerte er große Zweifel am guten Willen der Staatsregierung.[1066] Obwohl die preußischen Polen für Deutschlands Kriegsziele kämpften, blieben sie weiter entrechtete „Bürger zweiter Klasse“, Gleichberechtigung gebe es für sie nur im Schützengraben. Daher beharrte Korfanty auf der sofortigen Beseitigung der Polenpolitik und verlangte für die polnische Bevölkerung die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sowie das „*Recht auf völlige Entwicklung in nationaler und kultureller Beziehung* in diesem Staate“.[1067]

Die Schärfe von Korfantys Rede wurde in der rechten Presse als Ausdruck des weiterhin bestehenden polnischen Radikalismus und als ausdrückliche Absage an jegliche Verständigung zwischen Deutschen und Polen gedeutet.[1068] Wie die Erklärung der Pol-

---

[1064] Figowa, S. 202-208; Orzechowski, S. 159-176.

[1065] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 52. Sitz., 19.01.1917, Sp. 3103-3112, hier Sp. 3105 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[1066] Ebenda, Sp. 3108 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[1067] Ebenda, Sp. 3106 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[1068] Polnische Ungehörigkeiten im preußischen Abgeordnetenhause, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 20.01.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 65; Polnisches, in: Posener Tageblatt vom 21.01.1917, Nr. 34.

nischen Fraktion vom 20. November 1916 konnte die Rede als Fanal einer polnischen Irredenta in Preußen verstanden werden. Folglich begrüßten rechte Blätter die Entgegnung des Innenministers Loebell, der sich vordergründig entgegenkommend gegen die preußischen Polen zeigte, die Forderungen Korfantys aber entschieden zurückwies.[1069] Darüber hinaus provozierte er die polnischen Abgeordneten, als er von ihnen den Dank gegenüber Gott und den preußischen Königen für die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Provinz Posen einforderte.[1070] Als die Polenpolitik wenige Wochen darauf erneut im Abgeordnetenhauses diskutiert wurde, rechtfertigte Loebell seine Worte damit, dass die Rede Korfantys eine „Kriegserklärung in allerbester Form" gewesen sei.[1071]

Die Reaktion der linksliberalen und Zentrumspresse auf die Debatte war gespalten. Beschwichtigend verwies die linksliberale *Frankfurter Zeitung* darauf, dass die antipolnischen Gesetze auf dem Verwaltungswege ausgesetzt seien.[1072] Dem *Berliner Tageblatt* zufolge griff die bloße Änderung in der Verwaltungspraxis jedoch zu kurz, da die Beibehaltung des „hakatistischen Systems" die verständigungswilligen preußischen Polen in ihrem Eintreten für eine Entspannung im Nationalitätenkonflikt hemme.[1073] Zugleich wurde die konfrontative Diskussion als unweigerliche Konsequenz der Debatte vom 20. November des Vorjahres gesehen. Deutlich riefen linksliberale Zeitungen die deutschen Rechten und die polnischen Nationaldemokraten zu Zurückhaltung und Geduld auf, um die dezenten Anzeichen einer Verständigungspolitik nicht zu vereiteln.[1074]

Genau diese Anzeichen suchte die *Kölnische Volkszeitung* besonders hervorzukehren, als sie den „*Geist politischer Versöhnung und Zusammengehörigkeit*" in der Etatdebatte betonte. Als Beispiel führte das Zentrumsblatt den freikonservativen Abgeordneten Siegfried von Kardorff an, der die in der Vorkriegszeit mit seiner Unterstützung durchgesetzte staatliche Diskriminierung der preußischen Polen aufgeben wollte. Konkret hatte Kardorff die Aufhebung des Enteignungsrechts, die Berücksichtigung der Polen bei der staatlichen Ansiedlungspolitik und die Einführung des polnischsprachigen Religionsunterrichts an den Volksschulen Preußens akzeptiert. „Jetzt hatte ein Mann, dessen eigener Name mit der Geschichte des Hakatismus eng verknüpft war, dem polnischen Volke die Hand zum Frieden und zur Versöhnung hingehalten", bilanzierte das Blatt dessen Rede und kritisierte Korfanty für seine ablehnende Haltung

[1069] F.H.: Polnisches aus dem preußischen Abgeordnetenhaus, in: Tägliche Rundschau vom 19.01.1917, Nr. 34; Polenstreit im Abgeordnetenhaus. Scharfe Angriffe – scharfe Abwehr, in: Die Post vom 19.01.1917, Nr. 34; Oktavio von Zedlitz und Neukirch: Die allgemeine Aussprache im Haushalt, in: Die Post vom 20.01.1917, Nr. 36; Berlin, 20. Januar, in: Kreuzzeitung vom 20.01.1917, Nr. 36; Polnisches, in: Posener Tageblatt vom 21.01.1917, Nr. 34.

[1070] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 52. Sitz., 19.01.1917, Sp. 3112-3115.

[1071] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 58. Sitz., 15.02.1917, Sp. 3548.

[1072] Preußisches Abgeordnetenhaus, in: Frankfurter Zeitung vom 20.01.1917, zweites Morgenblatt.

[1073] Die weitere Etatsberatung im Abgeordnetenhause, in: Berliner Tageblatt vom 20.01.1917, Nr. 35.

[1074] Polendebatte im Abgeordnetenhause, in: Berliner Volkszeitung vom 20.01.1917, Nr. 35; r.: Die zweite Polendebatte, in: Posener Neueste Nachrichten 23.01.1917, Nr. 5377.

gegenüber dieser Geste.[1075] Damit erweckte die *Kölnische Volkszeitung* den Eindruck, als ignoriere die Polnische Fraktion die Anzeichen einer politischen Mäßigung in den Kreisen der deutschen Rechten und sei aufgrund ihrer oppositionellen Haltung selbst für die Beibehaltung der Polenpolitik verantwortlich.

Mit etwas zeitlichem Abstand, nachdem die polnischen Abgeordneten Adalbert Trampczynski und Adalbert Korfanty anlässlich der Beratung über den Etat des preußischen Innenministers die Polenpolitik erneut angeprangert hatten[1076], setzte sich Max Weber in einem langen Beitrag für die *Frankfurter Zeitung* mit der „polnischen Frage" auseinander. Darin skizzierte er das grundlegende Spannungsverhältnis zwischen den neuen auswärtigen Beziehungen zu Polen und der Aufrechterhaltung der repressiven preußischen Polenpolitik. Es wäre ein „politischer Aberwitz", wenn sich die Reichsleitung vor der Proklamation des Königreichs Polen nicht die Konsequenzen für die innere Politik klargemacht hätte. Von der preußischen Staatsregierung und den rechten Parteien forderte er einen Dialog mit den Vertretern der preußischen Polen, anstatt mit polemischen Reden die Neuorientierung zu hintertreiben:

> „Der übliche unsachliche Prestigestandpunkt der Regierung: ein gewisses ‚Entgegenkommen' in der Praxis der Verwaltung wie eine Art von Gnadengeschenk an ‚Untertanen' zu behandeln, für welches man von diesen ‚Dankbarkeit' beanspruchen könne, schneidet jede sachliche Erörterung von vornherein ab."[1077]

Laut Max Weber sei Loebells Ankündigung, die Konsequenzen aus der Rede Korfantys vom 19. Januar ziehen zu wollen, eine „Kriegsansage gegen die innerdeutschen Polen sowohl *wie vor allem gegen die hochpolitisch bedingte Polenpolitik des Reichs*". Der Widerspruch zwischen der repressiven preußischen und der versöhnlichen auswärtigen Polenpolitik sei nur aufzulösen, wenn eine von beiden aufgegeben werde.[1078]

Ebenso wies Friedrich Naumann in der linksliberalen Zeitschrift *Die Hilfe* darauf hin, dass mit der Errichtung des Königreiches Polen „eine *neue Einstellung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen* in ganz Mitteleuropa erfolgen muß".[1079] Damit hatten zwei bedeutende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens deutlich ausgesprochen, dass sich eine deutsch-polnische Verständigungspolitik nicht nur auf die polnische Bevölkerung jenseits der deutschen Grenzen beziehen dürfe.

[1075] Die Aussprache im preussischen Abgeordnetenhause, in: Kölnische Volkszeitung vom 21.01.1917, Nr. 56 (Hervorhebung im Original gesperrt). Für die Rede Kardorffs PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 51. Sitz., 18.01.1917, Sp. 3042 f.

[1076] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 3, 58. Sitz., 15.02.1917, Sp. 3536-3546 (Trampczynski), 59. Sitz., 16.02.1917, Sp. 3631-3635 (Korfanty).

[1077] Max Weber: Deutschlands äußere und Preußens innere Politik. I. Die Polenpolitik, in: Frankfurter Zeitung vom 25.02.1917, erstes Morgenblatt.

[1078] Ebenda (Hervorhebung im Original gesperrt). – Damit war Max Weber deutlich von seinem nationalistischen Standpunkt in der „Polenfrage" abgerückt, den er um die Jahrhundertwende öffentlich vertreten hatte. Vgl. weiter oben, Kap II.1.2.

[1079] Naumann: Polnische Schwierigkeiten, in: Die Hilfe 23 (1917), 9, S. 136 ff., hier S. 137 (Hervorhebung im Original gesperrt).

Auf der anderen Seite trat der Deutsche Ostmarkenverein angesichts der Wiederaufnahme der Debatte über die preußische Polenpolitik zu Jahresbeginn 1917 verstärkt öffentlich in Erscheinung. Der Hauptvorstand legte seinen Standpunkt in einer Eingabe an die „maßgebenden Stellen" dar, die auch im Vereinsorgan *Die Ostmark* abgedruckt wurde.[1080] Darin wurden alle Polen unterschiedslos als deutschfeindlich beschrieben und deren Forderungen an die Mittelmächte als unhaltbar angeprangert. Weitere Zugeständnisse seien an bestimmte Voraussetzungen wie den unwiderruflichen Verzicht der Polen auf preußisches Staatsgebiet zu knüpfen. Durch einen Bevölkerungsaustausch zwischen Deutschland und Polen könne zudem die „räumliche Scheidung und damit das künftige friedliche Miteinanderleben der Deutschen und Polen" gefördert werden.[1081] Damit artikulierte der Ostmarkenverein das Ideal der ethnisch exklusiven Volksgemeinschaft. Den preußischen Polen wurde in dieser Zukunftsvorstellung – gemeinsam mit den Sozialdemokaten, Katholiken, Juden und den anderen nationalen Minderheiten – die Rolle des „inneren Feindes" zugewiesen.[1082]

Die Befürworter einer Verständigung verwarfen eine solche Entflechtung der Bevölkerungen.[1083] Ihnen galt die Vermischung von Deutschen und Polen auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze als Gewähr für die gutnachbarlichen Beziehungen beider Staaten. Laut den *Posener Neuesten Nachrichten* würden die Vorschläge zur Aussiedlung der Polen aus Preußen dem Willen der deutschen und polnischen Bevölkerungsmehrheit widersprechen. Stattdessen erhob das linksliberale Blatt die ethnisch heterogenen Ostprovinzen Preußens zu einer „Brücke zur Annäherung und Verbrüderung" zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Polen.[1084]

In gleicher Weise wies der polnische Priester Jan Kapitza der Region Oberschlesien die „geschichtliche Mission" einer Vermittlerrolle zwischen Deutschen und Polen zu.[1085] Ausführlich plädierte er in seiner Schrift „Die deutsche Kulturmission, der Katholizismus und die nationale Versöhnung" für eine entgegenkommende Politik ge-

---

[1080] Vorschläge zur polnischen Frage, in: Die Ostmark 22 (1917), 2, S. 10 f., hier S. 10, nachgedruckt u.a. in: Tägliche Rundschau vom 18.01.1917, Nr. 31; Berliner Neueste Nachrichten vom 09.02.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 83.

[1081] Vorschläge zur polnischen Frage, in: Die Ostmark 22 (1917), 2, S. 11. – Bereits zuvor war in der rechten Presse die Möglichkeit einer ethnischen Flurbereinigung aufgeworfen worden. Ein lehrreicher Tag. Polnische Loyalität im preußischen Abgeordnetenhause, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 21.11.1916, BArch R 8034/II, Nr. 5342, Bl. 126; Fritz Bley: Der Schwerpunkt der Schwierigkeit, in: Deutsche Tageszeitung vom 29.11.1916, Nr. 604.

[1082] Bruendel, S. 275-289, insb. S. 282 ff.

[1083] Für scharfe Kritik an der Haltung des Ostmarkenvereins: Der Ostmarkenverein zur Polenfrage, in: Vorwärts vom 19.01.1917; Eine neue Schwenkung des Ostmarkenvereins, in: Berliner Tageblatt vom 17.04.1917, Nr. 194; Die Polenpolitik und der Ostmarkenverein, in: Posener Neueste Nachrichten vom 22.04.1917, Nr. 5452.

[1084] v. K.: Die polnische Frage, in: Posener Neueste Nachrichten vom 18.11.1916, Nr. 5325.

[1085] Kapitza: Oberschlesien und die nationale Versöhnung in der preußischen Ostmark, in: Der Tag vom 26.11.1916, illustrierter Teil. – Ebenso sprach sich der oberschlesische Pfarrer Paul Feja für den Abbau der Ausnahmegesetze aus, machte aber auch deutlich, dass er Oberschlesien als ursprünglich deutsches Land betrachtete. P. Feja: Oberschlesien und die nationale Versöhnung in der preußischen Ostmark, in: Der Tag vom 15.12.1916, illustrierter Teil.

genüber der polnischen Bevölkerung Preußens. Unter Bezugnahme auf die Reden von Reichskanzler Bethmann Hollweg über Polen und auf die Veröffentlichungen des Pädagogen und Philosophen Friedrich Wilhelm Foerster und im Vertrauen auf den Versöhnungswillen der deutschen und polnischen Bevölkerungsmehrheit, entwarf er eine Vision einer deutsch-polnischen Interessen- und Kulturgemeinschaft in den preußischen Ostprovinzen und für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen.[1086] Damit setzten die Verständigungsbefürworter dem Ideal des ethnisch homogenen Nationalstaats, in dem die Diskriminierung nationaler Minderheiten bis zur Exklusion aus der Staatsgemeinschaft weitergetrieben würde, die Vorstellung entgegen, dass ein positives Verhältnis beider Staaten im guten Auskommen der Nationalitäten auf der Grundlage gegenseitiger Toleranz fußen müsse.

Was die Einleitung innerer Reformen durch die Reichsleitung anbetraf, werden in der Historiografie gewöhnlich die lange Kriegsdauer, der „Kohlrübenwinter" 1916/17, die Februarrevolution in Russland, der Kriegseintritt der USA im April 1917 und der endgültige Bruch des Burgfriedens durch die Verabschiedung des Fideikommissgesetzes als ursächlich angeführt.[1087] Für das deutsch-polnische Verhältnis und die preußische Polenpolitik war jedoch die Proklamation des Königreiches Polen im November 1916 die maßgebliche Zäsur. Dadurch wurde die Verständigung zwischen Deutschen und Polen zu einem Ziel der deutschen Außenpolitik, das auch innerhalb Preußens umgesetzt werden musste, um die Etablierung des polnischen Staates als Bündnispartner der Mittelmächte nicht zu hintertreiben. Daher beschloss die preußische Staatsregierung im März 1917, im Rahmen der innenpolitischen Neuorientierung bereits vor Friedensschluss die Aufhebung von antipolnischen Ausnahmegesetzen einzuleiten. Die „positiven Maßnahmen zur Förderung des Deutschtums", also die siedlungspolitische und finanzielle Unterstützung der deutschen Bevölkerung, sollten jedoch beibehalten werden.[1088]

Für dieses Vorhaben bereiteten die preußische Staatsregierung und die „polnischen Loyalisten" um die Mitglieder des Preußischen Herrenhauses Franz Xaver Drucki-Lubecki und Franz Morawski Erklärungen zur Polenpolitik vor, die den Willen zur Verständigung ausdrückten.[1089] Auf dieser Grundlage wollte die Staatsregierung die innere Neuorientierung einleiten. Das Herrenhaus stellte die geeignete parlamentarische Bühne für die Erklärungen dar, wo es keine festen Fraktionen mit ausformulierten Programmen gab, sondern nur ihrem Gewissen und vor allem der Krone verpflichtete Mitglieder, die sich zu losen politischen Gruppierungen zusammenfanden.[1090] Da die Polnischen Fraktionen des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses ihre Voten nach dem Mehrheitsprinzip bestimmten und nach außen hin einheitlich auftraten[1091], boten die geplanten Erklärungen im Herrenhaus den konservativen Polen die

[1086] Kapitza, S. 64-80. Siehe hierzu Bjork, S. 181 f.

[1087] Rauh, S. 349; Müller, Nation, S. 294 f.; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 165; Gutsche, S. 228 f.

[1088] Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1917, in: Zilch, Protokolle, Bd. 10, S. 186.

[1089] Trzeciakowski, Niemcy, S. 51; Kotowski, Staatsräson, S. 185; Conze, S. 267 f.

[1090] Zu den Fraktionen des Herrenhauses Spenkuch, S. 491-498.

[1091] Kotowski, Staatsräson, S. 83.

Möglichkeit, sich öffentlich vom Konfrontationskurs der nationaldemokratisch dominierten Fraktionen abzusetzen.

Der angesehene 82-jährige Ferdinand Radziwill ergriff am 28. März 1917 im Preußischen Herrenhaus in einer erregten Debatte über eine mögliche Reform des Hauses und über das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus das Wort. In seiner Rede dankte er den Kaisern der Mittelmächte ausdrücklich für die Proklamation vom 5. November 1916, gelobte die Loyalität und Staatstreue der polnischen Bevölkerung Preußens und drückte seine Hoffnung nach Abschaffung der antipolnischen Ausnahmegesetze und administrativen Beschränkungen aus.[1092] Daran anschließend vertiefte der den Polen wohlgesinnte Hermann von Hatzfeld, der im Jahr 1908 gegen das Enteignungsrecht gestimmt hatte, den Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Polenpolitik. Er skizzierte einen polnischen Staat in enger Anlehnung an die Mittelmächte und entwarf ein Programm für die innere Neuorientierung und die Beseitigung der antipolnischen Ausnahmegesetze.[1093] Der stellvertretende preußische Ministerpräsident Paul von Breitenbach begrüßte die Loyalitätserklärung Radziwills und verkündete, dass die Staatsregierung angesichts der langen Kriegsdauer die baldige Umsetzung der Neuorientierung ins Auge fasse. Konkret benannte er die Aufhebung des Enteignungsrechts und Erleichterungen im Gebrauch der Muttersprache.[1094]

Obwohl die Reden großes Aufsehen in der deutschen Presse hervorriefen, wurde nicht thematisiert, dass es sich um eine geplante öffentliche Inszenierung des beiderseitigen Verständigungswillens handelte. Entweder war diese Information in den Redaktionen der Zeitungen nicht bekannt oder der Inszenierungscharakter wurde absichtlich verschwiegen, was ebenso naheliegend erscheint: So konnte die rechte Presse Radziwill als politischen Außenseiter ohne Rückhalt in der polnischen Bevölkerung hinstellen, während die den Polen wohlgesinnten Blätter den Erklärungen eine größere öffentliche und politische Wirkung beimessen konnten, wenn sie den Eindruck spontaner Versöhnungsgesten erweckten.[1095]

Die verständigungsbereiten deutschen Zeitungen begrüßten die Erklärung Radziwills freudig, denn die Reden Korfantys und Trampczynskis zu Beginn des Jahres 1917 hatten sie in Verlegenheit gebracht und ihnen das Eintreten für die polnische Bevölkerung Preußens erschwert. Laut der Zentrumspresse habe Radziwill als preußischer Staatsbürger und Pole gleichermaßen gesprochen und eine „*Loyalitätserklärung* namens seiner Landsleute im preußischen Staatsgebiet in vollem Umfang“ abgegeben. Selbst die Vertreter der deutschen Bevölkerung der Ostprovinzen – namentlich die Oberbürgermeister von Königsberg (Kaliningrad) und von Posen, Siegfried Körte und Ernst Wilms – hatten Radziwill ihre Anerkennung bezeugt und eine Änderung der Polenpolitik befürwortet.[1096] Da sich die linksliberale Presse zufrieden, die rechte Pres-

[1092] PHH, Sess. 1916/18, 18. Sitz., 28.03.1917, Sp. 430.

[1093] Ebenda, Sp. 430-434.

[1094] Ebenda, Sp. 434 f.

[1095] Die polnische Bevölkerungsmehrheit in Preußen lehnte die Erklärungen ab, weshalb die polnischen Konservativen weiter an Rückhalt verloren. Trzeciakowski, Niemcy, S. 52.

[1096] Berlin, 28. März, in: Germania vom 29.03.1917, Nr. 148 (Zitat, Hervorhebung im Original gesperrt); Neuorientierung und Polenpolitik im Herrenhaus, in: Kölnische Volkszeitung

se zumindest zurückhaltend über die Erklärungen im Herrenhaus äußerte, bestand der *Germania* zufolge eine „hinreichend weitgehende Uebereinstimmung" über die Revision der Polenpolitik, weshalb sogleich damit begonnen werden könne.[1097]

Mit der Beurteilung der linksliberalen Presse lag die *Germania* richtig. Das *Berliner Tageblatt* begrüßte es, dass Radziwill die Anschauungen der loyalen polnischen Konservativen wiedergegeben und einen erfreulichen Gegensatz zu den „radikal-demokratischen Strömungen der polnischen Fraktionen im Abgeordnetenhause und im Reichstage" gebildet habe.[1098] Ebenso zustimmend nahmen linksliberale Blätter die Ankündigung Breitenbachs über eine Revision der Polenpolitik auf und hofften, dass es sich um die Anzeichen einer umfassenden innenpolitischen Neuorientierung handele, die auch das preußische Wahlrecht einschließe.[1099]

Die Einschätzung der rechten Presse durch die *Germania* ging allerdings fehl, denn konservative und nationalliberale Blätter erhoben die bekannten Einwände gegen die Abkehr von der bisherigen Polenpolitik. Sie erachteten die Loyalitätsbekundung Radziwills weder als verbindlich noch als repräsentativ für die polnische Bevölkerung, sondern verwiesen auf die abweisende Haltung der Polnischen Fraktion im Abgeordnetenhaus.[1100] Da Radziwill als Mitglied des Herrenhauses nicht demokratisch legitimiert sei, dürfe er keine Erklärungen im Namen des polnischen Volkes abgeben, behauptete die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*.[1101] Dabei ignorierte das rechtsnationalistische Blatt absichtlich dessen Reichstagsmandat und begründete die fehlende Legitimation ausgerechnet mit der Berufungspraxis des Herrenhaues, obwohl die deutschen Rechten die Reformierung der ersten Kammer grundsätzlich ablehnten.

Die Loyalitätsbekundung Radziwills und die Erklärung Breitenbachs im Herrenhaus wurden bald in konkrete innenpolitische Maßnahmen übersetzt: Zum einen wurde der Sprachenparagraf des reichsweit geltenden Vereinsgesetzes aufgehoben, zum anderen ein Gesetzentwurf zur Aufhebung des Enteignungsrechts in den preußischen Landtag eingebracht. Die Initiative zur Änderung des Vereinsgesetzes war bereits im Jahr 1915 von den Mehrheitsparteien SPD, Fortschrittliche Volkspartei und Zentrumspartei ausgegangen, von der Reichsleitung jedoch ignoriert worden. Der Hauptausschuss des Reichstags empfahl dem Reichskanzler am 20. März 1915, die Gewerkschaften von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes auszunehmen, den Sprachenparagrafen aufzuheben und Jugendliche zu politischen Versammlungen und Vereinen zuzulassen.

---

vom 29.03.1917, Nr. 247.

[1097] Der neue Polenkurs, in: Germania vom 29.03.1917, Nr. 149.

[1098] Erich Dombrowski: Der neue Kurs im Herrenhause, in: Berliner Tageblatt vom 29.03.1917, Nr. 161.

[1099] Frankfurt, 29. März, in: Frankfurter Zeitung vom 29.03.1917, Abendblatt; Aufhebung des Enteignungsgesetzes?, in: Posener Neueste Nachrichten vom 30.03.1917, Nr. 5434; r.: Die Wendung, in: Posener Neueste Nachrichten vom 31.03.1917, Nr. 5435.

[1100] Versteinerung, in: Die Post vom 29.03.1917, Nr. 162; Preußens Zukunft, in: Kölnische Zeitung vom 29.03.1917, Nr. 310; Oktavio von Zedlitz und Neukirch: Herrenhausreform und Polenpolitik, in: Die Post vom 30.03.1917, Nr. 163; G.: Veränderte Polenpolitik, in: Posener Tageblatt vom 30.03.1917, Nr. 150.

[1101] Der neue Kurs in der preußischen Polenpolitik, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 29.03.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5350, Bl. 101.

Mit der Ausarbeitung wurde eine Kommission beauftragt, deren Ergebnisse am 27. August 1915 im Reichstag durch Ernst Müller (Meiningen) von der Fortschrittlichen Volkspartei vorgestellt wurden. Müller erklärte die Diskriminierung der polnischen Bevölkerung für unvereinbar mit der Erklärung des Reichskanzlers vom 19. August 1915 über die Befreiung Polens aus russischer Herrschaft und die Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis, weshalb er die Streichung des „sogenannten Polenparagraphen" empfahl. Ein entsprechender Initiativantrag wurde von der Sozialdemokratie, Fortschrittlichen Volkspartei, Zentrumspartei und Polnischen Fraktion angenommen.[1102]

Als die Reichsleitung im Mai 1916 eine Novelle zum Vereinsgesetz vorlegte, enthielt diese jedoch lediglich die Bestimmung über die Behandlung der Gewerkschaften als nichtpolitische Vereinigungen. Sozialdemokraten und Linksliberale würdigten diese „erste kleine *Abschlagszahlung*"[1103] auf die Neuorientierung zwar als deutliche Verbesserung für die Gewerkschaften und befürworteten die Annahme der Gesetzesnovelle.[1104] Von Seiten des Zentrums und der Polnischen Fraktion wurde aber kritisiert, dass die Reichsleitung nicht alle Forderungen des Reichstags vom 27. August 1915 erfüllte, sondern den Sprachenparagrafen und den Ausschluss von Jugendlichen beibehalten hatte.[1105] Daher nahm der Reichstag zusammen mit der Gesetzesnovelle einen Antrag des Zentrumsabgeordneten Adolf Gröber zur Aufhebung dieser Bestimmungen des Vereinsgesetzes an. Daran anknüpfend warf der polnische Abgeordnete Wladislaus Seyda der Reichsleitung vor, dass ihr nicht ernsthaft an einer Neuorientierung gelegen sei.[1106]

Erst im Frühjahr 1917, als die Reichsleitung tatsächlich innere Reformen einleitete, beseitigte sie die verbliebenen antipolnischen Ausnahmegesetze auf Reichsebene. Durch einfachen Bundesratsbeschluss wurden am 19. April 1917 der Sprachenparagraf des Vereinsgesetzes und das Jesuitengesetz, das als Relikt aus der Zeit des Kulturkampfes die Niederlassungen und die Betätigung der Jesuiten und verwandter Orden verbot, aufgehoben.[1107] Die Beschlüsse wurden in der Zentrums- und linksliberalen Presse einhellig begrüßt und als Gleichstellung der nationalen und konfessionellen Minder-

[1102] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 20. Sitz., 27.08.1915, S. 386, zur Abstimmung S. 396.

[1103] Erich Eyck: Die Reform des Vereinsrechts, in: Vossische Zeitung vom 04.05.1916, Nr. 227 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[1104] C. Legien: Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz, in: Vorwärts vom 04.05.1916; Die Vereinsgesetznovelle, in: Vorwärts vom 05.05.1916; Frankfurt, 4. Mai, in: Frankfurter Zeitung vom 04.05.1916, Abendblatt. – Für die Reichstagsdebatten am 10.-12.05. und 05.06.1916 siehe RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 307, 45. Sitz., 10.05.1916, S. 1012-1021; 46. Sitz., 11.05.1916, S. 1033-1040; 47. Sitz., 12.05.1916, S. 1064-1071; 59. Sitz., 05.06.1916, S. 1473-1509.

[1105] Der Reichstag, in: Kölnische Volkszeitung vom 11.05.1916, Nr. 382. – Für die Polnische Fraktion RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 307, 46. Sitz., 11.05.1916, S. 1039 f. (Trampczynski). Siehe auch Kotowski, Staatsräson, S. 180 f.

[1106] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 307, 59. Sitz., 05.06.1916, S. 1509.

[1107] Rauh, S. 348 f. – Für die deutsche Presse: Politischer Tagesbericht, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 21.04.1917, erste Ausgabe.

heiten im Deutschen Reich gewertet.[1108] Hingegen kritisierte die alldeutsche *Tägliche Rundschau* stellvertretend für die rechte Presse den „Ausverkauf von Restbeständen nationaler Abwehrgesetze [...] unter dem Schutze des Burgfriedens“ und warnte vor weiteren Zugeständnissen gegenüber Katholiken, Sozialdemokraten und Polen.[1109] Die Beseitigung der reichsweit geltenden Ausnahmegesetze war damit abgeschlossen und schien aufgrund der herrschenden Mehrheitsverhältnisse im Reichstag unumkehrbar. Da die Diskriminierung der Polen jenseits des Sprachenparagrafen jedoch auf Landesgesetzen Preußens beruhte, lag deren Aufhebung in der Verantwortung des preußischen Landtags.

Nach der Erklärung Breitenbachs im Herrenhaus vom 28. März 1917 legte die Staatsregierung dem preußischen Landtag im Mai 1917 einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Enteignungsrechts vor. In der Begründung hieß es zum einen, dass die Enteignungen sich als wirkungslos erwiesen hätten, weshalb die Ansiedlungskommission ihre Aufgaben auch ohne diese gesetzliche Befugnis erfüllen könne. Zum anderen sei im Hinblick auf die Proklamation des Königreiches Polen auf das Enteignungsrecht zu verzichten. Zugleich wurde aber bekundet, dass die staatliche Ansiedlungspolitik aufrechterhalten werde.[1110] Von einem neuen Verhältnis zur polnischen Bevölkerung Preußens war in der pragmatischen Begründung keine Rede.

Da es sich bei der Enteignung zugunsten der Ansiedlungspolitik um die Spitze der gesetzlichen Maßnahmen zum „Schutz des Deutschtums“ handelte, die im Winter 1907/08 unter heftigen parlamentarischen und öffentlichen Auseinandersetzungen gegen große Widerstände – auch von konservativer Seite – verabschiedet worden war, sorgte der Entwurf für Entrüstung unter den deutschen Rechten. In ersten Stellungnahmen warnten konservative und nationalliberale Blätter die Staatsregierung eindringlich davor, das Enteignungsrecht grundlos aufzugeben. Indem sie die innen- und außenpolitische Polenpolitik miteinander verknüpften, suchten sie nachzuweisen, dass die Polen ein solches politisches Zugeständnis nicht verdienten. Deren angeblicher Undank über die Wiedererrichtung des polnischen Staates, die vermeintlichen Ansprüche auf preußische Gebiete und auf einen Zugang zum Meer wie auch die als feindselig wahrgenom-

[1108] Der neue Kurs in der Polenpolitik, in: Kölnische Volkszeitung vom 20.04.1917, Nr. 308; Die Beschlüsse des Bundesrats, in: Vossische Zeitung vom 20.04.1917, Nr. 199; Aufhebung des Jesuitengesetzes und des Sprachenparagraphen, in: Posener Neueste Nachrichten vom 21.04.1917, Nr. 5451. – Die Beseitigung des Jesuitengesetzes sorgte für weit größeres Aufsehen in der Presse als die Aufhebung des Sprachenparagrafen, siehe z.B.: Aufhebung von Ausnahme-Gesetzen. Das Ende des Jesuitengesetzes, in: Kölnische Zeitung vom 20.04.1917, Nr. 379.

[1109] H.R.: Aufhebung des Jesuitengesetzes. Beseitigung des Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz, in: Tägliche Rundschau vom 20.04.1917, Nr. 199. Siehe auch: Gefallene Schranken, in: Die Post vom 20.04.1917, Nr. 199; Jesuitengesetz und Sprachenparagraph, in: Posener Tageblatt vom 21.04.1917, Nr. 184.

[1110] PHH, Sess. 1916/18, Anlagen, Bd. 1, Nr. 180, S. 802 f. – Für die Mitteilung in der deutschen Presse: Parlamentarisches. Herrenhaus, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 20.05.1917, zweite Ausgabe.

mene Haltung der polnischen Abgeordneten gegen den preußischen Staat dienten als wichtigste Argumente.[1111]

Die alldeutsche *Tägliche Rundschau* fasste die Vorwürfe in der Behauptung zusammen, dass mit der Proklamation des Königreiches und dem Abbau der Ostmarkenpolitik allein die Polen von den militärischen Siegen Deutschlands profitierten. Ferner suchte das Blatt zu belegen, dass die 1907 in der Begründung des Enteignungsrechts festgestellte Gefährdung des „Deutschtums" auch weiterhin bestehe.[1112] Die konservative *Deutsche Tageszeitung* bekräftigte, dass das Enteignungsrecht explizit gegen eine „feindliche Nationalität" gerichtet sei.[1113] Damit schlossen die rechten Blätter semantisch an die Debatte des Winters 1907/08 und der folgenden Jahre an. Seinerzeit war das Enteignungsrecht ausdrücklich zum letzten gesetzlichen Mittel zur Abwehr der „polnischen Gefahr" und zur Bekämpfung der als innere Feinde denunzierten preußischen Polen erhoben worden. Losgelöst von dem Bestreben der Staatsregierung nach innenpolitischem Ausgleich und unabhängig von außenpolitischen Entwicklungen erneuerten rechte Blätter die antipolnischen Diffamierungen der Vorkriegszeit. Obendrein war die Einstufung als feindliche Nationalität im Krieg besonders schwerwiegend, da die polnische Bevölkerung dadurch in die Nähe des Hochverrats gerückt wurde.

Linksliberale und sozialdemokratische Blätter wollten nicht an die baldige Aufhebung des Enteignungsrechts glauben – zumal das Herrenhaus bis zum Oktober 1917 vertagt wurde. Zwar begrüßten sie den Entwurf, da das Enteignungsrecht großen symbolischen Wert besessen und die polnische Bevölkerung unnötig gegen den preußischen Staat aufgehetzt habe.[1114] Tatsächlich musste es aber erscheinen, als verkaufe die Staatsregierung die Aufhebung einer praktisch nutzlosen Maßregel, die vermutlich nicht mehr angewendet worden wäre, als große Konzession der Neuorientierung. Da der Entwurf beide Häuser des preußischen Landtags passieren musste, wo er von den konservativ-nationalliberalen Mehrheiten blockiert oder verschleppt werden konnte, handelte es sich zunächst lediglich um eine formale Willensbekundung der Staatsregierung zur Neuorientierung.

[1111] Das Schicksal des Enteignungsparagraphen, in: Die Post vom 19.05.1917, Nr. 253; Der neue Polenkurs, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 19.05.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 132 f.; Paul Fuhrmann: Die Zukunft der deutschen Ostmark, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 04.06.1917, BArch R 8034/II, Nr. 8767, Bl. 158.

[1112] F.H.: Der Abbau unserer Ostmarkenpolitik, in: Tägliche Rundschau vom 20.05.1917, Nr. 254.

[1113] Die „Frankfurter Zeitung" und das Enteignungsgesetz, in: Deutsche Tageszeitung vom 24.05.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5350, Bl. 112. – Der Artikel war Teil einer Auseinandersetzung mit der *Frankfurter Zeitung* über die zukünftige innere Kolonisation in den preußischen Ostprovinzen und die mögliche Enteignung von Großgrundbesitzern unabhängig von der Nationalität. Vgl. Frankfurt, 21. Mai, in: Frankfurter Zeitung vom 21.05.1917, Abendblatt; Zur Aufhebung des Enteignungsgesetzes, in: Frankfurter Zeitung vom 27.05.1917, erstes Morgenblatt.

[1114] Frankfurt, 21. Mai, in: Frankfurter Zeitung vom 21.05.1917, Abendblatt; Ein Gesetzentwurf, in: Berliner Tageblatt vom 19.05.1917, Nr. 252. Siehe auch: Landtagsschluß im Herrenhaus, in: Vorwärts vom 20.05.1917.

Das Enteignungsrecht wurde während des Krieges nicht mehr aufgehoben. Das Herrenhaus überwies den Gesetzentwurf an eine Kommission[1115], die nach einer ausführlichen Debatte im Februar 1918 mit zwölf gegen acht Stimmen die Aufhebung des Enteignungsrechts empfahl.[1116] Allerdings war der Staatsregierung angesichts der Erregung der Polen über den Friedensvertrag mit der Ukraine nicht an einer konfrontativen Debatte im Herrenhaus über den Bericht der Kommission gelegen.[1117] Daher unterblieb eine weitere Lesung des Entwurfs, auch die deutsche Presse kümmerte sich kaum um den Kommissionsbeschluss oder den möglichen Fortgang des Verfahrens.[1118] Die einzige Initiative der preußischen Staatsregierung zur Aufhebung eines antipolnischen Ausnahmegesetzes war somit im Sande verlaufen. Das Enteignungsrecht wurde mitsamt der Ansiedlungspolitik und den übrigen Ausnahmebestimmungen der Polenpolitik erst infolge der Novemberrevolution 1918 beseitigt.

Eine andere, in der Vorkriegszeit heftig umstrittene Frage der preußischen Polenpolitik betraf den Gebrauch des Polnischen als Unterrichtssprache und -gegenstand an den Volksschulen Preußens. Bereits im Herbst 1914 hatte die Staatsregierung Zugeständnisse versprochen, woraufhin an den Volksschulen in den Ostprovinzen vereinzelt die polnische Unterrichtssprache im Religionsunterricht wieder eingeführt worden war.[1119] Doch erst aufgrund einer Anordnung des Kultusministers im Juni 1917 wurde die Erteilung polnischsprachigen Religionsunterrichts in der Provinz Posen flächendeckend zugestanden.[1120]

Gegen diese Maßnahme protestierte der Posener Lehrerverein, der den Verlust des „deutschen Charakters" der Volksschulen befürchtete und vor einem durch polnische Geistliche erteilten antideutschen Religionsunterricht warnte.[1121] Die Lehrer stützten sich dabei auf eine Broschüre des Posener Provinzialschulrats Wilhelm Bock, die im Frühjahr 1917 erschienen war und eine Debatte über die Schulsprache in den preußischen Ostprovinzen entfacht hatte. In seiner Schrift plädierte Bock emphatisch für die Beibehaltung der deutschsprachigen Volksschule auf nationaler Grundlage, die er zur

1115 PHH, Sess. 1916/18, 25. Sitz., 16.01.1918, Sp. 759 f.

1116 Bericht der XV. Kommission, 27.02.1918, in: PHH, Sess. 1916/18, Anlagen, Bd. 2, Nr. 237, S. 1002-1024, hier S. 1024.

1117 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Februar 1918, in: Zilch, Protokolle, Bd. 10, S. 217.

1118 Beispielhaft für eine knappe Stellungnahme: Der Abbau des Enteignungsgesetzes, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 05.06.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5329, Bl. 113.

1119 Trzeciakowski, Poznań, S. 762.

1120 Polnische Sprache im Religionsunterricht, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 26.06.1917, erste Ausgabe. – Der preußische Kultusminister Friedrich Schmidt-Ott resümierte im Februar 1918, dass der polnischsprachige Religionsunterricht nur an 130 Volksschulen eingeführt worden sei und ausschließlich polnischen Schülern erteilt werde. Bericht der XV. Kommission, 27.02.1918, in: PHH, Sess. 1916/18, Anlagen, Bd. 2, Nr. 237, S. 1002-1024, hier S. 1019.

1121 Kundgebung gegen eine Änderung der Polenpolitik, in: Schlesische Zeitung vom 19.05.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5350, Bl. 113. Ähnlich: Deutsches oder polnisches Schulsystem?, in: Die Post vom 22.07.1917, Nr. 369.

Voraussetzung für die „völkische Geschlossenheit" und zum Fundament der zu erreichenden deutschen Weltmachtstellung erhob.[1122]

Während das deutschnationale *Posener Tageblatt* die Broschüre ausführlich lobte und eine weite Verbreitung wünschte, um dem „Experimentieren in der Sprachenfrage bezüglich der Schule" Einhalt zu gebieten[1123], mahnte der Posener Lehrer H. Seydell in den linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* zur Gelassenheit im Umgang mit der polnischen Sprache und widersprach der vermeintlichen Gefährdung des deutschen Charakters der Volksschulen durch polnischsprachigen Religionsunterricht. Da die Zweisprachigkeit Vorteile im wirtschaftlichen Wettbewerb biete und sich dank des benachbarten Königreiches Polen neue Möglichkeiten für Handel und Verkehr eröffneten, verlangte er sogar die Einführung eines fakultativen polnischen Sprachunterrichts für deutsche Schüler.[1124]

Ähnliche Forderungen wurden vereinzelt in anderen Publikationsorganen vorgetragen. So suchte der Berliner Professor für Pädagogik und Philosophie, Ferdinand Jakob Schmidt, die Leser der Zeitschrift *Deutsche Politik* nicht mit materiellen, sondern mit ethischen Argumenten von einem toleranten Umgang mit den Sprachen nationaler Minderheiten im Schulunterricht zu überzeugen. Seiner Ansicht nach widerspreche die Ausschaltung der Muttersprache nicht nur pädagogischen Grundsätzen, sondern vor allem dem „Geist aller wahrhaft deutschen Gesittung".[1125] Es sei „undeutsch" und mit dem „produktiven Ethos des deutschen Volkstums" unvereinbar, dass zweisprachige Kinder im Religionsunterricht als Deutsche behandelt würden.[1126] Daher hoffte Schmidt, die Polen durch den zweisprachigen Volksschulunterricht „zu einer innigeren Verschmelzung mit der deutschen Nationalbildung" bewegen zu können.[1127] Ebenso plädierte in den *Preußischen Jahrbüchern* der aus Siebenbürgen stammende Lehrer und Vorsitzende des „Deutsch-evangelischen Landesschulverbandes in Polen", Lutz Korodi, für die Einführung der polnischen Unterrichtssprache an preußischen Volksschulen. Denn von der zweisprachigen Schule als „Ventil für das angeborene Nationalgefühl" versprach er sich eine Mäßigung der polnischen Nationalbewegung.[1128]

[1122] Bock, S. 46-52.

[1123] Die Sprachenfrage und die Schule, in: Posener Tageblatt vom 26.04.1917, Nr. 192. Siehe auch Volkmer: „Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen", in: Der Tag vom 27.05.1917, illustrierter Teil.

[1124] H. Seydell: Die deutsche Schule und die polnische Sprache, in: Posener Neueste Nachrichten vom 05.06.1917, Nr. 5487. Siehe auch Hans Delbrück: Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen, in: Preußische Jahrbücher 168 (1917), 3, S. 493-501, hier S. 500 f.; Zur Sprachenfrage, in: Schlesische Volkszeitung vom 03.04.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 80a.

[1125] Ferdinand Jakob Schmidt: Die Schulsprache unserer polnisch redenden Volksbezirke, in: Deutsche Politik 2 (1917), 32, S. 1124-1128, hier S. 1126, nachgedruckt in: Zur Sprachenfrage, in: Posener Neueste Nachrichten vom 19.08.1917, Nr. 5552.

[1126] Ebenda, S. 1127.

[1127] Ebenda, S. 1126.

[1128] Lutz Korodi: Das deutsch-polnische Problem, in: Preußische Jahrbücher 173 (1918), 9, S. 386-390, hier S. 387, nachgedruckt in: Posener Neueste Nachrichten vom 10.09.1918, Nr. 5875, 11.09.1918, Nr. 5876. Mit Bezug auf einen zustimmenden Artikel der *Gazeta*

Mit Blick auf den hohen polnischen Bevölkerungsanteil in den preußischen Ostprovinzen und auf die neuen zwischenstaatlichen Beziehungen Deutschlands zum Königreich Polen befürwortete die *Germania* Polnischunterricht für deutsche Schüler. Da Polen eine bedeutende Rolle bei der Neuordnung Ostmitteleuropas spielen werde und das Polnische eine weit verbreitete „Umgangs- und Kultursprache" darstelle, empfahl das Zentrumsblatt die Einführung des Polnischunterrichts an den höheren Schulen Deutschlands.[1129] Zielte der Wunsch nach polnischsprachigem Religionsunterricht vor allem darauf ab, die Minderheitenrechte der polnischen Bevölkerung durchzusetzen, wollte die *Germania* ein größeres Verständnis der Deutschen für den polnischen Nachbarn ermöglichen. Damit ergänzte sie die in der Regel einseitig erhobene Forderung an die Polen, deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben, durch einen Appell an die Deutschen, sich über die persönliche Kommunikation in polnischer Sprache an der Integration der polnischen Bevölkerung in Preußen und der Verbesserung der zwischenstaatlichen deutsch-polnischen Beziehungen zu beteiligen.

Die Zugeständnisse der preußischen Staatsregierung in der Sprachenfrage hatten sich mit der ministeriellen Anordnung vom Juni 1917 jedoch bereits erschöpft. Generell erfolgten die vorsichtige Revision der Polenpolitik und die wenigen Konzessionen an die preußischen Polen größtenteils außerhalb der Aufmerksamkeit der deutschen Presse. Dies lag nicht nur daran, dass es wenig Substanzielles zu berichten gab. Vielmehr fehlte das sensationelle und kontroverse Moment, wodurch die stockende Aufhebung des Enteignungsrechts und die vorsichtige Wiedereinführung der polnischen Sprache im Religionsunterricht das Interesse der Presse hätten erlangen können. Da keine erheblichen Fortschritte in der inneren Neuorientierung zu verzeichnen waren und die politischen Lager darauf verzichteten, das Thema auf die öffentliche Agenda zu setzen, wird der Zeitungsleser in Deutschland kaum Notiz von den geringfügigen Veränderungen genommen haben.

Für rechte Blätter waren vielmehr die Ereignisse von Interesse, die dazu benutzt werden konnten, die polnische Bevölkerung Preußens zu diffamieren und damit die einsetzende Revision der Polenpolitik zu torpedieren. Berichte über die angeblich feindselige Haltung der preußischen Polen gegenüber den Deutschen waren dafür hervorragend geeignet. Dafür boten sich beispielsweise die Feiern zum 100. Todestag des polnischen Nationalhelden Tadeusz Kościuszko am 15. Oktober 1917 an, die im Königreich Polen nationalen Manifestationen glichen.[1130] Doch auch in Posen wurden Feiern veranstaltet. Das *Posener Tageblatt* wertete diese als Beleg für das erwachende Selbstbewusstsein der preußischen Polen und als planmäßiges Vorgehen, die Stadt mit Hilfe von Fahnen, Häuserschmuck, feierlichen Gottesdiensten, Umzügen, Gesängen und Hochrufen als polnische Stadt zu reklamieren. Angesichts dieser Verherrlichung des alten Polenreichs und der „Herausforderung des Deutschtums und der Behörden" habe die Provinzialver-

---

Narodowa DERS.: Die ostmärkische Schulfrage in polnischer Beleuchtung, in: Preußische Jahrbücher 173 (1918), 10, S. 118 f.

1129 E.B.: Russisch oder Polnisch?, in: Germania vom 01.09.1918, Nr. 407.

1130 Die Kosciuszkofeier in Warschau, in: Kölnische Zeitung vom 16.10.1917, Nr. 990; Der hundertste Todestag Kosciuszkos, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 17.10.1917, erste Ausgabe.

waltung Konsequenzen zu ziehen.[1131] Überregionale rechte Blätter schlossen sich der Deutung der Feiern als Provokation mit „rein irredentistische[m] Charakter" an. Damit suchten sie zu belegen, dass die innen- und außenpolitische Verständigungspolitik mit den Polen zu Lasten der deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen gehe und von dieser abgelehnt werde.[1132]

In ausführlichen Zuschriften an die regierungsnahe nationalliberale *Kölnische Zeitung* ergänzte ein „ausgezeichneter Kenner der Verhältnisse in unsrer Ostmark"[1133] die Berichte über die nationalpolnischen Feiern in Posen. Der Verfasser warf den preußischen Polen vor, sich kaum an den Spenden und Kriegsanleihen zu beteiligen, sich selten als Kriegsfreiwillige zu melden und den militärischen Siegen Deutschlands sehr zurückhaltend zu begegnen. Im starken Kontrast dazu habe die Posener Kościuszko-Feier den „*Beweis der Stärkung des polnischen Selbstbewußtseins*" geliefert. Darin spiegele sich die Haltung der polnischen Bevölkerungsmehrheit wider. Hingegen seien Versöhnungspolitiker wie Radziwill „vereinsamt", der von der polnischen Presse für seine Loyalitätserklärung im Herrenhaus scharf angegriffen worden sei. Da sich die Staatsregierung nicht mehr um die Deutschen kümmere, nehme deren Flucht aus den Ostprovinzen zu. Daher sprach sich der Verfasser gegen die Revision der preußischen Polenpolitik und gegen Zugeständnisse an die polnische Bevölkerung aus. Vielmehr plädierte er für die Unterstützung der Deutschen im Nationalitätenkonflikt und befürwortete die Rückgabe des Königreiches Polen an Russland, damit Deutschland in der inneren Polenpolitik handlungsfähig bleibe.[1134] Obgleich die *Kölnische Zeitung* in ihrer Vorbemerkung einräumte, nicht in allen Punkten mit dem Verfasser der Zuschriften übereinzustimmen[1135], konnte die Veröffentlichung als Leitartikel durch das regierungsnahe Blatt dahingehend verstanden werden, dass in Regierungskreisen das selbstbewusste Auftreten der preußischen Polen argwöhnisch beobachtet und über entsprechende Konsequenzen nachgedacht wurde.

4.4 Außenpolitische Rückschläge: Der Schatten von Brest-Litowsk

In der zweiten Jahreshälfte 1917 schwand die Aussicht auf die Revision der preußischen Polenpolitik und die Verwirklichung einer Verständigungspolitik. Die geringen Fortschritte beim inneren Ausbau des polnischen Staates und die abweisende Haltung

[1131] G.: Die Kosciuszko-Feier, in: Posener Tageblatt vom 21.10.1917, Nr. 494. Siehe auch: Die Stimmung in Posen, in: Volkswacht [Breslau] vom 26.11.1917, GStA I. HA, Rep. 77, CB S, Nr. 447 adh, Bl. 40. Das Blatt zitierte aus der konservativen *Schlesischen Zeitung*. – Siehe hierzu Florkowska-Frančić, S. 90-93.

[1132] W.A.: Deutsche Schwächlichkeit – und die polnische Antwort, in: Deutsche Tageszeitung vom 15.01.1918, Nr. 26 (Zitat); Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 24.10.1917, Nr. 542; F. von Jagwitz: Ostmarkenverein und Polenfrage, in: Der Tag vom 03.11.1917, illustrierter Teil.

[1133] Polnische Fragen. I., in: Kölnische Zeitung vom 17.01.1918, Nr. 56.

[1134] Polnische Fragen. II., in: Kölnische Zeitung vom 25.01.1918, Nr. 81 (Hervorhebung im Original gesperrt). Siehe auch: Polnische Fragen. III., in: Kölnische Zeitung vom 02.02.1918, Nr. 109.

[1135] Polnische Fragen. I., in: Kölnische Zeitung vom 17.01.1918, Nr. 56.

der Polnischen Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus hatten zur Folge, dass das Engagement der Verständigungsbefürworter in der deutschen Öffentlichkeit zusehends nachließ. Unter dem Eindruck des Friedensvertrages der Mittelmächte mit der Ukraine am 9. Februar 1918 und der Überlassung des Cholmer Landes an den ukrainischen Staat verschlechterte sich das deutsch-polnische Verhältnis schlagartig. Obwohl sich bereits nach wenigen Wochen abzeichnete, dass es zu einer Entspannung und vorsichtigen Wiederannäherung zwischen Deutschen und Polen kommen könnte, bekräftigten die polnischen Abgeordneten ihre ablehnende Haltung gegenüber der preußischen Staatsregierung. Anlässlich der Etatberatung der Ansiedlungskommission verlas Wladislaus Seyda am 6. März 1918 im Preußischen Abgeordnetenhaus eine Erklärung seiner Fraktion, dass ein weiterer Meinungsaustausch über eine Revision der Polenpolitik aussichtslos sei, da die Staatsregierung den polnischen Forderungen nicht entgegengekommen sei. Zudem protestierte er gegen die Überlassung des Cholmer Landes an die Ukraine und die Ankündigung einer „Politik der Annexionen" durch Reichskanzler Georg von Hertling.[1136] Damit besiegelte die Polnische Fraktion den Bruch mit der von staatlicher Seite nur halbherzig vorangetriebenen Verständigungspolitik in Preußen und bekräftigte ihre oppositionelle Haltung.

Konservative und nationalliberale Abgeordnete und Zeitungen stellten diesen Bruch zufrieden fest, erklärten ebenfalls das Scheitern der Verständigungspolitik und forderten die Verschärfung der Ostmarkenpolitik zum Schutz der deutschen Bevölkerung vor drohender Polonisierung.[1137] Hingegen waren linksliberale Blätter bemüht, die scharfen Reden als Folge einer zeitweilig gereizten Stimmung im Abgeordnetenhaus herunterzuspielen und weiterhin an der Möglichkeit einer Verständigung festzuhalten.[1138] Gleichwohl kritisierte die linksdemokratische *Berliner Volkszeitung*, dass die Polen „reinste Porzellanladenpolitik" betrieben, da deren Absage an die Staatsregierung von den politischen Gegnern ausgenutzt werde.[1139] Tatsächlich lieferte die oppositionelle Haltung der Polnischen Fraktion den deutschen Rechten ein willkommenes Argument für ihre antipolnischen Forderungen.

1136 PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 7, 122. Sitz., 06.03.1918, Sp. 8180 ff., Zitat Sp. 8182. Seyda bezog sich auf die Äußerung Hertlings, bei der Regelung der Grenzfragen „nur das aus militärischen Gründen Unerläßliche" zu fordern. RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 311, 133. Sitz., 25.02.1918, S. 4142.

1137 PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 7, 122. Sitz., 06.03.1918, Sp. 8184 f. und 8190 ff. (Wolff-Gorki, Konservative Partei). – Für die rechte Presse: Feinde im Hause, in: Berliner Neueste Nachrichten vom 06.03.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 56; Der Fehdehandschuh der Polen, in: Hamburger Nachrichten vom 07.03.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 62 f.; Anh.: Die Kampfansage der Polen, in: Pommersche Tagespost vom 09.03.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8769, Bl. 157 f.

1138 A.Z.: Die Polenangelegenheiten im Abgeordnetenhause, in: Deutsche Volkszeitung vom 07.03.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 59; E.D.: Die Polendebatte. Die Erklärung der Polen, in: Berliner Tageblatt vom 07.03.1918, Nr. 121; Polenpolitik, in: Posener Neueste Nachrichten vom 10.03.1918, Nr. 5722.

1139 Eine Absage der Polen an die preußische Regierung, in: Berliner Volkszeitung vom 07.03.1918, Nr. 119.

Am 9. April 1918 schlugen konservativ und nationalliberal gesinnte Mitglieder des Preußischen Herrenhauses anlässlich der Beratung der Denkschrift über die Tätigkeit der Ansiedlungskommission im Jahr 1917 vor, einen Antrag über die Fortsetzung der Ansiedlungspolitik und die Festlegung der Grenzen Polens unter Berücksichtigung der militärischen Sicherung Preußens anzunehmen. In einem weiteren Antrag sollte festgestellt werden, dass bei künftigen Friedensschlüssen eine Kriegsentschädigung zu verlangen sei.[1140] In der Begründung wurde präzisiert, dass das Deutsche Reich zum Schutz der Ostgrenze polnische Gebiete bis zum Fluss Narew zu annektieren und für den eigenen Wiederaufbau das Königreich Polen an den Kriegskosten zu beteiligen habe.[1141]

Obwohl Preußen keine Kompetenz in außenpolitischen Fragen des Deutschen Reiches besaß, stimmte Landwirtschaftsminister Paul von Eisenhart-Rothe den Anträgen und der Begründung zu und erteilte ihnen damit das Plazet der Staatsregierung. Was den Wortlaut seiner Rede anbetraf, stellten einige Blätter indes bemerkenswerte Unterschiede zwischen der halbamtlichen Fassung und den Berichten der „privaten Parlamentsbureaus" fest. Letztere basierten auf unmittelbaren stenografischen Mitschriften der parlamentarischen Debatten durch eigene Berichterstatter und wurden mitunter noch am Verhandlungstag in den Abendausgaben der Zeitungen veröffentlicht. Die halbamtlichen Berichte der offiziösen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* beruhten hingegen auf den Stenogrammen der am preußischen Landtag beschäftigten Stenografen. Deren Version wurde nach der Einsichtnahme und Korrektur durch die Redner schließlich als amtliches stenografisches Protokoll veröffentlicht und bildet in der Regel die Quellengrundlage für die Geschichtswissenschaft. Während die Stenogramme der für die Presse arbeitenden Parlamentsberichterstatter eher das gesprochene Wort wiedergeben und besser geeignet sind, die Stimmung einer Parlamentsdebatte aufzuzeigen, wurden die amtlichen Berichte sprachlich bereinigt und erfuhren in manchen Fällen auch inhaltliche Korrekturen.[1142]

Laut den Parlamentsberichten in der Presse hatte Eisenhart-Rothe in seiner Rede ausgeführt, dass Preußen bei der Festlegung der Grenze zu Polen verlangen „muß", das militärische Interesse maßgebend zu berücksichtigen, wobei die Zahl der Polen in Preußen „nicht unerheblich vermehrt" werde.[1143] In der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* und im stenografischen Protokoll war der Wortlaut jedoch abgeschwächt. Diesen zufolge habe Eisenhart-Rothe nur noch davon gesprochen, dass Preußen bei der Grenzziehung die Berücksichtigung des militärischen Interesses verlangen „kann"

1140 PHH, Sess. 1916/18, Anlagen, Bd. 2, Nr. 258, I.2, S. 1040 f. und Nr. 259, S. 1042.

1141 PHH, Sess. 1916/18, 29. Sitz., 09.04.1918, Sp. 871 f. und 874.

1142 Stöber, Pressegeschichte, S. 194 f. – Ausführlich zum Korrekturrecht des Redners und zur Anfertigung von Plenarprotokollen durch die stenografischen Dienste, mit Fokus auf den Deutschen Bundestag, Burkhardt, S. 469-507.

1143 Exemplarisch für die Parlamentsberichte der deutschen Presse: Die Polendebatte im Herrenhause, in: Berliner Tageblatt vom 10.04.1918, Nr. 181; Die Polenfrage im Herrenhause, in: Die Post vom 10.04.1918, Nr. 181.

und die polnische Bevölkerung in Preußen „vermehrt“ werde.[1144] Linksliberale und sozialdemokratische Blätter registrierten diese Abweichungen aufmerksam. Für das *Berliner Tageblatt* konnten die stilistischen Änderungen die Aussage Eisenhart-Rothes nur wenig abmildern.[1145] Der *Vorwärts* vermutete hingegen, dass der Minister im Plenum mehr gesagt habe, als er verantworten könne. Daher sei im halbamtlichen Bericht dafür gesorgt worden, dass sich seine Aussage mit der Auffassung des Reichskanzlers decke.[1146] Schließlich hatte Hertling am 25. Februar 1918 im Reichstag erklärt, dass „von deutscher Seite bei Regelung der Grenzfrage nur das aus militärischen Gründen Unerläßliche gefordert“ werde.[1147] Damit hatte er nicht nur den in militärischen und Regierungskreisen diskutierten polnischen „Grenzstreifen“ zu einem Kriegsziel des Deutschen Reiches erklärt, sondern zugleich eingeräumt, dass die Oberste Heeresleitung an dieser politischen Entscheidung beteiligt werde.[1148]

War mit der Korrektur der Rede Eisenhart-Rothes die Übereinstimmung mit dem Reichskanzler zumindest in den stenografischen Protokollen hergestellt, wies die linksliberale *Frankfurter Zeitung* auf einen bedeutenden performativen Unterschied zwischen beiden Reden hin: So sei die Erklärung Hertlings über das „militärisch Unerläßliche“ im Reichstag ruhig hingenommen worden, der Landwirtschaftsminister habe mit seiner Aussage im Herrenhaus jedoch „Jubel entfacht“. Mit der Betonung des preußischen Interesses und den Worten von der „nicht unerheblich[en]“ Vermehrung der polnischen Bevölkerung habe er die Vorstellung erweckt, dass es sich um größere Gebiete handele, „so daß man tatsächlich in politischen Kreisen an siebenstellige Zahlen denkt“.[1149] Obwohl das Blatt auf weitere Schlussfolgerungen verzichtete, wird der Verdacht deutlich, dass Eisenhart-Rothe seine Worte im Plenum absichtlich derart gewählt habe, um die Debatte anzuheizen und weitere Äußerungen gegen die Verständigungspolitik und für eine bedeutende Gebiets- und Machterweiterung des Deutschen Reiches im Osten zu provozieren.[1150] Tatsächlich hatte die Rede einen erheblichen Nachhall und war richtungsweisend für die folgenden Reden und Pressebeiträge.

In der parlamentarischen Debatte trugen weitere Mitglieder des Herrenhauses ihre mitunter scharfen Anklagen und Vorwürfe gegen die preußischen Polen vor, derer sich

---

[1144] Eine Polendebatte im Herrenhause, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 10.04.1918, Morgenausgabe; PHH, Sess. 1916/18, 29. Sitz., 09.04.1918, Sp. 877. – Weiter empfahl Eisenhart-Rothe die Beibehaltung der Politik zur „Stärkung des Deutschtums“ und ein „vorsichtiges Entgegenkommen gegen die Wünsche der Polen“. Sein Bekenntnis für eine Verständigung mit den preußischen Polen klang äußerst bemüht.

[1145] Eine korrigierte Rede? Die Erklärungen des Landwirtschaftsministers über Polen, in: Berliner Tageblatt vom 11.04.1918, Nr. 184.

[1146] Wird Polen neu aufgeteilt? Ein Rätselratspiel: Muß oder kann?, in: Vorwärts vom 12.04.1918. Siehe auch: Der Reichskanzler und die „militärischen Sicherungen“ gegenüber Polen, in: Berliner Tageblatt vom 11.04.1918, Nr. 184.

[1147] RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 311, 133. Sitz., 25.02.1918, S. 4142.

[1148] Geiss, S. 138 f.

[1149] Das „militärisch Unerläßliche“, in: Frankfurter Zeitung vom 12.04.1918, zweites Morgenblatt.

[1150] Dies deutete die *Germania* an: Berlin, 11. April, in: Germania vom 12.04.1918, Nr. 169.

die Polen Adam Zoltowski und Franz Xaver Drucki-Lubecki zu erwehren suchten.[1151] Am folgenden Tag ergriff mit Ferdinand Radziwill einer der herausragenden Fürsprecher der Verständigungspolitik das Wort. In ruhigem Tonfall protestierte er entschieden gegen die Ansiedlungsdenkschrift und den Antrag zur Grenzsicherung, der im Gegensatz zur Politik der Reichsleitung stehe. Weiter suchte er die Erklärung der Polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses zu entschärfen, schloss sich aber der Kritik an dem Friedensvertrag mit der Ukraine an. Abschließend plädierte er für einen starken polnischen Staat und eine aufrichtige Politik der Verständigung zwischen Deutschen und Polen.[1152] Wie schon in seiner Reichstagsrede am 20. Februar 1918 stimmte Radziwill als führender Politiker des konservativ-gemäßigten Flügels der Polnischen Fraktion dem Regierungskurs nicht mehr vorbehaltlos zu, sondern zeigte sein Missfallen über die jüngsten politischen Entscheidungen über Polen deutlich.[1153]

Allerdings standen Radziwills Ausführungen nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Mit großer Spannung erwartete die deutsche Presse die Stellungnahme des preußischen Innenministers Bill Drews, der als Fürsprecher einer Revision der Polenpolitik galt. Ohne direkt auf die Rede des Landwirtschaftsministers einzugehen, lobte Drews die polnischen Herrenhausmitglieder für ihren „ernsten Willen zum preußischen Staat" und sprach sich dafür aus, die verständigungsbereiten preußischen Polen zu stärken. Anstatt einen „Kampf bis aufs Messer" zu führen, empfahl er eine Politik der Versöhnung und stellte die Milderung der Polenpolitik in Aussicht. Diesen Weg in der Minderheitenpolitik sah er durch die anstehende Wahlrechtsreform in Preußen bedingt, wodurch die konservativ-nationalliberale „Ostmarkenmehrheit" im Preußischen Abgeordnetenhaus beseitigt und daraufhin die Polenpolitik abgebaut werden könne.[1154] Doch nachdem die nachfolgenden Redner die Fortführung der Ostmarkenpolitik verlangt und die Verständigungspolitik verworfen hatten, nahm das Herrenhaus die Denkschrift zur Ansiedlungspolitik und die Anträge zur Grenzsicherung mehrheitlich an.[1155]

Die Kommentare in der deutschen Presse konzentrierten sich besonders auf die Reden der beiden Minister, die mit ihren konträren Positionen auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Staatsregierung hinzuweisen schienen. Für linksliberale und sozialdemokratische Blätter hatte Eisenhart-Rothe nicht nur eine bedeutende Schwenkung in der Polenpolitik vollzogen und die in den Anträgen geforderte „neue Teilung Polens" gebilligt, womit er der Auffassung des Reichskanzlers über Polen widersprochen habe.[1156] Darüber hinaus habe er zugegeben, dass die auswärtige Politik des Deut-

[1151] Für die Debatte PHH, Sess. 1916/18, 29. Sitz., 09.04.1918, Sp. 880-912. – Von den deutschen Rednern trat einzig der ehemalige Vizekanzler Arthur von Posadowsky-Wehner für die staatsrechtliche Gleichbehandlung der preußischen Polen ein. Ebenda, S. 887-898. Seine Rede veröffentlichte er auch als Broschüre: Posadowsky.

[1152] PHH, Sess. 1916/18, 30. Sitz., 10.04.1918, Sp. 916-923.

[1153] Vgl. RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 311, 130. Sitz., 20.02.1918, S. 4040 ff.

[1154] PHH, Sess. 1916/18, 30. Sitz., 10.04.1918, Sp. 924-927, Zitate Sp. 924 f.

[1155] Ebenda, Sp. 954.

[1156] Eine neue Teilung Polens? Die Polendebatte im Herrenhause, in: Berliner Tageblatt vom 10.04.1918, Nr. 181; Polendebatte im Herrenhaus. Die Regierung für eine neue Teilung Polens, in: Vorwärts vom 10.04.1918; Annahme der Polenerklärung im Herrenhause. Die

schen Reiches, besonders die Kriegsziele, auch eine Angelegenheit des Preußischen Herrenhauses seien. Zentrums-, linksliberale und sozialdemokratische Blätter protestierten lautstark gegen diese Kompetenzüberschreitung der ersten Kammer Preußens und lehnten Gebietserweiterungen im Osten ab, wodurch der Nationalitätenkonflikt in Preußen verschärft, eine polnische Irredenta heraufbeschworen und das Königreich Polen vorsätzlich Russland in die Arme getrieben würden.[1157]

Die *Kölnische Volkszeitung* nahm die Herrenhausdebatte zum Anlass für grundsätzliche Überlegungen zur Neuorientierung im deutsch-polnischen Verhältnis. „Das Wort ‚Versöhnungspolitik' hat auch einen falschen Beigeschmack", kritisierte das Zentrumsblatt die halbherzigen Versuche einer Revision der Polenpolitik, die nur aus „kleinen Liebenswürdigkeiten" und Geschenken bestanden, ohne große Wirkung zu entfalten. Stattdessen plädierte es für „eine schlichte, nüchterne Politik der *Gerechtigkeit*", die ohne Ungeduld und ohne die Illusion schneller sichtbarer Erfolge umgesetzt werde. Nicht oberflächliche Reden seien für „Wandlungen in der Volksseele" nötig, sondern „eine lange und mühselige, vor allem *geradlinige* Arbeit".[1158] Damit hatte die *Kölnische Volkszeitung* ihr Ideal einer gerechten Politik gegenüber den Polen dargelegt, das den linksliberalen Vorstellungen der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung nationaler Minderheiten ausgesprochen ähnelte. Zugleich zeigte sie mit ihrem Eintreten für eine langfristige angelegte, ausgleichende Polenpolitik eine Alternative zur zögerlich vorangetriebenen Neuorientierung der Staatsregierung.

Auf die politischen Gegner konzentrierte sich die linksliberale *Frankfurter Zeitung*, die die parlamentarische Debatte im Herrenhaus als vorläufigen Höhepunkt einer Kampagne für weitreichende Kriegsziele wertete. Unter dem Eindruck der militärischen Erfolge im Westen hätten die Alldeutschen und Anhänger der nationalistischen Vaterlandspartei die bisherige Friedenspolitik für überwunden erklärt und in einem „Sturmlauf" heftig attackiert, der „in der Presse, in Versammlungen, durch Telegramme und Kundgebungen aller Art mit nicht zu verkennendem Geschick und Eifer" betrieben worden sei. Diese Kampagne werde nun auf die Parlamente ausgeweitet, um nicht nur die „versöhnende innere Polenpolitik", sondern die gesamte Reichspolitik zu diskreditieren.[1159] Tatsächlich hatte die „Flut" an Kriegszielschriften und entsprechenden Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln angesichts der Friedensverträge im Osten und der anfänglich erfolgreichen Westoffensive im Frühjahr 1918 einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit Blick auf die militärische Stärke und die erhoffte Erweiterung des Macht-

Regierung schweigt, in: Berliner Volkszeitung vom 11.04.1918, Nr. 181; Berlin, 11. April, in: Germania vom 12.04.1918, Nr. 169.

[1157] Umfall in der Polenfrage?, in: Berliner Volkszeitung vom 10.04.1918, Nr. 179; Frankfurt, 10. April, in: Frankfurter Zeitung vom 10.04.1918, Abendblatt; Polendebatte im Herrenhaus, in: Vorwärts vom 10.04.1918; I. K.: Fünfte Teilung Polens, in: Internationale Correspondenz vom 11.04.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8770, Bl. 22a; Die Polenfrage im Herrenhause, in: Posener Neueste Nachrichten vom 14.04.1918, Nr. 5750.

[1158] Preussen und Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 11.04.1918, Nr. 285 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[1159] Der Vorstoß des Herrenhauses, in: Frankfurter Zeitung vom 11.04.1918, zweites Morgenblatt. Die Abstimmung über die Anträge überschrieb das Blatt mit „Die Annahme der annexionistischen Resolution".

bereichs Deutschlands erschien den deutschen Rechten eine Verständigung mit den nationalen Minderheiten nun gänzlich überflüssig.

Folglich stießen die Reden Eisenhart-Rothes und der rechten Mitglieder des Herrenhauses in konservativen und nationalliberalen Blättern auf breite Zustimmung. Namentlich der deutliche Hinweis auf Gebietserweiterungen an der Ostgrenze nach Maßgabe des preußischen Interesses fand großen Anklang.[1160] Zudem hätten die Reden aufgezeigt, dass unter den Herrenhausmitgliedern die Bereitschaft zu einer Verständigungspolitik angesichts der Haltung der „polnischen Agitatoren" stark abgenommen habe, bilanzierte die *Kölnische Zeitung*.[1161] Ferner warfen einige Blätter Radziwill vor, sich von der Erklärung der Polnischen Fraktion im Abgeordnetenhaus nur der Form halber, nicht aber inhaltlich distanziert zu haben. Ebenso wurde Minister Drews scharf gerügt, da er Versöhnungsabsichten geäußert und Radziwill nicht zurechtgewiesen habe.[1162] Die Anspielung Drews' auf eine veränderte Zusammensetzung des preußischen Landtags beschäftigte vor allem konservative Blätter, die die Ansiedlungspolitik zur Aufrechterhaltung des deutschen Großgrundbesitzes und als Schutz vor der Polonisierung der Ostprovinzen zu einem zentralen Argument gegen die Wahlrechtsreform erhoben.[1163]

Somit markierte der Friedensvertrag mit der Ukraine im Februar 1918 nicht nur für die auswärtige Politik der Mittelmächte gegenüber dem Königreich Polen, sondern auch für das innenpolitische Verhältnis zwischen Deutschen und Polen einen tiefen Einschnitt. Aus Sicht der Polnischen Fraktion war der Verlust des Cholmer Landes ein weiterer Höhepunkt der halbherzigen auswärtigen Polenpolitik der Mittelmächte, die vor allem durch Einschränkungen und Vorbehalte gekennzeichnet schien. In Preußen standen dem Versprechen einer Neuorientierung nach dem Kriege nicht nur der zögerliche Abbau der antipolnischen Ausnahmegesetze, sondern auch öffentliche Aussagen von Regierungsmitgliedern gegenüber, in Zukunft weiterhin für den „Schutz des Deutschtums" eintreten zu wollen. Die nationaldemokratisch dominierte Polnische Fraktion kam als Stütze einer Verständigungspolitik ohnehin nicht infrage, da sie bereits zuvor in scharfen Worten die mangelnde Reformbereitschaft und die hinhaltende Politik gegenüber dem Königreich Polen kritisiert hatte. Allerdings hatte der Ukrainefrieden auch einen Umschwung bei den polnischen Konservativen bewirkt, deren herausragender parlamentarischer Vertreter Ferdinand Radziwill seine Enttäuschung über die deutsche Politik bekundete und damit von der substanzlosen Verständigungspolitik der Staatsregierung abrückte. Ebenso zeigte sich Innenminister Drews, innerhalb der

1160 F.H.: Ein Polentag im Herrenhaus, in: Tägliche Rundschau vom 10.04.1918, Nr. 181; Hertling, Eisenhart und Polen, in: Tägliche Rundschau vom 12.04.1918, Nr. 186; Politische Tagesübersicht, in: Kreuzzeitung vom 10.04.1918, Nr. 181; von Zedlitz und Neukirch: Die Polenfrage im Herrenhause, in: Der Tag vom 16.04.1918, illustrierter Teil.

1161 Die Polenfrage im Herrenhause, in: Kölnische Zeitung vom 11.04.1918, Nr. 334.

1162 Politische Tagesübersicht, in: Kreuzzeitung vom 11.04.1918, Nr. 183; Der zweite Polentag im Herrenhaus, in: Hamburger Nachrichten vom 11.04.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 91 f.; Der preußische Minister des Innern als Verständigungsminister, in: Volkswirtschaftliche Korrespondenz vom 16.04.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 106.

1163 Politische Tagesübersicht, in: Kreuzzeitung vom 10.04.1918, Nr. 181; P.B.: Um Preußens Zukunft. I. Staatsnotwendigkeiten, in: Deutsche Tageszeitung vom 11.04.1918, Nr. 183.

Staatsregierung ein Verfechter der Revision der Polenpolitik, distanziert gegenüber den polnischen Abgeordneten.[1164] In der Folgezeit sind keine politischen Initiativen und kein öffentliches Eintreten für die Wiederaufnahme der Verständigungspolitik oder für den weiteren Abbau der Ausnahmegesetze mehr feststellbar. Im Frühjahr 1918 war die Revision der Polenpolitik festgefahren und die Akteure und Presseorgane, die sich in dieser Angelegenheit engagiert hatten, hielten sich diesbezüglich auffallend zurück.

4.5 Wahlrechtsreform in Preußen: Abschaffung der Polenpolitik auf Umwegen?

Das nachlassende Eintreten der Zentrums-, linksliberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten und der ihnen nahestehenden Zeitungen für die Revision der preußischen Polenpolitik kann nicht allein mit der konfrontativen Haltung der Polnischen Fraktion im Abgeordnetenhaus erklärt werden. Vielmehr spielte auch die Aussichtslosigkeit, die Neuorientierung angesichts der Mehrheitsverhältnisse im preußischen Landtag überhaupt durchsetzen zu können, eine wichtige Rolle. Innenminister Bill Drews, der die inneren Reformen und die Beseitigung der antipolnischen Ausnahmegesetze befürwortete, hatte die Situation der Oppositionsparteien auf den Punkt gebracht, als er in seiner Herrenhausrede am 10. April 1918 auf die Beratungen zur Wahlrechtsreform verwiesen hatte.[1165] Die zu erwartenden konfliktreichen Auseinandersetzungen über die preußische Polenpolitik mit der deutschen Rechten auf der einen und den polnischen Abgeordneten auf der anderen Seite konnten als wenig lohnend erscheinen, wenn die veränderte Zusammensetzung der zweiten Kammer des Landtags ohnehin absehbar schien. Aus Sicht der Verständigungsbefürworter war es somit aussichtsreicher, sich für das gleiche Wahlrecht des Abgeordnetenhauses und eine modifizierte Berufungspraxis des Herrenhauses einzusetzen, um über veränderte Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten die Ausnahmegesetze auf legislativem Wege beseitigen zu können.

Nach Auffassung der preußischen Polen – wie auch der deutschen Linken – war die Diskriminierung der polnischen Bevölkerung in Preußen spätestens mit der Proklamation des Königreiches Polen nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die besonders von den polnischen Abgeordneten energisch verlangte Beseitigung der antipolnischen Ausnahmegesetze deckte sich mit den Forderungen der deutschen Sozialdemokraten und Linksliberalen nach inneren Reformen in Preußen. Die Einführung des gleichen Wahlrechts anstelle des Dreiklassenwahlrechts bildete den Kernpunkt der Reformbestrebungen.[1166] Ebenso beharrte die Zentrumspartei darauf, dass die diskriminierenden Gesetze und Verwaltungsbestimmungen gegen nationale Minderheiten in Preußen abgeschafft

[1164] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 139. Sitz., 01.05.1918, Sp. 9334; PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 9, 142. Sitz., 04.05.1918, Sp. 9580. Siehe auch die Antwort Drews' auf eine lange Anklagerede Korfantys über die Diskriminierung der polnischen Bevölkerung Preußens. PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 10, 163. Sitz., 19.06.1918, Sp. 11154.

[1165] PHH, Sess. 1916/18, 30. Sitz., 10.04.1918, Sp. 925.

[1166] Miller, S. 321 f.; Grosser, S. 102-112, 123 f. und 152-168.

werden müssten, war aus Sorge vor Mandatsverlusten jedoch gespalten, was die Einführung des gleichen Wahlrechts anbetraf.[1167]

Die Parteien der Rechten hielten bezüglich der preußischen Polenpolitik unnachgiebig an ihrem Standpunkt der Vorkriegszeit fest. Hinsichtlich der inneren Reformen in Preußen trat der linke Flügel der Nationalliberalen für das gleiche Wahlrecht ein, während der rechte Flügel das Pluralwahlrecht mit Zusatzstimmen befürwortete.[1168] Den Konservativen sicherte das Dreiklassenwahlrecht hingegen den eigenen Machterhalt, den sie mit der staatlichen Existenz Preußens gleichsetzten.[1169] Daher wehrten sie sich entschlossen gegen das gleiche Wahlrecht und entdeckten in der preußischen Polenpolitik ein schlagendes Argument für die Zementierung der bestehenden Machtverhältnisse. Hinter den Warnungen vor dem Abbau der Polenpolitik und der drohenden „Polonisierung" der Ostprovinzen stand zudem die Befürchtung, die staatliche finanzielle Förderung für die eigene Klientel – Großgrundbesitzer, Ansiedler und Beamte – zu verlieren.

Unter dem Druck der Reichstagsmehrheit aus SPD, Fortschrittlicher Volkspartei und Zentrumspartei hatte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg sich entgegen der Widerstände in der Reichsleitung und der preußischen Staatsregierung der Forderung nach einem gleichen Wahlrecht in Preußen angeschlossen. In der Osterbotschaft vom 7. April 1917 stellte Kaiser Wilhelm II. zunächst das direkte und geheime Wahlrecht für Preußen in Aussicht, am 12. Juli kündigte er das gleiche Wahlrecht an.[1170] Die Beratungen über die Wahlrechtsreform begannen schließlich am 5. Dezember 1917 im Preußischen Abgeordnetenhaus. Nach heftigen parlamentarischen Debatten lehnten die Konservativen und Teile der Nationalliberalen und des Zentrums im Mai 1918 gegen den ausdrücklichen Willen der Staatsregierung das gleiche Wahlrecht ab und beschlossen die Einführung des Pluralwahlrechts mit möglichen Alters- und berufsständischen Zusatzstimmen. Das gleiche Wahlrecht wurde erst im Oktober 1918 im Herrenhaus unter dem Eindruck des militärischen Zusammenbruchs angenommen, trat aufgrund der Novemberrevolution jedoch nicht mehr in Kraft.[1171]

Obwohl die Forderung nach der Demokratisierung Preußens zunehmend breiten Raum in der parlamentarischen und öffentlichen Diskussion in Deutschland einnahm, wurden die – je nach politischem Standpunkt erhofften oder befürchteten – Auswirkungen auf die preußischen Ostprovinzen in den ersten Kriegsjahren selten thematisiert. So hatte der linksliberale Reichstagsabgeordnete Georg Gothein im März 1916 das Wahlsystem der Mehrheitswahl als ungerecht bezeichnet, da die für unterlegene Kandidaten abgegebenen Stimmen unberücksichtigt blieben. Daher empfahl er als Beitrag zur „Versöhnung mit den fremdsprachigen Elementen" – wobei er insbesondere die preußischen Polen im Auge hatte – für die Reichstagswahlen das Verhältniswahlrecht anzuwenden, um „die Wahlzwistigkeiten und die damit unvermeidliche Verbitterung

[1167] Loth, S. 436-439.
[1168] Thieme, S. 97-107.
[1169] Müller, Nation, S. 305 ff.; Grosser, S. 168-174 und 178 ff.
[1170] Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 154-157 und 300-306.
[1171] Müller, Nation, S. 296-302. Ausführlich bei Patemann, S. 58-63, 89-93, 189 ff., 201 f. und 220-228.

von vornherein aus der Welt“ zu schaffen.[1172] Fundamental war die Kritik Max Webers am preußischen Dreiklassenwahlrecht in seinem Beitrag für die linksliberale *Frankfurter Zeitung* im Februar 1917 über die innere und auswärtige Polenpolitik. Darin prangerte er die „den Landtag beherrschende Plutokratie“ an, die die preußische Polenpolitik zementiere, und empfahl eine Wahlreform als vielversprechendste Option zu deren Beseitigung.[1173]

Der Zusammenhang zwischen Wahlrecht und Polenpolitik in Preußen wurde erst im Herbst 1917 angesichts der bevorstehenden Beratungen im Abgeordnetenhaus zum Thema ausgiebiger öffentlicher Erörterungen. In der Folge verschmolzen die preußische Wahlrechtsfrage mit der „Ostmarkenfrage“ und der Kriegszieldebatte zu einer grundsätzlichen weltanschaulichen Auseinandersetzung über die staatliche Verfasstheit Preußens und Deutschlands.[1174] Zwar stand der zu erwartende Verlust eigener Mandate und die Vermehrung der sozialdemokratischen Volksvertreter im Abgeordnetenhaus im Mittelpunkt der Argumentation der Konservativen und Nationalliberalen.[1175] Allerdings machten rechte Blätter die „Ostmarkenfrage“ zu einem weiteren zentralen Argument ihrer Ablehnung des gleichen Wahlrechts. In Sorge um den Verlust der Mehrheit für die konservativen und nationalliberalen Parteien suchten sie die Befürchtung zu schüren, dass neben der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auch die der polnischen beträchtlich zunehmen würde.

Die Polen besaßen zu diesem Zeitpunkt zwölf Mandate, doch angesichts von prognostizierten 50 polnischen Abgeordneten wäre die Ostmarkenpolitik nicht mehr aufrechtzuerhalten, gab das Mitglied des Ostmarkenvereins Fritz von Jagwitz im *Tag* zu bedenken. Vor allem befürchtete er, dass veränderte Mehrheitsverhältnisse die Einführung der zweisprachigen Schule und Staatsverwaltung in den Ostprovinzen nach sich ziehe und die „Polonisierung der Ostmarken“ nicht mehr aufzuhalten sei.[1176] Das Vorstandsmitglied des Ostmarkenvereins Franz Wagner warnte auf dem „Deutschen Tag“ in Bromberg, dass sich das gleiche Wahlrecht auch auf die regionalen und kommunalen Körperschaften erstrecken würde, wo die Polen die Mehrheit gewinnen, die Ämter der Bürgermeister und Stadträte übernehmen und letztlich die Städte polonisieren würden. Angesichts der Verdienste um die Kultivierung des Landes sei es jedoch widersinnig, die „deutsche Oberschicht“ durch das gleiche Wahlrecht zu vernichten, bemühte er das deutsche Selbstbild der kulturellen Überlegenheit gegenüber den Polen.[1177] Gleicher-

---

[1172] Polenpolitik und Verhältniswahlrecht, in: Münchner Neueste Nachrichten vom 18.03.1916, Nr. 141, ursprünglich erschienen in der *Liberalen Korrespondenz*.

[1173] Max Weber: Deutschlands äußere und Preußens innere Politik. I. Die Polenpolitik, in: Frankfurter Zeitung vom 25.02.1917, erstes Morgenblatt.

[1174] Müller, Nation, S. 306 f.

[1175] Nipperdey, Geschichte, Bd. 2, S. 835. Exemplarisch für die Presse P. B.: Um Preußens Zukunft. III. Wahlrecht und Monarchie, in: Deutsche Tageszeitung vom 15.04.1918, Nr. 190.

[1176] F. von Jagwitz: Ostmarkenverein und Polenfrage, in: Der Tag vom 03.11.1917, illustrierter Teil. Siehe auch: Berlin, 29. Oktober, in: Kreuzzeitung vom 29.10.1917, Nr. 552; E. S.: Die preußische Regierung und die Polen, in: Tägliche Rundschau vom 23.01.1918, Nr. 41.

[1177] Der Deutsche Tag zu Bromberg, in: Die Ostmark 23 (1918), 6, S. 45-49, hier S. 47. Siehe auch: Wahlrecht und Ostmark, in: Deutsche Volkskorrespondenz vom 21.05.1918, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 123 f.

maßen befürchtete der Herausgeber der *Grenzboten*, Georg Cleinow, dass Deutschland sich infolge der Wahlrechtsreform zum Nationalitätenstaat mit einer selbstbewussten polnischen Minderheit entwickeln würde, die „unserem Volkstum [...] volklich überlegen" sei. Dadurch sei der deutsche politische und wirtschaftliche Einfluss in der Welt bedroht.[1178] Ferner prophezeite er eine polnische Irredenta in Preußen, die in wenigen Jahren „offene Kämpfe" zwischen Deutschen und Polen um den Besitz der preußischen Ostprovinzen hervorrufen würde.[1179]

In ihrer Bewertung des gleichen Wahlrechts gingen die deutschen Rechten in der Regel von den erwarteten Ergebnissen aus und begründeten ihre Ablehnung mit dem befürchteten Stimmen- und Machtverlust.[1180] Doch da die Wahlrechtsreform dem Willen des Monarchen entsprach und nicht mehr abzuwenden war, erörterten sie Alternativen zum gleichen Wahlrecht: zum einen das Verhältniswahlrecht, bei dem jede Partei Mandate im Verhältnis der Wählerstimmen erhält, zum anderen das Pluralwahlrecht mit Mehrstimmen für hohes Einkommen, ein gewisses Alter oder besondere Verdienste. Diese Vorschläge wurden im Hinblick auf die Ostprovinzen und die zu erwartenden Mandate für deutsche und polnische Abgeordnete durchgespielt. Besonders anschaulich tat dies das Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion Karl Böhme in der *Berliner Börsen-Zeitung*. Auf der Grundlage der Abgeordnetenhauswahlen des Jahres 1913 errechnete er, wieviele Mandate die Polen nach den verschiedenen Vorschlägen jeweils erringen würden, und empfahl anhand seiner statistischen Erhebung schließlich, „zum Vorteil für das Deutschtum" das Verhältniswahlrecht einzuführen.[1181]

Die konservativen und nationalliberalen Zeitungen und Abgeordneten hintertrieben mit ihren Vorschlägen die Idee des gleichen Wahlrechts, jeder Wählerstimme dasselbe Gewicht zu verleihen, und begründeten dies mit dem allen partikularen Interessen übergeordneten Staatswohl. Im semantischen Rückgriff auf die Debatte über das Enteignungsrecht in der Vorkriegszeit definierte die konservative *Deutsche Tageszeitung* die geplanten Ausnahmeregelungen zum Schutz des „Deutschtums" in den Ostprovinzen als „Staatsnotwendigkeit". Daran habe sich das gesamte Staatswesen – mithin auch alle legislativen Veränderungen – zu orientieren, weshalb das Wahlrecht entsprechend gestaltet werden müsse.[1182] Allerdings gaben sich nicht alle Verfasser die Mühe, den Zweck des Machterhalts hinter prinzipiellen staatlichen Interessen zu verbergen. Kühl analysierte etwa der Historiker Dietrich Schäfer in den *Berliner Neuesten Nachrich-*

[1178] Georg Cleinow: Die Polenfrage als Problem der Reichspolitik, in: Die Grenzboten 77,2 (1918), 16, S. 57-62, hier S. 59.

[1179] Ders.: Des polnischen Problems neueste Phase, in: Die Grenzboten 77,3 (1918), 36, S. 233-238, hier S. 236. Siehe auch: Die innere Politik der Woche, in: Kreuzzeitung vom 13.01.1918, Nr. 23; Zur Ostmarken- und Wahlrechtsfrage, in: Kreuzzeitung vom 18.01.1918, Nr. 32.

[1180] Neben den Reden der konservativen und nationalliberalen Abgeordneten in den Wahlrechtsdebatten siehe ferner die Ausführungen des Konservativen Eugen Wolff-Gorki in der Debatte über den Haushalt der Ansiedlungskommission. PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 7, 122. Sitz., 06.03.1918, Sp. 8185 f.

[1181] Böhme: Die preußische Ostmark und die Wahlreform, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 29.12.1917, BArch R 8034/II, Nr. 5343, Bl. 24a.

[1182] P.B.: Um Preußens Zukunft. I. Staatsnotwendigkeiten, in: Deutsche Tageszeitung vom 11.04.1918, Nr. 183.

ten den Konflikt um die Wahlreform in Preußen einerseits als politische Machtfrage zwischen Konservativen und Linken, andererseits als nationale Machtfrage zwischen Deutschen und Polen. Im Sinne des Machterhalts der deutschen Konservativen und zum Schutz des „Deutschtums" gegen die staatsfeindlichen Polen befand er es schließlich für legitim, die polnischen Mandate zu beschränken.[1183]

Entsprechend argumentierten die konservativen und nationalliberalen Abgeordneten in den Beratungen über die Wahlrechtsreform im Preußischen Abgeordnetenhaus. Nachdrücklich beharrten sie auf der Beibehaltung der Ostmarkenpolitik und entwarfen Schreckensbilder einer Bedrohung der Deutschen infolge der Vermehrung der polnischen Mandate. Der Deutschkonservative Ernst von Heydebrand warnte in einer Rede am 30. April 1918 davor, dass mit der Beseitigung der aktuellen Mehrheit des Abgeordnetenhauses die staatliche Ostmarkenpolitik aufgegeben werde, wodurch in den Ostprovinzen „der Pole unbedingt das Übergewicht über den Deutschen bekommen" müsse. Dadurch sei letztlich die Existenz des preußischen Staates gefährdet.[1184] Ebenso sah der Nationalliberale Walter Lohmann aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und der materiellen Bedürfnislosigkeit der preußischen Polen eine „große und furchtbare Gefahr für den deutschen Osten" heraufziehen[1185], während der Freikonservative Paul Lüdicke die „*Gefahr einer Irredenta*" und der Abtrennung preußischer Gebiete beschwor.[1186] Da die Wahlrechtsreform die Fortführung der Polenpolitik gefährde, erhoben die konservativen und nationalliberalen Parteien den „Schutz des Deutschtums" zu einem zentralen Argument der Ablehnung des gleichen Wahlrechts. Der Beschwichtigungsversuch des stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten Robert Friedberg, dass die Staatsregierung Mittel und Wege für die „Fortsetzung einer guten Ostmarkenpolitik" finden werde[1187], konnte angesichts der bereits versprochenen Revision der Polenpolitik nach dem Kriege jedoch nicht überzeugen.[1188]

Am 3. und 4. Mai 1918 wurde im Preußischen Abgeordnetenhaus ein Antrag der Nationalliberalen zur Wahlreform erörtert, demzufolge in Berlin, in einigen westlichen

---

[1183] DIETRICH SCHÄFER: Die Wahlrechtsreform und die Polenfrage, in: Berliner Neueste Nachrichten 20.12.1917, Nr. 645. – Im Oktober 1918 wiederholte Schäfer die Forderung nach Ausnahmebestimmungen im Wahlrecht „zum Schutze des Deutschtums" in den Ostprovinzen, um den Bestand Preußens und Deutschlands zu sichern. DERS.: Die Wahlreform und unsere Ostmarken, in: Der Tag vom 01.10.1918, illustrierter Teil.

[1184] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 138. Sitz., 30.04.1918, Sp. 9294. – Auf dem „Deutschen Tag" in Bromberg vertiefte Heydebrand seine Warnung vor einer polnischen Irredenta infolge der Wahlrechtsreform. Polnische Irredenta und Wahlrecht, in: Deutsche Tageszeitung vom 27.05.1918, Nr. 270.

[1185] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 139. Sitz., 01.05.1918, Sp. 9234.

[1186] Ebenda, Sp. 9355 (Hervorhebung im Original gesperrt).

[1187] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 138. Sitz., 30.04.1918, Sp. 9300. – Siehe auch die Ausführungen von Innenminister Bill Drews. PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 139. Sitz., 01.05.1918, Sp. 9333.

[1188] Politische Tagesübersicht, in: Kreuzzeitung vom 01.05.1918, Nr. 220. Siehe auch PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 140. Sitz., 02.05.1918, Sp. 9415 f. (Siegfried v. Kardorff, fraktionslos, vormals Freikonservative Partei), Sp. 9444 f. (Oskar v. d. Osten-Warnitz, Konservative Partei).

Industriebezirken und in den Ostprovinzen Wahlkreise zusammengelegt und das Verhältniswahlrecht eingeführt werden sollte, wodurch neben den mehrheitlich gewählten Kandidaten – in der Regel waren dies Sozialdemokraten oder Polen – auch die Unterlegenen ein Mandat erhalten würden.[1189] Dadurch sollte den Deutschen in den Wahlkreisen mit polnischer Bevölkerungsmehrheit eine parlamentarische Vertretung ermöglicht werden.[1190] Der Antrag erhielt nur geringe Unterstützung, da die Konservativen die Verhältniswahl rundweg ablehnten[1191], während die Zentrumspartei, die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Polnische Fraktion darin ein Ausnahmegesetz gegen die preußischen Polen erblickten.[1192] Allerdings nutzte der Konservative Eugen Wolff-Gorki die Debatte, den preußischen Polen vorzuwerfen, den Staat in seinen Kriegsanstrengungen nicht zu unterstützen, sondern Milliarden anzuhäufen, um davon nach Kriegsende deutschen Grundbesitz zu kaufen.[1193] In seiner Erwiderung beschuldigte Adalbert Korfanty die Konservativen, gegen die Polen „einen Vernichtungskampf bis auf den Tod zu führen".[1194] Die Berufung auf die „Fiktion vom preußischen Nationalstaat" sei angesichts von zehn Prozent polnischer Bevölkerung in Preußen nicht aufrechtzuerhalten.[1195] Energisch wiederholte er die Forderung nach Anerkennung der Nationalität und vollständiger staatsrechtlicher Gleichberechtigung der preußischen Polen sowie nach Beseitigung der Ansiedlungspolitik. Was die Wahlrechtsdebatte anbetraf, warf Korfanty den Konservativen vor, aus Angst vor Mandatsverlusten antipolnische Ressentiments zu schüren: „Sie benutzen die polnische Frage als Sturmbock gegen das gleiche Wahlrecht."[1196]

Wie für die Konservativen und Nationalliberalen bestand auch für die preußischen Polen ein unlösbarer Zusammenhang zwischen Wahlrecht und Polenpolitik. Die polnischen Abgeordneten, angeführt von Korfanty und Wladislaus Seyda, unterstützten den Entwurf für das gleiche Wahlrecht, da eine Parlamentsmehrheit aus Zentrumspartei, Fortschrittlicher Volkspartei, Sozialdemokratie und Polnischer Fraktion die antipolnischen Ausnahmegesetze aufheben und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung

---

[1189] PAH, 22. Leg., III. Sess., 1916/18, Sammlung der Drucksachen, Bd. 10, Nr. 930 und 933/934, S. 6018 ff. Siehe hierzu Thieme, S. 111 f.

[1190] So der Nationalliberale Karl Menzel in der Begründung des Antrags. PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 141. Sitz., 03.05.1918, Sp. 9564 ff. Ebenso PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 9, 142. Sitz., 04.05.1918, Sp. 9616 ff. (Leopold Levy, Nationalliberale Partei).

[1191] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 9, 142. Sitz., 04.05.1918, Sp. 9577 (Eugen Wolff-Gorki, Konservative Partei), Sp. 9606 f. (Hermann Krause, Freikonservative Partei).

[1192] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 141. Sitz., 03.05.1918, Sp. 9560 (Johannes Bell, Zentrumspartei); PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 9, 142. Sitz., 04.05.1918, Sp. 9598 ff. (Heinrich Ströbel, USPD), Sp. 9614 ff. (Adalbert Korfanty, Polnische Fraktion). – Obwohl die Sozialdemokraten den Antrag als Ausnahmegesetz gegen die polnische Bevölkerung erachteten, stimmten sie zu, da sie die flächendeckende Einführung des Verhältniswahlrechts erstrebten. Ebenda, Sp. 9618 f. (Otto Braun, SPD).

[1193] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 9, 142. Sitz., 04.05.1918, Sp. 9578.

[1194] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 9, 142. Sitz., 04.05.1918, Sp. 9607-9616, hier Sp. 9608.

[1195] Ebenda, Sp. 9611.

[1196] Ebenda, Sp. 9614.

der preußischen Polen gewährleisten würde.[1197] Entsprechend lehnten sie alle abweichenden Vorschläge für alternative Wahlsysteme mit Ausnahmeregelungen und Zusatzstimmen ab.[1198] Dass die Polnische Fraktion vom gleichen Wahlrecht außerordentlich profitieren und ihre Abgeordnetenzahl erheblich vermehren würde, betonte sie in den Debatten wohlweislich nicht. Die Erwartungen und Prognosen der möglichen Mandatsverteilung spielten bei den Anhängern des gleichen Wahlrechts nur eine untergeordnete Rolle, im Mittelpunkt ihrer Argumentation stand das kaiserliche Gleichheitsversprechen für alle Staatsbürger.

Aus polnischer Sicht wurde die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform dadurch unterstrichen, dass die Staatsregierung die preußische Polenpolitik nicht beseitigte, sondern die entsprechenden Posten erneut in den Etat einstellte. Im Januar 1918 empörte sich Adalbert Trampczynski im Abgeordnetenhaus, dass die repressive Polenpolitik unter dem Deckmantel des „Schutz[es] des Deutschtums" aufrechterhalten werde. Als einzige Möglichkeit der Anerkennung der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der polnischen Bevölkerung Preußens galt ihm die Überwachung der Minderheitenrechte durch ein internationales Schiedsgericht und die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts.[1199] Allerdings deuteten die unterschiedlichen Standpunkte der preußischen Minister Paul von Eisenhart-Rothe und Bill Drews in der Polenpolitik auf eine „Zweigleisigkeit des Polenkurses" hin, wie die Wochenschrift *Polen* anmerkte. Die Polen misstrauten dem Versprechen der Neuorientierung grundsätzlich, die einzig auf der Zusicherung einzelner Regierungsmitglieder zu beruhen schien, nicht aber dem Konsens der gesamten Staatsregierung entsprach und auf gesetzlichem Wege verankert wurde.[1200] Da die Beseitigung der Ausnahmegesetze schleppend verlief, galt eine grundlegende Wahlrechtsreform als einzige Möglichkeit, die Diskriminierung der Polen auf legislativem Wege zu beenden.

Erstaunlicherweise thematisierten die deutschen Reformbefürworter – Sozialdemokratie, Linksliberale und Teile der Nationalliberalen und des Zentrums – den Zusammenhang von Wahlrecht und Polenpolitik kaum, auch gingen sie nicht auf die Einwände der Reformgegner ein. Offensichtlich erschien ihnen das Thema wenig geeignet, die Gegenseite vom eigenen Anliegen zu überzeugen oder die eigenen Anhänger zu mobilisieren.[1201] Die Reformbefürworter begründeten das gleiche Wahlrecht wie auch die Revision der Polenpolitik mit dem Prinzip der Gleichberechtigung und Gleichbe-

[1197] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 6, 102. Sitz., 06.12.1917, Sp. 6706 (Seyda); PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 6, 104. Sitz., 10.12.1917, Sp. 6825 (Korfanty).

[1198] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 9, 142. Sitz., 04.05.1918, Sp. 9607 und 9614 ff. (Korfanty).

[1199] PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 7, 112. Sitz., 21.01.1918, Sp. 7433 f. und 7437 ff. – Die alldeutsche *Tägliche Rundschau* wollte bemerkt haben, dass alle deutschen Parteien von der Polnischen Fraktion abgerückt seien, nachdem Letztere ein internationales Schiedsgericht zum Schutz der preußischen Polen gefordert hatte. F.H.: Polen, Kartoffeln und Selbstbestimmung, in: Tägliche Rundschau vom 22.01.1918, Nr. 39.

[1200] Polendebatte im preußischen Herrenhause, in: Polen 4 (1918), 172, S. 65-73, hier S. 65 (Zitat); Der deutsche Standpunkt in der Polenfrage, in: Polen 4 (1918), 174, S. 105-108, hier S. 107.

[1201] In der sozialdemokratischen, linksliberalen und Zentrumspresse wird der Zusammenhang von Wahlrechtsreform und Ostmarkenfrage kaum explizit hergestellt. Als einzelnes Beispiel

handlung aller Staatsbürger und konzentrierten sich vollständig auf die Durchsetzung der Wahlrechtsreform. Denn die erstrebte Machtverschiebung im Abgeordnetenhaus, die zu einer parlamentarischen Mehrheit von Sozialdemokratie, Fortschrittspartei und Zentrumspartei führen würde, genüge völlig, „um mit der bisherigen Ostmarkenmethode ein für alle Male zu brechen“, befand etwa das linksliberale *Berliner Tageblatt*.[1202]

Im Abgeordnetenhaus ergriff lediglich der Sozialdemokrat Paul Hirsch das Wort, um die preußischen Polen gegen die Angriffe der Konservativen und Nationalliberalen zu verteidigen. Scharf kritisierte er die antipolnischen Ausnahmegesetze, die einzig die nationalpolnischen Bestrebungen gefördert hätten. Von der Staatsregierung verlangte er, die Initiative zum Abbau der Polenpolitik zu ergreifen, denn „erst wenn man die Polen als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt, kann man verlangen, daß sie sich auch als solche fühlen“. Ferner widersprach Hirsch der Auffassung, dass die Polnischen Fraktionen absolute Oppositionsparteien seien, da die polnischen Abgeordneten im Reichstag den Militärforderungen zugestimmt hätten und im preußischen Landtag in Schul-, Kirchen- und Zollangelegenheiten ebenfalls mit der Mehrheit stimmten. Damit suchte er das Bedrohungsszenario der Rechten zu entkräften: „Also so groß ist die Gefahr, die nach Einführung des gleichen Wahlrechts angeblich Preußen drohen soll, wahrhaftig nicht; diese Gefahr besteht nur in der Phantasie derjenigen Herren, die keine besseren Gründe für ihre ablehnende Haltung ins Feld zu führen wissen.“[1203]

Die Reform des preußischen Wahlrechts war somit zum Dreh- und Angelpunkt für jegliche Veränderung in der Polenpolitik geworden. So habe der Nachweis, „daß das Polentum durch die gleiche Wahl eine große Stärkung erfahren werde“, einen starken Eindruck gemacht und werde auch von den Anhängern des gleichen Wahlrechts besorgt gesehen, zeigte sich der nationalliberale Abgeordnete Conrad Metger nach der Abstimmung im Mai 1918 erfreut.[1204] Offenbar dämmerte Konservativen und Nationalliberalen aber, dass sie nur noch Rückzugsgefechte führten und mit einer Aufrechterhaltung ihrer politischen Machtposition nicht zu rechnen war. Daher rührte beispielsweise das Eintreten des freikonservativen Parteiführers Oktavio von Zedlitz und Neukirch für die Verabschiedung gesetzlicher Maßnahmen zur finanziellen Sicherstellung der Ostmarkenpolitik noch vor der Änderung des Wahlrechts. Offenbar ging er davon aus, dass diese Gesetze nach der Wahlrechtsreform nur mit Zustimmung des Herrenhauses aufgehoben werden könnten, weshalb die aktuelle konservativ-nationalliberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses die bestehende Ostmarkenpolitik dauerhaft festlegen müsse.[1205] Diese Forderung entsprach dem Bestreben aller Parteien, sich in der Debatte

siehe die Ausführungen des oberschlesischen Pfarrers Paul Feja: Der Ruf nach einem neuen Ausnahmegesetz, in: Der Tag vom 21.11.1917, illustrierter Teil.

1202 Die Nationalitätenfrage in Preußen, in: Berliner Tageblatt vom 22.01.1918, Nr. 40.

1203 PAH, 22. Leg., III. Sess., Bd. 8, 139. Sitz., 01.05.1918, Sp. 9364 f., Zitate Sp. 9365. – Gleichermaßen warf Heinrich Ströbel (USPD) den Rechten vor, die preußischen Polen trotz der Loyalität und Tapferkeit im deutschen Heer weiter mit Ausnahmegesetzen und Polizeimaßregeln traktieren zu wollen. Ebenda, Sp. 9393.

1204 C. Metger: Zwischen der zweiten und dritten Lesung, in: Der Tag vom 09.05.1918, illustrierter Teil.

1205 Oktavio von Zedlitz und Neukirch: Die Aufgaben des scheidenden Landtages, in: Die Post vom 19.06.1918, Nr. 309. Siehe auch ders.: Die Polenfrage im Herrenhause, in: Der

über die Wahlrechtsreform eine günstige Ausgangsposition für die politischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit zu verschaffen. Während des Krieges hatten jedoch weder die Wahlrechtsdebatten noch die Einführung des Pluralwahlrechts im Mai 1918 Auswirkungen auf die preußische Polenpolitik.

4.6 Eskalation des Nationalitätenkonflikts: Kriegsende und Novemberrevolution

Erst angesichts des drohenden militärischen Zusammenbruchs in Deutschland wurden überstürzt innere Reformen eingeleitet und das preußische Dreiklassenwahlrecht durch das gleiche Wahlrecht abgelöst. Infolge der Novemberrevolution und der grundlegenden staatsrechtlichen und politischen Umwälzung im Deutschen Reich wurde die preußische Polenpolitik nicht fortgesetzt. Doch direkt nach dem Waffenstillstandsangebot Deutschlands vom 4. Oktober 1918 waren für die deutsche Presse andere Themen relevant: So erließen die polnischen politischen Organisationen, Wahlkomitees und Parteien in Deutschland einen Aufruf zur Vereinigung aller polnischen Landesteile in einem unabhängigen Staat und auch die polnischen Abgeordneten im Reichstag gaben eine entsprechende Erklärung ab. Die zunehmend selbstbewusst geäußerten Abtrennungsbestrebungen der preußischen Polen erregten großes Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit.[1206]

Deutsche Zeitungen aller politischen Richtungen wiesen die polnischen Ansprüche auf die preußischen Ostprovinzen empört zurück. Ausführlich suchten sie die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Deutschland zu rechtfertigen, indem sie auf die deutsche Besiedlung, die deutschen kulturellen Einflüsse und die enge wirtschaftliche Verflechtung verwiesen. Mit Hilfe von Bevölkerungsstatistiken suchten sie ferner zu belegen, dass die Provinzen sprachlich und ethnisch derart heterogen seien, dass selbst die Abtrennung kleiner Landstriche kaum mit den Friedensbedingungen Wilsons in Einklang zu bringen sei.[1207] Besonders rechte Blätter sahen sich in ihren Warnungen vor der Bedrohung der Ostprovinzen durch die Polen nun ebenso bestätigt wie in ihren unermüdlich erhobenen Forderungen nach dem „Schutz des bedrohten Deutschtums“.[1208]

Zentrums- und linksliberale Blätter mahnten hingegen weiterhin, alle antipolnischen Ausnahmegesetze aufzuheben und den preußischen Polen die staatsbürgerliche

---

Tag vom 16.04.1918, illustrierter Teil. – Ebenso eine Zuschrift „von parlamentarischer Seite“ an die *Post*: Rechtzeitige Maßnahmen zum Schutz des Ostmarkendeutschtums!, in: Die Post vom 21.06.1918, Nr. 313.

[1206] Die preußischen Polen für ein Großpolen. Ein Aufruf, in: Berliner Tageblatt vom 13.10.1918, Nr. 524. Für die Erklärung von Wladislaus Seyda im Reichstag RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 314, 192. Sitz., 05.10.1918, S. 6154.

[1207] Die Polen und Wilson, in: Die Post vom 09.10.1918, Nr. 517; Otto Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik, in: Kreuzzeitung vom 16.10.1918, Nr. 528; Georg Gothein: Die Ansprüche der Polen. Die polnische Lösung, in: Berliner Tageblatt vom 01.11.1918, Nr. 559; Die polnischen Forderungen, in: Germania vom 15.10.1918, Nr. 481.

[1208] L. Raschdau: Unsere Ostmarken, in: Der Tag vom 06.11.1918, illustrierter Teil (Zitat); Politische Tagesübersicht, in: Kreuzzeitung vom 14.10.1918, Nr. 525; Polnische Anmaßung, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 14.10.1918, BArch R 8034/II, Nr. 8771, Bl. 26; E.S.: Die deutschen Randvölker, in: Tägliche Rundschau vom 26.10.1918, Nr. 548.

Gleichberechtigung zu gewähren. Die Aussicht auf eine Polen wie Deutsche zufriedenstellende Grenze im Sinne eines Verständigungsfriedens und der dauernden friedlichen Nachbarschaft beider Staaten schien im Oktober 1918 noch zu bestehen.[1209] Die Reichstagssitzungen am 23. und 25. Oktober 1918 zerstörten diese Hoffnung jedoch. Die Abgeordneten der Polen, Elsässer und Dänen verlangten mit Berufung auf Wilsons Vierzehn Punkte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, selbst über ihren Verbleib beim Deutschen Reich zu entscheiden.[1210] Die Forderung der polnischen Abgeordneten nach einem unabhängigen polnischen Staat aus allen drei Teilungsgebieten stieß bei den deutschen Parteien bis hin zu den Unabhängigen Sozialdemokraten auf Widerspruch[1211], ebenso wiesen die Zeitungen aller politischen Richtungen dieses Ansinnen zurück[1212]. Den Ansprüchen der preußischen Polen setzten sie die Proteste und Aufrufe der Deutschen für den Verbleib der Ostprovinzen beim Deutschen Reich entgegen; viele Blätter druckten eine große Anzeige unter dem Titel „Deutsche Kundgebung der Provinz Posen" ab.[1213]

Nach der Novemberrevolution übernahmen die preußischen Polen die Provinzialverwaltung und die militärische Macht in der Provinz Posen, ferner kündigten sie Wahlen zu einem Teilgebietslandtag an, der bis zur Friedenskonferenz die Interessen der polnischen Bevölkerung vertreten sollte.[1214] Damit nahmen sie die vom preußischen Staat stets verweigerte Beteiligung an der Verwaltung selbst in die Hand. Verstärkt durch die Meldungen vom Einbruch polnischer Truppen in den Ostprovinzen[1215], zeigte sich die deutsche Presse besorgt, dass die Polen diese Gebiete von Deutschland abzutrennen suchten, um noch vor Beginn der Friedenskonferenz vollendete Tatsachen zu schaffen.[1216] Selbst Zentrums- und linksliberale Blätter griffen die Warnungen der

---

1209 Erich Dombrowski: Die Forderungen der preußischen Polen, in: Berliner Tageblatt vom 14.10.1918, Nr. 526; Frankfurt, 14. Oktober, in: Frankfurter Zeitung vom 14.10.1918, Abendblatt; Zur Lage in Polen, in: Kölnische Volkszeitung vom 30.10.1918, Nr. 856.

1210 RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 314, 194. Sitz., 23.10.1918, S. 6193-6198 (Anton Stychel, Polnische Fraktion), S. 6203 f. (Eugen Ricklin, Elsass-Lothringer), S. 6204 ff. (Hans Peter Hanssen, Däne); RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 314, 196. Sitz., 25.10.1918, S. 6253-6257.

1211 RT, 13. Leg., II. Sess., Bd. 314, 195. Sitz., 24.10.1918, S. 6212-6237, 196. Sitz., 25.10.1918, S. 6257-6270.

1212 Exemplarisch L.E.: Der Tag der Nationalitäten. Die gestrige Reichstagssitzung, in: Vossische Zeitung vom 24.10.1918, Nr. 544; A. R.: Offenherzigkeiten. Die gestrige Reichstagssitzung, in: Vossische Zeitung vom 26.10.1918, Nr. 548; Deutschlands Randvölker, in: Vorwärts vom 24.10.1918.

1213 Beispielsweise: Deutsche Kundgebung der Provinz Posen, in: Berliner Tageblatt vom 03.11.1918, Nr. 563. Siehe auch Schumacher, S. 18 ff.

1214 Schumacher, S. 22-43.

1215 Gewalttätigkeiten in Posen und Oberschlesien, in: Vorwärts vom 13.11.1918; Einbruch polnischer Truppen in Posen und Schlesien?, in: Berliner Volkszeitung vom 13.11.1918, Nr. 579; Vom polnischen Einfall in Oberschlesien und Posen, in: Freisinnige Zeitung vom 14.11.1918; Polnischer Einbruch in Posen?, in: Kölnische Volkszeitung vom 16.11.1918, Nr. 904.

1216 Polnische Uebergriffe in Posen, in: Germania vom 15.11.1918, Nr. 536; Die Bedrohung Posens, in: Frankfurter Zeitung vom 18.11.1918, Morgenblatt; Was geht in Posen vor? Die

deutschen Rechten vor der „polnischen Gefahr" auf und appellierten an die preußische Staatsregierung, die deutsche Bevölkerung gegen polnische Übergriffe zu schützen.[1217] Der Versuch des sozialdemokratischen *Vorwärts*, die sich überschlagenden Meldungen aus den Ostprovinzen mit der Mitteilung zu entschärfen, dass die Lage dort wesentlich ruhiger sei, war eine Ausnahme in der deutschen Berichterstattung.[1218] Und als die linksliberalen *Posener Neuesten Nachrichten* im November 1918 scharf mit der preußischen Polenpolitik und dem „Hakatismus" abrechneten, die jahrzehntelang das Leben in den Ostprovinzen vergiftet hätten, und sich hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen zumindest verhalten optimistisch zeigten, musste dies wie eine schwache Erinnerung an vormalige Erörterungen einer Verständigungspolitik klingen.[1219]

Der schwelende Konflikt zwischen Deutschen und Polen spitzte sich weiter zu, als die polnische Regierung Józef Piłsudskis im Dezember 1918 die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland unterbrach und die Wahlen zur Konstituante Polens auch in den preußischen Ostprovinzen durchführen lassen wollte.[1220] Durch den „Großpolnischen Aufstand" in Posen zum Jahresende 1918 und die folgenden Aufstände in Oberschlesien eskalierte der Konflikt und wurde nun gewaltsam ausgetragen.[1221] Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles am 28. Juni 1919, den Gebietsabtretungen Deutschlands an Polen und den Volksabstimmungen in den Ostprovinzen rückte eine Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis schließlich in weite Ferne.[1222]

Die preußischen Ostprovinzen und die preußische Polenpolitik hatten bis Ende 1916 nur eine untergeordnete Rolle in der deutschen öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" gespielt. Angesichts des inneren Burgfriedens und der beständig beschworenen Einheit der Nation wurden die antipolnischen Ausnahmegesetze in der deutschen Presse meist sehr vorsichtig thematisiert, Befürworter wie Gegner einer Verständigungspolitik deuteten ihre Positionen in der Regel nur an. Erst nach der Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 trugen sie ihre Forderungen bezüglich der

---

polnischen Loslösungsbestrebungen, in: Berliner Tageblatt vom 19.11.1918, Nr. 593.

[1217] Die Polengefahr, in: Germania vom 19.12.1918, Nr. 592; Ludwig Kappeller: Die Gefahr in Oberschlesien, in: Vossische Zeitung vom 21.12.1918, Nr. 652; Die staatliche Organisation der preußischen Polen, in: Germania vom 19.12.1918, Nr. 591; Die Polen und wir, in: Kölnische Volkszeitung vom 19.12.1918, Nr. 996.

[1218] Ordnung und Ruhe in Deutsch-Polen, in: Vorwärts vom 23.11.1918.

[1219] Das Ende des Hakatismus!, in: Posener Neueste Nachrichten vom 24.11.1918, Nr. 5939.

[1220] Schumacher, S. 28 f. – Exemplarisch für die deutsche Presse: Abbruch der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, in: Berliner Tageblatt vom 16.12.1918, Nr. 642; Polnische Konstituantewahlen auf deutschem Boden!, in: Vorwärts vom 17.12.1918; Die Anmaßung Polens, in: Germania vom 21.12.1918, Nr. 596.

[1221] Blutige Zusammenstöße in Posen, in: Germania vom 28.12.1918, Nr. 604; Neue Konflikte im Osten, in: Vorwärts vom 30.12.1918, Abendausgabe; Die Zustände in der Ostmark. Der polnische Aufstand, in: Kölnische Volkszeitung vom 01.01.1919, Nr. 1. – Ausführlich zu den polnischen Aufständen in den preußischen Ostprovinzen Czubiński; Vogt; Wilson, Frontiers.

[1222] Schattkowsky, Deutschland; Blanke, Orphans. Siehe auch Drummond, From „verloren gehen".

Polenpolitik zunehmend lauter in den Parlamenten und in der deutschen Öffentlichkeit vor. Allen voran verlangten die nationaldemokratischen Abgeordneten der Polnischen Fraktionen und die mit deutschsprachigen Veröffentlichungen hervortretenden polnischen Konservativen nachdrücklich die Beseitigung der antipolnischen Diskriminierung und Ausnahmegesetze in Deutschland.

Dabei verwiesen sie – wie auch die deutschen Verständigungsbefürworter – auf das angestrebte positive Verhältnis des Deutschen Reiches zum Königreich Polen, das sie als argumentativen Hebel für die erwünschte innere Verständigungspolitik nutzten. Die Absicht, die innenpolitische und auswärtige Polenpolitik miteinander zu verknüpfen, ist besonders bei den polnischen Akteuren zu erkennen, die sich als Angehörige der polnischen Nation wiederholt auf die Gesamtheit der Polen in allen drei Teilungsgebieten bezogen. Auf deutscher Seite wurden zwar die Wechselwirkungen von innerer und auswärtiger Polenpolitik festgestellt, trotzdem wurde stets ausdrücklich zwischen der inneren Politik gegenüber den preußischen Polen und der Außenpolitik gegenüber dem polnischen Staat unterschieden.

Was die Prämissen, Konzepte und Ziele anbelangt, galt die Behandlung der preußischen Polen auf Seiten der Befürworter und Gegner einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik als Paradigma für die innere Verfasstheit Deutschlands und dessen Stellung in der Welt: Die deutschen Verständigungsbefürworter, die in den Parlamenten von Sozialdemokratie, Fortschrittlicher Volkspartei und Zentrumspartei vertreten wurden, suchten grundsätzlich das Ideal eines toleranten, auf gleichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten beruhenden Staates zu verwirklichen und traten nach außen für ein kooperatives Verhältnis zu den Nachbarstaaten und für einen Verständigungsfrieden ein. Die preußischen Polen sollten mittels staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Partizipation in die Gesellschaft integriert werden, wobei nationale und konfessionelle Überzeugungen als bedeutungslos galten. Da die Diskriminierung der Polen aus Sicht der Sozialdemokraten und Linksliberalen ein Symptom des politisch, gesellschaftlich und sozial rückständigen Staates darstellte, suchten sie über die politische Liberalisierung der Gesellschaftsordnung die Revision der Polenpolitik zu erreichen. Gleichwohl wurden im Streben nach der inneren Reformierung des Staates, in dem nationale und konfessionelle Überzeugungen bedeutungslos sein würden, genau diese Unterschiede zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten beständig thematisiert und damit in der öffentlichen Debatte bewusst gehalten.

Die deutschen Gegner der Verständigungspolitik, insbesondere die Konservativen, Nationalliberalen und radikalen Nationalisten, hingen dem Ideal des ethnisch homogenen Nationalstaats an, den sie gegen innere und äußere Bedrohungen zu verteidigen und trotz der erwarteten Erweiterung des deutschen Herrschaftsbereichs im Krieg auch zukünftig zu schützen suchten. Ihnen galten die preußischen Polen weiterhin als innerer Feind, weshalb sie auf der Fortführung der in der Vorkriegszeit schwer erkämpften Polenpolitik beharrten. Im Kampf gegen eine „Welt von Feinden"[1223] sollte das Deutsche Reich sich auch der inneren Feinde erwehren, insbesondere der nationalen Minderheiten, Sozialdemokraten und Juden. Die Fortführung der Polenpolitik wurde daher zum Symbol für den Bestand des preußischen und deutschen Staates erhoben und diente

[1223] Aufruf Wilhelms II. „An das Deutsche Volk", 06.08.1914, in: Biehl, S. 55 f., Zitat S. 56.

der Stabilisierung des politischen Systems sowie dem Machterhalt der konservativen Eliten.

Den Befürwortern wie Gegnern einer Verständigungspolitik ist gemeinsam, dass sie ihre politischen Ziele nicht in detaillierten Konzepten darlegten, sondern sich in der Regel darauf beschränkten, entweder die Beseitigung oder die Fortsetzung und Verschärfung der preußischen Polenpolitik zu verlangen. Zwar waren beide Seiten bestrebt, ihre Forderungen jeweils mit Beispielen zu illustrieren, sie mit sachlichen Belegen zu untermauern und ihnen durch polemische Kritik größeren Nachdruck zu verleihen. Ein konsensorientierter Austausch von Argumenten und Meinungen fand in den Parlamenten und in der Presse hingegen kaum statt, vielmehr wiederholten beide Seiten ihre Forderungen beständig in unterschiedlichen Variationen, ohne sich konkret mit der Argumentation des Gegenübers auseinanderzusetzen. Die Verweise auf die Polenpolitik waren durch ihre beständige Wiederholung gewissermaßen mechanisch geworden.

Wie in der auswärtigen Politik markierte die Proklamation des Königreichs Polen auch für die inneren deutsch-polnischen Beziehungen und die öffentliche Debatte über die „polnische Frage" einen wichtigen Einschnitt. Die preußische Staatsregierung konnte die Beibehaltung der antipolnischen Ausnahmegesetze nun nicht mehr rechtfertigen, weshalb sie deren Aufhebung im Rahmen der inneren Neuorientierung versprach und in Ansätzen einleitete. In Reaktion darauf ergriffen die deutschen Rechten die Initiative und bestimmten bis Kriegsende und darüber hinaus die öffentliche Debatte über die „polnische Frage", während die Verständigungsbefürworter sich zunehmend in die Defensive gedrängt sahen. Die drohende Revision der preußischen Polenpolitik und Verwirklichung einer deutsch-polnischen Verständigung hatte die Rechten mobilisiert. Diese knüpften in ihren Argumentationen und Deutungen unmittelbar an die Debatte der Vorkriegszeit an und sahen sich besonders nach Kriegsende in ihren Warnungen vor der „polnischen Gefahr" bestätigt.

Die deutschen und polnischen Anhänger einer Verständigungspolitik hatten bis zur Proklamation die öffentliche Debatte über die preußische Polenpolitik maßgeblich bestimmt. Als im Sommer 1915 polnische Konservative in der deutschen Öffentlichkeit ihre Loyalität bekundeten, boten sie willkommene Beispiele für ideale preußische Staatsbürger polnischer Nationalität, die die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verdient hätten. Indem die deutschen Verständigungsbefürworter den Schulterschluss mit den polnischen Konservativen suchten und sich deren Argumentation aneigneten, akzeptierten sie jedoch die Prämisse der deutschen Rechten, dass die Polen durch ihr Wohlverhalten in Vorleistung zu gehen hätten. Da die deutschen Rechten stets mit der schutzbedürftigen deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen argumentierten, betonten die verständigungsbereiten Deutschen die Staatstreue und Harmlosigkeit der polnischen Bevölkerung, die durch den Abbau der Ausnahmegesetze noch verstärkt würden. Als nach der Erklärung Ferdinand Radziwills im März 1917 weitere Loyalitätsbekundungen der preußischen Polen ausblieben, vielmehr die nationaldemokratischen polnischen Abgeordneten mit scharfen Reden gegen die Staatsregierung hervortraten, fiel den deutschen Sozialdemokraten, Linksliberalen und dem katholischen Zentrum das Eintreten für die Revision der Polenpolitik zunehmend schwer. Die Differenzen mit den Polnischen Fraktionen waren spätestens nach dem Friedensvertrag mit der Ukraine im Februar 1918 nicht mehr zu überdecken. Die deutschen Rechten

konnten nun bequem auf die aggressiven und potenziell feindlichen Polen im In- und Ausland verweisen, um die Verständigungspolitik zu diskreditieren.

Im Vergleich mit den innenpolitisch brisanten und in der Öffentlichkeit vieldiskutierten Themen während des Krieges, insbesondere dem Belagerungszustand, der Zensurpraxis, der Lebensmittelversorgung und den inneren Reformen, handelte es sich bei der preußischen Polenpolitik nur um einen regional begrenzten Ausschnitt der weltanschaulichen Auseinandersetzungen. Die Polenpolitik wurde zu keiner Zeit ein derart beherrschendes öffentliches Thema, wie es etwa in der Vorkriegszeit angesichts der parlamentarischen Verhandlungen über das Enteignungsrecht der Fall war. Zum einen waren der Krieg und außenpolitische Entscheidungen und Ereignisse sowie die ab Ende 1916 aufkommende Kriegszieldiskussion die dominierenden Themen, die mit zunehmender Kriegsdauer von den innenpolitischen Reformdebatten überlagert wurden. Zum anderen gab es im Hinblick auf die preußische Polenpolitik – anders als in der Vorkriegszeit – keine wirkmächtigen Pressekampagnen zur Durchsetzung politischer Ziele. Angesichts der großen weltanschaulichen Auseinandersetzungen wäre dies kaum vorstellbar gewesen, zumal eine grundsätzliche politische Weichenstellung in Bezug auf die innere Verfasstheit und außenpolitische Zukunft des Deutschen Reiches ohnehin Auswirkungen auf die Behandlung der preußischen Polen gehabt hätte. Das vergleichsweise geringe zeitgenössische Interesse der deutschen Presse an der innerpreußischen „polnischen Frage“ trug schließlich dazu bei, dass sich die Historiografie zur deutsch-polnischen Geschichte ebenfalls kaum mit diesem Thema beschäftig hat.

IV Die „polnische Frage“ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich: Fazit und Ausblick

An der „polnischen Frage“ kam im Kaiserreich niemand vorbei. Zwar war das Thema keinesfalls omnipräsent in der deutschen Öffentlichkeit, aber es war punktuell, während des Ersten Weltkrieges sogar über längere Zeiträume hinweg, ein heftig und kontrovers diskutiertes Medienthema, das seine Brisanz vor allem aus den unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Grundannahmen der beteiligten Akteure gewann. Grundsätzlich kann trotz fehlender Daten und Studien der Medienwirkungsforschung davon ausgegangen werden, dass der durchschnittliche Zeitungsleser in Deutschland in groben Zügen über die „polnische Frage“ und die preußische Polenpolitik orientiert war und die in den führenden Presseorganen vorgetragenen Argumente und Deutungen kannte.

Die Frontstellung zwischen den Verfechtern und Kritikern einer repressiven Polenpolitik war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 das bestimmende politische Koordinatensystem zur Deutung der „polnischen Frage“. Auf der einen Seite propagierten die Konservativen, Nationalliberalen und besonders die radikalnationalistischen Verbände des Deutschen Ostmarkenvereins und Alldeutschen Verbandes das Ideal des ethnisch homogenen deutschen Nationalstaates. Die Polenpolitik sahen sie als Mittel zur Ausgrenzung und Diskriminierung der polnischen Bevölkerung, da diese sich nicht nur der Assimilierung („Germanisierung“) widersetze, sondern durch ihr wirtschaftliches und demografisches Wachstum auch die deutsche Bevölkerungsmehrheit in den Ostprovinzen gefährde und letztlich die Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates anstrebe.

Auf der anderen Seite standen die Befürworter einer toleranten Minderheitenpolitik, die vor allem den Reihen der Linksliberalen und Sozialdemokraten, des katholischen Zentrums und der Polnischen Fraktionen im Reichstag und preußischen Landtag entstammten. Diese setzten sich dafür ein, den preußischen Polen, aber auch den übrigen Minderheiten in Deutschland wie den Dänen und Elsass-Lothringern, die gleichberechtigte Teilnahme am Staatsleben zu ermöglichen. Für sie waren einzig die Loyalität und Pflichterfüllung gegenüber König und Staat relevant, während sie Nationalität, Muttersprache und Religionszugehörigkeit als private Angelegenheiten betrachteten, in die sich der Staat nicht einzumischen habe. Auf der Grundlage ihrer mitunter scharfen Kritik an der preußischen Polenpolitik entwarfen sie Ideen und Vorstellungen einer Normalisierung und Verständigung im Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen, um den sich zuspitzenden Nationalitätenkonflikt in den preußischen Ostprovin-

zen zu überwinden. Eindringlich forderten sie den Abbau der antipolnischen Ausnahmegesetze und Diskriminierung in der Staatsverwaltung, die Duldung der polnischen Sprache im öffentlichen Leben und die Möglichkeit für die Deutschen, die polnische Sprache zu lernen, um den innenpolitischen Konfliktherd zu befrieden. Solche Vorstellungen waren zumeist von der Auffassung getragen, dass eine Verständigung nicht nur zwischen Staat und Minderheit, sondern im unmittelbaren Kontakt zwischen Deutschen und Polen erfolgen müsse.

Besonders die Sozialdemokratie und das katholische Zentrum, die unter Reichskanzler Bismarck als Reichsfeinde verfolgt worden waren, schufen mit ihren Solidaritätsbekundungen Leidensgemeinschaften der unterdrückten Gruppen im autoritären deutschen Nationalstaat. In der imaginierten Gemeinschaft der Arbeiter bzw. der Katholiken spielte die Nationalität keine Rolle, zumal Sozialdemokratie und Katholizismus ohnehin staats- und nationenübergreifende Gültigkeit für sich beanspruchten. Doch mit ihrem Eintreten für die Rechte der preußischen Polen warben beide Parteien zugleich um die Unterstützung der polnischen Arbeiterschaft bzw. der polnischen Katholiken für ihre politischen Programme und Ziele, um Wählerstimmen bei den Parlamentswahlen zu erlangen.

Mit der „polnischen Gefahr“ und dem „Hakatismus“ schufen die Verfechter und Kritiker der repressiven preußischen Polenpolitik einprägsame Bilder, um den politischen Gegner zu kategorisieren und zu diffamieren. Ein Dazwischen gab es nicht, jeder politische Akteur und jedes Medium, die Stellung zur polnischen Bevölkerung und zur Polenpolitik bezogen, positionierten sich innerhalb des Diskurses oder wurden darin verortet. Ebenso wurden Annäherungen an die Gegenseite oder Wanderungen im politischen Koordinatensystem genau registriert und kommentiert. Im Hinblick auf die „polnische Frage“ entwickelten beide Lager ein Repertoire aus bestimmten Haltungen, Argumentationen und Meinungen, die anlässlich entsprechender Ereignisse angepasst und in der Regel öffentlichkeitswirksam vorgetragen wurden.

Die wichtigen Schauplätze der öffentlichen Debatte waren die Schul- und Sprachenpolitik sowie die Ansiedlungspolitik. Der Widerstand der polnischen Bevölkerung gegen die Verdrängung der polnischen Sprache aus dem Religionsunterricht, der in der Wreschener Affäre 1901 und im Schulstreik 1906/07 deutlich wurde, ferner die parlamentarischen Beratungen über die Ansiedlungsnovelle 1904 sowie über das Enteignungsrecht und das reichsweit geltende Vereinsgesetz im Winter 1907/08 machten die „polnische Frage“ zeitweise zum beherrschenden Thema in der deutschen Öffentlichkeit. Dabei führten mitunter erst Presseartikel dazu, dass Ereignisse zu Medienereignissen und damit auch politisch und gesellschaftlich relevant wurden, wie das Beispiel der Wreschener Affäre zeigt. Zudem wurden die deutschen Zeitungsleser durch die Berichterstattung mit der Polenpolitik konfrontiert und erhielten Einblicke in die Lebensweise und Mentalität der Polen, die sich an vorgefassten und etablierten Bildern über die preußischen Ostprovinzen und die dortige Bevölkerung orientierten.

Anhand der Erörterungen über die Ansiedlungspolitik wird zudem deutlich, wie verschiedene Akteure und Gruppen sich der Medien bedienten, um ihre Auffassungen öffentlichkeitswirksam vorzutragen, Gesetzesvorhaben publizistisch vorzubereiten und zu flankieren sowie politische Entscheidungen einzufordern. So setzten die deutschen Rechten die Möglichkeit der Enteignung polnischer Grundbesitzer durch Gerüchte,

Spekulationen und lautstark propagierte Forderungen auf die öffentliche Agenda und inszenierten nach Verabschiedung des Gesetzes eine Pressekampagne zur Durchführung von Enteignungen. Auf der anderen Seite regte sich Widerstand „von unten“ und „von der Peripherie“ her: Deutsche und Polen aus den Ostprovinzen nutzten selbstverlegte Broschüren, Leserbriefe, Petitionen und Versammlungen, um öffentlichkeitswirksam gegen das Gesetzesvorhaben zu protestieren. Über ihr öffentliches Auftreten suchten die Betroffenen Druck auf die parlamentarischen Vertreter auszuüben und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Zwar waren die Proteste gegen die Enteignungsvorlage nur bedingt gegen die preußische Polenpolitik gerichtet, sondern in erster Linie durch die Befürchtung materieller Verluste und des sozialen Abstiegs motiviert. Gleichwohl können sie als Indikator einer Politisierung der Bevölkerung gedeutet werden: Da die Enteignungsvorlage ein starker Eingriff in das Leben zahlreicher Staatsbürger zu werden drohte, setzten diese sich aktiv für ihre Interessen ein.

Bedeutend ist ferner die Funktion der Medien als weitreichende Foren der öffentlichen Meinungsbildung. So wollten die Abgeordneten in den Parlamenten mit ihren Reden nicht nur die anderen politischen Parteien überzeugen. Vielmehr zielten sie besonders auf die Presseberichterstattung und sprachen gewissermaßen „zum Fenster hinaus“, direkt an die Zeitungsleser gewandt, um diesen ihre Auffassungen und Beweggründe für politische Entscheidungen zu erläutern. Diese Absicht wurde gefördert durch das Selbstverständnis und Berufsbild der Herausgeber, Journalisten und Redakteure als Vertreter einer Parteirichtungs- und Weltanschauungspresse. Diese nahmen die parlamentarischen Reden auf und führten die politischen Machtkämpfe in der Medienöffentlichkeit fort.

Abgesehen von den preußischen Polen war die Haltung zur Polenpolitik für keine der Parteien und Medien ein politisches oder ideologisches Dogma. Stattdessen überprüften sie ihre Haltung stets aufs Neue und glichen sie mit ihren Erfahrungen und Erwartungen ab. So stellten die Konservativen ihre Unterstützung der Polenpolitik infrage, sobald sie materielle Nachteile befürchteten, etwa einen Preisverfall für Grundbesitz oder die Enteignung deutscher Grundbesitzer. Die linksliberalen Parteien stimmten dem antipolnischen Sprachenparagrafen im Vereinsgesetz zu, um das im Ganzen freiheitliche und liberale Gesetz nicht scheitern zu lassen und zugleich ihre Beteiligung an der Regierungskoalition zu sichern. Dabei hätten die Linksliberalen ihre Zustimmung zum Sprachenparagrafen lieber unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzogen, um den Vorhaltungen und der Kritik der oppositionellen Parteien zu entgehen. Hingegen suchten die Konservativen ihre Vorbehalte gegen die Enteignungsvorlage möglichst öffentlichkeitswirksam vorzutragen, um das politische Handeln in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Zwar kann ein kausaler Zusammenhang zwischen den Erörterungen in der deutschen Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungen nicht nachgewiesen werden. Sicherlich versuchten Befürworter wie Gegner der preußischen Polenpolitik aber, über die öffentliche Behandlung des Themas Druck aufzubauen und politische Handlungszwänge zu suggerieren. Diese Taktik wird umso erfolgreicher gewesen sein, je näher die Akteure der Regierung standen und je größer das Drohpotenzial war: So wog die Warnung der Konservativen, der preußischen Staatsregierung wegen der Enteignungsvorlage die Gefolgschaft aufzukündigen, schwerer als die stets fundamentale, politisch

aber unwirksame Opposition der Sozialdemokratie. Hier wurden in erster Linie politische Machtkämpfe öffentlich ausgetragen. Die Herstellung von Öffentlichkeit war zwar kein adäquater Ersatz für politische Macht und Einflussnahme, aber stets eine willkommene Ergänzung.

Darüber hinaus nahmen die preußischen Polen, die sich in deutscher Sprache zu Wort meldeten, eine bedeutende Rolle in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ ein. Denn die rechte Presse übertrug polnischsprachige Veröffentlichungen und Reden häufig fehlerhaft ins Deutsche oder entstellte diese absichtlich, um die Polen mittels ihrer eigenen Aussagen zu diskreditieren. Indem sich polnische Abgeordnete, Publizisten und Personen des öffentlichen Lebens direkt an das deutsche Publikum wandten, konnten sie ihre Ansichten und Vorstellungen unverfälscht darlegen und für eine Entspannung im Nationalitätenkonflikt werben. Dadurch unterliefen sie das von den deutschen Rechten gepflegte Stereotyp des unüberwindbaren polnischen Deutschenhasses. Vor allem die Polnischen Fraktionen im Reichstag und im preußischen Landtag traten als lautstarke Kritiker der Polenpolitik Preußens und Deutschlands hervor. Sie bereicherten die Debatte um die Perspektive der Betroffenen und dienten den deutschen Verständigungsbefürwortern als willkommene Verbündete in der Opposition gegen die Regierung und als Stichwortgeber für deren Kritik an der Polenpolitik. Durch den Austausch in ihren Veröffentlichungen und durch ihr gemeinsames Auftreten in den Parlamenten überwanden die für eine Verständigung eintretenden Deutschen und Polen den angeblich alles beherrschenden Nationalitätenkonflikt und erprobten Formen der Kooperation und Partnerschaft.

Den oppositionellen Parteien und nahestehenden Presseorganen blieb bis 1914 nur der wirkungslose Protest gegen die preußische Polenpolitik. Die zeitweise Beteiligung der Zentrumspartei beziehungsweise der Linksliberalen an der Regierungsmehrheit im Reichstag blieb ohne Folgen für die Polenpolitik, sondern brachte im Falle des Vereinsgesetzes sogar eine Verschärfung der antipolnischen Gesetzgebung. Erst mit Beginn des Ersten Weltkriegs und der vollständigen Besetzung des zu Russland gehörenden Kongresspolens durch Deutschland und Österreich-Ungarn im Sommer 1915 gewannen die Vorstellungen und Entwürfe der Verständigungsbefürworter in der öffentlichen Debatte an Relevanz. Polnische Publizisten und Politiker übernahmen nun die Initiative, traten in ihren deutschsprachigen Veröffentlichungen für die deutsch-polnische Verständigung ein und warfen die Frage der polnischen Staatlichkeit auf. Vor allem initiierten sie eine Aussprache zwischen deutschen und polnischen Publizisten und angesehenen Personen über die Möglichkeit einer Annäherung und Verständigung, beteuerten ihre antirussische Haltung und umrissen die erwünschten freundschaftlichen Beziehungen zu den Mittelmächten. Dabei passten sie sich dem deutschen antirussischen Diskurs an und erweiterten diesen um eine polnische Komponente, womit sie – jenseits der Kämpfe polnischer Soldaten und Truppenverbände – auch rhetorisch am Krieg gegen Russland teilnahmen. Dabei gaben die polnischen Verfasser vor, für die gesamte polnische Bevölkerung aller drei Teilungsgebiete zu sprechen, allerdings verkündeten sie zuvorderst eigene politische Auffassungen, weshalb ihre Artikel in erster Linie als Loyalitätserklärungen an die Mittelmächte zu verstehen sind.

Die polnischen Verfasser lieferten Begründungen und Argumente für die Wiedererrichtung des polnischen Staates im Bündnis mit den Mittelmächten. Vor allem suchten

sie die wesentlichen Vorbehalte auf deutscher Seite gegen die polnische Staatlichkeit auszuräumen und betonten die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorteile für alle Beteiligten. Die Veröffentlichungen bildeten in ihrer Detailfülle beachtliche Materialsammlungen über Polen. Da sie dem deutschen Publikum direkt zugänglich waren, stellten sie Angebote an die Leser dar, sich unmittelbar mit den politischen Vorstellungen und Wünschen der Polen zu befassen.

Die Entwürfe der polnischen Verfasser enthielten außerdem ein verlockendes Angebot an die gemäßigte Richtung der deutschen Kriegszieldebatte. Indem sie die außenpolitische Erweiterung des deutschen Machtbereichs mit einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik kombinierten, lieferten sie Argumente gegen direkte Gebietserwerbungen. Namentlich für die Sozialdemokraten, Linksliberalen und das katholische Zentrum stellten die polnischen Entwürfe verheißungsvolle Alternativen zu den Annexionsforderungen der deutschen Rechten dar. Da die polnischen Verfasser besonders in den ersten beiden Kriegsjahren emphatisch für ihre Positionen warben, ohne offen Kritik an der Besatzungsverwaltung Deutschlands und Österreich-Ungarns in Polen zu üben, musste der Eindruck entstehen, als handele es sich um erfolgversprechende Optionen für die staatsrechtliche und territoriale Neugestaltung Ostmitteleuropas.

Damit einhergehend nahm in Deutschland das Interesse an Polen zu. Allein die militärische Eroberung Kongresspolens und die anschließende Besatzungsverwaltung der Mittelmächte wurden in zahlreichen Zeitungsartikeln, Zeitschriftenbeiträgen, Broschüren und Büchern beschrieben. Aus deutscher Sicht wurde den osteuropäischen Völkern durch die „Kulturarbeit“ der Deutschen die Teilhabe am zivilisatorischen Fortschritt Westeuropas gewährt, wofür beispielhaft die weithin rezipierte Eröffnung der Warschauer Hochschulen im November 1915 stand. Damit konnte der enormen wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes zu Kriegszwecken ein positiver Akzent entgegengesetzt werden, zumal die einheimische polnische Bevölkerung die entgegenkommende Bildungs- und Kulturpolitik begrüßte.

Darüber hinaus druckten deutsche Zeitungen und Zeitschriften vermehrt Artikel über die Literatur, Kultur und Geschichte Polens, ferner wurden große literarische Werke polnischer Schriftsteller in deutscher Übersetzung publiziert, die wissenschaftlichen Forschungen über Kongresspolen wurden intensiviert, polnische Publizisten gründeten deutschsprachige Zeitschriften und lieferten Nachrichten und Informationen aus dem Nachbarland. Im Herbst 1917 wurde die Deutsch-Polnische Gesellschaft ins Leben gerufen, die als Plattform für die gegenseitige Annäherung und den regelmäßigen Austausch über die Beziehungen zwischen beiden Nationen dienen sollte.

Auch gab es vorsichtige Versuche, tradierte Bilder und Stereotype über Polen zu hinterfragen und vor allem das konfrontative deutsch-polnische Geschichtsbild auf seine Gültigkeit zu überprüfen. Polnische Historiker und Publizisten gaben ihre Werke vermehrt in deutscher Sprache heraus, um das deutsche Publikum mit ihrer Deutung der polnischen und der gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte bekannt zu machen. Dabei klammerten sie die problematischen Aspekte nicht aus, sondern thematisierten z.B. die vermeintlichen Defizite der Verfassung der polnischen Adelsrepublik wie das *liberum veto*, die angeblich mangelnde Staatsfähigkeit der Polen oder die sprichwörtliche „polnische Intoleranz“, um tradierte deutsche Geschichtsvorstellungen zu korrigieren. Aus den Reihen der deutschen Rechten äußerten sich Historiker in ähn-

licher Weise, widersprachen dem Bild des historischen deutsch-polnischen Antagonismus und versuchten sich – zumindest in Ansätzen – in neutralen Darstellungen der gemeinsamen Geschichte.

Selbst die politischen Entscheidungsträger bedienten sich der Argumentations- und Deutungsmuster der deutschen und polnischen Verständigungsbefürworter, so etwa Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg in seinen Reichstagsreden zur Zukunft Polens und besonders der Warschauer Generalgouverneur Hans von Beseler in seinen öffentlichen Ansprachen. Ebenso griffen die offiziöse Presse und vereinzelt rechte Blätter auf die Verständigungsrhetorik zurück, die zuvor nur von den polenfreundlich gesinnten Akteuren und Presseorganen bekannt war. Somit konnte besonders in den Jahren 1915/16 der Eindruck entstehen, als habe in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage" eine Entwicklung hin zu einem positiveren Verhältnis eingesetzt, die auch von den politischen Entscheidungsträgern und von einzelnen Akteuren der deutschen Rechten mitgetragen werde.

Da die deutschen Rechten in den ersten beiden Kriegsjahren öffentlich weit weniger präsent waren als noch in der Vorkriegszeit, bildete die deutsche Öffentlichkeit einen geschützten Kommunikationsraum für die Befürworter einer Entspannung und Verständigung im deutsch-polnischen Verhältnis. Sie profitierten von den veränderten Rahmenbedingungen der öffentlichen Kommunikation, dem Burgfrieden, der unterbundenen Kriegszieldiskussion und der Zensur. Inhaltlich bedienten sie die Suche Deutschlands nach Verbündeten und militärischer Verstärkung im Krieg und boten eine Alternative zur den Annexionsforderungen der deutschen Rechten. Zugleich warben sie für die Revision der repressiven Polenpolitik und für das konfliktfreie Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen. Damit schufen sie ein Klima der Verständigung und eine erwartungsvolle Atmosphäre, die mit der Proklamation des Königreiches Polen ihren Höhepunkt und Abschluss fand. Letztlich war die Frage einer Entspannung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen in den Jahren 1915/16 zu einem öffentlich diskutierten, aber auch gesellschaftlich und politisch als relevant erachteten Thema geworden, das indes nicht nachhaltig war, sondern Episode blieb.

Als die Kaiser Deutschlands und Österreich-Ungarns am 5. November 1916 das Königreich Polen proklamierten, das eng mit den Mittelmächten verbündet sein sollte, suchten sie das besetzte Land langfristig in ihre Einflusssphäre einzubeziehen. Damit war die Erwartung verbunden, dass sich Polen in die Rolle als militärisch potenter Bündnispartner und langfristig zuverlässiger politischer und wirtschaftlicher Satellitenstaat fügen würde. Zugleich suchten die Mittelmächte die Kontrolle über das besetzte Gebiet aufrechtzuerhalten, um die wirtschaftliche Ausnutzung des Landes zu Kriegszwecken sicherzustellen. Doch die Erwartungen auf polnischer Seite konnten nur durch größere Machtbefugnisse und letztlich die Selbständigkeit oder Unabhängigkeit Polens erfüllt werden. Somit scheiterte das Projekt eines mit Deutschland und Österreich-Ungarn verbündeten polnischen Staates an den unvereinbaren Erwartungen beider Seiten.

Die öffentliche Debatte über die Zukunft Polens hatte erheblich zur hohen Erwartungshaltung der Deutschen und Polen beigetragen. Besonders die von polnischen und deutschen Verständigungsbefürwortern vorgelegten Entwürfe für einen polnischen Staat erweckten den Eindruck, als sei eine solche Politik tatsächlich zum Vorteil aller

Beteiligten realisierbar. In den euphorischen Artikeln, Schriften und Vorträgen wurde die Zielvorstellung meist ausführlich beschrieben, der Weg dahin und die zu erwartenden Probleme hingegen ausgeblendet oder als leicht zu überwindende Hindernisse abgetan. Zudem offenbarten die Verfasser in der Regel eine national verengte Perspektive. So berichteten die deutschen Befürworter einer Verständigungspolitik wohlwollend über die Polen, wollten aber die propagierte Gleichberechtigung beider Nationen nicht umsetzen, sondern beharrten auf der Vorrangstellung des Deutschen Reiches. Auf polnischer Seite konnten hingegen der Verzicht auf die vollständige Unabhängigkeit Polens und die Aufgabe der territorialen Aspirationen im Osten und Westen Polens nicht glaubhaft vermittelt werden.

Die Proklamation des Königreiches Polen stellt somit das herausragende Ereignis und eine politische Zäsur in den deutsch-polnischen Beziehungen während des Ersten Weltkrieges dar, markiert aber auch eine bedeutende Zäsur in der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage". Denn obwohl die Befürworter einer deutsch-polnischen Verständigung die Proklamation als Bestätigung ihres Engagements auffassten und der beginnenden Verwirklichung ihrer Ziele entgegensahen, traten sie öffentlich kaum mehr für ihre Vorstellungen ein und verloren ihre Deutungshoheit in der Debatte. Zwischen der großen politischen Geste der Proklamation einerseits und der deutschen Besatzungsverwaltung und wirtschaftlichen Ausbeutung Polens andererseits klaffte ein tiefer Graben. Zudem fiel die Entschärfung der repressiven Polenpolitik und antipolnischen Diskriminierung in Deutschland und Preußen weit geringer aus als erhofft. Zwar wurden die Ansiedlungspolitik ausgesetzt, der Sprachenparagraf im Vereinsgesetz beseitigt und die Aufhebung des Enteignungsrechts eingeleitet. Allerdings waren diese Zugeständnisse vor allem auf den inneren Reformdruck während des Krieges zurückzuführen. Ob sie tatsächlich von Dauer sein sollten, blieb unklar.

Im Gegensatz zur Vorkriegszeit war die preußische Polenpolitik für die öffentliche Debatte über die „polnische Frage" während des Ersten Weltkrieges nur von untergeordneter Bedeutung. Doch auch die Zukunft des Königreiches Polen wurde zu einem randständigen Thema, als im November 1916 das Verbot der Kriegszielerörterung gelockert wurde und in der deutschen Öffentlichkeit die weltanschaulichen Auseinandersetzungen wieder aufbrachen. In den Jahren 1917/18 bestimmte die Kriegszieldiskussion der deutschen Rechten die Debatte über die „polnische Frage". Die Siegesgewissheit und die Erwartung der territorialen Expansion und Erweiterung des deutschen Machtbereichs im Osten hatten gravierende Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis. In den Planungen der deutschen Politik, der Militärs und der Rechten über die zukünftige Gestaltung Ostmitteleuropas spielte das Königreich Polen nur eine untergeordnete Rolle. Es wurde vielmehr als Hindernis für Annexionen und die Schaffung eines „polnischen Grenzstreifens" zur Sicherung der deutschen Ostgrenze angesehen. Letztlich bildeten die Erörterungen über die „polnische Frage", so euphorisch, idealistisch oder altruistisch die Verständigungsbefürworter sie auch weiterführten, nur einen schwachen Kontrapunkt zur deutschen Kriegszieldiskussion und dem Wunsch nach einem möglichst vorteilhaften Frieden für das Deutsche Reich.

Im letzten Kriegsjahr sorgten lediglich die polnischen Abgeordneten im Reichstag und preußischen Landtag durch ihre zunehmend scharfe Kritik an der Politik der Mittelmächte im besetzten Polen und an der fortbestehenden preußischen Polenpolitik

für Aufsehen. Nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk im Februar 1918, in dem der Ukraine das vormals zu Polen gehörende Gebiet um Cholm zugesprochen wurde, griffen sie die Reichsleitung und die deutschen Rechten heftig an. Außerdem besiegelten sie öffentlich den Bruch mit den deutschen Befürwortern einer Verständigung, die dem Friedensvertrag mehrheitlich zugestimmt hatten. Hier deuteten sich bereits die Konflikte zwischen Deutschland und Polen in der Zwischenkriegszeit an, die sich vor allem an territorialen Fragen entzünden sollten. Waren die Vorstellungen einer deutsch-polnischen Verständigung in den ersten beiden Kriegsjahren prägend für die öffentliche Debatte über die „polnische Frage“ gewesen und hatten das Streben nach Normalisierung in den beiderseitigen Beziehungen widergespiegelt, verschwanden sie in der zweiten Kriegshälfte zusehends aus der deutschen Öffentlichkeit.

Die von der Obersten Heeresleitung noch im Frühjahr 1918 im Rahmen der Westoffensive geschürte Siegesgewissheit hielt den Glauben der deutschen Frontsoldaten und der Bevölkerung in der Heimat an ein Kriegsende aufrecht, bei dem Deutschland seinen Feinden die Friedensbedingungen diktieren und seinen Einflussbereich in Ostmitteleuropa ausweiten werde.[1] Umso größer war der Schock für die deutsche Öffentlichkeit, als die Oberste Heeresleitung sich mit der Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen einverstanden erklärte und der neue Reichskanzler Max von Baden die Vierzehn Punkte Wilsons als Grundlage akzeptierte. Die Siegeshoffnungen schwanden schlagartig, schlugen um in Ernüchterung und wurden mit der Novemberrevolution, der Kapitulation und den innenpolitischen Umwälzungen schließlich von Desorientierung und Zukunftsängsten abgelöst. Zugleich musste das Deutsche Reich in der Außenpolitik zahlreiche Demütigungen hinnehmen. Diese zeitgenössische Wahrnehmung kann nur erfasst werden, wenn sie im Zusammenhang mit den zuvor jahrelang geschürten Hoffnungen auf ein siegreiches Kriegsende betrachtet wird, die das fortwährende Sterben an den Fronten sowie Hunger und Elend in der Heimat überdecken sollten, um die deutsche Bevölkerung zum Durchhalten im Krieg zu bewegen.

Die Desillusionierung und Enttäuschung der deutschen Bevölkerung infolge der Kriegsniederlage wurde durch den polnischen Staat verkörpert, der sich unter dem Schutz der Westmächte gewaltsam deutsche Gebiete aneignete und in den Friedensverhandlungen weitere Gebiete beanspruchte. Zunächst nahm die polnische Bevölkerung im Herbst 1918 Teile der Provinzen Posen und Westpreußen in Besitz, ohne dass Deutschland militärisch oder diplomatisch reagieren konnte. Die Aufstände in Posen und Schlesien bestätigten aus deutscher Sicht die Bedrohung seitens der Polen, die nun nicht mehr unter deutscher Kontrolle standen. Dadurch wurden die seit den 1890er Jahren von den deutschen Rechten vorgetragenen Warnungen vor einer „polnischen Gefahr“ augenfällig bestätigt und die Entwürfe einer Verständigungspolitik vollständig diskreditiert.

Eine Politik der Annäherung oder Verständigung zwischen Deutschland und Polen war in der Zeit der Weimarer Republik kaum vorstellbar. Die Abtretung von Teilen der Ostprovinzen, insbesondere Westpreußens mit rund 70 Prozent deutscher Bevölkerung, wurde von keiner der demokratisch legitimierten Regierungen der Zwischenkriegszeit anerkannt. Alle deutschen Parteien nahmen gegenüber Polen eine revisionistische Hal-

---

1 Epkenhans.

tung ein. Neben dem „Kriegsschuldparagrafen“ des Versailler Vertrages empfanden die Deutschen die Gebietsabtretungen als größte „Schmach“ des verlorenen Krieges.

Allerdings fiel die Bewertung der Gebietsabtretungen unterschiedlich aus, auch wenn sie allesamt als schmerzhaft und inakzeptabel empfunden wurden: Die Rückgabe des im siegreichen Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 annektierten Elsass-Lothringens an Frankreich erschien angesichts der Kriegsniederlage als unvermeidlich. Ebenso konnte der Besetzung des Saargebiets durch Frankreich nichts entgegengesetzt werden, auch wenn dies in Deutschland als brutale „Vergewaltigung“ deutschen Staatsterritoriums empfunden wurde. Die Volksabstimmungen in Schleswig führten zu einer Grenzziehung, die annähernd der Bevölkerungsverteilung in diesem Gebiet entsprach. Hingegen war die Abtretung großer Teile der preußischen Ostprovinzen an den polnischen Staat weder durch das Selbstbestimmungsrecht noch durch die Vierzehn Punkte Wilsons zu rechtfertigen, sondern vor allem der polnischen Intervention in diesen Gebieten und der erfolgreichen Durchsetzung polnischer Ansprüche bei den Friedensverhandlungen geschuldet. Die neue Grenzziehung belastete die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen schwer.[2]

Hinzu kam, dass aus deutscher Sicht die Kriegsgegner im Westen kulturell und wirtschaftlich gewissermaßen auf Augenhöhe mit Deutschland standen, während sich die Russen und die „Randvölker“ im Osten auf einer niedrigen Kulturstufe befanden – ebenso wie die Polen.[3] Diese waren seit den Teilungen des polnischen Staates im 18. Jahrhundert Untertanen der drei Großmächte Russland, Österreich und Preußen gewesen; die im preußischen Teilungsgebiet lebenden Polen waren zum Objekt der preußisch-deutschen Politik degradiert worden, ohne ihren Anspruch auf Staatlichkeit verfolgen zu dürfen. In den Versuchen Preußens, eine Germanisierungs- und kulturelle Hebungspolitik durchzuführen, die der Legitimierung von Herrschaftsansprüchen diente und zugleich der polnischen Bevölkerung den Zugang zu deutscher Bildung und Kultur ermöglichte, zeigte sich das preußische Selbstverständnis deutlich. Selbst in Zeiten der politischen Annäherung waren die Polen nur das „Zünglein an der Waage“, wie beispielsweise die Polnische Fraktion in der Ära Caprivi, oder lediglich ein Ausschnitt in den deutschen Plänen zur Schaffung eines imperialen Herrschaftssystems in Ostmitteleuropa, wie in der Zeit des Ersten Weltkrieges.

Somit stellte die Errichtung des unabhängigen polnischen Staates im Jahr 1918 einen bedeutenden Schritt der staatsrechtlichen Emanzipation gegenüber den Teilungsmächten dar, um diesen auf Augenhöhe begegnen zu können.[4] Allerdings waren darin zukünftige Konflikte bereits angelegt, da sich Russland und Deutschland mit den Gebietsabtretungen und dem Machtverlust in Ostmitteleuropa nicht abfanden. Die deutsche Bezeichnung „Saisonstaat“ für Polen in der Zwischenkriegszeit verdeutlichte diese Sichtweise eindrücklich. Insbesondere nach den Enttäuschungen der vordergründig aufbauenden deutschen Polenpolitik im Ersten Weltkrieg galt der polnische Staat als unverdientes Geschenk der Westmächte auf Kosten Deutschlands, der ohne Beitrag der Polen entstanden sei. Im Nachhinein musste die Haltung der polnischen Politiker und

---

2 Holzer, S. 13 f.; Lawaty, S. 21.
3 Lawaty, S. 23-26.
4 Ebenda, S. 24.

Journalisten während des Krieges als bewusste Täuschung erscheinen, um im Falle der deutschen Kriegsniederlage die Chance der Unabhängigkeit zu ergreifen. Diese Sichtweise war in der Zwischenkriegszeit in Deutschland vorherrschend.[5] Daher schien eine aggressive Politik gegenüber dem polnischen Staat gerechtfertigt, zumal die deutsch-polnischen Beziehungen in den 1920er Jahren ohnehin vergiftet waren. Der Schutz der deutschen Minderheit in Polen, die Zukunft der vom Völkerbund verwalteten Stadt Danzig, die Transitwege nach Ostpreußen sowie Wirtschafts- und Zollfragen bildeten die Probleme, die eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen verhinderten.[6]

Erst mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland im Jahr 1933 wurde aus pragmatischen Gründen eine oberflächliche Annäherung im deutsch-polnischen Verhältnis eingeleitet, die Hitler und Piłsudski zur außenpolitischen Stabilisierung und inneren Konsolidierung ihrer Staaten nutzten. So nahmen die gegenseitigen Anfeindungen nach dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 ab, verschwanden aber nie vollständig aus der Öffentlichkeit. Auch die Annäherung, die sich besonders in den Kulturbeziehungen beider Staaten niederschlug, war nicht nachhaltig.[7] Mit der Kündigung des Nichtangriffspakts und dem Überfall auf Polen im September 1939 eröffnete Deutschland das dunkelste Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte, das vom Vernichtungskrieg im Osten und dem nationalsozialistischen Terror gegen die jüdische und polnische Bevölkerung geprägt war.

Nach Kriegsende 1945 stand die „zwangsverordnete Freundschaft“ der sozialistischen Staaten DDR und Volksrepublik Polen vollständig im Zeichen des Kalten Krieges.[8] Die Beziehungen der frühen Bundesrepublik zu Polen waren angesichts der Gebietsabtretungen an den polnischen Staat und der „Flucht und Vertreibung“ der deutschen Bevölkerung äußerst frostig. Erst mit der Ostpolitik Willy Brandts setzte eine Phase ein, die auf Entspannung und Ausgleich in den deutsch-polnischen Beziehungen zielte. Seit den politischen Umwälzungen in Ostmitteleuropa im Jahr 1989 begegnen sich Deutsche und Polen schließlich unter neuen Vorzeichen, als Bürger zweier benachbarter demokratischer Staaten, die eine enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit anstreben und auftretende Probleme gemeinsam zu lösen suchen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch das vereinigte Deutschland im Jahr 1990 und der Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 haben viel zur Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis beigetragen. Zwar leben auf beiden Seiten Ressentiments und Vorurteile weiter, die etwa in Kontroversen über die gemeinsame Geschichte immer wieder deutlich zutage treten, wie die anhaltende Diskussion über ein Zentrum für Flucht und Vertreibung zeigt. Auch wäre es vermessen, eine Kontinuität von den deutschen und polnischen Verständigungsbefürwortern aus der Zeit des Kaiserreichs bis zur Gegenwart konstruieren zu wollen. Im Hinblick auf das gegenwärtige deutsch-polnische Verhältnis und die aktuelle Politik Deutschlands gegenüber seinen

---

[5] Jaworski, Polenliebe, S. 63 f.

[6] Krasuski, Tragiczna niepodległość, S. 140-147 und 155-165; Winkler.

[7] Für die Frage nach den Motiven Deutschlands und Polens für die beiderseitige Annäherung Pryt, S. 123-145.

[8] Kerski/Kotula/Wóycicki.

ethnischen Minderheiten ist es jedoch erstaunlich, welche Aktualität manche Problem-analysen und Lösungsvorschläge der unterschiedlichen politischen Lager aus jener Zeit immer noch haben.

V Abstract

The “Polish Question” in the Public Debate in the German Empire, 1894-1918

The public debate about the “Polish Question” in Germany from the end of the 19th century until the end of the First World War is the topic of this dissertation. German as well as Polish journalists, publicists, politicians, and public figures discussed in numerous publications and speeches about the Polish population in the German Empire, the Prussian *Polenpolitik* (the policy towards the state’s Polish minority) and the German-Polish relation.

There are two ways of viewing the situation that were most influential in the debate: On the one hand, the German right, especially the conservatives, the national liberals, and the radically nationalistic associations of the German Eastern Marches Society (Ostmarkenverein) and the Pan-German League (Alldeutscher Verband) propagated the ideal of an ethnically homogeneous German national state. They viewed the *Polenpolitik* as a tool for the exclusion of and discrimination against the Polish population, because the Poles did not only resist the “assimilation” (Germanisierung), but they also threatened the German majority in the eastern provinces with their demographic and economic growth. In addition, the Poles aimed for the re-establishment of an independent Polish state.

On the other hand, there were the supporters of a more liberal minorities policy, who were in most cases from the liberal left and the social democrats as well as the Catholic Centre Party (Zentrumspartei) and the Polish parties in the *Reichstag* and the Prussian parliament (Landtag). This group argued in favour of equal rights not only for the Prussian Poles but also for all other minorities, for example the Danish or the population of Alsace-Lorraine (Elsass-Lothringen). For them, the only relevant things were loyalty to the Prussian King and the state. Mother tongue, nationality or religious views were considered as private matters, in which the state must not interfere. On the basis of the equal treatment of the Poles and a – sometimes harsh – criticism of the Prussian *Polenpolitik*, they created ideas and concepts of a normalized coexistence of Germans and Poles and a mutual understanding of the two groups to overcome the increasingly rough nationality conflict in the eastern Prussian Provinces. To deescalate this domestic conflict, the anti-Polish emergency laws had to be taken back and the discrimination against Poles in the public administration had to be removed. Furthermore, the Polish language had to be accepted in public life and the Germans had to be given the opportunity to learn the Polish language. Such plans were usually based on the notion that

a mutual agreement could not be achieved between the state and the national minority alone, but also through the direct contact of Germans and Poles.

This dissertation is based on the assumption that the German right was able to use their informal contacts to the Prussian government to achieve the intensification of the Prussian *Polenpolitik*. The supporters of a German-Polish understanding did not have the possibility to influence Prussian politics directly. Therefore, they purposefully and intensively contributed to the public debate, expressed their criticism of the Prussian *Polenpolitik* openly in the press and the parliaments and thus spread their idea of a German-Polish understanding. Due to their lack of political power, the public space was a vital platform for their statements. To examine the supporters of an agreement, their plans, aims, and motivations, the focus of this work will be on the public debate on the "Polish Question" as well as the acting figures, media, and parties, who fought for an understanding.

This way, the dissertation contributes to the research on the German-Polish history in the German Empire. Many historiographical works concentrate on the suppressive Prussian *Polenpolitik* and the conflict between the nationalities since the differences and conflicts between Germans and Poles have played an important role in contemporary publications. In this work, the approach to view the German-Polish relationship as a generally hostile one shall be questioned by examining the full spectrum of political views in the German Empire.

The main sources for this work are newspaper and journal articles, monographs, pamphlets, and leaflets, speeches of members of parliament and public speeches. Especially newspapers, the only form of mass media in the German Empire, were the most important source of political information for many contemporaries. Many events became media events only because of the reports in the press, which enabled the readers to recognize and interpret these events and to attribute meaning to them. The examined newspapers are from the eastern provinces, the rest of the German Empire and – during the First World War – from Austria-Hungary. This allows an understanding of the presentation and distribution of news and knowledge outside of the affected regions. Furthermore, in this way, additional knowledge can be gained about the media structure of the Empire, about the public negotiations on political topics and about the mutual influences of politics on the public and vice versa.

Although the "Polish Question" was far from being omnipresent in the German public discourse, at certain occasions – during the First World War even over longer periods of time – it was a fiercely as well as controversially discussed topic in the media. Its explosive nature was mainly caused by the different political and ideological views of the persons involved. Despite the lack of data and research in the impact of the media, it can be assumed that the average newspaper reader in Germany had a basic knowledge of the "Polish Question" as well as the Prussian *Polenpolitik* and knew the arguments and interpretations which were provided by the leading newspapers.

The front between the German right and the supporters of a German-Polish understanding was the decisive political landmark in the interpretation of the "Polish Question" until the end of the First World War in 1918. With the narrative construction of the "Polish Threat" and the "*Hakatismus*", both sides created appealing ways to view the problem and to categorize and to malign the political enemy. There was no in-between,

each political figure and each medium which took a stand towards the Polish population and the Prussian *Polenpolitik* took a position in the debate or were discursively positioned in it. Furthermore, steps towards the opposite group or shifts within the political structure were precisely noticed and commented on.

Among the supporters of a German-Polish understanding, the social democrats and the Catholic *Zentrum*, who had been persecuted as enemies of the Reich under the Chancellor of the German Empire (Reichskanzler) Otto von Bismarck, created a community of the suppressed minorities in the authoritarian German national state with their expressions of solidarity. In the imaginary community of the workers or the Catholics, nationalities did not play any role. Furthermore, social democracy and Catholicism viewed themselves as transnational communities in general. Nevertheless, with their fight for the rights of the Prussian Poles, both parties tried to win the support of potential voters – Polish workers and Catholics – too.

The most important topics of the public debate were the school and language policies as well as the settlement policy. Through the resistance of the Poles against the banishment of the Polish language from religious education, which became clearly recognizable in the Września affair (Wreschener Affäre) of 1901 and in the school strike of 1906/07, as well as the parliamentary debates about the *Ansiedlungsnovelle* in 1904, about the Expropriation Law and about the Reich Association Law (Vereinsgesetz) in the winter of 1907/08, the "Polish Question" became the dominating topic among the German public over short periods of time. In this context, it were the media reports, which transformed the events into media events and made them politically and socially important. The Września affair is a clear example of this process.

Furthermore, the debates about the settlement policy show how different persons and groups employed the media to present their opinions to the public, to demand political decisions or to prepare and support the passing of laws. So the German right put the possibility of the expropriation of Polish estate owners on the public agenda by spreading rumors and speculations and by making their claims public. When the law had passed, they started a media campaign in favour of carrying out the expropriations. On the other hand, there was opposition from "below". Germans and Poles from the eastern provinces used self-edited pamphlets, letters to the editor, petitions and public gatherings to set up public protest against the law. By their public behavior, the persons involved tried to exert pressure on parliamentarians and to influence political decisions. However, the protests against the Expropriation Law were only partially an expression of opposition against the Prussian *Polenpolitik*. The fear of material loss and social decline were by far stronger motivations to object the law. But the protests can still be interpreted as a sign for the politicization of the population. Since the looming Expropriation Law threatened to have a severe effect on the life of many citizens, these persons now fought for their interests. Both, the supporters and the opponents of the Prussian *Polenpolitik* tried to create pressure through the public discussion of certain topics and to suggest the need for political action.

The role of the media as widely recognizable platforms for the public debate is of importance, too. Even the members of parliament did not just want to convince their political opponents with their speeches but also had their representation in the media in mind. Their speeches, although held in front of the parliament, were directed at the

newspaper readers as well to explain their points of view and the reasons for their political decisions to the public. This intention was supported by the way publishers, journalists and editors saw themselves as representatives of a press which propagated a certain (political) view on the world. Usually, they were not an independent counterweight to politics, political parties, and associations nor were they something like a supervisory body. Instead, they supported certain interests and publicly struggled for political power. This obstructed the development of a critical press in the German Empire.

However, the stance towards the Prussian *Polenpolitik* was no political or ideological dogma for the political factions – with exception of the Poles themselves. The parties and the media rather checked their stance continuously and adjusted it according to their respective experiences, perspectives, and expectations. The conservatives, for example, questioned their own support for the *Polenpolitik*, as soon as they feared negative consequences for themselves such as dropping real estate prices or the expropriation of German land owners. On the other hand, the left-wing liberal parties approved the anti-Polish language paragraph (Sprachenparagraf) in the Association Law to prevent the generally liberal law from failing and to secure their participation in the government coalition. Apart from such cases, the lines between the alliances in the German public debate about the "Polish Question" were usually clearly cut and should be relatively stable until the end of the First World War: The conservatives, the national liberals and the radical nationalists on one side, and the Catholic *Zentrum*, the left-wing liberals and the social democrats, as well as the Prussian Poles on the other one.

The Prussian Polish members of parliament, publicists, and public figures played a rather special role: They addressed the German audience directly in their own language, and by that they were able to present their views and ideas unaltered and to gather support for a de-escalation of the nationality conflict. The right-wing press had often deliberately translated Polish publications either incorrectly into German or intentionally misrepresented them to discredit the Poles with their own statements. Now, the Prussian Poles were able to contradict the stereotype of the everlasting Polish hatred of Germans, which was propagated by the German right. Especially the Polish factions in the *Reichstag* and the Prussian *Landtag* proved to be very critical towards the minorities policy in Prussia as well as in Germany as a whole. They added the perspective of the people affected to the debates and became a welcome ally for the German opposition against the government. Furthermore, they brought up new issues which could be picked up by German critics of the *Polenpolitik*. Through the mutual dialogue in their publications and their united appearance in the parliaments, those Germans and Poles who stood for an understanding overcame the allegedly ubiquitous nationality conflict and established forms of cooperation and partnership.

Until 1914, the opposition parties and their associated newspapers were left with impotent protest against the Prussian *Polenpolitik*. That changed after the beginning of the First World War and the complete occupation of Congress Poland, which had been part of the Russian Empire, by the Central Powers in 1915. Polish publicists and politicians took the initiative in the debate about the "Polish Question" and their ideas and concepts became more important within the public sphere in Germany and Austria-Hungary. In their German publications, they argued in favour of a German-Polish understanding and raised the question of a Polish state. First of all, they initiated a

dialogue between German and Polish publicists and well respected public figures concerning the possibilities of a harmonization and agreement. Furthermore, they affirmed their anti-Russian attitude and outlined the desired friendly relations to the Central Powers. In doing so, they adapted to the German anti-Russian discourse and added a Polish aspect to it. Thus, they also contributed – apart from the fights of Polish soldiers and units at the frontlines – on a rhetoric level to the war against Russia. The Polish writers claimed to speak for the whole Polish population of all three parts of Poland but they simply expressed their own political views. Therefore, their articles are mostly professions of loyalty to the Central Powers.

The Polish authors presented reasons and arguments for the reestablishment of the Polish state in an alliance with the Central Powers. Their most important goal was to dispel the German reservations about a Polish state and to emphasize the political, economic and military advantages for all parties involved. The very detailed publications represent a substantial collection of material about Poland. Since they have been directly accessible by the German audience, they can be considered as an offer to the readers to get immediate impressions of political thoughts and wishes of the Poles.

In addition, the concepts of the Polish writers contained an attractive offer for the moderate participants in the German war aim debate: In combining the extension of the German sphere of influence with a German-Polish policy of agreement, they presented arguments against direct territory acquisition. Especially for the social democrats, the left-wing liberals, and the Catholic *Zentrum*, the Polish concepts represented promising alternatives in contrast to the calls for annexation from the German right. Since the Poles had tried to gather support for their position without open criticism of the occupation in Poland by Germany and Austria-Hungary, it appeared that this was a promising option for the legal and territorial reshaping of East-Central Europe.

At the same time, the German interest in Poland increased. For example, the military conquest of Congress Poland and the following occupational administration by the Central Powers were covered in many newspaper and journal articles, brochures, and books. From the German perspective, the Eastern European people were granted the participation in the advanced Western European civilization through German *Kulturarbeit* (cultural work). The opening of the Warsaw universities in November 1915 were seen as an example for this, and received worldwide attention. This was a positive contrast to the enormous economic exploitation of the country for the war effort, especially since the Polish population welcomed the forthcoming education and culture policy of the occupants.

Furthermore, German newspapers intensified their coverage of Polish literature, culture and history. Great literary works were translated into German, scientific reasearch on Congress Poland increased and Polish publicists founded German-speaking journals and provided news of and information about the neighbouring country. In autumn 1917, the German-Polish Society (Deutsch-Polnische Gesellschaft) was founded which was meant to serve as a platform for a mutual understanding and regular exchange about the relationship between the two nations.

There had also been cautious attempts to question traditional stereotypes and opinions of Poland and to especially check whether the confrontational view on German-Polish history was a valid one. Polish publicists and historians published their works

more frequently in German to make the German audience familiar with their views on the Polish and the common German-Polish history. In doing so, they did not leave out the problematic aspects but raised topics like the alleged drawbacks of the constitution of the Polish-Lithuanian Commonwealth such as the "liberum veto", the supposed lack of ability of the Poles to constitute an own state or the proverbial "polish intolerance" to adjust traditional German views on history. Even German historians among the German right opposed the image of the historic German-Polish antagonism and tried – at least to a certain degree – to present neutral works on German-Polish history. Thus, one could come to the conclusion that there had been a development towards a positive relationship in the public discourse about the "Polish Question" which was accepted by important members of the German right.

On 5th November 1916, the emperors of Germany and Austria-Hungary proclaimed the Kingdom of Poland. They expected that Poland would submit itself into the role as a strong military ally and dependable political and economic satellite state at the side of the Central Powers. Therefore, the Central Powers tried to maintain control over the occupied country to secure the short-term goal of exploitation for the war effort and the long-term goal of including the occupied country permanently in their sphere of influence. But the Poles immediately claimed greater competence. Their final goal was the independence of Poland. After all, the experiment of a Polish state, which was allied with Germany and Austria-Hungary, failed because of the incompatible expectations on both sides.

The public debate about the future of Poland had significantly contributed to the high expectations of Germans and Poles concerning a Polish state. Especially the drafts for a Polish state by Polish and German supporters of an understanding caused the impression that this could be realized with advantages for both sides, the Polish as well as the German. In the euphorical articles, pamphlets, and lectures, the concept of the final form of a possible Polish state had usually been thoroughly described. But the way towards this final form and the presumable problems had been ignored or brushed aside as being easy to solve. Furthermore, the authors usually took a narrowed national perspective. For example, the German supporters of a mutual understanding reported in a sympathetic way about the Poles, but refused to put the propagated equality of both nations into practice. Instead they insisted on the superiority of the German Reich. On the Polish side, the waiver of the complete independence of Poland and of the territorial ambitions in the East and West of Poland could not be plausibly conveyed.

The proclamation of the Kingdom of Poland is thus the key event and a political turning point in the German-Polish relations during the First World War. But it also marks a significant turning point in the public discourse about the "Polish Question". Despite the fact that the supporters of a German-Polish understanding saw the proclamation as proof for their conviction and awaited the realization of their goals, they did not stand up for their believes in public anymore and lost their leading role in the debate. The reason can be found in the great difference between the big political gesture of the proclamation on the one hand and the German occupational administration and economic exploitation of Poland on the other hand. Furthermore, the concessions with regard to the *Polenpolitik* and measures against the anti-Polish discrimination in Germany and Prussia were by far weaker than many Germans and Poles had hoped for.

Although the language paragraph had been removed from the Association Law and the abolishing of the Expropriation Law had been initiated, these steps were owed to the inner call for reform during the war, but did not mark a fundamental change in the policy towards the Prussian Poles. In contrast to the pre-war era, the Prussian *Polenpolitik* was only of limited importance for the public debate.

Instead, the ideological conflicts once again broke out in public after the prohibition on discussing the war aims in public had been eased in November 1916. During the years of 1917/18, the discussions on the war aims among the German right determined the public debate on the "Polish Question". The fact that they were sure of victory and expected territorial expansion and extension of the German sphere of influence in the East had a great impact on the German-Polish relationship. In the plans of the German government, the military, and the German right about the future shaping of East-Central Europe the Kingdom of Poland played only a minor role. It was even regarded as an obstacle for annexations and the creation of a "Polish border strip" to secure Germany's eastern border. The certainty of victory which was propagated by the German high command as late as in spring 1918 during the attack in the West and which turned almost unrecognized into appeals to stand firm caused the Germans to believe in an end of the war when Germany would dictate the conditions of the peace.

During the last year of the war, only the Polish members of the *Reichstag* and the Prussian *Landtag* caused some sensation with their increasingly sharp criticism of the Central Powers' policy towards the occupied Poland and of the continued Prussian *Polenpolitik*. After the peace treaty of Brest-Litovsk in February 1918 in which the Ukraine was granted Polish territory, they fiercely attacked the German government and the German right. Furthermore, they publicly sealed their brake up with the German supporters of an understanding which had approved the peace treaty. Here, the first signs of the conflicts between Germany and Poland during the interwar period which were in most cases about territorial questions can be observed. While the imagination of a German-Polish understanding had predominated the public debate about the "Polish Question" during the first two years of the war, which reflected the wish for a normalization of the mutual relationship, these topics almost vanished completely from the German public at the end of the war in 1918.

VI Abkürzungsverzeichnis

BArch	Bundesarchiv Berlin/Freiburg
BdL	Bund der Landwirte
CB S	Centralbüro – Sachen
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
HA	Hauptabteilung
PAH	Preußisches Abgeordnetenhaus
PHH	Preußisches Herrenhaus
Rep.	Repositorium
RT	Reichstag
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
W.T.B.	Wolffs Telegraphisches Bureau

VII Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

GStA PK, I. HA, Rep. 90 A Staatsministerium, jüngere Registratur:
- Nr. 2694, Die polnische Frage (Künftige politische Gestaltung Polens), 1914-1916
- Nr. 2695, Die polnische Frage (Künftige politische Gestaltung Polens), 1917-1918
- Nr. 2696, Die polnische Frage (Künftige politische Gestaltung Polens), Juli-Dezember 1918
- Nr. 3744, Die Verwaltung der ehemals polnischen Landesteile im Allgemeinen (Politische Zustände und Polenpolitik) [1897-1899]
- Nr. 3745, Die Verwaltung der ehemals polnischen Landesteile im Allgemeinen (Politische Zustände und Polenpolitik) [1900-1902]
- Nr. 3746, Die Verwaltung der ehemals polnischen Landesteile im Allgemeinen (Politische Zustände und Polenpolitik) [1903-1906]
- Nr. 3747, Die Verwaltung der ehemals polnischen Landesteile im Allgemeinen (Politische Zustände und Polenpolitik) [1907-1914]
- Nr. 3748, Die Verwaltung der ehemals polnischen Landesteile im Allgemeinen (Politische Zustände und Polenpolitik) [1914-1915]
- Nr. 3749, Die Verwaltung der ehemals polnischen Landesteile im Allgemeinen [1916-1917]
- Nr. 3750, Die Berichte der Oberpräsidenten vom Oktober und November 1915 über die Polenfrage

GStA PK, I. HA, Rep. 77 Ministerium des Innern:
- Tit. 870, Nr. 1, Acta betr. die Polenbewegung im Allgemeinen, 9.4.1894 bis 1903.
- Tit. 870, Nr. 67, [Höhere Polizei-Sachen] Ruhestörungen in Wreschen aus Anlaß der Züchtigung polnischer Schulkinder am 20. Mai 1901, 1901-1904
- Tit. 871, Nr. 47, Zeitungsausschnitte über die Rede Sr. Majestät des Kaisers u. Königs in Gnesen am 9.8.1905 bezüglich der Ostmarkenpolitik
- Tit. 871, Nr. 97, Politische Sachen. Acta betr. den Vorstoß des Zentrums in der Ostmark und die Organisation der deutschen Katholiken daselbst, 4. November 1908 bis 1912

- Tit. 871, Nr. 98, Politische Sachen. Acta betr. die Tannenbergfeier 1910, 28. Dezember 1909 bis 1910
- Tit. 871, Nr. 99, Politische Sachen. Acta betr. die polnische Gedenkfeier des Januar-Aufstandes, 7. Dezember 1912-1914

GStA PK, I. HA, Rep. 77 Ministerium des Innern, CB S:
- Nr. 447, Bd. 1, Aufzeichnungen pp. des Königlichen Ministeriums des Innern betreffend die polnische nationale Bewegung
- Nr. 447adh, Aufzeichnungen pp. des Königlichen Ministeriums des Innern betreffend die Wiedererstehung des Königreichs Polen
- Nr. 617, Bd. 4, Aufzeichnungen pp. des Königlichen Ministeriums des Innern betreffend polnisch-nationale Bewegung

GStA PK, I. HA, Rep. 87 Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Abt. ZB:
- Nr. 183, Zeitungsausschnitte (Heft 1) zu den Akten betr. Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums, 16.10.1886 bis 12.3.1910
- Nr. 184, Zeitungsausschnitte (Heft 2) zu den Akten betr. Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums, 9.1.1910 bis 5.2.1911
- Nr. 185, Zeitungsausschnitte (Heft 3) zu den Akten betr. Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums, 6.2.1911 bis 14.5.1911
- Nr. 186, Zeitungsausschnitte (Heft 4) zu den Akten betr. Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums, 15.5.1911 bis 30.8.1911
- Nr. 187, Zeitungsausschnitte (Heft 5) zu den Akten betr. Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums, 1.9.1911 bis Ende September 1912
- Nr. 188, Zeitungsausschnitte (Heft 6) zu den Akten betr. Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums, 11. Oktober 1912 bis 31. Dezember 1912
- Nr. 189, Zeitungsausschnitte (Heft 7) zu den Akten betr. Maßnahmen zur Bekämpfung des Polentums, 1. Januar 1913 bis 1915

Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde

BArch R 8034/II Reichslandbund/Pressearchiv:
- R 8034/II, 5298, Ansiedlung in Westpreußen, Schleswig & Posen, Generalkommission, Polenfrage, Ostmarkenverein, Band 1, 14.10.1894 bis 6.8.1897
- R 8034/II, 5299, Ansiedlung in Westpreussen, Schleswig und Posen, Generalkommission, Polenfrage, Ostmarkenverein, Band II, 18.7.1897 bis 30.7.1898
- R 8034/II, 5300, Ansiedlung in Westpreussen, Schleswig und Posen, Generalkommission, Polenfrage, Ostmarkenverein, Band III, 6.8.1898 bis 23.2.1899
- R 8034/II, 5301, Ansiedlung in Westpreussen, Schleswig & Posen, Generalkommission, Polenfrage, Ostmarkenverein, Band IV, 24.2.1899 bis 27.10.1900
- R 8034/II, 5302, Ansiedlung in Westpreussen, Schleswig & Posen, Generalkommission, Polenfrage, Ostmarkenverein, Band V, 1.11.1900 bis 1.8.1901
- R 8034/II, 5303, Ansiedlung in Westpreußen, Schleswig & Posen, Generalkommission, Ostmarkenverein, Polenfrage, Band VI, 2.8.1901 bis 16.1.1902

- R 8034/II, 5304, Ansiedlung in Westpreußen, Schleswig & Posen, Generalkommission, Polenfrage, Ostmarkenverein, Band 7, 17.1.1902 bis 5.7.1902
- R 8034/II, 5305, Ansiedlung in Westpreußen, Schleswig & Posen, Generalkommission, Polenfrage, Ostmarkenverein, Band 8, 4.7.1902 bis 12.1.1903
- R 8034/II, 5306, Ansiedlung in Westpreussen, Schleswig & Posen, Generalkommission, Polenfrage, Ostmarkenverein, Band IX, 21.2.1903 bis 27.4.1903
- R 8034/II, 5307, Ansiedlung in Westpreußen, Schleswig & Posen, Polenfrage, Generalkommission, Band X, vom 28.4.1903 bis 3.1.1904
- R 8034/II, 5308, Ansiedlung in Westpreußen, Schleswig & Posen, Polenfrage, Generalkommission, Band XI, vom 7.1.1904 bis 17.3.1904
- R 8034/II, 5309, Denkschrift: 20 Jahre deutscher Kulturarbeit, No. 100, Bd. 12
- R 8034/II, 5321, Ansiedlung in Posen, Westpreußen, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Generalkommission, Band 1, vom 18.3.1904 bis 17. Okt. 1905
- R 8034/II, 5322, Ansiedlung in Posen, Westpreussen, Ostpreussen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Generalkommission, Band II, 17. Oktober 1905 bis 23. August 1907
- R 8034/II, 5323, Ansiedlung in Posen, Westpreussen, Ostpreussen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Generalkommission, Band 3, vom 24. August 1907 bis 14. Dezember 1907
- R 8034/II, 5324, Ansiedlung in Posen, Westpreussen, Ostpreussen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Generalkommission, Band 4, vom 15. Dezember 1907 bis 24. Februar 1908
- R 8034/II, 5325, Ansiedlung in Posen, Westpreussen, Ostpreussen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen. Generalkommission, Band 5, 2. Februar 1908 bis 15. Februar 1909
- R 8034/II, 5326, Ansiedlung in Posen, Westpreussen, Ostpreussen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen. Generalkommission, Band 6, 20. Februar 1909 bis 10. September 1910
- R 8034/II, 5327, Ansiedlung in Posen, Westpreussen, Ostpreussen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen. Generalkommission, Band 7, 16. September 1910 bis 21. Mai 1911
- R 8034/II, 5328, Ansiedlung in Brandenburg, Ostpreussen, Pommern, Posen, Sachsen, Schlesien, Westfalen, Westpreussen. Generalkommission, Band 9, 18. Oktober 1912 bis 18. März 1914
- R 8034/II, 5329, Ansiedlung, Enteignung von Grundstücken in der Ostmark, Band 10, 14. März 1914 bis 1943
- R 8034/II, 5330, Polenfrage, Band 1, vom 9.3.1904 bis 17. Mai 1905
- R 8034/II, 5331, Polenfrage, Band 2, vom 21. Mai 1905 bis 23. September 1906
- R 8034/II, 5332, Polenfrage, Band 3, vom 24. September 1906 bis 5. Februar 1907
- R 8034/II, 5333, Polenfrage, Band 4, vom 5. Februar 1907 bis 7. November 1907
- R 8034/II, 5334, Polenfrage, Band 5, vom 7. November 1907 bis 10. Juli 1908
- R 8034/II, 5335, Polenfrage, Band 6, vom 10. Juli 1908 bis 7. September 1909
- R 8034/II, 5336, Polenfrage, Polen und Vatikan, Band 7, vom 8. September 1909 bis 24. April 1910

- R 8034/II, 5337, Polenfrage. Polen und Vatikan, Band 8, vom 25. April 1910 bis 25. April 1911
- R 8034/II, 5338, Polenfrage. Polen und Vatikan, Band 9, 26. April 1911 bis 11. September 1912
- R 8034/II, 5339, Polenfrage, Band 10, 14. September 1912 bis 28. August 1913
- R 8034/II, 5340, Polenfrage – International, Band 11, 28. August 1913 bis 31. Mai 1914
- R 8034/II, 5341, Polenfrage – International, Band 12, Juni 1914 bis 9. September 1915
- R 8034/II, 5342, Polenfrage – International, Band 13, 9. September 1915 bis 25. Juli 1917
- R 8034/II, 5343, Polenfrage – International, Band 14, 13. August 1917 bis 22. November 1918
- R 8034/II, 5349, Polen im Kriege, Band 1, 6. November 1915 bis 8. August 1916
- R 8034/II, 5350, Polen im Kriege, Band 2, 3. August 1916 bis 1. Februar 1919
- R 8034/II, 8766, Polen – Königreich, Staatsleben, Band 1, 5. November 1916 bis 28. November 1916
- R 8034/II, 8767, Polen – Königreich, Staatsleben, Band 2, 15. November 1916 bis 6. Juli 1917
- R 8034/II, 8768, Polen – Königreich, Staatsleben, Band 3, 3. Juli 1917 bis 3. Dezember 1917
- R 8034/II, 8769, Polen – Königreich, Staatsleben, Band 4, 3. Dezember 1917 bis 8. April 1918
- R 8034/II, 8770, Polen – Königreich, Staatsleben, Band 5, 7. April 1918 bis 16. September 1918
- R 8034/II, 8771, Polen – Königreich, Staatsleben, Politische Beziehungen zu Deutschland, Band 6, 15. September 1918 bis 25. März 1919

Bundesarchiv, Abt. Militärarchiv, Freiburg i. Br.

Nachlass Hans von Beseler, BArch N 30/55

Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Abteilung Handschriften

Nachlass Hans Delbrück

Parlamentaria

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des preußischen Hauses der Abgeordneten
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses

Zeitungen und Zeitschriften

Im Folgenden sind alle Zeitungen und Zeitschriften angeführt, die für die vorliegende Studie als Quellen eingesehen und ausgewertet wurden. Im Gegensatz dazu umfasst das Register lediglich die Zeitungen und Zeitschriften, die im Text bzw. im Fußnotentext erwähnt werden.

Alldeutsche Blätter, Berlin
Arbeiter-Zeitung, Wien
Archiv für Innere Kolonisation, Berlin
Archiv für öffentliches Recht, Tübingen
Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Berlin
Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen
Arena. Illustrierte Monatshefte für modernes Leben, Berlin
Bayerischer Kurier, München
Berliner Allgemeine Zeitung
Berliner Börsen-Courier
Berliner Börsen-Zeitung
Berliner Correspondenz
Berliner Lokal-Anzeiger
Berliner Morgenpost
Berliner Neueste Nachrichten
Berliner Tageblatt
Berliner Volkszeitung
Berliner Zeitung
Bromberger Tageblatt
B.Z. am Mittag, Berlin
Das größere Deutschland, Weimar – Berlin
Das Neue Deutschland, Berlin – Gotha
Der Lotse, Hamburg
Der März, München
Der Panther, Leipzig
Der Tag, Berlin
Deutsche Agrarzeitung, Berlin
Deutsche Juristenzeitung, Berlin
Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart, Berlin
Deutsche Politik, Weimar – Berlin

Deutsche Rundschau, Berlin
Deutsche Tageszeitung, Berlin
Deutsche Volkskorrespondenz
Deutsche Volkszeitung, Hannover
Deutsche Warschauer Zeitung
Deutsche Zeitschrift, Berlin
Deutsche Zeitung, Berlin
Deutscher Kurier, Berlin
Deutsches Wochenblatt, Berlin
Die christliche Welt, Leipzig
Die Gegenwart, Berlin
Die Glocke, Berlin
Die Grenzboten, Berlin
Die Hilfe, Berlin
Die Nation, Berlin
Die neue Rundschau, Berlin
Die Neue Zeit, Berlin
Die Ostmark, Berlin
Die Post, Berlin
Die Welt am Montag, Berlin
Die Woche, Berlin
Die Zukunft, Berlin
Dresdener Nachrichten
Dziennik Poznański [Posener Tageblatt], Posen
Erziehung und Unterricht, Hamm/Westfalen
Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, Berlin
Frankfurter Zeitung
Fränkischer Kurier, Nürnberg
Freie Presse, Eberfeld-Barmen
Freisinnige Zeitung, Berlin
Fremdenblatt, Wien
Germania, Berlin
Goniec Wielkopolski [Der großpolnische Bote], Posen
Hamburger Echo
Hamburger Nachrichten
Hamburgischer Correspondent
Internationale Correspondenz, Berlin
Internationale Rundschau, Zürich
Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Leipzig
Katolik [Der Katholik], Beuthen/Oberschlesien
Kieler Neueste Nachrichten
Kölnische Volkszeitung
Kölnische Zeitung
Königsberger Allgemeine Zeitung

Königsberger Hartungsche Zeitung
Königsberger Volkszeitung
Konservative Korrespondenz, Berlin
Kreuzzeitung [Neue Preußische Zeitung], Berlin
Kuryer Poznański [Posener Kurier, auch Kurjer Poznański], Posen
Leipziger Neueste Nachrichten
Leipziger Tageblatt
Leipziger Volkszeitung
Magdeburgische Zeitung
Märkische Volkszeitung, Berlin
Mitteleuropa, Berlin
Münchener Allgemeine Zeitung
Münchner Neueste Nachrichten
Münchner Post
National-Zeitung, Berlin
Neue Freie Presse, Wien
Nord und Süd, Berlin
Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Berlin
Ostdeutsche Korrespondenz, Posen
Ostland. Jahrbuch für ostdeutsche Interessen, Lissa i.P.
Patria. Bücher für Kultur und Freiheit, Berlin
Pester Lloyd, Budapest
Pfälzische Post, Ludwigshafen
Pfälzische Volkszeitung, Kaiserslautern
Polen. Wochenschrift für polnische Interessen, Wien
Polnische Blätter, Berlin
Pommersche Tagespost, Stettin
Posener Neueste Nachrichten
Posener Tageblatt
Posener Zeitung
Preußische Jahrbücher, Berlin
Preußisches Volksschularchiv, Berlin
Reichspost, Wien
Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen
Schlesische Volkszeitung, Breslau
Schlesische Zeitung, Breslau
Schwäbische Tagwacht, Stuttgart
Schwäbischer Merkur, Stuttgart
Sozialistische Monatshefte, Berlin
Staatsbürger-Zeitung, Berlin
Süddeutsche Zeitung, Stuttgart
Tägliche Rundschau, Berlin
Unabhängige Nationalkorrespondenz, Berlin
Verwaltungsarchiv, Köln
Volksstimme, Frankfurt am Main

Volkswacht, Breslau
Volkswirtschaftliche Korrespondenz, Berlin
Vorwärts, Berlin
Vossische Zeitung, Berlin
Warschauer Mitteilungen. Berichte aus dem Königreich Polen
Weimarer Landeszeitung
Weser-Zeitung, Bremen
Westfälischer Merkur, Münster
Wiener Allgemeine Zeitung
Wiener Zeitung

Zeitgenössische Literatur, Denkschriften, Erinnerungen

ADAMCZEWSKI, JOSEF: Der Kampf um den Boden in der Provinz Posen, unpubliz. Diss., Freiburg 1908.

ANDRÁSSY, JULIUS: Diplomatie und Weltkrieg, Berlin – Wien 1920.

ASSMANN, JULIUS: Der polnische Schulkinderstreik und der Ultramontanismus, Leipzig 1907 (Flugschriften des Evangelischen Bundes, 247).

BACHEM, JULIUS: Der Krieg und die Polen, M. Gladbach 1915 (Der Weltkrieg, 40).

BAHR, RICHARD: Im besetzten Polen. Stimmungen und Eindrücke, Berlin 1916.

BALZER, OSWALD: Aus Problemen der Verfassungsgeschichte Polens, Krakau 1916 [BALZER, Verfassungsgeschichte].

BÄR, MAX: Die „Bamberger" bei Posen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Polonisirungsbestrebungen in der Provinz Posen, Posen 1882.

BELGARD, MARTIN: Parzellierung und innere Kolonisation in den 6 östlichen Provinzen Preußens, 1875-1906, Leipzig 1907 (zugl. Diss. Berlin 1907).

BENADE, R. [Pseud. Wulle, Reinhold]: Preußen oder Polen. Die Grenzfrage im Osten, Berlin [ca. 1917].

BERNHARD, LUDWIG: Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staat. Die Polenfrage, Leipzig 1907 [BERNHARD, Gemeinwesen].

DERS.: Die Fehlerquellen in der Statistik der Nationalitäten. Vorwort, in: PAUL WEBER: Die Polen in Oberschlesien. Eine statistische Untersuchung, Berlin 1914, S. III-XXI [BERNHARD, Fehlerquellen].

BIEHL, WOLFDIETER (Hrsg): Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs, Darmstadt 1991 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, 29).

BINDER, H[EINRICH]: Was wir als Kriegsberichterstatter nicht sagen durften!, München 1919.

BLEY, FRITZ: Der Kernpunkt der Polengefahr, Berlin 1901.

BOCK, WILHELM: Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen. Sind auf dem Gebiet der Unterrichtssprache in den Volksschulen Zugeständnisse irgend welcher Art zulässig?, Berlin 1917.

BODENHEIMER, M[AX] I[SIDOR]: Bericht über die im Auftrage des ‚Komitees für den Osten' im Mai-Juni 1915 unternommene Reise nach Russisch-Polen, o.O. [1915].

BODMER, M. J.: Ein neuer Staatenbund und das Ostjudenproblem, Stuttgart 1916 (Der Deutsche Krieg, 73).
BROEDRICH, SILVIO: Das neue Ostland, Charlottenburg 1915.
BROEL PLATER, [SIGISMUND] VON: Sind die Polen Staatsverräter? Offener Brief an Herrn Dr. Otto Hötzsch, Professor an der Königl. Akademie zu Posen. Dem deutschen Publikum gewidmet, Posen 1908.
BROESIKE, MAX: Polen und Deutsche der Provinz Posen im Lichte der Statistik. Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern, Berlin 1910 [BROESIKE, Polen].
DERS.: Deutsche und Polen der Provinz Posen im Lichte der Statistik. Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern, Berlin 1913 [BROESIKE, Deutsche].
CARDAUNS, HERMANN: Fünfzig Jahre Kölnische Volkszeitung. Ein Rückblick zum goldenen Jubiläum der Zeitung am 1. April 1910, Köln 1910.
CHŁAPOWSKI, SIGISMUND VON: Professor Bernhard als Statistiker, Posen 1908.
CHOŁONIEWSKI, ANTON: Geist der Geschichte Polens, Krakau 1917.
CHUDZIŃSKI, ANTON: Die polnische Frage in Preussen, Berlin 1891.
CLASS, HEINRICH: Zum deutschen Kriegsziel, München 1917.
CLEINOW, GEORG: Die Zukunft Polens, Bd. 1: Wirtschaft, Leipzig 1908 [CLEINOW, Zukunft, Bd. 1].
DERS.: Die Zukunft Polens, Bd. 2: Politik (1864-1883), Leipzig 1914 [CLEINOW, Zukunft, Bd. 2].
DERS.: Die Polenfrage vor der Entscheidung, Berlin 1918 [CLEINOW, Polenfrage].
CORDEL, OSKAR: Macht und Recht in der Polenfrage. Betrachtungen, Charlottenburg 1907.
CRULL, FRANZ: Die Deutschen in Russisch-Polen, Berlin [1916] (Weitere Beiträge zur polnischen Frage).
CZARTORYSKI, OLGIERD: Müssen Deutsche und Polen sich immer befehden? Betrachtungen eines konservativen Polen, Stuttgart – Berlin 1915 (Der Deutsche Krieg, 60).
DASZYŃSKA-GOLIŃSKA, Z[OFIA]: Schlussergebnisse, in: DIES., WŁADYSŁAW GUMPLOWICZ u.a. (Hrsg.): Die Bedeutung Polens für Russland, Krakau 1917, S. 80-82.
DELBRÜCK, HANS: Die Polenfrage, Berlin 1894 [DELBRÜCK, Polenfrage].
DERS. (Hrsg.): Deutsche Polenlieder. Mit einer Einleitung von Hans Delbrück, Berlin 1917 [DELBRÜCK (Hrsg.), Polenlieder].
DEUTSCHER OSTMARKENVEREIN (Hrsg.): Der polnische Schulkinderstreik vor dem Abgeordnetenhause am 14. und 15. März 1907, Berlin 1907.
Die Handschriften des Finanzarchivs zu Warschau zur Geschichte der Ostprovinzen des preussischen Staates, Berlin 1917 (Veröffentlichungen der Archiv-Verwaltung bei dem Deutschen Generalgouvernement Warschau, 1).
Die Notwendigkeit und Möglichkeit eines großen deutschen Siedlungswerkes im Osten. Von einem Siedlungsfachmann, München 1918.
Die Parität in Preußen. Eine Denkschrift, 2. Aufl., Köln 1899.
Die Wahrheit über den polnischen Schülerstreik [Flugblatt des Deutschen Ostmarkenvereins], Berlin [1906].
DRUCKI-LUBECKI, XAVER: Gedanken zur polnischen Frage, in: FRIEDRICH THIMME (Hrsg.): Vom inneren Frieden des Deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, Leipzig 1916, S. 481-489.

DÜWELL, WILHELM: Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland 1914, Berlin 1914 [DÜWELL, Kriegsberichte].
DERS.: Vom inneren Gesicht des Krieges. Beiträge zur Psychologie und Soziologie des Krieges, Jena 1917 [DÜWELL, Gesicht].
ERZBERGER, MATTHIAS: Der Kampf gegen den Katholizismus in der Ostmark. Material zur Beurteilung der Polenfrage durch die deutschen Katholiken, Berlin 1908 [ERZBERGER, Kampf].
[DERS.:] Zmartwychwstanie Polski [Die Auferstehung Polens], o.O. 1914 [ERZBERGER, Zmartwychwstanie Polski].
ESSENBACH, WILHELM: Die Verwaltung in Polen, [M. Gladbach] 1916 (Polnische Fragen, 3).
FELDMAN, WILHELM: Zur Lösung der polnischen Frage. Offener Brief an Herrn George Cleinow, Redakteur der „Grenzboten", und Herrn Maximilian Harden, Redakteur der „Zukunft", Berlin 1914 [FELDMAN, Lösung].
DERS.: Deutschland, Polen und die russische Gefahr. Mit einem Vorwort von Alexander Brückner, Berlin 1915 [FELDMAN, Deutschland].
DERS.: Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich, Berlin 1915 [FELDMAN, Zukunft].
DERS.: Die Polnische Literatur der Gegenwart. Eine Skizze, Berlin 1916 [FELDMAN, Literatur].
DERS.: Die Wahrheit über Polen und polnische Zukunftsfragen. Vortrag, gehalten am 15. Dezember 1916 in einem geschlossenen Kreise, Berlin-Charlottenburg 1916 [FELDMAN, Wahrheit].
[DERS.:] Die Polen auf der Anklagebank. Eine Erwiderung und Mahnung von der Redaktion „Polnische Blätter", Berlin-Charlottenburg [1917] [FELDMAN, Anklagebank].
DERS.: Die russische Revolution und die Polen, Berlin-Charlottenburg 1917 [FELDMAN, Revolution].
DERS.: Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795-1914), München – Berlin 1917 [FELDMAN, Geschichte].
DERS.: Polen. Wege zur polnischen Seele. Mit einer Einleitung von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, Berlin 1917 [FELDMAN, Polen].
DERS.: Vor der neuen Teilung Polens. Offenes Schreiben an Herrn D. Friedrich Naumann, M.d.R., Berlin-Charlottenburg 1918 [FELDMAN, Teilung].
FIEDLER, LEO KARL: Polen (Königreich Polen) als Absatzgebiet für die mitteleuropäische Maschinen- und Bauindustrie, Berlin-Charlottenburg 1916 [FIEDLER, Polen].
DERS.: Die Deutschen in Polen. Anläßlich der evangelisch-augsburgischen Synode in Lodz am 18. Oktober 1917, Berlin-Charlottenburg 1917 [FIEDLER, Deutschen].
FINK, KARL: Der Kampf um die Ostmark. Ein Beitrag zur Beurtheilung der Polenfrage, Berlin 1897.
FOERSTER, FR[IEDRICH] W[ILHELM]: Staatsbürgerliche Erziehung. Prinzipienfragen politischer Ethik und politischer Pädagogik, 2. Aufl., Leipzig – Berlin 1914.
FRIEDLAENDER, RICHARD: Deutsch-Polen. Streng vertraulich!, Oppeln 1916.
FUSS, PAUL: Die Zustände in der Provinz Posen, Posen [1907].

GANZ, HUGO: Die preussische Polenpolitik. Unterredungen und Eindrücke, Frankfurt am Main 1907.
GERMANO-JUDÄUS: Deutsch, Polnisch oder Jiddisch? Betrachtungen und Urkunden zur Ostjudenfrage, Berlin 1916.
Geschichte der Archiv-Verwaltung bei dem Deutschen Generalgouvernement Warschau, Berlin 1919 (Veröffentlichungen der Archiv-Verwaltung bei dem Deutschen Generalgouvernement Warschau, 3).
GILWICKI, CONSTANTIN RITTER VON: Preußische Polenpolitik und deutsche Weltpolitik, Berlin 1913.
GÓRSKI, WL. [WŁADYSŁAW]: Realerwägungen zur polnischen Frage, Danzig 1917.
GOTHEIN, GEORG: Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat, Stuttgart u.a. 1917.
GOTTLIEB, MAX: Konzentrationsvorgänge im Zeitungswesen zwischen 1914 und 1918, in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg. Texte und Quellen, Berlin 1973, S. 23-75 (erstmals erschienen u.d.T.: Weltkrieg und Zeitungswesen, Wiesloch 1921).
GRABOWSKY, ADOLF: Die Polnische Frage, Berlin 1916.
GRUHN, ALBERT: Das deutsche Kapital und der Polonismus, Berlin 1895.
GRUMBACH, S[ALOMON]: Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden, Lausanne 1917.
GUTBERLET, HEINRICH: Deutschthum und Panslavismus!, Dresden 1898.
GUTTRY, ALEXANDER VON: Die Polen und der Weltkrieg. Ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rußland, Preußen und Österreich, München – Berlin 1915.
HALECKI, OSKAR RITTER VON: Das Nationalitäten-Problem im alten Polen, Krakau 1916.
HARPF, ADOLF: Der völkische Kampf der Ostmarkdeutschen. Volks- und Zeittumsfragen, Dresden 1905.
HELMOLT, HANS F.: Die Wiederherstellung Polens. Eine Gedenkschrift, Gotha 1917 (Perthes' Schriften zum Weltkrieg, 14).
HOETZSCH, OTTO: Die dringendste Aufgabe der Polenpolitik, München 1907 (Flugschriften des Alldeutschen Verbandes, 27) [HOETZSCH, Aufgabe].
DERS.: Der Zusammenbruch des Panslawismus, in: DERS. (Hrsg.): Politik im Weltkrieg. Historisch-politische Aufsätze, Bielefeld – Leipzig 1916, S. 85-90 [HOETZSCH, Zusammenbruch].
DERS.: Polen in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1917 (Schützengraben-Bücher für das deutsche Volk, 48) [HOETZSCH, Polen].
HOFFMANN, WALDEMAR: Wie die „Bamberger" bei Posen zu Polen wurden. Ein Vortrag, Schlawe 1906.
HOLTZ, EDMUND: Der Krieg und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Polen, Lodz 1916.
HUBRICH, EDUARD: Die Sprachenfreiheit in öffentlichen Versammlungen nach preußischem Rechte. Ein Gutachten zur Polenfrage, Königsberg i. Pr. 1903.
HUNKEL, ERNST: Deutschland und die Polenfrage im Weltkriege, Berlin 1916.
JAWORSKI, LADISLAUS LEOPOLD VON: Polen als Brückenkopf in Politik und Wirtschaft, in: ROGER VON BATTAGLIA (Hrsg.): Die wirtschaftliche Annäherung zwischen den Zentralmächten und die wirtschaftliche Zukunft Polens, Bd. 1: Ein Zoll- und Wirt-

schaftsbuendnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, Wien 1917, S. V-XIII [Jaworski, Polen als Brückenkopf].
Kaindl, Raimund Friedrich: Deutsche Siedlung im Osten, Stuttgart u.a. 1915 [Kaindl, Siedlung].
Ders.: Die Deutschen in Galizien und in der Bukowina, Frankfurt am Main 1916 (Angewandte Geographie, IV. Serie, 11) [Kaindl, Galizien].
Ders.: Die Deutschen in Osteuropa, Leipzig 1916 (Bibliothek des Ostens, 1) [Kaindl, Osteuropa].
Kaiserlich Deutsches Generalgouvernement Warschau (Hrsg.): Das Generalgouvernement Warschau. Eine Bilderreihe aus der Zeit des Weltkriegs, Oldenburg i. Gr. 1918.
Kapitza, [Jan]: Die deutsche Kulturmission, der Katholizismus und die nationale Versöhnung, Beuthen 1917.
Kasprowicz, E[razm] L[ucyan]: Wahrheit über Polen. Historisch-politische Betrachtung, Leipzig 1917.
Kietz, Georg M.: Ceterum censeo. Zur Einführung in die Polenfrage, Leipzig 1902.
Kleeberg, Rudolf: Die Nationalitätenstatistik, ihre Ziele, Methoden und Ergebnisse, Diss. Leipzig 1915.
Krahl, Georg: Auf! Gegen die nationalpolnische Wühlarbeit! Ein Beitrag zur Beurteilung und leichtverständlichen Übersicht des nationalen Polentums im deutschen Reiche unter Zuhilfenahme zuverlässiger Quellen, Heidelberg 1901.
Kranz, M[ax]: Neu-Polen, München 1915.
Krysiak, Franz: Offener Brief eines Polen an die irregeleitete öffentliche Meinung in Deutschland. Der Bericht des Oberpräsidenten v. Bitter im Licht der thatsächlichen Verhältnisse, Posen 1902 [Krysiak, Offener Brief].
Ders.: Eine Entgegnung an die Adresse des Herrn Ministers des Innern Freiherrn v. Hammerstein, Berlin 1903 [Krysiak, Entgegnung].
Ders.: Hinter den Kulissen des Ostmarkenvereins. Aus den Geheimakten der preussischen Nebenregierung für die Polenausrottung, Posen 1919 [Krysiak, Kulissen].
Kurth, O[tto]: Die Ostmark Posen und ihre Bedeutung für Preußen-Deutschland. Eine historisch-statistische Studie zur Polenfrage, Berlin 1903.
Kwilecki, Franz: Polen und Deutsche gegen Rußland, Berlin 1915.
Lange, Gustav: Das Volksschulwesen in der Provinz Posen, wie es war, ist und sein soll, Bielefeld 1901 (Pädagogische Abhandlungen N.F., 6, H. 8) [Lange, Volksschulwesen].
Ders.: Volksschule und Deutschtum in der Ostmark, Bielefeld 1903 [Lange, Volksschule].
Ders.: Die Simultanschule in der Ostmark, ihre historische Entwicklung und ihr gegenwärtiger Stand. Eine schulpolitische Studie, Lissa 1905 (Pädagogische Blätter aus der deutschen Ostmark, 2) [Lange, Simultanschule].
Leipnitz, Alfred: Die Deutsche Warschauer Zeitung. Gründung und technische Einrichtung, Warschau – Leipzig 1915.
Leonhard, Rudolf: Zur Soziologie des Polentums, Stuttgart 1917 (Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen, 39) [Leonhard, Soziologie].
Ders.: Polnische Gedichte, Leipzig 1918 (Der jüngste Tag, 37) [Leonhard, Gedichte].

LEONHARD, S[TANISŁAW]: Polenlieder deutscher Dichter. Der Novemberaufstand in den Polenliedern deutscher Dichter, 2 Bde., Krakau-Podgórze 1911/1917 [LEONHARD, Novemberaufstand].
[DERS.:] Polenlieder deutscher Dichter, Lemberg 1915 [LEONHARD, Polenlieder].
DERS.: Neue Polenlieder 1914-15, Krakau 1916 [LEONHARD, Neue Polenlieder].
LIEBE, GEORG: Deutsches und polnisches Nationalgefühl, Berlin 1900.
LISTKOWSKY, PAUL: Neu-Ost. Unser Zukunftsgrenzgebiet um Ostpreußens Ostrand. Fahrten durch Polen und Litauen unter deutscher Kriegsverwaltung, Königsberg in Preußen 1917 (Kriegsflugschriften der Hartungschen Zeitung).
LUXEMBURG, ROSA: Die industrielle Entwicklung Polens, Leipzig 1898.
MASSOW, WILHELM VON: Zur Polenfrage, Berlin [1895] [MASSOW, Polenfrage].
DERS.: Wie steht es mit Polen?, Stuttgart 1915 (Der Deutsche Krieg, 49) [MASSOW, Polen].
MEISSNER, R.: Der polnische Schulkinderstreik im Lichte der Wahrheit, Lissa 1907.
Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 4, Leipzig 1906.
MOHR, MARTIN (Hrsg.): Warschauer Tafeln zur Gegenwartsgeschichte des Königreichs Polen. Mappe 1. Vom Kriegsbeginn bis Einsetzung des Regentschaftsrates. 1914-1917, Leipzig 1917/18 (Veröffentlichungen des Zeitungswissenschaftlichen Instituts bei der Presseabteilung in Warschau).
MÜHSAM, KURT: Wie wir belogen wurden. Die amtliche Irreführung des deutschen Volkes, München 1918.
MÜLLER, [HUGO VON]: Will Deutschland die Ostmarken behaupten oder nicht?, Berlin 1900 [MÜLLER, Deutschland].
MYCIELSKI, JOSEPH VON: Offener Brief eines Polen an die deutschen Einwohner der ehemals polnischen Landestheile, Posen 1892 [MYCIELSKI, Brief].
DERS.: Rede über die Nothwendigkeit des polnischen Sprachunterrichts in den Schulen der östlichen Provinzen, Posen 1901 [MYCIELSKI, Rede].
NAPIERALSKI, ADAM: Deutschland, Österreich-Ungarn, Polen. Ein Beitrag zur Lösung der polnischen Frage, Beuthen O.-S. 1918.
NAUMANN, FRIEDRICH: Mitteleuropa, Berlin 1915 [NAUMANN, Mitteleuropa].
DERS.: Österreich-Ungarn, der Waffengefährte Deutschlands, Berlin 1917 (Schützengraben-Bücher für das deutsche Volk, 44) [NAUMANN, Österreich-Ungarn].
DERS.: Was wird aus Polen?, Berlin 1917 [NAUMANN, Polen].
NÖTZEL, KARL: Der entlarvte Panslavismus und die große Aussöhnung der Slaven und Germanen, München – Leipzig [1914].
ONCKEN, HERMANN: Das alte und das neue Mitteleuropa. Historisch-politische Betrachtungen über deutsche Bündnispolitik im Zeitalter Bismarcks und im Zeitalter des Weltkrieges, Gotha 1917 (Perthes' Schriften zum Weltkrieg, 15).
OSTMANN, EKKEHARD [Pseud. Stumpfe, Erich]: Vertraulich! Schnelle Besiedelung unserer neuen Ostmarken, Berlin 1916.
OTO [Trąmpczyński, Wojciech]: Recht muß Recht bleiben. Eine kritische Studie zur Polenfrage in Preußen, München 1907.
OTTO, BERTHOLD: Polen und Deutsche. Ein Mahnwort an die deutsche Jugend, Leipzig 1902.

Paalzow, Hans: Zur Polenfrage. Der Gebrauch der polnischen Sprache in politischen Versammlungen. Die polnischen Postadressen. Zwei Rechtsgutachten, Berlin 1902.
Palandt, Otto (Bearb.): Die Verordnungen für das Generalgouvernement Warschau, Warschau 1917 (Handbuch für das Generalgouvernement Warschau, 1).
Paquet, Alfons: Nach Osten!, Stuttgart – Berlin 1915 (Der Deutsche Krieg, 23).
Paszkowski, Wilhelm (Hrsg.): Wissenschaftliche Vorträge, gehalten auf Veranlassung Seiner Exzellenz des Herrn Generalgouverneurs Generalobersten Hans v. Beseler in Warschau in den Kriegsjahren 1916/17, Berlin 1918.
Perles, Felix: Der Krieg und die polnischen Juden in ihrem Verhältnis zu Deutschland, Königsberg 1914.
Polenpolitik und Landarbeiterfrage. Deutscher Mahnruf aus der Ostmark gegen das Enteignungsgesetz von einem deutschen Bürger der Stadt Posen, Berlin 1908.
Polens Unabhängigkeit, Europas Gleichgewicht. „Suum cuique“, Luzern 1915.
Posadowsky, [Arthur] von: Polenpolitik. Rede gehalten am 9. April 1918 im Preußischen Herrenhause, Berlin 1918.
Praesent, Hans: Bibliographischer Leitfaden für Polen. Einführung in die Literatur der landeskundlichen, völkischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, Berlin 1917 (Beiträge zur polnischen Landeskunde: Reihe B, 2).
Przybyszewski, Stanislaw: Polen und der heilige Krieg, München 1915 [Przybyszewski, Polen].
Ders.: Von Polens Seele. Ein Versuch, Jena 1917 (Schriften zum Verständnis der Völker) [Przybyszewski, Seele].
Ptoszowski, Stanislaw: Die Zukunft Preussisch-Polens, Lausanne 1918.
Rabbow, Franz: Der Tragi-Komödie zweiter Teil. Fortsetzung der Ostmarken-Broschüre, Lonczmühle bei Posen 1909 [Rabbow, Tragi-Komödie].
Ders.: Schon wieder eine Ostmarkenbroschüre, Lonczmühle bei Posen 1909 [Rabbow, Ostmarkenbroschüre].
Rassek, R.: Warum erteilt ein Teil des oberschlesischen Klerus den Beicht- und Communion-Unterricht in deutscher Sprache?, Gleiwitz 1902.
Rassmann, Josef: Die Schule im deutschen Osten. Eine zeitgemäße schul-politische Abhandlung, Lissa i.P. 1907.
Recke, Walther – Wagner, Albert Malte: Bücherkunde zur Geschichte und Literatur des Königreichs Polen, Warschau 1918.
Reiche, Paul: Deutsche Bücher über Polen. Das Polentum im Spiegel deutscher Wissenschaft, Breslau 1917.
Reismann-Grone, Theodor: Die slawische Gefahr in der Ostmark, München 1899 (Flugschriften des alldeutschen Verbandes, 11).
Rendtorff, Franz: Polen. Unpolitische Kriegsreisebilder, Leipzig 1916.
Rohrbach, Paul: Rußland und wir, Stuttgart 1915 [Rohrbach, Rußland].
Ders.: Der Kern der polnischen Frage, in: Friedrich Thimme (Hrsg.): Vom inneren Frieden des Deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, Leipzig 1916, S. 490-495 [Rohrbach, Kern].
Ders.: Unser Kriegsziel im Osten und die russische Revolution, Weimar 1917 [Rohrbach, Kriegsziel].

ROSENBERG, [JOSEF]: Endlich gelöst! Die Ostmarkenfrage, die Landarbeiterfrage, Leipzig 1905 [ROSENBERG, Endlich gelöst].
DERS.: Der polnische Klerus, das deutsche Zentrum und das evangelische Deutschtum, Lissa i.P. 1908 [ROSENBERG, Klerus].
RZYMOWSKI, VINCENT: Deutschland und die Koalition. Ein Vortrag gehalten von Vincent Rzymowski zu Warschau, Berlin 1916.
SCHÄFER, DIETRICH: Unser Recht auf die Ostmarken, Berlin 1911 [SCHÄFER, Recht].
DERS.: Das deutsche Volk und der Osten, Leipzig 1915 (Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden, 7, H. 3) [SCHÄFER, Volk].
DERS.: Denkschrift über die zukünftige Gestaltung unserer östlichen Nachbargebiete, Berlin 1915 [SCHÄFER, Denkschrift].
SCHIELE, GEORG WILHELM: Briefe über Landflucht und Polenfrage, Berlin 1906 [SCHIELE, Briefe].
DERS.: Überseepolitik oder Kontinentalpolitik, München 1917 [SCHIELE, Überseepolitik].
SCHMIDT VOM MEERE, CARL: Zwei Polen. Polenlieder, Mittenwald 1917.
SCHÖNBERG, CARL: In letzter Stunde! Notschrei eines deutschen Sohnes der Provinz Posen, Mahnwort und herzliche Bitte an die Heimatgenossen deutscher und polnischer Zunge, Berlin 1908 [SCHÖNBERG, Stunde].
DERS.: Noch ein Wort in letzter Stunde zur Ostmarken- und Polenfrage, Berlin 1908 [SCHÖNBERG, Wort].
SCHWARZ, PAUL: Das erste Schuljahr bei fremdsprachigen Kindern, Lissa i.P. 1903 [SCHWARZ, Schuljahr].
DERS.: Nur nicht rückwärts. Ein offenes ernstes Wort an Herrn Kreisschulinspektor Rzesnitzek in Pless über Das erste Schuljahr bei fremdsprachigen Kindern, Inowrazlaw 1903 [SCHWARZ, Nur nicht rückwärts].
SERING, MAX: Arbeiterfrage und Kolonisation in den östlichen Provinzen Preussens. Rede zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs in der Königlichen Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin am 26. Januar 1892, Berlin 1892 [SERING, Arbeiterfrage].
DERS.: Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, Leipzig 1893 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 56) [SERING, Kolonisation].
DERS.: Einleitung, in: DERS. (Hrsg.): Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas, Leipzig – Berlin 1917, S. XIII-XXXII [SERING, Einleitung].
SIENKIEWICZ, HENRYK: Prusse et Pologne. Enquête internationale, Paris 1909.
SKOWROŃSKI, ALEKSANDER: In welcher Sprache muß der Religionsunterricht erteilt werden?, Beuthen O.S. 1902.
SOKOŁOWSKI, AUGUST: Geschichte Polens in allgemeinen Umrissen, Krakau 1915.
STADE, PAUL: Das Deutschtum gegenüber den Polen in Ost- und Westpreussen. Nach den Sprachzählungen von 1861, 1890 und 1900, Diss. Berlin 1908.
STEIN, WALTHER: Im Lande des weißen Adlers. Bilder aus Polen in Vergangenheit und Gegenwart. Mit einer geschichtlichen Einleitung, Leipzig – Berlin [1917].
STERN, JACQUES: „Mitteleuropa“. Von Leibniz bis Naumann über List und Frantz, Planck und Lagarde, Stuttgart u.a. 1917 (Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, 92).
STRASZEWSKI, MORITZ VON: Die polnische Frage, Wien 1915.

STUDNICKI, WŁADYSŁAW VON: Die Umgestaltung Mittel-Europa's durch den gegenwärtigen Krieg. Die Polenfrage in ihrer internationalen Bedeutung, Wien [1915] [STUDNICKI, Umgestaltung].
DERS.: Die polnische Ostmarkenfrage. Denkschrift für deutsche Staatsmänner, Warschau 1917 [STUDNICKI, Ostmarkenfrage].
DERS.: Reale Bedingungen für ein polnisch-deutsches Bündnis. Denkschrift für deutsche Staatsmänner, Beuthen O.-S. [1918] [STUDNICKI, Bedingungen].
STUTZKE, FRITZ: Innere Wanderungen, die Ursachen des Arbeitermangels in der preussischen Landwirtschaft und des Zuzugs ausländischer Wanderarbeiter, Berlin 1903 (zugl. Diss. Heidelberg).
TEUT II.: Die polnische Versöhnungskomödie, Lissa i.P. [1908].
TRZCIŃSKI, JULIUSZ: Russisch-polnische und galizische Wanderarbeiter im Grossherzogtum Posen, Stuttgart – Berlin 1906 (Münchener Volkswirtschaftliche Studien, 79) (zugl. Diss. München).
TURNO, STANISŁAW VON: Zum Enteignungsprojekt. Offenes Wort eines preussischen Staatsbürgers polnischer Nationalität. Mit einem Brief des Prof. Hans Delbrück als Vorwort, Posen [1907].
VIETINGHOFF, LEOPOLD VON: Die Sicherheiten der deutschen Zukunft, Leipzig 1915.
WAGNER, FRANZ: Der Polenring. Mit einer Sammlung polnischer Preßstimmen, Berlin 1899 [WAGNER, Polenring].
DERS.: Enteignung und Einspruchsrecht in den Ostmarken, Berlin 1907 [WAGNER, Enteignung].
DERS.: Enteignungsrecht. Vorkaufsrecht. Einspruchsrecht, Berlin [1913] [WAGNER, Enteignungsrecht].
WAGNER, FRANZ – VOSBERG, FRITZ: Polenstimmen. Eine Sammlung von Äußerungen der polnischen Presse, Berlin 1902 [WAGNER/VOSBERG, Polenstimmen].
DIES.: Polenspiegel. Die Umtriebe der Polen nach ihrer eigenen Presse, Berlin 1908 [WAGNER/VOSBERG, Polenspiegel].
WAGNER, GEORG: Der Polenkoller. Skizze vom „Kriegsschauplatz" in den Ostmarken, Leipzig 1899 [WAGNER, Polenkoller].
WALTER: Landlose Polen? Eine Entgegnung auf die unter diesem Titel erschienene Broschüre, Lissa 1908.
WARSCHAUER, ADOLF (Bearb.): Die preußischen Registraturen in den polnischen Staatsarchiven, Warschau 1918 (Veröffentlichungen der Archiv-Verwaltung bei dem Deutschen Generalgouvernement Warschau, 2) [WARSCHAUER (Bearb.), Registraturen].
DERS.: Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten, Berlin 1926 [WARSCHAUER, Kulturarbeit].
WASILEWSKI, LEON: Die Judenfrage in Kongreß-Polen, ihre Schwierigkeiten und ihre Lösung, Wien 1915.
WEBER, MAX: Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland [1892], in: MARTIN RIESEBRODT (Hrsg.): Max Weber Gesamtausgabe (MWG), I/3, Tübingen 1984 [WEBER, Landarbeiter].
DERS.: Die ländliche Arbeitsverfassung [1893], in: WOLFGANG MOMMSEN (Hrsg.): Max Weber Gesamtausgabe (MWG) I/4. Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirt-

schaftpolitik. Schriften und Reden 1892-1899, Tübingen 1993, S. 165-198 [WEBER, Arbeitsverfassung].
DERS.: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede, Freiburg – Leipzig 1895 [WEBER, Nationalstaat].
WEGENER, LEO: Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen, Posen 1903 (zugl. Diss. Heidelberg).
WENDEL, HERMANN: Die preußische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen, Berlin 1908.
WILHELM: Landlose Polen. Ein Wort zur Enteignungs-Vorlage, Berlin 1908.
WILLIGER, [GUSTAV]: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russisch-Polen und dem deutschen Reiche und die sich daraus für den Friedensschluß ergebenden Folgerungen, bearb. von der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln in Oppeln, Oppeln 1915 [WILLIGER, Beziehungen].
DERS.: Das Interesse Oberschlesiens an der Zukunft Polens, Oppeln 1917 [WILLIGER, Interesse].
WITTEN, M. v. [Pseud. Gottschall, Margarete v.]: Unsere Ostmark, Lissa 1907.
Wreschner Schulprozess vor der II. Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Gnesen, Posen 1902.
WUNDERLICH, ERICH (Hrsg.): Handbuch von Polen. Beiträge zu einer allgemeinen Landeskunde, Berlin 1917 [WUNDERLICH (Hrsg.), Handbuch].
ZAWADZKA, MARIE VON: Der Kampf um den Boden in Posen und Westpreußen, Bern 1909.
ZIMMER, HEINRICH: Randglossen eines Keltisten zum Schulstreik in Posen-Westpreußen und zur Ostmarkenfrage, Berlin 1907.
ZORN, PHILIPP: Die Deutsche Staatssprache. Zwei Abhandlungen, Berlin 1903.
Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit. Tätigkeit und Aufgaben neupreußischer Kolonisation in Westpreußen und Posen, Berlin 1907.
Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, Berlin 1917.

Sekundärliteratur

ACKERMANN, JENS P.: Die Geburt des modernen Propagandakrieges im Ersten Weltkrieg. Dietrich Schäfer, Gelehrter und Politiker, Frankfurt am Main u.a. 2004.
ANDERSON, MARGARET LAVINIA: Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009.
ASCHHEIM, STEVEN E.: Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800-1923, Madison/WI 1982.
BACHMANN, KLAUS: Die außenpolitische Relevanz panslawistischer Tendenzen in Polen und der Ukraine vor dem Ersten Weltkrieg, in: GUN-BRITT KOHLER, RAINER GRÜBEL u.a. (Hrsg.): Habsburg und die Slavia, Frankfurt am Main u.a. 2008 (Mitteleuropa – Osteuropa, 10), S. 77-97.
BADE, KLAUS J.: „Kulturkampf" auf dem Arbeitsmarkt: Bismarcks „Polenpolitik" 1885-1890, in: OTTO PFLANZE (Hrsg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-

Reiches, München – Wien 1983 (Schriften des Historischen Kollegs, 2), S. 121-142 [Bade, Kulturkampf].
Ders.: „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“. Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 91-162 [Bade, Preußengänger].
Baier, Roland: Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, Köln – Wien 1980.
Balzer, Brigitte: Das Vereins- und Versammlungsrecht im Rahmen der Polenpolitik der preußischen Regierung. Maßnahmen der preußischen Regierung und der Provinzialbehörde Posens von den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Reichsvereinsgesetz von 1908, in: Studia Historica Slavo-Germanica 13 (1984), S. 77-96 [Balzer, Versammlungsrecht].
Dies.: Die preussische Polenpolitik 1894-1908 und die Haltung der deutschen konservativen und liberalen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen), Frankfurt am Main u.a. 1990 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 434) [Balzer, Polenpolitik].
Banach, Jacek: Niemiecka polityka narodowościowa w Prusach zachodnich w latach 1900-1914 w świetle polskiej prasy pomorskiej [Die deutsche Nationalitätenpolitik in Westpreußen 1900-1914 im Lichte der polnischen pommerschen Presse], Toruń 1993 [Banach, Niemiecka polityka narodowościowa].
Ders.: Prasa polska Prus Zachodnich w latach 1848-1914 [Die polnische Presse Westpreußens in den Jahren 1848-1914], Gdańsk 1999 [Banach, Prasa polska].
Barelkowski, Matthias: Die Presselandschaft in der Provinz Posen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Recherchen und Überlegungen zu einer vernachlässigten Quellengruppe, in: Stefan Dyroff, Krystyna Radziszewska u.a. (Hrsg.): Lodz jenseits von „Fabriken, Wildwest und Provinz“. Kulturwissenschaftliche Studien über die Deutschen in und aus den polnischen Gebieten, München 2009 (Polono-Germanica, 4), S. 189-207.
Basse, Dieter: Wolff’s Telegraphisches Bureau, 1849 bis 1933. Agenturpublizistik zwischen Politik und Wirtschaft, München 1991 (Kommunikation und Politik, 21).
Batowski, Henryk: Trialismus, Subdualismus oder Personalunion. Zum Problem der österreichisch-polnischen Lösung (1914-1918), in: Studia Austro-Polonica 1 (1978), S. 7-19.
Beaupré, Nicolas: Eine Flut von Büchern in den kriegführenden Ländern, in: Marie Thomas (Hrsg.): 1914-1918. In Papiergewittern. Die Kriegssammlungen der Bibliotheken, Paris 2008, S. 218-220.
Belzyt, Leszek: Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815-1914. Die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar, Marburg 1998 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, 3).
Bemmann, Martin: „... kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“. Zur forst- und landwirtschaftlichen Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau durch die deutsche Besatzungsmacht, 1915-1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 55 (2007), S. 1-33.

BENDER, KLAUS: Vossische Zeitung (1617-1934), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 25-39.

BERGER, MICHAEL: Eisernes Kreuz und Davidstern. Die Geschichte jüdischer Soldaten in Deutschen Armeen, Berlin 2006.

BIEDERMANN, GERD S.: Polen im Urteil der nationalpreußischen Historiographie des 19. Jahrhunderts, maschinenschriftl. Diss, Erlangen-Nürnberg 1967.

BIEFANG, ANDREAS: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck" 1871-1890, Düsseldorf 2009 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 156).

BJORK, JAMES E.: Neither German nor Pole. Catholicism and National Indifference in a Central European Borderland, Ann Arbor/MI 2008.

BLANKE, RICHARD: An „Era of Reconciliation" in German-Polish Relations (1890-1894), in: Slavic Review 36 (1977), 1, S. 39-53 [BLANKE, Era].

DERS.: Orphans of Versailles. The Germans in Western Poland, 1918-1939, Lexington/KY 1993 [BLANKE, Orphans].

BÖMELBURG, HANS-JÜRGEN: Zwischen imperialer Geschichte und Ostmitteleuropa als Geschichtsregion: Oskar Halecki und die polnische „jagiellonische Idee", in: FRANK HADLER, MATHIAS MESENHÖLLER (Hrsg.): Vergangene Größe und Ohnmacht in Ostmitteleuropa. Repräsentationen imperialer Erfahrung in der Historiographie seit 1918, Leipzig 2007 (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert, 8), S. 99-133.

BORODZIEJ, WŁODZIMIERZ: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010 (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert).

BÖSCH, FRANK: Zeitungsberichte im Alltagsgespräch. Mediennutzung, Medienwirkung und Kommunikation im Kaiserreich, in: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung 49 (2004), 3, S. 319-336 [BÖSCH, Zeitungsberichte].

DERS.: Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880-1914, München 2009 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 65) [BÖSCH, Geheimnisse].

DERS.: Parlamente und Medien. Deutschland und Großbritannien seit dem späten 19. Jahrhundert, in: ANDREAS SCHULZ, ANDREAS WIRSCHING (Hrsg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 162; Parlamente in Europa, 1), S. 371-388 [BÖSCH, Parlamente].

BOYSEN, JENS: Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815-1914), Marburg 2008 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 18) [BOYSEN, Armee].

DERS.: Nationale Minderheiten (Polen und Elsass-Lothringer) im preußisch-deutschen Heer während des Ersten Weltkriegs 1914-1918, in: JOACHIM TAUBER (Hrsg.): Über den Weltkrieg hinaus. Kriegserfahrungen in Ostmitteleuropa 1914-1921, Lüneburg 2009 (Nordost-Archiv N.F., 17), S. 108-136 [BOYSEN, Minderheiten].

BRANDT, HARM-HINRICH: Von Bruck zu Naumann. „Mitteleuropa" in der Zeit der Paulskirche und des Ersten Weltkrieges, in: MICHAEL GEHLER, RAINER F. SCHMIDT

u.a. (Hrsg.): Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996 (Historische Mitteilungen/Beiheft, 15), S. 315-352.

Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt am Main 1972.

Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914" und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.

Burkhardt, Armin: Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation, Tübingen 2003 (Germanistische Linguistik, 241).

Buszko, Józef: The Austro-Hungarian Empire and the Expropriation of Poles under Prussian Domination (1908-1914), in: Polish Western Affairs 6 (1965), 2, S. 353-377.

Chickering, Roger: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002.

Conrad, Sebastian: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006 [Conrad, Globalisierung].

Ders.: Globalisierungseffekte: Mobilität und Nation im Kaiserreich, in: Sven Oliver Müller, Cornelius Torp (Hrsg.): Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S. 406-421 [Conrad, Globalisierungseffekte].

Conze, Werner: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln – Graz 1958 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, 4).

Creutz, Martin: Die Pressepolitik der kaiserlichen Regierung während des Ersten Weltkriegs. Die Exekutive, die Journalisten und der Teufelskreis der Berichterstattung, Frankfurt am Main u.a. 1996 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 704).

Czubiński, Antoni: Powstanie Wielkopolskie 1918-1919. Geneza – charakter – znaczenie [Der großpolnische Aufstand 1918-1919. Genese – Charakter – Bedeutung], Poznań 1978.

Dąbrowska, Jarochna: Stereotype und ihr sprachlicher Ausdruck im Polenbild der deutschen Presse. Eine textlinguistische Untersuchung, Tübingen 1999.

Daniel, Ute: Einkreisung und Kaiserdämmerung. Ein Versuch, der Kulturgeschichte der Politik vor dem Ersten Weltkrieg auf die Spur zu kommen, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.): Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Berlin 2005 (Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 35), S. 279-328 [Daniel, Einkreisung].

Dies.: Ende eines Bildungsgenres: Überlegungen zum narrativen Wandel der Kriegsberichterstattung im Umfeld des Ersten Weltkriegs, in: Nikolaus Buschmann, Ute Planert (Hrsg.): Vom Wandel eines Ideals. Bildung, Universität und Gesellschaft in Deutschland, Bonn 2010 (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 86), S. 111-124 [Daniel, Ende].

Davies, Norman: God's Playground. A History of Poland. Volume II: 1795 to the Present, Oxford 1981 [Davies, God's Playground].

Ders.: Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2000 [Davies, Im Herzen].

Didier, Christophe: Die Spuren des Krieges sammeln, in: Marie Thomas (Hrsg.): 1914-1918. In Papiergewittern. Die Kriegssammlungen der Bibliotheken, Paris 2008, S. 16-27.

DORNIK, WOLFRAM – LIEB, PETER: Misconceived Realpolitik in a Failing State: The Political and Economical Fiasco of the Central Powers in the Ukraine, 1918, in: First World War Studies 4 (2013), 1, S. 111-124.

DRUMMOND, ELIZABETH A.: On the Borders of the Nation: Jews and the German-Polish National Conflict in Poznania, 1886-1914, in: Nationalities Papers 29 (2001), 3, S. 459-475 [DRUMMOND, Borders].

DIES.: „Einen kräftigen Damm gegen die polnische Hochflut zu errichten“ – Kultur und Natur im deutschen Ostmarkendiskurs 1886-1914, in: WOLFGANG BIALAS (Hrsg.): Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten, Frankfurt am Main u.a. 2002, S. 99-113 [DRUMMOND, „Einen kräftigen Damm“].

DIES.: From „verloren gehen“ to „verloren bleiben“. Changing German Discourses on Nation and Nationalism in Poznania, in: CHARLES INGRAO, FRANZ A. J. SZABO (Hrsg.): The Germans and the East, West Lafayette/IN 2008 (Central European Studies), S. 226-240 [DRUMMOND, From „verloren gehen“].

DUBIEL, PAWEŁ: Memoriał Adama Napieralskiego w sprawie odbudowy państwa polskiego [Eine Denkschrift Adam Napieralskis in der Frage des Wiederaufbaus des polnischen Staates], in: Zaranie Śląskie 33 (1970), 2, S. 302-312.

DUNIN-WĄSOWICZ, KRZYSZTOF: Warszawa w 1914 roku [Warschau im Jahr 1914], in: Dzieje Najnowsze 36 (2004), 3, S. 55-62.

DUSSEL, KONRAD: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004.

DYROFF, STEFAN: Ortsnamen im Gebiet der Provinz Posen. Zwischen Tradition, Fremdheitsgefühl und Nationalisierung, in: PETER OLIVER LOEW, CHRISTIAN PLETZING u.a. (Hrsg.): Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Europas, Wiesbaden 2006 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, 22), S. 278-297 [DYROFF, Ortsnamen].

DERS.: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871-1939, Osnabrück 2007 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 19) [DYROFF, Erinnerungskultur].

EDDIE, SCOTT M.: Ethno-Nationality and Property Rights in Land in Prussian Poland, 1886-1918. Buying the Land from under the Poles' Feet?, in: STANLEY L. ENGERMAN, JACOB METZER (Hrsg.): Land Rights, Ethno-Nationality, and Sovereignty in History, London – New York 2004, S. 56-86 [EDDIE, Ethno-Nationality].

DERS.: The Prussian Settlement Commission and Its Activities in the Land Market, 1886-1918, in: ROBERT L. NELSON (Hrsg.): Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 through the Present, Basingstoke 2009, S. 39-63 [EDDIE, Prussian Settlement Commission].

ENGELDINGER, WOLFGANG: Die Beziehungen zwischen der deutschen und polnischen Intelligenz und dem Bürgertum in Posen vor 1914, in: HELGA SCHULTZ (Hrsg.): Preußens Osten – Polens Westen. Das Zerbrechen einer Partnerschaft, Berlin 2001, S. 73-90 (Frankfurter Studien zur Grenzregion, 7).

ENGELSING, ROLF: Massenpublikum und Journalistentum im 19. Jahrhundert in Nordwestdeutschland, Berlin 1966 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1).

EPKENHANS, MICHAEL: Die Politik der militärischen Führung 1918: „Kontinuität der Illusionen und das Dilemma der Wahrheit“, in: JÖRG DUPPLER, GERHARD P. GROSS (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999 (Beiträge zur Militärgeschichte, 53), S. 217-233.

FEDYSHYN, OLEH S.: Germany’s Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-18, New Brunswick 1971.

FIGOWA, FELICJA: Napieralski i Korfanty wobec Niemiec i sprawy polskiej w początkach pierwszej wojny światowej [Napieralski und Korfanty gegenüber Deutschland und der polnischen Frage zu Beginn des Ersten Weltkrieges], in: Zaranie Śląskie 23 (1960), 2, S. 194-210.

FISCHER, FRITZ: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 3. Aufl., Düsseldorf 1964 [FISCHER, Griff].

FISCHER, HEINZ-DIETRICH: Deutsche Allgemeine Zeitung (1861-1945), in: DERS. (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 269-281 [FISCHER, Deutsche Allgemeine Zeitung].

FLEMMING, JENS: Fremdheit und Ausbeutung. Großgrundbesitz, „Leutenot“ und Wanderarbeiter im Wilhelminischen Deutschland, in: HEINZ REIF (Hrsg.): Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 345-360.

FLORKOWSKA-FRANČIĆ, HALINA: Das Gedenken an Tadeusz Kościuszko in Polen und im Ausland (1817-1917), in: MARTIN AUST, KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ u.a. (Hrsg.): Verflochtene Erinnerungen. Polen und seine Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 2009 (Visuelle Geschichtskultur, 3), S. 69-95.

FRÖLICH, JÜRGEN: Friedrich Naumanns „Mitteleuropa“. Ein Buch, seine Umstände und seine Folgen, in: RÜDIGER VOM BRUCH (Hrsg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit, Berlin – New York 2000, S. 245-267.

FÜHRER, KARL CHRISTIAN – HICKETHIER, KNUT – SCHILDT, AXEL: Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 1-38.

GABRYŚ, ANNA – LANDGREBE, ALIX – PLEITNER, BERIT: „Für Eure und unsere Freiheit!“ Deutsche und Polen im Europäischen Völkerfrühling 1830-1848/49. Ein Forschungsprojekt für eine deutsch-polnisch-französische Ausstellung, in: WOLFGANG MICHALKA, ERARDO C. RAUTENBERG u.a. (Hrsg.): Polenbegeisterung. Ein Beitrag im „Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006“ zur Wanderausstellung „Frühling im Herbst. Vom polnischen November zum deutschen Mai. Das Europa der Nationen 1830-1832“, Berlin 2005, S. 13-53.

GALOS, ADAM: Stanisław Turno i Hans Delbrück [Stanisław Turno und Hans Delbrück], in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 44 (1989), 3, S. 335-358 [GALOS, Stanisław Turno].

DERS.: Z dziejów genezy jednego paragrafu [Zur Genese eines Paragraphen], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie (1994), 2-3, S. 247-259 [GALOS, Z dziejów].

DERS.: Lewica mieszczańska a polityka bloku Bülowa (Geneza wniesienia do parlamentu niemieckiego projektu ustawy o związkach i zgromadzeniach) [Die bürgerliche Linke und die Politik des Bülow-Blocks (Die Entstehungsgeschichte der Ein-

bringung eines Gesetzentwurfs über die Vereine und Versammlungen ins deutsche Parlament)], in: Kwartalnik Historyczny 105 (1998), 2, S. 53-69 [Galos, Lewica mieszczańska].

Ders.: Koniec misji berlińskiej Wilhelma Feldmana i jej skutki [Der Abschluss der Berliner Mission von Wilhelm Feldman und ihre Folgen], in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 60 (2005), 1, S. 1-22 [Galos, Koniec].

Garlicka, Aleksandra: Organizacja akcji prasowej Naczelnego Komitetu Narodowego [Die Organisation der Presseaktivitäten des Obersten Nationalkomitees], in: Roczniki Historii Czasopiśmiennictwa Polskiego 3 (1964), 2, S. 86-144 [Garlicka, Organizacja].

Dies.: Prasa w Królestwie Polskim pod okupacją niemiecką i austriacką [Die Presse im Königreich Polen unter deutscher und österreichischer Besatzung], in: Jerzy Łojek (Hrsg.): Prasa polska w latach 1864-1918, Warszawa 1976 (Historia prasy polskiej), S. 272-291 [Garlicka, Prasa].

Gaul, Jerzy: The Austro-Hungarian Empire and Its Political Allies in the Polish Kingdom 1914-1918, in: Andreas Gottsmann (Hrsg.): Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie, Wien 2007 (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturinstitut in Rom: Abhandlungen, 14), S. 203-221.

Gawlitta, Severin: Zwischen Einladung und Ausweisung. Deutsche bäuerliche Siedler im Königreich Polen 1815-1915, Marburg 2009 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 20) [Gawlitta, Einladung].

Ders.: „Darum vor allem sind wir untereinander Brüder". Transfer und Implementierung nationaler Identität unter deutschen Kolonisten in Mittelpolen 1915-1919, in: Beate Störtkuhl, Jens Stüben u.a. (Hrsg.): Aufbruch und Krise. Das östliche Europa und die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg, Oldenburg 2010, S. 243-256 [Gawlitta, Brüder].

Geiss, Immanuel: Der polnische Grenzstreifen. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck – Hamburg 1960.

Gentzen, Felix-Heinrich: Der Posener Schulstreik 1906/07, in: Jahrbuch für Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen und Geschichte Ost- und Mitteleuropas 2 (1958), S. 156-225 [Gentzen, Schulstreik].

Ders.: Der deutsche Ostmarkenverein von 1914 bis 1918, in: Adam Galos, Felix-Heinrich Gentzen u.a. (Hrsg.): Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein (1894-1934). Ein Beitrag zur Geschichte der Ostpolitik des deutschen Imperialismus, Berlin (Ost) 1966 (Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und Volkspolens), S. 265-314 [Gentzen, Ostmarkenverein].

Gilbert, Ursula Susanna: Hellmut von Gerlach (1866-1935). Stationen eines deutschen Liberalen vom Kaiserreich zum „Dritten Reich", Frankfurt am Main 1984.

Glabiszewski, Jakub: Rosja w myśli politycznej Wilhelma Feldmana [Russland im politischen Denken Wilhelm Feldmans], in: Studia Historyczne 50 (2007), 1, S. 45-62.

Glück, Helmut: Die preußisch-polnische Sprachenpolitik. Eine Studie zur Theorie und Methodologie der Forschung über Sprachenpolitik, Sprachbewußtsein und

Sozialgeschichte am Beispiel der preußisch-deutschen Politik gegenüber der polnischen Minderheit vor 1914, Hamburg 1979.
GOLCZEWSKI, FRANK: Deutsche und Ukrainer, 1914-1939, Paderborn u.a. 2010.
GOMOLEC, LUDWIK: Strajk szkolny w Poznańskiem na początku XX wieku [Der Schulstreik im Posener Land zu Beginn des 20. Jahrhunderts], in: Przegląd Zachodni 7 (1951), 3, S. 132-143.
GORGES, IRMELA: Sozialforschung in Deutschland 1872-1914. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1980.
GOSEWINKEL, DIETER: Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2001 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 150).
GRABOWSKI, SABINE: Deutscher und polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straż 1894-1914, Marburg 1998 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 3) [GRABOWSKI, Nationalismus].
DIES.: Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straż im Alltag des Nationalitätenkampfes, in: HELGA SCHULTZ (Hrsg.): Preußens Osten – Polens Westen. Das Zerbrechen einer Partnerschaft, Berlin 2001 (Frankfurter Studien zur Grenzregion, 7), S. 111-130 [GRABOWSKI, Ostmarken-Verein].
GREIM, ARMIN – MEERGANS, HANS u.a. (Bearb.): Sechzig Jahre Leipziger Volkszeitung 1894-1954, Leipzig 1954.
GROSS, GERHARD P. (Hrsg.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, Paderborn u.a. 2006 (Zeitalter der Weltkriege, 1).
GROSSER, DIETER: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Den Haag 1970 (Studien zur Regierungslehre und internationalen Politik, 1).
GROT, ZDZISŁAW: Sprawa wrzesińska [Die Wreschener Affäre], in: Przegląd Zachodni 7 (1951), 3, S. 72-131 [GROT, Sprawa wrzesińska].
DERS.: Wypadki wrzesińskie [Die Wreschener Ereignisse], in: DERS. (Hrsg.): Wydarzenia wrzesińskie w roku 1901. Praca zbiorowa [Die Ereignisse in Wreschen im Jahre 1901], Poznań 1964, S. 56-101 [GROT, Wypadki wrzesińskie].
GROT, ZDZISŁAW – ROTHBARTH, MARIA – WERNER, HEIDRUN: Koła Polskie – Polnische Fraktionen im preußischen Landtag und im Reichstag, 1848-1918, in: DIETER FRICKE, WERNER FRITSCH u.a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 3, Leipzig 1985, S. 258-267 [GROT/ROTHBARTH/WERNER, Koła Polskie].
GURATZSCH, DANKWART: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974 (Studien zur modernen Geschichte, 7).
GUTSCHE, WILLIBALD: Bethmann Hollweg und die Politik der „Neuorientierung". Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des ersten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 13 (1965), 2, S. 209-234.
GZELLA, JACEK: Zaborcy i sąsiedzi w myśl społeczno-politycznej Władysława Studnickiego (do 1939 roku) [Die Besatzungsmächte und die Nachbarn Polens in den

gesellschaftlich-politischen Ansichten von Władysław Studnicki (bis 1939)], Toruń 1998.
HABERMAS, JÜRGEN: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962 (Politica, 4).
HAGEN, WILLIAM W.: Germans, Poles, and Jews. The Nationality Conflict in the Prussian East, 1772-1914, Chicago u.a. 1980.
HAHN, HANS HENNING: Deutschland und Polen in Europa. Überlegungen zur Interdependenz zweier nationaler Fragen im 19. Jahrhundert, in: DERS., WOLFGANG JACOBMEYER u.a. (Hrsg.): Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa, Hannover 1995, S. 4-15 [HAHN, Deutschland].
DERS.: 12 Thesen zur Stereotypenforschung, in: DERS., ELENA MANNOVÁ (Hrsg.): Nationale Wahrnehmungen und ihre Stereotypisierung. Beiträge zur Historischen Stereotypenforschung, Frankfurt am Main u.a. 2007 (Mitteleuropa – Osteuropa, 9), S. 15-24 [HAHN, 12 Thesen].
HAHN, HANS HENNING – HAHN, EVA: Der „deutsche Osten" – Mythos? Realität? Verlorenes Traumland?, in: IZABELA SURYNT, MAREK ZYBURA (Hrsg.): Narrative des Nationalen. Deutsche und polnische Nationaldiskurse im 19. und 20. Jahrhundert, Osnabrück 2010 (Studia Brandtiana. Veröffentlichungen des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław, 2), S. 379-396.
HAHN, HANS HENNING – KUNZE, PETER (Hrsg.): Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin 1999.
HANSEN, GEORG – WENNING, NORBERT: Schulpolitik für andere Ethnien in Deutschland. Zwischen Autonomie und Unterdrückung, Münster u.a. 2003 (Lernen für Europa, 9).
HARDTWIG, WOLFGANG: Erinnerung, Wissenschaft, Mythos. Nationale Geschichtsbilder und politische Symbole in der Reichsgründungsära und im Kaiserreich, in: DERS. (Hrsg.): Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 224-263.
HAUSER, OSWALD: Polen und Dänen im Deutschen Reich, in: THEODOR SCHIEDER, ERNST DEUERLEIN (Hrsg.): Die Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970, S. 291-318.
HAUSNER, ARTHUR: Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges, Wien 1935.
HEENEMANN, HORST: Die Auflagenhöhen der deutschen Zeitungen. Ihre Entwicklung und Probleme, Berlin 1929.
HEIN-KIRCHER, HEIDI: Antemurale Christianitatis – Grenzsituation als Selbstverständnis, in: HANS HECKER (Hrsg.): Grenzen. Gesellschaftliche Konstitutionen und Transfigurationen, Essen 2006 (Europäische Schriften der Adalbert-Stiftung Krefeld, 1), S. 129-148.
HEMMERLING, ZYGMUNT: Stanowiski Koła Polskiego wobec reformy finansowej Rzeszy w roku 1908/09 [Die Haltung der Polnischen Fraktion in der Frage der Reichsfinanzreform 1908/09], in: Roczniki Historyczne 25 (1959), S. 277-307 [HEMMERLING, Stanowiski].
DERS.: Walka rządu pruskiego o obsadzenie stolicy arcybiskupiej gnieźnieńsko-poznańskiej w latach 1906-1914 [Der Kampf der preußischen Regierung um die Beset-

zung des Erzbistums Gnesen-Posen in den Jahren 1906-1914], in: Roczniki Historyczne 26 (1960), S. 195-224 [HEMMERLING, Walka].
HENSCHEL, CHRISTHARDT: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung". Überlegungen für einen „polnischen Grenzstreifen" im Ersten Weltkrieg, in: KAROLINE GIL, CHRISTIAN PLETZING (Hrsg.): Granica. Die deutsch-polnische Grenze vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, München 2010 (Colloquia Baltica, 19), S. 61-74.
HILDEBRAND, KLAUS: Das deutsche Ostimperium 1918. Betrachtungen über eine historische „Augenblickserscheinung", in: WOLFRAM PYTA, LUDWIG RICHTER (Hrsg.): Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb, Berlin 1998, S. 109-124.
HIPLER, BRUNO: Die Nationalismuskritik des Pädagogen Fr. W. Foerster, in: Zeitgeschichte 18 (1990/91), 5/6, S. 123-136.
HOERES, PETER: Die Slawen. Perzeptionen des Kriegsgegners bei den Mittelmächten. Selbst- und Feindbild, in: GERHARD P. GROSS (Hrsg.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, Paderborn u.a. 2006 (Zeitalter der Weltkriege, 1), S. 179-200.
HOFMANN, WOLFGANG: Das Ansiedlungsgesetz von 1904 und die preußische Polenpolitik, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 38 (1989), S. 251-285.
HOLZ, KURT A.: Münchner Neueste Nachrichten (1848-1945), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 191-207.
HOLZER, JERZY: 1918. Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates, in: Nordost-Archiv 2 (1993), S. 7-17.
HOLZER, JERZY – MOLENDA, JAN: Polska w Pierwszej Wojnie Światowej [Polen im Ersten Weltkrieg], Warszawa 1973.
HORN, EVA: Im Osten nichts Neues. Deutsche Literatur und die Ostfront des Ersten Weltkriegs, in: GERHARD P. GROSS (Hrsg.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, Paderborn u.a. 2006 (Zeitalter der Weltkriege, 1), S. 217-230.
HUBER, ERNST RUDOLF: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung, 1914-1919, Stuttgart u.a. 1978 [HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5].
DERS.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich, 3. Aufl., Stuttgart u.a. 1988 [HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 3].
HÜBINGER, GANGOLF: Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994 [HÜBINGER, Kulturprotestantismus].
DERS.: Die politischen Rollen europäischer Intellektueller im 20. Jahrhundert, in: DERS., THOMAS HERTFELDER (Hrsg.): Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart 2000 (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, 3), S. 30-44 [HÜBINGER, Rollen].

DERS.: Gelehrte-Intellektuelle im Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: DERS. (Hrsg.): Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte, Göttingen 2006, S. 227-247 [HÜBINGER, Gelehrte-Intellektuelle].

HUTTEN-CZAPSKI, BOGDAN VON: Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. 2 Bde., Berlin 1936.

IMHOF, KURT: „Öffentlichkeit“ als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 46 (1996), S. 3-25.

JACOBMEYER, WOLFGANG: „Da mußte fest und nachhaltig eingegriffen werden“. Urteile deutscher Schulgeschichtsbücher des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu den Teilungen Polens, in: HANS-JÜRGEN BÖMELBURG, BEATE ESCHMENT (Hrsg.): „Der Fremde im Dorf“. Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, Lüneburg 1998, S. 249-282.

JÄGER, WOLFGANG: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 61).

JAKÓBCZYK, WITOLD: Der deutsche Ostmarkenverein von 1900 bis 1914, in: ADAM GALOS, FELIX-HEINRICH GENTZEN u.a. (Hrsg.): Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein (1894-1934). Ein Beitrag zur Geschichte der Ostpolitik des deutschen Imperialismus, Berlin (Ost) 1966 (Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und Volkspolens), S. 135-262 [JAKÓBCZYK, Ostmarkenverein].

DERS.: Pruska komisja osadnicza 1886-1919 [Die preußische Ansiedlungskommission 1886-1919], Poznań 1976 [JAKÓBCZYK, Pruska komisja osadnicza].

DERS.: Prasa w Wielkopolsce (1859-1918) [Die Presse in Großpolen (1859-1918)], in: JERZY ŁOJEK (Hrsg.): Historia prasy polskiej. Prasa polska w latach 1864-1918, Warszawa 1978, S. 177-201 [JAKÓBCZYK, Prasa].

JANUS, ELIGIUSZ: Konfessionelle Zivilgesellschaft im geteilten Polen, in: JÖRG HACKMANN, KLAUS ROTH (Hrsg.): Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart, München 2011 (Völker, Staaten und Kulturen in Ostmitteleuropa, 5), S. 159-170.

JAWORSKI, RUDOLF: Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871-1914), Göttingen 1986 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 70) [JAWORSKI, Handel].

DERS.: Osteuropa als Gegenstand historischer Stereotypenforschung, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 63-76 [JAWORSKI, Osteuropa].

DERS.: Psychologische Aspekte des „Feindbildes Polen“ in der neueren deutschen Geschichte, in: JERZY TOPOLSKI, WOJCIECH WRZOSEK (Hrsg.): Die methodologischen Probleme der deutschen Geschichte, Poznań 1991, S. 87-91 [JAWORSKI, Aspekte].

DERS.: Nationalstaat, Staatsnation und nationale Minderheiten. Zur Wechselwirkung dreier Konstrukte, in: HANS HENNING HAHN, PETER KUNZE (Hrsg.): Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin 1999, S. 19-27 [JAWORSKI, Nationalstaat].

DERS.: Zwischen Polenliebe und Polenschelte. Zu den Wandlungen des deutschen Polenbildes im 19. und 20. Jahrhundert, in: DIETRICH BEYRAU (Hrsg.): Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutsche in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1999, S. 55-70 [JAWORSKI, Polenliebe].

JEDLICKI, JERZY: A Suburb of Europe. Nineteenth-century Polish Approaches to Western Civilization, Budapest 1999.

JEISMANN, MICHAEL: Was bedeuten Stereotypen für nationale Identität und politisches Handeln, in: JÜRGEN LINK, WULF WÜLFING (Hrsg.): Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität, Stuttgart 1991 (Sprache und Geschichte, 16), S. 84-93.

JENSEN, UFFA: Die Macht des Flüchtigen. Bürgerliche Beobachter und der öffentliche Raum in den Flugschriften zur „Judenfrage" 1870-1890, in: HABBO KNOCH, DANIEL MORAT (Hrsg.): Kommunikation als Beobachtung. Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880-1960, München 2003, S. 81-97.

JERSCH-WENZEL, STEFI: Zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert, in: GOTTHOLD RHODE (Hrsg.): Juden in Ostmitteleuropa. Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg, Marburg 1989 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 3), S. 73-84.

JUNGBLUT, PETER: Unter vier Reichskanzlern. Otto Hammann und die Pressepolitik der deutschen Reichsleitung 1890 bis 1916, in: UTE DANIEL, WOLFRAM SIEMANN (Hrsg.): Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung (1789-1989), Frankfurt am Main 1994, S. 101-116.

KAŁĄŻNY, JERZY: Paulskirchenverfassung von 1848/1849 und Verfassung vom 3. Mai 1791. Finis coronat opus? Gescheiterte Verfassungen, die die Zukunft gestalteten, in: HANS HENNING HAHN, ROBERT TRABA (Hrsg.): Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 3: Parallelen, Paderborn u.a. 2012, S. 287-310.

KAMINSKI, TED M.: Bismarck and the Polish Question: The „Huldigungsfahrten" to Varzin in 1894, in: Canadian Journal of History 23 (1988), 2, S. 235-250 [KAMINSKI, Bismarck].

DERS.: Polish Publicists and Prussian Politics. The Polish Press in Poznan during the Neue Kurs of Chancellor Leo von Caprivi 1890-1894, Stuttgart 1988 (Studien zur modernen Geschichte, 38) [KAMINSKI, Polish Publicists].

DERS.: Koncepcje polityczne Józefa Kościelskiego [Die politischen Konzepte von Józef Kościelski], in: SŁAWOMIR KALEMBKA (Hrsg.): Studia z dziejów polskiej myśli politycznej. II. Polska myśl polityczna w dzielnicy pruskiej w XIX w., Toruń 1990, S. 139-150 [KAMINSKI, Koncepcje polityczne].

KAUFFMAN, JESSE CURTIS: Schools, State-Building, and National Conflict in German-Occupied Poland, 1915-1918, in: JENNIFER D. KEENE, MICHAEL S. NEIBERG (Hrsg.): Finding Common Ground. New Directions in First World War Studies, Leiden – Boston 2011 (History of Warfare, 62), S. 113-137 [KAUFFMAN, Schools].

DERS.: Warsaw University under German Occupation: State Building and Nation *Bildung* in Poland during the Great War, in: First World War Studies 4 (2013), 1, S. 65-79 [KAUFFMAN, Warsaw University].

KEPPLINGER, HANS MATHIAS: Wirkung der Massenmedien, in: ELISABETH NOELLE-NEUMANN, WINFRIED SCHULZ u.a. (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik, Massenkommunikation, Frankfurt am Main 2009, S. 651-702.

KERSKI, BASIL – KOTULA, ANDRZEJ – WÓYCICKI, KAZIMIERZ (Hrsg.): Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990, Osna-

brück 2003 (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband, 1).
KINDLER, KLAUS: Die Cholmer Frage 1905-1918, Frankfurt am Main u.a. 1990 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 424).
KITCHEN, MARTIN: The Silent Dictatorship. The Politics of the German High Command under Hindenburg and Ludendorff, 1916-1918, New York 1976.
KIZWALTER, TOMASZ – SKOWRONEK, JERZY: Droga do niepodległości czy program defensywny? Praca organiczna – programy i motywy [Weg zur Unabhängigkeit oder defensives Programm? Die organische Arbeit – Programme und Motive], Warszawa 1988.
KNEBEL, JERZY: Rząd pruski wobec sprawy polskiej w latach 1914-1918 [Die preußische Regierung zur polnischen Frage in den Jahren 1914-1918], Poznań 1963.
KOCH, CHRISTOPH (Hrsg.): Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik, München 2009.
KOLB, EBERHARD: Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte 26 (1975), S. 111-127.
KÖNIG, WOLFGANG: Information, Kommunikation, Unterhaltung. Die technische Entwicklung der Massenmedien, in: UTE DANIEL, AXEL SCHILDT (Hrsg.): Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln u.a. 2010 (Industrielle Welt, 77), S. 59-83.
KONNO, HAJIME: Max Weber und die polnische Frage (1892-1920). Eine Betrachtung zum liberalen Nationalismus im wilhelminischen Deutschland, Baden-Baden 2004.
KOPP, KRISTIN: Constructing Racial Difference in Colonial Poland, in: ERIC AMES, MARCIA KLOTZ u.a. (Hrsg.): Germany's Colonial Pasts, Lincoln – London 2005, S. 76-96 [KOPP, Constructing].
DIES.: Gray Zones: On the Inclusion of „Poland" in the Study of German Colonialism, in: MICHAEL PERRAUDIN, JÜRGEN ZIMMERER (Hrsg.): German Colonialism and National Identity, New York 2010, S. 33-42 [KOPP, Gray Zones].
DIES.: Arguing the Case for a Colonial Poland, in: VOLKER LANGBEHN, MOHAMMAD SALAMA (Hrsg.): German Colonialism. Race, the Holocaust, and Postwar Germany, New York 2011, S. 146-163 [KOPP, Arguing].
DIES.: Germany's Wild East. Constructing Poland as Colonial Space, Ann Arbor/MI 2012 [KOPP, Germany's Wild East].
KORFINI-STACHNIK, MAŁGORZATA: Echa strajku Dzieci Wrzesińskich [Das Echo des Streiks der Wreschener Kinder], in: Strajk szkolny we Wrześni w 1901 roku. Sesja popularnonaukowa zorganizowana w dniu 11.05.2001 r. w 100. rocznicę strajku Dzieci Wrzesińskich, Września 2001, S. 57-68.
KORTH, RUDOLF: Die preussische Schulpolitik und die polnischen Schulstreiks. Ein Beitrag zur preussischen Polenpolitik der Ära Bülow, Würzburg 1963 (Marburger Ostforschungen, 23).
KOSSERT, ANDREAS: Masuren. Ostpreußens vergessener Süden, Berlin 2001 [KOSSERT, Masuren].
DERS.: Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2006 [KOSSERT, Ostpreußen].

KOSZYK, KURT: Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968.
KOT, STANISŁAW: Kilka uwag o działalności politycznej W. Feldmana w okresie wojny światowej [Einige Anmerkungen über die politische Tätigkeit W. Feldmans in der Zeit des Weltkrieges], in: Pamięci Wilhelma Feldmana, Kraków 1922, S. 108-125.
KOTELNICKA, IWONA: Wilhelm Feldman – ein polnisch-jüdischer Publizist in den Diskussionen seiner Zeit, in: ELEONORE LAPPIN, MICHAEL NAGEL (Hrsg.): Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Bd. 1: Identität, Nation, Sprache, Bremen 2008 (Die jüdische Presse – Kommunikationsgeschichte im europäischen Raum, 6), S. 209-228.
KOTOWSKI, ALBERT S.: Polen in Deutschland. Religiöse Symbolik als Mittel der nationalen Selbstbehauptung (1870-1918), in: HEINZ-GERHARD HAUPT, DIETER LANGEWIESCHE (Hrsg.): Nation und Religion in Europa. Mehrkonfessionelle Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main – New York 2004, S. 253-279 [KOTOWSKI, Polen].
DERS.: Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871-1918, Düsseldorf 2007 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 150) [KOTOWSKI, Staatsräson].
KOZIEŁEK, GERARD: Polenlieder. Eine Anthologie, Stuttgart 1982.
KRAMER, ROLF: Kölnische Volkszeitung (1860-1941), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 257-267.
KRAMSKI, ALEKSANDER: W obliczu klęski – lata 1917-1920 [Im Angesicht der Niederlage – Die Jahre 1917-1920], in: BOLESŁAW GRZEŚ, JERZY KOZŁOWSKI u.a. (Hrsg.): Niemcy w Poznańskiem wobec polityki germanizacyjnej 1815-1920, Poznań 1976, S. 360-431.
KRASUSKI, JERZY: „Grenzboten“ o sprawie polskiej (1900-1918) [Die Grenzboten über die polnische Frage (1900-1918)], in: Przegląd Zachodni 14 (1958), 6, S. 371-382 [KRASUSKI, „Grenzboten“].
DERS.: Zagadnienie polskie w publicystyce Hansa Delbrücka [Die polnische Frage in der Publizistik Hans Delbrücks], in: Przegląd Zachodni 14 (1958), 3, S. 64-81 [KRASUSKI, Zagadnienie polskie].
DERS.: Spór o orientację imperializmu niemieckiego w dobie wilhelmińskiej. Poglądy polityczne Hansa Delbrücka [Der Streit über die Einstellungen des deutschen Imperialismus in der Wilhelminischen Zeit. Die politischen Ansichten Hans Delbrücks], Poznań 1961 [KRASUSKI, Spór].
DERS.: Tragiczna niepodległość. Polityka zagraniczna Polski w latach 1919-1945 [Tragische Unabhängigkeit. Die Außenpolitik Polens in den Jahren 1919-1945], Poznań 2000 [KRASUSKI, Tragiczna niepodległość].
DERS.: Polska – Niemcy. Stosunki polityczne od zarania po czasy najnowsze [Polen – Deutschland. Politische Beziehungen von Beginn bis zur neuesten Zeit], Poznań 2003 [KRASUSKI, Polska – Niemcy].
KREBS, BERND: Nationale Identität und kirchliche Selbstbehauptung. Julius Bursche und die Auseinandersetzungen um Auftrag und Weg des Protestantismus in Polen 1917-1939, Neukirchen-Vluyn 1993 (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, 6).

Kries, Wolfgang von: Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen, in: Preußische Jahrbücher 233 (1933), 2, S. 133-158 [Kries, Staatsverwaltung].
Ders.: Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, in: Preußische Jahrbücher 235 (1934), 3, S. 221-248 [Kries, Ausnutzung].
Kronenbitter, Günther: Von „Schweinehunden“ und „Waffenbrüdern“. Der Koalitionskrieg der Mittelmächte 1914/15 zwischen Sachzwang und Ressentiment, in: Gerhard P. Gross (Hrsg.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, Paderborn u.a. 2006 (Zeitalter der Weltkriege, 1), S. 121-143.
Krzoska, Markus: Historische Mission und Pragmatismus. Die slawische Idee in Polen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Osteuropa 59 (2009), 12, S. 77-94.
Kuebart, Friedrich: Otto Hoetzsch – Historiker, Publizist, Politiker. Eine kritische biographische Studie, in: Osteuropa 25 (1975), 8/9, S. 603-621.
Kulak, Teresa: Postawy społeczeństwa polskiego na Górnym Śląsku w okresie I wojny światowej (1914-1918) [Die Haltung der polnischen Gesellschaft in Oberschlesien während des Ersten Weltkriegs (1914-1918)], in: Mieczysław Wojciechowski (Hrsg.): Społeczeństwo polskie na ziemiach pod panowaniem pruskim w okresie I wojny światowej (1914-1918), Toruń 1996, S. 7-24.
Kulczycki, John: Social Change in the Polish National Movement in Prussia before World War I, in: Nationalities Papers 4 (1976), 1, S. 17-53 [Kulczycki, Social Change].
Ders.: School Strikes in Prussian Poland 1901-1907. The Struggle over Bilingual Education, New York 1981 [Kulczycki, School Strikes].
Kusber, Jan: Vom Projekt zum Mythos: Die polnische Maiverfassung 1791, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), 8, S. 685-699.
Lawaty, Andreas: 1918. Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates, in: Nordost-Archiv 2 (1993), S. 19-34.
Łazuga, Waldemar: Galicja i Austro-Węgry [Galizien und Österreich-Ungarn], in: Stanisław Sierpowski (Hrsg.): Strajk dzieci wrzesińskich z perspektywy wieku, Poznań u.a. 2001, S. 89-104.
Lehnstaedt, Stephan: Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die „Nutzbarmachung“ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 61 (2012), 1, S. 1-26 [Lehnstaedt, Militärgeneralgouvernement Lublin].
Ders.: Dwie (różne) okupacje? Polityka gospodarcza Niemiec i Austro-Węgier w Królestwie Polskim w latach 1915-1918 [Zwei (unterschiedliche) Besatzungen? Die Wirtschaftspolitik Deutschlands und Österreich-Ungarns im Königreich Polen in den Jahren 1915-1918], in: Dzieje Najnowsze 45 (2013), 1, S. 17-33 [Lehnstaedt, Dwie (różne) okupacje].
Lemke, Heinz: Beselers Denkschrift vom 23.7.1916, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 4 (1960), S. 390-400 [Lemke, Denkschrift].
Ders.: Georg Cleinow und die deutsche Polenpolitik 1914-1916, in: Fritz Klein (Hrsg.): Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschen-

den Klassen im Ersten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1964, S. 134-166 [Lemke, Georg Cleinow].
Ders.: Die Haltung der Mittelmächte zur Errichtung einer theologischen Fakultät an der Warschauer Universität, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 17 (1968), S. 203-207 [Lemke, Haltung].
Ders.: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution), Berlin 1977 [Lemke, Allianz].
Lenartowicz, Janusz: Pamięć o wydarzeniach wrzesińskich z roku 1901 [Erinnerung an die Ereignisse in Wreschen im Jahr 1901], in: Strajk szkolny we Wrześni w 1901 roku. Sesja popularnonaukowa zorganizowana w dniu 11.05.2001 r. w 100. rocznicę strajku Dzieci Wrzesińskich, Września 2001, S. 69-94.
Leppien, Jörn-Peter: Theodor Brix – ein Kritiker der preußischen Nordschleswig-Politik (1888-1905), in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 95 (1970), S. 159-194.
Lewandowski, Jan: Okupacja austriacka w Królestwie Polskim (1914-1918) [Die österreichische Besatzung im Königreich Polen (1914-1918)], in: Dzieje Najnowsze 30 (1998), 4, S. 29-42.
Lilla, Joachim: Innen- und außenpolitische Aspekte der austropolnischen Lösung 1914-1916, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 30 (1977), S. 221-250.
Lindemann, Thomas: Die Macht der Perzeptionen und die Perzeption von Mächten (Beiträge zur politischen Wissenschaft, 118), Berlin 2000.
Lindenlaub, Dieter: Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik: Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890-1914), 2 Bde., Wiesbaden 1967.
Lindner-Wirsching, Almut: Patrioten im Pool. Deutsche und französische Kriegsberichterstatter im Ersten Weltkrieg, in: Ute Daniel (Hrsg.): Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. zum 21. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 113-140.
Liulevicius, Vejas Gabriel: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002 [Liulevicius, Kriegsland].
Ders.: The German Myth of the East. 1800 to the Present, Oxford 2009 [Liulevicius, German Myth].
Lorenz, Torsten: Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg, Berlin 2005 (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, 10).
Lorenz, Torsten – Müller, Uwe: National Segregation and Mass Mobilization. Polish Cooperatives in Poznania before the First World War, in: Torsten Lorenz (Hrsg.): Cooperatives in Ethnic Conflicts. Eastern Europe in the 19th and Early 20th Century, Berlin 2006, S. 183-200.
Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 75).
Makowski, Krzysztof A.: Polen, Deutsche und Juden und die preußische Politik im Großherzogtum Posen. Versuch einer neuen Sicht, in: Hans Henning Hahn,

Peter Kunze (Hrsg.): Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin 1999, S. 51-60 [Makowski, Polen].

Ders.: Siła mitu. Żydzi w Poznańskiem w dobie zaborów w piśmiennictwie historycznym [Die Macht des Mythos. Die Juden im Posener Land während der Teilungszeit im historiographischen Schrifttum], Poznań 2004 (Poznańskie Studia Historyczne, 3) [Makowski, Siła mitu].

Ders.: Polscy i niemieccy historycy o porozbiorowych dziejach Żydów w Poznańskiem [Polnische und deutsche Historiker über die Geschichte der Juden im Posener Land in der Teilungszeit], in: Studia Historica Slavo-Germanica 28 (2008-2010), S. 29-50 [Makowski, Historycy].

Marchlewski, Julian: Zur Polenpolitik der preussischen Regierung. Auswahl von Artikeln aus den Jahren 1897 bis 1923, Berlin (Ost) 1957 (Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, 14).

Maśnicki, Jerzy: Niemy kraj. Polskie motywy w europejskim kinie niemym (1896-1930) [Stummes Land. Polnische Motive im europäischen Kino des Stummfilms (1896-1930)], Gdańsk 2006.

Matthias, Erich (Bearb.): Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 1/II: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, Düsseldorf 1959.

Matuszek, Gabriela: „Der geniale Pole“? Stanisław Przybyszewski in Deutschland (1892-1992), Paderborn 1996.

Matwiejczyk, Witold: Niemieccy Katolicy w Poznańskiem a polityka narodowościowa rządu pruskiego 1871-1914 [Deutsche Katholiken im Posener Land und die Nationalitätenpolitik der preußischen Regierung 1871-1914], Lublin 2009.

Mayerhofer, Lisa: Zwischen Freund und Feind – Deutsche Besatzung in Rumänien 1916-1918, München 2010.

McClelland, Charles E.: Berlin Historians and German Politics, in: Journal of Contemporary History 8 (1973), 3, S. 3-33.

Metschies, Kurt: Presseausschnittsammlungen im Zentralen Staatsarchiv, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23 (1975), 1, S. 88-91.

Meyer, Günther: Das Pressearchiv des Bundes der Landwirte (1893-1945), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7 (1959), 5, S. 1121-1123.

Micińska, Magdalena: Inteligencja na rozdrożach, 1864-1918 [Intelligenz an Scheidewegen, 1864-1918], Warszawa 2008 (Dzieje inteligencji polskiej do roku 1918, 3).

Mikietyński, Piotr: Niemiecka droga ku Mitteleuropie. Polityka II Rzeszy wobec Królestwa Polskiego (1914-1916) [Der deutsche Weg in Richtung Mitteleuropa. Die Politik des Deutschen Reiches gegenüber dem Königreich Polen (1914-1916)], Kraków 2009.

Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 53).

Miś, Jan St.: Idea niepodległości w myśli politycznej Wilhelma Feldmana [Die Idee der Unabhängigkeit im politischen Denken Wilhelm Feldmans], in: ders. (Hrsg.):

Twórcy polskiej myśl politycznej, Wrocław 1978 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, 2), S. 107-134.

Molik, Witold: Dziennikarze polscy pod panowaniem pruskim 1890-1914. Próba charakterystyki [Polnische Journalisten unter preußischer Herrschaft 1890-1914. Versuch einer Charakteristik], in: Ryszarda Czepulis-Rastenis (Hrsg.): Inteligencja polska XIX i XX wieku. Studia 3, Warszawa 1983, S. 112-186 [Molik, Dziennikarze polscy].

Ders.: Das Bild des Deutschen im geteilten Polen vom Ende des 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Hans Süssmuth (Hrsg.): Deutschlandbilder in Polen und Russland, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, Baden-Baden 1993 (Schriften der Paul Kleinewefers Stiftung, 1), S. 101-117 [Molik, Bild].

Ders.: Entwicklungsbedingungen und -mechanismen der polnischen Nationalbewegung im Großherzogtum Posen, in: Elitenwandel und Modernisierung in Osteuropa. Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1995, 2, S. 17-34 [Molik, Entwicklungsbedingungen].

Ders.: Posen als „Hauptstadt des deutschen Ostens“ und als „Hauptstadt des Polentums“ in den von Preußen beherrschen Gebieten = Poznań jako „stolica niemieckiego Wschodu“ i jako „stolica polskości“ na ziemiach pod panowaniem pruskim, in: Sophia Kemlein (Hrsg.): Postkarten erzählen Geschichte: Die Stadt Posen 1896-1918 = Pocztówki opowiadają historię: Miasto Poznań 1896-1918, Lüneburg 1997, S. 143-149 [Molik, Posen].

Ders.: Die preußische Polenpolitik im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Überlegungen zu Forschungsstand und -perspektiven, in: Hans Henning Hahn, Peter Kunze (Hrsg.): Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin 1999, S. 29-39 [Molik, Polenpolitik].

Ders.: Problem akulturacji na pograniczu polsko-niemieckim na przykładzie społeczeństwa polskiego w Poznańskiem w XIX i na początku XX wieku [Das Problem der Akkulturation im deutsch-polnischen Grenzgebiet am Beispiel der polnischen Gesellschaft im Posener Gebiet im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts], in: Edward Włodarczyk (Hrsg.): Pogranicze polsko-niemieckie. Przeszłość – Teraźniejszość – Przyszłość, Szczecin 2001, S. 43-60 [Molik, Problem akulturacji].

Ders.: Inteligencja polska w Poznańskiem w XIX i początkach XX wieku [Die polnische Intelligenz im Posener Land im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts], Poznań 2009 [Molik, Inteligencja polska].

Molik, Witold – Traba, Robert (Hrsg.): Procesy akulturacji/asymilacji na pograniczu polsko-niemieckim w XIX i XX wieku [Akkulturations- und Assimilationsprozesse im deutsch-polnischen Grenzgebiet im 19. und 20. Jahrhundert], Poznań 1999.

Mommsen, Wolfgang J.: Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollweg im Juli 1917, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 19 (1968), S. 656-671 [Mommsen, Meinung].

Ders.: Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914-1917, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), 2, S. 117-159 [Mommsen, Regierung].

DERS.: Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, in: RICHARD G. PLASCHKA, HORST HASELSTEINER u.a. (Hrsg.): Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995 (Zentraleuropa-Studien, 1), S. 3-24 [MOMMSEN, Mitteleuropaidee].

DERS.: Anfänge des *ethnic cleansing* und der Umsiedlungspolitik im Ersten Weltkrieg, in: EDUARD MÜHLE (Hrsg.): Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Marburg 2001 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 11), S. 147-162 [MOMMSEN, Anfänge].

DERS.: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg, 1914-1918, Stuttgart 2002 (Handbuch der deutschen Geschichte, 17) [MOMMSEN, Urkatastrophe].

MÜLLER, ACHIM: Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg, Marburg 2001 [MÜLLER, Annäherung].

MÜLLER, MICHAEL G. (Hrsg.): Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 16) [MÜLLER (Hrsg.), Nationalisierung].

MÜLLER, SVEN OLIVER: Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2002 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 158) [MÜLLER, Nation].

MÜLLER, UWE: Modernisierung oder Diskriminierung? Siedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen zwischen nationalitäten- und agrarpolitischen Zielen, in: DERS. (Hrsg.): Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867-1939), Berlin 2006 (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, 13), S. 141-166 [MÜLLER, Modernisierung].

MÜNSTERMANN, WILHELM: Die preußisch-deutsche Polenpolitik der Caprivizeit und die deutsche öffentliche Meinung, Gütersloh 1936.

MYSCHOR, CHRISTIAN: Dni Cesarskie w Poznaniu. Różne aspekty uroczystych wizyt Wilhelma II w mieście w latach 1902-1913 [Die Kaisertage in Posen. Verschiedene Aspekte der feierlichen Besuche Wilhelms II. in der Stadt in den Jahren 1902-1913], Poznań 2010.

NAUJOKS, EBERHARD: Die Grenzboten (1841-1922), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1973 (Publizistisch-historische Beiträge, 3), S. 155-166.

NAWROT, TOMASZ: Zwei Tendenzen in der deutschen Polenlyrik in der Zeit des Ersten Weltkrieges, in: Lubelskie Materiały Neofilologiczne 8 (1979), S. 149-159.

NELSON, ROBERT L.: The Archive for Inner Colonization, the German East, and World War I, in: DERS. (Hrsg.): Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 through the Present, Basingstoke 2009, S. 65-93 [NELSON, Archive].

DERS.: German Soldier Newspapers of the First World War, Cambridge u.a. 2011 (Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare) [NELSON, German Soldier Newspapers].

NEUBACH, HELMUT: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/1886. Ein Beitrag zu Bismarcks Polenpolitik und zur Geschichte des deutsch-polnischen

Verhältnisses, Wiesbaden 1967 (Marburger Ostforschungen, 27) [NEUBACH, Ausweisungen].
DERS.: Das Jahr 1894. Ein erneuter Wendepunkt in der Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses, in: Westpreußen-Jahrbuch 44 (1994), S. 119-130 [NEUBACH, 1894].
DERS.: Eduard v. Hartmanns Schlagwort vom „Ausrotten der Polen". Antipolonismus und Antikatholizismus im Kaiserreich. Mit einer Vorbemerkung von Gotthold Rhode, Herne 2003 [NEUBACH, Schlagwort].
NIPPERDEY, THOMAS: Deutsche Geschichte, 1866-1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, 3. Aufl., München 1994 [NIPPERDEY, Geschichte, Bd. 1].
DERS.: Deutsche Geschichte, 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, 3. Aufl., München 1995 [NIPPERDEY, Geschichte, Bd. 2].
NOSBERS, HEDWIG: Polnische Literatur in der Bundesrepublik Deutschland 1945/1949 bis 1990. Buchwissenschaftliche Aspekte, Wiesbaden 1999 (Buchwissenschaftliche Beiträge aus dem Deutschen Bucharchiv München, 63).
OBERZENSURSTELLE DES KRIEGSPRESSEAMTS (Hrsg.): Zensurbuch für die deutsche Presse, Berlin 1917, nachgedruckt in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg. Texte und Quellen, Berlin 1973, S. 194-275 [OBERZENSURSTELLE, Zensurbuch].
OBST, MICHAEL A.: „Einer nur ist Herr im Reiche". Kaiser Wilhelm II. als politischer Redner, Paderborn u.a. 2010 [OBST, Herr].
DERS. (Hrsg.): Die politischen Reden Kaiser Wilhelms II. Eine Auswahl, Paderborn u.a. 2011 (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, 15) [OBST (Hrsg.), Reden].
OLDENBURG, JENS: Der Deutsche Ostmarkenverein, 1894-1934, Berlin 2002.
OPPELLAND, TORSTEN: Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914-1918, Düsseldorf 1995 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 103).
ORŁOWSKI, HUBERT: „Polnische Wirtschaft". Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 21) [ORŁOWSKI, Wirtschaft].
DERS.: Nationerfindung und (Polens) Fremdwahrnehmung. Zur Funktion historischer Semantik und historischer Stereotypenforschung, in: WOLFGANG BIALAS (Hrsg.): Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten, Frankfurt am Main u.a. 2002, S. 79-98 [ORŁOWSKI, Nationerfindung].
DERS.: Die Lesbarkeit von Stereotypen. Der deutsche Polendiskurs im Blick historischer Stereotypenforschung und historischer Semantik, 2. Aufl., Wrocław – Görlitz 2005 [ORŁOWSKI, Lesbarkeit].
ORZECHOWSKI, MARIAN: Wojciech Korfanty. Biografia polityczna [Wojciech Korfanty. Politische Biografie], Wrocław 1975.
OSTERHAMMEL, JÜRGEN: „The Great Work of Uplifting Mankind": Zivilisierungsmission und Moderne, in: BORIS BARTH, JÜRGEN OSTERHAMMEL (Hrsg.): Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert, Konstanz 2005

(Historische Kulturwissenschaft, 6), S. 363-425 [Osterhammel, Zivilisierungsmission].
Ders.: Europe, the „West“ and the Civilizing Mission, London 2006 [Osterhammel, Europe].
Paddock, Troy R. E.: Creating the Russian Peril. Education, the Public Sphere, and National Identity in Imperial Germany, 1890-1914, Rochester/NY u.a. 2009.
Pajewski, Janusz: „Mitteleuropa“. Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie pierwszej wojny światowej [„Mitteleuropa“. Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus in der Zeit des Ersten Weltkrieges], Poznań 1959 (Prace Instytutu Zachodniego, 27) [Pajewski, „Mitteleuropa“].
Ders.: Polityka mocarstw centralnych wobec Polski podczas I wojny światowej [Die Politik der Mittelmächte gegenüber Polen im Ersten Weltkrieg], in: Roczniki Historyczne 28 (1962), S. 9-56 [Pajewski, Polityka].
Ders.: Odbudowa państwa polskiego 1914-1918 [Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914-1918], Warszawa 1978 [Pajewski, Odbudowa].
Ders.: Pierwsza wojna światowa 1914-1918 [Der Erste Weltkrieg 1914-1918], Warszawa 2004 [Pajewski, Pierwsza wojna światowa].
Paradowska, Maria: Bambrzy. Mieszkańcy dawnych wsi miasta Poznania [Die Bamberger. Die Bewohner der alten Dörfer von Posen], Poznań 1998.
Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 26).
Paupié, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959, Bd. 1: Wien, Wien 1960 [Paupié, Handbuch].
Ders.: Frankfurter Zeitung (1856-1943), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 241-256 [Paupié, Frankfurter Zeitung].
Pawłowski, Ignacy: Klub Państwowców Polskich, czyli germanofile w pierwszej wojnie światowej (VII 1916 – VII 1917) [Der Klub der polnischen Etatisten, oder: Germanophile im Ersten Weltkrieg, Juli 1916 – Juli 1917], in: Zeszyty Naukowe WAP. Seria Historyczna 15/48 (1967), S. 138-145.
Peschel, Andreas: Friedrich Naumanns und Max Webers „Mitteleuropa“. Eine Betrachtung ihrer Konzeptionen im Kontext mit den „Ideen von 1914“ und dem Alldeutschen Verband, Dresden 2005.
Piotrowski, Bernard: Die Dänen in Nordmark und die Polen in Ostmark (ca. 1880-1914). Bildung der modernen Nationalidentität, in: Jerzy Strzelczyk (Hrsg.): Slawen, Deutsche und Dänen in zwei historischen Grenzregionen (Schleswig-Holstein und Großpolen), Poznań 2001 (Publikacje Instytutu Historii UAM, 38), S. 141-157.
Pirko, Michał: Losy pruskiej ustawy wywłaszczeniowej w latach 1908-1912 [Das Schicksal des preußischen Enteignungsgesetzes in den Jahren 1908-1912], in: Roczniki Historyczne 29 (1963), S. 59-103 [Pirko, Losy].
Ders.: Niemiecka polityka wywłaszczeniowa na ziemiach polskich w l. 1907-1908 [Die deutsche Enteignungspolitik auf polnischem Boden in den Jahren 1907-1908], Warszawa 1963 [Pirko, Niemiecka polityka wywłaszczeniowa].

PLEITNER, BERIT: Die „vernünftige“ Nation. Zur Funktion von Stereotypen über Polen und Franzosen im deutschen nationalen Diskurs 1850 bis 1871, Frankfurt am Main u.a. 2001 (Mitteleuropa – Osteuropa, 3).

PLETZING, CHRISTIAN: Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt. Deutscher und polnischer Nationalismus in Ost- und Westpreußen 1830-1871, Wiesbaden 2003 (Deutsches Historisches Institut Warschau – Quellen und Studien, 13) [PLETZING, Völkerfrühling].

DERS.: Die Politisierung der Toponymie. Ortsnamenänderungen in den preußischen Ostprovinzen während des 19. Jahrhunderts, in: PETER OLIVER LOEW, CHRISTIAN PLETZING u.a. (Hrsg.): Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Europas, Wiesbaden 2006 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, 22), S. 263-277 [PLETZING, Politisierung].

PŁYGAWKO, DANUTA: „Prusy i Polska“. Ankieta Henryka Sienkiewicza, 1907-1909 [Preußen und Polen. Die Enquete von Henryk Sienkiewicz, 1907-1909], Poznań 1994.

PÖHLS, JOACHIM: Tägliche Rundschau (1881-1933), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 349-363.

POŁCZYŃSKA, EDYTA: Im polnischen Wind. Beiträge zum deutschen Zeitungswesen, Theaterleben und zur deutschen Literatur im Grossherzogtum Posen 1815-1918, Poznań 1988 (Seria filologia germańska, 32).

POLITT, HOLGER: Die polnische Frage bei Rosa Luxemburg, in: UTOPIE kreativ 129/130 (2001), S. 604-613.

POLSAKIEWICZ, MARTA: Spezifika deutscher Besatzungspolitik in Warschau 1914-1916, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), 4, S. 501-537.

PORTER, BRIAN: When Nationalism Began to Hate. Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland, New York u.a. 2000.

POTSCHKA, GEORG: Kölnische Zeitung (1802-1945), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 145-158.

PÖTTKER, HORST – BADER, HARALD: Gescheiterte Integration? Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914, in: RAINER GEISSLER, HORST PÖTTKER (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland, Bd. 2: Forschungsbefunde, Bielefeld 2009 (Medienumbrüche, 30), S. 15-46.

PRASZAŁOWICZ, DOROTA: Jewish, Polish and German Migration from the Prussian Province of Posen/Poznań during the 19th Century, in: JOHN BELCHEM, KLAUS TENFELDE (Hrsg.): Irish and Polish Migration in Comparative Perspective, Essen 2003 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, 22), S. 135-155.

PRUSIN, ALEXANDER VICTOR: Nationalizing a Borderland. War, Ethnicity, and Anti-Jewish Violence in East Galicia, 1914-1920, Tuscaloosa/AL 2005 (Judaic studies series).

PRYT, KARINA: Befohlene Freundschaft. Die deutsch-polnischen Kulturbeziehungen 1934-1939, Osnabrück 2010 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 22).

PRZENIOSŁO, MAREK: Stosunek chłopów Królestwa Polskiego do wojsk i władz rosyjskich, niemieckich i austriackich w latach 1914-1918 [Das Verhältnis der Bauern im Königreich Polen zu den russischen, deutschen und österreichischen Truppen und Besatzungsmächten in den Jahren 1914-1918], in: Dzieje Najnowsze 30 (1998), 4, S. 43-61 [PRZENIOSŁO, Stosunek].

DERS.: Ziemiaństwo w Królestwie polskim i jego straty poniesione w pierszym roku Wielkiej Wojny [Die Verluste der Grundbesitzer im Königreich Polen im ersten Jahr des Ersten Weltkriegs], in: Dzieje Najnowsze 36 (2004), 3, S. 95-112 [PRZENIOSŁO, Ziemiaństwo].

DERS.: Postawy chłopów Królestwa Polskiego wobec okupanta niemieckiego i austrackiego (1914-1918) [Die Einstellungen der Bauern im Königreich Polen gegenüber der deutschen und österreichischen Besatzung], in: DANIEL GRINBERG, JAN SNOPKO u.a. (Hrsg.): Lata wielkiej wojny. Dojrzewanie do niepodległości 1914-1918, Białystok 2007, S. 198-214 [PRZENIOSŁO, Postawy].

RAITHEL, THOMAS: Das „Wunder" der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges, Bonn 1996 (Pariser Historische Studien, 45).

RAJCH, MAREK: Preußische Zensurpolitik und Zensurpraxis in der Provinz Posen 1848/49 bis 1918, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 56 (2002), S. 1-77 [RAJCH, Zensurpolitik].

DERS.: Polnische Presse unter preußischer Militärzensur (1914-1916), in: CLAUDIA GLUNZ, ARTUR PEŁKA u.a. (Hrsg.): *Information Warfare*. Die Rolle der Medien (Literatur, Kunst, Photographie, Film, Fernsehen, Theater, Presse, Korrespondenz) bei der Kriegsdarstellung und -deutung, Göttingen 2007, S. 105-112 (Schriften des Erich Maria Remarque-Archivs, 22) [RAJCH, Presse].

RAPHAEL, LUTZ: Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2000 (Europäische Geschichte).

RATHERT, HELMUT: Die deutsche Kriegsberichterstattung und Presse als Kampfmittel im Weltkrieg, unpubliz. Diss., Heidelberg 1934.

RAUH, MANFRED: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 60).

REIMANN, ARIBERT: Der große Krieg der Sprachen. Untersuchungen zur historischen Semantik in Deutschland und England zur Zeit des Ersten Weltkriegs, Essen 2000 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte N.F., 12).

REQUATE, JÖRG: Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 109) [REQUATE, Journalismus].

DERS.: Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 5-32 [REQUATE, Öffentlichkeit].

DERS.: Kennzeichen der deutschen Mediengesellschaft des 19. Jahrhunderts, in: DERS. (Hrsg.): Das 19. Jahrhundert als Mediengesellschaft, München 2009, S. 30-42 (Ateliers des Deutschen Historischen Instituts Paris, 4) [REQUATE, Kennzeichen].

RIMMELE, EVA: Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914. Regierungspolitik und veröffentlichte Meinung in Elsaß-Lothringen und den östlichen Provinzen Preußens, Frankfurt am Main u.a. 1996.

Rogall, Joachim: Die Geistlichkeit der Evangelisch-Unierten Kirche in der Provinz Posen 1871-1914 und ihr Verhältnis zur preußischen Polenpolitik, Marburg 1990 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 6).

Rohleder, Meinolf – Treude, Burkhard: Neue preußische (Kreuz-) Zeitung (1848-1939), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 209-224.

Rosenberger, Bernhard: Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges, Köln u.a. 1998 (Medien in Geschichte und Gegenwart, 11).

Rosenthal, Harry Kenneth: The Problem of Caprivi's Polish Policy, in: European History Quarterly 2 (1972), 3, S. 255-264 [Rosenthal, Problem].

Ders.: The Prussian View of the Pole. The Significance of the Year 1894, in: Polish Review 17 (1972), 1, S. 13-20 [Rosenthal, Prussian View].

Rzepa, Krzysztof: Niemcy, Prusy i zabór pruski [Deutschland, Preußen und das preußische Teilungsgebiet], in: Stanisław Sierpowski (Hrsg.): Strajk dzieci wrzesińskich z perspektywy wieku, Poznań u.a. 2001, S. 75-88 [Rzepa, Niemcy].

Ders.: Hellmut von Gerlach und Alternativen zur preußischen Polenpolitik, in: Christoph Koch (Hrsg.): Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik, München 2009, S. 223-236 [Rzepa, Hellmut von Gerlach].

Sammartino, Annemarie H.: The Impossible Border. Germany and the East, 1914-1922, Ithaka/NY – London 2010.

Schattkowsky, Ralph: Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno, Frankfurt am Main 1994 (Europäische Hochschulschriften, 619) [Schattkowsky, Deutschland].

Ders.: Nationalismus und Konfliktgestaltung. Westpreußen zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, in: Michael G. Müller, Rolf Petri (Hrsg.): Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 16), S. 35-79 [Schattkowsky, Nationalismus].

Scheer, Tamara: Österreich-Ungarns Besatzungsmacht in Russisch-Polen während des Ersten Weltkriegs (1915-1918), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), 4, S. 538-571 [Scheer, Besatzungsmacht].

Dies.: Typisch Polen: Facetten österreichisch-ungarischer Besatzungspolitik in Polen (1915-1918), in: Heeresgeschichtliches Museum Wien (Hrsg.): Polnisch-österreichische Kontakte sowie Militärbündnisse 1618-1918. Symposium und Abendvortrag, Wien 2009, S. 233-255 [Scheer, Typisch Polen].

Dies.: Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main u.a. 2009 (Neue Forschungen zur ostmittel- und südosteuropäischen Geschichte, 2) [Scheer, Front].

Schieder, Theodor: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, 2. Aufl., Göttingen 1992.

Schiffers, Reinhard – Koch, Manfred (Bearb.): Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe. Von der konstitutionellen

Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 9/I: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Düsseldorf 1981.

SCHILDT, AXEL: Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 177-206.

SCHMIDT, ANNE: Belehrung – Propaganda – Vertrauensarbeit. Zum Wandel amtlicher Kommunikationspolitik in Deutschland 1914-1918, Essen 2006 [SCHMIDT, Belehrung].

SCHMIDT, KLAUS WERNER: Rheinisch-Westfälische Zeitung (1883-1944), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 365-379 [SCHMIDT, Rheinisch-Westfälische Zeitung].

SCHULTE, FRANZ GERRIT: Der Publizist Hellmut von Gerlach (1866-1935). Welt und Werk eines Demokraten und Pazifisten (Kommunikation und Politik, 19), München u.a. 1988.

SCHULZ, ANDREAS: Der Aufstieg der „vierten Gewalt". Medien, Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenkommunikation, in: Historische Zeitschrift 270 (2000), S. 65-97 [SCHULZ, Aufstieg].

DERS.: Vom Volksredner zum Berufsagitator. Rednerideal und parlamentarische Redepraxis im 19. Jahrhundert, in: DERS., ANDREAS WIRSCHING (Hrsg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 162; Parlamente in Europa, 1), S. 247-266 [SCHULZ, Volksredner].

SCHULZE, VOLKER: Vorwärts (1876-1933), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 329-347.

SCHUMACHER, RAINER: Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918-1919. Die Geschichte der östlichen Gebietsverluste Deutschlands im politischen Spannungsfeld zwischen Nationalstaatsprinzip und Machtanspruch, Köln 1985.

SCHUSTER, FRANK M.: Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914-1919), Köln u.a. 2004 (Lebenswelten osteuropäischer Juden, 9).

SCHUTTE, CHRISTOPH: Deutsche und Polen in der Provinz Posen. Überlegungen zur Relevanz gegenseitiger Lernprozesse, in: MARTIN AUST, DANIEL SCHÖNPFLUG (Hrsg.): Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main – New York 2007, S. 114-136 [SCHUTTE, Deutsche].

DERS.: Die Königliche Akademie in Posen (1903-1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zur „Hebung des Deutschtums", Marburg 2008 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 19) [SCHUTTE, Akademie].

SCHWABE, KLAUS: Ursprung und Verbreitung des alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), 2, S. 105-138 [SCHWABE, Ursprung].

Ders.: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969 [Schwabe, Wissenschaft].

Schwarz, Gotthart: Berliner Tageblatt (1872-1939), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 315-327 [Schwarz, Berliner Tageblatt].

Seeberg, Joachim: Wilsons Botschaft der 14 Punkte vom 8. Januar 1918 im Urteil der großen deutschen Tagespresse vom Januar bis zum Oktober 1918, Berlin 1936.

Serrier, Thomas: Regionales Selbstbild und nationale Integration. Grundbedingungen und Grenzen der Posener deutschen Identität (1870-1914), in: Bernard Linek, Kai Struve (Hrsg.): Nacjonalizm a tożsamość narodowa w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX i XX w. = Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Marburg – Opole 2000 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 12) [Serrier, Selbstbild].

Ders.: „Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark". Der Mythos vom deutschen Vorrang und die Grenzproblematik in der Provinz Posen (1871-1914), in: Michael G. Müller, Rolf Petri (Hrsg.): Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 16), S. 13-33 [Serrier, Kulturarbeit].

Ders.: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen. 1848-1914, Marburg 2005 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 12) [Serrier, Provinz Posen].

Ders.: Geschichtskultur und Territorialität. Historisches und räumliches Bewußtsein im deutsch-polnischen Grenzraum im 19. und 20. Jahrhundert, in: Etienne François, Jörg Seifarth u.a. (Hrsg.): Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main – New York 2007, S. 243-266 [Serrier, Geschichtskultur].

Serwatka, Tomasz: Józef Piłsudski a Niemcy [Józef Piłsudski und Deutschland], Wrocław 1997.

Sieg, Ulrich: Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Neuentwürfe, Berlin 2001.

Skorupa, Ewa: Polskie symbole kulturowe przed sądem pruskim w latach 1871-1914. „O podburzanie do gwaltów...", [Polnische Kultursymbole vor Gericht in den Jahren 1871-1914. „Über die Aufwiegelung zu Gewalttätigkeiten ..."], Kraków 2004.

Smith, Helmut Walser: An Preußens Rändern oder: Die Welt, die dem Nationalismus verloren ging, in: Sebastian Conrad, Jürgen Osterhammel (Hrsg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914, Göttingen 2004, S. 149-169.

Spaleniak, Wojciech: Kształtowanie się warunków rozwoju prasy polskiej w Wielkopolsce w drugiej połowie XIX wieku i na początku XX wieku (do roku 1918) [Die Herausbildung der Entwicklungsbedingungen der polnischen Presse in Großpolen in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (bis 1918)], in: Marceli Kosman (Hrsg.): Z dziejów prasy wielkopolskiej XIX-XX wieku, Bd. 2, Poznań 1995, S. 21-32.

Spät, Robert: Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft? Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915-1918, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), 4, S. 469-500.

Spenkuch, Hartwin: Das preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854-1918, Düsseldorf 1998 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 110).

Spittler, Botho: Das höhere Schulwesen in der ‚polnischen Ecke' Westpreußens im Spannungsfeld der Nationalitätenpolitik, Dortmund 1986 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Reihe A, 45), S. 115-121.

Stadtmüller, Elżbieta: Polskie nurty polityczne wobec Niemiec w latach 1871-1918 [Polnische politische Strömungen gegenüber Deutschland, 1871-1918], Wrocław 1994 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 1657; Niemcoznawstwo, 4).

Stempin, Arkadiusz: Die Wiedererrichtung einer polnischen Universität: Warschau unter deutscher Besatzung, in: Trude Maurer (Hrsg.): Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 2006 (Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 18), S. 127-145.

Stępinski, Włodzimierz: Siedlungsbewegung und landwirtschaftlicher Kredit. Die polnische Forschung zum Verlauf und zu den Folgen der Germanisierungspolitik und die agrarische Modernisierung im preußischen Teilungsgebiet Polens vor 1914, in: Heinz Reif (Hrsg.): Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 329-343.

Stiegler, Klaus Martin: Germania (1871-1938), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 299-313.

Stöber, Gunda: Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im wilhelminischen Deutschland 1890-1914, Stuttgart 2000 (Historische Mitteilungen: Beiheft, 38) [Stöber, Pressepolitik].

Stöber, Rudolf: Deutsche Pressegeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Konstanz 2005 [Stöber, Pressegeschichte].

Studnicki, Władysław: Irrwege in Polen. Ein Kampf um die deutsch-polnische Annäherung, Göttingen 1951 [Studnicki, Irrwege].

Sukiennicki, Wiktor: East Central Europe during World War I. From Foreign Domination to National Independence, Bd. 1, Boulder 1984 (East European Monographs, 119).

Suleja, Włodzimierz: System polityczny Władysława Studnickiego (do roku 1918) [Das politische System Władysław Studnickis (bis 1918)], in: Jan St. Miś (Hrsg.): Twórcy polskiej myśli politycznej, Wrocław 1978 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, 2), S. 135-178 [Suleja, System polityczny].

Ders.: Próba budowy zrębów polskiej panstwowości w okresie istnienia Tymczasowej Rady Stanu [Der Versuch des Aufbaus von Grundlagen der polnischen Staatlichkeit während des Bestehens des Provisorischen Staatsrates], Wrocław 1981 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 544; Historia, 35) [Suleja, Próba].

DERS.: Orientacja austro-polska w latach I Wojny Światowej (do aktu 5 listopada 1916 roku) [Die austro-polnische Orientierung während des Ersten Weltkrieges (bis zum Akt des 5. November 1916)], Wrocław 1992 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 1421; Historia, 103) [SULEJA, Orientacja].

SURYNT, IZABELA: O misjonarstwie cywilizacyjnym. Zakon krzyżacki i kolonizacja „Wschodu" w niemieckim piśmiennictwie drugiej połowy XIX wieku [Über die Zivilisierungsmission. Der Deutsche Orden und die Kolonisation des „Ostens" in der deutschen Literatur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: DIES., MAREK ZYBURA (Hrsg.): Opowiedziany naród: literatura polska i niemiecka wobec nacjonalizmów XIX wieku, Wrocław 2006 (Monografie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta Uniwersytetu Wrocławskiego, 20; Acta Universitatis Wratislaviensis, 2871), S. 185-208 [SURYNT, O misjonarstwie cywilizacyjnym].

DIES.: Postęp, kultura i kolonializm. Polska a niemiecki projekt europejskiego Wschodu w dyskursach publicznych XIX wieku [Fortschritt, Kultur und Kolonialismus. Polen und das deutsche Projekt des europäischen Ostens in den öffentlichen Diskursen des 19. Jahrhunderts], Wrocław 2006 [SURYNT, Postęp].

SZYMCZAK, DAMIAN: Między Habsburgami a Hohenzollernami. Rywalizacja niemiecko-austro-węgierska w okresie I wojny światowej a odbudowa państwa polskiego [Zwischen den Habsburgern und Hohenzollern. Die deutsch-österreichisch-ungarische Rivalität in der Zeit des Ersten Weltkrieges und der Aufbau des polnischen Staates], Kraków 2009.

TAUBERT, ROLF: Die Hilfe (1894-1943), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1973 (Publizistisch-historische Beiträge, 3), S. 255-264.

TAZBIR, JANUSZ: Polskie przedmurze chrześcijańskiej Europy. Mity a rzeczywistość historyczna [Polen als Bollwerk des christlichen Europa. Mythen und historische Realität], Warszawa 1987.

THEINER, PETER: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919), Baden-Baden 1983 (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe).

THER, PHILIPP: Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire, in: SEBASTIAN CONRAD, JÜRGEN OSTERHAMMEL (Hrsg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914, Göttingen 2004, S. 129-148.

THIEME, HARTWIG: Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914-18, Boppard am Rhein 1963 (Schriften des Bundesarchivs, 11).

THIMME, ANNELISE: Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 6).

THUM, GREGOR (Hrsg.): Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.

TIMS, RICHARD WONSER: Germanizing Prussian Poland. The H-K-T Society and the Struggle for the Eastern Marches in the German Empire, 1894-1919, New York 1941 (Studies in History, Economics and Public Law, 487).

TOPOROWICZ, WIESŁAWA: Sprawa polska w polityce rosyjskiej 1914-1917 [Die polnische Frage in der russischen Politik 1914-1917], Warszawa 1973.
TRABA, ROBERT: Asymilacja/akulturacja w perspektywie doświadczeń polsko-niemieckiego pogranicza kulturowego: Próba bilansu [Assimilation/Akkulturation in der Perspektive der Erfahrungen des polnisch-deutschen kulturellen Grenzgebiets: Versuch einer Bilanz], in: WITOLD MOLIK, ROBERT TRABA (Hrsg.): Procesy akulturacji/asymilacji na pograniczu polsko-niemieckim w XIX i XX wieku, Poznań 1999, S. 127-150.
TRZECIAKOWSKI, LECH: Pod pruskim zaborem 1850-1918 [Unter preußischer Besatzung 1850-1918], Warszawa 1973 [TRZECIAKOWSKI, Pod pruskim zaborem].
DERS.: Aktywność polityczna poznaniaków [Die politische Aktivität der Posener], in: JERZY TOPOLSKI, LECH TRZECIAKOWSKI (Hrsg.): Dzieje Poznania w latach 1793-1945, Bd. 1: 1793-1918, Warszawa – Poznań 1994, S. 321-427 [TRZECIAKOWSKI, Aktywność polityczna].
DERS.: Poznań w latach Wielkiej Wojny [Posen in der Zeit des Ersten Weltkrieges], in: JERZY TOPOLSKI, LECH TRZECIAKOWSKI (Hrsg.): Dzieje Poznania w latach 1793-1945, Bd. 1: 1793-1918, Warszawa – Poznań 1994, S. 758-771 [TRZECIAKOWSKI, Poznań].
DERS.: Ein ewiger deutsch-polnischer Antagonismus? Mythen, Stereotypen und „Wirklichkeiten", in: ADELHEID VON SALDERN (Hrsg.): Mythen in Geschichte und Geschichtsschreibung aus polnischer und deutscher Sicht, Münster 1996 (Politik und Geschichte, 1), S. 57-73 [TRZECIAKOWSKI, Antagonismus].
DERS.: Dyplomacja niemiecka wobec strajku dzieci wrzesińskich [Die deutsche Diplomatie und der Streik der Wreschener Kinder], in: DERS. (Hrsg.): W kręgu polityki. Polacy – Niemcy w XIX wieku, Poznań 2002, S. 54-61 [TRZECIAKOWSKI, Dyplomacja niemiecka].
DERS.: Niemcy a polskie ugrupowanie polityczne w zaborze pruskim w okresie I wojny światowej [Deutschland und die polnischen politischen Gruppen im preußischen Teilungsgebiet während des Ersten Weltkrieges], in: DERS. (Hrsg.): W kręgu polityki. Polacy – Niemcy w XIX wieku, Poznań 2002, S. 40-53 [TRZECIAKOWSKI, Niemcy].
DERS.: Zabór pruski na przełomie epok [Das preußische Teilungsgebiet um die Jahrhundertwende], in: Dzieje Najnowsze 36 (2004), 3, S. 79-94 [TRZECIAKOWSKI, Zabór pruski].
TU, Tzu-hsin: Die deutsche Ostsiedlung als Ideologie bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, Kassel 2009.
UJVÁRI, HEDVIG: Der Pester Lloyd (1854-1945) als „Financial Times des Ostens", in: Mitteilungen der Gesellschaft für Buchforschung in Österreich 2005, H. 2, S. 23-32.
ULLRICH, VOLKER: Die polnische Frage und die deutschen Mitteleuropapläne im Herbst 1915, in: Historisches Jahrbuch 104 (1984), S. 348-371.
URBAN, RUDOLF: O sukcesach i klęskach niemieckiej kolonizacji „Wschodu". „Das schlafende Heer" Clary Viebig jako powieść osadnicza? [Über die Erfolge und Niederlagen der deutschen Kolonisierung des „Ostens". Clara Viebigs „Das schlafende Heer" als ein Siedlerroman?], in: IZABELA SURYNT, MAREK ZYBURA (Hrsg.): Opowiedziany naród. Literatura polska i niemiecka wobec nacjonalizmów XIX wieku,

Wrocław 2006 (Monografie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta Uniwersytetu Wrocławskiego, 20), S. 209-229.

VOGT, DIETRICH: Der großpolnische Aufstand 1918/1919. Bericht, Erinnerungen, Dokumente, Marburg 1980.

VOM BRUCH, RÜDIGER: Gelehrtenpolitik und politische Kultur im späten Kaiserreich, in: BJÖRN HOFMEISTER, HANS-CHRISTOPH LIESS (Hrsg.): Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 26-44 [VOM BRUCH, Gelehrtenpolitik].

DERS.: Max Webers Landarbeiterenquete neu besichtigt, in: BJÖRN HOFMEISTER, HANS-CHRISTOPH LIESS (Hrsg.): Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 222-229 [VOM BRUCH, Landarbeiterenquete].

DERS.: Professoren im Deutschen Kaiserreich, in: BJÖRN HOFMEISTER, HANS-CHRISTOPH LIESS (Hrsg.): Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 11-25 [VOM BRUCH, Professoren].

WAJDA, KAZIMIERZ: Wóz Drzymały. Wieś wielkopolska i pomorska w walce z germanizacją [Der Wagen von Dzymała. Das Dorf in Großpolen und Pommern im Kampf gegen die Germanisierung], Poznań 1962 [WAJDA, Wóz Drzymały].

DERS.: Polski obraz Niemców i niemiecki obraz Polaków w publicystyce obu krajów w latach 1871-1914 [Polnisches Deutschenbild und deutsches Polenbild in der Publizistik beider Länder in den Jahren 1871-1914], in: DERS. (Hrsg.): Polacy i Niemcy. Z badań nad kształtowaniem heterostereotypów etnicznych. Zbiór studiów, Toruń 1991, S. 45-86 [WAJDA, Polski obraz].

DERS.: Hans Delbrücks Konzept der Polenpolitik und sein Polenbild, in: HANS HENNING HAHN (Hrsg.): Stereotyp, Identität und Geschichte. Die Funktion von Stereotypen in gesellschaftlichen Diskursen, Frankfurt am Main u.a. 2002 (Mitteleuropa – Osteuropa, 5), S. 305-312 [WAJDA, Konzept].

WALCZAK, ZBIGNIEW: Prasa polska zaboru pruskiego wobec rewolucji lutowej 1917 r. w Rosji [Die polnische Presse des preußischen Teilungsgebiets angesichts der Februarrevolution 1917 in Russland], in: Acta Universitatis Nicolai Copernici; Nauki Polityczne 21 (1991), S. 117-137.

WALKENHORST, PETER: Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914, Göttingen 2007 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 176).

WANDRUSZKA, ADAM: Neue Freie Presse (1848-1939), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1972 (Publizistisch-historische Beiträge, 2), S. 225-239.

WANDYCZ, PIOTR S.: The Poles in the Habsburg Monarchy, in: ANDREI S. MARKOVITS, FRANK E. SYSYN (Hrsg.): Nationbuilding and the Politics of Nationalism. Essays on Austrian Galicia, Cambridge/MA 1982, S. 68-93 [WANDYCZ, Poles].

DERS.: The Lands of Partitioned Poland, 1795-1918, 4. Aufl., Seattle – London 1994 (A History of East Central Europe, 7) [WANDYCZ, Lands].

WARGELIN, CLIFFORD FRANK: Bread, Peace, and Poland. The Economic, Political, and Diplomatic Origins of Habsburg Policy at Brest-Litovsk, 1914-1918, Diss. University of Wisconsin, Madison 1994.

WATSON, ALEXANDER: Fighting for Another Fatherland: The Polish Minority in the German Army, 1914-1918, in: English Historical Review 126 (2011), 522, S. 1137-1166.

WEHLER, HANS-ULRICH: Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfragen in Deutschland 1840-1914, Göttingen 1971 (Marburger Ostforschungen, 18) [WEHLER, Sozialdemokratie].

DERS.: Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich, in: DERS. (Hrsg.): Krisenherde des Kaiserreichs, 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1979, S. 184-202 [WEHLER, Polenpolitik].

DERS.: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, 7. Aufl., Göttingen 1994 (Deutsche Geschichte, 9) [WEHLER, Kaiserreich].

DERS.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, 1849-1914, 2. Aufl., München 2006 [WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3].

DERS.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2008 [WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4].

WELCH, DAVID: Germany, Propaganda and Total War, 1914-1918. The Sins of Omission, London 2000.

WELLER, UWE B.: Die Zukunft (1892-1922), in: HEINZ-DIETRICH FISCHER (Hrsg.): Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1973 (Publizistisch-historische Beiträge, 3), S. 241-254.

WERNER, LOTHAR: Der Alldeutsche Verband 1890-1918. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in den Jahren vor und während des Weltkrieges, Berlin 1935 (Historische Studien, 278).

WERTHEIMER, JACK: Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, New York – Oxford 1987 (Studies in Jewish History).

WESTERHOFF, CHRISTIAN: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914-1918, in: DIETER BINGEN, PETER OLIVER LOEW u.a. (Hrsg.): Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900 bis 2007, Wiesbaden 2008, S. 143-160 [WESTERHOFF, Rekrutierung].

DERS.: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914-1918, Paderborn u.a. 2012 (Studien zur Historischen Migrationsforschung, 25) [WESTERHOFF, Zwangsarbeit].

WICHARDT, HANS-JÜRGEN: Die Rechtsprechung des Koeniglich Preussischen Oberverwaltungsgerichts zur Vereins- und Versammlungsfreiheit in der Zeit von 1875 bis 1914. Ein Beitrag zur Entwicklung des materiellen Rechtsstaates in Deutschland, Kiel 1976 [WICHARDT, Rechtsprechung].

DERS.: Die Polenpolitik Preussens und die Vereins- und Versammlungsfreiheit in der Rechtsprechung des kgl. preussischen Oberverwaltungsgerichts, in: Zeitschrift für Ostforschung 27 (1978), S. 67-78 [WICHARDT, Polenpolitik].

WILKE, JÜRGEN: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR, Köln u.a. 2007 (Medien in Geschichte und Gegenwart, 24) [WILKE, Presseanweisungen].

DERS.: Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte, 2. Aufl., Köln u.a. 2008 [WILKE, Grundzüge].

WILKIEWICZ, ZBIGNIEW: Deutsche Flugschriften zur Polenfrage im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostforschung 33 (1984), S. 331-392.

WILSON, JEFFREY K.: Imagining a Homeland: Constructing Heimat in the German East, 1871-1914, in: National Identities 9 (2007), 4, S. 331-349 [WILSON, Imagining].

DERS.: Environmental Chauvinism in the Prussian East. Forestry as a Civilizing Mission on the Ethnic Frontier, 1871-1914, in: Central European History 41 (2008), S. 27-70 [WILSON, Chauvinism].

WILSON, TIMOTHY: Frontiers of Violence. Conflict and Identity in Ulster and Upper Silesia 1918-1922, Oxford 2010 (Oxford Historical Monographs) [WILSON, Frontiers].

WINKLER, HEINRICH AUGUST: Im Schatten von Versailles. Das deutsch-polnische Verhältnis während der Weimarer Republik, in: ANDREAS LAWATY, HUBERT ORŁOWSKI (Hrsg.): Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik, München 2003, S. 60-68.

WINZEN, PETER: Das Kaiserreich am Abgrund. Die Daily-Telegraph-Affäre und das Hale-Interview von 1908. Darstellung und Dokumentation, Stuttgart 2002 (Historische Mitteilungen, Beiheft, 43).

WIPPERMANN, WOLFGANG: Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik, Berlin 1979 (Publikationen zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, 2) [WIPPERMANN, Ordensstaat].

DERS.: Der ‚deutsche Drang nach Osten'. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981 (Impulse der Forschung, 35) [WIPPERMANN, Drang].

DERS.: Probleme und Aufgaben der Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen, Polen und Juden, in: STEFI JERSCH-WENZEL (Hrsg.): Deutsche – Polen – Juden. Ihre Beziehungen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Berlin 1987 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 58), S. 1-47 [WIPPERMANN, Probleme].

DERS.: Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland, Darmstadt 2007 [WIPPERMANN, Die Deutschen].

DERS.: „Vorstufe zu Hitler". Hellmut von Gerlach und der Hakatismus, in: CHRISTOPH KOCH (Hrsg.): Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik, München 2009, S. 133-142 [WIPPERMANN, Vorstufe].

WOJCIECHOWSKI, MIECZYSŁAW: Społeczeństwo polskie w prusach zachodnich w dobie I wojny światowej (1914-1918) [Die polnische Gesellschaft in Westpreußen während des Ersten Weltkriegs (1914-1918)], in: DERS. (Hrsg.): Społeczeństwo polskie na ziemiach pod panowaniem pruskim w okresie I wojny światowej (1914-1918), Toruń 1996, S. 51-70.

WOJTCZAK, MARIA: Das literarische Bild der nationalen Identität der Deutschen in der Provinz Posen, oder „wie der Wilhelm den Stanislaus gehorsam haßte", in: JOAN-

NA JABŁKOWSKA, MAŁGORZATA PÓŁROLA (Hrsg.): Nationale Identität. Aspekte, Probleme und Kontroversen in der deutschsprachigen Literatur, Łódź 1998, S. 248-255 [WOJTCZAK, Bild].

DIES.: Literatur der Ostmark. Posener Heimatliteratur (1890-1918), Poznań 1998 (Seria Filologia Germańska, 43) [WOJTCZAK, Literatur].

DIES.: Identitäten und Alteritäten der Deutschen in der deutschsprachigen Literatur über die Provinz Posen, in: MARKUS KRZOSKA, ISABEL RÖSKAU-RYDEL (Hrsg.): Identitäten und Alteritäten der Deutschen in Polen in historisch-komparatistischer Perspektive, München 2007 (Polono-Germanica, 2), S. 95-105 [WOJTCZAK, Identitäten].

WRZOSEK, MIECZYSŁAW: Plany tworzenia polskiego wojska przy pomocy Niemiec (listopad 1916 – październik 1918) [Pläne zur Schaffung einer polnischen Armee mit deutscher Hilfe (November 1916 - Oktober 1918], in: Wojskowy Przegląd Historyczny 42 (1997), 1/2, S. 64-88 [WRZOSEK, Plany].

DERS.: Dążenia austriackich i niemieckich czynników wojskowych do wyeliminowania Józefa Piłsudskiego z gry politycznej o sprawę polską podczas I wojny światowej (czerwiec 1915 - lipiec 1917) [Die Bestrebungen der österreichischen und deutschen militärischen Faktoren zur Ausschaltung Józef Piłudskis aus dem politischen Spiel um die polnische Frage während des Ersten Weltkrieges (Juni 1915 - Juli 1917)], in: DANIEL GRINBERG, JAN SNOPKO u.a. (Hrsg.): Lata wielkiej wojny. Dojrzewanie do niepodległości 1914-1918, Białystok 2007, S. 259-278 [WRZOSEK, Dążenia].

ZECHLIN, EGMONT: Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.

ZERNACK, KLAUS: Das Preußenproblem in der Geschichte Polens, in: WOLFRAM FISCHER, MICHAEL G. MÜLLER (Hrsg.): Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, 2., aktualisierte Aufl., Berlin 2001 (Historische Forschungen, 44), S. 51-64 [ZERNACK, Preußenproblem].

DERS.: Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitk des 18. Jahrhunderts, in: WOLFRAM FISCHER, MICHAEL G. MÜLLER (Hrsg.): Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, 2., aktualisierte Aufl., Berlin 2001 (Historische Forschungen, 44), S. 225-242 [ZERNACK, Negative Polenpolitik].

ZIELIŃSKI, KONRAD: Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego w czasie pierwszej wojny światowej [Die polnisch-jüdischen Beziehungen in Kongresspolen während des Ersten Weltkriegs], Lublin 2005.

ZIEMANN, BENJAMIN: Enttäuschte Erwartung und kollektive Erschöpfung. Die deutschen Soldaten an der Westfront 1918 auf dem Weg zur Revolution, in: JÖRG DUPPLER, GERHARD P. GROSS (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999 (Beiträge zur Militärgeschichte, 53), S. 165-182.

ZILCH, REINHOLD (Bearb.): Die Protokolle des preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38, Bd. 10: 14. Juli 1909 bis 11. November 1918, Hildesheim u.a. 1999 (Acta Borussica N.F.) [ZILCH, Protokolle, Bd. 10].

DERS. (Bearb.): Die Protokolle des preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38, Bd. 9: 23. Oktober 1900 bis 13. Juli 1909, Hildesheim u.a. 2001 (Acta Borussica N.F.) [Zilch, Protokolle, Bd. 9].

VIII Register

Ortsregister

Personenregister

Zeitungs- und Zeitschriftenregister

Das Register umfasst alle Zeitungen und Zeitschriften, die im Text bzw. im Fußnotentext erwähnt werden. Hingegen sind die als Quellen eingesehenen und ausgewerteten Zeitungen und Zeitschriften im Quellen- und Literaturverzeichnis vollständig aufgeführt.



Verlag Herder-Institut
Marburg 2014

ISBN 978-3-87969-386-3

